~~II. 5489.~~

II. N. 215.

II. 5489

II K 215

# Das Deutsche Reich

1871—1895

von

Victor von Strantz.

Zweite vermehrte Auflage.

Berlin 1896.

R. v. Decker's Verlag
G. Schenck,
Königlicher Hofbuchhändler.

# Das Deutsche Reich

## 1871—1895.

Ein historischer Rückblick
auf die ersten fünfundzwanzig Jahre

von

**Victor von Strantz.**

Zweite vermehrte Auflage.

Berlin 1896.

R. v. Decker's Verlag
G. Schenck,
Königlicher Hofbuchhändler.

Alle Rechte vorbehalten.

Sr. Durchlaucht

dem Fürsten

# Otto von Bismarck

ehrfurchtsvoll gewidmet.

LIBRARY
APR
18
1984
UNIVERSITY OF TORONTO

DD
228
S87
1896

# Inhalt.


Seite

Chronologisches Register . . . . . V—XX
Vorwort . . . . . XXI
191 amtliche Depeschen vom Kriegsschauplatz . . . . . XXIII—XCIV
Einleitung . . . . . XCV—CIV


## 1871.


Einzug der Truppen in Berlin und München, 16. Juli . . . . . 1
Ausbau des Staatswesens . . . . . 2
Zusammentritt des Reichstags, 16. Oktober . . . . . 3
Reichskriegsschatz . . . . . 3
Ausprägung von Reichsmünzen . . . . . 4
Schluß des Reichstags, 1. Dezember . . . . . 5
Rücktritt des Ministerpräsidenten von Dalwigk . . . . . 6


## 1872.


Schulaufsichtsgesetz . . . . . 6
Rücktritt des Ministers von Mühler (Dr. Falk) . . . . . 6
Anfänge der kirchlichen Bewegung . . . . . 8
Konflikt mit Rom . . . . . 9
Jesuitengesetz, 4. Juli . . . . . 10
Eröffnung der Universität Straßburg, 1. Mai . . . . . 10
Beginn des Kulturkampfes . . . . . 12
Streit mit den Bischöfen . . . . . 13
Papst Pius IX. über das Jesuitengesetz . . . . . 14
Das italienische Kronprinzenpaar in Berlin . . . . . 15
Dreikaiser-Zusammenkunft in Berlin . . . . . 16
Entwurf einer neuen Kreisordnung . . . . . 17
Pairsschub . . . . . 18

Seite

## 1873.

Das Gesetz über kirchliche Straf- und Zuchtmittel vom 15. Mai . . . . . 19
Feindselige Haltung des Klerus . . . . . 20
Verfolgung der Bischöfe durch die preußische Regierung . . . . . 21
Internierung des Erzbischofs Ledochowski . . . . . 22
Stellung der Regierung gegenüber der Kirche . . . . . 23
Gemeinde- und Synodal-Ordnung . . . . . 24
Obligatorische Civilehe. — Standesämter . . . . . 24
Ende der Okkupation in Frankreich, 15. September . . . . . 25
König Victor Emanuel in Berlin, 22. September . . . . . 25
Enthüllung der Siegessäule auf dem Königsplatz, 2. September . . . . . 26
Grundsteinlegung zum Kadettenhause in Lichterfelde, 1. September . . . . 26
König Johann von Sachsen †, 29. Oktober . . . . . 26
Rücktritt des Generalfeldmarschalls von Roon . . . . . 26
Antrag Windthorst: direktes Wahlrecht . . . . . 26

## 1874.

Wahlen zum neuen Reichstag . . . . . 27
Reichsmilitärgesetz . . . . . 28
Bennigsen'scher Vermittelungsantrag . . . . . 28
Versammlung der Bischöfe in Fulda . . . . . 29
Attentat Kullmann's auf Bismarck in Kissingen, 13. Juli . . . . . 30
Prozeß gegen den Grafen Harry v. Arnim . . . . . 31
Bismarck reicht seine Entlassung ein . . . . . 32
Antrag auf Streichung der geheimen Fonds . . . . . 33
Justizgesetze — Bankgesetz — Landsturmgesetz . . . . . 34

## 1875.

Die päpstliche Encyklika . . . . . 35
Civilehegesetz angenommen . . . . . 36
Vermögensverwaltung der katholischen Kirche . . . . . 37
Verfolgung der renitenten Bischöfe . . . . . 38
Kundgebungen zu Bismarck's 60. Geburtstag . . . . . 39
Reichssteuerreform — Tabaksmonopol . . . . . 40
Kriegsbesorgnisse . . . . . 40
Kaiser Alexander II. in Berlin, 10. Mai . . . . . 40
Deutsch-russische Beziehungen . . . . . 41
Kaiser Wilhelm's Besuch in Mailand . . . . . 42
Strafgesetznovelle . . . . . 43
Prozeß Arnim in II. Instanz. — „Pro nihilo“ . . . . . 43

Seite

## 1876.

Rücktritt des Ministers Delbrück . . . . . 44
Erneute Feindseligkeiten der preußischen Bischöfe . . . . . 45
Maßregeln dagegen . . . . . 46
Die neuen Justizgesetze angenommen . . . . . 47

## 1877.

Debatten über den Sitz des Reichsgerichts . . . . . 48
Antrag Schulenburg-Beetzendorf: Sequestration des Vermögens des Königs Georg von Hannover . . . . . 49
Entlassungsgesuch Bismarck's . . . . . 50
Volljährigkeit des Prinzen Wilhelm, 27. Januar . . . . . 51
Konfirmation des Prinzen Heinrich, 21. April . . . . . 51
Kaiser Wilhelm in Straßburg, 1. Mai . . . . . 52
Kaiser Wilhelm in Metz, 4. Mai . . . . . 53
Grundsteinlegung zum Niederwald-Denkmal, 16. September . . . . . 54
25jähriges Regierungs-Jubiläum des Großherzogs von Baden, 29. April . . 55

## 1878.

Politische Mißklänge . . . . . 56
Attentat Hödel's auf Kaiser Wilhelm, 11. Mai . . . . . 57
Gesetzvorlage gegen die Sozialisten . . . . . 58
Untergang der Panzerfregatte „Großer Kurfürst", 31. Mai . . . . . 59
Attentat Nobiling's auf Kaiser Wilhelm, 2. Juni . . . . . 59
Stellvertretungserlaß an den Kronprinzen, 4. Juni . . . . . 60
Auflösung des Reichstags, 6. Juni . . . . . 61
Neuwahlen zum Reichstag, 30 Juni . . . . . 61
Zusammentritt des Reichstags, 9. September . . . . . 62
Annahme des Sozialistengesetzes, 17. Oktober . . . . . 63
Zusammentritt des Berliner Kongresses, 13. Juni . . . . . 64
Karl v. Rumänien und Milan v. Serbien nehmen den Königstitel an . . . 64
Schluß des Berliner Kongresses, 13. Juli . . . . . 65
Kaiser Wilhelm in Teplitz und Gastein . . . . . 66
Schutz- und Finanzzölle . . . . . 66
Rückkehr des Kaisers Wilhelm nach Berlin, 5. Dezember . . . . . 67
Weltpostverein . . . . . 68

## 1879.

Neues Steuer- und Zollprogramm . . . . . 69
Annäherung zwischen Konservative und Centrum . . . . . 70
Milderung des Kulturkampfes . . . . . 71
Rücktritt der Minister Falk, Hobrecht und Friedenthal . . . . . 72

Seite
Neuorganisation der Verwaltung in Elsaß-Lothringen . . . . . 73
Generalfeldmarschall von Manteuffel wird Statthalter von Elsaß-Lothringen . 74
Inkrafttreten der deutschen Gerichtsverfassung und Prozeßordnungen, 1. Oktober 75
Goldene Hochzeit des Kaiserpaares, 11. Juni . . . . . 75
Kaiser Wilhelm und Alexander II. in Alexandrowo, 3. September . . . . 76
Deutsch-österreichisches Bündnis . . . . . 77
Fürst Bismarck in Wien, 17. September . . . . . 77
Deutsch-russische Aufmerksamkeiten . . . . . 78
Kriegsminister Graf von Roon †, 23. Februar . . . . . 78
Staatsminister von Bülow †, 28. Oktober . . . . . 78
Regelung der Regentschaftsfrage in Braunschweig . . . . . 79
Großherzogin Alice v. Hessen-Darmstadt †, 14. Dezember . . . . . 79

## 1880.

Wehrgesetz — Erneuerung des Septennats . . . . . 80
Samoa-Vorlage . . . . . 80
Entlassungsgesuch Bismarck's, 6. April . . . . . 81
Neuer Konflikt mit der Römischen Kurie . . . . . 82
10jährige Gedenktage . . . . . 82
Kölner Dombaufest, 15. und 16. Oktober . . . . . 83
Die Klerikalen und das Dombaufest . . . . . 84
Der historische Festzug in Köln . . . . . 85
Einsetzung des Volkswirtschaftsrates . . . . . 87

## 1881.

Unfallversicherungs- und Innungsgesetz . . . . . 88
Die zweijährige Budgetperiode . . . . . 89
Reform der Reichsabgaben abgelehnt . . . . . 90
Der Zollanschluß Hamburgs . . . . . 91
Eintritt Hamburgs in den Zollverband . . . . . 92
Vermählung des Prinzen Wilhelm mit Prinzessin Auguste Victoria von Schleswig-Holstein, 27. Februar . . . . . 93
Ermordung Kaiser Alexander II., 13. März . . . . . 94
Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Rom . . . . . 96
Wahlbewegung — Stöcker als Antisemit . . . . . 98
Fortschrittliches Ergebnis der Wahlen in Berlin . . . . . 99
Kaiserliche Botschaft bei Eröffnung des Reichstags, 17. November . . . 100
Tabaksmonopol . . . . . 101
Eindruck der Botschaft . . . . . 102
Opposition der regierungsfeindlichen Parteien . . . . . 103
Beziehungen der Dreikaisermächte . . . . . 104
25jähriges Regierungs-Jubiläum des Herzogs Wilhelm von Braunschweig . . 105

Seite

## 1882.

Vorlage wegen Zollanschluß Hamburgs angenommen . . . . . 105
Antrag auf Aufhebung des Gesetzes über die Kirchenämter . . . . . 106
Allerhöchster Erlaß an das Staatsministerium ꝛc. . . . . 106
Die Regierungspresse über die Politik der Regierung . . . . . 107
Erklärungen Bismarck's über die Autorität der Krone und über die Pflichten des Beamtentums . . . . . 108
Die Abänderung der Maigesetze . . . . . 110
Annahme eines Kompromisses . . . . . 111
Erörterungen über die Tabaksmonopolfrage . . . . . 112
Antrag Bennigsen gegen die Belastung der Tabaksindustrie . . . . . 114

## 1883.

Rücktritt des Kriegsministers von Kameke (Bronsart von Schellendorff) . . . 115
Rücktritt des Chefs der Admiralität, Generals von Stosch (General von Caprivi) 115
Ablehnende Haltung des Reichstags . . . . . 115
Kaiserliche Botschaft vom 14. April . . . . . 116
Erneute Konflikte zwischen Kirche und Staat . . . . . 117
Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Papst Leo XIII . . . . . 118
Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze . . . . . 119
Prinz Karl von Preußen †, 21. Januar . . . . . 120
Silberne Hochzeit des Kronprinzlichen Paares, 28. Februar . . . . . 120
Abschluß der Tripelallianz . . . . . 122
Deutsch-italienischer Handelsvertrag . . . . . 123
Fürstenvereinigung bei Homburg . . . . . 124
Einweihung des Niederwald-Denkmals, 28. September . . . . . 124
Luther-Feier in Wittenberg, 13. September . . . . . 126
Der Kronprinz Friedrich Wilhelm in Spanien . . . . . 127
Der Kronprinz Friedrich Wilhelm beim Papst im Vatikan . . . . . 129
Rückkehr und Empfang in der Heimath . . . . . 131
Antrag Stern auf geheime Abstimmung . . . . . 132

## 1884.

Antrag auf Revision der kirchenpolitischen Gesetze . . . . . 133
Begründung der Deutsch-freisinnigen Partei . . . . . 134
Heidelberger Programm der nationalliberalen Partei . . . . . 135
Neue sozialpolitische Gesetze (Unfallgesetz — Sozialistengesetz) . . . . . 136
Postdampfschifflinien mit überseeischen Ländern . . . . . 137
Ergebnisse der Reichstagssession . . . . . 139
Grundsteinlegung zu dem neuen Reichstagsgebäude, 9. Juni . . . . . 140
Bremens Eintritt in den Deutschen Zollverein . . . . . 142
Einweihung der Dankes-Kirche, 3. Januar . . . . . 142
50. Jahrestag der Verleihung des Russischen Georgs-Ordens an den Kaiser . 143

Seite
Fürst Bismarck erhält den Orden pour le mérite, 1. September . . . . 143
Dreikaiser-Zusammenkunft in Skierniewice, 17. September . . . . . 144
Einberufung des Preußischen Staatsrats . . . . . 145
Kolonialpolitik. — Flaggenhissung in West-Afrika . . . . . 147
Ostafrikanisches Schutzgebiet . . . . . 149
Deutsche Ansiedelungen in der Südsee . . . . . 150
Internationale Abmachungen . . . . . 151
Kongokonferenz in Berlin, 15. November . . . . . 152
Neuwahlen und Haltung des Reichstags . . . . . 154
Das Centrum gegen die Regierung . . . . . 157
Debatte über die Dampferlinien . . . . . 158
Braunschweigische Erbfolgefrage . . . . . 159
Ansprüche des Herzogs von Cumberland . . . . . 160

## 1885.

Fürst Bismarck über die Kolonialpolitik und über die Aufgaben der Neuzeit . 162
Annahme der Dampfervorlage . . . . . 164
Zolltarif-Vorlage — Zollanschluß Bremens . . . . . 165
Kolonialpolitische Aktion . . . . . 166
General-Konsul Dr. Nachtigal †, 20. April . . . . . 167
Auseinandersetzungen wegen Neu-Guinea . . . . . 167
Neutralisierung des Kongo-Staates — Kongo-Konferenz, 7. Januar . . . . 168
70. Geburtstag des Fürsten Bismarck — Bismarckspende . . . . . 171
Ovationen für Bismarck . . . . . 173
Kaiser Wilhelm I. an Bismarck . . . . . 174
Besuch Bismarcks in Schönhausen . . . . . 177
Fürst Anton von Hohenzollern †, 2. Juni . . . . . 178
Generalfeldmarschall Prinz Friedrich Karl †, 15. Juni . . . . . 178
Statthalter Generalfeldmarschall Freiherr von Manteuffel †, 17. Juni . 179
Prinz August von Württemberg †, 12. Januar . . . . . 179
Besetzung der Erzbistümer Posen und Köln . . . . . 180
Streit mit Spanien wegen der Karolinen-Inseln . . . . . 181
Papst Leo XIII. an Fürst Bismarck . . . . . 183
Besitzergreifung der Marschall-Inseln . . . . . 184
Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst Statthalter von Elsaß-Lothringen, 5 Nov. . . 184
Braunschweiger Rechtsfrage . . . . . 186
Prinz Albrecht von Preußen wird Regent von Braunschweig . . . . . 188
Einzug des Prinz-Regenten in Braunschweig, 2. November . . . . . 189
Generalsynode — Prof. Ranke's 90. Geburtstag . . . . . 191

## 1886.

25jähriges Regierungs-Jubiläum des Kaisers . . . . . 192
Gesetz über Erziehung und Vorbildung der Geistlichkeit . . . . . 194
Sicherung des Deutschtums in den östlichen Provinzen . . . . . 195

Seite
Maßregeln zur Bekämpfung des Polentums . . . . . 196
Vorlage wegen des Nord-Ostsee-Kanals . . . . . 197
Branntweinmonopol-Debatten . . . . . 197
Die Besetzung der ledigen Bischofssitze . . . . . 201
Jubiläums-Ausstellung der Akademie der Künste in Berlin . . . . . 202
Krankheit König Ludwig II. von Bayern . . . . . 204
Erlaß des Prinzen Luitpold von Bayern . . . . . 205
König Ludwig II. von Bayern †, 13. Juni . . . . . 206
Prinz-Regent Luitpold übernimmt die Regierung, 28. Juni . . . . . 207
100jähriger Todestag König Friedrich des Großen . . . . . 208
Das Kaiserpaar im Reichsland . . . . . 209
Der Kronprinz in Metz . . . . . 211
Vertrag mit dem Sultan von Sansibar . . . . . 212
Abgrenzung des deutschen Kolonialgebiets . . . . . 213
Militärische Maßnahmen Frankreich gegenüber . . . . . 214
Herbette wird französischer Botschafter in Berlin . . . . . 215
Sicherstellung der Wehrkraft des Reichs . . . . . 215
Debatten über die Militärvorlage . . . . . 217
Prinz-Regent Luitpold von Bayern in Berlin, 7.—10. Dezember . . . . 220

## 1887.

80jähriges Militärjubiläum Kaiser Wilhelm I. . . . . 221
Fürst Bismarck über die Militärvorlage . . . . . 223
Ablehnende Haltung der Reichstagsmajorität . . . . . 225
Auflösung des Reichstags, 14. Januar . . . . . 226
Wahlkampf für den neuen Reichstag . . . . . 227
Fürst Bismarck im Preußischen Landtag . . . . . 229
Die kirchenpolitische Novelle im Preußischen Herrenhause . . . . . 230
Stellung der Geistlichen in der Kirchenpolitik . . . . . 231
Annahme der kirchenpolitischen Vorlage . . . . . 232
Zusammentritt des neuen Reichstags, 3. März . . . . . 233
Septennats-Vorlage, Annahme derselben . . . . . 234
90. Geburtstag Kaiser Wilhelms . . . . . 236
Huldigungen — Teilnahme des Auslandes . . . . . 238
Dankerlaß des Kaisers . . . . . 240
Verhaftung des französischen Polizei-Kommissars Schnäbele . . . . . 242
Grundsteinlegung zum Nord-Ostsee-Kanal, 3. Juni . . . . . 244
Beginn der Krankheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm . . . . . 246
150jähriges Jubiläum der Universität Göttingen, 8.—9. August . . . . . 249
25jähriges Minister-Jubiläum Bismarck's, 23. September . . . . . 251
Bismarck über die Depeschenfälschung bei Kaiser Alexander in Berlin, 18. November 252
Hochverratsprozesse gegen Elsässer . . . . . 253
Verhandlungen über das Deutsche Schutzgebiet in Ostafrika . . . . . 254
Agitation des Klerus im Reichsland . . . . . 254
Landwehr- und Landsturmgesetz . . . . . 255

Seite

## 1888.

Veröffentlichung der Bündnißverträge des Dreibundes . . . . . 258
Fürst Bismarck über die Europäische Lage . . . . . 259
„Wir Deutsche fürchten Gott, sonst aber nichts auf der Welt" . . . . . 260
Prinz Wilhelm in Brandenburg. Provinziallandtag . . . . . 261
Verschlimmerung des Halsleidens des Kronprinzen . . . . . 261
Prinz Ludwig von Baden †, 23. Februar . . . . . 262
**Kaiser Wilhelm I.** †, 9. März . . . . . 263
Eindruck der Todesnachricht . . . . . 264
Kaiser Friedrich kommt nach Berlin-Charlottenburg . . . . . 265
Thronbesteigung Kaiser Friedrich's . . . . . 266
Des Prinzen Alexander von Battenberg Bewerbung . . . . . 267
Vermählung des Prinzen Heinrich mit der Prinzessin Irene von Hessen, 24. Mai 268
Kaiser Friedrich und die Deutsch-Freisinnigen . . . . . 269
Kaiser Friedrich übersiedelt nach dem Neuen Palais (Friedrichskron) . . . . 270
**Kaiser Friedrich III.** †, 15. Juni . . . . . 270
Ergebniß der Sektion . . . . . 271
Der Bericht Dr. Mackenzie's . . . . . 272
Der amtliche Krankheitsbericht . . . . . 272
Einzug des Kaiserpaares in Berlin, 24. Juni . . . . . 273
Eröffnung des Reichstags durch Kaiser Wilhelm II., 25. Juni . . . . . 274
Eröffnung des Preußischen Landtags durch Kaiser Wilhelm II., 27. Juni . 275
Kaiser Wilhelm in Petersburg, Stockholm, Kopenhagen, 14. Juli . . . . 276
Kaiser Wilhelm in Friedrichsruh beim Fürsten Bismarck . . . . . 277
100jähriger Geburtstag König Ludwig I. von Bayern . . . . . 278
Rücktritt des Feldmarschalls Graf Moltke . . . . . 279
Der italienische Minister-Präsident Crispi in Friedrichsruh, 21. August . . . 280
Kaiser Wilhelm in Wien, 3. Oktober . . . . . 280
Kaiser Wilhelm in Rom, 12. Oktober . . . . . 283
Crispi über den Kaiserbesuch . . . . . 284
Die Unterredung zwischen Kaiser und Papst . . . . . 285
Besichtigung von Heer und Flotte Italiens . . . . . 286
Der Aufstand in Deutsch-Ostafrika . . . . . 287
Schlußsteinlegung zu den Hafenbauten in Hamburg, 29. Oktober . . . . . 288
Grundsteinlegung zum Reichsgerichtsgebäude in Leipzig, 21. Oktober . . . 290
Huldigungsadresse der preußischen Bischöfe . . . . . 291
Kaiser Wilhelms Neujahrsglückwunsch an Fürst Bismarck . . . . . 292

## 1889.

Die Kämpfe mit Buschiri und den Arabern in Ostafrika . . . . . 293
Hauptmann Wißmann geht als Kommissar nach Ostafrika . . . . . 294
Neuorganisation in Heer und Flotte . . . . . 294
Prozeß gegen Professor Dr. Geffken . . . . . 295

Seite
70jähriges Jubiläum des Feldmarschalls Graf Moltke, 8. März . . . . . 297
Untergang des „Adler“ und des „Eber“ in Samoa . . . . . 298
Der Arbeiterausstand in Westfalen . . . . . 299
Die Wirren in Samoa . . . . . 300
Konflikt mit der Schweiz in Sachen Wohlgemuth . . . . . 301
König Humbert von Italien und Crispi in Berlin, 31. Mai . . . . . 303
Schah von Persien in Berlin, 9. Juni . . . . . 306
Wettiner Jubelfeier in Dresden, 18. Juni . . . . . 307
Vermählung des Prinzen Leopold von Preußen mit Prinzessin Sophie Louise von Schleswig-Holstein, 24. Juni . . . . . 307
25jähriges Regierungs-Jubiläum des Königs Karl von Württemberg . . . . 308
Die erste Reise des Kaisers nach England . . . . . 309
Kaiser Franz Joseph in Berlin, Juli . . . . . 312
Kaiser Wilhelm in Baden und im Elsaß, August . . . . . 314
Kaiser Alexander III. in Berlin, 11. Oktober . . . . . 317
Kaiser Alexander und Fürst Bismarck . . . . . 318
Kaiserreise nach Athen und Konstantinopel . . . . . 319
Fürstenzusammenkünfte des Kaiserpaars . . . . . 321
Der Kaiser in Süddeutschland . . . . . 322
Eröffnung der Reichstagssession, 22. Oktober . . . . . 323
Der Aufstand in Ostafrika . . . . . 324
Rückkehr Emin Pascha's . . . . . 325
Begrüßung Emin Pascha's durch den Kaiser . . . . . 326

## 1890.

Neujahrsgruß des Kaisers an Fürst Bismarck . . . . . 328
Kaiserin Augusta †, 7. Januar . . . . . 329
Berliner Arbeiterschutz-Konferenz . . . . . 330
Rücktritt des Fürsten Bismarck, 20. März . . . . . 332
Betrachtungen über den Rücktritt . . . . . 333
Danksagung Kaiser Wilhelm's an Fürst Bismarck . . . . . 334
Auszeichnungen des Fürsten . . . . . 335
General der Infanterie von Caprivi wird Reichskanzler, 20. März . . . . 336
Rücktritt des Grafen Herbert von Bismarck . . . . . 336
Berliner Stadtverwaltung und Fürst Bismarck . . . . . 336
Die beiden Häuser des Landtags und Fürst Bismarck . . . . . 337
Abschiedsaudienzen bei Kaiser Wilhelm und Großherzog von Baden . . . . 337
Fürst Bismarck und die Berliner . . . . . 337
Fürst Bismarck am Sarge Kaiser Wilhelm I. . . . . 337
Abschied des Fürsten Bismarck von Berlin, 29. März . . . . . 338
75. Geburtstag des Alt-Reichskanzlers . . . . . 339
Ergebnisse der Arbeiterschutz-Konferenz, Jules Simon . . . . . 340
Ordre des Kaisers über den Offizier-Ersatz . . . . . 340
Erstes Auftreten des neuen Reichskanzlers im Parlament, 15. April . . . 341

Seite

Kaiser Wilhelm übernimmt das Protektorat über das Fürst Bismarck-Denkmal-Komitee . . . . . 342
Kaiser Wilhelm in Bremen . . . . . 342
Heeresvorlage zur Erhöhung der Präsenzstärke . . . . . 343
Moltke und Caprivi über die Vorlage . . . . . 344
Annahme der Vorlage . . . . . 345
Paßzwang in Elsaß-Lothringen beibehalten . . . . . 346
Wißmann bekämpft den Araber-Aufstand in Ostafrika . . . . . 347
Emin Pascha und Dr. Peters . . . . . 347
Deutsch-englischer Vertrag Ostafrika betreffend . . . . . 348
Denkschrift über den Vertrag . . . . . 349
Freiherr von Soden, — von Wißmann Reichskommissar . . . . . 349
Dr. Peters — Emin Pascha-Expedition . . . . . 350
Kronprinz von Italien in Berlin . . . . . 350
Verlobung der Prinzessin Viktoria mit Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe . 351
Kaiser Wilhelm's Nordlandsfahrt — Reise nach England . . . . . 351
Der Kaiser bei König Leopold II. . . . . 351
Uebergabe von Helgoland, 8. August . . . . . 352
Kaiser Wilhelm's Besuch in Rußland, August . . . . . 353
Kaiser Franz Joseph bei den Manövern in Schlesien . . . . . 354
Des Kaisers Rede in Breslau über Sozialpolitik . . . . . 355
Kaiser Wilhelm — Franz Joseph — König von Sachsen auf Rohnstock . . 356
Der Kaiser besucht Moltke auf Creisau . . . . . 356
Neu-Formirung von Regimentern . . . . . 356
90. Geburtstag des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke, 26. Oktober . . . 357
Errichtung des Kolonialrats, 10. Oktober . . . . . 358
König Leopold II., der Belgier, in Berlin . . . . . 359
Reichskanzler Graf Caprivi in Mailand . . . . . 360
80jähriger Geburtstag des Präsidenten des Reichstags Dr. von Simson . . 360
Kommission zur Umgestaltung der Schule . . . . . 361
Der Kaiser beim Reichskanzler . . . . . 362
Professor Rob. Koch's wissenschaftliche Entdeckungen . . . . . 362
Geburt des Prinzen Joachim, 17. Dezember . . . . . 363

## 1891.

Zusammentritt des Reichstags . . . . . 364
Dr. Ludwig Windthorst †, 14. März . . . . . 364
Rücktritt des Kultusministers von Goßler . . . . . 365
Deputation des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen beim Kaiser . . . 365
70. Geburtstag des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern, 12. März . . . 366
Kaiserbesuch in Lübeck . . . . . 367
Fahnenweihe in Berlin, 18. April . . . . . 368
Feldmarschall Graf Helmuth von Moltke †, 24. April . . . . . 369
Fürst Bismarck's Wahl zum Reichstags-Abgeordneten, 30. April . . . . . 371

Seite

Der Kaiser in der Rheinprovinz . . . . . 371
Künstlerfest in Düsseldorf . . . . . 372
Kaiserfest in Köln . . . . . 373
Kaiserfest in Bonn — Kommers der „Borussia“ . . . . . 374
Der Kaiser in Karlsruhe und Darmstadt . . . . . 376
Verlängerung des Dreibundes . . . . . 376
Der Kaiser in Hamburg und Helgoland . . . . . 376
Das Kaiserpaar in England und Holland . . . . . 376
Der Kaiser in Guildhall . . . . . 379
Eindruck der Reden des Kaisers in London . . . . . 380
Ovationen für Fürst Bismarck in Kissingen . . . . . 381
Kaiser Wilhelm bei den Manövern in Österreich und München . . . . . 382
Caprivi's Rede in Osnabrück . . . . . 384
König Karl von Württemberg †, 6. Oktober . . . . . 384
Auszeichnung des Professors Dr. von Helmholtz . . . . . 385
König Karol von Rumänien in Berlin . . . . . 386
Verschwinden Emin Pascha's . . . . . 386
Die Handelsverträge mit Österreich, Italien und Belgien im Reichstag . . . 387
Annahme der Handelsverträge . . . . . 388
Der Kaiser bei der Einweihung des Teltower-Kreishauses . . . . . 389
Erhebung Caprivi's in den Grafenstand . . . . . 390
Ehrung des Professor Dr. Curtius . . . . . 390

## 1892.

Das Württemberg'sche Königspaar in Berlin . . . . . 391
Das Volksschulgesetz im Preußischen Landtage . . . . . 392
Widerstand gegen das Gesetz . . . . . 394
Ablehnung desselben . . . . . 395
Rücktritt des Ministers Graf Zedlitz . . . . . 395
Caprivi legt das Ministerpräsidium nieder . . . . . 396
Amtsantritt der Minister Graf Eulenburg und Dr. Bosse . . . . . 397
Großherzog Ludwig von Hessen †, 13. März . . . . . 397
Freigebung des Welfenfonds . . . . . 398
Der Kaiser im Saarkohlenrevier und in Essen . . . . . 399
Eintritt des Kronprinzen in das Heer . . . . . 399
Grundsteinlegung zum Kaiser Wilhelm-Denkmal a. d. Kyffhäuser, 10. Mai . 400
Die Königin der Niederlande mit ihrer Mutter in Berlin . . . . . 401
Kaiser Wilhelm und Alexander III. in Kiel . . . . . 402
Das italienische Königspaar in Potsdam und Berlin . . . . . 403
Nordlandsfahrt des Kaisers und Reise nach England . . . . . 405
Die englische Presse über den Kaiserbesuch . . . . . 406
Berliner Weltausstellungs-Projekt . . . . . 406
Die Cholera in Hamburg . . . . . 407
Prinzessin Victoria Luise geboren, 13. September . . . . . 407

Seite

Reise des Fürsten Bismarck nach Wien zu den Vermählungsfeierlichkeiten seines Sohnes Herbert . . . . . 408
Ovationen auf dieser Reise in allen Städten . . . . . 409
Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Metz . . . . . 410
Goldene Hochzeit des Großherzoglichen Paares zu Weimar, 8. Oktober . . . 411
Einweihung der Wittenberger Schloßkirche . . . . . 412
Festrede des Kaisers . . . . . 413
Frage der Heeresverstärkung unter Zugrundelegung der 2jährigen Dienstzeit . 414
Die preußischen Steuerreform-Vorlagen . . . . . 416
Neue Steuervorlagen zur Bestreitung des Heeresverstärkung . . . . . 417
Beleuchtung der Heeresvorlage durch den Reichskanzler . . . . . 418
v. Bennigsen über die Heeresvorlage . . . . . 419
Verweisung derselben an eine Kommission . . . . . 420
Vorgänge in den deutschen Schutzgebieten . . . . . 421

## 1893.

Vermählung der Prinzessin Margarethe mit Prinz Friedrich Karl von Hessen . 422
Großfürst-Thronfolger Nicolaus von Rußland in Berlin . . . . . 422
Die Militärvorlage in der Kommission . . . . . 423
Gründung des Bundes der Landwirte auf Tivoli . . . . . 425
Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer . . . . . 425
Ablehnende Haltung der Militär-Kommission . . . . . 426
Fortgang der agrarischen Bewegung . . . . . 427
Agitationen Ahlwardt's . . . . . 427
Antrag Huene zur Militärvorlage, Ablehnung derselben . . . . . 428
Auflösung des Reichstags . . . . . 429
Der Kaiser über die Ablehnung der Vorlage . . . . . 429
Einführung der Einheitszeit, 1. April . . . . . 429
Das Kaiserpaar in Rom zur silbernen Hochzeit . . . . . 430
Das Kaiserpaar beim Papst . . . . . 431
Das Kaiserpaar in der Schweiz . . . . . 431
Eröffnung des neuen Reichstags . . . . . 432
Empfang der Präsidenten des Reichstags durch den Kaiser . . . . . 433
Beratung der Militärvorlage, Annahme derselben . . . . . 434
Des Kaisers Dank an den Grafen Caprivi . . . . . 434
Kaiser Wilhelm in Lothringen, in Urville . . . . . 435
Russisch-deutscher Zollkrieg . . . . . 436
Beratungen der deutschen Finanzminister . . . . . 438
Herzog Ernst von Coburg-Gotha †, 23. August . . . . . 438
Der Kaiser in Württemberg und Ungarn . . . . . 439
Teilnahme des Kaisers an der Erkrankung Bismarck's . . . . . 439
Kaiser Wilhelm's Dank an Kaiser Franz Joseph . . . . . 440
Der Kaiser in Schweden . . . . . 441
Aufstellung der neuen Heeresreform . . . . . 441

Seite
Einführung der zweijährigen Dienstzeit . . . . . 441
Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Bremen, 18. Oktober . . . . 442
50jähriges Militär-Jubiläum des Königs Albert von Sachsen . . . . . 442
Eröffnung des Reichstags . . . . . 443
Opposition der Agrarier gegen die deutschen Handelsverträge . . . . . 444
Neue Finanzvorlagen im Reichstag . . . . . 445
Jesuitengesetz — Börsen(stempel)steuergesetz . . . . . 446
Die Handelsverträge mit Spanien, Serbien, Rumänien . . . . . 446
Entwicklung der Deutschen Schutzgebiete . . . . . 447
Emin Pascha ermordet . . . . . 447

## 1894.

Einbringung des deutsch-russischen Handelsvertrages im Reichstage . . . . 448
Annahme desselben . . . . . 450
Wiederannäherung Kaiser Wilhelm's an den Fürsten v. Bismarck . . . . 452
Fürst Bismarck in Berlin, 26. Januar . . . . . 453
Der Kaiser in Friedrichsruh beim Fürsten v. Bismarck, 16. Februar . . . 455
Das Unglück auf dem Panzerschiff „Brandenburg", 16. Februar . . . . . 456
Der Kaiser in Wilhelmshaven . . . . . 456
Geburtstag des Fürsten v. Bismarck . . . . . 457
Der Antrag Kanitz . . . . . 457
Stellung der Regierung zu demselben . . . . . 459
Schicksal der Steuervorlagen im Reichstage . . . . . 460
Vermählung des Großh. Ernst Ludwig v. Hessen, 19. April . . . . . 461
Verlobung des Großf.-Thronfolger von Rußland mit Prinzessin Alix v. Hessen 461
Der Kaiser wird Chef des ersten **Royal dragoon**-Regiments . . . . . 461
Graf Adolf Friedrich von Schack †, 14. April . . . . . 462
Kaiser Wilhelm wird Erbe der Schack'schen Gemälde-Galerie . . . . . 462
Feier des 350jährigen Bestehens der Universität Königsberg . . . . . 462
Rudolph v. Bennigsen's 70. Geburtstag, 10. Juli . . . . . 463
Katholikentag in Berlin, 26.—30. August . . . . . 463
Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Königsberg . . . . . 464
Kaiserrede in Königsberg . . . . . 464
Kaiser Wilhelm in Thorn . . . . . 467
Kundgebungen der Agrarier und Polen gegen den Grafen Caprivi . . . . 468
Deputationen aus Posen und Westpreußen beim Fürsten Bismarck . . . . 468
Fahnenweihe am 18. Oktober in Berlin . . . . . 469
Deputation ostpreußischer Landwirte beim Kaiser . . . . . 470
Umsturzgesetzvorlage . . . . . 470
Rücktritt des Grafen v. Caprivi und des Ministerpräsidenten Graf Eulenburg 471
Fürst Chlodwig v. Hohenlohe-Schillingsfürst wird Reichskanzler, 26. Oktober 471
v. Köller wird zum Minister des Innern ernannt . . . . . 471
Freiherr v. Hammerstein-Loxten, landwirtschaftl., Schönstedt, Justizminister . . 471
Feier auf der Grünenthaler Hochbrücke am Nord-Ostsee-Kanal . . . . . 472

Seite
Reichstags-Eröffnung — Besitznahme des neuen Reichstagsgebäudes . . . . 472
Schlußsteinlegung im neuen Reichstagsgebäude, 5. Dezember . . . . . 473
Kundgebung der Socialdemokraten in der 1. Sitzung des Reichstags . . . 475
Einbringung der Umsturzvorlage . . . . . 476
Wallot-Feier in Berlin, 7. Dezember . . . . . 476
Gustav Adolph-Feier in Leipzig, 9. Dezember . . . . . 477
Verhandlungen über das Hinterland in Kamerun . . . . . 477

## 1895.

Erste Lesung der Umsturzvorlage . . . . . 479
Der preußische Landwirtschafts-Minister über die Agrarpolitik . . . . . 480
Antrag auf Beglückwünschung Bismarck's im Reichstage . . . . . 481
Präsident v. Levetzow legt sein Amt nieder . . . . . 482
Äußerung des Kaisers über die Haltung des Reichstags . . . . . 482
Das Preußische Abgeordnetenhaus beschließt die Beglückwünschung . . . . 483
80. Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck . . . . . 483
Die Parlamentarier in Friedrichsruh, 25. März . . . . . 483
Kaiser Wilhelm in Friedrichsruh, 26. März . . . . . 485
Fürst Hohenlohe Namens des Bundesrats und Staatsministeriums in Friedrichsruh, 27. März . . . . . 489
Glückwünsche des Kaiserpaares und der fremden Souveraine, 1. April 493
Die Deputationen und Studenten in Friedrichsruh . . . . . 494
Der Fackelzug der Hamburger Kaufleute . . . . . 499
Die fürstlichen Glückwünsche, Telegramme, Briefe 2c. . . . . 499
Bismarckfeier im In- und Auslande . . . . . 500
Deputation der höheren preußischen Lehrer, 8. April . . . . . 502
Die Abordnung aus Steyermark, 13. April . . . . . 503
Vertreter deutscher Innungsverbände, 17. April . . . . . 504
Künstlergenossenschaften aus Darmstadt und München . . . . . 504
Vertreter von 72 sächsischen Städten, 8. Mai . . . . . 505
Rheinländer und Schleswig-Holsteiner, 19. und 26. Mai . . . . . 505
Vertreter des Bundes der Landwirte, 10. Juni . . . . . 505
Ehrenbürger-Briefe . . . . . 506
Fürst Woldemar von Lippe-Detmold †, 20. März . . . . . 507
Lippescher Erb- und Thronfolgestreit . . . . . 507
25jähriges Jubiläum des Staatssekretärs Dr. v. Stephan, 26. April . . 508
Zweite Lesung der Umsturzvorlage, Ablehnung derselben . . . . . 509
Major von Wißmann wird Gouverneur von Ostafrika . . . . . 511
Dr. Carl Peters wird Landeshauptmann am Tanganyka-See . . . . . 511
Grundsteinlegung zum Elb-Trave-Kanal in Lübeck . . . . . 512
Die Vollendung des Nord-Ostsee-Kanals . . . . . 513
Die feierliche Eröffnung desselben, 19. Juni . . . . . 514
Das Kaisermahl zu Hamburg . . . . . 515
Huldigungen für den Kaiser in Hamburg . . . . . 518

Seite
Die Kanalfahrt . . . . . 518
Grundsteinlegung zum Denkmal Kaiser Wilhelm I. bei Holtenau . . . . . 518
Schlußsteinlegung zum „Kaiser Wilhelm-Kanal“ . . . . . 518
Die Urkunde für das Denkmal vom 21. Juni . . . . . 519
Flottenparade in der Kieler Förde . . . . . 520
Kaisermahl in der Festhalle zu Holtenau . . . . . 521
Feuerwerk und Illumination . . . . . 522
Die 25jährigen Jubelfeiern der Schlachttage . . . . . 523
Grundsteinlegung zum Kaiser Wilhelm-Denkmal in Berlin . . . . . 525
Gedenkfeier der Berliner Kriegervereine . . . . . 530
Feier des Sedantages . . . . . 531
Einweihung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche . . . . . 532
Der Festschmuck der Hauptstadt . . . . . 535
Die Parade des Garde-Korps . . . . . 536
Das Festmahl im Schlosse . . . . . 537
Rudolf v. Bennigsen über die Umsturzbestrebungen . . . . . 539
Die Sedanfeiern im Reich . . . . . 540
Kundgebungen des Kaisers und der Kaiserin . . . . . 541
Erbgroßherzogin Elisabeth von Oldenburg † . . . . . 543
Kaiser-Manöver in Pommern . . . . . 544
Das Fest der pommerschen Landstände . . . . . 546
Kaiser von Österreich, König von Sachsen in Stettin . . . . . 548
Kundgebungen der Monarchen von Österreich und Italien . . . . . 550
Kabinetsschreiben an den Grafen von Waldersee . . . . . 551
Die großen Flottenübungen des Jahres 1895 . . . . . 552
Gedenkfeier auf dem Schlachtfelde von Wörth . . . . . 552
Die Vollendung des neuen Reichsgerichtsgebäudes . . . . . 553
Reichstagssession — Rede des Kaisers in Breslau . . . . . 554
Besuch des Kaisers beim Fürsten Bismarck . . . . . 556

## 1896.

Feier des Gedenktages der Errichtung des Deutschen Reiches . . . . . 556
Kundgebungen aus Anlaß der Feier . . . . . 559
Kaiserlicher Erlaß vom 22. Januar . . . . . 560
Das bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich . . . . . 561
Militärisches Dienst-Jubiläum des Prinzen Georg von Sachsen . . . . . 561
Festmahl des Deutschen Reichstags . . . . . 562
Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Wilhelmshaven . . . . . 563
Reise des Kaiserpaares nach Italien und Österreich . . . . . 563
Vermählungsfeier in Koburg . . . . . 565
Heinrich von Treitschke † . . . . . 566
Berliner Gewerbe-Ausstellung . . . . . 566
Feier des 200jährigen Bestehens der Akademie der Künste . . . . . 567

Seite
Gedenkfeier der freiwilligen Krankenpflege im Kriege . . . . . 569
Erinnerungsfeier an den Frankfurter Frieden . . . . . 570

Die Entwickelung des deutschen Kriegswesens zur See . . . . . 572
Die wirtschaftliche Entwickelung Berlins . . . . . 577
Schlußwort . . . . . 580

# Vorwort.

Der rege geistige Pulsschlag, der unsere Zeit durchdringt und alle Vorgänge und Erscheinungen derselben in Wort und Bild festzuhalten und zum Gemeingut zu machen strebt, hat bei der 25. Wiederkehr der Sieges-Gedenktage des Krieges eine reiche Fülle von litterarischen Erzeugnissen über die Kämpfe von 1870/71 gezeitigt. In Darstellungen, die nach Art, Form und Umfang sehr verschieden waren und im Gewande von kriegsgeschichtlichen Darstellungen, Memoiren, Korrespondenzen, Monographien, Truppengeschichten, Tagebüchern u. s. w. erschienen, fand der Strom dieser Litteratur Eingang in allen Kreisen des Volkes und regte in den Mitkämpfern jener Tage das Andenken an die Großthaten und den Ruhm der mit den Waffen errungenen Erfolge mächtig an, während er vor den Augen der heranwachsenden Jugend das Bild unserer nationalen Erhebung entrollte und zeigte, wie aus den Keimen der Einigung zwischen Nord und Süd in der Stunde der Entscheidung die reife Frucht der vollen Einheit und Kraft hervorging.

Die warme Teilnahme und Empfänglichkeit für die Schrift- und Bilderwerke des deutsch-französischen Krieges, die schnelle und umfassende Verbreitung, welche dieselben fanden, bewiesen, daß im öffentlichen Bewußtsein der Gedanke ungeschwächt weiter lebt, wie der Krieg das Werkzeug war, dessen sich die Vorsehung bediente, um dem volkstümlichen Genius die Bahn zu weisen, auf welcher fortschreitend er des alten Reiches Herrlichkeit zu neuem Leben erweckte.

Der Kriegslitteratur schließt sich das vorliegende Buch, dessen Widmung Se. Durchlaucht der Fürst Bismarck freundlich angenommen hat, an. Es verfolgt den Zweck, in kurzen und flüchtigen Umrissen zu zeigen, daß nachdem die geeinigte Kraft des

Volkes sich in wunderbaren Siegen und Erfolgen bewährt hatte, das, was in gewaltigen Thatsachen und in allen Herzen schon Leben gewonnen, auch in der Gestaltung des neuen deutschen Staatswesens zum wirklichen vollen Ausdruck gelangte. Es will außerdem bekunden, daß die ganze deutsche Entwicklung, wie sie sich im ersten Vierteljahrhundert vollzogen, aus dem Geist des deutschen Volkes unter dem sichtlichen Walten Gottes hervorgegangen ist. — Noch ist die Spanne Zeit, welche seit Begründung der neuen Ordnung der Dinge vergangen, zu kurz, um den Zeitgenossen feste und deutliche Ausblicke auf die Vergangenheit zu gewähren und sie vom Standpunkt der geschichtlichen Forschung zu beleuchten. Es kann sich nur darum handeln, in großen Zügen die Vorgänge, welche den ersten fünfundzwanzig Jahren der nationalen Einheit ihr historisches Gepräge gaben, kurz aneinander zu reihen und sie anschaulich vor dem Leser zu gruppieren. Dies ist in der Weise versucht worden, daß die in den Rahmen eines jeden der bisher vergangenen 25 Jahre fallenden Ereignisse, nach den einzelnen Materien geordnet, in knappster Zusammenfassung zur Darstellung gebracht wurden, wobei der Grundtendenz des Buches entsprechend, der Schwerpunkt darauf gelegt worden ist, die Empfindung der Liebe und Anhänglichkeit an Kaiser und Reich, an König und Vaterland in die Herzen der Zeitgenossen als eine Saat zu verpflanzen, welcher reiche und gesegnete Früchte entsprießen mögen!

Die Verlagshandlung konnte sich nicht versagen, in diesem Buche auch Denjenigen ein Denkmal aufzurichten, die mit ihrem Heldenmut und ihrem Herzblut den Grundstein zu dem neuen Deutschen Reich gelegt haben. Es konnte dies nicht besser geschehen, als durch Wiedergabe der, den frischen Eindrücken entsprossenen, amtlichen Depeschen vom Kriegsschauplatz, die hier folgen.

# 191

# Amtliche Depeschen

## vom Kriegsschauplatz 1870—1871.

---

### 1.

Trier, den 30. Juli, Mittags 12 Uhr.

Der Feind hält sich ruhig.

Saarbrücken, den 30. Juli, Nachmittags 5 Uhr.

Unsere Infanterie hat im Falle überlegenen Angriffs Befehl, sich aus Saarbrücken zurück zu ziehen; die Kavallerie soll Fühlung am Feinde behalten.

Oestlich von Thionville konzentriert sich der Feind. Derselbe hat Gersweiler verlassen, nachdem er aus dem Walde von St. Arnual vertrieben worden ist.

Saarlouis, den 31. Juli, Vormittags 9 Uhr.

Hinter Forbach standen gestern vom Feinde 4 Infanterie-Regimenter, 1 Jäger-Bataillon, 3 Reiter-Regimenter und 1 Batterie.

---

### 2.

Am 2. August Vormittags 10 Uhr ist das kleine Detachement in Saarbrücken von 3 feindlichen Divisionen angegriffen, die Stadt mit

23 Geschützen beschossen worden. Um 12 Uhr wurde die Höhe des Exercierplatzes, um 2 Uhr die Stadt von dem Detachement geräumt und der Rückzug zum nächsten Soutien angetreten.

Verlust verhältnißmäßig gering.

Nach Aussage eines Gefangenen war der Kaiser um 11 Uhr vor Saarbrücken eingetroffen.

---

## 3.

In der letzten Nacht von der Armee eingegangene Details über das Gefecht bei Saarbrücken lauten:

Ungeachtet des Feuers einer bedeutenden Artillerie verblieben unsere Vorposten in ihrer Stellung bis zur vollen Entwickelung des Gegners; erst als dieser 3 Divisionen formiert hatte und vorging, räumte die schwache preußische Vorposten-Abteilung die Stadt und nahm dicht nördlich derselben eine neue Beobachtungs-Stellung.

Diesseitiger Verlust in diesem Vorposten-Gefecht 2 Offiziere, 70 Mann trotz Chassepots, Mitrailleusen und zahlreicher Artillerie. — Der Feind scheint bedeutende Verluste zu haben.

An demselben Tage, 2. August, ging der Feind bei Reinheim östlich Saargemünd mit einer starken Kolonne über die Grenze, eröffnete auf die kleinsten diesseitigen Patrouillen heftiges Tirailleurfeuer ganzer Kompagnien, wobei jedoch nur ein Pferd gestreift wurde; vor Anbruch der Nacht ging der Feind wieder zurück.

Unsere Truppen in allen diesen kleinen Gefechten herrlich.

Berlin, den 4. August 1870.

---

## 4.

Glänzender aber blutiger Sieg der Kronprinzlichen Armee, unter des Kronprinzen Augen, bei Erstürmung von Weißenburg und des dahinter liegenden Geisberges, durch Regimenter vom 5. und 11. preußischen und 2. bayerischen Armeekorps.

Französische Division Douay vom Korps Mac Mahon, unter Zurücklassung ihres Zeltlagers, in Auflösung zurückgeworfen.

General Douay todt. Ueber 500 unverwundete Gefangene, darunter viele Turcos, und 1 Geschütz in unseren Händen.

Unserseits General Kirchbach leichter Streifschuß. Königs-Grenadier- und 50. Regiment starke Verluste.

Berlin, den 4. August 1870.

---

## 5.

Mainz, 4. August.

### An die Königin Augusta.

Berlin.

Unter Fritzens Augen heute einen glänzenden aber blutigen Sieg erfochten durch Stürmung von Weißenburg und des dahinter liegenden Geisberges. Unser 5. und 11. Korps und 2. bayrisches Armee-Korps fochten.

Feind in Flucht. 500 unverwundete Gefangene, eine Kanone und das Zeltlager in unseren Händen.

Divisions-General Douay todt. Von uns General v. Kirchbach leicht gestreift.

Mein Regiment und 58er starke Verluste. Gott sei gepriesen für diese erste glorreiche Waffenthat! Er helfe weiter!

**Wilhelm.**

---

## 6.

Mainz, Freitag, den 5. August, Vorm. 9 Uhr 25 Min.

Nach soeben im großen Hauptquartier eingegangenen Nachrichten sind in dem Gefecht bei Weißenburg nicht 500, sondern 800 unverwundete französische Soldaten in preußische Kriegsgefangenschaft gefallen.

Auch in Mainz sind bereits französische Kriegsgefangene eingetroffen.

München, Freitag, den 5. August, Vorm.

Eine amtliche Mittheilung des bayerischen Kriegs-Ministeriums meldet, daß sich unter den 800 bei Weißenburg in Kriegsgefangenschaft gefallenen Franzosen 18 Offiziere befinden.

Frankfurt a. M., Freitag, 5. August, Vorm. 11 Uhr 20 Min.

Soeben traf ein Zug von Weißenburg mit 10 gefangenen Offizieren und 480 Mann französischen Gefangenen, darunter viele Turcos, hier ein. Die Gefangenen wurden hier gespeist, dann nach dem Norden, wie man hört über Berlin, weiter befördert.

---

## 7.

Eine von der Armee am 6. August Morgens eingegangene Depesche sagt: Der Kronprinz hat am 5. d. den Vormarsch über Weißenburg hinaus fortgesetzt, ohne auf ernstlichen Widerstand zu stoßen. Die von ihm passierten französischen Ortschaften mit Verwundeten gefüllt, unter

letzteren auch der Oberst des französischen 50. Regiments. — Der tiefe Eindruck des Gefechts unverkennbar.

Bei Saarbrücken findet der Feind ein barbarisches Vergnügen daran, die unbesetzte Stadt immer von Neuem mit Granaten zu überschütten, in keiner anderen Absicht, als seinen Muth an friedlichen Bürgern zu üben.

Berlin, den 6. August 1870.

---

## 8.

Siegreiche Schlacht bei Wörth.

Mac Mahon mit dem größten Teile meiner Armee vollständig geschlagen, Franzosen auf Bitsch zurückgeworfen.

Auf dem Schlachtfelde bei Wörth.

**Friedrich Wilhelm.**

---

## 9.

Mainz, den 6. August, Abends 6 Uhr 10 Min.

Die französische Armee hat auf der ganzen Linie Kehrt gemacht und ist auf dem Rückzuge ins Innere begriffen. Auch das nach der berühmten Schlacht der drei französischen Divisionen gegen drei preußische Kompagnien von den Franzosen besetzte Saarbrücken haben dieselben wieder geräumt, vor ihrem Abzuge aber diese offene und wohlhabende Stadt in Brand gesteckt.

Auf ihrem Rückzuge haben sie von den nahen Bergen dem angelegten Feuer durch Brandkugeln nachgeholfen.

---

## 10.

Mainz, 6. August, Abends 9 Uhr.

An General v. Hanenfeldt.

Die Têten der preußischen Kolonnen hatten sich am 5. der Saar genähert, heute früh traf General v. Kameke westlich Saarbrücken den Feind in starker Stellung auf den Bergen bei Spicheren und ging sofort zum Angriff über. Auf den Kanonendonner eilten Abteilungen der Divisionen Barneckow und Stülpnagel eben dahin, General v. Goeben übernahm das Kommando und gelang es nach sehr heftigem Kampfe die von Seiten des französischen Korps Frossard besetzte Position zu erstürmen. General v. François und Oberst v. Reuter verwundet.

A. L. v. Verdy.

Mainz, 7. August, 4 Uhr 30 Min. Morg.

An General v. Hanenfeldt.

Kronprinz meldet vom 6. Abends: In siegreicher Schlacht über Mac Mahon, dessen Korps verstärkt durch Divisionen der Korps de Failly und Canrobert, 2 Adler, 6 Mitrailleusen und einige 30 Geschütze genommen, über 4000 Gefangene vorläufig gezählt. General Bose verwundet. General Kirchbach kommandierte wieder sein Korps. Beiderseits starke Verluste.

v. Podbielski.

Mainz, 7. August, 6 Uhr Morgens.

An General v. Hanenfeldt.

General Goeben meldet weiter über Gefecht westlich Saarbrücken: Mehrere Hundert Gefangene vom Korps Frossard. Nach ihren Aussagen standen uns 4 Divisionen gegenüber. Ende des Kampfes erst bei völliger Dunkelheit. Feind deckte seinen Rückzug durch starkes Geschützfeuer von Spicheren her. General Steinmetz gegen Abend angekommen und Befehl übernommen. General François gefallen. Verlust, namentlich an Offizieren, groß, vom Feinde zahlreiche Todte.

v. Verdy.

## An die Königin Augusta.

Welches Glück, dieser neue große Sieg durch Fritz. Preise nur Gott für seine Gnade! Gewann einige 30 Geschütze, 2 Adler, 6 Mitrailleusen, 4000 Gefangene. Mac Mahon war verstärkt aus der Haupt-Armee.

Es soll Victoria geschossen werden.

**Wilhelm.**

---

## II.

Homburg, den 8. August, 9 Uhr 45 Min. früh.

Seine Königliche Hoheit der Kronprinz meldet:

Der Feind ging nach gestriger Schlacht von Wörth in größter Aufregung zurück. Bei Niederbronn versuchte französische Artillerie zu halten, es wurde von den Bayern genommen. Der Feind ging auf der Straße nach Bitsch zurück. Württembergische Kavallerie nahm bei Reichshofen viele Vorräte und 4 Geschütze. Todte und Verwundete bedeckten die Rückzugsstraße. Heute früh wurde das vom Feinde verlassene Hagenau besetzt.

An der Saar wurde Saargemünd von den diesseitigen Truppen besetzt. Forbach ist nach leichtem Gefecht genommen.

---

## 12.

Saarbrücken, den 9. August, 11 Uhr 45 Min. Nachts.

An General v. Hanenfeldt.

Das Gefecht am 6. August bei Spicheren unweit Saarbrücken hat größere Dimensionen und Resultate gehabt, als bisher bekannt gewesen. Das französische Korps Frossard ist in demselben fast gänzlich aufgelöst worden. Die Verluste desselben an Todten und Verwundeten sind außerordentlich bedeutend. Das Lager einer Division und verschiedene bedeutende Magazine sind genommen; außerdem eine sehr große Anzahl Gefangene eingebracht, deren Zahl sich noch stündlich vermehrt. Bis jetzt bereits über 2000. Aber auch der diesseitige Verlust bedeutend. Bei der 5. Division allein circa 1800 Mann. Die französische Armee weicht auf allen Punkten zurück. St. Avold von diesseitigen Truppen besetzt.

Patrouillen streifen bis 2 Meilen von Metz. Sonst am 9. bis jetzt nichts von Belang gemeldet.

v. Podbielski.

---

## 13.

Saarbrücken, 9. August 1870.

Bei Forbach haben unsere Truppen dem Feinde einen vollständigen Brückentrain von etwa 40 Wagen abgenommen. Daß dies geschehen konnte, wird als ein Symptom starker Demoralisation auf feindlicher Seite angesehen.

---

## 14.

Saarbrücken, 10. August, Abends 10 Uhr 40 Min.

An General v. Hanenfeldt.

Die französische Armee setzt ihren Rückzug gegen die Mosel auf allen Punkten fort. Von sämtlichen preußischen Armeen folgt die Kavallerie ihr auf dem Fuße.

Die Linie Saarunion, Groß-Tenquin, Faulquemont, Fouling, les Etangs ist von der Kavallerie bereits überschritten.

Große Vorräte von Lebensmitteln, zwei Ponton-Kolonnen, mehrere Eisenbahn-Trains sind in unsere Hände gefallen.

Die kleine Festung Lützelstein (La petite pierre) in den Vogesen ist vom Feinde geräumt, unter Zurücklassung von Geschützen und Vorräten.

v. Verdy.

---

## 15.

St. Avol, den 12. August, 7 Uhr 15 Min. Abends.

Die französische Armee hatte die Position an der französischen Nied zur Verteidigung eingerichtet. Trotzdem ist sie gestern bei Metz über die Mosel zurückgegangen. — Unsere Kavallerie vor Metz, Pont-à-Mousson und Nancy. — Abteilungen unserer Armee vor Straßburg eingetroffen. — Die kleine Festung Lichtenstein in den Vogesen hat kapituliert. — Lützelstein (La petite pierre) ist vom Feinde verlassen. — Daselbst und an anderen verschiedenen Stellen große Magazine und Militär-Vorräte vorgefunden.

---

## 16.

Aus dem großen Hauptquartier.

Herny, den 13. August, $10^1/_2$ Uhr Abends.

Ein feindliches Bataillon von Metz per Bahn auf Pont-à-Mousson dirigiert, zog, als unsere Infanterie heute früh die Stadt besetzte, mit Hinterlassung seines Gepäcks eiligst ab.

Nancy ist vom Feinde geräumt.

Unsere Kavallerie zerstörte nördlich der Stadt die Bahn Frouard, andere Kavallerie-Abteilungen nahmen Fourage-Transport in den Vorposten der auf dem Glacis von Metz noch befindlichen französischen Truppen.

---

## 17.

Ihre Majestät die Königin hat soeben von Seiner Majestät dem Könige folgende Depesche erhalten:

Herny, Sonntag, 14. August.

Siegreiches Gefecht bei Metz durch Truppen des IV. und I. Armee-Korps. Details fehlen noch.

Ich begebe Mich sogleich auf das Schlachtfeld.

**Wilhelm.**

---

## 18.

Herny, den 15. August, 7 Uhr 30 Min. Abends.

**An die Königin Augusta.**

Berlin.

Um 3 Uhr vom Schlachtfelde von Metz zurück. — Die Avantgarde des VII. Korps griff gestern Abend gegen 5 Uhr den abziehenden Feind an; dieser stellte und verstärkte sich zusehends aus der Festung. — Die

13. Division und Teile der 14. unterstützten die Avantgarde, desgleichen Teile des I. Armee-Korps. — Ein sehr blutiges Gefecht entspann sich auf der ganzen Linie: der Feind ward auf allen Punkten geworfen und die Verfolgung ging bis vor das Glacis der Außenwerke. — Die Nähe der Festung gestattete dem Feinde vielfach, seine Blessierten zu sichern. Nachdem unsere Blessierten geborgen waren, zogen die Truppen in ihre alten Bivouacs mit Tagesanbruch. — Die Truppen sollen sich alle mit unglaublicher und bewunderungswürdiger Energie und mit Lust geschlagen haben. — Ich habe viele gesehen und ihnen von Herzen gedankt. — Der Jubel war ergreifend. — Ich sprach mit General Steinmetz, Zastrow, Manteuffel, Goeben.

**Wilhelm.**

Großes Hauptquartier Herny, per Post wegen Drahtstörung nach Saarbrücken befördert.

Den 14. d. M., gegen 4 Uhr Nachmittags, glaubte unsere vor Metz befindliche Avantgarde den Abmarsch der unter dem Schutz der Festung noch lagernden Korps zu erkennen. Unverzüglich griff Brigade Goltz die Arrièregarde des Korps Decuen (bisher Bazaine) an, verwickelte diese in so heftiges Gefecht, daß das feindliche Korps sowie Abteilungen des Korps Frossard zu ihrer Unterstützung Front machen mußten. General Glümer führte seine zweite Brigade Osten-Sacken sofort vor. Rechtzeitig griffen ferner die Divisionen Kameke und Wrangel in wirksamster Weise auf dem linken Flügel in das Gefecht ein und warfen den Feind schließlich auf allen Punkten bis hinter die Festungswerke.

Inzwischen hatte das Korps l'Admirault die rechte Flanke des I. Armee-Korps zu erfassen versucht, aber es wurde vom General von Manteuffel mit seinen Tambour-battant vorgehenden Reserven angegriffen und unter Erstürmung einer Reihe von Abschnitten der Feind auch auf diesem Flügel eben so entschieden in die Festung zurückgeworfen. Die diesseitigen Truppen drangen bis Bellecroix und Borny bis in den Bereich der neu angelegten Forts vor. Heute früh rekognoszierte Seine Majestät der König das Schlachtfeld und besichtigte die zur sicheren Abführung der preußischen wie französischen Verwundeten auf demselben stehen gebliebenen diesseitigen Vorposten. Von den höchstliegenden Punkten war auf dem rechten Ufer der Mosel vom Feinde nichts mehr zu erkennen. Dichte Staubwolken jenseits des Flusses ließen auf den Abmarsch der feindlichen Haupt-Armee schließen.

Herny, 15. August, 9 Uhr 30 Min. Abends.

Die kleine Festung Marsal hat nach kurzer Beschießung des bayerschen II. Armee-Korps kapituliert. Erhebliche Bestände und circa 60 Geschütze sind daselbst vorgefunden.

---

## 19.

Mundolsheim, 16. August, 9 Uhr 40 Min. Abends.

Die Garnison von Straßburg unternahm heute Nachmittag einen Ausfall gegen Ostwald und wurde nebst Verlust an Mannschaft und drei Geschützen zurückgeschlagen.

von Werder.

---

## 20.

Pont-à-Mousson, 17. August, 7 Uhr 10 Min. Abends.

General-Lieutenant v. Alvensleben mit dem dritten Armee-Korps am 16. westlich von Metz auf die Rückzugsstraße des Feindes nach Verdun vorgerückt. Blutiger Kampf gegen Divisionen von Decan, l'Admirault, Frossard, Canrobert und die Kaiserliche Garde. Vom zehnten Korps (durch) Abteilungen des achten und neunten Korps, unter Oberbefehl des Prinzen Friedrich Karl, successive unterstützt, wurde der Feind trotz bedeutender Überlegenheit nach zwölfstündigem heißen Ringen auf Metz zurückgeworfen. Verluste aller Waffen auf beiden Seiten sehr bedeutend; diesseits General v. Döring und v. Wedel gefallen, v. Rauch und v. Grüter verwundet. Se. Majestät der König begrüßten heute die Truppen auf dem siegreich behaupteten Schlachtfelde.

v. Verdy.

---

## 21.

Ihre Majestät die Königin hat von Sr. Majestät dem Könige eine aus Pont-à-Mousson den 17. August, 11 Uhr Abends datierte Depesche über die Schlacht am 16. August erhalten, die noch folgende interessante Details neben dem bereits bekannten Inhalt enthält. Die Schlacht fand bei Mars-la-Tour statt.

Die Kavallerie nahm 2 Adler und 7 Kanonen.

---

## 22.

Witto, Posthaus, Mittwoch, 17. August.

Die Flotillen-Division, bestehend aus Seiner Majestät Yacht „Grille“ und den Kanonenbooten „Drache“, „Blitz“ und „Sala-

mander", ist heute Nachmittag westlich von Rügen im Gefecht gegen vier französische Panzer-Fregatten, eine Korvette und ein Aviso gewesen. Die feindliche Flotte liegt gegenwärtig noch seewärts vom Dornbusch. Dieselbe, unter Befehl eines Vice-Admirals, kam von Westen und wurde von „Grille" zuerst nordwärts von Darserort angetroffen. Keine Verluste.

Graf Waldersee.

---

## 23.

### Großer Sieg!

**unter Führung Seiner Majestät des Königs.**

### An Ihre Majestät die Königin.

Bivouac bei Rezonville, den 18. August, 9 Uhr Abends.

Die französische Armee in sehr starker Stellung westlich von Metz heute unter Meiner Führung angegriffen, in neunstündlicher Schlacht vollständig geschlagen, von ihren Verbindungen mit Paris abgeschnitten und gegen Metz zurückgeworfen.

**Wilhelm.**

---

## 24.

Von der Armee sind bis jetzt keine näheren Details über die Schlacht am 18. August eingegangen — bis auf die Mitteilung, daß die feindliche Haupt-Armee sich in der Nacht vom 18. zum 19. ganz in die Befestigungen von Metz zurückgezogen hat.

---

## 25.*)

Stuttgart, Sonntag, den 21. August.

Von dem württembergischen Kriegs-Ministerium wird Folgendes amtlich publiciert:

Die Vogesen-Festung Pfalzburg (an der Straße von Saverne nach Nancy), welche bisher von den württembergischen Truppen eingeschlossen war, hat gestern Nachmittag bereits kapituliert.

Berlin, den 21. August 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

*) Der Inhalt dieser Depesche beruht auf der falschen Angabe eines württembergischen Postmeisters. Der Vollständigkeit wegen ist sie hier abgedruckt. Pfalzburg wurde erst am 12. Dezember 1870 übergeben, siehe 118. Depesche.

## 26.

Dresden, Sonntag, den 21. August, Mittags.

Das „Dresdner Journal" veröffentlicht nachstehenden, beim sächsischen Kriegs-Ministerium eingegangenen telegraphischen Bericht über den Anteil des zwölften (Königlich sächsischen) Armee-Korps an der Schlacht bei Rezonville:

„Das sächsische Armee-Korps war neben den preußischen Garden um 4 Uhr mit gutem Erfolge ins Gefecht getreten. Beide Divisionen und die Korps-Artillerie waren engagiert. Verluste und Details noch unbekannt. Viele Gefangene gemacht. Engagiert waren das zweite, siebente, achte, neunte, zwölfte, dritte und Garde-Korps und Artillerie."

---

## 27.

In der Schlacht am 18. waren vorzugsweise engagiert: Garde, 2., 7., 8., 9. und 12. Armee-Korps. In Reserve befanden sich das 3. und 10. Korps, von diesen nur geringe Abteilungen im Gefecht, größtenteils Artillerie. Der Feind in festungsähnlicher Position mit seiner ganzen Armee, ausgenommen das Korps Mac Mahon und 2 Divisionen Failly. Bei Einbruch der Nacht sämtliche Höhen erstürmt. Verlust noch nicht annähernd zu übersehen. General Craushaar (Sachsen), Oberst Roeder, Erckert todt. Dauer der Schlacht von 12 Uhr Mittags bis 9 Uhr Abends. Mehrere Tausend Gefangene gemacht.

v. Podbielski.

---

Diese, am 22. Morgens 7 Uhr eingetroffene Depesche ist in Pont-à-Mousson aufgegeben; das Datum der Aufgabe bleibt noch festzustellen.

Berlin, den 22. August 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 28.

Bar le Duc, 24. August, 9 Uhr Abends.

Chalons ist vom Feinde geräumt, unsere Spitzen darüber hinaus. — Die Armee setzt ihren Vormarsch fort.

v. Podbielski.

---

## 29.

Mundolsheim, den 26. August, 9 Uhr Morgens.

Seit dem 23. Abends wird Stadt und Festung Straßburg von Kehl mit Belagerungsgeschützen beschossen; von der Südfront des Nachts

mit der Feldartillerie, von der Nordfront seit 24. früh mit Belagerungsgeschützen. Die Vorposten stehen 5 bis 800 Schritt von der Festung. Der Schaden in Straßburg bedeutend. Kleinere Pulvermagazine sind in die Luft geflogen, Citadelle, Magazine und eine große Anzahl Gebäude stehen in Flammen.

Verluste diesseits sehr gering.

v. Werder.

---

## 30.

Bar le Duc, den 26. August, 3 Uhr Nachm.

Die kleine Festung Vitry hat sich gestern früh, am 25. August, ergeben. 16 Kanonen wurden vorgefunden. Zwei Bataillone Garde mobile, welche sich verirrt hatten, wurden von unserer Kavallerie gesprengt. 17 Offiziere und 850 Mann gefangen.

Diesseitiger Verlust: Major v. Friesen schwer blessiert, 3 Mann verwundet.

v. Podbielski.

---

## 31.

Von der Armee sind in den letzten Tagen mehrfach Telegramme eingegangen, die indes 3 bis 4 Tage bedurften, um in Berlin einzutreffen, und somit von Privatnachrichten überholt worden sind. — Nicht bekannt bis jetzt war, daß die französischen Generale Frossard und Bourbaki verwundet sein sollen. —

Großes Hauptquartier, 28. August, 7 Uhr Abends.

Gestern siegreiches Gefecht des 3. sächsischen Reiterregiments, eine Eskadron des Ulanenregiments Nr. 18 und der Batterie Zwinker gegen 6 Eskadrons französischer Chasseurs in der Gegend von Busancy. Der französische Kommandeur verwundet und gefangen.

v. Podbielski.

---

## 32.

Varennes, 30. August, 2 Uhr 30 Min. Nachm.

Die Avantgarde des zwölften (königlich-sächsischen) Armeekorps hatte heute Nachmittag ein glückliches Gefecht bei Nouart mit Truppen des französischen fünften Armeekorps. Die die Verbindung von Thionville mit Paris vermittelnde Eisenbahn ist zwischen Thionville und Mezières an zwei verschiedenen Stellen durch diesseitige Detachements unterbrochen. Zwei preußische Husareneskadrons stürmten, abgesessen, Voncq und machten daselbst viele Gefangene, Turcos, Infanterie und Pompiers

v. Podbielski.

---

## 33.

### An die Königin Augusta in Berlin.

Varennes, den 30. August, 3 Uhr 30 Min. Nachm.

Wir hatten gestern ein siegreiches Gefecht durch das vierte, zwölfte (sächsische) und erste bayerische Korps. Mac Mahon geschlagen und von Beaumont bis über die Maas bei Mouffon zurückgedrängt. 12 Geschütze, einige Tausend Gefangene und sehr viel Material in unseren Händen. Verluste mäßig. Ich kehre soeben auf das Schlachtfeld zurück, um die Früchte des Sieges zu verfolgen.

Möge Gott uns ferner gnädig helfen wie bisher!

**Wilhelm.**

---

## 34.

Varennes, 1. September, 9 Uhr 20 Min. Vorm.

Der Versuch Mac Mahons, Metz zu entsetzen, ist durch die Operationen der letzten Tage und die Schlacht am 30. völlig vereitelt. In der gestrigen Schlacht mehr als 20 Geschütze genommen. Verlust des Feindes außerordentlich groß, der unsrige verhältnismäßig gering. Früher haben preußische Ulanen und Husaren, letztere zu Fuß, zwei von stärkerer feindlicher Infanterie besetzte Dörfer in der Nähe von Sedan genommen.

v. Podbielski.

---

## 35.

### An die Königin Augusta in Berlin.

Auf dem Schlachtfelde von Sedan,
1. September, 3 Uhr 15 Min. Nachm.

Seit halb 8 Uhr siegreich fortschreitende Schlacht rund um Sedan. — Garde, vierte, fünfte, elfte, zwölfte Korps und Bayern. — Feind fast ganz in die Stadt zurückgeworfen.

**Wilhelm.**

---

## 36.

St. Barbe bei Metz, den 1. September, 9 Uhr 45 Min. Abends.

An General v. Borke, Königsberg i. Pr.

Seit gestern früh ist Marschall Bazaine mit seiner ganzen Armee im Kampf gegen das erste Armeekorps und die ihm zugeteilte Division v. Kummer bei Tag und Nacht gewesen, und gestern in der Nacht und heute überall siegreich zurückgeschlagen worden.

Die Franzosen haben mit großer Tapferkeit gefochten, mußten aber der ostpreußischen weichen.

Prinz Friedrich Carl, der Oberbefehlshaber der Cernierungstruppen, hat gestern und heute dem ersten Armeekorps seine Anerkennung und seinen Glückwunsch zu beiden Siegen ausgesprochen. Die vierte Landwehrdivision hat an dem heutigen Siege ruhmreichen Anteil.

v. Manteuffel.

---

## 37.

Mundolsheim, den 2. September, 11 Uhr Mittags.

Der Feind eröffnete heute früh 4 Uhr von der ganzen Front ein sehr heftiges, nicht gut gezieltes Feuer. Heftiger Geschützkampf. Um 8 Uhr war der Feind zum Schweigen gebracht. Verluste unserer Artillerie noch nicht bekannt, jedenfalls nicht bedeutend. Zu gleicher Zeit fiel der Feind auf der Insel Waaken und gegen den Bahnhof aus. Oberst Renz warf mit einem Bataillon 2. badischen Grenadierregiments den Feind vom Bahnhof bis in die Festung. Hauptmann Graef dieses Regiments geblieben, circa 50 Mann tot und verwundet. Angriff auf Waaken durch das 30. Regiment abgeschlagen, 1 Offizier und 4 Chasseurs gefangen. Lieutenant v. Versen verwundet. Die zweite Parallele fast vollendet.

v. Werder.

---

## 38.

Malamcourt, den 2. September, 11 Uhr 20 Min. Vorm.

Vom Morgen des 31. August bis Mittag des 1. September hat Marschall Bazaine fast unausgesetzt versucht, mit mehreren Korps aus Metz nach Norden durchzubrechen. Unter Oberbefehl des Prinzen Friedrich Carl hat General v. Manteuffel alle diese Versuche in ruhmvollen Kämpfen, die in dem Namen Schlacht bei Noisseville zusammenzufassen, zurückgeschlagen. Der Feind wiederum in die Festung zurückgeworfen.

An den Gefechten waren beteiligt: Das erste Armeekorps, das neunte Armeekorps, die Division Kummer (Linie und Landwehr) und die 28. Infanteriebrigade. Die Hauptgefechte fanden um Servigny, Noisseville und Retonfay statt. Nächtliche Überfälle wurden mit ostpreußischen Kolben und Bajonetten zurückgewiesen. Unsere hierfür verhältnismäßig nicht sehr großen Verluste noch nicht zu übersehen, die des Feindes sehr bedeutend.

General v. Stiehle.

---

## 39.

## Der Königin Augusta in Berlin.

Vor Sedan, 2. September, 1 Uhr 30 Min. Nachm.

Die Kapitulation, wodurch die ganze Armee in Sedan kriegsgefangen, ist soeben mit dem General Wimpfen geschlossen, der an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon das Kommando führte. Der Kaiser hat nur sich selbst Mir ergeben, da er das Kommando nicht führt und alles der Regentschaft in Paris überläßt. Seinen Aufenthaltsort werde Ich bestimmen, nachdem Ich ihn gesprochen habe in einem Rendezvous, das sofort stattfindet.

Welch' eine Wendung durch Gottes Führung.

**Wilhelm.**

---

## 40.

St. Menehould, 5. September, 2 Uhr 25 Min. Nachm.

Die bei Sedan vernichtete Armee Mac Mahons zählte vor der Schlacht von Beaumont am 30. August noch über 120,000 Mann. Der Transport der Gefangenen, unter denen über 50 Generale, nach Deutschland ist in der Ausführung begriffen. Unsere Armeen sind im Vormarsch auf Paris.

v. Podbielski.

---

## 41.

Varennes, den 4. September, 9 Uhr 45 Min. Vorm.

(In Ludwigshafen von Nancy per Post eingegangen.)

Die feindliche Armee, welche bei Sedan kapituliert hat, zählte 14 Infanterie-, $5^1/_2$ Kavalleriedivisionen nebst zugehöriger Artillerie und Train. Während der Schlacht am 1. wurden allein an 30,000 Gefangene gemacht, mehrere Adler und viele Geschütze genommen. Mac Mahon schwer blessiert. Diesseits Oberst v. Scherbening tot, General von Gersdorff, Oberst v. Bessel verwundet. Unsere Verluste verhältnismäßig gering. — Kaiser Napoleon heute früh nach Cassel abgereist.

v. Podbielski.

---

## 42.

Rheims, den 6. September, 9 Uhr 20 Min. Abends.

Se. Majestät der König haben heute, am 5. September, Ihren Einzug in Rheims gehalten.

v. Podbielski.

---

## 43.

Rheims, den 9. September, 1 Uhr 20 Min. Mitt.

Außer 25,000 in der Schlacht von Sedan Gefangenen sind durch die Kapitulation vom 2. September 83,000 Mann inklusive 4000 Offiziere in Gefangenschaft gefallen, ferner 14,000 Verwundete vorgefunden. Über 400 Feldgeschütze einschließlich 70 Matrailleusen, 150 Festungsgeschütze, 10,000 Pferde, überaus zahlreiches Armeematerial befindet sich in unseren Händen.

Hierzu die Verluste in der Schlacht von Beaumont, sowie circa 3000 nach Belgien Versprengte, ergiebt eine Gesamtstärke der Armee Mac Mahons vor dieser Schlacht von nahe an 150,000 Mann.

v. Podbielski.

---

## 44.

## Der Königin Augusta in Berlin.

Rheims, den 11. September, 10 Uhr Abends.

Traurige Nachricht aus Laon, wo Citadelle gestern nach Kapitulation und nach Einmarsch unserer Besatzung in die Luft gesprengt ward. 50 Mann tot und 300 Mobilgarden, viele Verstümmelte, Wilhelm von Mecklenburg verwundet. Unbedingt Verrat liegt vor.

**Wilhelm.**

---

## 45.

Nach soeben eingegangener Meldung hat sich am 9. Laon der 6. Kavalleriedivision ergeben. — Nach abgeschlossener Kapitulation besetzte die vierte Kompagnie Jägerbataillons Nr. 4 die Citadelle. Als der letzte Mann diese verlassen, sprengte der Feind vertragsbrüchig das Pulvermagazin in die Luft. — Furchtbare Zerstörung in Citadelle und Stadt. Herzog Wilhelm kontusioniert. 95 Jäger der Kompagnie, über 300 Mobilgarden tot oder verwundet.

v. Podbielski.

---

## 46.

Mundolsheim, 15. September.

Nachdem dritte Parallele am 13. und 14. vollendet, ist die Glacis-krönung vor Werk 53 heute Nacht ausgeführt. — Breschbatterie wirkt mit gutem Erfolg. — In Straßburg am 13. die Republik erklärt. — Das Detachement des Generals Keller vertrieb 200 Franctireurs bei Bieschheim und Colmar.

v. Werder.

---

## 47.

Hauptquartier Meaux, den 15. September.

Der Feind hat auf den Chausseen und Eisenbahnen nach Paris sämtliche bedeutende Kunstbauten unnötig gesprengt, da der Marsch diesseitiger Kolonnen dadurch nicht eine Stunde aufgehalten wurde.

v. Podbielski.

---

## 48.

Von der Armee vor Paris.

1. Aus dem großen Hauptquartier vom 20. September.

Nach den vorbereitenden Bewegungen der letzten Tage ist am 19. durch einen Vormarsch sämtlicher Korps die vollständige Cernierung von Paris ausgeführt worden. Seine Majestät der König rekognoszierten im Laufe des Tages die Nordostfront der Befestigungen.

v. Podbielski.

II. Ein Telegramm an Ihre Majestät die Königin von Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen aus Versailles, den 20. September.

Die Einschließung von Paris auf der Linie Versailles bis bei Vincennes siegreich durch meine Armee unter Zurückwerfung des Feindes und Eroberung einer Schanze mit 7 Geschützen ausgeführt. Verluste gering.

III. Aus einigen Telegrammen Sr. Majestät des Königs an Ihre Majestät die Königin vom 20. September.

Gestern früh die Meldung, daß die feindliche Position nördlich St. Denis bei Pierrefitte beim Erscheinen unserer Truppen verlassen ist. Soeben die Meldung, daß gestern Nachmittag das 5. Korps und 2. bayerische Korps nach Seineübergang bei Villeneuve St. Georges südlich Paris drei Divisionen des Generals Vinoy auf den Höhen von Sceaux angegriffen, mit Verlust von 7 Kanonen und vielen Gefangenen geschlagen und hinter die Forts auf Paris zurückgetrieben haben. Mein 7. Regiment wieder viel Verluste. Fritz war zugegen. Das Wetter ist seit 8 Tagen prächtig.

Von dem Belagerungskorps vor Straßburg.

Mundolsheim, den 20. September.

Lünette 53 heute Nachmittag 4,30 hr vom Lieutenant v. Müller des Garde-Füsilierregiments mit Mannschaften des Garde-Landwehrbataillons Cottbus durch überraschenden Angriff über den eben fertig gewordenen Damm gewonnen. Der Feind eröffnete ein äußerst lebhaftes Infanteriefeuer, was gegen 8 Uhr zum Schweigen gebracht ward.

v. Werder.

---

## 49.

I. Von der Armee vor Paris.

Ferrières, den 20. September.

Bei der Cernierung von Paris folgende siegreiche Gefechte: Am 17. warfen Teile der 17. Brigade feindliche Bataillone nördlich des Waldes von Brevannes über den Haufen. Am 18. kleines Gefecht bei Bicêtre; am 19. Zurückwerfung des Feindes aus der verschanzten Stellung daselbst durch 5. preußisches und 2. bayrisches Korps bis hinter die Forts, wobei ihm 7 Geschütze abgenommen wurden. Diesseitige Verluste verhältnismäßig sehr gering. In Versailles 2000 Mobilgarden gefangen. Sèvres, das diesseits Garnison verlangte, wurde besetzt.

v. Podbielski.

2. Von dem Belagerungskorps vor Straßburg.

Mundolsheim, den 22. September.

Gestern Nacht um 11 Uhr wurde nach Lünette 52, die verlassen war, eine Faßbrücke geschlagen und das Werk besetzt. Beim Einlogieren eröffnete der Feind auf das Werk ein sehr starkes Feuer. Das 34. Regiment und eine Kompagnie Garde-Landwehr (Lissa) behaupteten sich jedoch und logierten sich ein. Major v. Quitzow tot, die Verluste noch nicht ermittelt, aber nicht unbedeutend. In Lünette 53 sind 5 Kanonen genommen.

v. Werder.

---

## 50.

An den General v. Hanenfeldt.

Ecrouves, den 23. September, 5 Uhr 35 Min. Nachm.

Toul genommen.

v. Krenski.

---

## 51.

Ferrières, den 23. September.

Vor Paris nichts neues. Pariser Journale vom 22. gestehen über den Kampf am 19. ein, daß vier französische Liniendivisionen an demselben teil genommen, in voller Flucht zurückgegangen sind und die Panik bis in das Innere der Stadt hineingetragen haben. Sie erheben gleichzeitig die Mobilgarde, die nichts gethan hat, auf Kosten der Linie, welche sie mit Schmähungen überhäufen.

Soeben meldet Großherzog von Mecklenburg: Toul hat sich heute um 5,30 Uhr nach achtstündiger Beschießung mit den Bedingungen der Kapitulation von Sedan ergeben.

v. Podbielski.

---

## 52.

Ecrouves, den 24. September.

Durch die Kapitulation von Toul sind 109 Offiziere, 2240 Mann, 120 Pferde, 1 Mobilgarden-Adler, 197 Broncegeschütze, darunter 48 gezogene, 3000 Gewehre, 3000 Säbel, 500 Küraſſe, sehr bedeutende Munitions- und Ausrüstungsvorräte, 143,025 Tagesportionen und 51,949 Tagesrationen in unsere Hände gefallen.

v. Krenski.

---

## 53.

1. Ferrières, den 25. September. Außer unbedeutenden Patrouillengefechten vor Paris nichts neues.

v. Podbielski.

2. Ein Telegramm aus Versailles vom 25. September giebt die Aufstellung der III. Armee vor Paris und fügt hinzu: Der Feind unternimmt nichts Ernstliches, zeigt drei Kanonenböte auf der Seine. Überall Verschanzungen und Barrikaden bemerkbar.

Karnatz.

---

## 54.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Ferrières, den 27. September, 11 Uhr Abends.

Straßburg kapitulierte heute Abend um 9 Uhr.

**Wilhelm.**

---

## 55.

Mundolsheim, den 28. September.

### An Ihre Majestät die Königin. Berlin.

Soeben, Nachts 2 Uhr, Kapitulation Straßburgs durch Oberstlieutenant v. Leszczynski abgeschlossen.

451 Offiziere, 17,000 Mann inkl. Nationalgarden strecken die Waffen.

Um 8 Uhr werden Straßburgs Thore besetzt.

v. Werder.

---

## 56.

Ferrières, den 28. September.

Vier telegraphische Leitungen von Paris nach Rouen und nach dem Süden sind im Seine-Bett und unter der Erde diesseits aufgefunden und zerstört worden.

Sonst nichts neues.

v. Podbielski.

---

## 57.

Ferrières, den 30. September.

Am 30. früh sind stärkere Massen französischer Linientruppen gegen das sechste Armeekorps aus Paris vorgebrochen. Gleichzeitig wurden die Vortruppen des fünften Armeekorps durch 3 Bataillone angegriffen, während eine Brigade gegen das elfte Armeekorps demonstrierte. Nach nur zweistündigem Gefecht, in welchem der Feind sehr bedeutende Verluste erlitt, ohne daß die diesseitigen Reserven einzugreifen brauchten, zog sich der Gegner in großer Eile unter dem Schutz der Forts zurück. Diesseitiger Verlust noch nicht bekannt, aber nicht bedeutend; beim elften Korps z. B. nur 8 Mann. Mehrere Hundert Gefangene in unseren Händen.

v. Podbielski.

Versailles, den 30. September.

Am 30. September, dem Geburtstage Ihrer Majestät der Königin, hat das sechste Armeekorps mit großer Bravour einen Ausfall, welchen der größte Theil des Korps Vinoy gegen Süden unternahm, glänzend zurückgeschlagen und über 200 Gefangene gemacht. Der Kronprinz war während des ganzen Gefechts zugegen. Gegen das fünfte Korps ebenfalls ein feindlicher Ausfall nach Südwesten mit geringen diesseitigen Verlusten zurückgeschlagen.

Karnatz.

---

## 58.

Mundolsheim, den 30. September.

Heute Einzug in Straßburg und sodann feierlicher Gottesdienst in der Thomaskirche. Über 500 französische Offiziere unterzeichneten Ehrenscheine, 50 bis 100 gingen in Gefangenschaft. Zahl der Gefangenen noch nicht festgestellt, da noch fortwährend deren eingeliefert werden. Die Beute in Straßburg beträchtlich, 1070 Kanonen bis jetzt gezählt; 2 Millionen Francs Staatseigentum in der Bank ermittelt, 8 Millionen noch zweifelhaft. Munition und besonders Tuchvorräte sehr bedeutend.

Im Auftrage v. Leszczynski.

Rheims, den 30. September.

Die Landwehrbataillone Landsberg, Frankfurt, Woldenberg des 13. Armeekorps haben am 28. September wiederholte Ausfälle der Garnison von Soissons abgewiesen. Die Garnison erbat Waffenruhe zur Abholung der Toten und Verwundeten. Diesseitiger Verlust gering.

v. Krenski.

---

## 59.

Hauptquartier Corny vor Metz, den 8. Oktober.

Feind griff (gestern) Nachmittag 2 Uhr über Woippy Division Kummer an. Heftiger Kampf bis in die Nacht. Der Feind überall mit großem Verluste und Nachtkampf zurückgeschlagen. Die 9. Infanteriebrigade und Teile des 16. Korps griffen kräftig ein. Vom Feinde fochten auch Gardetruppen. Gleichzeitig entwickelte der Feind auf rechtem Moselufer mehrere Divisionen gegen 1. und 10. Korps. Es war dort lebhafte Kanonade. Verluste, namentlich der Division Kummer und des 10. Korps, sind auf 500 Mann, die des 3. Korps auf 130 Mann zu schätzen.

v. Stiehle.

---

## 60.

Versailles, 8. Oktober.

Das Telegramm enthält zunächst die Mitteilung über den Ausfall Bazaines aus Metz am 7., und fährt fort:

Am 6. siegreiches Gefecht der badischen Brigade Degenfeld zwischen Raon l'Etape und St. Dié gegen größere Massen Franctireurs und Abteilungen französischer Truppen unter General Dupré. Letzterer verwundet, Feind auseinander gesprengt.

Vor Paris nichts neues.

v. Podbielski.

---

## 61.

Versailles, den 11. Oktober.

Ein gemischtes Korps aus Truppen der Armee des Kronprinzen unter General von der Tann hat am 10. einen Teil der Loirearmee bei Orleans geschlagen, 1000 Gefangene gemacht und 3 Geschütze erobert. Feind in regelloser Flucht.

v. Gottberg.

---

## 62.

Versailles, den 11. Oktober.

Bayerisches Korps von der Tann, Kavalleriedivisionen Prinz Albrecht und Graf Stolberg schlugen am 10. eine feindliche Division bei Artenay, nahmen 3 Geschütze und machten 2000 Gefangene. Diesseitiger Verlust circa 110 Mann. Feind floh in voller Auflösung. Verfolgung wird fortgesetzt. Die Einnahme von Orleans steht bevor. Kavalleriedivision Rheinbaben trieb am 10. 4000 Mobilgarden bei Chérisy über die Eure zurück, wobei letztere erhebliche Verluste erlitten.

Vor Paris nichts neues.

v. Podbielski.

---

## 63.

Versailles, den 12. Oktober.

Am 11. nach neunstündigem Kampfe die Loirearmee auf Orleans und über die Loire zurückgeworfen. Orleans erstürmt. Mehrere tausend Gefangene gemacht. Diesseitiger Verlust verhältnismäßig gering. Diesseits engagiert 1 bayerisches Korps, 22. Infanterie- und Kavalleriedivision.

v. Podbielski.

## 64.

Versailles, den 13. Oktober.

Die Franzosen haben das Schloß St. Cloud, welches diesseits verschont wurde, ohne jede Veranlassung in Brand geschossen. 10 Bataillone derselben machten einen Ausfall, welcher vom 2. bayerischen Korps mit Leichtigkeit abgewiesen wurde. Diesseitiger Verlust 19 Mann.

v. Podbielski.

## 65.

Venizel, den 16. Oktober, 3 Uhr Morgens.

Soissons hat soeben nach viertägiger hartnäckiger Artillerieverteidigung kapituliert.

v. Krenski.

Versailles, den 15. Oktober.

Es ist kaum nötig zu erwähnen, daß die von Tours aus verbreiteten Gerüchte über siegreiche Gefechte der Franzosen vor Paris erfunden und nur auf Stärkung der schwachen Gemüter in Frankreich berechnet sind. Unsere Cernierungstruppen halten genau die Stellung inne, welche sie am 19. September erreicht haben. Am 14. und 15. kleine Patrouillengefechte vor Paris.

v. Podbielski.

## 66.

Venizel, den 16. Oktober.

Heute 3 Uhr Einzug des Großherzogs von Mecklenburg in Soissons an der Spitze Pommerscher, Magdeburgischer und Hessischer Festungsartillerie, Schleswigscher Pioniere, der Landwehrbataillone Frankfurt, Cüstrin, Landsberg, Woldenberg, Brandenburg, Ruppin, Prenzlau, Jüterbogk und der Halberstädter schweren Reiter. Unsere Verluste während der dreiwöchentlichen Cernierung bei täglichen Vorpostengefechten und der 4tägigen Beschießung gering. 4000 Gefangene, 132 Geschütze.

v. Krenski.

## 67.

Versailles, den 17. Oktober.

(Verspätet durch Störung der Telegraphenlinie.)

General Senfft v. Pilsach vertrieb am 12. Oktober 3000 Mobilgarden aus Breteuil. Vor Paris am 14. ein Ausfall mehrerer französischer Bataillone; durch die Feldwachen und einige Geschütze des zwölften Korps abgewiesen. Am 15. arbeitete der Feind an Verschanzungen bei Villejuif, die Feldartillerie des 6. Korps vertrieb ihn. Kein Verlust.

v. Podbielski.

Versailles, den 18. Oktober.

Vor Paris nichts neues. General v. Werder meldet: Der vor mir befindliche Feind zog sich bei Annäherung der diesseitigen Truppen fluchtartig auf Belfort und per Bahn auf Dijon zurück. Die Eisenbahn Vesoul-Belfort ist diesseits unterbrochen. Die Einwohner, vom Terrorismus befreit, zeigen sich sehr entgegenkommend. — Circa 500 gefangenen Mobilgarden gelang es, in der Gegend von Château-Thierry am 16. während eines Angriffs von Franctireurs zu entkommen.

v. Podbielski.

---

## 68.

Versailles, den 19. Oktober.

Die 22. Division von der Armee des Kronprinzen hat gestern den etwa 4000 Mann starken Feind bei Chateaudun angegriffen, geschlagen und die barrikadierte Stadt erstürmt. Viele Gefangene gemacht. Diesseitiger Verlust gering.

v. Blumenthal.

---

## 69.

Versailles, den 20. Oktober.

In der Nacht vom 19. zum 20. allarmierte vor Paris der Feind durch heftige Kanonade aus den Forts und wiederholte Vorstöße von Infanterie die preußischen Vorposten in der Gegend von Chevilly ohne diesseitige Verluste. Am 17. wurde durch ein Detachement der Maasarmee Montdidier besetzt, wobei 4 Offiziere, 178 Mobilgarden in Gefangenschaft fielen. Am 11. ist das Etappenkommando in Stenay durch einen Ausfall von Montmedy aufgehoben worden.

v. Podbielski.

---

## 70.

Versailles, den 21. Oktober.

### Der Königin Augusta in Homburg.

Ich komme soeben von einem kleinen Gefecht bei La Malmaison; 12 Bataillone waren vom Mont-Valérien mit 40 Geschützen ausgefallen, und wurden nach dreistündigem Gefechte zurückgeworfen. Wir sahen von dem Marly-Viadukte dem Gefechte zu. Ganz Versailles wurde allarmiert.

**Wilhelm.**

Versailles, den 21. Oktober.

Am 21. Oktober, 1 Uhr Mittags, französischer Ausfall mit bedeutenden Kräften vom Mont-Valérien aus, wobei etwa 40 Feldgeschütze, durch die vorderen Abteilungen der 9. und 10. Infanteriedivision, sowie des 1. Garde-Landwehrregiments, zuletzt unterstützt durch Artilleriefeuer des vierten Korps vom rechten Seineufer unter den Augen Sr. Majestät des Königs siegreich zurückgeschlagen. Bis jetzt konstatiert: über hundert Gefangene und 2 Feldgeschütze in unseren Händen. Diesseitiger Verlust verhältnismäßig gering. —

Wenn über dieses Gefecht, wie nicht zu bezweifeln, ein neuer französischer Siegesbericht erscheint, so wird dies der beste Beweis für die außerordentliche Genügsamkeit unserer Gegner sein.

v. Podbielski.

Ein Telegramm des General-Lieutenants v. Blumenthal behandelt dasselbe Gefecht und fügt hinzu, daß die 2 Geschütze durch das 50. Infanterie-Regiment erobert wurden.

Rheims, den 21. Oktober.

In Soissons sind in Gefangenschaft geraten: 99 Offiziere, 4633 Mann. Erbeutet wurden: 128 Geschütze, 70,000 Granaten, 3000 Zentner Pulver, eine Kriegskasse von 92,000 Frcs., ein reich ausgestattetes Magazin für eine Division auf 3 Monate, sehr viel Bekleidungs-Gegenstände 2c.

v. Krenski.

---

## 71.

Kinzheim, den 24. Oktober.

Schlettstadt heute kapituliert.

2400 Gefangene gemacht, 120 Geschütze genommen.

v. Schmeling.

---

## 72.

Versailles, den 25. Oktober.

General v. Werder warf den 22. die aus 2 Divisionen bestehende sogenannte Ost-Armee unter General Cambriels, welche sich bei Rioz und Etuz stellte, in hitzigem Gefechte über den Oignon und aus Auxor-Dessus gegen Blisançon zurück. Diesseits im Gefechte: Brigade Degenfeld, Truppen der Brigade Prinz Wilhelm und Keller, und 2 Bataillone Regiments Nr. 30. Unser Verlust 3 Offiziere, etwa 100 Mann. Der Feind hatte bedeutendere Verluste, dabei 2 Stabsoffiziere, 13 Offiziere, 180 Mann Gefangene und zog sich in größter Unordnung zurück.

v. Podbielski.

---

## 73.

## Der Königin Augusta in Homburg.

27. Oktober.

Diesen Morgen hat die Armee Bazaine und Festung Metz kapituliert. 150,000 Gefangene incl 20,000 Blessierte und Kranke. Heute Nachmittag wird die Armee und Garnison das Gewehr strecken.

Das ist eins der wichtigsten Ereignisse in diesem Moment. Dank der Vorsehung.

**Wilhelm.**

---

## 74.

Versailles, den 28. Oktober.

Gestern Abend ist die Kapitulation unterzeichnet und das Victoria-schießen direkt in Berlin befohlen. Am 29., also nicht am 27., werden die Stadt und die Forts besetzt. — Gefangene sind: 173,000, 3 Marschälle, über 6000 Offiziere.

**Wilhelm.**

---

## 75.

## Der Königin Augusta in Homburg.

29. Oktober.

Das große Ereignis, daß nun die beiden feindlichen Armeen, welche im Juli uns gegenüber traten, in Gefangenschaft sich befinden, veranlaßte Mich, die beiden Kommandierenden Unserer Armeen, Fritz und Friedrich Carl, gestern zu Feldmarschällen zu ernennen. Der erste Fall der Art in Unserem Hause.

**Wilhelm.**

---

## 76.

Versailles, den 28. Oktober.

Verspätet und per Post eingegangen.

Seine Majestät der König haben den General Freiherrn v. Moltke in den Grafenstand zu erheben geruht. Bei der im gestrigen Telegramm erwähnten Württembergischen Expedition wurden 5 Offiziere, 297 Mobilgarden unverwundet gefangen; außerdem in Montereau 300 Nationalgarden entwaffnet. Diesseitiger Verlust: 1 Fähnrich, 9 Mann tot, 1 Stabsoffizier, 1 Lieutenant, 40 Mann verwundet. Vor Paris Alles unverändert.

v. Podbielski.

Das gestrige Telegramm, von welchem die Depesche redet, ist hier nicht eingegangen.

Berlin, den 30. Oktober 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 77.

Versailles, den 27. Oktober.

(Verspätet und per Post eingegangen.)

Württemberg'sches Streif-Kommando nach siegreichen Gefechten bei Montereau und Nangis Franctireurs gesprengt und Mobilgarden aufgelöst. Feind verlor eine Mitrailleuse, eine Kanone und über 100 Mann an Todten und Verwundeten. Diesseitiger Verlust: 1 Fähnrich, 9 Mann.

v. Podbielski.

Bemerkung: Dies ist somit die in dem Telegramm vom 28. erwähnte gestrige Depesche.

Berlin, den 30. Oktober 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 78.

Versailles, den 30. Oktober.

Seitens der Maas-Armee wird gemeldet:

Am 28. vertrieb der Feind die in Le Bourget, östlich St. Denis, stehenden diesseitigen Vorposten. Gegen Abend durch Rekognoszierung der zunächst stehenden Replis konstatiert, daß der Feind den Ort mit sehr starken Kräften besetzt hielt. In Folge dessen griff die 2. Garde-Infanterie-Division am 30. an und warf nach heftigem und glänzendem Gefecht den

Gegner aus der von ihm inzwischen befestigten Position. Bis jetzt über 30 Offiziere, 1200 Gefangene in unseren Händen. Diesseitiger Verlust noch nicht festgestellt, aber nicht unbedeutend.

v. Podbielski.

---

## 79.

Versailles, den 31. Oktober.

Prinz Friedrich Carl meldet, daß bei Metz 53 Adler mit Fahnen abgeliefert worden sind. Thiers heute Mittag aus Paris hierher zurückgekehrt. Sonst vor Paris nichts vorgefallen. Die Vorposten des Generals v. Werder trafen am 27. in der Umgegend von Gray auf feindliche Truppen, schlugen dieselben überall in die Flucht und nahmen 15 Offiziere und 500 Mann gefangen.

v. Podbielski.

Versailles, den 1. November.

Verlust der 2. Garde-Infanterie-Division im Gefechte am 30. Oktober 34 Offiziere, 449 Mann. Fort Valérien feuerte 31. Abends und 1. früh sehr lebhaft ohne daß diesseits irgend welcher Verlust.

v. Podbielski.

---

## 80.

Versailles, den 2. November.

General v. Werder meldet, daß General v. Beyer am 30. vor Dijon hartnäckigen Widerstand fand. Prinz Wilhelm von Baden nahm die Höhen von St. Apollinari und die Vorstädte, worauf der Feind abzog. Am 31. früh wurde die Stadt von der Mairie übergeben. Diesseits 5 Offiziere verwundet, 250 Mann todt und verwundet. Feindlicher Verlust sehr bedeutend.

Vor Paris nichts Besonderes gemeldet.

v. Podbielski.

Künheim, den 2. November.

Seit heute früh Feuer auf Neu-Breisach aus 3 Batterien bei Biesheim resp. Wolfgantzen, auf Fort Mortier aus drei Batterien bei Alt-Breisach eröffnet.

v. Schmeling.

---

## 81.

Versailles, den 4. November.

Die Festung Belfort ist nach mehreren kleinen siegreichen Gefechten seit dem 3. von diesseitigen Truppen cerniert.

v. Podbielski.

Aus einer Mitteilung des kommandierenden Generals v. Zastrow ergiebt sich, daß bis jetzt in Metz vorgefunden sind: 53 Adler und Fahnen, 541 Feldgeschütze, das Material für mehr als 85 Batterien, gegen 800 Festungsgeschütze, 66 Mitrailleusen, gegen 300,000 Gewehre, Küraſſe, Säbel 2c. in größter Anzahl, gegen 2000 Militär-Fahrzeuge, sowie nicht verarbeitetes Holz, Blei, Bronce in großen Massen, eine vollständig eingerichtete wertvolle Pulver-Fabrik 2c.

Berlin, den 5. November 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 82.

Künheim, den 7. November.

Fort Mortier hat heute Nacht kapituliert. — 220 Gefangene gemacht, 5 Geschütze genommen.

v. Schmeling.

Versailles, den 6. November.

Am 6. keine Engagements gemeldet.

v. Podbielski.

---

## 83.

General v. Tresckow meldet aus Les Errues vor Belfort vom 6. November, daß die Division zwischen Colmar und Belfort in mehreren kleinen Gefechten Franctireurs vertrieben hat. Am 2. fanden Gefechte gegen Mobilgarden bei Les Errues, bei Rougemont und Petit-Magny statt; in letzteren ließ der Feind allein 5 Offiziere und 103 Mann tot zurück. Am 3. wurde Belfort cerniert und die Verbindung mit General v. Werder hergestellt.

Berlin, den 8. November 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 84.

Charny, den 8. November.

Verdun hat kapituliert.

v. Gayl.

---

## 85.

Versailles, den 8. November.

Die Festung Verdun hat am 8. November kapituliert. Bei Bretenay, zwischen Bologne und Chaumont, stießen am 7. Abteilungen der 9. Infanterie-Brigade auf Mobilgarden; Verluste des Feindes 70 Mann todt und verwundet, 40 Gefangene; diesseits 2 Verwundete.

v. Podbielski.

Colmar, den 9. November.

Montbéliard zur Sicherung der Cernierung von Belfort ohne Widerstand heute besetzt und zur Verteidigung eingerichtet.

v. Tresckow.

---

## 86.

Künheim, den 10. November.

Neu-Breisach hat soeben kapituliert; etwa 100 Offiziere und 5000 Mann sind kriegsgefangen, 100 Geschütze erobert. Die Übergabe erfolgt morgen Vormittag 10 Uhr.

v. Schmeling.

Versailles, den 10. November.

Beim Vorrücken der Loire-Armee auf dem rechten Ufer der Loire über Beaugency hat General v. d. Tann, außerhalb Orléans, am 9. gegen dieselbe Stellung genommen und nach konstatierter Stärke des Gegners sich unter Gefecht auf St. Péravy abgezogen.

v. Podbielski.

Versailles, den 10. November.

General v. d. Tann, welcher Orléans räumte, meldet, daß am 10. keine Vorbewegung des Feindes bemerkbar war.

v. Podbielski.

---

## 87.

Versailles, den 11. November.

### An die Königin Augusta in Homburg.

Vorgestern hat sich General v. d. Tann fechtend vor Übermacht von Orléans nach Toury zurückgezogen, wo er sich gestern mit General Wittich und Prinz Albrecht (Vater) von Chartres kommend, vereinigt hat. Großherzog von Mecklenburg stößt heute zu ihnen.

**Wilhelm.**

---

## 88.

Versailles, den 11. November.

General v. d. Tann hat am 11. kein weiteres Vorrücken des vor ihm befindlichen Feindes gemeldet.

v. Podbielski.

Verdun, 11. November.

Bei Kapitulation von Verdun zu Gefangenen gemacht: 2 Generale, 11 Stabs-Offiziere, 150 Offiziere und etwa 4000 Mann. An Geschützen vorgefunden 136 verschiedenen Kalibers, außerdem etwa 23 000 Infanterie-Gewehre, sowie bedeutende Bestände an verschiedenem Kriegs-Material.

v. Gayl.

---

## 89.

Versailles, 12. November.

Im Gefechte des Generals v. d. Tann am 9. d. M. wurden sämtliche Angriffe des Feindes mit großem Verlust für denselben zurückgewiesen und erst hierauf der Abmarsch angetreten. Am 10. Mittags verirrte sich eine Abteilung der bayerischen Munitions-Reserve, bei welcher sich 2 Reserve-Geschütze befanden, und fiel in die Hände des Feindes. Am 12. sind keine Bewegungen der Loire-Armee gemeldet worden, auch vor Paris ist nichts vorgefallen.

v. Podbielski.

---

## 90.

Versailles, den 13. November.

General v. d. Tann meldet, daß sein Verlust am 9. 42 Offiziere und 667 Mann tot und verwundet beträgt. Der Feind giebt in einer offiziellen Nachricht seinen Verlust auf 2000 Mann an.

v. Podbielski.

Les Errues, vor Belfort, den 13. November.

L'Isle-sur-Doubs und Clerval nach zwei kleinen Gefechten am 12. besetzt. Die Mobilgarden sind nach Süden abgezogen. Unterminierte Brücke entladen. Von Franktireurs nichts zu sehen. Seit zwei Tagen Schnee.

v. Treskow.

---

## 91.

Am 12. November siegreiches Gefecht zwischen Sr. Majestät Kanonenboot „Meteor", Kapitän-Lieutenant Knorr, und dem fran-

zösischen Aviso „Bouvet“; letzterer, stark beschädigt, flüchtete nach Havanna, wohin von „Meteor“ verfolgt. Verluste des „Meteor“ zwei Todte, ein Verwundeter.

Berlin, den 15. November 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Wurmb.

---

## 92.

Les Errues, vor Belfort, den 16. November.

Heute früh machten 3 Bataillone mit 6 Geschützen einen Ausfall aus Belfort gegen Besfoncourt. Der Feind wurde mit Verlust von 200 Todten und Verwundeten und 58 Gefangenen zurückgewiesen.

v. Tresckow.

---

## 93.

Versailles, den 18. November.

### Der Königin Augusta in Coblenz.

Der Großherzog von Mecklenburg hat gestern den Feind auf seiner ganzen Linie bei Dreux zurückgeworfen; General-Adjutant v. Tresckow, der momentan die 17. Division kommandiert, mit geringem Verlust Dreux genommen. Viele Gefangene gemacht. Verfolgung in der Richtung von Le Mans.

**Wilhelm.**

---

## 94.

Metz, den 19. November.

Die Cernierung von Montmédy durch ein Detachement unter Oberst von Pannewitz am 16. d. M. erfolgt, wobei siegreiche kleine Gefechte des 1. und 2. Bataillons 74. Regiments bei Chauvency und Thonelle gegen die Besatzung von Montmédy. 7 unverwundete Gefangene.

v. Zastrow.

Versailles, den 19. November.

Im Gefecht bei Dreux am 17. betrug der diesseitige Verlust 3 Mann tot, 35 verwundet.

Am 18. siegreiches Gefecht der 22. Division bei Chateauneuf. Diesseitiger Verlust: 1 Offizier und zirka 100 Mann, der des Feindes über 300 Todte und Verwundete und 200 Gefangene.

v. Podbielski.

---

## 95.

Versailles, den 20. November.

Feind versuchte am 20. mit 6 Kompagnien und 4 Geschützen La Fère zu entsetzen, wurde am rechten Oise-Ufer durch 1 Bataillon Regiments Nr. 5 mit bedeutendem Verluste zurückgewiesen, desgleichen bald darauf erfolgter Ausfall aus der Festung.

v. Podbielski.

---

## 96.

Metz, den 21. November.

Im Fort Plappeville ist heute früh 9¼ Uhr ein Munitions-Magazin in die Luft geflogen. Einige Todte und 40 Verwundete. Ursache und Details bis jetzt noch unbekannt.

v. Löwenfeld.

---

Versailles, den 21. November.

Die bei Dreux und Chauteauneuf geschlagenen Mobilgarden flüchten nach Westen und Nord-Westen. Landwehr-Bataillon Unna und 2 Eskadrons 5. Reserve-Husaren-Regiments am 19. in Chatillon angegriffen, haben sich mit Verlust von 120 Mann und 70 Pferden auf Chateau Vilain zurückgezogen. Von den Armeen liegen sonst keine Meldungen von Bedeutung vor.

v. Podbielski.

---

## 97.

Versailles, den 22. November.

Am 21. verschiedene kleine siegreiche Gefechte südlich La Loupe, wobei Regiment Nr. 83 ein Geschütz nahm. Am 22. ist Nogent le Rotrou ohne Widerstand von diesseitigen Truppen besetzt worden.

v. Podbielski.

---

## 98.

Versailles, den 23. November.

Am 22. hat die Beschießung von Thionville begonnen. Am 23. setzte Großherzog von Mecklenburg seinen Vormarsch weiter fort.

Vor Paris sind die Verhältnisse unverändert.

v. Podbielski.

---

## 99.

Baugy, den 24. November.

Belagerung von Thionville hat vorgestern begonnen, Festung wird aus 76 Geschützen beschossen, Stadt brennt seit vorgestern Nachmittag. Die Avantgarde der Kavallerie-Division Graf Groeben unter Oberst v. Lüderitz hat gestern Nachmittag bei Le Quesnel ein glückliches Gefecht gegen französische Mobilgarden aus Amiens bestanden, welche in wilder Flucht zurückgetrieben wurden.

Graf Wartensleben.

Versailles, den 24. November.

Großherzog von Mecklenburg setzt heute seinen Vormarsch fort. Rekognoszierungs-Gefechte haben bei Neuville, Bois-Commun und Mezières stattgefunden.

v. Podbielski.

Metz, den 24. November.

Soeben hat Thionville kapituliert. Die Übergabe erfolgt morgen um 11 Uhr früh.

v. Kameke.

---

## 100.

Hayange, den 25. November.

Heute Morgen um 11 Uhr ist Thionville von unsern Truppen besetzt worden. 200 Geschütze genommen und 4000 Gefangene gemacht. Diesseitiger Verlust während des Bombardements gering.

v. Kameke.

Versailles, den 25. November.

Am 24. vertrieb Oberst v. Lüderitz halbwegs zwischen Roye und Amiens Mobilgarden, welche mit Zurücklassung ihres Gepäckes gegen Bray entflohen. Eine spätere Rekognoszierung desselben mit 2 Kompagnien, 4 Eskadrons und 2 Geschützen stieß bei Mezières auf 6 feindliche Bataillone mit Artillerie, und brachte denselben nicht unbeträchtlichen Verlust bei. Diesseitiger Verlust gering.

v. Podbielski.

---

## 101.

Versailles, den 27. November.

La Fère hat nach zweitägiger Beschießung kapituliert mit 2000 Mann und etwa 70 Geschützen.

In der Nacht vom 26. zum 27. heftiges Feuer der Forts in der Südfront von Paris.

Bei den Rekognoszierungsgefechten vor Orléans am 24. stießen 2 Brigaden des 10. Korps auf das vormarschierende französische 20. Korps, warfen dasselbe aus Ladon und Mezières, und brachten ihm nicht unbeträchtliche Verluste bei. 146 Gefangene fielen in unsere Hände; diesseitiger Verlust etwa 200 Mann. — Am 26. gingen mehrere feindliche Kompagnien gegen das 10. Korps vor, wurden abgewiesen, wobei sie allein 40 Todte liegen ließen. Unter den Gefangenen befindet sich 1 General. Diesseitiger Verlust 3 Offiziere, 13 Mann.

v. Podbielski.

Dijon, den 27. November.

Eine Rekognoszierung am 26. ergab, daß Garibaldi mit seinem Korps von Pasques in Anmarsch sei. Bei einbrechender Nacht wurden die Vorposten Füsilier-Bataillons 3. Regiments heftig angegriffen und vom Bataillon Unger aufgenommen. Dieses wies drei Angriffe auf 50 Schritt zurück, der Feind floh in Unordnung, warf Gepäck und Waffen fort. — Heute am 27. ging ich mit 3 Brigaden zum Angriffe vor und erreichte die feindliche Arrieregarde bei Pasques durch Umgehung von Plombières. Der Feind verlor 3 bis 400 Mann an Todten und Verwundeten. Diesseitiger Verlust an beiden Tagen etwa 50 Mann.

Menotti Garibaldi soll am 26. kommandiert haben.

v. Werder.

## 102.

Moreuil, den 28. November.

Gestern bis nach Eintritt der Dunkelheit siegreiche Schlacht der I. Armee gegen die im Vorrücken begriffene feindliche Nordarmee. Der an Zahl überlegene, gut bewaffnete Feind mit Verlust von mehreren Tausend Mann gegen die Somme und auf seine verschanzte Stellung vor Amiens zurückgeworfen. Ein feindliches Marine-Bataillon vom 9. Husaren-Regiment niedergeritten. Eigener Verlust nicht unbeträchtlich.

Graf Wartensleben.

## 103.

Versailles, den 28. November.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern siegreiches Treffen südlich von Amiens durch General Manteuffel mit einem Teile der I. Armee. Einige Tausend Mann feindlicher Verlust, 700 Gefangene, 1 Fahne der Mobilgarde. 9. Husaren-Regiment ritt ein Marine-Bataillon nieder. Unser Verlust ist unbedeutend.

**Wilhelm.**

Versailles, den 28. November.

General-Feldmarschall Prinz Friedrich Carl meldet: Am 28. wurde 10. Armee-Korps durch bedeutend überlegene Kräfte des Gegners angegriffen. Es konzentrierte sich bei Beaune-la-Rolande, woselbst es sich siegreich behauptete, und am Nachmittage in meinem Beisein durch die 5. Division und 1. Kavallerie-Division unterstützt wurde. Unser Verlust etwa 1000 Mann. Feindlicher Verlust sehr bedeutend, viele Hundert Gefangene in unseren Händen. Kampf endete nach 5 Uhr.

Ferner ist von der I. Armee Meldung eingegangen: In Folge der siegreichen Schlacht am 27. ist Amiens am 28. vom General Goeben besetzt worden.

v. Podbielski.

---

## 104.

Versailles, den 29. November.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Prinz Friedrich Carl meldet: Das gestrige Gefecht eine wahre Niederlage des größten Teiles der Loire-Armee, von der das ganze 20. Korps, wahrscheinlich auch das 18., und Teile des 15. und 16. da waren. Nach französischen Angaben 70,000 Mann. Das 20. focht ganz, die andern teilweise. Der Feind ließ 1000 Todte auf dem Schlachtfelde und soll über 4000 Blessierte haben, 1600 gesunde Gefangene, die sich stündlich mehren. Gesamtverlust wohl 7000 Mann. General d'Aurelles soll blessiert sein. Unser Verlust ist 1000 Mann, wenig Offiziere.

**Wilhelm.**

Versailles, den 29. November.

Der bei Amiens geschlagene Feind flieht in voller Auflösung von den diesseitigen Truppen verfolgt gegen Norden. In seinen Verschanzungen wurden noch 4 Geschütze vorgefunden.

In Folge des siegreichen Kampfes des 10. Armee-Korps am 28., hat der vor demselben befindliche Gegner den Rückzug weiter fortgesetzt.

In der Nacht vom 28. zum 29., sowie am Morgen des 29. heftiges Geschützfeuer aus den Forts um Paris, demnächst stärkerer Ausfall, unterstützt durch Kanonenboote auf der Seine, gegen L'Hay und 6. Armee-Korps; gleichzeitig kleinere Ausfälle, unter andern gegen das 5. Armee-Korps und Demonstrationen an verschiedenen Stellen. Feind überall siegreich zurückgeschlagen. Mehrere Hundert Gefangene in unsern Händen. Diesseitiger Verlust 7 Offiziere und etwa 100 Mann.

v. Podbielski.

Versailles, den 29. November.

Die ganze Bedeutung des von Teilen der II. Armee, besonders vom 10. Armee-Korps gestern bis nach Eintritt der Dunkelheit gelieferten Gefechtes hat erst heute mit Sicherheit festgestellt werden können. Der größte Teil der feindlichen Loire-Armee hat eine vollständige Niederlage erlitten. Der Feind ließ gegen 1000 Todte auf dem Schlachtfelde. 1600 unverwundete Gefangene, die sich stündlich mehren, sind in unsern Händen. Wir verloren 1 Geschütz, nachdem Pferde und Bedienung desselben tot, und nicht ganz 1000 Mann an Todten und Verwundeten, worunter verhältnismäßig wenig Offiziere.

v. Podbielski.

---

## 105.

Versailles, den 30. November.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern schlug das 6. Korps einen Ausfall (südlich) bei L'Hay siegreich zurück, über 100 Gefangene, viele Hundert Blessierte und Todte; wir 100 Mann Verlust.

Heute bedeutender Ausfall nach Osten gegen Württemberger und Sachsen bei Bonneuil sur Marne, Champigny, Villiers, die genommen, und bis zur Dunkelheit mit Hülfe unserer 7. Brigade wieder genommen wurden. Gleichzeitig nach Nordost bei St. Denis gegen Garde und 4. Korps nur leichte Ausfälle. Ich konnte Versailles nicht verlassen, um im Centrum zu bleiben. Es scheint der Feind auf einen Sieg bei Orléans gerechnet zu haben, um dem Sieger entgegen zu gehen, was mißglückte.

**Wilhelm.**

Versailles, den 30. November.

Nachdem gestern das 6. Armee-Korps mehrfache Angriffe des 1. Korps der II. Armee von Paris siegreich zurückgewiesen, wurde während der ganzen Nacht von den Forts ein ungewöhnlich heftiges Feuer unterhalten. Heute Morgen entwickelte der Feind, unter gleichzeitiger Demonstration auf verschiedenen Punkten der Enceinte von Paris, sehr bedeutende Streitkräfte zwischen Seine und Marne und griff mit denselben um 11 Uhr unsere dortigen Positionen an. Es entspann sich ein sehr heftiger Kampf, von unserer Seite hauptsächlich geführt durch die württembergische Division und den größten Teil des 12. (Königlichen sächsischen), sowie durch Teile des 2. und 6. Armee-Korps. Der Kampf dauerte bis 6 Uhr Abends, zu welcher Stunde unsere siegreichen Truppen den Feind

auf der ganzen Linie zurückgeworfen hatten. Weitere Details noch nicht bekannt.

Unsere Verluste in der Schlacht von Amiens beziffern sich auf 74 Offiziere und 1300 Mann an Todten und Verwundeten. Die feindliche Nord-Armee befindet sich in vollständiger Deroute. Die Citadelle von Amiens hat heute nach kurzem Gefechte, in welchem der Kommandant gefallen, kapituliert. 400 Kriegsgefangene mit 11 Offizieren, sowie 30 Geschütze in unsere Hände gefallen.

General v. Werder meldet: Garibaldi's Rückzug ist in Flucht ausgeartet.

v. Podbielski.

---

## 106.

Versailles, den 1. Dezember.

Der Verlust der Franzosen bei dem gestrigen mißglückten Ausfalle auf der Südostfront von Paris an Todten, Verwundeten und Gefangenen ist sehr bedeutend. Heute wurde von ihnen zur Beerdigung ihrer Gefallenen ein mehrstündiger Waffenstillstand erbeten. Auf unserer Seite beträgt der Verlust bei der württembergischen Division etwa 40 Offiziere und 800 Mann, bei der Brigade du Trossel des 2. Armee-Korps 2 Offiziere und etwa 70 Mann. Sächsischer Verlust noch nicht konstatiert. Heute verhielt sich der Feind vollständig ruhig.

v. Podbielski.

---

## 107.

Versailles, den 2. Dezember, Mittags 1 Uhr.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern gar kein Gefecht. Heute die noch vom Feinde besetzten Punkte diesseits der Marne durch Preußen, Württemberg und Sachsen wieder genommen, Champigny und Brie-sur-Marne.

**Wilhelm.**

Versailles, den 2. Dezember, Nachts 12 Uhr.

Die feindliche Armee von Paris hatte nach der vorgestrigen Schlacht die am Ufer der Marne und unter dem Feuer der Forts liegenden Dörfer Brie und Champigny besetzt gehalten. Bei Tagesanbruch wurden diese Dörfer heute von unseren Truppen genommen. Gegen 10 Uhr ging der Feind aufs Neue mit überlegenen Kräften gegen unsere Verteidigungsstellung Seine und Marne vor, wurde jedoch abermals in achtstündigem, heißen Kampfe durch Truppen des 12. und 2. Armeekorps, sowie der württembergischen Division siegreich zurückgeschlagen.

Ein von der Armee-Abteilung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin abgesandtes bayerisches Rekognoszierungs-Detachement stieß gestern zwischen Orgères und Patay auf avancierende, sehr überlegene feindliche Kräfte, und ging in seine Stellung zurück. Als in Folge dessen die Armee-Abteilung sich heute früh 9 Uhr zum Vorgehen formierte, wurde sie auf der Linie Orgères-Baigneaux heftig angegriffen. Der Feind, bestehend aus dem 15. und 16. Korps, wurde durch die 4. Kavallerie-Division und gefolgt vom 1. bayerischen Armee-Korps über Loigny geworfen, während die 22. Infanterie-Division, unterstützt durch die 2. Kavallerie-Division, Poupry mit Sturm nahm und bis dicht vor Artenay avancierte. Der Feind verlor viele Hundert Gefangene, 11 Geschütze wurden im Feuer genommen. Verlust auf unserer Seite nicht unbedeutend, der des Feindes sehr beträchtlich.

v. Podbielski.

Janville, den 2. Dezember.

Heute Vormittag 8 Uhr ausgerückt, entwickelte sich Schlacht vorwärts Bazoches-les-Hautes.

1/2 10 Uhr. Feind nach heftigem Kampfe mit 17. Infanterie-Division, gefolgt vom 1. bayerischen Armee-Korps, unterstützt durch 4. Kavallerie-Division, über Loigny geworfen. 22. Infanterie-Division, unterstützt durch 2. Kavallerie-Division, Poupry mit Sturm genommen und Feind auf Artenay zurückgedrängt.

Bei Loigny 16. französisches Armee-Korps, bei Artenay 15. geschlagen. Viele Hundert Gefangene eingebracht und 11 Geschütze im Feuer genommen. Feindlicher Verlust bedeutend. Diesseitiger Verlust noch nicht zu übersehen, aber viel geringer.

Friedrich Franz,
Großherzog.

---

## 108.

Versailles, den 3. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Heute kein Gefecht von Erheblichkeit, doch scheint sich der Feind vor Vincennes noch zu verstärken.

Treskow's Division hat gestern 7 Kanonen genommen, 1800 Gefangene gemacht, darunter 1 General, 20 Offiziere.

**Wilhelm.**

Versailles, den 3. Dezember.

Feindliche Armee in Paris hat heute keinen neuen Versuch zum Durchbruch unternommen.

v. Podbielski.

Fontaine, den 3. Dezember.

Heute Nacht Batterien erbaut, aus denen Belfort jetzt 8 Uhr Morgens beschossen wird. Regiment Ostrowski nahm die nötigen Positionen und verteidigte sie mit großer Bravour.

v. Tresckow.

---

## 109.

Versailles, den 4. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern hat Prinz Friedrich Carl mit 3. und 9. Korps den Feind bei Chevilly und Chilleues in den Orléanswald geworfen und 2 Kanonen genommen.

**Wilhelm.**

---

## 110.

Versailles, den 4. Dezember, 12 Uhr Nachts.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Nach zweitägiger Schlacht der II. und Mecklenburgischen Armee hat das Korps Manstein die Vorstadt St. Jean, den Bahnhof von Orléans heute Abend genommen. Die anderen Korps stehen bereit, morgen die Stadt zu nehmen. 30 Geschütze und über 1000 Gefangene. Verlust mäßig, Division Wrangel verlor am meisten.

Hier heute alles ruhig.

**Wilhelm.**

Versailles, den 4. Dezember, 10 Uhr Abends.

Am 3. warfen die Kolonnen des General-Feldmarschalls Prinz Friedrich Carl den Feind über Chillieurs-aux-Bois und Chevilly hinaus in der Richtung auf Orléans zurück. 3. und 9. Armeekorps nahmen dabei je 1 Geschütz. Diesseitiger Verlust nicht bedeutend.

Vor Paris brach der Feind die dem Gefechtsfelde vom 2. Dezember gegenüber geschlagenen Brücken bei Brie am 4. ab und zog sich hinter die Marne zurück.

Bei Aufräumung des Schlachtfeldes von Amiens fanden sich noch 9 feindliche Feldgeschütze und ein bedeutendes Kriegsmaterial vor.

v. Podbielski.

---

## 111.

Versailles, den 5. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Orléans ist noch in dieser Nacht besetzt worden, also ohne Sturm. Gott sei gedankt.

**Wilhelm.**

Versailles, den 5. Dezember.

General-Feldmarschall Prinz Friedrich Carl hat nach dreitägigen, stets siegreichen, vorschreitenden Kämpfen und nach Erstürmung des Bahnhofes und der Vorstädte von Orléans am Abend des 4. und in der Nacht zum 5. die Stadt Orléans besetzt. An 40 Geschütze und viele Tausend Gefangene befinden sich bis jetzt in unseren Händen. Der Feind wird unausgesetzt verfolgt. Diesseitige Verluste verhältnismäßig.

v. Podbielski.

Argueil, den 5. Dezember.

Von der I. Armee hat das 8. Armeekorps am 4. verschiedene glückliche Gefechte nordöstlich Rouen gehabt. Ein Geschütz und 400 unverwundete Gefangene genommen. Diesseitiger Verlust ein Toter und 10 Verwundete.

v. Sperling.

---

## 112.

Versailles, den 6. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Bei Orléans sind über 10,000 Gefangene, 77 Geschütze und vier Kanonenboote genommen worden. Tresckow stürmte die Orte Gidy, Janvry, Pruns, die fortificierte Eisenbahn; war um Mitternacht in Orléans.

Heute Manteuffel mit dem 8. Korps Rouen besetzt.

**Wilhelm.**

Versailles, den 6. Dezember.

Am 4. warfen Abteilungen des 8. Korps eine von Rouen vorgeschobene französische Brigade, wobei 10 Offiziere, 400 Mann und 1 Geschütz in unsere Hände fiel. — Am 5. erneuertes siegreiches Gefecht unseres rechten Flügels, wobei wiederum 1 Geschütz genommen wurde. Infolgedessen verließ das zum Schutze von Rouen zusammengezogene feindliche Korps die Stadt, welche General Goeben noch im Laufe des Nachmittags besetzte. In den verlassenen Verschanzungen wurden 8 schwere Geschütze vorgefunden.

General-Feldmarschall Prinz Friedrich Carl Königliche Hoheit meldet von Orléans: Bis jetzt 77 Geschütze und 10,000 unverwundete Gefangene in unseren Händen, ebenso 4 Kanonenboote, jedes mit einem Vierundzwanzigpfünder armiert. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

v. Podbielski.

---

## 113.

Versailles, den 8. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern Abend ein heftiges glückliches Gefecht der 17. Division auf dem Marsche nach Blois halbwegs bei Meung, wir erwarten dort noch mehr Widerstand; 1 Geschütz und 1 Mitrailleuse genommen, 150 Gefangene.

**Wilhelm.**

---

## 114.

Versailles, den 8. Dezember.

Im Vormarsche auf Beaugency stieß die 17. Division gestern westlich von Meung auf ein frisches feindliches Korps von 15—17 Bataillons mit etwa 26 Geschützen und vertrieb dasselbe in lebhaftem Gefechte, in welches auch die 1. bayerische Division noch erfolgreich eingriff, aus allen Positionen. Der Feind verlor 260 Gefangene, 1 Kanone und 1 Mitrailleuse.

An demselben Tage hatte die 6. Kavalleriedivision bei Salbris und die Avantgarde des 3. Armeekorps bei Névoy nordwestlich von Gien glückliche Verfolgungsgefechte gegen die Arrièregarde der den Rückzug fortsetzenden Loirearmee.

v. Podbielski.

Meung, den 8. Dezember.

Bei Beaugency heute heftige, aber siegreiche Schlacht der Armee-Abteilung des Großherzogs von Mecklenburg gegen 3 französische Armeekorps. Verluste nicht unbedeutend, die des Gegners weit größer. Sechs Geschütze und ungefähr 1000 Gefangene in unseren Händen.

v. Stosch.

---

## 115.

Versailles, den 9. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Großherzog von Mecklenburg gestern und vorgestern vor Beaugency ernste Gefechte mit den verstärkten Resten der Loirearmee aus Tours, die siegreich bekämpft und die Stadt besetzt wurden, dabei 1500 Gefangene, 6 Geschütze. Eben dergleichen Reste verfolgt die zweite Armee in geringerer Stärke auf der Straße nach Bourges.

**Wilhelm.**

Versailles, den 9. Dezember.

Nach dem siegreichen Gefechte am 7. Dezember setzten die 17. und 22. Division mit dem 1. Bayerischen Korps am 8. den Vormarsch gegen Beaugency fort Der Feind entwickelte zwischen diesem Orte und dem Walde von Marchenoir, außer den am ersten Tage engagiert gewesenen Truppen, mindestens noch 2 Armeekorps der nach divergierenden Richtungen von Orléans zurückgewichenen Loirearmee, und suchte mit allen Kräften das Vordringen unserer Truppen aufzuhalten. Nichtsdestoweniger gewannen diese stetig Terrain und nahmen successive die Orte Cravant, Beaumont, Messas und demnächst auch Beaugency. 6 Geschütze und über 1000 Gefangene fielen dabei in unsere Hände.

Am 9. wurden dem Feinde dann weiter die von ihm noch besetzt gebliebenen Ortschaften Bonvalet, Villorceau und Cernay entrissen, wobei abermals viele Gefangene gemacht wurden.

Der wichtige Eisenbahnknoten Vierzon ist von diesseitigen Truppen besetzt.

v. Podbielski.

Meung, den 9. Dezember.

Heute wieder lebhafter Kampf mit allen Truppen der Armeeabteilung des Großherzogs. Feind wurde aus seiner starken Stellung am Forêt de Marchenoir geworfen und viele Gefangene gemacht.

v. Stosch.

## 116.

Versailles, den 10. Dezember.

Nach den Kämpfen der letzten Tage sollte den an der Loire befindlichen Truppen für den 10. Ruhe gewährt werden. Der Feind versuchte jedoch am Morgen mit starken Kräften die Offensive wieder zu ergreifen, wurde aber in einem bis zum Abend währenden, vorzugsweise durch Artillerie geführten Gefechte zurückgewiesen. Diesseitige Verluste sehr unbedeutend. Einige Hundert Gefangene sind in unseren Händen.

General v. Manteuffel meldet, daß Dieppe von Truppen seiner Armee am 9. Abends besetzt worden sei.

Ein Teil der 3. Feld-Eisenbahnabteilung nebst 50 Mann Infanterie sind in Ham überfallen und aufgehoben worden.

v. Podbielski.

## 117.

Versailles, den 11. Dezember.

Abteilungen des 9. Armee-Corps trafen am 9. bei Montlivault in der Nähe von Blois auf eine feindliche Division, deren Angriff ent-

schieden abgeschlagen wurde. Der linke Flügel des Corps warf den Feind aus Chambord, wobei ein Hessisches Bataillon 5 Geschütze erbeutete. Das 3. Armee-Corps verfolgte am 8. den bei Nevoy geworfenen Feind bis über Briare hinaus.

v. Podbielski.

---

## 118.

Versailles, den 12. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Nach den viertägigen Gefechten um Beaugency herum, die jedesmal siegreich für uns endigten, wenn auch bei der Uebermacht des Feindes kein bedeutendes Terrain gewonnen wurde, ist der Feind heute unerwartet gegen Blois und Tours abgezogen, wahrscheinlich in Folge der bedeutenden Verluste, die er erlitten, während die unsrigen gering waren. Sehr viel Ueberläufer melden sich dort, und ebenso bei Rouen. Die Mobilgarden warfen vielfach Waffen und Ausrüstungsgegenstände fort und gehen nach Hause, aber es bleiben immer noch genug übrig. Heute völliges Thauwetter.

**Wilhelm.**

Versailles, den 12. Dezember.

Vor unserm in Beaugency stehenden Corps ist der Feind am 11. zurückgegangen. Unsere Truppen verfolgen ihn.

Die Beschießung von Montmédy hat am 12. begonnen.

Vor La Fère erschienen heute feindliche Abteilungen.

v. Podbielski.

Straßburg, den 12. Dezember.

Pfalzburg heute auf Gnade und Ungnade übergeben, wird morgen früh 10 Uhr besetzt.

v. Hartmann.

---

## 119.

Blois ist von den diesseitigen Truppen am 13. besetzt worden.

v. Podbielski.

Straßburg, den 13. Dezember.

In Pfalzburg gefangen genommen 52 Offiziere, 1839 Mann, und 65 Geschütze erbeutet.

Graf Bismarck-Bohlen.

---

## 120.

Louppy, den 14. Dezember.

Die Festung Montmédy hat kapituliert.

v. Kameke.

Ein Telegramm aus Versailles meldet nichts Neues, als den Fall von Montmédy.

Berlin, den 15. Dezember 1870.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 121.

Versailles, den 15. Dezember.

Diesseitige Abteilungen besetzten am 11. nach kurzem Gefechte Beaumont, westlich Evreux.

Der vor La Fère erschienene Feind hat den Rückzug angetreten.

In der Verfolgung des Feindes bis Oucques und Maves hat die Armee-Abteilung des Großherzogs von Mecklenburg am 13. 2000 feindliche Marodeurs gesammelt.

v. Podbielski.

Longuion, den 15. Dezember.

Gestern Mittag 1 Uhr Einzug der Preußischen Truppen in Montmédy. 65 Geschütze genommen, 3000 Gefangene gemacht, 237 Deutsche Gefangene befreit, darunter 4 Offiziere. Diesseitiger Verlust während des Bombardements gering.

v. Kameke.

Fontaine, den 16. Dezember.

Festung setzt energische Vertheidigung fort, macht viel Ausfälle. Wald Bosmont, Le grand Bois und Dorf Andelnans von uns genommen mit Verlust von 2 Offizieren, 79 Mann; Feind verlor allein an Gefangenen 1 Offizier, 90 Mann.

v. Treskow.

---

## 122.

Versailles, den 16. Dezember.

Der Feind, von stärkeren diesseitigen Avantgarden am 15. angegriffen, hat Vendôme am 16. geräumt.

v. Podbielski.

Dijon, den 17. Dezember.

General Goltz meldet soeben aus Longeau vor Langres den 16. Dezember: Den Feind in seiner starken Stellung bei Longeau heute

Mittag angegriffen und nach 3stündigem Gefechte in Festung zurückgeworfen. Hauptsächlich engagiert Regiment 34. und Artillerie. Unser Verlust 1 Offizier verwundet und ungefähr 30 Mann. Feind war 6000 Mann stark, sein Verlust ungefähr 200 Mann, darunter 64 unverwundete Gefangene. 2 Geschütze und 2 Munitionswagen im Feuer genommen.

v. Werder.

---

## 123.

Versailles, den 18. Dezember.

Am 16. nahm das 10. Armee-Corps bei dem Gefechte, durch welches es in den Besitz von Vendôme gelangte, 6 Geschütze und 1 Mitrailleuse.

Am 17. wurde von den Têten des den Feind verfolgenden Corps Epuisay nach leichtem Gefechte besetzt, 230 Gefangene gemacht.

Aufgefangene Dienstpapiere des nördlich der Loire kommandierenden Generals Chanzy konstatieren ein Zusammenschmelzen der feindlichen Truppenstärke auf die Hälfte.

Die Tête der von Chartres aus gegen den Feind dirigierten Kolonnen hatte bei Droue ein siegreiches Gefecht gegen 6 Bataillone. Der Gegner verlor hier über 100 Todte, mehrere Proviantwagen und einen Viehtransport; diesseitiger Verlust 1 Offizier, 35 Mann, meist leicht verwundet.

v. Podbielski.

---

## 124.

Versailles, den 19. Dezember.

General von Werder griff am 18. den Feind an, welcher in beträchtlicher Stärke bei Nuits und Pesmes stand. Am Abend war Nuits genommen, etwa 600 Gefangene gemacht. Am 19. wurde in südlicher und westlicher Richtung verfolgt. Diesseits Prinz Wilhelm von Baden und General von Gluemer leicht verwundet.

Von Seiten des 10. Corps wurde am 18. die Verfolgung über Epuisay fortgesetzt. Traineurs gefangen genommen und 1 Fahne erbeutet.

Andere Abteilungen hatten am 17. bei Le Poislay und La Fontenelle Gefecht gegen einen etwa 10 000 Mann starken Feind, der in der Richtung auf Le Mans verfolgt wird. — Die Kolonnen des linken Flügels sind am 19. in Marsch auf Château-Renault.

v. Podbielski.

---

## 125.

Versailles, den 20. Dezember.

An der Loire setzten am 20. die Kolonnen des linken Flügels den Marsch auf Tours, die des rechten auf Le Mans fort. An der Straße von Orléans bis Blois befinden sich mehr als 6000 französische Verwundete, welche von ihrer Armee ohne jeden ärztlichen Beistand zurückgelassen wurden.

Die über Ham vorgerückten Kolonnen haben den Rückzug des Feindes aus dortiger Gegend konstatiert.

v. Podbielski.

Dijon, den 20. Dezember.

Am 18. sehr hartnäckiges fünfstündiges siegreiches Gefecht der Badischen 1. und 2. Brigade bei Nuits. Feind hatte 2 Marsch-Legionen aus Lyon, das 32. und 57. Marsch-Regiment, Mobilgarden und Franctireurs und 18 Geschütze, etwa 20 000 Mann unter General Cramer im Gefechte, verteidigte sich in starken Positionen sehr energisch und zog sich nach Wegnahme von Nuits bei eintretender Dunkelheit südlich zurück. Bravour der diesseitigen Truppen wahrhaft ausgezeichnet. — Diesseitiger Verlust leider bedeutend. 13 Offiziere tot, 29 verwundet, darunter General von Gluemer, Prinz Wilhelm von Baden leicht, etwa 700 Mann tot und verwundet. Der Feind verlor viele Offiziere und über 1000 Mann; 16 Offiziere, 700 Unverwundete gefangen. Ein großes Gewehr- und Munitions-Depot, 4 Lafetten, 3 Munitionswagen, zahlreiche Waffen wurden erbeutet.

v. Werder.

---

## 126.

Versailles, den 21. Dezember.

Nachdem die Forts in der Nacht vom 20. zum 21. wiederum ein heftiges Feuer unterhalten hatten, gingen am Vormittage des 21. etwa 3 Divisionen der Besatzung von Paris zum Angriff gegen die Fronten des Garde-Korps und 12. Armee-Korps vor. Der Angriff wurde nach mehrstündigem, hauptsächlich von der Artillerie geführten Gefechte in unserer Vorpostenstellung zurückgewiesen. Unsere Verluste nicht bedeutend.

General Voigts-Rhetz hat am 20. etwa 6000 Mobilgarden mit Kavallerie und Artillerie von Monnaie über Notredame d'Oé in Unordnung auf Tours zurückgeworfen.

General Goltz überraschte den Feind in vier Kantonnements bei Langres und zersprengte ihn nordwärts. Der Feind hinterließ Hunderte von Gewehren, Gepäck und Bagage, sowie 50 Gefangene.

v. Podbielski.

---

## 127.

Versailles, den 22. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Wahrscheinlich in falscher Annahme, daß eine französische Nord-Armee nahe sei, gestern größerer Ausfall gegen Stains, was vom zweiten und Füsilier-Bataillon ersten Garde-Regiments wieder genommen wurde; gegen Le Bourget, das von 2 Bataillonen Elisabeth und 1 Bataillon Augusta wieder genommen ward. Bedeutender Artillerie-Kampf, viele Hundert Gefangene, geringer Verlust diesseits. — Vorstoß gegen die Sachsen von Bobigny auf Sévran, von Rosny und Neuilly an der Marne gegen Chelles, überall zurückgeworfen. Heute Erwartung eines neuen Angriffs daselbst. Heiterer Frosttag, Nachts 5 Grad Kälte.

**Wilhelm.**

Versailles, den 22. Dezember, Nachts.

Vor Paris wurden beim Ausfall am 21. über 1000 unverwundete französische Gefangene gemacht; die nicht angegriffenen Fronten wurden während des Ausfalls wie gewöhnlich unausgesetzt mit Granaten beworfen. Auf das 5. Armee-Korps allein fielen 350 Granatschuß, wovon der Verlust des Korps 1 Verwundeter.

Am 22. gingen 2 feindliche Brigaden längs der Marne gegen den linken Flügel der Position des Sächsischen Armee-Korps vor, wurden aber durch das flankierende Feuer zweier Würtembergischer Batterien zum Rückzug veranlaßt.

v. Podbielski.

---

## 128.

Versailles, den 23. Dezember.

Die 19. Division rückte am 21. bis zur Brücke von Tours vor, fand Widerstand durch Bevölkerung und warf deshalb 30 Granaten in die Stadt. Diese zog darauf deshalb weiße Fahnen auf und bat um preußische Besatzung.

Die Division begnügte sich jedoch ihrer Instruktion gemäß mit Zerstörung der Eisenbahn und bezog die ihr angewiesenen Kantonnements.

v. Podbielski.

---

## 129.

Versailles, den 24. Dezember.

Die erste Armee unter General von Manteuffel griff am 23. den Feind in seiner Stellung nordöstlich Amiens an. Trotz seiner

doppelten Ueberzahl und zahlreichen Artillerie wurden Beaucourt, Montigny, Fréchencourt, Querrieux, Pont-Noyelles, Bussy, Vicquemont und Daours genommen und gegen heftige Offensivstöße siegreich behauptet, bis die Nacht dem Kampfe ein Ende machte. Bis jetzt über 400 unverwundete Gefangene eingebracht.

v. Podbielski.

Amiens, den 24. Dezember.

Gestern siegreiche Schlacht der ersten Armee an der l'Hallu, $1^1/_2$ Meile nordöstlich von Amiens, gegen die 60 000 Mann starke feindliche Nord-Armee. Dieselbe wurde nach der Erstürmung mehrerer Dörfer mit sehr bedeutenden Verlusten über den Abschnitt der l'Hallu zurückgeworfen. Bis jetzt 1000 unverwundete Gefangene eingebracht.

v. Sperling.

---

## 130.

Versailles, den 25. Dezember, 10 Uhr Morgens.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Vorgestern hat Manteuffel den Feind bei Amiens geschlagen; Details fehlen. Hier nichts Ernstliches vorgefallen, Feind aber immer noch mit Massen vor seiner Ostfront bivouaquierend. Heute 9 Grad Kälte, aber heiter, ohne Schnee und Wind.

**Wilhelm.**

Versailles, den 25. Dezember, 4 Uhr Nachmittags.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Manteuffel machte über 1000 Gefangene und nahm einige Geschütze. Die Verfolgung begann erst heute nach Arras.

**Wilhelm.**

Versailles, den 25. Dezember.

Am 24. versuchte der Feind zur Deckung seines Rückzuges verschiedene Offensivstöße gegen General von Manteuffel, wurde aber zurückgeworfen. Ueber 1000 unverwundete Mannschaften sind bis jetzt in unseren Händen.

Am 25. früh meldet General von Manteuffel: Die geschlagene Nord-Armee wird in nordöstlicher Richtung von mir verfolgt.

v. Podbielski.

---

## 131.

Versailles, den 26. Dezember.

Am 25. erreichte General von Manteuffel in der Verfolgung der feindlichen Nord-Armee Albert, wobei Gefangene eingebracht wurden.

Vor Paris unterhielt der Feind am 26. ein wirkungsloses Feuer aus den Forts.

v. Podbielski.

---

## 132.

Versailles, den 27. Dezember.

Seit 7 Uhr früh hat die Belagerungs-Artillerie das Feuer gegen den Mont Avron eröffnet.

v. Podbielski.

---

## 133.

Versailles, den 28. Dezember.

Vom Mont Avron wurde das Feuer unserer Belagerungs-Artillerie heute nicht erwiedert. Es feuerten nur die Forts.

Am 26. erreichte die erste Armee in Verfolgung des Feindes die Gegend von Bapaume. Die Zahl der Gefangenen hat sich noch vermehrt.

v. Podbielski.

---

## 134.

Versailles, den 29. Dezember.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Unsere Beschießung des befestigten Mont Avron am 27. aus 76 Geschützen hat die feindlichen Geschütze für gestern und heute zum Schweigen gebracht.

**Wilhelm.**

Versailles, den 29. Dezember.

Am 27. hatte Oberstlieutenant von Boltenstern mit 6 Kompagnien, 1 Eskadron und 2 Geschützen ein lebhaftes Gefecht zwischen Montoire und La Chartre. Der Feind umfaßte schließlich das Detachement. Oberstlieutenant von Boltenstern schlug sich jedoch durch, brachte, bei einem eigenen Verluste von etwa 100 Mann, noch 10 Offiziere und 230 Mann des Feindes als Gefangene zurück.

Am 28. gelang es der Belagerungs-Artillerie auf der Ostfront von Paris, nachdem der Mont Avron am 27. zum Schweigen gebracht war, den Bahnhof von Noissy le sec wirksam zu beschießen und die in

Bondy kantonierende feindliche Artillerie zu vertreiben. Diesseits 3 Mann Verlust.

Am 29. wurde durch Abteilungen des 12. (Sächsischen) Armee-Korps der Mont Avron besetzt; viele Laffeten, Gewehre, Munition und Tote des Feindes wurden daselbst vorgefunden; feindliche Abteilungen, welche sich noch außerhalb der Forts befanden, zogen sich nach Paris zurück. Diesseits kein Verlust.

Von der Nord-Armee wird gemeldet, daß am 27. die Festung Péronne nach mehreren Gefechten cerniert worden sei. Die Verfolgung der Nord-Armee wird weiter fortgesetzt.

v. Podbielski.

---

## 135.

Albert, den 30. Dezember.

Am 28. hat Oberstlieutenant Pestel von den Ulanen mit einer fliegenden Kolonne von 3 Kompagnien und 3 Eskadrons bei Longpré 3 Bataillone Mobilgarden geschlagen und ihnen 3 Fahnen, 10 Offiziere und 230 Mann abgenommen. Diesseits 6 .. ann verwundet.

v. Sperling.

Versailles, den 30. Dezember.

Vor Paris wurden am 30. auf dem eroberten Mont Avron große Massen Artillerie-Munition vorgefunden und 2 Vierundzwanzig-pfünder vernagelt. 2 Kompagnien drangen bis Dorf Rosny vor. Diesseits 1 Mann verwundet.

v. Podbielski.

---

## 136.

Versailles, den 31. Dezember.

General Manteuffel meldet: 5 Bataillone der 1. Division machten heute von Rouen einen Vorstoß auf das linke Seine-Ufer gegen stärkere aus der Gegend von Briare bis Monlineaux und Grand Couronne vorgegangene feindliche Streitkräfte. Diese wurden teils zersprengt, teils in das feste Schloß Robert le Diable geworfen, welches von unsern Truppen erstürmt wurde. Der Feind verlor zahlreiche Tote und etwa 100 Gefangene, darunter angeblich den Chef der dortigen Franctireurs.

Ein offizieller Pariser Bericht ergiebt, daß die Beschießung des Mont Avron am 27. Dezember dem Feinde schwere Verluste zufügte. 17 bei dieser Gelegenheit getötete oder verwundete Offiziere werden namentlich aufgeführt.

v. Podbielski.

Boulzicourt, den 31. Dezember.

Nachdem gestern die Artillerie-Festungs-Kompagnien und das erforderliche Material eingetroffen sind, hat heute die Beschießung von Mezières begonnen.

Fortwährend kleine Gefechte der Cernierungs-Truppen des nördlichen Abschnitts mit Franctireurs.

v. Woyna.

---

## 137.

Versailles, den 2. Januar.

Die Beschießung der feindlichen Positionen vor der Nordost-Front von Paris am 31. Dezember und 1. Januar mit Erfolg fortgesetzt. Der Feind hat seine vorgeschobenen Stellungen vor dieser Front eilig geräumt. Das Feuer der Forts Nogent, Rosny und Noisy ist am 1. Januar verstummt.

Die 20. Division wurde am 31. Dezember bei Vendôme von überlegenen Kräften angegriffen, wies jedoch den Angriff zurück, wobei General von Lüderitz 4 Geschütze nahm.

Oberst Wittich mit einer fliegenden Kolonne nahm am 30. Dezember bei Souchez, zwischen Arras und Bethune 5 Offiziere, 170 Mann gefangen.

v. Podbielski.

Boulzicourt, den 2. Januar.

Mezières hat kapituliert. Einmarsch der preußischen Truppen heut Mittag 12 Uhr.

v. Woyna.

---

## 138.

Versailles, den 3. Januar.

Vor Paris auf der Ostfront am 3. diesseits lebhaftes Geschützfeuer, welches der Feind nur aus Fort Nogent schwach erwiederte.

v. Podbielski.

Boulzicourt, den 3. Januar.

Mezières ist gestern Mittag 12 Uhr von preußischen Truppen besetzt worden. Ueber 2000 Gefangene gemacht, darunter 98 Offiziere, 106 Geschütze erbeutet und viele Vorräte an Lebensmitteln.

v. Woyna.

---

## 139.

Bourogne, den 4. Januar.

Am 2. Rekognoscierungs-Gefecht bei Croix, südlich Delle, infolgedessen 200 zurückgedrängte Franzosen jenseits der Schweizer Grenze entwaffnet wurden. — Die Belagerung hat ihren Fortgang.

v. Tresckow.

Amiens, den 4. Januar.

Am 2. und 3. Januar blutige aber siegreiche Kämpfe vorgeschobener Abteilungen der I. Armee bei Bapaume. Am 2. nämlich wies die 30. Brigade von Mittag bis Abend alle Angriffe überlegener feindlicher Massen ab und machte dabei 260 Gefangene. Am 3. behauptete sich die versammelte 15. Division und ein Detachement unter Prinz Albrecht Sohn in neunstündigem Kampfe gegen zwei feindliche Armee-Corps, wobei unsere Truppen am Abend zwei Dörfer mit dem Bajonett nahmen und wieder einige Hundert Gefangene machten. Der Feind trat nach den erlittenen außerordentlichen Verlusten in der Nacht zum 4. den Rückzug nach Arras und Douai an, wobei die verfolgende Kavallerie feindliche Bataillone erfolgreich attakierte und dabei noch Gefangene machte.

Graf Wartensleben.

Amiens, den 4. Januar.

Von der I. Armee hat General von Bentheim am 4. Januar früh die feindlichen Truppen auf dem linken Seine-Ufer unter General Roye überfallen und zersprengt, 3 Fahnen, 2 Kanonen, 4—500 Gefangene abgenommen.

v. Sperling.

Versailles, den 5. Januar.

General von Manteuffel meldet: Der Feind ergriff am 2. Mittags mit starken Massen die Offensive; Brigade Strubberg bei Sapignies wies mit geringem eigenen und großem feindlichen Verluste alle Angriffe bis zum Abend zurück und machte 250 Gefangene.

Am 3. behauptete General von Goeben mit der 15. Division und Detachement Prinz Albrecht Sohn die Stellung bei Bapaume glorreich gegen die feindliche Nord-Armee und machte 260 Gefangene. Der Feind hatte außerordentlich große Verluste und trat in der Nacht den Rückzug an, von diesseitiger Kavallerie verfolgt.

Vor Paris setzten am 4. unsere Batterien gegen die Ostfront trotz dichtem Nebel die Beschießung fort.

v. Podbielski.

## 140.

Aus einem Telegramm Seiner Majestät des Königs an Ihre Majestät die Königin.

Versailles, den 5. Januar, 10 Uhr Morgens.

Seit 9 Uhr beginnt die Beschießung der Süd-Forts von Paris bei herrlichem windstillem Wintertage und 9 Grad Kälte ohne Schnee.

**Wilhelm.**

---

## 141.

Versailles, den 5. Januar.

Die gegen die Süd-Front von Paris errichteten Batterien, deren Armierung vom Feinde nicht gestört worden, beschlossen im Laufe des heutigen Tages die Forts Issy, Vanvres und Montrouge, die Verschanzungen von Villejuif, den Point du Jour und Kanonenboote. Gleichzeitig wurde die Beschießung der Nord- und Ost-Front kräftig fortgesetzt, zum Teil aus neu errichteten Batterien. Erfolg sehr günstig, trotz ziemlich starkem Nebel. Diesseitiger Verlust: 4 Mann tot, 4 Offiziere, 11 Mann verwundet.

General v. Bentheim hat am 4. früh von Rouen aus die feindlichen Truppen auf dem linken Seine-Ufer unter General Roye überfallen, zersprengt und ihnen teils gestern, teils bei der heute fortgesetzten Verfolgung 4 Geschütze, 3 Fahnen und gegen 600 Gefangene genommen.

Die bei Bapaume zurückgeschlagene Nord-Armee unter Faidherbe befindet sich im Rückzuge auf Arras und Douai.

v. Podbielski.

Amiens, den 5. Januar.

Die Verfolgung des am linken Seine-Ufer geschlagenen Korps des Generals Roye wurde gestern noch durch ein kleines gemischtes Detachement unter Major Preinitzer über Bourgachard fortgesetzt; er überfiel den Feind von Neuem, zersprengte ihn, nahm ihm noch fernere 2 Geschütze, 1 Munitionswagen und Gefangene ab und trieb ihn in die Flucht.

Graf Wartensleben.

---

## 142.

Charleville, den 5. Januar.

Handstreich auf Rocroy gelungen, soeben kapituliert die Festung. 2 Kompagnien besetzen noch heute die Thore.

v. Senden.

---

## 143.

Aus einem Telegramm Seiner Majestät des Königs an Ihre Majestät die Königin.

Versailles, den 6. Januar.

Gestern von 9 Grad Kälte auf 1 Grad Wärme gestiegen, heute völliges Thauwetter, 7 Grad warm und schöner Sonnenschein. Die Beschießung hat bereits Fort Issy zum Schweigen gebracht. Ueberall scheinbar gute Wirkung. Unser Verlust 3 blessierte Offiziere und 10 Mann, 4 Tote.

**Wilhelm.**

Versailles, den 6. Januar.

Vor Paris lebhaftes Feuer der Belagerungs-Artillerie gegen die Süd-, Ost- und Nord-Front mit guter Wirkung fortgesetzt. —

Beim General v. Werder fanden südlich Vesoul verschiedene Vorposten-Gefechte statt, in welchen derselbe 200 Gefangene gemacht hat.

v. Podbielski.

Mezières, den 6. Januar.

Rocroy ist heute besetzt worden. Es sind 300 Gefangene gemacht, 72 Geschütze, 1 Fahne und viele Waffen erbeutet, sehr bedeutende Vorräte von Munition und Lebensmitteln vorgefunden worden. In Rocroy sind 8 deutsche Gefangene befreit worden, darunter 2 als Spione festgehaltene Preußen. Der Handstreich wurde gemacht mit 5 Bataillonen Infanterie, 2 Eskadrons Husaren, 6 Feldbatterien und 1 Pionier-Kompagnie.

v. Senden.

---

## 144.

Versailles, den 7. Januar.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern ist Prinz Friedrich Karl der sich vorbewegenden Armee des Generals Chanzy über Vendôme entgegen gegangen und hat die angetroffenen Vortruppen siegreich zurückgeschlagen und verfolgt sie. — Hier geht die Beschießung günstig fort. Verluste gering. Völliges Thauwetter.

**Wilhelm.**

Versailles, den 7. Januar, Nachts.

Am 6. gingen die gegen die Armee des Generals Chanzy aufgestellten Divisionen über Vendôme vor und stießen hierbei auf zwei im Anrücken befindliche feindliche Armee-Korps. Selbige wurden nach heftigem

Gefechte über den Abschnitt von Azay zurückgeworfen und demnächst auch diese Position, sowie gleichzeitig Montoire genommen. Die diesseitigen Verluste nicht unbedeutend.

Vor Paris wurde im Laufe des 7. das Feuer der Belagerungs-Artillerie gegen die Fortifikationen im Süden, Osten und Norden lebhaft und mit guter Wirkung fortgesetzt. Fort Issy und nebenliegende Batterien, sowie Fort Vanvres schwiegen zeitweise. Diesseitiger Verlust heute wie der gestrige etwa 20 Mann.

v. Podbielski.

---

## 145.

Aus einem Telegramm Sr. Majestät des Königs an Ihre Majestät die Königin.

Versailles, den 8. Januar.

Prinz Friedrich Karl noch immer siegreich vorgehend gegen Le Mans. Im Norden Ruhe seit dem 3. Hier geht die Beschießung günstig weiter. Im Fort Vanvres ist eine Kaserne in Brand geschossen.

**Wilhelm.**

Versailles, den 8. Januar.

Die gegen den General Chanzy vordringenden diesseitigen Kolonnen erreichten am 7. unter teilweise sehr heftigen Gefechten Nogent-le-Rotrou, Sargé, Savigny und La Chartre.

Das Feuer vor Paris wurde am 8. lebhaft und mit Erfolg fortgesetzt. Die Kasernen des Forts Montrouge gerieten dabei in Brand.

Nach französischen Berichten betrug der Verlust der Nord-Armee in den Gefechten am 2. und 3. d. M. gegen General Goeben etwa 4000 Mann, der unsrige wird dabei auf 9000 Mann angegeben. Dem gegenüber konstatieren die heut hier eingegangenen Berichte der I. Armee unsere Verluste in den erwähnten Gefechten auf 11 Offiziere, 117 Mann tot, 35 Offiziere, 667 Mann verwundet und 236 Mann vermißt.

v. Podbielski.

Bourogne, den 8. Januar.

In der Nacht vom 7. zum 8. Danjoutin südlich Belfort gestürmt. Bataillon Schneidemühl unter Hauptmann Manstein besonders ausgezeichnet. 2 Stabsoffiziere, 16 Offiziere, über 700 unverwundete Gefangene gemacht, außerdem bedeutender Verlust. Unsererseits 1 Offizier, 13 Mann tot, 65 verwundet.

v. Treskow.

---

## 146.

Versailles, den 9. Januar.

Im Laufe der Nacht wurde die Stadt Paris von den diesseitigen Batterien stärker beschossen. Der Brand der Kaserne im Fort Montrouge währte bis zum Morgen. Am 9. wurde wegen dichten Nebels das Feuer langsamer unterhalten. Der Feind erwiderte dasselbe nur an vereinzelten Stellen. Diesseitiger Verlust am 8. etwa 25 Mann, am 9. ganz unbedeutend.

Die von Vendôme aus vorgerückten diesseitigen Kolonnen setzten am 8. ihren Marsch ohne wesentliche Gefechte bis über St. Calais fort.

v. Podbielski.

---

## 147.

Versailles, den 10. Januar.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern hatte General v. Werder südlich von Vesoul bei Vallerois ein glückliches Gefecht gegen Truppen von Bourbaki und machte 800 Gefangene. Desgleichen vor Belfort stürmten einige Bataillone das Dorf Danjoutin und machten 700 Gefangene.

Hier wieder Nebel nach Schneefall, daher schwaches Feuer.

**Wilhelm.**

Versailles, den 10. Januar.

Am 8. Nachmittags schlug Oberst v. Dannenberg bei Montbard einen Angriff garibaldinischer Freischaaren zurück. — Am 9. stieß General v. Werder bei seinem Vormarsche auf Villersexel auf die Flanke des 20. französischen Korps, nahm den Ort, wobei 2 Stabsoffiziere, 14 Offiziere und über 500 Mann nebst 2 Adlern in unsere Hände fielen. Alle Angriffe des hierauf in bedeutender Stärke sich entwickelnden Gegners, bei dem auch das 18. Korps eingriff, wurden mit diesseitigem geringen Verluste in der Linie Villersexel—Moimay und Marat abgewiesen.

Die Truppen des Generals Chanzy wichen am 9. auf allen Punkten vor unsern vordringenden Kolonnen auf Le Mans zurück. Der Abschnitt von Ardenay wurde von unseren Têten überschritten. Über 1000 Gefangene konstatiert, welche bis jetzt in unsere Hände gefallen sind.

v. Podbielski.

Versailles, den 10. Januar.

Im Laufe des 10. wurde die Beschießung der verschiedenen Fronten von Paris fortgesetzt. Der Feind antwortete mäßig. Diesseitiger Verlust 17 Mann.

v. Podbielski.

Amiens, den 11. Januar.

Peronne hat kapituliert, Besatzung von über 3000 Mann kriegsgefangen.

v. Goeben.

---

## 148.

Versailles, den 10. Januar.

Die gegen General Chanzy operierenden Kolonnen drangen am 10. unter fortwährenden siegreichen Gefechten mit ihren Têten bis auf 1 Meile an Le Mans heran. 1 Geschütz, 3 Mitrailleusen und über 2000 unverwundete Gefangene fielen in unsere Hände. Diesseitiger Verlust nicht sehr bedeutend.

Der Verlust des Generals v. Werder im Gefechte von Villersexel betrug 13 Offiziere und etwas über 200 Mann.

v. Podbielski.

---

## 149.

Versailles, den 11. Januar.

Beschießung der feindlichen Werke und Geschütz-Emplacements kräftig fortgesetzt, wobei diesseits neun weiter vorgeschobene Batterien in Thätigkeit traten. Die Kasernen des Forts Issy wurden in Brand geschossen. Diesseitiger Verlust an Toten und Verwundeten: 2 Offiziere, 7 Mann.

v. Podbielski.

---

## 150.

Versailles, den 12. Januar.

Am 11. hatten die gegen Le Mans in Bewegung gesetzten Korps bis zur Dunkelheit heftige Kämpfe zu bestehen. Das Debouché von Champagné wurde erkämpft, Arches-Château, sowie 7 Geschütze und Mitrailleusen wurden genommen. — Die Zahl der am 10. in unsere Hände gefallenen Gefangenen beträgt nicht, wie bisher angegeben, 2000, sondern allein bei der im Centrum vorgedrungenen Kolonne 5000 Mann und 4 Mitrailleusen.

General v. Werder, nachdem er von Vesoul links abmarschiert und hierbei am 9. im Gefecht von Villersexel den Gegner, welcher seinen Marsch behindern konnte, zurückgewiesen, hat seine Bewegungen am 10. ohne weiteres Gefecht fortgesetzt.

v. Podbielski.

---

## 151.

Versailles, den 12. Januar.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Den 10. und 11. siegreiche Gefechte in Le Mans; viele Gefangene, Mitrailleusen, Kanonen genommen. Verluste mäßig beim 3., 9. und 13. Korps. Details fehlen noch. Französische Telegramme räumen selbst zum ersten Male ein, geschlagen zu sein. — Bei Villersexel hatte am 9. General v. Werder ein glückliches Gefecht und nahm 2 Adler, 2 Geschütze, 800 Gefangene.

Hier geht die Beschießung wegen Nebels seit drei Tagen nur langsam vorwärts, obgleich gestern und heute viel geschossen wird; namentlich aus der Stadt-Enceinte wird das Feuer immer heftiger. Heute Sonnen-Wintertag mit 2 Grad Kälte, dennoch keine Fernsicht.

**Wilhelm.**

---

## 152.

Versailles, den 13. Januar.

### Der Königin Augusta in Berlin.

Gestern Nachmittag nahm das 3. und 10. Korps Le Mans, und das 9. und 13. ging siegreich südlich bei St. Corneille vor. Große Vorräte genommen; andere Details fehlen noch.

**Wilhelm.**

---

## 153.

Versailles, den 13. Januar.

General-Feldmarschall Prinz Friedrich Carl, dessen Korps seit dem 8. unter fortwährenden siegreichen Kämpfen die Armee des Generals Chanzy aus der Gegend von Vendôme bis auf Le Mans zurückgedrängt, nahm am 12. Nachmittags diese Stadt und warf den Gegner gleichzeitig aus seinen nordöstlich davon befindlichen Stellungen bei St. Corneille. Große Vorräte wurden in Le Mans erobert. Die feindliche Armee ist im Rückzuge.

Vor Paris Fortsetzung der Beschießung mit gutem Erfolge und unter unbedeutenden diesseitigen Verlusten.

v. Podbielski.

---

## 154.

Versailles, den 13. Januar.

Vor Paris wurde bei anhaltendem Nebel ein ruhiges Feuer von unseren Batterien gegen die Werke und die Stadt unterhalten. Der

Feind antwortete nur matt. Diesseitiger Verlust an Toten und Verwundeten: 2 Offiziere, 9 Mann.

Feldmarschall Prinz Friedrich Carl meldet aus Le Mans: Der Feind zieht sich teils auf Alençon, teils auf Laval zurück, verfolgt von den diesseitigen Kolonnen. Von der Armee des Generals Chanzy fielen in den ununterbrochenen Kämpfen vom 6. bis zum 12. allein über 16,000 unverwundete Gefangene in die Hände der II. Armee; außerdem wurden 12 Geschütze resp. Mitrailleusen ihr abgenommen. 6 Lokomotiven und 200 Wagen wurden erbeutet.

v. Podbielski.

---

## 155.

Versailles, den 14. Januar.

In der Nacht vom 13. zum 14. erfolgten heftige Ausfälle aus Paris gegen die Positionen der Garde bei Le Bourget und Drancy, des 11. Korps bei Meudon und des 2. bayerischen Korps bei Clamart, welche überall siegreich zurückgeschlagen wurden. Rückzug des Feindes an einzelnen Stellen fluchtartig.

v. Podbielski.

---

## 156.

Versailles, den 15. Januar.

Das Feuer der Forts Issy, Vanvres und Montrouge hat am 14. fast gänzlich geschwiegen. Die Beschießung der Befestigungen und der Stadt wird ununterbrochen fortgesetzt. Diesseitiger Verlust ganz unbedeutend.

v. Podbielski.

Versailles, den 15. Januar.

Von den in der Verfolgung der geschlagenen Armeen des Generals Chanzy befindlichen Kolonnen gehen folgende Meldungen über den 14. ein: 1) General v. Schmidt fand bei Chapille (?), $2^1/_2$ Meilen westlich Le Mans, eine feindliche Division in Barry (?). Sofort energisch angegriffen, ging diese in regelloser Flucht auf Laval zurück, über 400 Gefangene in unsern Händen lassend. Diesseitiger Verlust an Toten und Verwundeten bestand nur in 1 Offizier und 19 Mann. 2) Lager von Conli wurde nach wenig Schüssen besetzt und große Vorräte an Waffen, Munition und Proviant erbeutet. 3) Beaumont wurde nach leichtem Straßen-Gefechte besetzt, 40 Munitionswagen genommen und etwa 1000 Gefangene gemacht. — Ferner wird gemeldet, daß am 14. ein Detachement

unter General v. Rantzau in Briare von größeren feindlichen Abteilungen angegriffen wurde, jedoch unter geringem eigenen Verluste sich durchschlug.

v. Podbielski.

Brévilliers, den 15. Januar.

Der Feind griff mich heute mit anscheinend 4 Korps von Chagey bis Montbéliard lebhaft, besonders mit Artillerie an. Auf allen Punkten ist der Angriff zurückgeschlagen und meine Positionen auf keiner Stelle durchbrochen. Diesseitiger Verlust zwischen 300 und 400 Mann. Der Kampf dauerte von Morgens 1/2 9 bis Abends 1/2 6 Uhr.

v. Werder.

---

## 157.

Versailles, den 16. Januar.

### Der Königin Augusta in Berlin.

General v. Werder ist gestern von Bourbaki mit vier Korps in seiner Position vor Belfort bei Montbéliard und Chagey angegriffen worden und hat in einem sechsstündigen Kampfe alle Angriffe abgeschlagen, so daß an keiner Stelle der Feind die Stellung durchbrach. Verlust nur 300 bis 400 Mann. Hauptsächlich Artillerie-Kampf.

Bei Le Mans ist die Zahl der Gefangenen auf 20,000 gestiegen, während des Rückzuges des Feindes nach Alençon nördlich und Laval westlich auch noch fortwährend Kriegs-Material und Vorräte erbeutet, sowie 4 Lokomotiven und 400 Waggons.

**Wilhelm.**

---

## 158.

Versailles, den 16. Januar.

Vor Paris trat der Feind auf der Südfront mit neuen Batterien auf, deren Feuer jedoch erfolgreich bekämpft wurde. Diesseitiger Verlust: 2 Offiziere, 7 Mann.

v. Podbielski.

Versailles, den 16. Januar.

Am 15. Januar hatte Major v. Köppen vom 77. Regiment bei Marac, nordwestlich Langres, ein 1 1/2 stündiges Gefecht gegen etwa 1000 Mobilgarden, welche unter Verlust einer Fahne in wilder Flucht auf Langres geworfen wurden.

Die bis heute vorliegenden Berichte der II. Armee beziffern unseren Gesamtverlust an Toten und Verwundeten in den siegreichen Kämpfen

vom 6. bis 12. dieses Monats auf 177 Offiziere und 3203 Mann. Dem Feinde wurden bis jetzt über 22,000 unverwundete Gefangene, 2 Fahnen, 19 Geschütze, über 1000 beladene Fahrzeuge und außerdem eine Menge von Waffen, Munition und Armee-Material abgenommen.

Vor Paris dauert das Feuer unserer Batterien in wirksamer Weise und mit geringen Verlusten fort.

v. Podbielski.

---

## 159.

Versailles, den 17. Januar.

General Werder behauptete sich auch am 16. in seiner Stellung südlich Belfort gegen erneuerte Angriffe des Feindes.

General Schmidt drang in der Verfolgung des Feindes, welcher auf Laval zurückgeht, bis über Vaiges vor und machte wieder über 2000 Gefangene. Alençon wurde in der Nacht vom 16. zum 17. nach leichtem Gefechte besetzt.

v. Podbielski.

---

## 160.

Brévilliers, den 17. Januar.

In der Nacht zum 17. besetzte General Keller Frahier, überfiel Chenebier, nahm Bagage und machte etwa 7 Offiziere, 400 Mann zu Gefangenen. Am Morgen gegen 8 Uhr griff Feind wiederholt, aber vergeblich, Chagey und Mittags Bethoncourt heftig an. Bei Montbéliard und westlich Luze lebhafte Kanonade. — Um 4 Uhr Nachmittags griff der Feind den General Keller mit bedeutend überlegenen Kräften an, derselbe hielt jedoch die feste Stellung bei Frahier. Diesseitiger Verlust an den letzten drei Tagen etwa 1200 Mann tot und verwundet.

v. Werder.

---

## 161.

Versailles, den 18. Januar.

### Der Kaiserin-Königin Augusta in Berlin.

Bourbaki hat nach dreitägiger Schlacht sich vor dem Werder'schen heldenmütigen Widerstande zurückgezogen. Werder gebührt die höchste Anerkennung und seinen tapferen Truppen.

**Wilhelm.**

Versailles, den 18. Januar.

Am 17. erneuerter Versuch Bourbaki's gegen den General Werder, der seine verschanzte und mit schwerem Geschütze verstärkte Position sieg-

reich behauptete und alle Angriffe abwies. Diesseitige Verluste in den dreitägigen Kämpfen werden auf etwa 1200 Mann geschätzt.

Vor Paris Fortsetzung der Beschießung mit guter Wirkung. Diesseitiger Verlust: 2 Offiziere, 1 Mann tot, 1 Offizier, 6 Mann verwundet.

v. Podbielski.

Versailles, den 18. Januar.

Die Armee des Generals Bourbaki ist nach dem durch die dreitägigen siegreichen Kämpfe des Generals v. Werder vereitelten Entsatz-Versuche von Belfort in vollem Rückzuge.

v. Podbielski.

---

## 162.

Aus einem Telegramme Seiner Majestät des Kaisers und des Königs an Ihre Majestät die Kaiserin-Königin entnommen.

Versailles, den 19. Januar.

Ich kehre soeben von einem Ausfall-Gefechte zurück, das heftig an Kanonade war, aber ohne allen Erfolg.

**Wilhelm.**

Roupy, den 19. Januar.

Nord-Armee vor St. Quentin in 7 stündigem Kampfe geschlagen. Bis jetzt über 4000 unverwundete Gefangene und 2 Geschütze.

v. Goeben.

Versailles, den 19. Januar.

Vor Paris am 19. Ausfall bedeutender feindlicher Streitkräfte vom Mont Valérien aus gegen die Stellung des 5. Armee-Korps zurückgewiesen. Kampf von Vormittags 11 Uhr bis nach Einbruch der Dunkelheit. Diesseitiger Verlust, soweit zu übersehen, nicht bedeutend. Belagerungs-Artillerie setzte ihr Feuer ununterbrochen mit gutem Erfolge fort.

General v. Werder hat die Verfolgung der Armee Bourbaki's unter glücklichen Gefechten begonnen.

Die I. Armee warf am 18. vorgeschobene Abteilungen der Nord-Armee von Beauvois auf St. Quentin zurück, wobei der Feind 1 Geschütz und 500 unverwundete Gefangene verlor. Am 19. griff General v. Goeben die französische Nord-Armee in ihrer Stellung vor St. Quentin an, warf sie in 7 stündiger Schlacht aus allen Positionen und nach hartnäckigem Kampfe nach St. Quentin hinein. Bis jetzt konstatiert: 2 Geschütze im Feuer genommen, über 4000 unverwundete Gefangene. — Von Abteilungen der II. Armee wurde am 19. Tours ohne Widerstand besetzt. — Die Beschießung von Longwy hat heut begonnen.

v. Podbielski.

---

## 163.

Versailles, den 20. Januar.

### Der Kaiserin-Königin in Berlin.

General v. Goeben hat gestern vor St. Quentin den Feind abermals geschlagen, in die Stadt hineingeworfen und will ihn heute verfolgen. So sind also alle drei Armeen zur Entsetzung von Paris geschlagen. Der gestrige Ausfall war stark an Truppen, ohne Erfolg, doch steht der Feind noch außerhalb Paris in der Ebene vom Mont Valérien, und greift gewiß heute wieder an.

**Wilhelm.**

---

## 164.

Versailles, den 20. Januar.

### Der Kaiserin-Königin in Berlin.

General v. Goeben hat noch gestern Abend nach dem Sturme des Eisenbahnhofes durch das 19. Regiment, St. Quentin durch die Division Prinz Albrecht Sohn und eine Brigade des 8. Korps besetzt und den nach Norden und Osten zersprengten Feind heute verfolgt. — Hier bis jetzt 2 Uhr Alles still; die Truppen stehen aber gegenseitig in Position.

**Wilhelm.**

Versailles, den 20. Januar.

General v. Goeben meldet: Noch am Abend des 19. wurde der Bahnhof von St. Quentin von den diesseitigen Truppen erstürmt und demnächst die Stadt selbst besetzt. In derselben wurden 2000 Verwundete des Feindes vorgefunden; außerdem hatte sich bis zum Morgen des 20. die Zahl der in unsere Hände gefallenen unverwundeten Gefangenen auf 7000 vermehrt. 6 Geschütze waren genommen worden. — Diesseitiger Verlust vor Paris am 19. wird auf etwa 400 Mann geschätzt. Der Verlust des Feindes war so bedeutend, daß derselbe um einen 48stündigen Waffenstillstand nachsuchte. 500 Mann des Gegners wurden gefangen.

v. Podbielski.

St. Quentin, den 20. Januar.

Erste Armee hat gestern einen glänzenden Sieg bei St. Quentin erfochten; hieran beteiligten sich außer Truppen der I. Armee Truppen des sächsischen Generals Graf Lippe. St. Quentin am Abend besetzt, nachdem das 19. Regiment von der Division des Prinzen Albrecht den Bahnhof mit Sturm genommen. Mehrfache glückliche Kavallerie-Attacken.

6 Geschütze und etwa 10,000 unverwundete Gefangene genommen. Überall Zeichen der größten Auflösung der feindlichen Armee. Unser Verlust noch nicht konstatiert, der der Franzosen viel größer.

v. Sperling.

---

## 165.

Versailles, den 21. Januar.

### Der Kaiserin und Königin in Berlin.

Der Feind hat sich gestern Vormittags ganz nach Paris zurückgezogen. Vor St. Cloud wurden noch 15 Offiziere und 250 Mann zu Gefangenen gemacht. — Bei St. Quentin beläuft sich die Zahl auf 9000 unverwundete Gefangene, über 2000 Blessierte in der Stadt, exklusive der in der Umgegend befindlichen und der Toten, so daß gewiß ein Verlust von 15,000 Mann anzunehmen ist. Der Feind ist bis Valenciennes und Douai zurückgegangen und besetzte Cambrai wieder.

**Wilhelm.**

Versailles, den 21. Januar.

Gegen Paris wurde die Beschießung in den letzten Tagen ununterbrochen fortgesetzt. Am 21. eröffnete die Belagerungs-Artillerie das Feuer gegen St. Denis. — Ein Überfall-Versuch von Langres aus gegen 2 in der Gegend von Chaumont postierte Landwehr-Kompagnien in der Nacht zum 21. mißlang völlig.

v. Podbielski.

Bourogne, den 21. Januar.

In der Nacht vom 20. zum 21. die vom Feinde stark besetzten und verschanzten Gehölze Taillis und Bailly, sowie Dorf Perouse genommen; 5 Offiziere, 80 Mann unverwundete Gefangene. Unser Verlust nicht ganz unbedeutend. Vier neue Batterien bei Danjoutin seit heute Morgen im Feuer, hauptsächlich gegen Schloß-Front.

v. Tresckow.

---

## 166.

Versailles, den 22. Januar.

Vor Paris erzielte die Beschießung gegen St. Denis gute Resultate. Am 22. verstummte dort das feindliche Feuer fast ganz.

In St. Denis, wie auch in Paris bemerkte man mehrere Feuersbrünste.

Eine fliegende Kolonne unter Oberstlieutenant Dobschütz versprengte in der Gegend von Bourmont, an der obern Maas, Mobilgarden; feindlicher Verlust über 180 Mann; diesseits 4 Mann verwundet.

v. Podbielski.

Bourogne, den 22. Januar.

In der Nacht vom 21. zum 22. die Laufgräben gegen die Perches in der Linie Danjoutin bis Perouse ohne Verlust eröffnet.

v. Tresckow.

---

## 167.

Versailles, den 23. Januar.

Am 21. besetzten Abteilungen der deutschen Süd-Armee nach leichtem Gefechte Dôle und nahmen 230 mit Lebensmitteln, Fourage und Bekleidung beladene Eisenbahn-Wagen.

Am 22. wurde die Eisenbahn-Moselbrücke zwischen Nancy und Toul durch eine Franctireur-Bande gesprengt.

Im Norden hat die I. Armee das Terrain bis zu den Festungen vom Feinde gesäubert.

v. Podbielski.

---

## 168.

Versailles, den 24. Januar.

In dem Ausfall-Gefechte am 19. d. M. vor Paris betrug der diesseitige Verlust an Toten, Verwundeten und Vermißten: 39 Offiziere, 616 Mann. Der Verlust des Feindes wird auf 6000 Mann geschätzt, da allein über 1000 vor der diesseitigen Front liegen gebliebene Tote desselben konstatiert wurden. Gegen die Nord-Front von Paris sind neue Batterien auf nähere Distancen in Thätigkeit getreten.

Abteilungen der Süd-Armee haben südlich Besançon im Rücken der Bourbakischen Armee den Doubs überschritten. 33 Eisenbahn-Wagen, zum Teil mit Proviant, sind im Bahnhofe St. Vit genommen worden.

v. Podbielski.

Grandville, den 25. Januar, 3 Uhr 25 Min.

Longwy, seit 9 Tagen beschossen, hat soeben kapituliert; 4000 Gefangene, 200 Geschütze genommen. Ich besetze heute Mittag die Festung.

v. Krenski.

---

## 169.

Versailles, den 25. Januar.

Offizielle Pariser Berichte geben die Stärke der französischen Korps, welche am 19. gegen das fünfte Korps ausfielen, auf über 100,000 Mann an.

Der Verlust der I. Armee betrug in der Schlacht bei St. Quentin am 19. Januar an Toten und Verwundeten: 94 Offiziere und etwa 3000 Mann.

v. Podbielski.

---

## 170.

Versailles, den 26. Januar.

Die Armee Bourbaki's zieht sich auf Besançon, am linken Doubs-Ufer zurück, verfolgt von einzelnen Korps der Süd-Armee. Der Verlust des Feindes wird bei seiner mißglückten Offensive gegen General v. Werder auf mindestens 10,000 Mann geschätzt. Das Elend unter den zurückgebliebenen französischen Verwundeten und Kranken, welche ohne Hülfe und Verpflegung zurückgelassen wurden, ist überaus groß. Die übrigen Korps der vom General von Manteuffel kommandierten Süd-Armee haben die rückwärtigen Verbindungen der Bourbaki'schen Armee durch Besetzung von St. Vit, Quingey und des Eisenbahnknotens von Mouchard unterbrochen.

Vor Paris nichts Neues.

v. Podbielski.

---

## 171.

Versailles, den 27. Januar.

General Kettler meldet, daß er am 23. einen Vorstoß in der Richtung auf Dijon gemacht und 5 Offiziere, 150 Mann gefangen genommen habe. Der Fahnenträger des zweiten Bataillons Regiments Nr. 61. ist dabei im Waldgefechte in der Nacht erschossen worden; die Fahne wird vermißt. In der Gegend zwischen Chatillon und Montereau haben sich feindliche Abteilungen gezeigt.

Vor Paris schweigt gemäß Verabredung seit 12 Uhr in der Nacht vom 26. zum 27. vorläufig beiderseits das Geschützfeuer.

v. Podbielski.

---

## 172.

Dem Königlichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist den 28. d. Mts. Abends spät nachstehende Mitteilung zugegangen:

Versailles, den 28. Januar.

Es ist von dem Reichskanzler Grafen Bismarck und Herrn Jules Favre die Kapitulation aller Pariser Forts und ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand zu Lande und zu Wasser unterzeichnet worden. — Die Pariser Armee bleibt in der Stadt kriegsgefangen.

Berlin, den 29. Januar 1871.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 173.

### An die Kaiserin und Königin.

Versailles, den 29. Januar.

Gestern Abend ist ein dreiwöchentlicher Waffenstillstand unterzeichnet worden. Linie und Mobile werden kriegsgefangen und in Paris interniert. Garde nationale sédentaire übernimmt die Aufrechthaltung der Ordnung. Wir besetzen alle Forts, Paris bleibt cerniert und darf sich verpflegen, wenn die Waffen ausgeliefert sind.

Eine Konstituante wird nach Bordeaux in 14 Tagen berufen. Die Armeen im freien Felde behalten ihre resp. Landstrecken besetzt, mit Neutralitäts-Zonen zwischen sich.

Dies ist der erste segensvolle Lohn für den Patriotismus, den Heldenmut und die schweren Opfer. Ich danke Gott für diese neue Gnade; möge der Friede bald folgen.

**Wilhelm.**

---

## 174.

Versailles, den 29. Januar, Nachts.

Die Besetzung von St. Denis und sämtlichen Forts von Paris hat am 29. ohne Zwischenfall stattgefunden.

v. Podbielski.

---

## 175.

Versailles, den 30. Januar.

### Der Kaiserin und Königin in Berlin.

Die Übergabe aller Forts hat inkl. St. Denis im Laufe des gestrigen Tages ohne alle Widersetzlichkeit und Störung stattgefunden.

Von unsern Belagerungs-Batterien sah Ich die Preußische Fahne auf Issy flattern.

Heute Schnee und Thauwetter.

Eben rückte das 5. Jäger-Bataillon ein, das seit dem 19. September auf Vorposten stand und doch excellent aussah; es verlor beim letzten Ausfalle 5 Offiziere und 80 Mann.

**Wilhelm.**

---

## 176.

Versailles, den 30. Januar.

Vor Paris nahm am 30. die Durchführung der Konvention ungestört ihren Fortgang.

Bei Blois verbrannte Oberst v. Below am 28. die Brücke, da der Feind auf dem linken Ufer der Loire gegen die Stadt vordrang. Letzterer zog am 29. wieder in südlicher Richtung ab.

Das II. Korps nahm am 28. bei Nozeroy einen feindlichen Wagen-Transport.

Die 4. Reserve-Division war am 26. bis Passavant vorgedrungen und hatte wieder 200 Gefangene gemacht.

Die Bourbaki'schen Korps befanden sich zwischen den Kolonnen des Generals v. Manteuffel und der Schweizer Grenze.

v. Podbielski.

Arbois, den 30. Januar.

Die Avantgarde der Süd-Armee (14. Division) erreichte gestern Nachmittags die abziehende französische Armee 1 Meile westlich Pontarlier an der Schweizer Grenze. Die Dörfer Sombacourt und Chaffois mit Sturm genommen, gegen 3000 Gefangene und 6 Geschütze genommen.

Graf Wartensleben.

---

## 177.

Versailles, den 31. Januar.

Die Avantgarde der 14. Division erreichte am 29. Januar die Queue der französischen Armee und warf sie, unter Erstürmung der Dörfer Sombacourt und Chaffois, auf Pontarlier zurück. Der Feind verlor 6 Geschütze und 3000 Gefangene.

Im Norden und Westen Frankreichs ist die Durchführung des Waffenstillstandes im Gange.

v. Podbielski.

---

## 178.

Versailles, den 1. Februar.

### Der Kaiserin-Königin in Berlin.

Die Bourbaki'sche Armee ist gegen 80,000 Mann stark bei Pontarlier per Konvention in die neutrale Schweiz übergetreten. Das ist also die vierte französische Armee, die zum Weiterkampf unfähig gemacht ist.

**Wilhelm.**

---

## 179.

Versailles, den 1. Februar.

General v. Manteuffel meldet: Die Trophäen im Gefechte der 14. Division bei Chaffois und Sombacourt am 29. bestehen in

10 Geschützen und 7 Mitrailleusen. 2 Generale, 46 Offiziere und etwa 4000 Mann wurden gefangen. Am 30. nahm die 7. Brigade mit ganz geringem Verluste Frasne, machte etwa 2000 Gefangene und erbeutete 2 Adler. Beim weiteren Vormarsch nach Pontarlier fand man die Straße mit Waffen bedeckt. Der dortigen französischen Armee ist jeder Ausweg auf französischem Gebiete versperrt.

v. Podbielski.

---

## 180.

Pontarlier, den 2. Februar.

Die französische Armee wurde am 30., 31. und 1. in mitunter hartnäckigen Arrièregarden-Gefechten besonders bei La Cluse zwischen Pontarlier und der Grenze vollständig ins Grenzgebirge zurückgedrängt. Es fielen in die Hände der Süd-Armee: 2 Adler, 19 Geschütze und Mitrailleusen, 2 Generale, gegen 15,000 Gefangene, viele Hundert Proviant-Wagen und zahlreiches Material an Waffen. Eigener Verlust etwa 600 Mann tot und verwundet. General Hann von Weyhern hat gestern nach leichtem Gefechte Dijon genommen.

Graf Wartensleben.

Versailles, den 3. Februar, Nachts.

General v. Manteuffel hat durch die Operationen der letzten Tage die ihm gegenüberstehende feindliche Armee in das Grenzgebirge gedrängt und der Art umstellt, daß derselben nur die Wahl zwischen der Kapitulation und dem Übertritte auf Schweizer Gebiet blieb. Die Versuche der feindlichen Generale, sich durch unbegründete Berufung auf die zu Versailles abgeschlossene Konvention aus dieser Lage zu befreien, mußten mißglücken. Nach auswärtigen Nachrichten soll der Übertritt der feindlichen Armee in der Stärke von ungefähr 80,000 Mann auf Schweizer Gebiet bereits erfolgt sein. Garibaldi, welcher sich gleichzeitig in Dijon in der Gefahr befand, umzingelt zu werden, ist diesem Schicksal nur durch eiligen Rückzug entgangen nachdem auch er versucht hatte, unsere Operationen durch Berufung auf die Konvention zu hemmen. Dijon wurde am 1. nach leichtem Gefechte von unseren Truppen besetzt.

v. Podbielski.

---

## 181.

Versailles, den 5. Februar.

### Der Kaiserin und Königin in Berlin.

Wegen der letzten entscheidenden Kämpfe, des erzwungenen Übertritts der 80,000 Mann starken feindlichen Korps auf Schweizer Gebiet, sowie

für die vollzogene Besetzung aller Forts um Paris soll Victoria geschossen werden.

**Wilhelm.**

---

## 182.

Bourogne, den 8. Februar.

Die in Felsen erbauten detachierten Forts Haute-Perche und Basse-Perche heute genommen, wozu die Laufgräben teilweise in Felsen gesprengt werden mußten und bei dem jetzigen Thauwetter unter Wasser standen.

v. Tresckow.

---

## 183.

Versailles, den 9. Februar.

Die Forts Haute-Perche und Basse-Perche vor Belfort wurden am 8. diesseits in Besitz genommen.

Die Abgabe der Geschütze und Waffen der Armee von Paris hat am 7. begonnen.

v. Podbielski.

---

## 184.

Versailles, den 16. Februar.

### Der Kaiserin und Königin in Berlin.

Heute hat Belfort kapituliert, unter freiem Abzug der 12,000 Mann starken Garnison.

Der Waffenstillstand ist bis zum 24. verlängert.

**Wilhelm.**

Versailles, den 16. Februar.

Der Waffenstillstand ist bis zum 24. Februar Mittags 12 Uhr verlängert und auf den südöstlichen Kriegsschauplatz ausgedehnt; unsere Truppen behalten die Departements Doubs und Côte d'or, sowie den größten Teil des Jura-Departements besetzt.

Die Festung Belfort wird mit dem zur Armierung des Platzes gehörenden Material übergeben und am 18. durch die diesseitigen Truppen besetzt. Der circa 12,000 Mann starken Garnison ist in Anbetracht ihrer tapferen Verteidigung freier Abzug mit militärischen Ehren bewilligt worden.

v. Podbielski.

---

## 185.

Versailles, den 26. Februar.

### Der Kaiserin-Königin in Berlin.

Mit tiefbewegtem Herzen, mit Dankbarkeit gegen Gottes Gnade zeige Ich Dir an, daß soeben die Friedens-Präliminarien unterzeichnet sind. Nun ist noch die Einwilligung der National-Versammlung in Bordeaux abzuwarten.

**Wilhelm.**

---

## 186.

Die Friedens-Präliminarien enthalten: die Abtretung von Elsaß außer Belfort, von Deutsch-Lothringen einschließlich Metz; eine Kontribution von 5 Milliarden wird in 3 Jahren gezahlt, und so lange bleiben Teile Frankreichs außerhalb der neuen Grenzen besetzt.

Berlin, den 27. Februar 1871.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Wurmb.

---

## 187.

Versailles, den 1. März.

### Der Kaiserin-Königin in Berlin.

Soeben kehre Ich von Longchamps zurück, wo Ich die Truppen des VI., XI. und I. Bayerischen Korps, 30,000 Mann, inspizierte, die zuerst Paris besetzen.

Die Truppen sahen vortrefflich aus. Die Avantgarde ist um 8 hr eingerückt, ohne alle und jede Störung.

**Wilhelm.**

---

## 188.

Versailles, den 1. März.

Heute Vormittag 11 Uhr hielten Se. Majestät der Kaiser und König auf der Rennbahn von Longchamps, am Bois de Boulogne, eine Parade über die zum ersten Einmarsch in Paris bestimmten Abteilungen aller Waffen des VI. und XI. Preußischen und II. Bayerischen Armee-Korps ab.

Nach dem Vorbeimarsch rückten diese Truppen in der Stärke von etwa 30,000 Mann in Paris ein und bezogen in den Champs Elisées, Trocadero und daran grenzenden Stadtteilen Quartiere.

Der vom schönsten Wetter begünstigte Einzug in die Hauptstadt wurde durch keinen Zwischenfall gestört.

v. Podbielski.

---

## 189.

Versailles, den 2. März.

### Der Kaiserin-Königin in Berlin.

Soeben habe Ich den Friedensschluß ratifiziert, nachdem er schon gestern in Bordeaux von der National-Versammlung angenommen worden ist.

So weit ist also das große Werk vollendet, welches durch siebenmonatliche siegreiche Kämpfe errungen wurde; Dank der Tapferkeit, Hingebung und Ausdauer des unvergleichlichen Heeres in allen seinen Teilen und der Opferfreudigkeit des Vaterlandes.

Der Herr der Heerschaaren hat überall unsere Unternehmungen sichtlich gesegnet und daher diesen ehrenvollen Frieden in Seiner Gnade gelingen lassen. Ihm sei die Ehre!

Der Armee und dem Vaterlande mit tief erregtem Herzen Meinen Dank!

**Wilhelm.**

---

## 190.

Versailles, den 3. März.

Se. Majestät der Kaiser und König hielten heute Vormittag um 11 Uhr auf den Longchamps Parade über das Garde-Korps, die Garde-Landwehr-Division, das Königs-Grenadier-Regiment und Abteilungen der Belagerungs-Artillerie und Pioniere ab.

In Folge der gestern ausgetauschten Ratifikationen des Friedens-Präliminar-Vertrages wurde im Laufe des heutigen Vormittags Paris nach zweitägiger Okkupation von unseren Truppen geräumt.

Die Armeen haben Befehl erhalten, dem Vertrage entsprechend den Marsch hinter die Seine-Linie anzutreten.

v. Podbielski

---

## 191.

Ferrières, den 7. März 1871.

Seine Majestät der Kaiser und König nahmen heute die Parade des XII., Königlich Sächsischen, sowie des I. Bayerischen Armee-Korps und der Württembergschen Feld-Division auf dem Schlachtfelde bei Villiers ab und verlegten darauf das Hauptquartier nach Ferrières.

v. Podbielski.

---

# Einleitung.

Mit dem Herannahen der ersten Augusttage des Jahres 1895 lebte in dem deutschen Volke die Erinnerung an die Ruhmesthaten auf, welche das deutsche Heer im Jahre 1870 von den Grenzen des Vaterlandes in schnellem Siegeslauf bis an die Mauern der feindlichen Hauptstadt und in dieselbe hineinführten. Wie ein gewaltiges Rauschen ging es durch die Volksseele bei dem Andenken an jene mit dem Schwert errungenen Erfolge, die unserm nationalen Leben eine neue Ära der Entwickelung erschlossen.

Zu den Wahrzeichen und Denkmälern hin, welche dem Gedächtnis der tapfern Streiter von 1870/71 geweiht, zogen die alten Soldaten, um sie zu umkränzen und den Tribut der Hochachtung und des Dankes zu erneuern den Helden, welche durch ihre Hingebung und ihre Tapferkeit dazu beigetragen, die Größe, Macht und Wohlfahrt vom Staat und Volk in unvergänglicher Weise zu besiegeln.

Und aus den zahlreichen Festversammlungen, Huldigungsakten und sonstigen Kundgebungen, die in dieser Zeit der Erinnerungen an eine denkwürdige Epoche unserer geschichtlichen Vergangenheit das nationale Empfinden bewegten, da klang überall heraus der Geist der Gottesfurcht, des Gehorsams, der freudigen Opferwilligkeit. Die Bethätigung dieses Geistes inmitten der trennenden und spaltenden Gegensätze der Zeit und der Kämpfe des Parteilebens, zeigte sich als das herrlichste Erbteil jener Tage, in denen als Preis des schwer errungenen Sieges das Reich zu neuer Herrlichkeit entstand und das Kaiserthum dasselbe mit seinem Glanz umkleidete.

Die deutsche Erhebung, wie sie im Juli 1870 stattgefunden, bewies, daß es keine Täuschung gewesen war, an die innere Einigkeit der Gemüter

in Deutschland zu glauben; auf die Herausforderung Napoleon's III. fand des Preußischen Herrschers Ruf Wiederhall und sofortige willige Heeresfolge im ganzen deutschen Vaterland. Die Einmütigkeit der Begeisterung, wie sie von Memel bis zum Bodensee, von Schleswig-Holstein bis zu den Bergen und Thälern des Schweizerwaldes hin, unter hochherzigem Vorgang der Fürsten selbst, zu wahrhaft überwältigender Geltung gelangte, war in Deutschland noch niemals vorhanden gewesen und übertraf bei Weitem alle Hoffnungen und Erwartungen, welche man auf die neuen Zustände bauen könnte.

Die im Feuer der Schlacht gestählte deutsche Einigkeit gewann so Gestalt und Bestand durch Kaiser und Reich. Beim Ausbruch des Krieges im Geist geboren, empfingen sie nach den großen Siegen die Taufe und als Taufgeschenk die hochherzige Huldigung der deutschen Fürsten und die begeisterte Liebe des deutschen Volkes, welches seine größte Vergangenheit, des alten Reiches Herrlichkeit zu neuem Leben erstehen und in dem Heldenkaiser aus Hohenzollern-Stamm den Zauber verwirklicht sah, mit welchem er einst den großen Hohenstaufen umgeben hatte. Solcher Hingebung entsproß reiches Leben.

Des Friedens starke Hüter, faßten Kaiser und Reich die Kräfte des Volkes zusammen zu harmonischer Wirkung, machten die Bahn frei für ihre Entfaltung auf dem Gebiet der Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

An Kaiser und Reich richtete sich der Volksgeist auf, um über den Sorgen und Mühen des Tages, über den Kämpfen der Parteien sich der gewonnenen nationalen Güter zu freuen und sie hoch zu halten. Auf das Erringen, folgte das Erhalten, nach des Reiches Aufbau, kam des Reiches Ausbau. Was das Große werden ließ, dessen bedurfte es auch zur Kräftigung und Erstarkung der neuen Schöpfung. Die friedliche Aufgabe, welche das im Waffenglanz und unter dem Siegeslorbeer ins Leben getretene Reich sich von vornherein stellte, wurde vom Kaiser Wilhelm I. bei der Eröffnung des ersten Reichstages in den bedeutungsvollen Worten verkündet:

„Wir haben erreicht was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde, die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwickelung."

Die nachfolgenden Blätter sollen ein Gedenk- und Erinnerungszeichen sein an die Errungenschaften und Vorgänge, welche in die

Spanne Zeit fielen, die unserer nationalen Entwickelung nach dem großen Einigungskriege von 1864, 1866 und 1870/71 die erste Gestaltung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gab.

In der kurz gedrängten Darstellung der Ereignisse und Vorkommnisse, welche die ersten 25 Jahre begleiteten, und in Staat, Heer, Kirche, Gesellschaft sowie in Erwerbsleben die Fundamente zu einer neuen Ordnung der Dinge legten, sollen diese Blätter vor Allem den Zeitgenossen der großen Tage, eine Mahnung sein, das Andenken der Männer hoch zu halten, die sich in einer so denkwürdigen, an Schöpfungen so reichen Periode um das Vaterland verdient gemacht, und zur Erhöhung der Macht des Ansehens, der Wohlfahrt und des Gedeihens desselben beigetragen haben. In gleichem sollen sie den heranwachsenden Geschlechtern eine kurz gefaßte Chronik der Zeiten sein, in welchen die zum Abschluß gebrachten Einheitsbestrebungen auf der Grundlage des nationalen Bewußtseins, zu positiven Schöpfungen und Einrichtungen führten, wie sie das Sehnen und Empfinden unseres Volkes längst gefordert hatte. Sie sollen der jungen Generation dabei zeigen, welche Schwierigkeiten überwunden, wie scharfe Gegensätze ausgeglichen, wie viel entgegengesetzte Auffassungen und Anschauungen mit einander in Einklang gebracht, welche Vorrechte, welche Sonderinteressen selbstlos aufgegeben werden mußten, um zur Verwirklichung eines großen, die Keime einer gesunden Entwicklung in sich tragenden Staats- und Gemeinwesens zu gelangen.

Bevor in die Darstellung der Begebenheiten selbst eingetreten wird, welche das Vierteljahrhundert ausfüllen, auf das wir heut mit dem festen Willen zurückblicken, einig und stark zu bleiben, um unversehrt der Zukunft zu überliefern, was uns die Vergangenheit an Glück und Macht gespendet hat, gebietet es die Pietät, die großen geschichtlichen Gestalten, die in diesem Zeitabschnitt den öffentlichen Angelegenheiten Ziel und Richtung gaben, und deren Wirken mit unauslöschlichen Zügen dem patriotischen Empfinden unserer Nation eingeprägt ist, kurz in das Auge zu fassen.

An erster Stelle leuchtet uns bei solcher Betrachtung das hehre Bild Kaiser Wilhelm I. entgegen, des unvergeßlichen Begründers des deutschen Einheitswerkes in welchem Hoheit, Weisheit, Milde und Gerechtigkeit in so seltenem Maße vereinigt waren. Noch von viel spätern Geschlechtern wird die Geschichte der Regierung Kaiser Wilhelm I. als eine große Zeit gepriesen werden, mit der durch das Band

der Tradition verbunden zu sein, unsere Nachkommen mit gerechtem Stolz erfüllen wird.

Was kaum ein Land, ein Jahrhundert erlebt, das vollzog sich unter seiner Regierung. Begründer des Deutschen Reiches, hat er erfüllt, was Herrscher und Fürsten auf deutschen Thronen erstrebten, was die getrennten deutschen Völkerstämme seit Jahrhunderten erträumten, hat er den Deutschen ein einiges wahrhaft deutsches Vaterland gegeben, dessen Waffenruhm den ganzen Erdkreis erfüllt, die deutsche Nation zur mächtigsten in Europa erhoben. Überall gab sein Regiment friedlicher Arbeit Schutz und Förderung, Kunst und Wissenschaft, Handel, Verkehr, Gewerbfleiß haben sich unter seinem Scepter auf das Höchste entfaltet. Unter seiner Regierung sind den Bestrebungen deutscher Kultur in fernen Landen die Wege gebahnt worden.

Nach ruhmvoller Beendigung mit wiederstrebendem Herzen geführter Kriege erblickte er in der unablässigen Förderung der Wohlfahrt seiner Unterthanen und im Verein mit seiner erlauchten Gemahlin, in der unermüdlichen Ausübung von Werken hülfsbereiter Liebe und Mildthätigkeit die schönste Aufgabe seines Lebensabends. Vor Allem in der Lösung der gewichtigen Wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben unserer Zeit, welche durch Gewährung wirksamen Schutzes für die nationale Arbeit und die heimische Produktion, und durch Hebung und Verbesserung der Lage der Besitzlosen einem gedeihlichen Abschluß zuzuführen ihm vergönnt war.

Zu allen wichtigen Institutionen in Reich und Land, die heut in voller Entwickelung stehen, sind die Fundamente unter dem großen Kaiser gelegt worden; überall ist an dem großen Werk der Errichtung des deutschen Einheitsstaates das Walten seines Geistes erkennbar, sein Genius beseelte und durchdrang die neue Schöpfung und gab ihr die Signatur.

Von des Kaiser Wilhelm I. ehrwürdigen Heldengestalt wendet sich der Blick zu seinem Sohne und Nachfolger, dem Kaiser Friedrich III. Mit persönlichen und Herrschertugenden ausgerüstet, die ihn den edelsten, den besten seines fürstlichen Geschlechts ebenbürtig zur Seite stellten, war der Heimgegangene bestimmt, in einer großen und entscheidungsvollen Zeit ein Führer des deutschen Volkes zu sein, im idealsten Sinne des Wortes. Wie sein großer Ahn, dessen Namen auch er trug, stand Kaiser Friedrich im vollsten Sinne des Wortes auf der Höhe seiner Zeit und schritt

derselben mit hochsinnigen Gedanken voran. In seiner heroischen Erscheinung und der gewinnenden Leutseligkeit vereinigte sich der Norden und der Süden unseres Vaterlandes. Der Ehrfurcht, die seine hohe Stellung einflößte, mischte sich in der Seele des Volkes ihm gegenüber ein Gefühl schlichtester und treuester Liebe bei; im deutschen Süden, wie bei den verschiedenen Stämmen des Nordens war „Unser Kronprinz" die immer mit stürmischer Begeisterung empfangene Heldengestalt, das lebendige Symbol der nationalen Einheit. Herrliche Siege hatten die geeinten Stämme von Nord und Süd, Schulter an Schulter unter seiner Führung errungen, unzertrennlich knüpfte sich ihr kriegerischer Ruhm und ihr Verdienst um die Einigung des Vaterlandes mit dem seinen. Mit Stolz und Freude blickten wir Preußen zu dem jugendlich- und thatkräftigen Hohenzollernsproß auf, der es so gut verstanden, preußische Eigenart in den Ländern am Main, an der Donau, am Neckar geehrt und anerkannt zu machen, und deutsche Herzen zu erobern! Die hohe Bildung und edle Menschenfreundlichkeit, die ihn auszeichneten, schienen eine Regierung des Friedens unter seinem Szepter zu versprechen, eine Krönung des Werkes, dem sein ruhmvoller Vater nach unvergleichlichen Siegen die letzten Jahre seines Wirkens gewidmet hatte. Bei welch öffentlichem Anlaß Kronprinz Friedrich Wilhem erschien, stets trug er Schwung und Begeisterung in sein Thun und Wirken, und in seltenem Maße besaß er die Gabe der Rede. Von hohem Gedankenfluge erfüllt, übte sein Wort stets zündende Kraft. Wie der leuchtende Siegfried hatte er jedwedes empfindende Herz erobert; mit Stolz blickte die Nation auf den Helden, mit Liebe, wer ihn kannte, auf den Menschen, mit Genugthuung die Hauptstadt auf ihren besten Bürger, und in froher Hoffnung lebte man den Tagen entgegen, in denen sein Szepter friedlich und glücklich über Preußen und Deutschland walten würde. Welcher Hohenzoller hatte je schönere Regierungstugenden besessen, welcher Herrscher, den die Geschichte nennt, harmonischer die besten Gaben des Kopfes und des Herzens vereint, Weisheit mit Kraft, Bildung mit Güte gepaart? Kaum mehr als drei Monate hat Kaiser Friedrich III. das Szepter geführt, und doch hat er verstanden, diese kurze Spanne Zeit auszunützen und in das öffentliche Leben seines Volkes neue Bewegung hineinzubringen. Ihn begrüßten nach dem Tode seines kaiserlichen Vaters die Hoffnungen der deutschen und der preußischen Landes-

söhne, ihn begrüßten die Sympatien aller mit Deutschland befreundeten Völker, und dem ritterlichen Fürsten haben auch die politischen Gegner Deutschlands ihre Achtung und ihr Mitgefühl entgegengebracht.

Wie wir in dem Großvater die Würde und die kraftvolle Ruhe des Greises, die hohe Mäßigung und den Weitblick bewunderten, begrüßen wir in dem Enkel den regen und offenen Sinn für die Erscheinungen und Bewegungen der Zeit, die Beredsamkeit und die Energie eines jungen, zu großen und edlen Thaten berufenen Mannes, dessen Kopf und Herz eine Fülle von Plänen und Neugestaltungen bewegt. Überrascht und in freudiger Bewegung sieht man in ihm den Pfleger und Träger großer philantropischer Gedanken. Je mehr die Welt von Kaiser Wilhelm II., dessen Willenskraft und Selbstgefühl gleich die ersten Handlungen seiner Regierung bewiesen, kriegerische Stimmungen und Maßnahmen befürchtete, mit um so größerem Staunen, um so tieferer Befriedigung begrüßt sie in ihm einen Monarchen, der sein Volk in Frieden auf die Bahn der Reform leitet, und das von seinem Großvater begonnene Werk humaner Gesetzeseinrichtungen mächtig fortzuführen und auszubilden strebt. Mit eindringendem Verständnis hat er erforscht, was dem Lande und dem Reiche not thue und die Anregung zu ersprießlicher schöpferischer Thätigkeit auf den verschiedensten Gebieten gegeben. Wichtiger aber als diese Einzelheiten ist der allgemeine Grundsatz, zu welchem er sich bekannt hat, daß es die Aufgabe einer Regierung sei, zu erspähen, in welcher Richtung der Strom der Zeit sich bewege und dann ihrerseits mit den notwendigen Maaßregeln voranzugehen, und sich nicht von den Geschicken mitreißen zu lassen. Er ist ein Sohn seiner Zeit und nichts, was die Zeit bewegt, ist ihm fern geblieben. Frei von Vorurteilen sieht er in das Getriebe der Welt hinein und läßt sich nur von dem einen Beweggrund leiten, daß eine Regierung stets das thun müsse, was der allgemeinen Wohlfahrt förderlich sei. Als er den Thron bestieg, begrüßten wir ihn als den Enkel Wilhelm's des Siegreichen und den Sohn Friedrichs des Vielgeliebten; heute verehren wir in ihm den Mann, der in schwerer Lage mit scharfem Auge das Richtige erkannt und es mit starkem Arm durchgeführt hat. Mit der Krone eines mächtigen Reiches, die in dem höchsten Glanze schwere, verantwortungsvolle Bürde birgt, ist das köstliche Erbteil der Liebe und des Vertrauens eines großen Volkes auf den Enkel des ersten Kaisers übergegangen, und der freudige Zuruf, der Kaiser

Wilhelm II. stets begrüßt, wo er sich öffentlich zeigt, ist eine Bürgschaft dafür, daß das deutsche Volk unter seiner Regierung die Erfüllung der Hoffnung erwartet, die Kaiser Wilhelm I. bei seiner Rückkehr aus dem französischen Kriege ausgesprochen, daß unter seinen Nachfolgern der junge Baum des deutschen Reiches weiter emporstrebe und gedeihe. In dieser ernsten Arbeit steht dem Kaiser der Nation begeisterte Treue und Liebe zur Seite. Und dieser Gesinnung wird heute im Norden wie im Süden des Reiches Ausdruck gegeben. Der Kampf der Meinungen und Parteien muß verstummen in der ehrfurchtsvollen Huldigung vor dem Träger der Krone, in dem wir das verkörpert sehen, was uns alle mit Stolz und Genugthuung erfüllt.

Nächst unsern Herrschern gedenken wir des großen Werkmeisters am Bau der deutschen Einheit, des Fürsten Bismarck, dem in diesen Tagen der Erinnerung die Herzen voller und wärmer denn je entgegen schlagen.

Höheres als irgend einem deutschen Staatsmann vor ihm gelang dem großen Kanzler für das Vaterland. Die Wiederaufrichtung Deutschlands in einheitlicher Kraft ist dem geistigen Ursprunge nach die Schöpfung seines Wollens und Ringens. Für die Erreichung dieses höchsten patriotischen Ziels hat der gewaltige Mann seine ganze geistige Kraft und die ganze reiche Fülle seiner Staatskunst vom ersten Augenblick seines politischen Wirkens eingesetzt, schon zu einer Zeit, als fast niemand es erkennen wollte; — jener Faden geht durch sein gesamtes stetig aufsteigendes Streben von der kräftigen Aufrechterhaltung des königlichen Wirkens für Preußens Armee und von der ersten Bethätigung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik an bis zu der endlichen Zusammenfassung der deutschen Kraft und zur Aufrichtung des Deutschen Reiches als mächtigen Hort des europäischen Friedens. Zu welch imposanter Machtstellung stieg Deutschland unter der geschickten und thatkräftigen Leitung des Kanzlers in den letztvergangenen Dezennien empor. In allen auf Machtvertheilung und Abgrenzung bezüglichen Fragen wurde der Rat Deutschlands eingeholt, Deutschlands Vermittelung nachgesucht. Schon häufig ward bei Kontroversen staats- und völkerrechtlicher Natur die deutsche Regierung als Schiedsrichter angerufen und von ihrem Urteil und Rat die Entscheidung internationaler Streitigkeiten abhängig gemacht. Die Politik des ehrlichen Maklers wie sich der Kanzler selbst genannt, trug noch andere segensreiche Früchte. Überall

gilt Deutschland als der feste Hort der auf die Befestigung und Erhaltung des europäischen Friedens gerichteten Bestrebungen und als das Bindeglied, das mit zentripetaler Gewalt alle Friedensbedürftigen und Frieden erhaltenden Elemente an sich zieht und gleichsam einen Kryſtallisationspunkt für dieselben abgiebt. Mit der Sorge für die Korrektheit und Sicherheit der auswärtigen Beziehungen des Reiches, in deren Pflege Fürst Bismarck während seiner Amtsführung eine selten erreichte Meisterschaft bethätigt, Hand in Hand ging der Ausbau des inneren Staatswesens nach allen Richtungen hin im Geist der Grundsätze und Lehren, aus denen nach neueren Anschauungen der Organismus des staatlichen Lebens seine Impulse erhalten soll. Welch ein umfangreiches und lohnendes Arbeitsfeld bot sich der geschäftigen Hand hier dar und in welch ersprießlichem Maße gab er die Anregung zur Bestellung und Förderung desselben. Dank der von seiner Person ausgegangenen Initiative, ist auf diesem Gebiet eine Bewegung entfesselt worden, welche den Mängeln und Übelständen, unter denen das soziale und wirtschaftliche Leben des Staates, der Gemeinde und des Individuums zu leiden hat, Linderung und Abhülfe bringen soll. Mit Hülfe von Gesetzen und Verordnungen, denen der Kanzler die geistige Kraft gegeben, wurde den Gefahren, welche dem selbständigen Mittelstand mit Vernichtung drohen, kräftig entgegengearbeitet und den bedrängten Kreisen thunlichst Hülfe gewährt. Zehn Jahre mit Ruhm Minister zu sein, hatte Herr v. Bismarck sich für die Zukunft gewünscht, als er Bundestagsgesandter in Frankfurt war, nachher wieder das Leben auf dem Lande in Unabhängigkeit als Gutsbesitzer. Aus den 10 Jahren sind 28 geworden, gekrönt mit allem Ruhm des Staatsmannes und des Diplomaten, der je in einer solchen Stellung errungen worden ist. Wie das Charakterbild der großen historischen Persönlichkeit heute im Bewußtsein der Zeitgenossen lebt, so wird es unvergänglich der Gegenstand der Verehrung der großen Mehrheit des deutschen Volkes, sowie der Achtung und Bewunderung auch der Gegner bleiben. — Noch viele Namen der Besten und Edelsten der Nation, die zu dem Werk der deutschen Einheit die Hand geliehen, wären hier zu nennen, wenn die Grenzen, die dem Raum gezogen, dies gestatteten.

Der Stern des jungen Reiches hat sich noch nicht längst vom Horizont erhoben, seine Laufbahn liegt noch vor ihm. Der Weg zum Zenith empor ist erfreulicher als der von dort hinab. Und wenn

jemals ein entstehender Staat die Gewähr langer Dauer bot, so ist es ein einiges, starkes Deutschland inmitten der großen Mächte von Europa. Zwar ist solche Lage nicht ohne Gefahren, aber gerade das Bewußtsein solcher Gefahren hält die Thatkraft wach.

Noch hat der mächtig emporstrebende Bau des neuen Reiches die Höhe nicht erreicht. Hinan, so lautet die Losung! Unausgesetzte ernste Arbeit zur Vervollkommnung unseres nationalen Gemeinwesens ist für lange Zeit hinaus noch immer höchste Staatsweisheit für uns. Hand in Hand damit muß die Steigerung der moralischen Kräfte gehen, die in höchster Instanz alles entscheiden. Steigerung, nicht Erhaltung, denn nie befinden sich, nach dem berühmten Scharnhorst'schen Wort, die moralischen Kräfte in Stillstand, sie fallen, sobald sie nicht mehr nach Erhöhung streben!

# Das Jahr 1871.

Mit dem Einzuge der siegreichen aus dem Felde zurückkehrenden Truppen in die Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches, am 16. Juni 1871, hatte sich der letzte Akt des großen völkerbewegenden Kampfes vollzogen. In den hehren Gestalten der Fürsten und Heerführer und des genialen Staatsmannes, des langjährigen, bewährten Ratgebers der Krone, welche dem Zuge voranritten, verkörperte sich der Ruhm und der Glanz der deutschen Heeres- und Staatsleitung.

Unter der Führung des Helden-Kaisers und -Königs Wilhelm I. zogen mit der preußischen Garde die Vertreter des gesamten deutschen Reichsheeres in die deutsche Kaiserstadt ein, und die Herzen des Volkes im weiten Vaterland geleiteten sie.

Einen solchen Festtag hatte das alte Preußen in seiner ganzen ruhmreichen Geschichte, hatte Deutschland in seiner mehr als tausendjährigen Entwickelung noch nicht gefeiert. Es war ein Siegesdankfest der seltensten Bedeutung. In einem Kampf gegen die stolzeste aller Militärmächte war der Sieg vom ersten bis letzten Augenblick an unsere Fahnen gefesselt, von den ersten überraschenden Erfolgen an war das Vorgehen der deutschen Armee ein ununterbrochener, glänzender Siegeslauf.

Auch in diesem gewaltigen Kriege, wie in dem jüngst vorangegangenen, war der heimatliche Boden von jedem feindlichen Einbruch verschont geblieben. Die Gefahren, welche unsern westlichen Provinzen und dem Süden Deutschlands bei Beginn des Krieges und in der

letzten Zeit wieder zu drohen schienen, waren durch die Weisheit der militärischen Führung und die Tapferkeit der Armee auf fast wunderbare Weise abgewendet worden.

Niemals gewiß hatte ein Volk mehr Grund zu freudigem Dank gehabt als das preußische, das deutsche Volk in jenen herrlichen Tagen!

Das Fest begann mit einer Heerschau um 11 Uhr auf dem Tempelhofer Feld, fand seinen Höhepunkt in dem Zuge durch die reich geschmückten Straßen und endigte mit der Enthüllung der Reiterstatue des Königs Friedrich Wilhelm III. Es war ein großartiger Augenblick für die dichtgedrängten Zuschauer, den greisen Heldenkaiser, den deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm und Prinz Friedrich Karl, den Feldmarschall Moltke und den Grafen Roon, in der Mitte zwischen beiden den Fürsten Bismarck in seiner historischen Kürassieruniform, unter dem endlosen Jubel der Bevölkerung an der Spitze der Armee durch die via triumphalis reiten zu sehen, vorbei an dem Standbild des alten Fritz, an Blücher und Scharnhorst, an Gneisenau, York und Bülow. Der lauteste Jubelruf erscholl, als die erbeuteten Fahnen und Adler zwischen den endlosen Reihen französischer Geschütze vorbeigetragen wurden.

Zur Einzugsfeier in München, 16. Juli, ward von König Ludwig der Kronprinz von Preußen eingeladen, und dieser, obgleich er um jene Zeit mit seiner Familie auf Besuch bei der Königin von England weilte, scheute die weite Reise nicht, um die braven Baiern, welche mit ihm von Weißenburg bis Paris gezogen waren, durch das Siegesthor zu geleiten.

---

Nunmehr galt es den Ausbau und die Befestigung der neu geschaffenen Einrichtungen und die Zusammenfassung der nationalen Kräfte zu einem festen, dauernden Staatswesen, wie es der Gemeinsamkeit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen und den Bedürfnissen entsprach. —

Nach einer Erholungspause von mehreren Monaten wurden die wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete von Gesetzgebung und Verwaltung, sowie die Ordnung der inneren Angelegenheiten im Staat und Reich in ihren vielseitigen Beziehungen zu einander, ebenso die Feststellung des Haushalts des neu begründeten Gemeinwesens in Angriff genommen.

Am 16. Oktober 1871 trat der Reichstag zu seiner Herbst-Session zusammen. Die erste wichtige Debatte ward durch den Gesetzentwurf über die Schaffung eines Reichskriegsschatzes hervorgerufen. Aus der französischen Kriegskontribution sollte die Summe von 40 Millionen Thalern zur Bildung eines in gemünztem Gelde niederzulegenden Reichskriegsschatzes verwendet werden.

Ueber die Zweckmäßigkeit eines solchen Kriegsschatzes zur raschen Mobilisierung der Armee brauchte, nach den Erfahrungen des Sommers 1870, kein Wort gesagt zu werden. Diese günstigen Verhältnisse, vermöge deren Preußen nicht nur seine eigene Armee innerhalb zweier Wochen vollständig ausrüstete und an die Grenze warf, sondern auch den süddeutschen Bundesgenossen Mittel zur Mobilisierung vorschoß, hatten ihre einfache sehr solide Basis darin, daß das Königreich Preußen bereits einen Kriegsschatz von 30 Millionen Thalern besaß. Es war der Würde des Deutschen Reiches nicht entsprechend, Preußen auch fernerhin diese Last aufzuerlegen, sondern es war natürlich, daß nun der preußische Kriegsschatz durch einen deutschen abgelöst und dadurch Preußen Gelegenheit gegeben werde, die etwa in seinem Kriegsschatz schlummernden Gelder für innere Staatszwecke, etwa zur Tilgung der drückendsten Schulden zu verwenden. Diese finanzielle Erwägung machte die preußischen Reichstags-Abgeordneten der Vorlage sehr geneigt, aus Gründen der Billigkeit sprachen die der anderen Staaten dafür.

Gegenüber den Reden eines Abgeordneten der partikularistischen und der Fortschrittspartei (v. Hoverbeck), welch letzterer verlangte, daß die jedesmalige Verwendung des Kriegsschatzes erst von der Genehmigung des Reichstages abhängig gemacht werden solle, verteidigte Fürst Bismarck den Entwurf mit Sachlichkeit und überzeugender Klarheit.

„In solchen Lagen", so schloß der Reichskanzler seine Rede am 4. November, „ist es die Pflicht der Regierung, und die Nation hat das Recht, von der Regierung zu fordern, daß, wenn wirklich ein Krieg nicht vermieden werden kann, dann die Regierung denjenigen Zeitpunkt wählt, ihn zu führen, wo er für das Land, für die Nation mit den geringsten Opfern, mit der geringsten Gefahr geführt werden kann. Ich könnte noch neue Beispiele anführen, wo es für den preußischen Staat auch nicht ratsam gewesen wäre, die volle Rüstung seiner Gegner, die volle Verwirklichung aller ihrer Pläne abzuwarten

in einer reinen Verteidigungs-Stellung, sondern wo ein rasches Zugreifen dem Lande große Opfer und vielleicht die Niederlage erspart hat."

---

Längere und lebhafte Debatten veranlaßte der Gesetzentwurf über die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, was die erste Etappe für die Einführung eines gemeinsamen deutschen Münzfußes sein sollte. Nachdem verschiedene Anträge bezüglich einer Reform der Währung erörtert worden waren, wurde die Mark als Rechnungseinheit angenommen und die Einteilung derselben in 100 Pfennig votiert. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage in Betreff des Bildes der Fürsten auf den Reichsmünzen berührt. Gegenüber dem Antrage aus dem Reichstage, daß statt des Bildnisses der einzelnen Landesherren auf allen Reichsmünzen das Bildnis des Kaisers geprägt werde, bat der württembergische Minister v. Mittnacht dringend, bei der im Bundesrate getroffenen Vereinbarung stehen zu bleiben, wonach die Münzen auf der einen Seite den Reichsadler, auf der anderen Seite das Bildnis des Landesherrn tragen sollen. Er schloß seine Aeußerung mit den Worten:

„Es wird begreiflich gefunden werden, daß wir einen Wert darauf zu legen haben, das Bildnis des Landesherrn auf der deutschen Landesmünze nicht zu verlieren. Andererseits wird das Bildnis des deutschen Kaisers und Königs auf so vielen Münzen des größten deutschen Staates glänzen, und es wird vor Allem jedem deutschen Herzen so eingeprägt sein und bleiben, daß ich es beinahe kleinlich finden möchte, ein Gewicht darauf zu legen, daß man es auf allen deutschen Münzen findet. Ich bitte, meine Herren, lassen Sie es bewenden bei dem, worüber die Regierungen sich verständigt haben."

Dabei blieb es auch.

Der Reichstag stimmte fast einmütig dem Vorschlage der Regierung bei, und beschloß außerdem, daß die außer Kurs gesetzten Münzen auf Reichskosten eingezogen, die weitere Ausprägung von Silbermünzen verboten, und der Reichskanzler aufgefordert werden solle, ein definitives Münzgesetz vorzulegen. Was bei den früheren, durch Jahrzehnte stets erneuten Erörterungen über die deutsche Münzreform als das Schwierigste erschien, die erfolgreiche Einführung einer einheitlichen Goldmünze für ganz Deutschland, war nun unter wesentlicher Uebereinstimmung der deutschen Regierungen und der Volks-

vertretung nicht bloß beschlossen, sondern für die sofortige Ausführung in weitem Umfange gesichert. Dasselbe war der Fall mit der Einführung eines einheitlichen Maß- und Gewichtssystems.

Der Krieg mit Frankreich hatte uns unerwartet die Möglichkeit verschafft, auf einem der wichtigsten Gebiete der wirtschaftlichen Einigung alsbald zur That zu schreiten. Durch die größtenteils in Gold erfolgende Zahlung der Kriegsentschädigung seitens Frankreichs war die unverweilte Ausprägung deutscher Goldmünzen, welche sonst nur mit erheblichen Schwierigkeiten und Opfern zu erreichen gewesen wäre, nicht bloß ermöglicht, sondern zu einer dringenden Notwendigkeit geworden.

Dieser Dringlichkeit vor Allem war es zu danken, daß die Verständigung über die Art und Weise der Ausführung der großen Neuerung weit leichter und rascher erfolgte, als es unter anderen Verhältnissen irgendwie in Aussicht zu nehmen war.

Erfreulich war es, demnächst zu sehen, daß mit der Aufhebung wichtiger Reservatrechte schon jetzt ein Anfang gemacht wurde, und einzelne Staaten selbst ihren Beitritt zu wichtigen Reichsgesetzen erklärten.

Durch solche Anschlüsse gewann die Einheit des Reiches immer mehr an Solidität und die Souveränität der einzelnen Staaten litt nicht darunter.

Der Schluß des Reichstages fand am 1. Dezember ohne weitere Feierlichkeiten statt.

Die Politik der deutschen Einzelstaaten wurde durch die Gründung des Deutschen Reiches so vollständig nach Berlin in die Verhandlungen der Reichsregierung, des Bundesrates, des Reichstages verlegt, daß von nun an das politische Leben dieser Einzelstaaten wenig Stoff mehr zur Geschichtsschreibung darbot.

Im Großherzogtum Hessen war schon im April ein Ereignis eingetreten, das von der gesamten Bevölkerung des Landes freudig aufgenommen worden war.

Der Mann, welchem man (ob mit Recht oder mit Unrecht, bleibe dahingestellt) das Wort zuschrieb: „Lieber französisch als preußisch!“ welcher als der kleinliche und absolute Widersacher der Durchführung der nationalen Idee anzusehen war, und durch seine Konvention mit dem Bischof Ketteler von Mainz die kirchlichen Verhältnisse in Hessen ungemein schädigte, der Ministerpräsident Freiherr von Dalwigk

sah endlich ein, daß er mitten in dem durch die deutschen Siege geschaffenen Nationalstaat eine sehr sonderbare, eine fast lächerliche und bemitleidenswerte Figur spiele. Er nahm am 6. April seine Entlassung und erhielt sie.

---

# Das Jahr 1872.

In die ersten Tage des Jahres 1872 fielen ernste und bedeutsame Vorgänge auf kirchlichem Gebiet und im konfessionellen Leben. Längst schon hatte der preußische Kultusminister von Mühler den Unwillen und die Unzufriedenheit der nationalen Parteien erregt.

Was man diesem Minister, welcher seit dem Jahre 1862 sein Amt bekleidete, bisher vorzugsweise vorwarf, war die Vernachlässigung der Universitäten, dieser Pflanzstätten der geistigen Freiheit, die geistlose Behandlung des Volksschulwesens und die Unthätigkeit gegenüber der nicht rechtlichen, sondern seit 1850 angemaßten Stellung der Bischöfe, denen er nicht mit einer neuen, fein durchdachten Gesetzgebung, sondern mit Verwaltungsreskripten gegenübertrat, die mitunter nicht mehr wert sein mochten, als in den Papierkorb geworfen zu werden.

Bei der Debatte im preußischen Abgeordnetenhause über das Schulaufsichtsgesetz kam es zu einer Krisis, zu der auch Differenzen des Ministers mit dem Hofe beitrugen. Am 17. Januar wurde das Abschiedsgesuch Mühler's genehmigt; an seine Stelle trat Falk. Mit demselben kam eine neue Richtung in die preußische Kirchenpolitik, welche alsbald zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Parteiführern des Centrums führten.

Der neu ernannte Kultusminister Dr. Falk hatte in seiner bisherigen Wirksamkeit auf juristischem und staatsrechtlichem Gebiete, namentlich durch seine hervorragende Mitwirkung an den großen gesetzgeberischen Arbeiten des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches eine seltene Begabung und Tüchtigkeit, eine große wissenschaftliche Klarheit und praktische Umsicht, sowie eine ernste Auffassung der

staatlichen Aufgaben bewährt und ein großes Vertrauen in den politischen Kreisen erworben. Hierauf beruhte die Zuversicht, daß er auch berufen sein werde, die umfassenden und schwierigen Aufgaben, welche seiner auf den verschiedenen Gebieten der ihm übertragenen Verwaltung harrten, in ersprießlicher Weise zu erfüllen. Je tiefer die kirchlichen Bewegungen dieser Zeit auch die Beziehungen des Staates zur Kirche berührten, desto mehr kam es darauf an, daß in der staatlichen Leitung der Kirchen- und Schulverwaltung ein Geist waltete, welcher nach allen Seiten die Bürgschaften voller Unbefangenheit und Gerechtigkeit, sowie des ernsten Willens gewähren, ebenso sehr die unveräußerlichen Rechte des Staates, wie die Ansprüche der sittlichen und religiösen Volksinteressen zu wahren.

Das Verhältnis der ultramontanen Partei und die Stellung der preußischen Staatsregierung zu derselben erhellt am besten aus einer Rede Bismarck's bei der Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhause.

„Ich mußte", so führte der leitende Staatsmann aus, „als ich aus Frankreich kam, erfahren, welche Mittel bei den Wahlen angewendet worden waren, um die Wahlen dieser neuen Partei durchzusetzen. Wir hatten gehofft, an einer streng kirchlichen Partei eine Stütze zu gewinnen, die dem Kaiser giebt, was des Kaisers ist, die die Achtung vor der Regierung auch da, wo man glaubt, daß die Regierung irrt, in allen Kreisen, namentlich in den Kreisen des politisch weniger unterrichteten gemeinen Mannes, der Masse, zu erhalten sucht. Ich mußte mit Betrübnis und Befremden hören, daß die Wahlreden, die ja zum größten Teil gedruckt sind, die Preßerzeugnisse, die auf die Wahlen hinwirkten, gerade an die Leidenschaft der unteren Klassen, der Masse, appellierten, um sie zu erregen gegen die Regierung, daß dagegen nichts geschah, um irgend ein von Seiten der Regierung vorgekommenes Versehen zu entschuldigen, sondern daß man Alles, was man an unserer Regierung wie an jeder, nach menschlicher Unvollkommenheit, tadeln kann, sehr scharf beleuchtete; aber etwas Gutes über die preußische Regierung, etwas, was zur Anerkennung derselben aufforderte, habe ich in diesen Wahlreden nie gelesen."

Den Hauptkonfliktspunkt bot wiederum das schon vorerwähnte Schulaufsichtsgesetz. Mit großer Spannung sah man der Beratung desselben entgegen. Der Zweck desselben war in erster Linie, die katholischen Schulinspektoren in Westpreußen, Schlesien und Posen,

welche ihre Befugnisse zum Schaden des Staates und der Gesellschaft verwandten, von Staatswegen jederzeit aus ihrer Stellung entfernen zu können. Daraus folgte, daß die katholische Partei dem Gesetzentwurf Opposition machte. Drei Tage lang zogen sich die bewegten Debatten hin, an denen auch ein Teil der Konservativen, und zwar in feindseligem Sinne gegen das Gesetz, Teil nahm. Der Ausgang der Diskussion war ein über Erwarten günstiger. Die Regierungsvorlage ward mit einer Mehrheit von 49 Stimmen angenommen.

---

Den am 8. April wieder zusammengetretenen Reichstag beschäftigten zunächst Vorlagen, die sich auf die Marine, namentlich einen Flottengründungsplan, bezogen, sodann eben solche über die Verwaltungseinrichtungen von Elsaß-Lothringen, den Militärhaushalt, eine neue Militärstrafgesetzgebung und mehrere andere. Großes Aufsehen erregte die Erörterung im Reichstag über die Ablehnung der Ernennung des Kardinals Fürst Hohenlohe zum deutschen Botschafter bei der Kurie durch den Papst Pius IX.

Der Kardinal Fürst Hohenlohe hatte in seiner Kirche eine ganz korrekte Haltung beobachtet. Er hatte gegen die Proklamierung des Unfehlbarkeits-Dogmas nicht gestimmt, war auch den gewaltigen Schritten seines Lehrers Döllinger nicht gefolgt, sondern war ein in den dogmatischen Anschauungen der römischen Kurie gebildeter Geistlicher und galt allgemein für einen frommen katholischen Christen. Was er aber in seinem ganzen Leben niemals war, das ist: ein Freund der Jesuiten. Seit seinem Eintritt in den geistlichen Stand, seit etwa 25 Jahren, die er sowohl am Hofe des Papstes als in seiner Eigenschaft als Kardinal in Rom zugebracht hat, hat er sich stets von dem alles beherrschenden Einflusse des Jesuitenordens frei gehalten.

„Rom hatte gesprochen", und daß es so gesprochen hatte, war von unendlichem Wert. Man wußte im Vatikan so gut als anderswo, daß die Ablehnung eines Gesandten ein sehr seltener Fall sei; eine solche schließt ja einen Tadel hinsichtlich der Unkenntnis der Personen und des Terrains in sich, man wußte dort auch, daß eine solche Ablehnung um so unangenehmer empfunden werde, je größer der Rang des Gesandten und vornehmlich, je größer die Macht des Monarchen war. Wenn nun trotzdem die päpstliche Kurie, auch auf die Gefahr hin, eine recht gründliche Verstimmung und Entfremdung hervorzurufen, den Kardinal Hohenlohe als Botschafter des Deutschen

Reiches nicht zuließ und eben damit die Unvereinbarkeit eines Kardinalamtes mit einem deutschen Reichsamt in erste Linie stellte, so mochte die Bedeutung dieses Schrittes darin liegen, daß die Kurie auf's Deutlichste zeigen wollte, die Anschauungen der Reichsregierung über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat seien von den ihrigen grundverschieden, und diese Kluft wurde durch die neuen Maßregeln der preußischen und der Reichsregierung von Tag zu Tag größer.

Zu diesen Vorgängen konnte der Reichstag nicht schweigen. Es war die Absicht, den Posten eines diplomatischen Vertreters bei dem Papst zu streichen. Indes ging man zunächst nicht so weit, und überließ der Regierung die weiteren Schritte in diesem bald zu einer völligen Entfremdung mit der päpstlichen Kurie führenden Streitfrage.

Fürst Bismarck sprach seine Befriedigung darüber aus, daß kein Antrag auf Absetzung der Position gestellt sei. Denn trotz des bedauerlichen Vorfalls werde er bemüht sein, einen Vertreter für Rom zu finden, welcher sich des Vertrauens beider Souveräne in hinlänglichem Maße erfreue. Er glaube zwar nicht, daß durch geschickte Diplomatie eine Modifikation der vom Papste zu den weltlichen Dingen grundsätzlich genommenen Stellung herbeigeführt werden könnte. Aber er habe geglaubt, daß ein Mann, wie der Kardinal Hohenlohe, als Brücke zur gegenseitigen Verständigung benutzt werden könnte. Eine der hervorragendsten Ursachen des Unfriedens sei die unrichtige, durch eigene Auslegung oder aus schlimmeren Gründen getrübte Darstellung über die Intentionen der deutschen Regierungen, wie sie zur Kenntnis des Papstes gelangten. Ueber diese Intentionen der deutschen Regierungen die römische Kurie besser zu unterrichten, wäre die Hauptaufgabe des Botschafters gewesen. Daß die Aufgabe, einen passenden Vertreter zu finden, durch das Geschehene wesentlich erschwert werde, könne er nicht leugnen. An Konkordate sei übrigens nicht zu denken. Denn nach den jetzt ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen der katholischen Kirche würde jede weltliche Macht, die sich mit dem Vatikan in Konkordatsverhandlungen einließe, Bedingungen erhalten, wie sie das Deutsche Reich wenigstens nicht annehmen könnte. „Dessen seien Sie sicher: nach Kanossa gehen wir nicht, weder in kirchlicher noch in staatlicher Beziehung", so lauteten seine Worte.

Unmittelbar nach den Debatten über den Gesandtschaftsposten bei dem Vatikan folgte am 15. und 16. Mai das Vorspiel zu der Aktion gegen die Jesuiten.

Nach längeren Erörterungen über diesen Gegenstand, denen hier nicht zu folgen ist, wurde im Reichstag von dem Bundesrat ein Gesetz vorgelegt, welches dem Aufenthaltsrecht der Jesuiten in Deutschland gewisse Beschränkungen auferlegte. Nach längeren Redekämpfen, in denen namentlich Windhorst den Fehdehandschuh aufnahm und für den Orden Jesu eintrat, und nachdem der ursprüngliche Entwurf mannigfach Modifikation erfahren, wurde das Gesetz angenommen.

Das vom Reichstag angenommene Jesuitengesetz unterschied sich von der Bundesrats-Vorlage nicht nur dadurch, daß der Jesuitenorden und die verwandten Kongregationen gesetzlich vom Deutschen Reiche ausgeschlossen wurden, sondern auch darin, daß die Ausführung des Gesetzes vollständig dem Bundesrat übertragen wurde, wodurch die Thätigkeit der Polizei in genau bestimmte Schranken eingewiesen und von ungeschickter und gehässiger Willkür möglichst fern gehalten war. Der Bundesrat nahm in seiner Sitzung vom 25. Juni das Gesetz einstimmig an.

---

Inzwischen hatte eine schöne nationale Feier, welche dazu beitrug, das neu erworbene Reichsland mittels eines geistigen Bandes an Altdeutschland zu knüpfen, stattgefunden. Am 1. Mai 1872 war die deutsche Universität Straßburg eröffnet worden.

25 Universitäten des Deutschen Reiches, Oesterreichs und der Schweiz waren bei dieser Feierlichkeit durch Deputationen vertreten; eine große Anzahl Studierender eilte von den anderen Universitäten zur festlichen Begehung des Tages herbei. Im Hofe des Schlosses, der mit einem Zeltdach überspannt und zu einem großen Saale umgeschaffen und reich geschmückt war, fand die Feierlichkeit statt. Oberpräsident v. Möller bezeichnete in seiner Rede die neue Universität als die schönste Morgengabe, welche die neuen Reichslande hätten empfangen können, hob hervor, daß die Universität Straßburg von Alters her die nationale Eigenheit des deutschen Volkes genährt und die Gemeinschaft mit Deutschland selbst über die Schranken des fremden Staatslebens hinaus bewahrt habe, und las die vom 28. April datierte kaiserliche Stiftungsurkunde vor. Es machte einen ergreifenden Eindruck, als dann der würdige Rektor, Professor Johann Friedrich Bruch, das Wort nahm. Die Wucht des Augenblicks, sowie zahlreicher, über mehr als ein halbes Jahrhundert sich erstreckender politischer und

akademischer Straßburger Erinnerungen schien den tieffühlenden Mann erst zu erdrücken. Wer hätte es dem gelehrten Prediger, Lehrer und Schriftsteller gesagt, der früher so oft im Falle gewesen, französische akademische Reden zu halten, daß er am Spätabend seines Lebens hier noch Rektor einer wiedererweckten deutschen Universität werden sollte? Seine von dem innigsten Dank für den edlen kaiserlichen Stifter, für alle Mitarbeiter an dem neuen großen Werk durchhauchten Worte lösten zuletzt die Spannung seines Wesens; in steigender Begeisterung, wie ein freudiger Seher, begrüßte er, unter Anrufung des göttlichen Schutzes, die Zukunft, wo die Straßburger Hochschule, ein weithin strahlender Lichtpunkt, eines der wichtigsten Vermittelungselemente zwischen Elsaß-Lothringen und dem alten, herrlichen Mutterlande bilden werde. Nun ertönte Haydn's prachtvoller Hymnus: „Die Himmel erzählen die Ehre Gottes", worauf Professor Springer, ein geborener Oesterreicher, der seinen Lehrstuhl in Bonn mit demjenigen der Kunst- und Kulturgeschichte in Straßburg vertauscht hatte, die Tribüne bestieg und die Festrede hielt. An die reiche Vergangenheit des Elsaß und dessen kulturhistorische und litterarische Bedeutung für ganz Deutschland anknüpfend, hob der treffliche Redner hervor, wie gerade in der entscheidendsten Periode unserer Geschichte, als das Schicksal und die Bestimmung des deutschen Geistes festgestellt wurde, in dem großen Jahrhundert des Humanismus und der Reformation jedes ehrliche deutsche Herz am innigsten an Elsaß hing; wie dieses Land in jener Zeit in seinem hellsten Glanze dastand, wie die allgemeine deutsche Bildung den wackeren alemannischen Stammesgenossen damals mit das Größte und das Beste zu danken hatte. Und am Schluß seiner gehaltvollen Rede auf die dermaligen reichen Gliederungen und innigen Wechselbeziehungen aller Zweige der modernen Wissenschaft hinweisend, durfte er mit Fug die heutige gegenseitige Durchdringung von rücksichtsloser Forschungsschärfe und den gesunden Begriffen echt historischer Entwickelungen als die glücklichste Konstellation darstellen, unter welcher die neue Universität geboren werden konnte.

Warmer Beifall begrüßte mehr als einmal die gehaltvolle Rede.

Die Annahme und die Durchführung des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 gab das Signal zu einer tiefgehenden Bewegung in Deutschland.

Indem der Staat die eifrigsten Diener und Werkzeuge der päpstlichen Allgewalt über die Grenzen wies, zeigte er den festen

Willen, innerhalb seines Bereiches keinen Organismus zu dulden, der seine Gebote und Verhaltungsregeln von einer fremden Autorität, von einer andern Souveränität als Kaiser und Reich empfange; es war die Kriegserklärung des modernen Staates gegen das mittelalterliche Papsttum. Der Geistlichkeit sollte fühlbar gemacht werden, daß man nicht zweien Herren zugleich dienen könne; daß die Hoheit des Gesetzes für alle Staatsangehörigen gleiche Kraft und Geltung haben müsse. Die Kirche dagegen in ihren hierarchischen Gewalten bestand auch ihrerseits auf ihrer Autorität über alle Gläubigen, verlangte auch für ihre Gesetze unbedingten Gehorsam. Wer diesen versage, solle als ein ungesundes Glied der religiösen Gemeinschaft ausgeschlossen werden und nicht bloß der kirchlichen Gnadenmittel verlustig gehen, sondern auch all der Rechte und Vorteile, welche den Angehörigen der Kirche gesetzmäßig zuerkannt waren. Es waren prinzipielle Gegensätze, die nicht verfehlen konnten in ihren praktischen Folgen hart an einander zu geraten. Die Bischöfe sprachen Exkommunikationen aus und verlangten, daß auch die Regierung die Gebannten von den Stellen entferne, die der Staat ihnen übertragen. Allenthalben organisierten die Klerikalen einen energischen Widerstand gegen den Staat. Der Erzbischof Paulus Melchers von Köln belegte vier Professoren der katholischen Theologie in Bonn, weil sie den vatikanischen Dekreten den Gehorsam versagten, mit der Exkommunikation und verbot den angehenden Geistlichen seiner Diözese den Besuch ihrer Vorlesungen; das Kultusministerium konnte nicht zugeben, daß die von ihm Angestellten in ihrer Stellung beeinträchtigt würden, und beließ sie im Amt.

Bischof Krementz von Ermland hatte über zwei altkatholische Priester die Exkommunikation ausgesprochen, obwohl das preußische Landrecht ein solches Vorgehen ausdrücklich untersagte. Als das Kultusministerium ihn zur Zurücknahme aufforderte, erklärte er, daß er den Gesetzen des Staates trotz seines Eides nur insoweit gehorchen werde, als dieselben nicht kanonischen oder kirchlichen Gesetzen und Anordnungen widersprächen, und wandte sich dann persönlich an den König, ein Verfahren, das bald auch von anderen versucht ward. Bei Gelegenheit der Jubelfeier der Vereinigung Westpreußens mit der Monarchie, suchte der Bischof um eine Audienz nach, er erhielt jedoch den Bescheid, der Kaiser werde ihn erst empfangen, wenn er seine bedingungslose Unterwerfung unter die Gesetze des Staates erkläre.

Auch in München holte der Erzbischof aus der Rüstkammer die alten Waffen hervor, indem er über Döllinger, Friedrich und alle Altkatholiken den Bannfluch aussprach. Die Hierarchie zog mit allen ihren Streitkräften in's Feld. Die Disziplin, die man im Heerlager des Gegners zu lockern und zu durchbrechen gedachte, wurde im eigenen Heere strenge gehalten; der deutsche Episkopat stand wie Ein Mann zur Fahne des Papsttums; die Stimmen der Opposition, die sich vor und auf dem Konzil hervorgewagt, wurden zum Schweigen gebracht, alle kirchlichen Würdenträger beugten sich in stummer Resignation unter das Kommandowort des jesuitischen Papsttums. Auf wiederholten Versammlungen am Grabe des „Apostels der Deutschen", in Fulda, wurde bei jeder neuen Wendung der Kriegsplan entworfen; man suchte durch unmittelbare Vorstellungen am Throne das Herz des Kaisers zu erschüttern, den jugendlichen König von Baiern zum Einschreiten gegen sein Ministerium zu bewegen. Die katholische Welt war in Schriften und Reden mit Schmähungen gegen den gottlosen Zeitgeist, mit Klageliedern über die Drangsale der Kirche und ihrer Bekenner erfüllt.

Wie freute man sich in Paris über die ultramontane Bundesgenossenschaft, welche der französischen „Revanche" eine so nachdrückliche Unterstützung in Aussicht stellte. Aber wie groß man immer die Macht einer mehr als tausendjährigen, auf die höchsten Anliegen der Menschheit gerichteten Institution anschlagen mochte, sie stand Gewalten gegenüber, die ihr einen ganz anderen Widerstand zu leisten vermochten, als einst die Gegner im Mittelalter dem modernen Zeitgeist mit seinen durch Wissenschaft und Erfahrung errungenen Wahrheiten, und dem preußischen, auf monarchische Autorität und nationale Wehrkraft aufgebauten Rechtsstaat, der aus kleinen Anfängen unter Kämpfen und Nöten emporgewachsen, seine mühsam erworbene Machtstellung um seiner Selbsterhaltung willen zu behaupten suchen mußte. Und daß man in Berlin diese Notwendigkeit erkannt habe und entschlossen sei, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern das begonnene Werk hinauszuführen, dafür zeugten die Vorbereitungen in einer Reihe neuer Gesetze und Reformen von tiefeingreifender Wirkung. Die fromme religiöse Gesinnung des Monarchen, der die treue Erfüllung seiner Regentenpflichten stets in erste Linie stellte, war Bürgschaft, daß, indem man dem Kaiser zu geben suchte, was des Kaisers ist, man auch nie versäumen werde, Gott zu geben, was

Gottes ist. Auf Grund einer vom Kultusminister veranstalteten Konferenz von Kirchenrechtsgelehrten und anderen Fachmännern wurden von der Regierung Gesetzesvorlagen für den preußischen Landtag in Angriff genommen, welche das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche genauer bestimmen und die gegenseitigen Rechte feststellen sollten. Dieselben betrafen den gesetzlichen Austritt aus der Kirche, die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel, die Vorbildung der künftigen Seelsorger und die Einsetzung eines obersten Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Außerdem wurde die Einführung der obligatorischen Civilehe und der staatlichen Standesbücher, sowie die Bildung von katholischen Kirchengemeinden mit bestimmten Rechten bezüglich der Verwaltung des Kirchenvermögens in's Auge gefaßt. Das Jahr ging vorüber, ehe diese Vorarbeiten beendigt und dem Landtage vorgelegt werden konnten. Aber aus ihnen gingen in der Folge die berühmten „Maigesetze" hervor.

Unter solchen Umständen waren die Beziehungen der Reichsregierung zur päpstlichen Kurie nicht viel besser, als die des Königreichs Italien zu derselben, und die erstaunliche Redseligkeit des Papstes machte fast allen Verkehr mit ihm unmöglich.

Kaum hatte der Reichstag das Jesuitengesetz angenommen, so äußerte sich Papst Pius IX. in einer Ansprache an eine Deputation des katholischen deutschen Lesevereins in Rom am 25. Juni voll Bitterkeit über die Reichsregierung. Die Verfolgung der Katholiken habe bereits begonnen. Er habe den ersten Minister fragen lassen, wie es denn komme, daß die Bischöfe, welche ehemals so zufrieden mit der Regierung gewesen seien, plötzlich in Widerspenstige und Verschwörer umgewandelt und zu einer Gefahr für den Staat geworden seien. Doch habe er auf diese Frage noch keine Antwort erhalten und werde auch wohl keine erhalten, da man auf die Wahrheit nichts erwidern könne. Ehrfurcht und Gehorsam sei man der Regierung schuldig, „freilich nicht bei den Gesetzen, welche der Kirche zuwider sind". Die Rede schloß mit den Worten: „Seien Sie vertrauend und einig, denn irgend ein Stein wird vom Berge herabfallen und die Ferse des Kolosses zertrümmern." Mehr brauchte man nicht, um zu wissen, daß nächst Frankreich der Vatikan und seine Vasallen die unversöhnlichsten Gegner des neuen Deutschlands waren, und daß diese in dem frommen Wunsche sich begegneten, die Zertrümmerung dieses Kolosses noch erleben zu dürfen. Doch die Allokution, welche der

Papst am 23. Dezember an die im Konsistorium versammelten 22 Kardinäle hielt, übertraf noch das Bisherige. Nachdem er sich über das Königreich Italien, über die „Attentate der piemontesischen Regierung" und besonders über den die religiösen Körperschaften betreffenden Gesetzentwurf auf's Kräftigste ausgesprochen hatte, sagte er, der Schmerz über diese Unbilden werde noch beträchtlich gesteigert durch die grausamen Kirchenverfolgungen im Deutschen Reiche, wo man mit List und offener Gewalt die Kirche zu vernichten trachte.

---

Solche Vorgänge waren ganz geeignet, die Beziehungen der Reichsregierung zum Königreich Italien inniger zu machen. Dieselben waren in den letzten Jahren nicht gerade sehr warm gewesen. Aber diesen, durch die stärksten Bande der Politik, durch die Interessengemeinschaft geschaffenen engen Beziehungen einen offiziellen Ausdruck zu geben, fand sich eine günstige Gelegenheit. Der Kronprinz von Preußen hatte im April 1868 den bei der Vermählung des Kronprinzen Humbert mit der Prinzessin Margareta stattfindenden Feierlichkeiten beigewohnt; so lange Napoleon auf dem Throne von Frankreich saß, durfte Kronprinz Humbert an eine Reise nach Berlin nicht denken. Der Tag von Sedan befreite Italien und das Haus Savoyen von diesem Alp, und so folgten Humbert und Margareta der Einladung, zur Taufe der neugeborenen Tochter des Kronprinzen nach Berlin zu kommen. Sie kamen am 28. Mai dort an, wurden von der kaiserlichen Familie auf das ehrenvollste und herzlichste empfangen, und die Kronprinzessin übernahm bei der Taufe am 4. Juni Patenstelle. Als sie am 6. Juni wieder abreisten, begleitete sie die lebhafteste Sympathie des deutschen Volkes und der nationalen Presse.

---

In das letzte Drittel des Jahres 1872 fiel ein Ereignis, das die Machtstellung, welche Deutschland seit dem Kriege einnahm, in glänzender, äußerer Weise bekundete. Kaiser Alexander II. von Rußland und Kaiser Franz Joseph von Oesterreich trafen in den ersten Tagen des September zu einem Besuche am Hofe in Berlin ein und verweilten daselbst mehrere Tage. Sie waren begleitet von ihren ersten Ministern. Ihnen zu Ehren fanden prunkvolle Festlichkeiten statt, wohingegen eine politische Bedeutung der Zusammenkunft nicht innewohnte.

Aber die Thatsache, daß die drei mächtigsten Monarchen Europas und ihre Ratgeber sich zu einem längeren Gedanken- und Meinungsaustausch zusammenfanden, erregte die Aufmerksamkeit der Welt in ungewöhnlichem Grade. An Fragen, welche für die drei Herrscher ein gemeinsames Interesse hatten, fehlte es nicht. Die Stellung zum Papsttum, der Orient und die von ihm her drohenden Verwickelungen, die sozialen und die internationalen Fragen boten reichlich Stoff zu Erörterungen und Diskussionen; wenn es gelang, sich über dieselben zu verständigen, dann hatte man ein gemeinsames Programm für die Zukunft, das in der erkannten Gleichheit der Interessen eine feste Basis erhielt.

Fürst Bismarck, dessen weithinsehender und vorsichtiger Staatskunst es gelang, durch die Veranstaltung dieser Zusammenkunft Oesterreich an Deutschland zu fesseln und dabei doch Rußland zum Freunde zu behalten, diese beiden selbst, Rußland und Oesterreich, bekanntlich seit dem Krimkriege einander abgeneigt, zu versöhnen, drückte sich deutlicher als alle ministeriellen Blätter in Berlin über Zweck und Tragweite der Dreikaiser-Zusammenkunft aus, indem er der Deputation der Stadt Berlin, welche ihm und dem Grafen Moltke das Ehrenbürgerdiplom am 9. September überreichte, sagte: „Die freundschaftliche Begegnung der Kaiser wird bei unsern Freunden die Zuversicht in die Erhaltung des Friedens bestärken und unseren Gegnern die Schwierigkeit, ihn zu stören, klar machen.“ Rechnet man dazu, daß Kaiser Alexander bei dem Galadiner am 7. September, an den deutschen Kaiser sich wendend, einen Toast ausbrachte: „Auf das Wohl Ihrer braven Armee!“ so konnte man über die Bedeutung dieser glänzenden Berliner Tage kaum mehr im Zweifel sein. Sie bedeuteten in erster Linie die Anerkennung der nationalen Erhebung Deutschlands, unserer Siege und Errungenschaften, der Errichtung eines Deutschen Reiches und Kaisertums, unserer Ansprüche auf eine große geschichtliche Zukunft, unserer Reichspolitik in ihren großen Zügen, und sie waren eine persönliche Huldigung für den großen Monarchen, der von seiner Kindheit bis zu seinem Greisenalter des Geschickes Ungunst und Gunst in so reichem Maße erfahren und durch seine weise und nationale Politik den Geschicken Deutschlands auf Jahrhunderte hinaus eine feste Richtung gegeben hat. Diese Anerkennung und diese Huldigung lag schon in der bloßen Anwesenheit der beiden auswärtigen Monarchen; wollten sie ihre Reise einer solchen Deutung nicht aus-

setzen, so mußten sie dieselbe unterlassen. Daran knüpft sich als weitere Konsequenz, daß diese engen Beziehungen der drei großen Reiche zu einander, eine mächtige Bürgschaft für die Befestigung friedlicher und geordneter Zustände für die Erhaltung und Sicherung des europäischen Friedens waren.

---

Weniger lichtvoll waren die Vorgänge, die in der inneren Politik Preußens die öffentliche Meinung beschäftigten. Der Gegensatz, in welchen die Anschauungen der konservativen und feudalen Kreise des Königreiches mit denjenigen der Mittelparteien traten, kennzeichnete sich in den lebhaften Debatten, die sich in den beiden Häusern der Volksvertretung entspannen. Wenn auch bei der Regierung wenig beteiligt, hatte der grundherrliche Adel durch seinen Sitz im Herrenhause auf das Staatsleben immer noch einen nicht unbedeutenden Einfluß und er wußte stets im rechten Momente seine Kräfte geltend zu machen, um Reformen abzuwehren, welche seine überlieferten Vorrechte, seine patriarchalische Stellung gegenüber den Bauernschaften und Gemeinden zu mindern drohten. Nun beabsichtigte die Regierung, die östlichen Provinzen des Königreiches, wo diese Reste der Feudalzeit, diese privilegierte, patriarchalische Ausnahmestellung des grundherrlichen Landadels noch am meisten in Geltung bestanden, im Sinne der Selbstverwaltung und bürgerlichen Gleichheit in eine Verfassung zu setzen, daß sie hinter den westlichen Provinzen und den anderen Staaten des südlichen und des mittleren Deutschland in staatsbürgerlicher Freiheit nicht zurückständen, mit den Entwickelungsstufen, welche das öffentliche Leben anderwärts erstiegen, in Uebereinstimmung treten möchten. Zu dem Ende arbeitete die Regierung den Entwurf einer neuen Kreisordnung aus, welche, die Reformen des Freiherrn v. Stein vervollständigend, die freie Bewegung der kommunalen Verbände fördern, das Volk zur Beteiligung an der Verwaltung seiner Angelegenheiten heranziehen, die bureaukratische Bevormundung durch das „Selfgovernment" erfrischen und die Willkür der Beamten durch gesetzliche Vorschriften beschränken sollte. Diese neue Kreisordnung, welche die Grundlage einer künftigen gleichmäßigen Organisation aller Provinzen bilden sollte, wurde vom Hause der Abgeordneten mit großer Mehrheit angenommen; aber im Herrenhause, wo „dem alten und befestigten Grundbesitz" eine über seine Bedeutung hinausgehende Vertretung eingeräumt war, trat der Adel wie eine geschlossene

Phalanx der Regierungsvorlage schroff entgegen, so daß diese nicht durchgebracht werden konnte. Nach langen erregten Debatten, wobei die Feudalen mit leidenschaftlicher Verbissenheit für ihre Standesinteressen in die Schranken traten, weder den persönlichen Wunsch des Kaisers, noch das Staatswohl beachtend, wurde der Reformplan mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Da griff die Regierung zu einem wirksamen Mittel. Sie berief fünfundzwanzig neue Mitglieder in das Herrenhaus, mit deren Beihilfe die Vorlage die gesetzliche Mehrheit erhielt und die Kreisordnung in Kraft treten konnte. Durch diesen „Pairsschub", einen Staatsstreich im Kleinen, zu dem König Wilhelm nur mit Mühe bewogen werden konnte, wurde die Macht des Junkertums im Herrenhause geschwächt. Schon damals rieten namhafte Stimmen zu einer durchgreifenden Reform dieses Faktors der gesetzgebenden Macht durch zweckmäßigere, den Machtverhältnissen des Adels und Herrenstandes mehr entsprechende Zusammensetzung, eine Reform, die mit der Zeit unabweislich sein wird. Aus Unmut über den Widerstand, den er bei der Maßregel gegen das Herrenhaus bei einigen seiner Kollegen fand, legte Fürst Bismarck am 21. Dezember das Präsidium des Staatsministeriums nieder.

Der Kriegsminister Graf Roon übernahm den Vorsitz, aber bald darauf wurde dem Fürsten Bismarck die Ministerpräsidentschaft auf's neue übertragen.

---

# Das Jahr 1873.

Bei Beginn des Jahres 1873 war in Preußen der Gegensatz zwischen Staat und Kirche, den die Vertreter des katholischen Bekenntnisses heraufbeschworen hatten, zu solcher Schärfe gediehen, daß die Regierung sich entschließen mußte, auf dem Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Es handelt sich um die Stellung des Staates an der Spitze des neuen Reiches; Preußens Ansehen stand auf dem Spiele. Wenn es den Ultramontanen unter der Leitung der Bischöfe gelang, das Ministerium zum Nachgeben zu zwingen, so war

zu erwarten, daß sich das katholische Ausland und die widerstrebenden Elemente im Lande selbst mit der politisch-kirchlichen Reaktion vereinigten, um die preußische Hegemonie zu Falle zu bringen.

Die Katholiken setzten alles daran, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit, welche ihre Führer in früheren Jahren im kirchlichen Gebiet errungen, zu mehren. Dem gegenüber brachte die Regierung Vorlagen im preußischen Abgeordnetenhaus ein, durch welche die Rechte und Freiheiten der Staatsbürger gegen jedes gewaltthätige Vorgehen der Hierarchie mittels kirchlicher Straf- und Zuchtmittel geschützt, die Anstellung der Geistlichen von der Erfüllung der Anzeigepflicht abhängig gemacht und dem Staat ein Einspruchsrecht bei der Besetzung kirchlicher Pfründen eingeräumt, ein königlicher Gerichtshof zur Abwehr gegen die Bischöfe und ihre Uebergriffe eingesetzt wurde.

Im Abgeordnetenhause erlangten die Vorlagen eine bedeutende Majorität, wie sehr auch das Centrum und seine Alliierten über Vergewaltigung der Kirche durch den Staat sich ereiferten; aber im Herrenhause mußte der Reichskanzler selbst seine ganze Persönlichkeit und seine imposante Beredsamkeit einsetzen, um die klerikalen und feudalen Gegner zu überwältigen. Die vorliegende Frage, bewies er sei eine Machtfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Königtum und Priestertum; schon seit dem Mittelalter sei das Streben des Papstes und der Ultramontanen dahin gegangen, auch über den Staat die Herrschaft zu erringen, deshalb hätten sie mit Hilfe der Franzosen das Heldengeschlecht der Hohenstaufen gestürzt und den letzten Sproß auf das Schafott gebracht. Auch in Deutschland würde man von ähnlichen „Thaten Gottes durch die Franken" zu erzählen haben, wäre der Krieg anders ausgefallen. Das Papsttum sei eine politische Macht, welche die Unterwerfung der weltlichen Macht unter die geistliche als ihr Programm aufgestellt habe; im Reiche dieser Welt aber gebühre dem Staate auch das Vorrecht und der Vortritt. Endlich erlangten auch im Herrenhause die Entwürfe die Stimmenmehrheit und wurden, nachdem sie vom Kaiser bestätigt worden, als Gesetze veröffentlicht am 15. Mai.

Es war vollkommen erklärlich, daß dieser Kampf mit den schärfsten Waffen des Geistes und mit dem lebhaftesten Ausdrucke tiefer Ueberzeugungen geführt worden war, daß der zwanzigfach erneute Streit immer von neuem den ganzen Eifer und die volle

innerste Teilnahme der kämpfenden Parteien erregte, und daß auch das öffentliche Interesse, ungeachtet jener vielfachen Wiederkehr gleichartiger Meinungskämpfe, der Lösung der Frage bis zum Ende mit derselben Lebhaftigkeit folgte.

Man konnte den unermüdlichen Kämpfern, welche mit ganzer Kraft ihrer Ueberzeugung, mit tiefer Erregung und teilweise mit eindringlicher Redekunst die Ansprüche ihrer Kirche vertraten, an und für sich die Achtung nicht versagen, welche jedes ernste Eintreten für höhere sittliche Güter in Anspruch nehmen darf.

Auf der anderen Seite durfte es als eine erfreuliche Thatsache hervorgehoben werden, daß während dieses ganzen Kampfes über die kirchlichen Fragen innerhalb des Landtages, ein kirchenfeindlicher radikaler Geist, wie er in früheren erregten Zeiten die öffentlichen Verhandlungen beherrschte, von keiner Seite zur Geltung gelangte, daß vielmehr das aufrichtige Streben der Regierung, der Kirche ihre volle Berechtigung und ihr hehres Ansehen auf dem inneren Glaubensgebiete und auf dem sittlichen Gebiete zu wahren, und nur die Uebergriffe auf das Rechtsgebiet des Staates abzuwehren, auch von der Volksvertretung entschieden anerkannt und geteilt wurde. Auch die alte demokratische Forderung einer absoluten Trennung von Kirche und Staat verstummte, gegenüber dem allseitig erstarkten Bewußtsein, daß es ausgedehnte sittliche Gebiete giebt, auf welchen ein Zusammenwirken von Staat und Kirche unerläßlich, und daß eben deshalb die Regelung ihres friedlichen Nebeneinanderseins geboten war.

In willenloser Hingebung an Rom sagten sich die deutschen Bischöfe los von den vaterländischen und nationalen Interessen, von der Mitwirkung an den großen patriotischen Staatsaufgaben, verfochten ein System, das sie selbst früher verdammt hatten, und organisierten, gestützt auf eine blindergebene, in beschränkten Vorstellungskreisen erzogene Priesterschaft, auf eine bigotte, unwissende Volksmasse und auf eine ultramontane Reaktion und Demagogie einen Widerstand, der vor keinem Mittel und Hebel der Agitation zurückbebte, der sich vielmehr auf die unlauteren Geiferer wissentlicher Entstellung, sophistischer Verdrehung, heuchlerischer Klagen über die Drangsale der Gläubigen stützte. „Die Kirche kann das Princip des heidnischen Staates, daß die Staatsgesetze die letzte Quelle alles Rechts seien und die Kirche nur die Rechte besitze, welche die Gesetzgebung

und die Verfassung des Staates ihr verleihe, nicht anerkennen", hieß es in dem Protest vom 31. Mai, „ohne die Gottheit Christi und die Göttlichkeit seiner Lehre und Stiftung zu leugnen, ohne das Christentum selbst von der Willkür der Menschen abhängig zu machen."

Wenn nach solchen Kundgebungen die von der Regierung des Königs Wilhelm aufrichtig gehegte Hoffnung auf eine friedliche Durchführung der neuen Gesetze vereitelt wurde, so verstand sich doch von selbst, daß hierdurch die feste Entschlossenheit und Zuversicht in Bezug auf die Durchführung der Gesetze in ihrem ganzen Umfange und mit allen Folgen nicht einen Augenblick erschüttert werden konnte. Die Gesetze gaben der Regierung den festen Boden, auf welchem sie die Interessen und das Ansehen des Staates nach allen Seiten zu wahren im Stande und zugleich unbedingt verpflichtet waren. An der Hand der Gesetze ging sie gegen Bischöfe und Priester, welche dem Staate den Gehorsam verweigerten und den öffentlichen Frieden gefährdeten, mit sicheren Schritten vor, und erklärte, wenn es sein müsse, auch von den strengsten und durchgreifendsten gesetzlichen Mitteln Gebrauch zu machen, um den römischen Uebermut auf preußischem Boden entweder zu beugen oder zu brechen.

Da dessen ungeachtet die Bischöfe fortfuhren die Gesetze zu umgehen und geflissentlich ihren Widerstand gegen dieselben zu bezeugen, so riefen die Staatsbehörden die Hilfe der Gerichte an.

So wurde nicht nur eine Anzahl renitenter Geistlicher, Pfarrer wie Kapläne, welche unberechtigt kirchliche Handlungen vorgenommen hatten, durch Strafurteile in Gewahrsam gebracht, sondern dasselbe Schicksal traf auch im Laufe der Zeit mehrere der ersten Prälaten, den Grafen Ledochowsky in Posen, der durch seinen mit Ostentation zur Schau getragenen Trotz und Uebermut die Staatsgewalt geradezu herausgefordert hatte, den Erzbischof Melchers von Köln, einen der eifrigsten Verfechter römischer Allgewalt, die Bischöfe von Paderborn, Trier und Münster. Die Art und Weise, wie diese Verhaftungen vorgenommen und ausgeführt wurden, war freilich nicht nach dem Sinne der hohen geistlichen Herren. Da aber die Verhaftung den Gesetzen gemäß nur von kürzerer Dauer sein konnte, so mußte der Staat zur Erhaltung seines Ansehens andere Strafmittel in Aussicht nehmen. Durch die Aufstellung eines obersten königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten war die Regierung in den Stand ge-

setzt, gegen geistliche Würdenträger, welche den Staatsgesetzen beharrlichen Widerstand leisteten, die Amtsentsetzung aussprechen zu lassen. Dieses höchste Strafurteil wurde denn auch gegen den Erzbischof von Posen-Gnesen ausgesprochen und derselbe, da er eine freiwillige Resignation zurückwies, nach Ostrowo in Haft gebracht. Für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens und für die Administrativgeschäfte wurde, falls die Domherren nicht binnen zehn Tagen zur Wahl eines Kapitelverwesers sich entschlössen, durch Aufstellung weltlicher Beamten gesorgt. Künftige Bischöfe sollten von der Regierung nur anerkannt und in ihre Gehaltsbezüge eingesetzt werden, wenn sie zuvor einen Huldigungseid geschworen, daß sie die Gesetze des Staates gewissenhaft beobachten, und ihre Geistlichen und Gemeinden anhalten wollen, die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterland und den Gehorsam gegen die Gesetze zu hegen und zu pflegen. Der erste, der diesen neuen Eid der Treue in die Hände des Kultusministers ablegte, war Joseph Hubert Reinkens, Professor der Theologie in Breslau, der von den dem Unfehlbarkeitsdogma und der päpstlichen Allgewalt widerstrebenden Katholiken des Deutschen Reiches zum Bischof gewählt wurde.

Auch ein zwischen dem Kaiser und dem Papst stattgefundener Briefwechsel änderte an dem schroffen Gegensatz, in dem die bürgerliche mit der geistlichen Gewalt geraten war, nichts. Der unermüdlichen Agitation der kirchlichen Partei war es zuzuschreiben, daß bei den im November 1873 stattgefundenen Wahlen im preußischen Abgeordnetenhause die Centrumspartei eine ansehnliche Verstärkung erhielt. Die Regierung kündigte in der Eröffnungsrede an, daß sie die seither in der Gesetzgebung betretenen Bahnen ruhig und fest weiter verfolgen werde; sie wolle insbesondere nicht bloß die erlassenen kirchlichen Gesetze entschieden zur Durchführung bringen, sondern alle weiter erforderlichen Schritte rechtzeitig folgen lassen, um die ihrer Obhut anvertrauten Interessen vor Schädigung zu wahren; sie wolle ferner die Reform der inneren Verwaltung auch in den höheren Instanzen nach denselben Grundsätzen, welche bei der Kreisordnung maßgebend waren, weiter durchführen.

Am Schluß der Thronrede, mit welcher der Minister Camphausen das neu gewählte Haus eröffnete, hieß es: „Von der Haltung der

großen liberalen Mittelparteien wird es abhängen, inwieweit die Hoffnung der Regierung in Erfüllung gehen soll."

Die genannten Parteien sind sich nach allen bisherigen Aeußerungen der wichtigen und verantwortlichen Stellung, welche ihnen der Wahlsieg zugewiesen hat, vollkommen bewußt. Eins der bedeutendsten Organe derselben weist darauf hin: Der sicherste Anhalt für die liberalen Abgeordneten werde die Beachtung der Stimmung sein, aus welcher die Wahlen hervorgegangen seien. Nicht als unbedingt ministerielle Partei seien die Liberalen gewählt, aber ebensowenig, um etwa ohne Rücksicht auf die Stellung der Regierung eigene Politik zu treiben. Die Meinung der großen Mehrzahl der Bevölkerung sei dahin gegangen, daß die liberale Partei im Abgeordnetenhause und die Regierung Hand in Hand gehen werden. Wenn es wider Verhoffen zum Bruche kommen sollte, so werde die Zukunft dem gehören, der die meiste Billigkeit, Mäßigung und verständiges Entgegenkommen gezeigt habe.

Wenn die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich in Wahrheit von diesen Auffassungen leiten läßt, so wird, wie die Thronrede in Aussicht nimmt, „die Gemeinschaft des Strebens zwischen Regierung und Landesvertretung zur Quelle segensreicher Entwickelung der Staatseinrichtungen werden". — So der Minister.

Im protestantischen Deuschland war dem Grundsatz, daß die Kirche in Allem, was an ihr dieser Welt angehört, unter den Staat und die Staatsgesetze sich beuge, unbestrittene Anerkennung geworden. Das öffentliche Bewußtsein war von dem Gedanken durchdrungen, daß ein Aufgeben dieses Princips den Staat und die Regierungen unter die Hoheit der Kirche liefern und eine mittelalterische Priesterherrschaft an die Stelle des modernen Rechts- und Verfassungsstaates setzen würde. Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, wurde eine Kirchenverfassung ausgearbeitet und mit Gesetzeskraft ausgestattet, welche, von dem Princip der Selbstverwaltung und der vorwiegenden Beteiligung des Laienelements ausgehend, eine stufenmäßige Gliederung des kirchlichen Organismus von den durch freie Wahl konstituierten Gemeindekörperschaften, dem Gemeindekirchenrat und der Gemeindevertretung, durch Kreis- und Provinzialsynoden zu der allgemeinen Generalsynode herstellen, und damit eine größere Teilnahme an dem Leben und der Entwickelung des protestantischen Kirchenwesens und ein regeres Interesse für die religiöse Bethätigung erwecken sollte. Eine außerordentliche

Kirchenvertretung sollte den Grund zu der die älteren Provinzen vereinigenden Generalsynode legen, welche, von der Staatsgesetzgebung genehmigt, das Synodalinstitut zum völligen Abschluß bringen und die Grundlage einer allgemeinen deutschen Kirchenverfassung bilden solle. Ueberall erkannte man in der Aufstellung der neuen Kirchengemeinde und Synodalordnung das Bestreben, „ein spontanes Leben und Regen der evangelischen Gemeinschaft nicht bloß zu erzeugen, sondern demselben auch einen möglichst reichen Inhalt, möglichst würdige Gegenstände der Arbeit zu geben". Man wollte zugleich dem sogenannten Laienstande eine derartige Organisation zu teil werden lassen, „daß die in demselben vorhandenen kirchlich handlungsfähigen Kräfte zum Dienste in den Aufgaben des Gemeinwesens in möglichstem Umfange herangezogen und mit dem gebührenden Anteil an der Selbstbestimmung der Kirche ausgestattet wurden". Die Durchführung dieser Gemeinde- und Synodalordnung, verbunden mit dem neuen Gesetz über die Führung der Standesbücher durch weltliche Beamte und über die bürgerliche Form der Eheschließung (obligatorische Civilehe), gaben Zeugnis von dem festen Entschluß der Regierung, auf allen Lebensgebieten die sittlichen Aufgaben des modernen Staates zu erfüllen und die Autorität der Gesetze zu fördern.

Gegenüber dem preußischen Landtag, welchen diese großen, die ganze Welt erregenden politischen Fragen bewegten, trat diesmal der Reichstag etwas in den Hintergrund. Derselbe wurde am 12. März von dem Kaiser mit einer Thronrede eröffnet. Diese wies zunächst darauf hin, daß der Reichstag in seinen bisherigen drei Sessionen eine doppelte Aufgabe zu erfüllen gehabt habe: die Befestigung und Ausbildung der durch die Reichsverfassung geschaffenen Institutionen und die Ordnung und Regelung der durch einen großen Krieg herbeigeführten außerordentlichen Verhältnisse. In beiden Beziehungen werde in dieser vierten (letzten) Session die Thätigkeit des Reichstages wieder in Anspruch genommen werden, teils für den Abschluß der in ihren Grundlagen bereits festgestellten, teils für die Schöpfung neuer Einrichtungen. Unter den angekündigten waren teils solche, welche die äußere Machtstellung und Sicherheit des Reiches betrafen, wie die über ein allgemeines Militärgesetz, über einen neuen Plan zur Entwickelung der Marine, über eine Umgestaltung des deutschen Festungssystems, teils solche, welche die Bedürfnisse des allgemeinen

Verkehrs berührten, wie das Münzgesetz, teils solche, welche vorzugsweise eine geeignete Verwendung der durch die französische Kriegskostenentschädigung verfügbaren Summen betrafen, wobei die Bildung eines Invalidenfonds besonders genannt wurde.

In das Jahr 1873 fiel auch das Ende der Occupation der besetzt gehaltenen französischen Landesteile. Nach Abzahlung der Rate der Kriegsentschädigung vom 5. Juli, wurden die Departements Vogesen, Ardennen, Meuse, Meurthe et Moselle geräumt, das Hauptquartier der Occupationsarmee nach Verdun verlegt.

Nach Zahlung der letzten Rate der Kriegskosten am 5. September, war die Rechnung erledigt. Am 15. September überschritten die deutschen Truppen die Grenzen, um in die Heimat zurückzukehren. Die Occupation hatte damit ihr Ende erreicht.

Der Gegensatz, in welchen die preußische Regierung zum Papsttum geraten war, fand auch in den Beziehungen des deutschen Reiches zur Kurie seinen Ausdruck. Die energische Zurückweisung der vom Vatikan gestellten Forderung, der Kaiser möge als reuiger Sohn zu den Füßen seines rechtmäßigen Herrn, des Papstes, zurückkehren, fand die ungeteilte Anerkennung einer halben Welt. Der Aerger, den die Veröffentlichung des Briefwechsels, zwischen dem heiligen Stuhl und dem Kaiser, in Rom verursachte, ward noch vermehrt durch die Kunde von der freundlichen Aufnahme, die man am preußischen Hofe dem am 22. September zum Besuch in Berlin eingetroffenen König Viktor Emanuel bereitet hatte. Bei dem Galadiner am 23. September erwiederte Viktor Emanuel den vom Kaiser auf ihn ausgebrachten Toast mit einem Hoch auf seinen Freund und alten Verbündeten. Dieser Verbündete hatte ihm auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und Sedan, Venetien und Rom erobert. Auf dem Felde bei Potsdam, wo am 24. September die Truppen des Gardekorps aufgestellt waren und die Sieger von drei Feldzügen mit ihren glorreichen Führern an ihm vorbeidefilierten, konnte der König die militärische Größe Preußens in einem kleinen Bilde überschauen. Die italienischen Blätter äußerten sich voll Freude über den freundschaftlichen Empfang, welchen der König in Berlin gefunden, und rechneten den Tag, an welchem Wilhelm und Viktor Emanuel, als die Häupter der beiden, die gleichen Ziele verfolgenden Völker, sich die Hand reichten, zu den schönsten Tagen der italienischen Geschichte. Am 26. September reiste der König von Berlin

ab, um direkt nach Italien zurückzukehren. Unter den Denkwürdigkeiten, welche derselbe in Berlin bewunderte, war auch die Siegessäule, welche wie die Inschrift sagt, „das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere" von 1864, 1866, 1870, 1871 geweiht hat, und welche am 2. September, dem Tage von Sedan, unter glänzender militärischer Feier enthüllt wurde. Dieser Sedantag wurde in einer Menge von Städten Nord- und Süddeutschlands als nationaler Festtag, zur Erinnerung an die Siege Deutschlands und an die auf der Grundlage derselben sich erhebenden Einheit und Größe des Deutschen Reiches, mit aller Wärme eines sich endlich glücklich fühlenden Volkes gefeiert. Unter den vielen Beförderungen hoher Militärpersonen, welche am 2. September bekannt gemacht wurden, ist zu erwähnen, daß der Großherzog Franz von Mecklenburg-Schwerin, der treue Bundesgenosse in drei Feldzügen, zum Generaloberst der Infanterie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls ernannt wurde.

Die Grundsteinlegung des Kadettenhauses zu Lichterfelde, wohin die Kadettenanstalt von Berlin übersiedeln sollte, wurde vom Kaiser am 1. September vorgenommen.

In die letzten Monate des Jahres 1873 fiel der Tod des Königs Johann von Sachsen (gest. am 29. Okt.). Ihm folgte Kronprinz Albert, welcher sich im Kriege als tüchtiger Feldherr bewährt, und bei Gravelotte und Sedan mit dem sächsischen Armeekorps reiche Lorbeern geerntet hatte. An Stelle des neuen Monarchen übernahm Prinz Georg von Sachsen den Befehl über die Truppen. Eine andere Personenveränderung auf einem der wichtigsten Posten des Staatswesens war der definitive Rücktritt des Generalfeldmarschalls Grafen Roon vom Präsidium des Staatsministeriums und als Kriegsminister. Das Scheiden desselben aus seinen Aemtern hatte die Folge, daß die Leitung der preußischen und deutschen Politik wieder in die kräftige Hand des Fürsten Bismarck gelegt ward.

Nochmals kam es vor dem Jahresschluß zu einem heftigen Kampf zwischen Kirche und Staat. Windhorst beantragte, daß das allgemeine und direkte Wahlrecht in Preußen eingeführt werden solle. Da aber der Antrag, der eine wichtige Verfassungsänderung in sich schloß, die Unterstützung der Mittelpartei nicht fand, so verlief der Vorschlag von Windhorst im Sande. Auch die anderen, aus den

Reihen des Centrums eingebrachten Anträge von Reichensperger und Mallinkrodt, welche mehr oder weniger bemäntelt, die Aufhebung der Maigesetze von 1873 verlangten, erfuhren eine energische Zurückweisung.

---

# Das Jahr 1874.

Im Januar 1874 fanden Wahlen zu einem neuen Reichstage statt. Es war die erste Erneuerung der Volksvertretung seit Bestehen des Reiches.

Die Physiognomie des Reichstages war eine ziemlich andere als in der ersten Session des ersten Reichstages; denn von den 397 Reichstagsabgeordneten waren es, die Elsaß-Lothringer mit eingeschlossen, nicht weniger als 221, welche zum ersten Mal in diese erste Körperschaft des Reiches eintraten. Die reichsländischen Abgeordneten hatten der Eröffnung des Reichstages nicht beigewohnt; sie trafen erst später in Berlin ein, traten am 16. Februar alle miteinander in feierlichem Zuge, die beiden Bischöfe voran als Geistliche im Ornat, in den Sitzungssaal ein und nahmen auf den äußersten Bänken der Rechten Platz. Sofort brachten Teutsch und Genossen den Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens, welche, ohne darüber befragt worden zu sein, dem Deutschen Reiche durch den Friedensvertrag von Frankfurt a. M. einverleibt worden ist, sich speziell über diese Einverleibung auszusprechen berufen werde." Der Antrag kam in der Sitzung vom 18. Februar zur Verhandlung. Das frühere Mitglied der französischen Nationalversammlung in Bordeaux erregte teils durch seine heftigen Gestikulationen und sonstiges theatralisches Wesen, und durch die erstaunliche Naivität seiner staatsrechtlichen Anschauungen die Heiterkeit des Hauses, teils rief er durch seine ungehörigen Ausdrücke und Angriffe gegen Deutschland den allgemeinen Unwillen hervor. Gleich im Beginn seiner Rede zog er sich einen Ordnungsruf zu durch die Worte: „Deutschland hat bei der Annexion von Elsaß-

Lothringen die Grenzen des Rechts einer gebildeten Nation überschritten."

Der Antrag des Protestfranzosen, der obenein den Namen Teutsch führte, wurde selbst von einem seiner Landsleute, dem Bischof Räß von Straßburg, energisch zurückgewiesen.

Dem Reichstag brachte die im Februar begonnene Session reichhaltigen und gewichtigen Arbeitsstoff. Von dem letzteren waren es namentlich das Preßgesetz, das Gesetz über die obligatorische Civilehe und das Reichsmilitärgesetz, das erst nach langen, wortreichen Verhandlungen, und den sonderbarsten, dasselbe bekämpfenden Anträgen, aus dem Streit der Meinungen hervorging. Daß dies gelang, war wesentlich das Verdienst des Abgeordneten v. Bennigsen aus Hannover, der es zu einer Verständigung brachte, da die Zeit nicht dazu angethan sei, um es auf einen Konflikt zwischen Regierung und Reichstag ankommen zu lassen. Sein Vermittelungsantrag lautete dahin: „Die Festsetzung des Friedenspräsenzstandes der Armee durch ein Gesetz, verbunden mit der jährlich zu bestimmenden Ausgabe des Kriegsetats im Budget, solle angenommen werden, aber nur für einen begrenzten Zeitraum von sieben Jahren." Da der Bundesbevollmächtigte, Kriegsminister v. Kameke, Namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abgab, daß man auf den Antrag Bennigsen einzugehen bereit sei, so wurde schließlich das ganze Gesetz über die Heeresorganisation mit großer Majorität angenommen, ein militärisches Septennat als Seitenstück zu dem Regierungsseptennat in Frankreich. Doch setzte es noch viele parlamentarischen Kämpfe ab, sowohl von seiten des Centrums und der Socialdemokraten, welche eine Verkürzung der Dienstzeit oder eine Volksmiliz verlangten, als von Seiten der Fortschrittspartei, welche, mit Ausnahme von Löwe-Calbe und wenigen anderen Mitgliedern, an dem starren konstitutionellen Princip festhalten zu müssen glaubten, ehe die Entscheidung getroffen ward. Gewährte das Militärgesetz, zu dem noch in der Herbst-Session ein Landsturmgesetz als Vollendung der deutschen Gesamtwehrverfassung hinzukam, dem Reich ein starkes Rüstzeug gegen äußere Feinde, so erhielten die Regierungen durch ein neues Kirchengesetz eine scharfe Waffe wider den inneren Feind. Wie sehr immer die Centrumspartei sich gegen den Versuch stemmte, den preußischen Maigesetzen durch Maßnahmen zur „Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern" in allen deutschen

Bundesländern Nachdruck zu verschaffen und ihre bewährtesten Vorkämpfer in's Treffen schickte, die vorgeschlagenen Bestimmungen wider Geistliche, die wegen Ungehorsams gegen die Staatsgesetze ihres Amtes enthoben worden, wurden mit großer Majorität angenommen. Diese Erweiterung und Ergänzung der „Maigesetze" verschärfte die Strafmittel der Gerichte, indem sie den Regierungen das zwiefache Recht in die Hand gab, einmal renitente Kleriker an einen anderen Ort zu versetzen, damit sie faktisch verhindert seien, noch ferner amtliche Handlungen sich anzumaßen, und sodann solchen Geistlichen, die beharrlich und systematisch dem Gesetze den Gehorsam versagten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen.

An feindseligen, von ihnen darauf in Scene gesetzten Kundgebungen fehlte es nicht.

So richteten die Bischöfe am 22. Mai durch den Fürstbischof von Breslau eine Immediatvorstellung an den Kaiser, in welcher betont wurde, daß die Kirche sich durchaus nicht einseitigen Staatsgesetzen und Verordnungen über kirchliche Dinge unterwerfen könne, und daß nur der Papst, unter Wahrung seines kirchlichen Princips, den Regierungen Befugnisse in Betreff der kirchlichen Verhältnisse zugestehen könne. Darauf erwiderte ihnen der Kultusminister im Auftrag des Kaisers am 7. Juli nichts weiter, als daß seine Majestät die Eingabe empfangen und von derselben Kenntnis genommen habe. Vom 24. bis 26. Juni waren sämtliche preußischen Bischöfe in Fulda versammelt. Die in Haft befindlichen Bischöfe von Posen, Köln und Trier waren durch Abgesandte vertreten. Bistumsverweser Hahne von Fulda theilte seinen Kollegen mit, daß er in einer Eingabe an den Kaiser um Freilassung der verhafteten Bischöfe gebeten habe, und befürwortete die Anbahnung eines friedlichen Ausgleichs mit der Regierung. Aber die Mehrheit, den heißspornigen Kettler an der Spitze, lehnte jeden Friedensvorschlag ab, und erklärte die Eingabe Hahne's für sehr unzweckmäßig, „da man nicht durch einen derartigen Schritt das Verdienst der im Gefängnis befindlichen Brüder schmälern oder sich selbst schwach zeigen dürfe". Im Einklang mit diesen Anschauungen waren die Resolutionen, welche die Generalversammlung des Katholikenvereins in Mainz am 16. und 17. Juni genehmigte. Diese Versammlung bezeichnete das moderne Staatswesen als einen Ausfluß der antichristlichen sogenannten „modernen Civilisation", welche mit der Kirche unverträglich ist, und

erwartete eine Wiederherstellung staatlicher und völkerrechtlicher Ordnung nur von der Wiedereinsetzung des Papstes in seine politische Selbständigkeit.

Mitten in die Aufregungen und Kämpfe auf konfessionellem Gebiet, welche die politischen Parteispaltungen noch verschärften, fiel ein Mordversuch, der gegen Deutschlands großen und genialen Staatsmann, den Fürsten Bismarck, in Kissingen unternommen worden war.

Der Attentäter war der 21jährige katholische Böttchergeselle Kullmann aus Neustadt-Magdeburg, welcher in der letzten Zeit einem unter Leitung des katholischen Missionspfarrers Störmann stehenden katholischen Männerverein in Salzwedel angehört hatte, und seitdem aus einem religiös und politisch indifferenten Menschen ein religiöser Fanatiker geworden war und mehrmals Drohungen gegen Bismarck ausgestoßen hatte. Das Urteil der ganzen nicht klerikalen Welt lautete dahin: „An dieser ganzen That ist die klerikale Partei schuldig", nicht in dem Sinne, als ob die Führer derselben Kullmann gedungen hätten, aber in dem Sinne, daß die gewissenlosen Hetzereien der Klerikalen, durch welche Bismarck als Todfeind der römischen Kirche und des katholischen Glaubens verlästert wurde, eine wilde Natur zu dem Gedanken und zu dem Entschluß aufgestachelt haben, die Kirche von diesem Todfeind, wenn auch durch eine frevelhafte Gewaltthat zu befreien. Ueber das Weitere durfte sich Kullmann keine schweren Sorgen machen. Wozu hat denn seine Kirche ihren reichen Gnadenschatz und die Jesuiten ihre Jesuitenmoral! Kullmann selbst, unmittelbar nach der That einem Verhör unterworfen und von Bismarck gefragt, warum er auf ihn geschossen habe, erwiderte: „Wegen der Kirchengesetze in Deutschland". Damit war der Zusammenhang seiner That mit den bei Gelegenheit der Besprechung dieser Kirchengesetze von den Klerikalen ausgehenden Aufreizungen und Fälschungen konstatiert.

Bismarck selbst sprach sich am Abend des 13. Juli, als die Bevölkerung Kissingens ihm einen Fackelzug brachte, von dem Balkon seiner Wohnung aus folgendermaßen über das Attentat aus: „Das darf ich wohl sagen, daß der Schlag, der gegen mich gerichtet war, nicht meiner Person galt, sondern der Sache, der ich mein Leben gewidmet habe, der Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit Deutschlands. Und wenn ich auch für die große Sache hätte sterben müssen, was

wäre es weiter gewesen, als was Tausenden unserer Landsleute passiert ist, die vor drei Jahren ihr Blut und Leben auf dem Schlachtfelde ließen? Das große Werk aber, das ich mit meinen Kräften habe mitbeginnen helfen, wird nicht durch solche Mittel zu Grunde gerichtet werden, wie das ist, wovor mich Gott gnädiglich bewahrt hat. Es wird vollendet werden durch die Kraft des geeinten deutschen Volkes. In dieser Hoffnung bitte ich, mit mir ein Hoch zu bringen auf das geeinigte deutsche Volk und auf seine verbündeten Fürsten." Der Verbrecher wurde zu 14jähriger Zuchthausstrafe von dem Gerichtshofe verurteilt.

Bevor dieser Prozeß sich abgespielt hatte, war bereits ein anderer, der gleichfalls europäische Dimensionen annahm, eingeleitet. Graf Harry von Arnim wurde verhaftet und vor Gericht gestellt. Derselbe war in den letzten Jahren norddeutscher Gesandter bei der päpstlichen Kurie, im Jahre 1871 Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen in Brüssel gewesen, hatte den Unterhandlungen in Frankfurt angewohnt und war nach dem Friedensschluß zuerst zum außerordentlichen, dann zum ordentlichen Botschafter in Paris ernannt worden. Im März erfuhr man, daß er von Paris abberufen und auf den Botschafterposten in Konstantinopel versetzt, und daß Fürst Hohenlohe, der frühere bairische Ministerpräsident, zum deutschen Botschafter in Paris ernannt sei. Arnim übergab am 29. April dem Präsidenten Mac Mahon sein Abberufungsschreiben und Fürst Hohenlohe überreichte sein Beglaubigungsschreiben am 23. Mai. Doch trat Arnim den Posten in Konstantinopel nicht an, sondern wurde durch Kabinetsordre vom 15. Mai vorläufig in den Ruhestand versetzt, und Freiherr v. Werther zum Botschafter beim Sultan ernannt. „Der Streit über den vorangegangenen Zwiespalt zwischen Bismarck und Arnim hat sein Interesse verloren und die Sache wird bald vergessen sein", schrieben bei der Nachricht von der Verabschiedung Arnim's die Berliner Zeitungen. Aber das Gegenteil fand statt, das Interesse steigerte sich, denn der Zwiespalt kam jetzt erst recht an den Tag.

Der Graf, mit der Politik des ihm früher befreundeten Reichskanzlers nicht mehr einverstanden, hatte den Verdacht erweckt, daß er von gewissen, den diplomatischen Archiven entnommenen Schriftstücken einen dem Fürsten Bismarck nachteiligen Gebrauch machen wolle. Wie leicht konnte sich das Beispiel indiskreter Veröffentlichung amtlicher Urkunden

wiederholen! Von dem auswärtigen Amte vor dem Berliner Stadtgericht des Vergehens angeklagt, Aktenstücke der Gesandtschaftskanzlei in Paris an sich genommen und trotz ergangener Aufforderung nicht vollständig abgeliefert zu haben, wurde Graf Arnim in Untersuchungshaft genommen und nach längeren, aufregenden Gerichtsverhandlungen zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt. Die bei der Gelegenheit veröffentlichten diplomatischen Depeschen erregten in ganz Europa die größte Aufmerksamkeit und warfen manche interessanten Streiflichter auf das geschichtliche Leben der jüngsten Vergangenheit, gaben aber auch einen neuen Beweis von der großartigen Behandlung der Politik seitens des Reichskanzlers und seinem genialen Geiste. Er durfte der öffentlichen Meinung kühn das Urteil überlassen, denn das Auswärtige Amt in Berlin „hat saubere Wäsche". Umsomehr wurde das deutsche Volk zum Schlusse des Jahres durch die Gerüchte beunruhigt, der Fürst gedenke sich seiner tief erschütterten Gesundheit halber und aus Mißstimmung über manchen Widerstand im Reichstag von den Geschäften zurückzuziehen, doch gelang es, diesen Entschluß, der bei dem noch unfertigen Zustand des Reiches sehr verhängnisvoll hätte werden können, wieder rückgängig zu machen.

Das Entlassungsgesuch Bismarck's wurde nicht angenommen, da derselbe das volle Vertrauen des Kaisers und der Mehrheit des Reichstages besaß. Die klerikalen Blätter jubelten bereits über diese Frontänderung der nationalen und liberalen Parteien „für Majunke und gegen den Reichskanzler". Windhorst glaubte gleich am folgenden Tage, in der Sitzung am 18. Dezember weiter gegen Bismarck vorgehen zu können, als die dritte Beratung des Reichsbudgets für 1875 und zwar der Etat des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung stand. Indem er der Regierung vorwarf, daß sie den Pressefonds zur Korrumpierung der Presse benutze und dieselbe größtenteils beherrsche, erklärte er, man dürfe diesen Fonds nicht noch verstärken, und beantragte die Streichung der für „geheime Ausgaben" des Auswärtigen Amtes geforderten 48,000 Mark. Da erhob sich Bennigsen: dieser Antrag, sagte er, verrate wenig politische Klugheit, denn derselbe biete der Mehrheit des Hauses die Gelegenheit, dem gegenwärtigen Leiter der auswärtigen Politik ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu geben. Wenn der Reichskanzler sich in der Presse verteidigen lasse und die Hilfe der Gerichte anrufe, so thue er dies nicht wegen seiner Person, sondern zur Aufrechterhaltung der

gegenwärtigen deutschen Institutionen, gegen welche die Freunde des Vorredners zwar erbittert, aber erfolglos ankämpften. „Wir kennen ja Alle die immer verzweifelter werdenden Anstrengungen der Partei des Vorredners, wir wissen ja Alle, wie es noch täglich in den Blättern dieser Partei versucht wird, zu behaupten, daß es gerade der Reichskanzler sei, der durch seine revolutionäre und kriegerische Politik Deutschland und Europa nicht zur Ruhe kommen lasse. Und was hat jeder in den letzten Tagen sehen können und aus den zur öffentlichen Kenntnis gekommenen Schriftstücken erfahren? Daß diejenige Politik, welche der Reichskanzler für Deutschland treibt, weit entfernt davon ist, sich in die innere Gestaltung der Geschicke Frankreichs einzumischen, daß sie im eminentesten Sinne des Wortes eine Politik der Nichteinmischung und des Friedens ist, welche in hohem Grade imponierend gewirkt hat." Auf diese mit großem Beifall aufgenommene Rede erfolgte die Annahme der geheimen Fonds mit 199 gegen 71 Stimmen. Die Klerikalen, Polen, Socialdemokraten und Sonnemann stimmten dagegen. Bald nach der Abstimmung erschien Bismarck im Reichstag. Persönliche Freunde desselben hatten ihm, der gerade im kaiserlichen Palais einer unter Vorsitz des Kaisers stattfindenden Ministerberatung beiwohnte, das Resultat der Abstimmung sofort mitgeteilt, worauf er, vom Kaiser selbst hierzu aufgefordert, nach dem Reichstag sich begab und dem Präsidenten desselben und Bennigsen auf's Freundlichste die Hand drückte. Zu einem neuen Ausfall gegen die Regierung gab Windhorst die Streichung der preußischen Gesandtschaft bei dem Vatikan die willkommene Veranlassung. Fürst Bismarck antwortete, er habe vor anderthalb Jahren, als er diese Position noch verteidigte, einer versöhnlichen und hoffenden Stimmung Ausdruck gegeben, die nach dem, was seither sich abgesponnen habe, nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, ohne Mißdeutungen ausgesetzt zu sein. Die Regierung habe jetzt oder überhaupt nicht das Bedürfnis, diplomatische Geschäfte bei dem römischen Stuhle zu machen, oder irgendwelche Fragen dort auf diplomatischem Wege, wie dies früher wohl geschehen sei, zu verhandeln. Sollte die Notwendigkeit dafür eintreten, so habe die Regierung in Rom Diplomaten, denen sie Auftrag geben könne, und habe Leute, die sie provisorisch hinschicken könne, und sollte sie wieder einmal eine dauernde diplomatische Vertretung in Rom haben wollen, so würde sie mit dieser Position wieder vor den Reichstag treten; diese Aussicht sei aber durch die neuesten Ereignisse

in die weite Ferne gerückt worden. „Ich habe die Streichung der Position auch für eine Sache des staatlichen Anstandes gehalten, weil und so lange das Haupt der katholischen Konfession Ansprüche aufstellt und eine Stellung einnimmt, mit deren Durchführung jedes geordnete Staatswesen absolut unverträglich ist, wo jeder Staat, der sich dem unterwerfen wollte, unter ein caudinisches Joch gehen würde und seine eigene Selbständigkeit zu abdicieren genötigt wäre."

In den weiteren Verlauf der Reichstags-Session fiel die Beratung verschiedener wichtiger Gesetzvorlagen, von denen namentlich die Justizgesetze, welche eine neue Gerichtsorganisation, eine Strafprozeßordnung und eine Civilprozeßordnung umfaßten, sowie ein Notgesetz als Provisorium bis zum Zustandekommen eines Bankgesetzes; endlich das Landsturmgesetz und das Gesetz über die militärische Kontrolle der Personen des Beurlaubtenstandes zur Beratung kamen. Auch gegen das Landsturmgesetz machten ebenso wie vorher gegen das Wehrgesetz, die Klerikalen Opposition.

Kriegsminister v. Kameke erläuterte die Motive dieses Gesetzes und verteidigte die Regierung gegen die Vorwürfe der ausländischen Presse, welche in dem Gesetz den deutlichsten Beweis für die Eroberungsgelüste des Deutschen Reiches finden wollte. Mit dem Landsturm mache man keine Eroberungen, sondern stärke und kräftige die Verteidigung des Vaterlandes, welche die Armee in erster Instanz zu führen habe. Der klerikale Abgeordnete Graf Balleſtrem hielt das Gesetz geradezu für verfassungs- und rechtswidrig, bezeichnete als Hauptzweck desselben die Verlängerung der Dienstzeit um 10 Jahre und glaubte die Regierung davor warnen zu müssen, daß sie nicht die Nachbarschaft zu noch weiteren militärischen Rüstungen antreibe.

---

# Das Jahr 1875.

Das Jahr 1875 brachte gleich in seinem Beginn eine weitere Verschärfung des Kulturkampfes. Eine Encyklika des Papstes Pius an die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen ermunterte die katholische Geistlichkeit zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, und gab eine Art Kriegsparole an den deutschen Klerus aus. In der genannten

Ansprache des kirchlichen Oberhauptes hieß es: „Die Erniedrigung der bischöflichen Würde, die Verletzung der Freiheit und der Rechte der Kirche, die Verfolgungen, womit die Diöcesen Preußens gedrückt werden, verlangen von Uns, daß Wir dem Uns, wenn auch ohne Unser Verdienst von Gott übertragenen apostolischen Amte gemäß, klagend die Stimme erheben gegen jene Gesetze, welche die Quelle jener bereits verwirkten und vieler noch zu befürchtenden Uebelthaten sind, und daß Wir für die durch gottlose Gewalt niedergetretene kirchliche Freiheit mit aller Entschiedenheit und mit der Autorität des göttlichen Rechtes auftreten. Um diese Pflicht Unseres Amtes zu erfüllen, erklären Wir durch dieses Schreiben ganz offen Allen, welche es angeht, und dem ganzen katholischen Erdkreise, daß jene Gesetze ungiltig sind, da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widerstreiten. Denn nicht die Mächtigen der Erde hat der Herr den Bischöfen seiner Kirche vorgesetzt in den Dingen, welche den heiligen Dienst betreffen, sondern den heiligen Petrus, dem Er nicht blos seine Lämmer, sondern auch seine Schafe zu weiden auftrug (Joh. 21. 16, 17.), und darum können auch von keiner noch so hochstehenden weltlichen Macht diejenigen ihres bischöflichen Amtes entsetzt werden, welche der heilige Geist zu Bischöfen gesetzt hat, um die Kirche zu regieren." Diesem herausfordernden Angriff gegenüber begegnete der preußische Kultusminister Falk durch Vorlage eines Gesetzentwurfes im Abgeordnetenhause, kraft dessen alle bisherigen Zahlungen und Leistungen des Staates an die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen so lange eingestellt werden sollten, bis der im Amte befindliche Bischof oder Bistumsverweser oder einzelne Geistliche durch eine schriftliche Erklärung sich zur Befolgung der Staatsgesetze verpflichtet haben würden. Diese Vorlage, zu deren Begründung man auf eine königliche Verordnung Friedrich Wilhelm III. aus dem Jahre 1821 zurückgreifen konnte, setzte die Geistlichkeit in große Aufregung. Die preußischen Bischöfe richteten nach einer abermaligen Beratung in Fulda, eine Eingabe an den Kaiser mit der Bitte, dem beantragten Gesetze die Sanktion zu versagen, da die darin verlangte „unbedingte Befolgung der Staatsgesetze unvereinbar sei mit dem Gewissen eines Christen". Das Staatsministerium wies in seiner Antwort die Behauptungen als unwahr zurück, führte dem Episkopate zu Gemüte, daß dieselben Gesetze, die man als eine Verleugnung des christlichen Glaubens erklärte, in anderen deutschen und fremden

Ländern zu allen Zeiten in Giltigkeit gewesen, und erinnerte daran, daß die Unterzeichner selbst die Beschlüsse des vatikanischen Konzils, als die Hauptquelle der Wirren und Friedensstörungen, bekämpft hatten. Die Entgegnung der Prälaten beruhte auf unstichhaltiger Begründung ihres Verfahrens und befestigte die Bismarck'sche Behauptung, „daß durch die vatikanischen Beschlüsse der Papst ein absoluter Souverän, die Bischöfe seine Werkzeuge, seine Beamten ohne eigene Verantwortlichkeit geworden seien". Nach heftigen Debatten, die mehrere Wochen lang in beiden Häusern geführt wurden, erhielt das „Sperrgesetz", wie die Klerikalen dasselbe bezeichneten, eine überwiegende Stimmenmehrheit, und durch die Unterschrift des Kaisers, den Charakter eines Staatsgesetzes.

Der in den ersten Tagen des Januar 1875 wieder zusammengetretene Reichstag brachte das schon seit dem Jahre 1872 auf die Tagesordnung gesetzte Civilehegesetz zum definitiven Abschluß.

Der erste Abschnitt desselben handelte von der Aufstellung der Standesbeamten und der Führung der Standesregister; der zweite von der Beurkundung der Geburten, der dritte von den Erfordernissen der Eheschließung, der vierte von der Form und Beurkundung der Eheschließung, der fünfte von der Beurkundung der Sterbefälle, der sechste von der Beurkundung des Personenstandes der auf See befindlichen Personen, der siebente von der Berichtigung der Standesregister, der achte enthielt die Schlußbestimmungen. Zur Motivierung der Vorlegung dieses Entwurfes wurde gesagt, daß die Einführung einer bürgerlichen Form der Eheschließung aus Gründen erfolge, welche sich gegenüber den bestehenden Verhältnissen aus der Pflicht des Staates, die rechtlichen Beziehungen seiner Angehörigen zu ordnen, und möglichst sicher zu stellen, mit zwingender Notwendigkeit ergeben. Bei der ersten Beratung des Gesetzes kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen der streitenden Parteien, da die Ansichten über die dabei in Betracht kommenden staatsrechtlichen und geistlichen Fragen sehr weit auseinander gingen. Die Klerikalen gaben sich namentlich Mühe, die Artikel des Gesetzes zu beseitigen, nach denen solche Geistliche, welche eine kirchliche Trauung vornahmen, bevor die Ehe vor dem Standesbeamten geschlossen ist, mit Strafe bedroht wurden, und wodurch die Abschaffung der geistlichen Gerichtsbarkeit in Ehesachen und die ausschließliche Uebertragung derselben an die bürgerlichen Gerichte ausgesprochen war, und endlich die Bestimmung, daß wenn

nach dem bisherigen Recht auf beständige Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett zu erkennen sein würde, von nun an die Auflösung der Ehe auszusprechen sei. Damit war für den Staat die Unauflöslichkeit der Ehe beseitigt, und kein Standesbeamter konnte dem Geschiedenen die Eingehung einer neuen Ehe verweigern.

Die Annahme des Gesetzes mit 206 gegen 72 Stimmen erfolgte am 25. Januar.

Im Abgeordnetenhause legte die Regierung, um die Verfassung mehr mit den neuen Kirchengesetzen in Einklang zu bringen, einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Rechtsordnung der evangelischen und katholischen Kirche sich im allgemeinen nach den Gesetzen des Staates regeln sollte. Das Centrum widersetzte sich diesem Entwurf, aber ohne Erfolg. Auch diese Gesetzvorlage wurde indeß mit Stimmenmehrheit von beiden Häusern angenommen.

Es entsprach einem klugberechneten Plan, wenn um dieselbe Zeit auch die Aufhebung der geistlichen Orden und ordensähnlicher Kongregationen der katholischen Kirche vorgeschlagen und zum Gesetz erhoben ward.

Damit war die Zahl der neuen „Maigesetze" noch nicht geschlossen. Es wurde noch eine Regierungsvorlage, welche die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden in die Hände gewählter Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter aus dem Laienstande, unter Aufsicht des Oberpräsidenten und des Bischofs legt, von beiden Häusern angenommen, und ferner kam auch das Gesetz, betreffend die Rechte der „altkatholischen Kirchengemeinschaften" an dem kirchlichen Vermögen zu Stande, welches den Altkatholiken da, wo sie einen erheblichen Bruchteil der Bevölkerung bilden, einen verhältnismäßigen Anteil an dem Besitzstand der katholischen Kirche sicherte. Der Protest der Bischöfe gegen die neue „Säkularisation" der geistlichen Güter, vermochte die Beschlüsse der Gesetzgebung nicht aufzuhalten. Da aber die Gefahr drohte, daß durch Nichtbeteiligung der Gläubigen an den Wahlen die Verwaltung des Vermögens durchweg in die Hände unkirchlicher oder gar kirchenfeindlich gesinnter Gemeindeglieder geraten würde, so gaben die Bischöfe nachträglich die Erklärung ab, daß sie bei Ausführung des Gesetzes, so sehr dasselbe auch die Rechte der katholischen Kirche beeinträchtige, mitzuwirken bereit seien. Diese fünf Gesetze beeinträchtigten und vervollkommneten den Waffenvorrat, den die preußische Regierung seit zwei Jahren angesammelt, und setzten

sie in den Stand, dem von der Kurie und der päpstlichen Hierarchie angekündigten Kriege fest und gelassen zu begegnen. Mit einer solchen starken Rüstung versehen, konnte sie jeden Widerstand gegen Gesetz und Obrigkeit niederwerfen, den Willen und die Autorität der legalen Staatsgewalten zur Geltung bringen.

Auch außerhalb des Reichstages und Landtages machten die klerikalen Verhältnisse viel von sich reden. Fürstbischof Förster von Breslau erhielt am 29. März vom Oberpräsidenten die Aufforderung, sein bischöfliches Amt niederzulegen. Sein principieller Widerstand gegen die Kirchengesetze und seine ausdrückliche Bezugnahme auf die Encyklika in einem amtlichen Schriftstück, gaben die Veranlassung hierzu. Seine Antwort lautete ablehnend. Da er sich aber mit dem Gedanken einer Verhaftung nicht befreunden konnte, so verließ er am 6. Mai Breslau und begab sich in den österreichischen Teil seiner Diöcese, nach dem Schlosse Johannisberg in Oesterreich-Schlesien, aus welchem er sein Haupteinkommen bezog.

Schlimmer noch stand die Sache des abgesetzten und in Kassel internierten Bischofs Konrad Martin von Paderborn. Derselbe verließ am 4. August eigenmächtig Wesel, mit Zurücklassung eines Schreibens an den Regierungspräsidenten, worin er als Gründe für seine Entfernung Gesundheitsrücksichten, und die ihm trotz seiner Absetzung obliegende oberhirtliche Sorge für seine Diöcese angab, bezüglich deren ihm in Wesel die Hände ganz und gar gebunden gewesen seien. Sehr zur Unzeit veröffentlichte eben damals die klerikale Presse ein Belobigungsschreiben des Papstes an den internierten Erzbischof, worin derselbe geradezu mit dem Gekreuzigten verglichen wurde.

Auch gegen den Bischof Brinkmann von Münster wurde am 8. Juli das Verfahren auf Amtsentsetzung eingeleitet, und das gleiche Schicksal stand dem Erzbischof Melchers von Köln und dem Bischof Eberhard von Trier bevor. Die Aufforderung zur Räumung des erzbischöflichen Palastes, war Melchers schon am 7. September zugegangen. Den weiteren Absetzungsprozeduren entzog er sich am 13. Dezember durch seine plötzliche Abreise von Köln. Der Erzbischof Graf Ledochowski von Posen brachte das ganze Jahr in seiner Haft in Ostrowo zu. Sie wurde ihm dadurch versüßt, daß der Papst ihn in dem Konsistorium vom 15. März zum Kardinal ernannte, was wohl ein Nachtrag zu der Encyklika vom 5. Februar sein sollte. In einem amtlichen Verzeichnis der römischen Prälaten

wurde er als Kardinalprimas der polnischen Kirchenprovinz aufgeführt, zu welcher drei preußische Bischöfe und sämtliche Erzbischöfe und Bischöfe von Polen, Litauen, Südwest- und Südrußland und Galizien, zusammen 35 Bischöfe, gehören sollten.

Die feste und dabei besonnene Haltung, welche die Regierung den Anmaßungen der kirchlichen Hierarchie entgegensetzte, gewann derselben allgemeine Sympathien und das Vertrauen der Bevölkerung. Es zeigte sich dies deutlich in den großartigen Kundgebungen, die zu Ehren von Fürst Bismarck's 60. Geburtstag am 1. April veranstaltet wurden.

Alles früher Dagewesene war überboten und der thatsächliche Beweis geliefert, daß, mit Ausnahme der Klerikalen und was sich an ihre Rockschöße hängt, das deutsche Volk sich eins wisse mit seinem Reichskanzler, und seiner Kirchenpolitik in dem nämlichen Grade Beifall schenke wie seiner auswärtigen Politik, welche zum Frieden von Frankfurt geführt hat. Mehr als tausend Glückwunschtelegramme liefen am 1. April in das Palais des Fürsten ein, Adressen von Korporationen, Vereinen und Privaten wurden abgesandt, und außer anderen Städten ernannte ihn auch das alte Köln zum Ehrenbürger.

Im inneren Staatsleben vollzogen sich zu dieser Zeit weitere Wandlungen von großer Tragweite. Dieselben bezogen sich teils auf die Verwaltungsreorganisation der östlichen Provinzen des preußischen Staates im Sinne einer größeren Selbständigkeit der einzelnen Organe der Selbstverwaltung, teils auf den Ausbau der Reichsgesetzgebung. Eine Reihe wichtiger Vorlagen erhielt die Sanktion, und gab dem bürgerlichen wie dem wirtschaftlichen Leben Einrichtungen, die sich dem Geist der Zeit mehr anpaßten. Das Gesetz über die Eheschließung wurde auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt. Die Münzreform mit Goldwährung schuf einen einheitlichen Geldfuß mit Goldwährung für alle deutschen Länder. Ein anderes Gesetz bestimmte die Abtretung der Preußischen Bank an das Deutsche Reich und die Einrichtung von Zweiganstalten.

Immer mehr drängten sich, nachdem die grundlegenden Schöpfungen der Reichsgesetzgebung vollzogen waren, die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund. Das Reich bedurfte zur Bestreitung seiner wachsenden Bedürfnisse größerer eigener Einnahmen, unabhängig von den Matrikularbeiträgen der Bundesstaaten, und zugleich erhoben sich gegen die bisherige gemäßigt freihändlerische Zoll- und Handelspolitik

in weiten und einflußreichen Kreisen schwere Bedenken. Die Reichssteuerreform wollte der Reichskanzler auf die Erhöhung einiger Konsumtionsabgaben gründen, namentlich auf eine Steigerung des Zolls und der Steuer für Tabak, wenn er für sein Lieblingsprojekt, das Tabaksmonopol, einen gefügigen Reichstag nicht finden konnte.

---

In den ersten Monaten des Jahres 1875 traten in Frankreich die Regungen des Revanchegefühls lebhafter hervor. Das Dreikaiserbündnis vom September 1872 war in den Augen der Franzosen eine Erneuerung der heiligen Allianz, der man durch eine Vermehrung der militärischen Streitkräfte begegnen zu müssen glaubte. Wie sehr die Berliner Regierung sich Mühe gab, jeden Verdacht kriegerischer Absichten zu zerstreuen, die bedeutenden Pferdeaufkäufe von Seiten Frankreichs, das französische „Cadresgesetz", welches durch Verstärkung der Regimenter den Bestand der Gesamtkriegsmacht um 144,000 Mann erhöhte, und eine Vorkehrung, wodurch die Mobilmachung des aktiven Heeres rascher als bisher in's Werk gesetzt werden konnte, waren bedenkliche Symptome. In den Blättern wurde die Frage erörtert: „Ist der Krieg in Sicht?" Nach einer genauen Darlegung der allgemeinen politischen Lage wurde diese Frage dahin beantwortet: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolke sich zerstreut." Die als das Organ Bismarck's geltende „Nordd. Allg. Zeitung" widersprach zwar in einem Artikel vom 11. April der Möglichkeit der von der „Post" als glaubwürdig bezeichneten Allianz zwischen Oesterreich, Italien und Frankreich, hob dagegen in Uebereinstimmung mit der „Post" ausdrücklich hervor, daß „die von der französischen Nationalversammlung beschlossenen Maßnahmen in Bezug auf die Reorganisation der Armee allerdings beunruhigenden Charakter an sich trugen, da dieselben nicht auf eine solide Herstellung der französischen Wehrkraft berechnet seien, sofern auch das reichste Volk die dadurch auf das Land gewälzte Ueberlast nur auf kurze Zeit ertragen könne, vielmehr wurden damit Rüstungen mit Konsequenz betrieben, deren Zweck keinem Sehenden verborgen bleibe.

Am 10. Mai traf Kaiser Alexander II. in Berlin ein.

Einer der ersten Besuche, welche der Kaiser Alexander am Tage seiner Ankunft machte, galt dem Reichskanzler Fürsten Bismarck, welcher bald darauf von dem Monarchen im russischen Palais

empfangen wurde und in längerer vertraulicher Besprechung dort verweilte.

Der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff hatte täglich Konferenzen mit dem Fürsten Bismarck. In diesen Konferenzen bewährte sich vollkommen die Gemeinschaft der Auffassungen und des Strebens zwischen den beiden kaiserlichen Regierungen, in allen Fragen von allgemein europäischer Bedeutung, und alle Versuche oder Wünsche der Widersacher des Deutschen Reichs, die innigen Beziehungen Rußlands und Deutschlands zu stören, wurden vom Fürsten Bismarck mit der Versicherung abgefertigt, „daß unsere Beziehungen zu der uns seit einem Jahrhundert und noch heute intimsten unter den Mächten befreundeten russischen, — Gott sei Dank, fest ständen und zwar turmhoch über der Tragweite von dergleichen kleinen Versuchen."

Die erneute Bekundung des innigen Verhältnisses zwischen den beiden mächtigen Staaten wurde nicht bloß in Deutschland, sondern unter den Friedensfreunden aller Nationen als ein neues Unterpfand einer weiteren friedlichen Entwickelung freudig begrüßt. Nachdem auf Grund gewisser Stimmungen und Anzeichen in benachbarten Staaten, auf deren mögliche Folgen sich die Aufmerksamkeit der politischen Kreise richtete, eine gewisse Beunruhigung und unklare Besorgnis in fast allen Ländern hervorgetreten war, und nachdem die Gegner Deutschlands sich nicht gescheut in Umkehrung der Thatsachen der deutschen Regierung dunkle Kriegspläne zuzuschreiben, belebte die offenkundige Wiederbethätigung der gemeinsamen Kaiserpolitik überall die beruhigende Ueberzeugung, daß das Deutsche Reich ernst und entschieden den Frieden wollte, und seiner eigenen Friedensneigung um so zuversichtlicher folgen konnte, als es sich zur Niederhaltung etwaiger fremder Gelüste zur Störung des Friedens nicht bloß auf die eigene bewährte und stets bereite Kraft, sondern auch auf die Gemeinschaft des politischen Wollens und Strebens mit seinen mächtigsten Nachbarn zu stützen vermochten. Vor seiner Abreise von Berlin äußerte Kaiser Alexander: „Rußlands Friedensaufgabe sei leicht, denn kein Staat wolle den Krieg; er habe die friedlichsten Absichten bei Kaiser Wilhelm und dem Fürsten Bismarck vorgefunden; die Kooperation Deutschlands für die Erhaltung des Friedens sei niemals fraglich gewesen, und dürfte als vollständig gesichert angesehen werden." Und Fürst Gortschakoff sandte am 13. Mai von Berlin aus ein Telegramm an die Vertreter Rußlands im Auslande: „Der Kaiser

hat Berlin verlassen, überzeugt von den friedlichen Intentionen, welche daselbst herrschen, und welche die Erhaltung des Friedens verbürgen."

Der Besuch des Kaisers von Rußland in Berlin galt als Gegenstück zu der vorausgegangenen Zusammenkunft des Kaisers Franz Joseph mit dem König von Italien. Die Reise des deutschen Herrschers nach Italien verscheuchte dann die letzten Schatten, welche das bisherige Freundschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Italien verdüsterten. Es war der Gegenbesuch Kaiser Wilhelm's für den 1873 in so demonstrativer Weise abgestatteten Besuch Victor Emanuel's in Berlin. Die italienische Presse faßte die Zusammenkunft der beiden Monarchen als Beweis auf „daß nicht die Race die Grundlage einer dauernden Freundschaft sei, sondern gemeinschaftliche Interessen und gemeinschaftlicher Kampf für die Ideen des Fortschritts." Das Volk jubelte dem „Kaiser Weißbart" entgegen; und es zeugt von dem Eindruck, den die Zusammenkunft des ersten deutschen Kaisers und des ersten Königs des politisch geeinten Italiens hervorbrachte, daß beide Monarchen auf dem großen Rathaussaale in Mailand die Thatsache ihres Besuches durch eigene Unterschrift „zum ewigen Gedächtniß" beurkundeten.

Wenn des Kaisers Absicht, die hohe Bedeutung seines Besuches auch durch die Teilnahme des Fürsten Bismarck zu bezeichnen, schließlich mit Rücksicht auf das Befinden des Kanzlers nicht zur Ausführung gelangen konnte, so war gewiß das allseitige Bedauern gerechtfertigt, daß bei der Begegnung in Mailand neben dem Kaiser der bedeutendste Träger jener großen weltgeschichtlichen Wendung nicht anwesend war, doch wurde dadurch die Bedeutung der fürstlichen Zusammenkunft an und für sich, welche eben den bereits geschaffenen und in Kraft stehenden politischen Beziehungen der beiden Länder galt, nicht beeinträchtigt. Dem alsbald nach der Rückkehr des Kaisers zusammentretenden Reichstag wurde unter anderm von dem Justizminister Leonhardt eine Strafgesetznovelle vorgelegt, durch welche eine Reihe Mängel und Uebelstände des Strafgesetzbuches beseitigt, die staatlichen und sittlichen Institutionen, sowie die obligatorischen Organe geschützt werden sollten.

Allein die Besorgnis, die beantragten Strafbestimmungen, besonders die gegen Ausschreitungen der Preß- und Redefreiheit gerichteten, die man wegen ihrer Dehnbarkeit und Vieldeutigkeit als „Kautschukartikel" bezeichnete, möchten eine neue Reaktionspolitik herbei-

führen, erzeugte eine so starke Opposition in der Versammlung, daß die Vorschläge der Regierung nur teilweise und mit erheblichen Abschwächungen und Verwahrungen durchgeführt werden konnten.

In unerwarteter Weise brachten die letzten Tage des Jahres noch einen Epilog zum Prozeß Arnim.

Gegen das Urteil des Berliner Stadtgerichtes, welches ihn in dem Erkenntnis vom 19. Dezember 1874 nicht der Unterschlagung von Urkunden und nicht des Amtsvergehens, wohl aber des Vergehens wider die öffentliche Ordnung schuldig erklärte und ihn deshalb mit einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten belegte, hatte sowohl der Angeklagte als die Staatsanwaltschaft die Appellation eingelegt. Auf dies hin kam der zu großer Berühmtheit gelangte Prozeß am 15. Juni vor dem Kammergericht in Berlin zur Verhandlung in zweiter Instanz, ohne jedoch das Interesse gar zu sehr in Anspruch zu nehmen. Der Angeklagte war, angeblich wegen Krankheit, nicht zum Termin erschienen. Der Oberstaatsanwalt beantragte einjährige Gefängnisstrafe wegen vorsätzlicher Beiseiteschaffung amtlicher Urkunden und Aktenstücke; der Verteidiger leugnete das Vorhandensein eines Dolus bei dem Angeklagten und trug, da das ganze Fundament der Anklage damit gefallen sei, auf Freisprechung an. Das vom Kammergericht am 24. Juni gefällte Urteil lautete dahin, daß der Angeklagte der vorsätzlichen Beiseiteschaffung amtlicher Urkunden schuldig und deshalb mit 9 Monaten Gefängnis zu bestrafen, andererseits aber der Unterschlagung amtlicher Schriftstücke und des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung nicht schuldig sei. Gegen dieses Erkenntnis meldete der Verteidiger die Nichtigkeitsbeschwerde bei dem Obertribunal an. Dieses aber wies in seinem Urteil vom 20. Oktober die Nichtigkeitsbeschwerde zurück. Die Sache schien damit erledigt zu sein. Da erschien die in Zürich gedruckte Broschüre „Pro nihilo, Vorgeschichte des Arnim'schen Prozesses", deren Vorrede vom 4. Oktober, also vor der Zeit der Verhandlung in dritter Instanz, datiert war. Die Tendenz dieser Schrift, welche entweder vom Grafen Arnim selbst verfaßt, oder mehr als bloß inspiziert, wenn nicht geradezu in die Feder diktiert war, ging dahin, den Reichskanzler als einen mißtrauischen, tyrannischen Mann bei aller Welt, bei dem Kaiser, bei den Ministern, den Botschaftern, den Militärs auf's gründlichste zu diskreditieren.

Aber trotz der zahlreichen Angaben und Enthüllungen, welche die Broschüre in ungewöhnlich gehässiger Weise gegen den Fürsten

Bismarck richtete, ward derselben nur geringe Beachtung zu Teil, und verfehlte ihren Zweck. Dagegen erregten die Schreiben, welche der Kanzler seiner Mappe entnahm, und in denen er sich über Arnim's unvollständige und wahrheitswidrige Berichterstattung bei dem Kaiser beklagte, großes Aufsehen, und bestätigten die schon verbreitete Ansicht, daß es sich um ein Netz von Intriguen handle, in den weitesten Kreisen.

---

# Das Jahr 1876.

Das Jahr 1876 brachte der protestantischen Landeskirche eine, durch die Provinzialsynoden vorbereitete außerordentliche Generalsynode der evangelischen Kirche, durch Vereinbarung einer Synodalordnung, welche den evangelischen Landeskirchen der älteren Provinzen Preußens eine, auf dem Grundsatze der Selbstbestimmung ruhende Repräsentationsverfassung verlieh. Im Reichstage waren mehrere verwickelte und ernste Fragen der inneren Politik zu regeln; zu denselben zählte besonders das Gesetz über die Vereinigung von Lauenburg mit Preußen, das Gesetz über die Geschäftssprache, sowie über die Verlegung des Etatsjahres, das Reichseisenbahngesetz u. a. Einen fühlbaren Verlust für den Reichsdienst stellte das Ausscheiden des Ministers Delbrück aus dem Amt dar. Alle Freunde des Deutschen Reiches beklagten den Austritt dieses Mannes, der seit 1867 Präsident des Bundeskanzleramtes, seit 1868 preußischer Staatsminister war, in allen volkswirtschaftlichen und Handelsfragen als Celebrität ersten Ranges galt, und von Bismarck selbst sein „Gneisenau" genannt wurde. Fragte man nach den Gründen dieses für die Uneingeweihten auffallenden Ereignisses, so wurde man auf die Eisenbahnvorlage, auf die Bestrebungen der Schutzzöllner, auf Differenzen mit Bismarck hingewiesen. Diese Angaben waren nicht zutreffend; vielmehr war Abspannung infolge jahrelanger Geschäftsüberbürdung der Grund des Rücktritts, sein Nachfolger war der hessische Ministerpräsident Hofmann, welcher, nachdem er sich von dem Kriege 1866 der Dalwigk'schen Umschlingungen entwunden hatte, als hessischer

Bundesbevollmächtigter mit den Berliner Regierungskreisen bekannt wurde, wegen seiner Thätigkeit im Bundesrat bei Bismarck und Delbrück Anerkennung fand, und bald nach der Entlassung Dalwigk's 1873 das Präsidium im hessischen Ministerium übernahm. Er trat am 1. Juni seine Stellung als Präsident des Reichskanzleramtes an, und wurde am 6. Juni zum Staatsminister ohne Portefeuille und Mitglied des Staatsministeriums ernannt, eine Auszeichnung, welche auch dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Bülow, zu teil wurde. Ernste Konflikte schürte das Vorgehen der Bischöfe gegen die Regierung an.

Auf den 12 preußischen Bischofsstühlen befanden sich am 1. Juli 1876 nur noch 5 Bischöfe, und zwar die von Kulm, Ermland, Hildesheim, Osnabrück und Limburg; 5 Bischöfe waren abgesetzt; die von Posen, Breslau, Paderborn, Münster, Köln; 2 Bistümer, Fulda und Trier, waren infolge des Todes der Bischöfe vakant und konnten, da die Domkapitel über die etwaigen Kandidaten sich mit der Regierung nicht einigen konnten, vorderhand nicht wieder besetzt werden. Man gewöhnte sich allmählich daran, ohne Bischöfe leben zu können, wie man sich vielleicht später auch daran gewöhnt, noch höhere geistliche Würdenträger, wenn auch nicht abgesetzt, so doch nicht anerkannt zu sehen. Der abgesetzte Fürstbischof Förster von Breslau genoß in dem Schloß Johannisberg in Oesterreich-Schlesien ein für manchen beneidenswertes Martyrium.

Eine hervorragende Rolle in dieser Bewegung spielte wiederum der abgesetzte Kardinal Erzbischof Graf Ledochowsky. Bei seinem Eintreffen in Rom vom Papst mit den Worten empfangen: „Wir freuen uns mit Dir, unerschrockener Verteidiger des Glaubens, möge Gott Deine Bestrebungen krönen" betrachtete sich dieser Prälat als nicht abgesetzt, und machte Anstalt, sein Amt von Rom aus weiter zu verwalten.

Selbst an das preußische Staatsministerium richtete Ledochowsky am 23. September ein Schreiben, um sich der Verwahrung anzuschließen, welche mehrere preußische Bischöfe wegen des Gesetzes vom 7. Juni über die Aufsichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen an das Ministerium gerichtet hatten. Doch war diese von den Bischöfen eingelegte Rechtsverwahrung thatsächlich eine Unterwerfung; denn sie fügten die Bemerkung hinzu, daß die durch das Gesetz Betroffenen in ähnlicher Weise, wie dies

gegenüber dem Gesetz vom 20. Juni 1875 über die Vermögensverwaltung in den katholischen Pfarrgemeinden geschehen sei, sich genötigt sehen würden, zur Ausführung des Gesetzes vom 7. Juni insofern mitzuwirken, als dies zur Abwendung der durch das Gesetz, für den Fall der Renitenz, angedrohten schweren Nachteile notwendig erscheine. Der abgesetzte Bischof Konrad Martin von Paderborn, welcher in Wesel interniert worden war und diesen Ort eigenmächtig verlassen hatte, erhielt von der holländischen Regierung die Weisung, binnen 12 Tagen das Land zu verlassen. Gegen den Bischof Brinkmann von Münster war schon am 8. Juli 1875 das Verfahren auf Amtsentsetzung eingeleitet worden. Am 8. März 1876 wurde von dem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten die Amtsentsetzung über ihn ausgesprochen.

Die „Germania", welche sonst eine so prahlerische Siegeszuversicht zur Schau trug, fing an ihre Klagelieder ertönen zu lassen, Rundschau in Europa zu halten und zu konstatieren, daß der Kulturkampf bereits auch nach Italien und Frankreich hinübergreife, daß ebendamit dem Klerikalismus in Belgien und Holland Gefahr drohe, daß selbst Spanien diesem Einflusse sich nicht entziehen könne, daß Rußland ohnedies längst aufgegeben, nur in England für die Freiheiten der Kirche noch ein günstiger Boden sei. Diese Wendung schrieb das ultramontane Blatt dem mächtigen Einflusse des Fürsten Bismarck zu, welchem daran gelegen sein müsse, die Regierungen Europas für den von ihm unternommenen Kulturkampf zu gewinnen.

Ein gewaltiger Schritt im Ausbau und in der Konsolidierung des Reiches geschah in der zweiten Hälfte des Jahres 1876 durch die großen Justizgesetze über eine gemeinsame Gerichts- und Prozeßordnung, ein Werk, an dem jahrelang durch den Bundesrat und die Justizkommission des Reichstages mit dem hingebendsten Fleiße gearbeitet worden war, und daß die ganze Summe wissenschaftlicher und praktischer Erfahrung der deutschen Rechtskunde darstellte. Die Entwürfe des Bundesrates stießen im Reichstage in vielen Punkten von überwiegend politischer Bedeutung auf heftigen Widerspruch, so daß, als nach langen ernsten Debatten keine der beiden Körperschaften in mehreren wichtigen Bestimmungen, namentlich über das Strafverfahren bei Preßprozessen, nachgeben wollte, die ganze mühevolle Arbeit fruchtlos zu zerrinnen drohte.

Die allgemeine Beratung, wie die Beratung der einzelnen Punkte, war ein fortgesetzter heftiger Kampf zwischen den Parteien, welche den Ausgleich unterstützten und den Gegnern desselben, vor Allem zwischen den Nationalliberalen, welche unter Verzicht auf einzelne frühere Forderungen die Verständigung herbeigeführt hatten, und der Fortschrittspartei, welche ihnen deshalb Abfall und Verrat den liberalen Grundsätzen gegenüber vorwarf.

Diese sich unaufhörlich wiederholenden Anklagen wies der nationalliberale Abgeordnete von Bennigsen mit großer Entschiedenheit zurück, indem er nochmals die Beweggründe für den Ausgleich und den Unterschied der Auffassungen zwischen seiner Partei und der Fortschrittspartei darlegte. Gegenüber der Ankündigung, daß die liberalen Wähler das Urteil über die Urheber des Ausgleiches abgeben würden, erklärte Herr v. Bennigsen: „Er und seine Freunde wollten dem Urteil der Wähler mit Ruhe entgegensehen und zwar auf Grund der Erfahrung und der Geschichte, denn das Urteil des Volkes über das Bestreben der Mehrheit, Ausgleiche mit der Regierung zu schließen, sei von der Bevölkerung in Preußen und Deutschland bereits gesprochen worden, ebenso wie über die unfruchtbare Politik der Fortschrittspartei im Jahre 1867 und in den folgenden Jahren, als es sich um die deutsche Reichsverfassung, als es sich um die norddeutsche Bundesverfassung, es sich um die Regulierung unserer Militär-Angelegenheiten und um die Wehrhaftigkeit gegen das Ausland auf eine Reihe von Jahren handelte, und das Volk habe keinen Zweifel gelassen, daß es der Mehrheit des Reichstages beigetreten sei.

Daß eine erhebliche Mehrheit entschlossen war, das Werk der Verständigung mit den Regierungen durchzuführen, trat alsbald bei der ersten entscheidenden Abstimmung hervor.

Es handelte sich zunächst um die Zuständigkeit der Schwurgerichte für Preßvergehen, welche in der zweiten Lesung beschlossen war. Der Ausgleichsantrag forderte die Streichung dieser Bestimmung, jedoch mit dem Zusatze, daß da, wo Preßvergehen nach den bisherigen Landesgesetzen bereits von Schwurgerichten abgeurteilt worden (in Baiern, Württemberg und Baden), es dabei verbleiben soll.

Dieser Vermittelungsantrag wurde nach lebhafter Verhandlung mit 198 gegen 146 Stimmen angenommen.

Mit 194 Stimmen gegen 100 Stimmen, also beinahe mit Zweidrittel Mehrheit, wurde zunächst das Gerichtsverfassungsgesetz, sodann die Strafprozeßordnung mit Einstimmigkeit, die Civilprozeßordnung und die Konkursordnung angenommen.

---

# Das Jahr 1877.

Die zu Anfang des Jahres 1877 erfolgten Neuwahlen zum Reichstag hatten das Ergebnis, daß die liberalen Parteien etwas geschwächt, die konservativen verstärkt wurden. Doch bildeten die Nationalliberalen noch immer die stärkste Fraktion des Reichstages. Die erste größere Debatte drehte sich um den Sitz des Reichsgerichts. In Ergänzung der Reichsjustizgesetze brachte der preußische Justizminister Leonhardt den Antrag ein, daß das künftige Reichsgericht seinen Sitz in Berlin haben sollte. Begreiflicherweise wünschte die Reichsregierung, daß die Wahl auf Berlin falle. Die Hauptstadt des Deutschen Reiches, in welcher der Kaiser, die Reichsregierung, der Bundesrat und der Reichstag sich befanden, war doch offenbar eben damit auch der für den Sitz der obersten Justizbehörde passendste Ort. Alle Gegner der Reichsregierung sahen in dieser Frage eine willkommene Gelegenheit, jener einen Schlag zu versetzen, und sie gaben sich dabei noch den Schein, als ob sie dies im Interesse des Reiches thäten.

Das Wort des Reichskanzlers von der rückläufigen Reichsflut sollte sich bewahrheiten, der Partikularismus einen Sieg über die Reichsidee verfechten und Preußen gezeigt werden, daß es, wenn auch der mächtigste Staat des Deutschen Reiches, doch in demselben ein Glied wie jedes andere sei.

In seiner Motivierung der Vorlage beleuchtete der Minister, besonders vom Standpunkt seiner Geschäftskunde und Erfahrung, die Schwierigkeiten, welche die Verlegung des Gerichts nach Leipzig für die Organisation desselben bereiten würden. Er hob hervor, wie es von äußerster Wichtigkeit für das Reichsgericht sei, daß die Besetzung

nicht bloß der Richterstellen, sondern auch der Rechtsanwaltschaft mit Juristen von hervorragender Fähigkeit erfolge; aber nach der bei Berufungen für das Oberhandelsgericht gemachten Erfahrung sei schwer zu glauben, daß es gelingen werde, ein in Leipzig residirendes Reichsgericht mit solchen hervorragenden Männern zu besetzen. Daß man dem Oberhandelsgericht als Specialgerichtshof seinen Sitz in Leipzig anwies, lag nahe, weil Leipzig ein bedeutender Handelsplatz sei.

Bei der Abstimmung nach dem Schluß der zweiten Lesung wurde der Gesetzentwurf („das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Leipzig") mit 213 gegen 142 Stimmen angenommen. Die Abstimmung ergab mithin bei stark besetztem Hause eine Mehrheit von 71 Stimmen zu Gunsten Leipzigs. Diese Mehrheit setzte sich zusammen aus der Fortschrittspartei, den Ultramontanen, den Socialisten und der Elsasser Protestpartei, welche Parteien sämtlich geschlossen stimmten, sowie ferner aus 32 Nationalliberalen (meist Süd- und Mitteldeutschen, außerdem Abg. Lasker und einige Norddeutsche) den süddeutschen Mitgliedern der deutschen Reichspartei und drei Konservativen. Die Minderheit für Berlin bestand aus allen übrigen Konservativen, allen preußischen Mitgliedern der deutschen Reichspartei, der Mehrzahl der Nationalliberalen und den Mitgliedern der fortschrittlichen Gruppe Löwe. Die Schlußabstimmung bestätigte lediglich die in zweiter Lesung getroffene Entscheidung, nach welcher der Sitz des Reichsgerichts dem Vorschlage des Bundesrats gemäß in Leipzig sein sollte.

Vor dieser Entscheidung der gesetzgebenden Gewalten des Reichs traten selbstverständlich alle Bedenken zurück, welche während der Erörterung der Frage geltend gemacht worden. An die Stelle aller bisherigen Zweifel trat die Zuversicht, daß das in Leipzig zu errichtende oberste Gericht, durch welches die gemeinsamen Rechts-Institutionen des Deutschen Reiches gekrönt werden, eine Bürgschaft gerechter nationaler Rechtsprechung und ein neuer Mittelpunkt des gemeinsamen nationalen Geistes sein werde.

Lebhafte Aufmerksamkeit erregte in den politischen Kreisen demnächst die Interpellation des Grafen Schulenburg-Betzendorf im Preußischen Herrenhause, bezüglich der Sequestration des Vermögens des Königs Georg von Hannover. Der Interpellant fragte, welche Schritte die Regierung thun wolle um den Antrag des Hannoverschen Provinziallandtages, wegen Aufhebung der über das

Vermögen des Königs Georg verhängten Sequestration Folge zu geben. Der Regierungsvertreter antwortete: „Die Regierung habe zugleich mit der Bewilligung der Dotation für König Georg die Hoffnung ausgesprochen, daß die Dotation nicht zu Machinationen gegen Preußen führe. Darin habe sich dieselbe einmal getäuscht, und wolle nun keine zweite Täuschung erfahren. Sie wünsche gleich dem Hannoverschen Landtage die Herstellung des Friedens und werde, wenn König Georg die Hand entgegenreiche, dieselbe ergreifen, sobald die nötigen Bürgschaften für Einhaltung der Versprechungen gegeben würden. So lange aber die Welfenpartei fortwährend Krieg gegen Preußen schüre und durch Hetzartikel Haß gegen diese Macht anzufachen suche, so lange werde die Regierung die in ihre Hand gelegte Macht nicht fahren lassen. Zugleich konstatierte der Regierungskommissar, daß durch den Beschluß des Provinziallandtages die welfische Agitation neues Leben erhalten habe, was namentlich bei den Reichstagswahlen an den Tag getreten sei.

Mitten in die Reichstagssession hinein fiel die Nachricht, der Reichskanzler habe am 27. März dem Kaiser sein Entlassungsgesuch übergeben, und wolle sich von den Staatsgeschäften vollständig zurückziehen. Die Nachricht erregte in ganz Deutschland ungeheures Aufsehen, und an den meisten Orten schmerzliche Empfindungen. Man war es nachgerade gewohnt, Deutschlands Politik in so guten Händen zu wissen, und fühlte sich, möchte sich auch im Westen ein bedrohlicher Punkt zeigen, oder auf der Balkanhalbinsel der Kampf zweier unversöhnlicher Rassen toben, so sicher in dem Gedanken, daß Deutschland in keinen Kampf, der nicht seine Interessen schädige, hineingezogen, daß aber, wenn dies der Fall sei, der Kampf mit Aufbietung aller nationalen Kraft durchgeführt werde.

Es gelang auch aus den Zwistigkeiten die auf persönlichen Friktionen beruhten, einen Ausweg zu finden. Aber trotzdem kam die Nation nicht aus den Besorgnissen über die latente Kanzlerkrisis, und die unsichere Stellung zum Reichstag und Preußischen Landtag hinaus.

Im Hinblick auf die Meinungskämpfe und Schwierigkeiten, welche die Regelung einer soweit ausgedehnten Stellvertretung bot, willfahrtete der Reichskanzler darin den Wünschen des Kaisers, daß er zunächst während eines kürzeren, mehrmonatlichen Urlaubs den Zusammenhang mit der Leitung der Reichsgeschäfte nicht absolut auf-

gab, vielmehr dem Kaiser auf Verlangen mit seinem Rat zur Seite stehen, und die verfassungsmäßige Gegenzeichnung der kaiserlichen Anordnungen, insoweit erforderlich, übernehmen wollte.

---

Am 27. Januar 1877 an seinem 18. Geburtstage wurde Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Kronprinzen, volljährig. An diesem Tage erfolgte seine feierliche Aufnahme in den Orden vom Schwarzen Adler und die Überreichung des Hosenbandordens durch Lord Odo Russel. Darauf siedelte der Prinz nach Potsdam über und trat am 9. Februar in die 6. Kompagnie des 1. Garderegiments zu Fuß ein. Der Major v. Liebenau wurde ihm als militärischer Begleiter, der Premier-Lieutenant v. Kessel als militärischer Instruktor beigegeben, und 4 Offiziere der Kriegsschule erhielten den Auftrag, ihn in den Kriegswissenschaften zu unterrichten und auf das Offiziereramen vorzubereiten. Kaiser Wilhelm selbst führte am 9. Februar den Enkel in das 1. Garderegiment ein. Am 14. Juli legte er seine Offiziersprüfung mit dem Prädikat „Vorzüglich" ab, im Oktober begann er seine Studien in Bonn.

Der zweite Sohn des Kronprinzen, Prinz Heinrich, welcher gleichfalls das Gymnasium in Kassel besucht hatte, wurde am 28. März zu Berlin konfirmiert. Am 21. April wurde Prinz Heinrich, welcher sich dem Seedienst widmete, von dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, die am 19. und 20. in Hamburg festliche Tage zugebracht hatten, in Kiel auf das Kadettenschiff „Niobe" geführt, wo 34 neu eintretende Kadetten der Aufnahme ihres fürstlichen Kameraden warteten. Der Chef der Admiralität, General v. Stosch, begrüßte die erhabenen Eltern und den jungen Seemann, und hob besonders hervor, daß die Flotte sich den Eintritt eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses zur höchsten Ehre rechne, und darin die Anerkennung ihrer vollen Ebenbürtigkeit mit der Landarmee erblicke.

---

In Elsaß-Lothringen gestalteten sich die Verhältnisse, allmählich mehr im Sinne eines gedeihlichen Einvernehmens. Die sehr französisch gesinnte Stadt Metz bildete eine Ausnahme. Der der Protestpartei angehörige neugewählte Bürgermeister Bezanson wurde vom Kaiser nicht bestätigt, sondern der dortige deutsche Kreisdirektor zum Bürgermeisterei-Verwalter ernannt. Man erwartete, daß auf dies hin der ganze Gemeinderat seine Entlassung nehmen werde, und die

Protestpartei wünschte es. Doch erhoben sich nur drei Mitglieder zu diesem Heroismus, die übrigen begnügten sich mit einem Protest gegen die Verfügung der Regierung und blieben im Amt. Daß das Verhältnis der Reichslande zum Reich überhaupt ein anderes geworden war, zeigte sich auch in dem Umstand, daß es dem Kaiser möglich war, den Reichslanden einen Besuch abzustatten. Bei dem vorjährigen Aufenthalt in Weißenburg hatte er den Vorständen des Straßburger Männergesangvereins gesagt: „Vielleicht sehen wir uns im nächsten Jahre in Straßburg." Dieses „Vielleicht" sollte nun zur Wirklichkeit werden. Am 22. April traf Kaiser Wilhelm in Wiesbaden ein. Von hier begab er sich am 28. April nach Karlsruhe, um die Feier des Regierungsjubiläums seines Schwiegersohnes, des Großherzogs von Baden, durch seine Gegenwart zu verherrlichen. Am Nachmittag des 30. April kam er in Baden-Baden an. Der 1. Mai galt dem Einzug in Straßburg. Die Stadt war mit Fremden angefüllt, auch aus Paris waren Korrespondenten angekommen. Abends 5 Uhr fuhr der kaiserliche Zug unter dem Donner der Kanonen und dem Geläute der Kirchenglocken in die Bahnhofshalle ein. Der Kronprinz, der Generalfeldmarschall Graf Moltke, der Kriegsminister v. Kameke kamen mit dem Kaiser an. Im Empfangssalon des Bahnhofs waren Staatsbeamte und städtische Beamte, elsässische Reichstagsabgeordnete, Mitglieder des Landausschusses und der Bezirktage, die Vorstände des Handelsgerichts, der Handelskammer und des Gewerbegerichts versammelt. Aus den Kundgebungen festlicher Freude, welche dem Monarchen in Straßburg entgegen gebracht wurden, unterrichtete er sich über die Stimmung der Bevölkerung. Auf der Fahrt durch die Stadt und nach den Forts bei Straßburg wurde er von den Bewohnern des Landkreises Straßburg aufs begeistertste empfangen. Einige tausend Landleute, die Geistlichkeit, die Schulkinder, 102 Bürgermeister mit ihren Beigeordneten, Reservisten, hatten sich am Wege aufgestellt. 250 berittene Bauern gaben dem Kaiser das Geleit von Fort zu Fort, ritten auf dem Rückweg nach Straßburg seinem Wagen voraus, und hinter demselben fuhren etwa 40 Wagen, alle dicht besetzt mit jungen Mädchen in der Nationaltracht. Dieselben fuhren unter Jubel und Tücherschwenken an dem Bezirkspräsidium vorbei. Am Abend des 3. Mai fand die Beleuchtung des Münsters und Fackelzug der Kriegervereine, am 4. Mai Besichtigung einiger weiteren Forts und Theatervorstellung statt. Die

Kaiserin, der Großherzog und die Großherzogin von Baden waren am 4. Mai in Straßburg angekommen. Der Empfang des Kaisers übertraf die Erwartungen. Wenn auch die Mehrzahl der Alt-Straßburger sich mehr beobachtend verhielt, so fand doch nirgends eine Störung statt, dagegen gestaltete sich der Empfang, welchen das Landvolk freiwillig dem Kaiser bereitete, zu einem vollen Triumphzug, so daß selbst der Korrespondent eines französisch gesinnten Blattes schrieb: „Nie seit der Annexion und nie auch zu französischer Zeit hat meine gute Vaterstadt ein solch festliches Gewand getragen, wie in diesen Tagen."

In Metz hatte die ganze Stadt bis in die entlegensten Gegenden ein prächtiges Festgewand angelegt. Reicher Flaggenschmuck war entfaltet, unzählige Kränze und Guirlanden, Bänder, Schleifen, Wappen ꝛc. wetteiferten mit einander. Einen wahrhaft großartigen Eindruck gewährte eine, durch die weite Strecke vom Bahnhof bis zum Präsidialgebäude, dem Absteigequartier des Kaisers, führende via triumphalis. Auf dem Bahnhofsthor war eine künstlerisch geformte mächtige Statue errichtet, den Friedensengel darstellend, zu dessen Füßen zwei Löwen ruhten, verständnisvoll zu ihm emporschauend. Ein mit allegorischen Tableaus, Wappenschildern und verschiedenen Fahnen gezierter prächtiger Triumphbogen erhob sich auf dem Königsplatz, am Eingang der Römerstraße. Hier hatte man weite Tribünen errichtet, die von einem auserlesenen Damenflor besetzt waren. An den Fenstern aller Häuser drängten sich Zuschauer. In den Straßen, durch die der Kaiser seinen Einzug halten sollte, herrschte schon um die Mittagsstunde ein dichtes Gewühl. Und immer zahlreicher, immer wogender strömte es von allen Seiten herbei. Endlich nahte die Zeit der Ankunft. Um $4\frac{1}{2}$ Uhr brauste der Zug heran; der Kaiser war in Metz. Alle Glocken, darunter die 13,000 kg wiegende 400jährige „La Mutte", ließen ihren Bewillkommnungsgruß ertönen; die ehernen Schlünde der Kanonen donnerten ihre Salutschüsse, ein nicht endenwollendes Hurrarufen, ein unbeschreiblicher Jubel ertönte aus der dichtgedrängten Menge. Aller Herzen fühlten sich gehoben, aller Augen blickten mit Bewunderung, mit Ehrfurcht auf die majestätische greise Heldengestalt, auf das väterliche, milde Auge des Kaisers, auf die in kräftiger Mannesschönheit prangende Gestalt des Kronprinzen. Der Präsident der französischen Republik, Mac Mahon, war in der eigentümlichen Lage, daß er, dem allgemeinen Gebrauche

gemäß, den in einem Grenzbezirk, welcher den fatalen Namen „Metz“ führte, verweilenden Kaiser durch einen Abgesandten begrüßen sollte, zumal Belgien und Holland mit gutem Beispiel vorangingen. Daß er einen der geschlagenen Generale nach Metz sandte, konnte nicht erwartet werden. Es wurde folgender Ausweg getroffen: der französische Botschafter in Berlin, Marquis von Gontaut Biron, reiste als Specialbotschafter von Paris nach Metz, kam um 1 Uhr dort an, wurde um 6 Uhr vom Kaiser empfangen, lehnte aber die Einladung zur Tafel wegen drängender Familienverhältnisse ab, und fuhr um 7 Uhr wieder nach Paris zurück.

---

Die Herbstreisen Kaiser Wilhelm I. schlossen in diesem Jahr mit einer erhebenden nationalen Feier auf dem Niederwald, auf welchem am 16. September auf grüner, laubumkränzter Höhe der Grundstein zu einem Wahr- und Gedenkzeichen an die große, nationale Erhebung der Jahre 1870/71 gelegt wurde. Der Wunsch nach Errichtung eines solchen Wahrzeichens für die Zeit von 1870/71 äußerte sich im deutschen Volk vielfach und in der unzweideutigsten Weise. Die Nation wünschte, daß das, was sie gemeinsam errungen in einmütiger Erhebung gegen einen übermütigen Nachbar, ihre Einigung, die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches auch gemeinsam gefeiert, sie verlangte, daß der nationalen That auch ein Nationaldenkmal gewidmet werde. Wackere deutsche Männer gaben diesem Verlangen kräftigen Ausdruck, und weihten ihm ihre ganze Thätigkeit. Wo der Platz zur Aufstellung dieses Nationaldenkmals zu finden sei, war nicht zweifelhaft; dasselbe konnte nur dort errichtet werden, wohin sich bei Ausbruch des Kriegs des deutschen Volkes Zorn und seine Begeisterung in unwiderstehlichem Strom ergossen; am deutschen Rhein, wo Deutschlands Wacht in gefahrvoller Zeit stand, mußte sich Deutschlands Ehrendenkmal erheben.

Nach stattgefundener Einfügung des Grundsteins hielt der Vorsitzende des Festkomitees, Graf zu Eulenburg, die Festrede. Geistreich und gemütvoll zugleich entwickelte derselbe die verschiedenen Phasen des Denkmal-Unternehmens, und betonte mit besonderer Wärme die Bestimmung des Nationaldenkmals. „Deutschlands Vergangenheit“, so sprach der Redner, „entrollt sich dem Geist, Freude erfüllt das Gemüt, daß die Zeit der Fehde und Zwietracht vergangen, der alte Glanz neu er-

standen ist, und zum Herzen dringt vom Nationaldenkmal mit des Dichters Worten der Mahnruf der Germania:

„Ich richte gen Himmel meines Schwertes Spitze
Und aus den Wettern ging der lichte Tag hervor.
Ein Kaiserbild hängt wieder an der Eiche,
Aus Kampf und Sieg das neue Reich erstand.
Hör es, mein Volk, und steh zu diesem Reiche,
Zum Kaiser stehe und zu Deinem Vaterland!"

Die Rede schloß mit einem donnernden Hoch auf Kaiser und Reich, in welches alle Anwesenden jubelnd einstimmten. Hierauf näherte sich Kaiser Wilhelm dem Grundstein und that den ersten Hammerschlag mit folgenden Worten: „Wie mein hochseliger Vater das Denkmal auf dem Kreuzberg, so weihe ich diesen Stein den Gefallenen zum Andenken, den Lebenden zur Anerkennung, künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung". Während die Kaiserin und die übrigen Fürsten dem Beispiel des Kaisers folgten und die üblichen Hammerschläge thaten, sang das ganze Publikum die „Wacht am Rhein", eine Batterie des nassauischen Feldartillerieregiments Nr. 27 mischte ihre Schüsse in den Chor und ein donnernder Wiederhall ertönte von allen Seiten. Unten auf dem Rhein, wo eine kleine Dampferflottille unmittelbar vor Rüdesheim angelegt hatte, dann drüben in Bingen fielen Böllerschüsse ohne Zahl — es war ein erhebender Augenblick!

---

Ein schönes Fest feierte im Jahre 1877 der Großherzog Friedrich von Baden, der nationalgefeierte Fürst und treue Freund seines Volkes, in dem fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläum, am 29. April.

Vom Zauber reinsten Familienglückes umstrahlt, empfing der Großherzog die warmen Huldigungen seines Landes. Es war ein tief ergreifender Vorgang, als bei der Festtafel im Schloß Kaiser Wilhelm den Trinkspruch auf den Jubilar ausbrachte, welchem es vergönnt gewesen sei, in der Zeit von 25 Jahren sein schönes Land und dessen Volk fortschreitend zu heben, und bei den großen Ereignissen mitzuwirken, die sich inzwischen vollzogen hatten. Tief bewegt hob der Gefeierte etwa Nachstehendes in seiner Erwiderung hervor: „Zwei schwerwiegende Ereignisse dieses Zeitabschnittes seines Lebens heute hervorzuheben seien ihm eine werte Pflicht. Der Kaiser habe ihm in hochbeglückendem Vertrauen das Teuerste geschenkt, das er besitze, sein Kind. — Er habe

ihm das häusliche Glück geschenkt und mit ihm sein Leben verschönt, bereichert und versüßt. Seine Tochter, die teure Gemahlin, sei ihm durch ihre Treue und Liebe in schweren und in guten Zeiten zum Trost, zur Kraft und zum Segen geworden. Das Andere, das ihn heute bewege, sei die Erinnerung an eine Zeit, die ihm den Vorzug vergönnte, bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches mitzuwirken, ja die ihm den Vorzug verlieh, zu Seiner Majestät heute nicht nur als zu einem hohen Verwandten, sondern zu dem ehrwürdigen Haupt des Deutschen Reiches, zu dem Träger der lange ruhenden Krone eines neuen erblichen Kaisertums reden zu dürfen."

Am Schlusse der zwischen Karlsruhe und Rastatt gehaltenen Manöver des 14. Armeekorps, welchen der Kaiser beiwohnte, ernannte derselbe den Großherzog zum General-Inspektor der neu geschaffenen Armee-Inspektion, zu welcher das 14. und das im Elsaß befindliche 15. Armeekorps gehören. In dieser Eigenschaft besuchte der Großherzog am 11. Dezember und den folgenden Tagen Straßburg, Metz und die übrigen Garnisonen Elsaß-Lothringens.

---

# Das Jahr 1878.

Das Jahr 1877 endete mit einem gewissen Mißklang in der inneren Politik, in welcher sich ganz verschiedenartige Strömungen begegneten, und mit einander um das Uebergewicht stritten.

Fürst Bismarck's Besprechungen mit dem genialen Reichstagsabgeordneten Rudolph v. Bennigsen über ein Programm für die innere preußische und deutsche Politik, hatte zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

Die Aufnahme noch anderer nationalliberaler Politiker in die Regierung wies der Kanzler zurück und auch über die wirtschaftlichen Projekte der Steuer- und Zollreform und das Tabaksmonopol konnte eine Verständigung nicht erzielt werden. Eine Entfremdung von den Liberalen und eine Annäherung an die Konservativen war für den Reichskanzler die Folge des gescheiterten Gedankens, eine oder die andere Autorität der Nationalliberalen in die Regierung zu berufen. Die Unsicherheit der politischen Situation und Stimmung

wurde nicht vermindert, als am 5. Januar 1878 ein Gesetzentwurf, betreffend „die Stellvertretung des Reichskanzlers", beim Bundesrat eingebracht wurde, kraft dessen von dem Kaiser, auf Vorschlag des Reichskanzlers, ein oder mehrere Stellvertreter ernannt werden können zur Besorgung der Geschäfte und zur verantwortlichen Gegenzeichnung kaiserlicher Anordnungen für den Fall, daß der Kanzler selbst behindert wäre, seinen amtlichen Obliegenheiten persönlich nachzukommen. Nach der Annahme des Gesetzes durch Bundesrat und Reichstag wurde Graf Otto Stollberg, bisher Botschafter in Wien, zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums und Vicekanzler ernannt.

Die tiefen Schäden auf wirtschaftlichem Gebiet, Stockungen im Industrie- und Verkehrsleben, Zahlungseinstellungen in der Kaufmannswelt mehrten die Beklemmungen. Inmitten dieser gespannten und trüben Situation wurde die deutsche Nation durch ein entsetzliches Ereignis, einen Mordversuch auf den einundachtzigjährigen deutschen Kaiser, in Angst und Schrecken gesetzt vor einem Feinde, der aus den Tiefen der Gesellschaft allmählich zu einer dämonischen Schreckgestalt herangewachsen war, vor der revolutionären, socialdemokratischen Bewegung. Am 11. Mai feuerte ein Mensch, der sich unter den Linden umhertreibend, die Ankunft des Kaisers abgewartet hatte, in der Nähe des russischen Botschaftshotels zwei Schüsse auf den vorüberfahrenden Kaiser ab, ohne ihn indeß zu treffen. Der Verbrecher wurde sogleich ergriffen; es war der Klempnergeselle Hödel aus Leipzig. Die socialdemokratische Presse wollte es zwar nicht haben, daß Hödel ihrer Partei angehöre; aber alles Bemänteln und Leugnen konnte die Thatsache nicht umstoßen, daß dieses Subjekt in dem Dunstkreis der modernen Catilinarier aufgewachsen war, daß er das Gift ihrer Vorträge und ihres Klassenhasses in sich aufgenommen hatte, und daß er folgerichtig nur das that, was die Andern so gern als eine Heldenthat besungen hätten. Hödel selbst erklärte sich beim ersten Verhör als einen Anarchisten, für einen Anhänger jener Partei, welche von dem Russen Bakunin geleitet, den äußersten linken Flügel der Socialdemokraten bildet. Ob er sich der Bedeutung dieses Wortes ganz bewußt war, muß dahingestellt bleiben.

Bei dem Empfang des Staatsministeriums am 12. Mai äußerte der Kaiser: „Es sei das dritte Mal, daß auf ihn geschossen worden; in der Teilnahme der Bevölkerung finde er Trost; man dürfe solche Dinge in keiner Weise zu leicht nehmen; er habe in der Zeit, als er Mitglied

des Staatsministeriums gewesen, stets auf die Gefahren hingewiesen, welche sich aus der Geltendmachung der damaligen staatsfeindlichen Richtungen ergeben müßten. Seine Befürchtungen seien durch das Jahr 1848 leider bestätigt worden. Jetzt wiederum und in erhöhtem Maße sei es Aufgabe der Regierung, dahin zu wirken, daß revolutionäre Elemente nicht die Oberhand gewinnen." Die auswärtige Presse sprach ihren vollen Abscheu gegen das Attentat und ihre volle Hochachtung gegen den Begründer der deutschen Einheit und den Friedensvermittler aus. „Nicht allein ganz Deutschland, sondern auch vielfach aus dem Ausland, von Behörden, Korporationen, Vereinen und Privatpersonen aller Kreise, aller Lebensalter ist mir bestätigt worden, daß das Herz des Volkes bei seinem Kaiser und König ist, und Gutes und Trauriges mit ihm empfindet," so lautete der Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler am 14. Mai.

Unter dem tiefgehenden Eindruck dieser Vorgänge ließ der Fürst Reichskanzler sogleich eine Gesetzvorlage ausarbeiten, welche der Regierung die Mittel zur Unterdrückung revolutionärer Vereine und Agitationen gewähren, und eine Schutzwehr zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung sein sollte.

Die Vorlage schlug zur Erreichung des Ziels Maßregeln vor, welche ohne Beeinträchtigung der allgemeinen verfassungsmäßigen Freiheiten ausschließlich die Socialdemokratie treffen sollten; sie ging in Übereinstimmung mit liberalen Stimmen von der Überzeugung aus, „daß eine Partei, die systematisch und programmmäßig auf die Zerstörung aller bestehenden Verhältnisse ausging, nicht das Recht habe, mit demselben Maße gemessen zu werden, wie alle übrigen Parteien".

Zur Begründung der Vorlage wurde besonders noch darauf hingewiesen, daß die Beunruhigung und Störung des öffentlichen Friedens durch die Agitationen der Socialdemokratie nicht ohne Rückwirkung auf die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben könne. Solle in der That die Hoffnung auf den allseitig ersehnten Wiederaufschwung in Handel und Wandel in Erfüllung gehen, so müsse außer dem Weltfrieden, zu dessen erneuter Sicherung die deutsche Regierung mitwirke, auch Friede und Sicherheit in den wirtschaftlichen Kreisen selbst wieder befestigt werden. Dies sei nicht möglich ohne Einschränkung des zügellosen Treibens der Socialdemokratie.

Die Regierung könne und wolle der Hoffnung nicht entsagen, daß die staatserhaltenden Kräfte, deren gemeinsame Gefühle in den

jüngsten Wochen dem Kaiser gegenüber zu so erhebendem Ausdruck gekommen seien, sich auch bei den entsprechenden politischen Entschließungen in treuer Sorge für Kaiser und Reich zusammenfinden würden.

Die Erörterungen, welche sich im Reichstag über dieses Ausnahmegesetz entsponnen, waren sehr lebhafter Art. Einer der eifrigsten Redner für die Vorlage war der Feldmarschall Moltke; mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit trat er für dieselbe ein.

Allein der formell nicht ganz einwandfreie Entwurf, der eine große Partei unter Ausnahmemaßregeln stellen wollte, stieß bei der Mehrheit des Reichstages auf Widerspruch, und wurde in der Sitzung vom 24. Mai abgelehnt. Kaum war die Ablehnung erfolgt und der Reichstag geschlossen, als zwei neue Trauerfälle das deutsche Volk tief erschütterten.

Am 31. Mai *versank* infolge eines Zusammenstoßes mit dem Panzerschiff „König Wilhelm", die Panzerfregatte „*Großer Kurfürst*" in den Fluten des Englischen Kanals, unweit Folkstone, wobei etwa 250 Matrosen und Seesoldaten den Tod in den Wellen fanden. Der Schreckenskunde von dem Verluste eines der wehrtüchtigsten Kriegsschiffe und seiner Besatzung folgte alsbald eine andere.

In die Thränenströme und das Wehklagen Tausender der unmittelbar Beteiligten, in den Schmerz und die Niedergeschlagenheit des ganzen Volkes über das Unglück, ertönte am 2. Juni wie Posaunenton des jüngsten Gerichts die Kunde eines erneuten Attentats auf die geheiligte Person des deutschen Kaisers, den diesmal die Mörderhand nicht gefehlt hatte.

Als der Kaiser am Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 2 Uhr im offenen zweispännigen Wagen, demselben Gefährt, auf welches der Mörder Hödel sein Geschoß gerichtet hatte, die Straße Unter den Linden passierte, und nach allen Seiten hin freundlich und leutselig den ehrerbietigen Grüßen der Spaziergänger dankte, fielen plötzlich aus einem Fenster des zweiten Stockwerks des Hauses Nr. 18 *zwei aus einem Gewehr abgefeuerte Schüsse*, durch welche der Hohe Herr, wie es schien, schwer verwundet wurde. Gegen 30 Schrotkörner waren, wie das zwei Stunden später ausgegebene Bulletin des Leibarztes Dr. Lauer mitteilte, in das Gesicht, den Kopf, beide Arme und den Rücken eingedrungen. Helm, Mantel und Interimsrock waren ebenfalls von zahlreichen Schrotkörnern und Rehposten durchlöchert, auch der Wagen zeigte Spuren der Geschosse. Der Kaiser suchte sofort mit

dem Taschentuch das von der linken Wange niederströmende Blut zu stillen. Totenblässe bedeckte das Gesicht, und fast schien es, als wollten die Kräfte den Verwundeten verlassen; der Leibjäger sprang jedoch, die Sachlage richtig beurteilend, in den Wagen und unterstützte den Hohen Herrn, indem er seinen linken Arm um die Schultern desselben legte. Der Wagen kehrte sofort auf der Nordseite der Linden nach dem Palais zurück. — Welch ein Anblick! Der Heldenkaiser, den in manchem Schlachtgetümmel die feindlichen Granaten verschonten, für den Tausende und aber Tausende ihr Leben lassen würden, dem Millionen Deutsche innerhalb des Vaterlandes und draußen aus allen Weltteilen nach der Wiederaufrichtung zujauchzten — er beugte das blutende Greisenhaupt auf seinen treuen Diener — getroffen von der Hand eines Verruchten, der, wie der Jäger auf dem Anstand, die Ankunft seines erkorenen Opfers erwartet hatte. „Ich begreife nicht, warum immer auf mich geschossen wird", so sagte der Hohe Herr zu den schnell herbeigeeilten Ärzten.

Die Stimmung war eine so erregte, daß ganze Kreise liberaler Männer offen erklärten, wenn der Reichstag auch jetzt noch der Regierung die zweckdienlichen Mittel verweigere, so solle der Reichskanzler über den Kopf des Reichstags hinweg mit den strengsten Maßregeln gegen die Socialdemokratie und gegen alles, was damit zusammenhänge, vorgehen. Man hörte von Auflösung des Reichstags, von Abänderung des Wahlgesetzes, sogar von Octroyierungen sprechen. Dem deutschen Volke lag an einem mehr oder weniger leicht juridisch faßbaren Gesetzesparagraphen, an den Beschlüssen dieser oder jener Parteifraktion, an der papiernen Konsequenz dieser oder jener Parteiführer und Volkstribunen sehr wenig, alles aber an der Erhaltung des Deutschen Reiches, an der Erhaltung der Ordnung und Gesittung, an der Erhaltung seines Kaisers.

Da der Zustand des Kaisers die größte Ruhe erforderte, und er mit der verwundeten Rechten nicht einmal seinen Namen unterzeichnen konnte, so war eine Stellvertretung notwendig. Ein Erlaß an den Kronprinzen vom 4. Juni übertrug dem Kronprinzen „für die Dauer der Behinderung" des Kaisers dessen Vertretung in der oberen Leitung der Regierungsgeschäfte. Der Kronprinz übernahm die Stellvertretung am 5. Juni und erklärte in den beiden Erlassen an den Reichskanzler und an das Staatsministerium vom gleichen Tage, „daß er die Stellvertretung unter gewissenhafter Beobachtung der Verfassung und der

Gesetze nach den ihm bekannten Grundsätzen seines königlichen Vaters und Herrn führen werde." In der Bundesratssitzung vom 6. Juni wurde von Preußen der Antrag auf Auflösung des Reichstags eingebracht und derselbe vom Reichskanzler mit folgenden Worten motiviert: „Nach der Stellung, welche die Mehrheit des Reichstages zu dem (am 24. Mai abgelehnten) Gesetzentwurf eingenommen hat, läßt sich nicht darauf rechnen, daß die wiederholte Vorlage desselben oder eines auf gleicher Grundlage ruhenden Entwurfes kurze Zeit nach der ersten Ablehnung bei ganz derselben Zusammensetzung des Reichstags einen besseren Erfolg erzielen werde. Unter diesen Umständen erscheint es ratsam, durch Auflösung des Reichstags Neuwahlen herbeizuführen. Die preußische Regierung glaubt diese Maßregel um so mehr befürworten zu sollen, als sie gegen die Richtung, in welcher ihr von Rednern des Reichstags eine eventuelle Unterstützung bei künftigen Vorlagen in Aussicht gestellt wurde, principielle Bedenken hegt. Sie ist der Meinung, daß das Maß freier Bewegung, welches die bestehenden Gesetze gewähren, im Ganzen einer Beschränkung bedürfe. Sie hält es nicht für gerecht und nicht für nützlich, mit den von ihr erstrebten Sicherheitsmaßregeln auch andere Bestrebungen zu treffen, als diejenigen, durch welche die bestehende Rechtsordnung gefährdet ist; sie glaubt, daß gerade die Bestrebungen der Socialdemokratie es sind, welche die Abwehr nöthig machen und gegen welche die Abwehr zu richten ist." Der Bundesrat, einverstanden mit den Anschauungen Bismarck's, beschloß einstimmig die Auflösung des Reichstags. Alsbald rüsteten sich in allen deutschen Ländern die Parteien zum Wahlkampf.

Die Zurückweisung der früheren Gesetzesvorlage gegen die Socialdemokratie durch die Parlamentsmehrheit diente der konservativen Presse aller Parteischattierungen zu Angriffen gegen die Nationalliberalen.

Nach einer mehrwöchentlichen Periode des bewegtesten Wahlkampfes, in welchem die staatserhaltenden Parteien alle ihre Kräfte einsetzten, um dem Centrum und den Führern gegenüber eine geschlossene Phalanx für die Regierung zu bilden, fanden am 30. Juli die Neuwahlen selbst statt. Es galt in denselben, eine Familie und Volk vergiftende Irrlehre auszurotten, welche, den Armen durch trügerische Verheißungen anlockend, die edelsten Güter unserer Nation zu vernichten drohten, und deren selbstsüchtige Propheten vor Gewaltthat nicht

zurückschreckten, wenn es darauf ankam ihre Zwecke zu erreichen. Kampf gegen die Elemente, welche die sittliche und staatliche Ordnung untergraben, das schien für die Wahlschlacht von allen politischen Parteien zum gemeinsamen Feldgeschrei erkoren zu werden. In der Wahlurne sollte die deutsche Nation das Mittel finden zur Heilung jener schweren, den Reichskörper zerfressenden Krankheit, der durch schneidige, gegen die eigenen Glieder angewendete Werkzeuge allein kein Ziel gesetzt werden konnte.

Überall waren die Wahllokale, nach den Mitteilungen über den Verlauf der Abstimmung, reger besucht denn je; vielfach wurde mit Zähigkeit und Aufbietung aller Kräfte um den Wahlsieg gerungen. Die Bürger der Reichshauptstadt gingen diesmal mit rühmlichen Eifer voran. Fast doppelt so viele Stimmzettel als bei der vorjährigen Wahl nahm die Urne auf, die liberalen Parteien gewannen gegen damals 40,000 Stimmen. Dieser Eifer wurde mit Erfolg gekrönt; die Socialdemokraten mußten, trotz ihrer straffen Disciplin und ihrer riesenhaften Zunahme an Wählern, dem gesunden Bürgertum weichen. Auch in den sächsischen Heerlagern der Socialdemokratie und an ihren Spitzen in Schlesien, Thüringen und am Rhein hatten die Ordnungsparteien tapfer gestritten, zum Teil den Sieg errungen, oder doch für einen zweiten Wahlgang möglich gemacht. Die Träume der Socialdemokratie von einer politischen Partei waren durch den charakterfesten Bürger- und Handwerkerstand zerstört; die von ihr im Arbeiterstand angeregte leidenschaftliche und sichtlich wachsende Bewegung in ein ruhiges Bett zu leiten, war die ungleich schwierigere Pflicht, deren langsame Erfüllung nun bevorstand.

Neben der erfolgreichen Bekämpfung der Socialdemokratie thaten die allgemeinen Wahlresultate dar, daß die bisher offenbarten liberalen Anschauungen fest im deutschen Volk wurzelten.

Am 9. September trat der neu gewählte Reichstag zusammen. Die Thronrede führte keine anderen Gegenstände der Beratung an als das Socialistengesetz. Nach einer kurzen Erwähnung der beiden Attentate und der Ablehnung des ersten Entwurfes wurde in derselben gesagt: „Jetzt, wo der Nation ein erneutes Verbrechen die dem Reich und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr mehr und mehr zum allgemeinen Bewußtsein gebracht hat, werden Sie, durch Neuwahl zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen, aufs neue zu prüfen haben, ob das bestehende Recht genügende Handhabe zur

Unschädlichmachung jener Bestrebungen bietet. Die Regierungen haben ihre Überzeugung nicht geändert. Sie waren nach wie vor der Ansicht, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, um der weiteren Ausbreitung des eingerissenen Übels Einhalt zu thun und den Boden für eine allmähliche Heilung zu bereiten; sie hielten ebenso an der Auffassung fest, daß die zu wählenden Mittel die staatsbürgerliche Freiheit im allgemeinen zu schonen und nur dem Mißbrauch derselben entgegenzuwirken haben, mit dem eine förmliche Agitation die Grundlagen unseres staatlichen und Kulturlebens bedroht."

Die Vorlage wurde darauf an eine Kommission überwiesen, in welcher die gemäßigten Parteien das Übergewicht hatten.

In den Sitzungen der Kommission wurden sehr viele Amendements zu den Vorlagen gestellt, und es zeigte sich, daß teils die Mitglieder untereinander über die Fassung eines Paragraphen sich nicht vereinigen konnten, teils die Mehrheit der Kommission in Widerstreit mit der Regierung war.

Auf Grund eines Kompromisses zwischen den Nationalliberalen, dem gemäßigten Fortschritt und den beiden konservativen Fraktionen, verständigte man sich über eine gemeinschaftliche Fassung des Gesetzes. Da die vier Fraktionen, die diesen Kompromiß annahmen, im Reichstag die Mehrheit hatten, so war das ganze Gesetz bereits in zweiter Lesung am 17. Oktober angenommen.

Fürst Bismarck kündigte die Mitteilung einer kaiserlichen Botschaft an. Sofort verließen sämtliche Socialdemokraten den Saal. Der Reichskanzler verlas die die Schließung des Reichstags verfügende Botschaft und gab darauf dem Gefühl der Befriedigung über die Annahme des Gesetzes Ausdruck, die Zuversicht aussprechend, daß der Beschluß des Reichstags im Bundesrat einstimmig Annahme finden werde. „Ich will damit nicht sagen, daß alle verbündeten Regierungen gleichmäßig überzeugt wären, daß die Mittel, die Sie in ihre Hand legen, vollständig ausreichen würden, um die Zwecke, zu deren Erreichung dieses Gesetz eingebracht worden ist, überall zu erreichen, sondern nur, daß alle Regierungen entschlossen sind, den aufrichtigen Versuch zu machen, mit den Mitteln, welche das Gesetz gewähren wird, die Krankheit zu heilen, von der unser Gemeinwesen ergriffen ist.

---

Inzwischen war in Berlin eine ansehnliche Versammlung von Staatsmännern und Diplomaten zusammengetreten, um das Werk

des Friedens zu vollenden und zu besiegeln, das in politischer und territorialer Beziehung eine neue Ordnung der Dinge auf der Balkanhalbinsel begründen sollte. Es war der Berliner Kongreß einberufen zu dem Zweck, um die Abmachungen des zwischen Rußland und der Türkei geschlossenen Präliminarfriedens von San Stefano zu erörtern. Zu besonderer Genugthuung dürfte es dem deutschen Volke gereichen, daß durch den Berliner Kongreß die ernste und besonnene Friedenspolitik, welche die deutsche Regierung seit Beginn der orientalischen Verwickelung befolgte, nunmehr ihre höchste Bestätigung und Erfüllung finden sollte. In der Thatsache, daß der Kongreß sich in Berlin versammelte, durfte man ein Anerkenntnis dafür finden, daß die deutsche Politik die Aufgabe friedlicher Vermittelung, welche sie sich in der großen Frage gestellt hatte, seither in Wahrheit redlich zu lösen bemüht war.

Der Kongreß verwahrte die deutsche Politik entschieden gegen die ihr von gewisser Seite zugemutete Rolle eines Schiedsrichters unter den Mächten, und nahm vielmehr nur die bescheidenere Rolle eines ehrlichen Vermittlers ein. Die Hauptaufgabe des Berliner Kongresses bestand darin, den Vertrag von San Stefano der für die Türkei allzu drückenden Bestimmungen zu entkleiden. Und so kam man denn nach mancher hitzigen Redeschlacht dahin überein, daß die den Fürsten von Serbien und Montenegro zugedachte Gebietserweiterung beschränkt, der Austausch Bessarabiens gegen die Dobrudscha für Rumänien dagegen anerkannt ward mit der Bestimmung der Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse, mithin auch der Juden, in dem neuen unabhängigen Fürstentum. Die Fürsten Karl von Rumänien und Milan von Serbien nahmen in der Folge auf Beschluß der Kammern und unter Zustimmung der Mächte den Königstitel an. Der Landzuwachs, den sich Rußland in Kleinasien ausbedungen, wurde nicht unerheblich beschnitten. Doch blieb ihm außer der Festung Kars die wichtige Seestadt Batum mit dem Gebiet der Lasen erhalten. Die größte Umgestaltung erhielt der Vertrag von San Stefano in Betreff Bulgariens. „Der mächtige Keil", heißt es in einem Bericht über den Berliner Kongreß, der sich nach jenem Präliminarvertrag zwischen die auseinandergerenkten Glieder des Osmanenreiches einschieben sollte und dem dürftigen Reste zusammenhangsloser Trümmer Licht und Lebensluft vollends benommen hätte, ist nach den Vereinbarungen des Kongresses in wesentlich verringerte Form gebracht worden. Nicht

bis dicht an das ägeische Meer sollte sich das neue Fürstentum Bulgarien erstrecken, sondern am Balkan seinen Abschluß finden.

Nordbulgarien wurde unter einen Fürsten konstituiert. Süd-Bulgarien oder Rumelien verblieb bei der Türkei unter gewissen Garantien.

Es ist hier nicht der Ort, um näher auf die Einzelheiten des Kongresses einzugehen. Am 13. Juni zusammengetreten, hielt er am 13. Juli seine Schlußsitzung.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages schloß um 4 Uhr Fürst Bismarck die Verhandlungen mit einer Ansprache, worin er erklärte, daß, wenn es auch unmöglich gewesen sei alle Ansprüche der öffentlichen Meinung zu verwirklichen, die Geschichte doch jedenfalls den Bestrebungen und dem Werke der Bevollmächtigten Gerechtigkeit werde widerfahren lassen, und daß die letzteren das Bewußtsein haben würden, in den Grenzen des Möglichen Europa die große Wohlthat des schwer bedrohten Friedens verliehen und gesichert zu haben. Nachdem Andrassy im Namen des Kongresses dem Fürsten Bismarck für seine treffliche Leitung den wärmsten Dank ausgesprochen und dieser kurz erwidert hatte, verließen die Bevollmächtigten das Reichskanzler-Palais, um Abends 6 Uhr einem Galadiner im Weißen Saale des Schlosses anzuwohnen, wobei wiederum der Kronprinz den Toast auf die Souveräne und Regierungen, deren Vertreter den Berliner Vertrag unterzeichnet hatten, ausbrachte. Daß dieser Vertrag, welcher fast auf lauter Kompromissen aufgebaut war, nirgends vollständig befriedigte, war begreiflich. Es dauerte auch geraume Zeit, bis die Abmachungen des Berliner Friedens ausgeführt wurden und die aufgeregten Wogen der Orientkrise sich einigermaßen beruhigten. Insbesondere schritt die Pforte nur sehr zögernd und widerstrebend zu den ausbedungenen Abtretungen in Albanien an Montenegro und in Thessalien und Epirus an Griechenland; wiederholt schien es aufs neue zu blutigen Zusammenstößen kommen zu sollen, doch wurden die Grenzstreitigkeiten schließlich gütlich geschlichtet.

---

Alsbald nach Schluß des Kongresses begab sich Kaiser Wilhelm, dessen schwere Wunden einen glücklichen Heilverlauf genommen, in Begleitung der Großherzogin von Baden nach Teplitz, um an den dortigen Quellen völlige Wiedergenesung zu finden. Der Teplitzer Kur folgte

ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in Gastein, wohin sich auch Fürst Bismarck begab.

Mit seiner gewohnten Pflichttreue und Hingebung an den Dienst, nahm der greise Herrscher dann an den Herbstmanövern bei Kassel Teil, den Arm noch in der Binde tragend. Von dort begab er sich nach Baden-Baden und Wiesbaden, um die letzten Spuren seines Leidens zu verwischen.

Zu einer Deputation in Wiesbaden, welche ihm am 10. November ihre Aufwartung machte, äußerte er: „Die körperlichen Schmerzen habe ich weniger empfunden, als ich es empfand aus der gewohnten Thätigkeit herausgerissen zu sein. Ich hoffe jedoch, meine Thätigkeit bald wieder aufnehmen zu können, nachdem ich die Wiesbadener Thermen gebraucht haben werde. Gegen verbrecherische Tendenzen ist jetzt ein Gesetz geschaffen, das auch in anderen Staaten Nachahmung finden wird; denn die Gefahr ist eine gemeinschaftliche."

---

Den am 19. November eröffneten Preußischen Landtag beschäftigte alsbald eine Reihe von wichtigen Steuer- und Zollgesetzfragen. Der Kern derselben lag in dem Gedanken, dem Rufe der heimischen Industrie und Landwirtschaft nach Schutz der wachsenden Konkurrenz des Auslandes gegenüber, Befriedigung zu gewähren.

Es bildete sich ein industriell-agrarisches Bündnis zur Änderung der Zollgesetzgebung im Sinne stärkeren Schutzes der „nationalen Arbeit" in Gewerbe und Landwirtschaft. Die Regierung gab dieser Bewegung um so lieber Folge, als sich damit Gelegenheit bot, durch weitere Entwickelung der Finanzzölle eine wesentliche Vermehrung der Reichseinnahmen zu erlangen. War es doch schon lange der Plan des Kanzlers, das Reich finanziell unabhängig zu stellen, durch Erhöhung der Zölle und indirekten Steuern die wachsenden Bedürfnisse zu bestreiten, so daß die jährlich von den Einzelstaaten zu leistenden Matrikularbeiträge beseitigt, ja aus den Überschüssen der Reichseinnahmen die Mittel zu Steuerreformen in den Einzelstaaten, zu Herabminderungen der direkten Staats- und Kommunalsteuern gewonnen werden könnten. Auf einer Konferenz zu Heidelberg verständigten sich die Finanzminister über die Grundzüge dieses Steuerprogramms. Zur Vorbereitung des neuen Zolltarifs wurde eine Kommission unter dem Vorsitz des hochschutzzöllnerischen Reichstagsabgeordneten und früheren württembergischen Ministers von Varnbüler eingesetzt, und in einem das

größte Aufsehen erregenden Schreiben an den Bundesrat stellte der Reichskanzler sehr weitgehende protektionistische Grundzüge für die neue Zollpolitik auf.

---

Anfang Dezember war Kaiser Wilhelm nach mehrmonatlicher Abwesenheit von Berlin in die Hauptstadt zurückgekehrt.

Die Freude den ebenso geliebten als geehrten Fürsten nach langer Abwesenheit und wunderbarer Wiederherstellung von schweren Leiden neu gekräftigt wieder zu begrüßen, war gemischt mit dem Ernst der Erinnerung an den Ursprung jenes Leidens. Dieselbe Straße, durch welche der Kaiser zweimal an der Spitze seines siegreichen Heeres von Feldzügen, wie sie in der Geschichte fast ohnegleichen, heimkehrend, seinen Einzug gehalten hatte, sie prangte wieder in dem Festschmuck, sie hatte wieder das Ansehen einer Triumphstraße angenommen, diesmal aber, um das Andenken an die frevelhaften Thaten zu verwischen, welche gegen das geheiligte Leben des Monarchen unternommen worden waren.

Den Gefühlen innigster Teilnahme, mit welcher die Einwohner Berlins die langersehnte Rückkehr des Kaisers am 5. Dezember feierten, lieh die reiche geschmackvolle Ausstattung der Häuser, Straßen und Plätze ebenso sehr als die sympathischen Kundgebungen, mit welchen das an den Empfangsfeierlichkeiten teilnehmende Publikum die Majestäten begrüßte, warmen Ausdruck. Sobald sich die freudige Nachricht von der Rückkehr der Majestäten unter der Einwohnerschaft verbreitet hatte, regte sich in allen Kreisen ein patriotischer Eifer dem Kaiser einen festlichen Einzug zu bereiten. Freiwillige Beiträge flossen rasch und reichlich, ein Festausschuß trat zusammen, und die hervorragendsten Künstler der Hauptstadt vereinigten sich, um in gemeinsamem Schaffen eine einheitliche stilvolle Ausschmückung des von dem Monarchen bei dem Einzug zu nehmenden Weges zu bewirken. Auf diese Weise entstand eine Siegesstraße vom Potsdamer Bahnhof bis zum Palais, deren Glanzpunkte der Potsdamer Platz mit seiner wundervollen Berolinastatue, das Brandenburger Thor mit den beiden angrenzenden Plätzen und die Lindenpromenade waren.

Am Palais angelangt, schritt der Kaiser, bevor er dasselbe betrat, die Fronte der aufgestellten Ehrenkompagnie ab, begab sich dann mit der Kaiserin auf den Balkon, um das Publikum, noch einmal mit derselben dankend, zu begrüßen, und zog sich dann in seine Gemächer zurück, um als ersten Akt in seiner Behausung eine Reihe von Gnaden-

bezeigungen zu gewähren an Personen, die ihm während der Leidenszeit und Krankheit nahe gestanden, und besonders treue Dienste geleistet hatten.

Hödel hatte sein Verbrechen auf dem Schaffot gebüßt. Der Verbrecher Nobiling war seinen Verletzungen im Gefängniß erlegen.

---

Das Jahr 1878, so trübe Ereignisse es auch für das deutsche Volk in seinem Schoße barg, war doch durch einen großen Erfolg gekennzeichnet, welcher als ein bedeutsamer Fortschritt der gemeinsamen Friedenspolitik der europäischen Staaten gelten, und auf den namentlich die deutsche Politik mit Freude und Genugthuung blicken durfte.

Die auf Anregung des Deutschen Generalpostmeisters Dr. Stephan im Jahre 1874 zu Bern ins Leben gerufene Postverkehrs-Gemeinschaft, ward im Juni zu Paris zu einem „Weltpostverein" erweitert.

Die hocherfreuliche Thatsache, daß die neu errungene Stellung Deutschlands unter den europäischen Staaten zur vollen Bethätigung und Geltung gelangte, konnte in der Stimmung des deutschen Volkes nicht alsbald nach ihrer wahren Bedeutung gewürdigt werden, weil die unmittelbaren und überwältigenden Eindrücke der inneren Vorgänge und die mächtige politische Bewegung, welche sich an dieselben knüpfte, alles Andere in den Hintergrund drängten. War doch die Eröffnung des Berliner Kongresses in die ersten Wochen nach dem erschütternden zweiten Mordversuch gegen den Kaiser gefallen, und der Abschluß des Berliner Friedens in die Zeit des heftigsten Kampfes der Parteien um die Wahlen.

Wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit später wieder der auswärtigen Lage zuwandte, so geschah es zunächst um der eigenen Unsicherheit willen, welche sich an die Schwierigkeiten der Durchführung des Berliner Friedensvertrages knüpfte; eine Zeit lang konnte es erscheinen, als sei der Bestand des mühsam erreichten Werkes von neuem in Frage gestellt. Je mehr aber diese Gefahr hervortrat, desto entschiedener gelangten aufs neue diejenigen Stimmungen und Bestrebungen der Großmächte zur Wirksamkeit, aus welchen die ursprüngliche Verständigung hervorgegangen war, und immer mehr bewährte sich die Zuversicht, daß das Berliner Friedenswerk, so wenig dasselbe eine durchgreifende Lösung der Orientfrage zur Aufgabe und zum Ergebnisse haben konnte, doch einen festen Boden für weitere friedliche Entwickelungen und Lösungen und damit eine neue Bürgschaft des Friedens überhaupt geschaffen hatte.

In den letzten Wochen des abgelaufenen Jahres 1878 waren von allen beteiligten Mächten Kundgebungen der bestimmtesten Art und teilweise positive Schritte erfolgt, welche den gemeinsamen Willen und zugleich die allseitige Zuversicht in Bezug auf die weitere vollständige Durchführung des Berliner Vertrages bethätigen.

---

# Das Jahr 1879.

So war denn bei Beginn des Jahres 1879 der auswärtige Horizont reiner und klarer, als es seit langer Zeit der Fall gewesen war, und soweit das Wiederaufleben des öffentlichen Vertrauens von den Beziehungen der Mächte abhing, konnte man mit lange entbehrter Zuversicht den weiteren Entwickelungen entgegensehen.

Die Gesichtspunkte, welche Fürst Bismarck am Schluß des Jahres 1878 für eine Reform der Zoll- und Steuergesetzgebung aufgestellt hatte, und denen er in einer Vorlage an den Bundesrat Ausdruck geliehen hatte, wurden auch in der Thronrede betont, mit der die Reichstagssitzung am 12. Februar 1879 eröffnet wurde. In der Rede hieß es: „Die verbündeten Regierungen beraten über die Mittel, welche die Gesetzgebung zu gewähren vermag, um Übelstände, unter denen wir auf wirtschaftlichem Gebiete leiden, zu heben oder zu mindern. Die Vorschläge, welche ich meinen Bundesgenossen teils gemacht habe, teils zu machen beabsichtige, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin ich der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Thätigkeit im gesammten Umfange auf diejenigen Unterstützungen vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfnis hinaus gewährt. Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins

fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben." In dem neuen Zolltarifentwurf waren durchgängig im schutzzöllnerischen wie im finanziellen Interesse die bestehenden Eingangszölle ansehnlich erhöht, nur unentbehrliche, in Deutschland gar nicht oder ungenügend erzeugte Rohstoffe freigelassen, eine Reihe bestehender Finanzzölle, namentlich Kaffee, Thee, Wein, wesentlich gesteigert und eine Anzahl neuer Zölle, auf Eisen, Holz, Getreide, Vieh, eingeführt. Vor Allem die letzteren Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände riefen den lebhaften Widerspruch hervor, der u. A. auf dem Berliner Städtetag einen mächtigen Ausdruck fand. Zugleich wurde ein Gesetzentwurf über eine ansehnliche Erhöhung der Tabaksteuer vorgelegt. Es zeigte sich bald, daß im Reichstage eine schutzzöllnerische Mehrheit vorhanden war. Allein in die wirtschaftliche Frage spielte mächtig die politische der konstitutionellen Garantien hinein. Von liberaler Seite verlangte man, daß, wenn das Reich finanziell auf eigene Füße gestellt würde, und die Matrikularbeiträge in Wegfall kämen, für den Verzicht auf das in der Feststellung der letzteren enthaltene Maß von Steuerbewilligungsrecht ein Ersatz geboten würde, z. B. eine alljährliche Feststellung des Zollsatzes vom Kaffee und der Steuer auf Salz. Unter dieser Bedingung wäre mit nationalliberaler Hilfe die Zoll- und Steuerreform zu stande zu bringen gewesen. Indessen begnügte sich die ultramontane „Centrumspartei" mit den „föderierten Garantien" des Abgeordneten von Frankenstein, wonach derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher 130 Mill. im Jahr übersteigt, an die Einzelstaaten abgeführt werden solle. Damit wurden die Matrikularbeiträge, die bisher nur als ein Provisorium und Notbehelf dastanden, zu einer im gewissen Sinne dauernden, normalen, gesetzlichen Einrichtung gemacht.

Auf dieser Grundlage wurde der Bund zwischen den Klerikalen und Konservativen geschlossen.

Für die wirtschaftlichen Reformen, welche Fürst Bismarck durch Gesetze im schutzzöllnerischen Sinne durchführen wollte, bedurfte derselbe der Unterstützung des Centrums. Der konservativen Parteien war Bismarck im großen und ganzen sicher, wenn es auch einzelne Ausnahmen geben mochte, von der nationalliberalen Partei war der linke

Flügel, in welchem Lasker und Bamberger den Ton angaben, teils geradezu für den Freihandel, teils gegen Erhöhung der Zölle für Getreide und dergleichen, und jedenfalls so voll konstitutioneller Bedenken, daß eine Einigung schwer zu erzielen war, während der gemäßigte Teil der Partei, der unter Bennigsen's Führung stand und viele Süddeutsche in seinen Reihen zählte, von dem linken Flügel sich leicht fortreißen ließ und diesem Schicksal kaum anders als durch förmliche Trennung entgehen konnte. Zählen konnte der Kanzler auf diese Partei nicht, höchstens auf deren äußersten Flügel, welcher der „Deutschen Reichspartei" nahe stand. Was aber noch weiter links war, Fortschrittspartei u. s. w., kam, wenn es sich um Bundesgenossen für Bismarck handelte, gar nicht mehr in Betracht. So war der Reichskanzler genötigt, sein geflügeltes Wort vom 15. Februar, „er werde seine Bundesgenossen nehmen, wo er sie finde", sofort in die Praxis zu übertragen.

Aus diesen Gründen wünschte der Kanzler eine Beilegung oder Milderung des Streites mit der katholischen Kirche. Doch von da bis Abschluß eines förmlichen Friedens war möglicherweise noch ein weiter Weg. Glaubte das Centrum, dieser Weg könnte dadurch abgekürzt werden, daß es dem Reichskanzler für die Durchführung seiner Zollpolitik die Bundesgenossenschaft antrage, so täuschte es sich, falls es dabei von der Voraussetzung ausging, Fürst Bismarck werde irgend ein wesentliches Moment seiner Kirchenpolitik aufgeben. Mit „Kanossamünzen" bezahlte er diese Bundesgenossenschaft sicher nicht. Die von Anfang an gestellte Forderung, daß die Bischöfe die Staatsgesetze rückhaltlos anerkennen, und sich ihnen unterwerfen müssen, konnte unter keiner Bedingung zurückgenommen werden. Es kam also weit mehr darauf an, zu warten, was die Kurie der Reichsregierung bot, wie viele Ausnahmen sie von ihrem Non possumus machte, als darauf, daß die Reichsregierung von ihrer günstigen Defensivstellung einen Quaderstein um den andern loslöste. Daß aber der Reichskanzler durch ein Entgegenkommen des Centrums zugänglicher und zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Rom geduldiger wurde, konnte nicht bezweifelt werden. So schloß sich denn das Centrum, für seine Stellung im Reichstag und für die Lösung des Kirchenstreits günstige Folgen sich versprechend, an die Konservativen an, und bildete die für die Durchführung der Bismarckschen Pläne nötige Mehrheit. Eine auffallende Thatsache machte

alle Welt auf diese interessante Metamorphose aufmerksam. Windthorst, der Führer des Centrums, welcher seit elf Jahren mit dem Reichskanzler privatim kein Wort gewechselt hatte, im Reichstag aber so manches Mal aufs heftigste mit ihm zusammengestoßen war, erschien am 31. März im Palais des Fürsten, und hatte eine einstündige Unterredung mit ihm.

Der Zolltarif, bei dessen Verhandlungen die Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien und ihren Verzweigungen in sehr wahrnehmbarer Weise zu Tage getreten waren, und der zu Ausbrüchen heftigster Polemik auf politischem, kirchlichem und staatswirtschaftlichem Gebiet im Parlament geführt hatte, wurde am 12. Juli angenommen.

Ihm folgte die Beratung des Tarifgesetzes, in welchem die Einführungstermine für die einzelnen Zölle und noch anderes enthalten waren. —

Diese parlamentarischen Kämpfe, aus welchen der Vorwurf heraus klang: die Regierung wolle eine Zurückschraubung des Reichszollrechtes auf den alten Zollvereinsstandpunkt, sie willige in eine Veränderung des Verhältnisses der Reichsgewalt zu den einzelnen Staaten, sie schränke die Reichsgewalt im finanzpolitischen Ressort ein ꝛc., führten mehrfach zu bedeutsamen Wandlungen und Verschiebungen in der Organisation der Parteien. Auch der Rücktritt des Kultusministers Falk, sowie der Minister Hobrecht und Friedenthal, wurde im liberalen Lager heftig angefochten, und in der Presse und im Reichstage als der Beginn eines Systemwechsels aufgefaßt.

Seit dem drohenden Auftreten der Socialdemokratie, seit den Attentaten in Berlin, seit der extremen Haltung einzelner Teile der liberalen Fraktionen, machte sich in allen Kreisen des Deutschen Reiches eine konservative Strömung bemerklich. Wenn nun aus diesen Entlassungen und Ernennungen der rasche Schluß gezogen wurde, daß nun die schwärzeste Reaktion hereinbreche, daß das Centrum seine heißesten Wünsche erfüllt sehen werde, und der Reichskanzler bereits ein Eisenbahnbillet nach Kanossa gelöst habe, so waren solche Besorgnisse im hohen Grade lächerlich. Für das Nichteintreten einer Reaktion weder auf politischem noch auf kirchlichem Gebiete, bürgte jedem Unbefangenen und Unterrichteten der eine Name „Bismarck".

---

Der Reichstag beschäftigte sich in der Session des Jahres 1879 vornehmlich mit den Angelegenheiten von Elsaß-Lothringen. Den

Anlaß dazu gab der Antrag des Abgeordneten Schneegans, daß das Reichsland eine selbständige im Lande befindliche Regierung erhalten solle.

Die Vorarbeiten für die Ausführung der neuen Einrichtungen hatten soweit geführt, daß der Kanzler im Auftrage des Kaisers dem Bundesrate einen Gesetzentwurf in Betreff der künftigen Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens vorlegen konnte, durch welchen dem erwähnten Antrage der elsaß-lothringischen Abgeordneten in dem Umfange entsprochen werden sollte, in welchem die verbündeten Regierungen die Ausführung mit dem Interesse des Reichs verträglich und für das Interesse des Landes dienlich erachteten.

Der Entwurf ließ die staatliche Form, welche das Reichsland bei der Einverleibung erhalten hat, und das darin gegründete Verhältnis zum Reich im wesentlichen unverändert; er schlug dagegen wesentliche Änderungen vor in der Einrichtung und Gliederung der Landesverwaltung und deren Teilnahme an der gesetzgebenden Gewalt und in der Vertretung der reichsländischen Interessen im Bundesrat.

Die Änderungen in der Einrichtung der Verwaltung hatten den Zweck, den Sitz der Regierung in das Land selbst zu verlegen, und sowohl den Kaiser in den Stand zu setzen, einen Teil der Befugnisse des Staatsoberhauptes einem Stellvertreter zu übertragen, als den Reichskanzler von der ihm übertragenen, konstitutionellen Verantwortlichkeit für die Leitung der Landesverwaltung zu entlasten.

Die Änderungen bestanden in der Berufung eines Statthalters, der Einrichtung eines Ministeriums mit dem Sitze in Straßburg und der Einrichtung eines Staatsrates daselbst.

Der Statthalter sollte berufen sein landesherrliche Befugnisse auszuüben, soweit er dazu durch Auftrag des Kaisers ermächtigt war; er trat zugleich an die Stelle des Reichskanzlers mit den Rechten und Pflichten, welche diesem bezüglich der Verwaltung Elsaß-Lothringens durch Gesetze und Verordnungen übertragen waren.

Die dem Kaiser eingeräumte Befugnis, einem Statthalter die Ausübung der Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen zu übertragen, sollte nicht die Bedeutung einer Entäußerung dieser Gewalt haben, sondern nur die Möglichkeit gewähren, die Vornahme einzelner bestimmter Regierungsakte, welche das Staatsoberhaupt nach den bestehenden Gesetzen zu vollziehen hat, einem Stellvertreter zu übertragen. Der Kaiser blieb nach wie vor und im selben Umfange der rechtliche Träger

der Staatsgewalt. Demgemäß war die Einsetzung eines Stellvertreters in des Kaisers freie Entschließung gestellt, und ebenso Art und Umfang der Gewalten, mit deren Ausübung der Statthalter zu betrauen sein möchte, sowie die Wahl der Person und die Dauer ihrer Vollmacht.

Die Diskussion über die Vorlage zog sich mehrere Tage hin, und gab Anlaß zu einem sehr lebhaften Meinungsaustausch über die staatsrechtliche Stellung des neuerworbenen Landes, sowie über seine innere Verwaltung. Nachdem das betreffende Gesetz schließlich mit Mehrheit angenommen war, wurde es am 4. Juli publiziert und durch die drei Verordnungen der Einführungstermine auf den 1. Oktober anberaumt.

Der bisherige Oberpräsident v. Möller, welcher acht Jahre sein Amt zur allgemeinen Zufriedenheit verwaltet hatte, legte dasselbe am 3. September nieder und siedelte nach Kassel, der früheren Stätte seiner Wirksamkeit, über. Generalfeldmarschall v. Manteuffel traf am 1. Oktober in Straßburg ein und übernahm den Statthalterposten. Er entwickelte sofort eine rege Thätigkeit, besuchte die größeren Städte, Metz, Kolmar, Mühlhausen, und bemühte sich über Personen und Zustände sich genau zu orientieren. Das Interesse des Landes wandte sich zunächst den Wahlen in den Landesausschuß zu. Von den 58 Mitgliedern desselben sollten 34, wie bisher, durch die 3 Bezirkstage, 4 durch die Gemeinderäte der Städte Metz, Straßburg, Kolmar und Mühlhausen und 20 durch die Kreise gewählt werden. Die Partei der Protestler und Ultramontanen, welche sich indessen vom Landesausschuß fern gehalten hatten, erklärte zwar in einem Wahlaufruf an die Gemeinderäte, welche die Wahlmänner zu wählen hatten, die Rechte des Landesausschusses seien unvollständig, forderte aber angesichts des Einflusses, den derselbe auf die Regierung des Landes auszuüben vermöge, zur Beteiligung an den Wahlen auf, wobei sie es den Gemeinderäten zur Pflicht machten, nur unabhängige Männer zu wählen.

Bei der Wahl blieben die Protestparteien im Landesausschuß in verschwindender Minorität. In einer der ersten Sitzungen des Landesausschusses stellte ein Mitglied den Antrag auf Wiederherstellung der Municipalvertretung der Stadt Straßburg. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Presse räumte der Statthalter manche Freiheiten ein. Diejenigen deutschen Blätter, welchen der Postdebit entzogen war, erhielten denselben wieder; 39 französische Blätter, welche verboten waren, wurden wieder zugelassen; die klerikale und die

Protestpartei, welche bisher vergebens um die Erlaubnis zur Gründung eines Parteiorgans nachgesucht hatten, erhielten beide die Erlaubnis vom 1. Januar 1880 an eine Zeitung erscheinen zu lassen, mußten jedoch dem noch bestehenden französischen Gesetze gemäß eine Kaution hinterlegen, was wohl geeignet war, auf die Redaktion dieser Blätter einen mäßigenden Einfluß auszuüben.

Das Jahr 1879 führte auch endlich eine der wertvollsten nationalen Reformen ins Leben. Am 1. Oktober traten die einheitliche deutsche Gerichtsverfassung und die neuen Prozeßordnungen in Kraft, so daß zu dem langerstrebten Ziel der deutschen Rechtseinheit jetzt nur noch die Herstellung eines gemeinsamen bürgerlichen Rechts fehlte, die ebenfalls in rüstiger Vorarbeit begriffen war. Mit der Justizreform war wieder ein gediegenes Fundament unserer nationalen Einheit in den Boden gesenkt.

---

Mitten in das Jahr 1879 hinein fiel ein schönes Familienfest im deutschen Kaiserhause, die goldene Hochzeit des Kaisers Wilhelm I. und der Kaiserin Augusta.

Fünfzig Jahre waren vergangen, seit Kaiser Wilhelm, der Stolz seines Volkes, seiner Gemahlin die Hand zum Ehebund reichte, fünfzig Jahre, im Lauf der Geschichte eine kurze Spanne, für einen Ehebund ein seltenes Geschenk, so teuer und hehr wie das lautere Gold, das sein Sinnbild geworden. Und diese fünfzig Jahre, an deren Abschluß das Kaiserpaar stand, umschlossen nicht nur ein halbes Jahrhundert ehelicher Gemeinschaft, und glücklichen Familienlebens, sondern zugleich ein Stück Geschichte unseres Landes und Volkes, wie es großartiger und bedeutungsvoller kaum gedacht werden kann. In den wichtigsten Momenten dieser Geschichtsepoche sahen wir das erlauchte Jubelpaar, welches der goldene Kranz schmückte, eine hervorragende Stellung einnehmen, ja seit einer Reihe von Jahren den erhabenen Mittelpunkt bilden, um welchen die große geschichtliche Bewegung der Zeit fluthete.

Es ist das schöne Erbteil selbständiger Nationen, sich dem angestammten Fürstenhaus in treuer Liebe verbunden zu fühlen. In Freud und Leid stand das preußische Volk, stand die deutsche Nation daher an jenem Ehrentag zu dem erhabenen Herrscherpaar. Und wenn angesichts dieses Jubelfestes die Wogen patriotischer Begeisterung höher stiegen, so fühlte jedes deutsche Herz es nach, daß die Feier, die dem Kaiser und der Kaiserin bereitet wurde, von dem Repräsentanten der

Macht einer geeinten Nation ihren beglückenden Schimmer zurückstrahlte in die Gemüter derer, welche jubelnd den Thron umstanden.

Die Glückwunschschreiben und Blumenspenden trafen in solcher Menge ein, daß sie in Wagen nach dem Palais geschafft werden mußten; 1278 Telegramme aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland, Geschenke aller Art wurden dem Jubelpaare überreicht. Die deutschen Fürstinnen übergaben der Kaiserin eine Truhe mit 24000 Mark für die unter ihrem Protektorate stehende Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg.

In vielen deutschen Städten wurde der Tag als Festtag begangen und durch Gottesdienst und Festreden gefeiert. Der Bischof von Metz, an welchen die Regierung die Anfrage richtete, ob er nicht geneigt wäre, den Tag kirchlich feiern zu lassen, antwortete mit einem sehr unhöflichen Nein. Ein Amnestiedekret vom 11. Juni brachte mehr als 600 Personen, welche Vergehen oder nicht allzuschwere Verbrechen begangen, oder zur Zeit der Attentate Majestätsbeleidigungen sich hatten zu Schulden kommen lassen, die ersehnte Freiheit. In einem öffentlichen Schreiben vom 11. Juni dankten die Majestäten für die viele Liebe und Anhänglichkeit, die ihnen in mannigfaltigster Form kundgegeben wurde, und erwähnten besonders die vielen zu Zwecken der Humanität gemachten Stiftungen.

---

Auf dem Felde der auswärtigen Beziehungen Deutschlands brachte die nächste Zeit Vorgänge von der größten Bedeutung.

Die zunehmende Annäherung zwischen Rußland, wo man die geringen Ergebnisse des russisch-türkischen Krieges Deutschland in den Schuh schob, und Frankreich, riefen in dem deutschen Reichskanzler den Entschluß hervor, als Gegenstück eine Defensivalliance zwischen Deutschland und Oesterreich abzuschließen. Kaiser Wilhelm wünschte indes vorher den Versuch zu machen, ob nicht durch eine Begegnung mit Zar Alexander II. die durch russische Blätter künstlich vermehrte Entfremdung beseitigt werden könnte.

Feldmarschall v. Manteuffel bereitete die Zusammenkunft vor; sein Kaiserlicher Herr entsandte ihn mit dem Auftrag nach Warschau, dem russischen Herrscher den Wunsch Kaiser Wilhelm I. zu übermitteln, es möge an einem Grenzort eine Zusammenkunft stattfinden. Am 3. September trafen beide Kaiser in Alexandrowo ein und hatten

eine längere Unterredung, die indes nur einen persönlichen, keinen politischen Zweck hatte.

Der Kaiser-Entrevue an der russisch-preußischen Grenze folgte nach 14 Tagen der Besuch des Fürsten Bismarck in Wien. Der Empfang des deutschen Kanzlers an der Donau war ein sehr herzlicher. Nach mehrfachen Konferenzen mit den Ministern Andrassy und Haymerle und nach einer Audienz und einem Festmahle bei dem Kaiser Franz Josef im Schönbrunner Schloß, bei welchem dem deutschen Staatsmanne die größten Auszeichnungen zu teil wurden, wurde bald darauf bekannt, daß die Verständigung zwischen Bismarck und Andrassy in einem Protokoll niedergelegt worden war, das noch während des Aufenthalts des Fürsten Bismarck in Wien vom österreichischen Kaiser unterzeichnet wurde und auch vom deutschen Kaiser unterzeichnet werden sollte.

Die zwischen Österreich und Deutschland eingeleitete Entente bot (das war ihr Grundcharakter) beiden Reichen und ganz Europa die wertvollsten Garantien.

Österreich bot sie Bürgschaften gegen den Panslavismus, Deutschland den vollen und sicheren Rückhalt gegen alle auf Revanchegelüsten basierenden Alliancen, Europa aber ein neues Unterpfand für den Frieden und die allmähliche Konsolidierung der neu geschaffenen Situation in Europa. Später erst erfuhr man näheres, wie die Vorgänge im einzelnen sich aneinander gereiht hatten.

In einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums hatte der Reichskanzler einen tief durchdachten Vortrag über die Lage Deutschlands und Europas und über die inneren und äußeren Gefahren, denen es vorzubeugen galt, gehalten. Diejenigen, die diesen Vortrag anhörten, wurden davon tief ergriffen und versicherten, wenn der Fürst öffentlich so gesprochen hätte, würde ganz Deutschland ihm zugejubelt haben. Das gesamte preußische Staatsministerium wurde vom Fürsten Bismarck von der Notwendigkeit jenes hochwichtigen politischen Schrittes überzeugt und machte gemeinschaftliche Sache mit ihm. Graf Stolberg reiste nach Baden-Baden, um die Zustimmung des Kaisers zu erlangen. Für den Fall der Nichtgenehmigung lag das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers im Kabinett des Kaisers. Man kann sich denken, daß der Kaiser, der stets durch die innigste Freundschaft mit dem russischen Hofe verbunden war, sich nur sehr schwer entschloß, ein Abkommen zu genehmigen, das zwar nur friedliche Zwecke verfolgte,

aber doch möglicherweise uns in einen Kampf mit Rußland verwickeln konnte. Dem Grafen Stolberg gelang es bei seiner achttägigen Anwesenheit, die Bedenken des Kaisers zu überwinden.

Die deutsch-österreichische Alliance wurde vom englischen Kabinett mit Freude begrüßt.

Waren die Staatsmänner an der Themse voll Entzücken über diesen neuesten Schachzug des deutschen Reichskanzlers, so fühlten sich die Revanchepolitiker an der Seine und die Männer der „turbulenten Politik" an der Newa sehr unangenehm dadurch berührt. Die französische Presse konnte hinter der affektierten Zurückhaltung ihrer Sprache ihr Erstaunen und ihre Enttäuschung nicht verbergen; der russischen Presse, welche auf Deutschland und Österreich wacker losschlug, wurde vom Ministerium des Innern mitgeteilt, daß sie bei Besprechung der auswärtigen Politik, besonders der Angelegenheiten Deutschlands und Österreichs, der größten Vorsicht und Mäßigung sich zu befleißigen habe. Ja selbst Fürst Gortschakow traf in Berlin ein und machte Besuche bei dem Kaiserpaar, welches am 22. Oktober von Baden-Baden zurückgekehrt war, und dem Kronprinzen. Eines Besuches bei Bismarck war er durch dessen Aufenthalt in Varzin überhoben. Der erste Toast, welchen bei dem Festmahl der St. Georgsritter zu Petersburg am 8. Dezember Kaiser Alexander ausbrachte, galt „dem ältesten St. Georgsritter, Kaiser Wilhelm, seinem unwandelbaren Freund". So waren wenigstens die äußerlichen Beziehungen der beiden Höfe zu einander wieder hergestellt. Auch der Besuch, den das dänische Königspaar am 28. November in Berlin abstattete, mußte als ein Versöhnungsbesuch aufgefaßt werden.

---

Preußen und das Reich verloren in diesem Jahre drei sehr bedeutende Männer: Am 23. Februar starb zu Berlin der ehemalige Kriegsminister Graf v. Roon, der „Waffenschmied des deutschen Heeres", welcher den Kaiser bei der Reorganisation der preußischen Armee am meisten unterstützt, in der Konfliktszeit ihm fest zur Seite gestanden und in den drei glorreichen Feldzügen das Schwert der Armee geschärft hatte; am 28. Oktober starb der Staatssekretär des Auswärtigen, Staatsminister v. Bülow, in Frankfurt a. M., welcher seit dem Jahre 1873 den ganzen Verkehr mit den diplomatischen Vertretern in Berlin übernommen, den überbürdeten Reichskanzler dadurch bedeutend entlastet und seine Aufgabe mit großer Feinheit und Ge-

wandheit zu lösen verstanden hatte; am 31. Oktober starb der Generalinspekteur der Artillerie, v. Podbielski, in den Feldzügen von 1866 und 1870 Generalquartiermeister der Armee, dessen Name als der eines tüchtigen Organisators neben dem Namen Moltke und Roon stets genannt wurde.

Im Jahre 1879 wurde auch die Regentschaftsfrage in Braunschweig geregelt. Es vereinbarten daselbst Regierung und Stände ein Regentschaftsgesetz, kraft dessen nach dem Ableben des bejahrten, kinderlosen Herzogs Wilhelm die Regierung in provisorischer Weise fortgesetzt werden könne, bis die Succession in endgiltiger Weise geregelt sein würde. Die Braunschweiger wünschten, daß ihr Herzogtum in seiner damaligen autonomen Stellung innerhalb des Reichsverbandes verbleibe, ohne weder dem hannoverschen Welfentum ausgeliefert zu werden, noch in der preußischen Monarchie aufzugehen. — Am 13. Juni 1877 war Großherzog Ludwig III. von Hessen-Darmstadt mit Tode abgegangen und hatte zum Nachfolger seinen Neffen gleichen Namens, einen reichsfreundlichen, wohlmeinenden Herrn, der als Gemahl der Prinzessin Alice von England mit dem Kronprinzen von Preußen verschwägert war. Aber schon im nächsten Jahr wurde das großherzogliche Haus von schwerem Leid betroffen. Die ganze Familie erkrankte an Diphtherie, einer Krankheit, die durch Berührung leicht übertragen wird. Der Großherzog selbst und die Kinder, mit Ausnahme des jüngsten Töchterchens Marie, wurden dem Leben erhalten, dagegen erlag die Großherzogin Alice, nachdem sie alle die ihrigen mit treuer Sorgfalt gepflegt, der tückischen Krankheit; eine Dame, die vor und während der Regierung ihres Gemahls sich allgemeine Liebe und Verehrung erworben hatte, sowohl wegen ihrer Bildung und ihres wissenschaftlichen Strebens, als wegen ihrer Hingebung für alle Werke der Mildthätigkeit und Menschenliebe, die sie in echter Humanität geübt

## Das Jahr 1880.

Die erste dringende Aufgabe, welche den Reichstag im Jahre 1880 beschäftigte, war das Wehrgesetz.

Auf Grund des im Jahre 1874 zwischen der Regierung und der Volksvertretung vereinbarten Bennigsen'schen Kompromisses, war

der Friedenspräsenzstand der Armee und die Ausgabesumme des Kriegsetats im Budget auf den Zeitraum von 7 Jahren festgesetzt worden. Dieser Zeitraum nahte nunmehr seinem Ende; es handelte sich um eine neue verfassungsmäßige Regelung des Gesetzes.

Die Kriegsverwaltung brachte daher einen Entwurf im Reichstag ein, der die Heeresstärke so erhöhte, wie dies der Vermehrung der Bevölkerung entsprach, und zwar abermals für einen Zeitraum von 7 Jahren. Die Erneuerung dieses Septennats wurde, dank der Wärme und überzeugenden Kraft, mit welcher Feldmarschall Moltke für die Vorlage eintrat, gegen den heftigen Widerstand des Centrums und der Fortschrittspartei durchgesetzt.

Nicht so glücklich erging es der einige Zeit darauf vorgelegten Samoa-Vorlage, in welcher von der Regierung der Gesichtspunkt aufgestellt und verteidigt wurde, daß Deutschland die von einem Hamburger Hause in der Südsee, auf den Samoa-Inseln begründeten Niederlassungen übernehmen solle, um für den deutschen Handel in der Südsee, welcher lebhaft betrieben wurde, eine feste Unterlage für weitere Unternehmungen zu haben.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Bamberger bot mit seiner Redegewandtheit und dialektischen Schärfe Alles auf, um die Vorlage vor dem Reichstag zu diskreditieren. Ihm sekundierten Löwe, H. H. Meier und Andere.

Bei der zweiten Beratung am 27. April sprach zuerst Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, welcher seit März die Geschäfte des Staatssekretärs der auswärtigen Angelegenheiten provisorisch versah. Er trat zunächst dem Gerücht entgegen, als lege die Regierung wenig Gewicht auf die Annahme der Vorlage. Indem er die Wichtigkeit derselben näher darlegte, hob er besonders hervor, daß das Aufgeben dieser Position auf die dortige Bevölkerung den Eindruck machen würde, als ob Deutschland eine Niederlage erlitten hätte, und daß die Rückwirkung eines solchen Ereignisses sich auf allen Südsee-Inseln fühlbar machen würde. Der Geheimrat Reuleaux, vom Reichskanzler zum Bundeskommissär für die Samoa-Vorlage ernannt, schilderte die Eindrücke, welche er aus Australien herübergebracht hatte. Das Wanken des Hauses Godefroy habe bei den englischen Häusern in Sidney die größte Freude hervorgerufen, da sie daran die Hoffnung knüpften, daß man den Deutschen den Handel in Polynesien wieder entreißen könne. Als dann die Nachricht eingelaufen sei, das Deutsche

Reich beabsichtige eine Handelsgesellschaft zu gründen, um durch Subvention den deutschen Handel zu schützen, hätten die Engländer solches Vorgehen sogar als Bedrohung ihrer Kolonien aufgefaßt. „Nehmen sie die Vorlage an, so wird bald der ganze Archipel mit einem Netze von Handelsverbindungen überzogen, auch die Beziehungen zu Australien werden lebhafter, während enorme Schwierigkeiten auftreten müssen, wenn die Gesellschaft nicht in's Leben tritt und eine direkte Schiffahrt nicht stattfindet." Bamberger ergriff noch einmal das Wort, um verschiedene Einwürfe zu widerlegen, und glaubte, auf die mehrfachen Äußerungen, was das Ausland zu der Ablehnung der Vorlage sagen werde, die Antwort geben zu können, das Ausland werde gar nichts dazu sagen. Mit 128 geben 112 Stimmen wurde darauf die Vorlage abgelehnt. Die Minderheit bestand aus der Reichspartei, den größten Teil der Deutschkonservativen, etwa 20 Nationalliberalen, der liberalen Gruppe und vier Elsässern, die Mehrheit aus dem Centrum, dem Fortschritt und dem größten Teil der Nationalliberalen. Der Reichskanzler hatte sich an den bisherigen Reichstagsverhandlungen persönlich nicht beteiligt. Eine Abstimmung im Bundesrat veranlaßte ihn am 6. April zum Erstaunen aller Welt sein Entlassungsgesuch einzureichen. In der Bundesratssitzung vom 3. April wurde über die Quittungssteuer beraten und eine Reihe von Quittungen besonders über amtliche Geschäfte, als steuerfreie bezeichnet. Der Vertreter des Reichsschatzamtes, Hofmann, erklärte sich gegen die vielen Befreiungen und sprach besonders für die Anwendung der Quittungssteuer auf die Postanweisungen, während der Kommissär des Reichspostamtes, Oberpostrat Fischer, aus technischen Gründen die Befreiung der Postanweisungen von der Steuer verteidigte, und von dem württembergischen Bevollmächtigten hierin unterstützt wurde. Der Kaiser lehnte indeß das Abschiedsgesuch des Kanzlers ab, unter Hinweis darauf, daß ein Ausweg aus dem Konflikt, in welchen die Vertreter zweier Reichsämter geraten wären, sich dadurch finden lassen würde, daß bei dem Bundesrat diejenigen Anträge gestellt werden, welche eine verfassungsmäßige Lösung eines derartigen Konflikts herbeizuführen geeignet seien.

An die Reichstagssession schloß sich eine sehr lebhafte bewegte Landtagssitzung. Der Hauptberatungsgegenstand derselben war eine Gesetzesvorlage, kraft deren es in die Gewalt der Regierung gestellt sein sollte, eine Reihe von Artikeln in den Maigesetzen in Anwendung zu bringen, oder unausgeführt zu lassen. Dieses Gesetz, welches in

nicht klerikalen Kreisen einiges Aufsehen erregte, entsprach der Neigung der Regierung, eine versöhnliche Haltung der Kirche gegenüber zu beobachten. Über die Intentionen der Regierung drückte sich Fürst Bismarck folgendermaßen aus: „Wir wollen den Frieden mit der Kirche, wir wollen die Möglichkeit, die Gesetze, welche den Schutz des Staates gegen Übergriffe der Kirche bewirken, milde anwenden oder ganz ruhen lassen. Wir wollen die Waffen auf dem Fechtboden niederlegen, aber weggeben wollen wir sie nicht. Wir glauben, daß wir jetzt Frieden erhalten werden, aber die Zeit kann schnell wieder da sein, wo wir die Waffen brauchen." Daß diese Zeit bereits da sei, sah man aus den Nachrichten, welche am 22. Mai aus Rom einliefen. Der Telegraph meldete, daß der Papst die kirchlich-politische Vorlage an den Preußischen Landtag, welche nur ein fakultatives Vorgehen bezwecke, mißbillige, und die in dem Breve vom 24. Februar gemachte Konzession zurückziehe. Im Grunde genommen war nicht viel zurückzuziehen. Die Regierung legte sich die Frage vor, ob sie auf dies hin nicht ihre Vorlage zurückziehen solle, entschied sich aber für die Aufrechterhaltung derselben, um der Bevölkerung zu zeigen, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn dem durch die massenweise erledigten Pfarrstellen geschaffenen Notstand nicht sofort abgeholfen werde. Zugleich ließ Bismarck mehrere Aktenstücke aus der zwischen dem Auswärtigen Amt und dem deutschen Botschafter zu Wien geführten Korrespondenz veröffentlichen.

---

Mit dem Monat August begann die Reihe der 10jährigen Gedenktage an die großen Siege des Jahres 1870. Der Kaiser beging dieselben dadurch, daß er an den Schlachttagen von Vionville bei dem I. Garde-Dragoner-Regiment und am Tage der Schlacht bei Gravelotte bei dem I. Garde-Regiment z. F. an dem Festmahl Teil nahm. Am Sedantage erließ er an die Soldaten des deutschen Heeres eine Proklamation, in welcher er an „die große Zeit, die wir vor 10 Jahren durchlebt haben", erinnerte und versicherte, daß sein letzter Gedanke noch ein Segenswunsch für die Armee sein werde. Der Schluß lautete: „Möge die Armee in dem Bewußtsein des Dankes und der warmen Liebe ihres Kaisers wie in ihrem gerechten Stolz auf ihre großen Erfolge vor 10 Jahren auch immer eingedenk sein, daß sie nur dann große Erfolge erringen kann, wenn sie ein Musterbild für die Erfüllung aller Anforderungen der Ehre und der Pflicht ist, wenn

sie unter allen Umständen sich die strengste Disciplin erhält, wenn der Fleiß in der Vorbildung für den Krieg nie ermüdet und wenn auch das Geringste nicht mißachtet wird, um der Ausbildung ein festes und sicheres Fundament zu geben. Mögen diese meine Worte jederzeit volle Beherzigung finden, auch wenn ich nicht mehr sein werde! Dann wird das deutsche Heer in künftigen Zeiten schweren Ernstes, die Gott noch lange von uns fern halten möge, jederzeit, so wie vor zehn Jahren, der feste Hort des Vaterlandes sein."

---

Zu einer herrlichen nationalen Feier im vollsten Sinne des Wortes gestaltete sich das Kölner Dombaufest am 15. und 16. Oktober des Jahres 1880, welches die ganze Kaiserfamilie in Köln vereinigte.

Dem Kaiser Wilhelm war von seinem verstorbenen Bruder Friedrich Wilhelm IV. als Erbe nicht bloß die Schaffung der deutschen Einheit, sondern auch die Vollendung des Doms zu Köln, als das Symbol dieser Einheit, überkommen. Zu dem Großen, Schönen und Herrlichen, was dieser Monarch bereits ins Leben gerufen hatte, gehörte auch die unter seiner Regierung erfolgte Fertigstellung jenes Gotteshauses, das als die schönste Blüte der deutschen Baukunst zu betrachten ist, das aber auch dem Herzen eines jeden Deutschen nahe steht, weil es die Geschichte der eigenen Nation abspiegelt. Wirft man einen Blick in die Dichtungen, die dem Kölner Dom gewidmet sind, so findet man, daß sie die Trauer um das untergegangene Deutsche Reich, die Sehnsucht nach seiner Wiederherstellung, die Hoffnung auf das preußische Regentenhaus und die Zuversicht, durch dieses die hingeschwundene Größe, Macht und Herrlichkeit wiederhergestellt zu sehen, in Verbindung mit der Freude am schönsten Gotteshaus auf deutscher Erde, wiederspiegeln. Die Grundsteinlegung im Jahre 1842 fiel in die Periode der wiedererwachten Hoffnung deutscher Patrioten, daß es doch noch besser werden könne in unserem Vaterlande. Seine Vollendung zeigte das neue Deutsche Reich, unter Kaiser Wilhelm fest gegründet und hoch geachtet in der ganzen Welt dastehend, ein Wahrer des Friedens, alle Güter des Lebens fördernd und zur höchsten Entfaltung bringend. Und da ganz Deutschland Anteil an dem Ausbau des Doms gehabt, so war es auch ganz in der Ordnung, daß nach dem Willen des Kaisers beim Domfest fast

alle deutschen Fürsten sich um diesen schaaren sollten, damit demselben die wahrhaft nationale Bedeutung verliehen werde. Der ganze Verlauf desselben zeigte, daß diese Bedeutung allseitig gewürdigt und bis ans Ende festgehalten wurde. Allerdings meinte die klerikale Partei das Fest zu einer Kundgebung nach ihrem Sinne zu gestalten, indem sie ihre Teilnahme an demselben von der Zurückberufung des Bischofs Melchers abhängig machte und erklärte, von einem Jubelfest könne erst die Rede sein nach der Wiederherstellung des kirchlichen Friedens. Eine Deputation rheinischer Notablen, welche dem Kaiser diese Erklärung am 2. Oktober in Baden-Baden überreichen wollte, erhielt den Bescheid, daß der Kaiser in dieser Frage weder Deputationen noch Adressen irgend einer Art vor der Domfeier entgegennehme und daß den Absendern anheimgestellt werde, die Immediateingabe erst nach dem 16. Oktober nach Berlin absenden zu wollen. Als dies geschah, wurde den Unterzeichnern der Eingabe vom Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Grafen Stolberg, am 19. Dezember die Antwort mitgeteilt, daß der Kaiser ihre Eingabe dem Staatsministerium „zur Prüfung und Bescheidung" übersandt habe und daß dieses es nicht für angezeigt erachte, jene Feier zum Anknüpfungspunkt für die Erörterung kirchlich-politischer Anträge und Gesichtspunkte zu machen. So beschlossen denn die Klerikalen, bei dem Kölner Dombaufest eine „würdige Zurückhaltung" zu beobachten, und wenn es nach ihrem Sinn gegangen wäre, so hätte an demselben kein Katholik sich beteiligen dürfen und hätte der Himmel die finsterste, in den stärksten Regengüssen sich entladende Miene annehmen müssen. Keines von beiden war der Fall: das Zuströmen der rheinischen Katholiken war ein ungeheures, und am 15. und 16. Oktober war „Kaiserwetter". Von den beiden katholischen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses und des Reichstages, welche zur Feier eingeladen waren, meldete sich der eine, Herr von Heeremann, krank, und der andere, Freiherr von Frankenstein glaubte sich keiner Taktlosigkeit und keiner Rücksichtslosigkeit schuldig zu machen, wenn er die Einladung des Kaisers einfach ablehnte; aber viele deutsche Fürsten und Prinzen, Minister, Generale und Präsidenten folgten dem Worte des Kaisers, und Köln sah ein Schauspiel in seinen Mauern wie nie zuvor.

Den eigentlichen Festakt der Einweihung am 15. Oktober eröffnete ein protestantischer Gottesdienst. Nach demselben begab sich das Kaiserpaar in den Dom und wurde von dem Weihbischof Baudri

daselbst empfangen und mit einer Ansprache begrüßt. In derselben vergaß er nicht der Abwesenheit des Erzbischofs zu erwähnen und den Wunsch auszusprechen, daß der ersehnte Tag der Rückkehr desselben bald herankommen möge, damit der Hirt dem vollendeten Dom wiedergegeben werde.

Der Kaiser erwiderte darauf, daß das Walten eines ungetrübten Gottesfriedens im Reich, als das Ziel seiner unausgesetzten Sorge und seiner täglichen Gebete sei. In dieser Rede des Kaisers trat mehr die Bedeutung des Doms als eines Gotteshauses, als eine Stätte christlicher Gottesverehrung zu Tage; die Festversammlung dagegen faßte ihn mehr als Symbol der deutschen Einheit auf. Dem ganzen Feste war auch dieses echt nationale Gepräge verliehen. Es war kein kölnisches, kein preußisches, es war ein wahrhaft deutsches Fest, gleich jenem der Grundsteinlegung am 4. September 1842, und mit Recht erinnerte auch ein Berliner Blatt an das Dichterwort: „Ganz Deutschland baut dies Gotteshaus, ein ew'ges bauet Deutschland aus; es baut der Einheit Edelstein den Riesendom zu Köln am Rhein." Dasselbe Gefühl durchzuckte am Feste des 15. Oktober die Herzen der meisten Anwesenden, die in Köln die Feier der Vollendung eines der herrlichsten Tempel der Christenheit begingen und sich seiner nationalen vaterländischen Bedeutung bewußt waren. Alle Räume des Riesenbaues waren mit Menschen gefüllt. Es begann das Tedeum, das allen, die ihm beigewohnt haben, unvergeßlich bleiben wird. Durch die hohen, mit gemalten Scheiben versehenen Chorfenster brach ein magisches Licht auf den dicht besetzten Altar, vor welchem die Geistlichkeit in ihren reichen farbigen Priestergewändern stand, während der Weihrauch zum hohen Gewölbe stieg und die mächtigen Klänge der Orgel sich in den Gesang mischten. Und überall, wohin die Blicke schweiften, sah man nichts als glänzende Uniformen, Ordenssterne, Persönlichkeiten, deren Namen für alle Zeiten mit der Geschichte Deutschlands aufs innigste verwoben sind, hervorragende Männer der Kunst und Wissenschaft. Besondere Aufmerksamkeit wandte sich dem vom Kaiser zum Geheimen Regierungsrat ernannten Dombaumeister Voigtel zu, der am 15. Oktober einen wahrhaften Ehrentag beging.

Am nächsten Tage fand die Vorführung des historischen Festzuges statt.

Dem Programm gemäß sollte der Festzug der Baugeschichte des Domes drei wichtige Momente entnehmen. Die Grundsteinlegung im

Jahre 1248, die Einweihung des vollendeten Chors im Jahre 1322 und die Grundsteinlegung zum Ausbau des Doms im Jahre 1842. An diese drei geschichtlichen Momente sollten sich die Gestalten des Festzuges anlehnen, und gewissermaßen eine Geschichte Kölns seit 1248, dargestellt durch bedeutende Persönlichkeiten in kultur-historisch getreuen Trachten und Waffen, dem Kaiserpaar und seinen hohen Gästen vorführen. Diesen Gedanken war in ebenso sinniger als malerischer Weise Ausdruck gegeben.

Die letzte von Professor Camphausen entworfene Abteilung des Festzuges führte in die Gegenwart hinüber. Es erschienen Landsknechte mit ihrem Führer, gefolgt von einem Trompeterkorps, an dessen Spitze ein Mohr mit den Kesselpauken ritt. Die Tracht erinnerte an das Zeitalter des Großen Kurfürsten, der schon am Rhein Fuß gefaßt hatte. In reicher Kleidung schritten die Kavaliere des Dombaubannerträgers einher. Ihnen schloß sich der vom Baumeister Deutz entworfene Wagen mit dem Domkran an, darauf kamen die Pagen sämtlicher deutscher Reichslande mit deren Wappen und darauf der von Professor Mohr entworfene Wagen der „Germania", den vollendeten Dom bekränzend. Als „Wacht am Rhein" erschienen nun die Repräsentanten der deutschen Reichstruppen, die mit Kaiser Wilhelm in Frankreich gefochten hatten, eröffnet durch einen Zug Königshusaren, dann Garde-du-Corps, Ulanen, Dragoner, bayerische Cheveaulegers, sächsische Reiter, württembergische Ulanen, preußische Infanteristen, Jäger, Pioniere und Artillerie mit Geschützen. Den Schluß bildete ein Zug der in Deutz stehenden Kürassiere.

Die Augen des Kaisers leuchteten, als er diese seine Soldaten, die Helme mit Laub geschmückt, erblickte. Man hatte während der ganzen Dauer des Festzuges bemerkt, wie lebhaft sein Interesse an demselben war, wie laut er seine Freude, seine vollste Anerkennung ausdrückte. Wahrhaft überraschend und rührend zugleich war die dem verstorbenen König Friedrich Wilhelm IV. dargebrachte Ovation. Dem Kaiserpavillon gegenüber wurde die auf hohem Sockel aufgestellte Büste desselben enthüllt. Pagen schmückten dieselbe mit Kränzen, während ein Sängerchor den eigens für diese Feier gedichteten Hymnus sang. —

---

Ein Vorgang, der in Handelskreisen große Freude erregte und als ein Anzeichen bedeutsamer Veränderungen im Handelswesen begrüßt wurde, war die Uebernahme des Ministeriums für Handel

und Gewerbe durch den Fürsten Bismarck im September 1880. Der erste Schritt, den der Reichskanzler auf diesem neuen Gebiete seiner Thätigkeit that, war die Anregung eines Volkswirtschaftsrates, der aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der übrigen Gewerbe bestand.

Dieser Volkswirtschaftsrat wurde durch eine Verordnung vom 17. November begründet. Er sollte aus 73 Mitgliedern bestehen, welche auf 5 Jahre berufen wurden.

Bei dem neu ins Leben gerufenen Volkswirtschaftsrat handelte es sich weniger um eine Konkurrenz, als um eine Ergänzung des Parlamentarismus, die um so notwendiger erschien, als bei den Wahlen zum Reichstag die Parteistellung entscheidend ist, wirtschaftliche Fragen deshalb durch Parlamente oder deren Kommissionen nicht objektiv und ausreichend behandelt zu werden pflegen. Maßgebend war auch die Erwägung, daß die Behörden in ihrer Zurückgezogenheit vom praktischen Leben vielfach den Bedürfnissen des Verkehrs fremd gegenüber stehen, und die Mitwirkung von Sachverständigen ihre Autorität nur stärken kann, wie das Vertrauen zum Richter durch die gemeinsame Thätigkeit mit dem Laienelement gehoben wird. Die Handels- und Gewerbekammern vertraten in der Regel nur die Interessen kleinerer Bezirke oder bestimmter Handelszweige, und erschienen nicht maßgebend zur Begutachtung größerer Gesetzeswerke. Entäußerte sich das Parlament, welches den Rat der Vertreter von Handel, Industrie und Arbeit hört, wirklich eines kleinen Teiles seiner politischen Befugnis, so that der Staat jedenfalls dasselbe, und der Staat stand ebenso wie der Reichstag, wenn nicht noch mehr, in direktester Beziehung und Fühlung zu den Lebensbedingungen der nationalen Arbeit und des Handels.

Die Aufgabe der neuen Körperschaft war: über die Entwickelung von Handel, Industrie und Landwirtschaft zu wachen, und bei wirtschaftlichen Fragen für Ergänzung bezw. Herstellung des Einklangs zwischen Theorie und Praxis zu sorgen. Nach dem Plan des Reichskanzlers sollte der Wirtschaftsrat vorläufig bloß für Preußen eingeführt werden, um eine entsprechende Einrichtung für das Reich vorzubereiten.

Während die neuste Institution in den Kreisen des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft mit entschiedenem Beifall aufgenommen ward, äußerten Fortschrittsmänner wie die Abgeordneten Richter und Hänel sehr viele Bedenken dagegen, und erklärten ihn

für einen Rückfall in das altständische Princip, welches nur die Macht des Reichskanzlers gegenüber den Ministern und der Volksvertretung erhöhe u. s. w. Der einsichtigere Teil der Volksvertretung billigte dagegen die Einsetzung des Volkswirtschaftsrates.

---

# Das Jahr 1881.

Die ersten Vorlagen, die dem Volkswirtschaftsrat unterbreitet wurden, waren das Unfallversicherungsgesetz und das Innungsgesetz. —

Das Unfallversicherungsgesetz, eine Verbesserung und Erweiterung des schon bestehenden Haftpflichtgesetzes, setzte zunächst fest, daß alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, bei der Ausführung von Bauten und in Anlagen für Bauarbeiten (Bauhöfen), in Fabriken und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt nicht über 2000 Mark beträgt, bei einer von dem Reiche zu errichtenden und für Rechnung desselben zu verwaltenden Versicherungsanstalt gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes zu versichern seien. Gegenstand der Versicherung war der Ersatz des Schadens, welcher durch eine körperliche Verletzung, die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 4 Wochen zur Folge hatte, oder durch Tötung entstand.

Das Innungsgesetz, welches eine Novelle zur Gewerbeordnung war, und infolge der in der vorigen Reichstagssession angenommenen deutschkonservativen Anträge ausgearbeitet wurde, hatte den Zweck, den Innungen einen öffentlichen rechtlichen Charakter zu geben, und sie mit wichtigen Befugnissen auszustatten, um dadurch dem kleinen Gewerbestand gegen die ihn auflösenden Wirkungen der Gewerbefreiheit und gegen die Bedrängung durch die Großindustrie wieder zu einer kräftigen Organisation zu verhelfen.

Die Bildung der Innung und der Eintritt in dieselbe sollte freiwillig sein. Zweck und Aufgabe der Innung sollte in der sittlichen Hebung des Standes bestehen, in der Fürsorge für das Lehrlingswesen, in der Leitung von Fachschulen, in der Bildung und Verwaltung von Unterstützungskassen, in der Schlichtung von Streitigkeiten unter den Genossen oder zwischen den Gesellen und Lehrlingen einerseits und den Meistern andererseits.

Beide Gesetze wurden, wenn auch in amendierter Form, angenommen, und der Volkswirtschaftsrat dann geschlossen.

In der kurz darauf eröffneten Reichstagssession nahm der Kanzler sogleich Anlaß sich über das Gesetz, betreffend die Einführung zweijähriger Budgetperioden, auszusprechen. Dieses Gesetz hatte dem Umstand seine Einbringung zu verdanken, daß es der Regierung daran lag, das gleichzeitige Tagen von Landtag und Reichstag zu vermeiden. Einmal wurde dadurch den Beamten eine ungeheure Arbeit auferlegt, ferner wirkten die alle 3 Jahre sich wiederholenden Wahlagitationen auf die moralische und sociale Haltung des Volkes ein. Da es aber in dem Entwurf der Reichsregierung überlassen war, ob sie während der zweijährigen Budgetperiode den Reichstag nur einmal oder zweimal einberufen wollte, so ließ sich denken, daß nicht nur die liberalen Parteien, sondern jedenfalls auch das Centrum dem Gesetz ihre Stimmen versagen, und daß die Gemäßigten unter denselben das Gesetz nur unter der Bedingung annehmen würden, daß die jährliche Berufung des Reichstags im Gesetze selbst garantiert würde. Daß aus verschiedenen, zum Teil vom Reichstag selbst verschuldeten Gründen eine gewisse Ermattung, unter dem Volke ein gewisser Ueberdruß an dem parlamentarischen Leben eingetreten war, konnte niemand in Abrede stellen, aber wenn auch die Thatsachen zugegeben wurden, so schob man doch den Grund hiervon auf den Reichskanzler, auf den alles Unheil abzuladen so bequem war; die Wahlagitationen konnten manchem Volkstribun nicht häufig genug stattfinden.

Es kam nun zu längeren Erörterungen über die staatsrechtlichen und politischen Bedenken, die gegen die zweijährige Budgetperiode sprachen. In der dritten Beratung wurde das Gesetz, das inzwischen von einer Kommission sehr gründlich geprüft worden war, nach sehr verwickelten und langatmigen Debatten in der Form, wie es die Regierung wünschte, verworfen.

Im weiteren Verlauf der Reichstagssession entwickelte Fürst Bismarck dann im Anschluß an eine von ihm vorgelegte Denkschrift die Reform der Reichsabgaben. „In den bisher erreichten wirtschaftlichen und finanziellen Resultaten, so erklärte der Kanzler, erblickten die verbündeten Regierungen die Aufforderung, die Grundgedanken jener Reform zu weiterer Durchführung zu bringen und auf diesem Wege nicht nur die finanzielle Selbständigkeit des Reiches anzustreben, sondern auch den Bundesstaaten weitere Mittel zu gewähren zur Umgestaltung ihrer Besteuerungsverhältnisse, zur Minderung drückender Abgaben und zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. Welche Mittel die Einnahmen den einzelnen Staaten für diese Zwecke zu gewähren im Stande seien, würde sich erst übersehen lassen, wenn die Überschüsse im Reiche aus den neuen Zöllen definitiv feststänben. Schon jetzt glaubten die verbündeten Regierungen indeß eine Vermehrung der für jene Zwecke zu verwendenden Einnahmen durch eine neue Ordnung der Stempelgesetze und der Brausteuer und durch eine Wehrsteuer erstreben zu sollen." Von den zur Diskussion gestellten Gesetzentwürfen wurden darauf die Brau- und die Wehrsteuer abgelehnt, die Stempelsteuer in der Beschränkung auf Börsenpapiere angenommen.

---

Der Abgeordnete Professor von Treitschke hatte im Anschluß an die Debatte des Vorjahres über die Heranziehung Altonas in den Zollverein die Frage der Aufnahme Hamburgs in denselben angeregt. Er vertrat in seiner warmen beredten Weise die Auffassung, daß eine große Nation Exportplätze bedürfe, die ihr angehören und ihrem Zollwesen unterliegen. Der Vertreter Hamburgs ließ dem gegenüber zuerst die Sprache des beschränkten Partikularismus vernehmen und meinte, daß durch das Heranziehen Hamburgs in das Zollgebiet die ausländischen Häfen begünstigt, die eigene Exportindustrie geschädigt würde, daß daher ein solcher Anschluß unerfüllbar sei. Zu dieser Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vertreter Hamburgs mit der Reichsregierung trat noch ein staatsrechtlicher Streit zwischen Reichsregierung und Reichstag über die Frage, wer die Kosten, die durch den Anschluß Altonas und die Errichtung neuer Zollämter entstehen, zu tragen haben werde. Die Regierung war der Ansicht, daß die Verteilung dieser Kosten lediglich Sache des Bundesrates sei. — Die Mehrheit der Budgetkommission des Reichstages dagegen stellte

den Antrag, daß diese Kosten, soweit sie nicht von Preußen und Hamburg zu decken seien, der Genehmigung des Reichstages bedürfen.

Die Verhandlungen wegen des Zollanschlusses von Hamburg gingen indes weiter. Der Reichskanzler stellte im Bundesrat den Antrag auf Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein und die Aufhebung des Hauptzollamtes in Hamburg, unbeschadet der Freihafenstellung. Die Hamburger begriffen sehr rasch, um so schwerer der Reichstag. Im Namen der Fortschrittspartei stellte Richter den Antrag, zu erklären, „daß es weder dem bundesstaatlichen Verhältnis, noch der Achtung vor dem geltenden Verwaltungsrecht entspreche, wenn der Bundesrat Änderungen an den Zolleinrichtungen vornehmen sollte, lediglich zu dem Zwecke, um einzelne Bundesstaaten in dem freien Gebrauch ihres verfassungsmäßigen Rechts zu beschränken."

Die Regierung wies darauf die Unterstellung zurück, als wolle sie Verhandlungen führen, die darauf hinauszielten, daß der Bundesrat Beschlüsse fassen könne, durch welche die Rechte der einzelnen „Bundesstaaten" geschädigt würden. Nichtsdestoweniger wurde die Polemik gegen den Zollanschluß fortgesetzt und schien sich noch sehr ausspinnen zu wollen, obgleich das Protokoll über den Eintritt Hamburgs in den Zollverband von dem preußischen Finanzminister und dem Reichsschatzsekretär einerseits, dem hamburgischen Bevollmächtigten andererseits, bereits unterzeichnet worden war.

Das Entgegenkommen des Hamburger Senates führte schließlich die Sache der Zollregulierung dem Gelingen zu. In der Denkschrift, welche die Hamburger Regierung der Bürgerschaft unterbreitete, hieß es unter anderem:

> „Opfer, schwere Opfer sind nötig, aber wir bringen sie im Bewußtsein, einer gesicherten und gedeihlichen Zukunft entgegen zu gehen. Wenn wir den Frieden ablehnen, finden wir uns dem neuen Kampfe gegenüber, und zwar nach abgelehntem Frieden, einem um so hartnäckigerem Kampfe, nicht mit dem Reichskanzler, sondern mit dem ganzen großen Vaterland, welchem wir angehören, welches wir ehren und lieben. Der ruhige und besonnene Staatsmann, und das sollen Sie heute sein, wird schwerlich die Verantwortlichkeit einer Ablehnung übernehmen wollen. Alle können Sie zustimmen, dessen kann ich Sie versichern, und Hamburg wird blühen, wachsen und gedeihen auch nach der Annahme des

Zollanschlusses durch die Tüchtigkeit, Kraft und den Gemeinsinn seiner Bürger; es wird bleiben der Handelsplatz unsres eng mit uns verbundenen Vaterlands für alle Verbindungen über die weite Erde."

Der Reichskanzler war dann bald in der Lage, die zwischen den beiderseitigen Kommissaren über die Modalitäten des Zollanschlusses von Hamburg getroffene Vereinbarung dem Bundesrat mitzuteilen. Der Inhalt derselben entsprach den von beiden Seiten gehegten Wünschen.

Nach den getroffenen Vereinbarungen sollte insbesondere das gesamte hamburgische Staatsgebiet, mit Ausnahme eines dauernd außerhalb der Zollgrenze zu belassenden kleinen Freihafengebiets, innerhalb dessen Handel und Exportindustrie auch ferner ohne jede Zollkontrolle betrieben werden dürfen, in das Zollgebiet einverleibt werden, die Zoll- und Steuerverwaltung im Hamburgischen Staatsgebiet mit ganz geringen Ausnahmen den hamburgischen Staatsbehörden zustehen und darauf Bedacht genommen werden, die geltenden zollgesetzlichen Bestimmungen den Bedürfnissen des Hamburger Handels thunlichst anzupassen. Außerdem sollten den in dem anschließenden Gebiet verbleibenden Exportindustrien während eines längeren Zeitraumes besondere Steuerbegünstigungen zu teil werden. In der getroffenen Vereinbarung, durch welche das Reich das verzeichnete Ziel der Einheit des Zoll- und Handelsgebiets nahezu erreichen würde, war gesucht worden, die Frage der Freihafenstellung Hamburgs im Sinne der Reichsverfassung und in einer den allgemeinen Interessen des Reiches wie den besonderen Interessen Hamburgs entsprechenden Weise zum endgiltigen Abschluß zu bringen. Indem dem berechtigten Anspruch des Zollinlandes auf freien Verkehr in sich und mit seinem hervorragendsten Seehandelsplatze Erfüllung gesichert ward, gelangten die beengenden Schranken zur Beseitigung, welche dem Verkehr des Zollinlandes mit den überseeischen Ländern dermalen entgegenstanden, und gewann das Reich damit eine wesentlich erweiterte Grundlage zur Entfaltung seiner Kräfte auf vielen und bedeutsamen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Zugleich aber ward, insbesondere durch die dauernde Belassung eines ausreichend bemessenen Freihafengebiets und den finanziellen Beistand des Reichs bei einer zweckentsprechenden Ausstattung desselben, für eine nicht minder im Gesamtinteresse des Reichs als im besonderen Interesse Hamburgs liegende gedeihliche Fortentwickelung des hamburgischen Handels Sorge getragen und damit die Besorgnis, daß die Änderung

des bisherigen Verhältnisses den Handel der Hansastadt schädigen würde, ausgeschlossen.

Dem Bundesrat wurde der Hamburger Vertrag und am 5. Juli ein Gesetzentwurf vorgelegt, wodurch der Reichskanzler ermächtigt werden sollte, von den durch den Zollanschluß der Stadt Hamburg erwachsenden Kosten die Hälfte, jedoch höchstens in der Höhe von 40 Millionen, auf das Reich zu übernehmen, und hierfür eine Anleihe zu veranstalten. Beides wurde genehmigt.

Am 15. Juli erfolgte der Schluß des Reichstages.

---

Ein schönes Familienfest, welches über den Lebensabend Kaiser Wilhelm I. einen sonnigen Glanz verbreitete, war die Vermählung des Prinzen Wilhelm, des künftigen Thronerben, mit der Prinzessin Auguste Victoria von Schleswig-Holstein, am 27. Februar 1881.

Unter den Augen des ehrwürdigen Kaisers, der das Deutsche Reich neu begründete und in seinem späten Alter mit ungebrochner Kraft und unermüdlicher Frische seines hohen Amtes mit Weisheit und Gerechtigkeit waltete, und seiner hochsinnigen Gemahlin, die in allen weiblichen Tugenden, in Humanität des Geistes und des Herzens und tiefempfundener Religiosität allen deutschen Frauen voranleuchtete, betrat das junge Paar die geweihte Stätte, um den Bund der Herzen zu schließen und von dem Lenker aller menschlichen Geschicke den Segen für ihren Ehestand zu erflehen.

Der letzte Hochzeitstag, der dieselbe Kapelle erfüllte, galt einem goldenen Jubelfest. — Wie jetzt die grüne Myrte, so umschlang damals der goldene Kranz das Haupt der hohen Vermählten. Jetzt sah man beide, die goldene und die grüne Braut, in glänzendem Festschmuck an heiliger Stelle, eine selten von Gott gewährte Gnade, und eine nur wenig Sterblichen geschenkte Gunst.

Nächst dem ehrwürdigen Kaiserpaar stand das kronprinzliche Elternpaar, ausgezeichnet durch mustergiltiges, echt deutsches Familienleben, durch Sinn und Empfänglichkeit für edle Geistesbildung und das Streben nach Förderung idealer Lebensanschauung nicht minder als durch Liebe für die Größe und die Macht des Vaterlandes. Wie das deutsche Volk in der erhabenen Person seines ehrwürdigen Kaisers,

seines ritterlichen Kronprinzen, die Verkörperung seiner höchsten Ideale erblickte, so huldigte es dem hohen neuvermählten Paar.

Feiertagsmäßig geschmückt, im bunten Festkleid, so empfing die Reichshauptstadt in den sonnigen winterhellen Nachmittagsstunden des 26. Februar die jugendlich anmutige Fürstenbraut, deren Erscheinen von Hunderttausenden mit Ungeduld erwartet wurde. Nicht verschwenderisch war die Pracht zu nennen, in welcher die zu passierenden Straßenzüge prangten; das Wort des Kaisers hatte dem freien Willen den weitgehenden Plänen, den für kurze Stunden bestimmten Schmuck in künstlerisch wohlabgewogenem Rhythmus zu gestalten, Einhalt gethan. Dem schlichten, einfachen Sinne des Monarchen entsprach es nicht, daß dem jungen Paare der volle Kranz künstlerischer Triumphe geboten wurde. Demnach wurde aus dem Programm alles entfernt, was einen monumentalen, ja auch nur architektonischen Charakter trug, und nur leichtes Stangengerüst, fliegende Fahnen und Blumengewinde blieben übrig, um der projektierten Fest- und Einzugsstraße einen bescheidenen, deshalb nicht minder sinnigen Ausdruck zu leihen.

Viele fremde fürstliche Gäste waren zu den Vermählungsfeierlichkeiten als Zeugen erschienen.

Die Ansprache, welche Prinz Wilhelm, der an seinem Vermählungstage zum Major ernannt wurde, beim Empfang verschiedener Deputationen hielt, war ganz im Sinn und Geist des Hohenzollern-Hauses. Er und seine Gemahlin, sagte er, wüßten, daß diese Huldigungen nicht ihnen, sondern dem Hohenzollern-Hause gälten, daß sie so viel Liebe erst durch ernste Pflichterfüllung verdienen müßten. Das Vorbild ihrer Großeltern und Eltern würden ihr Leitstern sein für das Leben. „Wir bringen dieses Gelöbnis dar, als schwachen Dank für alle Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit und bitten, dem gesamten Vaterlande mitzuteilen, daß wir unser ganzes Leben der Erfüllung unserer Pflichten widmen werden." Nach den Feierlichkeiten begab sich das neuvermählte Paar nach Potsdam, wo es im königlichen Schloß Wohnung nahm.

---

Den glänzenden Vermählungsfeierlichkeiten am Berliner Hof folgte bald schon tiefes Leid, und wehmütige Trauer.

Die Kunde von der Ermordung Kaiser Alexander II. von Rußland am 13. März traf das deutsche Kaiserhaus wie ein

Schlag aus lichter Höh'. Aber unter den Trauernden befanden sich alle echten Deutschen.

Sie ermaßen den tiefen Schmerz, welchen Kaiser Wilhelm, der innig befreundete Oheim des Verewigten über den unersetzlichen Verlust mit seinem ganzen Haus empfinden mußte, und waren der freundlichen Haltung dankbar eingedenk, die Alexander während der Kriege von 1866 und 1870 bewahrt hatte. Daß die entsetzliche That mit den nihilistischen Verschwörungen zusammenhing, war wohl von vornherein klar. Den ausschweifenden Plänen, welche die Erkenntnis des politischen Zurückstehens, die Bekanntschaft mit den Ideen der westpreußischen Revolutionäre und die russische Vorliebe für das Maßlose gezeigt hatten, vermochte die nur oberflächliche Bildung, selbst der höheren Gesellschaftskreise, nicht den entsprechenden Widerstand zu leisten, und so waren denn jene Theorien zur praktischen Verwertung gelangt, welche die Anerkennung irgend eines Gesetzes als denkscheuen Autoritätenglauben verhöhnten.

Den Frieden zu erhalten, wenigstens soweit Deutschland in Betracht kam, war auch in jenen Jahren der Reichskanzler mit glücklichem Erfolg bestrebt. Und es war nicht immer leicht; denn oft genug zogen drohende Wolken am politischen Himmel auf. Nicht nur, daß die Männer der „Revanche" in Frankreich jede Gelegenheit ergriffen ihrem Hasse Luft zu machen und unabläßig nach einer günstigen Konstellation gegen das Deutsche Reich ausspähten, auch die vom Fürsten Bismarck einst als „turmhoch" gepriesene Freundschaft mit Rußland war nach dem tragischen Untergang Alexander II. wiederholt gefährdet und erschüttert unter dem Einfluß der mächtigen panslavistischen Bewegung, als deren Gönner in den hohen Regierungs- und Militärkreisen der alte Kanzler Gortschakoff, der verschlagene intrigante Graf Ignatieff und der rohe, heißblütige General Skobeleff auftraten. Die Bildung einer russisch-französischen Offensivallianz mußte als eine der ernstesten Gefahren für den europäischen Frieden betrachtet werden. Indessen gelang es noch immer einer Störung des Einvernehmens zwischen Rußland und Deutschland vorzubeugen, und die Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern und ihren ersten Staatsmännern in Danzig am 9. September 1881, die Ersetzung Gortschakoff's durch den deutsch-freundlicheren und besonneneren Herrn von Giers in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die Entlassung des Grafen Ignatieff aus seiner Stellung als Minister des

Innern, konnten als wertvolle Friedensbürgschaften betrachtet werden, und als Zeichen, daß auch Alexander III. das Band altüberlieferter Beziehungen zu dem Nachbarreiche, das Dreikaiserbündnis von ehedem nicht zu lösen gesonnen war.

---

Das Gesetz vom 14. Juli 1880 war, trotzdem es unter Widerspruch der Ultramontanen zu stande gekommen und von denselben als gänzlich ungenügend bezeichnet wurde, nicht ohne wolthätige Folgen für die katholische Kirche. In vielen erledigten Pfarreien konnte die Seelsorge und in den durch den Tod ihrer Inhaber erledigten Bistümer durch Einsetzung neuer Oberhirten eine regelmäßige Diöcesenverwaltung wiederhergestellt, die Gehaltssperre aufgehoben werden. Die ultramontane Bewegung und Agitation ließ merklich nach in Folge des Entgegenkommens, das die Regierung bewies.

Dieses Entgegenkommen ward nach verschiedener Richtung hin wahrnehmbar. Es zeigte sich darin, daß durch Spezialbevollmächtigte mit dem Vatikan nochmals verhandelt wurde. Auch der Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst wurde als ein Symptom für eine bevorstehende Verständigung zwischen der Regierung und der Kurie angesehen. Außer in der Besetzung der Bistümer durch päpstlicherseits bestellte Verwalter, welche von den weltlichen Behörden anerkannt wurden, außer der Aufhebung der gesperrten Gehälter, kam man sich auch darin entgegen, daß der den Bischöfen vorgeschriebene Eid einzelnen Bistumverwesern erlassen wurde, u. s. w.

Mit Ende des Sommers 1881 waren in allen preußischen Diöcesen, außer Köln und Posen, geordnete kirchliche Verhältnisse hergestellt. Aber die bedeutsamste Maßregel war die Absendung des deutschen Gesandten in Washington, Herrn von Schlözer, zum Papst nach Rom. Der genannte Unterhändler des Fürsten Bismarck traf am 12. September 1881 in der Hauptstadt Italiens ein, und wurde erst vom Kardinal Jakobini, dann von Leo XIII. empfangen.

Am 20. September kehrte er nach Berlin zurück, um dem Reichskanzler über die Erfolge seiner Mission Bericht zu erstatten, und begab sich dann wieder auf seinen Posten nach Washington, wo er von dem neuen Präsidenten Arthur am 15. Oktober in Audienz empfangen wurde, und denselben das Beileid des Kaisers, des Kronprinzen und des Fürsten Bismarck über den Tod des Präsidenten Garfield aus-

drückte. Mit einer zweiten Mission wurde der Geh. Legationsrat Busch betraut, welcher im Dezember in Rom verweilte, und gegen Ende des Monats nach Berlin zurückkehrte. Was über den Inhalt der Verhandlungen dieser beiden Diplomaten in den Blättern mitgeteilt worden ist, beruhte nur auf Vermutung.

In protestantischen Kreisen hatte man die Hoffnung auf ein endliches Nachgeben der Kurie um so mehr bewahrt, als auch Frankreich durch die Auflösung der geistlichen Orden und die Verstaatlichung des Unterrichts, Italien durch den Kampf gegen das Garantiegesetz den Vatikan bedrängten. Wie ein Schlag aus heiterem Himmel ward die von dem ultramontanen Blatt „Germania" zuerst gebrachte Mitteilung hingenommen, daß zwischen der Regierung und der Kurie über die Bestellung eines neuen Bischofs für Trier eine Verständigung erzielt sei. Noch größere Beunruhigung riefen zwei Artikel der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" hervor, welche den Straßburger Dompfarrer Dr. Korum als Bischof namhaft machten, ihn, der seine Ausbildung auf der Insbrucker Universität empfangen, als Anhänger der Jesuiten und Feind des Deutschtums bezeichneten, im übrigen aber den Kulturkampf als argen zweckwidrigen Fehler verurteilten. Aber alle Versuche der liberalen Presse, einige Auskunft über die Gegenzugeständnisse der Kurie herauszuschlagen, blieben vergeblich. Die amtlichen Blätter hüllten sich in geheimnisvolles Schweigen, die halbamtlichen eiferten gegen die vorschnellen Nachrichten über noch schwebende Unterhandlung. Daß Fürst Bismarck einen Frieden um den Preis des Verzichts auf notwendige Souveränetätsrechte schließen könnte, trauten ihm aber auch seine entschiedensten Gegner nicht zu.

---

Die im Jahre 1881 vorzunehmenden Reichstagswahlen riefen schon längere Zeit vorher eine sehr lebhafte Wahlbewegung hervor, in welcher der Liberalismus große Anstrengungen machte, um die Parteien, welche dem politischen und wirtschaftlichen System des Reichskanzlers Opposition machten, unter einem Banner zu sammeln. Es sollte eine große liberale Partei geschaffen werden, welche die Nationalliberalen, die Sezessionisten und die Fortschrittler umfassen würde. Die neue Gruppe unter einheitliche Führung gestellt, sollte den reaktionären Bestrebungen entgegentreten.

Dieser Agitation gegenüber schlossen sich die Konservativen fester als sonst zusammen; in ihrem Schoße machte sich aber zum ersten Male

ein neues Element bemerkbar, das der Partei eine sehr erregte Gegnerschaft zuzog. Es war dies der Antisemitismus, als dessen Hauptvertreter der Hofprediger Stöcker fungierte.

Der Pöbel der größeren Städte bemächtigte sich der antisemitischen Agitation und veranstaltete in Berlin, Stettin und anderwärts Judenhetzen. Die Antisemiten-Petition, wozu in ganz Deutschland Unterschriften gesammelt worden waren, wurde mit etwa 255000 Unterschriften bedeckt, am 13. April dem Reichskanzler übergeben, ohne daß sie bei demselben eine andere Kundgebung als die der Empfangsbescheinigung hervorgerufen hätte. In einer Unterredung mit einem jüdischen Industriellen äußerte der Reichskanzler: „Ich mißbillige ganz entschieden diesen Kampf gegen die Juden, sei es, daß er aus konfessioneller oder gar auf der Grundlage der Abstammung sich bewege. Mit gleichem Rechte könnte man eines Tages über Deutsche von polnischer oder französischer Abstammung herfallen wollen und sagen, es seien keine Deutschen. Daß die Juden sich mit Vorliebe mit Handelsgeschäften befassen, nun das ist Geschmacksache; durch ihre frühere Ausschließung von anderen Berufsarten mag wohl das begründet sein. Aber sicherlich berechtigt es nicht, über ihre größere Wohlhabenheit jene aufreizenden Äußerungen zu thun, die ich durchaus verwerflich finde, weil sie den Neid und die Mißgunst der Menge erregen. Ich werde niemals darauf eingehen, daß den Juden die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte in irgend einer Weise verkümmert werden. Die geistige Organisation der Juden im allgemeinen macht sie zur Kritik geneigt, und so findet man sie vorzugsweise in der Opposition; aber ich mache keinen Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Gegnern meiner Wirtschaftspolitik, die ich nach meiner Überzeugung als ersprießlich für das Land verfechte. Wenn ich zustimmende Adressen und Telegramme beantwortet habe, so erfülle ich damit eine Pflicht der Höflichkeit, wie dies schon Richter erwiderte; ich würde mit Vergnügen ebenso höfliche Antworten auf Zustimmungsworte der Fortschrittspartei gegeben haben; ich habe nur keine erhalten."

Die politischen Meinungen standen sich in aller Schärfe gegenüber. Zu den alten Doktrinen über Liberalismus, Freiheit und Volksbeglückung kamen noch die wirtschaftlichen und socialen Probleme. Es war keine Frage, daß viele von denen, welche die Bismarck'sche Politik seit mehr als einem Jahrzehnt unterstützt hatten, wohl mit dem Tabakmonopol, aber nicht mit dem Unfallversicherungsgesetz, der Uebernahme

der Schullasten und anderer Kommunalausgaben von Seiten des Staates einverstanden waren, vielmehr glaubten, daß der Staat mit solchen Vorlagen auf ein unsicheres Gebiet sich begebe und auf eine schiefe Bahn gerate, auf der das Haltmachen nicht so leicht sei.

Die Sezessionisten und die Fortschrittspartei wollten den Händen des Reichskanzlers die Leitung der inneren Politik, nicht die der äußern Politik, entwinden, eine Unterscheidung, welche freilich nicht praktisch durchzuführen war. Auch wußten sie, da die meisten ihrer Mitglieder in einem größeren Staatswesen aufgewachsen waren, recht wohl, daß an den Grundlagen der Integrität des Reiches, an der Organisation des Heerwesens, nicht gerüttelt werden dürfe, wenn sie auch da und dort unpraktische Vorschläge machten; den Ruf: „Fort mit Bismarck" hörte man in ihren Wahlversammlungen nicht. Eine solche Kundgebung war nur der Frivolität süddeutscher Demokraten möglich, welche kleinstaatliche Verhältnisse als ein Ideal ansehend, keinen Sinn für nationale Größe hatten.

Die am 27. Oktober stattgefundenen Wahlen, brachten eine völlig veränderte Zusammensetzung des Reichstages.

Die wirtschaftlichen Pläne des Reichskanzlers, namentlich das Projekt des Tabakmonopols, hatten in weiten Kreisen des Volks so viel Beunruhigung und Beängstigung hervorgerufen, und eine rührige, radikale Agitation hatte durch übertriebene Schilderung der von der rückläufigen Strömung drohenden Gefahren für die freiheitlichen Errungenschaften so große Besorgnisse vor einer durchgreifenden Reaktion erzeugt, daß die neuen Wahlen den extrem-liberalen Parteien, der Fortschrittspartei und den aus der nationalliberalen Partei ausgeschiedenen „Sezessionisten" von radikal-freihändlerischer Richtung, ansehnliche Verstärkung zuführten. Die alte Mehrheit aus den konservativen Parteien und dem gemäßigten Liberalismus, auf der ein Jahrzehnt lang in den besten und fruchtbarsten Zeiten die Gesetzgebung beruht hatte, war jetzt zerstört. Dagegen besaßen die oppositionellen Parteien, Centrum und Extremliberale mit ihren Anhängseln die Mehrheit und das parlamentarische Grundverhältnis war damit nicht zum Vorteil einer stetig fortschreitenden Reichspolitik verändert.

Der Reichskanzler, welcher sich in jener Zeit in Varzin befand, war bei der Nachricht von dem fortschrittlichen Ergebnis der Berliner Wahlen „weder überrascht noch entmutigt"; er äußerte in einem Telegramm: chronische Krankheiten fordern Zeit und Geduld.

„Dem Berliner konservativen Centralkomitee antwortete er in einem Telegramm vom 31. Oktober, „ich werde für jede Unterstützung dankbar sein, die ich in dem Kampfe gegen die meiner Ueberzeugung nach Kaiser und Reich gefährdenden Bestrebungen der Fortschrittspartei erhalte." In allen nationalgesinnten Kreisen war daher die Bestürzung und Niedergeschlagenheit sehr groß, als die Berliner „Post" meldete, daß der Reichskanzler in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren werde, um angesichts des Ergebnisses der Reichstagswahlen dem Kaiser über die zukünftige Gestaltung der Regierung Vortrag zu halten.

In mehrfachen Konferenzen, die der Fürst gleich nach seiner Rückkehr nach Berlin mit dem Kaiser sowohl als mit dem Kronprinzen hatte, ward das völlige Einverständnis über die Einhaltung der durch das Wahlergebnis gebotenen Politik konstatiert.

Danach sprach sich der Kanzler dem Bundesrat gegenüber dahin aus, er müsse angesichts der Wahlergebnisse sich fragen, ob er nicht, wenn er auf dem von ihm eingeschlagenen Wege weiter fortschreite, einen Konflikt herbeiführe. Er wolle daher zusehen, ob nicht in den anderen Parteien Männer vorhanden seien, die mehr geeignet wären als er, ein Programm aufzustellen, dem der Kaiser seine Zustimmung erteile. — Er wolle dann sehr gern solch geschickten Händen die Leitung der Geschäfte der inneren Politik übergeben, und sich auf Erhaltung der guten Beziehungen zum Ausland beschränken. Gleichzeitig würde er dahin wirken, daß ein wirklicher Stellvertreter, ein Vizekanzler ernannt würde.

Die Eröffnung der V. Legislaturperiode des Reichstags am 17. November vollzog sich in etwas ungewöhnlichen Formen.

Um zu zeigen, daß sein Kanzler im höchsten Maße sein Vertrauen besäße, beauftragte Kaiser Wilhelm den Fürsten den Reichstag mit einer Kaiserlichen Botschaft zu eröffnen, welche sehr bedeutsame Reformen auf socialpolitischem Felde in Aussicht stellte.

Diese Reformvorschläge entsprachen den Intentionen und Anschauungen des Fürsten in vollstem Umfang, und waren Ziel und Richtung gebend für die innere Politik.

In der Botschaft erklärte das ehrwürdige Oberhaupt der deutschen Nation sein volles Einverständnis mit den Fortbildungsplänen des obersten Reichsbeamten. Die Heilung der socialen Schäden sei nicht ausschließlich durch Unterdrückung der socialdemokratischen Aus-

schreitungen, sondern auch durch positive Förderung des Wohles der Arbeiter herbeizuführen. Se. Majestät halte es für seine Pflicht, dem Reichstag diese Aufgaben von neuem ans Herz zu legen, und werde mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit welchen Gott seine Regierung gesegnet, zurückblicken, wenn er dereinst das Bewußtsein mitnehmen könne, dem Vaterland neue Bürgschaften des inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In diesem Sinne werde zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen einer Umarbeitung unterzogen, um dessen erneute Beratung vorzubereiten. Ergänzend werde ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens bezwecke. Aber auch die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter hätten einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge. Hierfür die richtigen Mittel und Wege zu finden, sei eine schwierige aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, das auf den sittlichen Grundlagen des christlichen Volkslebens stehe. Der engere Anschluß an die thätigen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen derselben in der Form von Körperschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werden hoffentlich die Lösung auch von Aufgaben ermöglichen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sein würde. Immerhin werde dieses Ziel sich nicht ohne Aufwendung bedeutender Mittel erreichen lassen. Die Botschaft sprach das Vertrauen aus, daß der Reichstag diese Zwecke ohne Unterschied der Parteistellungen fördern werde. Auch die weitere Durchführung der begonnenen Steuerreform weise auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regiesteuern abzuschaffen und die Gemeinden hinsichtlich der Armen- und Schullasten, der Zuschläge zu Grund- und Personalsteuern und anderer drückender Abgaben zu erleichtern. Den sichersten Weg hierzu eröffne nach den in andern Ländern gemachten Erfahrungen, die Einführung des Tabakmonopols. Hiermit und durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberschüsse, sondern lediglich die Umwandelung der direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern herbeigeführt werden. Vorbedingung

für weitere Beschlußnahmen über die erwähnten Reformen sei die Herstellung einer jetzt noch fehlenden zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reichs. Soweit das erforderliche Material sich im Verwaltungsweg beschaffen lasse, werde es in kurzem gesammelt sein. Vollständige Unterlagen könnten nur auf Grund gesetzlicher Anordnung beschafft werden und dem Reichstag solle eine bezügliche Vorlage zugehen. Die Botschaft erkannte ausdrücklich an, daß die kurze Frist einer Session nicht hinreichen dürfte, um diese weitgreifenden und schwierigen Aufgaben zu lösen. Der dem Reichstag unverzüglich vorzulegende Reichshaushaltsetat zeige ein erfreuliches Bild der fortschreitenden finanziellen Entwickelung des Reichs und der guten Erfolge der neuen Wirtschaftspolitik. Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reich zu überweisenden Beiträge sei erheblich höher als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Daß letztere im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahr eine Erhöhung erfahren müßten, finde seine Erklärung in Einnahmeausfällen und in unabweisbaren Bedürfnissen. Den Abschluß der deutschen Einheit, durch die Aufnahme Hamburgs in das gemeinsame Zollgebiet werde der Reichstag mit dem durch Gesetz festzustellenden Kostenbeitrag nicht zu teuer erkauft finden. Wegen Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden solle dem Reichstag abermals eine Vorlage zugehen, um den Verhandlungen der gesetzgebenden Körper des Reichs sowohl als der Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern.

Erfreulich wirkte der Schluß der Botschaft, in welchem Kaiser Wilhelm über die Beziehungen zum Ausland seine hohe Befriedigung ausdrückte. Wenn es während der letzten zehn Jahre, im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen, gelungen sei, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so habe Se. Majestät noch in keinem der vergangenen Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohlthat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegenwärtigen. Die Begegnungen in Gastein mit dem Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiser von Rußland hätten die enge politische Verbindung Deutschlands mit den beiden mächtigen Nachbarreichen dargelegt. Die Politik der drei Kaiserreiche gehe gleichmäßig auf Erhaltung des Friedens aus, und auf den Erfolg dieser gemeinsamen Politik sei um so sicherer zu bauen, als auch die Beziehungen der kaiserlichen Regierung zu allen andern Mächten die freundlichsten seien.

Unmittelbare Folge der Botschaft war eine Klärung der Gesamtlage. Fürst Bismarck blieb im Amte; eine reifliche Erwägung seiner socialpolitischen Pläne war vorbehalten, ein korporatives Einwirken bei deren Ausführung nicht ausgeschlossen, die Erträgnisse des Tabakmonopols würden der Steuerreform, nicht aber der Bildung „eines Vermögens der Enterbten" dienen, und ein ungestümer Uebergang vom direkten zum indirekten Besteuerungssystem wurde nicht angesonnen.

Die Verhandlungen des neuen Reichstags zeigten, daß eine ungewöhnliche Schärfe der Gegensätze zwischen den Parteien und der Regierung bestand. Die Fonds für den Volkswirtschaftsrat wurden, dank der Opposition der Liberalen und des Centrums, abgelehnt, obgleich die Kommission dieselben genehmigt hatte.

Bei der Beratung des außerordentlichen Militäretats erklärte Sonnemann im Namen der Volkspartei, daß er und seine Freunde sämtliche Teile desselben ablehnen würden.

Das Socialistengesetz erfuhr die heftigsten Anfechtungen.

Hähnel und Lasker sprachen von Überschreitung der gesetzlichen Vollmachten von Seiten der Regierung.

Der Gesetzentwurf über die Berufsstatistik, der ein Gesamtbild der Erwerbsthätigkeit desselben geben sollte, wurde an eine Kommission verwiesen. Die meisten Redner der der Regierung abgeneigten Parteien ergingen sich in maßlos heftige, gehässige Ausfälle gegen den Fürsten Bismarck.

Der Glanz und Schimmer, welchen seit fast einem Jahrhundert der Grundsatz der persönlichen Freiheit und Gleichheit — seiner Zeit unzweifelhaft mit Nutzen für die gesamte politische und wirtschaftliche Entwickelung verbreitete, hatte den Blick für die schweren Schäden getrübt, die infolge einseitiger Anwendung desselben mehr und mehr das wirtschaftliche und sociale Leben davontrug; man übersah, daß jener Grundsatz nur den starken Elementen zu gute kam und die schwachen in eine noch größere Abhängigkeit brachte; man sah in dieser Entwickelung etwas natürliches, das mit „dem Kampf ums Dasein" notwendig verbunden war.

Die Regierung hatte in dem verflossenen Jahre den ersten Versuch zu einer Änderung der Entwickelung gemacht, sie zeigte klar und deutlich den Weg, welcher vor den verderblichen Konsequenzen herzloser und ungerechter Grundsätze schützen kann; sie setzte auf dem wichtigsten Gebiet der gesellschaftlichen Verhältnisse dem planlosen

Gehen und Geschehenlassen durch die Anerkennung von der Notwendigkeit staatlicher Fürsorge einen Damm entgegen, indem sie auch für die schwachen Elemente den Grundsatz aussprach, daß sie einen Rechtsanspruch auf Schutz und Fürsorge der bürgerlichen Gesellschaft für ihre Zukunft haben.

Das im besten Sinne socialpolitische Gesetz, welches die Regierung dem Reichstage bei seinem Zusammentritt vorlegte, behielt als das erste Denkmal der socialpolitischen Reform für alle Zeiten seine Bedeutung. Noch maßgebender und bedeutungsvoller waren die Worte der kaiserlichen Botschaft, worin auch zu weiterer Erfüllung der Zwecke der Reform „die Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens" und die Fürsorge für die „durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig" Gewordenen als Aufgabe der Zukunft bezeichnet wurde. Auch die letztere — so hieß es in der Botschaft — „haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, war eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

---

Das Jahr 1881 war auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht ohne hervorragende Ereignisse geblieben. Das Verbrechen, durch welches Kaiser Alexander II. von Rußland sein Leben einbüßte, brachte aller Welt die Gefahren zum Bewußtsein, welche aus der Verblendung materialistischer Weltanschauung und aus Verachtung gegen Gesetz und Gottes-Ordnung in verwahrlosten Gemütern entstehen müssen. Der traurige Hingang Alexander II. war nicht ohne Einfluß auf eine erneute Annäherung Rußlands an Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewesen. Die Danziger Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander III. sowie die immer engeren Beziehungen der deutschen Politik zu Oesterreich-Ungarn ließen keinen Zweifel mehr, daß die gemeinsame Grundauffassung, welche die Politik der drei Reiche verband, die kräftigste Bürgschaft einer friedlichen Entwickelung bildete.

An der Schwelle des neuen Jahres blickte Deutschland gerade jetzt um so vertrauensvoller zu seinem Kaiser auf, als die Entwickelung der inneren und äußeren Verhältnisse immer mehr auf den Kaiser-

thron als auf den sichern Hort wies, in welchem das Volk allezeit den Schutz und Schirm seiner wahrhaften Interessen fand, wenn auch die Kurzsichtigkeit und Leidenschaftlichkeit der Parteien sich Lehren zurechtlegte, welche die Krone von dem inneren Volksleben loslösen und nicht nur von der Verantwortung, sondern auch von jedem thatkräftigen Einfluß auf die Entwickelung befreien möchten.

Am 25. April 1881 feierte der Herzog Wilhelm von Braunschweig unter der regen Teilnahme der deutschen Fürsten sein 25jähriges Regierungsjubiläum.

Die braunschweigische Erbfolge trat bei diesem Anlaß aufs neue in den Vordergrund des allgemeinen Interesses, zumal da bekannt war, daß kurz vorher Verhandlungen zwischen Berlin und Braunschweig durch hochgestellte Personen geführt worden waren. Doch drang hierüber nichts Authentisches in die Öffentlichkeit. Nach dem Regentschaftsgesetz von 1879 war die Sache darin geregelt, daß nach dem Ableben des Herzogs der aus den Ministern, dem Landtagspräsidenten und dem Landgerichtspräsidenten bestehende Regentschaftsrat die Regierung zu übernehmen und binnen Jahresfrist dem Landtag die Wahl eines Regenten aus der Zahl der deutschen Prinzen vorzuschlagen habe.

## Das Jahr 1882.

Der im Mai 1881 abgeschlossene Vertrag über den Zollanschluß von Hamburg an das Reich, gelangte in den ersten Tagen des neuen Jahres vor das Forum des Reichstages, welcher die geforderten Kosten (40 Millionen Mark) zu bewilligen hatte.

Bei der zweiten Beratung der Vorlage (am 20. und 21. Januar) wurde die von der Kommission vorgeschlagene Resolution mit großer Mehrheit angenommen, und die Erwartung ausgesprochen, daß die Befreiung von jeder zollamtlichen Behandlung für die zwischen der See und dem Freihafengebiet unter Zollflagge transitierenden Schiffe eine dauernde Einrichtung sein und, falls sie sich später als ungeeignet

erweisen sollte, nur durch eine solche Einrichtung ersetzt werden würde, welche eine größere Erschwerung des Transitverkehrs nicht mit sich brächte. Die Hauptgegner der Vorlage waren Bamberger und Richter.

Richter sprach geradezu der Hamburger Frage jede nationale Bedeutung ab, bezeichnete sie als eine reine Kanzlerfrage, als ein Kind der kanzlerischen Laune; in dieser ganzen Angelegenheit sehe man nur den Willen des Reichskanzlers, daher man gegen die Vorlage und zugleich gegen das ganze Regierungssystem Widerspruch erheben müsse.

Die Vorlage wurde in dritter Beratung am 23. Januar ohne alle Debatte nahezu mit einer Zweidrittelmehrheit genehmigt. Die oppositionelle Fortschrittspartei mußte sich bei der Abstimmung mit der Bundesgenossenschaft der Demokraten, der Socialdemokraten und der Welfen begnügen.

---

Großes Aufsehen erregte bald darauf in den parlamentarischen und politischen Kreisen des Reichs der Antrag Windthorst auf Aufhebung des Gesetzes, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern.

Die Regierung hatte dies Gesetz vorgeschlagen, um dadurch die Mittel in die Hand zu bekommen, diejenigen Bischöfe und sonstigen Geistlichen unschädlich machen zu können, welche die preußischen Maigesetze von 1874 fortwährend umgingen. Ein bedenkliches Symptom der leitenden Stellung des Centrums war es, daß der Antrag Windthorst bei der 2. und 3. Beratung angenommen, und definitiv genehmigt wurde.

Gegen den Antrag Windthorst richtete sich ein königlicher Erlaß an das Staatsministerium, worin die monarchische Natur der Verfassung betont, das Recht des Königs, die Regierung und Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, hervorgehoben, und den Beamten zur Pflicht gemacht wurde, die Regierung auch in der Wahlbewegung zu unterstützen.

Er richtete sich aber ebenso sehr gegen das Auftreten der radikalen und demokratischen Parteien, welche von Beherrschung des Reichstages, von Sturz des Reichskanzlers, von Einführung des Parlamentarismus und ähnlichem träumten.

Es war hohe Zeit, daß diesen und ähnlichen Bestrebungen ein Ziel gesetzt wurde. Die Regierungspresse sprach sich, um die öffentliche Meinung vor falschen Auffassungen und Irrtümern zu bewahren,

folgendermaßen aus: „Die parlamentarischen Kundgebungen ließen erkennen, daß der radikale Liberalismus die Zeit für gekommen erachtet, die alten Bestrebungen nach Erweiterung der Rechte und der Macht des Parlaments zu erneuern und zu verwirklichen. Die Wortführer des fortschrittlichen Liberalismus stellten sich dabei auf den Standpunkt, als ob in Preußen und Deutschland der „wahre Konstitutionalismus", unter welchem man ohne weiteres die „parlamentarische Regierung", d. h. die Herrschaft der Parteien, versteht, bestehe, und als ob derselbe vor Beeinträchtigungen und Einschränkungen geschützt werden müsse. Es entspreche dies völlig den Bestrebungen, auf dem Wege beständigen Brauchs und langsamer Gewöhnung Grundsätze einzuführen, welche in dem Geist der Verfassung selbst gar keinen Anhalt und keinerlei Berechtigung fänden, die sich aber in anderen Ländern eingebürgert hätten, wo die Krone, wie einst Herr v. Bismarck sagte, nur „einen rein ornamentalen Schmuck des Verfassungsgebäudes bildet, und als ein toter Maschinenteil in den Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt sei".

Gegen diese Auffassungen und Absichten sei von den Ministern des Königs die große Bedeutung des monarchischen Prinzips und der monarchischen Politik, wie auch der Segen, welcher aus der Macht und Lebenskraft der Krone für Preußen und Deutschland hervorgegangen ist, geltend gemacht worden; ihre Erklärungen hätten jedoch nur zu neuen Angriffen, welche sich auf parteiische Auslegungen verfassungsmäßiger Bestimmungen und staatsrechtlicher Begriffe stützten, Anlaß gegeben. Man habe den Ministern vorgeworfen, daß ihre Äußerungen unerhört seien, daß sie Reaktion trieben und neue Grundsätze zur Geltung bringen wollten. Und doch hätten sie nur die natürlichen, verfassungsmäßigen Rechte der Krone gewahrt.

In diesem Widerstreit der Ansichten sei das persönliche Eingreifen des Königs eine That. Der König habe vor allem das Auftreten seiner Minister gegen die neuen Versuche des Radikalismus, dem Geist der Verfassung eine andere Bedeutung beizulegen, und die persönliche Stellung des Monarchen mit Anwendung staatsrechtlicher Spitzfindigkeiten zu verkleinern, mit feierlich ernsten Worten gebilligt und besonders auch ihre Auffassung von den Pflichten des Beamtentums bestätigt.

Der Erlaß des Königs sei eine feierliche Verwahrung gegen gewisse Vorkommnisse der neuesten Zeit, aus denen sich zum Schaden

des Ansehens der Krone leicht ein parlamentarisches Recht, und ein konstitutioneller Bruch hätte entwickeln können.

Das Wort des Königs an das Staatsministerium sei „ein vollkommen getreuer Ausfluß der preußischen Verfassungsurkunde"; es enthalte keine Neuerung, wende sich aber gegen Versuche, Neuerungen herbeizuführen über die zu Recht bestehende Verfassung hinaus. An den bestehenden Verhältnissen nicht rütteln zu lassen, sei auch heute noch der Wille des Monarchen wie vor zwanzig Jahren, wo des Königs Majestät vom Thron herab die Worte verkündete: „Niemals kann ich zulassen, daß die fortschreitende Entfaltung unseres inneren Staatslebens das Recht der Krone, die Macht und Sicherheit Preußens in Frage stelle oder gefährde". Und heute noch wie damals stehe fest und unverändert das Wort des Königs:

„Es ist Meine Pflicht und Mein ernster Wille, der von Mir beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu wahren, und sie in der ungeschmälerten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufs notwendig ist, und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde."

Die radikale Presse erblickte in dem Erlaß die Herausforderung zu neuen Konflikten, und stellte denselben als einen Trompetenstoß zur Wiederaufrichtung des Absolutismus hin. Dem gegenüber erklärte Fürst Bismarck in seiner Erwiderung vor dem Parlament, der Erlaß habe in keiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen, stehe auch in keiner Verbindung mit irgend welchen Aussichten auf Konflikt; vielmehr solle er die Verdunkelung des alten Rechts verhüten und die konstitutionellen Legenden bekämpfen, welche sich wie Schlingpflanzen um den ganz klaren Wortlaut der preußischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andere Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preußischen geschriebenen Recht. Die Verantwortlichkeit und die Gegenzeichnung der Minister ändern nichts am Königsrecht. „Die Regierungsakte, welche zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung bedürfen, blieben doch Regierungsakte des Königs, und würden in der Verfassung ausdrücklich als solche bezeichnet."

Höchst interessant waren die historischen Rückblicke, welche der Reichskanzler von dem Ministertisch gab, und in welchen er nachwies, daß der König sehr gut daran gethan habe, seine Politik nicht nach den Majoritätsbeschlüssen des Landtags, sondern nach seinem eigenen Er-

messen zu machen. „Wäre dies nicht so, so wären wir ja gar nicht hier, so hätten wir keinen Deutschen Reichstag. Nehmen Sie einmal an, daß von 1860 an unser König die Konstitution nach den Hänel'schen Grundsätzen ausgelegt, die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger zur Ausführung gebracht, die Minister so gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer es damals angezeigt erscheinen ließ, daß also der König seine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Hänel'sche Legende ins praktische Leben geführt hätte, dann hätten wir zunächst keine reorganisierte Armee gehabt, das ist doch klar; denn die Herren im Parlament verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, daß sie sich darüber nicht klar waren, daß, wenn man die deutsche Einheit wollte, das erste, was man dazu brauchte, eine starke preußische Armee war und die Unterschrift des Königs von Preußen. Statt dessen wurde der König in seinem Versuche, diese Armee so stark zu bilden, daß er die deutsche Einheit nicht nur herstellen, sondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, auf's äußerste bekämpft."

Über den zweiten Teil des Erlasses drückte sich der Reichskanzler in einer Weise aus, daß auch der streitlustigsten Opposition nicht mehr viel zu bestreiten blieb. Er sagte: der Erlaß unterscheide zwischen zwei Kategorien von Beamten, den politischen und den unpolitischen. Weder den einen noch den andern solle das aktive Wahlrecht, die Freiheit, zu wählen wen sie wollen, beschränkt werden. Wenn aber ein politischer Beamter auch die Freiheit habe, z. B. fortschrittlich zu wählen, so sei er doch vermöge seines Diensteides der Pflicht nicht überhoben, die gegen die Regierung gerichteten Lügen und Verläumdungen zu widerlegen, der politischen Brunnenvergiftung entgegenzutreten, der Wahrheit, so weit sie ihm bekannt ist, die Ehre zu geben. Von den unpolitischen Beamten verlange der Erlaß eigentlich nichts. Es werde von ihnen nur erwartet, daß sie sich der Agitation, feindlichen oder nicht, der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten, „und das, meine Herren, ist, möchte ich sagen, eine Forderung des Anstandes". Der Erlaß schreibe ja nicht vor, er befehle nicht, er drohe nicht, er stelle keine Nachteile in Aussicht, er sage bloß, welche Tragweite der König, dem sie geschworen haben, dem Eide beilegt, er bringe diesen Eid in Erinnerung, und überlasse es dem Takt und Gewissen des beteiligten (unpolitischen) Beamten, seinen Weg danach

zu finden. Das Ganze zusammenfassend, sagte der Reichskanzler am Schluß: „Die Verfassung ist also klar; Sie haben selbst nichts beibringen können, was dem widerspricht, und ich habe hier als preußischer Bevollmächtigter im Namen des Königs zu erklären, daß der König sich seine verfassungsmäßigen Rechte weder nehmen noch verkümmern, noch sich selbst so hoch in die Wolken schrauben läßt, daß er sie nicht ausüben könnte, sondern daß der König entschlossen sei, in dem durch seine Vorfahren überkommenen und gewohnten, durch die Regentenpflichten ihm vorgeschriebenen Wechselverkehr mit seinem Volke zu bleiben, und daß ich als Minister entschlossen bin, dem Könige auch dabei kämpfend zu dienen, aber als Diener, nicht als Vormund."

---

Im Preußischen Landtag nahmen ferner die Verhandlungen über Abänderungen der Maigesetzgebung des Jahres 1880 den ersten Platz ein.

Es handelte sich dabei um die Erlassung des Bischofseides, die kommissarische Vermögensverwaltung und die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen. Das Ministerium verlangte die Ermächtigung, von den vorgeschriebenen staatlichen Prüfungen abzusehen, und ausländischen Geistlichen die Vornahme von Amtshandlungen zu gestatten. Der staatliche Einspruch bei der Anstellung von Geistlichen wurde nur für den Fall vorbehalten, daß der Anzustellende aus bürgerlichen Rücksichten oder bei nicht genügender Vorbildung als ungeeignet erschien. Beschwerden gegen die Einspruchserklärungen gingen nur an das Kultusministerium. Das Staatsministerium konnte für bestimmte Bezirke widerruflich gestatten, daß Geistliche, welche die gesetzlichen Erfordernisse besitzen, oder davon dispensiert sind, zur Hilfeleistung ohne vorherige gesetzliche Benennung verwendet werden 2c.

Die Vorschläge, welche die Staatsregierung mit diesem Entwurf machte, beruhten auf denselben Gesichtspunkten, aus welchen die Vorlage vom 19. Mai 1880 über Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze hervorgegangen war. Durch den Entwurf wünschte die Staatsregierung von neuem zu bethätigen, daß sie entschlossen sei, auf dem Wege einer friedlichen Entwickelung der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche, wie er durch das Gesetz vom 14. Juli 1880 angebahnt war, fortzuschreiten. Auch jetzt wünschte sie in der Sorge für das Wohlergehen der katholischen Preußen, denselben weitere Er-

leichterungen, die nach den bestehenden Gesetzen möglich, gewährt, und diese Möglichkeit erweitert zu sehen, soweit dies geschehen konnte, ohne das Wohlergehen der gesamten Staatsangehörigen, die Sicherheit des Staates und die Unabhängigkeit seiner Gesetzgebung zu gefährden.

Bei der Durchführung dieses Gedankens trat diejenige Frage in den Vordergrund, welche auf dem Gebiete als die brennendste bezeichnet werden durfte, nämlich die Wiederherstellung der Seelsorge im weitesten Sinne. Die Wiederherstellung erfolgte auf doppeltem Wege. Durch Wiedereinführung einer regelmäßigen Diöceseverwaltung und durch Wiederbesetzung der mit der Seelsorge betrauten Kirchenämter, insbesondere der Pfarrstellen.

Bei der ersten Lesung der Vorlage, welche am 7. und 8. Februar stattfand, verteidigte der Kultusminister v. Gosler den Standpunkt der Regierung, während Windthorst und andere neben ihren persönlichen Anschauungen den Standtpunkt ihrer Partei darlegten. Windthorst war erfreut, daß niemand mehr den Kulturkampf vertreten wolle; derselbe sei tot, es handle sich nur noch um seine Beerdigung.

Die betreffende Kommission konnte sich indeß nicht über sämtliche Artikel der Vorlage einigen; sie nahm die einen an und lehnte die andern ab. Die Kommissionsberatungen hatten schließlich das Resultat, daß die Regierungsvorlage samt denjenigen Amendements, über welche die Konservativen und Klerikalen sich geeinigt hatten, abgelehnt wurde. Doch brachte schließlich am 27. März der Abgeordnete v. Hammerstein in Besprechungen, welche er mit Windthorst und dem Präsidenten v. Köller hatte, ein Kompromiß zu stande. Das Wesentliche dieses Kompromisses war die Beseitigung des Instituts der Staatspfarrer, die Entfernung der Artikel über die Anzeigepflicht, die Annahme der sogenannten Bischofsartikel. Die Konservativen verpflichteten sich, einen in diesem Sinne gehaltenen Antrag, der an die Stelle der Regierungsvorlage zu treten hätte, bei der zweiten Beratung der letzteren einzubringen. Da die Regierung, um nicht das ganze Gesetz fallen lassen zu müssen, sich mit dem Kompromiß einverstanden erklärte, so war die Annahme desselben im Abgeordnetenhause gegen die Stimmen der Liberalen gesichert. Die zweite Beratung fand am 30., die dritte am 31. März statt, worauf das ganze Gesetz in der Fassung des Kompromisses mit 228 Stimmen gegen 130 angenommen wurde.

Wenn die katholische Partei trotz aller Absichten der Regierung und trotz einer gleichen grundsätzlichen Stellung der Konservativen

sich zuerst zu einer schroff abweisenden Haltung verirrte, so geschah es wohl infolge der großen Hoffnungen, welche ihr von liberaler Seite wetteifernd entgegengebracht wurden, und welche sie einen Augenblick über die Möglichkeiten der Zukunft täuschten.

Als jedoch die Konservativen nicht nachließen, eine Verständigung auf den von der Regierung dargebotenen Grundlagen, vor allem im Interesse der Beilegung des zerrüttenden Kampfes zu suchen, kehrte auch im Centrum etwas mehr Mäßigung und unbefangene Würdigung der Verhältnisse und Parteien zurück, und der Ausgleich kam zu stande.

Mochte man es den getäuschten Hoffnungen der Gegner der Regierung zu gute halten, daß sie den Ausgang als eine „schwere Niederlage" derselben darzustellen suchten, sie selbst sah darin vielmehr eine Anerkennung des von ihr betretenen Weges nach anscheinend allgemeinem Widerspruch.

In der am 27. April eröffneten Reichstagssession gelangte das Gesetz über Einführung des Tabakmonopols unter besonders reger Beteiligung aller Bundesratvertreter zur Erörterung.

Seit dem ersten Auftauchen der Monopolfrage ging eine starke Bewegung durch die sich darin bedroht glaubenden Kreise. Es herrschte die Ansicht vor, der Schritt, welcher durch Unterbindung eines lebhaften Handels und einer blühenden Industrie in das Wirtschaftsleben des Volkes eingegriffen, ginge zu tief. Den Erörterungen und Hinweisen geschickt abgefaßter Flugschriften, welche auf das Monopol das hellste Licht fallen ließen, und den Empfehlungen der konservativen Presse, traten die Beschlüsse stark besuchter Versammlungen und die Urteile der liberalen Organe mit mehr als notwendiger Schärfe entgegen.

Sie gingen von dem zum Dogma erhobenen Satz aus, daß die Wohlfahrt des Staates von der Wohlfahrt seiner Bürger abhänge, daß der Staat die ihm nötigen Mittel von den Erwerbenden in der Form möglichst gerechter Steuern einziehen solle und daß es falsch und unwirtschaftlich sei, mit dem Gelde der Steuerzahler selbst Erwerbsgeschäfte zu treiben. Die Agitation nahm bald darauf einen noch heftigeren Charakter an. Man sprach es laut aus, daß mit der Verwirklichung des Monopols sofort 80 000 Beamte und Arbeiter, 60 000 Verkäufer und die nach Tausenden zählenden Tabakspflanzer von dem Wohlwollen der Monopolverwaltung abhängig seien, und behauptete, daß es dem Reichskanzler vor allem daran gelegen sei, durch das

Monopol so 150 000 über die verschiedensten Wahlbezirke verteilten Stimmen für sich zu gewinnen.

Unter diesen und ähnlichen Eindrücken und Wahrnehmungen beendete der zur Beratung der Monopolangelegenheit eingesetzte Ausschuß seine Arbeiten und beantragte eine Resolution dahingehend, daß nach der Erhöhung der Tabaksteuer vom Jahre 1879 eine weitere Belastung und Beunruhigung der Tabakindustrie umso unstatthafter erscheine, als die vorhandenen, in Zunahme begriffenen Einnahmen ausreichten, sowohl im Reich als in den Einzelstaaten die öffentlichen Bedürfnisse zu befriedigen und die bestehenden Mängel in der Steuer- und Zollgesetzgebung auszugleichen.

Von sämtlichen liberalen Parteien und vom Centrum war, wie die Sachen lagen, keine Gnade zu erlangen; die Vorlage galt schon als abgelehnt, ehe sie nur zur Debatte kam.

Die Trotzigsten sagten geradezu, man müsse im Reichstag mit dem Tabakmonopol möglichst kurzen Prozeß machen, das heißt, nach der ersten Lesung dasselbe gar keiner Kommissionsberatung würdigen, sondern sofort die zweite Lesung im Plenum vornehmen und hier ohne viele Debatten das Gesetz ablehnen. Doch war nicht anzunehmen, daß die Nationalliberalen den parlamentarischen Anstand so sehr bei Seite setzen würden, daß sie einer vom Reichskanzler ausgearbeiteten und für so wichtig erachteten Vorlage sogar die herkömmlichen Formen versagen würden. Den liberalen Parteien war das Monopol nicht eine wirtschaftliche, sondern eine politische, eine Machtfrage.

Die zweite Beratung der Monopolvorlage fand in der Reichstagssitzung vom 12. Juni statt. Die Tribünen waren überfüllt, jedermann erwartete den Reichskanzler zu hören, welcher gesagt hatte, er werde sich zur Verhandlung des Tabakmonopols stellen, und wenn er sich dahin tragen lassen müsse. Er war von Friedrichsruh nach Berlin zurückgekehrt und schon vor der Eröffnung der Sitzung im Saale anwesend. Er ergriff sofort das Wort, um in einer zweistündigen Rede sowohl den Zweck des Monopols als auch, durch die Beleuchtung der preußischen Steuerzustände und die Höhe der Kommunalzuschläge, die Bedürfnisfrage zu erörtern.

In einer unvergeßlichen Rede, welche Fürst Bismarck, wie schon so häufig, zu einem der glänzendsten rhetorischen Erfolge gestaltete und die ein Programm seiner inneren und äußeren Politik darstellte, verteidigte er noch einmal die Monopolvorlage vom Regierungs-

ſtandpunkt aus. Bei dem Schluß der Beratungen, die mehrere Tage dauerten, wurde der Antrag Bennigſen angenommen. Dieſer Antrag erklärte ſich nur gegen die weitere Belaſtung der Tabakinduſtrie.

Bennigſen begründete ihn in einer gedankenreichen Rede, in welcher er nicht nur die Stellung der liberalen Parteien zu den Steuerreformplänen des Reichskanzlers, ſondern auch deſſen trübe Gedanken, hinſichtlich der Zukunft des Deutſchen Reiches, beſprach. Er erklärte ſich entſchieden dafür, daß man an dem Militäretat nicht ſparen dürfe in einem Augenblicke, wo die Verhältniſſe ganz Europas aufs höchſte geſpannt ſeien; daß man feſthalten ſolle an dem altbewährten direkten Steuerſyſtem in Preußen; aber er hielt es für ungerecht, daß man den Parteien Vorwürfe mache, weil ſie ſeit zwei Jahren dem Reichskanzler ihren Dienſt für ſeine ſteuerpolitiſchen Projekte verſagten.

Die tiefe Kluft, welche den Reichskanzler von einem großen Teil der Volksvertretung trennte, mit welchem er über ein Jahrzehnt hinaus einträchtig am Ausbau des Deutſchen Reichs zuſammen gewirkt hatte, war nie zuvor mit ſo überraſchender Klarheit zu Tage getreten, wie während der viertägigen Debatte über das Tabakmonopol; aber gerade die Schärfe der bei jenen parlamentariſchen Kämpfen offenbarten Gegenſätze gab der Hoffnung Raum, daß damit ein Wendepunkt erreicht ſei. „Darum keine Feindſchaft nicht“, ſagte der Reichskanzler ſeinen vorangegangenen tiefernſten Worten in der Rede vom 12. Juni eine humoriſtiſche Wendung gebend. Die Gegner des Tabakmonopols auf liberaler Seite hegten denn auch in ihrer großen Mehrzahl, der hohen Verdienſte des Kanzlers um das deutſche Volk gedenkend, keinen Groll gegen ſeine Perſon, aber ſie fühlten das Bedürfnis eines feſten Aneinanderſchluſſes zur gemeinſamen Abwehr etwa drohender Gefahren, und dieſe Frucht der viertägigen Monopoldebatten war faſt noch höher anzuſchlagen, als die Ablehnung des in politiſcher und volkswirtſchaftlicher Beziehung bedenklichen Monopols. Zwar durfte man ſich darüber keiner Täuſchung hingeben, daß mit der Ablehnung des Monopols am 14. und 15. Juni dieſes Projekt noch keineswegs als endgiltig aufgegeben war; aber es bedurfte immerhin noch geraumer Zeit, bis ſich die Reichsregierung zu einer Wiederaufnahme desſelben entſchloß. Die Reſolution bot zwar kein radikales Mittel der Abwehr, die Initiative der Regierung konnte dadurch nicht lahm gelegt werden. Aber das war wenigſtens durch die Ablehnung des Monopols, verſtärkt durch

die Resolution, erreicht, daß der Kanzler einen unwiderleglichen Beweis für die gründliche Abneigung der großen Mehrheit des deutschen Volkes gegen die Einführung des Tabakmonopols in die Hand bekam. Am Schluß der Reichstagssitzung vom 16. Juni erfolgte einem Antrage des Reichskanzlers entsprechend, die Vertagung des Reichstags bis zum 30. November, während welcher Zeit die Kommissionen die socialpolitischen und die anderen Vorlagen zu beraten hatten.

# Das Jahr 1883.

Das Wachstum der fortschrittlichen Opposition in dem neuen Reichstag äußerte sich u. A. auch in einem schärferen Vorgehen gegen die Militärverwaltung. In der Session von 1882/83 wiesen die oppositionellen Redner auf manche Mißstände im Heerwesen hin, auf Bevorzugung des Adels, Soldatenmißhandlungen, Beförderung des militärischen Kastengeistes und dergleichen; verschiedene Kasernenbauten und Offizierkasinos, und eine Unteroffiziervorschule in Neubreisach wurden abgelehnt. Die scharfe Kritik an verschiedenen Gebrechen im Heerwesen, die Differenzen mit dem Reichstag über einen Gesetzentwurf, welcher die Pensionsverhältnisse der Offiziere aufbessern wollte, und über die Frage der Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunalsteuern, sowie auch Meinungsverschiedenheiten mit anderen militärischen Autoritäten über Fragen der Militärorganisation, gaben dem Kriegsminister v. Kameke, einem allgemein geachteten und beliebten, um die Organisation des deutschen Heerwesens hochverdienten Mann, Anlaß seinen Abschied zu nehmen. Sein Nachfolger war General Bronsart v. Schellendorf. Zugleich trat General v. Stosch von der Leitung der Marine zurück, und erhielt einen Nachfolger in General v. Caprivi. — Nur auf einem Gebiete, dem socialpolitischen, hatte dieser meist oppositionelle Reichstag große und erfolgreiche Leistungen zu verzeichnen, weil hier auch das Centrum zu ernstlicher Mitarbeit bereit war. Nachdem die Staatsgewalt die socialdemokratische Bewegung mit

allen Mitteln der Repression niedergehalten, dachte die Regierung auch an eine Einlösung der Verpflichtung, durch positive arbeiterfreundliche Maßregeln den Notständen und berechtigten Klagen in der Arbeiterbevölkerung einigermaßen abzuhelfen, den Weg praktischer, socialer Formen zu beschreiten. Es stellten sich freilich unendliche Schwierigkeiten in den Weg, wenn man an diese Grundfragen des menschlichen Zusammenlebens und Erwerbs herantrat, und was der Staat und die Gesetzgebung in diesen Fragen thun konnte, war der Natur nach beschränkt. Immerhin war die deutsche Socialreform nach besten Kräften bestrebt, den Arbeitermassen das bittere Gefühl der Not und Hoffnungslosigkeit zu erleichtern, „praktisches Christentum" gegenüber den gedrückten Volksklassen zu üben. Die von warmer Menschenliebe und hohem sittlichen Ernst zeugende Kaiserliche Botschaft vom 14. April sprach die Überzeugung aus, daß die Heilung der socialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression der socialdemokratischen Ausschreitungen, sondern auch auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.

Zunächst deutete der Kaiser in derselben an, daß er es jederzeit als eine der ersten von ihm übernommenen Pflichten erkannt habe, der Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche dieselbe Fürsorge und Pflege zuzuwenden, welche er in Preußen zur Fortbildung der von seinem Vater im Anfange des Jahrhunderts begründeten Reformen zu bethätigen suche. Schon bei Erlaß des Socialistengesetzes habe er seine Überzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken dürfe, sondern Reformen einführen müsse, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich und die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sein wäre. Dieser Überzeugung sei schon in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben, und es sei dem Reichstag beim Beginn dieser Session ein neuer Entwurf zur Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens vorgelegt worden. Aber während die Beratung des letzteren schon soweit gediehen sei, daß die Erfüllung der Erwartungen des Kaisers kaum mehr zweifelhaft erscheine, sei die principiell wichtigere Vorlage über die Unfallversicherung nicht soweit gefördert, daß auf deren baldige Durchberatung mit gleicher Sicherheit gerechnet werden könne. Bliebe diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen in Bezug

auf die Alters- und Invalidenversorgung zum gesetzlichen Abschluß gebracht werden könnten, völlig schwinden, falls die Beratungen des Reichshaushaltsetats für 1884/85 die Zeit und Kraft des Reichstags noch während der Wintersession in Anspruch nehmen müßten. Daher lege die Reichsregierung diesen Etat aufs neue vor, damit auch für dessen vorgängige Beratung wenigstens für die Wintersession diejenige Freiheit von anderen unaufschiebbaren Geschäften gewonnen werde, welche erforderlich sei, um wirksame Reformen auf socialpolitischem Gebiete zur Reife zu bringen. Bei aller Anerkennung des humanitären Charakters der Botschaft konnte man sich doch nicht verhehlen, daß auf diesem neuen Felde große Schwierigkeiten zu überwältigen wären.

In jahrelangen Debatten mühte sich der Reichstag ab, ehe er eine befriedigende Lösung der beiden grundlegenden Gesetze, d. h. des Krankenkassengesetzes und der Unfallversicherung der Arbeiter zum Abschluß brachte.

Das anscheinend in friedliche Bahnen gelenkte Verhältnis zwischen Kirche und Staat nahm bei Beginn des Jahres 1883 wieder einen unfreundlicheren Charakter an. Wenn zeitweise die Hoffnung vorhanden war, daß die Grenzlinie gefunden sei, welche beide Gegner inne halten mußten, um nicht mit einander in Streit zu geraten, so begann diese Annahme, wieder an Berechtigung zu verlieren. Lange Verhandlungen waren vorangegangen, bevor die Besetzung erledigter Bischofssitze in preußischen Diöcesen möglich geworden war; endlich gelang es die Hindernisse zu beseitigen, welche die Ernennung neuer Oberhirten für die Diöcesen Trier, Breslau, Paderborn und Fulda im Wege standen. Das waren aber auch nahezu die einzigen Früchte vierjähriger Unterhandlungen, denn die Ernennung eines preußischen Gesandten im Vatikan war nur das Mittel, um das begonnene Friedenswerk zu Ende zu führen. Kaum aber war dieser vielversprechende Anfang gemacht, so zeigte sich auch schon, in welchem Sinne die neuernannten Oberhirten ihre Amtspflichten auffaßten.

Es bedurfte längerer Zeit bis die durch den bischöflichen Angriff gegen die Mischehen zwischen Protestanten und Katholiken in protestantischen Kreisen erzeugte Mißstimmung sich wieder beruhigte, und es blieb auch nach Aufhebung der Ausnahmestellung des Delegaturbezirks in Bezug auf die Mischehen die Empfindung zurück, daß ein völlig ungetrübtes Zusammenleben von Protestanten und Katholiken unter solchen Umständen nicht zu erwarten sei. Wie die Sachen standen, ergab sich auch aus der Haltung des Centrums im deutschen Reichstag

und im preußischen Landtag. Die Führer dieser Partei traten wieder mit der Sicherheit auf, welche sie bei Lebzeiten Pius IX. stets gezeigt hatten. Unter solchen Anzeichen vollzog sich die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Kurie und dem Königreich Preußen.

Alle Nachrichten, welche vom Vatikan herkamen, stimmten darüber überein, daß die Bemühungen des Gesandten v. Schlözer, eine Verständigung über die Bedingungen des Friedens zwischen den beiden Gewalten herbeizuführen, vergeblich seien, daß nach scheinbarer Beseitigung der entgegenstehenden Hindernisse sich stets neue Schwierigkeiten ergaben, welche die gehofften Ergebnisse in Frage stellten. Als letzter Ausweg bot sich der Versuch einer persönlichen Vereinbarung zwischen Kaiser und Papst, und diesen betrat Leo XIII. indem er einen Brief an Kaiser Wilhelm schrieb, in welchem er die Hoffnung aussprach, daß die neue kirchenpolitische Gesetzgebung in Preußen wenigstens in den für das Bestehen und Leben der katholischen Religion wesentlichsten Punkten in endgiltiger Weise gemildert und berichtigt werde. Mit anderen Worten: Der Papst wollte die vom Centrum schon so oft angeregte Revision und teilweise Aufhebung der Maigesetze nunmehr dem Kaiser persönlich anempfehlen. Die Antwort Kaiser Wilhelm's, welche erfolgte, stellte als Bedingung für die Erfüllung des päpstlichen Wunsches, daß der Papst die Pflicht anerkenne, der preußischen Regierung die Personen namhaft zu machen, welche zur Besetzung erledigter geistlicher Stellen berufen werden sollten. Sobald dieser Punkt geregelt sei, würden die Gesetze, welche während des Kampfes zum Schutze streitiger Rechte des Staats erforderlich waren, dem Landtag zu wiederholter Erwägung vorgelegt werden. Am 30. Januar erwiderte der Papst auf dieses Anerbieten, daß er eine vollständige Revision der Maigesetze nicht abwarten wolle, bevor er die Personen der Regierung bezeichnete, welche zur Besetzung erledigter Pfarrämter in Aussicht genommen wären; er müsse jedoch verlangen, daß gleichzeitig die Einschränkung der Maßregeln beginne, welche heute die Ausübung der geistlichen Macht und des geistlichen Amts, sowie den Unterricht und die Ausbildung des Klerus den Lehren und dem Geist der Kirche entsprechend verhindere.

Der Verlauf der Verhandlungen, welche während eines beinahe fünfjährigen Zeitraums zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Kanzler auf der einen und Papst und Kardinalstaatssekretär auf der

andern Seite gepflogen wurden, hatte gelehrt, daß ein Ausgleich, welcher einen dauernden Frieden der beiden Gewalten gewährleiste wohl nicht gefunden werden konnte, daß der Widerstreit der beiderseitigen Interessen zu groß war, als daß er gänzlich zu beseitigen wäre.

In einer Note vom 5. Mai 1883 gab darauf die preußische Regierung ihrem Wunsche nach einem gütlichen Einverständnis offenen Ausdruck, verhehlte aber auch nicht, daß, wenn dieses Einverständnis nicht stattfinde, der Staat schließlich sich genötigt sehe, seine Beziehungen zur römischen Kirche dauernd im alleinigen Wege seiner Gesetzgebung zu regeln, den katholischen Preußen alles zu gewähren, was mit dem unentbehrlichen Maße staatlicher Autorität verträglich sei, über diese Linie hinaus aber das weltliche Gesetz, ungemildert durch Verständigung mit geistlichen Organen, walten zu lassen.

Dann würde für den Staat die Anzeigepflicht nahezu entbehrlich; er würde dann die Wahrung seiner Autorität und des konfessionellen Friedens durch die repressive Wirkung seiner Gesetze zu erstreben haben. „Die Regierung wünscht, so hieß es in der Note, auf diesen Weg nicht gedrängt zu werden und würde ihn erst betreten, wenn sie die Hoffnung auf einen Erfolg der schwebenden Verhandlungen aufgeben müßte."

Diese Note des Reichskanzlers, welche erst nach Zustimmung des gesamten Staatsministeriums und nach der ausdrücklich in Wiesbaden eingeholten Billigung des Kaisers übergeben worden war, wurde allgemein als ein Ultimatum der preußischen Regierung angesehen. Die Kurie ging auf diese Note, trotz ihrer weitgehenden Zugeständnisse, nicht ein, und zwang infolgedessen die preußische Regierung zum selbständigen Vorgehen.

Noch gegen den Schluß des Landtags legte die preußische Regierung einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, womit sie die Konsequenzen aus ihrer Note vom 5. Mai zog.

Der Gesetzentwurf, welcher eine schärfere Überwachung der Besetzung der geistlichen Ämter, eine strengere Wahrung des staatlichen Einspruchrechtes gegenüber der Ausübung kirchlicher Funktionen und Verrichtungen verlangte, namentlich aber für die Regierung das Recht in Anspruch nahm, darüber zu entscheiden, ob der Anzustellende für die ihm von der Kirche zugedachte Stelle geeignet sei, führte zu längeren und sehr erregten Debatten, die Windthorst einen Extrait

aller Kulturkampfdebatten nannte, und bei denen der Kultusminister v. Gosler die Regierung gegen den Vorwurf, daß der Staat wertvolle Machtmittel mit der Vorlage aufgeben wolle, verteidigen mußte. Die letztere wurde schließlich mit bedeutender Majorität angenommen.

In die erste Hälfte des Jahres 1883 fiel der Tod der Prinzen Karl, des einzigen noch lebenden Bruders des Kaisers (gest. am 21. Januar.) Sein Ableben fiel gerade in die Zeit, in welcher das kronprinzliche Paar einst vor 25 Jahren den Ehebund geschlossen hatte, so daß von einer äußeren Feier der silbernen Hochzeit Abstand genommen werden mußte.

---

In voller Lebensfrische und Kraft, ein leuchtendes Vorbild aller häuslichen Tugenden, ein Muster echten Familienlebens, reich ausgestattet mit der Gabe, sich die Herzen zu gewinnen, ein Schutz und Hort freier schaffender Geistesthätigkeit, ein unermüdlicher Berater und Helfer aller treuen und bewährten Unterthanen, ein gütiger Spender da, wo es galt Not zu lindern und Gefahr abzuwenden, so trat das kronprinzliche Jubelpaar, umgeben von einem blühenden Kranz von Kindern und Kindeskindern, in das zweite Vierteljahrhundert seiner Ehe.

Wohl knüpfte sich einst vor 25 Jahren an die zwischen dem preußischen Thronerben und der britischen Königstochter geschlossene Verbindung manch sinniger Vergleich an, das einst in ernster verhängnisvoller Stunde auf dem Schlachtfeld besiegelte Bündnis; wohl liebte man es, sie als ein glückbedeutendes Wahrzeichen für die Zukunft, als eine Bürgschaft dafür anzusehen, daß sich die beiden Nationen, welche als Vorkämpfer der Vorsehung, des Protestantismus, der Gewissens- und bürgerlichen Freiheit so manche Berührungspunkte haben, sich inniger, verwandtschaftlicher verbunden fühlen würden.

Und diese Vorstellung, wie sie damals das Denken und Empfinden weiter Kreise bewegte, war nicht getäuscht worden. Der dem Familienleben zugeneigte Sinn, die für geistiges Leben, wie für ideales Streben herrschende Vorliebe der Braut, fanden eine freundliche Stätte in der neuen Heimat, fielen auf einen wohlvorbereiteten Boden, und mit dem Sonnenglanz reinen häuslichen Glücks verbanden sich Förderung und Pflege höherer Lebensinteressen, und entfaltete sich eine reiche Blüte künstlerischer und wissenschaftlicher Bestrebungen.

Zum Zeichen, daß nicht nur Berlin und Preußen, sondern auch ganz Deutschland mit dem fürstlichen Paare sich eng verbunden wisse, überreichte eine Deputation von Männern aus allen Gauen des Deutschen Reiches die Urkunde einer allgemeinen deutschen Sammlung von 800000 Mark, womit, zu bleibendem Andenken an dieses Familienfest, Werke der Barmherzigkeit und gemeinnützige Einrichtungen ins Leben gerufen werden sollten. Umgeben von so vielen Beweisen von Anhänglichkeit und Liebe, beging das Kronprinzenpaar nachträglich am 28. Februar seine Jubelfeier, unter persönlicher Teilnahme vieler fürstlicher Personen, welche zu diesem Zwecke nach Berlin gekommen waren. Es waren anwesend: Kronprinz Rudolph von Österreich, das sächsische Königspaar, der Prinz von Wales, der Herzog und die Herzogin von Edinburg, der Graf und die Gräfin von Flandern, der Herzog von Genua, der Großherzog und die Großherzogin von Baden, die Großherzöge von Hessen, Mecklenburg und Weimar, Prinz Arnulf von Bayern. Fürst Bismarck, dessen Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig ließ, empfing den Besuch fast aller der genannten Persönlichkeiten. Den Prinzen von Wales ernannte der Kaiser zum Chef des Blücher'schen Husarenregiments, mit dem Rangabzeichen eines Generalfeldmarschalls.

Ein von der Berliner Hofgesellschaft und von Künstlern veranstaltetes Kostümfest, das nach Beendigung der Trauerzeit stattfand, legte Zeugnis dafür ab, daß die Ehren- und Freudentage des deutschen Kaiserhauses Familienfeste sind, an denen das Volk teil nimmt. Weit über den glänzenden Kreis hinaus, der in den Sälen des alten Residenzschlosses der Hohenzollern versammelt war, waren die Herzen erwärmt, die Fenster erhellt, und die Hände dankbar erhoben bei dem Gedanken, daß das kronprinzliche Paar, dessen Ehrentag begangen wurde, sich der Erinnerung an ein Vierteljahrhundert reichen häuslichen und ehelichen Glücks, im vollen Glanze des Daseins erfreut, und Zeuge sein durfte der reichen Ernte an Liebe, Dankbarkeit und Verehrung, die aus den von ihm gestreuten Saaten aufgegangen war. Wo wie bei uns das Leben des Fürstenhauses in die Nation hinaus erweitert ist, da wird alles, was den Fürsten zugeteilt ist, zum Mitbesitz des Volks, zum deutschen Familienerlebnis. Die nur allzu rasch vorübergegangene Feier hatte noch eine andere Bedeutung. Sie war verschönt worden durch die Anwesenheit hoher Gäste, welche dem erlauchten Paare die Glückwünsche zahlreicher Höfe des In- und Auslandes

überbracht, durch ihre Anwesenheit den Glanz des Festes erhöht und allen Teilnehmern desselben — den nahen und den entfernteren — die freudige Empfindung gaben, daß die Bande der Freundschaft und des Vertrauens, welche Deutschland und Preußen mit den übrigen Staaten verbinden, die früheren geblieben, und daß die Friedenshoffnungen, in denen alle Völker einander begegneten, auf festem Grunde beruhten.

---

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wurde die öffentliche Meinung Deutschlands lebhaft beschäftigt durch das Bündnis mit Italien und den Abschluß einer Tripelallianz zwischen Deutschland, Österreich und Italien. Es knüpfte sich zunächst dieses Interesse an die Erklärungen, welche der auswärtige Minister Mancini im März und April 1883 im italienischen Parlament abgab, und an die Art und Weise, in der sich derselbe über den Abschluß einer förmlichen Allianz zwischen den genannten Mächten aussprach.

Diese Erklärungen gingen im wesentlichen dahin, daß Italien rückhaltlos gewillt sei, sich an Deutschland und Österreich anzulehnen und das künftige Wohl und Gedeihen des Landes in der Interessengemeinschaft mit den beiden genannten Staaten zu suchen.

Der Minister betonte dabei, den Angriffen der Opposition gegenüber, daß Italien aus dem Bündnis mit Deutschland und Österreich einen berechtigten Zuwachs an Sicherheit und Stärke ziehe, deshalb aber an seiner ihm eigentümlichen konstitutionellen Freiheit, seiner Würde und Unabhängigkeit durchaus keine Einbuße erleiden werde. Die vollständige Einigung Italiens mit Deutschland und Österreich würde vielmehr dazu beitragen, daß Versuche oder Gefahren von Angriffen von außen her dadurch in die Ferne gerückt seien. Wenn ein solch unheilvoller Tag jemals kommen sollte, so würde die italienische Nation in der Lage sein, sich ein sicheres Urteil zu bilden über den wirksamen Schutz, den die enge Freundschaft und Solidität der Beziehungen Italiens zu den beiden Mittelmächten der Integrität des Königreiches gewähre. Noch ausführlicher sprach sich Mancini im Senat aus. Er erklärte, daß das Einverständnis bestehe, daß es auf völlig gegenseitigen Pflichten und Rechten beruhe, und daß das Ziel desselben die Verteidigung des Weltfriedens sei. Die Regierung, so etwa schloß der Minister, würde sich von diesem Wege nicht verdrängen lassen, sie würde aber deshalb nicht minder

gute Beziehungen zu den andern Mächten pflegen, denn es schlösse das andere nicht aus. Was Italien von allen Mächten verlange, das sei Rücksichtnahme auf seine Interessen. Bei einer anderen Gelegenheit bemerkte der Minister im Sinne dieser Auslassung noch, daß das Bündnis Italiens mit den beiden Mittelmächten zum Zweck gemeinschaftlicher Sicherheit, zur Erhaltung des Friedens und somit zum Wohle ganz Europas geschlossen worden sei. Er fügte hinzu, daß die Zeit die Stichhaltigkeit dieses Bündnisses nur gestärkt, und die Erfahrung bewiesen habe, daß dasselbe die Pflege freundlicher Beziehungen zu den anderen Staaten nicht beeinträchtigte. Eine Schwächung dieser Allianz sei keineswegs zu befürchten, dieselbe bilde vielmehr einen Grundpfeiler der auswärtigen Politik Italiens. Die lebhafte Zustimmung, welche diese Worte des von der allgemeinen Liebe und Verehrung umgebenen Staatsmannes nicht allein im Parlament, sondern auch im Volke fanden, und die Aufnahme, welche denselben in der Presse und im öffentlichen Leben zu teil wurde, erfuhren in Deutschland herzliche Erwiderung. In dieser Kundgebung erblickte die öffentliche Meinung eine Bürgschaft dafür, daß das so glücklich hergestellte Einvernehmen, und das im Hinblick auf die Gemeinsamkeit großer vitaler Interessen geknüpfte Band, dem Bereich der Schwankungen und Wechselfälle entrückt war, die bisweilen im Leben der Völker wichtige und folgenschwere Transaktionen beeinflussen und auf die sich aus denselben ergebenden Beziehungen ihre Schatten werfen.

Erneuten Anlaß zu Kundgebungen ähnlicher Art, wie die vorstehend erwähnten, bot der unter dem größten Entgegenkommen der italienischen Regierung kurze Zeit darauf abgeschlossene deutsch-italienische Handelsvertrag. Ein das Vertragsinstrument selbst begleitender, der Öffentlichkeit übergebener Bericht des italienischen Handelsministers bemerkte zu demselben: der Vertrag sei ohne Zweifel ein sehr vorteilhafter in Anbetracht der sich aus der gegenwärtigen Handelspolitik des Deutschen Reiches ergebenden Hindernisse, gegen welche andere Regierungen bis jetzt vergeblich angekämpft hätten. Man könne sagen, daß der Vertrag ein beredtes Zeugnis des gegenseitigen Wohlwollens sei, das die in letzter Zeit zwischen Italien und Deutschland geknüpften herzlichen und innigen politischen Beziehungen erzeugt haben. Der wiederholte Aufenthalt des deutschen Thronerben in Italien, der innige Verkehr desselben mit König Humbert und Königin

Margarita trugen nicht minder das ihrige zur Wiederbelebung dieser deutsch-italienischen Wahlverwandtschaften bei.

---

Im September versammelte sich um Kaiser Wilhelm, bei Gelegenheit der Herbstmanöver, eine große Anzahl fremder Fürsten. Das Hauptquartier war in Homburg bei Frankfurt a. M. Außer dem Kronprinzenpaar, dem Prinzen Wilhelm, dem Prinzen Friedrich Karl und anderen Prinzen, dem König von Sachsen und dem Großherzog von Hessen, waren in Homburg auch die Könige von Spanien und von Serbien, der Prinz von Wales, der Kronprinz von Portugal (welcher schon am 10. September den Kaiser in Berlin besucht hatte) und als Bevollmächtigter des Sultans, Mukhtar Pascha, welcher zugleich beauftragt war, der Kaiserin Augusta den Chefakat-Orden, und dem Prinzen Wilhelm den Osmanie-Orden in Brillanten zu überbringen. Die deutsche Diplomatie war durch den Staatssekretär Grafen Hatzfeldt, und durch den Gesandten in Madrid, Grafen Solms, vertreten. Welch große Anziehungskraft auf alle Fürsten und Völker Europas, Frankreich allein ausgenommen, das Deutsche Reich, sein Kaiser und seine Regierung ausüben, wie dieses Reich, als das Centrum einer großen Völker- und Interessengemeinschaft, die Peripherie seines Einflusses bis über die Pyrenäen und den Balkan ausgedehnt, davon konnte sich jedermann beim Anblick des Homburger Hauptquartiers überzeugen. Den König Alfons von Spanien ernannte der Kaiser am 22. September zum Chef des in Straßburg garnisonierenden Regiments der gelben Ulanen Nr. 15, dessen Inhaber der verstorbene Prinz Karl von Preußen gewesen war. In dieser Uniform erschien König Alfons am 25. September zum erstenmal beim Kaiser.

---

Unmittelbar an die Manöver schloß sich die Einweihung des deutschen Niederwalddenkmals. Der dazu ausersehene 28. September war ein nationaler Festtag.

Lang vor den festlichen Tagen waren am Rhein-, Main- und Moselstrom die Vorbereitungen getroffen worden. Die Städte und Ortschaften hatten sich mit frischem Grün und Blumengewinden, wehenden Fahnen und bunten Farbentüchern geschmückt, Festhallen waren erbaut, Triumphbogen, reich verziert mit Sinnsprüchen, Transparenten und Emblemen, waren errichtet worden, allüberall, in Rüdesheim und

Bingen, Wiesbaden, Homburg und Frankfurt a. M., auf beiden Rheinufern hinunter bis nach Koblenz, Bonn und Köln. Die Rheinschiffe waren beflaggt und bewimpelt wie zu festlicher Flottenrevue, Fässer edelsten Weines und Vorräte aller Art waren aufgespeichert worden. Je näher der Tag der Enthüllung rückte, um so emsiger regten sich die Hände, mit ihnen die Geister. Die Zeitungen ließen Extranummern erscheinen, besondere Festzeitungen tauchten auf, die Dichter griffen in die goldenen Saiten, und Lied auf Lied erklang. —

Turner, Sänger, Schützen und Kriegervereine rüsteten und sammelten sich mit ihren Abzeichen, Fahnen und Bannern, die städtischen Behörden und deutschen Hochschulen entsandten Deputationen zu feierlicher Huldigung und Ansprache, kurz, alles, was Geist und Gemüt, Kunst und Wissenschaft ins Werk zu setzen vermochten, wurde zur Verherrlichung des Festes aufgeboten. Fürsten und hohe Staatsbeamte, Generale und Generalfeldmarschälle, Künstler und Gelehrte kamen herbei, der erhebenden Feier beizuwohnen.

Als der Kaiser den Festplatz betreten hatte, begrüßte ihn eine junge Dame mit folgender poetischen Widmung von Emil Ritterhaus.

Segen, Heil dem Zollernsohne! Sei gegrüßt im Land der Reben
Du, der Deutschlands Kaiserkrone hat dem Reich zurückgegeben!
Dir, der Volkesglück zu schaffen, nimmer, nimmer müd geworden,
Friedensfürst und Held in Waffen, Gruß Dir an des Rheines Borden.

Lausch', o Herr, den Friedenschören, was sie tausendstimmig sagen!
In des Rheines Rauschen hören wir das Herz von Deutschland schlagen.
Jauchzend schlägt es Dir entgegen, der durch Gottes gnädig Walten
Uns geführt auf Siegeswegen, der den Rhein uns deutsch erhalten!

Dank Dir, Herr, daß Du erschienen! Dankend blicken wir nach oben.
Treu dem Vaterland zu dienen ists, was jubelnd wir geloben!
Gott mit Dir! Er sprech ein Amen zu den Wünschen die wir hegen!
In des deutschen Volkes Namen Unserm Kaiser Heil und Segen!

Huldvoll und freundlich dankte der Kaiser. Darauf meldete der stellvertretende Vorsitzende im Komitee, Landesdirektor Sartorius, mit folgenden Worten die Fertigstellung des Denkmals, zugleich die Erlaubnis zur Enthüllung desselben erbittend:

„Als Euer Majestät vor sechs Jahren diesen Platz verließen, riefen alle: Auf Wiedersehen, und heute rufen alle, alle: „Willkommen". Das Denkmal steht vollendet und verwirklicht, was Euer Majestät bei der Grundsteinlegung als Sinn und Bedeutung des Ganzen er-

klärten. Den Gefallenen widmen wir die Palmen, Kränze den Lebenden, und den künftigen Geschlechtern zeigt Germania das hochzuhaltende Kleinod: des Reiches Krone. Wir übergeben das Denkmal dem Deutschen Reich, und bitten Euer Majestät, dieses Zeichen der Dankbarkeit des deutschen Volkes in Schutz zu nehmen, und gestatten zu wollen, daß die Enthüllungsfeier beginne." Alsdann hielt der Oberpräsident Graf zu Eulenburg die Festrede, betonend, daß das Hochgefühl, welches die Brust jedes Deutschen durchbebe, einen ebenbürtigen Ausdruck, ein bleibendes Zeichen des Dankes und der Freude, ein Vermächtnis an die Zukunft verlangt habe.

Die Festlichkeiten zur Einweihung des Nationaldenkmals bekundeten die innige Harmonie zwischen Kaiser, Fürsten und Volk. Das Deutsche Reich aber stand auf einer Höhe, welche vor den meisten Nationen neidlos anerkannt ward, weil sie bei der friedfertigen Gesinnung der deutschen Völkerschaften und ihrer ein- und umsichtigen Oberleitung eine gewichtige Gewährschaft für die Dauer des Friedens darbot.

---

Eine andere Feier, ursprünglich eine mehr kirchliche, welcher aber durch das eigenartige Verhältnis zwischen Kirche und Staat eine hochpolitische Bedeutung verliehen ward, war die Begehung der vierten Säkularfeier des Geburtstages des Reformators Luther, am 10. November. Dieselbe wurde durch ein für die evangelischen Schulen und Kirchen angeordnetes Kirchenfest gefeiert.

In Wittenberg, wo die Lutherfeier und in Verbindung damit die Einweihung der Lutherhalle am 13. September stattfand, nahm als Stellvertreter des Kaisers der Kronprinz teil am Feste. Er verlas die Kaiserliche Order vom 25. August, welche ihn mit der Stellvertretung beauftragte und unter anderm folgende Worte enthielt: „Ich empfinde als evangelischer Christ und als oberster Inhaber des Kirchenregiments lebhafte Teilnahme für jede derartige Feier, bei welcher das evangelische Glaubensbekenntnis ungeschwächten Ausdruck findet. Auch würdige ich vollauf den reichen Segen, welcher für unsere teuere evangelische Kirche davon ausgehen kann, daß ihre Glieder aller Orten an das große Erbe und die edlen Güter erinnert werden, welche Gott der Herr durch die Reformation uns beschеert hat." In seiner Rede im Lutherhause sagte der Kronprinz: „Unser Volk kann nicht oft und nicht lebhaft genug an die Segnungen erinnert

werden, welche es dem Manne verdankt, dessen Namen diese Halle trägt. Wer gedächte nicht hier und heute dessen, was Martin Luther's Geist und Wirken auf mehr als einem Gebiete deutsch-nationalen Lebens für uns erworben hat? Möge diese seinem Gedächtnis geweihte Feier uns eine heilige Mahnung sein, die hohen Güter, welche die Reformation uns gewonnen, mit demselben Mute und in demselben Geiste zu behaupten, mit dem sie einst errungen worden sind! Möge sie insbesondere uns in dem Beschlusse festigen, alle Zeit einzutreten für unser evangelisches Bekenntnis und mit ihm für Gewissensfreiheit und Duldung, und mögen wir stets dessen eingedenk bleiben, daß die Kraft und das Wesen des Protestantismus nicht im Buchstaben beruht und nicht in starrer Form, sondern in dem zugleich lebendigen und demütigen Streben nach der Erkenntnis christlicher Wahrheit."

---

Noch eine andere sehr bedeutsame hochpolitische Mission fiel dem deutschen Thronerben in den letzten Wochen des Jahres zu. Kaiser Wilhelm entsandte denselben in seiner Vertretung nach Spanien, um den Besuch des Königs Alfons in Homburg zu erwidern. Die Schnelligkeit, mit welcher dieser Gegenbesuch zur Ausführung gebracht wurde, sollte dem spanischen Souverain eine gewisse Genugthuung für die Unhöflichkeiten gewähren, welche sich der Pariser Pöbel gegen denselben bei der Durchreise durch die Hauptstadt herausgenommen hatte. Die Aufregung, welche diese Reise in Europa hervorief, war eine allgemeine.

Schon die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland, welche in den Begegnungen Kaiser Wilhelms und König Viktor Emanuels in Berlin und Mailand sich zum festen und dauernden Bund zusammengeschlossen, kündigten eine durchaus neue mit der Vergangenheit scharf kontrastierende Gruppierung der europäischen Mächte an. Die Ausdehnung dieser Friedenskoalition auch auf das Gebiet der Iberischen Halbinsel, mußte die Hoffnungen der Friedensstörer natürlich noch weiter herabstimmen.

Um so unerfreulicher war die Wahrnehmung, daß die Franzosen es nicht über sich gewinnen konnten, wenigstens bei diesem Anlaß ihren feindseligen Gesinnungen gegen Deutschland Schweigen zu gebieten.

In Spanien selbst war die Auffassung von der politischen Bedeutung der Anwesenheit des Erben der deutschen Kaiserkrone in Madrid eine weit verständigere; man sah in dem Besuch zunächst

das, was er unzweifelhaft war, einen Höflichkeitsakt, welcher der innigen, herzlichen Zuneigung des deutschen Kaiserhofs zu König Alfons entsprach.

Von deutscher Seite war alles geschehen, um die Fahrt des Kronprinzen Friedrich Wilhelm nach Spanien mit dem Glanze kaiserlicher Hoheit und Pracht zu umgeben. Als Herold, welcher den Besuch des deutschen Kronprinzen in Madrid ankündigte, wurde der Generaladjutant des Kaisers, Generallieutenant von Loë, nach Spanien abgesandt, und traf dort am 10. November ein. Das kaiserliche Handschreiben, welches die bevorstehende Ankunft des Kronprinzen meldete, übergab er dem König Alfons in feierlicher Audienz. Sogleich ordnete dieser an, daß dem Kronprinzen als Vertreter des Kaisers alle einem Souverain gebührenden Ehren erwiesen werden. Ein spanisches Geschwader mit dem Oberstkämmerer und einem Generaladjutanten des Königs an Bord, wurde zur Begrüßung des kaiserlichen Gastes nach Valencia beordert, wo die von Genua abgesegelten deutschen Kriegsschiffe landeten.

Aber auch das Deutschland engbefreundete Italien versäumte die dargebotene Gelegenheit nicht, dem Kronprinzen einen festlichen Empfang zu bereiten. Ein italienisches Geschwader lief in den Hafen von Genua ein, gab den großen Salut von 101 Kanonenschüssen im Moment der Einschiffung und hielt Flaggenparade ab, während eine Ehrenkompagnie auf der Landungsbrücke Spalier bildete, und die italienische Admiralität und Generalität dem Prinzen bei der Abfahrt das Geleit gaben. Als dann die kronprinzliche Standarte auf dem Flaggschiff, der Korvette „Prinz Adalbert", aufgehißt wurde, ertönte Kanonendonner von den 10 detachierten Forts, welche die Hafenbefestigung Genuas bilden.

Von Valencia aus ging die Reise nach Madrid, wo dem Erben der deutschen Kaiserkrone ein freundlicher Empfang von der Bevölkerung zu teil wurde, und wo König Alfons seinem hohen Gast zu Ehren glänzende Festlichkeiten und interessante Ausflüge veranstaltete.

Zu den mannichfachen Ehrungen, die dem letzteren zu teil wurden, gehörte auch seine Ernennung zum Ehrenmitglied der Rechtsakademie. Nächst Madrid galt der Aufenthalt auch den durch Naturschönheiten, Kunstschätzen und Baudenkmälern ausgezeichneten Städten Sevilla, Granada, Cordova und der Fabrik- und Handelsstadt Barcelona, wo die Einschiffung zur Rückfahrt nach Genua erfolgte.

Das dem germanischen Europa doch ziemlich fremde und ferne Spanien sah bei diesem dreiwöchigen Aufenthalte des Kronprinzen den Repräsentanten des deutschen Kaiserhauses und des Deutschen Reiches nebst seinen Offizieren, deren kriegerische Lorbeern noch nicht verwelkt waren. Des Kronprinzen ebenso imponierende als gewinnende Persönlichkeit, sein edler ritterlicher Charakter, sein leutseliges, volkstümliches Wesen, seine große Gewandheit und Sicherheit im Auftreten, alle diese wohlbekannten Eigenschaften mußten ihm alle Herzen gewinnen und die Achtung und das Vertrauen der Nation verschaffen.

Die Reise, die der Kronprinz bei dem Verlassen des spanischen Bodens nach Rom antrat, war in erster Linie dazu bestimmt, demselben Gelegenheit zu geben, seinen Dank für den freundlichen Empfang in Genua dem König Humbert abzustatten. Damit vereinigte sich ein Besuch des Papstes im Vatikan.

Der Besuch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm beim Papst war nicht, wie dies behauptet worden ist, der eigentliche und Hauptzweck seiner Reise nach Rom, aber er war doch das wichtigste Ereignis während der Anwesenheit des Prinzen in der Hauptstadt Italiens. Mit großer Sorgfalt wurde alles vermieden, was dem Besuch einen offiziellen Charakter verleihen, ihm die Eigenschaft als Höflichkeitsakt nehmen konnte. Darum stellte der preußische Gesandte v. Schlözer dem Prinzen seinen Wagen zur Verfügung, und aus dem Grunde trugen Kutscher und Diener keine Livree, sondern schwarzen Anzug und preußische Kokarden an den Hüten. Auch auf päpstlicher Seite wurden gewisse ceremonielle Feinheiten beobachtet, um nicht zu viel Entgegenkommen zu zeigen.

Deshalb erschien nicht der Maggiordomo des Papstes, Monsignore Theodoli, auf der Treppe zur Begrüßung des Prinzen, sondern der Ceremonienmeister Cataldi; im übrigen aber wurde der ganze Pomp entfaltet, über welchen die päpstliche Hofhaltung verfügt, um die Bedeutung und Feierlichkeit des Besuchs möglichst hervortreten zu lassen. Vom Pantheon zurückgekehrt, wo der Prinz den Manen Viktor Emanuel's ein Erinnerungszeichen dargebracht hatte, war der Kronprinz in den Palazzo Caſarelli zum deutschen Botschafter beim König von Italien, v. Keudel, gefahren, um dort das Frühstück einzunehmen. Von hier aus begab er sich gegen 1 Uhr mit dem Gesandten v. Schlözer und seinem Gefolge in den Vatikan. Die Zeit des Besuchs war noch nicht allgemein bekannt geworden, daher waren die Straßen, durch

welche der Kronprinz mit seinem Gefolge zum Vatikan fuhr, nicht sehr belebt; erst auf der Engelsbrücke drängte sich die schaulustige Menge. Die Anfahrt geschah am Damasohof. An der Treppe, die zu den päpstlichen Gemächern führte, standen Schildwachen mit Militärmützen und grauen Mänteln mit aufgepflanzten Gewehren. Der Papst kam dem Kronprinzen bis in das Vorzimmer entgegen und begrüßte ihn auf das zuvorkommendste, reichte ihm die Hand und führte ihn in sein Privatkabinet. Die Thüren wurden geschlossen, der Kronprinz und der Papst blieben etwa dreiviertel Stunden allein, dann fand die Vorstellung des Gefolges statt, welche weitere 20 Minuten in Anspruch nahm. Die Unterredung wurde in französischer Sprache geführt.

Nach einer von der öffiziösen Presse beglaubigten Lesart, hatte dieselbe etwa folgenden Wortlaut: „Nachdem der Papst wiederholt seiner Freude über den Besuch Ausdruck gegeben, bewegte sich das Gespräch zunächst in allgemeinen Formen, man sprach über die Reise in Spanien, über frühere Aufenthalte des Kronprinzen in Italien, über den Aufenthalt des Papstes als Nuntius in Brüssel u. s. w. Endlich fragte der Papst, ob Seine Kais. Hoheit ihm keine Eröffnung zu machen habe. Der Kronprinz erwiderte, daß ihm, der, wie gesagt, lediglich nach Rom gekommen sei, um dem Könige von Italien zu danken für zahlreiche Beweise der Gastfreundschaft, keinerlei Mission hätte übertragen werden können, um so weniger, als auch diese Reise nach Rom erst vor etwa acht Tagen beschlossen worden sei und schon durch diese Thatsache ausgeschlossen sei, was S. Heiligkeit anzudeuten beliebe. Hierauf antwortete der Papst, er sei Sr. Majestät dem Kaiser aufrichtig dankbar für die Wiedereinsetzung des Bischofs von Limburg, es sei dies ein Akt wohlwollend entgegenkommender Gesinnung. Der Kronprinz äußerte hierauf, daß er infolge seiner längeren Abwesenheit über die Einzelheiten des Falles nicht näher unterrichtet sei. Der Papst fuhr fort, er wünsche und hoffe von Herzen, daß Se. Majestät der Kaiser seine friedliebende und erleuchtete Gesinnung auch durch die Wiedereinsetzung der Oberhirten der Bistümer Posen und Cöln bethätigen werde. In Beantwortung dessen, wies der Kronprinz von neuem darauf hin, daß der Zweck seiner Reise, wie er schon bemerkt habe, jede Mission ausschließe, ferner auf den Umstand, daß er die in Betracht kommenden komplizierten Einzelheiten in diesem Augenblick nicht völlig beherrsche. Der Papst verließ hierauf die bestimmten Fragen und besprach nur noch im Allgemeinen die zwischen der Kirche und Preußen

bestehenden Differenzen; es gehöre zu den heißesten Wünschen seines Lebens, dessen Tage ja gezählt seien, den Frieden hergestellt zu sehen, und er hege die Zuversicht, daß der Besuch des künftigen Herrschers nur dazu beitragen könne, seinem Wunsche Erfüllung zu bringen. Der Kronprinz nahm diese Äußerungen dankend entgegen, und wollte dieselben seinem kaiserlichen Vater übermitteln, der ja in allen Fragen ein Fürst des Friedens sei."

Im Laufe der Unterredung erinnerte der Papst den hohen fürstlichen Besucher an dessen erste Anwesenheit in Rom. Dieselbe sei ihm deshalb denkwürdig gewesen, weil er damals gerade Kardinal geworden sei. Der damalige Kardinal Pecci mußte im Vorzimmer Pius IX. warten, bis sich der Prinz von diesem verabschiedet hatte. Gegen den Grafen Blumenthal äußerte Leo XIII. sein besonderes Vergnügen, eine solche militärische Berühmtheit kennen zu lernen. Als der Kronprinz aus dem Gemach des Papstes kam, war er ungewöhnlich heiter. Die Rückkehr erfolgte in derselben feierlich ceremoniellen Weise wie die Ankunft, dann begab sich der Kronprinz in die eine Treppe höher gelegene Wohnung des Kardinalstaatssekretärs Jacobini, mit welchem er eine Viertelstunde allein blieb.

---

Der Abschied des Kronprinzen von Italien vollzog sich nicht nur unter ungewöhnlichen Ehrungen, sondern unter den herzlichsten Kundgebungen der Teilnahme seitens der Bevölkerung. Minister Mancini verabschiedete sich von ihm mit den Worten, daß die Glück- und Segenswünsche des gesamten Italiens ihn begleiteten. Der Abschied vom König war der allerherzlichste.

In Berlin harrte des erlauchten Reisenden ebenfalls der wärmste Empfang von dem zahlreich versammelten Publikum.

Hochbeglückt empfing ihn die kaiserliche Familie, ganz Deutschland aber rief dem Heimgekehrten, der an den Ufern des Manzanares und des Guadalquivir, auf dem Kapitol und im Vatikan deutsches Wesen und deutsche Macht so glänzend repräsentiert, ein donnerndes Willkommen zu. Die ganze Reise war ein Beweis von Hohenzollernschem Pflichtgefühl, von Unterordnung aller persönlichen Neigungen unter das Interesse des Ganzen, unter die Staatsnotwendigkeit. Ursprünglich in hohem Grade überrascht über die Mission bei dem Papst, die unter den waltenden Umständen von doppelter Bedeutung,

unterzog er sich derselben und war in dieser Pflichterfüllung des großen Vaters großer Sohn.

---

Im Preußischen Landtag kam es in den letzten Sitzungen vor Weihnachten im Abgeordnetenhause zu einigen hochpolitischen Debatten. Dieselben wurden hervorgerufen durch die Besprechung des zweiten Antrages, welchen der bei der Fortschrittspartei hospitierende demokratische Abgeordnete Stern aus Frankfurt a. M. stellte.

Der Antrag, der von 42 Mitgliedern der Fortschrittspartei unterzeichnet war, lautete dahin, es solle die öffentliche Stimmenabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Kommunalvertretungen beseitigt und durch eine geheime Abstimmung ersetzt werden.

Stern begründete seinen Antrag damit, daß er von einem anerkannten Notstand sprach, der infolge der Verstaatlichung der Eisenbahnen, welche ein neues Heer von Beamten schaffe, und durch den immer größeren Einfluß der konservativen Kapitalisten und Großgrundbesitzer zunehme. Die an die Regierung gerichteten Petitionen seien von dieser bisher dilatorisch behandelt worden; sie wolle die Lösung dieser Frage nicht für sich allein, sondern nur in Verbindung mit einer allgemeinen Wahlreform in Angriff nehmen; er wünsche aber eine offene Antwort der Regierung in Betreff des einen bestimmten Falles herbeizuführen. Minister v. Puttkamer gab dem Vorredner sofort die gewünschte runde Antwort, und noch mehr als diese. Er sagte, die Regierung werde einem Antrage, welcher einen wohlberechneten Vorstoß gegen eine der wichtigsten Verfassungsbestimmungen enthalte, vollen Widerstand entgegen setzen.

Daß das Centrum den Antrag Stern begünstigte, erkannte man aus den Reden Reichensperger's, Bachem's und Windthorst's. Er wurde aber nach längeren Diskussionen mit großer Mehrheit von den Konservativen gegen Centrum und Freisinnige abgelehnt.

Das Interessanteste an diesen Debatten war die Erklärung des Ministers, daß die Staatsregierung die Abschaffung der geheimen Stimmenabgabe für den Reichstag in ernste Erwägung ziehe. Es wurde in der Presse, besonders in der liberalen, die Frage erörtert, ob wirklich der Reichskanzler diesen Gedanken hege, und ob auf dessen besonderen Wunsch v. Puttkamer die Absicht zum voraus angekündigt, oder ob letzterer in der Hitze des Wortgefechts den Plan zu früh enthüllt habe.

---

# Das Jahr 1884.

Das Jahr 1884 begann unter erregten Redekämpfen im Abgeordnetenhause, welche der streitlustige Windthorst auf konfessionellem und kirchenpolitischem Gebiet entfachte. Der Ausgang derselben bildete der von ihm gestellte Antrag auf Aufhebung des Sperrgesetzes vom 22. April 1875, durch welches die Gehaltszahlungen an die Geistlichen der Diöcesen Posen und Köln inhibiert waren. Er begründete seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß man die beiden Diöcesen nicht anders behandeln dürfe als die andern. Der Antrag wurde indes abgelehnt; nur das Centrum und der Freisinn war für dieselben eingetreten.

Die Beratung des Kultusetats, welche am 29. Januar begann, gab den Klerikalen aufs neue Gelegenheit, ihre Wünsche und ihre Beschwerden vorzubringen. Windthorst verwahrte das Centrum gegen diesen Vorwurf, daß es in seinen Forderungen maßlos sei. Solange dem Centrum immer nur ein Teilchen gewährt würde, könne man sich nicht wundern, wenn es immer dringender das Ganze verlange, das heißt den früheren Zustand, um den man die preußischen Katholiken beneidet habe.

Aber alle diese Zurückweisungen hinderten den unermüdlichen Parteiführer nicht noch am Schluß der Session eifrig auf die Beratung seines Antrages auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die organische Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung zu bestehen.

Windthorst machte bei diesem Anlaß der Regierung den Vorwurf, daß sie auf den Notruf des katholischen Volkes immer in ganz ungenügender Weise höre, und von der Kurie Zugeständnisse fordere, welche diese beim besten Willen nicht gewähren könne. Die zur Wiederherstellung der Seelsorge getroffenen Maßregeln seien dankbar anzuerkennen; aber sie seien verkümmert worden durch Zurückweisung derjenigen Geistlichen, welche ihre Studien in Rom und Innsbruck gemacht hätten. In letzterem Orte unterrichteten freilich Jesuiten; man werde sich aber glücklich schätzen, wenn dieser Orden auch in Deutschland seine Wirksamkeit wieder entfalten könnte, dafür würden die Social-

demokraten schon sorgen. Minister v. Goßler erwiderte, die Zeit sei noch nicht gekommen, wo die Regierung mit neuen Gesetzesvorlagen vor das Haus treten könne, und wann dieser Zeitpunkt kommen werde, könne er jetzt nicht angeben.

Hierauf wurde der Antrag gegen das Centrum, die Polen und einige Konservative abgelehnt.

---

Noch während der Lantagssession wurde am 5. März der Reichstag eröffnet. Am Vorabend der Reichstagseröffnung vollzog sich eine Parteiverschmelzung, welche den Ausgangspunkt einer gänzlich veränderten Stellung der Fraktionen untereinander wie zur Regierung in Preußen wie in Deutschland wurde. Nach langen Verhandlungen, die sehr geheim geführt wurden, verband sich der linke Flügel der Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei. Die Veröffentlichung des neuen Parteiprogramms ließ sogleich erkennen, daß die Einbeziehung der gesamten nationalliberalen Fraktion in den Einigungsprozeß vergebliche Mühe gewesen wäre; dazu waren die Meinungen in den Hauptfragen zu verschieden. Als Hauptpunkte des Programms vom 5. März stellten sich dar: die gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums, Aufrechterhaltung des geheimen direkten Wahlrechts, Sicherung der Wahlfreiheit insbesondere auch durch Bewilligung von Diäten, Gleichheit vor dem Gesetz 2c.

Aus diesem Programm war ersichtlich, daß die Mitglieder der unter dem Namen deutsche freisinnige Partei neu begründeten Partei, der Verlängerung der Geltungsdauer des Socialistengesetzes widerstrebten, weil dieses dem Grundsatze des gleichen Rechtes für alle widersprach, daß sie ferner dem Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes als einem Ausfluß des Staatssocialismus ablehnend gegenüberstand, und daß sie die Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und den freiheitlichen Ausbau der Reichsverfassung als die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft betrachteten. Obwohl die deutsche freisinnige Partei der nationalliberalen Fraktion keinerlei Gegnerschaft zeigte, so gab sich doch auf der anderen Seite sogleich nach Abschluß der neuen Parteibildung die entschiedene Abneigung kund, mit der Partei in irgend welche Beziehungen zu treten, im Gegenteil wurde die Unvereinbarkeit des beiderseitigen Standpunktes augenblicklich klar.

Zum formellen Ausdruck gelangte die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in einer zu Heidelberg am 23. März abgehaltenen Versammlung von Vertretern der nationalliberalen Partei in Baden, der deutschen Partei in Württemberg, der nationalliberalen Richtung in Bayern diesseit und jenseit des Rheins, der hessischen Fortschrittspartei, und der nationalliberalen Partei in Hessen-Nassau. Im Gegensatz zu der deutsch-freisinnigen Partei erklärten die in Heidelberg versammelten Liberalen Süddeutschlands, daß sie die auf erhöhte Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen des Reichskanzlers billigten und die Reichsregierung in ihren Bemühungen, die sociale Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, unterstützen wollten, daß sie demgemäß auf das Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes noch in dieser Session hoffen, daß sie ferner die erste Pflicht des Staates in der Aufrechterhaltung eines gesicherten Rechtszustandes erkennen und deshalb die Verlängerung des Socialistengesetzes für dringend geboten erachteten. Die Erklärung schloß mit den folgenden Worten, welche die Stellung der Unterzeichner zu der freisinnigen Partei scharf kennzeichnete: „Eine Verschmelzung mit anderen Parteien halten wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch die Verschiedenheit der Beurteilung entscheidender Tagesfragen für ausgeschlossen."

Der Reichskanzler nahm in der Reichstagssitzung vom 13. März Gelegenheit, die Bezeichnung freisinnig für die neue Partei als unberechtigt abzulehnen, weil sie damit eine Eigenschaft in Anspruch nehme, welche den anderen auch zukomme; außerdem erklärte er, daß der gemeinsame Haß gegen seine Person das Hauptbindemittel der neuen Partei ausmache. Um so entgegenkommender verhielt sich die halbamtliche Presse gegen die Unterzeichner und Bekenner des heidelberger Programms.

Gleich bei Beginn der Reichstags-Session gab die Beratung des Unfallversicherungsgesetzes dem Fürsten Bismarck Gelegenheit, sich über die Absichten der Regierung bezüglich des Princips der staatlichen Socialreform näher auszusprechen. Der zu wiederholten Malen feierlich und mit besonderem Nachdruck ausgesprochene Wunsch des Kaisers, die wirtschaftliche und sociale Lage der Arbeiter durch organische Gesetze zu heben und dadurch den Frieden unter den Bevölkerungsklassen zu fördern, habe im deutschen Volke volles Verständnis gefunden. Die Verhandlung über das im vergangenen Jahre zustande gekommene

Krankenversicherungsgesetz hätte den erfreulichen Beweis geliefert, daß der Reichstag sich mit den verbündeten Regierungen in dem Bewußtsein der Bedeutung und Dringlichkeit der erstrebten socialen Reformen begegne.

Der nächste Schritt auf diesem Gebiet bestehe in der endlichen gesetzlichen Regelung der Fürsorge für die durch Betriebsunfälle verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebene. Nachdem auch der im Frühjahr 1882 vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes zum legislatorischen Abschluß nicht gelangt sei, wäre dasselbe unter Berücksichtigung der aus dem bisherigen Entwickelungsgange geschöpften Erfahrungen nachmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Dieselbe habe zu dem Plane einer anderweitigen Ausgestaltung der in Aussicht genommenen berufsgenossenschaftlichen Organisation der gewerblichen Unternehmer auf der Grundlage ausgedehnter Selbstverwaltung, sowie einer erweiterten Beteiligung der Arbeiter behufs Wahrung ihrer Interessen geführt.

Nach dem Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes würde die Aufgabe sein, auf entsprechender organisatorischer Grundlage eine befriedigende Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter anzustreben.

Die Erfüllung dieser Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung solle in dieser die Segnungen der friedlichen Entwickelung des geeinten Vaterlandes zum vollen Bewußtsein bringen, damit den auf den Umsturz göttlicher und menschlicher Ordnung gerichteten Bestrebungen revolutionärer Elemente der Boden entzogen und die Beseitigung der erlassenen Ausnahmemaßregeln angebahnt würde.

Das Unfallgesetz wurde, nachdem die beiden konservativen Parteien mit dem Centrum einen Kompromiß abgeschlossen, und dank dem wiederholten Eingreifen des Fürsten Bismarck in die Debatten, mit großer Majorität angenommen.

Fast zu gleicher Zeit mit dem Unfallversicherungsgesetz kam das Socialistengesetz zur Verhandlung. Dem Reichstag war ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Giltigkeitsdauer des Socialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 verlängert werden sollte bis zum 30. September 1886. Zur Begründung des Entwurfs war angegeben: „Dem weiteren Umsichgreifen der socialdemokratischen Bewegung sind gewisse Schranken gezogen, und durch energische Handhabung der Bestimmungen des Gesetzes ist es möglich geworden, die lauten, Gesetz

und Recht offen verhöhnenden Kundgebungen der socialdemokratischen Partei einigermaßen von der Oberfläche zu verdrängen".

Die gesteigerte Thätigkeit der Partei machte sich vorzugsweise in der Abhaltung zahlreicher öffentlicher und geheimer Versammlungen, in der verstärkten Verbreitung der Parteiorgane und sonstiger Preßerzeugnisse, sowie in bedeutenden Zuwendungen an die Parteikasse bemerkbar. Auch der Anhang der Socialrevolutionäre oder Anarchisten in Deutschland und in den übrigen Kulturstaaten, habe anscheinend eine Vermehrung erfahren, sofern wenigstens aus der größeren Verbreitung ihrer Preßerzeugnisse ein Schluß hierauf gerechtfertigt sei. Die Parteiorgane der Anarchisten deutscher Zunge, die „Freiheit" und der inzwischen ebenfalls verbotene „Rebell" predigten in bekannter Art den Kampf mit allen Mitteln, und verherrlichten den Mord und Raubmord, wenn er nur den Parteiinteressen dienlich sei. Die in Oesterreich, England, Rußland und Frankreich, sowie die in Frankfurt a. M., Stuttgart, Straßburg und Elberfeld begangenen bekannten Verbrechen lieferten den Beweis dafür, auf wie fruchtbaren Boden die Anreizungen gefallen waren, und ließen die Gefahren deutlich erkennen, von welchen die öffentliche Sicherheit bedroht war, so lange es nicht gelänge, den destruktiven Bestrebungen dieser Partei den Boden zu entziehen.

Der Gesetzentwurf wurde darauf einer Kommission überwiesen, und fand sodann eine eingehende lebhafte zweite Lesung im Hause, an welcher sich der Kanzler mit einer großen Rede beteiligte, statt. Unter dem Eindruck derselben erfolgte die Annahme erst in zweiter, dann in dritter Lesung, wobei die Parteien sich gänzlich zersplitterten, und ein Teil der Freisinnigen und Klerikalen mit den konservativen Parteien und nationalliberalen, gegen eine aus ganz verschiedenen Elementen zusammengesetzte Minorität, votierte.

---

Hier ist auch der Ort, um einer Gesetzvorlage zu gedenken, die den Reichstag vor seinem Schluß noch lebhaft beschäftigte. Es war dies das Gesetz über die Verwendung von Geldmitteln aus Reichsfonds zur Errichtung und Erhaltung von Postdampfschifflinien mit überseeischen Ländern.

Der Kanzler sollte danach autorisiert werden, die Einrichtung von regelmäßigen Postdampfschiffverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, beziehungsweise Australien, anderseits auf

die Dauer von bis zu 15 Jahren an geeignete Privatunternehmungen zu übertragen, und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfe bis zum Höchstbetrage von jährlich 4 Millionen Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen, welche Beiträge in den Reichshaushaltsetat eingestellt werden sollten. Die in Aussicht genommenen Dampferlinen sollten folgenden Weg nehmen: 1. Für den Verkehr mit Ostasien: a) eine Hauptlinie von der Elbe oder Weser (Hamburg oder Bremen) nach Hongkong, über Rotterdam, beziehungsweise Antwerpen, Neapel, Port-Said, Suez, Aden, Colombo, Singapore; b) eine Zweiglinie zwischen Hongkong und Yokohama über Shanghai, Nagasaki und einen noch zu bestimmenden Hafen in Korea. 2. Für den Verkehr mit Australien: a) eine Hauptlinie von der Elbe oder Weser, (Hamburg oder Bremen) nach Sydney über Neapel, Port-Said, Suez, Aden, King-Georges-Sound, Adelaide und Melbourne. b) eine Zweiglinie von Sydney über Auckland, Tonga-Samoainseln, und Brisbane zurück nach Sydney. Die Fahrten sollten in Zeitabschnitten von je 4 Wochen stattfinden und die Dampfer die deutsche Postflagge führen.

Der Staatssekretär im Reichspostamt, v. Stephan, leitete am 14. Juni die Debatte mit einer Erläuterung und Verteidigung des Entwurfes ein, der lediglich auf praktischem Boden stehe und mit nationalökonomischen Principien nichts zu thun habe.

Dr. v. Stephan empfahl die Vorlage besonders, weil sie das Mittel gewähre, um aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu England und Frankreich herauszukommen, in welchem sich Deutschland insofern befinde, als der größte Teil seiner Korrespondenz und seines Waarenverkehrs mit Ostasien und Australien durch englische und französische Schiffe vermittelt werde. Er legte den Nachdruck auf die nationale Seite der Frage und erklärte, daß man in zehn Jahren garnicht begreifen werde, wie sich gegen den Vorschlag Stimmen erheben könnten. Der Abgeordnete Bamberger legte in seiner Erwiderung den Maßstab des Bedürfnisses und der Rentabilität an, und kam zu dem Ergebnis, daß die Bewilligung der geforderten Summe eine heillose Verschwendung sei und zur Verstaatlichung der Rhederei führen würde. Der Reichskanzler beschränkte sich der zweistündigen Rede Bambergers gegenüber auf die Bemerkung, daß die Vorausberechnung des volkswirtschaftlichen und sonstigen Vorteils bei derartigen Vorlagen unmöglich sei, das sei Sache des Glaubens und der Ueberzeugung. Auffallend sei nur, daß die Grenzen der wirtschaftlichen Überzeugung so genau mit den Grenzen

der Fraktion übereinstimmen. Die Verantwortlichkeit für die Folgen der Ablehnung komme auf das Kerbholz des Herrn Bamberger und der übrigen Ablehnenden, der Bundesrat aber lege die Sache ad acta Samoa. Nachdem der Abgeordnete Meyer (Bremen) auf Grund seiner 27jährigen Erfahrung die Vorlage als zweckmäßig erklärt hatte, wurde dieselbe auf Antrag des Abgeordneten Reichensperger (Crefeld) an die Budgetkommission überwiesen, über welche sie nicht hinauskam.

Der Schluß der Session erfolgte durch den Staatssekretär v. Bötticher, am 28. Juni. Gegenüber der Richter'schen Behauptung, daß die Bayern und Württemberger für die Dampfersubvention leicht schwärmen könnten, da sie ja nichts dafür zu bezahlen hätten, wurde in der Presse erklärt, daß der Kostenbeitrag Bayerns und Württembergs, die ihre eigene Post hätten, bereits vor der Einbringung der Dampfervorlage im Bundesrat geregelt gewesen sei. Wirft man noch einen Rückblick auf die Leistungen dieser Session, welche seit Bestehen des Reiches die erste ordentliche Session ohne Etatsberatung war, so waren trotz der Schwierigkeit der Fraktionsverhältnisse mehrere bedeutende Vorlagen erledigt worden. Von diesen sind anzuführen: Das Unfallversicherungsgesetz, die Novelle zum Hilfskassengesetz, das Aktiengesetz, die Verlängerung des Socialistengesetzes, das Militärreliktengesetz, (wenn auch in einer, wie der Kriegsminister erklärte, unannehmbaren Fassung), das Gesetz über den Feingehalt von Gold- und Silberwaren, die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung, u. a. Unerledigt blieben mehrere Regierungsvorlagen und Initiativanträge des Hauses, und zwar kamen das Börsensteuergesetz, die Zuckersteuer und Zolltarifnovelle nicht einmal zur ersten Lesung, während das Pensionsgesetz für die Reichsbeamten und Militärpersonen, die Dampfersubventionsvorlage und von den Initiativanträgen unter anderen der über Entschädigung unschuldig Verurteilter, der über Wiedereinführung der Berufung und der polnische Antrag über die Gerichtssprache, nicht über die Kommission hinauskamen.

---

Am 9. Juni hatte die Grundsteinlegung zu dem neuen Reichstagsgebäude stattgefunden.

Punkt 12 Uhr mittags erschien Kaiser Wilhelm, und betrat festen Schrittes den Kaiserpavillon. Der Domchor intonierte das Lied: „Lobe den Herren", und der Reichskanzler erbat die Erlaubnis zur Vorlesung der Urkunde für die Grundsteinlegung. Sie verkündete

den Entschluß des Kaisers, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches, in Gemeinschaft mit den verfassungsmäßigen Vertretern des deutschen Volkes, den Grundstein zu einem Hause zu legen, in welchem der gemeinsamen Arbeit der gesetzgebenden Körper eine würdige Stätte bereitet werden solle. Nach einem Rückblick auf die Siege der deutschen Waffen, und die daraus entsprossene Einheit, dem Ausdruck des Dankes für das, was die Regierungen in gemeinsamer Thätigkeit mit dem Reichstage bisher geschaffen, und der Hoffnung, daß die gemeinsame Arbeit für das Vaterland auch in Zukunft von Einigkeit getragen und vom Segen begleitet sein werde, folgten die Schlußworte: „Möge Frieden nach außen und im Innern den Bau dieses Hauses beschirmen! Auf immerdar sei das Haus ein Wahrzeichen der unauflöslichen Bande, welche in großen und herrlichen Tagen die deutschen Länder und Stämme zu dem Deutschen Reich vereinigt haben. Dazu erflehen wir den Segen Gottes!" Langsamen Schrittes ging der Kaiser nun über die mit roter Decke belegte Rampe zum Grundstein hinab und empfing aus der Hand des bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrat, Grafen v. Lerchenfeld-Köfering, die silberne Kelle. Die drei Reichstagsarchitekten boten den Mörtel dazu dar, und Graf Lerchenfeld hielt eine kurze Ansprache an den Kaiser, welche den Wunsch enthielt, daß derselbe in ungeschwächter Kraft die Vollendung des Baues sehen möge. Darauf überreichte der Reichstagspräsident v. Levetzow dem Kaiser den Hammer und sagte nach einigen einleitenden Worten: „Das Haus erstehe und dauere, eine Stätte der Eintracht, der Weisheit, der Mäßigung, zu des Volkes Wohl, zu des Reiches Hort, zu der alten Kaiserkrone neuem Glanz! Rede und Rat gehen von ihm aus, frei und treu, fromm und wahr, recht und schlecht! Es werde ein Denkmal großer Zeit, und halte lebendig unter den Enkeln die dankbare Liebe, in welcher alle deutschen Herzen unserm teuern Kaiser schlagen! Auf dem Hause ruhe der Segen Gottes, welcher Ew. Majestät allewege sichtlich und wunderbar geleitet, daß alles wohl gelinge, und bis an das Ende der Tage dieser Bau es der Welt verkünde, Hier Kaiser und Reich!" — Der Kaiser ergriff den Hammer und that drei Schläge auf den Grundstein mit den Worten: „Im Namen Gottes, im Namen des Reiches, zur Ehre des Vaterlandes!" Dann folgten die Hammerschläge der anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses, des Reichskanzlers, des Feldmarschalls Moltke, der Bevollmächtigten zum Bundesrat,

des Präsidiums und Bureaus des Reichstags, des Staatsministeriums und der Reichstagskommission. Nach Beendigung der symbolischen Handlung sprach der Oberhofprediger Dr. Kögel den Weihespruch, die Versammlung stimmte das „Nun danket alle Gott" an, und als das Lied verklungen war, erhob Präsident v. Levetzow den Ruf: „Se. Majestät der Deutsche Kaiser, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch!! Unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerkranz" fiel die Versammlung begeistert in diesen Ruf ein. Der Kaiser schritt nochmals auf den Grundstein zu und gab drei Schläge „im Namen der Kaiserin und Königin". Aus der Versammlung erscholl wiederum der Ruf: „Es lebe der Kaiser!"

In der in den Grundstein versenkten Urkunde hieß es: „Unter den glorreichen Waffenerfolgen der vereinten deutschen Stämme ist durch Gottes Fügung das Reich zu ungeahnter Macht und Herrlichkeit erstanden. Aus der Begeisterung des Volkes, und aus dem gegenseitigen Vertrauen der Bundesregierungen ist für Deutschland die Kraft erwachsen, seine Verfassung und seine nationale Entwickelung aus eigener Macht zu schützen und die Pflege seiner Wohlfahrt in die eigene Hand zu nehmen. Diesem Schutze und dieser Wohlfahrt soll die Arbeit in dem Hause dienen, dessen Grundstein Wir legen.

Wir blicken, Dank gegen Gott, auf das zurück, was die verbündeten Regierungen in gemeinsamer Thätigkeit mit dem Reichstage während des verflossenen Jahres Unseres Kaiserlichen Waltens für Deutschland geschaffen haben, und sehen der Zukunft in der Hoffnung entgegen, daß unter Uns wie unter Unsern Nachfolgern die gemeinsame Arbeit für das Vaterland von Einigkeit getragen und von Segen begleitet sein werde. Der Ordnung, der Freiheit, der Gerechtigkeit der gleichen Liebe für alle Kreise Unseres Volkes sei unverbrüchlich diese Arbeit gewidmet.

Möge Friede nach außen und im Innern den Bau dieses Hauses beschirmen! Auf immerdar sei das Haus das Wahrzeichen der unauflöslichen Bande, welche in großen und herrlichen Tagen die deutschen Länder und Stämme zu dem Deutschen Reiche vereinigt haben. Dazu erflehen wir den Segen Gottes!"

---

Dem wiederholt von der deutsch-freisinnigen Presse im Parlament angeregten Thema von der gesetzlichen Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums, hinter welchem nur der Gedanke verborgen

war, daß die Minister und Staatssekretäre ihre Stellen niederzulegen hätten, falls sich die Majorität selbst in untergeordneten Fragen gegen sie erklärte, gab der Bundesrat keine Folge. Derselbe erklärte vielmehr, wie es angesichts der bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag dringend wünschenswert sei, daß das Vertrauen zur Festigkeit der Grundlagen der Reichsverfassung durch eine gemeinsame Willenserklärung der verbündeten Regierungen gestärkt werde. Wichtig war auch der Antrag Bremens an den Bundesrat auf Einverleibung seines Hafens in das Gebiet des Zollvereins.

Der Bevollmächtigte Bremens konstatierte, daß, nachdem die Möglichkeit erwiesen sei, das Zollinteresse des Reichs sicher zu stellen, ohne dem internationalen Handels- und Schiffahrtsverkehr, insbesondere dem transatlantischen, das zu seiner Entwickelung unentbehrliche Maß freier Bewegung zu entziehen, der Senat von Bremen seine Bereitwilligkeit zum Anschluß an das deutsche Zollgebiet dem Bundesrat kundgebe. Er lasse sich dabei von dem Vertrauen leiten, daß der Bundesrat geneigt sein werde, für den Eintritt Bremens in das Zollgebiet diejenigen Erleichterungen zu gewähren, welche die für das Gedeihen Bremens ebenso notwendige als für die Interessen des Reiches gewiß wünschenswerte Aufrechthaltung der Stellung Bremens im Welthandel und deren fortschrittliche Entwickelung unumgänglich erheischen. Zunächst beantragte somit der Bevollmächtigte, der Bundesrat möchte in Vorbereitung des Anschlusses Bremens an das Zollgebiet die geeignete Einleitung zur Verständigung und Verhandlung treffen.

---

Während dieser parlamentarischen Verhandlungen und politischen Vorfälle vollzogen sich verschiedene Ereignisse, welche dem Kaiser und dessen Familie und den Reichskanzler Fürsten Bismarck betrafen, und teils an sich, teils wegen ihres Zusammenhanges mit der inneren und äußeren Politik das allgemeine Interesse erregten. Am 3. Januar wohnte Kaiser Wilhelm mit der Kaiserin und allen Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses der Einweihung der Dankeskirche bei, welche zum Andenken an seine Errettung bei den Attentaten von 1878 auf dem Weddingplatz im Norden Berlins erbaut worden war.

Der Geburtstag des Kaisers, welcher am 22. März in das 88. Lebensjahr eintrat, wurde nicht nur in Berlin und dem übrigen Preußen, sondern in ganz Deutschland und von den Deutschen im Ausland mit großer Begeisterung gefeiert. Der Kaiser hatte die

Freude, an diesem Tage auch seinen Enkel, den Prinzen Heinrich, zu begrüßen, welcher im vorigen Jahre auf der Korvette „Olga" eine Reise nach Westindien und andern Teilen Amerikas angetreten hatte, und am 13. März vom Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm abgeholt, glücklich wieder in den Hafen von Kiel eingelaufen war.

Dem Kaiser wurden außerdem um diese Zeit große Aufmerksamkeiten von Rußland erwiesen. An dem 50. Jahrestage der Verleihung des Georgs-Ordens an den Monarchen, erschien eine russische Deputation in Berlin, unter Großfürst Michael, und überbrachte ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Alexander. Dazu gesellten sich noch andere Höflichkeiten von Petersburg her. In Erwiderung derselben ging Prinz Wilhelm nach der russischen Hauptstadt, um dort der Feier der Großjährigkeitserklärung des Großfürst Thronfolger Nicolaus am 18. Mai beizuwohnen. —

---

Vielfach beunruhigende Gerüchte traten im Sommer auf. Man erzählte sich Bismarck ginge damit um, alle seine preußischen Ämter niederzulegen und nur an der Spitze des Reiches zu bleiben. Aber die Teilung der Geschäfte und die Abgrenzung der verschiedenen Wirkungskreise waren so schwierige Dinge, daß zunächst Alles beim Alten blieb.

Am 1. September, am Tage der Schlacht von Sedan, verlieh der Kaiser seinem Reichskanzler, General der Kavallerie, den Orden pour le mérite mit Eichenlaub, mit einem Handschreiben voll der ehrendsten Anerkennung der Verdienste des Kanzlers: „Der heutige Erinnerungstag, welcher Mir aus den bisherigen 22 Jahren unseres Zusammenwirkens eines der hervorragendsten Ereignisse vergegenwärtigt, führt Meine Gedanken auch darauf hin, daß Sie Mir an diesem Tage und während zweier Kriege nicht nur als bewährter Mann des Rates, sondern auch als Soldat zur Seite gestanden, und daß es in Preußen einen Orden „für das Verdienst" giebt, den Sie noch nicht besitzen. Wenn auch die Bedeutung dieses Ordens eine spezifisch militärische sein soll, so hätten Sie ihn doch schon längst haben müssen; denn Sie haben wahrlich in mancher schweren Zeit den höchsten Mut des Soldaten bewiesen, und Sie haben auch in zwei Kriegen an Meiner Seite voll und ganz bethätigt, daß Sie neben jeder anderen auch auf eine hervorragende militärische Auszeichnung den vollsten Anspruch haben. Ich hole also Versäumtes nach, indem Ich Ihnen den beifolgenden Orden pour le mérite verleihe, und zwar sogleich mit

Eichenlaub, um hierdurch darzuthun, daß Sie ihn schon längst hätten haben sollen, und daß Sie ihn wiederholt verdient haben. Ich weiß in Ihnen so sehr das Herz und den Sinn, Ich weiß daß Ich Ihnen mit diesem Orden, den ja so Viele Ihrer Vorfahren mit Stolz trugen, eine Freude mache, und Mir selbst gewähre. Ich habe daher die Beruhigung, daß Ich dem Manne, den Gottes gnädige Fügung Mir zur Seite gestellt und der so großes für das Vaterland gethan, auch als Soldat die wohlverdiente Anerkennung zu teil werden lasse. Ich freue Mich in der That herzlich und sehr, Sie künftig den Orden pour le mérite tragen zu sehen.

---

Das alte Einvernehmen mit Rußland, an welchem der Kaiser nach den Traditionen seines Hauses auf das Engste hing, war durch eine leichte Wolke verschleiert worden. Mit Rücksicht darauf erging von russischer Seite eine Einladung zu einer Zusammenkunft nach dem kaiserlichen Schloß Skierniewice, nahe bei Warschau. Bei aller Freundlichkeit der persönlichen Beziehungen war es doch seit 3 Jahren nicht möglich gewesen, eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander zu veranstalten; noch schwieriger schien die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser von Österreich und Rußland wegen der vielen Konfliktspunkte, deren nie versiegende Quelle der Interessenstreit auf der Balkanhalbinsel war. Am 17. September trafen nach langen Verhandlungen und vielen Besprechungen zuerst Kaiser Franz Joseph, dann Kaiser Wilhelm ein, und es folgte eine Reihe glänzender Feste. Auch die drei Minister, Fürst Bismarck, Graf Kalnoky und Herr v. Giers waren anwesend.

Über den Inhalt der Unterredungen ist nichts veröffentlicht worden. Das Resultat derselben war jedenfalls die Einigung der drei Ostmächte in allen Fragen der großen Politik, speciell der Balkanhalbinsel, was sich in der nächsten Zeit durch das gemeinsame Vorgehen Rußlands mit Deutschland und Österreich kund gab.

Die Dreikaiser-Zusammenkunft in Skierniewice wurde in allen Teilen Europas mit gleicher Befriedigung aufgenommen, weil man dieselbe allenthalben als Bürgschaft für eine dauernde Erhaltung des Friedens und der bestehenden staatlichen Ordnung ansah. Durch eine lange Reihe von Erfahrungen war dargethan worden, daß das Einverständnis der drei Beherrscher des östlichen Europa niemanden bedrohe, der es mit dem Frieden ehrlich meinte, — daß Verdächtigungen

der von denselben gehegten Absichten nirgend mehr versucht werden konnten. Mit kaum dagewesener Übereinstimmung bezeugten die leitenden Preßorgane der europäischen Kulturvölker, daß sie die Zusammenkunft von Skierniewice für ein ebenso segensreiches und dem allgemeinen Interesse entsprechendes Ereignis ansahen, wie weiland die Dreikaiser-Begegnung von 1873.

Verglichen mit den Verhältnissen, welche vor 11 Jahren obwalteten, bot die europäische Lage ein wesentlich befriedigenderes Bild. Die Wunden, welche der Krieg von 1870/71 geschlagen hatte, waren vernarbt, — das Mißtrauen, welches damals gegen das neue Deutsche Reich und dessen Weltstellung herrschte, war geschwunden, statt der Unruhe und Verwirrung, die damals auf der Balkanhalbinsel herrschten, bestand eine neu begründete staatliche Ordnung, die in der Befestigung begriffen war, und die Besorgnisse vor kriegerischen Verwickelungen in Europa hatten sich vermindert.

Daraus war zu erklären, daß die Dreikaiser-Zusammenkunft kaum andere, als zustimmende und befreundete Zeugen und Beurteiler hatte.

---

Das Jahr 1884 brachte an seinem Schluß die Wiederbelebung einer staatlichen Körperschaft, deren Thätigkeit schon seit längerer Zeit geruht hatte. Es war der preußische Staatsrat, zu dessen Präsidenten der Kronprinz Friedrich Wilhelm, zu dessen Stellvertreter Fürst Bismarck berufen ward.

Die dem Staatsrat gestellten Aufgaben lagen, wie der Kronprinz in der ersten Sitzung erklärte, auf dem Gebiet der Gesetzgebung. Der Staatsrat sollte sein Gutachten abgeben über Gesetzentwürfe, welche zur Einbringung in den Landtag bestimmt waren, über Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen, die von der preußischen Regierung bei dem Bundesrat eingebracht worden, und die Abgabe der preußischen Stimmen im Bundesrat in Sachen der Reichsgesetzgebung erforderte, so oft die Bedeutung des Gegenstandes dies angemessen erscheinen ließ. Zu Mitgliedern waren 71 Personen ernannt worden. Diese waren den Kreisen der Staatsbeamten und Offiziere, der Gutsbesitzer, Kaufleute und Industriellen, der Geistlichen, Provinzial- und Kommunalbeamten entnommen. Die Deutschfreisinnigen waren entrüstet darüber, daß kein dieser Partei angehöriger oder auch nur naheſtehender Politiker in diese oberste beratende Körperschaft durch kaiserliches Vertrauen be-

rufen worden war, nicht einmal v. Forckenbeck, der Oberbürgermeister von Berlin, während die Bürgermeister von Frankfurt und von Cöln, Miquel und Becker, auf der Liste standen.

Die Eröffnung des Staatsrates erfolgte am 25. Oktober im königlichen Schloß durch den Kronprinzen. Die Eröffnungsrede desselben betonte, daß die Wiederbelebung des Staatsrats nach dreißig Jahren Unterbrechung hauptsächlich den Zweck verfolge, die Gesetzentwürfe vor Einbringung in die Vertretungen des Reichs und Preußens darauf zu prüfen, ob dieselben den Bedürfnissen des Landes entsprechen und ob die Mittel, wodurch sie den letzteren gerecht zu werden suchen, unter den gegebenen Verhältnissen die angemessenen und erfolgverheißenden seien. Als Gegenstände, welche dem Staatsrat zunächst zur Begutachtung zugewiesen werden sollten, wurden die Gesetzentwürfe über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die im land- und forstwirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Personen, über Subvention überseeischer Dampfschiffahrt und über Errichtung von Postsparkassen bezeichnet. Darauf erfolgte die Verteilung der Mitglieder in sieben Abteilungen. Die für die obengenannten Gesetzentwürfe vom Kronprinzen bestimmten Abteilungen, an deren Beratungen der Reichskanzler mehrmals teilnahm, legten ihre Beschlüsse dem Plenum vor, und erst nachdem dieses darüber debattiert und abgestimmt hatte, gelangten die Vorschläge des Staatsrats an den Bundesrat. Am 13. November hatte der Staatsrat alle drei Vorlagen erledigt, worauf sie mit dessen Amendements dem Bundesrat zu weiterer Beratung für den Reichstag zugingen.

---

In das genannte Jahr fällt auch die entschiedenere Bethätigung einer Kolonialpolitik.

Zunächst nahm Fürst Bismarck das Lüderitz'sche Unternehmen unter den Schutz des Reichs, und ignorierte die kolonialfeindlichen Anschauungen der englischen Regierung vollständig.

Diese entschiedene Haltung brachte Wandel in die Sprache Englands. Die englische Regierung entschuldigte sich und suchte ihre zweideutige Haltung auf Mißverständnisse und die Bestimmungen der britischen Kolonialgesetzgebung zurückzuführen.

Als sich indes in England das Gerücht verbreitete, es würde deutscherseits beabsichtigt Angra Pequena zu einer Verbrecherkolonie zu machen, kamen Erklärungen von dort dahinlautend, daß die An-

erkennung des deutschen Protektorats über Lüderitzland an die Bedingung geknüpft sei, daß keine Strafkolonie dort errichtet werden dürfe, eine Erklärung, welche Fürst Bismarck kategorisch zurückwies. Inzwischen waren auch an anderer Stelle Afrikas deutsche Schutzgebiete entstanden. In Togo und Kamerun war die deutsche Flagge gehißt worden.

In Kamerun lief am 12. Juli 1884 das Kanonenboot „Möwe" ein, woselbst bereits von dem Hamburger Haus Wörmann die Verträge mit den Königen vorbereitet waren. Am nächsten Tage wurden dieselben abgeschlossen, und am 14. Juli fand die feierliche Besitznahme statt. Dieselbe bestand darin, daß nach Proklamation der Souveränität des Kaisers, durch den Generalkonsul Dr. Nachtigal die Flagge des Reichs, unter dem Hurrah der Deutschen und den Salutschüssen der Möwe, an Land aufgehißt wurde. Diese Ceremonie spielte sich gleichartig in King Bells Town, King Aquas Town und King Didos Town ab, stark bevölkerte Ortschaften, die sich etwa $^3/_4$ Meilen lang am südlichen Ufer des Flusses hin erstrecken.

Die so neu gewonnene Flußmündung bildet einen der wenigen brauchbaren Häfen an der verrufenen Westküste; das Hinterland zeigt sich reich an Ölpalmen und Elfenbein, so daß bei weiterem Vordringen der Faktoreien der Handel sehr bedeutende Ausdehnung anzunehmen versprach.

Die Annexion vollzog sich zur großen Freude der Bevölkerung. Nachmittags war Corso der Canoes auf dem Flusse, das Schiff von schwarzen Besuchern überfüllt, welche nicht müde wurden zu versichern „Me german", eine Erklärung, die fast regelmäßig von einer Bettelei um Zwieback begleitet wurde.

Darauf wurde den fremden Mächten in einer Note vom 13. Oktober Mitteilung von den an der Westküste Afrikas in Schutz genommenen Gebieten gemacht. Diese Note lautete: „Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers hat zur wirksamen Wahrung des deutschen Handels an der Westküste von Afrika einige Gebiete dieser Küste unter ihren Schutz genommen. Es ist dies geschehen auf Grund von Verträgen, welche teils von dem nach Westafrika gesandten Generalkonsul Dr. Nachtigal mit unabhängigen Häuptlingen abgeschlossen worden sind, teils auf Grund von Schutzverträgen Reichsangehöriger, welche bestimmte Gebiete durch Verträge mit unabhängigen Häuptlingen erworben haben. Infolgedessen sind an der Sklavenküste das Togo-

gebiet mit den Hafenplätzen Lome und Badiga, in der Bai von Biafra die Gebiete von Bimbia mit der Insel Nicol Kamerun, Malimba bis auf den nördlichsten Teil, Klein Batanga, Plantation und Criby und in Südwestafrika das Küstengebiet zwischen Kap Frio und dem Oranjefluß, mit Ausschluß der Walfischbai, unter den Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellt worden. Dies ist durch Hissen der kaiserlichen Kriegsflagge und Aufpflanzung von Grenzpfählen äußerlich bekundet und hierbei die Zusage erteilt worden, daß alle bestehenden nachweislichen Rechte dritter geachtet werden sollten."

Die ganze Aktion der Reichsregierung bei der Gründung der ersten deutschen Kolonieen zeugte ebenso von ihrer Vorsicht und Besonnenheit als von ihrer Energie. Diese Kolonialpolitik zeigte sich frei von Abenteuerlust und Phantasterei, und ging hervor aus dem wohlerwogenen und ernstgemeinten Entschlusse bei der Hereinziehung des afrikanischen Erdteils in die Kultur- und Handelsinteressen Europas, dem Deutschen Reiche rechtzeitig den ihm gebührenden Anteil zu wahren, und dasselbe in der großen überseeischen Politik als eine vollberechtigte aktive Macht auftreten zu lassen.

In einer Konferenz, welche Fürst Bismarck am 24. September mit den Vertretern der deutschen Handelsinteressen in Westafrika in Friedrichsruh abhielt, sprachen sich die anwesenden Hamburger und Bremer Kaufherren dahin aus, daß es hinsichtlich Angra Pequenas, und der nördlich angrenzenden Küste genüge, wenn das Reich die Schutzherrschaft übernehme, sie werde hinreichen, um den Lüderitz'schen Unternehmungen die nötige Sicherheit nach innen und außen zu geben. Dagegen waren sie der Meinung, daß die Verhältnisse in Kamerun weit verwickelter seien, und daß die deutschen Besitzer der dortigen Faktoreien die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht übernehmen könnten. Sie erklärten es für wünschenswert, daß diese Gebiete in engere Verbindung mit Deutschland träten, und durch eine mit der Centralstelle abhängige Kolonialregierung verwaltet würden. Nur auf diese Weise sei die notwendige Ausdehnung der Kolonie in das Innere des Erdteils zu erreichen. Im Verlauf des Gesprächs wurde bemerkt, daß sich das eigentliche Kamerungebirge wegen seines gesunden Klimas zur Strafkolonie eignen würde.

Während auf diese Weise die Westküste Afrikas ein neues Aussehen gewann, vollzogen sich Ereignisse von nicht geringerer Wichtigkeit auf dem entgegengesetzten Ufer. Eine Schar energischer Männer,

welche durch die Diplomatie und die Flotte des deutschen Kaiserreichs unterstützt wurden, legten daselbst die Grundlagen für eine weitschauende koloniale Gründung. Durch die Bedürfnisse seiner Industrie und seiner Arbeiterbevölkerung gedrängt, gezwungen, sich außerhalb Ausdehnungsgebiete zu schaffen, griff Deutschland den afrikanischen Kontinent gleichzeitig auf drei Punkten an, und derart war der Anstoß, welcher den Geistern durch die Gründung der deutschen Kolonialgesellschaft (am 6. Dezember 1882) gegeben wurde, daß die Privatinitiative kühn auf dem Platze erschien, und durch ihre Unternehmungen mit denjenigen des Staats in Mitbewerbung trat.

Im September des Jahres 1884 begaben sich drei entschlossene Männer, Dr. Carl Peters, Dr. Jühlke und Graf Pfeil im Namen einer Kolonialgesellschaft, welche von ihnen in Berlin am vorhergegangenen 14. April gegründet worden war, an die Küste von Zanzibar. Sie organisierten daselbst eine Expedition, welche rasch ins Innere vordrang; im Laufe einiger Monate schlossen sie mit den ansässigen Häuptlingen Verträge ab, welche die vier Provinzen Usuguha, Nguru, Usagara und Ukami gegen 150 000 □ Kilometer unter ihre Botmäßigkeit brachten. Mit diesen Urkunden kehrte Dr. Peters nach Europa zurück und vom 27. Februar 1885 ab, am Tage nach der Generalakte der Berliner Konferenz, dehnte der Kaiser von Deutschland sein Protektorat und seine Souveränität über die Gebiete aus, welche von der Kolonisationsgesellschaft erworben waren oder deren Erwerbung bevorstand. Die Eroberungen hatten sich rasch vermehrt. Abgesehen vom Sultanate Witu und von der Somaliküste, wurde das deutsche Protektorat im Princip, oder thatsächlich über alle Gegenden ausgeübt, welche zwischen dem Rovuma im Süden, den Nyassa, Tanganyaka- und Nyanza-Seen im Westen, und dem massiven Gebirgsstocke des Kilima Ndscharo im Norden lagen, mit Ausnahme des Küstenstreifens, welcher nominell unter der Souveränität des Sultans von Zanzibar blieb. Es war ein Gebiet, dessen Flächeninhalt denjenigen von ganz Deutschland übertraf.

Ein so hervorragendes Unternehmen war nicht ohne Schwierigkeit zu Stande gekommen. Der Sultan von Zanzibar, dessen im Innern des Festlandes unklar begrenzte Besitzungen sich an der Küste von der portugiesischen Provinz Mozambique bis zum Somali-Lande ausdehnten, war in Wirklichkeit ein Vasall der britischen Krone geworden, trotz der, behufs Anerkennung seiner Unabhängigkeit zwischen

Frankreich und England ausgetauschten Erklärung vom 10. März 1862. Auch auf den Inseln der Südsee hatten sich deutsche Ansiedelungen in gedeihlicher Weise entfaltet.

Die Forschungsreisen des Bremer Zoologen Fintsch in Polynesien hatten dazu den Anlaß gegeben. Auch hier war es zu Auseinandersetzungen mit England gekommen, welches der Ausbreitung und Befestigung deutschen Einflusses in Neuguinea durchaus abgeneigt war. Am 2. Juli erklärte Lord Derby im Oberhause, daß der Versuch einer fremden Macht, sich an der Küste von Neuguinea festzusetzen, als eine unfreundliche Handlung angesehen werden würde. Da sich aber England nur von eigenen Interessen leiten ließ, so handelte die deutsche Reichsregierung sehr richtig und sehr national, wenn sie die Interessen der Reichsangehörigen auf der Samoagruppe und auf anderen Punkten durch Ankündigung ihres Protektorats über die oben genannten Inseln zu wahren suchte. In Australien entstand große Aufregung hierüber, zumal nun eben das eingetreten war, was man dort schon längst befürchtet hatte und was England, wenn es den Aufforderungen der Kolonialregierungen zu rechter Zeit und in umfassender Weise hätte entsprechen wollen, zu verhindern in der Lage gewesen wäre. Die Regierung der Kolonie Viktoria suchte sofort die Regierungen der anderen Kolonien zu einem gemeinsamen Protest gegen die deutschen Protektorate in der Südsee zu veranlassen, erhielt aber zunächst von Neusüdwales eine ablehnende Antwort.

---

Inzwischen war ein lebhafter Streit über Gebiets- und Rechtsfragen unter den an der Westküste des äquatorialen Afrika mit Kolonialbesitz ausgestatteten europäischen Mächten ausgebrochen. Am schärfsten trat dieser Gegensatz in dem englisch-portugiesischen Vertrage hervor, kraft dessen Portugal das Recht der Landeshoheit über die Kongomündung in Anspruch nahm und England zum Dank für die Anerkennung dieser Rechte Zolltarife zugestand, welche seine Waren auf Kosten anderer Nationen begünstigten und ihm sozusagen die Kongomündung kommerziell auslieferten. Bei der heftigen Opposition, die jener Vertrag bei allen Mächten fand, mußte von einer politischen Durchführung desselben abgesehen werden. Am 26. Juni teilte der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Fitzmaurice, dem Parlament mit, daß die Regierung von dem Abschluß eines Paktes mit Portugal, inhaltlich dessen in diesem Lande gestattet werde, eine Zoll-

schranke am Eingang in das Kongogebiet zu errichten und der Schiffahrt auf dem Kongo Abgaben aufzuerlegen, Abstand nehme. Wenn der englisch-portugiesische Vertrag den am Handel mit Westafrika beteiligten Nationen schon hinlänglich zeigte, wessen sie sich von dieser Seite zu versehen hätten, so kennzeichnete sich die Haltung, die England in der afrikanischen Angelegenheit speciell Deutschland gegenüber einzunehmen gewillt war, bald in noch schärferer Weise.

Die Interessengemeinschaft und die mannichfachen nachbarlichen Beziehungen, die zwischen den deutschen und den französischen Niederlassungen in den Gebieten von Guinea, Kamerun und Gabon entstanden, zum Ausgangspunkt einer Verständigung mit Frankreich machend, wandte sich die deutsche Regierung nach Paris, um in Fortsetzung von schon früher stattgehabten Verhandlungen über die Frage, wie die Kongoangelegenheit durch ein gemeinsames Abkommen geregelt werden könne, einen Gedankenaustausch über die auf Handel und Schiffahrt in Afrika anzuwendenden Principien anzuregen. Sie stellte vor, wie es sich angesichts des verwickelten, unbestimmt abgegrenzten territorialen Besitzstandes und der zweifelhaften und widerspruchsvollen Hoheitsrechte, die daraus für die Erhebung von Steuern und Abgaben und für andere Akte staatlicher Autorität hergeleitet würden, empfehle, ein europäisches Schiedsgericht zu berufen, das bezüglich der Grundsätze, die im Interesse der Wohlfahrt und des wirtschaftlichen Aufschwungs der Völker bei dem afrikanischen Handel festzuhalten, allgemeine Normen aufstellte. In erster Linie war dabei an die internationale Afrikanische Gesellschaft und an das von derselben zu gründende Staatswesen gedacht, das in Zukunft den Angehörigen aller Länder mit gleichen Rechten geöffnet und zugänglich sein soll. Die französische Regierung nahm den Vorschlag an, und war um so mehr geneigt, auf denselben einzugehen, als zwischen ihren Niederlassungen und denen der Société internationale sehr nahe Grenz- und andere Territorialbeziehungen bestanden, auch an Frankreich gewisse Vorrechte von der genannten Gesellschaft cediert worden waren.

Das in dieser Weise erzielte Einverständnis zwischen den beiden Mächten, dessen Spitze gegen die Geltendmachung von einseitigen Vorrechten und Rechtstiteln dritter gerichtet war, erhielt demnächst Bekräftigung durch ein auf dem Wege des diplomatischen Notenwechsels fest und bestimmt vereinbartes Programm, das den Beratungen einer internationalen Konferenz zur Richtschnur dienen sollte. Als leitende

Sätze desselben wurden aufgestellt: die unumschränkte Freiheit des Handels und der Schiffahrt aller Flaggen auf den beiden Strömen (Kongo und Niger), welche durch ihr tiefes Eindringen in den westafrikanischen Kontinent als die natürlichen Kulturvermittler zwischen Europa und dem Innern des noch wenig erschlossenen Weltteils gelten können; außerdem die Definition des Rechts der Besitzergreifung solcher Territorien, die noch nicht der Flagge irgend eines civilisierten Staates unterworfen waren, und andre Fragen.

In der am 15. November im Reichskanzlerpalais eröffneten Kongokonferenz, nahm nach Erledigung der gewöhnlichen Formalitäten, in einer der ersten Sitzungen der zum Vorsitzenden gewählte Fürst Bismarck das Wort, und sprach sich zunächst über die Ziele der Versammlung aus.

Als Voraussetzung der Einladung an die Mächte, bezeichnete er die Übereinstimmung derselben in dem Wunsche, die Eingeborenen Afrikas der Segnungen der Kultur teilhaftig werden zu lassen, und die endgiltige Unterdrückung der Sklaverei herbeizuführen. Der Grundgedanke des Konferenzprogramms sei, allen handeltreibenden Völkern das Innere Afrikas zu erschließen, die Konferenz werde sich aber darauf beschränken, die Handelsfreiheit im Becken und an den Mündungen des Kongos einzuführen. Jede Macht, die in diesem Gebiete Souveränitätsrechte ausübe, solle ausnahmslos allen fremden Flaggen Zutritt gewähren. Mit Ausnahme der Gebühren, welche als Entgelt für Ausgaben im Interesse des Handels erhoben würden, sollten keine andern auferlegt werden dürfen. Alle beteiligten Staaten sollten sich verpflichten, zur Unterdrückung der Sklaverei beizutragen, die Arbeiten der Missionen, die Anstalten zum Unterricht der Eingeborenen zu fördern. Nur im Hinblick auf zukünftige Besitzergreifungen wolle Deutschland einen Vorschlag einbringen, nach welchem die Giltigkeit einer solchen Besitzergreifung an gewisse Formen, wie z. B. die Anzeige an die Mächte u. s. w., gebunden sei. Zur Unanfechtbarkeit müsse gehören, daß der Besitzergreifer in gewisser Frist durch Einrichtungen und Maßregeln darthue, daß er die Kraft und den Willen habe, seine Rechte dort auszuüben und seine daraus folgenden Pflichten zu erfüllen. Der Fürst schloß mit der Zuversicht, daß die Gemeinsamkeit der Interessen aller beteiligten Nationen einen gedeihlichen Verlauf der Konferenz verbürge.

Hierauf nahm der englische Bevollmächtigte Malet das Wort zu einer Erklärung, in welcher er den Standpunkt der englischen Regierung folgendermaßen darlegte: Obwohl England die deutschen Vorschläge im allgemeinen billige, so könne es doch hier die Handelsfragen nicht von den allgemeinen Kulturfragen trennen; die Handelsfreiheit dürfe nicht in Handelszügellosigkeit ausarten, darunter würden die Eingeborenen, die übrigens auf der Konferenz nicht vertreten seien, am meisten leiden. Die englische Regierung würde sich dafür aussprechen, daß der Grundsatz der Handelsfreiheit genau festgestellt werde, und daß ein jeder Staat sich verpflichten müsse, alle übrigen Nationen derjenigen Vorteile teilhaftig werden zu lassen, die er selbst für seinen Handel und für seine Unterthanen errungen habe. Die Freiheit der Schiffahrt auf dem Kongo würde durch eine internationale Kommission zweckmäßig geregelt werden können, auf dem Niger, dessen unterer Lauf sich in den Händen Englands befände, ließen sich die Grundsätze des Wiener Kongresses nicht einfach anwenden. England werde die Schiffahrt auf dem Niger selbst regeln, und sich durch eine förmliche Erklärung an die Grundsätze der Handelsfreiheit anlehnen. Wolle die Konferenz die Handelsfreiheit auch noch auf andere afrikanische Flüsse ausdehnen, so wünsche England die besondere Behandlung der einzelnen Flüsse. Die Regelung der Besitzergreifung nach den Grundsätzen des Völkerrechts sei der Zustimmung Englands sicher.

In der zweiten Sitzung erklärte der portugiesische Bevollmächtigte sein Einverständnis mit den Zielen der Konferenz. In demselben Sinne äußerte sich der Vertreter Italiens, fügte aber den Wunsch hinzu, daß Waffen und geistige Getränke von der Einfuhr ausgeschlossen, und daß die Ausgaben für Handelszwecke durch eine Höchstgebühr beschränkt würden.

Der Vertreter Nordamerikas, Kasson, empfahl die Anerkennung der Afrikanischen Gesellschaft als einer rechtmäßigen Regierung und stimmte dem Grafen Launay bezüglich der Einfuhr geistiger Getränke bei.

Der am 19. November zur Bestimmung der das Becken und die Mündungen des Kongo bildenden Gebiete eingesetzte Ausschuß hatte am 22. November seine Beratung vorläufig beendet. Über den Begriff des Kongobeckens gaben England, Frankreich, Nordamerika und Portugal vier verschiedene Erklärungen ab, über welche erst Beschluß gefaßt werden konnte, wenn einzelne der beteiligten Vertreter ihre Instruktionen eingeholt hatten.

Die Konferenz schloß am 20. Dezember ihre Sitzungen und vertagte sich bis zum Januar 1885.

---

Einige Tage nach der Eröffnung der Internationalen Kongokonferenz trat der neu gewählte Reichstag zusammen. Das Hauptereignis, welches diesen Wahlen die Richtung gab, war die Verschmelzung der deutschen Fortschrittspartei mit der liberalen Vereinigung zur deutsch-freisinnigen Partei. Durch diese Parteiumbildung war eine Verschiebung der liberalen Partei nach links eingetreten, während alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß sich in der öffentlichen Meinung eine Veränderung nach rechts hin vollzogen hatte. Der Wahltag (28. Oktober) brachte ein Ergebnis, welches mit den beobachtenden Anzeichen eines inzwischen eingetretenen Umschwunges in der öffentlichen Meinung vollkommen im Einklang stand.

Der Rückgang der gewählten deutsch-freisinnigen Abgeordneten war ein ganz außerordentlicher; an Stelle von 100 Mitgliedern, welche im letzten Reichstage die Partei vertreten hatten, gingen nur 30 Abgeordnete aus der Wahlurne hervor, und andererseits zeigte sich eine erhebliche Vermehrung der konservativen und nationalliberalen Mandate. Soweit stand das Ergebnis des Hauptwahltages mit der Kundgebung der öffentlichen Meinung in vollem Einklang. Aber die Wahl am 28. Oktober förderte noch eine andere unerwartete Erscheinung zu Tage, und das war ein beträchtliches Anwachsen der socialdemokratischen Partei. Während am 27. Oktober 1881 kein einziger Socialdemokrat endgiltig zum Reichstagsabgeordneten gewählt war, erhielten am 28. Oktober 1884 neun Socialdemokraten ein Mandat, und 33 Mitglieder der Partei kamen zur Stichwahl. Der neue Reichstag glich darin dem vergangenen, daß auch er keine feste Mehrheit besaß; die ausschlagende Partei war nach wie vor das Centrum; es unterschied sich aber darin von jenem, daß die Vereinigung von Centrum und Deutschfreisinnigen nicht mehr das Übergewicht hatte, wenngleich auch Konservative und Nationalliberale nicht die Mehrheit ergaben. Eine wesentliche Veränderung bestand auch darin, daß die Socialdemokraten in dem neuen Reichstage eine geschlossene Partei bildeten, welche selbständige Anträge stellen konnte, ohne bei verwandten Parteien eine Anlehnung zu suchen. Als ein Triumph der Politik des Fürsten Bismarck stellte sich die Einfügung der Kolonialpolitik in das socialpolitische Programm dar. Auch die

Entfaltung der deutschen Flagge auf überseeischen Gebieten hatte nur den Zweck, dem deutschen Handel neue Absatzgebiete, und der deutschen Arbeit eine breitere Grundlage zu verschaffen. Fern von der Jagd nach Eroberungen und Gebietsvergrößerung, sollten die Erwerbungen an der Westküste Afrikas und die weiter in Aussicht genommene Kolonisierung Australiens und anderer herrenloser Länder nur dazu dienen, der Bethätigung deutscher Thatkraft und deutschen Fleißes auf dem Weltmarkte die Wege zu ebenen, ein gewiß der Unterstützung des deutschen Volkes würdiges Ziel.

Nach dem Vorstehenden schien die Hoffnung durchaus begründet, daß die neuen Wahlen und der neue Reichstag derselben freudigen Stimmung und dem Vertrauen Ausdruck geben würden, welche in ganz Deutschland während des vergangenen Jahres mehr oder weniger warm hervorgetreten waren, und durch die überraschenden Erfolge, welche die Thronrede verkündete, und durch die in der ganzen Welt angestaunten Erfolge der deutschen Politik nur noch erhöht werden konnten. —

Diese freudigen Stimmungen wurden indes leider schon nach wenigen Tagen gestört und zu nichte gemacht, da die Mehrheit sich durch den Haß der ultramontanen und freisinnigen Führer gegen Fürst Bismarck verleiten ließ, seinen neuen Thaten und Erfolgen auf dem Gebiete der Weltpolitik, statt ihm dankbar und volle Unterstützung zu widmen, nur unverantwortliche und gehässige Nörgeleien entgegenzusetzen.

Die deutsche Nation hatte bereits ihrerseits in eklatanter Weise bekundet, daß der Reichstag in dieser Beziehung keineswegs die Gesinnung des Volkes wiedergab.

Der Reichshaushalt und zwar schon der Nachtragsetat für 1885, welcher noch die dringendsten Aufgaben für die Kolonie im Laufe des Jahres regeln sollte, gab der Mehrheit des Reichstags Anlaß, ihrer Abneigung gegen diese Erweiterung unserer auswärtigen Beziehungen, und zugleich gegen die Erweiterung der Machtsphäre des Fürsten Bismarck, rückhaltlos Ausdruck zu geben. Die gesamte Thätigkeit des Reichstags, zumal in den ersten Wochen und Monaten, entwickelte sich in einer entschiedeneren Mißachtung aller parlamentarischen und nationalen Errungenschaften und schon glaubten die Führer der ultramontanen Centrumspartei, die verwirrten Parteizustände zur Aufrichtung ihrer Herrschaft im Deutschen Reiche benutzen zu können. Zur Son-

dierung, inwieweit auch in dieser Beziehung auf den guten Willen und die Mitwirkung der Freisinnigen und der Socialdemokraten in der augenblicklichen Mehrheit zu rechnen sei, sollte der Antrag Windthorst, wegen Aufhebung des Gesetzes über die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern, dienen, welche in den ersten Dezembertagen zur Verhandlung kam.

Fürst Bismarck faßte die parlamentarische Situation in ihrem ganzen Zusammenhange auf, und benutzte die Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung über die Stellung des Centrums überhaupt. Er zeigte in der berühmten Rede vom 3. Dezember, wie sehr das Centrum durch Mißachtung der Bundesregierung und im Dienste aller deutschfreisinnigen Elemente seine Berechnungen anstelle; der Inhalt seiner Rede war in Kürze folgender: „Ein Antrag, der eben erst vom Bundesrat verworfen sei, werde erneuert. Es sei dies unzweifelhaft eine Mißachtung der Bundesregierungen, ein Maß von Geringschätzung, welches der Bundesrat dem Reichstage gegenüber sich nicht erlauben würde. Die beiden Faktoren der Gesetzgebung aber ständen sich vollkommen gleich, und es sei nicht nützlich, wenn man im Reichstage den Versuch mache, durch wiederholte, massenhafte Mehrheitsdemonstrationen die verbündeten Regierungen einzuschüchtern und eine Pression auf sie auszuüben. Man sollte glauben, es wäre Gefahr im Verzuge, man müsse einem Notstande abhelfen; das Gesetz aber, um welches es sich handelt, sei in der ganzen Zeit, seit dem Abgang des Ministers Falk überhaupt gar nicht mehr in Anwendung gekommen, und die Geistlichen, die unter Falk dem Gesetze verfielen, seien inzwischen größtenteils begnadigt, nur 27 von ihnen seien verschollen und leben vielleicht nicht mehr. Und nun komme man in einer Sturmpetition an den Bundesrat, und nachdem er die Forderung entschieden abgelehnt, werde der Antrag nach drei Wochen erneuert; das sei ein Schlag ins Gesicht für die verbündeten Regierungen, die sich gewissermaßen vor dem Centrum demütigen sollten. Man glaubte gerade jetzt sei die Verständigung mit Rom nahe, durch dieses Verhalten werde sie geradezu unmöglich gemacht. Wenn eine Mehrheit sich für den Antrag zusammengefunden, so seien die letzten Wahlen daran schuld; jetzt wo der Grund in Bezug auf die Wahlen wegfalle, sei zu hoffen, daß ein Teil der Herren einfach erklären werde, es sei nicht opportun, die Regierungen wieder in dieser stürmischen Weise zu mahnen; — es sei ferner nicht abzusehen, wieso die Vertreter der katholischen Interessen den Einfluß ihrer

Kirche zu fördern glauben, indem sie sich auf die politischen Intriguen einlassen. Kaiser Wilhelm habe sich hierdurch freilich in seinem Streben nach einer Wiederherstellung guter Beziehungen nicht irre machen lassen, und wenn er auch eine gesetzliche Regelung nicht mehr erreichen konnte, so hätte er doch gesetzliche Vollmachten erhalten, um nach bestem Ermessen zum Segen der katholischen Bevölkerung zu wirken. Es dürfte ihm zur Genugthuung gereichen, daß gegen Ende seiner Regierung die Beziehungen zu Rom soweit ausgeglichen waren, daß der Kronprinz seine jüngste Anwesenheit in Rom zugleich zum vertraulichen Verkehr mit dem Papste benutzen konnte."

Zu den Manövern des Centrums behufs festerer Bekundung seines Einflusses gehörte unzweifelhaft auch der Antrag Windthorst's vom 21. Februar, daß das Haus wegen der Unzuträglichkeiten, und besonders mit Rücksicht auf die Gesundheit der Mitglieder von beiden Vertretungen, sich bis zum 2. März vertagen möge. Fürst Bismarck trat gegen die Vertagung des Reichstags in drei Reden auf, zunächst gegen Windthorst selbst, dann gegen den Abgeordneten Richter.

Die eigentümliche Zusammensetzung des neuen Reichstags brachte es mit sich, daß die parlamentarischen Überlieferungen in Bezug auf die persönliche Stellung der Abgeordneten, keine Geltung mehr hatten, und daß besonders die viel debattierte Frage über die Diäten der Reichstagsabgeordneten gleich in den ersten Tagen wieder durch einen fortschrittlichen Antrag des Abgeordneten Ausfeld Gegenstand der Beratung wurde. Zugleich kam eine neuere Verfügung, durch welche die freie Fahrt der Abgeordneten auf den Eisenbahnen ausdrücklich nur auf die Fahrt nach Berlin zur Sitzung beschränkt wurde, zur Erörterung. Fürst Bismarck griff dabei drei Mal in abwehrendem Sinne in die Debatte ein.

Die Beratung der Dampfervorlage und die Etatsberatungen nahmen die übrigen Sitzungen in Anspruch. Der Gesetzentwurf über die Kontrolle des Landeshaushals von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1884 bis 1885 wurde am 4. Dezember in dritter Lesung genehmigt. Die Dampfervorlage, welche im vorigen Reichstage am 14. Juni zur ersten Beratung gekommen und durch die Obstruktion des Centrums und der Deutschfreisinnigen in der Kommission begraben geblieben war, wurde in vermehrter und verbesserter Auflage an das Haus gebracht. Die Änderungen bezogen sich hauptsächlich darauf, daß außer den für den Verkehr mit Ostasien, Australien,

Britisch-Indien bestimmten Dampferlinien auch eine Linie für den Verkehr mit West- und Ostafrika in den Entwurf aufgenommen und der jährliche Reichsbeitrag, auf eine Dauer von fünfzehn Jahren, auf 5 400 000 Mark erhöht war. Daß die inzwischen eröffnete Kolonialpolitik dieser Vorlage ein ganz anderes Kolorit gab, und daß beide im innigsten Zusammenhang standen, war begreiflich. Diese Kolonialpolitik war rasch das Schoßkind der deutschen Nation geworden; wer letzterem wehe that, mochte zusehen, wie er sich mit der Entrüstung der Nation hierüber auseinandersetzte.

Die erste Beratung der Vorlage, über welche nach der Debatte vom 14. Juni und nach den Mitteilungen in der Kommission nicht viel neues mehr gesagt werden konnte, fand am 1. Dezember statt. Eingeleitet wurde die Debatte durch Staatssekretär von Stephan, welcher darauf hinwies, daß das Eintreten in die Kolonialpolitik, nach den vom Reichskanzler in der vorigen Session entwickelten Grundsätzen, von dem weitaus größten Teil der Nation mit Zustimmung begrüßt worden sei; daß diese Politik durch Herstellung direkter überseeischer Postdampferlinien, wie sie andere Kulturstaaten schon lange besitzen, gefördert werde.

Die socialdemokratische Opposition setzte demnächst ihren Widerstand in engherzigster Weise bei dem Militäretat fort, indem sie Pferderationsgelder, Gehaltszulagen, Forderungen für den Bau von Kasernen, Magazinen, Unteroffizierschulen ablehnte, und lange Debatten über die Reform der Militärstrafprozeßordnung und die Selbstmorde in der Armee in Scene setzte. Aber den Höhepunkt der Verneinung erreichten die Beratungen über den Etat des Auswärtigen Amtes, namentlich über das Gehalt eines neuen Direktors in demselben. Die klerikale Mehrheit glaubte keine Gelegenheit vorüber gehen lassen zu müssen, ohne den Kanzler ihre Übermacht in Geldsachen fühlen zu lassen. Es war in der Sitzung vom 15. Dezember. Die namentliche Abstimmung begann. Alles war gespannt auf das Resultat derselben. Die Summe, um die es sich handelte, 20 000 Mark, war kaum nennenswert. Im englischen und französischen Parlament kommen bei der Beratung des Etats der einzelnen Ministerien solche Kleinigkeiten garnicht zur Sprache. Die Stelle, um die es sich handelte, war, hinsichtlich der Arbeitskraft, der Pünktlichkeit, der Zuverlässigkeit der betreffenden Person, ein Vertrauensposten in ganz eminentem Sinne, und ihre sofortige Besetzung eine absolute Notwendigkeit, wenn nicht der Reichskanzler entweder

seine Gesundheit vollends ruinieren, oder die Geschäfte des Auswärtigen Amtes einem Stellvertreter übertragen sollte.

Die Abstimmung war beendigt, der Präsident verkündete das Ergebnis. Die Forderung von 20000 Mark für eine dritte Direktorstelle im Auswärtigen Amt, war, dem Kommissionsantrag gemäß, mit 141 gegen 119 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 22 Stimmen, abgelehnt.

Am 18. Dezember vertagte der Reichstag seine Sitzungen.

---

Der im Jahre 1884 eingetretene Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig regte die Frage der Braunschweigischen Erbfolge an. Nach dem Ableben des genannten Souverän übertrug der Kaiser dem in Braunschweig stehenden General v. Hilgers den Oberbefehl, damit der rechtmäßigen Erledigung der Thronfolge nicht vorgegriffen und die an der Person des Herzogs haftenden militärischen Reservatrechte sicher gestellt würden.

In dem Aufruf, welchen Generalmajor v. Hilgers bei Übernahme des Oberbefehls über die in Braunschweig stehenden Truppen erlassen hatte, hieß es ausdrücklich: „Nach dem unbeerbten Hinscheiden Sr. Hoheit des Herzogs Wilhelm hat das Deutsche Reich vermöge des Bundesvertrages von 1867 und der Reichsverfassung die Frage zu prüfen, wer dem verstorbenen Herzog als Reichsgenosse und Landesherr in Braunschweig folgen wird. Die verbündeten Regierungen werden zunächst im Bundesrate über die Legitimation der Vertretung Braunschweigs in demselben zu entscheiden haben." Ferner erhielt der Aufruf einen Hinweis auf Artikel 4 des braunschweigischen Regentschaftsgesetzes vom 16. Februar 1879, welches damit als zu Recht bestehend anerkannt wurde. Demgemäß hatte der Reichskanzler beim Bundesrate im Auftrage des Kaisers beantragt, daß die von dem Regentschaftsrate nach Maßgabe der Reichsverfassung zu bestellenden Bevollmächtigten im Bundesrate im Sinne des Artikels 6 der Reichsverfassung, anerkannt würden. Der Bundesrat hatte diesem Antrage am 27. Oktober entsprochen, und nur der Vertreter des Fürstentums Reuß älterer Linie hatte sich unter Abgabe einer Erklärung des Inhalts der Abstimmung enthalten: daß die fürstliche Regierung auf dem Standpunkte des monarchisch-legitimistischen Princips stehe, gemäß welchem dem nach den betreffenden Ordnungen berufenen legitimen Thronfolger des

Souveräns einer erblichen Monarchie, die Regierungsrechte mit dem Ableben desselben von selbst zufallen müsse.

Preußen überließ in vollständiger Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung die Prüfung der Frage: wer dem verstorbenen Herzog von Braunschweig als Reichsgenosse und Landesherr folgen sollte, dem Bundesrate.

Unberührt von solchen Erwägungen war der Herzog von Cumberland geblieben, welcher auf Grund der Verträge zwischen den ehemals regierenden Häusern von Hannover und Braunschweig den Versuch gemacht hatte, von dem Herzogtum Braunschweig Besitz zu ergreifen, obwohl noch in einem Briefe, welchen er nach dem Tode seines Vaters, des Königs Georg V., an den König von Preußen richtete, dessen Eigenschaft als Kaiser von Deutschland ignorierte, und alle Rechte, Prärogative und Titel, welche seinem Vater überhaupt, und insbesondere auf das Königreich Hannover zustanden, kraft der in seinem Hause bestehenden Erbfolgeordnung, als auf den Sohn übergegangen, aufrecht erhielt. Das braunschweigische Ministerium hatte im Einverständnis mit dem Regentschaftsrat die Gegenzeichnung des Besitzergreifungspatentes abgelehnt, und dem Herzog die Geltendmachung seiner Erbansprüche auf den braunschweigischen Thron überlassen, und dementsprechend an den Kaiser und den Reichskanzler berichtet. Der Herzog von Cumberland hatte sich aber dabei nicht beruhigt, sondern an die deutschen Fürsten und an die Freien Städte ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er die Bundesglieder ersuchte, auf die Beseitigung der seiner Thronbesteigung entgegenstehenden Hindernisse hinzuwirken. Während der Herzog seine schriftliche Besitzergreifung von dem Herzogtum Braunschweig auch dem Kaiser, unter Berufung auf die Bundesverfassung mitteilte, nahm er von einem gleichen Schritte bei Erlaß seines Rundschreibens unter dem ausdrücklichen Bemerken Umgang, daß er nach Ablehnung der Empfangnahme seines Besitzergreifungspatentes durch den Kaiser, Bedenken getragen habe, das Rundschreiben auch an den Kaiser zu richten. Die Nordd. Allgemeine Zeitung gab darauf in einem ersichtlich inspirierten Artikel die Erklärung ab, daß sich der Verwirklichung der Ansprüche des Herzogs von Cumberland unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellten. In dem Artikel wurde betont, daß der Herzog gemeinschaftliche Sache gemacht habe mit einer Koalition, an deren Spitze der thätigste und geschickteste Gegner des protestantischen Kaisertums stehe. „Jeder gewissenhafte Politiker werde

es weit von sich weisen, das Reich, welches unter so schweren Opfern gegründet worden, der Gefahr auszusetzen, daß in Braunschweig das Hauptquartier der Welfenpartei aufgeschlagen werde.

Die Frage der braunschweigischen Thronfolge sei in erster Linie eine politische, und bei einer richtigen Würdigung derselben unter diesem letzteren Gesichtspunkte stellten sich den Ansprüchen des Herzogs, wie schon gesagt, unüberwindliche Bedenken entgegen. Es lägen keine Beweise vor, daß er die Ansichten, welche er in seinem Schreiben vom Jahre 1878 ausgesprochen, geändert hätte. Vielmehr zeigten die Thatsachen aufs deutlichste, daß ein ernster Wille hierzu unmöglich vorhanden sein konnte. Der Herzog hätte sich seine ganze Gefolgschaft ausschließlich aus den Reihen einer Partei gewählt, welche die ständigen Hospitanten des Centrums bildeten, also aus einer Partei, die, was ihre Treue zu Kaiser und Reich betreffe, auf einer Linie rangiere mit der polnischen und französischen Fraktion.

In dem Centrumsführer vereinigten sich in der That die beiden entschiedensten Oppositionen gegen Kaiser und Reich; die welfische und die ultramontane. Wenn der Herzog von Cumberland und seine Gefolgschaft sich unter die Schutzherrlichkeit des Centrums in eben demselben Augenblick stelle, in welchem letzteres eine feindseligere Stellung als bisher gegen die Regierung und die bestehenden Einrichtungen annähme, so könnte man dem Reiche nicht zumuten, daß es sich dazu bereitfinde, in Braunschweig das Hauptquartier der welfischen Politik aufschlagen zu lassen."

---

# Das Jahr 1885.

Die Haltung, welche der bald nach Neujahr zusammengetretene Reichstag annahm, zeigte gleich bei den ersten Debatten eine neue, in der Verneinung einige Opposition, die von den beiden Führern des Centrums und der Freisinnigen, Windthorst und Eugen Richter, geleitet wurde. Damit war eine politische Konstellation gegeben, bei welcher die Lösung nationaler Aufgaben und das Fortschreiten der

Reichsgesetzgebung gar nicht, oder nur unter großen Hindernissen gelang. Die Gesinnung dieser Mehrheit fand gleich in der ersten Session einen prägnanten Ausdruck bei den erneuten Verhandlungen über die zu subventionierende Postdampfer-Vorlage und über den Posten des neuen Direktors im Auswärtigen Amt. Die ersten Angriffe erfolgten auf dem Felde der Kolonialpolitik, über welche die Freisinnigen alle mögliche Auskunft von der Regierung erbaten, ein Ansinnen, dem nicht stattgegeben wurde. Darauf stellte der Reichskanzler die Grundsätze der deutschen Kolonialpolitik noch einmal in nachstehender Fassung fest. „Ein vorsichtiges Vorgehen in dieser Sache ist ja ganz natürlich bei dem System, das wir für die Kolonisation überhaupt angenommen haben, das ich im vorigen Jahre entwickelt habe und das im Princip damals Ihre Sanktion gefunden hat: nämlich dahingehend, daß wir nicht vollständige Pläne im Kopf und in der Theorie fertig machen und zur Durchführung zu bringen suchen, die etwa wie die Minerva aus dem Haupt Jupiters vollkommen lebensfähig und erwachsen dastehen würden, sondern, daß wir die Sache sich organisch entwickeln, daß wir sie sich kristallisieren lassen. Wir haben nicht die Prätension, die Kolonisationsbestrebungen des deutschen Volkes zu führen nach bureaukratischer Vorschrift und nach einem bestimmten System, über das wir uns selbst im klaren wären, sondern wir haben die Absicht, ihnen zu folgen mit dem Schutze des Reichs, da wo wir eine Wahrscheinlichkeit der Entwickelung und Berechtigung auf diesen Schutz anerkennen." — Die geforderte Direktorstelle im Auswärtigen Amt wurde darauf genehmigt, aber einen ferneren Anlaß zur Debatte über die Kolonialfrage gab sogleich die zweite Beratung der Dampfervorlage, die Mitte März stattfand. Nachdem der Abgeordnete Rintelen den Centrumsantrag, welcher versuchsweise nur die ostasiatische Linie bewilligen wollte, begründet und die Kolonialpolitik als eine sehr unglückliche Idee bezeichnet hatte, ergriff Fürst Bismarck das Wort. Zunächst hob er hervor, daß der Vorredner die Verbindung der Vorlage mit der Kolonialpolitik viel zu scharf betont habe, während doch die ostasiatische Linie mit unseren Kolonieen in gar keinem Zusammenhang stehe, und auch die australische Linie mit den Kolonieen nichts zu thun habe. Er sei aber bereit, auch eine Abschlagszahlung anzunehmen und werde aus der Ablehnung der einen oder anderen Linie nicht, was man sagt, eine Kabinettsfrage machen. Was den Export nach den Kolonieen betreffe, so habe der Abgeordnete Wörmann Hunderte von

Artikeln angegeben, welche die deutsche Industrie nach jenen Gegenden sende. Warum halten denn die Engländer ihre Kolonieen so fest und sind eifersüchtig auf jedes Stückchen davon? Den Engländern mögen Sie vorwerfen, was Sie wollen, aber dumm in Handelssachen sind sie nicht. Wenn der Vorredner von den Kolonieen in Neu-Guinea, welche sich zur Erzeugung tropischer Produkte ganz ausgezeichnet eigenen, sage, daß diese nur einigen Geschäftshäusern zu gute kommen, die ohnehin schon reich genug seien, so erwidere er: „Diese reichen Kaufleute sind sozusagen auch Menschen, die auf unseren Schutz für ihren Reichtum und nach Maßgabe ihrer Unternehmungen denselben Anspruch haben, den der reiche Engländer von seiner Regierung beansprucht." In der Sitzung vom 14. März bestritt Richter, daß die Kolonialpolitik von der Begeisterung des Volkes getragen werde, und erklärte, daß seine Partei nur für die ostasiatische Linie (die von dem Centrum vorgeschlagen wurde) stimmen werde. Eine Dampferverbindung sei nur zu wünschen für den Verkehr mit bevölkerten Kolonieen; aber in unseren sämtlichen Kolonieen wohnen noch nicht so viel Deutsche als in Berlin in einem einzigen Hause. Fürst Bismarck wandte sich zuerst gegen Richter, um einige Behauptungen desselben zu widerlegen, dann gegen Windthorst, nach dessen Darstellung die Beziehungen Deutschlands zu England in hellen Flammen ständen. Auf die Bundestagszeiten zurückkommend, sprach Fürst Bismarck von dem Poschinger'schen Buche, das die vor 25 Jahren geführten Verhandlungen des Bundestags darstellt, jene Streitigkeiten, welche einige dreißig Regierungen über Lappalien dort hatten. „Das alles macht auf uns jetzt, sagte der Fürst, einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinsten Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte." Dann schloß er seine, von warmen patriotischen Empfindungen durchwehte und von nationalem Geiste, im Sinne der großen, auf die Macht und Einheit Deutschlands gerichteten Bestrebungen durchdrungene Rede mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens, als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel, notwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal

erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird. Wir sind augenblicklich das Hindernis seiner nationalen Entwickelung, nicht ich allein, wie der Abgeordnete Richter das annimmt, ich glaube sogar, der Herr Abgeordnete Richter in noch viel höherem Maße als ich, aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintrifft, ob ein Wahlsieg hier oder da, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen, — das meinige nicht ausgenommen; auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen, daß wir mit Poschinger'schen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde."

Die schließliche Annahme der Vorlage galt nur den Linien nach Asien und Australien, nicht nach Afrika, auf welche eben Fürst Bismarck selbst verzichtet hatte.

Die nun folgenden Bewerbungen um die Dampfersubventionen waren alsbald sehr zahlreich, und es kamen die besten Firmen in Betracht. Wenn sich die Entscheidung bis nach Juni hinzog, so lag es an dem scharfen Kampf der Gesichtspunkte für Hamburg und Bremen, welche im Bundesrat und in den kundigen Kreisen gegeneinander standen. Die beiden größten deutschen See- und Handelsstädte waren es, die von vornherein alle Hoffnung auf sich vereinigten, und nur zwischen ihnen schwankten Monate lang die Gerüchte.

Hamburg schien bei dieser Gelegenheit unbedingt die Huldigung des Reichs empfangen zu sollen, da es sicherlich die erste aller Handelsstädte, vor Bremen in jeder Beziehung reich an Handelseinrichtungen und Instituten, besonders auch an Schiffsrhedereien und überdies an Verbindungen mit dem Reiche, besonders mit der Reichshauptstadt war. Trotzdem kam für den speciellen Zweck der Dampfersubvention entscheidend für Bremen in Betracht, daß hier im Norddeutschen Lloyd bereits eine große Rhedereigesellschaft existierte, welche durch ihre einsichtige und tüchtige Leitung sich schon lange der höchsten Anerkennung

und des vollen Vertrauens in der ganzen Handelswelt erfreute, und deren Reichtum an schon vorhandenem Material den baldigen Beginn der Fahrten in Aussicht nehmen ließ. So erteilte denn der Bundesrat dem Norddeutschen Lloyd zu Bremen die Reichssubvention für die bewilligten Linien. Der Lloyd beschloß, daß derjenige Hafen an der belgisch-holländischen Küste, der nach der Bestimmung des Reichstags auf der Tour stets angelaufen werden soll, Vlissingen sein sollte, das fast an der Tour liegt. Am willigsten fand die Regierung diesen Reichstag bei dem Vorschlag einer abermaligen Verstärkung der Schutzzölle, denn das Centrum war stets für eine schutzzöllnerische Handelspolitik eingetreten.

Eine neue Zolltarifvorlage, welche für eine große Reihe industrieller Erzeugnisse, namentlich aber für die landwirtschaftlichen Produkte, Getreide, Vieh, Holz, erhöhte Zölle vorschlug, wurde im Reichstag noch verschärft. Die Erhöhung der Getreidezölle entsprach einem in weiten landwirtschaftlichen Kreisen herrschenden Wunsche und wurde von einer agrarischen Agitation unterstützt, welche bei der unstreitbaren Notlage der deutschen Landwirtschaft einen breiten Boden im Gutsbesitzer- und Bauernstand hatte. Das Zolltarifgesetz wurde mit ansehnlicher Mehrheit angenommen und in der Folge eine abermalige Erhöhung der Getreidezölle beschlossen.

Ebenso wurde die Vorlage über die Kosten des Zollanschlusses Bremens, wodurch die zweitbedeutendste deutsche Handelsstadt an der Nordsee dem wirtschaftlichen Organismus des Reichs eingefügt werden sollte, genehmigt.

---

Die deutsche Kolonialpolitik erfuhr im Jahre 1885, dank der energischen Sprache, welche Fürst Bismarck England gegenüber führte, eine kräftige Förderung.

Von dort her vertrat man die Auffassung, daß der Sultan von Sansibar dauernd in einem Vasallenverhältnis zu Großbritannien stehe, und nicht ermächtigt sei, an fremde Mächte Rechte abzutreten, noch Verträge mit ihnen zu schließen.

Diese Auffassung wurde indes in Berlin nicht angenommen. Der Generalkonsul Rholfs, der deutsche Unterhändler, ging an Bord eines Kriegsschiffes nach Sansibar mit dem Auftrag, mit dem Sultan wegen dessen Beitritt zur Generalakte der Berliner Konferenz in Verhandlung zu treten. Einige Tage später, am 6. März 1885, gab die deutsche

Regierung die Erklärung ab, daß die vier Provinzen, die im Westen von Sansibar erworben waren, unter das deutsche Protektorat gestellt seien.

Angesichts dieser Sachlage hatte Großbritannien nur die Wahl zwischen Konflikte oder einem Vergleiche; es wählte den letztgenannten Weg. Am 30. März bestätigte es ohne Vorbehalte die obige Notifikation und am Tage darauf erhielt der Konsul Sir J. Kirk den Befehl, mit seinem deutschen Kollegen in allen denjenigen Dingen in Übereinstimmung vorzugehen, in welchen die Gesichtspunkte und die Interessen beider Länder die nämlichen seien. Deutschland hatte bekannt gegeben, daß es von der Küste selbst nicht Besitz ergreifen werde; England nahm im Principe die Besitzergreifung des Reichs, unter Vorbehalt der englischen Interessen und der vom Sultan erworbenen Rechte an.

In einer Depesche vom 25. Mai 1885, welche vom Grafen Granville an den englischen Botschafter in Berlin gerichtet wurde, trat das System der Übereinkunft deutlich hervor.

Indes bedurfte es doch einer besonders kräftigen diplomatischen Aktion, um den Sultan von Sansibar zu veranlassen, auf seine Eingriffe in Gebiete jenseits seiner Grenzen zu verzichten, und die deutsche Schutzherrschaft gebührend zu respektieren. Es wurde ihm dabei im Einverständnis mit England bemerkt, wie es sehr erwünscht wäre, wenn Deutschland der Notwendigkeit überhoben werde, gegen Sansibar Gewaltmaßregeln anwenden zu müssen.

Dieser Hinweis war erforderlich geworden durch die Art, wie der Sultan inzwischen aufgetreten war. Am 27. April hatte der Generalkonsul Rholfs dem Sultan die Besitzergreifung der vier kontinentalen Provinzen seitens Deutschlands notifiziert. An demselben Tage sandte dieser Fürst einen förmlichen Protest an den Kaiser von Deutschland, welcher England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika mitgeteilt wurde.

Das Berliner Kabinett empfand die Haltung von Seyid Bargasch wie eine Beleidigung. Der Kommodore Paschen erschien mit einem starken Geschwader vor Sansibar; am 11. August 1885 verlangte er die Zurückberufung der Truppen, und die Anerkennung des deutschen Protektorates. Infolge der eindringlichen Ratschläge Englands, wich der Sultan am 14. August vor dem Ultimatum, welches ihm angekündigt war, zurück; er erkannte die Souveränität Deutschlands über die in Besitz genommenen Gebiete, sowie über das Sultanat

Witu an. Die Kaiserliche Regierung bestätigte gern, daß diese friedliche Lösung der offiziösen Vermittelung der Geschäftsträger Großbritanniens zu danken sei.

Diese Umstände bereiteten eine Annäherung vor. Ein schmerzlicher Verlust für Deutschland war der Tod des Generalkonsul Nachtigal, der bei den ersten Besitzergreifungen in Westafrika die besten Dienste geleistet hatte. Er starb am 20. April an Bord des Kanonenbootes „Möwe" am Wechselfieber und wurde am 21. April auf Kap Palmas beerdigt. Auf Befehl des Kaisers wurde der für den Gouverneur von Kamerun bestimmte Dampfer auf der Germaniawerft zu Gaarden bei Kiel am 20. Juni „Nachtigal" getauft. An der Westküste Afrikas wurden noch weitere Gebiete erworben und unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt.

In Südwestafrika wurde das zwischen dem 26. Grade südlicher Breite und dem Oranje gelegene, 20 Meilen landeinwärts sich erstreckende Küstengebiet von Groß-Namaqualand nebst Bethanien, noch durch Nachtigal am 22. Oktober 1884 und am 22. Oktober 1885, nach langen Verhandlungen mit den Häuptlingen der Hereros, das ganze Damaraland, das sich bis in die Kalahariwüste erstreckt, unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt.

---

Zu einer neuen Auseinandersetzung mit England auf einem anderen Gebiete, führte der Widerruf der Erklärung seitens dieser Macht, daß sie nur die Südküste von Neu-Guinea in der Südsee beanspruche.

Auf den sofort erhobenen Widerspruch, zog es zwar sein Verlangen zurück, teilte dann aber von neuem mit, daß es durch die öffentliche Meinung in Australien gedrängt, die Nordostküste der Insel Neu-Guinea annektieren werde. Darauf richtete Fürst Bismarck sogleich eine sehr verständliche Note an das Londoner Kabinett, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben war, daß die angekündigte Annexion der Nordostküste der genannten Insel, auf welche Deutschland den ersten Anspruch gemacht habe, unterbleiben werde.

Da England damals in einen Konflikt mit Rußland wegen Afghanistan geraten war, zu dessen Beilegung Deutschland, wenn es wollte, gute Dienste leisten konnte, so kam endlich im Juni eine Vereinbarung zwischen Deutschland und England über eine Abgrenzung der beiderseitigen Kolonialgebiete an der Küste des Golfs von Guinea (wozu namentlich Kamerun und dessen Gebiet des oberen Benue bis

Ibi umfassende Hinterland gehören) und in Neu-Guinea zu stande. Die Frage über den Besitzstand in Neu-Guinea wurde im Sinne Deutschlands entschieden. Das durch die Abgrenzung in Neu-Guinea zufallende Gebiet, umfaßte nach englischer Schätzung etwa 67 000, das englische 63 000 Quadratmeilen. Der Neu-Guinea-Kompagnie wurde ein kaiserlicher Schutzbrief bewilligt, und dadurch die Übernahme der Oberhoheit über das von ihr erworbene Festland von Neu-Guinea und über die in dessen Nähe liegenden Inseln, die Admiralitätsinseln, Neu-Britannien und Neu-Irland, bestätigt. Auf den Wunsch der Kompagnie erhielt das festländische Gebiet den Namen „Kaiser Wilhelms-Land", wozu Friedrich Wilhelms-Hafen, und Prinz Heinrichs-Hafen gehören, und das Inselland „Bismarck-Archipel". Mit den Königen und den Bewohnern von Samoa, deren Gebiet durch einen von Deutschland, England und Nordamerika abgeschlossenen Vertrag die Selbständigkeit verbürgt war, hatte das deutsche Konsulat fortwährende Konflikte, da jene von England aufgereizt, und von Neuseeland aus der König Malietoa heimlich veranlaßt wurde, trotz jenes Vertrages an die Königin von England die Bitte zu richten, die Herrschaft über Samoa zu übernehmen.

---

Am 7. Januar 1885 nahm die während der Weihnachtszeit vertagt gewesene internationale Kongokonferenz ihre Beratungen wieder auf. Es handelte sich bei denselben zunächst um die Vereinbarung über Neutralisierung des Kongogebiets, eine Frage, die auf große Meinungsverschiedenheiten im ersten Moment stieß. Man schritt deshalb zunächst zur Beratung des auf die Besitzergreifung herrenloser Gebiete bezüglichen Programmpunktes. Hierüber wurde am 17. Januar volles Einverständnis erzielt. Den alleinigen Stein des Anstoßes bildete nunmehr noch die mangelnde Anerkennung des Kongostaates durch Frankreich und Portugal. Von beiden Seiten wurden an die Internationale Kongogesellschaft Anforderungen gestellt, denen sie nicht entsprechen konnte, wenn sie nicht die Zukunft des jungen Staatswesens gefährden wollte. Erst zu Anfang des Februar kam eine Einigung zwischen Frankreich und der Gesellschaft zu stande, und nun konnte auch Portugal nicht mehr die Verantwortlichkeit für die weitere Verzögerung des Konferenzschlusses allein auf sich nehmen; es fügte sich den bescheidenen Forderungen der Afrikanischen Gesellschaft, welche sich mit Einräumung einer Küstenstrecke an der Kongomündung

von 30 bis 40 Kilometern und der Abtretung von Boma und Banana zufrieden gestellt erklärte. Jetzt konnte der Schlußbericht der Konferenz zur Annahme unterbreitet werden, und als diese am 23. Februar einstimmig erfolgt war, wurde die Schlußsitzung auf den 26. Februar anberaumt. Die Konferenzakten wurden in einer einzigen Urkunde unter dem Titel „Die Generalakten der Konferenz" zusammengefaßt und in dieser Form von sämtlichen Vertretern, darunter auch dem Obersten Strauch als Vertreter der Internationalen Afrikanischen Kongogesellschaft, unterzeichnet.

Fürst Bismarck, welcher der Schlußsitzung beiwohnte, gab seiner Befriedigung über das erzielte Ergebnis Ausdruck und bezeichnete den neuen Kongostaat als eine der wertvollsten Stützen für den Bestand des Konferenzwerkes. Er sprach sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen aus: „Meine Herren! Nach langen und mühevollen Beratungen ist unsere Konferenz an das Ziel ihrer Arbeiten gelangt, und ich bin glücklich, bestätigen zu dürfen, daß, dank Ihren Bemühungen und dem versöhnlichen Geiste, der Ihre Unterhandlungen geleitet hat, ein vollkommenes Einvernehmen über alle Punkte des vorgelegten Programms erzielt worden ist. Die Beschlüsse, die wir feierlich zu vollziehen im Begriff stehen, sichern dem Handel aller Nationen den freien Zugang zum Mittelpunkte des afrikanischen Festlandes. Die Bürgschaften, mit denen die Handelsfreiheit im Kongobecken ausgestattet sein wird, und die Gesamtheit der Verfügungen, die in den Schiffahrtsakten des Kongo und des Niger verzeichnet wurden, sind dazu angethan, dem Handel und der Industrie aller Nationen die zu ihrer Entwickelung und zu ihrer Sicherstellung vorteilhaften Bedingungen zu gewähren. Durch eine andere Reihe von Verfügungen haben Sie Ihr vorsorgliches Bemühen um das sittliche und leibliche Wohl der eingeborenen Völkerschaften bekundet, und wir dürfen die Hoffnung hegen, daß diese Grundsätze dazu beitragen werden, jene Völkerschaften an den Wohlthaten der Kultur teilnehmen zu lassen." . . . „Die Erklärung über die Förmlichkeiten, welche zu erfüllen sind, damit die Besitzergreifungen an der afrikanischen Küste als endgiltig vollzogen betrachtet werden, führt in das öffentliche Recht eine neue Regel ein, die dazu beitragen wird, aus den internationalen Beziehungen Ursachen zu Mißverständnissen und Zerwürfnissen auszuscheiden. Der Geist gegenseitigen guten Einvernehmens leitete gleichermaßen die Unterhandlungen, die außerhalb der Konferenz stattfanden, um schwierige Fragen bezüglich der

Abgrenzung zwischen den Parteien zu lösen, welche Hoheitsrechte im Kongogebiete ausüben werden, und welche durch ihre Stellung berufen erscheinen, die hauptsächlichsten Wächter des Werkes zu werden, das zu vollziehen wir im Begriff stehen. Ich kann diesen Punkt nicht berühren, ohne den edelen Bestrebungen Sr. Majestät des Königs der Belgier unsere Huldigung darzubringen, des Begründers eines Werkes, das heute von fast allen Mächten anerkannt ist, und das, indem es sich befestigt, der Sache der Menschlichkeit wertvolle Dienste wird leisten können." Die Schlußworte lauteten: „Meine Herren! Die Arbeiten dieser Konferenz werden, wie jedes menschliche Werk, verbessert und vervollkommnet werden können, aber sie werden, wie ich hoffe, einen Fortschritt in der Entwickelung der internationalen Beziehungen bezeichnen und unter den Kulturvölkern ein neues Band der Gemeinsamkeit bilden."

Oberst Strauch, der gleichfalls in dieser letzten Sitzung erschienen, wurde von allen Seiten beglückwünscht, und in der That verdankt der Kongostaat erst der Konferenz die Sicherheit seiner Existenz. Nachdem die Mehrzahl der Mächte diesen Staat anerkannt hatte, gelang es im Laufe des Monats Februar auch noch, den so wichtigen Ausgleich mit Frankreich und Portugal zu stande zu bringen und damit dem jungen Staatswesen feste, von allen Mächten anerkannte Grenzen zu geben. Stanley, der Schöpfer des Kongostaates, hatte ganz richtig erkannt, daß die Lösung der Grenzstreitigkeiten für seine Schöpfung eine Lebensfrage sei, und daß sie noch vor dem Schluß der Konferenz erfolgen müsse. Der Kongostaat bildete nunmehr die Hauptgrundlage der Konferenzbeschlüsse; an dieses Staatswesen lehnten sich alle Einrichtungen an, welche im Interesse der Freiheit von Handel und Schiffahrt auf dem Kongo ins Leben gerufen waren. Die große Anzahl von Handelsstationen, welche Stanley im Kongobecken errichtet hatte, boten ebenso viele Ausgangspunkte für das Werk der Civilisation in Centralafrika dar. Deutschland fand im Kongostaat seinen natürlichen Bundesgenossen; in diesem so große Hoffnungen erweckenden Gebiete werden beide gemeinsam Handel und Schiffahrt auf dem Kongo in Schwung bringen. Mag Portugal immerhin durch die Konferenz Vorteile errungen haben, welche mit seinen bisherigen Leistungen nicht in Einklang zu bringen sind, die Sicherstellung des Friedens im Kongogebiet war eines solchen Opfers wert.

Mitten in die kleinlichen Angriffe und Ausfälle, mit denen das Parlament die Geduld und Mäßigung des Reichskanzlers fast erschöpfte, fiel der 70. Geburtstag Bismarck's.

Die Feier desselben stand in nahem Zusammenhang mit den Versammlungen, in denen das ganze Land seine Entrüstung über die Haltung des Reichstags, gelegentlich der Abstimmung am 15. Dezember über den dritten Direktor im Auswärtigen Amt, kundgab. Nun brach sich der Gedanke einer Bismarckspende Bahn. Die Sammlungen zu derselben ergaben bedeutende Beträge, aber auch im Auslande, ja selbst in den andern Weltteilen entstanden Bismarck-Komitees, welche freiwillige Beiträge sammelten zu einer Ehrengabe, als Ausdruck des Dankes der Nation für den Begründer der Einheit und Größe des deutschen Vaterlandes.

Die Sammlungen ergaben einen Ertrag von 2,750,049 Mk. 44 Pfg. Nach Abzug der Kosten von 20905 Mk. 50 Pfg., blieb die Summe von 2,729,143 Mk. 94 Pfg. übrig. Hiervon wurden nach dem Beschluß des in Berlin tagenden Central-Komitees, an dessen Spitze der Herzog von Ratibor stand, 1,500,000 Mk. zum Ankauf des Gutes Schönhausen verwandt, wo der Reichskanzler geboren war und seine Jugenderziehung erhalten hatte, und dessen größerer Teil vor fünfzig Jahren unter der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit der Familie Bismarck verloren gegangen war; während der Rest von 1,229,143 Mk. 94 Pfg. dem Fürsten zur freien Verfügung für öffentliche Zwecke übergeben wurde. Als der Tag der Übergabe der Bismarckspende wurde der 1. April bestimmt, an welchem der Fürst das siebzigste Lebensjahr zurücklegte und nahezu fünfzig Jahre im Staatsdienst war; denn am 4. Juni 1835 trat er, nachdem er am 20. Mai die juristische Prüfung bestanden hatte, als Auskultator beim Berliner Stadtgericht ein.

Aus den allseitig angekündigten Absichten ergab sich bald, daß es auch schon am 31. März einen großen Festtag geben würde: die Studenten Berlins, wie ihre Brüder an anderen Universitäten, jetzt im wesentlichen erfüllt von dem Geist der nationalen Wiedergeburt, wollten den Haupturheber und Propheten derselben durch einen großen Kommers feiern, vorher aber mit einem glänzenden Fackelzug begrüßen. Sie bekamen dazu die Erlaubnis und ganz Berlin schloß sich ihnen mithandelnd oder zuschauend an.

Vorher aber, schon am Nachmittag, hatten die Krieger- und Landwehrvereine dem Fürsten, dem Manne des weisen Rats und entschlossener That, die freudigsten Glückwünsche dargebracht, er aber erwiderte: der Mann der That stehe höher, weil er Opfer an Blut und Leben bringen müsse. „Mein Rat, sagte er, hat erst Leben gewonnen durch Ihre Thaten. Hätte ich nicht ein so großes Vertrauen in den Mut, die Ausbildung und die Disziplin des preußischen Heeres gehabt, so würde ich unserem königlichen Herrn nicht den schweren, verantwortungsvollen Rat gegeben haben, sich in die gefahrvolle Lage zu begeben." In das Hoch auf den Kaiser stimmten die Krieger begeistert ein.

Abends gegen 7 Uhr setzte sich der Fackelzug, voran ein Musikkorps von der Garde, in Bewegung, passierte das Kaiserliche Palais mit unaufhörlichen Hochs, dann die schöne zweizeilige Straße „Unter den Linden", bis zur Wilhelmsstraße, woselbst der Kanzler wohnte. In dem Zuge befanden sich allerlei Masken mit Bezug auf die Wirksamkeit Bismarck's bis in die neueste Zeit, daher selbstverständlich viele Schwarze aus Afrika, in Wagen, zu Fuß und zu Pferde. Diese deutschen Schwarzen waren durch einen echten Schwarzen aus altem Dienste bei Hofe, in Bewegungen und Gesten einstudiert. Der Kanzler, umgeben von seiner Familie, empfing alle Abteilungen und deren Hochs mit dem Schwenken seines Helms und mit einem Trunk aus seinem Becher. Ein Student, ein Chargierter eines Korps, reichte der Fürstin auf der Spitze seines Rappiers einen schönen und reichen Kranz, welchen die hohe Frau alsbald ihrem gefeierten Gemahl aufsetzte, was die Versammelten mit stürmischen Hurrahs begrüßten.

Der Zug ging weiter dem Halleschen Thore zu, und die Festlichkeit schloß mit einem großartigen Kommers zu Ehren des Kanzlers.

Der eigentliche Festtag, der 1. April, der 70jährige Geburtstag, war zur Entgegennahme der förmlichen Gratulationen, Adressen u. s. w. bestimmt.

Der Kanzler hatte alle Deputationen, die ihn beglückwünschen sollten, damit der Akt einen gemütlicheren Charakter erhielte, zum Morgentrunk oder in der studentischen Sprache zu einem Frühschoppen eingeladen, und das Kanzlerische Palais sah vom frühen Morgen an zahlreiche Gratulanten und Deputationen, welche beim festlichen Glase dem Fürsten ihre feierliche Huldigung darbrachten.

Das Geschlecht derer von Bismarck machte den Anfang. Die Familie, die sehr zahlreich in Berlin erschienen war, wurde geführt von Major a. D. von Bismarck, der auch die Anrede an den Reichskanzler hielt, indem er ein kostbares Album mit sämtlichen Portraits derer des Geschlechts von Bismarck überreichte. In seiner Antwort sprach der Fürst seine Freude darüber aus, so Viele seines Geschlechtes um sich zu sehen und so viel im Rocke des Königs. Sie hätten Alle den Vorzug gehabt, den Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg, den Königen von Preußen, wie jetzt dem Kaiser von Deutschland zu dienen, immer mit denselben Gesinnungen der Treue und des Gehorsams, und so lange diese sich in dem Geschlechte lebendig zeigten und in solchen Männern repräsentiert seien, so lange werde es mit diesem wohlbestellt sein. Der Kaiser, welcher dem Fürsten schon am Abend vorher in engem Hofkreise den wärmsten Dank für all sein patriotisches Thun ausgesprochen hatte, wollte am Festtage selbst an das höchste erinnern, was Bismarck ihm erringen geholfen und schickte ihm am frühen Morgen schon ein großes Bild:

„Die Verkündigung des neuen Deutschen Kaisertums zu Versailles"

von dem berühmten Künstler Anton von Werner zu, dessen frühere ähnliche vielbewunderte Darstellung desselben geschichtlichen Ereignisses unter die eigenen Kunstschätze des Monarchen aufgenommen ist. Der Kaiser begleitete die Ehrengabe mit einem Schreiben, durch welches er zunächst seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß in der Erinnerung an Alles, was Fürst Bismarck für die Größe des Vaterlandes gethan, jetzt ein so mächtiger Zug des Dankes und Verehrung für ihn durch die Nation gehe.

„Es ziert, sagt er, die Nation in der Gegenwart, und stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie die Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt, und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt!

An solcher Feier teilzunehmen ist Mir und Meinem Hause eine besondere Freude, und wünschen Wir Ihnen durch beifolgendes Bild auszudrücken, mit welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung Wir dies thun; denn dasselbe vergegenwärtigt einen der größten Momente der Geschichte des Hohen-

zollernhauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern!

Sie, Mein lieber Fürst, wissen, wie in Mir jederzeit das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dankgefühl für Sie leben wird! Ihnen sage Ich daher mit Diesem nichts, was Ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und Ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späten Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren was Wir Ihnen zu danken haben. Mit diesen Gesinnungen und Gefühlen endige Ich diese Zeilen, als über das Grab hinaus dauernd

Ihr
dankbar treu ergebener
Kaiser und König
(gez.) Wilhelm."

Auf den Kaiser folgte die Nation selbst. Die überall im Gegensatz zum Beschluß des Reichstages vom 15. Dezember entstandenen Vereine hatten ihren Mittelpunkt in einem Central-Komitee zu Berlin unter dem Vorsitze des Herzogs von Ratibor gefunden. Es würde über die Verwendung der Summe gewiß zu großen Widersprüchen und Mißhelligkeiten gekommen sein, wenn nicht gleichsam als rettender Vorschlag, der der Wiedererwerbung des im Laufe der Zeiten für die Familie Bismarck verloren gegangenen Teils des Stammgutes Schönhausen, aufgetaucht wäre, ein Gedanke, den der Fürst selbst sehr freudig begrüßte. Das Central-Komitee hatte denn beschlossen:

I. zur Erwerbung des seit dem Mittelalter besessenen von Bismarck'schen Stammgutes Schönhausen, auf dessen Anteil I. der Kanzler geboren ist und seine Jugenderziehung erhalten hatte, dessen größerer Anteil vor 150 Jahren unter der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit der Familie von Bismarck verloren gegangen war, nunmehr aber auf Grund einer abgeschlossenen Punktation mit rund 1 500 000 M. Anzahlung mit stehenbleibenden Hypotheken wieder hergestellt werden konnte, diese Summe zu verwenden.

II. Alle übrigen Fonds zur freien Verfügung des Reichskanzlers für öffentliche Zwecke zu stellen.

Der Herzog von Ratibor wies in seiner kernigen Weise dankend auf die Thaten des Fürsten für Preußen und Deutschland hin, worauf derselbe in wärmster Weise antwortete.

Namens des Staatsministeriums wurde hierauf von dem Vizepräsidenten desselben, Staatsminister von Puttkamer, in kurzen Sätzen der ganze Verlauf der Bismarck'schen Thätigkeit und das gemeinsame Wirken mit seinen preußischen Kollegen dargestellt, und die Grundsätze desselben in ihrer dauernden Bedeutung hervorgehoben.

Hierauf nahm namens des Bundesrats, also der verbündeten Regierungen, der bayerische Minister von Lutz das Wort, welcher seit Errichtung des Deutschen Reichs seinen Staat vertritt und dem Fürsten unzweifelhaft ein sehr lieber Sprecher war. Er sagte dabei:

„Ew. Durchlaucht!

In allen deutschen Landen ist heute ein Festtag!

Die Nation gedenkt heute in gehobener Stimmung und mit herzlicher Teilnahme des Reichskanzlers.

Sie feiert ein Familienfest mit Ihnen, der sie als der Ersten Einer den Gedanken des neuen Deutschen Reiches gefaßt haben und unserem erhabenen Kaiser mit weisem Rate zur Seite gestanden sind, als es der Einigung der deutschen Fürsten und Völker zu einem achtunggebietenden Alldeutschland galt.

Die Nation beglückwünscht Ew. Durchlaucht, der Sie seit der Begründung des von Generationen ersehnten Reiches unter der Aegide des Kaisers und der mit ihm verbündeten Regierungen die Geschicke Deutschlands, als ein Hort des Friedens, des Friedens unter den Völkern und unter den verschiedenen Schichten der Gesellschaft.

An diesem denkwürdigen Tage, 70. Geburtstage Ew. Durchlaucht, können auch die Bevollmächtigten zum Bundesrate, von denen so mancher ein unmittelbarer Zeuge Ihrer Großthaten ist und in politischer Arbeit seit langer Zeit Freud und Leid mit Ihnen geteilt hat, es sich nicht versagen, Ew. Durchlaucht die innigsten Glückwünsche darzubringen und der Hoffnung lebhaften Ausdruck zu geben, daß es denselben vergönnt sein möge, Ew. Durchlaucht, den tapferen Ritter des Reiches und seiner Verfassung, noch lange, lange Jahre in Kraft und Gesundheit an ihrer Spitze zu sehen. Möge diese Hoffnung sich erfüllen zum Heile des geliebten deutschen Vaterlandes!"

Darauf antwortete der Fürst in einer längeren Rede, indem die erreichten Erfolge in erster Linie dem einträchtigen Zusammenwirken der

deutschen Fürsten mit seinem Kaiserlichen Herrn an der Spitze zu danken seien, die den deutschen Gedanken, der sonst in anderen Kreisen vertreten war, mit der größten Begeisterung aufgenommen hätten. Demnächst verdanke man die Resultate seit 1870 dem einmütigen Zusammenwirken der Vertreter der deutschen Regierungen, die leicht auf das unwesentliche verzichtend, sich immer in den ersten Aufgaben zusammengefunden hätten. Wenn der Bundestag, dem er früher als Vertreter der Regierung angehört hätte, von demselben Geist beseelt gewesen wäre, würde er bestanden haben und heute noch bestehen können zum Segen des Deutschen Reiches, welches jetzt noch seinen festesten Anker in den einigen Gesinnungen der deutschen Fürsten und Regierungen hätte, mehr als sich die Hoffnungen bewahrheitet haben, daß die parlamentarische Vertretung der Nation, welche sich in Fraktionspolitik verliere, zur Festigung des Reiches beigetragen habe. Er hoffe, die patriotische Gesinnung der deutschen Fürsten und Regierungen werde auch ferner zur Festigung des Reiches fortbestehen. Er danke für die ihm bewiesenen Ausdrücke des Vertrauens und des Wohlwollens. — Während der Fürst beschäftigt war, aus den Händen der einzelnen Premier-Minister die eigenhändigen Schreiben ihrer Souveräne entgegenzunehmen, traf der Großherzog von Baden ein, welcher auf das herzlichste gratulierte.

Indem derselbe noch mit dem Kanzler sprach, wurde der Kaiser gemeldet, dem der Kanzler bis zur Eingangshalle entgegeneilte.

Charakteristisch für die Bismarckfeier war die besondere Teilnahme der Universität. Schon am Abend zuvor hatte der Professor Ihering die Grüße der Universität Göttingen dem Ehrendoktor der juristischen Fakultät überbracht, und es waren dabei humoristische Erinnerungen aus der Universitätszeit Bismarck's ausgetauscht worden.

Zur Gratulation am Morgen des ersten April kam eine Deputation von der Berliner Universität, und an ihrer Spitze brachte der Professor Dr. Dernburg ihren Dank für die Förderung der Wissenschaft dar; ebenso namens der Akademie, der Prof. Dr. Curtius. Eine Deputation des Kösener Senioren-Konvents brachte dem Fürsten endlich die Glückwünsche der gesamten deutschen Studentenschaft.

Die Bismarckfeier des Jahres 1885 in ihrem ganzen Wesen und Verlauf konnte nicht anders gedeutet werden, als in dem Sinne eines Ausspruches des deutschen Volkes in dem grundsätzlichen Kampfe

zwischen dem Fürsten Bismarck und der Mehrheit des Reichstags, „grundsätzlich", denn es handelt sich ausgesprochenermaßen um den Gegensatz zwischen monarchischer Autorität und parlamentarischer Allmacht, wie sie die sogenannten „Freisinnigen" und ihre jetzigen Bundesgenossen (freilich in völlig verschiedener Grundauffassung) erstreben.

Der Reichskanzler sprach es vom ersten Augenblick an offen aus, daß ihm unter allen reichen und sinnigen Gaben, die ihm der Tag gebracht, doch das Liebste die Wiedergewinnung des alten Familiengutes in seiner ganzen früheren Ausdehnung war. So benutzte er denn einen der nächsten Tage, um Schönhausen in der Altmarck zu besuchen. Mit der Fürstin, seiner Gemahlin, und mit den beiden Söhnen fuhr er zunächst in sein bisheriges Gut und wurde auf dem Bahnhof von einer Deputation der Bewohner herzlich und ehrerbietig begrüßt. Ihm selbst leuchtete die Freude aus den Augen. Der Kriegerverein mit einer Fahne, die der mit dem eisernen Kreuz geschmückte Barbier des Ortes trug, der Handwerker- und ein Gesangverein, besonders aber viele Schönhauserinnen in ihrer drallen, kleidsamen Tracht hatten sich zur Beglückwünschung des berühmten Gutsherrn eingefunden, welcher ihnen freudig sagte, wie gern er gekommen sei: „Von der Gnade des Königs habe er größere Güter erhalten, aber sein Sehnen sei stets dahin gegangen, wo seine Wiege gestanden, er hoffe noch oft unter den Schönhausenern zu sein".

Nach kurzer Rast begab er sich nach dem Teil des Gutes, das bisher einem Herrn Gärtner gehört hatte. Der junge Herr Gärtner empfing ihn und geleitete ihn durch alle Räumlichkeiten, besonders auch durch die große und schöne Schäferei. Am späteren Nachmittag sah man den Kanzler, von seinem Inspektor und dem Oberförster begleitet, wiederum vom Schlosse fahren; die Wiesen, Wälder und Auen wurden in Augenschein genommen. Von allen Seiten strömten die Landleute aus den benachbarten Dörfern herbei, die Städte Tangermünde und Stendal entsendeten starke Kontingente. Wo des Kanzlers Wagen sich zeigte, da tönten ihm kräftige Hochs und Hurrahs nach und entgegen, und in Schönhausen herrschte ein so frohes Leben und Treiben, wie man es selbst bei großen Festen, die in diesem reichen Elbdorf gefeiert werden, sonst nicht zu sehen bekam.

Bald nach der von Begeisterung getragenen Feier des 70. Geburtstages betrübte eine Reihe von schnell aufeinanderfolgenden Todesfällen das Kaiserhaus, und ihm nahestehende Kreise.

Am 2. Juni starb Fürst Anton von Hohenzollern, welcher vom 6. November 1858 bis zum 17. März 1862 preußischer Ministerpräsident gewesen war und durch nationalen Sinn und vielseitige Bildung sich auszeichnete. Es darf hier an das schöne Wort erinnert werden, das der Fürst 1850, als er sein Land an Preußen abtrat, aussprach. Er gab als Beweggrund für diese Handlung an, „Weil ich einen Schritt vorwärts thun wollte zur Förderung dessen, was dem großen deutschen Vaterlande not thut und meinem Volke frommt, einen Schritt vorwärts auf der Bahn der Einheit, zur Größe, zur Macht Deutschlands." Fürst Anton, am 7. September 1811 geboren, war seit dem 21. Oktober 1834 vermählt mit der Prinzessin Josephine, der Tochter des Großherzogs Karl von Baden, und hinterließ vier Kinder: den Erbprinzen Leopold (1870 für den Thron von Spanien bestimmt) vermählt mit der Infantin Antonia von Portugal, aus welcher Ehe drei Söhne hervorgegangen sind; den König Karl von Rumänien, vermählt mit der Prinzessin Elisabeth von Wied; den Prinzen Friedrich, vermählt mit der Prinzessin Louise von Thurn und Taxis; die Prinzessin Maria, vermählt mit dem Grafen Philipp von Flandern, dem Bruder des Königs von Belgien. Die Beisetzung der Leiche des Fürsten Anton erfolgte am 6. Juni unter persönlicher Teilnahme des deutschen Kronprinzen, welcher am 5. Juni noch Festlichkeiten in Königsberg mitgemacht hatte, und in der Nacht mit einen Sonderzug nach Sigmaringen gefahren war.

Am 15. Juni starb des Kaisers Neffe, der Generalfeldmarschall Prinz Friedrich Karl, in seinem Schlößchen Klein Glienicke, nachdem er dort am 14. von einem Schlaganfall betroffen worden war. Was er als tapferer und schneidiger Heerführer geleistet, in welch hohem Maße er zur Erringung der außergewöhnlichen militärischen Erfolge jener Zeit beigetragen hat, ist mit unvergänglichen Schriftzügen in die Jahrbücher der Geschichte eingetragen. Die Erstürmung der Düppeler Schanzen, sein Siegeszug durch Böhmen bis zur Schlacht bei Königgrätz, die Schlachten von Vionville und Gravelotte und der durch sie vorbereitete Fall von Metz, endlich die Siege von Beaune la Rolande und Le Mans, über Aurelles de Paladines und Chancy, sind ebenso viele glänzende Heldenthaten, welche den Ruhm der

deutschen Waffen für alle Zeiten begründet haben. Fürst Bismarck hat stets, und noch in neuester Zeit mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, daß er seine politischen Erfolge nur durch die Kraft und Überlegenheit des deutschen Heeres über seine Gegner erreichen konnte, und daß diesem der Löwenanteil an dem deutschen Einigungswerk zufalle. Mit dem Prinzen Friedrich Karl waren viele tapfere und einsichtsvolle Heerführer im preußischen und deutschen Heere zugleich thätig, von denen ihm schon eine größere Anzahl im Tode vorangegangen war; aber keiner von ihnen hat ihn an Mut und Ausdauer übertroffen, sein leuchtendes Beispiel hat überall zündend und anregend auf die Führer und die unter ihrem Befehl stehenden Mannschaften gewirkt; er verstand es, den Truppen den echt soldatischen Geist einzuflößen, welcher die erste Bedingung und die sicherste Bürgschaft des Erfolges ist.

In demselben Augenblicke, in welchem die preußische Armee den Trauerflor um ihre Fahnen und Standarten legte, und in welchem durch das gesamte Vaterland die Empfindung der Trauer über den Verlust eines ritterlichen Sprossen des Hohenzollerngeschlechts sich verbreitete, durcheilte alsdann eine neue Todesbotschaft das Land und brachte die Kunde von dem Ableben eines mit Rat und That, in Krieg und Frieden bewährten Heerführers, der sich nicht nur als Feldherr, sondern auch als Staatsmann und Diplomat einen glanzvollen Namen in der zeitgenössischen Geschichte gemacht, und dessen zu vielseitiger Verwendung gewährte Befähigung denselben auf die oberste Rangstufe und zu den vornehmsten Würden im Dienst von Staat und Heer geführt hatte.

Am 17. Juni verstarb der Statthalter von Elsaß-Lothringen, General-Feldmarschall Freiherr von Manteuffel, zu Karlsbad an einem Schlaganfall.

Mit einer hervorragenden Befähigung zum höheren Truppenführer, die er glänzend im Mainfeldzug 1866, und auch in der Leitung der im deutsch-französischen Kriege unter seinen Befehl gestellten Armeen bethätigte, verband er große diplomatische Gewandtheit, und Geschick in der Kunst der Unterhandlung, weshalb er vielfach in seinem Leben mit besonders schwierigen politischen und militärischen Missionen bei verschiedenen Höfen betraut worden war.

Einige Monate vor diesen drei Männern, am 12. Januar, starb ein alter Freund des Kaisers, der Prinz August von Württem-

berg, langjähriger kommandierender General des Gardecorps, infolge eines Schlaganfalles in Zehdenick, nachdem er am 9. während der Jagd erkrankt und dorthin gebracht worden war. Die Einsegnung der Leiche fand am 16. Januar im Beisein des Kaisers, der kaiserlichen Prinzen und des Prinzen Wilhelm von Württemberg statt, worauf dieselbe mit der Bahn nach Ludwigsburg geführt, und dort am 18. Januar in der Gruft der Schloßkapelle beigesetzt wurde.

---

Zu Differenzen mit der päpstlichen Kurie gab seit längerer Zeit die Frage der Besetzung der beiden Erzbistümer Posen-Gnesen und Köln Anlaß. Für den bischöflichen Stuhl in Posen lehnte die preußische Regierung, im Gegensatz zu Rom, die Wahl eines polnischen Prälaten ab, nach den Erfahrungen, die mit Graf Ledochowski früher gemacht worden waren. Beide Mächte, die geistliche und die weltliche Macht, schienen in Posen-Gnesen lieber keinen Bischof haben zu wollen, als einen solchen, der nicht ihren Wünschen entsprach. Der Papst hatte verschiedene Geistliche aus dem polnischen Adel vorgeschlagen, die aber nicht angenommen worden waren. Die Verhandlungen über diese Frage kamen nicht zum Schluß, dagegen einigte man sich über die Besetzung in Köln. — Der Papst ernannte den Bischof von Ermeland, Krementz, zu dieser Stellung, und der Kaiser bestätigte die Ernennung. Von der Bevölkerung wurde der neue Kirchenfürst mit den größten Auszeichnungen empfangen. Im Herbst trat er sein Amt an.

---

In einen andern Konflikt geriet im August 1885 die deutsche Regierung mit Spanien wegen der Karolinen-Inseln, auf denen hauptsächlich deutsche Handelshäuser etabliert waren.

Auf die Erklärung des deutschen Gesandten in Madrid, daß Kaiser Wilhelm beschlossen habe, die Karolinen- und die Palau-Inseln unter deutschen Schutz zu stellen, entgegnete der spanische Minister des Auswärtigen, Elduayen, daß die Karolinen- und die Palau-Inseln von alters her zu Spanien gehörten, ohne daß die zwischen der spanischen Regierung und derjenigen Deutschlands und Englands bei einer gewissen Veranlassung eingeleiteten Diskussionen vermocht hätten, die spanische Souveränität zu beeinträchtigen, die sie im Gegenteil nur bestätigten und sanktionierten, und auf welchen die Regierung Sr. Majestät vor der Erklärung des deutschen Protektorates so zahlreiche Handlungen der Oberhoheit ausgeübt hat. . . Die Regierung

Sr. Majestät könne nicht unterlassen, gegen jede in Unkenntnis der Oberhoheit Spaniens ausgeführte Handlung zu protestieren, wie auch gegen das in der Note des Vertreters Deutschlands angeführte Princip, die Karolinen- und Palau-Inseln für „herrenlose Länder" zu betrachten, ohne die begründeten und legitimen Rechte Spaniens in Betracht zu ziehen.

Die Nachricht von dem Beschluß der deutschen Regierung, die Karolinen zu besetzen, fiel zu Madrid in eine schwierige innere Lage, und der diplomatische Zischenfall wurde jählings zu einer inneren Krisis. Auf der einen Seite stand ein junges Königstum, das in der Bevölkerung noch keine tiefe Wurzeln geschlagen hatte, und ein Ministerium, das durch seine Unfähigkeit immer unpopulärer geworden war; auf der andern eine liberale Partei, die das Kabinett, und eine republikanische Partei, die mit dem Ministerium auch die Monarchie zu stürzen suchte. In diesem Widerstreit gestaltete sich der Konflikt mit einer fremden Macht zu einem Werkzeug, das von beiden Teilen begierig ausgenutzt wurde, von dem einen, um sich am Ruder zu erhalten, von dem anderen, um zur Macht zu gelangen. Dem Ministerium zum Nachteil gereichte dabei die gleich zu Anfang von ihm aufgestellte Forderung, Deutschland müsse bedingungslos auf die Karolinen verzichten. Dies war eine durchaus unzulässige Behandlung der Sache, die nur dazu diente, die spanische Nation anspruchsvoller zu machen, und Unruhe und Aufregung zu erzeugen. Daneben wurde in der Presse und in Versammlungen die zügellosesste und beleidigendste Sprache gegen Deutschland laut; es kam zu wilden, geräuschvollen Ausbrüchen des Nationalgefühles und schließlich zu einer gröblichen Insultierung der deutschen Gesandtschaft in Madrid, als die Nachricht von der faktischen Besetzung der Insel Yap durch das deutsche Kanonenboot Iltis eintraf. Aber nicht nur die Straßenbevölkerung der Hauptstadt geriet durch die Nachricht von dem Vorgehen des Iltis in außerordentliche Erregung, auch das Ministerium verlor den Kopf. Die Republikaner drängten offen zum Kriege, und die liberale Partei erklärte sich durch den Mund ihrer Führer Sagasta und Lopez Domiguez zur Übernahme der Regierung bereit mit dem Programm, an Deutschland den Krieg zu erklären.

Inzwischen war infolge der versöhnlichen Haltung und des Entgegenkommens, das Deutschland in dem Streithandel bethätigte, eine leichte Beschwichtigung der Gemüter eingetreten. Auf Anordnung der deutschen Regierung erklärte der Vertreter derselben, Graf Solms, die

Landung des Kanonenbootes Iltis wäre in der Voraussetzung erfolgt, daß die Karolinen ein herrenloses Gebiet seien, und daß dort die Flagge keiner anderen Nation wehe; es solle damit in keiner Weise der Entscheidung der Rechtsfrage vorgegriffen werden; auch würde der Kommandant die Weisung erhalten haben, nicht zu landen, wenn es möglich gewesen wäre, ihm rechtzeitig auf telegraphischem Wege Befehle zugehen zu lassen. Milder und versöhnlicher kann wohl ein Staat, dessen Fahne beschimpft worden, in der That nicht auftreten, und in überzeugenderer Weise vermochte Deutschland seine Friedensliebe nicht darzuthun. Die Spannung, welche durch die Beschimpfung des deutschen Wappens am deutschen Gesandtschaftsgebäude in Madrid und am Konsulat in Valencia entstanden war, wurde durch eine Erklärung, welche der spanische Minister des Auswärtigen an den Gesandten Spaniens in Berlin richtete, beseitigt. In der Note hieß es, daß die spanische Regierung die Ausschreitungen gegen die Vertretung einer Macht, mit welcher Spanien enge Beziehungen unterhalte, lebhaft bedauere, und dieselben ausdrücklich verurteile; sie hoffe, daß diese offenen und freundschaftlichen Erklärungen von der deutschen Regierung in demselben Geist der Aufrichtigkeit und des Entgegenkommens aufgenommen werden möge, von welcher die spanische Regierung bei Übermittelung derselben beseelt sei.

Diese Erklärung wurde deutscherseits als genügend anerkannt. Die Schließung des Streithandels selbst sollte ursprünglich einem europäischen Schiedsgericht unterbreitet werden, aber die Frage, wer dieses Schiedsrichteramt ausüben sollte, konnte neue Schwierigkeiten hervorrufen. Deshalb schlug Fürst Bismarck den Papst Leo zum Schiedsrichter vor. Die Spanier acceptierten den Vorschlag, aber mit der Modifikation, daß der Papst nicht Schiedsrichter, sondern Vermittler im Streit sei. Sogleich ward ein Ausschuß von Kardinälen gebildet, in welchem Kardinal Jakobini den Vorsitz hatte, um die von den beiden streitenden Parteien übergebenen Akte zu prüfen.

Doch gab die Reichsregierung bei aller Mäßigkeit und Nachgiebigkeit nichts von ihren Rechtsansprüchen auf, unterwarf zwar in ihrer Note vom 1. Oktober die in der spanischen Depesche vom 10. September angeführten Beweisgründe einer scharfen Kritik, sprach aber schließlich die Hoffnung auf die Erzielung eines Einverständnisses aus, zumal Spanien ihren Vorschlag, die Frage der Entscheidung des Papstes zu unterbreiten, angenommen habe. Infolgedessen werde sie dem

Kardinalstaatssekretär die nötigen Informationen über die Sachlage mitteilen und Vergleichsvorschläge folgen lassen, sobald sie von den dabei beteiligten deutschen Seeoffizieren die schriftlichen Berichte über die Besitzergreifung von den Inseln erhalten habe. Am 17. Dezember wurde im Vatikan in Gegenwart Jakobini's und mehrerer Kardinäle das auf Grund der Vermittelungsakte des Papstes vereinbarte Protokoll von dem preußischen und dem spanischen Gesandten, Herrn von Schlözer und Marquis von Molins, unterzeichnet, worauf auf Befehl des Papstes, Jakobini ein festliches Friedensessen veranstaltete, zu welchem das diplomatische Corps und einige Kardinäle eingeladen waren.

Leo XIII., welcher in einem Anflug von Sympathie für den deutschen Reichskanzler, diesem das neueste Bändchen seiner gesammelten lateinischen Gedichte überschickt hatte, verlieh ihm am 31. Dezember den Christusorden in Brillanten, welchen noch kein Protestant erhalten hatte, und fügte ein Begleitschreiben bei, welches nicht blos die Verdienste Bismarck's um den friedlichen Ausgang des deutsch-spanischen Streites würdigte, sondern auch seine Verdienste um die Größe des Deutschen Reiches in wohlwollendster Weise anerkannte, die Maigesetze mit keinem Wort berührte, jedoch des Verlustes der Freiheit des Papsttums, d. h. des Verlustes des Kirchenstaates gedachte:

„Dem erhabenen Mann, dem großen Kanzler des Deutschen Reichs, bezeigt der Papst seinen Dank dafür, daß auf Deinen Rat hauptsächlich Uns eine höchst willkommene Gelegenheit geboten wurde, um der Eintracht willen ein so edles Werk zu vollführen, kein neues wahrhaftig unter den Thaten des apostolischen Stuhles, aber eines nach dem schon lange nicht begehrt wurde, obgleich es wohl nichts giebt, was dem Geiste und dem Wesen des römischen Priestertums so vollständig entspräche. Darin folgt Dir der offene oder stille Beifall aller Menschen von unbestochenem Urteil; namentlich die Katholiken des ganzen Erdkreises zollen Dir ihn gern, welcher ja durch die Ehre, die ihrem Vater und Hirten widerfuhr, wunderbar gewinnen mußte. Deine staatsmännische Weisheit trug das Meiste dazu bei, dem Deutschen Reiche diese Größe zu verschaffen, die heute alle anerkennen und einräumen. Darnach aber strebst Du, wie es natürlich ist, heute, daß das Reich bestehe und täglich mehr blühe, mit Macht und Stärke in alle Ewigkeit gewappnet. Aber Deiner Weisheit ist es durchaus nicht entgangen, welche hohe Bedeutung für einen gesicherten Zustand der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens in dem Amte liegt, das von Uns bekleidet

wird, insbesondere wenn es, unter Beseitigung aller Hindernisse, Freiheit des Handelns genießt. Möge es also vergönnt sein sich in Gedanken in die Zukunft zu versetzen und aus dem Geschehenen auf das Kommende zu schließen!"

Das Antwortschreiben des Fürsten Bismarck vom 13. Januar 1886 war äußerst verbindlich gehalten, sah von der kirchlich politischen Lage ab und schloß mit den Worten: „Was mich betrifft, so werde ich immer und mit Eifer jede Gelegenheit, die mir die Erfüllung der Pflichten gegen meinen Herrn und gegen mein Vaterland bietet, ergreifen, um Ew. Heiligkeit meinen lebhaften Dank und meine tiefe Ergebenheit zu beweisen." Kaiser Wilhelm verlieh als Antwort auf das päpstliche Schreiben dem Kardinalstaatssekretär Jakobini den schwarzen Adlerorden.

Anstatt der Karolinen, wurden die Marschall-Inseln unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt, nachdem mit allen Häuptlingen derselben Verträge abgeschlossen worden waren. Korvettenkapitän Rötger hißte die deutsche Flagge zuerst auf der Insel Jaluit auf, auf welcher deutsche Firmen, namentlich das Bremer Haus Hernsheim, Niederlassungen hat. Jaluit galt als eine der besten Häfen der Südsee, in einem überreich mit Palmen ausgestattetem Lande.

Der Tod des Statthalters der Reichslande, Frhr. von Manteuffel, im Sommer 1885 erheischte die anderweitige Besetzung dieses Postens. Dazu ward Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, bis dahin deutscher Botschafter in Paris, ausersehen. Diese Wahl wurde als eine sehr glückliche bezeichnet, daher auch das Organ des Centrums, die „Germania", sich sehr ungehalten darüber äußerte. Der Fürst hatte in den für einen bayerischen Staatsmann so schwierigen Jahren 1866—1870 die Stelle eines Ministerpräsidenten und eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Bayern, und von 1874—1885 die Stelle des deutschen Botschafters in Paris bekleidet und auf beiden Posten viel Umsicht und Einsicht, viel Takt und nationalen Sinn gezeigt. Er überreichte am 8. Oktober dem französischen Präsidenten Grevy sein Abberufungsschreiben und traf am 5. November in Straßburg zur Übernahme seines Amtes ein. Zu seinem Nachfolger als deutscher Botschafter in Paris wurde Graf Münster ernannt, welcher seit 1873 Botschafter in London gewesen war; derselbe überreichte dem Präsidenten Grevy am 5. November sein Beglaubigungsschreiben.

Bei seiner Ankunft in Straßburg am 5. November wurde Fürst Hohenlohe herzlich bewillkommnet und von der Bevölkerung als

ein alter Bekannter freudig begrüßt. Die Schützen-, Turn-, Krieger- und Gesangvereine veranstalteten ihm abends einen Fackelzug und letztere brachten ihm ein Ständchen; am 6. November folgte die Auffahrt der Studentenschaft in 22 vier- und sechsspännigen Wagen, und der Kommers der Studentenschaft in Tivoli, wo zuerst dem Kaiser, dann dem Statthalter des Kaisers ein Salamander gerieben wurde, worauf letzterer eine Ansprache an die Studentenschaft hielt. Am 16. November traf der Statthalter in Metz ein und wurde auch hier durch Beflaggung der Häuser und einen Fackelzug ausgezeichnet. Bei dem Galadiner, das er den höchsten Militär- und Civilbehörden am 17. gab, hielt er eine bemerkenswerte Rede. Anknüpfend an eine Äußerung seines Vorgängers, welcher gesagt hatte, daß man in Elsaß-Lothringen die Zusammengehörigkeit mit Frankreich noch nicht vergessen habe, fuhr er fort: „Ich gehe aber weiter und sage, ich begreife, daß die Bewohner des Landes, als sie vor zwei Jahrhunderten von Deutschland getrennt, mit Frankreich vereinigt wurden, die Änderung nicht allzusehr empfanden; Deutschland war damals ein zerrissenes Land, das weder seine Angehörigen schützen, noch seine Wohlfahrt fördern konnte, während Frankreich nahezu auf der Höhe seiner geistigen und materiellen Entwickelung stand. Da konnte die Trennung von Deutschland leicht verschmerzt werden. Wenn ich aber einer so historischen That gerecht werde, darf ich nun auch auf die Gegenwart verweisen. Aus einem machtlosen zerrissenen Deutschland ist ein mächtiges Reich geworden. Wie die Einigung zur Wiedergewinnung verlorener Landesteile geführt, so hat sie uns auch die Macht gegeben, das Wiedergewonnene festzuhalten, die Angehörigen zu schützen, und ihnen die Bedingungen des geistigen und materiellen Gedeihens zu bieten. Damit schwindet das Motiv, das die Bewohner des Landes auf Frankreich blicken läßt. So gebe ich mich der Erwartung hin, Elsaß-Lothringen werde mehr und mehr erkennen, die Trennung von Frankreich sei kein Unglück, die Wiedervereinigung mit Deutschland sei eine Gewähr einer glücklichen Zukunft. In dieser Hoffnung trinke ich auf das Wohl des Landes und der Stadt Metz."

---

Die letzten Monate des Jahres 1885 gaben auch der Braunschweigischen Thronfolgefrage einen Abschluß. Das Patent vom 18. Oktober 1884, in welchem der Herzog von Cumberland dem Lande eröffnete, daß er das Herzogtum Braunschweig in Besitz nehme und

die Regierung desselben anträte, war bekanntlich von dem Braunschweigischen Ministerium zurückgewiesen und statt dessen ein Regentschaftsrat eingesetzt worden, welcher aus dem Grafen Görtz-Wrisberg und dem Präsidenten der Landesversammlung, Geheimrat von Veltheim, und anderen höheren Beamten bestand. Nachdem das Staatsministerium erklärt, es sei bei der Lage der Umstände weder erforderlich noch erwünscht, daß die Braunschweigische Landesvertretung einen Schritt bezüglich der Thronfolge thue, wurde der Wortlaut des Antrags bekannt, den Preußen an den Bundesrat gerichtet hatte. In diesem Antrage wurde die Rechts- wie die politische Frage in nachstehender Weise dargestellt: „Der durch die Reichsverfassung gewährleistete preußische Besitz der Provinz Hannover sei von dem Herrn Vater des Herzogs von Cumberland nach Maßgabe des beigelegten Protestes angefochten worden: Der König Georg habe sich bis an sein Lebensende als einen mit Preußen im Krieg befindlichen Souverän angesehen und eine dieser Stellung entsprechende politische Haltung beobachtet, wie das aus der Anlage hervorgeht. Der Herzog von Cumberland sei durch seine Kundgebung vom Juli 1878 in die gleiche Stellung gegen Preußen eingetreten. Der Herzog habe seitdem seinen Ansprüchen auf Hannover nicht entsagt, und die Haltung seiner Anhänger im hannoverschen Lande sei bis in die Gegenwart von der Art, daß selbst ein persönlicher Verzicht des Herzogs von Cumberland auf die von ihm erhobenen Ansprüche an Hannover der königlichen Regierung keine Bürgschaft für das Aufhören der auf die Losreißung Hannovers von Preußen gerichteten Bestrebungen der Welfenpartei gewähren würde. Der bei diesen Bestrebungen gemachte Vorbehalt, daß die Abtrennung des Königreichs Hannover von Preußen auf gesetzlichem Wege herbeigeführt werden solle, sei bedeutungslos, da der gesetzliche Weg durch die gegebenen Verhältnisse naturgemäß ausgeschlossen und nur der gewaltsame möglich ist. Bei der reichstreuen Gesinnung der Bevölkerung im Herzogtum Braunschweig dürfte die Welfenpartei in dieser keinen nennenswerten Anhalt finden; der Herzog von Cumberland aber würde sich auch als Herzog von Braunschweig den Einflüssen der Partei, an deren Spitze Se. Königliche Hoheit bisher steht und deren vornehmste Leiter als seine Mandatare für seine Interessen thätig sind, nicht entziehen können. Die Thronbesteigung des Herzogs würde deshalb die unvermeidliche Folge haben, daß sich in Braunschweig unter der staatlichen Autorität eines der Teilhaber an der souveränen

Bundesgewalt ein Stützpunkt für verfassungswidrige Bestrebungen bilden würde, deren Spitze gegen die vom Reiche garantierte Integrität des preußischen Staates gerichtet wäre.

Die politische Haltung des Herzogs von Cumberland, wie dieselbe in amtlichen Kundgebungen hervorgetreten, sei jederzeit geeignet gewesen, die welfische Partei in der Verfolgung ihrer Ziele zu ermutigen. In dem Notifikationsschreiben vom Juli 1878 habe der Herzog den Protest erneuert, welchen der König Georg V. unter dem 23. September 1866 gegen Preußen erhoben hat und die in diesen beiden Schriftstücken enthaltenen Erklärungen würden in keiner Weise durch das Notifikationsschreiben des Herzogs vom 18. Oktober 1884 oder sein Besitzergreifungspatent von demselben Datum invalidiert. Auf Grund der beiden erstgenannten Dokumente befinde sich der Herzog von Cumberland noch heute im ideellen Kriegszustande gegen Preußen, und bei seinem Regierungsantritt müßte, wenn nicht Preußen und Braunschweig dem Deutschen Reich angehörten, rechtlich der Kriegszustand zwischen beiden Staaten eintreten. Diese rechtliche Situation gewönne eine praktische Bedeutung durch die Thatsache, daß mit dem Herzogtum Braunschweig gerade diejenigen hannoverschen Gebiete grenzen, in welchen nach Ausweis der Wahlen zum Reichstag die welfische Partei die Mehrheit der Bevölkerung bilde. Der Herzog von Cumberland würde in seiner benachbarten Residenz nicht wohl im Stande sein, Verbindungen und Zumutungen abzuwehren, welche den inneren Frieden des Reiches in Frage stellen. Wenn die Landeshoheit in Braunschweig mit allen ihren Rechten an der Reichsregierung in die Hände eines Fürsten gelegt würde, der einem Teil der Bevölkerung von Hannover als Prätendent auf die gesamte preußische Provinz dieses Namens gilt, so würde Se. Majestät der König von Preußen die Fürsorge für die Sicherheit im Lande selbst in die Hand nehmen, wenn nicht die Institutionen des Reiches die Mittel zur Verhütung unmöglicher Zustände darböten. Unter diesen Umständen würde, auch wenn das Recht des Herzogs zur Succession ein principiell unbestrittenes wäre, die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig und die damit verbundene Beteiligung an der Reichsregierung politisch unzulässig sein, weil die innere Sicherheit des Reiches dadurch gefährdet werden würde. Der König von Preußen beabsichtige nicht, der weiteren Entschließung der Organe des Herzogtums und des Reiches bezüglich der Thronfolge in

Braunschweig vorzugreifen, die königliche Regierung sähe aber voraus, daß der Regierungsantritt des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zu Streitigkeiten zwischen Preußen und Braunschweig führen würde, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, also unter den Begriff des Artikels 76 der Reichsverfassung fallen. In dieser Voraussicht stelle Preußen den Antrag, die Überzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen: daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei, und zu beschließen, daß die Braunschweigische Landesregierung hiervon verständigt werde."

Darauf beschloß der Bundesrat:

„Die Überzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig, da derselbe sich in einem dem reichsverfassungsgemäß gewährleisteten Frieden unter den Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preußen befinde und im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates, mit den Grundprincipien der Bündnißverträge und Reichsverfassung nicht vereinbar sei." Darauf folgte am 22. September ein Protestschreiben des Herzogs von Cumberland an das braunschweigische Ministerium. Am 21. Oktober wählte auf Vorschlag des Regentschaftsrats der Landtag einstimmig den Prinzen Albrecht von Preußen zum Regenten des Herzogtums.

Mit der Wahl des vorstehend genannten Fürsten zum Regenten in Braunschweig war eine Frage zur Erledigung und zum Austrag gekommen, welche seit einem Jahre für Deutschland auf der Tagesordnung gestanden, und das Interesse der politischen Kreise daselbst rege gehalten hatte. Eine andauernde Verwickelung und Verdunkelung erfuhr die vom staats- und privatrechlichen Standpunkt aus in mancher Beziehung zweifelhafte und komplicierte Erbfolgefrage durch die Stellung, die der Herzog von Cumberland derselben gegenüber einnahm, sowie durch die Ansprüche, die auch der Herzog von Cambridge als Agnat der hannoverischen Königsfamilie auf den braunschweigischen Thron erheben zu müssen glaubte. Man kann den Männern, welche berufen waren, an der Lösung der widerspruchsvollen Forderungen und an dem Ausgleich der dabei ins Spiel kommenden verschiedenartigen Interessen mitzuwirken, das Zeugnis nicht versagen, daß sie mit Unparteis-

lichkeit und Objektivität verfahren, und in der Behandlung der gesamten Angelegenheit sowohl den Geboten der Staatsklugheit, wie den Rücksichten des politischen Taktes Rechnung getragen haben.

Was die Einmischung des Herzogs von Cambridge in die Thronfolge betrifft, so verlas in der Landessitzung vom 1. Juli der Staatsminister seine amtliche Korrespondenz mit dem Herzog von Cambridge, welcher als nächster und einziger volljähriger Agnat des herzoglich braunschweigischen Hauses Ansprüche auf die Regentschaft, auf die Vormundschaft, eventuell auf die Thronfolge erhob, dabei aber seine Stellung als englischer General und seinen dauernden Wohnsitz in England beibehalten wollte. Der Staatsminister erwiderte ihm, „daß infolge der Stellung des Herzogtums Braunschweig, als eines Gliedes des Deutschen Reiches, die Frage von der Thronfolge im Herzogtum und demgemäß auch die weitere Frage, wem bei andauernder Behinderung etwa Anrechte auf die Regentschaft zuständen, nicht blos nach Maßgabe des Landesstaatsrechts, sondern auch nach Maßgabe des Reichsstaatsrechts zu entscheiden sei, daß daher in letzterer Beziehung die Entscheidung dem Reiche selbst zustehe, und der Regentschaftsrat in dieser Hinsicht im Interesse des Landes von vornherein eine völlig neutrale Stellung einzunehmen sich für verpflichtet gehalten habe". Es wurde daher dem Herzoge anheimgestellt, seine Ansprüche bei den Organen des Reiches zur Geltung zu bringen. Diesen Weg wollte derselbe vorerst nicht betreten und schloß den Schriftwechsel am 24. Juni mit einer Wahrung seiner Ansprüche für etwa eintretende veränderte Umstände.

Der Einzug des Prinz-Regenten und seiner Gemahlin in Braunschweig fand am 2. November in der feierlichsten, würdevollsten Weise statt. Bereits vom frühen Morgen an hatten die Eisenbahnzüge Tausende von Festteilnehmern nach Braunschweig geführt, die andererseits auch ununterbrochen zu Wagen und zu Fuß durch die Thore der Stadt einzogen. Während sich die Mitglieder des Regentschaftsrats um $10^1/_2$ Uhr zum Empfang des Prinzen nach Helmstedt begeben hatten, wurde es an den für die Innungen und Vereine bestimmten Sammelplätzen lebendig, von wo ab alsbald unter Vorantritt von Musikkorps und mit ihren Fahnen die Vereine von allen Seiten herangezogen, um auf der Strecke vom Bahnhofe ab über den Friedrich-Wilhelmsplatz, Bankplatz, die Steinstraße, den Eiermarkt, den Altstadtmarkt, die Post- und Schuhstraße, den Wilhelmsplatz bis zum Bohl-

wege Spalier zu bilden. Um 11¾ Uhr war, des Menschenstromes ungeachtet, welcher die Straßen durchwogte, die Aufstellung in musterhafter Ordnung vollendet, an welcher sich die Handelskammer, die Kaufmannschaft, der kaufmännische Verein Union, der Bürgerverein, sämtliche neuorganisierten Innungen, die sechs braunschweigischen Kriegervereine, die Gesangvereine, die Feuerwehren und Turnvereine beteiligt hatten; die vorderen Reihen des Spaliers hatten 7000 Schüler und Schülerinnen der oberen 3 Klassen der Gymnasien und Stadtschulen gebildet. Hinter diesem Spalier stand, Kopf an Kopf gedrängt, eine freudig erregte Menschenmenge, während alle Fenster bis in die höchsten Stockwerke hinauf mit einem reichen Damenflor besetzt waren.

Um 1 Uhr 45 Minuten fuhr, von der mit Laubgewinden bekränzten Lokomotive „Bismarck" gezogen, der Separatzug in die Eisenbahnhalle ein. Von dem Staatsminister Grafen Görtz-Wrisberg geführt, schritten der Prinz und die Prinzessin den westlichen Perron entlang, wo sich zu ihrem Empfang die Mitglieder der Landesversammlung, die Spitzen der Behörden, die Deputationen der verschiedenen Kreise des Herzogtums, sowie die Direktoren der höheren Lehranstalten aufgestellt hatten. Hier erfolgte die Begrüßung des neuen Regenten durch die Landesversammlung, für welche deren Präsident, Hofjägermeister v. Veltheim, das Wort ergriff. Nachdem der Prinz diese Ansprache beantwortet, und das in der nach der Stadt zu offenen Halle versammelte Offizierkorps begrüßt hatte, trat er, seine Gemahlin am Arme führend, auf die Freitreppe hinaus. Es war ein überraschend großartiges Bild, das sich in diesem Augenblicke entfaltete. Die malerische Gruppe glänzend uniformierter Staatsbeamten und Militärs, aus welcher die ritterlich schöne Erscheinung des mit der Generalsuniform und dem breiten Bande des Ordens Heinrichs des Löwen bekleideten Prinzen majestätisch hervorragte, während die der Treppe gegenüber aufgestellte Ehrenwache des 67. Infanterieregiments präsentierte, die Fahne sich senkte und das Musikkorps das „Heil Dir im Siegerkranz" anstimmte. Wenige Minuten später bestieg das Fürstenpaar den bereitstehenden Galawagen, von der Stadt herüber erscholl das herrliche Geläute der Glocken, und der Festzug setzte sich in Bewegung, geführt von dem Polizeidirektor und einer Abteilung Husaren, sowie zwei Hofequipagen, in welchen die Mitglieder des Gesandtschaftsrats Platz genommen hatten.

Als der fürstliche Wagen vor der Ehrenpforte angelangt war, an welcher die Mitglieder des Stadtmagistrats, die Stadtverordneten, die gesamte Geistlichkeit, und die Ehrenjungfrauen in weißen Kleidern, rot-weißen und grün-weißen Schärpen Aufstellung genommen hatten, hielt der Zug. Oberbürgermeister Pokels trat an den Wagen und begrüßte im Namen der Stadt den Regenten. Während der Prinz für den Empfang seinen Dank aussprach, überreichte eine der Ehrenjungfrauen, namens der Jungfrauen der Stadt Braunschweig, der Prinzessin ein Bouquet, welches diese sichtlich gerührt mit Worten des Dankes in Empfang nahm. Der Zug setzte sich hierauf unter endlosen Hochrufen wieder in Bewegung.

---

Nach der Rückkehr von seinen Herbstreisen nahm Kaiser Wilhelm in den letzten Oktobertagen des Jahres 1885 die Begrüßung der Generalsynode in Berlin entgegen. Auf die längere Ansprache des Generalsuperintendenten Kögel, welcher den Schutz des Landesherrn für die evangelische Kirche erbat, antwortete der Kaiser in seiner gewohnten gottesfürchtigen, demütigen Weise: „Es sind Sachen geschehen in den letzten Jahren vor Ihrer aller Augen, durch die Preußen hochgestellt worden ist, höher als man je erwartet. Sie alle sind Zeugen hierfür gewesen, von dem großen Werk, das vollendet worden ist, und das, so Gott will, ferner bestehen wird, wenn sein Fundament bleibt: Reinheit der Religion und Fortschritt in jedem guten Werk".

Den berühmten Historiker Ranke, welcher am 21. Dezember, nachdem er eben den sechsten Band seiner Weltgeschichte vollendet hatte, seinen neunzigsten Geburtstag feierte, begrüßte der Kaiser an diesem Tage mit einem herzlichen Glückwunschschreiben: „Ueber die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus geht der Ruhm Ihres Namens, und die deutsche Nation kann stolz darauf sein, einen solchen Mann der Wissenschaft den ihrigen zu nennen. Was Mich besonders bewegt, ist die Erinnerung an die bewährte Treue und Hingebung, mit welcher Sie die Geschichte Meiner Monarchie zum Gegenstand Ihrer eingehenden Forschung gemacht haben. Ihr dankbarer König Wilhelm.

Ranke war der vornehme Typ des deutschen Gelehrten.

Trotz vielfacher offener und versteckter Angriffe, denen ein so hervorragender Gelehrter ausgesetzt war, die besonders von Gervinus, Schlosser und Dahlmann ausgingen, hatte er sich seiner Zeit an der von König Maximilian II. ins Leben gerufenen historischen Kommission

beteiligt, in der mancher Gegner von ihm saß. Überhaupt war Gerechtigkeit nicht nur gegen die Toten, sondern auch die Lebenden eine Haupttugend Ranke's. Daher konnte ihm auch die Herausgabe der Briefe Friedrich Wilhelm's IV. an Bunsen übertragen werden; denn er besaß Takt, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit genug, um eine so schwierige Aufgabe zu lösen. Ebenso vertraute ihm Bismarck die Herausgabe von Hardenberg's Hinterlassenschaft an, welche 1877 erschien.

Mit dem 70. Lebensjahre legte Ranke seine Professur nieder, um sich fortan ganz der litterarischen Thätigkeit zu widmen. Fast jedes Jahr brachte er einen neuen Band quellenmäßiger Darstellung, unter anderm die „Geschichte Wallensteins" 1869, den „Ursprung des Siebenjährigen Krieges" 1871; daneben beschäftigte ihn die Gesamtausgabe seiner Werke. Aber die größte Überraschung blieb noch vorbehalten: Im 80. Lebensjahre begann dieser kühne Geist noch die Herausgabe einer „Weltgeschichte". Ein Werk, an welches sich sonst nur jugendliche, kühne Gelehrte wagen, unternahm dieser Greis nach einem an Arbeit reichen Leben. Aber er übertraf alle Erwartungen; mit kühnen Strichen zeichnete er lebendig und kraftvoll den großen Werdegang der Kulturmenschheit, überall aus seinem Schatze historischer Forschung und erprobter Menschenkenntnis schöpfend.

---

# Das Jahr 1886.

Das Jahr 1886 begann mit einem nationalen Gedenktage, dem auf den besonderen Wunsch Kaiser Wilhelm's kein äußerlich prunkhafter Charakter verliehen werden sollte, der aber durch die allgemeine Teilnahme und das patriotische Empfinden weiter Kreise der Bevölkerung sich dennoch unwiderstehlich zu einem nationalen Festtage gestaltete. Es war der Tag, an welchem der Monarch vor 25 Jahren, am 2. Januar 1861, den preußischen Thron bestiegen hatte, d. h. das 25jährige Regierungsjubiläum König Wilhelm I.

Den bestimmt kund gegebenen Willen des Herrschers entsprechend, fehlte den Straßen und Häusern der sonst übliche Schmuck, nur die

von den Zinnen und Dächern herabwehenden Fahnen und Flaggen kündeten den Fest- und Ehrentag, in den Schaufenstern und Läden umgaben duftige Kinder des Frühlings die Büste des Kaisers, und in den Buch- und Kunsthandlungen lenkten Bilder aus Preußens und Deutschlands Geschichte die Gedanken rückwärts auf die glänzende Epoche, mit welcher der Name Kaiser Wilhelm's in unvergänglicher Weise verknüpft ist.

Und in die also geschmückten, weit in die Peripherie der Stadt hineinreichenden Straßen ergoß sich denn von früher Morgenstunde an die gewaltige Menge, die immer mehr anschwellend, nach der Umgebung des Kaiser-Palais drängte. In dichten Massen hielt sie hier den Platz vor dem historischen Eckfenster und den Weg vom Palais zum Schlosse besetzt, auf welchem in den Vormittagsstunden die Auffahrt der Fürstlichkeiten, der Hofwürdenträger, Minister, Botschafter, Gesandten, zum Gottesdienst in der Schloßkapelle erfolgte. Erst auf die Kunde hin, daß zahlreiche Abgesandte befreundeter Fürsten ihre Ankunft in der Hauptstadt angekündigt, daß die allgemeine Teilnahme an der Jubelfeier größere Dimensionen angenommen habe, als vorausgesetzt wurde, ward dem Festprogramm eine entsprechende Erweiterung gegeben und der Glanz der königlichen Hofhaltung in entsprechender Weise entfaltet.

An den gottesdienstlichen Akt schloß sich auf Befehl des Monarchen eine Gratulationscour im Weißen Saale, jenem in weißem Marmorschmuck schimmernden Prunkgemach, das die Stätte aller großen und feierlichen Akte im Leben des preußischen Staates bildet. Den Höhepunkt der Feier im Schloß bildete der Moment, als der Reichskanzler an der Spitze des diplomatischen Corps sich dem Throne näherte, um seinen Glückwunsch darzubringen. Als der Kaiser den Kanzler erblickte, trat er einen Schritt vor, zog ihn an sich heran und küßte ihn in tiefer Bewegung zweimal auf die Wange. Fürst Bismarck verbeugte sich nochmals und küßte seinem kaiserlichen Herrn die Hand; auch die Kaiserin reichte dem Fürsten die Hand zum Kuß. Der Fürst wollte nunmehr seinen Abgang nach dem Königinnengemach nehmen, als der Kronprinz vortrat, beide Hände des großen Staatsmannes erfaßte und herzlich schüttelte; in demselben Augenblick traten auch die beiden Großherzöge von Baden und Weimar zu gleicher Freundschaftsbezeugung zu der Gruppe heran. An der Spitze der landsässigen Fürstinnen schritt die Fürstin Bismarck daher, ihr ward ebenfalls ein auszeichnender

Empfang zu teil. Nun nahten die Vertreterinnen der höchsten Geburtsaristokratie, die Träger der vornehmsten Namen aus fürstlichem Geschlecht, dann kamen die Ritter des Schwarzen Adlerordens, die Minister und höchsten Staatsbeamten, die Vorstände der Parlamente, die Generalität, die Offiziercorps u. s. w.

Von der reichen Fülle der Bilder, welche in buntem Wechsel vor dem Auge vorüberzogen, lenkte sich der Blick wie festgebannt immer wieder auf das erlauchte Herrscherpaar zurück. Auf den ehrwürdigen Zügen beider hoher Jubilare (denn auch die Kaiserin Augusta blickte am 3. Januar auf eine gesegnete 25jährige Wirksamkeit im Dienst werkthätiger Nächstenliebe) lag der Wiederschein eines Glückes, einer Freude, wie sie nur ein so gottgesegnetes Alter zu empfinden vermag.

---

Das Jahr 1886 brachte auf kirchenpolitischem Gebiet manchen bemerkenswerten Vorgang. Zunächst nahm der Gesetzentwurf über Erziehung und Vorbildung der Geistlichkeit und über die Disciplinargewalt der oberen Geistlichkeit, welcher am 15. Februar dem preußischen Herrenhause vorlegt wurde, die Aufmerksamkeit in Anspruch. Mit demselben wurde dem Katholicismus eine weitgehende Konzession gemacht. Die Vorlage bestimmte beispielsweise, daß die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung zur Bekleidung eines geistlichen Amtes in Preußen nicht mehr erforderlich sei. Sie hob außerdem den geistlichen Gerichtshof und das Verbot der Errichtung neuer Knabenseminare und Knabenkonvikte endgültig auf, schränkte die Berufung an den Staat gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden wesentlich ein, erweiterte die Zulassung und Wirksamkeit der krankenpflegenden Orden, erklärte das Lesen stiller Messen und das Spenden der Sterbesakramente für straflos. Gegen die Verpflichtung zu einer weiteren Revision, verstand sich die Kurie zur Anerkennung der Anzeigepflicht bei neuzubesetzenden Pfarreien. Um den Fortgang des Friedenswerkes erwarb sich der Bischof Kopp von Fulda, der später zum Fürstbischof von Breslau ernannt wurde, ein milder versöhnlicher Priester, der auch als Mitglied des Herrenhauses erfolgreich in die parlamentarischen Verhandlungen eingriff, große Verdienste. Es wurden auch die Klerikalseminare in Fulda, Trier u. a. O. zur wissenschaftlichen Vorbildung von Geistlichen wieder eröffnet. Ob mit diesen Zugeständissen das unbedingte Einspruchsrecht des Staates in kirchliche

Dinge von der Kurie anerkannt wurde, darüber verlautete nichts näheres. Erst die weitere Revision der Maigesetze konnte ergeben, welcher modus vivendi zwischen Staat und Kirche gefunden werden würde.

---

Während die preußische Regierung mit dem deutschen Katholicismus Frieden schloß, sah sie gleichzeitig sich genötigt, gegen die Hilfstruppen der Ultramontanen, die Polen, energische Mittel der Abwehr zu gebrauchen. Das Zurückgehen des deutschen Wesens, das Vordringen des Polentums in den östlichen Provinzen, war seit längerer Zeit eine besorgniserregende Wahrnehmung. Seit Anfang des Jahres 1885 waren aus den östlichen Grenzlandschaften Ausweisungen von Ausländern polnischer Nationalität in größerem Umfange vollzogen worden. Die preußische Regierung erwehrte sich auf diese Weise der Überflutung mit polnischen Zuzüglern, die in ihrem stets wachsenden Maße gerechte Besorgnisse hervorrufen mußte. Es mochten im einzelnen Härten und Mißgriffe vorgekommen sein, im ganzen konnte man der Maßregel im nationalen Interesse die Berechtigung nicht absprechen. Im Reichstag aber wurde das Vorgehen von den Polen, unterstützt von den Ultramontanen und Deutschfreisinnigen, zu einem heftigen Angriffe gegen die Regierung benutzt, obschon die in den Grenzen der landeshoheitlichen Zuständigkeit Preußens erlassene Maßregel keineswegs zur Kompetenz des Reichs gehörte, wie eine kaiserliche Botschaft mahnend hervorhob. Das preußische Abgeordnetenhaus aber, das wesentlich anders zusammengesetzt war, eine konservativ-nationalliberale Mehrheit besaß, erkannte an, daß die ergriffenen Maßregeln durch das Interesse des Deutschtums gerechtfertigt seien, und erklärte sich bereit, die in der Thronrede angekündigten positiven Maßregeln zur Sicherung des Bestandes und der Entwickelung der deutschen Bevölkerung und deutschen Kultur in den östlichen Grenzprovinzen zu unterstützen. Es folgte alsdann im Preußischen Landtag eine positive Gesetzgebung, welche den Schutz und die Erhaltung des Deutschtums durch die Beförderung deutscher Ansiedelungen vermittels Ankauf polnischer Güter und durch verschiedene Maßregeln auf dem Gebiet der Schule in der Richtung einer besseren Pflege der deutschen Sprache und der Abwehr polnischer Agitation bezweckte.

Fürst Bismarck legte den Stand, den die preußische Regierung der Polenfrage gegenüber einnahm, in zwei inhalt- und gedankenreichen Reden im Abgeordnetenhause dar. In seiner ersten Rede gab er eine

Übersicht über die Entwickelung, welche das Polentum im Königreich Preußen seit dem Jahre 1815 genommen, und wies aus den Erfahrungen, welche mit den Polen seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV. gemacht worden sind, die Notwendigkeit nach, auf die Kolonisationspolitik des Flottwell'schen Systems zurückzugreifen.

Nachdem er den Gedanken einer Enteignung des polnischen Grundbesitzes in der Provinz Posen angeregt hatte, wendete sich der Reichskanzler zu den positiven Ansichten, welche die preußische Regierung in den Provinzen mit polnischer Bevölkerung durchzuführen gedachte. Die zum Verkauf kommenden Güter und die Domänen, die sich dafür eignen, sollten an sichere gute Deutsche verteilt werden, unter der Bedingung, daß sie auch deutsche Frauen haben oder heiraten, keine Polinnen. Ferner sollte eine Imediatkommission unter Zuziehung von Vertretern beider Häuser des Landtags gebildet werden, welche die Kontrolle über die Verwendung der Güter in der Weise ausübt, daß die Zwecke der Maßregel auch erreicht werden.

Die zweite Rede des Fürsten Bismarck am folgenden Tage hatte wesentlich den Zweck, die Stellung der Regierung in dieser Frage zu den Parteien klar zu legen, sie war gegen das Centrum und die Deutschfreisinnigen gerichtet. Gegen Windthorst gewendet, sagte er, daß er zu viel wichtiges zu thun habe, als mit ihm, der sich in den dreifachen Panzer der Welfen, des Führers im Kulturkampfe und der fortschrittlichen Sympathie hülle, fruchtlose Bekehrungsversuche zu machen. Wenn er die polnischen Aufstände verurteile, dagegen ungesetzliche Versuche der Polen zur Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit in der Ordnung finde, so müsse er annehmen, daß Windthorst die Losreißung von Provinzen des preußischen Staates billige. Dem Abgeordneten Eugen Richter gegenüber verwahrte sich der Reichskanzler gegen die Beschuldigung, auf einen Staatsstreich zu sinnen; er habe nur den Versuch in Aussicht gestellt, daß die verbündeten Regierungen die Zwecke, welche sie mit dem Reichstage nicht erreichen konnten, mit ihren Landtagen zu erfüllen streben würden. Die Polen und Elsässer verglich Fürst Bismarck mit Parnelliten, und nannte sie Intransigenten, mit welchen Centrum und Deutschfreisinnige sich verbänden, um der Regierung das Leben zu erschweren.

Den Standpunkt des Centrums in der Polenfrage vertrat Windthorst, den der Deutschfreisinnigen Rickert. Windthorst bezichtigte die Regierung der Undankbarkeit gegen die tapferen

polnischen Kämpfer von Düppel und Metz und rechnete es sich zum besonderen Vorzug an, daß er dem Welfenhause im Unglück treu geblieben sei. Der Pole von Stablewski nahm es als das gute Recht der Polen in Anspruch, ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens zu setzen, und wurde in dieser Auffassung von Windthorst unterstützt, der nur die gewaltsame Wiederaufrichtung Polens für unzulässig erklärte. Nach dem Schluß der Debatte machte der Abgeordnete Richter den Versuch, der gesamten Kundgebung durch Überweisung des Antrages Achenbach an die Budgetkommission die Spitze abzubrechen; der Antrag wurde aber mit 234 Stimmen gegen 153 Stimmen abgelehnt. Darauf verließen das Centrum, die Polen und die Deutschfreisinnigen den Saal, nachdem sie erklärt hatten, daß sie sich an einer Abstimmung nicht beteiligen könnten, welche ohne Beachtung des § 27 der Geschäftsordnung vorgenommen würde. In namentlicher Abstimmung wurde darauf von den zurückgebliebenen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen der Antrag Achenbach, welcher die Befestigung des deutschnationalen Gedankens und Besitztumes in den östlichen Landesteilen bezweckte, mit 244 Stimmen angenommen.

---

Der Reichstag genehmigte dann am 25. Februar die Vorlage, welche auf den Bau eines Nordostseekanals Bezug hatte.

Die allgemeine Stimmung war dem Projekt günstig. Es wurde beschlossen, daß ein für die Benutzung der deutschen Kriegsflotte geeigneter Kanal von der Eidermündung nach der Kieler Bucht hergestellt werden sollte, und die Kosten desselben wurden auf 156 Millionen Mark festgesetzt, von welcher Preußen 50 Mill. übernahm. Die Bestimmung der Durchfahrttarife sollte auf reichsgesetzlichem Wege erfolgen.

---

Eine wirtschaftliche Vorlage, welche zu einem sehr lebhaften Meinungs- und Gedankenaustausch führte, war das Branntweinmonopol.

Die erste Beratung der Vorlage fand am 4. März statt. Finanzminister v. Scholz suchte als der Vertreter der verbündeten Regierungen nachzuweisen, daß die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten mit zwingender Notwendigkeit einer großen Einnahmequelle bedürfen, welche nur das Reich liefern könne. Es handle sich dabei nicht um 20, 30 oder 50 Millionen, sondern um eine Erhöhung der Reichseinnahmen von 2—300 Millionen. Preußen empfange vom Reiche

an Überweisungen von Zöllen und Tabaksteuer etwa 20 Millionen, sollte aber mindestens noch weitere 140 Millionen in Anspruch nehmen, um die dringendsten Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Neben dem Deficit der Staatskasse sehe man ein großes Anwachsen der Bedürfnisse des Landes auf dem Gebiet der kommunalen und Schullasten, dem unter allen Umständen bald abgeholfen werden müsse. Der Minister beleuchtete die Vorteile des Monopols vom politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt und suchte die Einwände der Gegner zu widerlegen. Im Namen des Centrums erklärte v. Huene, daß dasselbe sich nahezu einstimmig, wie gegen jedes Monopol, so auch gegen dieses entschieden habe; doch sei es bereit, die Vorlage in einer Kommission zu beraten, um zu sehen, ob ein Weg der Verständigung sich finden lasse. Richter, welcher schon lange genug in seiner „Freisinnigen Zeitung" und in den anderen von ihm abhängigen Blättern gegen das Monopal agitiert hatte, sah in der allgemeinen Bewegung gegen dasselbe einen „herzerquickenden, herzerfrischenden, nationalen Zug", sprach von 50 Millionen, die man an 3000 Großgrundbesitzer verschenke. Er bezeichnete das Monopol als politisch verwerflich, weil die Selbständigkeit der Bundesstaaten dadurch geschmälert werde, die zu Kostgängern des Reiches gemacht würden. So könne, so dürfe nicht länger in Deutschland regiert werden.

Der Reichskanzler hatte den Auslassungen der Redner die größte Aufmerksamkeit gewidmet. —

Er konnte es am Schluß der Verhandlung sich nicht versagen, auch seinen Ansichten über das Monopol Ausdruck zu geben, und faßte dieselben am Schluß seiner Rede in folgenden Worten zusammen: „Die Bestrebungen, die deutsche Einheit herzustellen im Jahre 1848, sind hauptsächlich durch die Mißachtung der Realitäten in Deutschland zu Wasser geworden. Zu den Realitäten gehören die Regierungen und die Dynastien, und ich möchte Ihnen empfehlen, — nicht weil ich augenblicklich zur Regierung gehöre, das wird ja hoffentlich in kurzer Zeit nicht mehr der Fall sein, — aber ich möchte Ihnen im Interesse des Deutschen Reiches und für dessen Schöpfung doch empfehlen, die Regierung und ihre Vorlagen nicht so geringschätzig zu behandeln, wie es diesmal in den Kommissionsverhandlungen der Fall gewesen ist. Ich bitte Sie, mir diese Warnung nicht zu verübeln; ich weiß nicht, wann ich bei dem Zustand meiner Gesundheit wieder zu Ihnen werde sprechen können, und ob in diesem Jahre überhaupt noch einmal; die

Zukunft steht bei Gott. Aber ich halte es für meine Pflicht, auf Grund der Erfahrungen, die ich im Dienste des Reiches gemacht habe, Ihnen meine Besorgnisse nicht zu verhehlen. Ich würde Sie, wenn es nicht fast wie Ironie klingt, noch heute bitten: nehmen Sie das Monopol an; durch das Monopol befestigen Sie das Reich, durch die Ablehnung des Monopols schädigen Sie das Reich. Wenn Sie das Monopol aber verwerfen, wenn Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dem Reich und den Einzelstaaten diese Hilfsquelle abzuschneiden, dann, meine Herren, werden wir Ihnen, wie ich schon sagte, in kurzem zunächst eine neue Vorlage machen für ein Reichsgesetz behufs Besteuerung des Branntweins in seiner Konsumtion, aber auch, wenn meine Wünsche die Annahme der verbündeten Regierungen finden, — was ich ja noch nicht weiß, zu einer Besteuerung der Interessenten selbst, die dazu bestimmt sein soll, die Exportbonifikation auf deren eigene Kosten zu verbessern. Wenn Sie uns das auch wieder angebrachtermaßen ablehnen, — dann meine Herren, glaube ich, daß der König von Preußen sich seinen Unterthanen, der Not, in der sie sich befinden, und der Thatsache, daß in seinen Staaten $1^1/_2$ Millionen Auspfändungen jährlich wegen Gemeindelasten noch stattfinden, nicht länger wird verschließen können; er wird zusehen müssen, was seine preußischen Hilfsquellen ihm erlauben aus einer Gewerbe- und Lizenzsteuer aufzubringen, und ich hege die Überzeugung, daß er dann an der preußischen Landesvertretung die Unterstützung finden werde, die ihm hier zu meinem Bedauern versagt wird."

Nach dem Reichskanzler ergriffen die Abgeordneten von Helldorff, Langwerth von Simmern, von Fischer aus Augsburg und E. Richter das Wort. Letzterer hatte zum Schlusse seiner Rede ausgeführt: die Vorlage bedeute eine Schwächung des Reichs; des Reichskanzlers Andeutung der Möglichkeit, daß die deutschen Fürsten zu dem Versuche verleitet werden könnten, ihre an das Reich abgetretenen Souveränitätsrechte zurückzunehmen, sei ein schlecht gewähltes Mittel, die Zufriedenheit im Reiche zu mehren; ein Reichstag, der nur Steuerbewilligungsmaschine wäre, würde nicht im Stande sein, das Reich im Innern zu stärken; endlich müsse man sich für den Fall ernster Kriege vor Vorlagen, wie die gegenwärtige, hüten, welche in Friedenszeiten das zerstörten, aus dem in Kriegszeiten die letzten Kräfte geschöpft werden müßten.

Nach Schluß der Rede wurde von der Linken und vom Fürsten Bismarck lebhaft „Bravo“ gerufen.

Auch das nochmalige Eingreifen des Kanzlers in die Debatte vermochte das Schicksal der Vorlage nicht zu ändern. Der Fürst beschwerte sich, daß die Kommission mit der überraschendsten Schnelligkeit die Vorlage abgethan habe, ohne das Bedürfnis und die Richtigkeit der Angaben und Ziffern irgendwo zu prüfen und über die Art und Weise, wie den Bedürfnissen abzuhelfen sei, irgend eine Andeutung zu geben.

Daß Richter in der Vorlage ein Geschenk gesehen habe, welches den schlesischen Magnaten gemacht werden solle, hielt er für sehr wenig zutreffend, da vielmehr den kleinen Bauern und denjenigen größeren Brennereien, welche auf unsicheren Füßen stehen, ein Geschenk gemacht würde.

„Wenn Sie das Monopol ablehnen, so sagte der Kanzler, müssen wir mit neuen Vorschlägen kommen. Es wird sich dabei vorzugsweise um eine Besteuerung der Konsumtion handeln. Man hat mir geraten, die Sache auf einige Jahre ruhen zu lassen; aber ich weiß nicht, wie es dann aussehen wird; ich habe das dringende Bedürfnis, an der Befestigung des Reiches zu arbeiten, so lange ich es kann. Die Festigung des Reiches suche ich nicht, wie die Reichstagsmehrheit in verantwortlichen Reichsministerien, in Schwächung der Regierung und stärkerer Herrschaft der Parlamentsmajorität, sondern in einer starken Regierung und in einer finanziellen Kräftigung.“

Bei der dritten Beratung der Vorlage kam es abermals zu einer gereizten Auseinandersetzung zwischen dem leitenden Staatsmann und Eugen Richter.

Am Schluß seiner Rede wiederholte Fürst Bismarck, daß er nach Ablehnung dieser Vorlage eine neue einbringen werde. Dann rief er erregt zur Linken gewendet: „durch die beständige reichsfeindliche Opposition bringen Sie zuletzt das Reich in eine Situation, wo Sie überhaupt gar nicht mehr hineinfinden werden“.

Am 27. März lehnte das Plenum des Reichstages die entscheidenden Paragraphen des Gesetzentwurfes mit 181 gegen 3 Stimmen ab. Sehr richtig sagte auf dieses Resultat hin die Nordd. Allg. Ztg.: „Die neuliche Mahnung des Reichskanzlers sei keine Drohung gewesen. Die Nation werde begreifen, daß die Dynastien und Regierungen, welche um des Reiches willen große Opfer gebracht haben, sich darüber

schlüssig machen müssen, wie der Stockung der Reichsentwickelung vorzubeugen sei, da der Reichstag fortfahre, der Voraussetzung, unter welcher er seine Stellung in den Reichseinrichtungen gefunden hat, zu widersprechen."

Nach Ablehnung der Monopolvorlage brachte die Reichsregierung beim Reichstag eine Branntweinsteuervorlage ein, wonach in dem Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft eine Verbrauchsabgabe in Verbindung mit einer Maischraumsteuer erhoben werden sollte. Auch diese hatte indeß keine bessere Aufnahme als das Gesetz über das Monopol.

---

Auf kirchlichem Gebiet gelangte die Regierung in nächster Zeit zu einem Einverständnis mit dem Papst über die Besetzung der ledigen Bischofssitze in Posen und Köln. Kurze Zeit darauf richtete derselbe eine Encyklika an die 12 preußischen Bischöfe. Er lobte in derselben die Kirchenfürsten wie die Gläubigen, daß sie trotz der Bedrängnis durch die Maigesetze niemals von der Treue und dem dem Landesherrn schuldigen Gehorsam, niemals von der Vaterlandsliebe abgewichen seien, erklärte es für die Hauptsorge der Kirche, in den Staatsgesetzen jene Bestimmungen zu streichen, welche den Lehren der Kirche widersprechen, die Freiheit der Bischöfe in der Regierung ihrer Kirchen und in der Erziehung ihres Klerus behindern, und sprach zuletzt noch von der Thätigkeit der Priester bei den Arbeiterbewegungen und in den deutschen Kolonien. Die vom Februar 1886 datierte Antwort der preußischen Bischöfe sprach ausschließlich dem Papst und den Bischöfen das Recht und die Gewalt der Regierung der Kirche zu, verneinte es, daß eine andere als die kirchliche Gewalt bestimmen dürfe, nach welchen Gesetzen und in welcher Ordnung die Geistlichkeit zu lenken sei, und hob besonders hervor, daß nur die Bischöfe das Recht haben sollten, in den Seminaren die „friedliche Heerschar Christi" heranzubilden und die Priester nach ihrem Ermessen auszuwählen. Noch schroffer als diese Antwort lautete das Programm der preußischen Bischöfe, welche sich am 10. August in Fulda zu einer Konferenz versammelten. Sie forderten darin nicht nur die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche, das Recht der Besetzung der kirchlichen Ämter und Seelsorgerstellen, die volle Freiheit der Kirche, ihre Diener den kirchlichen Gesetzen gemäß zu erziehen, sondern auch die freie Ausübung des Kultus, und zwar in dem Sinne, daß auch die Wiederherstellung der Klöster und die Wiedereinführung der Jesuiten

ausdrücklich darunter verstanden sein sollten, wahrten den konfessionellen Charakter der Volksschule und protestierten gegen die Vertreibung der einer geistlichen Genossenschaft angehörigen Lehrer und Lehrerinnen aus den Schulen.

---

Am 23. Mai fand, zur Erinnerung an die hundertste Wiederkehr des Maimonats, in welchem die erste aller Ausstellungen der Königlichen Akademie der Künste zu Berlin veranstaltet worden war, die Eröffnung der Jubiläumsausstellung der Reichshauptstadt statt. Seit jener ersten Kunstausstellung vor nunmehr hundert Jahren, hatten diese Ausstellungen, zu keiner Zeit durch einen längeren Zwischenraum als höchstens zwei Jahre von einander getrennt, selbst in Perioden der schwersten Heimsuchungen und Bedrängnisse des preußischen Staates stattgefunden, und zwar abwechselnd in den Frühlings- und Herbstmonaten, vorwiegend aber in letzteren. Für die Jubiläumsausstellung hatte der ursprünglich für die Hygiene-Ausstellung von 1883 erbaute Glas- und Eisenpalast auf dem Terrain zwischen Lehrter-Bahnhof und Stadtbahnviadukt bei Alt-Moabit eine bedeutende Vergrößerung durch einen weiten Anbau an seinem nordöstlichen Ende erhalten. Das ganze Innere des bisherigen Gebäudes war der neuen Bestimmung gemäß aus- und umgebaut, in Säle verschiedener Größe mit schönem Oberlicht geteilt, die mit breiten, von Seitenlicht erhellten, mit schräg gegen die Fenster gerichteten Schirmwänden versehenen Galerien umgeben wurden. Das Vestibül und die nächstangrenzenden Räume hatten eine prächtige künstlerische Dekoration empfangen, zu deren Ausführung sich berühmte Architekten verbunden hatten. Das Innere des Gebäudes, welchem diese Giebelhalle vorgesetzt ist, enthielt ein kolossales Halbpanorama des antiken Pergamon zur Blütezeit der Attalidenherrschaft. Eine wunderbare, völlig täuschende Wirkung war darin erzielt. Von der Abendsonne goldig beleuchtet, zeigte sich eine Welt von Tempeln, Palästen, Theatern, Altären, kleinen Heiligtümern, Villen, Viadukten, Mauern, Häusern der Stadt zwischen üppigen Gärten, und Olivenwaldungen, den gewaltigen Burgberg in seiner ganzen Höhe und auf allen seinen Hängen bedeckend, und an seinem Fuß nach Osten hin, weit ausgedehnt zwischen den rosig angehauchten Höhenzügen, das von schimmernden Flüssen durchströmte, reich angebaute prangende Thal. Die Fronten des Unterbaues waren mit den von Tondeur ergänzten Nachbildungen der Gruppen des Pergamenischen Hochrelieffrieses ge-

schmückt, welche dieselben Stellen des Altarsockels dekorierten; der Zeus- und der Pallasgruppe aus dem großen Gigantenkampfe. Die Jubiläumsausstellung war nicht eine internationale in dem Sinne, daß die fremden Regierungen durch die preußische eingeladen worden wären, die Kunstbehörden und Künstler ihrer Länder zur Beteiligung daran zu bestimmen. Wohl aber hatte der Senat der Akademie auch im Auslande die Künstlerschaften selbst zur Beschickung der Ausstellung anzuregen versucht. Von jeder fremden Nation konnte selbstverständlich nur eine bestimmte beschränkte Anzahl aufgenommen werden. Wie groß und zahlreich die Räume auch sind, sie vermochten doch nicht mehr als etwa 2000 Kunstwerken Aufnahme zu gewähren. So hatten von jedem Künstler nur zwei Werke angenommen werden können; von Berlinern nur 300. Ein großer Teil des verfügbaren Raumes wurde durch eine historische Ausstellung in Anspruch genommen. Diese sollte durch eine Auswahl charakteristischer Kunstwerke zur Anschauung bringen und ins Gedächtnis zurückrufen, was die deutsche Kunst in diesen hundert Jahren geleistet, und wie sie sich in dieser schicksalsreichen Epoche des Vaterlandes entwickelte. In einer Nische der Rückwand des letzten Saales, in der Längsachse des Palastes, stand die Statue Friedrichs des Großen von Gottfried Schadow, von denen seiner Generale und den Bildern der ersten deutschen Künstler seiner Zeit umgeben. In dem ersten Saal, zunächst hinter dem Vestibül aber war die herrliche Kolossalstatue der Germania von Siemering's Leipziger Kriegerdenkmal aufgerichtet. Ausgang und Ziel dieser großen Epoche des Vaterlandes konnten nicht durch entsprechendere Gestalten gekennzeichnet werden als durch diese beiden. Aber wahrlich, die politische Entwickelung der Deutschen „zur Nation", dieser gewaltige historische Prozeß, welcher sich in der zwischen diesen beiden Marksteinen liegenden Zeit vollzogen hat, ist keineswegs wirkungslos auf die Entwickelung der deutschen Kunst geblieben. Wie unser Volk selbst, hatte auch sie wieder festen Fuß in der realen Welt auf dem soliden Boden des wirklichen Lebens und der Natur fassen gelernt und einen kräftigen Anlauf genommen, sich von der Enge, Dürftigkeit, mehr und mehr zu befreien, die solange ihrer gesamten Produktion anhafteten. In jedem Raum dieses Ausstellungspalastes lagen die tröstlichen Beweise dafür offen zu Tage.

In Bayern vollzogen sich in den ersten Sommermonaten des Jahres 1886 hochtragische Ereignisse, welche in ganz Deutschland einen lauten, einmütigen Wiederhall fanden. Seit einiger Zeit schon hatten sich Besorgnis und Mißstimmung im Lande verbreitet, angesichts der scheuen Zurückhaltung des Königs Ludwig II. von allen Regierungsangelegenheiten und des völligen Abbruches aller Beziehungen zu seinen Ministern und Räten. Dazu kam der Umstand, daß im Publikum beunruhigende Gerüchte umliefen über den Geisteszustand des Königs, über seine finanzielle Lage, über die Verhältnisse in der Umgebung. In der That ließen die letzteren viel zu wünschen übrig. Seit 15 Jahren hatte kein Minister dem König Vortrag gehalten, seit 2 Jahren fehlte der Kabinetssekretär, welcher den Verkehr zwischen dem König und den Ministern vermittelte; der stellvertretende Sekretär beschränkte sich darauf, dem König die Regierungsakte zur Unterschrift vorzulegen. Dagegen bildeten Kammerdiener, Stallknechte, Gensdarmen seine nächste Umgebung und gewannen zusehends Einfluß über ihn. Man erzählte unglaubliche Vorkommnisse über diesen Verkehr. König Ludwig war, wie durch das Gutachten einer ganzen Reihe von ärztlichen Autoritäten feststeht, durch schwere, unheilbare Geisteskrankheit an der Fortführung der Regierung dauernd verhindert. Die regelmäßige Erledigung der Staatsgeschäfte erwies sich fortan unmöglich, die Minister traten deshalb unter dem Vorsitz des Oheims des Königs, Prinzen Luitpold, welcher, abgesehen von dem kranken Bruder des Königs, Prinzen Otto, der zunächst Agnat des Königs ist, zur Beratung zusammen, welche am 7. Juni ihren Anfang nahm und am 9. Juni abgeschlossen wurde, um für ordnungsmäßige Regierung des Landes durch einen Regenten Sorge zu tragen.

In der Nacht vom 8. zum 9. Juni begab sich eine aus den Irrenärzten Dr. von Gudden, einem Assistenzarzt und mehreren Krankenwärtern bestehende Kommission nach Hohenschwangau, und am folgenden Tage erschienen ebendaselbst die Minister v. Crailsheim und v. Lutz mit dem Oberststallmeister Graf v. Holnstein und dem Oberfthofmarschall Baron v. Malsen und anderen Personen, um die Unterschrift des Königs zu der notwendigen Staatsaktion zu erbitten. Der König ließ die Deputation nicht vor, und der dortige Bezirksamtmann leistete dem Zutritt derselben in das Schloß ebenfalls Widerstand, weil noch keine amtliche Ankündigung der geschehenen Veränderung vorlag. Graf v. Holnstein wurde beim Eintritt in das Schloß sofort verhaftet, so daß

den übrigen Mitgliedern der Deputation nichts übrig blieb, als unverrichteter Sache nach München zurückzukehren.

Am 10. Juni veröffentlichte das „Gesetz- und Verordnungsblatt" folgende Proklamation:

Im Namen Sr. Majestät des Königs!

Unser königliches Haus und Bayerns treu bewährtes Volk ist nach Gottes unerforschlichem Ratschluß von dem erschütternden Ereignis betroffen worden, daß unser vielgeliebter Neffe, Se. Majestät König Ludwig II., an einem schweren Leiden erkrankt sind, welches Allerhöchstdieselben an der Ausübung der Regierung auf längere Zeit im Sinne des Titels 2, § 11 der Verfassungsurkunde hindert. Da Se. Majestät für diesen Fall Allerhöchstselbst weder Vorkehrung getroffen haben, noch dermalen haben treffen können, und da ferner über Unsern vielgeliebten Neffen, Prinzen Otto, schon längeres Leiden verhängt ist, welches ihm die Übernahme der Regentschaft unmöglich macht, so legen Uns die Bestimmungen der Verfassungsurkunde als nächstberufenen Agnaten die traurige Pflicht auf, die Reichsverweſung zu übernehmen. Indem wir dies, vom tiefsten Schmerz ergriffen, öffentlich kund und zu wissen thun, verfügen Wir hiermit in Gemäßheit Titel 2, §§ 11 und 16 der Verfassungsurkunde, die Einberufung des Landtages auf Dienstag, den 5. Juni 1886.

Luitpold, Prinz von Bayern.

Außerdem kündigte ein Armeebefehl des Prinzen Luitpold an, daß der König an der Regierung durch schwere Krankheit verhindert werde, und daß Prinz Luitpold die Regierung und den Oberbefehl über die Armee im Namen des Königs führe. Zu Kuratoren der Civilliste und Ordnung der finanziellen Verpflichtungen des Königs, wurden Graf Holnstein und Graf Törring-Jettenbach ernannt. In der Hauptstadt hatte das Ereignis überall die tiefste Trauer und das innigste Mitgefühl mit dem vom Schicksal so schwer getroffenen König zur Folge, aber die Ereignisse nahmen bald eine Wendung, welche weit über die Grenzen des Erwarteten hinausgingen. Der König versuchte zuerst den getroffenen Maßregeln Widerstand entgegenzusetzen, ließ deshalb die Gensdarmerie die Schloßwache beziehen und telegraphierte an den Kommandanten des in Kempten stehenden Jägerbataillons um Absendung von Truppen zu seinem persönlichen Schutze. Als aber seinen Anordnungen keine Folge geleistet wurde und der Bezirksamt-

mann auf Befehl von München die Proklamation des Prinzen Luitpold in Füssen und in den übrigen Orten seines Bezirks anschlagen ließ, fügte sich der König anscheinend den Anordnungen des ihm zur Pflege beigegebenen Irrenarztes Dr. v. Gudden und ging auf den Vorschlag, nach Schloß Berg überzusiedeln, ein. Die Befürchtung, daß der König sich ein Leid anthun könne, trat schon am 12. Juni ein, als er den Wunsch äußerte, den Thurm seines Schlosses in Hohenschwangau zu besteigen. Diese Absicht wurde aufgegeben, und er fuhr anscheinend ruhig und gelassen mit Dr. v. Gudden nach Schloß Berg. Dort angelangt, brachte er seine Zeit in gewohnter Weise zu, speiste mit dem Arzt zusammen und machte später mit ihm im Schloßgarten einen Spaziergang, der auf seinen Wunsch ohne Begleitung eines Wärters geschah. Am 13. Juni, dem ersten Pfingstfeiertage gegen 7 Uhr abends stürzte sich der König plötzlich, ohne daß Dr. v. Gudden es zu hindern vermochte, in den Starnbergersee. Der Arzt eilte dem König sofort in die Fluthen nach, um ihn zu retten, aber diese That hatte nur den jähen Tod Dr. v. Gudden's zur Folge, ohne das Schicksal des Königs, welches dieser selbst herbeiführen wollte, abwenden zu können. Die Kunde von dem tragischen Ende des Königs rief überall die größte Aufregung und das tiefste Mitgefühl hervor. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Ereignisses in München wurde der Bruder des Königs, Prinz Otto, zum König ausgerufen unter Vormundschaft des Prinzen Luitpold, welcher an Stelle des geisteskranken Königs die Regierung fortführte.

Kaiser Wilhelm sprach am 14. Juni in Anwesenheit vieler hoher Offiziere seinen Schmerz über die Katastrophe zu Berg aus: „Es erfülle ihn mit tiefer Wehmut, den Träger eines so hohen Amtes und einen so hochbegabten Herrscher so furchtbar enden zu sehen." Im Auftrage des Kaisers sprach in der Bundesratssitzung vom 23. Juni Staatssekretär v. Bötticher dem König Ludwig einen sehr anerkennenden Nachruf. Das Beileidschreiben des Kaisers, welches der Kronprinz am 19. Juni dem Prinzregenten überreichte, beantwortete dieser durch ein Schreiben vom 20. Juni, worin er seinen Dank für die Sendung des Kronprinzen aussprach und sich noch in besonderem Maße dafür dankbarst verbunden erklärte, daß der Kaiser die dem verstorbenen König gewidmeten, auf die Geschichte und nahe Verwandtschaft der königlichen Häuser von Preußen und Bayern begründeten freundschaftlichen Gesinnungen auf ihn übertragen wolle. Er seinerseits erstrebe

nichts sehnlicher als die Aufrechterhaltung und Befestigung der so glücklich bestehenden innigen und vertrauensvollen Beziehungen, welche zum Heile Deutschlands die Kronen Preußens und Bayerns verbunden.

Die vertagten Kammern traten sogleich zusammen. Es mußte ihnen durch Vorlegung der den Wahnsinn der königlichen Brüder betreffenden Aktenstücke die Notwendigkeit der Regentschaft dargethan, und ein Gesetzentwurf über die Dotation des Regenten eingebracht werden.

Das Regentschaftsgesetz wurde am 26. Juni, das Dotationsgesetz am 30. Juni einstimmig von der Kammer genehmigt. Da für den weiteren Gesetzentwurf, wonach während der Regentschaft die anzustellenden Beamten nach drei Jahren den definitiv angestellten gleichgestellt und Veräußerung von Kron- und Staatsgut zulässig sein sollte, in der Kommission keine Mehrheit sich fand, obgleich diese Verfassungsänderung eine Notwendigkeit war, so wurde es von der Regierung zurückgezogen.

Die Eidesleistung des Prinzregenten fand am 28. Juni im Thronsaal der Residenz statt. Die Prinzen des königlichen Hauses, die Staatsminister, die obersten Hofbeamten, die Mitglieder der beiden Kammern und des diplomatischen Korps waren zugegen.

Das Gesamtministerium reichte, wie dies bei einem Thronwechsel üblich ist, am 5. Juli sein Entlassungsgesuch ein, dasselbe hauptsächlich damit begründend, daß den Ministern von einer gewissen Partei alle Schuld an der traurigen Katastrophe zugeschoben werde und „daß der Prinzregent in den Augen dieser Partei schwer belastet würde, wenn er sich des Rates der bisherigen Minister auch ferner bedienen wollte."

Aber der Prinzregent nahm in seinem Antwortschreiben vom 6. Juli das Entlassungsgesuch der Minister nicht an, drückte ihnen seine „volle Anerkennung für ihr seitheriges Wirken aus und ersuchte sie, auch ferner im Amt zu bleiben, da er des Rates so diensterfahrener, erprobter Männer nicht entbehren möchte". Auch war besonders hervorgehoben, „daß zu öfteren Malen von der höchsten katholischen kirchlichen Autorität die vollkommene Befriedigung über die Lage der katholischen Kirche in Bayern ausgesprochen worden sei.

Der umsichtigen Thätigkeit des Finanzministers v. Riedel gelang es, ein durchweg befriedigendes Abkommen zwischen den Kuratoren der Civilliste des Königs Otto und den Gläubigern des verstorbenen Königs abzuschließen, infolgedessen die Schulden des letzteren in wenigen

Jahren abgezahlt werden sollten. Für die Wahrung der Interessen der Krone und des Landes bei Regelung der Hof- und Kabinettskasse, sprach der Prinzregent in einem Handschreiben vom 23. Dezember dem Finanzminister seine vollste Anerkennung und seinen wärmsten Dank aus.

---

In ebenso pietätvoller als von zarter Rücksicht auf das verbündete Österreich eingegebener Weise, wurde der hundertjährige Todestag Friedrichs des Großen, am 17. August 1886 begangen. Der Kaiser beschränkte die Feier auf einen Gottesdienst in der Garnisonkirche zu Potsdam und eine darauf folgende Kirchenparade. Es war der Höhepunkt der gottesdienstlichen Feier, auf welche die Trophäen dreier ruhmreicher Feldzüge, die den schönsten Schmuck des Grabes Friedrichs des Großen bilden, bedeutungsvoll herabschauten, als der Kaiser begleitet von dem Kronprinzen, der seinen Marschallstab in der Hand trug, und allen übrigen Mitgliedern des königlichen Hauses, nach der begeisterten Gedächtnisrede des Hofpredigers Kögel sich an die Gruft des Ahnherrn begab, um auf dem Sarge desselben einen schlichten Lorbeerkranz zum Ausdruck seiner pietätvollen Huldigung niederzulegen. Auch der Kronprinz schmückte den Sarg mit einem, von der Hand der Kronprinzessin gewundenen, mit schwarz-weißen Bändern umflochtenen Ehrenkranze. Nachdem der Oberhofprediger, vor der geöffneten Gruft stehend, den Segen über die Gemeinde gesprochen hatte, verharrte der Kaiser noch einige Zeit in stillem Gebet in der mit Lorbeer und Cypressen sinnig geschmückten und durch Kandelaber erleuchteten Gruft, während die Orgel ein von Friedrich dem Großen selbst komponiertes „Adagio" spielte.

Als der Kaiser und die höchsten Herrschaften das Gotteshaus verlassen hatten, war die den ganzen Tag über geöffnete Gruft das Ziel der Wanderung Unzähliger, die einen Blick in die Ruhekammer des Großen Königs werfen wollten, dessen Sarg die Offizierkorps des I. Garde-Regiments zu Fuß und der Gardes du Corps sowie verschiedene Kriegervereine ebenfalls mit mächtigen Lorbeerkränzen bedeckt hatten.

---

Zu einer Kundgebung von ungewöhnlicher Wärme und Lebhaftigkeit gestaltete sich der Besuch des Kaisers und des Kronprinzen in den Reichslanden, anläßlich des großen Herbstmanövers. Zu wiederholten

Malen schon hatte der Monarch in Elsaß-Lothringen verweilt und jedesmal hatte ihm die dortige Bevölkerung ein lauteres und herzlicheres Willkommen bei seinem Erscheinen entgegengerufen. Dieses Mal aber pulsierte eine Begeisterung in den Massen, wie sie noch nicht annähernd früher hervorgetreten war.

Es schien aus Manchem, als ob in der Bevölkerung das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Land und Volk kräftiger erwacht sei, als ob der nationale Gedanke fortschreitendes Verständnis und sorgsame Pflege, namentlich in den breiten Schichten der Bewohner des flachen Landes, gefunden hätte. Es prägte sich dieser Zug unverkennbar in den festlichen Veranstaltungen aus, die zum Empfang und zur Begrüßung des Kaiserpaares getroffen waren. Ganz lebendig trat er in den Kundgebungen des Landvolkes hervor.

Wie bei früheren Besuchen des Kaisers und der Kaiserin in Straßburg, so wurde auch bei dem diesjährigen Veranlassung genommen, den Majestäten eine Huldigung der Landleute, und zwar aus den der Stadt Straßburg am nächsten gelegenen Kreisen Erstein und Hagenau zu bereiten. Keine deutsche Provinz besitzt wohl mehr eine solch malerische Mannigfaltigkeit von Volkstrachten wie das Unter-Elsaß; dieselben haben sich dort noch in ihrer ganzen Originalität erhalten. Um dem Aufzug mit seinen malerischen Effekten zuzusehen, hatten der Kaiser und die Kaiserin im Statthalterpalais Platz genommen, umgeben von dem Kronprinzen, den Badischen Herrschaften, den anwesenden Prinzen und ihrer Umgebung. Jenseits des Kanals hatten sich dichte Menschenmassen angesammelt; Kopf an Kopf gedrängt, die Straße unmittelbar vor der Gartenbrüstung war für den Zug frei geblieben. Es waren etwa tausend Personen, junge Burschen und Mädchen, die auf ihren Wagen am Garten des Statthalters vorüberzogen und mit jubelnden Zurufen den Kaiser begrüßten. Sie stammten aus 19 Gemeinden des Landkreises Straßburg, aus 25 Gemeinden des Landkreises Erstein, und einer Gemeinde des Kreises Weißenburg. Mit ihnen waren ihre Bürgermeister erschienen, schlichte Landleute in langem Rock mit schwarz-weiß-roter Schärpe und mit niedrigem Hut. Es war ein Stück echt elsässischen Lebens, das sich hier vor dem Kaiser entfaltete, und dem hauptsächlich der bunte und wechselnde Schmuck der Landtracht der Frauen ein malerisches Gepräge verlieh.

Der Kaiser war hart an die Brüstung der Gartenmauer getreten und ließ die Wagen im Schritt herankommen. Dann mußten sie

halten und wurden von ihm und der Kaiserin genau besichtigt. Der zu Fuß daneben schreitende Bürgermeister des Orts gab die nötigen Erläuterungen.

Der Zug war vorüber; sinnend blickte der Kaiser dem letzten Wagen nach und wandte sich dann seiner Umgebung zu. Und jetzt ging eine Kundgebung vor sich, die kaum einer Schilderung fähig ist. Tausende und Abertausende von Zuschauern waren den Wagen nachgedrängt, einen Menschenstrom bildend, gegen dessen Wogen schwer anzukämpfen war. Und dieser Menschenstrom donnerte unaufhörlich dem Kaiser seine Hochs und Hurrahs zu, Hüte, Helme, Mützen, Schirme und Taschentücher schwenkend. Jenseits des Kanals nahmen die dort harrenden Menschenmassen den Jubelruf gleich begeistert auf: in den dem Palais gegenüberliegenden Häusern schien jeder Stein lebendig zu werden. Der Kaiser dankte unermüdlich, bis er die rechte Hand durch die linke ablösen mußte, aber der Jubelruf wurde immer brausender; junge, kecke Burschen vom Lande erkletterten flink die Balustrade, an welcher der greise Herrscher stand, schwenkten oben siegesfreudig ihre Mützen und riefen ihm ihr Hurrah entgegen. Vorher hatte der Herrscher die höheren Beamten, die Geistlichkeit, die Mitglieder des Staatsrats und des Landesausschusses und des neu gewählten Gemeinderates empfangen.

An die letzteren hielt er eine längere Ansprache, worin er teils seinen Dank für den von der Stadt ihm bereiteten Empfang, teils seine Freude darüber ausdrückte, daß er, nachdem das Vertrauen zur deutschen Verwaltung allgemein geworden sei, auf den Vorschlag der Stadt, das Wahlrecht für den Gemeinderat habe wiedergeben können. Zum Schluß sagte der Kaiser, daß er den vom Gemeinderat geäußerten Wunsch, wonach die Abtragung der städtischen Schuld an das Reich hinausgeschoben werden möchte, gern unterstützen werde.

„Ich habe nichts dagegen und hoffe den Antrag beim Reichstag durchzubringen; der ist freilich zuweilen unberechenbar."

Leider waren die Gesundheitsverhältnisse des Kaisers den vielen Anstrengungen jener Tage nicht mehr ganz gewachsen. Er mußte sich einigemale Ruhe auferlegen und bei den Manövern, bei Empfängen und Festlichkeiten durch den Kronprinzen sich vertreten lassen. Den versprochenen Besuch in Metz konnte er nicht ausführen; doch konnte er der Deputation, welche auf die Nachricht hin nach Straßburg kam, und am 18. September dem Kaiser das tiefe Bedauern der Metzer

Einwohnerschaft ausdrückte, die tröstliche Versicherung mitteilen, daß statt seiner der Kronprinz die Reise nach Metz antreten werde.

Vor seiner Abreise nach Straßburg ließ der Kaiser dem Statthalter, Fürsten Hohenlohe, sein lebensgroßes Bild in Öl nebst einem huldvollen Handschreiben überreichen, worin er ihm seine Freude darüber ausdrückte, daß durch seine einsichtige Verwaltung der innere Anschluß des Reichslandes an das deutsche Vaterland in stetigem Fortschreiten begriffen sei.

Am 19. September erfolgte die Abreise des Kaisers nach Baden-Baden. Alle Fürstlichkeiten gaben ihm das Geleite nach dem Bahnhof; die dichtgedrängte Volksmenge begrüßte ihn mit endlosem Hurrahrufen. „Ich scheide tief gerührt", sagte er beim Abschied zum Bürgermeister Back; „für alles Liebe und Gute, was mir hier zu teil geworden, nochmals meinen warmen Dank."

Unter dem Läuten aller Kirchenglocken erfolgte der Einzug des Kronprinzen in Metz, und die ganze Veranstaltung gab an Glanz und Herrlichkeit dem Empfange des Kaisers in Straßburg nichts nach. Der Kronprinz besuchte die Kathedrale, die Garnisonkirche, und das Nikolaushospital und wohnte der Grundsteinlegung des Mathildenstiftes bei. Am Nachmittag des 20. September folgte die Huldigung der Bevölkerung des Landkreises Metz auf dem Königsplatz, und um 9 Uhr Abends beschloß ein Fackelzug die Empfangsfeierlichkeiten. Man sah aus dem freudigem Hervortreten der Städter und Landbewohner, daß das Deutschtum in Metz und in der Umgegend seit dem letzten Kaiserbesuche im Jahre 1877 wesentliche Fortschritte gemacht hatte. Der Gemeinderat, welcher damals durch seine Abwesenheit glänzte, hatte inzwischen durch die neusten Wahlen eine altdeutsche Mehrheit erhalten und zählte keinen einzigen Protestler mehr unter seinen Mitgliedern. Man konnte aus der Haltung der Bevölkerung entnehmen, daß dieselbe mit der gegenwärtigen Lage zufrieden war und sich nicht mehr nach einer politischen Änderung sehnte. Die Rückfahrt des Kronprinzen nach Straßburg erfolgte am 21. September. Von dort hatten sich die meisten Gäste bereits wieder entfernt.

---

In der Kolonialpolitik kam es mit dem Sultan Said Bargasch von Sansibar zu einigen Streithändeln über Gebietsabtretungen. Eine deutsch-englische Kommission, auf Wunsch des Fürsten Bismarck gebildet, trat in London zusammen, um über den, dem Sultan zu über-

lassenden Küstenstrich auf dem Festlande zu beraten. Auf Grund dieser Verhandlungen gelangte man zum Abschluß eines Vertrages. In demselben verlangte Deutschland die offizielle Anerkennung seines Besitzstandes auf dem Festlande des östlichen Afrika, jedoch nahm es seinerseits den Plan der Errichtung eines britischen Protektorates an, welches sich von dem Gebiete der Nilquellen bis in die Nähe der Küste erstrecken sollte.

Der Distrikt des Kilima Ndscharo wurde geteilt, indem das Gebiet von Dschagga Deutschland verblieb, das von Taveta an England kam.

Das Deutsche Reich erkannte die Unabhängigkeit des Sultans von Sansibar an, welcher den ununterbrochenen Besitz der Küstenstrecke von Tunghi bis Kipini, mit einer Gebietszone in der gleichförmigen Tiefe von 10 Seemeilen nach dem Innern zu, erlangte. Da jedoch die deutsche Unternehmung unter diesen Bedingungen von dem Meere abgeschnitten wäre, sagte England seinen Beistand zu, um Deutschland die Verpachtung der Häfen von Dar-es-Salaam und von Pangani und den Beitritt des Sultans zur Generalakte der Berliner Konferenz auszuwirken. Der Vergleich kam voll und ganz zur Ausführung. Unterm 4. Dezember 1886 entsagte der Sultan seinen Ansprüchen auf den Kilima Ndscharo und räumte die Benutzung der beiden Häfen gegen Pachtzins ein. Am 8. Dezember trat er der Akte der Berliner Konferenz bei, indem er sich die Anerkennung des Principes der Handelsfreiheit vorbehielt. Frankreich gab an demselben Tage seine Zustimmung zur englisch-deutschen Übereinkunft.

So legte die deutsche Reichsregierung die Hand auf einen Landstrich, welcher schon seit längerer Zeit wichtige Handelsplätze besaß, die für die Ausfuhr von Elfenbein, Kopal, Kautschuk, Fellen, einheimischen Cerealien, wie Sesam, Orseille und Kaffern-Korn eine rege Verbindung mit Aden, Mozambique und Bombay unterhielten. Unter ihnen befanden sich vor allen andern Bagamoyo, wo die große Karawanenstraße von den Seeen mündet, Kilwa und Saadani, von welchem letzteren die Straße nach Tabora führt; ferner Pangani, Lindi und Dar-es-Salaam, welches den besten Hafen des Küstengebietes zwischen der Delagoa-Bai und Mombassa besitzt. Von Dar-es-Salaam führt überdies die einzige gute Straße, dem Flußthal des Kingani folgend, auf Kola in das Innere. Letzterer Ort ist besonders wichtig, weil sich hier die Straßen nach dem Tanganjika- und Nyassa-See teilen.

Im Jahre 1886 fanden auch Grenzberichtigungen der neuen Kolonieen durch Verträge zwischen Deutschland einerseits, Portugal und England anderseits, statt. Ersteres grenzt im Süden an das deutsche Gebiet, letzteres hatte damals in diesem Teile Afrikas zwar keinen streng begrenzten Besitz, verfügte dagegen hier, wie in allen anderen Weltteilen, welche durch Europäer bereist werden, über einen durch Konsulate oder Handelshäuser, die seine Flagge führen, wirksam geförderten großen Einfluß. Nach der vorerwähnten Grenzregulierung erstreckte sich das Gebiet der ostafrikanischen Gesellschaft vom Flusse Rovuma — unter dem 11. Grad südlicher Breite — bis zum Flusse Wanga im Norden. Im Westen erreichte es die Ufer des Nyanza, Victoria-Nyanza und Tanganjika-Sees, im Osten wurde es durch die, dem Sultan von Sansibar gehörigen Staaten des Kontinents begrenzt. Als solche wurde, wie schon vorher gesagt, in Übereinstimmung mit England ein Küstenstreifen von 10 Meilen Breite zwischen den Mündungen des Miningani und Kipini anerkannt. Überdies war der Sultan alleiniger unbeschränkter Herrscher über die Inseln Sansibar, Pemba und Mafia. Auch hinsichtlich des deutschen und des englischen Kolonialgebietes im großen Ocean kam am 6. April eine Vereinbarung zwischen beiden Mächten zu stande, infolge deren drei Inseln der Salomonsgruppe, Bougainville, Choiseul und Isabel, der deutschen Machtsphäre zugewiesen wurden. Die Urkunde vom 13. Dezember bewilligte der Neu-Guinea-Kompagnie einen kaiserlichen Schutzbrief für diese Inseln nach Maßgabe der Bestimmungen des Schutzbriefes vom 17. Mai 1885. Ein weiteres Übereinkommen zwischen Deutschland und England wurde im August wegen weiterer Abgrenzung ihrer westafrikanischen Schutzgebiete am Golf von Guinea getroffen, wodurch das ganze Hinterland von Kamerun in den unbestrittenen Besitz Deutschlands gelangte; die deutsche Kolonie Kamerun hatte nun neben einer Küsten-Ausdehnung von etwa 400 Kilometern auch eine Tiefe von nahezu 400 Kilomentern, von der Mündung des Rio del Rey bis zur Benue. Zwischen Deutschland und Portugal wurde ein Abkommen über die Grenzen ihrer Besitzungen im südwestlichen Afrika geschlossen. In einer Erklärung vom 28. August verzichtete die Reichsregierung, einem Wunsch der spanischen Regierung entsprechend, auf das Recht, auf einer der Karolinen- oder Palau-Inseln eine Schiffsstation oder ein Kohlendepot für die kaiserliche Flotte zu errichten. Infolge der Besetzung der Marschall-Inseln hatte

dieses Recht für die deutsche Regierung wenig Wert mehr. Damit war der Karolinenstreit in einer für Spanien sehr befriedigenden Weise entgültig erledigt. Der spanische Minister des Auswärtigen, Moret, versäumte nicht, den neu zusammengetretenen Cortes Mitteilung hiervon zu machen.

---

Die außerordentlich rege Thätigkeit, welche zu dieser Zeit in Frankreich der dort zum Kriegsminister ernannte General Boulanger entfaltete, indem er einen neuen Armee-Reorganisationsentwurf den Kammern vorlegte, durch den das Jahreskontingent erheblich vermehrt, und eine große Verstärkung der Feldartillerie beantragt wurde, blieb in Deutschland nicht unbemerkt. Boulanger widmete seine Hauptaufmerksamkeit der französischen Ostgrenze, um ihre Defensiv- und Offensivkraft auf einen möglichst hohen Grad zu bringen. Nicht nur, daß diese Grenzlinie von starken Garnisonen und Befestigungen starrte: es wurde auch hauptsächlich dort der militärische Luftschiffdienst eingerichtet und die Kavallerie bedeutend verstärkt. Letzteres hatte die Folge, daß Deutschland die Garnisonen der Grenzstädte durch Infanterie und Feldartillerie verstärkte und in mehrere Grenzorte, welche noch keine Garnisonen hatten, Besatzungen verlegte. Eine weitere Anordnung Boulanger's war nahe daran, im Frühjahr 1886 einen Kriegsfall herbeizuführen. Derselbe beabsichtigte, einen Versuch mit einer Mobilmachung der an der französisch-deutschen Grenze stationierten Armeekorps zu machen, und dieselben, in der Stärke von etwa 100 000 Mann, bei Verdun ein großes Lager beziehen zu lassen, was, da Verdun nur wenige Stunden von dem gegenüberliegenden Metz entfernt ist, auf eine Überrumpelung einzelner Festungswerke, auf eine plötzliche Invasion in Lothringen und im Elsaß abgesehen zu sein schien. Die französische Regierung gab indeß, als sie den Ernst der Lage erkannte, dem Kriegsminister zu verstehen, daß es nicht geraten sei, jetzt schon mit dem Feuer zu spielen, und so verhinderte sie die Ausführung des Planes. Das Gewitter verzog sich wieder; doch blieb die Atmosphäre fortwährend eine schwüle.

Der Sache des Friedens förderlich und ein Beweis großer Mäßigung war die Ernennung des Vertrauensmannes des Herrn de Freycinet, des Direktors im Auswärtigen Amte, Herrn Jules Herbette zum Botschafter in Berlin. Derselbe traf am 17. Oktober in Berlin ein, hatte am 18. eine längere Unterredung mit dem Staats-

sekretär Grafen Herbert Bismarck im Auswärtigen Amt und wurde am 23. Oktober vom Kaiser empfangen. In seiner Ansprache an den Kaiser sagte der Botschafter: „Deutschland und Frankreich haben gemeinsame Interessen und werden, wie ich überzeugt bin, mehr und mehr in denselben den Boden für eine beiden Ländern vorteilhafte Verständigung finden. Mit gutem Willen diese Elemente zu erhalten und fortzuentwickeln ist das meinen Bemühungen vorgezeichnete Ziel. Ich werde dasselbe mit um so mehr Eifer und Vertrauen verfolgen, als ich tief durchdrungen bin von dem Gedanken des Friedens, der Arbeit und der Stetigkeit, welche die französische Nation beseelen und die Politik ihrer Regierung durchdringen."

Der Kaiser sagte in seiner Antwort: „Seien Sie überzeugt, Herr Botschafter, daß Meine Mitwirkung Ihnen niemals fehlen wird, um jede Maßregel zu unterstützen, welche das von Ihnen bezeichnete versöhnliche und friedliche Ziel zu erreichen bezweckt."

---

Der im November wieder zusammengetretene Reichstag fand als eine seiner dringendsten Arbeiten die Sicherstellung der Wehrkraft des Reiches.

Kraft des Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 waren die budgetrechtlichen Ansprüche der Volksvertretung nach alljährlicher, und die Forderung der Militärverwaltung nach einer dauernden Feststellung der Friedenspräsenzstärke, durch den Kompromis einer 7jährigen Bewilligung in Einklang gebracht worden. Im Jahre 1880 hatte sich derselbe Vorgang wiederholt.

Als die Zeit des Ablaufs dieser Frist zum drittenmal herannahte, brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein, der die Heeresstärke mit einer der mittlerweile eingetretenen Vermehrung der Bevölkerung entsprechenden Erhöhung abermals für einen siebenjährigen Zeitraum feststellen wollte. Auch die Erneuerung des Septennats wurde gegen heftigen Widerstand des Centrums und der Fortschrittspartei durchgesetzt. Als nun auch dieser Termin sich seinem Ende näherte, wiederholte sich derselbe Vorgang, aber, der ungünstigeren Zusammensetzung des Reichstages zufolge, mit einem anderen Schlußergebnis. Die Regierung schlug für einen abermaligen siebenjährigen Zeitraum eine Feststellung der Heeresstärke mit der Erhöhung vor, wie sie der Vermehrung der Bevölkerung entsprach: 468409 Mann oder 1 Prozent der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung, 41000 Mann mehr

als bisher. Die Wirren und Verwickelungen, die kurz zuvor auf der Balkanhalbinsel stattgefunden, die immer schärfer hervortretenden Revanchegelüste in Frankreich, die Hetzereien und Feindseligkeiten der panslavistischen Partei in Rußland, die wachsenden Kriegsrüstungen in diesen beiden Ländern, die steigende Überlegenheit ihrer Streitkräfte im Vergleich zu den deutschen, und die offenkundigen Bestrebungen Frankreichs, sich mit Rußland zu einem Kriegsbund zu vereinigen, der dem deutschen Reich, einen Feldzug mit zwei Fronten und geteilter Macht auferlegen würde — diese Erscheinungen und Erwägungen waren so bedrohlich aufgetreten, daß an dem hohen Ernst der Situation nicht zu zweifeln war. Die europäische Weltlage war in einem Grad unsicher und gefahrvoll, daß die Vorbereitung auf alle Wendungen zur ersten Pflicht der Selbsterhaltung wurde. An der deutsch-französischen Grenze fanden kriegerische Vorbereitungen, Barackenbauten u. a. statt, welche nur auf einen nahe bevorstehenden Angriff von französischer Seite gedeutet werden konnten. Wenn im Reichstag auch der Ernst der Weltlage von keiner Seite verkannt wurde, so gingen doch über die Größe der Kriegsgefahr, über die Notwendigkeit dieser Anforderungen im vollen Umfang und über das Maß der Rücksicht, welches neben der Sorge für die militärische Sicherheit, auch die ungünstige Finanzlage und die Steuerkraft des Volkes verdiene, die Ansichten weit auseinander. Das Centrum und die Deutschfreisinnigen wollten die verlangte Präsenzziffer herabsetzen, eine Verminderung der thatsächlichen Dienstzeit erzwingen und die Bewilligung nur für drei Jahre, bei einem Teil der neuen Formationen sogar nur für ein Jahr aussprechen. In der vollen Bewilligung der geforderten Truppenzahl hätten sich die Oppositionsparteien schließlich verstanden. Aber an der nur dreijährigen Bewilligung hielten sie unweigerlich fest. Die Regierung, unterstützt von den Konservativen und Nationalliberalen, glaubte aber in diesem Punkte nicht nachgeben zu können. Durch eine Festsetzung auf so kurze Frist wäre die Militärfrage unausgesetzt zum Gegenstand der heftigsten parlamentarischen und Wahlkämpfe gemacht, ein wichtiger Teil unserer Kriegsbereitschaft in fortwährende Abhängigkeit von dem guten Willen der oppositionellen Parteien gebracht worden. Es erschien principiell und sachlich von der höchsten Bedeutung, den Bestand und die Organisation des Heeres auf eine einigermaßen längere Dauer festzustellen. Die Regierung hielt an dem bisherigen Rechtszustand fest, die Opposition wollte die Gelegenheit zu einer parlamentarischen Machterweiterung benutzen.

Die Beratung über die Militärvorlage nahm, wie dies vorherzusehen war, gleich in ihrem ersten Stadium einen sehr lebhaften Ton an, und wurde von der Opposition in einer ziemlich erregten Sprache geführt. Der Kriegsminister General Bronsart von Schellendorff leitete am 3. Dezember, als Vertreter der Heeresverwaltung, die Verhandlung mit einem längeren Vortrag ein. Er bezeichnete die Vorlage als zwingend notwendig in Bezug auf den gewählten Zeitpunkt ihrer Einbringung, auf den in Aussicht genommenen Zeitpunkt ihrer Gültigkeit, auf das Maß der geforderten Erhöhung und auf die in Aussicht genommene Dauer des Gesetzes. Er wollte keine weitläufige Schilderung der auswärtigen Lage geben, zumal diese im allgemeinen notorisch sei, müsse aber hervorheben, daß das Deutsche Reich, trotz seiner unausgesetzt bezeigten friedlichen Politik, sehr wohl in absehbarer Zeit in die Lage kommen könne, gegen seinen Willen in einen Krieg verwickelt zu werden. Es handle sich, nach der Auffassung der verbündeten Regierungen, keineswegs um eine augenblicklich drohende Kriegsgefahr; denn wenn dies der Fall wäre, so wäre diese Vorlage eine ganz verfehlte und die Mobilmachung die einzige Antwort. Die jetzige Zeitlage gebe keine gegründete Aussicht auf eine dauernde Erhaltung des Friedens. Den verbündeten Regierungen liege also die Pflicht ob, zu prüfen, wie weit die Wehrkraft des Deutschen Reiches, gegenüber der Wehrkraft der benachbarten Staaten, als ausreichend zu betrachten sei, um die Machtstellung, die Sicherheit und Unabhängigkeit des Deutschen Reiches aufrecht zu erhalten. Bei einem solchen Vergleich interessiere uns die Kriegsmacht Frankreichs am meisten, das trotz der geringeren Bevölkerungszahl schon seit längerer Zeit uns gegenüber in erhöhter Friedenspräsenzstärke vorschreite, die auf Grund eines neuen Gesetzentwurfes noch weiter erhöht werden solle. Von einem Nachbarstaate, der Ansprüche auf Teile unseres Gebietes mache, dürfen wir uns auf militärischem Gebiete nicht überflügeln lassen. Die Vorlage sei so dringlich, daß es sehr wünschenswert sei, daß der Reichstag dieselbe noch vor Weihnachten erledige; denn die Kriegsverwaltung bedürfe etwa einer dreimonatlichen organisatorischen Thätigkeit, um den Übergang in die neuen Verhältnisse so zu vollführen, daß weder die erforderliche Kriegsbereitschaft des Heeres dadurch gestört, noch der bewährte Ausbildungsgang der Truppen dadurch gehemmt werde.

Neben der Centrumspartei fochten auch die süddeutschen Demokraten die Heeresverstärkung an. Windthorst wollte höchstens eine Bewilligung für 3 Jahre zugestehen.

Auf seine gewundene Rede vom 4. Dezember, welche sich alle Mühe gab, mit möglichst vielen Worten möglichst wenig zu sagen und zu bieten, folgte die Rede des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke. Derselbe sagte: „Ich möchte Ihnen doch die Vorlage der Regierung recht angelegentlich empfehlen. Man kann es ja beklagen, daß wir genötigt sind, einen großen Teil der Einnahmen des Reiches, anstatt auf den Ausbau im Innern, für die Sicherung nach außen zu verwenden; das wird aber bedingt durch allgemeine Verhältnisse, die wir abzuändern ganz außer stande sind. Ganz Europa starrt in Waffen; wir mögen uns nach links oder rechts wenden, so finden wir unsere Nachbarn in voller Rüstung, die selbst ein reiches Land auf die Dauer nur schwer ertragen kann. Das drängt mit Naturnotwendigkeit auf baldige Entscheidungen hin, und das ist der Grund, weshalb die Regierung schon vor Ablauf des Septennats eine Verstärkung der Armee verlangt. Aus den die Regierungsvorlagen begleitenden Motiven ersehen Sie, wie sehr wir hinter den Rüstungen der übrigen Großmächte zurückgeblieben sind. Sie ersehen daraus, daß von allen großen Armeen die unsere noch die mindest kostspielige ist, daß sie weniger als irgend eine andere auf der Gesamtbevölkerung lastet und daß Frankreich beispielsweise nahezu das Doppelte an seine Armee wendet wie wir. Noch in diesen Tagen sind die sehr erheblichen Anforderungen des französischen Kriegsministers in den Kammern anstandslos bewilligt worden. Man hat nun die Richtigkeit der Zahlenangaben in Abrede gestellt. Ja, hier im Plenum können wir unmöglich die Rechnung aufmachen; das wird sich in der Kommission finden. Ich halte die Angaben für richtig; denn sie gründen sich auf die besten Nachrichten, die wir haben können. Man hat uns nun den Rat gegeben, uns mit Frankreich zu verständigen. Ja, das wäre gewiß sehr vernünftig; es wäre ein Segen für beide Nationen und eine Bürgschaft für den Frieden in Europa. Wenn es nun aber nicht geschieht, an wem liegt die Schuld? So lange die öffentliche Meinung in Frankreich ungestüm die Zurückgabe zweier wesentlich deutscher Provinzen fordert und wir fest entschlossen sind, sie niemals herauszugeben, wird eine Verständigung mit Frankreich kaum möglich sein. Man hat dann hingewiesen auf unser Verhältnis zu Österreich.

Dieses Bündnis ist ein sehr wertvolles; aber es ist schon im gewöhnlichen Leben nicht gut, sich auf fremde Hilfe zu verlassen: ein großer Staat existiert nur durch seine eigene Kraft. Wenn ich recht verstanden habe, so wurde behauptet, daß die Vorlage der Regierung sich nur auf die Friedenspräsenz, nicht auf die Kriegspräsenz, d. h. die Kriegsstärke, beziehe. Die Vorlage fordert allerdings eine Etatserhöhung für gewisse Truppenteile, die, nahe der Grenze, vielleicht berufen sind, gleich im ersten Augenblick des Krieges in Aktion zu treten. Dadurch wird die Kriegsstärke in keiner Weise vermehrt; es vermindert sich nur die Zahl der nachzusendenden Reserven. Ich glaube, daß wir durch eine Reihe von Jahren uns schon haben davon überzeugen können, daß wir eine umsichtige, redliche und sparsame Armeeverwaltung haben. Auch die jetzt in Rede stehende Vorlage ist wesentlich aus Rücksichten der Sparsamkeit bestimmt. Man hat darauf verzichtet, schon im Frieden, wie dies außerordentlich wünschenswert wäre, alle unsere Geschütze bespannt zu haben, wie dies bei unserm Nachbar der Fall ist. Die Vermehrung bezieht sich wesentlich auf die Infanterie als die mindest kostspielige Waffe; die Hälfte der neu aufzustellenden Bataillone wird bereits bestehenden Regimentern angeschlossen, um die Stäbe für die Regimenter zu sparen. Kurz, es ist nicht das militärisch absolut Wünschenswerteste, sondern das finanziell Erreichbare dabei ins Auge gefaßt worden, und die Forderung, die an das Land gestellt wird, wird gestellt, um dem bisher mühsam aufrecht erhaltenen Frieden in Europa, wenn es möglich ist, auch ferner noch zu sichern. Ich meine, wenn wir diese Vorlage ablehnen, so involviert dies eine sehr ernste Verantwortlichkeit, vielleicht für das Elend einer feindlichen Invasion, eine Verantwortung, die, von hundert Schultern getragen, dennoch für jeden Einzelnen schwer genug wiegen muß. Durch große Opfer haben wir erreicht, was alle Deutschen schon seit vielen Jahren ersehnt haben. Wir haben das Reich, wir haben die Einheit Deutschlands. Möchten wir auch die Einigkeit der Deutschen in einer solchen Frage haben, wie sie hier vorliegt!" Die Vorlage wurde darauf an eine besondere Kommission, die Militärkommission genannt, gewiesen, welche 28 Mitglieder zählte.

In der vierten Sitzung dieser Kommission gab der Kriegsminister Bronsart von Schellendorff, veranlaßt durch den dringenden Wunsch des Abgeordneten Windthorst, Aufklärungen über die politische Lage zu erhalten, eine Erklärung folgenden Inhalts: „Auch wenn der Reichs-

kanzler anwesend wäre, würde er nicht in der Lage sein, vor der Kommission Erklärungen über die Beziehungen anderer Staaten zu uns und untereinander abzugeben, welche nicht schon bekannt wären, weil weitergehende Darlegungen über intimere Beziehungen und die mögliche Politik der einzelnen Mächte nicht gegeben werden können, ohne die Friedenspolitik, welche wir treiben, zu erschweren und zu schädigen. Die Situation sei nicht so weit gereift, um von deutscher Seite her amtlich und öffentlich besprochen zu werden. Wenn die öffentlich bekannten, von den verbündeten Regierungen als zwingend angesehenen Gründe für die Militärvorlage, sowohl nach der militärischen als nach der politischen Seite hin, der Kommission nicht genügen sollten, so könne gleichwohl der Reichskanzler aus dem Gebiete der bisher nicht öffentlich bekannten diplomatischen Situation nichts hinzufügen, was gegenwärtig ohne Schaden für unsere auswärtigen Beziehungen und für den allgemeinen Frieden gesagt werden könne."

Windthorst dankte dem Kriegsminister für die Erklärung und behielt sich vor, darauf zurückzukommen. Das Centrum stehe der Vorlage nicht vollständig ablehnend gegenüber, aber eine Entscheidung könne es jetzt noch nicht treffen, es werde ohne Liebe und Haß sich streng an die Sache halten. Dem Abgeordneten v. Helldorff, welcher für den Fall der Ablehnung die Auflösung des Reichstages als bevorstehend bezeichnete, erwiderte Windthorst, daß er eine solche Möglichkeit aus den Wahlvorbereitungen der nationalliberalen Partei entnommen habe. Der Abgeordnete Richter erklärte, daß das Volk eine Neubelastung nicht wolle, und daß die Regierungen durch eine Auflösung des Reichstages ihre Lage nicht verbessern würden. Die Generalberatung wurde auf den 14. Dezember festgesetzt. Dazu kam es aber nicht, weil im Schoß der Kommission die Ansichten über die Forderungen der Regierung zu sehr geteilt waren. Trotz der dringenden Bitte des Kriegsministers, die Kommission möge in der Weihnachtszeit den Bericht für das Plenum bis zum neuen Jahr fertig stellen, vertagte sich dieselbe am 18. Dezember bis zum neuen Jahr.

---

Der Besuch, welchen der Prinz-Regent von Bayern dem deutschen Kaiser in der Zeit vom 7. bis zum 10. Dezember abstattete, gestaltete sich durch die Herzlichkeit des Empfanges und durch die begleitenden Umstände zu einem politischen Ereignis. Der Kaiser begrüßte seinen Gast persönlich bei der Ankunft auf dem Bahnhofe, und

die Berliner Bevölkerung gab ihrer Sympathie für den Prinz-Regenten lauten Ausdruck. Die Tagesblätter feierten die Ankunft des Prinz-Regenten in Berlin durch Festartikel, und überall im Lande gab sich freudige Erregung über den Besuch kund. Bei dem Galadiner im königlichen Schlosse am 8. Dezember brachte der Kaiser auf den Prinzen Luitpold einen Toast aus, in welchem er seinen Dank für den Besuch und den Wunsch fortdauernder treuer Freundschaft aussprach. Er nannte den Prinzen seinen lieben Freund, den an seiner Seite zu haben ihn unendlich freue, er heiße ihn noch einmal herzlich willkommen, und hoffe, daß dieser Tag den Bund zwischen Preußen und Bayern noch fester kitten werde, und daß Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent jetzt und auf ewig sein treuer Freund bleiben werde. Am folgenden Tage empfing der Prinz-Regent die bayerischen Abgeordneten im Hotel des bayerischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld-Köfering und benutzte die Gelegenheit, um ihnen die möglichst rasche Erledigung der Militärvorlage und die Annahme des Gesetzes dringend ans Herz zu legen. Frhr. v. Frankenstein hielt es für angemessen, darauf zu erwidern, daß der Steuerdruck ein sehr starker, und daß schon aus diesem Grunde die eingehendste Prüfung der Vorlage erforderlich sei. Der Prinz-Regent entgegnete, daß er gewiß die finanzielle Bedeutung der Frage nicht unterschätze, aber der Ernst der Lage erheische, daß neben derselben alle anderen Erwägungen zurückträten. Der Eindruck der Worte des Prinz-Regenten auf die Hörer war tief und nachhaltig. Auch bei der Abreise des Regenten gab der Kaiser seinem Gaste das Geleit bis nach dem Bahnhofe.

---

# Das Jahr 1887.

Der 1. Januar 1887 war der Tag, an welchem Kaiser Wilhelm vor 80 Jahren in das Heer eingetreten war, und welcher deshalb als achtzigjähriges Militär-Jubiläum des Monarchen angesehen wurde.

Die äußere Feier desselben beschränkte sich auf eine Gratulation der Generäle, an deren Spitze stehend der Kronprinz seinem kaiserlichen Vater den Dank und die Verehrung der Armee aussprach, die

an diesem Tage ganz besonders mit beglückenden Empfindungen auf den obersten Kriegsherrn blicke. Der Kronprinz hob dann den Segen der 16 in Frieden vergangenen Jahre hervor und bemerkte: „Solche friedliche Arbeit konnte indes nur gedeihen, weil gleichzeitig Euer Majestät sachkundige und rastlose Leitung die Schlagfertigkeit des Heeres zu der Vollkommenheit förderte, deren jeder deutsche Soldat sich mit Stolz bewußt ist. Der preußische Grundsatz, daß es keinen Unterschied giebt zwischen Volk und Heer, weil beide eins und zu des Vaterlandes Verteidigung jederzeit bereit sind, ist durch Euer Majestät Fürsorge Gemeingut der ganzen Nation geworden. In dieser Wehrhaftigkeit des gesamten Volkes liegt die gewichtigste Bürgschaft für die Wahrung des Friedens." In seiner Antwort sagte der Kaiser: „Nachdem es Meinem hochseligen Bruder nicht vergönnt war, an der Spitze der Armee vor den Feind zu treten, wurde Mir dieses Glück zu teil. Durch Ihren Rat und Ihre Beihilfe haben wir die siegreichen Erfolge errungen, und dem freiwilligen Erbieten der deutschen Fürsten verdanken wir die Stellung, die wir jetzt einnehmen. In der Armee ist unsere Stärke, durch ihre Wahrung des Ehrgefühls, durch ihre Ausbildung, durch ihre Bravour." Bei dem Festessen, das der Kaiser am 3. Januar den Generalen gab, trank er auf das Wohl der Armee mit den Worten: „Ich hoffe und weiß, daß die Armee immer das bleiben wird, was sie bisher war und jetzt ist, wenn sie weiter festhält an den drei Grundsätzen ihrer Tüchtigkeit: am Ehrgefühl, an der Tapferkeit und am Gehorsam." In einem zunächst an den Kronprinzen gerichteten Erlaß dankte der Kaiser noch einmal für die Glückwünsche der Generale und fügte hinzu: „Den Sinn für Ehre und für Pflicht über alles hochzuhalten und jederzeit bereit zu sein, das Leben dafür zu lassen, das ist das Band, welches alle deutschen Stämme eng umschließt, welches Enkel und Urenkel jetzt ebenso fest, wie früher die Vorfahren, vereinigt und welches Meine Regierung mit Siegen geschmückt hat, deren Ich heute als hellstrahlendste Stellen Meines militärischen Lebens in hochgehobenster Empfindung gedenke."

---

Am 5. Januar trat der Reichstag wieder zusammen, am 11. Januar begann die zweite Beratung der Militärvorlage, die drei volle Tage dauerte. Eingeleitet wurde dieselbe durch den Generalfeldmarschall Grafen von Moltke, welcher in einer kurzen Rede nochmals auf den Gesichtspunkt hinwies, von welchen die Militärs bei

dem Entwurf geleitet wurden, und die Versammlung bat, sie möge die Gesetzentwürfe unverkürzt und in der unveränderten Fassung annehmen. Auf Moltke folgte mit zwei großen Reden Fürst Bismarck. Der längst ersehnte Augenblick war jetzt gekommen, in welcher die Zuhörer aus dem Munde des berufensten Kenners der internationalen Beziehungen Aufschlüsse über die Weltlage zu erhalten hoffen durften. Diese Hoffnung wurde nicht getäuscht; der Reichskanzler entwarf ein Bild der politischen Gesamtlage Europas von jener durchsichtigen Klarheit, welche nur die vollkommene Beherrschung des Gegenstandes ermöglicht. Er begann mit dem Vorwurf, daß die militärischen Autoritäten in Deutschland sich der Anerkennung von ganz Europa erfreuen mit Ausnahme des deutschen Reichstages, dann ging er auf die Friedenspolitik über, die Deutschland seit 16 Jahren mit Erfolg geübt habe, und schloß die Einleitung seiner Rede mit dem Ausspruch: „Nachdem wir die deutsche Einheit in zwei historisch notwendigen Kriegen errungen haben, sind unsere kriegerischen Bedürfnisse erfüllt, wir gehören zu den saturierten Staaten." Der Kanzler schloß dann seine denkwürdige Rede, während welcher Prinz Wilhelm in der Hofloge anwesend war, mit der Ankündigung, daß der Reichstag aufgelöst werden würde, wenn er die Vorlage nicht bald und vollständig annehme. Später fügte dann der Kanzler noch nach einer kurzen Rücksprache mit dem Grafen Moltke hinzu, daß ein Krieg mit Frankreich auch noch in dem Falle denkbar wäre, wenn dort eine Regierung mit militärischen Neigungen ans Ruder käme, welche einen Krieg als Sicherheitsventil für die inneren Verhältnisse betrachte. Die Vorlage hätte vielleicht schon vor zwei Jahren gemacht werden sollen, aber die verbündeten Regierungen hätten immer noch gehofft, die Revanchepolitiker in Frankreich zu beruhigen, und gewartet, daß eine französische Regierung den status quo acceptieren werde, der Liebe Müh' sei jedoch umsonst gewesen.

Nach einer Rede Windthorst's, in welcher dieser hauptsächlich den Vorwurf zurückwies, daß irgend ein Hannoveraner die Selbstständigkeit Hannovers aus den Händen eines Fremden zu erhalten wünschen könnte, und erklärte, daß er bereit sei, der Regierung jeden Mann und jeden Groschen, aber nur auf drei Jahre, zu bewilligen, ergriff Fürst Bismarck noch einmal das Wort und rief durch die Bemerkung große Bewegung hervor, daß die Auflösung des Reichstages erfolge, um festzustellen, ob das Deutsche Reich durch ein kaiser-

liches oder durch ein Parlamentsheer verteidigt werde; im übrigen warnte er den Abgeordneten Windthorst vor der Unterschätzung der militärischen Leistungsfähigkeit Frankreichs.

Als Fürst Bismarck nach dem Schluß der Sitzung aus dem Portal des Reichstagsgebäudes nach seiner Wohnung fuhr, wurde er von der draußen harrenden Menge mit lauten Hochrufen begrüßt. Das war eine persönliche Huldigung für den Fürsten, welche Zeugnis ablegte für die Volkstümlichkeit, deren er sich in der Reichshauptstadt erfreute, der ungeheure Eindruck der Reden des Kanzlers vom 11. Januar spiegelte sich in der gesamten europäischen Presse wieder, welche in bemerkenswerter Übereinstimmung die Eröffnung des Fürsten über die europäische Gesamtlage in durchaus friedlichem Sinne beurteilte. Das Hauptinteresse der zweiten Lesung war mit der Sitzung vom 11. Januar erschöpft, denn es konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der Reichstag aufgelöst werden würde, wenn die Mehrheit nicht die geforderte Truppenzahl auf sieben Jahre bewilligte.

„Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, so bemerkte der Fürst, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstages nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammengesetzt, wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixierung der Präsenzstärke von der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstages abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren! Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfnis der gemeinsamen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zu stande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich immer, wenn Sie diese Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden, denn geschützt sein wollen wir Alle, auch Ihre Wähler — rechnen Sie darauf!

Der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, den Stand des Heeres von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also mit anderen Worten, aus dem kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für dessen Bestand nicht seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben, wird

nicht gelingen. Mit anderen Worten: dieses Streben, wenn Sie es haben, liegt ganz außerhalb aller Möglichkeit, und allein die Thatsache, die bei diesen Verhandlungen zur Kenntnis gekommen, daß es bei uns Leute giebt, die darnach streben, die das für möglich halten, verpflichtet uns allein schon, über diese Frage an das Volk, an die Wähler zu appellieren, ob das wirklich die Meinung der Wähler ist. Ja, meine Herren, haben Sie denn daran gezweifelt, das wäre ja vollkommen wunderlich. Oder, daß wir an die Wähler appellieren werden, um zu erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler ist, daß die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Abstimmung des Parlamentes in jedem Jahre abhängt, daß die Hälfte der Armee entlassen werden kann, daß die Armee reduziert werden kann auf den einjährigen Dienst, auf das, was die Socialdemokraten noch bewilligen — es ist ja auch eine socialdemokratische Majorität in diesem Hause möglich. — Es kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen Heere abhängig sein soll von den jedes Jahr wechselnden Majoritäten des Parlaments. Es liegt das ganz außerhalb der Verfassung, und die verbündeten Regierungen wünschen zu einem neuen Kompromiß zu gelangen, aber zu einem siebenjährigen, zu keinem kürzeren."

Der Reichskanzler ergriff darauf am 12. Januar nochmals das Wort zu längeren Auslassungen in der Heeresfrage, um den Widerstand der Opposition zu brechen. Er besprach in ausführlichen Darlegungen die nationalen Fragen, an denen Deutschland beteiligt sei und charakterisierte die Lage, in welcher sich dasselbe seinen Nachbarn gegenüber befand, mit scharfen Strichen. Am 12. und 13. Januar wurden die Debatten fortgeführt und von den Gegnern der Regierung mit Zähigkeit der Satz verteidigt, daß man auf keine längere Frist als höchstens 3 Jahre, Geld für militärische Rüstungen bewilligen könne. Windthorst kam noch einmal auf die orientalische und die hannöversche Frage zurück und stellte der Darstellung des Reichskanzlers die des Geschichtsschreibers Onno Klopp entgegen. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so sei verfassungsmäßig nur eines möglich: daß das noch nicht abgelaufene Septennat weiter in Kraft bleibe. Fürst Bismarck wies an der Hand der Verfassungsbestimmungen nach, daß, wenn kein Kompromiß zustande komme, der Kaiser den Präsenzstand zu bestimmen habe. Im Notfall werde er

als König von Preußen immer noch die Möglichkeit haben, sich vertrauensvoll an seinen Preußischen Landtag zu wenden, um die nötigen Mittel zu erlangen. Die Klopp'schen Werke habe er bisher von keiner Seite als unparteiische Geschichtswerke bezeichnen hören.

Als Windthorst ihm zurief: „Dokumente!" erwiderte der Kanzler: „Gut, wenn Sie sich auf Dokumente berufen, so werde ich nächstens, was ich bisher unterlassen habe, meinerseits, wenn Se. Majestät der Kaiser es genehmigt, die Dokumente der Öffentlichkeit übergeben. Sie werden dann sehen, wie die Dinge eigentlich stehen." Schließlich sprach der Reichskanzler noch von den Intentionen der Regierung:

. . . . . .

„Wir bleiben auf dem Boden der Verfassung. Wenn wir, durch die Auflösung gezwungen, zu etwas anderem gelangen, so werden wir inzwischen die Wähler zu überzeugen suchen. Recht muß Recht, und Wahrheit muß Wahrheit bleiben. Davon seien Sie überzeugt, wir werden alles, was uns erlaubt ist, für die Sicherheit des Deutschen Reiches und für seine Einigkeit zu thun suchen. Wenn Herr Windthorst sagt, daß zwischen 3 und 7 Jahren eigentlich principiell doch gar kein Unterschied sei, so mag dies principiell der Fall sein; es liegt aber doch ein großer materieller Unterschied darin; es werden 4 Jahre gewonnen. Hauptsächlich aber wollen wir die Tradition des Kompromisses unserseits nicht schädigen, weil es in der That die einzige Möglichkeit ist, bei einer konstitutionellen Verfassung dauernd im Frieden zu leben."

An demselben 14. Januar 1887 nahm der Reichstag mit 186 gegen 154 Stimmen einen Antrag an, wonach die Friedenspräsenzstärke des Heeres für die Zeit bis zum 31. März 1890 festgesetzt wurde und genehmigte dann mit 183 gegen 154 Stimmen den so geänderten § 1 der Militärvorlage.

Bevor zur Abstimmung über § 2 übergegangen wurde, verlas Fürst Bismarck eine kaiserliche Botschaft, wonach der Reichstag aufgelöst wurde.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkte dazu:

„Angesichts der Unmöglichkeit, mit der gegenwärtigen Mehrheit des Reichstags zu einer Verständigung über die Lebensfragen der Sicherstellung unserer Wehrkraft zu gelangen, ist der Reichstag heute aufgelöst worden. — Die Bundesregierungen, das deutsche Volk, das gesamte Vaterland erwarten von dem neuen Reichstag, der berufen

sein wird, an der Gestaltung ihrer Geschicke Anteil zu nehmen, daß er mit besserem Verständnis und patriotischerer Einsicht den Interessen des Volks und des Vaterlandes Rechnung tragen werde."

---

Die Auflösung des Reichstages hatte eine außergewöhnliche Regsamkeit des Parteilebens zu Folge. Von allen Seiten kamen die Wahlaufrufe, und es war unverkennbar, daß die Vertreter des deutschen Volkes die ihnen zugemessene Frist bis zu den Neuwahlen eifrig und thatkräftig benutzen würden. Der Wahlaufruf der deutschfreisinnigen Partei erschien bereits am Tage nach der Auflösung des Reichstages. Der Aufruf beklagte sich darüber, daß die verbündeten Regierungen dem Triennat nicht zugestimmt haben, und nannte die Ablehnung des Anerbietens der Bewilligung der erhöhten Heerespräsenz auf drei Jahre ein Mißtrauensvotum gegen das deutsche Volk. Ohne Vertrauen sei aber keine konstitutionelle Regierung denkbar, eine ohnmächtige Volksvertretung würde der Einführung von Monopolen keinen Widerstand leisten und dadurch eine weitere Belastung der ärmeren Volksklassen herbeiführen. Im Gegensatz zu den Monopolen empfehle sich die von deutschfreisinniger Seite vorgeschlagene Reichseinkommensteuer zur Deckung des Mehraufwandes für das Heer. Aus einer reaktionären Mehrheit des Reichstages würden die Pläne wieder erstehen, welche sich gegen das allgemeine Wahlrecht richten.

Der nationalliberale Wahlaufruf wurde am Tage darauf veröffentlicht und trug die Unterschriften Bennigsen's und Miquel's, die beide, seit Jahren dem öffentlichen politischen Leben fernstehend, damit die Wiederaufnahme ihrer Mitwirkung an der Erfüllung der politischen Aufgaben zu erkennen gaben und ausdrücklich erklärten, daß sie wiederum ein Mandat zum Deutschen Reichstage anzunehmen bereit seien. Besonders der Wiedereintritt Bennigsen's in das Parteileben war ein Ereignis von großer Bedeutung. Den äußeren Anlaß zur Niederlegung seiner beiden Mandate, zum Deutschen Reichstage und Preußischen Landtage, bot die Meinungsverschiedenheit innerhalb der nationalliberalen Fraktion über die Stellungnahme zu der kirchenpolitischen Vorlage vom 5. Juni 1883, durch welche die Anzeigepflicht und die Hindernisse für die Übernahme eines geistlichen Amts wegen mangelnder gesetzlicher Vorbildung teilweise aufgehoben wurden. Bennigsen erklärte damals in der Antwort auf eine an ihn gerichtete Adresse: „Tief davon durchdrungen, daß für unser Deutsches Reich

nichts gefährlicher als das Hervorkehren des seit 1867 kaum empfundenen Gegensatzes zwischen der berechtigten Stellung der Monarchie und der Parlamente, ein immer stärker die Extreme zur Geltung bringender haßerfüllter, leidenschaftlicher, mit persönlicher Bitterkeit geführter Streit der Parteien, welche doch darauf angewiesen, miteinander auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes zu leben, habe ich nach schwerem Kampfe einer Mitwirkung entsagt." Seitdem waren drei und ein halbes Jahr verflossen, es hatte eine Aussöhnung der nationalliberalen Partei mit dem Reichskanzler, aber auch die Gründung der deutschfreisinnigen Partei stattgefunden, welche den Bruch zwischen der gemäßigten und der radikalen Gruppe der Liberalen unheilbar gemacht.

In dem Wahlaufruf der nationalliberalen Partei war darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Grundlage für die deutsche Heeresorganisation seit zwölf Jahren das Septennat bilde, die Mehrheit des Reichstages habe aber diesen Vertrag gebrochen und die Zustimmung zur Erhöhung der Friedenspräsenz an Bedingungen geknüpft, welche mit der Natur der Sache unvereinbar und für die Reichsregierung unannehmbar seien. „Darum," hieß es weiter, „wenden wir uns an alle Deutsche ohne Unterschied der Partei und Konfession, deren Herzen besorgt sind um die Zukunft des Vaterlandes, welche die Sicherheit und Unabhängigkeit des Deutschen Reiches höher achten als die rücksichtslose Geltendmachung von Parteiprogrammen, welche in dem Kampfe um die gesetzlichen Grundlagen unseres deutschen Heeres zugleich eine schwere Gefahr für eine gedeihliche Entwicklung im Innern bilden . . . Unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher."

Die Vorstände der beiden konservativen und der nationalliberalen Fraktion hatten sich über vier Punkte geeinigt, für deren Durchführung die Parteigenossen um ihre Mitwirkung ersucht wurden. Es sollten nur Kandidaten aufgestellt werden, welche für das Septennat stimmen!

---

Ein in den parlamentarischen Kreisen des Landes sehr bemerktes Ereignis waren die Reden, in denen sich Fürst Bismarck im Preußischen Abgeordnetenhause über die soeben vom Reichstag erörterten staatsrechtlichen Fragen aussprach, und in denen er seine Stellung dem Centrum gegenüber, in offenkundiger Weise darlegte. In der ersten sagte er:

. . . . . .

„Die verbündeten Regierungen haben bei Abschluß des Bundesvertrages, auf dem unsere Verfassung beruht, sehr wesentliche Rechte, die ihnen ganz zweifellos zustanden, und zwar nicht nur der König von Preußen an den Letzteren in seiner Eigenschaft als Deutscher Kaiser, abgetreten, für deren Wahrung und Ausübung im Interesse des Reiches der König von Preußen als Deutscher Kaiser verantwortlich bleibt. Der Deutsche Kaiser hat nicht das Recht, dieses ihm von seinen Bundesgenossen anvertraute Gut nach Belieben an Dritte zu übertragen, also beispielsweise an eine wechselnde Reichstagsmajorität, am allerwenigsten, wenn eine solche ihm für die Ausübung der anvertrauten Rechte so wenig Vertrauen einflößt, wie die heutige Reichstagsmajorität.

Es sind das hauptsächlich diejenigen Rechte der verbündeten Regierungen, auf denen ihre Möglichkeit und ihre Pflicht, Deutschland gegen auswärtige Feinde zu schützen, beruht. Die Verfügung über die Mittel dazu haben sie nach der Urkunde der Verfassung dem Kaiser, aber nicht der Majorität des Reichstages, am allerwenigsten den einzelnen Führern anvertrauen wollen, welche diese Majorität mit einem strengeren Absolutismus beherrschen, als es in unserem Vaterlande jemals gewesen ist. Das Cedieren der Rechte der Regierungen an den Reichstag in höherem Maße und weiter hinaus, als die Verfassung es vorschreibt, liegt daher ganz außerhalb der Berechtigung, die Sr. Majestät dem Kaiser verfassungsmäßig den verbündeten Regierungen gegenüber zusteht. Es ist ein Fideikommiß, dessen Se. Majestät sich zu entäußern weder die Absicht noch die Berechtigung hat.

. . . . . .

Ich habe vorher gesagt, daß Se. Majestät der Kaiser zu der gegenwärtigen Reichstagsmajorität nicht das gehörige Vertrauen habe, um ihre Rechte in irgend einer Weise zu erweitern, und deshalb in seiner Eigenschaft als König von Preußen die Auflösung beantragt und herbeigeführt habe. Ich glaube, daß dieses Mißtrauen gegen die Absichten und Thätigkeit der Reichstagsmajorität bei dem Kaiser vollständig berechtigt ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zu dem Zustandekommen dieser Majorität ganz zweifellose — nach eigenem Geständnis — Feinde der Monarchie und des Deutschen Reiches, intransigente Gegner des Reiches, unentbehrlich sind."

Wie soll der Kaiser zu dieser Majorität Vertrauen haben, und wie soll er die Zukunft unserer Wehrkraft in die Hände einer solchen Majorität legen?

Darauf sprach der Reichskanzler davon, daß in den Kreisen der Wähler vielfach die Meinung verbreitet wäre, als könnten die Regierungen mit der Auflösung des Reichstages andere Zwecke als die Verstärkung des Heeres verfolgen und die Wahl eines Reichstages betreiben, der geneigt wäre, Monopole zu bewilligen. Das Wort „Reaktion", das sich immer da einzustellen pflegt, wo Begriffe fehlen, sei in der Presse vielfach gehört worden; aber es sei eine Verläumdung der Regierung. „Wir sind und bleiben verfassungstreu und wünschen nur, daß es uns nicht unmöglich wird es zu bleiben."

---

Die größte Aufmerksamkeit unter allen Vorlagen der Regierung beanspruchte die in der Thronrede angekündigte Kirchennovelle. Dieselbe wurde, wie die von 1886, zuerst dem Herrenhause vorgelegt. Bischof Kopp von Fulda stellte in der Kommission mehrere Anträge, von welchen einige abgelehnt, folgende aber angenommen wurden: das Spenden der Sakramente und das Lesen der Messen sollten den Strafbestimmungen der Maigesetze nicht unterliegen; den mit Korporationsrechten ausgestatteten Orden, welche wieder zugelassen wurden, sollte das mit Beschlag belegte Vermögen zurückerstattet werden; die weiblichen Orden, welche „dem Unterricht und der Erziehung der weiblichen Jugend in den höheren Mädchenschulen und gleichartigen Erziehungsanstalten sich widmen" sollten zugelassen werden.

In seiner Auslassung über die Vorlage bemerkte der Reichskanzler, daß die Herstellung des staatskirchlichen Friedens von ihm im Interesse der äußeren wie der inneren Politik für überaus dringlich erachtet würde, und daß die Verständigung mit der Kurie auf der ganzen Linie erzielt sei. Wäre der Papst in der gegenwärtigen Weltlage, im Hinblick auf das deutsch-österreichische Bündnis, ein nicht zu unterschätzender Faktor der auswärtigen Politik, so wäre vor Allem in einer so ernsten Situation, wie sie in Europa im letzten Winter bestand und teilweise noch besteht, die Freundschaft mit der Kurie für Deutschland um so wertvoller, als dadurch die deutschen Beziehungen zu Italien nicht gestört werden. Nach innen gälte es die Befreiung der katholischen Bevölkerung Preußens aus den Fesseln der Führer des Centrums.

Schon das Verhalten des Centrums bei der Beratung der Militärvorlage habe gezeigt, wie sehr die guten Beziehungen Preußens und Deutschlands zur Kurie den antinationalen und principiellen oppositionellen Einfluß der Centrumsleitung lähmen.

Die Herstellung des staatskirchlichen Friedens würde ohne Zweifel diese Wirkung in hohem Grade verstärken, und schiene die Hoffnung gerechtfertigt, daß der aus den Wahlen numerisch ungeschwächt hervorgegangene Flügel der Reichstagsmehrheit des aufgelösten Reichstags allmählich zersetzt und für die nationalen Interessen unschädlich gemacht werden wird. Um vor der Öffentlichkeit das Verhalten des Centrums und seine Stellung gegenüber der Regierung zu beleuchten, dafür werde der kurze Nachweis, wie der Kulturkampf entstanden, und wie er dann weiter geführt worden, einen Anhalt bieten. Zur noch besseren Orientierung würde die zwischen der Reichsregierung und dem päpstlichen Stuhl gepflogene amtliche Korrespondenz dienen, die im Anschluß daran hier ebenfalls mitgeteilt wird.

Dann zur Stellung der Geistlichkeit in den kirchenpolitischen Kampf übergehend, schloß der Fürst mit folgenden Worten:

„Ich muß in Bezug auf das Verhalten der deutschen Geistlichkeit in diesem Kampf noch erwähnen, daß wir, als wir das Vatikanum kommen sahen und es bekämpften, uns sagten: der Schade, den wir dadurch erleiden, besteht darin, daß unsere deutschen Bischöfe unselbstständiger werden, und von diesen erwarten wir doch da, wo das Interesse des Preußischen Staats in Frage kommt, vorzugsweise eine Vertretung desselben gegen päpstliche Übergriffe. Wir hatten damals ein Vertrauen zu unserm deutschen Episkopat, welches sich leider nicht in allen Fällen bewährt hat. Wir sind jetzt in der umgekehrten Lage, daß wir die Hülfe des Papstes in Rom gegen Einwirkungen unseres deutschen Episkopats brauchen. Der Landsmann läßt den Landsmann im Stich. Es ist ja eine alte, historische und betrübende Wahrheit, daß es eine größere Kampfesfreude für den kampfesmutigen Deutschen überhaupt nicht giebt, als den Streit mit dem eigenen Landsmann.

Mit der römischen Kurie zweifle ich nicht an der Versöhnung; aber wenn der unbeschäftigte deutsche Landsmann, wozu ich .... nun, ich will nicht aufzählen, wen ich dazu rechne, wenn der einen ihm theuer gewordenen Streit und Zorn aufgeben muß und die Hand zur Versöhnung bieten, dann wird ihm die Freude am Leben verdorben. Der Streit mit dem Landsmann ist ja ein nationaler Sport, wie bei

uns, so auch bei anderen Völkern der Welt; ein Bürgerkrieg ist immer das Fürchterlichste, was man haben kann, in allen Ländern; aber bei uns Deutschen noch fürchterlicher, weil er von uns mit mehr Liebe durchgefochten wird, wie jeder andere Krieg. Deshalb weiß ich auch nicht, ob wir durch den Frieden mit Rom zum Frieden mit dem Centrum kommen. Aber wenn wir den Frieden mit Rom entweder vollständig haben, oder soweit, daß wir eben von beiden Seiten den Raum, der uns trennt, vollständig übersehen können, als etwas weniger ins Gewicht Fallendes, dann fürchte ich den Kampf mit Centrum und Welfen nicht mehr — ich fürchte ihn überhaupt nicht —, aber er ist mir dann nicht mehr von der Wichtigkeit, daß ich deshalb irgendwie die Gesetzgebung in Anspruch nehmen sollte."

Das Gesetz wurde darauf am 24. März vom Herrenhause angenommen. Es hatte folgenden Inhalt, der auch vom Abgeordnetenhaus einige Wochen später genehmigt ward.

Artikel I gestattet den Bischöfen von Osnabrück und Limburg die Errichtung von theologischen Lehranstalten und erlaubt allen derartigen Lehranstalten die Aufnahme von Zöglingen auch anderer Diöcesen. Artikel II schafft die Anzeigepflicht für die Bestellung der Pfarrverweser ab, beschränkt das Einspruchsrecht auf die dauernde Übertragung eines Pfarramtes und die Einspruchsgründe auf den Fall, wenn der Anzustellende für die Stelle nicht geeignet ist.

Artikel III hebt die Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Mitteilung kirchlicher Disciplinarentscheidungen an die Oberpräsidenten auf. Artikel IV hebt das Gesetz vom 13. Mai 1873 über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel auf, mit Ausnahme des § 1 desselben, welcher diese Mittel beschränkt auf solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören und die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirkenden Rechts, oder die Ausschließung aus der Kirchen- oder Religionsgesellschaft betreffen.

Artikel V läßt diejenigen Orden und ordensähnlichen Kongregationen wieder zu, welche sich der Aushülfe in der Seelsorge, der Übung der christlichen Nächstenliebe, dem Unterricht und der Erziehung der weiblichen Jugend in höheren Mädchenschulen und gleichartigen Erziehungsanstalten widmen, und deren Mitglieder ein beschauliches Leben führen.

Alle Parteien hatten wie vorstehend gesagt, die Zeit zwischen der Auflösung des Parlaments und dem genannten Termin weidlich ausgenutzt; Berlin glich einem großen, in ernster Kriegsrüstung begriffenen Heerlager. Hie Triennat! — „Hie Septennat!" war das sogar Frauenkreise durchzitternde Feldgeschrei. Tausende von Flugblättern durchschwirrten die Luft und wurden durch geschäftige Männer bis in die entlegensten Dachkammern getragen, an den inneren Seiten der Hausthüren, an Bauzäunen, Brunnengehäusen las man gedruckte politische Auf- und Warnrufe, in dunkler Nacht schrieben unbekannte Hände den Namen des „alleinigen Kandidaten" mit Kreide an die Wände, ja auf den breiten Steinen der Trottoire fand man farbige Stempel mit dem Befehl: „Wählt H", so daß die Polizei mit Bekämpfung derartiger Manöver schweren Stand hatte.

Die Parteien, welche die hisherige Reichstagsmehrheit gebildet hatten, und die drei Kartellparteien standen einander als geschlossene Heereskörper gegenüber. Die Losung war der alte Ruf „Hie Welf!" „Hie Waiblingen!" Der Ruf: „Gegen das Septennat!" und „Für das Septennat!" war nur eine Verschleierung des ersten. Die auswärtige Politik spielte eine große Rolle.

Die Wahlschlacht vom 21. Februar fand unter staunenswerter Beteiligung aller Klassen von Wählern statt. Der Appell an den Patriotismus der Wähler und der Wunsch derselben, den Frieden erhalten zu sehen, gaben den Ausschlag. Der Sieg war indes schon am 21. Februar für die reichstreuen Parteien entschieden; den Nationalliberalen war der Löwenanteil zugefallen! Das Centrum hatte seinen Bestand erhalten, aber den Deutschfreisinnigen hatten die Wahlen übel mitgespielt; sie hatten im vorigen Reichstag 67 Mandate innegehabt und sahen sich nun im Besitze von nur 11 Mandaten, und von diesen hatten sie 9 der Unterstützung des Centrums zu verdanken. Was sie gesät hatten, hatten sie geerntet.

Am 3. März trat der neu gewählte Reichstag zusammen. Eröffnet wurde derselbe durch eine, vom Minister von Bötticher verlesene Thronrede, in welcher neben dem Hinweis auf die baldige Erledigung des Gesetzentwurfes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres, auch des weiteren Ausbaues der socialpolitischen Gesetzgebung, sowie des Wunsches der Regierung, mit dem Reichstag zu einer Verständigung über die nötigen Reformen des Steuersystems zu gelangen, gedacht wurde.

Die erste Beratung der Septennatsvorlage fand am 7. März statt, und wurde in anderthalbstündiger Beratung erledigt. Der Kriegsminister v. Bronsart eröffnete dieselbe mit der Bitte, das, was hinter dem Reichstage liege, zu vergessen und die Vorlage möglichst einstimmig anzunehmen. v. Bennigsen erklärte, daß es in der Absicht seiner Partei liege, die Vorlage im Plenum zu erledigen. Gelegenheit für Parteikämpfe werde sich später noch genug bieten, bei dieser Vorlage erwarte das deutsche Volk, daß der Reichstag darauf verzichte. Eine unmittelbare Einwirkung auf die Weltlage sei dem Reichstage zwar nicht vergönnt, aber er könne das Gewicht der deutschen Friedensbestrebungen verstärken, wenn er im Einklang mit den verbündeten Regierungen und dem deutschen Volke das für Aufrechterhaltung und Vermehrung unserer Kriegsbereitschaft Verlangte unverkürzt bewillige.

Auch Windthorst stimmte der Erledigung der Vorlage im Plenum zu, behielt sich aber vor, die Stellung des Centrums zu der Vorlage bei der zweiten Lesung zu verkünden, nachdem die durch die Stichwahlen gewählten Mitglieder der Partei in das Haus eingetreten seien. Gründe für die siebenjährige Bewilligung seien auch jetzt nicht geltend gemacht worden. Nachdem v. Helldorf im Namen der Konservativen für unveränderte Annahme der Vorlage eingetreten war, erhob sich Richter, um dem Hause mitzuteilen, daß die deutschfreisinnige Partei an ihrem früheren Standpunkte festhalte, und demgemäß den Stauffenberg'schen Antrag mit der Resolution zur Deckung der durch die Vorlage veranlaßten Kosten durch eine Reichseinkommsteuer, wieder einbringen werde. Nach dem Erscheinen des Reichskanzlers im Hause, das während der Rede Richter's erfolgte, sprach dieser die Hoffnung aus, daß noch vor Ablauf des Septennats sich eine Regierung finden werde, welche aus eigenem Antriebe die Verkürzung der dreijährigen Dienstzeit vorschlagen werde. Das würde in vielen Kreisen mit Beifall begrüßt werden, auch in solchen, die jetzt gegen die Opposition entschieden hätten.

Bei der zweiten Beratung der Militärvorlage am 9. März verlas zuerst v. Frankenstein im Namen der großen Mehrheit des Centrums eine Erklärung, worin hervorgehoben war, daß das Centrum auch nach nochmaliger eingehender Erwägung noch auf dem Standpunkt vom 14 Januar stehe; bei der veränderten parlamentarischen Lage sei dem Centrum die Möglichkeit genommen, diesen

Standpunkt zur vollen Geltung zu bringen; eine Ablehnung der Vorlage könnte den Schein erwecken, als wollte es die geforderte Friedenspräsenzstärke nicht bewilligen; die unveränderte Annahme sei ihm aber unmöglich, weil es in der vorgeschlagenen Dauer der Bewilligung nach wie vor eine Gefährdung des verfassungsmäßigen Rechts erblicken würde; unter diesen Umständen bleibe dem Centrum nichts übrig, als unter Abgabe der Erklärung sich an der formellen Abstimmung nicht zu beteiligen.

Der Reichstag beschloß darauf in der Sitzung am 11. März ohne Debatte die Annahme der Militärvorlage mit 227 gegen 31 Stimmen, sowie im Laufe seiner weiteren Verhandlungen die Gesetzvorlage, betreffend die Strategischen Bahnen und die Vervollkommnung der Festungen. Außerdem gelang es ziemlich schnell die Branntwein- und Zuckersteuer-Vorlage zu erledigen, und zu den socialpolitischen Gesetzformen überzugehen, von welchen das Arbeiterschutzgesetz, das Gesetz, betreffend das Innungs- und Lehrlingswesen, das Nahrungsmittelgesetz, sowie die Novelle zum Postdampfergesetz, die Gesetze, welche auf das Pensions- und Relictenwesen Bezug haben, endlich die Gesetzvorlage über Quartier- und Naturalleistungen verabschiedet wurden.

Als die Session geschlossen wurde, ließ der Kaiser seinen Dank aussprechen, „daß der Reichstag" der vaterländischen Wehrkraft und den Finanzen des Reichs die Stärke und Festigkeit gegeben, welche die Vorbedingung für unseren Frieden und für die Entwicklung seiner Werke bilden." — Auch auf diplomatischem Felde war der Reichskanzler mit Erfolg bemüht, den Frieden zu sichern, soweit es bei dem aufgehäuften Zündstoff möglich war. Gegenüber der Gefahr eines russisch-französischen Kriegsbundes, der von der aufgeregten Leidenschaft der beiden Völker immer stürmischer gefordert wurde, und auch in den höchsten Kreisen offene Befürworter fand, wie ein aufsehenerregender Trinkspruch des Großfürsten Nikolaus auf einem französischen Schiff bewies, ging das Streben des deutschen Staatsmannes dahin, das Bundesverhältnis zu Österreich und Italien immer fester zu knüpfen. Fast alljährliche Besprechungen des Fürsten Bismarck mit dem leitenden Staatsmann Österreichs, eine Reise des italienischen Ministerpräsidenten Crispi nach dem Landsitz des Reichskanzlers in Friedrichsruhe, befestigten diesen Bund gegen Störungen des europäischen Friedens.

Ein großer nationaler Festtag war der 90. Geburtstag Kaiser Wilhelm's, der 22. März 1887.

Auf 90 Jahre eines reich bewegten, thatenerfüllten Lebens blickte der von der Vorsehung zu so großen und herrlichen Wandelungen der Geschicke seines Volkes berufene Fürst zurück. War es in solchem Augenblick nicht ein natürliches Gebot der Pietät, sich die weltgeschichtliche Figur, die mit dem Glanz des Herrschers, mit dem Ruhme des Kriegshelden die Einfachheit und Milde edelster Menschlichkeit und echten Seelenadels verbindet, lebendig vor Augen zu rufen und der Stellung zu gedenken, die der neunzigjährige Schirmherr Deutschlands der Mitwelt gegenüber einnahm und in der Nachwelt dereinst einnehmen wird?

Gab es eine Epoche im nationalen Leben unseres Volkes, in welcher größere Thaten verrichtet, glänzendere Erfolge errungen wurden, als unter der Regierung Kaiser Wilhelm's? Blickte die lebende Generation nicht mit Stolz auf die Verwirklichung des Jahrhunderte hindurch bestandenen Sehnens nach Kraft und Einheit, nach Erfüllung der Träume von einem gemeinsamen Vaterland, von gleichen Formen in Staat und Heer, in Wandel und Verkehr? Und fühlte nicht der Einzelne sich beglückt und gehoben im Hinblick darauf, daß es ihm vergönnt, ein Genosse solcher Zeit zu sein, in welcher die deutsche Nation bis zu einer nie vorher erreichten Macht emporgestiegen! Sicherlich wird die Geschichte der Regierung Kaiser Wilhelm's noch von den späteren Geschlechtern als eine große Zeit gepriesen werden, mit der durch das Band der Tradition verbunden zu sein, unsere Nachkommen mit gerechtem Stolze erfüllen wird. Wie ein glänzendes Gestirn leuchtete seine hoheitsvolle, von einem Zuge warm menschlicher Empfindung und Großherzigkeit verklärte Gestalt in die letzten Jahrzehnte des Säkulums hinein, den Blick des Patrioten fesselnd und auf sich lenkend.

Nie war einem deutschen Fürsten eine größere Stellung zugefallen. Ein erhabener Repräsentant Kaiserlicher Gewalt und Würde, stark an Machtmitteln, stand der erlauchte Monarch an seinem Lebensabend auf selten erreichter Höhe. Die Siege und der politische Aufschwung seines Volkes, die Klugheit und der Fernblick seiner Ratgeber, die Tüchtigkeit und Tapferkeit seiner Heerführer hatten ihn, ebenso wie die Größe seines Geistes und der Adel seiner Seele, emporgeführt zu derselben. Wohl hat ihm die Mitwelt den Namen des Siegreichen

gegeben, im Andenken an den Lorbeer, den er in ernsten und schweren Waffengängen pflückte, und doch waren es nicht jene Ruhmeskränze allein, welche das Haupt des Neunzigjährigen schmückten. Ein Schirm und Schutz des Friedens, bannte er die Geister des Hasers und der Zwietracht, denn höher als der Ruhm des Krieges standen ihm die Werke des Friedens. Treu dem von ihm bei Übernahme der Kaiserwürde gegebenen Wort, daß er ein Mehrer sein wolle des Deutschen Reiches an den Gaben und Gütern des Friedens, auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt und Gesittung, hat er die Geschicke desselben mit kräftiger Hand bis zu einem Alter geleitet, in welchem dem sterblichen Menschen meist die Kraft des Körpers und des Geistes zu versiegen beginnt!

Ein weihevoller Ernst und zugleich eine laut jubelnde Freudigkeit bildeten den Grundton der Stimmung des Tages, dessen äußere Feier eine Reihe von Kundgebungen der Liebe und Verehrung war, wie sie wohl selten einem Herrscher zu Teil werden.

Die ersten Sonnenstrahlen brachen eben am östlichen Himmel das leichte Gewölk, welches das Firmament bedeckte, als von der Kuppel der Schloßkapelle herab feierliche Klänge eines vom Trompeterkorps des 2. Garde-Ulanen-Regiments vorgetragenen Chorals und mehrerer geistlicher Lieder auf die noch in tiefer Ruhe daliegende Millionenstadt herabtönten. Bald darauf, um 6 Uhr Morgens, ertönte am Rathausturm die Festmusik. Der Choral „Lobe den Herrn, den mächtigten König" leitete sie ein. Als zum Schluß die Nationalhymne angestimmt wurde, gab in lautem Mitsingen die trotz der frühen Morgenstunde nicht unbeträchtliche Anzahl der Zuhörer ihrem für das Wohl des geliebten Kaisers erglühenden Gefühle beredten Ausdruck.

Berlin war rascher erwacht als gewöhnlich; galt es doch noch für viele, die letzte Hand anzulegen an die Ausschmückung und die Vorbereitungen für die Illumination am Abend, die so großartig und so allgemein zu werden versprach, wie Berlin noch keine gesehen. Ungezählte Tausende erfüllten von den frühen Morgenstunden an die Straßen, um Berlin in seinem Schmucke zu sehen. Die meisten Häuser, auch in den an der Peripherie liegenden Straßen, hatten Fahnenschmuck angelegt, der zumal der Perspektive langer Straßenzüge wie der der Friedrich- und Leipzigerstraße, ein überaus festliches Gepräge verlieh. Vielfach waren zum Schmuck der Häuser Gewinde von frischen

Fichten- und Tannenästchen verwendet, die sich an manchen Stellen, auch quer über die Straße in weitem Bogen spannten, ein Medaillon mit der Zahl 90 tragend. Außerordentlich groß war die Anzahl der festlich dekorierten Auslagen der Geschäfte.

Das Vortragszimmer war in eine Blumen- und Frühlingshalle verwandelt. Es schien, als ob die Blumenzüchter in allen deutschen Landen alle Jahre neue Anstrengungen machten, um am Geburtstage des Kaisers mit etwas Neuem und Überraschendem zu erscheinen. Schiffe, ganz aus Blumen gebildet, mit vollen Blumensegeln waren hier gelandet, daneben vergoldete Schubkarren, Körbe und Füllhörner, alle verschwenderisch gefüllt mit den duftenden Kindern des Frühlings. Um 11 Uhr erschien die engere Familie; aus dem Niederländischen Palais her der Großherzog von Baden mit der Frau Großherzogin und dem Prinzen Ludwig Wilhelm; von der anderen Seite der Kronprinz und die Kronprinzessin, Prinz und Prinzessin Wilhelm mit ihren beiden ältesten Söhnen, den Prinzen Wilhelm und Eitel Fritz, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen mit ihrer Tochter Feodora, der Prinz Heinrich und seine jüngeren Schwestern, die Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margarethe. Um 11½ Uhr erweiterte sich der Kreis der erlauchten Herrschaften durch die Ankunft der übrigen fürstlichen Gratulanten. Als erster derselben traf der Großherzog von Oldenburg ein, dann Prinz und Prinzessin Friedrich von Hohenzollern, der Großherzog von Hessen allein, der Großherzog von Weimar mit Familie; später der Herzog und die Herzogin Max Emanuel in Bayern, Kronprinz Rudolf von Österreich, Prinz und Prinzessin Wilhelm von Württemberg. Immer neue Equipagen fuhren vor, immer von neuem verkündete die Glocke im Palais die Ankunft erlauchter Häupter. Großfürst Wladimir und Gemahlin traten ein, die Frau Herzogin von Schleswig-Holstein, der König und die Königin von Rumänien. Welch reicher Himmel, Stern bei Stern! Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden brachten dem Kaiser die beiden Urenkel, der Graf und die Gräfin von Flandern stellten den Prinzen Balduin vor; hinter dem Prinzen und der Prinzessin Albrecht schritten deren drei Söhne einher, zwei von ihnen bereits in Uniform. Prinz Komatsu vertrat wieder den Kaiser von Japan, der Herzog von Aosta und der Kronprinz von Dänemark näherten sich dem Kaiser. Immer voller wurde der Festraum, an frohgesinnten Menschen, an glänzenden Toiletten, an Uniformen und Ordenssternen und nicht

zum wenigsten an prächtigen Blumensträußen. Denn jede fürstliche Dame überreichte dem Kaiser eine duftige Gabe, die vor den hohen Fensterscheiben ihre Unterkunft fand. Unter den letzteingetroffenen Gratulanten sah man das Anhaltische Herzogspaar, den Prinzen von Wales, den Prinzen Ludwig von Bayern und den König und die Königin von Sachsen. Dem Kaiser, der die Uniform des 1. Garde-Regiments trug, war die Gratulationscour keine Mühe, eher eine Erholung; er war frisch und munter und sein blaues Auge leuchtete in Glück und Freude. Eine große Familientafel und eine glänzende Soiree im Schloß beendete die Feier.

So wie die Feier des Kaiserlichen Geburtstages im ganzen deutschen Vaterlande und weit über ihre Grenzen desselben hinaus in wärmster Begeisterung begonnen worden, so endete sie in derselben Grundstimmung, getragen von den Gefühlen patriotischer Erhebung und nationalen Stolzes und Selbstbewußtseins.

Aus Anlaß der Feier der Vollendung des 90. Lebensjahres des Kaisers und Königs waren Allerhöchstdemselben Glückwunsch-Telegramme direkt zugegangen aus:

I. Europa: Deutschland inkl. Preußen 1297, Rußland 36, Oesterreich-Ungarn 37, Rumänien 7, Türkei 4, Italien 19, Schweiz 18, Spanien 4, Portugal 1, Frankreich 7, Großbritannien und Irland 51, Belgien 6, Niederlande 16, Dänemark 3, Schweden und Norwegen 11, zusammen 1517;

II. Asien: Türkei 4, Indien 11, China 4 und Japan 3, Central-Asien 1, zusammen 23;

III. Amerika: Britische Besitzungen in Nordamerika 5, Vereinigte Staaten von Nordamerika 60, Mexiko 8, Central-Amerika 8, Südamerika 11, zusammen 92;

IV. Afrika 10;

V. Australien 6; insgesamt 1648.

Bei Darbringung der Geburtstags-Glückwünsche des Kaisers von China an den Kaiser durch den Gesandten Hsü-Ching-Chêng, hielt der Letztere an Se. Majestät in chinesischer Sprache eine von dem mitanwesenden Gesandtschafts-Attaché King-In-Thai ins Deutsche übersetzte kurze Anrede, die folgendermaßen lautete:

„Gemäß dem Allerhöchsten Befehle meines Souverains bin ich beauftragt, mich nach dem Befinden Eurer Majestät zu erkundigen und bei der seltenen Feier des neunzigsten Geburts-

tagsfestes die Glückwünsche Allerhöchst des Kaisers, meines Allergnädigsten Herrn darzubringen. Gleichzeitig bitte ich, ein später eintreffendes Kaiserliches Glückwunschschreiben nebst einigen Beweisen der Verehrung Ew. Majestät überreichen zu dürfen."

Der Kaiser dankte für diese Aufmerksamkeit des „Sohnes des Himmels" und ersuchte, Allerhöchstseinen Kaiserlichen Dank nach Peking zu übermitteln. Das Kaiserliche Glückwunschschreiben würden Seine Majestät mit Vergnügen entgegennehmen. In der darauf folgenden Audienz des Gesandten bei der Kaiserin und Königin wiederholte die Hohe Frau im Namen Sr. Majestät den Dank für diesen Glückwunsch aus dem Pekinger Kaiserpalast, wobei Ihre Majestät dem Gesandten gegenüber, wie bereits des Öfteren, Allerhöchstihrem Interesse für China und für Alles, was aus dem „Reiche der Mitte" komme, Ausdruck gab.

Alle zur Feier nach Berlin gekommenen Abgesandten der fremden Staaten erhielten hohe Ordensauszeichnungen. Von diesen Gesandten in außerordentlicher Mission hatte sich besonders der vom Papst gesandte Monsignore Galimberti eines ausgezeichneten Empfanges zu erfreuen.

Tief bewegt von den unzähligen Beweisen der Liebe und Zuneigung, die ihm dargebracht, gab der Monarch seinen Dank in einem an den Reichskanzler gerichteten Erlaß Ausdruck, in welchem er sagte:

„Es ist eine wunderbare Fügung des Himmels, daß Mir nach so vielen unvergeßlichen Erinnerungstagen auch noch vergönnt gewesen ist, am 22. März Mein neunzigstes Lebensjahr zu vollenden. In demütigem Ernste erkenne Ich die Gnade Gottes, welche Mich diesen Tag hat erleben lassen, welche Mir in so hohem Alter die Kraft zur Erfüllung Meiner Fürstlichen Pflicht erhalten hat, welche Mir das Glück gewährt, noch den Lebensabend mit Meiner geliebten Gemahlin zu teilen und auf eine kräftig emporwachsende Nachfolge von Kindern, Enkeln und Urenkeln zu schauen.

Neunzig Jahre eines menschlichen Lebens, welch' eine lange Spanne Zeit! Wenn Ich sie im Geiste an Mir vorübergehen lasse, so will es Mir oft kaum faßlich erscheinen, was Ich Alles erlebt, erfahren und errungen habe. Die göttliche Vorsehung hat Meine Wege, wenn auch nicht ohne schwere Prüfungen, sicher geleitet und zu glücklichen Zielen geführt. Gottes reichster Segen hat auf Meiner Arbeit geruht.

In frühester Jugend habe Ich die Monarchie Meines tiefgebeugten Vaters in ihrer verhängnisvollen Heimsuchung gesehen. Ich habe aber auch die hingebendste Treue und Opferfreudigkeit, die ungebrochene Kraft und den unverzagten Mut des Volkes in den Tagen seiner Erhebung und Befreiung kennen gelernt. Jetzt in Meinem Alter blicke Ich, nach so manchen Wechselfällen Meines Lebens, mit Stolz und Befriedigung auf die großen Wandlungen, welche die ruhmvolle Vergangenheit der jüngsten Zeit, ein unvergängliches Zeugnis deutscher Einigkeit und aufrichtiger Vaterlandsliebe, in Deutschland geschaffen hat. Möge Unserem teueren Vaterlande die lang ersehnte Errungenschaft, wie Ich es zuversichtlich hoffe, in ungestörter, segensreicher Friedensarbeit zu stets wachsender Wohlfahrt aller Klassen der Nation gereichen!

In wohlthuender Erinnerung an eine solche ereignisreiche Vergangenheit gewinnt die neunzigste Wiederkehr Meines Geburtstages die Bedeutung eines Mir unvergeßlichen Festtages. Von Gemeindeverbänden, größeren wie kleineren Umfangs, von Kollegien, Korporationen und Genossenschaften jeder Art, von wissenschaftlichen und Kunst-Instituten, von Anstalten und einzelnen Personen bin Ich in der herzlichsten Weise beglückwünscht worden. Künstler, bildende wie darstellende, Studierende der deutschen Universitäten, Akademieen und technische Hochschulen, Krieger-, Turn-, Bürger- und andere Vereine, Gilden und Innungen haben in der verschiedensten Weise ihre treue Anhänglichkeit an Mich kundgethan. Durch festliche Veranstaltungen und Festversammlungen ist der Tag aller Orten verherrlicht worden. Der Umfang und die Mannigfaltigkeit dieser beredten Beweise von Liebe und Verehrung ist so groß gewesen, daß sich die Feier des Tages zu einer nationalen Huldigung für Mich gestaltet hat.

Nicht vermag Ich Allen, welche Mir so liebevolle Aufmerksamkeiten erwiesen haben, im Einzelnen dafür zu danken. Tief ergriffen von solcher durch alle Schichten der Bevölkerung gehenden Bewegung, kann Ich nur der Gesamtheit zu erkennen geben, welche ungemeine Freude Mir Jeder an seinem Teile bereitet hat, und wie tief Mein Herz von innigster Dankbarkeit für alle diese patriotischen Kundgebungen erfüllt ist.

Es giebt wahrlich für Mich kein größeres Glück, kein erhebenderes Bewußtsein, als zu wissen, daß in solcher Weise die Herzen Meines Volkes Mir entgegenschlagen.

Möge Mir diese Treue und Anhänglichkeit als ein teueres Gut, welches die letzten Jahre Meines Lebens hell erleuchtet, erhalten bleiben! Mein Sinnen und Denken aber soll wie bisher, so auch ferner für die Zeit, welche Mir zu wirken noch beschieden sein wird, darauf gerichtet sein, die Wohlfahrt und Sicherheit Meines Volkes zu heben und zu fördern.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

Berlin, den 23. März 1887.

Wilhelm.

An den Reichskanzler.

* * *

Ein aufregender Vorfall, der sich in den letzten Tagen des April an der deutsch-französischen Grenze bei Pagny zutrug, führte zu einer Spannung mit Frankreich, die nur durch die Besonnenheit und Mäßigung der deutschen Regierung in den gebührenden Grenzen gehalten wurde. Veranlassung zu dem unangenehmen Zwischenfall gab die Verhaftung des französischen Polizei-Kommissars Schnäbele durch deutsche Kriminalbeamte.

Obwohl in Paris von dem Augenblicke an eine ruhigere Auffassung des Streitfalles eingetreten war, da Graf Leyden der französischen Regierung erklärt hatte, daß die Sache untersucht und im Einverständnis mit der französischen Regierung geregelt werden solle, so hielt es der Ministerpräsident Goblet doch für notwendig, die bereits angesetzte Lohengrin-Aufführung im Pariser Edentheater zu verbieten, um etwaigen deutsch-feindlichen Kundgebungen vorzubeugen. Die öffentliche Meinung in Frankreich hielt daran fest, daß Schnäbele über die Grenze gelockt worden sei, und in diesem Sinne war auch der Bericht des französischen Generalprokurators Sadoul abgefaßt. Schnäbele sei infolge der Aufforderung des Polizei-Kommissars Gautsch in Ars a. d. Mosel an die Grenze bei Novéant zu einer Besprechung gekommen, nachdem er sich dort schon einmal vergeblich eingefunden hatte. Da Gautsch noch nicht anwesend war, so habe Schnäbele, ohne Zweifel in der Zerstreuung, die Grenze um einige Meter überschritten, und sei dann sogleich von einem Mann in grauem Kittel angefallen, und, nachdem er sich auf französisches Gebiet zurückgezogen und noch

ein zweiter Polizeiagent im grauen Kittel hinzugekommen, dort verhaftet worden.

Dem gegenüber stellte ein Bericht des Reichsjustizamtes an das deutsche Auswärtige Amt fest, daß die Verhaftung erwiesenermaßen auf deutschem Gebiet erfolgt sei. Über die Ursache der Verhaftung teilte der Bericht mit, daß bei der Haussuchung bei einem im Februar in Straßburg verhafteten Handelsagenten Tobias Klein drei Briefe von Schnäbele an diesen vorgefunden wurden, aus welchen hervorging, daß beide mit einander eine landesverräterische Verbindung unterhielten. Klein und der Fabrikant Martin Grebert zu Schiltingheim waren unter der Beschuldigung verhaftet worden, im Inlande Festungspläne und Nachrichten, von denen sie wußten, daß ihre Geheimhaltung der französischen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich war, dieser Regierung mitgeteilt zu haben. In den drei von Schnäbele an Klein gerichteten Briefen wird Auskunft über die Befestigungsarbeiten in Straßburg verlangt, und es ergiebt sich daraus, daß der Briefschreiber gleiche Nachrichten bereits aus Metz empfangen hat. Klein gestand, seit dem Jahre 1879 dem Polizeiagenten Hirschbauer in Paris Mitteilungen über die Lage und den Bau der Forts von Mainz und Straßburg gemacht zu haben, für welche er bis zu seiner Verhaftung ein Monatsgehalt von 200 M. bezogen habe. Seit zwei Jahren habe er seine Berichte durch Vermittelung von Picard in Nancy an den Obersten Vincent in Paris, den Chef des Nachrichtenbureaus erstattet. Infolge dieses Geständnisses erteilte der Untersuchungsrichter dem ihm beigegebenen Kriminal-Kommissar v. Tausch den Auftrag, auf den des Landesverrates beschuldigten Polizei-Kommissar Schnäbele zu fahnden, und ihn, im Falle er das deutsche Gebiet betreten sollte, zu verhaften und vorzuführen. Schnäbele gestand die Möglichkeit, daß er auf deutschem Gebiete verhaftet worden sei, selbst zu.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg." verfügte der Kaiser die Freilassung Schnäbele's, weil festgestellt war, daß sich Schnäbele infolge einer mit dem diesseitigen Polizeibeamten getroffenen amtlichen Verabredung nach der Stelle begeben habe, wo seine Verhaftung erfolgte. Derartigen dienstlichen Übereinkommen sei die Natur der Zusage freien Geleites beizulegen, da ohne eine solche Voraussetzung der amtliche Grenzverkehr nicht aufrecht zu erhalten sei. Die Freilassung erfolgte auf Grund eines vom Reichskanzler erstatteten Berichtes,

welcher mittels Schreiben vom 28. April zur Kenntniß des französischen Botschafters Herbette in Berlin gebracht wurde.

---

Ein nationaler Festtag, der für die maritime Machtstellung Deutschlands die Eröffnung einer Periode neuer Entwicklung anbahnt, war die Grundsteinlegung zum Bau des Nordostseekanals am 3. Juni 1887. Der Begründung des Seekanals, der für die Verteidigung der deutschen Küstenländer und für den deutschen Seehandel von so hervorragender Bedeutung war, wohnte der Herrscher persönlich bei. Er fuhr allein nach Kiel, da der Kronprinz wegen eines hartnäckigen Halsleidens, wie es schien, bereits am 15. April nach Bad Ems aufgebrochen war, und sich von dort nach England begeben hatte.

Der Kaiser erschien bei der Festfeier am 3. Juni in Holtenau, wo der Festakt alsbald begann. Der Platz war herrlich geschmückt, über dem Wasserspiegel der blauen Kieler Bucht erhoben sich die waldumkränzten Gelände der beiden Ufer. Nachdem die Prinzen, Minister, Bundesratsmitglieder, die Präsidenten des Reichs- und Landtages versammelt waren, erbat sich an Stelle des durch Krankheit verhinderten Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister v. Boetticher, die Erlaubnis zum Beginn der Feier, welche ein gemischter Chor mit Gesang einleitete.

Alsdann verlas der Staatssekretär, nachdem er sich tief vor dem Kaiser verneigt hatte, nachstehende Urkunde, deren eines Exemplar bereits in den zur Versenkung in den Grundstein bestimmten Kasten gelegt worden war:

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung der beiden deutschen Meere durch eine für den Verkehr der Kriegs- und Handelsflotte ausreichende Wasserstraße, ist seit langer Zeit das Ziel patriotischer Wünsche gewesen. So lange das Vaterland der Einigung entbehrte, lag dieses Ziel in unerreichbarer Ferne. Nachdem aber durch Gottes Fügung das Deutsche Reich neu erstanden war, konnte der Plan zur Herstellung jener Verbindung in der Uns seitdem beschieden gewesenen Zeit friedlicher Entwicklung festere Gestalt gewinnen.

Durch das Reichsgesetz vom 16. März 1886 ist die Verbindung beider Meere nunmehr sichergestellt worden.

Ein Bauwerk von gewaltiger Ausdehnung soll damit unternommen, ein bleibendes Denkmal deutscher Einigkeit und Kraft geschaffen und in den Dienst nicht nur der vaterländischen Schiffahrt und Wehrhaftigkeit, sondern auch des Weltverkehrs gestellt werden. Keine menschliche Voraussicht vermag die zukünftige Bedeutung dieses Baues in vollem Umfange zu ermessen; die Wirkungen desselben ragen über das lebende Geschlecht und über das zur Rüste gehende Jahrhundert hinaus.

Im Hinblick auf diese Bedeutung des vaterländischen Unternehmens haben Wir beschlossen, daß im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reichs, in Gemeinschaft mit den Vertretern des Reichstages und des preußischen Landtages, der Grundstein zum Bau des Nord-Ostsee-Kanals, und zwar an der Stelle gelegt werde, an welcher sich in Zukunft die Eingangsschleuse bei Holtenau erheben wird.

Möge der Bau dem deutschen Vaterlande, möge er den Elbherzogtümern zu Heil und Segen gereichen! Möge durch ihn das Gedeihen der deutschen Schiffahrt und des deutschen Handels, die friedliche Entfaltung des Weltverkehrs, die Stärkung der vaterländischen Seemacht und der Schutz unserer Küsten kräftig gefördert werden! Das walte Gott in Gnaden!

Gegenwärtige Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchsteigenhändigen Namensunterschrift vollzogen und mit Unserem größeren Kaiserlichen Insiegel versehen lassen.

Wir befehlen, die eine Ausfertigung mit den dazu bestimmten Schriften und Münzen in den Grundstein der Schleuse bei Holtenau niederzulegen, die andere in Unserem Archiv aufzubewahren.

Gegeben Holtenau, den 3. Juni 1887."

Dann überreichte der Präsident des Reichstages Seiner Majestät mit einigen Worten den Hammer. Unter lautloser Stille der Tausende, welche den weiten Festplatz füllten, vollzog der Hohe Herr die drei Hammerschläge und begleitete sie mit den Worten:

„Zur Ehre Deutschlands, zu seinem immerwährenden Wohle, zur Größe und zur Macht des Reiches!"

Nach diesen Worten brachen die Herren und Damen der Tribünen in einen lauten Jubel aus, der zwar nicht auf dem Programm stand,

aber doch treu gemeint war, und deshalb wohl auch von dem Hohen Herrn, dem er galt, gern vernommen wurde. Inzwischen hatte Prinz Wilhelm den Hammer ergriffen, zunächst für den Kronprinzen, dann für sich selbst; es folgten Prinz Heinrich und Prinz Leopold. Der Festlichkeit folgte eine imposante Flottenrevue bei Kiel.

---

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Kronprinz Friedrich Wilhelm in Folge seiner Erkrankung an der Teilnahme der Nordostseekanal-Feier verhindert war. Am 15. April hatte sich der Hohe Herr auf ärztlichen Rat nach Ems begeben, um ein hervorgetretenes Halsleiden zu bekämpfen.

Die Kur hatte keinen Erfolg.

Am 15. Mai nach Potsdam zurückgekehrt, unterwarf sich der Patient einer genauen Untersuchung; es wurde festgestellt, daß eine bösartige Geschwulst in der Gegend des linken Stimmbandes bestand, und daß dieselbe die Anzeichen der Krebskrankheit trage. Professor von Bergmann erklärte, es müsse zur Spaltung des Kehlkopfes geschritten, und die erkrankten Teile müßten entfernt werden.

Darauf verlangte der Reichskanzler ein dem geheimen Staatsarchiv einzuverleibendes, wissenschaftlich begründetes Gutachten und die Ausfertigung einer Liste der anerkanntesten Laryngologen. Bergmann übergab das schriftliche Gutachten und die verlangte Liste, auf welcher drei Specialisten, darunter Dr. Makenzie in London, genannt waren. Letzterer, welcher schon vorher von der Königin Viktoria empfohlen worden sein soll, wurde für die weitere Behandlung des Kronprinzen gewählt. Er bekämpfte nach wiederholter Untersuchung die Ansicht der Berliner Aerzte und erklärte die im Kehlkopf des Kronprinzen befindliche Wucherung nicht für einen Krebs, sondern für eine Warze auf entzündeter Schleimhaut, die durch eine Operation vom Munde aus beseitigt werden könne, während die anderen Aerzte eine Operation von außen verlangten. Letztere blieben zwar bei ihrer Ansicht, fanden aber kein Gehör. Makenzie entfernte am 17. und 21. Mai und am 8. Juni kleine Wucherungen, und übergab Teilchen derselben dem Professor Virchow zur mikroskopischen Untersuchung, woraus sich die Begutachtung derselben ergab. Der Hauptsitz der Krankheit war unterhalb der Stimmbänder. Der Umstand, daß nicht sogleich alle inneren Teile von der Krankheit ergriffen wurden, erweckte in Makenzie den Glauben, daß das Leiden nicht bösartig sei. Er

bedachte dabei aber nicht, daß, selbst wenn einige gutartige Teile im Stimmband vorhanden waren, dies nicht zu dem Schluß berechtige, daß die Krankheit gutartiger Natur und heilbar sei.

Virchow war vorsichtig genug zu erklären, daß auf Grund einer nur partiellen Untersuchung ein Urteil über die Gesamtlage nicht abgegeben werden könne.

Juni

Am 10. ~~Januar~~ fand beim Deutschen Kronprinzen eine neuerliche ärztliche Konsultation statt, nachdem der wieder in Berlin anwesende englische Dr. Makenzie zwei Tage zuvor abermals ein Teilchen der Wucherung entfernt hatte, das dem Geheimrat Virchow zu abermaliger mikroskopischer Untersuchung übergeben worden war. Auch das zweite Gutachten Virchow's bezeichnete die Neubildung als durchaus unbedenklich, nämlich als einfache pachydermia varicosa (Warze). Die Ergebnisse der letzten sehr eingehenden ärztlichen Untersuchung deuteten auf langsame, doch bestimmt zu erwartende Besserung der örtlichen Erkrankung hin, dabei war das Allgemeinbefinden ein durchaus zufriedenstellendes. Auf Wunsch des Kaisers und des Kronprinzen wurde während des Aufenthalts in England, im Einverständnis mit den, den Kronprinzen begleitenden deutschen Aerzten, die Behandlung durch Dr. Makenzie fortgesetzt. Am Abend des 13. Juni trat der Kronprinz mit seiner Familie die Reise nach England an, um dort der Feier des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums der Königin Viktoria beizuwohnen. Während seines Aufenthaltes in England und Schottland war Makenzie bemüht, die deutschen Aerzte von der Behandlung des Kronprinzen ganz auszuschließen. Inzwischen verschlechterte sich der Zustand des erlauchten Kranken immer mehr. Weder der Aufenthalt in Tyrol, noch der am Lago Maggiore im Spätsommer und Herbst, vermochten dem Fortschreiten des Übels Einhalt zu thun. Am 3. November siedelte die Kronprinzliche Familie von Baveno nach San Remo über.

Kaum hatte der Kronprinz am 27. Oktober für die Glückwünsche zu seinem Geburtstage, die aus allen Teilen Deutschlands in Baveno eingelaufen waren, und für die „angesichts seiner fortschreitenden Genesung ihm bezeigten teilnehmenden Gesinnungen" seinen Dank ausgesprochen, so lief die Nachricht ein, daß sich im Halse desselben ernste Symptome eingestellt hätten, und daß Makenzie, telegraphisch berufen, am 6. November in San Remo eingetroffen sei. Derselbe fand bei der Untersuchung des Kronprinzen im Kehlkopf, einen halben Zoll

unter den Stimmbändern, eine neue Wucherung von bösartigem Charakter und größerer Ausdehnung, deren Operation nicht von Innen, vom Munde aus, vorgenommen werden konnte. Nun wollte er die Behandlung, beziehungsweise die Verantwortung nicht mehr allein übernehmen und beantragte selbst die Zuziehung weiterer Specialisten, des Professors Dr. Schrötter aus Wien und des Privatdocenten Dr. Krause aus Berlin. Nach Ankunft der letzteren untersuchten die drei Ärzte am 9., 10. und 11. November den Kehlkopf des Kronprinzen. Sie waren darin einig miteinander, daß das Leiden desselben der Kehlkopfkrebs sei, waren aber in der Frage der Behandlung dieses Krebses verschiedener Ansicht. Schrötter, welcher nur in der Ausschneidung des ganzen Kehlkopfes eine Möglichkeit von Rettung sah, erhielt von seinen Kollegen den Auftrag, dem Kronprinzen den wahren Sachverhalt mitzuteilen, und die ärztlichen Gutachten vorzulegen. Dieser, welcher auch in diesem verhängnisvollen Augenblick nicht die Besonnenheit, die Ergebung und das Gottvertrauen verlor, zog sich auf kurze Zeit zurück und entschied sich dann gegen die sofortige Vornahme des Kehlkopfschnittes.

Kaiser Wilhelm war durch die über die Krankheit seines Sohnes erstatteten Berichte tief erschüttert. Er gab dem Staatsministerium Kenntnis, berief den Reichskanzler nach Berlin, um zu beraten, welche gesetzliche Anordnungen in diesem Falle zu treffen seien.

Von allen Seiten her kamen Kundgebungen der tiefsten Teilnahme, Hunderte von Heilmitteln und Rezepten liefen täglich bei dem hohen Patienten in San Remo ein, man erschöpfte sich in allen möglichen Vorschlägen und bat die Ärzte bald dies, bald das Verfahren zur Heilung zu versuchen. In den Kirchen des Landes begannen die Gebete für die Erhaltung des Lebens des teuren Kranken. Darauf wurden diejenigen Ärzte, welche den Kronprinzen im Frühjahr behandelt hatten, Bergmann, Gerhardt, Tobold, Wegner, und deren schon damals ausgesprochene Ansicht jetzt erst zur Geltung kam, in das königliche Hausministerium berufen, wo sie unter dem Vorsitz des Grafen Stolberg-Wernigerode eine Besprechung mit Dr. Schmidt hatten. Diese Ärzte billigten das Gutachten von San Remo und stellten für die weitere Behandlung des Kronprinzen gewisse leitende Gesichtspunkte auf. Eine amtliche Mitteilung des „Reichsanzeigers“ vom 14. November konstatierte das Vorhandensein einer bösartigen Neubildung, welche vorwiegend unter dem linken Stimmbande und an

der Hinterwand des Kehlkopfes sitze, aber auch schon nach der rechten Seite sich ausgedehnt habe; das Allgemeinbefinden sei dadurch noch nicht beeinträchtigt; aber nachdem der Kronprinz sich gegen das Herausnehmen des ganzen Kehlkopfes entschieden habe, werde in längerer oder in kürzerer Zeit durch das Auftreten von Athemnot der Luftröhrenschnitt und die Einlegung der Kanüle notwendig werden; die versammelten Ärzte hatten es für rätlich gehalten, daß der Kronprinz den Winter im Süden zubringe, weil der Aufenthalt daselbst es eher ermöglichen werde, die Körperkräfte auf dem jetzigen Stande zu erhalten; es sei Vorsorge getroffen, daß für den Fall des Bedürfnisses eine bewährte chirurgische Kraft in San Remo zur Stelle sei. Zu diesem Zwecke wurde Dr. Bramann, der erste Assistent der Berliner chirurgischen Universitätsklinik, nach San Remo geschickt.

---

Am 8. und 9. August feierte die Universität Göttingen das 150jährige Jubiläum ihres Bestehens mit Festkommers, Festmahl und einem großen Aufzug. In der zahlreich von ehemaligen Universitätsangehörigen besuchten Festfeier pulsierte ein fröhliches akademisches Leben und ein heiterer und ungebundener kollegialischer Ton. Bei dem Festessen hielt Minister von Goßler die Rede auf die Georgia Augusta; in seiner stets vom Schwunge feurigster Rhetorik getragenen Vortragsweise bemerkte der Minister alsbald in Beginn seiner Auslassung:

„In die Jubelrufe mischen sich ernstere Töne. Gilt es doch zu feiern die Hochschule, die unter den Ehrentiteln ihres Ruhmesschildes den Namen „der Königin unter den Universitäten" führt — einer unserer deutschen Universitäten, welche, viel bekämpft, oft geschmäht, von uns als die edelsten Erzeugnisse deutschen Geistes gehegt werden, an denen unser Volk unentwegt festhalten wird, so lange es fähig und entschlossen ist, die Quellen seines Wissens und Könnens rein und lauter zu erhalten.

Zu allen Zeiten hat die Gründung einer deutschen Hochschule einen Abschnitt gebildet in der Geschichte der Wissenschaften, oft in der Gestaltung des gesamten Kulturlebens, nicht selten in der Entwicklung der Kirchen und Staaten. Als das Jahrhundert des brudermörderischen Krieges zur Rüste ging, die geistigen und materiellen Kräfte der Nation auf ewig erschöpft schienen, die Gottesgelahrtheit unduldsam im Streite über Lehrmeinungen das Reich des Friedens in das Gegenteil verkehrte, die Rechtswissenschaft dem Leben des Volkes sich entfremdete

und die klassischen Studien in der geschraubten Nachahmung antiker Formen ihre Vollendung suchten, — da erwachte die Ahnung einer neuen Weltanschauung; als um die Wende des Jahrhunderts an den Ufern der Saale an den Fesseln rostiger Ueberlieferung gerüttelt wurde, — da ward die Errichtung der Georgia Augusta zur erlösenden That."

Bei dem Kommers erhob der Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, das Glas zu einem ebenso sinnreichen als begeisterten Trinkspruch auf Deutschlands Heldenkaiser. „Indem ich Sie, Kommilitonen der Georgia Augusta, hier von ganzem Herzen willkommen heiße, drängt es mich, Ihnen Allen meinen Dank auszusprechen aus vollem Herzen, daß, nachdem Sie heute Morgen auf Se. Majestät ein Hoch ausgebracht, Sie auch für mich ein Hoch übrig hatten. Die Art und Weise, wie diese Klänge an mein Ohr gedrungen sind, ist so, daß dieselben unauslöschlich in meiner Erinnerung eingeprägt sind. Die hier so zahlreich versammelten Kommilitonen sind ein beredtes Zeugnis, daß die Anhänglichkeit an die Alma mater Georgia Augusta lebendig ist, daß weder Zeit noch Raum die schönen Bande lösen und Ihnen die Spannkraft nehmen kann, die in gemeinsamer Arbeit zwischen Lehrkörper und Studirenden und unter den Studirenden selber bestehen muß. Sie Alle sind hier gewesen oder sind noch hier, um sich vorzubereiten zu einem Berufe, sei es zu einem vererbten, sei es zu einem selbsterwählten, nachdem Sie am Born der Wissenschaft geschöpft haben, um sie wieder zum Wohle und Besten der Wissenschaften zu verwenden, oder um der Kirche oder dem Staate zu dienen. Zum Berufe aber gehört die Pflichttreue, und nun, meine Herren, wir haben, Gott sei gedankt, ein Beispiel von höchster Pflichttreue: das ist des Kaisers Majestät. Wir sind erfüllt von Dankesgefühlen gegen Gott im Hinblick auf unseren mehr als 90jährigen Herrn; erheben wir unsere Gläser in dem Gefühle, daß, was auch kommen möge, in uns, und, Gott gebe es, in vielen Geschlechtern, die noch kommen mögen, dieses unerreichbare Beispiel fort und fort lebe. Lassen Sie uns rufen, Se. Majestät der Kaiser, unser allergnädigster König und Herr, der Schirmherr der Georgia Augusta, er lebe hoch!"

Das erlauchte Kaiserpaar hatte aus Anlaß der Jubelfeier nachstehende Glückwunschschreiben an die Universität gerichtet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. entbieten Unserer getreuen Universität Göttingen Gruß und Huld zu

der Feier ihres anderthalbhundertjährigen Jubiläums. Tief bewegt gedenken Wir der gnädigen Wandlungen, durch welche seit Begründung dieser hohen Schule Gottes Ratschluß die Geschicke Deutschlands geführt hat. Über allem Wechsel der Zeiten ist die Georgia Augusta stets erfüllt geblieben von ihrer edlen Aufgabe, zu sein inmitten des wackeren Volksstammes, der mit Stolz auf sie hinschaut, eine Pflanzstätte deutscher Wissenschaft und deutscher Gesittung. Ruhmreiche Geistesthaten stehen verzeichnet in ihrer Geschichte und unter Deutschlands Männern zählen der Besten viele zu ihren dankbaren Söhnen. Möge es ihr allezeit beschieden sein, ihr erhabenes Friedenswerk fortzuführen zum Heile der Wissenschaft und zum Segen des Vaterlandes.

Urkundlich gegeben unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insiegel.

Gegeben Bad Gastein, den 7. August 1887.

gez. Wilhelm."

„Ich bitte Sie, den akademischen Behörden den Ausdruck Meiner vollen Teilnahme an der Göttinger Universitätsfeier zu übermitteln. Möge die an ehrenvollen Leistungen reiche Vergangenheit dieser deutschen Bildungsstätte ihr erfolgreiches Gedeihen und Wirken für die fernste Zukunft verbürgen.

gez. Augusta."

---

Am 23. September war der Tag, an welchem Fürst Bismarck auf eine 25jährige Thätigkeit als Minister zurückblickte. Mit Recht wurde dieser Tag in Versammlungen nationalgesinnter Männer und in der Presse warm hervorgehoben, und der Verdienste des großen Staatsmannes ehrenvoll gedacht. Der Kanzler erhielt vom Kaiser eine kostbare Vase mit dessen Bild zum Geschenk. Die Prinzen Wilhelm und Heinrich von Preußen statteten ihm in Friedrichsruhe einen Besuch ab. Ein großer Teil der deutschen Presse feierte den Tag durch patriotische Betrachtungen. Aus allen Teilen Deutschlands sowie aus dem Auslande, namentlich aus Österreich, Italien und England gingen zahlreiche Begrüßungen ein; unter den Telegrammen befanden sich die Glückwünsche der Kaiserin Augusta, des Kronprinzen und seiner Gemahlin, verschiedener deutscher Souveräne und ihrer Minister. Besonders freundliche Zuschriften erhielt der Fürst vom Könige von Italien und dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi.

---

Das Jahr 1887 war in seinen letzten Monaten Zeuge eines Besuches des Kaisers Alexander III. bei Kaiser Wilhelm I. in Berlin am 18. November. Die äußere Anregung zu diesem Besuch gab die Krankheit der Kaiserlichen Kinder, welche in Kopenhagen von den Masern ereilt worden waren. In Folge des verspäteten Aufbruches von Kopenhagen konnte der Wasserweg nicht mehr benutzt werden. Der kurze Besuch in der deutschen Hauptstadt war dadurch ein Ereignis von ungewöhnlichem Interesse, als sich an dasselbe eine Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Zaren anschloß. Der russische Botschafter in Berlin, Graf Schuwalow, hatte dieselbe vermittelt. In dieser Unterredung klärte der deutsche Staatsmann den anfänglich etwas verstimmten russischen Herrscher darüber auf, daß man ihm gefälschte Dokumente in der bulgarischen Angelegenheit unterbreitet und völlig ohne Grund die deutsche Politik als russenfeindlich verdächtigt habe. Wie man bald darauf erfuhr, hatte Kaiser Alexander, nachdem er sich von der Nichtswürdigkeit des Manövers, durch das er getäuscht worden war, überzeugt, angeordnet, daß die gefälschten Berichte dem Reichskanzler mitgeteilt würden. Die „Kölnische Zeitung" führte aus, daß die Leitung dieser gefälschten diplomatischen Korrespondenzen in orleanistischen Händen lag, daß dieselben dem Zaren wohl bei seiner langdauernden Anwesenheit in Kopenhagen vorgelegt wurden, und daß Berliner Hofkreise mitgewirkt hatten, um dem Zaren die falsche Meinung beizubringen, daß Bismarck eine Politik gegen die eigentlichen Wünsche seines Kaiserlichen Herrn treibe, der gleichwohl den verdienten Kanzler gewähren lasse, aber unter dieser Duldung schwer leide. Der „Pester Lloyd" fügte hinzu, Kaiser Alexander habe nach den ihm vom Reichskanzler gegebenen Aufklärungen in sehr bestimmter Weise versichert, daß er überhaupt die Erhaltung des Friedens wünsche und jetzt sehr gern die Versicherung wiederhole, daß ihm weder ein Angriff gegen Deutschland, noch die Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Koalition in den Sinn komme. Die nächste Folge dieser Unterredung war der Befehl des Zaren, daß die russische Presse keine deutschfeindlichen Artikel veröffentlichen solle.

Im deutschen „Reichs- und Staatsanzeiger" wurde ferner dazu bemerkt: „Die deutsche Regierung, welche bemüht ist, bei den befreundeten Mächten das Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit und Offenheit zu erhalten, hat ein lebhaftes Interesse daran gehabt, die Unechtheit der

Aktenstücke festzustellen und öffentlich zu bekunden. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß zwischen Ihrer Königlichen Hoheit der Gräfin von Flandern und dem Prinzen Ferdinand von Coburg niemals eine Korrespondenz irgend einer Art stattgefunden hat, und daß eine politische Eröffnung, wie die dem Botschafter Prinzen Reuß zugeschriebene, von diesem niemals gemacht worden ist. Auch die Beziehungen, welche anderen hohen Herrschaften in den Aktenstücken zugewiesen worden, haben sich als Erfindungen herausgestellt. Die Aktenstücke sind darnach von bisher unermittelten Personen lediglich zu dem Zwecke, Mißtrauen zwischen europäischen Mächten hervorzurufen, ohne jede thatsächliche Unterlage, erfunden und zusammengestellt worden."

---

In gewisser Beziehung zu dem Fall Schnäbele standen die drei im Monat Juni in Leipzig vor dem Reichsgericht verhandelten Hochverratsprozesse gegen acht Angeklagte aus dem Elsaß. Dieselben, auf deutschem Boden ansässig, waren der Agitation und Spionage angeklagt; sie sollten nach der Anklageakte dem Unternehmen, einen Teil von Elsaß-Lothringen einem fremden Staat, d. h. Frankreich, gewaltsam einzuverleiben, Vorschub geleistet haben. Vier von ihnen wurden zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt, ein Umstand, den die Patriotenliga in Paris dazu benutzte, um die Gefangenen zu Ehrenvorsitzenden ihres Vereins zu wählen.

Im zweiten Prozeß derselben Art wurden drei Individuen verurteilt; einer von ihnen war Bauführer bei den Festungsbauten in Straßburg, der andere hatte die Pläne, die er von jenem erhielt, dem französischen Nachrichten-Bureau übermittelt. Beide wurden zu Zuchthausstrafe verurteilt, worauf in Paris eine wahre Deutschenhetze in Szene gesetzt wurde. Der Schuldige in einem dritten Prozeß war ein Kanzleibeamter Cabannes, der die Berichte über Straßen, Bauten, Eisenbahnen, Bevölkerung und Stimmung im Reichslande einem fremden Agenten in die Hände gespielt und ihn versteckt gehalten hatte. Er wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Alle diese Vorgänge beschäftigten lebhaft die öffentliche Meinung in Frankreich in fieberhafter Weise, und riefen in der Presse Stürme der Entrüstung hervor, die auch in einzelnen russischen Blättern ihren Wiederhall fanden.

---

Das deutsche Kolonialwesen erfuhr im Jahre 1887 mehrfach Erweiterungen.

Die deutsche Kolonialgesellschaft, durch die Anerkennung der Mächte gesichert, ging nunmehr rührig an die Arbeit.

Dr. Peters wurde als Geschäftsführer nach Sansibar gesandt, um die Unterhandlungen mit dem Sultan behufs Einrichtung eines streng geordneten Zollwesens zu Ende zu führen. Zu diesem Zwecke sollte der ganze, der deutschen Interessensphäre vorgelagerte, dem Sultan gehörige Küstenstreifen in Pacht genommen werden. Nach anfänglich günstigem Verlaufe gestalteten sich die Verhandlungen zu höchst schwierigen. Dr. Peters wurde abgerufen und durch Herrn Vohsen ersetzt, dem auch die Regierung ihrerseits zwar Vollmachten erteilte, den sie aber in allen, die internationale Politik berührenden Angelegenheiten, doch dem General-Konsul unterstellte. Zufällig war die deutsche Flotte zu dieser Zeit in den ostafrikanischen Gewässern nicht vertreten, die Verhandlungen zogen sich in die Länge, und der Sultan starb darüber.

Erst sein Nachfolger, Sayid Chalifa ben Said, unterzeichnete bald nach seiner Thronbesteigung, am 28. April 1888, einen Vertrag, in dem der ostafrikanischen Gesellschaft alle Gewalt über die dem Sultan auf dem Festlande südlich vom Umba-Flusse zustehenden Territorien nebst dem Rechte, Steuern zu erheben, Beamte einzusetzen, Verträge mit anderen Häuptlingen der Eingeborenen abzuschließen, alle Häfen zu benutzen und Zollhäuser zu errichten, sowie Abgaben von den ein- und auslaufenden Schiffen zu erheben, eingeräumt wurde.

Der Verkehr Deutschlands mit dem ostafrikanischen Schutzgebiete wurde inzwischen so bedeutend, daß von der neuen Kolonialgesellschaft der Antrag auf Errichtung einer Reichs-Dampferlinie nach Sansibar gestellt wurde.

---

Im Reichsland war in dieser Zeit wiederholt von Seiten der Bevölkerung dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, Elsaß-Lothringen möchte in staatsrechtlicher Beziehung den übrigen deutschen Staaten gleich gestellt werden.

Der Statthalter Fürst Hohenlohe hatte darauf mit dem Hinweis geantwortet, daß diesem Wunsche voraussichtlich erst dann gewillfahrtet werden würde, wenn die verbündeten Regierungen und die deutsche Nation die Überzeugung gewonnen habe, daß man im Reichs-

lande den bestehenden Rechtszustand anzuerkennen entschlossen sei. Als Belag dafür müsse angesehen werden, daß keine Protestler mehr in den Reichstag gewählt würden, welche sich gegen den Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland auflehnten.

In ähnlicher Weise wie der Statthalter, sprach sich der Verwalter des Bistums Straßburg aus, der in einem Rundschreiben an die Geistlichkeit seiner Diözese die Wahlagitationen einzelner Pfarrer verurteilte und hervorhob, daß dieselben weder den Gedanken des heiligen Vaters, noch den Instruktionen, die er persönlich auf Befehl des heiligen Vaters erlassen habe, entsprächen. — Aber diese wohlgemeinten Ratschläge blieben ohne Erfolg. Der Wunsch des Papstes wurde von der Geistlichkeit ignorirt, und der Bevölkerung statt dessen eingeredet, daß im Frühjahr der Krieg ausbrechen, daß die deutsche Herrschaft gestürzt und das Land von den Franzosen besetzt werde, und daß Alle, welche für Deutschland gewählt, dann auf eine Proskriptionsliste gesetzt werden würden. So kam es denn Dank dieser Agitation dahin, daß bei den Wahlen zum neuen Reichstag im Februar die meisten Bürgermeister im Interesse der Protestpartei agitirten, und daß wie in den Jahren 1881 und 1884, nur Protestler und Klerikale gewählt wurden. Die drei größten Städte, Straßburg, Metz, Mühlhausen hatten sich für die Losreißung des Landes von Deutschland ausgesprochen.

---

Dem Reichstag wurde kurz vor den Weihnachtsferien am 16. Dezember der Entwurf eines neuen Landwehr- und Landsturmgesetzes vorgelegt, das den Zweck hatte, für die Landwehr ein zweites Aufgebot wieder herzustellen und damit die Dienstpflicht bis zum 39. Lebensjahr zu verlängern. Hierdurch wurden sechs bisher dem Landsturm angehörige Jahrgänge wieder für das Heer der zweiten Linie bereit gestellt.

Durch die Erhöhung der Dienstpflicht der Ersatzreservisten, durch die Bildung einer Landwehr 2. Aufgebots und durch die Erweiterung der Landsturmpflicht vermehrte dieses Gesetz die Stärke des deutschen Heeres und führte demselben etwa eine halbe Million neuer Streiter zu. Während bisher nur eine beschränkte Anzahl von Ersatzreservisten zu Übungen von jährlich 18 Wochen beigezogen wurden, sollten künftig alle für die Ersatzreserve bestimmten Mannschaften militärisch ausgebildet werden, und im Ganzen 20 Wochen üben. Im ersten Jahr 10,

dann 6, zuletzt 4 Wochen; sie konnten jährlich einmal, und zwar zu den im Frühjahr stattfindenden Kontrollversammlungen herangezogen werden; die Zugehörigkeit zur Ersatzreserve (Ersatzreservepflicht) dauerte 12 Jahre, also gewöhnlich vom 20. bis zum 32. Lebensjahre; nach Ablauf der Ersatzreservepflicht treten die Ersatzreservisten, welche die Übungen mitgemacht haben, zur Landwehr 2. Aufgebots, die übrigen Ersatzreservisten zum Landsturm 1. Aufgebots über. Die bisherige Einteilung in Ersatzreserve 1. und 2. Klasse wurde aufgehoben, die Landwehr wurde in 2 Aufgebote eingeteilt, wovon das erste wie bisher, eine fünfjährige Dienstpflicht hat, alle Mannschaften, welche ihre Dienstpflicht im stehenden Heere abgeleistet haben, umfaßt und zur eigentlichen Feldarmee gezählt wird. Die Landwehr 2. Aufgebots, welche alle gedienten Mannschaften vom 32. bis 39. Lebensjahre umfaßt, also alle Landwehrleute 1. Aufgebots und alle gedienten Ersatzreservisten, sollten im Frieden nicht zu Übungen und Kontrollversammlungen herangezogen werden und keiner Erlaubniß zur Auswanderung bedürfen; aber auch über diese Mannschaften sollten Stammrollen geführt werden. Zum Landsturm 1. Aufgebots gehören die nicht gedienten Mannschaften bis zum 39. Lebensjahre, zum 2. Aufgebot alle Mannschaften vom 40. bis zum 45. Lebensjahre. Die Dienstpflicht für den Landsturm, welche bisher mit dem 42. Lebensjahre zu Ende war, wurde somit um 3 Jahre verlängert und die Grenze der Fähigkeit, mit ausreichender körperlicher Rüstigkeit der Verteidigung des Vaterlandes zu dienen, weiter hinausgerückt.

Das deutsche Heer sollte also künftig bestehen: aus den aktiven Soldaten (3 Jahre Dienstzeit); aus den Reservisten (4 Jahre Dienstzeit); aus der Landwehr 1. Aufgebots (5 Jahre Dienstzeit); aus der Landwehr 2. Aufgebots, früheren aktiven Soldaten und gedienten Ersatzreservisten (7 Jahre Dienstzeit); aus dem Landsturm 1. Aufgebots, welcher alle nicht gedienten Mannschaften vom 17. bis zum 39. Lebensjahre umfaßt, und dem Landsturm 2. Aufgebots (vom vollendeten 39. bis zum 45. Lebensjahr); im Falle außerordentlichen Bedarfs sollte der Landsturm zur Ergänzung des Heeres und der Marine herangezogen werden können.

Die Aufnahme, welche die Vorlage bei den verschiedenen Parteien des Reichstags fand, war eine sehr freundliche. Die letzteren stimmten alle darin überein, daß durch die Vorlage ohne nennenswerte Anstrengung für die Wehrpflichtigen im Frieden, und ohne erhebliche

Neubelastung des Militäretats in seinen laufenden Ausgaben, die Möglichkeit gegeben werde, im Augenblick der Eröffnung des Krieges, die Feldarmee um mehr als eine halbe Million geübter, kräftiger Männer zu verstärken. Darauf wurde die Vorlage einer Kommission zur Beratung übergeben.

---

# Das Jahr 1888.

Der nach Weihnachten wieder zusammengetretene Reichstag nahm den Entwurf mit wenigen Änderungen an. Die Veranlassung dazu war die politisch-militärische Zeitlage. Rußland hatte allmählich 8 Armeekorps an seiner Westgrenze versammelt, denen nur $3^1/_2$ preußische Korps gegenüberstanden. Man vermutete, daß das Czarenreich eine Eroberungspolitik einschlagen, und seine Pläne in Bezug auf Bulgarien verwirklichen könnte.

Der militärischen Begründung dieser Maßregel im amtlichen Blatte des russischen Kriegsministers, dem Petersburger „Invaliden", war das „Militär-Wochenblatt", Organ der deutschen Kriegsverwaltung, am 16. Januar durch zahlenmäßige Nachweise ausführlich entgegengetreten.

Um nun fortgesetzten Mißdeutungen der Absichten Deutschlands und Österreich-Ungarns gegenüber nachzuweisen, daß Rußland von diesen Mächten keinen Angriff zu fürchten habe und offen darüber aufzuklären, innerhalb welcher Linien erstere sich gegenseitig Schutz zugesagt haben, brachte der „Reichs- und Staatsanzeiger" an amtlicher Stelle folgende Mitteilung:

„Die Regierungen Deutschlands und der österreich-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden. Beide verbündeten Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe

des Inhalts ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen."

Nach einer beglaubigten Mitteilung waren die Hauptpunkte der Verträge, welche Deutschland und Österreich mit Italien zur Sicherung der durch den Berliner Frieden geschaffenen europäischen Lage abgeschlossen hatten, folgende:

Der zwischen Österreich und Italien zu Stande gekommene Vertrag verpflichtete:

1. Österreich zu einer wohlwollenden Neutralität, im Falle Italien in einen Krieg gegen Frankreich verwickelt würde;

2. Italien zu gleichem Verhalten während eines Krieges Österreichs gegen Rußland;

3. In Anbetracht dieser Abmachungen verpflichtete sich ferner Österreich, die italienischen Mittelmeerinteressen nach Kräften zu fördern und auf der Balkan-Halbinsel nichts zu unternehmen, ohne sich vorher mit Italien ins Einvernehmen zu setzen.

Der Vertrag zwischen Italien und Deutschland galt der Erhaltung der nationalen Selbständigkeit und Freiheit. Unter der feierlichen Versicherung, daß keiner der beiden Vertragsteile den Frieden willkürlich brechen werde, versprechen sie, im Falle der Eine oder der Andere von Frankreich angegriffen würde, einander mit der gesamten Kriegsmacht bis zum gemeinsam abzuschließenden Frieden beizustehen.

Eine dem Vertrage hinzugefügte, von den Vertretern Italiens, Deutschlands und Österreichs unterfertigte Klausel bestimmte endlich, daß, falls Frankreich und Rußland gegen Österreich und Deutschland oder auch nur gegen Deutschland allein einen gemeinsamen Angriffskrieg unternehmen wollten, die gesamte Kriegsmacht der drei verbündeten Staaten aufgewendet werden würde, um diesem Angriffe zu begegnen, und selbstverständlich auch der Friede nur gemeinsam und im gegenseitigen Einverständnisse zu schließen wäre.

Neben der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Vertrages war die Vorlage des Landwehr- und Landsturmgesetzes die Antwort auf die Truppenansammlungen Rußlands und die Rachekundgebungen Frankreichs.

Im Zusammenhange mit jenem Gesetzentwurf stand eine Vorlage über Aufnahme einer Anleihe von 278,335,562 Mark zum Zweck der Beschaffung des Mehrbedarfs an Kriegsmaterial für die durch die neue Wehrvorlage geplante Verstärkung der Kriegsmacht.

In der historisch denkwürdigen Reichstagssitzung vom 6. Februar 1888 gab Fürst Bismarck dann in einer zwei Stunden währenden Rede einen Kommentar zur politischen Lage, welche das Gesetz, betreffend Änderung der Wehrpflicht, und die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Heeresverwaltung, nötig mache. Der Reichskanzler begann unter der größten Spannung der lautlos zuhörenden Versammlung mit der Bemerkung:

Er könne durchaus nicht sagen, daß unsere politische Lage an sich, seit einem Jahre sich verschlimmert habe. In Frankreich sei auf einen friedliebenden Präsidenten ein gleich friedliebender gefolgt. Der russischen Presse lege er gegenüber der friedliebenden Gesinnung des Kaisers Alexander, in die er volles Vertrauen setze, keine Bedeutung bei. Über die Motive der russischen Truppenaufstellungen Erklärungen zu fordern, sei eine in jedem Falle mißliche Sache. Es sei wohl anzunehmen, daß die russische Politik von der Auffassung ausgehe, daß in einer eintretenden europäischen Krisis der Einfluß Rußlands umsomehr ins Gewicht falle, je mehr es seine Truppen an den westlichen Grenzen konzentriert habe. Nach einem Exkurs auf die orientalische Frage betonte der Reichskanzler, daß die Militärvorlage eine dauernde Verstärkung der Wehrkraft bezwecke und nicht von der augenblicklichen Lage bedingt sei. Der große Staatsmann gab dann in einem, vom Hause mit Spannung verfolgten historischen Rückblick ein Bild von den Kriegsgefahren, denen Preußen seit 40 Jahren ausgesetzt gewesen. Man habe im Allgemeinen doch wohl keine rechte Vorstellung von der kriegsscheuen Gewissenhaftigkeit der Monarchen und ihrer Minister, welche allein uns vor wiederholt drohenden Koalitionskriegen bewahrt hätte. Unabhängig von der augenblicklichen Lage aber müßten wir in jedem Augenblicke im Stande sein, jeder Entwicklung der politischen Verhältnisse, jeder denkbaren Eventualität und Koalition mit Ruhe entgegensehen zu können. Wir müßten auch mehr Anstrengungen machen in Bezug auf unsere militärische Ausrüstung, als jeder andere Staat, wegen unserer geographischen Lage. Die Hechte, die im europäischen Karpfenteich seien, hinderten uns, Karpfen zu werden. Der Fürst Reichskanzler ging weiter auf die Darlegung der früheren freundlichen Beziehungen Preußens und Rußlands des Näheren ein, die zuerst 1875 eine gewisse Trübung erfahren hätten. Längere Zeit verweilte der Reichskanzler bei dem Berliner Kongreß 1878. Er seinerseits hätte auf demselben jeden russischen Wunsch, der ihm

bekannt geworden, unterstützt und geglaubt, dafür den besonderen Dank Rußlands zu verdienen. Die Folgezeit habe das Gegenteil ergeben. Inzwischen sei er vor die Wahl gestellt worden, zwischen Rußland und Österreich zu optiren. So sei der Vertrag mit Österreich entstanden. Die Veröffentlichung desselben enthalte um so weniger eine Drohung, als derselbe der russischen Regierung längst bekannt sei. Der Bündnisvertrag entspreche inzwischen den dauernden Interessen beider Staaten. Die Vorlage ermögliche es, daß, wenn wir von zwei Feinden zugleich angegriffen werden sollten, wir an jeder der beiden Grenzen eine Million Soldaten aufstellen könnten, und dabei falle die große Tüchtigkeit unserer Armee, insbesondere unseres Offizier- sowie auch unseres Unteroffizierkorps ins Gewicht. Aussicht auf sicheren Erfolg hätten wir, unserem ganzen Naturell nach, nur dann, wenn wir angegriffen würden und so eine gleiche Begeisterung wie 1870 die Nation erfülle. Inzwischen würden wir mit unseren Friedensbemühungen fortfahren, und namentlich auch den Frieden mit Rußland suchen. Der Reichskanzler beleuchtete dann die bulgarischen Verhältnisse und schloß bei einem Ausblick in die Zukunft mit dem Vertrauen auf die Mannestüchtigkeit und den Patriotismus des deutschen Volkes, indem er die denkwürdigen Worte sprach:

Wir Deutsche fürchten Gott, sonst aber Nichts auf der Welt.

Der gewaltige Eindruck der Rede, die Fürst Bismarck am 6. Februar im Reichstag hielt, spiegelte sich am deutlichsten in der Sprache der Presse und den Kundgebungen der Blätter des In- und Auslandes, die man wohl als einen Reflex der Ansichten und Gedanken, die der deutsche Reichskanzler ausgesprochen, betrachten konnte. Derselbe wurde von sämtlichen deutschen Bundesfürsten beglückwünscht. Auch von anderer Seite, vom In- und Ausland her, wurden an den leitenden deutschen Staatsmann zahlreiche Zustimmungskundgebungen gerichtet. Namentlich bethätigten auch die in überseeischen Ländern lebenden Deutschen ihre Teilnahme an der so bedeutungsvollen Rede durch die Übersendung von Glückwunschdepeschen. Schon am 8. Februar, früh 4 Uhr, ging ein solches Kabeltelegramm von den Deutschen in San Francisco und um 7 Uhr Morgens ein ebensolches aus New-York in Berlin im Reichskanzlerpalais ein, dem andere aus Ostasien und Australien folgten. Auch an anderer Stelle hatte die Rede ihren Reflex.

Bei einem Mittagsmahl, welches der Oberpräsident von Achenbach dem versammelten Brandenburgischen Provinziallandtag gab, ergriff Prinz Wilhelm das Wort zu einem Trinkspruch auf die Provinz Brandenburg, die folgendermaßen ausklang:

„Ich weiß wohl, daß im großen Publikum und speziell im Auslande mir leichtsinnige, nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputirt werden: Gott bewahre mich vor solchem verbrecherischen Leichtsinn —, ich weise solche Anschuldigungen mit Entrüstung zurück! Doch, meine Herren — ich bin Soldat, und alle Brandenburger sind Soldaten — das weiß ich. Daher lassen Sie mich mit dem Worte schließen, welches am 6. Februar unser großer Kanzler dem Reichstage zurief, der an jenem Tage das großartige Bild der, geschlossen Hand in Hand, mit der Regierung gehenden Volksvertretung uns zeigte, indem ich den Ausspruch auf die Mark Brandenburg spezialisire:

„Wir Brandenburger fürchten nur Gott und sonst Nichts auf dieser Welt!"

In dieser Gesinnung erhebe ich mein Glas und trinke es auf das Wohl der Provinz Brandenburg!"

---

Am Tage nach dem Festmahl des Oberpräsidenten v. Achenbach, liefen sehr besorgniserregende Nachrichten über die Krankheit des Kronprinzen aus San Remo ein.

Die in letzter Zeit aufgetretene und seit einigen Tagen ziemlich plötzlich angestiegene Atemnot bei dem Kronprinzen hatte sich im Laufe des 9. Februar in Folge beträchtlicher Zunahme der Schwellung der rechten Kehlkopfhälfte zu gefahrdrohender Höhe gesteigert. In Folge dessen war die sofortige Ausführung des Luftröhrenschnittes unumgänglich geworden. Die Operation, von Dr. Bramann um 3¼ Uhr Nachmittags ausgeführt, verlief in kürzester Zeit ohne jeden störenden Zwischenfall.

Die am 10. und 11. Februar eingegangenen telegraphischen Meldungen ließen alle erkennen, daß der Verlauf der Wundkrankheit ein normaler, und daß auch das Allgemeinbefinden ein den Verhältnissen nach gutes sei. Es war kein Fieber vorhanden, der Puls war ruhig, Atmung und Schlucken frei. Der Kronprinz hatte auch Schlaf in den Nächten.

Auch die Meldungen, die später eingingen, bestätigten den gutartigen Verlauf des weiteren Krankheitsprozesses. — Aber schon nach

einigen Tagen lauteten die Nachrichten wiederum sehr traurig. Der beständige Hustenreiz, sowie der blutuntermischte Auswurf, legte die Befürchtung nahe, daß die Lunge bei der Krankheit in Mitleidenschaft gezogen sei. Aus diesem Grunde wurde auch ein hervorragender Arzt auf dem Gebiet der inneren Klinik, Geheimer Rat Prof. Dr. Kußmaul, nach San Remo berufen. Derselbe fand bei der ersten Untersuchung der Lunge und der Luftwege allerdings nichts Krankhaftes, konstatierte aber, daß der Auswurf aus dem kranken Kehlkopf herrühre, und daß das Allgemeinbefinden des hohen Patienten nicht befriedigend sei.

Das dem Kaiser telegraphirte Gutachten Kußmaul's betonte, daß er in den Lungen nichts Krankhaftes gefunden habe, daß er aber die Krankheit als sehr ernst ansehen müsse.

Bei einer zweiten Untersuchung, bei der ebenfalls Mackenzie zugegen war, schloß sich Professor Kußmaul ganz der Ansicht der deutschen Aerzte an, welche kürzlich den Auswurf mikroskopisch untersuchten und darin die auf Krebs weisende Alveolarstruktur zu erkennen glaubten. Kußmaul besichtigte die Präparate und trat jener Ansicht bei, zu welcher ein anderer Teil der Aerzte sich erst bekehren will, wenn ein anerkannter Pathologe und Mikroskopiker sie bestätigt.

Das Deutsche Kaiserhaus wurde dann durch den am 23. Februar erfolgten Tod des Prinzen Ludwig von Baden, Sekondlieutenant im 1. Garde-Ulanenregiment, à la suite des 1. Badischen (Leib-) Grenadierregiments Nr. 109, zweiten Sohnes des Großherzogs von Baden, in tiefe Trauer versetzt.

Der in voller Jugendkraft und Frische stehende Prinz (geb. 12. Juni 1865) erkrankte an einer Lungenentzündung, welche jedoch einen gutartigen Verlauf zu nehmen schien, so daß die in tiefster Besorgnis um den schwer erkrankten Bruder nach San Remo geeilte Frau Großherzogin von Baden die Sorge um den Sohn beschwichtigt glaubte.

Auf die Nachricht von der lebensgefährlichen Erkrankung ihres zweiten Sohnes eilte die hohe Frau sogleich nach Deutschland zurück, fand aber denselben nicht mehr am Leben.

Mit dem tief betrübten Badener Land, das mit den Gefühlen innigster, wärmster Verehrung an dem angestammten Fürstenhause hing, trauerte das ganze deutsche Volk über den Verlust des ritterlichen Sprossen eines der edelsten deutschen Fürstengeschlechter, und im Hinblick auf das neue Leid, das unserem so schwer geprüften ehrwürdigen

Kaiserpaar durch den so jählings erfolgten Hintritt eines geliebten, hoffnungsvollen Enkels widerfahren war.

---

Am 9. März folgte der schmerzlichste Verlust, der das deutsche Volk treffen konnte. Nach kurzem Leiden erlag Kaiser Wilhelm I. einer durch Erkältung herbeigeführten Krankheit.

Das Alter, das er mit solchem Gleichmaß der Kräfte trug, seine ungewöhnlichen Charaktereigenschaften, die Erfolge seiner Regierung, entwicklungsvoll und großartig umgestaltend im Innern wie keine andere, hatten sich mit der ungeteilten Liebe und Treue seines Volkes vereinigt, ihm eine seltene Würde zu geben! So wie ihm war keinem deutschen Kaiser von allen Stämmen gehuldigt worden. In der Verehrung und Hingabe, die ihm gewidmet war, löste sich jeder Gegensatz der Parteien, jeder Zwiespalt der Meinungen, jede Stammesverschiedenheit. Keine politische Fraktion, keine Religionsgenossenschaft, kein Stamm durfte sich rühmen, den Kaiser mehr zu lieben, als die anderen.

In seiner Bescheidenheit und Demut nahm Kaiser Wilhelm für sich niemals ein Verdienst um die unter seiner Regierung erzielten herrlichen Erfolge in Anspruch. Er gab Gott allein die Ehre und wies daneben dankend immer nur auf die Opferfreudigkeit des Volkes, die Thätigkeit des Heeres und seiner bewährten Ratgeber hin. Die Geschichte hat den entscheidenden Anteil des Kaisers an jenen Errungenschaften Preußens und Deutschlands offenkundig gemacht.

Darum trauerte an seiner Bahre, tief ergriffen von ernstem Weh, sein Volk, ja man kann sagen, der weite Kreis der Nationen, die in dem dahingeschiedenen Helden den Bürgen für die Erhaltung und Förderung aller auf die Wohlfahrt der Völker gerichteten Bestrebungen, vor Allem des Friedens, erblickten!

Die erschütternde Kunde von der gefahrdrohenden Erkrankung des Kaisers hatte sich nur langsam in der Stadt verbreitet. In der Mittagsstunde hatten sich, wie gewöhnlich, Hunderte vor dem kaiserlichen Palais versammelt, ohne zu ahnen, daß das Befinden des geliebten Herrschers, dessen Erscheinen am Fenster ihnen, wie sie hofften, zeigen sollte, daß er sich von dem gemeldeten Unwohlsein bereits erholt habe, den Ärzten zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gäbe. Erst das in den Abendblättern mitgeteilte Bulletin über das Befinden Sr. Majestät

brachte den weiten Kreisen des Publikums Kunde von der Gefahr, in welcher der Kaiser schwebte. Niederdrückende Angst und Sorge lagerte sich auf alle Gemüter, die innigste Teilnahme für unser verehrtes Kaiser- und Königshaus sprach sich überall aus. Wohin man hörte, überall wurde die Krankheit des hohen Herrn besprochen.

Mit Worten des tiefsten Schmerzes, und von tiefer Wehmut ergriffen, verkündete Fürst Bismarck die Trauerbotschaft im Reichstage und schloß dieselbe folgendermaßen: „Meine Herren, die heldenmütige Tapferkeit, das nationale hochgespannte Ehrgefühl und vor allen Dingen die treue, arbeitsame Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes und die Liebe zum Vaterlande, die in unserem dahingeschiedenen Herrn verkörpert waren, mögen sie ein unzerstörbares Erbteil unserer Nation sein, welches der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser uns hinterlassen hat! Das hoffe ich zu Gott, daß dieses Erbteil von Allen, die wir an den Geschäften unseres Vaterlandes mitzuwirken haben, in Krieg und in Frieden, in Heldenmut, in Hingebung, in Arbeitsamkeit, in Pflichttreue treu bewahrt bleibe."

Am 16. März fand die feierliche Bestattung des Monarchen statt. Vom Dom, wo der gottesdienstliche Akt den Beginn der Trauerfeier bezeichnete, entwickelte sich der imposanteste Zug, den Berlin je gesehen, über die Linden nach dem Brandenburger Thor und die Charlottenburger Chaussee entlang.

Nachdem die Stadt Berlin ihrem geliebten Kaiser, beim Durchzug des Sarges durch das Brandenburger Thor, ihren letzten feierlichen Gruß dargebracht hatte: „Vale senex Imperator!", — und an der Siegessäule die Reichsinsignien vom Trauerzuge abgelöst worden waren, um nach dem Königsschlosse zurückgeleitet zu werden, nahmen die Reihen der Garde die sterbliche Hülle ihres ruhmgekrönten Führers und Kriegsherrn in ihre Mitte auf. — Die Armee, durch das eine Korps vertreten, dem es am öftersten vergönnt gewesen war, den Kaiser zu schauen, und das seinem Soldatenherzen am nächsten gestanden hatte, — die Garde, der unmittelbare Schirm und Schutz des Herrschers in den Stunden der Gefahr, und sein Stolz und seine Freude in den Jahren der Ruhe und des Friedens, — sie sollte dem Unvergeßlichen, Verewigten zum letzten Male die Honneurs erweisen dürfen.

Die Gemütserregung, welche sich der hauptstädtischen Bevölkerung bemächtigt hatte, seitdem die Trauerkunde ins Land gedrungen, daß

der erste starke Schirmherr des Deutschen Reiches sich zur ewigen Ruhe begeben, der tiefe Seelenschmerz, welcher die Einwohnerschaft Berlins darniederbeugte, schienen kaum noch einer Steigerung, einer Vergrößerung in dem Ausdruck des Schmerzes fähig. Und doch: die Erregung, welche sich am Tage der Beisetzung in allen Schichten der Berliner Bürgerschaft geltend machte, übertraf alles bis dahin Dagewesene und spottete jeder Beschreibung. Man muß das gänzlich veränderte Bild der Millionenstadt selbst gesehen haben, um einen Begriff von dem Grade der Liebe zu erhalten, mit welchem die Bürger der deutschen Reichshauptstadt, Groß und Klein, Vornehm und Gering, an ihrem Heldenkaiser hingen; man muß die bekümmerten Mienen, die zitternde Erregung der tief in Schwarz gehüllten Menschenmassen gesehen haben, um zu erkennen, wie unauslöschlich die Dankbarkeit ist, welche die Berliner dem hohen Verblichenen übers Grab hinaus weihten.

---

Kaiser Friedrich war auf die Kunde von dem Ableben seines erlauchten Vaters sogleich, in treuer Pflichterfüllung, seiner verderblichen Krankheit trotzend, nach Berlin geeilt und hatte die Regierung angetreten.

Trotz seines schweren körperlichen Leidens erledigte er die laufenden Geschäfte, empfing er den Reichskanzler, die Minister, die Vorsitzenden des Civil- und Militärkabinetts und viele andere Personen von Distinktion, sowie auch einen Teil der Fürstlichkeiten, die zu den Trauerfeierlichkeiten nach Berlin gekommen waren, zur Verabschiedung. Die Morgens und Abends 9 Uhr zu Konferenzen zusammentretenden Ärzte bestimmten, je nach dem Befund des Kräftezustandes, in wie weit Schonung der Kräfte geboten sei, und davon war in erster Linie abhängig, in wie weit sich der Monarch den Geschäften der Regierung widmen, Audienzen erteilen, Meldungen entgegennehmen und Personen empfangen konnte.

In einer an den Reichstag gerichteten Ordre erklärte der Kaiser, daß:

„Er im Bewußsein der mit der Kaiserlichen Würde überkommenen Aufgabe, nach dem Vorbilde Seines unvergeßlichen Herrn Vaters, jederzeit darauf bedacht sein würde, in Gemeinschaft mit den verbündeten Fürsten und freien Städten, unter der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Reichstages, Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen, die Ehre des Reiches zu

wahren, den Frieden nach außen und im Innern zu erhalten und die Wohlfahrt des Volkes zu pflegen."

In der Botschaft an die vereinigten Häuser des Preußischen Landtages sagte König Friedrich:

„In den Wegen Unseres glorreichen Herrn Vaters wandelnd, werden Wir kein anderes Ziel Unseres Strebens kennen, als das Glück und die Wohlfahrt des Vaterlandes.

In gewissenhafter Beobachtung der Verfassung, unter Wahrung der Machtfülle der Krone, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit der Landesvertretung hoffen wir dieses Ziel unter Gottes Beistande zum Heile des Vaterlandes zu erreichen."

---

Über die erste Regierungsordre des Nachfolgers Kaiser Wilhelm I. sprach sich die einheimische wie die ausländische Presse dahin aus, daß dieselbe neue Bürgschaften des Friedens darstellte, und daß das Deutsche Reich an seiner alten Aufgabe, ein Hort des Friedens zu sein, auch unter seinem neuen Herrscher festhalte.

In eine Zeit der Trauer fiel der 73jährige Geburtstag Bismarck's, ein Fest- und Ehrentag des Kanzlers, der dem Andenken, das er an seinen heimgegangenen kaiserlichen Herrn im Herzen trug, durch sein jüngstes Auftreten in den parlamentarischen Körperschaften in so ergreifender und weihevoller Weise Ausdruck gab. Um so inniger und wärmer waren die Gebete, die zum Thron des Höchsten emporstiegen, um vom Himmel Gesundheit und Kraft zu erflehen für den Mann, der seit fast einem Menschenalter das Steuerruder des Staatsschiffes so ruhmvoll geführt, und der mit seiner Vaterlandsliebe und seinem staatsmännischen Genie sich in den Herzen seines Volkes ein unvergängliches Denkmal gesetzt.

An der Familientafel, die am Geburtstag des Kanzlers stattfand, erschien auch der Kronprinz, und brachte auf den ersten Ratgeber der Krone folgenden, mit stürmischer Zustimmung aufgenommen Toast aus:

„Euere Durchlaucht! Unter den 40 Jahren, welche Sie soeben erwähnten, ist wohl keines so ernst und schwerwiegend gewesen, als das jetzige: Der Kaiser Wilhelm ist heimgegangen, dem Sie 27 Jahre lang treu gedient! Mit Begeisterung jubelt das Volk unserem jetzigen hohen Herrn zu, der Mitbegründer der Größe des jetzigen Vaterlandes ist. Ew. Durchlaucht werden Ihm, wie wir Alle, mit derselben altdeutschen Mannestreue dienen, wie dem Dahingeschiedenen. Um mich

eines militärischen Bildes zu bedienen, so sehe ich unsere jetzige Lage an, wie ein Regiment, das zum Sturm schreitet. Der Regimentskommandeur ist gefallen, der Nächste im Kommando reitet, obwohl schwer getroffen, noch kühn voran. Da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenkt. So halten Ew. Durchlaucht das Reichspanier empor. Möge es, das ist unser innigster Herzenswunsch Ihnen noch lange vergönnt sein, in Gemeinschaft mit unserem geliebten und verehrten Kaiser das Reichsbanner hochzuhalten. Gott segne und schütze denselben und Ew. Durchlaucht!"

Seltsamer Weise cirkulierten in den nächsten Tagen nach dem Geburtstag des Fürsten Gerüchte, welche behaupteten, daß der leitende Minister in Folge von Meinungsverschiedenheiten in schwebenden Fragen politischer und persönlicher Natur, ein Demissionsgesuch eingereicht habe, eine Nachricht, die sich nicht bestätigte.

Diese Gerüchte hingen indes zusammen mit dem damals aufgestellten Projekt einer Verbindung des Prinzen Alexander von Battenberg mit der zweitältesten Tochter des Kaiser Friedrich, der Prinzessin Viktoria. Fürst Bismarck mußte aus politischen Gründen einer solchen Verbindung widerstreben. Diese Gründe lagen auf der Hand.

Fürst Alexander konnte, so lange die Bulgarische Frage ungelöst blieb, leicht mit Rußland in einen Konflikt geraten und in die Lage kommen, mit den Bulgaren gegen Rußland kämpfen zu müssen.

Diese moralische Verpflichtung, die dem Prinzen von Battenberg oblag, verhinderte es, daß er, so lange die bulgarische Frage in den Augen aller Großmächte ungelöst blieb, von einem anderen Gesichtspunkte als dem politischen, beurteilt werden konnte. Daraus aber ergab sich mit Notwendigkeit, daß eine Verbindung mit einer deutschen Kaisertochter einfach ein Ding der Unmöglichkeit war. Die deutsche Politik wurzelte in erster Linie in dem Bestreben, Alles zu verhindern, was auch nur den geringsten Anlaß bieten könnte, Argwohn gegen seine Haltung zu erwecken. Deutschland mußte der bulgarischen Frage gegenüber, wie der Fürst Bismarck im Deutschen Reichstag so klar und überzeugend ausgeführt hatte, so lange es sich lediglich um Bulgarien handelt, vollständig interesselos dastehen.

Der Fürst Bismarck entwickelte die politischen Gründe, welche gegen die Verleihung eines preußischen Armeekorps und des Ordens pour le mérite an den Battenberger und die Vermählung des also

ausgezeichneten Prinzen mit der Prinzessin Viktoria sprechen, zugleich mit seinem Eventual-Entlassungsgesuch dem Kaiser in einer Denkschrift von 30 Seiten und einem Nachtrag zu derselben. Die Kanzlerkrisis, welche wenige Tage vorher durch die kaiserliche Entscheidung zu Gunsten des Fürsten Bismarck erledigt schien, brach also von Neuem aus. Aber der Kaiser machte ihr damit ein Ende, daß er die von dem Kanzler vorgebrachten Gründe gut hieß. Die unverkennbaren Fortschritte, welche die Krankheit des hohen fürstlichen Dulders inzwischen gemacht, und die seine Lebenskraft bedrohten, waren wohl mit die Veranlassung zu einem Besuch der Königin Viktoria in Berlin (26. April). Mit Dankbarkeit erkannten es alle von patriotischem Geist durchwehte Kreise der Nation an, daß die Königin als ein Zeichen inniger Teilnahme an den Geschicken unserers Herrscherhauses, an das Krankenlager des edlen, von so tragischem Geschick betroffenen Kaiser Friedrich eilte, und somit persönlich an der schweren Bekümmernis teilnahm, welche das ganze deutsche Volk erfüllte.

---

Am 24. Mai fand in Erfüllung eines Wunsches des Kaisers, die Vermählung des Prinzen Heinrich mit der Prinzessin Irene von Hessen statt.

Die beiden, durch ein verwandtschaftliches Verhältnis bereits einander näher stehenden hohen Verlobten knüpften das sie für immer vereinigende Band vor der Welt an einem der denkwürdigsten Tage, der dem deutschen Volke beschieden war und der, noch lange im Andenken späterer Geschlechter fortlebend, den künftigen Gatten eine der weihevollsten Erinnerungen an die Zeit ihrer Jugend sein wird. Dieser Tag war der 90. Geburtstag Kaiser Wilhelm's des Glorreichen; indem er die Hände der Sprossen beider fürstlicher Häuser ineinander legte, fügte er zum letzten Male ein neues grünes Reis dem Stamme seines Hauses hinzu.

Wie sich der jungen deutschen Marine das besondere Interesse der Nation zugewendet hat, so ist auch Prinz Heinrich als einziger Vertreter des Kaiserhauses in derselben, stets der Gegenstand besonderen Interesses weiterer Kreise sowohl im Vaterland, wie in den zahlreichen Gemeinden des überseeischen Deutschtums gewesen. In ihm begrüßen dieselben den künftigen Vertreter der deutschen Wehrkraft zur See und

der ihrer älteren Schwester, dem Landheer, eifrig nachstrebenden vaterländischen Seemacht. In ihm erblicken Handel und Schiffahrt, Wissenschaft und Kolonialwesen den kräftigen Träger und Förderer unserer sich immer mehr erweiternden Interessen und Verbindungen zur See und den dereinstigen festen Hort der maritimen Machtstellung Deutschlands.

Zu einer lebhaft erregten Kontroverse der Parteien führte das Bemühen der Deutschfreisinnigen, den Kaiser zu bewegen, das Gesetz über Verlängerung der Legislatur- und Wahlperiode nicht zu unterzeichnen. Gegen diese Machination erhoben sich indes mehrere Mitglieder der anderen Parteien, namentlich dann, als von den Freisinnigen noch dazu verlangt wurde, es solle ein Kaiserlicher Erlaß über Aufrechthaltung der Wahlfreiheit veröffentlicht werden.

Der Monarch unterzeichnete das Gesetz, betreffend die Verlängerung der Legislaturperiode am 27. Mai; er richtete aber gleichzeitig ein Schreiben an den Minister von Puttkamer, in welchem er mitteilte, er wünsche, daß die Organe der Regierung sich bei den Wahlen jeder Beeinflussung enthielten.

Die Deutschfreisinnigen hatten sich in Kaiser Friedrich getäuscht. Das Gesetz über Verlängerung der Legislaturperiode war unterschrieben und veröffentlicht; ein Erlaß über Wahlfreiheit war nicht veröffentlicht. Der Reichskanzler hatte seine Entlassung weder eingereicht noch erhalten. Aber ein Opfer wollte wenigstens „der rasende See" haben. Dies war Minister v. Puttkamer. Er war den Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten der verhaßteste Minister, weil er ihren Angriffen mit unbesiegbarer Unerschrockenheit entgegentrat und bei den Wahlen auf der Wacht stand. Die Deutschfreisinnigen, welche für ihre Mißerfolge lieber andere als sich selbst verantwortlich machten, schrieben ihre Wahlverluste ausschließlich der Wahlbeeinflussung des Ministers zu.

Inzwischen hatten sich die Gesundheitsverhältnisse des Kaisers sehr verschlimmert. Schon am 16. April wurde das Äußerste befürchtet. Atembeschwerden, stärkerer Husten und ein reichlich mit Blut untermischter Auswurf, hatten sich eingestellt. Doch war die Lunge noch frei. Es kamen bange Wochen mit wechselndem Befinden. Mackenzie, welcher trotz allem, was vorgegangen war, auch in Charlottenburg, wo die berühmtesten Ärzte zur Verfügung standen, der dirigierende Arzt blieb, war es gelungen, den ihm verhaßtesten Kollegen, den Professor v. Bergmann, aus dem Krankenzimmer des Kaisers hinaus-

zudrücken. Da er so weit ging, denselben in öffentlichen Schreiben anzugreifen, so bat v. Bergmann in den letzten Apriltagen den Kaiser, ihn von der Teilnahme an der regelmäßigen ärztlichen Behandlung zu entbinden, was ihm zugestanden wurde. Sein Nachfolger war Geheimrath von Bardeleben, Direktor der chirurgischen Klinik des Charité-Krankenhauses. Kronprinz Wilhelm, welcher das Intriguenspiel des englischen Arztes durchschaute und im höchsten Grade erbittert war, daß sein Vater Leuten solcher Art ausgeliefert war, und deutsche Tüchtigkeit und Ehrlichkeit bei Seite geschoben wurden, trug kein Bedenken, den entlassenen Professor v. Bergmann in hohem Grade auszuzeichnen.

---

Am 1. Juni hatte die Übersiedlung des Kaisers von Charlottenburg nach dem Neuen Palais stattgefunden. Aber nur eine kurze Zeit war dem leidenden Herrscher noch hier vergönnt. Immer tiefer senkten sich die Schatten der unheilbaren Krankheit auf den Edelsten der Fürsten herab, und raubten ihm die Lebenskraft. Am Freitag den 15. Juni, demselben Tage, an welchem drei Jahre vorher Prinz Friedrich Carl aus dem Leben geschieden war, ging er zum ewigen Frieden ein.

Zum zweiten Male in wenigen Monaten stand die deutsche Nation an der Bahre eines hochherzigen Herrschers, dessen vom Glanz der ruhmreichen Geschichte unserer Tage umleuchtete Gestalt eine echt fürstliche Erscheinung von heroischem Gepräge zeigte.

Mit gerechtem Stolze, mit innigster Liebe und Verehrung blickte die Nation auf ihren neuen kaiserlichen Herrn, der schon als Kronprinz verstanden hatte, sich neben der ruhmumstrahlten Gestalt Kaiser Wilhelm's einen Platz im Herzen des Volkes zu gewinnen, und der mit dem leuchtenden Vorbild, das er als Gatte und Vater vom Thron herab gab, als Muster veredelnden und beglückenden Familienlebens und Familienglücks erschien.

Tief und zehrend war das Leid, das ihm in seinen letzten Lebenstagen vom Geschick auferlegt war. Getragen von der Liebe eines großen Volkes, in aufopferndster Weise gepflegt und getröstet von seiner erlauchten Gemahlin, der Kaiserin, hat Kaiser Friedrich's Seelengröße ihn über alle Leiden und Schmerzen bis zu dem Augenblicke erhoben, in welchem er im Kampf mit der tückischen Krankheit nach heldenmütigem Ringen erlag.

„Lerne zu leiden ohne zu klagen!" so mahnte der Kaiserliche Dulder den Thronerben Wochen vor seinem Tode. Dem Willen des Allmächtigen sich beugend, blieb er in Schmerz und Leid das leuchtende Vorbild eines vollendeten Helden!

Die feierliche Beisetzung fand am 18. Juni unter großem militärischem Gepränge in der Friedenskirche bei Potsdam statt. Die Sektion der Leiche fand auf Befehl des Kaisers Wilhelm am 16. Juni Nachmittags in Friedrichskron (dem so benannten Neuen Palais in Potsdam) statt. Mackenzie hatte gewünscht, daß keine Sektion vorgenommen werden solle; aber gerade das, was jener zu verhindern suchte, daß nämlich die Wahrheit ans Tageslicht komme, wollte der Kaiser, und Tausende dankten es ihm. An der Sektion beteiligten sich Virchow, Waldeyer, v. Bergmann, Bramann und die andern behandelnden Ärzte. Virchow führte die Sektion aus, Waldeyer machte die Präparate. Das Ergebnis der Sektion, wie es in dem Protokoll niedergelegt wurde, war folgendes: der Kehlkopf ist durch Krebs völlig zerstört, vom Knorpelgerüst ist fast nichts übrig. Ein Durchbruch der Speiseröhre ist nicht vorhanden. Alle feineren Luftröhrenäste sind im Zustande fauliger Entzündung. Die Todesursache war zuletzt Lungenlähmung.

Am 16. Juni Vormittags, also vor der Sektion der Leiche, erstattete Mackenzie auf Befehl des Kaisers Wilhelm einen Bericht über die Krankheit des Kaisers Friedrich.

Dieser Bericht lautete wie folgt:

Schloß Friedrichskron, 16. Juni 1888.

Meiner Meinung nach war die Krankheit, an welcher der Kaiser Friedrich III. starb, Krebs. Der Krankheitsprozeß begann wahrscheinlich in den tieferen Geweben, und die knorpelige Struktur des Kehlkopfes wurde schon sehr zu Anfang affiziert. Ein kleines Gewächs, welches ich bei der ersten Untersuchung des verstorbenen Kaisers fand, wurde von mir durch verschiedene intralaryngiale Operationen entfernt, und obgleich sämtliche entfernte Teilchen dem Professor Virchow zur Untersuchung übergeben waren, fand er in ihnen keinen Beweis für das Vorhandensein des Krebses. Die Untersuchungen jedoch, welche Prof. Waldeyer im Anfange des Monats März mit dem Auswurfe vornahm, führten diesen Pathologen zu der Ansicht, daß Krebs zu der Zeit vorhanden war. Ob die Krankheit ursprünglich

krebsartig war, oder erst einige Monate später nach dem ersten Auftreten einen bösartigen Charakter annahm, ist unmöglich festzustellen. Der Umstand, daß Perichondritis und Caries der Knorpel eine sehr thätige und wichtige Rolle in der Entwicklung der Krankheit spielten, hat ohne Zweifel sehr viel dazu beigetragen, es unmöglich zu machen, sich eine bestimmte Ansicht über die Natur der Krankheit bis ganz kürzlich zu bilden.

Morell Mackenzie.

16. Juni 1888.

Soweit meine Beobachtungen seit vorigem August mir gestatten eine Meinung zu bilden, schließe ich mich ganz der Ansicht Sir Morell Mackenzie's an.

T. Mark Hovell.
Assistent von Dr. Mackenzie.

---

Die deutschen Ärzte, welche den Kaiser Friedrich behandelt und aus Rücksicht für denselben zu seinen Lebzeiten trotz aller Lügen, Angriffe und Verläumdungen sich Stillschweigen auferlegt hatten, glaubten ihrer Berufsehre es schuldig zu sein, jetzt, nach dem Tode des Kaisers, die volle Wahrheit zu sagen. Sie veröffentlichten daher, mit Wissen und Willen des Kaisers Wilhelm, im Juli eine auf amtlichen Quellen beruhende Schrift über die „Krankheit des Kaisers Friedrich III." und wiesen darin auf das genaueste und überzeugendste nach, durch welche Umstände es möglich wurde, daß der kraftvolle Fürst hinsiechen und hinsterben konnte, ohne daß es der deutschen Wissenschaft vergönnt war, das Ihrige zur Rettung zu thun.*) Es war ein düsteres Ver-

*) Die Schrift erschien in R. v. Decker's Verlag, G. Schenck in Berlin unter folgendem Titel:

**Die Krankheit Kaiser Friedrich des Dritten,** dargestellt nach amtlichen Quellen und den im Königlichen Hausministerium niedergelegten Berichten der Ärzte Prof. Bardeleben, Generalarzt I. Kl. und Kgl. Geh. Ober-Med. Rat in Berlin, Prof. von Bergmann, Generalarzt I. Kl. und Geh. Med. Rat in Berlin, Dr. Bramann, erster Assistent der Kgl. chirurg. Klinik in Berlin, Prof. Gerhardt, Geh. Med. Rat in Berlin, Prof. Kußmaul, Geheimer Rat in Straßburg i. E., Dr. Landgraf, Stabsarzt in Berlin, Dr. Moritz Schmidt, Sanitätsrat in Frankfurt a. M., Prof. Schrötter, Vorstand der laryngol. Klinik in Wien, Prof.

hängniß, daß der so einsichtige und hochherzige Fürst einem so unredlichen und eingebildeten Arzt in die Hände fallen mußte. Mackenzie machte sich die Antwort auf den Bericht der deutschen Ärzte sehr leicht. Er sprach von „Lügengewebe", schob in seiner Schrift „Kaiser Friedrich der Edle und seine Ärzte" alle Schuld auf Gerhardt, Bergmann und Bramann und bezeichnete Bergmann's Eingreifen als „stümperhafte Versuche." Die „Wiener Klinische Wochenschrift" bezeichnete das Mackenzie'sche Buch als „Erzeugniß hochgradiger Verlogenheit, Bösartigkeit und Selbstüberhebung und erklärte, daß Mackenzie hierdurch sich selbst moralisch vernichtet habe." Selbst englische und französische Ärzte sprachen sich in der wegwerfendsten Weise über Mackenzie, besonders über seinen Charakter aus. Von Londoner Ärzten lagen schon im Sommer 1887 Briefe ähnlichen Inhalts vor. Ein englischer Arzt schrieb: „Sir Morell Mackenzie hat den Ruhm eines Herostratus erworben." Die größte Genugthuung gewährte Kaiser Wilhelm II. den deutschen Ärzten dadurch, daß er den Professoren Gerhardt, v. Bergmann und Schrötter (in Wien) hohe Orden verlieh und die beiden ersteren nach Veröffentlichung des Mackenzie'schen Buches am 24. Oktober zur Tafel lud. Die Auffahrt der Berliner Studentenschaft, welche am 2. November zu Ehren der Professoren Gerhardt und von Bergmann veranstaltet wurde, gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung für dieselben.

---

Am 24. Juni hielt das junge Kaiserpaar seinen Einzug in das Berliner Schloß, am Tage darauf in den Vormittagsstunden fand die feierliche Eröffnung des zusammenberufenen Reichstags statt. Es war eine neue Kaiserhuldigung durch die Anwesenheit der deutschen

---

Tobold, Geh. Sanitätsrat in Berlin, Prof. Waldeyer, Geh. Med. Rat in Berlin. 1888. Lex. 8. (103 S.) geh. 1 Mk.

Der deutschen Ausgabe folgte alsbald, infolge der Mackenzie'schen Schrift, eine in Berlin hergestellte englische Übersetzung, deren Vertrieb in England Mackenzie jedoch zu vereiteln wußte. Dieselbe erschien gleichfalls in R. v. Decker's Verlag und betitelt sich:

**The Illness of the Emperor Frederick the Third.** An authentic record, derived from Official sources, and foundet upon the reports deposited in the Archives of the Royal House of Prussia, and made by Professor Bardeleben, Surgeon General, etc. etc., of the University of Berlin, u. s. w. wie oben. 1888. Lex. 8. (95 S.) geh. 1,50 Mk.

Fürsten, welche den Thron des neuen Deutschen Kaisers umgaben. Das Kaiserhaupt, dem die deutschen Fürsten die auf dem Schlachtfeld errungene Krone entgegenbrachten, war nicht mehr, das andere jugendlichere Heldenhaupt, auf dem man sie im Geiste für die Zukunft sah, hatte sein Auge für ewig geschlossen, die Insignien der königlichen Macht hatte man, wie die Fahnen vom Begräbnis des Herrschers dem neuen in das Haus gebracht werden, vor dem neuen Kaiser hier niedergelegt. Damals, als das neue Kaisertum errichtet wurde, kam von der That in seine, des elfjährigen Knaben Seele, nur die Kunde davon, aber das jugendliche Herz nahm sie auf wie ein Hollenzollernsohn und wie ein begeisterungsfähiges Herz obendrein sie aufnehmen mußte; er wuchs in der Idee auf, sie wurde unter seinem hochseligen Großvater Kaiser Wilhelm in ihm großgezogen, sie reifte unter der dreimonatigen Regierung seines Vaters in ihm aus, und nun empfing Kaiser Wilhelm II. als Deutscher Kaiser und König von Preußen die Huldigungen der deutschen Fürsten und der Vertreter des deutschen Volkes.

Rechts vom Thron auf einem erhöhten Platz saß die Kaiserin, geschmückt mit der Kette des Schwarzen Adlerordens, der ihr an jenem Tage von ihrem hohen Gemahl verliehen worden war.

Es war eine glänzende Versammlung, die derjenigen zu Versailles am 18. Januar an Würde und Glanz nichts nachgab.

Von großer malerischer Wirkung war der Zug der Fürsten, sämtlich in den purpurroten Sammetmänteln der Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler, mit dem eingestickten Silberstern auf der Herzseite, und entblößten Hauptes einherschreitend. Se. Majestät der Kaiser und König schritt, wie auch schon zur Kapelle, in der Mitte zwischen Sr. Königl. Hoheit dem Prinz-Regenten von Bayern, der zur rechten Seite, und Seiner Majestät dem König von Sachsen, der zur Linken des Kaisers ging. Der Kaiser wurde von dem lebhaften Zurufe der ganzen Versammlung empfangen, nachdem der Präsident des Reichstags, v. Wedell-Piesdorff, das Hoch auf den Deutschen Kaiser und König ausgebracht hatte.

Als der Herrscher vor dem Thronsessel Aufstellung genommen, überblickte er mit Ruhe und Ernst die Versammlung, dann nahm er aus den Händen des Reichskanzlers die Thronrede entgegen, und verlas dieselbe mit fester Stimme.

Die Worte, mit welchen die Thronrede Wesen und Umfang der Kaiserlichen Rechte und Pflichten bezeichnet, mögen an dieser Stelle noch einmal wiederholt werden:

„Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung; sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers."

Dann zum Schluß der Rede gelangend, sprach der erlauchte Redner:

„In der gewissenhaften Pflege des Friedens stelle Ich Mich ebenso bereitwillig in den Dienst des Vaterlandes, wie in der Sorge für unser Kriegsheer, und freue Mich der traditionellen Beziehungen zu auswärtigen Mächten, durch welche Mein Bestreben in ersterer Richtung befördert wird.

Im Vertrauen auf Gott und die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne, kämpfend erstritten wurde."

Als der Kaiser unter vielfachen, immer sich steigernden Beifallsäußerungen seine Rede geendet, gab er den Text derselben an den Reichskanzler zurück, der mit tiefem Neigen ihm die Hand küßte, worauf der Kaiser die Hand des Reichskanzlers ergriff und dieselbe in voller Bewegung des Herzens mehrmals kräftig drückte.

Der Eröffnung des Reichstages am 25. Juni, folgte am 27. die Eröffnung des Landtags der Preußischen Monarchie, unter demselben äußeren Glanz und Ceremoniell wie jene.

Lebhafte Zustimmung der versammelten Häuser des Landtages fand besonders diejenige Stelle der Thronrede, welche davon sprach, in welcher Weise der Kaiser und König die Rechte der Krone zu üben entschlossen sei; in gleicher Weise die Stelle, an welcher der erlauchte Monarch versprach „zu achten und zu schützen" die in der Verfassung verbrieften Rechte. Ebenfalls wurde lebhafte Zustimmung laut, als

der Monarch versicherte, jedem religiösen Bekenntnisse freie Ausübung gewährleisten zu wollen, sowie als Allerhöchstderselbe seine Befriedigung darüber aussprach, daß die neuere kirchenpolitische Gesetzgebung dem kirchlichen Frieden im Lande zu Gute gekommen sei. Auch die in Aussicht gestellte weitere Erleichterung der Steuern der unteren Klassen und die in Aussicht genommene Befriedigung bisher zurückgestellter Bedürfnisse des Staates wurde warm begrüßt. Lang anhaltender lebhafter Beifall durchbrauste endlich bei den Schlußworten den Saal, als der König es verkündete, daß nach dem Vorbilde Seines großen Ahnen Friedrich II. auch Er als Monarch und König der erste Diener des Staates sein wolle.

Nachdem der Monarch die Thronrede verlesen und der Landtag der Monarchie das in derselben enthaltene, in der Verfassung vorgeschriebene eidliche Gelöbniß auf die preußische Verfassung entgegengenommen hatte, trat der Reichskanzler, Ministerpräsident Fürst v. Bismarck, vor den Thron, um aus den Händen des erlauchten Souverains die Urkunde der verlesenen Thronrede zurück zu empfangen. Derselbe drückte, Allen sichtbar, dem Reichskanzler bewegt die Hand, und der Letztere beugte sich nieder, um die Hand seines erhabenen Monarchen zu küssen. Nachdem der Fürst Bismarck dann auf seinen Platz zurückgekehrt war, erklärte er im Namen Sr. Majestät des Königs, auf Grund des ihm von Allerhöchstdemselben hierzu erteilten Auftrages, die Sitzungen des Landtages für eröffnet.

Am 14. Juli trat Kaiser Wilhelm dann, begleitet von einem größeren Geschwader, die Reise zum Besuch der Höfe von Petersburg, Stockholm und Kopenhagen an.

Die lange Reihe von glänzenden Festlichkeiten sowohl wie der Prunk, welche die genannten Höfe zu Ehren des hohen Gastes entfalteten, gaben davon Zeugniß, daß man dem erlauchten Besucher zu Ehren Alles aufgeboten, um Ihm die gebührende Ehre und Hochschätzung und eine wahrhaft fürstliche Gastfreundschaft zu erweisen.

Am 24. Juli fand die Abreise von Peterhof nach Stockholm statt. Bei dem Galadiner, das am ersten Tage des dortigen Aufenthaltes stattfand, erhob König Oskar das Glas zu folgendem Trinkspruch auf den Kaiser in deutscher Sprache:

„Eine der schönsten Erinnerungen Meines Lebens ist die Freundschaft, welche Ew. Majestät großer Vatersvater Mir, dem Jüngling, erwies, und die Freundschaft, welche Ew. Majestät hoher, kürzlich

dahingeschiedener Vater für Mich hegte, werde Ich gleichfalls stets in herzlichem Andenken bewahren. Mit diesen Erinnerungen verbinden sich aber noch andere Gefühle: Meine Dankbarkeit für die theuere Freundschaft, welche Ew. Majestät Mir erwiesen, und für den Besuch, den Ew. Majestät in Meinem Lande gemacht haben. Möge Gott Ew. Majestät ein langes Leben verleihen und Ew. Majestät eine glückliche und ehrenvolle Regierung geben, und beiden Ländern, dem Deutschen Reiche und der skandinavischen Halbinsel, einen immer festeren und innigeren Zusammenschluß. Mit diesen Gedanken und Gefühlen erhebe Ich Mein Glas für das Wohlergehen des Kaisers von Deutschland, Königs von Preußen."

Die Musik spielte danach „Heil Dir im Siegerkranz" mit Fanfaren, und nach einiger Zeit erhob sich Kaiser Wilhelm und antwortete gleichfalls auf Deutsch auf den für ihn ausgebrachten Toast.

Er rühmte den großartigen Empfang, den er in dem schönen Lande gefunden habe, und sah darin einen kräftigen Beweis der Sympathie der germanischen und skandinavischen Völker.

Am folgenden Tage, 27. Juli, vormittags erhielt der Kaiser die telegraphische Nachricht, daß ihm in den ersten Stunden des Tages der fünfte Sohn geboren worden sei. Er richtete daher an den König Oskar die Bitte, bei diesem neuen Sprossen des Hohenzollernstammes die Stelle eines Taufzeugen übernehmen zu wollen.

In der Frühe des 29. Juli brach das Kaiserliche Geschwader von der Rhede von Stockholm auf, um die Reise nach Kopenhagen anzutreten.

Die Ankunft im Hafen erfolgte am 30. Juli vormittags. Alle dänischen Schiffe und Forts begrüßten den Kaiser mit Geschützsalven, alle Schiffe waren in Flaggengala, die Musikkorps spielten die Nationalhymne, die Matrosen riefen „Hurrah". Viele Privatdampfer und das ganze Ufer waren von Zuschauern angefüllt, welche den Allerhöchsten Gast mit lebhaften sympathischen Zurufen begrüßten; auf mehreren Privatdampfern wurde die Nationalhymne gesungen. Se. Majestät der Kaiser begab sich in einer Schaluppe der „Hohenzollern" zur Landungstreppe, an deren Fuß der König, der Kronprinz und die übrigen Prinzen des Königlichen Hauses sich aufgestellt hatten. Der Kaiser begrüßte sich mit denselben und eilte dann die Treppe hinauf, wo die Königin, die Kronprinzessin und die Gemahlin des Prinzen Waldemar Allerhöchstdenselben erwarteten. Der Kaiser

küßte der Königin die Hand, begrüßte die Kronprinzessin und die Prinzessin Waldemar, ließ sich darauf die dänischen Minister, sowie die anderen zum Empfang anwesenden Hof- und Staatswürdenträger, das diplomatische Korps vorstellen. Auch hier kam es zu einigen Trinksprüchen bei der Tafel, welche sich allerdings mehr in konventionellen Formen bewegten. König Christian IX. brachte gegen Schluß des Festmahles folgenden Toast aus:

„Ich danke Ew. Majestät für den ehrenvollen Besuch, der Mir und Meinem Lande zu Teil geworden ist. Ich trinke mit vollem Herzen auf das Wohl Ew. Majestät und das Wohl Ihrer Majestät der Kaiserin und des ganzen Kaiserlichen Hauses. Se. Majestät der Kaiser lebe hoch." Die Musik spielte darauf die preußische Nationalhymne. Wenige Minuten später erhob sich der Kaiser Wilhelm, dankte dem König für den herzlichen Empfang und Toast und trank auf das Wohl Sr. Majestät des Königs, Ihrer Majestät der Königin und der ganzen Königlichen Familie. Die Musik spielte die dänische Nationalhymne. Beide Toaste wurden in deutscher Sprache ausgebracht.

Am 31. Juli, 3 Uhr morgens, verließ das Geschwader die Rhede von Kopenhagen und traf im Laufe des Nachmittags in Kiel ein.

Auf der Rückreise von Kiel nach Potsdam stattete der Kaiser dem Fürsten Reichskanzler einen Besuch in Friedrichsruh ab.

---

In Bayern beging man zu derselben Zeit (30. Juli) eine Feier pietätvoller Erinnerung, welche in Folge der trüben Ereignisse des Jahres 1886 um zwei Jahr hinausgerückt, dennoch von der Wärme der Empfindung und von der Begeisterung getragen ward, die dem Gegenstande, dem sie geweiht, in vollem Maße entsprach. Es galt dem Andenken an den hundertjährigen Geburtstag König Ludwig I., welcher, wenngleich er die Verwirklichung der Ziele, die ihm vorgeschwebt und, so zu sagen, seinem gesamten Wirken und Schaffen die Richtung vorgezeichnet, nicht erlebt, doch als Vorkämpfer deutschnationalen Wesens und als Vertreter und Förderer des nationalen Gedankens unvergessen im Herzen des deutschen Volkes fortlebte. König Ludwig I. darf sich im höchsten Maße rühmen, zu den Männern gehört zu haben, welche den Boden zu dem nationalen Aufschwung späterer Tage vorbereiteten. Er trug die Impulse zu demselben in die Herzen der mit ihm lebenden Generation, und wurde so zu einem Begründer

und Festiger der Bewegung, die ihm zu sehen und zu erleben nicht mehr vergönnt war. Der Samen, den der hochbegabte Fürst auf diese Weise in den Boden gelegt, er war zu reicher Saat aufgegangen und hatte in der Kraft und Begeisterung seine Bethätigung gefunden, mit welcher der Bayernstamm zu der Wiedergewinnung unserer nationalen Einheit den starken Arm geliehen. In diesem Sinne und unter dem Eindruck solcher Empfindungen gesellte sich ganz Deutschland im Geist der Centenarfeier zu und sandte der Norden seine aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche nach der Stätte, an welcher den Manen eines Fürsten gehuldigt wurde, der für alle Zeiten als die Verkörperung echt deutsch-nationalen Wesens im geschichtlichen Bewußtsein unseres Volkes fortleben wird.

---

Bei seiner Rückkehr nach Potsdam fand der Kaiser das Abschiedsgesuch des Feldmarschall Grafen Moltke vor, welcher unter Hinweis auf sein hohes Alter um Enthebung von seiner Stellung bat.

In der langen Reihe der Personalveränderungen, welche der Thronwechsel auf allen Gebieten im Gefolge gehabt, rief der Rücktritt des General-Feldmarschalls Grafen v. Moltke von der Stellung als Chef des deutschen Generalstabs weit über die Grenzen der deutschen Lande hinaus eine tiefe Bewegung hervor. Mit schmerzlichem Bedauern sah die ganze Nation den großen Schlachtendenker scheiden, dessen Name mit den weltgeschichtlichen Waffenthaten des deutschen Volkes, und mit der Wiedergeburt des Kaiserreiches unvergänglich verknüpft war. Seit dem alten Marschall Vorwärts hat kein Feldherr dem Herzen der Nation so nahe gestanden wie der große Schweiger und Stratege, der, ein Meister der Wissenschaft und Kunst der Kriegführung, die Wege zum Siege zu bahnen und zu ebnen wußte. Einer der stolzesten Paladine aus dem Kreise des ehrwürdigen ersten Kaisers, legte Schwert und Schild, welche seinem Arm zu schwer wurden, vertrauensvoll in die Hände seines gelehrigsten Schülers, nachdem er drei Jahrzehnte hindurch den Generalstab, diese wahre Elite unseres Offizierkorps, geleitet und ihn zu einer unvergleichlichen, trotz allen Nacheiferns der übrigen Nationen unerreichten Leistungsfähigkeit erhoben hatte.

Die Übertragung des Vorsitzes in der Landesverteidigungskommission stellte freilich eine große Auszeichnung dar.

Man war so sehr daran gewöhnt, den Grafen Moltke als lebenslänglichen Chef des Generalstabs der Armee zu betrachten, daß man

sich nur schwer in die Thatsache einleben konnte, an seiner Stelle den Grafen v. Waldersee zu sehen. Derselbe galt, wofür schon die Thatsache bürgte, daß er seit sechs Jahren der erste Gehülfe des Grafen Moltke war, für einen der befähigsten Offiziere der Armee, und war von dem Geiste durchdrungen, den Moltke dem Generalstabe eingeprägt hatte.

---

Zu den vielen Personen von Distinktion, welche den Fürsten Bismarck, der im Jahre 1888 seinen Landsitz nicht verlassen, einen Besuch abstattete, gehörte auch der italienische Ministerpräsident Crispi, der am 21. August in Friedrichsruh eintraf, um dort einige Tage zu konferieren.

Diese Zusammenkunft war um so bedeutungsvoller, als gerade damals das Verhältnis zwischen Italien und Frankreich ein sehr gespanntes war und der Boulangerkultus einen hohen Grad erreicht hatte.

Am 25. September erfolgte dann, mit Bewilligung des Kaisers und unter Zustimmung der Kaiserinnen Friedrich und Augusta die Verlobung der Prinzessin Sophie mit dem Kronprinzen Konstantin von Griechenland.

---

Am 25. September trat Kaiser Wilhelm eine Reise nach Süddeutschland, Österreich und Italien an, und begann dieselbe beim Fürsten von Lippe in Detmold. Vor der Abreise empfing er den Besuch des Fürsten Bismarck, der zu diesem Zweck von Friedrichsruh nach Berlin gekommen war. Der Aufenthalt des Herrschers in Stuttgart, München und Wien glich einer fast ununterbrochenen Huldigung; man überbot sich gegenseitig in Herzlichkeit und Glanz des Empfanges, und kein Mißton trübte die schöne Harmonie, in welcher der Kaiserliche Besuch von Anfang bis zu Ende verlief. Von besonderer Bedeutung waren die Tischreden, welche in München und Wien bei den Festtafeln gehalten worden sind, zumal fanden die Toaste der beiden Kaiser, ausgebracht bei dem Galadiner im Redoutensaal der Wiener Hofburg, die freudigste Aufnahme in ganz Europa, wo man die Erhaltung des Friedens wünschte. Aber auch die Begrüßungsreden in München hatten, insbesondere in Deutschland, sympathischen Wiederhall erweckt, weil sie Zeugnis von der Innigkeit und Festigkeit des Bundesverhältnisses ablegten, in welchem Bayern zum Deutschen Reiche stand.

Dem unter regster Teilnahme der Bevölkerung von Wien am 3. Oktober stattgehabten Empfang des Deutschen Kaisers durch den gesamten Hof und die glanzvolle Umgebungen desselben, folgte abends im Redoutensaal der Hofburg eine Galatafel.

Die Festtafeln am Wiener Hofe nehmen bekanntlich stets einen sehr raschen Verlauf, ein Gang folgt mit ungeheurer Schnelligkeit dem anderen, und selbst ein Galadiner von 10—12 Gängen dauert nicht länger als eine Stunde. Die beiden Kaiser nahmen nur von wenigen Gängen; die Kaiserin, welche mit Kaiser Wilhelm ein sehr lebhaftes Gespräch führte, genoß während der ganzen Tafel nichts als etwas Milch. Kaiser Wilhelm war sichtlich ungemein angenehm gestimmt, lachte wiederholt und sah so heiter aus, wie man ihn in Berlin noch selten beobachtet haben will. An der ganzen Tafel herrschte eine ungezwungene, belebte Konversation. Nach dem fünften Gange wurde Champagner kredenzt. Plötzlich entstand tiefe Stille, und Alles erhob sich, da Kaiser Franz Josef, mit dem Champagnerkelch in der Hand, hierzu das Zeichen gegeben hatte. Zu Kaiser Wilhelm gewendet, sprach der Kaiser von Österreich mit lauter, im ganzen Saale deutlich vernehmbarer Stimme:

„Ich gebe Meiner innigen Freude und Meinem Danke Ausdruck, daß es Mir gegönnt ist, Se. Majestät den Kaiser Wilhelm in Unserer Mitte zu begrüßen. Mit den Gefühlen jener herzlichen, treuen, unauflöslichen Freundschaft und Bundesgenossenschaft, welche Uns zum Besten Unserer Völker vereint, trinke Ich auf das Wohl Unseres Kaiserlichen Gastes. Der Allmächtige geleite Ihn auf der Bahn, die Er mit jugendlicher Kraft und männlicher Weisheit und Entschiedenheit betreten. Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen, Ihre Majestät die Kaiserin und Königin und das Königliche Haus leben hoch!“ Beide Monarchen ließen darauf ihre Gläser aneinanderklingen, die Musik intonierte die preußische Volkshymne. Kaiser Wilhelm erwiderte: Ew. K. K. Majestät spreche Ich für die huldvollen Worte aus gerührtem Herzen Meinen innigsten Dank aus und freue Mich besonders, dies an Ew. Majestät Namenstag thun zu können. Nicht als Fremder bin Ich hierhergekommen, sondern, schon seit Jahren durch Ew. Majestät Güte ausgezeichnet, führe Ich ein heiliges Vermächtnis Meines in Gott ruhenden Großvaters aus. In dem Gefühle bewährter, unverbrüchlicher Freundschaft erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Meines hochverehrten Bundesgenossen, Sr.

Majestät des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn, Ihrer Majestät der Kaiserin und des gesamten K. K. Hauses." Die Musik intonierte die österreichische Volkshymne. Alle anwesenden höchsten und hohen Herrschaften hatten die Toaste stehend angehört und nahmen nun wieder ihre Plätze ein, erhoben sich jedoch aufs Neue, als der Kaiser Franz Josef nochmals das Glas ergriff und sprach: „Gestatten Mir Ew. Majestät, daß Ich das Glas erhebe auf Ew. Majestät Armee und auf das leuchtendste Muster aller militärischen Tugenden ein Hoch ausbringe. Unsere preußischen und deutschen Kameraden, sie leben hoch, hoch, hoch!" Jeder der Hochrufe wurde von der gesamten Tafelrunde stürmisch wiederholt. Kaiser Wilhelm verneigte sich, ließ sein Glas an dasjenige des Kaisers Franz Josef anklingen, verbeugte sich vor der Kaiserin und erwiderte: „Ich trinke auf das Wohl der österreichisch-ungarischen Armee, Unsere Kameraden von der österreichisch-ungarischen Armee, sie leben hoch, nochmals hoch, dreimal hoch!" Auch hier fand jedes Hoch ein hundertfaches Echo.

Beide Kaiser schüttelten einander hierauf abermals die Hände, um gleichsam die Waffenbrüderschaft ihrer Heere zu bekräftigen. Die ganze Gesellschaft stand sichtlich unter dem Eindrucke des bedeutungsvollen Vorganges, dessen Zeuge sie gewesen. Auch die Mitglieder des Kaiserlichen Hauses hatten sich dieser Einwirkung nicht zu entziehen vermocht, und mehrere entfernter sitzende Erzherzoge und Erzherzoginnen hatten sich weit vorgebeugt und gespannt ihre Blicke auf das Antlitz des Deutschen Kaisers gerichtet, als dieser seine beiden Toaste sprach. Kaiser Franz Josef unterhielt sich sehr angelegentlich mit dem Deutschen Kaiser und der Ausdruck seines Antlitzes schien hohe innere Befriedigung und eine gehobene Stimmung zu verraten.

Am folgenden Abend besuchte der Hof das im Glanz besonders heller Beleuchtung strahlende, herrliche neue Burgtheater. Den Beschluß des Aufenthaltes am Wiener Hofe machten große Jagden im Neuberger Hochwildrevier in Steyermark. — Auch die Reise des Kaisers von Wien nach Rom und der Aufenthalt daselbst war eine lange Reihe glänzender Ovationen und warmer Kundgebungen nationaler Sympathien und Freundschaft für Deutschland.

Über die Eindrücke nach dem Einzuge verbreitete sich ein Berichterstatter in Folgendem:

„Welch' ein Leben in den Straßen und auf den Plätzen des alten Roms! Zu beschreiben ist es kaum. Nach Hunderttausenden

zählen die Volksmengen, die sich durch die Straßen wälzen. Nachdem es dunkel geworden, begann eine teilweise Illumination. Das Kapitol nahm sich im Flammenschein prächtig aus, und die durch zwei seitwärts postierte elektrische Lampen magisch beleuchtete Fontaine an der Piazza delle Terme machte geradezu einen überwältigenden Eindruck."

Der Kaiser hatte schon Mitte Juli dem König Humbert seine Absicht, ihm in Rom einen Besuch abzustatten, mitgeteilt. Um dieselbe Zeit fand auch zwischen dem Nuntius Galimberti in Wien und dem preußischen Gesandten bei dem Vatikan in Rom, Herrn von Schlözer die erste Besprechung statt, in welcher das Ceremoniell und die Gegenstände der zwischen Kaiser Wilhelm und dem Papst stattfindenden Unterredung festgestellt wurden.

Demgemäß begab sich am 12. Oktober der Kaiser, begleitet vom Prinzen Heinrich, Herrn von Schlözer und Graf Bismarck zum Oberhaupt der Kirche. Der Kaiser fuhr mit Herrn von Schlözer in einem mit vier Trakehnern bespannten Staatswagen, der eigens zu diesem Zweck aus Berlin *nach Rom* gebracht worden war. Vom Papst Leo empfangen, verweilte der Kaiser längere Zeit bei diesem allein, bis Prinz Heinrich in deutscher Marine-Uniform, begleitet vom Flügel-Adjutanten Kapitän z. S. Frhrn. v. Seckendorff, eintraf und sich ebenfalls zu Sr. Heiligkeit begab. Nach längerer Unterredung öffneten sich dann die Thüren, und es erfolgte nun die Vorstellung des Gefolges des Deutschen Kaisers, wobei Papst Leo XIII. sowohl an einzelne, als auch an das gesamte Gefolge wiederholt freundliche Worte richtete und seiner Freude darüber Ausdruck gab, hier in Rom Deutsche begrüßen zu können, wo stets Angehörige der deutschen Nation in Kunst und Wissenschaft Hervorragendes geleistet hätten. Der Besuch des Kaisers im Vatikan währte volle zwei Stunden, da Se. Majestät auch noch die Museen und die Sankt Peterskirche besichtigten. Beim Abschiede hatte Papst Leo dem Kaiser gegenüber geäußert, daß er gern auf diesem Wege Se. Majestät begleitet hätte, daß er aber seines hohen Alters wegen hierauf Verzicht leisten müsse und daher dem Kardinal Rampolla die Führung übertragen habe. Wie auf der Hinfahrt, so wurde der Deutsche Kaiser auch auf der Rückfahrt lebhaft von der unzähligen Volksmasse begrüßt.

An demselben Tage vereinigte eine Galatafel den gesamten Hof im Quirinal, außerdem nahmen an derselben die Gefolge der

Monarchen und Fürsten, die höchsten Würdenträger des Hofes und Staates, die Generalität und viele Personen von Distinktion Teil.

Bei der Tafel brachte König Humbert folgenden Toast in italienischer Sprache auf Kaiser Wilhelm aus:

„Mit tiefer Freude und lebhafter Dankbarkeit begrüße Ich hier in Meiner Residenz, hier in der Hauptstadt Italiens, den Kaiser und König Wilhelm II. Die Anwesenheit des Oberhauptes einer großen Nation und einer ruhmreichen Dynastie, mit welcher Ich aus alter Freundschaft verbunden bin, in Rom, ist ein neues Pfand der Allianz, welche von Uns für den Frieden Europas und für die Wohlfahrt unserer Völker geschlossen wurde. Ich trinke auf das Wohl Sr. Kaiserlichen und Königlichen Majestät, Meines erhabenen Gastes, auf das Wohl Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und auf das deutsche Heer, den Schutz und Ruhm Deutschlands!"

Se. Majestät der Kaiser Wilhelm erwiderte mit folgendem Trinkspruch:

„Ich danke Ew. Majestät auf das herzlichste für die warmen Worte, welche Sie an Mich gerichtet haben. Die Berufung auf die von Unseren Vätern überkommene Bundesgenossenschaft findet in Mir ein lebhaftes Echo. Unsere Länder haben unter der Führung ihrer großen Herrscher beide mit dem Schwerte ihre Einigkeit erkämpft. Die Gleichartigkeit unserer Geschichte bedingt, daß Unsere Völker stets zusammenstehen werden zur Aufrechterhaltung dieser Einheit, welche die sicherste Garantie für den Frieden bietet. Unsere Beziehungen haben den lebendigsten Ausdruck gefunden in der erhebenden Begrüßung, die Ew. Majestät Hauptstadt Mir hat zu Teil werden lassen. Ich trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten des Königs und der Königin und auf das so sehr brave italienische Heer!"

„Den letzten Satz sprach Se. Majestät in italienischer Sprache, wie folgt: Bevo alla salute delle Loro Maestà il rè e la regina ed all' esercito italiano tanto bravo!"

* * *

Im Laufe desselben Tages, dem 12. Oktober, inmitten der Kundgebungen der freudig erregten Bevölkerung sandte der Ministerpräsident Crispi folgende Depesche an den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. „Inmitten des Enthusiasmus, mit welchem Ihr erhabener Souverain, der Freund unseres Königs und das Haupt der unserem Lande verbündeten großen Nation in der Hauptstadt Italiens empfangen worden

ist, und welcher Ihn umgiebt, wenden sich meine Gedanken bewegt an Eure Durchlaucht. Ich wünschte, daß das Echo des Jubels, wovon Rom wiederhallt, bis zu Ihnen gelange, um Ihnen zu sagen, wie sehr das italienische Volk Deutschland liebt und die Freundschaft dieses Landes hochschätzt, welches durch die Rathschläge Euer Durchlaucht zu solchem Ruhme und solcher Größe gelangte. Möge unser Bündniß stets ein so herzliches und intimes bleiben zum Ruhme der beiden Völker, zum Besten des Friedens von Europa."

Fürst Bismarck antwortete mit folgendem Telegramm an den Ministerpräsidenten Crispi: „Ich danke Ew. Exzellenz aus vollem Herzen, daß Sie in dem Augenblicke, wo Sie der Begegnung unserer Souveraine beiwohnten, welche der feierliche Ausdruck der herzlichen Freundschaft der beiden großen Nationen ist, an mich gedacht haben. Das Bewußtsein, gemeinsam an der Befestigung dieser gegenseitigen Freundschaft unserer Souveraine und unserer Länder gearbeitet zu haben, und unser fester Wille, diese Freundschaft aufrecht zu erhalten und sie immer intimer zu gestalten, bilden eine meinem Herzen teure Verbindung inmitten der glänzenden Feste, welche in Rom gefeiert werden, wie in dem einsamen Walde, den Ew. Exzellenz vor zwei Monaten mit mir zu durchwandern die Freundlichkeit hatten."

* * *

Über den Inhalt der Unterredung, die der Kaiser mit dem Papst hatte, veröffentlichte ein dem Vatikan nahestehendes Blatt einige Tage später einen Bericht, der, nach der allgemeinen Ansicht viel thatsächliches, wenn auch in päpstlichem Sinne enthielt. „Beim Empfange Wilhelms II.," so lautete der Bericht, „leitete der heilige Vater das Gespräch mit Sr. Majestät damit ein, daß er den innigen Wunsch äußerte, ihn unter besseren Umständen und ebenso empfangen zu können, wie Gregor XVI. den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen oder wie Pius IX. 1853 den Prinzen Friedrich Wilhelm. Demzufolge beklagte er die wahrhaft bedauernswerte Lage, in die er versetzt sei. Er erwähnte auch, wie selbst die Ankunft Sr. Majestät in Rom für die liberale Presse eine Gelegenheit zu den ehrenrührigsten und feindlichsten Bemerkungen gegen den heiligen Stuhl geboten habe. In der Erwiderung hierauf hob Se. Majestät den hohen Zauber hervor, welchen das Papsttum gegenwärtig in Europa ausübe, so daß der Name des Papstes überall von Hochachtung und Verehrung umstrahlt sei. Und was die Bemerkungen der Presse betreffe, so müsse

man sich daraus gar nichts machen. Demungeachtet, antwortete der Papst, ist die Lage des Papstes in Rom so schwierig und schmerzlich, daß er, wenn er nicht seine Person und seine Würde bloßgestellt sehen will, verhindert ist, sogar den Kaiserlichen Besuch zu erwidern. Hier nun hatte der heilige Vater vor, eine lange Reihe von Betrachtungen über den allgemeinen Zustand Europas, über die Gefahren, die durch das beständige Anschwellen der anarchistischen Parteien drohen, und über die Notwendigkeit eines Dammes gegen dieselben anzuschließen. Er erwähnte die für die deutschen Katholiken befriedigenden Erfolge auf Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse und empfahl, man möge auch fernerhin ihren Forderungen Rechnung tragen und auf dem Wege der religiösen Friedensstiftung bis zur Vollendung des Friedens fortwandeln. Se. Majestät schien diese Empfehlung sehr wohlwollend aufzunehmen und drückte sich in sehr schmeichelhaften Worten aus, die ein Zeichen seines edlen Herzens und seiner guten Gesinnung für seine katholischen Unterthanen waren."

Der 13. Oktober bot ein militärisches Schauspiel dar. Auf dem Felde von Clentorelle (an der Straße nach Palestrina) waren unter dem Kommando des Generals Pallavicini 28,000 Mann versammelt. Die Menge der Zuschauer mag gegen 100,000 Personen betragen haben. Nachdem der Kaiser und der König die Front entlang geritten waren, folgte der Vorbeimarsch der Truppen. Der 16., 17. und 18. Oktober waren für einen Besuch in Neapel und Pompeji bestimmt. In der Frühe des 16. reisten der Kaiser und der König mit den übrigen Fürstlichkeiten von Rom ab. Nach 2 Uhr nachmittags erfolgte die Ankunft in Neapel. Das Gedränge war ungeheuer. Die Herrschaften stiegen im Schloß ab, besuchten die Museen, betrachteten die großartige Beleuchtung und begaben sich zur Festvorstellung ins Theater. Am 17. Oktober fuhren die Majestäten nach Castellamare, um dort dem Stapellauf des neuen Schiffes „Umberto" beizuwohnen, begaben sich dann an Bord der Königsjacht „Savoia" und kehrten zur See nach Neapel zurück, wo eine Flottenschau stattfand. Der Kaiser sprach seine lebhafte Befriedigung aus und beglückwünschte den Marineminister Brin zu dem Gelingen der beiden Akte.

---

Auf kolonialem Gebiet war in diesem Jahre in Ostafrika die Lage eine sehr bedrohliche geworden. Am 20. April 1888 hatte die ostafrikanische Gesellschaft von dem auf 50 Jahre von ihr ge-

pachteten Küstenstrich zwischen dem Minnigani und dem Kipinifluß Besitz ergriffen und richtete sich in demselben ein. Um dieselbe Zeit machte sich unter den Eingeborenen eine dumpfe Gärung und Mißstimmung bemerkbar; der Sklavenhandel verdoppelte seinen Umsatz und wurde im deutschen Gebiete, selbst unter den Augen der Gesellschaft, ungescheut betrieben.

Es blieb schließlich nichts übrig, als von der See aus zur Blockade des ganzen Küstengebietes zu schreiten. Hierzu ergriff Deutschland die Initiative; die bedeutendsten europäischen Mächte schlossen sich an und von diesem Zeitpunkte — 2. Dezember 1888 — beginnend, wurde die Seepolizei auf das Strengste gehandhabt. Alle Fahrzeuge unterlagen einer peinlichen Durchsuchung, um unbedingt jede Waffeneinfuhr nach dem afrikanischen Kontinent und jede Ausführung von Sklaven aus demselben zu verhindern, das hieß diesen lohnenden Geschäften, welche den Wohlstand der an den Seen wohnenden Volksstämme wie der Händler von Sansibar begründeten, den Todesstoß versetzen. Sie beantworteten die gegen sie ergriffenen Maßregeln mit Schikanen aller Art gegen die deutschen Handlungen, und der Sultan erklärte sich außer stande, dieselben verhüten zu können.

Die Stationen Aruscha, Moschi und Mpwapwa im Innern wurden bedroht. Der feindlichen Haltung der Neger gegenüber mußten sie nach und nach verlassen werden, und bald blieb der Gesellschaft auf dem weiten, vor zwei Jahren abgegrenzten Gebiete nur noch der Besitz von Bagamoyo und Dar-es-Salaam.

Die Gefahr wuchs, als der Aufstand anfing sich mehr zu organisieren. Buschiri-ben-Salem, ein Suaheli-Araber, der sich durch seine Streifzüge, die Ausplünderung einer Karawane, der er eine Anzahl Repetier-Gewehre genommen, und die Erbeutung von zwei Geschützen der Station Pangani einen Namen gemacht hatte, stellte sich an die Spitze. Seine Anhänger rekrutierten sich vorzugsweise aus Arabern, welche durch das Vorgehen gegen den Sklavenhandel und das Verbot der Waffeneinfuhr schwer geschädigt waren.

Am 20. November 1888 rückte er mit 800 schlecht Bewaffneten von Pangani ab. Zu schwach, um Bagamoyo anzugreifen, erreichte er den Hafen von Lindi und, durch schnell aufgeworfene Verschanzungen sich deckend, eröffnete er das Feuer gegen die beiden vor der kleinen Bucht kreuzenden Kriegsschiffe „Karola“ und „Sophie“. Sobald aber

die Schaluppen ausgesetzt und bemannt wurden, ergriffen seine Anhänger die Flucht.

Während der sechsmonatlichen verhältnismäßigen Ruhe, welche dem Abschlusse des Übereinkommens mit dem Sultan von Sansibar gefolgt war, hatte die Gesellschaft in Lindi, Mikindani, Kilwa, Dar-es-Salaam, Bagamoyo, Pangani und Tanga Zollämter errichtet. Der ausschließlich durch Europäer versehene Zolldienst wurde von Sansibar aus durch ein Zollamt mit einem Vorstande, vier deutschen und acht indischen Beamten und einem syrischen Dolmetscher geleitet. Leider brach in demselben Moment, wo alle diese Enrichtungen sicher zu funktionieren begannen, der Aufstand aus und wie ein Orkan zerstörte er in weniger als zwei Monaten alles was emsiger Fleiß mit großen Mühen geschaffen hatte.

Dieser Lage der Verhältnisse gegenüber trat in Deutschland selbst die öffentliche Meinung aus der gleichgültigen Haltung, die sie bisher den überseeischen Unternehmungen gegenüber bewahrt hatte, heraus. Der Reichstag bewilligte zwei Millionen Mark für die Ausrüstung einer Expedition nach Ostafrika und die Ernennung eines Reichskommissars, der im Namen der Reichsregierung alle diejenigen Maßnahmen treffen sollte, welche nötig sein würden, um die deutschen Interessen zu schützen und die momentan geschädigte Stellung der Gesellschaft wieder zu Ansehen zu bringen.

---

Zwei nationale Festtage fielen noch in das erste Regierungsjahr Kaiser Wilhelm's: Die Schlußsteinlegung zu den Bauten des neuen Zollhafens in Hamburg am 29. Oktober, und die Grundsteinlegung zum Reichsgerichtsgebäude in Leipzig am 31. Oktober. So kam es, daß der erste Besuch, welchen Kaiser Wilhelm der alten Hansa- und Handelsstadt Hamburg machte, der Feier des vollzogenen Anschlusses derselben an das deutsche Wirtschafts- und Zollgebiet galt. Daß die Bevölkerung Hamburgs zu diesem Besuche ganz besondere Vorbereitungen treffen würde, um ihrer Freude Ausdruck zu geben, war selbstverständlich; aber auch die Behörden des Reiches und Hamburgs thaten Alles, um keinen Zweifel darüber zu belassen, welche Wichtigkeit dem Besuche des Kaisers und dem Anlasse zu demselben beizumessen ist.

Den Mittelpunkt des Kaisertages bildete, sowohl der Bedeutung wie der Zeiteinteilung nach, der feierliche Akt der Schlußsteinlegung.

Ein Festplatz stand für diesen weihevollen Akt zur Verfügung, so malerisch und originell, so ganz in engster Beziehung stehend zu der Begebenheit selbst, wie er besser im Bereiche des Freihafenbezirkes nicht gefunden werden konnte.

Vor dem Brückenportal war durch die Tribünen ein weiter runder Platz gebildet, auf welchem sich das Kaiserliche Zelt erhob. Hier war der Mittelpunkt der Feier. Auf diesem stimmungsvollen Festplatze am Südportal der Brooksbrücke, welchen zwei hohe, heute von oben bis unten prächtig dekorirte Waarenpaläste der Freihafen-Lagerhausgesellschaft einschließen, versammelten sich von 12 Uhr ab die zur Feier geladenen Personen. Es war eine glänzende Vereinigung, die sich hier zusammenfand, um den Kaiser zu erwarten. Die Bevollmächtigten zum Bundesrath, das Präsidium und die Mitglieder des Reichstags.

In das Portal der Brücke, die sich über das Bett des neu geformten Elbarmes spannt, und dazu dient, den neuen Freihafen Hamburgs eng und unauflöslich mit dem deutschen Zollgebiet zu verbinden, sollte der Schlußstein eingefügt werden. Als der Augenblick der drei Hammerschläge nahte, begleitete der Monarch die symbolische Handlung mit folgenden Worten:

„Zur Ehre Gottes, zum Besten des Vaterlandes, zu Hamburgs Wohl!"

Der Kaiser hatte sich nach der Grundsteinlegung mit den beiden Bürgermeistern in die Mitte des Festplatzes begeben, wo er in längerer Unterhaltung mit denselben verblieb; dieselbe war sehr lebhaft und der Kaiser lachte mehrere Male recht herzlich, so daß sein sonst ernstes Gesicht sich erheiterte und sein Auge sehr freundlich sah.

Dann folgte eine Fahrt durch die neuen Hafenbassins, und das große Festmahl, von der Stadt dem Herrscher in der Kunsthalle gegeben. Der erste Bürgermeister dankte dem Kaiser für sein Erscheinen und pries ihn als Hort des Friedens. In seiner Erwiderung sagte der erlauchte Schirmherr des Reiches am Schluß:

„Die Reise, die Sie vorhin erwähnten, habe Ich allerdings unternommen in der Absicht, durch den Frieden, den Ich für Mein Vaterland befestigen würde, die Industrie und den Handel und die Wohlfahrt des Landes fördern zu helfen. Meine Herren, der heutige Tag ist ein hochbedeutender Tag gerade in dieser Richtung. Das Werk, dem die heutige Feier galt, ist das erste, welches als eine bedeutende Leistung der inneren Politik des Reichs unter Meiner Regierung zur

Vollendung gereift ist; und es ist Mir eine ganz besondere Freude, daß dies gerade in Ihrer Stadt stattgefunden hat. Mit hoher Genugthuung erfüllt Mich der heutige Tag, und Ich hoffe, daß Gottes Segen auf demselben ruhen wird, und daß die Stadt Hamburg durch diese That einen Aufschwung nehmen wird, der alle unsere Hoffnungen übersteigt. Sie haben einen großen Dienst für das Vaterland geleistet; Sie sind ja Diejenigen, die das Vaterland mit unsichtbaren Banden an die fernen Weltteile weithin anknüpfen, seine Erzeugnisse herüberbringen. Und nicht nur das; Sie sind es, die auch unsere Gedanken und Ideen der fernen Welt mitteilen, wofür Ihnen das Vaterland besonderen Dank schuldet. — Wir aber, die Wir hier versammelt sind und die Gastlichkeit der lieben Stadt Hamburg genossen haben, erheben Unser volles Glas und trinken auf das Wohl und das Gedeihen dieser Stadt und erflehen Gottes Segen über die Stadt Hamburg!"

---

Kaum zurückgekehrt von der Teilnahme an einer Feier, welche die glücklich vollzogene wirtschaftliche Vereinigung der Freien und Hansestädte Hamburg und Bremen mit dem Vaterlande versinnbildlichte, eilte Kaiser Wilhelm nach dem Sitze des obersten deutschen Gerichtshofes, um daselbst den Grundstein zu einem Bau zu legen, der als ein Denkstein der rechtlichen Einheit des deutschen Volkes zu betrachten sein wird. Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß, nachdem erst vor Kurzem in dem Entwurfe des bürgerlichen Gesetzbuches die Grundlage der Einheit des Rechts geschaffen, dem Gerichtshofe, welcher vor Allem berufen ist, diese Einheit zu wahren und auszubauen, von Kaiserlicher Hand symbolisch das Fundament zu seinem Hause gelegt wurde.

Wie alle Regierungshandlungen unseres jungen Monarchen, so galt auch diese der Befestigung des Reichsgedankens, und in der Teilnahme des erlauchten Landesherrn des Königreichs Sachsen kam die bundesmäßige Gestaltung des Deutschen Reichs auch nach außen hin zu einer erhebenden Darstellung. Die meisten Bundesstaaten bezeugten ihre Teilnahme an dieser wichtigen, das ganze Reich betreffenden Feier durch Entsendung ihrer obersten Staatsdiener, so daß ganz Deutschland bei dem festlichen Akte in würdigster Weise vertreten war.

Bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe von dem Oberbürgermeister Georgi mit einem warmen Bewillkommungsgruß empfangen,

begab sich der hohe Herr in Begleitung des Königs Albert und des Prinzen Georg nach dem Platz der Grundsteinlegung.

Beim Erscheinen der Majestäten im Kaiserzelt blies die Musik Fanfaren. Nachdem der Kaiser den Befehl zum Beginn erteilt hatte, trug der vom Kapellmeister Prof. Dr. Reinecke geleitete Sängerchor einen Gesang vor, nach dessen Verstummen der Vertreter des Reichskanzlers, Herr Staatsminister v. Boetticher, die zur Versenkung in den Grundstein bestimmte Urkunde verlas.

Nach der vom 1. Vizepräsidenten des Reichstages, Dr. Buhl, gehaltenen Festrede ergriff der Kaiser den ihm dargebotenen Hammer, führte drei kräftige Schläge auf den Grundstein und sprach dabei mit kräftiger Stimme die Worte: „Der Ehre des Allmächtigen Gottes, dem Rechte und seinen alle Zeit getreuen Dienern." Nach dem Schluß der Feier der Grundsteinlegung selbst betrat der ehrwürdige Präsident des Reichsgerichtes, Dr. von Simson, den Raum vor dem Kaiserzelt, um den Ausdruck des tief empfundenen Dankes in Treue und Ehrfurcht zu den Füßen der erhabenen, eng verbündeten Herrscher niederzulegen.

---

Eine erfreuliche Kundgebung auf kirchenpolitischem Gebiete war eine Huldigungs-Adresse, welche die zu einer Konferenz in Fulda versammelten preußischen Bischöfe am 29. August an den Kaiser richteten. Diese Adresse entnahm aus der huldvollen Haltung des Monarchen der katholischen Kirche gegenüber, die freudige Zuversicht, daß „unter der Regierung Wilhelm II. die friedlichen und wohlwollenden Beziehungen zwischen Kirche und Staat sich befestigen und ausgestalten würden als der sichere Hort in der Sturmflut der umsturzdrohenden Lehren und Ideen der Gegenwart".

In der Antwort des Herrschers auf die Adresse der hohen geistlichen Würdenträger hieß es:

„Mit Wohlgefallen habe Ich die Huldigungs-Adresse empfangen, welche Sie, Herr Erzbischof, in Gemeinschaft mit Ihren bischöflichen Amtsbrüdern aus Fulda an Mich gerichtet haben. Die nach Gottes Ratschluß in diesem Jahre über Mich, Mein Haus und das Vaterland verhängte Doppeltrauer findet in Ihrer Adresse einen so tiefempfundenen Ausdruck, daß unter den zahlreichen Beileidsbezeugungen die Ihrige Mir besonders wertvoll gewesen ist. Nicht minder wohlthuend berührt Mich Ihr patriotischer Segenswunsch zu Meiner Thron-

besteigung. Mein Leben und Meine Kraft gehören Meinem Volke, dessen Wohlfahrt zu fördern die schönste Aufgabe Meines Königlichen Berufes ist. Daß Ich die Glaubensfreiheit Meiner katholischen Unterthanen durch Recht und Gesetz gesichert weiß, stärkt Meine Zuversicht auf dauernde Erhaltung des kirchlichen Friedens. Indem Ich Ihnen, Herr Erzbischof, und den Mitunterzeichnern der Adresse für die loyale Kundgebung aufrichtig danke, verbleibe Ich

Ew. Hochwürden wohlgeneigter
Wilhelm, R.

Marmor-Palais, den 7. November 1888.
An den Erzbischof von Cöln Dr. Krementz zu Cöln."

Am 31. Dezember des an denkwürdigen Ereignissen und geschichtlichen Vorgängen reichen Jahres 1888, richtete Kaiser Wilhelm nachstehendes Handschreiben an den Fürsten Bismarck:

„Lieber Fürst! Das Jahr, welches uns so schwere Heimsuchungen und unersetzliche Verluste gebracht hat, geht zu Ende. Mit Freude und Trost zugleich erfüllt Mich der Gedanke, daß Sie Mir treu zur Seite stehen und mit frischer Kraft in das neue Jahr eintreten. Von ganzem Herzen erflehe Ich für Sie Glück, Segen und vor Allem andauernde Gesundheit und hoffe zu Gott, daß es Mir noch recht lange vergönnt sein möge, mit Ihnen zusammen für die Wohlfahrt und Größe unseres Vaterlandes zu wirken.

Berlin, den 31. Dezember 1888.

Wilhelm, I. R."

---

# Das Jahr 1889.

Die durch das koloniale Unternehmen in Ostafrika, namentlich an der Küste von Sansibar veranlaßte Erhebung, hatte ein handelndes Einschreiten nötig gemacht. Die Angriffe auf Deutsche mehrten sich so, daß der Regierung die Pflicht oblag, kräftig einzuschreiten. Hierzu mußte sie, wie schon gesagt, am Herde der Bewegung durch einen Kommissar vertreten sein, der die Berechtigung hatte, alle Maßregeln zu ergreifen, welche nötig werden sollten, um auf dauerhafter Grundlage ein Übereinkommen zwischen dem Sultan und der Deutsch-Ost-

afrikanischen Gesellschaft zu erzielen. Derselbe hatte sich dagegen jeder Einmischung in die Handels- oder wirtschaftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu enthalten. Als Kommissar wurde Premier-Lieutenant Wißmann dem Auswärtigen Amte zur Verfügung gestellt und Befehl zur Bildung eines Truppenkorps erlassen, um die hauptsächlichsten Stationen zu besetzen und den Aufstand mit Waffengewalt zu unterdrücken. Inzwischen verschlimmerte sich die Lage in Ostafrika noch mehr. Am 5. Dezember 1888 hatte der Araber-Häuptling und Sklavenhändler Buschiri Bagamoyo plötzlich heftig angegriffen. Nur mit Mühe wurde er zurückgeworfen. Weil am folgenden Tage ein neuer Angriff zu erwarten war, ließ der Admiral Deinhardt einen Offizier und 20 Matrosen ans Land schaffen und das bedeutendste Faktorei-Gebäude, außerhalb der Stadt, von diesen besetzen. Als dann die Rebellen am 7. früh sich wieder in der Stadt zeigten und dort festzusetzen begannen, eröffnete die „Leipzig" das Feuer gegen das verschanzte Lager der Eingeborenen und nötigte sie zum Abzuge, nachdem es Buschiri zuvor gelungen war, Bagamoyo in Brand zu stecken. Am 24. hatte er, durch Zuzüge von Pangani verstärkt, den Angriff wiederholt. Das Stationsschiff „Karola" mußte an 100 Matrosen landen und deren Angriffe durch mehrere Kartäsch-Lagen unterstützen. Buschiri's Lager war nach und nach der Sammelplatz für alle Aufständischen geworden. Sie befestigten sich dort, breiteten sich in der Umgegend aus, terrorisierten die Eingeborenen, plünderten Karawanen und alarmierten die deutschen Posten unausgesetzt. Gleichzeitig hatten sie die ganze Küste entlang eine Art Blockade eingerichtet, indem sie alle Dhaus, und andere Fahrzeuge, welche sie im Verdacht hatten, deutsche Matrosen behufs Landung zu bergen, untersuchten.

Die Monate Januar und Februar 1889 verliefen unter fortgesetzten Scharmützeln. Die Defensive, zu der die Deutschen sich zu dieser Zeit aus Mangel an regulären Truppen genötigt sahen, war natürlich nicht geeignet, Buschiri trotz seiner wiederholten Niederlagen zu entmutigen. Der Aufstand nahm inzwischen immer noch an Ausdehnung zu. Am 22. März wurden die beiden deutschen Kriegsschiffe „Leipzig" und „Schwalbe", während sie vor den Ankerplätzen von Saadani und Kondutchi vorbeifuhren, durch ein vortrefflich unterhaltenes Gewehrfeuer der hinter Palissadierungen gedeckten Eingeborenentruppen beschossen. Die beiden Schiffe antworteten sofort mit einem regelmäßigen Bombardement beider Dörfer und landeten

240 Matrosen. Die Verbindung mit dem Innern, zwischen der Küste und der Station Mpwapwa war jetzt vollständig unterbrochen. Indes hatte sich Buschiri, die Nutzlosigkeit weiterer Angriffe auf die wohlbefestigten und tapfer verteidigten Stationen der Deutschen einsehend, auch den bei Mißerfolgen unausbleiblichen schlechten Eindruck auf seine Leute fürchtend, hinter Bagamoyo in der Nähe der großen Karawanenstraßen festgesetzt. Mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, reiste der zum Kommissar ausersehene Hauptmann Wißmann am 15. Februar von Berlin ab, nachdem er vorher vom Kaiser empfangen worden war.

Die Ankunft in Alexandria erfolgte am 25. Februar. Von da begab er sich nach Kairo und nach Suez und schiffte sich nach Sansibar ein. Dort traf er am 31. März zugleich mit Dr. Peters ein, welcher im Auftrag der deutschen Emin-Gesellschaft im Februar Berlin verlassen hatte, um Emin Pascha, von welchem man glaubte, daß er von Wadelai aus mit Stanley den Marsch nach Sansibar angetreten habe, entgegenzukommen und Beistand zu leisten. Wißmann begab sich im April mit seinem aus 100 Europäern, 600 Sudanesen, 100 Somali und 100 Zulu bestehenden Korps nach Bagamoyo, um die Kriegsoperationen gegen Buschiri, den Führer der Aufständischen, zu beginnen.

---

Dem Reichstag ging nach der Beratung des Etats noch ein Nachtragsetat, zum Zweck der Durchführung einiger militärischer Neuerungen zu. Diese Nachtragssumme war bestimmt für Veränderungen in der Formation der Feldartillerie und für die Neuorganisation der obersten Marinebehörden, und sollte teils durch Aufnahme einer Anleihe von nahezu 12½ Millionen Mark, teils durch Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt werden. Das Deutsche Reich stand hinsichtlich der Zahl der Batterien und der einzelnen Feldgeschütze und hinsichtlich der Bespannung der Munitionswagen hinter Frankreich und Rußland zurück.

Die Friedensorganisation der deutschen Feldartillerie war nun in der Weise geplant, daß im Allgemeinen jedem Armeekorps wie bisher, 2 Feldartillerieregimenter, jedoch in 7 statt der bisherigen 6 Abteilungen gegliedert, zugeteilt wurden. Beim sächsischen Armeekorps sollte mit Rücksicht auf seine Zusammensetzung aus 3 Divisionen eine Gliederung in 3 Feldartillerieregimenter eintreten. Beim

13. (württembergischen) 14. und 15. Armeekorps, sollte die Einteilung der Feldartillerie unverändert bleiben. Innerhalb des Rahmens dieser Organisation mußte nun eine erhebliche höhere Zahl von Batterien als bisher auf den hohen Etat zu 6 bespannten Geschützen gebracht, ein Teil derselben auch mit einigen bespannten Munitionswagen ausgerüstet werden, um den Übergang auf den Kriegsfuß und den erhöhten Kriegsbedarf unter den veränderten Verhältnissen zu sichern.

Die Neuorganisation der obersten Marinebehörden sollte darin bestehen, daß die Funktionen des Oberbefehlshabers und des obersten Verwaltungschefs der Marine, welche damals der Chef der Admiralität in seiner Person vereinigte, auf zwei verschiedene Personen übertragen würden durch Gründung eines Oberkommandos und eines Reichsmarine-Amtes, das erstere für den Oberbefehl, das zweite für Technik und Verwaltung. Die Regierung begründete die Notwendigkeit dieser Änderung mit Hinweisung auf die bevorstehende fernere Erweiterung der Marine im Personal und Material, welche so bedeutend sei, daß, wenn schon bisher die Bewältigung der dem Chef der Admiralität zufallenden Aufgaben ungewöhnliche Leistungsfähigkeit voraussetzte, künftig die Arbeitskraft einer noch so begabten Person nicht mehr ausreichen werde, um die auf dem Gebiete des Kommandos, der Technik und Verwaltung auftretenden Fragen in ihrer Gesamtheit zu umfassen und mit derjenigen Sachkenntnis zu behandeln, welche das dienstliche Interesse erheische.

Die Opposition der freisinnigen Partei, ebenso wie diejenige des Centrums, nötigte den Fürsten Bismarck, die Marinevorlage mit der ganzen Macht seines persönlichen Ansehens zu verteidigen. Erst als er die Trennung im Namen der Verfassung forderte, und im Fall der Ablehnung mit Niederlegung der Stellvertretung der Marine drohte, gelang es, den Widerstand der oppositionellen Parteien zu brechen. Der Nachtragsetat der Marineverwaltung und das Anleihegesetz wurden genehmigt.

Neben diesen parlamentarischen Ereignissen lenkten Enthüllungen und Veröffentlichungen aller Art die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Vor Allem der Ausgang des Prozesses gegen den Geheimen Justizrat a. D. Professor Geffken in Hamburg, welcher in Folge seiner Veröffentlichungen über das Verhältnis zwischen dem Kaiser Wilhelm I. und dem Kronprinzen während des deutsch-französischen Krieges auf Veranlassung des Fürsten Bismarck des Landesverrates

angeklagt worden war. Der Spruch des Reichsgerichts erfolgte am 4. Januar 1889. Darin wurde zwar anerkannt, daß nach dem Ergebnisse der Voruntersuchung hinreichende Verdachtsgründe für die Annahme vorlagen, daß der beschuldigte Geffken in dem Rundschau-Artikel Nachrichten, deren Geheimhaltung anderen Regierungen gegenüber, für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich war, öffentlich bekannt gemacht habe, zugleich aber ausgesprochen, daß für die Annahme des Bewußtseins des beschuldigten Geffken, daß der fragliche Artikel Nachrichten der bezeichneten Art enthalte, genügende Gründe nicht vorhanden seien. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts beschloß daher, den beschuldigten Geffken hinsichtlich der Beschuldigung des Landesverrats außer Verfolgung zu setzen, die Haft des Beschuldigten aufzuheben, die Kosten des Verfahrens der Reichskasse aufzuerlegen. Geffken wurde am Vormittag des 5. Januar von diesem Entscheid in Kenntnis gesetzt und sofort entlassen. Er begab sich zunächst nach Hamburg.

Dieser Rechtsspruch erregte Aufsehen. Die Thatsache, daß durch Veröffentlichung des Tagebuches des Kaisers Friedrich ein Landesverrat begangen worden war, blieb ungeachtet der Entscheidung des Reichsgerichts bestehen. Das letztere hatte in seinem Beschlusse vom 4. Januar festgestellt, daß das veröffentlichte Tagebuch in mehreren Beziehungen Staatsgeheimnisse enthielt, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches geboten war. Es hatte nur deshalb entschieden, daß Geffken außer Verfolgung zu setzen sei, weil demselben nicht genügend nachgewiesen sei, daß er das Bewußtsein von dem landesverräterischen Charakter seiner Veröffentlichung gehabt habe und daher der von dem Gesetz geforderte Vorsatz fehle. Weshalb das Gericht dieses Bewußtsein vermißt hatte, war nicht angegeben; doch dürfte man nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das Gericht von der Voraussetzung ausging, der Haß Geffken's gegen den Fürsten Bismarck habe jenen an der Einsicht in die Tragweite seiner Handlungsweise verhindert. Übrigens war der Zweck, welchen der Immediatbericht des Reichskanzlers vom 23. September 1888 im Auge hatte, erreicht worden; nicht allein der unmittelbare Urheber war ermittelt, sondern es waren auch die Hintermänner festgestellt worden, welche durch ihr Ränkespiel den Reichskanzler zu stürzen suchten, und in deren Interesse die Veröffentlichung erfolgte.

Mit warmem Empfinden und in herzlicher Teilnahme blickte die gesamte deutsche Nation am 8. März auf den Tag, an welchem General-Feldmarschall Graf v. Moltke seit 70 Jahren der Armee angehört.

Seit dem Tode Kaiser Wilhelm I. der älteste Soldat des deutschen Heeres, stand der Gefeierte in voller Frische und Rüstigkeit des Geistes und des Körpers unter den Zeitgenossen, welche in ihm den ruhmgekrönten Feldherrn, den begeisterten Patrioten, den mit allen Tugenden edelsten Menschentums geschmückten Mann bewunderten!

Seit fast 57 Jahren dem Generalstab der Armee angehörend, und länger denn drei Jahrzehnte an der Spitze desselben stehend, trat der ehrwürdige Jubilar mit dem Tage in das achte Dezennium seiner Berufslaufbahn, in welcher Volk und Heer so ruhmvollen Wandel der Geschicke erfahren haben. Eine Kabinetsordre, welche der Kaiser an den Jubilar richtete, hatte folgenden Wortlaut:

„Mein lieber General-Feldmarschall!

Sie wollen heute den Tag in stiller Zurückgezogenheit begehen, an welchem Sie auf eine vollendete 70jährige Dienstlaufbahn zurückblicken. Wie Wenigen ward dies der Zeit nach vergönnt, und wessen Laufbahn gliche der Ihrigen!? Was Sie in den vergangenen 70 Jahren für die Größe Meines Hauses, für Preußen und Deutschland gethan und geleistet, darf Ich hier nicht wiederholen; die ganze Welt weiß davon und die Geschichte bewahrt es für alle Zeiten. Das aber lassen Sie Mich aussprechen, wie mit Mir ganz Deutschland es als eine besondere Gnade Gottes dankbar preist, daß Er Sie bis heut unter uns belassen hat; möge es dem Allmächtigen gefallen, Sie Mir und dem Vaterlande noch ferner in bisheriger Kraft und Frische zu erhalten. Gleich Meinen nun in Gott ruhenden Vätern trage Ich im tiefsten Herzen die Dankesschuld gegen Sie; wollen Sie es deshalb als den Ausdruck Meiner warmen innigen Empfindungen auffassen, wenn ich Sie bitte, am heutigen Gedenk- und Ehrentage Meine Büste in Bronze freundlichst entgegenzunehmen.

Berlin, den 8. März 1889.

Ihr

Ihnen herzlich ergebener dankbarer König

Wilhelm, R."

Der Tag brachte dem Gefeierten die größten Ehren und Auszeichnungen. Neben dem Kaiser, gaben die drei Kaiserinnen den herzlichen Anteil, den sie an demselben nahmen, zu erkennen. Von allen deutschen Fürsten, von vielen fremden Souveränen gingen Glückwunschtelegramme, in den schmeichelhaftesten Ausdrücken abgefaßt, ein, ebenso gratulierten die Parlamente, die Akademie der Wissenschaften, die höheren akademischen Lehranstalten u. s. w. Die Offiziere des Generalstabs verehrten dem Jubilar eine kostbare Truhe mit ihren Bildern.

---

In den ersten Tagen des April traf die Trauerbotschaft ein, daß in Folge eines verheerenden Orkanes die in Samoa stationierten Kriegsschiffe, der Kreuzer „Adler" und das Kanonenboot „Eber", mit einem Teile ihrer Besatzungen untergegangen seien. Die Korvette „Olga" war auf den Strand getrieben und sehr beschädigt worden. An Stelle der drei auf diese Weise verunglückten Schiffe, wurden sogleich die Kreuzerkorvette „Sophia" und das Kanonenboot „Wolf" nach Samoa beordert. Die sogleich nach der Südsee entsandte Korvette „Alexandrine" besichtigte der Kaiser selbst vor deren Abgang in Wilhelmshaven, und richtete bei dieser Gelegenheit an das Offizierkorps der Marine einige Worte, welche den tiefsten Eindruck machten, und den schmerzlichen Wiederhall, den die Katastrophe in der gesamten Nation gefunden, in treffender Weise zum Ausdruck brachte.

„Nicht in eitle Klagen wollen wir ausbrechen, sagte der Kaiser, nein! Als Vorbild sollen sie uns dienen! Nachdem sie siegreich gegen Menschenhand gefochten, fanden sie im mutigen Kampf gegen die entfesselten Elemente ihren rühmlichen Tod. Gott hat es also gewollt! Auch so starben sie den Tod für Kaiser und Reich! Hier muß Ich an ein schönes Dichterwort denken, das Manchem unter Ihnen bekannt sein wird. Als der Admiral Medina Sidonia gebeugten Hauptes dem König von Spanien meldet, daß seine gewaltige Armada vernichtet sei, beruhigt ihn der König und sagt: „Gott ist über mir: Gegen Menschen sandte ich Euch aus, nicht gegen Wellen und Klippen!" So ist es auch hier! Mögen einem Jeden von Ihnen, der Kommandant ist, oder es noch werden wird, das stets gegenwärtig sein: der Kommandant, welcher rühmlich im Kampf mit den Elementen durch Gottes Fügung sein Schiff verliert oder mit ihm untergeht, stirbt in Meinen Augen gerade eben solchen Heldentod für das Vaterland, als der Kommandeur,

der seinem Regiment voran im Sturm auf die feindliche Stellung, den Degen in der Faust, fällt. Nicht ertrunken sind unsere Kameraden in Samoa oder auf der „Augusta", sondern gefallen, ihre Pflicht bis zum letzten Augenblick erfüllend".

---

Eine Bewegung wie sie der deutsche Arbeiterstand seit der gesetzlichen Anerkennung des Koalitionsrechtes noch kaum gesehen hatte, war seit Anfang Mai im Rheinisch-Westfälischen Kohlengebiet zum Ausbruch gekommen und hatte binnen weniger Wochen eine solche Ausdehnung erreicht, daß etwa 100,000 Arbeiter feierten. Seit Jahren herrschte Unzufriedenheit unter den Bergleuten der dortigen Gegend mit den Lohnverhältnissen, besonders aber wegen der Berechnung der Schicht. Die politische Bedeutung des Streikes der Bergleute bestand in dem persönlichen Auftreten des Kaisers im Interesse der Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Es war eine sehr erfreuliche Erscheinung, daß sich die Bergleute des Rheinisch-Westfälischen Kohlengebietes vertrauensvoll an den Kaiser wandten, damit er sich ihrer Notlage annehme. Kaiser Wilhelm entsprach dieser Bitte bereitwillig und benutzte die Gelegenheit, um die Bergleute vor dem Verkehr mit den Socialdemokraten und vor Ausschreitungen, namentlich vor der Verhinderung der Arbeit derjenigen Kameraden zu warnen, welche arbeiten wollten. Der Kaiser hatte aber auch die andere Partei, die Arbeitgeber gehört, und empfahl diesen die Pflege eines guten Verhältnisses zu den Arbeitern und die Berücksichtigung ihrer gerechten Wünsche. Die Antwort des Monarchen bezeichnete es namentlich als dringend notwendig, in anbetracht der weitreichenden Schädigung der gesamten Bevölkerung, welche der Streik zur Folge hatte, und da ein zweiter Streik in Schlesien im Ausbruch begriffen sei, den westfälischen Streik so bald als möglich zu beendigen. Den Arbeitern habe er seinen Standpunkt dargelegt; übrigens hätten dieselben auf ihn einen guten Eindruck gemacht, und es habe ihn gefreut, daß seine Worte in den Arbeiterkreisen Westfalens Anklang gefunden, und daß die Einmischungsversuche der Sozialdemokratie energisch abgewiesen worden seien. Der Kaiser werde sich freuen, wenn auf der von Arbeitern vorgeschlagenen Grundlage eine Verständigung erzielt würde. Er empfehle den Bergwerksgesellschaften und ihren Organen, daß sie in Zukunft mehr Fühlung mit ihren Arbeitern unterhielten, damit

ihnen solche Bewegungen nicht entgehen; denn ganz unerwartet könne sich der Streik unmöglich entwickelt haben, er sei nur vorzeitig ausgebrochen.

---

Die seit dem Jahre 1887 in Samoa, einer Hauptstätte deutscher Handels- und Erwerbsinteressen in der Südsee, eingetretenen Wirren, und namentlich der Angriff der Samoaer auf die Besatzung des deutschen Kriegsschiffes „Olga", hatten zu einer großen Spannung mit jenem Inselreiche geführt. Diese Spannung wurde noch dadurch vermehrt, daß der Vertreter Deutschlands in jenem Lande, Konsul Knappe, Partei nahm für den von einer Seite aufgestellten König Tamasese, gegen den sich wiederum die Amerikaner erklärten. Die Verwicklung wurde noch größer, als Konsul Knappe in weiterer Verfolgung der inneren Kämpfe auf Samoa dadurch unmittelbar in dieselben eingriff, daß er den Kriegszustand auf Samoa erklärte und damit Fremde dem Kriegsrecht unterwarf. Daraus ergab sich ein weiterer Konflikt mit England.

Der englische Konsul erklärte, daß britische Unterthanen allein unter englischer Gerichtsbarkeit ständen.

Der deutsche Reichskanzler erklärte seinem Vertreter darauf, daß er mit dem gethanen Schritte sich übereilt, über seine Befugnisse hinausgegangen sei, und telegraphierte ihm: „Die von Ihnen gestellte Forderung, betreffend Übernahme der Verwaltung Samoas durch Deutschland, liegt außerhalb Ihrer Instruktionen und unserer Ziele. Nehmen Sie dieselbe alsbald zurück. Abgesehen von Auslieferung der verbrecherischen Angreifer ist keine Forderung zu stellen, zu der Sie nicht ermächtigt sind. Falls Ihr Telegramm hier richtig verstanden wird, kann ich Ihr Verhalten nicht gutheißen".

Konsul Knappe wurde darauf abberufen und durch Generalkonsul Stübel ersetzt.

Um die Spannung zwischen den in Samoa vertretenen auswärtigen Mächten zu beseitigen, und eine Form zu finden, durch welche, unbeschadet der Gleichberechtigung der drei Nationen, ein, den thatsächlichen Verhältnissen angepaßter Zustand hergestellt würde, damit die inneren Streitigkeiten der Samoaer nicht länger das gute Einvernehmen der auf jener Inselgruppe lebenden Deutschen, Engländer und Amerikaner störe, wurde nach längeren vorangegangenen Verhandlungen, der Zusammentritt einer Samoakonferenz in Berlin

beschlossen. — Diese Konferenz begann am 29. April 1889. Den Vorsitz führte der Staatssekretär Graf Bismarck.

Das Ergebniß dieser Konferenz war eine Generalakte. Dieselbe enthielt verschiedene Erklärungen, durch welche das Verhältnis der Angehörigen der Vertragsmächte (Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten) untereinander und zu den Eingeborenen geregelt, für die Wiederherstellung von Friede und Ordnung auf den Inseln Vorsorge getroffen, und die Einsetzung eines obersten Gerichtshofes zur Schlichtung von bürgerlichen und internationalen Streithändeln verkündet wurde.

---

Zu einem peinlichen Konflikt mit der Schweiz hatte im Frühjahr des Jahres 1889 das unbesonnene Verhalten eines an der deutsch-schweizerischen Grenze stationierten deutschen Polizeikommissars, Wohlgemuth mit Namen, geführt. Derselbe, geleitet von dem Bestreben sich als diensteifriger Beamter zu zeigen, knüpfte mit einem höchst zweifelhaften Subjekt, dem Schneider Lutz in dem Orte Rheinfelden in der Schweiz, eine Verbindung an, um über das Treiben der deutschen Socialdemokraten im Nachbarlande unterrichtet zu sein. Aber sein Spion spielte ein doppeltes Spiel. Er ließ sich von Wohlgemuth bezahlen, und verriet denselben an die Socialisten und an die Schweizer Polizei. Bei einem Besuch auf Schweizer Terrain, wohin man ihn absichtlich gelockt, wurde er von der dortigen Polizei verhaftet, in das Gefängnis geführt und zehn Tage in Haft behalten.

Die deutsche Reichsregierung wandte sich, sobald sie von der Verhaftung Wohlgemuth's hörte, durch ihren Gesandten in Bern, Herrn v. Bülow, an den schweizerischen Bundesrat. Dieser beschloß am 30. April, Wohlgemuth aus der Schweiz auszuweisen, auf Grund des Artikel 70 der Bundesverfassung, weil er auf schweizerischem Gebiet Handlungen begangen habe, welche in ihrem Resultate geeignet sein konnten, die innere und äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu gefährden, indem er Lutz veranlaßt habe, in den baslerischen, elsaß-lothringischen und badischen Arbeiterkreisen zu agitieren. Da aber Wohlgemuth auf schweizerischem Boden keine die Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährdende Handlung begangen hatte, wozu ihm der Polizei-Amtmann absolut keine Zeit ließ, so wurde diese Entscheidung und das ganze Verhalten der Schweizer Behörden von deutschen

Blättern aufs heftigste angegriffen. Selbst Schweizer Bürger billigten die Verhaftung und die zehntägige Haft nicht, und hätten es lieber gesehen, wenn man Wohlgemuth gleich wieder nach Hause geschickt und vor einer Wiederkehr gewarnt hätte. Durch Beschluß vom 3. Mai wurde auch Lutz ausgewiesen, weil er die ihm von Wohlgemuth übertragene Rolle eines agent provocateur übernommen hatte, sowie das ihm von gleicher Seite wiederholt übergebene Geld entgegengenommen habe, um in den Arbeiterkreisen von Basel, von Elsaß-Lothringen und des Großherzogtums Baden zu wühlen, und Wohlgemuth Berichte darüber zu erstatten, und weil er solche Berichte wirklich erstattet habe.

Der Streit lief zuletzt auf eine verschiedene Auslegung des zwischen Deutschland und der Schweiz am 27. April 1876 abgeschlossenen Niederlassungsvertrags hinaus.

Die deutsche Reichsregierung setzte sich, um ihrer Sache mehr Nachdruck zu geben, und ein gemeinschaftliches Vorgehen der monarchischen Staaten gegen die Schweizer Regierung zu veranlassen, mit den Regierungen anderer Großmächte in Verbindung. Infolgedessen machten am 13. Juni der deutsche und der russische Vorsteher der auswärtigen Abteilung des Bundesrats, dem Bundesrat Drog eine amtliche und schriftliche Eröffnung, in welcher sie „den Beschwerden ihrer Regierungen über den Mißbrauch des der Schweiz zugestandenen Rechts auf Neutralität und über die Nichterfüllung der damit verbundenen Pflichten von Seiten der Schweizerischen Behörden, Ausdruck gaben."

Es entspann sich darüber ein längerer Notenwechsel, in welchem der Reichskanzler der Schweiz vorhielt, daß ihre Gesetzgebung der Centralregierung nicht die erforderlichen Mittel gewähre, um die Lokalbehörden in einzelnen Kantons zur Beobachtung der Rücksichten gegen auswärtige Mächte nötigen zu können, welche zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen benachbarten Ländern unentbehrlich seien.

Der Schweizer Bundesrath erwiderte darauf, dem deutschen Kommissar sei keine Falle gelegt, er sei vielmehr wegen Anstiftung von Unruhen verhaftet worden; bei einem freundlichen gegenseitigen Meinungsaustausch würde über diese Thatsache sogleich Klarheit geschaffen worden sein.

Darauf kündigte die deutsche Regierung den Niederlassungsvertrag vom 27. April 1876, nebst Zusätzen von gleichem Datum auf, so daß der Vertrag vom Juli 1890 an außer Kraft trat.

---

Der erste fremde Souverän, welcher den Besuch Kaiser Wilhelm's am 21. Mai erwiederte, war der König Humbert von Italien; derselbe war begleitet von dem leitenden Staatsmann Italiens, Francesco Crispi. Die Wärme, welche das nationale Empfinden gerade diesen Verbündeten gegenüber bethätigte, drückte sich in charakteristischer Weise bei den Empfangsfeierlichkeiten aus.

In den begeisterten Kundgebungen der Hauptstadt und in dem Wiederhall, den dieselben in Deutschland fanden, glaubte die öffentliche Meinung eine neue Bürgschaft dafür erblicken zu dürfen, daß das so glücklich hergestellte Einvernehmen und das im Hinblick auf die Gemeinschaft großer vitaler Interessen geknüpfte Band dem Bereich der Schwankungen und Wechselfälle entrückt sei. Deutschland stand treu zu seinem Verbündeten im Apenninenlande, mit dem es sich einig weiß in der Pflege aller auf die Segnungen des Friedens gerichteten Bestrebungen und einig in der Pflege der Güter, welche der Förderung und Befestigung der geistigen und materiellen Wohlfahrt der Völker unentbehrlich sind.

In diesem Sinn entbot Berlin seinen Jubelgruß dem hochsinnigen Beherrscher, dessen Person das Ansehen des italienischen Namens und das Glück von Italiens Zukunft versorgt!

Als hätten Feenhände geschafft und gewirkt im emsigsten Thun, so rasch, so schön war in der kurzen Spanne Zeit von 8 Tagen das Werk entstanden, das den Straßenzug zierte, durch welchen der Herrscher Italiens an der Seite seines Kaiserlichen Wirtes den Einzug hielt in Berlin. Wohl vermochte die deutsche Kaiserstadt keine so großartige Feststraße, so herrliche Perspektiven und Architekturen aufzuweisen, wie Rom auf der Strecke, die unseren Kaiser in Rom von dem Bahnhof Dei Termini zum Quirinal führte; aber Berlin wußte sich zu Ehren des erlauchten Gastes seines Kaisers schön und prächtig zu schmücken.

Als das Herrscherpaar, dessen Herannahen die brausenden Hochrufe, die Klänge der von den Musikkapellen vorgetragenen italienischen Volkshymne weithin verkündeten, das Brandenburger Thor passierte, und damit das eigentliche Berlin, die Via triumphalis der Haupt-

stadt Preußens und Deutschlands betraten —, da dröhnte der erste Kanonenschuß über die Stadt dahin.

Ungemein wirkungsvoll und imposant war der Schmuck des Platzes vor der Universität und dem Opernhause, wo die Kunst und Wissenschaft den beiden Monarchen huldigte. Zwischen dem Palais Kaiser Wilhelm 1. erhob sich, auf jeder Seite von zwei Bannerträgern flankiert, die Kolossalstatue Reinhold Begas', die Freundschaft Italiens und Deutschlands symbolisierend. Die edle Gestalt der Italia, in der Tracht einer Römerin, über deren Haupte der Stern Romas glänzt, schmiegte sich an die Freundin, welche sich auf das mächtige Schwert stützt. Gegenüber, längs dem Vorgarten des Universitätsgebäudes, wehten von gewaltigen Masten die kolossalen Banner der vier Fakultäten, violett, hochrot, blau und dunkelrot, je von weißem Kreuze geviert, herab. Das Portal flankierten hochaufragende Pylonen, von denen Feuerkessel ihre Rauchfahnen lustig im Winde flackern ließen. Zwischen diesen stolzen Bauten thronte ernst die vergoldete Kolossalbüste der Minerva; rund um dieses Symbol ihres Strebens schaarte sich die heitere Schaar der Jünger der Göttin in ihrer heiter bunten Festestracht mit ihren heiter farbigen Fahnen und Emblemen, und grüßte mit der edlen Begeisterung und dem stürmischen Feuer der Jugend ihre erlauchten Gönner.

Als die Majestäten herannahten, brauste ihnen, geleitet von Professor Joachim und vorgetragen von ungefähr 500 Sängern, der Hochschule der Musik, der Berliner Liedertafel, dem Sternschen Gesangverein, der Liedertafel der Berliner Lehrer, zu denen sich zahlreiche Posauniſten und Trompeter gesellten, Händel's Jubelhymne aus „Judas Maccabäus" entgegen, der folgender Text untergelegt war:

Viva Umberto Rè d'Italia
Benvenuto in Germania
Lauro e rose reghiamo a te
Simboli della gioia e segni della fé.

Es folgten nun die bei dergleichen hohen Besuchen üblichen Festlichkeiten, Paraden der Berliner und Potsdamer Garnison, Galatafel, Zapfenstreich und eine Huldigung der Studenten.

Bei dem großen Festmahl im Schloß zu Ehren seines Gastes, sagte Kaiser Wilhelm:

„Voll freudiger Erinnerung an die herrliche Herrschau bei Rom erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Euerer Majestät und Ihrer Majestät der Königin, auf das Wohl Ihrer braven Truppen, sowie auf die unwandelbare Freundschaft mit dem Hause Savoyen, dessen Devise „Sempre avanti Savoja" zur Einigung des Königreichs Italien geführt hat. Se. Majestät der König Umberto, er lebe hoch!"

Der König von Italien erwiderte darauf in italienischer Sprache:

„Ich danke Eurer Majestät mit innigster Rührung für die Mir gegenüber zum Ausdruck gebrachten Gefühle. Meine Reise nach Berlin war eine hehre und dankbare Pflicht und Ich bin sicher, für diese Worte, die Ich von dieser Königsburg aus spreche, die Seele Italiens mit Mir zu haben. Deutschland und Italien sind nach Herstellung Ihrer Einheit ein Pfand des Friedens für Europa. Meine Soldaten, deren Euere Majestät mit so ehrenvollen Worten gedacht haben, und Ihr Heer, von dem Ich so glänzende Abteilungen bewundern konnte, werden ihre große Aufgabe zu erfüllen wissen."

Von einer Anzahl Mitglieder des Reichstages war der Gedanke ausgegangen, den Ministerpräsidenten Crispi durch ein Festessen zu ehren, bei welchem vor Allem die parlamentarischen Körperschaften dem italienischen Premierminister ihre sympathievolle Verehrung darzubringen Gelegenheit finden sollten, und das Fest, welches auf diesen Anstoß hin in den glänzenden Sälen des Kaiserhofs in Szene gegangen, gestaltete sich, seinem Zwecke würdig, zu einem der Glanzpunkte des Verweilens der italienischen Gäste in der deutschen Metropole, bei welchem der Präsident des Reichstags von Levetzow in deutscher, der Vizepräsident Herr von Benda in italienischer Sprache den Festgast feierten, worauf dieser mit feurig rhetorischem Schwunge erwiderte. Die enthusiastische Aufnahme des Königs Humbert in der deutschen Hauptstadt erregte einen freudigen Widerhall in Italien. Die italienische Presse gab den Dank und der Hochachtung für Deutschland beredten Ausdruck. Die Gemeindevertretungen aller großen Städte, sowie die Kammern sandten Dankes- und Ergebenheitstelegramme an den Reichstag und den Berliner Magistrat.

Dem Festkomité des Reichstages schrieb Crispi:

„Hochverehrte Herren!

Worte reichen nicht aus, um Ihnen die tiefe Dankbarkeit auszudrücken, die ich für den herzlichen gestrigen Empfang empfinde. Meine Gefühle kennen Sie und ich danke Ihnen für die mir dargebotene willkommene Gelegenheit, sie Ihnen aufs Neue feierlich zu bezeugen. Diesen Gefühlen werde ich stets treu bleiben; denn indem ich dem Gedanken diene, der unsere beiden Länder geeinigt hat und verbunden hält, weiß ich mich im Dienst der Sache des Friedens und der Ordnung."

Der Präsident der italienischen Kammer richtete an den Reichstag ein Dankestelegramm in dem es hieß:

„Die Kammer habe mit der größten Genugthuung die Nachricht von der glücklichen Reise Sr. Majestät des Königs und Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen von Neapel vernommen. Mit unendlicher Freude habe die Kammer von dem so herzlichen Empfang Kenntniß genommen, welcher Sr. Majestät dem Könige und seinem erhabenen Sohne sowohl von Sr. Majestät dem Kaiser und Könige, wie von dem ganzen deutschen Volke zu teil geworden sei. In der Überzeugung, sich damit zum Dolmetsch der Gefühle der Kammer zu machen, übermittle er Sr. Majestät dem Könige die ehrfurchtsvollste Huldigung der Kammer, und bringe er bei Sr. Majestät dem Kaiser, Seiner erhabenen Familie, Seiner Regierung, sowie der Stadt Berlin und dem deutschen Volke, welche den erhabenen Herrscher Italiens mit so vielen Kundgebungen der Freundschaft empfangen hätten, die Gefühle der tiefsten Dankbarkeit zum Ausdruck."

Der italienische Senat schloß sich auf den Antrag einiger seiner Mitglieder, der Kundgebung der Kammer an. Dabei betonend, daß die Reise des Königs sich zu einem neuen großartigen Erfolge der italienischen Politik gestaltet habe, und daß er aufrichtig eine Befestigung des, der Erhaltung des Friedens dienenden Bündnisses wünsche.

Dem Besuche König Humbert's folgte am 9. Juni derjenige des Schah von Persien. Derselbe machte seine zweite europäische Reise, welche ihn fast in alle Hauptstädte Europa's führte. Dem seltenen Gast zu Ehren fanden einige größere Hoffestlichkeiten und eine besonders interressante militärische Übung auf dem Schießplatz bei Tegel statt.

In den nächsten Tagen begab sich das Kaiserpaar zu den Jubiläumsfestlichkeiten nach Dresden und Stuttgart. Zwischen beide Gedenkfeiern fiel die am 24. Juni mit dem herkömmlichen Ceremoniel in Berlin vollzogene Vermählung der Prinzessin Sophie Louise von Schleswig-Holstein, (Schwester der Kaiserin) mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen.

Ein schönes, von der Zusammengehörigkeit von Fürst und Volk Zeugniß ablegendes Erinnerungsfest war die am 18. Juni in Dresden begangene Jubelfeier des 800jährigen Bestehens der Herrschaft des Wettiner Fürstenhauses über die sächsischen und thüringischen Lande, an welcher auch der Kaiser Teil nahm. Es galt der Liebe und Verehrung des ganzen Sachsenlandes für sein angestammtes Königshaus insbesondere und für die Segnungen, welche alle Länder der Rautenkrone innerhalb eines so ungewöhnlich langen Zeitraumes zu danken hatten, einen würdig und erhebenden Ausdruck zu geben. Der Gedanke, welcher dem allgemeinen Landes-, Dank- und Jubelfeste zu Grunde lag, war ein Huldigungsfestzug, an welchem sich Stadt und Land beteiligen sollten. Die Enthüllung des König Johann-Denkmals am 18. Juni sollte dieser großartigen Kundgebung des Volkes vorangehen. Der Festzug vom 19. Juni entrollte ein höchst anziehendes und wohlthuendes Bild von der kulturgeschichtlichen Entwicklung Sachsens seit acht Jahrhunderten, aber auch von der Gegenwart. Mit Stolz erfüllte jedermann die vielseitige geistige und materielle Wohlfahrt Sachsens, das Blühen der Künste und Wissenschaften, des Ackerbaues, des Handels, des Gewerbes und der Industrie. Die Großartigkeit, Farbenpracht, Anschaulichkeit und Schönheit des Huldigungsfestzuges bewiesen zugleich, daß die Mühewaltungen des Festausschusses von bestem Erfolge gekrönt waren, denn nur der umsichtigen und rastlosen Leitung war es zu danken, daß alle die zahlreichen Gruppen und Abordnungen, alle die Vereine und Innungen, alle die Genossenschaften u. s. w. so harmonisch ineinander griffen und ein künstlerisches Schauspiel voll Poesie und packender Kraft boten.

Das eigentliche Fest sollte vom 16. bis 19. Juni vor sich gehen. Eingeleitet wurde dasselbe aber schon am 13. durch die Eröffnung des Landtages. Am 15. Juni erfolgten im Königlichen Schlosse durch eine Abordnung beider Kammern die Glückwünsche der Ständeversammlung. Abends veranstalteten die Studierenden des Polytechnikums, der Berg- und Forstakademie und der Tierarzneischule einen Fackelzug. Am 16.

fand in allen Kirchen Festgottesdienst statt; die Staatsminister, die Königlichen Dienst- und Armeedeputationen beglückwünschten das Königspaar, während abends das Armeefest vor sich ging. Am 18. Juni fand die große Parade der Garnison auf dem Alaunplatz in Dresden, und die Enthüllung des König Johann-Denkmales statt. Beiden Festlichkeiten wohnte Kaiser Wilhelm bei, um dem Königspaar seine Glückwünsche persönlich zu überbringen. Der Huldigungszug bot ein überaus farbenprächtiges, den Charakter der Zeit widerspiegelndes Bild. Viele tausend Fremde waren herbeigeeilt, um sich an dem großartigen Anblick zu erfreuen.

---

Gleich Sachsen beging auch das württembergische Land in jenen Tagen eine dynastische Feier. Hier galt sie dem 25jährigen Regierungsjubiläum des Königs Karl. Am 22. fand im Schlosse der Empfang der ständigen und der besonders beauftragten Gesandten statt. Es folgte die Enthüllung des Erzstandbildes des Herzogs Christoph auf dem Schloßplatz. Der schöne blumenprangende Platz, umsäumt von dem neuen und dem alten Schlosse, bedeckt von einer festlich angethanen Volksmenge, bot einen herrlichen Anblick. Nach dem Vortrag eines von Posaunen geblasenen Chorals aus der Reformationszeit fiel die Denkmalshülle. Der König ließ sodann die Kriegervereine des Landes, 15,000 Mann stark, geführt von ihrem Ehrenpräsidenten, dem Prinzen Hermann von Weimar, an sich vorüberziehen. Nachmittags wurde eine Jubiläumsregatta auf dem Neckar abgehalten. Am 24. vormittags empfing das Königspaar die Ständeversammlung, das Staatsministerium, die Generalität, Abordnungen fremder und einheimischer Regimenter, sowie 40 Deputationen von Vereinen, Städten, Wohlthätigkeitsanstalten u. s. w. Die Bezirke des Landes überreichten die Jubiläumsgabe von 550,000 Mark. In der Liederhalle fand abends ein Festbanket statt, und im Hoftheater das große Huldigungsfest des Vereins zur Förderung der Kunst, dem der gesamte Hof beiwohnte. Es nahm einen glänzenden Verlauf. Die Bilder aus dem schwäbischen Volksleben und der württembergischen Geschichte, welche das Festspiel vereinigte, schlossen mit einer wirkungsvollen „Jubiläumshuldigung" ab.

Der Kaiser und die Kaiserin trafen am 25. Juni vormittags ½10 Uhr in Stuttgart ein und wohnten der Truppenschau bei

Cannstatt und abends dem Festmahle bei. Den vom König Karl auf die Kaiserlichen Majestäten und die anderen Fürsten ausgebrachten Trinkspruch beantwortete der Kaiser: „Es ist ein Vorrecht des deutschen Volkes, daß die deutschen Stämme mit ihren angestammten Fürstenhäusern Freud und Leid teilen. Insbesondere ist es das teure Volk der Schwaben, welches in diesen Tagen mit Euerer Majestät und Ihrem Hause in inniger Vereinigung ein schönes Fest feiert. Dem Beispiele der Völker folgend, sind Wir Fürsten von allen Seiten herbeigeeilt, da Wir, wo Einer von Uns ein frohes Fest erlebt, Uns mit Ihm solidarisch fühlend, Uns freuen, dasselbe mit ihm begehen zu dürfen. Ich spreche im Namen meiner Verwandten und Vettern, wenn ich ausrufe: Gott schütze, Gott segne Euere Majestät und Ihr ganzes Haus." Das Kaiserpaar verließ Stuttgart am 26. Juni abends, um in Sigmaringen ein anderes frohes Fest zu feiern. Dort fand am 27. Juni die Vermählung des Erbprinzen Wilhelm von Hohenzollern mit der Prinzessin Maria Theresia von Bourbon statt, einer Tochter des Grafen Ludwig von Trani, Stiefbruders des Königs Franz II. von Neapel und Sizilien. In seinem Trinkspruch auf das neuvermählte Paar begrüßte der Kaiser besonders die hohe Braut als neues Familienglied des Hauses Hohenzollern, und hieß sie willkommen im Kreise der Familie. „Wir Hohenzollern", fügte er hinzu „sind allezeit gute Soldaten gewesen. Ich habe die Überzeugung, daß auch Euere Königliche Hoheit als Gemahlin eines Hohenzollern eine gute Soldatenfrau werden."

---

Nach der langen Reihe dieser glanzvollen, nicht ohne Anstrengungen verlaufenen Festlichkeiten, trat der Kaiser Wilhelm, dem die Ärzte ganz besonders den Aufenthalt an der See empfohlen hatten, zu seiner Erholung eine Seefahrt nach Norwegen an, auf welcher er nur von kleinem Gefolge begleitet war. Auf derselben wurden die landschaftlich schönsten Punkte der Küste berührt, wie Christiania, Bergen, Drontheim; nach Umschiffung und Ersteigung des Nordkaps ward die Rückreise nach Wilhelmshaven angetreten.

Hier schloß sich ein größeres Gefolge, in demselben Graf Herbert Bismarck und eine Flottenabteilung dem Monarchen an, um ihn auf der ersten Reise nach England zu begleiten. Schon lange war es der Wunsch des Herrschers, seiner erlauchten Großmutter einen

Besuch abzustatten, um sich mit eigenen Augen von dem Zustand der Armee und Marine Großbritanniens zu überzeugen.

In herzlichster Weise von der englischen Königsfamilie und von der ganzen Nation empfangen, landete Kaiser Wilhelm II. am 2. August auf Großbritanniens Boden.

Zum ersten Male betrat damit ein Deutscher Kaiser das Inselreich und zum ersten Male erschien ein so ansehnliches deutsches Geschwader in britischen Gewässern. Dieses geschichtliche Ereignis war wohl geeignet, beiden Nationen zum Bewußtsein zu bringen, welche Kräfte sie in den Dienst der großen Kulturaufgaben stellten, die sie in unserem Weltteile, wie in den fernsten Gegenden der Erde übernommen haben.

Von Portsmouth aus war der Prinz von Wales auf der Königlichen Yacht „Osborne", auf der sich auch die Prinzessin von Wales mit ihren beiden Töchtern, Prinzessin Victoria und Maud von Wales, die Prinzen Albert Victor und George von Wales, ebenso der Herzog von Cambridge befanden, der „Hohenzollern" etwa 4 Seemeilen weit bis zu dem Nab Light Ship entgegengefahren. Etwa um ein Viertel vor fünf Uhr ward auf der Höhe von Spithead das englische Kanonenboot „Galatea" signalisiert, welches mit der „Fire Queen" die deutschen Schiffe in die englischen Gewässer geleiten sollte. Von der Yacht „Fire Queen" begab sich der Oberkommandierende der in Spithead vereinigten Flotte, Sir John Edmund Commerell, an Bord der „Hohenzollern", um sich bei dem Kaiser zu melden. Als der Prinz von Wales am Bord der „Osborne" in Sicht der deutschen Schiffe gekommen, war er von den deutschen Kriegsschiffen mit einem Salut von 21 Schüssen begrüßt worden.

Eine Stafette brachte die Nachricht an die Königin, daß der Kaiser im Nahen sei. Im schwarzen Kleide, in der weißen Wittwenhaube trat sie aus ihren unteren Gemächern in die Vorhalle, mit ihr die Prinzessin Christian, die Prinzessin Luise. Zwei Vorreiter in roter Livrée auf schäumenden Schimmeln, dann vier Apfelschimmel — eine offene Karosse — die Musik ertönte, die Fahne senkte sich vor dem Kaiser. Mit einer raschen Bewegung war er aus dem Wagen — ein — zwei — drei Schritte hin, dann beugte er sich nieder — und wieder — und ein drittes Mal umarmte er die Königin. Bald nach der Ankunft ihres Kaiserlichen Enkels ernannte die Königin denselben zum Flottenadmiral, und verlieh ihm damit den höchsten Rang

in der englischen Marine; der Kaiser seinerseits erhob die erlauchte Herrscherin zum Chef des 1. Garde-Dragonerregimentes, und entbot sogleich eine Deputation desselben nach Schloß Osborne auf der Insel Whigt zur Begrüßung des neuen Chefs. Gleichzeitig ernannte Seine Majestät den Herzog von Cambridge zum Chef des 2. Rheinischen Infanterieregiments Nr. 28, dessen Chef einst der Herzog von Wellington gewesen war. — Am 5. August fand eine glänzende Flottenschau bei Spithead statt, an welcher 112 britische Kriegsschiffe teilnahmen und am 7. August eine Parade und Manöver bei Aldershot, bei der 30,000 Mann unter den Waffen standen. Dazwischen vereinten Festmahle und andere Hoffestlichkeiten den Englischen Hof und die deutschen Gäste. —

Ein Blick auf die Kaisertage in England gewährte der öffentlichen Meinung in beiden Ländern die Überzeugung, daß der Besuch des Deutschen Kaisers nicht nur eine einfache Familienfestlichkeit, sondern daß sie ein Akt von hochpolitischer Bedeutung war.

Mit einem gewissen Nachdruck betonten es die stimmführenden englischen Blätter, daß Kaiser Wilhelm II. bei seinem Kommen nicht sowohl als Anverwandter des britischen Königshauses, sondern als der Herrscher des mächtigen Deutschen Reiches und als Haupt des verwandten Stammes jenseits des Kanals begrüßt wurde, und die „Times" fügte dem ausdrücklich hinzu, daß, wenn auch die Politik und das Geschick der Völker niemals durch verwandtschaftliche Bande der Fürsten und Dynastien allein geleitet und bestimmt würden, doch derartige Bande weder wertlos noch ohne Einfluß seien.

Die Begegnung des Kaiserlichen Herrn mit seiner erlauchten Großmutter und den anderen fürstlichen Verwandten und der Aufenthalt Allerhöchstdesselben im Vereinigten Königreich hatte die Richtigkeit und Wahrheit dieses letzteren Urteils in vollem Maße bestätigt. Mit einem sonst bei dem nationalen Temperament der Engländer nicht gewöhnlichen Grade von Lebhaftigkeit, war der Sohn Kaiser Friedrich's, dessen Andenken sich wie das einer verklärten Lichtgestalt dem Empfinden der stammverwandten Nation eingeprägt, im Vereinigten Königreich begrüßt worden.

Das Erscheinen desselben an der Spitze eines den Kern unserer maritimen Macht darstellenden Geschwaders, seine ungeteilte Bewunderung der britischen Flotte, sein warmes Interesse an den nationalen Wehreinrichtungen der Landmacht, die Auszeichnungen,

welche zwischen den Mitgliedern beider Herrscherhäuser ausgetauscht, sowie die Trinksprüche, welche in Cowes und Aldershot ausgebracht wurden, dies Alles trug dazu bei, dem Kaiserbesuch im Lande eine stetig sich steigernde Teilnahme zuzuwenden und denselben über die Bedeutung eines nur den Charakter der Familienzusammenkunft tragenden Zusammenseins zu erheben.

---

Kaum in die Heimat zurückgekehrt, hatte der Kaiser wiederum die Pflichten der Gastfreundschaft gegen einen erlauchten Besucher, den Kaiser Franz Joseph zu erfüllen.

Mit Rücksicht auf die tiefe Trauer, in welche der Tod des einzigen Sohnes den Monarchen von Oesterreich versetzt, hatte derselbe den Wunsch zu erkennen gegeben, daß seinem Besuch jeder Glanz und aller Prunk fern bleibe, und daß derselbe den Charakter einer Familienvereinigung trage. Mit schuldiger Achtung und Rücksicht ward diesem Wunsch überall begegnet.

Aber gerade diese Entkleidung des äußeren Beiwerkes trug nur in vermehrtem Maße dazu bei, den Empfindungen, welche die Herzen bewegten, und den Regungen des öffentlichen Geistes einen noch innigeren, noch begeisterteren Ausdruck zu leihen und die Gefühle der Freude und des Dankes, welche das deutsche Volk über den Kaiserbesuch erfüllten, noch ungeschminkter kundzugeben. Denn in der frohen Erkenntnis von der schützenden und friedenerhaltenden Macht der verbündeten Monarchen, fand diese Begegnung der Herrscher die Teilnahme aller Gesellschaftsklassen und aller Schichten der Bevölkerung, wurde sie zu einer neuen und feierlichen Friedenskundgebung, an welcher die gesamte Kulturwelt ihren Antheil hatte.

Die Bewohner Berlins ließen es sich deshalb auch nicht nehmen, ihre Straßen festlich zu schmücken; die Straßen, welche der Wagenzug der Hohen Herrschaften passierte, waren überfüllt von Menschen, welche dem verbündeten Monarchen begeistert ihr Hurrah zuriefen. Auf der großen dem Kaiser zu Ehren veranstalteten Revue der Garden, tauschten beide Monarchen die üblichen militärischen Courtoisien mit besonderer aufmerksamer Beobachtung der äußeren Formen aus. Diesen Äußerlichkeiten gab der warme Ton im persönlichen Verkehr der beiden Herrscher die rechte Weihe. Es zeigte sich dies deutlich in der Fassung der Trinksprüche, wie sie bei der Galatafel ausgebracht wurden. Kaiser Wilhelm sagte:

„Mit freudig bewegtem Herzen heiße Ich Ew. Majestät willkommen in Meiner Residenz und an der Stätte, an welcher Mein hochseliger Großvater Sie zuletzt begrüßt hat. Bei dem jubelnden Empfang Meines Volkes werden Ew. Majestät empfunden haben, wie warm und lebendig das Gefühl für die schon seit Hunderten von Jahren zwischen Unsern Völkern bestehende Freundschaft zum Ausdruck kommt. Vor Allem aber ist Mein Heer, von dem Ew. Majestät einen Teil zu sehen Gelegenheit hatten, stolz darauf, sich dem scharfen Soldatenblick Ew. Majestät stellen zu dürfen.

In Meinem Volke, wie in Meinem Heere wird fest und treu an der von Uns geschlossenen Bundesgenossenschaft gehalten, und letzteres ist sich bewußt, daß es zur Erhaltung des Friedens für Unsere Länder, vereint mit der tapferen österreich-ungarischen Armee, einzustehen, und, wenn es der Wille der Vorsehung sein sollte, Schulter an Schulter zu fechten haben wird.

In dieser Gesinnung erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Ew. Majestät, Ihres gesamten Hauses und Unserer braven österreichisch-ungarischen Kameraden!"

Demnächst erhob Sich Se. Majestät der Kaiser Franz Joseph und dankte mit folgenden Worten:

„Dankbar für den mit den wärmsten Worten an erinnerungsreicher Stelle ausgebrachten Trinkspruch Meines Kaiserlichen Bruders, für die in so glänzender, erhebender Weise bethätigte Begrüßung: dankbar für den Mir auch seitens der Bevölkerung gewordenen wohlthuenden Empfang und für die große Herzlichkeit, welche Mich hier inmitten treuer Bundesgenossen umgiebt; in dankbarer Erinnerung endlich an die Mir von den Angehörigen dieses weiten Reiches bewiesene aufrichtige Teilnahme, — erhebe Ich das Glas auf das Wohl des Meinem Herzen so nahestehenden Freundes und Alliirten, auf die untrennbare Verbrüderung und Kameradschaft zwischen dessen tapferem Heere und Meiner Armee und auf die Mehrung und Festigung der Friedensbürgschaften zum Heile und Segen der verbündeten Staaten und Völker, sowie des gesamten Europa: Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen, Ihre Majestät die Kaiserin und Königin und das erlauchte Herrscherhaus leben hoch, hoch, hoch!"

Zu den Aufmerksamkeiten, die der Österreichische Monarch der Kaiserfamilie und hochgestellten Würdenträgern erwies, gehörte auch die Abstattung eines längeren Besuches bei dem Fürsten Bismarck.

Der hohe Gast nahm dann noch an verschiedenen ihn lebhaft interressierenden militärischen Übungen Teil, von denen indes jeder äußerlich festliche Charakter fern gehalten wurde. Bei dem Abschied tönten ihm die lauten Kundgebungen des Dankes und der Freude über sein Kommen aus den Reihen der dichten Volksmassen nach, die sich in den Straßen aufgestellt hatten.

---

Auch das Kaiserpaar verließ Berlin unmittelbar darauf, um zunächst in Bayreuth den Aufführungen des Parsival beizuwohnen und dann einen ersten offiziellen Besuch am Großherzoglich Badischen Hofe in Karlsruhe abzustatten. Auf den, ihm vom Großherzog Friedrich dargebrachten Bewillkommungsgruß entgegnete der Kaiser, nachdem er sich erfreut über den günstigen Eindruck ausgesprochen, den die 18,000 alten Soldaten der im Spalier aufgestellten Kriegervereine auf ihn gemacht.

„Besonders aber freut es Mich, in Euerer Königlichen Hoheit denjenigen Fürsten begrüßen zu dürfen, der die ganze Zeit der Erhebung und Einigung des Deutschen Vaterlandes in thätigster Weise mit durch erlebt hat. Niemand im ganzen Deutschen Reich und am allerwenigsten Ich, werde es vergessen, daß Wir in Euerer Königlichen Hoheit die Verkörperung des Reichseinheitsgedankens vor uns sehen, und daß Euere Königliche Hoheit der erste Deutsche gewesen, der das erste Hoch auf das neue Deutsche Reich ausgebracht hat."

Von Karlsruhe aus begab sich der Kaiser mit seiner Gemahlin nach Straßburg; es war das erste mal daß er, als Schirmherr des Deutschen Reiches, die Reichslande betrat.

Der erste und stärkste Eindruck, welchen Kaiser Wilhelm von dem Verhalten der zur Begrüßung des Herrschers herbeigeströmten Bevölkerung bekam, war der einer deutsch-wahrhaftigen Gesinnung. Dieser Eindruck sprach sich in den Worten des Kaiserlichen Trinkspruches aus: „Ich erhebe Mein Glas auf das Wohl Meiner treuen Reichslande." Die alte Reichsstadt, die wieder in ihr Recht eingetreten, eine Burg des Deutschtums zu sein an der Straße nach Welschland, hatte es dem Herzen des Kaisers ganz und gar angethan. „Ich darf sagen", äußerte der Monarch, „es heimelt Mich hier an."

Noch nie hat Straßburg einen solchen Kaisereinzug erlebt. Das Publikum schien nicht genug thun zu können seiner Begeisterung Ausdruck zu geben, die Rufe genügten ihm nicht, Blumenspenden

wurden überreicht und binnen Kurzem glich der Boden des Wagens einem duftenden Teppich, aus den schönsten Blumen gebildet. Kopf an Kopf gedrängt stand das Volk in den Straßen, trotz seiner Aufregung musterhafte Ordnung haltend und dem leisesten Winke der ordnunghaltenden Beamten Folge gebend. 80 Kriegervereine, Korporationen, Schulen, Studenten im vollen Wichs hatten mit ihren Fahnen Spalier gebildet; 200 Bürgermeister und Schulzen waren zur Feier des Kaiserbesuches nach Straßburg gekommen, und was das Auge eines norddeutschen Beschauers besonders fesselte und befriedigte, war der Umstand, daß im Gewoge der hunderttausendköpfigen Menschenmenge zahlreiche Elsässer und Elsässerinnen in ihrer kleidsamen Tracht vertreten waren. Der Empfang war wirklich ein herzlicher.

Es war das erste mal, daß der neue Kaiserpalast so hohen Besuch aufnahm. Abends wurde den Majestäten ein glänzender Zapfenstreich dargebracht. Hunderttausende hielten den weiten Platz vor dem Palais besetzt, in dessen Festräumen in der Zeit die Vorstellung der Behörden stattfand. Nach Abzug der Tambours und Musiker drängte das Volk in gewaltigem Ansturm nach dem Palast heran und rief durch unablässige Hoch's die Majestäten noch einmal auf den Balkon. Da erscholl mit überwältigender Kraft von vielen Tausenden gesungen das nationale Lied: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall" und darauf der stolze Sang: „Deutschland, Deutschland über Alles, über alles in der Welt". Es waren tief ergreifende Augenblicke, deren Eindruck das Kaiserpaar mit tiefer Bewegung sich hingab. Derselbe Enthusiasmus empfing auch die Allerhöchsten Herrschaften am nächsten Tage bei der Parade der Straßburger Garnison. Am Abend desselben zog ein glänzender Fackelzug vor die Kaiserliche Wohnstätte, indes die Stadt in dem Schimmer einer hell strahlenden Illumination herüberleuchtete, und sich Fluthen von bengalischem Licht über den majestätisch kolossalen Prachtbau des ehrwürdigen Münster ergossen.

Auf der Rampe des Balkons erschien das Kaiserliche Paar. In allen Farben des Regenbogens, glänzend und funkelnd, stiegen Leuchtkugeln in die Luft. Bouquets von Brillantfeuer, strahlende Flammenspiele und sprühender Goldregen boten ein prachtvolles Bild, donnernder Jubelruf durchzitterte die Luft, pflanzte sich, eine entfesselte Lautwelle von hunderttausend Stimmen, fort und fort. — — — Feine Kinderstimmen, Tausende von Schulkindern intonierten das:

„Heil Dir im Siegerkranz." Brausend mit der Wucht eines endlosen Stimmenmaterials, fiel das versammelte Volk schon in die erste Strophe ein.

Nach Beendigung des Gesanges bildete sich unter endlosen Hurrahs der Menge, denen Ihre Majestäten huldvoll und gnädig ihren Dank ausdrückten, der Fackelzug; Musikkorps zu Pferde in altdeutscher Tracht eröffneten den Zug unter schmetternden Fanfaren. Geharnischte Ritter mit wallenden Straußenfedern auf dem Helm ritten an der Spitze, ihnen folgten die Korps und die Burschenschaften der Hochschule in vollem Wichs, ihre Schläger und Paniere vor dem erlauchten Herrscherpaare Deutschlands ehrerbietig senkend und donnernde Hoch- und Heilrufe ausbringend. Zahllose Vereine, Gewerke und Korporationen, Schützen, Veteranen und Krieger, dann die zahllose Menschenmenge trugen Lampions von der verschiedensten Farbe und Gestaltung. Eine volle Stunde währte der Vorbeizug.

Auf dem Balkon standen Ihre Majestäten, unaufhörlich und in huldvollster Weise grüßend. Der Kaiser trug den Adlerhelm seines Gardes du Corps-Regiments, die Kaiserin ein funkelndes, kronenartiges Diamantdiadem. Vom farbenen Lichte übergossen, wurden Ihre Majestäten dem jubelnden Volke sichtbar. Zur Linken Sr. Majestät stand Bürgermeister Back, zur Rechten Statthalter Fürst Hohenlohe.

Nach dem Vorbeizuge sang die Menge „Die Wacht am Rhein". In Metz wiederholten sich dieselben Ovationen. Bei dem Verlassen des Reichslandes richtete der Kaiser nachstehenden Erlaß an den Statthalter Fürsten Hohenlohe:

„Der Empfang, welcher Ihrer Majestät der Kaiserin, Meiner Gemahlin und Mir bei Unserem Besuche der Reichslande Elsaß-Lothringen bereitet worden, ist ein so glänzender gewesen, daß er Unsere Erwartung weit übertroffen hat. Der reiche Schmuck, in welchem besonders die Städte Straßburg und Metz prangten, die festlichen Veranstaltungen, die getroffen waren, um Uns den Aufenthalt in diesen Städten so angenehm wie möglich zu machen, die Huldigungen, welche Uns, wo auch immer Wir erschienen, aus allen Schichten der Bevölkerung jubelnd entgegengebracht wurden, haben Ihre Majestät die Kaiserin, Meine Gemahlin und Mich nicht nur mit Freude und Befriedigung erfüllt, sondern auch in Uns die Überzeugung befestigt, daß diese ursprünglich deutschen Landesteile von einem biederen und einsichtsvollen Volke bewohnt werden, welches, je länger je fester, an

das deutsche Vaterland sich wieder anschließen wird. In diesem wohlthuenden Gefühle können Ihre Majestät die Kaiserin und Ich nicht aus den Reichslanden scheiden, ohne ihrer Bevölkerung für die Uns erwiesenen Aufmerksamkeiten Unseren herzlichen Dank auszusprechen.

Ich beauftrage Sie diesen Erlaß zu veröffentlichen.

Metz, den 23. August 1889.

(gez.) Wilhelm."

Den festlich bewegten Tagen in Elsaß-Lothringen folgten nicht minder herzliche Kundgebungen der Verehrung und Anhänglichkeit an das Herrscherpaar gelegentlich dessen Aufenthaltes in Münster in Westfalen und in Hannover, wo in jenem Jahre die großen Herbstmanöver stattfanden. — Von einem sich daran schließenden Besuch am Mecklenburgischen Hofe in Schwerin zurückgekehrt, empfing Kaiser Wilhelm den Gegenbesuch Kaiser Alexander III. von Rußland.

---

Der Verlauf desselben während der Tage des 11., 12., 13. Oktober trug den Charakter der Zurückhaltung, und des Konventionellen im Vergleich zu demjenigen der beiden Monarchen Österreich-Ungarns und Italiens. Auch die Teilnahme der Bevölkerung war eine nur geringe, und mehr von dem Gefühl der Neugier und Schaulust als von Sympathie für den hohen Besucher eingegeben. Das Programm der Festlichkeiten zu Ehren der Anwesenheit des Czaren Alexander war in den üblichen Rahmen gehalten. Einem Galadiner folgte eine Festvorstellung im Opernhause, am folgenden Tage eine Jagd in dem wildreichen Revier der Schorfhaide bei Eberswalde, endlich ein Besuch bei dem Kaiser Alexander Grenadier-Regiment. Erst bei dem letzteren schmolz das Eis, welches bis dahin erkältend in den Beziehungen gewirkt, etwas und wich einer wärmeren Temperatur.

Es sprach sich der Grundton in der herrschenden Stimmung in den ausgebrachten Trinksprüchen aus. Im Laufe der Galatafel erhob Kaiser Wilhelm das Glas mit folgenden Worten:

„Ich trinke auf das Wohl Meines verehrten Freundes und Gastes, Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, und auf die Dauer der zwischen Unseren Häusern seit mehr als 100 Jahren bestehenden Freundschaft, welche Ich als ein von Meinen Vorfahren überkommenes Erbteil zu pflegen entschlossen bin."

Nachdem die russische Nationalhymne, welche stehend angehört wurde, verklungen war, erhob sich Se. Majestät der Kaiser von Rußland zu folgendem Trinkspruch:

„Je remercie Votre Majesté de Vos bonnes paroles et Je partage entièrement les sentiments que Vous venez d'exprimer. A la santé de Sa Majesté l'Empereur et Roi: Hourra!"

Die sich dem Hoch anschließende deutsche Nationalhymne wurde stehend angehört.

Hierauf trank der Kaiser Alexander dem Reichskanzler zu, welcher sich erhob und mit tiefer Verbeugung stehend sein Glas leerte, während Kaiser Wilhelm dem Botschafter Grafen Schuwalow zutrank, der ebenfalls mit tiefer Verbeugung stehend Sr. Majestät Bescheid brachte.

Das war der Verlauf des Festmahls.

Der Chronist desselben hat noch von dem Cercle, der in der Bildergalerie folgte, eine charakteristische Einzelheit zu erzählen. Die Bildergalerie war zu einem großen Salon eingerichtet. Um runde, mit kostbaren Decken bekleidete, mit Blumen geschmückte Tische reihten sich vergoldete mit Gobelins bezogene Sophas und Lehnstühle; hier hielten Ihre Majestäten unter den Gästen Cercle. Es geschieht das im Stehen. In nächster Umgebung stand der Reichskanzler Fürst Bismarck. Kaiser Alexander ging auf ihn zu und nötigte den Fürsten, trotz dessen Widerstreben, sich in einen der Fauteuils niederzusetzen, welcher Aufforderung der Fürst denn auch nachkam. Darauf beugte sich der hohe Herr über die Lehne zu ihm und führte mit ihm eine wohl eine Viertelstunde währende Unterhaltung in der denkbar freundlichsten Weise.

An der Tafel des Offiziercorps des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments brachte der Kaiser folgenden Toast auf das russische Heer aus:

„Bei einer Feier wie der heutigen, welche ein Regiment betrifft, das auf eine lange und ruhmreiche Geschichte zurückblicken kann und zugleich die Ehre hat, seinen Kaiserlichen Chef bei sich zu sehen, spielt die Erinnerung eine große Rolle. Die Erinnerung führt Mich in die Zeit jener Tage zurück, in denen Mein Hochseliger Herr Großvater als junger Offizier vor dem Feinde den Georgs-Orden empfing und sich im Kugelregen die Chefsstelle des Kaluga-Regiments erwarb.

Ich knüpfe hieran an, um auf die gemeinsamen, glorreichen Traditionen und Erinnerungen der russischen und der preußischen

Armee zu trinken. Ich trinke auf das Wohl Derer, die in heldenmütiger Verteidigung ihres Vaterlandes bei Borodino fochten, die mit uns vereint bei Arcis-sur-Aube und Brienne in siegreichem Kampfe bluteten. Ich trinke auf die braven Verteidiger von Sewastopol und die tapferen Kämpfer von Plewna. Ich fordere Sie auf, meine Herren, auf das Wohl unserer Kameraden von der russischen Armee das Glas mit Mir zu leeren. Hurra, Hurra, Hurra."

Ein donnerndes Hoch durchbrauste die Räume des Kasinos. Die beiden Herrscher drückten sich die Hände und stießen mit ihren Gläsern an. Wenige Minuten später erhob nochmals Kaiser Alexander sein Glas und rief mit lauter Stimme in deutscher Sprache:

„Ich trinke auf die Gesundheit Meines braven Grenadierregiments, Hurra, Hurra, Hurra!"

Damit hatten die Trinksprüche ihr Ende noch nicht erreicht, denn noch einmal stand Se. Majestät der Kaiser Alexander auf, trank dem Offiziercorps zu und brachte ein Hurra auf dasselbe aus.

Einige Stunden später verabschiedete sich der Czar, wie es hieß, in herzlicher Weise vom Deutschen Kaiser, an denselben eine Einladung zu den nächstjährigen Manövern richtend. Als der Zug die Bahnhofshalle verlassen, entbot der Monarch den Reichskanzler Fürsten Bismarck zu sich und gab demselben das Geleit zu seinem Wagen, sich mit demselben eifrig unterhaltend.

Einige Tage darauf fand in den Prunksälen des Berliner Schlosses eine Abschiedsfestlichkeit zu Ehren der nach Griechenland zu ihrer Vermählung mit dem Kronprinzen Constantin übersiedelnden Prinzessin Sophie statt.

---

Das Kaiserpaar verließ sodann am 17. Oktober Berlin und begab sich zunächst zu zweitägigem Aufenthalt nach Schloß Monza bei Mailand, um dort im Kreise der italienischen Königsfamilie kurze Zeit zu verweilen. Anläßlich dieses Besuches fand die erste Begegnung zwischen der Deutschen Kaiserin und der Königin Margherita statt. — Von Monza aus begaben sich die hohen Herrschaften in Begleitung des Königs Humbert und des Ministers Crispi nach Genua, woselbst der größere Teil des Übungsgeschwaders vor Anker gegangen war. Hier fand die Einschiffung zur Fahrt zu den Hochzeitsfeierlichkeiten des Kronprinzen Constantin mit der Schwester des Kaisers, Prinzessin Sophie Dorothea, in Griechenland statt. Während des kurzen Aufent-

halts in Genua besichtigte die Kaiserin den berühmten Tempelschatz der Kathedrale San Giovanni Battista (Johannes des Täufers), darunter die Schüssel, auf welcher Herodes das von Herodias geforderte Haupt Johannis bringen ließ. Ein deutscher Professor und ein Domherr gaben den Herrschaften die nötigen Erklärungen. Während der Besichtigung stand König Humbert abseits mit dem Prinzen von Neapel und unterhielt sich mit Crispi. Kaiser Wilhelm beauftragte den deutschen Generalkonsul, dem Erzbischof seinen besonderen Dank auszusprechen.

Am 26. Oktober landete das Kaiserpaar nach einer guten Seereise im Piräus. Der Kaiser richtete bald nach seiner Ankunft in Athen, folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh:

„Nach berauschend schöner Fahrt hier im alten schönen Athen angelangt. Nach herrlichem Empfang von Fürst und Volk war Ihr Telegramm der erste Gruß von der Heimat; herzlichen Dank dafür; sowie Mein erstes Wort ins Vaterland ein Gruß an Sie von der Stadt des Perikles und von den Säulen des Parthenon her, dessen erhabener Anblick Mir tiefen Eindruck macht."

Nach Beendigung der Vermählungsfestlichkeiten ward die Kaiserreise am 31. Oktober nach Konstantinopel fortgesetzt.

Am 1. November, nachmittags 4 Uhr, traf das Kaisergeschwader auf der Höhe der Insel Tenedos ein, und wurde daselbst von der türkischen Yacht „Izzedin" mit den Abgesandten des Sultans und dem deutschen Botschafter von Radowitz eingeholt. Nachdem die Abgesandten an Bord der „Izzedin" zurückgekehrt waren, setzte das Kaiserliche Geschwader die Fahrt fort. Am folgenden Tage gegen 9 Uhr früh wurde das Geschwader bei St. Stefano von drei Schiffen mit Mitgliedern der deutschen Kolonie und den deutschen Vereinen mit Musik begrüßt und passirte unter Klängen vaterländischer Lieder. Der Kaiser dankte sichtlich erfreut für den herzlichen Empfang. Um 10 Uhr 30 Minuten verkündeten 33 Salutschüsse von den Kriegsschiffen vor Dolma Bagdsche die Ankunft des Geschwaders, welches von San Stefano von dem deutschen Stationsschiff „Loreley" und den drei Schiffen der deutschen Kolonie begleitet wurde. Das Panzerschiff „Kaiser" war an der Spitze des Geschwaders, zur Linken folgte die Yacht „Hohenzollern" mit der Kaiserin, dann folgten die Schiffe des Norddeutschen Lloyd „Bremen" und „Danzig" mit einem Teil des Gefolges. Tausende von Kaiks und Barken umgaben das Geschwader und gewährten einen prächtigen Anblick, nachdem die Sonne den

leichten Morgennebel durchbrochen hatte. Der Kaiserliche Herr verließ sodann das Panzerschiff „Kaiser" mit der Barkasse, um die Kaiserin von der „Hohenzollern" abzuholen. In dem Augenblick, wo Ihre Majestät in die Barkasse stieg, wurde die türkische Flagge gehißt und vom „Kaiser" 33 Salutschüsse abgegeben.

Von dem Palais von Yildis telegraphierte der Kaiser am 2. November vormittags an Fürst Bismarck:

„Konstantinopel bei schönem Wetter soeben erreicht. Unbeschreiblich schöner Anblick."

und am 6. November:

„Im Begriff abzureisen, spreche ich Euer Durchlaucht aus, daß Mein hiesiger Aufenthalt in jeder Beziehung zu Meiner vollsten Zufriedenheit ausgefallen ist. Sowohl der Sultan, als auch die gesamte Bevölkerung jeden Standes und Glaubens haben sich in freundlichster Weise bemüht, Mir ihre volle Sympathie kundzugeben."

Am 7. November:

„Nach einem Aufenthalt, der einem Traume glich und welcher durch die freigebigste Gastfreundschaft des Großherrn zu einem paradiesischen gemacht worden, passiere ich soeben bei schönstem Wetter die Dardanellen."

Am 9. November aus Corfu:

„Vorzügliche Fahrt von Stambul bis hierher. Wetter prachtvoll. Farbeneffekt und Beleuchtungen an Land und auf See in ungekannter Schönheit gesehen. Klarheit gestern so stark, daß sämtliche drei Spitzen und zwischenliegendes Festland des Peloponnes auf einmal zu übersehen, was sonst noch nie vorgekommen. Alle wohl."

Nach einer vom Wetter begünstigten Seereise, landeten die Majestäten in Venedig, wo Ihnen von den städtischen Behörden und der Bevölkerung glänzende Ovationen dargebracht wurden. Auf der Rückreise stattete der Kaiser dem König Humbert einen kurzen Besuch in Monza ab, wo größere Jagden abehalten wurden.

Von Verona aus setzte dann das Herrscherpaar vereint die Fahrt in die Heimath fort.

Auf dem Wege dorthin fand in Innsbruck eine Begegnung mit dem Kaiser Franz Joseph von Österreich, und mit dem Prinz-Regenten von Bayern in München statt.

Mit freudiger Genugthuung begleitete das Vaterland die der Sache des Weltfriedens dienenden Fahrten unseres jugendfrischen, thatkräftigen Herrschers, die auch nicht der leiseste Schatten eines unlauteren Verdachtes zu trüben vermochte. Mit dankbarem Empfinden blickte es auf die Ergebnisse dieser Monarchenbegegnungen, die unserem Volke und Lande eine so reiche Fülle von freundlichen Beziehungen eintrugen. Unter dem lauten Zuruf, der dem Kaiser wie in Hellas, so auch am Bosporus entgegenschallte, kräftigte und stärkte sich das Band der Eintracht und des Vertrauens, das jene Staaten mit uns verknüpft.

Und in der Befestigung und Stärkung dieser Beziehungen schuf unser Kaiser stets neue Bürgschaften für die Wohlfahrt und das Gedeihen der Nation, deren Geschicke er mit ebenso fester Hand, wie mit mildem, humanem Sinne und mit begeistertem Herzen für des Vaterlandes Macht und Ansehen leitet.

---

Im Dezember machte darauf der jugendfrische Herrscher Besuche an den Höfen von Dessau, Darmstadt und in Frankfurt am Main. An allen drei Stellen schlugen die Herzen der Bewohner höher, und die Fürsten waren erfreut und beglückt über das ritterliche, thatkräftige Auftreten des Monarchen, und über die warmherzige Sprache, die er in den Toasten führte. Auch der Stadt Worms wurde ein Besuch zu Teil. Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Kaiser: „Er freue sich, daß er das alte Worms habe besuchen können, das von der Sage umwoben sei, die an das Herrlichste anknüpfe, was wir in der deutschen Litteratur besitzen. Das Nibelungenlied sei die Perle aller deutschen Dichtung; seine Klänge umweben um so mehr den Namen der Stadt Worms, als Sage und Geschichte gleich mächtig und groß auf die religiöse und moralische Stärkung des Volkes eingewirkt haben. Er sehe in Worms mit inniger Rührung das Denkmal Luthers, von dem das Werk der religiösen Reform ausgegangen sei."

Den Trinkspruch des Oberbürgermeisters Miquel von Frankfurt a. M. beantwortete der Kaiser, auf den die prunkvolle Begrüßung seitens dieser Stadt einen sichtlich angenehmen Eindruck machte, mit ungewöhnlicher Huld und Ausführlichkeit, und schloß dann wie folgt: „Mein ganzes Streben und Meine ganze Arbeit sind darauf gerichtet, Mein Vaterland groß, mächtig und geachtet zu sehen. Von diesem

Vorsatze beseelt, bestieg Ich den Thron; in diesem Gedanken lebe Ich, und wenn Mir auch das Werk zuweilen schwer zu sein scheint und Ich manchmal Bedenken trage, ob Ich der Aufgabe gewachsen bin, so ist es für Mich immer eine erneute Stärkung, eine neue Auffrischung zu weiterer Thätigkeit und Arbeit, wenn Worte des Vertrauens und der Hingebung, wie Sie sie an Mich gerichtet, Mir entgegengebracht werden."

---

In der Thronrede, mit welcher der Reichstag am 22. Oktober eröffnet wurde, wurde namentlich auf die Novelle zum Reichsmilitärgesetz hingewiesen. Es werde die Mitwirkung des Reichstags in Anspruch genommen werden, um die Thätigkeit und Schlagfertigkeit des Heeres den Verhältnissen entsprechend auszugestalten und dadurch den auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen des Kaisers Ausdruck zu geben. Außerdem wurde die Einbringung des Socialistengesetzes zum Schutz des inneren Friedens und die Vorlegung eines Bankgesetzes angekündigt. Der Entwurf dieses letzteren schlug die Herabsetzung der ordentlichen Dividende der Anteilseigentümer von $4\frac{1}{2}$ pCt. auf $3\frac{1}{2}$ pCt. vor, und ferner die Auszahlung des nach Absetzung des Reservefonds verbleibenden Überschusses zur Hälfte an die Eigentümer der Anteile, zur Hälfte an die Reichskasse, sofern die Gesamtdividende der Anteilseigentümer nicht 6, bisher 8 pCt., übersteigt.

Bamberger gab der Vorlage seinen Beifall, sie lasse einfach der Verringerung des Zinsfußes ihr Recht, eine Privatbank habe auch den Vorteil, daß sie im Kriege respektirt werde. Der Gesetzentwurf wurde einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes führte die Forderung einer Position von 22,000 Mark für eine neu zu errichtende Kolonialabteilung, zu längeren Diskussionen, in denen die Kolonialpolitik der Regierung zum Gegenstand der Debatten gemacht wurde. Den Angriffen des Abgeordneten Richter, welcher behauptete, daß die Kolonialpolitik sich auf falschen Wegen befinde, traten die Abgeordneten Woermann, Hammacher und Frege entgegen, worauf die Forderung bewilligt wurde.

Ein Nachtragsetat von ca. 2 Millionen Mark für Maßregeln zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika und zur Unterdrückung des Sklavenhandels wurde, nachdem der Staatssekretär Graf Bismarck

die rühmlichen Erfolge des Reichskommissar Hauptmann Wißmann dem Reichstag ausführlich dargelegt, und der Regierungskommissar Major Liebert über die Verwendung der Gelder nähere Auskunft erteilt hatte, bei der zweiten Beratung mit großer Mehrheit genehmigt.

---

Im Sommer des Jahres 1889 war es im Ostafrikanischen Schutzgebiet zu weiteren blutigen Kämpfen mit den aufständischen Arabern gekommen. Am 8. Mai griffen die vereinigten Streitkräfte der Marine unter Admiral Deinhardt und Wißmann's Truppen, zusammen in der Stärke von 1600 Mann die Stellung Buschiri's bei Bagamoyo an und eroberten dieselbe mit Sturm, ohne dabei große Verluste zu erleiden. An demselben Tage nahm die Eingeborenen-Kompagnie von Dar-es-Salaam das Dorf Magagoni, und am 20./21. Mai wurden die Rebellen des Bezirks von Dar-es-Salaam unterworfen. Aber diese Kämpfe hatten der Sache des Aufstandes noch keinen entscheidenden Schlag beigebracht. Buschiri hatte sich auf Pangani und Sadani zurückgezogen. Am 7. Juni stürmte Wißmann diesen letzteren Ort. Am 7. Juli wurde von der See her gegen Pangani, den Hauptwaffenplatz der Anhänger Buschiri's, ein Angriff unternommen. Die deutschen Kriegsschiffe: „Leipzig", „Carola", „Möve", „Pfeil", „Schwalbe" beschossen den Ort. Dann landeten Wißmann's Truppen, und 300 Matrosen gingen gegen die Nordseite der Stadt vor, die gleichzeitig im Süden von den beiden Wißmann'schen Dampfern aus Revolvergeschützen bombardirt wurde. Ohne ernsten Widerstand wurde nun Pangani genommen und dabei viel Pulver und Munition erbeutet. Dann fiel auch Tanga am 10. Juli. Buschiri zog mehr nach dem Innern zu ab. Das energische Vorgehen der Deutschen begann gute Früchte zu tragen. Die Küste war so gut wie zurückgewonnen, nur im Süden regten sich noch die Streitkräfte der Rebellen. Wißmann brach am 9. September nach dem Innern auf, um die Karawanenstraße von den Feinden zu säubern. Als seinen Stellvertreter ließ er an der Küste den Lieutenant v. Gravenreuth zurück, welcher die wiederholten Angriffe Buschiri's am 14. Oktober bei Yombo, am 21. bei Dar-es-Salaam zurückschlug, obgleich dieser den kriegerischen Stamm der Mafiti zur Heeresfolge gezwungen und gegen 6000 Mann ins Feld geführt hatte. Wißmann kam, nachdem er einen Weg von 320 Kilometern zurückgelegt hatte, am 12. Oktober in

Mpwapwa an. Von da kehrte er am 2. November an die Küste zurück und besetzte das von den Arabern wieder eingenommene Saadani am 8. November zum zweitenmal. „In besonderer Anerkennung seines besonnenen und erfolgreichen Vorgehens in Ostafrika" wurde Wißmann vom Kaiser zum Major ernannt. Buschiri wurde am 8. Dezember von einer deutschen Truppe unter Lieutenant Schmidt angegriffen und in die Flucht geschlagen. Als er, vom Hunger getrieben, in ein Dorf kam und sich für einen Flüchtling der zersprengten Leute Buschiri's ausgab, wurde er von den Eingeborenen erkannt, festgenommen und hingerichtet. An die Stelle Buschiri's trat als Bekämpfer der deutschen Truppen Bana-Heri aus Useguha, welcher sich mit seinen Leuten in der Nähe von Pangani herumtrieb. Die zur Rekognoszierung ausgeschickten Truppen unter Lieutenant Schmidt trafen dessen Leute am 27. Dezember in einem von dichtem Buschwerk umgebenen Lager, griffen dasselbe an, zogen sich aber, da das Terrain ihnen sehr ungünstig war, zurück, einen kranken Lieutenant, einen toten Sergeant und neun verwundete Soldaten aus dem Gefecht tragend. Wißmann ging in den letzten Tagen des Dezember selbst gegen Bana-Heri vor, um dessen wohl befestigtes Lager zu erstürmen. Seiner Umsicht und Schneidigkeit gelang am 5. Januar die schwierige Aufgabe. Die nächsten Ziele für das Jahr 1890 war die völlige Säuberung der westlich von der Insel Sansibar gelegenen Landschaft Usambara von Rebellen, der Zug nach dem nördlich liegenden Kilima Ndscharo, um dem Fürsten Moschi die Geschenke des Deutschen Kaisers zu überbringen, und die Unterwerfung des südlichen Teiles des deutschen Schutzgebietes, in welchem die Hafenorte Kilwa, Lindi und Mikindani liegen und woselbst die arabischen Sklavenhändler sich festgesetzt hatten.

Es war ein glückliches Zusammentreffen, daß mit der Bewältigung des Aufstandes im nördlichen Teile des Schutzgebietes, und der Sicherung der großen Karawanenstraße von der Küste nach den Seen, die Rückkehr Emin Pascha's und Stanley's zusammenfiel. Beide kamen wie bekannt aus der ägyptischen Äquatorial-Provinz, deren Verwaltung Emin sieben Jahr mit Umsicht und Thatkraft geleitet hatte. Zu ihrer Unterstützung sandte ihnen Wißmann den Lieutenant von Gravenreuth mit Lebensmitteln und Truppen entgegen. Am 4. Dezember traf die Karawane von Mpwapwa her kommend in Bagamoyo ein, und wurde daselbst mit einem großen ihm zu Ehren

veranſtalteten Banket von Wißmann und den deutſchen Offizieren empfangen. Leider trübte ein ſchwerer Unglücksfall dieſen Feſtabend. Emin Paſcha ſtürzte aus dem Fenſter und zog ſich ſchwere Verletzungen zu, ſo daß er für längere Zeit an das Krankenlager gefeſſelt ward. Stanley begab ſich einige Zeit darauf nach Ägypten, um dem Khedive einen Beſuch zu machen.

Die Nachricht von der Befreiung Emin Paſcha's und ſeine Rückkehr an die Oſtküſte rief in Deutſchland lebhaftes Intereſſe hervor. Man hatte die Hoffnung auf eine glückliche Errettung des unerſchrockenen Vorkämpfers für Kultur und Geſittung aus ſeiner verzweifelten Lage noch nicht ganz aufgegeben, nun war ſie thatſächlich in Erfüllung gegangen. Alle an der Kolonialbewegung teilnehmenden Kreiſe der Nation, die Preſſe, die Vereine gaben laut ihrer Freude über die Wiederkehr Ausdruck. — Auch Kaiſer Wilhelm bethätigte ſein Intereſſe an der Befreiung der beiden verdienſtvollen Männer aus den Händen der Mahdiſten durch die Abſendung von telegraphiſchen Grüßen an dieſelben.

Dieſe Telegramme lauteten wie folgt:

An Dr. Emin Paſcha.

„Bei Ihrer endlichen Rückkehr von dem Poſten, welchen Sie über 11 Jahre mit echt deutſcher Treue und Pflichterfüllung heldenmütig behauptet haben, begrüße Ich Sie gern mit Meinem Glückwunſch und Meiner Kaiſerlichen Anerkennung. Es hat Mir zur beſonderen Freude gereicht, daß die Truppe des deutſchen Reichskommiſſars Ihnen den Weg an die Küſte gerade durch unſer Schutzgebiet bahnen konnte.

Wilhelm, Imperator Rex.“

An Mr. Stanley.

„ Thanks to your tenacity of purpose and indomptable courage you have now, after having repeatedly crossed the dark continent, achieved a new long journey full of fearful dangers and almost unbearable hardship. That you have overcome it all and that your way home led you through territories placed under my flag, gives me great satisfaction, and I welcome you heartily on your return to civilization and safety.

Wilhelm, Imperator Rex.“

Beide Telegramme hatten ihre Bestimmung erreicht, aber in Folge des schweren Unfalles, der in so bedauerlicher Weise den deutschen Afrikaforscher Emin Pascha betroffen, war von Stanley allein eine Antwort darauf eingetroffen. Dieselbe, adressiert nach Darmstadt Schloß, hatte folgenden Wortlaut:

„Our expedition is to-day ended. J have had the honour of being hospitably received ever since arriving at Mpwapwa by Major Wissmann and his officers. Our lines have indeed run into pleasant places. From Bagamoyo to Zanzibar the „Sperber" and „Schwalbe" conveyed us with every mark of honour and kindness. J remember gratefully the hospitality and princely courtesy shown to me at Potsdam in 1885, and J am now profoundly impressed with Your Majesty's condescension, goodness and gracious welcome on my return from Africa. With sincere heart J say: Long live the noble Kaiser Wilhelm the Second!"

Auf eine von Sr. Majestät ergangene Anfrage über das Befinden Emin Paschas war nachstehendes Telegramm des Majors Wißmann eingetroffen:

„To His Majesty Wilhelm the Second, Emperor of Germany.

Darmstadt Schloss.

Emin befindet sich etwas besser. Er bleibt in Bagamoyo und beauftragt mich, Ew. Majestät zu sagen, daß seines Kaisers Glückwunsch die beste Belohnung für seine Arbeit sei. Er bittet dafür seinen unterthänigsten Dank abstatten zu dürfen."

Die Expedition, welche Dr. Carl Peters im Auftrag des Emin Pascha-Comités zur Aufsuchung und Befreiung des deutschen Gelehrten und Forschers, von Sansibar aus leitete, war mit unsäglichen Mühen und Beschwerden verbunden. Um keine Zeit zu verlieren, nahm Peters, keine Gefahr scheuend, den Weg durch die Länder gefürchteter Stämme und drang, am Tanafluß aufwärtsmarschirend, zum Keniagebirge vor.

Bald traf in Europa die Nachricht ein, daß die Expedition von räuberischen Somalis überfallen, Peters und der größte Teil seiner Leute getödtet, Tiedemann mit wenigen entronnen sei. Schmerzliche Trauer herrschte in Deutschland um den Mann, der unerschrocken den

größten Gefahren entgegenging, um einem Genossen Hilfe zu bringen, und mitten in seiner Bahn von solchem harten Geschick sollte betroffen worden sein. Doch durfte die Hoffnung nicht aufgegeben werden, denn die Nachricht kam nicht aus sicherer Quelle.

Später zeigte es sich, daß die Missionäre Peters mit einem andern deutschen Forscher verwechselt hatten, und daß die Botschaft glücklicherweise unbegründet war.

---

# Das Jahr 1890.

Am Neujahrstage des Jahres 1890 richtete der Kaiser nachstehenden Glückwunsch an den Fürsten Bismarck:

„Zum bevorstehenden Jahreswechsel sende Ich Ihnen, lieber Fürst, Meine herzlichsten und wärmsten Glückwünsche. Voll innigen Dankes gegen Gott blicke Ich zurück auf das zu Ende gehende Jahr, in welchem es Uns beschieden war, nicht nur Unserem teuren Vaterlande den äußeren Frieden zu erhalten, sondern auch die Bürgschaften für Aufrechterhaltung des Friedens zu verstärken. Mit hoher Befriedigung hat es Mich auch erfüllt, daß es unter der vertrauensvollen Mitwirkung der Vertretung des Reiches gelungen ist, das Gesetz über die Alters- und Invaliditätsversicherung zu Stande zu bringen und dadurch einen wesentlichen Schritt auf dem Mir besonders am Herzen liegenden Gebiete der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung vorwärts zu thun. Ich weiß sehr wohl, welch reicher Anteil an diesen Erfolgen Ihrer aufopfernden und schaffensfreudigen Thatkraft gebührt, und bitte Gott, Er möge Mir in Meinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe Ihren treuen und erprobten Rat noch viele Jahre erhalten.

Berlin, den 30. December 1889.

gez. Wilhelm, I. R.

An den Reichskanzler Fürsten von Bismarck zu Friedrichsruh."

---

Schon die nächsten Tage brachten alsdann eine Trauerbotschaft, die nicht allein unser Kaiserhaus, sondern das ganze Land, ja man kann sagen die ganze humanitäre Welt schmerzlich bewegte. Am 7. Januar erlag Kaiserin Augusta den schweren Leiden, welche sie seit langer Zeit heimgesucht.

In der Verewigten schied die langjährige treue Lebensgefährtin Kaiser Wilhelm I., die bewährte Genossin unseres unvergeßlichen Heldenkaisers, aus diesem Dasein, und ebenso wie an jenem verhängnisvollen Märztage des Jahres 1888, senkten sich wiederum die Schatten tiefer Trauer auf unser Vaterland hernieder.

Von dem Tage, an welchem die erlauchte Fürstin das Licht der Welt erblickte, ihre Wiege umstrahlt von dem Lichte hervorragender Geister und großer Männer, von diesem Tage an bis zu ihrem Tode, welch' ein gewaltiges Stück Erdenweges, welch' eine Wandlung der Zeiten und der Gedanken, welch' heiße Kämpfe in arbeitsvollem Ringen, in denen die edle Frau das Haupt den Stürmen hin hielt, welche Gott über sie und die Ihrigen sandte! In christlicher Ergebenheit und Demut das Antlitz beugend, bewahrte sie doch stets den Mut, welchen ihr Geisteshoheit und Seelengröße liehen. Und gestählt durch das Pflichtgefühl, welches sie erfüllte, und durch hohe Tapferkeit der Seele, so gab sich die Verklärte den Anforderungen einer neuen Zeit hin. Keine war ihr fremd und jeder wurde sie gerecht. Indem sie sich das Verständnis der geistigen Bewegung der Zeit sicherte und derselben unentwegt folgte, versäumte sie es nicht, der Werke christlicher Barmherzigkeit und Nächstenliebe zu gedenken, ja sie wies selbst den in den Dienst der Humanität gestellten Organen die Wege zu neuer segenbringender Thätigkeit.

Kaiserin Augusta war am 30. September 1811 zu Weimar als jüngere Tochter des Großherzogs Karl Friedrich von Sachsen und der Großherzogin Maria Pawlowna, Großfürstin von Rußland, geboren. In glücklichsten Familienverhältnissen, in Gemeinschaft mit der ihr im Tode vorangegangenen Schwester, der Prinzessin Karl von Preußen, und dem regierenden Großherzog von Sachsen-Weimar erzogen, verlebte Ihre Majestät ihre Jugendjahre in Jena und Weimar in regstem Verkehr mit allen geistig hervorragenden Persönlichkeiten, welche dort weilten, bis sie am 11. Juni 1829 mit dem damaligen Prinzen Wilhelm von Preußen, dem hochseligen Kaiser und König

Wilhelm, eine eheliche Verbindung schloß, welche erst nach gemeinsam verlebten fast 59 Jahren durch den Tod Sr. Majestät gelöst wurde.

Schwere Prüfungen hatte das Jahr 1888 über sie verhängt. Das Hinscheiden des geliebten Gemahls, dem Ihre Majestät in allen Lebenslagen treu zur Seite gestanden, der Tod des einzigen Sohnes und eines hoffnungsvollen Enkels trübten ihre letzten beiden Lebensjahre, welche Ihre Majestät in früherer Weise in Berlin, Babelsberg, Koblenz und Baden-Baden zubrachte, in größter Seelenstärke alle Schmerzen überwindend und bis zum letzten Atemzuge ihres reich gesegneten Lebens unermüdlich thätig, Wohlthaten zu spenden und Notständen abzuhelfen.

Wiederum legten die Preußischen Lande für längere Zeit die Zeichen nationaler Trauer an.

---

Am 4. Februar richtete Wilhelm II. zwei Erlasse, den einen an den Reichskanzler, den andern an die Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, in welchen er seinen Entschluß verkündete, soweit es die Grenzen gestatteten, welche seiner Fürsorge durch die Notwendigkeit gezogen würden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten und die Arbeiter-Existenz und Wohlfahrt zu sichern. Gleichzeitig beauftragte der Kaiser den Kanzler, die Kabinette aller Regierungen, welche an der Arbeiterfrage gleichen Anteil nahmen, zur Beteiligung an einer Konferenz einzuladen, sobald die Zustimmung zu dieser Anregung im Princip gewonnen sein würde. Wie lebhaft der Monarch die Idee einer Kodifizierung der Arbeiterschutzgesetze ergriffen hatte, dafür zeigte die einige Tage später auf einem parlamentarischen Diner bei dem Fürsten Bismarck einem Abgeordneten gegenüber gethane Äußerung:

„Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen für die Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde Ich nicht erlahmen. Ich habe die Überzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zu dem Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen Mir für Alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen".

Der geplanten Arbeiterschutzkonferenz voran ging die Berufung des Staatsrates, der seit 1885 nicht mehr in Thätigkeit getreten war.

Dem Herrscher war es dabei, wie er auch in der Rede bei Eröffnung der Session hervorhob, hauptsächlich darum zu thun, ein Gutachten von Autoritäten aus allen Berufs- und Erwerbskreisen zu hören über diejenigen Maßnahmen, welche zur besseren Regelung der Verhältnisse des Arbeiterstandes erforderlich wären.

Namentlich an den drei letzten Plenarsitzungen widmete sich der hohe Herr eifrig den Geschäften der von ihm berufenen Versammlung. Als am letzten Tage die Tagesordnung erschöpft war, erhob sich der Kaiser zu folgender Schlußansprache, nachdem er noch vorher dem Staatsrat und den zugezogenen Sachverständigen gedankt:

„Treten Sie, meine Herren, der in der Öffentlichkeit verbreiteten Meinung entgegen, als wären wir hier zusammengekommen, um etwa ein Geheimniß zur Heilung aller sozialen Schäden und Leiden zu entdecken. Wir haben uns redlich bemüht, die Mittel zu finden, um Manches zu bessern und die Grenzen der Möglichkeit zu bestimmen, bis zu welchen die Maßregeln für den Schutz der Arbeiter gehen können und dürfen. Ich hoffe, daß Gutes aus Ihren Ratschlägen hervorgehen wird."

Gegen Ende Februar wurden darauf auf Allerhöchsten Befehl die Botschafter in London, Paris, Rom und Wien, sowie die Gesandten in Bern, Brüssel, Haag, Kopenhagen und Stockholm angewiesen, die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, zu einer Konferenz behufs Regelung der Arbeit in industriellen Anlagen und Bergwerken einzuladen.

Am 15. März mittags um 2 Uhr versammelten sich im sogenannten Kongreßsaale des Palais des Reichskanzlers die sämmtlichen Deligierten zur internationalen Arbeiterschutz-Konferenz. Sie nahmen die Plätze ein, welche nach der alphabetischen Reihenfolge der Staaten geordnet sind, und wurden von dem Handelsminister, Frhrn. v. Berlepsch, im Namen Sr. Majestät willkommen geheißen und ihnen der Kaiserliche Dank für das Entgegenkommen ausgespochen, mit welchem ihre Regierungen der Einladung zur Konferenz gefolgt seien. Der Handelsminister eröffnete alsdann die Konferenz und übernahm auf Wunsch der Versammlung den Vorsitz in derselben.

In seiner Eröffnungsansprache bezeichnete er die Arbeiterfrage als diejenige, welche die Aufmerksamkeit aller civilisirten Nationen verlange, seitdem der Friede der verschiedenen Bevölkerungsklassen durch den Wettbetrieb der Industrie bedroht erscheine. Nach einer

Lösung dieser Frage zu suchen, sei nicht allein eine Pflicht der Menschenliebe, sondern auch der staatserhaltenden Weisheit. Das von der Regierung Deutschlands für die Konferenz entworfene Programm zeichnete klar und deutlich die Bahn vor, welche die Berathungen einschlagen sollten; es handelte sich vor allem um den Schutz der Frauen, Kinder und jugendlichen Personen innerhalb der industriellen Arbeitssphäre, um die allen Arbeitern nötige Sonntagsruhe und um die Regelung der Arbeit in den Kohlenbergwerken, denn gerade diese Industrie hatte in den letzten Jahren in allen Kohlenarbeit treibenden Ländern schwere Krisen durchzumachen gehabt, namentlich was Arbeit und Lohnverhältnisse anbetraf. Frankreich, Belgien, Deutschland waren von großen Arbeitsausständen heimgesucht worden, welche eine tief einschneidende Rückwirkung auf die übrige Industrie ausübten. Italien und Österreich hatten ihre volle Übereinstimmung mit dem deutschen Programm erklärt; über die nordischen Staaten ist wenig bekannt geworden, die Instruktionen der schweizer Delegirten gingen aus dem Programm für die geplante Berner Konferenz hervor.

Die Einladung des Deutschen Kaisers bewirkte nach der ursprünglichen Anregung der Schweiz zunächst, daß die allgemeine Anerkennung der Nützlichkeit einer europäischen Erörterung erfolgte. Auf alle Fälle war es ein erfreuliches Schauspiel, in dem in Waffen und Kriegsvorbereitungen aller Art gerüsteten Weltteil die Staaten zu einer Verhandlung nicht über die sie trennenden Machtfragen, sondern über eine Kulturfrage zusammentreten zu sehen, welche sie an die Notwendigkeit des Friedens und einträchtigen Zusammenwirkens mahnen sollte. Bei dem Schluß der Beratungen gaben die Konferenzteilnehmer der Hoffnung Ausdruck, daß die gefaßten Beschlüsse die öffentliche Meinung in den europäischen Ländern und die gesetzgebenden Faktoren derselben zum Fortschreiten auf der Bahn einer der handarbeitenden Klassen fördernden Gesetzgebung anspornen würden.

---

Mitten in die Arbeiten der Arbeiterschutzkonferenz hinein fiel ein Ereignis von weltbewegender Bedeutung. Es war der Rücktritt des Fürsten Bismarck von seinen Ämtern in Reich und Staat. Fürst Bismarck, der erste Kanzler des neuen Deutschen Reiches, schied am 20. März 1890 aus seiner amtlichen Thätigkeit, in welcher er zum Segen Preußens und der deutschen Nation seit nahezu 30 Jahren gewirkt hatte.

Die Stellung des Fürsten Bismarck war eine unvergleichliche. Niemals hat in einem Verfassungsstaate ein einzelner Mann eine ähnliche Machtfülle ausgeübt wie er; niemals ist der Wille eines Ministers in einem modernen Gemeinwesen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens so maßgebend gewesen wie der seine, niemals waren die Rechtsverhältnisse, die Gestaltung der Aemter, die Parteien, die ganze Politik so sehr auf eine einzelne Person, die nicht der Monarch war, eingerichtet, wie in den letzten Jahrzehnten in Deutschland. Daß dieser Zustand nicht andauern könne und werde, wenn Kaiser Wilhelm I., der unter das Entlassungsgesuch des Kanzlers sein „Niemals!" geschrieben hatte, die Augen schloß, war vorauszusehen . . ."

Jetzt stand ein Kaiser von männlicher Entschlußkraft neben ihm, ein Monarch, der selbst regieren wollte bis in alle kleinen Einzelheiten eines großen und verwickelten Getriebes hinein, der nicht allein seinem verdienstvollsten Berater sein Ohr lieh, sondern hier und dort mannigfach auch bei Männern in unverantwortlicher Stellung sich umhörte. Mit so schwärmerischer Verehrung auch die glühende Seele des Monarchen an dem Reichskanzler hing, vor dem jeder echte deutsche Mann in dankbarer Ehrfurcht sein Haupt neigte, so konnte es doch nicht ausbleiben, daß neben den Ratschlägen des verantwortlichen Staatsmannes auch die Einflüsse anderer vertrauenswürdiger Personen, deren Erfahrungen der Herrscher nutzbar machen wollte, sich Geltung verschafften. Fürst Bismarck kam oft in die Lage, daß er zügeln zu müssen glaubte, wo der Kaiser mächtig vorwärts drängte; er mochte das politische Gewicht einer etwaigen Verstimmung der besitzenden Klassen, der intelligenten und kapitalkräftigen Unternehmer im industriellen und landwirtschaftlichen Sinne höher veranschlagen, als die unsichere Aussicht auf die Entreißung der Arbeiterwelt aus der socialdemokratischen Umschlingung. Ihm mochte dünken, daß das stürmische Tempo der Socialpolitik die Arbeitermassen erst recht aufregen und zu Hoffnungen ermutigen könne, welche nicht die Natur und nicht das Ringen der Menschheit jemals erfüllen kann. Wie oft, in wie vielen Einzelfragen aus den verschiedensten politischen Gebieten mag dieser psychologische und Temperamentsgegensatz zweier groß angelegten, herrschgewaltigen, willensstarken und entschlossenen Naturen in die Erscheinung getreten sein? So wuchs die chronische Kanzlerkrisis über alle vereinzelten Meinungsverschiedenheiten wegen Socialpolitik oder Militärforderung, wegen Socialistengesetz oder Centrum

mächtig hinaus zu einem schwer auszugleichenden Gegensatz zweier Männer, zu denen die Nation mit Bewunderung emporblickte, welche allüberall die Thatkraft pflichtbewußter, ganz im Dienst für das Vaterland aufgehender Naturen in jeder empfänglichen Brust erweckte.

Der Name des Fürsten Bismarck war untrennbar verknüpft mit der Epoche eines unvergleichlichen nationalen Aufschwungs im Deutschen Reiche, untrennbar verknüpft mit einer Festigung und Ausgestaltung des Reichsgedankens, wie er in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte kaum jemals gefaßt und gehegt worden ist. Nicht Alles, durchaus nicht Alles, was in dieser Beziehung geschehen, war des Fürsten Bismarck alleiniges Verdienst. Die Gunst der Umstände, die Neigung des Volkes, die besten Helfer auf allen Gebieten hatten hierzu beigetragen. Aber der Name des Fürsten Bismarck war mit dem ganzen Zeitabschnitt verwoben, und sein Ruhm mußte bleiben, wie des deutschen Volkes Dankbarkeit. Sein Rücktritt aus den öffentlichen Ämtern erschütterte die Herzen der Deutschen; daß er nicht zugleich Deutschland erschütterte, war ein vornehmster Beweis dafür, daß der Ruhm des Mächtigen ein verdienter gewesen, dem der Nachruhm folgen mußte.

In den beiden Schreiben, welche die Kabinetsordre begleiteten, durch die der Kaiser dem Fürsten die erbetene Entlassung gewährte, hieß es:

„Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zu Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer, unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und thatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwertig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als ein Zeichen dieses Dankes verleihe Ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen Mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen.

Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters.

In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener, dankbarer Kaiser und König

Wilhelm, I. R.

Berlin, den 20. März 1890.

An den Fürsten v. Bismarck.

* * *

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden sehen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie sich um Meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee, mit Gottes Hilfe, von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmütigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat gethan. Und seitdem, bis auf diesen Tag, sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthaten des Friedens zu schaffen. Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Range eines General-Feldmarschalls und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen.

Berlin, den 20. März 1890.

Wilhelm, R.

An den General der Kavallerie, Fürsten v. Bismarck, à la suite des Kürrassierregiments v. Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7 und des 2. Garde-Landwehrregiments".

Daß dem Herrscher der Abschied von dem unvergleichlichen Staatsmann und Berater nicht leicht wurde, ging aus einem, am 22. März von ihm abgesandten Telegramm hervor, in dem er sagte: „Mir ist so weh', als hätte ich noch einmal Meinen Großvater verloren; aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zu Grunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist Mir zugefallen; der Kurs bleibt der alte. Volldampf voran!" — Gleichzeitig mit der Nachricht von der Bewilligung des erbetenen Abschiedes, teilte der Reichsanzeiger vom 20. März mit, daß der Kaiser den kommandierenden General des X. Armeekorps in Hannover, General der Infanterie von Caprivi, zum Reichskanzler und zum Ministerpräsidenten ernannt, und den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen Bismarck-Schönhausen, mit der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen einstweilen beauftragt habe.

Da aber letzterer am 21. März gleichfalls sein Entlassungsgesuch einreichte, so wurde auch das Ministerium des Äußeren dem neuen Reichskanzler übertragen, der bisherige badische Gesandte und Bundesbevollmächtigte, Freiherr Marschall von Bieberstein, zum Staatssekretär des Äußern und an Stelle des in den Ruhestand versetzten Grafen Berchem der bisherige Gesandte in Buenos-Ayres, Freiherr von Rotenhan, zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt. v. Caprivi trat am 21. März sein Amt an und machte an diesem Tage dem Fürsten Bismarck einen Besuch. Letzterer erhielt von vielen Seiten Briefe und Adressen, welche das lebhafte Bedauern über seinen Rücktritt ausdrückten, so vom Kaiser Franz Joseph, vom König Leopold von Belgien, vom König Karl von Württemberg, vom Grafen Kalnoky und vom Ministerpräsidenten Crispi. Dieser sprach von dem unbegrenzten Vertrauen, das er in Bismarck setze und das sich nie vermindern könne, worauf letzterer erwiderte: „Ich war stets glücklich, mich, wenn es sich um die Angelegenheiten unserer beiden Länder handelte, einem Staatsmanne wie Sie, gegenüber zu befinden, und ich bitte, die vertrauensvollen Beziehungen, welche den Interessen unserer beiden Länder so sehr dienlich waren, auf meinen Nachfolger zu übertragen." Bei diesen vielen und warmen Kundgebungen war es um so auffallender, daß der Magistrat der Reichshauptstadt Berlin, deren Ehrenbürger Bismarck war, auch nicht die geringste Notiz von Bismarck's Rücktritt nahm, was damit nicht entschuldigt werden kann, daß der Fürst nicht immer auf dem besten Fuße mit der Berliner

Stadtverwaltung stand. Nicht besser war das Verhalten der beiden Häuser des Landtags. Als in denselben das amtliche Schreiben über den Rücktitt des Fürsten Bismarck von seinen Ämtern verlesen worden war, fühlte sich kein einziges Mitglied dieser Versammlungen, kein Präsident bewogen, über die große Bedeutung dieses Moments eine Ansprache zu halten, sondern sofort wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Am 26. März verabschiedete sich Fürst Bismarck vom Kaiser und vom Großherzog von Baden. Großartige überwältigende Kundgebungen waren es, die dem Kanzler auf dem Wege zu und von der Abschiedsaudienz bei dem Großherzog von Baden dargebracht wurden. Als der Fürst die „Linden" entlang zum Königlichen Schlosse fuhr, da strömte das Volk im Sturmlaufe von allen Seiten, aus allen Zugangsstraßen herbei, um ihm in einer Weise zu huldigen, wie sie spontaner, gewaltiger und ergreifender noch nicht gesehen worden ist. Auf dem Opernplatze und im Lustgarten erwartete ihn bereits eine unzählbare, vieltausendköpfige Menge und empfing ihn mit nicht endenwollenden stürmischen Hoch- und Hurrarufen, mit Hüteschwenken und Tücherwehen. Blumen und Bouquets ohne Zahl wurden in und auf den Wagen geworfen. Erst einige Minuten später, als der Wagen durch das erste Portal am Lustgarten in den Schloßhof eingefahren war, legte sich das Sturmgebrause unbeschreiblicher Begeisterung. Fast anderthalb Stunden dauerte der Aufenthalt des Fürsten im Königlichen Schlosse. Die Volksmenge schwoll von Minute zu Minute ins Unendliche. Um 10 Minuten vor zwölf Uhr öffnete sich das Gitterthor des Schloßhofes wieder, die Schutzleute sprengten heraus, unmittelbar hinter ihnen folgte der Wagen mit dem Fürsten. Noch gewaltiger als bei der Ankunft stieg das Jubelgebrause zum Himmel empor und machte die Luft erzittern. Am 28. März nahm der Fürst Abschied von der Ruhestätte seines geliebten Herrn im Mausoleum zu Charlottenburg. Vom Hofgärtner des Schloßparkes erbat er sich drei Rosen. Diese in der Hand haltend schritt er langsam durch die einsamen Gänge des Parkes dem Mausoleum zu. Leutselig grüßte er die Aufseher, aber ein tiefer Ernst bemächtigte sich seiner, als er die Stufen zu der geweihten Stätte emporstieg um die Vorhalle zu durchschreiten und zunächst einige Augenblicke an den Grabdenkmälern König Friedrich Wilhelm's III. und der Königin Luise zu verweilen. Dann stieg der große Kanzler hinab zur Gruft des großen Kaisers

Wilhelm's I. und der Kaiserin Augusta. Mehr als 10 Minuten lang verweilte er dort und legte die Rosen an den Särgen der hohen Todten nieder. Tiefe Ergiffenheit sprach aus seinen Zügen, als er die Gruft verließ; kaum vermochte der Mann, den seine Zeitgenossen den „eisernen" nennen, seiner inneren Bewegung Herr zu werden. Langsam wandelte er zum Schloßportale zurück. Der Tag, an welchem Fürst Bismarck mit seiner Familie Berlin, den Mittelpunkt seiner langjährigen, staatsmännischen Wirksamkeit verließ, um nach seiner Besitzung Friedrichsruh in Lauenburg überzusiedeln, war der 29. März. Die Abfahrt fand nachmittags 5 Uhr 40 Minuten vom Lehrter Bahnhof aus statt. Von 4 Uhr an füllten sich die Straßen, durch welche der Fürst nach dem Bahnhof zu fahren hatte, mit unzählbaren Tausenden, alle Fenster und Balkone waren dicht besetzt, die Schutzleute hatten Mühe, die Fahrwege frei zu halten. Kurz nach 5 Uhr fuhr der Fürst mit seinem Sohne Herbert vom Reichskanzlergebäude ab, vor dem Einsteigen noch einen langen Blick zurücksendend nach den gewohnten Räumen. Brausende Hurra- und Hochrufe empfingen ihn, Tücher wurden geschwenkt, ein Regen von Blumen und Kränzen ergoß sich in den offenen Wagen. Tausendfache Hochrufe, die wie Donner klangen, verkündigten die Ankunft des Fürsten. Alle Häupter entblößten sich, als er den Bahnsteig betrat. Er reichte allen die Hand und nahm vor seinem Salonwagen Stellung. Das Hurrarufen der Volksmenge nahm kein Ende. Eine laute Stimme rief: „Auf Wiedersehn! Auf Wiedersehn!" und Tausende fielen auf diesen Ruf ein. „Der Begründer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, lebe hoch!" rief eine andere Stimme, worauf alle riefen: Er lebe hoch! Die „Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deuschland über Alles" wurden angestimmt. Fürst Bismarck stand gerührt da; von allen Seiten drängten seine Freunde und seine Bekannten zu ihm heran, nahmen Abschied und schüttelten ihm die Hand. Die Glocke erklang, die Truppen präsentierten, die Musik spielte, ihre Klänge erstarben in den Hurrarufen. Die „Wacht am Rhein" wurde nochmals gesungen, während der Zug langsam aus der Halle fuhr. Fortwährend winkte der Fürst Abschiedsgrüße zu; die Frauen wehten mit den Tüchern. Es war ein überwältigender Augenblick. Man sah rings thränende Gesichter, hörte lautes Schluchzen. „Auf Wiedersehn, auf Wiedersehn!" donnerten die Rufe hinter dem schnell fortdampfenden

Zuge. Eine solche Szene war in Berlin niemals erlebt worden; sie war einzig wie der große Staatsmann, der eben geschieden war.

Das jähe Ausscheiden des großen Kanzlers aus dem Amt, und die bei seiner Abreise stattgefundenen Kundgebungen, wendeten dem einige Tage später gefeierten 75. Geburtstage des Alt-Reichskanzlers eine besonders lebhafte Teilnahme und Beteiligung zu. Es zeigte sich dies in dem von den verschiedensten Kreisen bethätigten Bestreben, zunächst dem Fackelzug am Vorabend jener Feier, und dann dieser selbst das Gepräge einer großen nationalen Ovation zu geben.

Mehrere Extrazüge brachten am Abend des 31. März nach Tausenden zählende Männer aller Stände aus Hamburg nach Friedrichsruh, um dem Fürsten Bismarck anläßlich seines Geburtstages einen Fackelzug darzubringen. Die Kriegervereine von 1870/71 waren mit ihren Fahnen erschienen. Als der imposante Zug das Landhaus erreicht hatte, traten der Fürst und die Fürstin Bismarck, Graf Herbert Bismarck, Graf Wilhelm Bismarck und Gemahlin und Graf und Gräfin Rantzau aus dem Schloß. Fürst Bismarck richtete an das Komitee einige Worte, in denen er besonders die nachbarlichen Beziehungen zu Hamburg betonte. Dr. Nolte von Hamburg gab den Gefühlen der Anwesenden in schwungvoller Rede Ausdruck und dankte dem Fürsten für Alles, was derselbe zur Entwickelung und Ehre Deutschlands gethan. Auf ewige Zeiten werde sein Name verbunden sein mit dem Namen des Deutschen Reiches. Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß Gott den Fürsten noch lange zum Segen des deutschen Vaterlandes erhalten möge, mit einem Hoch, welches mit Begeisterung aufgenommen wurde und sich durch die lange Kette des Fackelzuges brausend fortpflanzte. Die Stückzahl der dem Fürsten am 1. April dargebrachten Geschenke überstieg bis Mittags 12 Uhr weit das erste Tausend. Die fürstliche Wagenremise, die Stallungen, die gesammten Kellerräume, der Vestibuleraum und schließlich noch viele Zimmer des Parterres im Schloß waren bis zur Decke angefüllt, und noch lagen gegen 300 neue Kolli von zum Teil ganz kolossalen Dimensionen im Garten. Alle disponiblen Beamten des Fürsten waren mit dem Öffnen der verschiedenen Sendungen beschäftigt, und doch schienen die Spenden, die noch fortwährend durch neue vermehrt wurden, eher zu- als abzunehmen. Eines der ersten geöffneten Kolli war eine Sendung des Deutschen Kaisers: eine Riesenkiste mit lebensgroßem Bilde des Kaisers in ganzer Figur. Mit den zahllosen Spenden der Liebe und Dankbarkeit zu dem Geburtstag

des Kanzlers vereinigten sich die Kundgebungen der Verehrung und Sympathie aus Anlaß des Rücktrittes des Fürsten von seinen Ämtern. Aus allen Teilen Deutschlands kamen Huldigungs- und Ergebenheitsadressen, Ehrengaben und andere Liebes- und Verehrungsbezeugungen.

---

Was die Ergebnisse der Arbeiterschutzkonferenz betrifft, die am 29. März geschlossen wurde, so waren dieselben mehr theoretischer als praktischer Natur. Die stärkste aller Schwierigkeiten lag in der allgemeinen Formgebung für die Beschlüsse überhaupt. Man konnte nichts fordern, man konnte nichts dekretieren, es war überhaupt nicht möglich, irgendwen irgendwie zu binden. Gegenüber diesen Bedenken wies der Fürstbischof Kopp darauf hin, daß es nicht die Aufgabe der Konferenz sein könne, greifbare praktische Erfolge zu erzielen, daß sie sich vielmehr mit einem moralischen Erfolge begnügen müsse. Um einen solchen zu erzielen, erfand der Fürstbischof die bald allgemein von den Konferenzmitgliedern gebilligte Formel: „Es ist wünschenswerth, daß" u. s. w. Diese Formel bewirkte, daß das Gefühl eines formellen Gebundenseins an die Beschlüsse der Konferenz nirgend entstehen konnte, während andererseits die Staaten, welche Delegirte zu der Konferenz entsendet hatten, und in ganz demselben Maße die einzelnen Delegirten selbst ein immerhin nicht unbedeutendes Maß von moralischer Gebundenheit an die Beschlüsse der Konferenz nicht abwälzen konnten. Während der Konferenzdauer vereinigte der Kaiser die Delegirten mehrfach in kleinerem Kreise um sich zu zwanglosen Abendunterhaltungen und zeichnete bei dieser Gelegenheit besonders den Senior der französischen Deputirten, Herrn Jules Simon, durch längere Konversationen aus.

---

Sehr bemerkt wurde eine in jenen Tagen erlassene Ordre des Kaisers in seiner Eigenschaft als König von Preußen über den Offiziersatz im Heere. In dieser Ordre wurde gesagt: Der gesteigerte Bildungsgrad unseres Volkes bietet die Möglichkeit, die Kreise zu erweitern, welche für die Ergänzung des Offizierskorps in Betracht kommen. Nicht der Adel der Geburt allein kann heutzutage wie vordem das Vorrecht für sich in Anspruch nehmen, der Armee ihre Offiziere zu stellen. Aber der Adel der Gesinnung, der das Offizierkorps zu allen Zeiten beseelt hat, soll und muß unverändert erhalten

bleiben. Neben den Sprossen der adligen Geschlechter des Landes, neben den Söhnen Meiner braven Offiziere und Beamten, die nach alter Tradition die Grundpfeiler des Offizierkorps bilden, erblicke Ich die Träger der Zukunft Meiner Armee auch in den Söhnen solcher ehrenwerther bürgerlichen Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesittung gepflegt und anerzogen werden. Ich kann es nicht gutheißen, wenn manche Kommandeure sich für die Heranziehung des Offiziersatzes eigne, einseitige Grundsätze schaffen, wenn beispielsweise die Grenzen der erforderlichen wissenschaftlichen Bildung so eng gezogen werden, daß für die Annahme eines jungen Mannes die Ablegung der Abiturientenprüfung als unabweisbare Bedingung hingestellt wird. Ich muß es mißbilligen, wenn der Eintritt abhängig gemacht wird von einer übermäßig hohen Privatzulage, welche die Söhne wenig begüterter, aber nach Gesinnung und Lebensauffassung dem Offizierkorps nahestehender Familien der Armee fernhalten muß. Ich will nicht, daß in Meiner Armee das Ansehen der Offizierkorps nach der Höhe der Eintrittszulage bemessen werde und schätze diejenigen Regimenter besonders hoch, deren Offiziere sich mit geringen Mitteln einzurichten und doch ihre Pflicht mit der Befriedigung und Freudigkeit zu erfüllen wissen, die den preußischen Offizier von alters her ausgezeichnet haben. Unausgesetzt haben sich die Truppenkommandeure es klar zu machen, daß es heutzutage mehr wie je darauf ankommt, Charaktere zu erwecken und groß zu ziehen, die Selbstverleugnung bei ihren Offizieren zu heben, und daß hierfür das eigene Beispiel in erster Linie mitwirken muß.

---

Das erste Auftreten des neuen Reichskanzlers General von Caprivi im Parlament geschah bei Wiederaufnahme der Sitzungen des Preußischen Abgeordnetenhauses am 15. April. Der General bemerkte, er wolle keine Programmrede halten, denn er könne, den politischen Angelegenheiten bisher fernstehend, seinen neuen Wirkungskreis auch nur im allgemeinen noch nicht übersehen. Er habe es aber für seine Pflicht gehalten und habe den Wunsch gehabt zu erscheinen und den ersten Schritt zur Anknüpfung persönlicher Beziehungen zu thun. Er bemerkt dann noch, daß einer Kraft, wie der des Fürsten Bismarck gegenüber, andere Kräfte schwer Platz finden können, daß unter seiner zielbewußten, auf sich selbst gestellten Weise, die Dinge anzusehen und

zu treiben, manche andere Richtung hat in den Hintergrund treten müssen, daß manche Idee, mancher Wunsch, wenn sie auch berechtigt waren, nicht überall haben in Erfüllung gehen können. Es würde die erste Folge des Personenwechsels in Bezug auf die Regierung selbst die sein, daß die einzelnen Ressorts einen größeren Spielraum gewönnen und mehr hervortreten als bisher. Es würde dann ganz unvermeidlich sein, daß innerhalb des preußischen Staatsministeriums die alte kollegiale Verfassung mehr zur Geltung kommt, als sie es unter diesem mächtigen Ministerpräsidenten konnte.

---

An das konstituierende Komitee zur Errichtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten Bismarck, das in jenen Tagen in Berlin zusammentrat, richtete der Kaiser nachstehende Allerhöchste Ordre:

„Mit lebhafter Befriedigung habe Ich von der Bildung eines provisorischen Komitees zum Zweck der Errichtung eines Denkmals für den Fürsten von Bismarck in der Reichshauptstadt Kenntnis genommen. Die Absicht, der in allen Schichten der Bevölkerung herrschenden dankbaren Gesinnung gegen den Mitbegründer des Deutschen Reiches durch ein sichtbares Zeichen Ausdruck zu geben, wird, wie Ich überzeugt bin, in ganz Deutschland mit freudiger Teilnahme begrüßt werden. Von dem Wunsche beseelt, auch Meinerseits die Errichtung dieses bedeutungsvollen Denkmals zu unterstützen und zu fördern, will Ich der von dem provisorischen Komitee in der Immediateingabe vom 1. d. M. vorgetragenen Bitte gern entsprechen und übernehme hiermit das Mir angetragene Protektorat.

Berlin, den 9. April 1890.

gez. Wilhelm, Rex.

An das provisorische Komitee zum Zweck der Errichtung eines Denkmals für den Fürsten von Bismarck in der Reichshauptstadt."

---

Die Rückkehr des Panzergeschwaders aus dem Mittelmeer nach Wilhelmshaven bot dem Kaiser Gelegenheit, auch der freien Stadt Bremen einen Besuch abzustatten. Nach einer Fahrt durch die alten Stadtteile Bremens, an Börse, Rathaus, Schüttinggebäude vorbei, begab sich der hohe Herr nach dem Platz vor dem Rathaus, auf welchem die Grundsteinlegung zu einem Denkmal für Kaiser Wilhelm I.

stattfand. Diesem feierlichen Akt folgte ein Festmahl an Bord des Lloyddampfers „Fulda". Am folgenden Tage schiffte er sich von der Kaiseryacht „Hohenzollern" auf den Lloyddampfer „Lahn" über, und ging auf diesem dem Geschwader in See entgegen, das letztere bei dem Leuchtschiff „Außenweser" erwartend.

---

Am 14. Mai wurde dem kurz vorher zu einer Session zusammengetretenen Reichstage ein Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke des Heeres, vom Kriegsminister v. Verdy vorgelegt. Der Kernpunkt dieses Gesetzes war die Erhöhung der Präsenzziffer um 18574 Mann bis zu Ende des Septennats und außerdem die Vermehrung der Cadres, vornehmlich in Bezug auf Artillerie. Begründet wurde die Vorlage mit dem Hinweis auf die fortgeschrittenen Rüstungen der Nachbarländer. Bezüglich der ferneren Motive, welche bei Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen, verwies der Minister auf die Verhandlungen in der Kommission, und sagte dort genauere Erklärungen zu. Auch Feldmarschall Moltke, sowie der neue Kanzler, General von Caprivi, sprachen für die Vorlage. Beider Auslassungen waren sachlich, auf zuverlässige Daten gestützt, und einer gereiften Erfahrung entnommen. Der Reichstag konnte sich dem Eindruck derselben nicht entziehen.

Moltke sagte in seiner Rede: „Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptern schwebt, wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegen einander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder in zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, — und wehe Dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert! Nun, meine Herren, wo es sich um so große Dinge handelt, wo es sich handelt um das, was wir mit schweren Opfern erreicht haben, um den Bestand des Reiches, vielleicht um die Fortdauer der gesellschaftlichen Ordnung und der Civilisation,

jedenfalls um Hunderttausende von Menschenleben, da kann allerdings die Geldfrage erst in zweiter Linie in Betracht kommen, da erscheint jedes pekuniäre Opfer im voraus gerechtfertigt. Es ist ja richtig, was hier mehrfach betont worden, daß der Krieg selbst Geld, und abermals Geld fordert, und daß wir unsere Finanzen nicht vor der Zeit zu Grunde richten sollen.

. . . . . .

Meine Herren, die friedlichen Versicherungen unserer beiden Nachbarn in Ost und West — während übrigens ihre kriegerischen Vorbereitungen unausgesetzt fortschreiten — diese friedlichen und alle übrigen Kundgebungen sind gewiß sehr wertvoll; aber Sicherheit finden wir nur bei uns selbst."

Großes Interesse erregte die Rede des Reichskanzlers, der zum ersten Mal länger sprach. Derselbe hob hervor, wie der Wunsch nach Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht die Voraussetzung der Vorlage sei, die Folge hiervon würde eine Erhöhung der Friedensstärke um ca. 50 Prozent bedeuten, denn so groß sei die Zahl der jungen Männer, die waffenfähig seien, aber nicht eingereiht würden.

. . . . . .

„Wenn man nun, wie es geschehen ist, von einer solchen starken und unerhörten Mehrbelastung gegen früher redete, so müßte zunächst nachgewiesen werden, daß wir früher mit erheblich weniger ausgekommen sind. Das aber sei nicht der Fall. Im Jahre 1816, also unmittelbar nach einem Kriege, der das kleine Preußen erschöpft hatte, der ihm einen Aderlaß gegeben, wie wir ihn, so Gott will, nicht wieder erleben werden, im Jahre 1816 also betrug der Prozentsatz der in das stehende Heer eingereihten Ziffer der Bevölkerung 1,25, also 1/4 mehr, als heute. Dieser Prozentsatz sei allmählich gesunken und zwar im Jahre 1850 bis zu 0,79 Prozent.

Von da an habe sich diese Ziffer wieder gehoben, und wenn das Ergebnis der nächsten Zählung vorliege, werde man sehen, daß sie nicht mehr als 1 Prozent betrage. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage dann einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Damit war der Schwerpunkt der Erörterungen dem Plenum des Reichstages entzogen. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Generals Vogel von Falkenstein in der Kommission. Derselbe faßte sein Urteil dahin zusammen, daß die Anforderungen an die Einzelausbildung des Soldaten unverhältnismäßig gesteigert seien, daß die

Vorteile, die eine gesetzliche Verkürzung der Dienstzeit zur Folge hätten, in keinem Verhältnis zu den militärischen Nachteilen stehen, daß daher nach gewissenhafter Prüfung und Überzeugung eine Verkürzung durch die Einführung einer zwei- oder zweieinhalbjährigen Dienstzeit bei der Infanterie für unzulässig erachtet würde."

Die Beratungen der Militärkommission gelangten zum Schluß. Nach den Eindrücken, die sie gewonnen, empfahl sie dem Reichstage die Annahme des Gesetzes. — Windthorst sprach das entscheidende Wort, indem er erklärte, die Vorlage müsse bewilligt werden, im Interesse der Ehre und Sicherheit des Vaterlandes. Auch die Polen ließen durch den Abgeordneten von Komierowsky erklären, daß sie für die Vorlage eintreten würden. — Da der größte Teil des Centrums der Vorlage günstig gestimmt war, so war die Frage entschieden. Mit dem Centrum stimmten die drei Kartellparteien.

Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, bemerkte, auf den Inhalt der Vorlage übergehend: „Daß Deutschland so stark sein soll wie Frankreich und Rußland zusammen, ist ja nicht zu verlangen; aber daß wir so stark wie Frankreich sind, müssen die Regierungen verlangen und auch unsere Verbündeten. Die Vorlage geht eben davon aus, daß wir Frankreich nicht mehr gewachsen sind. Deshalb ist die Forderung, die gestellt wird, nur das Notwendigste. Trotz unserer Verbündeten wird übrigens ein Teil unserer Armee auch Rußland gegenüber aufgestellt werden müssen." Die Frage der zweijährigen Dienstzeit nannte er eine „unerhört populäre", und er zweifele nicht, daß, da die Einführung der letzteren mehr Vorteile biete als Nachteile, der Bundesrat und die Militärverwaltung mit derselben sich befreunden würden. Nach diesen langen Debatten folgte am 26. Juni die Abstimmung. Die freisinnigen Anträge, auf jährliche Bewilligung des Militäretats und auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit, wurden gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Demokraten, der Welfen und der Socialdemokraten abgelehnt. Die Bestimmung der Vorlage über Erhöhung des Präsenzstandes um 18 500 Mann, was einer jährlichen Mehreinstellung von 6000 Rekruten entsprach (und darauf die anderen Bestimmungen), wurde in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 128 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 83 Stimmen, angenommen. Die Abstimmung bei der 3. Lesung ergab dasselbe Resultat. Die Militärvorlage war endgültig angenommen.

Zum Vertreter der Wünsche des Reichslandes machte sich der Abgeordnete Richter mit einer Interpellation auf Aufhebung des Paßzwanges in Elsaß-Lothringen. General von Caprivi antwortete darauf: die völlige Aufhebung des Paßzwanges sei zur Zeit aus militärischen und politischen Gründen unmöglich. Man dürfe nicht dulden, daß französische Offiziere sich als Spione in den Reichslanden aufhalten und die „Patriotenliga" dort eine politische Agitation unterhalte. Die Anwendung von Milde habe nichts ausgerichtet; es bleibe nichts weiter übrig, als Maßregeln zu ergreifen, wodurch die Sicherheit der Reichslande gewahrt, die engen Bande mit Frankreich aufgehoben und die Germanisierung Elsaß-Lothringens beschleunigt werde. Übrigens glaube er, daß durch solche Interpellationen für eine Besserung der reichsländischen Verhältnisse wenig gewonnen werde. Bennigsen und von Puttkamer gaben den reichsländischen Abgeordneten zu, daß der Paßzwang in Elsaß-Lothringen politisch als Beschränkung, wirtschaftlich als Beeinträchtigung und Belastung empfunden werde, verlangten aber, daß die Ergreifung der richtigen Maßregeln und die Bestimmung des zur Aufhebung derselben geeigneten Zeitpunktes dem Reichskanzler überlassen werden müßten.

---

In Ostafrika setzte Hauptmann Wißmann die Bekämpfung des Araberaufstandes mit Erfolg weiter fort. Am 4. Januar erstürmte er das feindliche Lager und jagte die Feinde in die Flucht, überließ die Verfolgung derselben aber dem tapferen Führer, Freiherrn von Gravenreuth. Dieser letztere brachte Bana Heri, dem Nachfolger Buschiri's, mehrere empfindliche Schläge bei, infolgedessen erklärte sich der genannte Rebellenführer, dessen letzte Abteilungen im Laufe des Monats März zersprengt worden waren, zur Übergabe bereit und bat um Frieden. Gravenreuth begab sich in Vertretung Wißmann's nach Sadani, um Bana Heri in Empfang zu nehmen. An zwei Tagen erfolgte die Übergabe von mehr als 1200 Mann in kläglichem Zustand. Nachdem der nördliche Teil des Schutzgebietes mit den Städten und Küstenplätzen Sadani, Pangani und Tanga den Arabern entrissen worden, stand Wißmann vor der Aufgabe, auch den südlichen Teil des Landes mit den Hafenorten Kilwa, Lindi und Mikindani, woselbst sich die Sklavenhändler festgesetzt hatten, in seine Gewalt zu bringen. Sobald daher die von ihm erwarteten Verstärkungen an Mannschaft, neuen

Gewehren, Munition, Gebirgskanonen und Ruderbooten unter Major Siebert, der am 3. März in Sansibar ankam, eingetroffen waren, unternahm Wißmann den neuen Feldzug. Von deutschen Kriegsschiffen unterstützt, nahm er am 7. Mai Kilwa, am 10. Mai Lindi, am 14. Mai Mikindani. Damit war das ganze deutsche Küstengebiet von den Deutschen zurückerobert und die militärische Ehre glänzend wiederhergestellt.

Wißmann hatte die ihm übertragene Mission im Verlauf eines Jahres aufs glücklichste gelöst, aus den Eingeborenen eine tüchtige Truppe geschaffen, den Aufstand der arabischen Sklavenhändler niedergeschlagen. Unter solchen Umständen war es ihm möglich, den Schauplatz seiner kriegerischen und organisatorischen Thätigkeit auf einige Monate zu verlassen und die deutsche Heimat aufzusuchen, um in Berlin, dem Mittelpunkt der deutschen und europäischen Politik, für die weitere Entwickelung des ostafrikanischen Kolonialgebietes zu sorgen. Sein Stellvertreter als Reichskommissar war Lieutenant Schmidt. Wißmann kam am 23. Juni in Berlin an. Er wurde am 24. vom Kaiser empfangen und hielt ihm einen längeren Vortrag. Zum Zeichen der Anerkennung seiner Verdienste erhob der Kaiser den Reichskommissar in den Adelstand.

Schon vor Beginn der vorbeschriebenen Operationen gegen den Süden war Emin Pascha in deutsche Dienste getreten, und am 24. April mit 5 Offizieren, einer Abteilung Sudanesen und 600 Trägern nach dem Seengebiet aufgebrochen. Auf dem Marsche dorthin war er in Mpwapwa mit Dr. Peters, Lieutenant von Tiedemann und der auf dem Rückwege zur Küste begriffenen deutschen Emin Pascha-Expedition zusammengetroffen.

---

Angesichts der sich weiter ausbreitenden deutschen Machtsphäre und den zunehmenden Interessen Deutschlands in Ostafrika, war es erforderlich, das deutsche und das englische Einflußgebiet schärfer abzugrenzen, damit jeder Teil wisse, welchen Ländern er seine Kulturarbeit zuwenden, und welche er andern überlassen solle. Zu diesem Zweck kam es zum Abschluß eines deutsch-englischen Vertrages, der auch über Afrika hinausgriff.

Die nationale Begeisterung flammte im deutschen Volke auf, als bekannt wurde, daß England sich entschlossen habe, Helgoland an

Deutschland abzutreten, und infolgedessen wurde den übrigen Bestimmungen nicht sogleich die gebührende Beachtung gewidmet. Allmählich aber fing man an, darüber Klarheit zu bekommen, daß die Abtretung des Protektorats über Witu und Somaliland und die Zustimmung Deutschlands zur Übernahme des Protektorats über das Sultanat Sansibar durch England, abgesehen von dem an die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft verpachteten Küstenstrich, endlich die Ausschließung Deutschlands von Uganda für Deutschland sehr unvorteilhaft sei.

Wichtig für die zukünftige Entwicklung des deutschen Kolonisationswerkes war, daß der Verkehr zwischen dem Nyassasee und dem Kongostaate, zwischen dem Nyassasee und dem Tanganyikasee, auf dem Tanganyika und zwischen diesem und der nördlichen Grenze der beiderseitigen Interessensphären für die Unterthanen und die Güter beider Nationen von Abgaben frei blieb. Endlich war es von Belang, daß in den beiderseitigen Interessensphären den Missionen beider Staaten Kultus- und Unterrichtsfreiheit gewährt wurde, und daß die Unterthanen des einen Staates in der Interessensphäre des anderen, bezüglich der Niederlassung und des Handels, die gleichen Rechte genießen sollten wie die Unterthanen des Staates, welchem die Interessensphäre gehörte.

So verschiedenartig auch die Gesichtspunkte bei Beurteilung des deutsch-englischen Abkommens waren, so wenig wurde andererseits doch die Bedeutung des Vertrages verkannt. Daß die Abgrenzung der ostafrikanischen Interessensphäre lebhafte Enttäuschung hervorrief, namentlich die Abmachungen bezüglich Sansibars, war unbestreitbar. Auch die Überlassung des Protektorates über Witu an die Engländer galt als ein großer Fehler. Eben erst hatte sich der dortige Sultan unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt und nun wurde er sozusagen den Engländern ausgeliefert.

Andererseits mußten auch die Gegner des Abkommens zugeben, daß dasselbe eine zweckmäßige Verbindung der Gesichtspunkte zeigte, welche für die europäische und koloniale Politik Deutschlands als leitende anzusehen sind. So wurde beispielsweise das in sich geschlossene deutsche Interessengebiet in Ostafrika nicht nur erhalten, sondern es wurde ihm das zur wirtschaftlichen Entwicklung notwendige Hinterland gesichert. Dabei aber wurde ihm nicht nur jede Ausdehnung in das Ungemessene abgeschnitten, sondern es wurde auch, selbst unter

Preisgabe faktisch dem deutschen Einfluß zugänglicher Distrikte so abgegrenzt, daß Teilungen mit einer für Deutschlands europäische Stellung und seiner Friedenspolitik so wichtigen Macht wie Großbritannien in der Gegenwart wie in der Zukunft vermeidbar waren. Alle diese Betrachtungen wurden in einer Denkschrift in ausführlicher Darlegung zusammengefaßt, welche am 29. Juli, nachdem der Vertrag die sämtlichen zu seiner Gültigkeit erforderlichen Stadien durchlaufen, veröffentlicht ward. In dieser Denkschrift, welche sich durch die Klarheit der Darstellung und durch die Offenheit der parlamentarischen Sprache auszeichnete, war auch sehr eingehend des Gewinnes gedacht, den die Erwerbung Helgolands für Deutschland im Gefolge haben werde.

Wenn auch manche gerechten Wünsche und Ansprüche deutscher Kolonialfreunde durch das Abkommen nicht die gewünschte Befriedigung erfuhren, so erhoben sich doch genug besonnene Stimmen, welche an den künftigen Erfolgen unserer Kolonialbestrebungen und an dem künftigen Zusammenwirken der deutschen Nation mit ihren Vertretern und ihrer Regierung nicht verzweifelten. In diesem Sinne sprachen sich sowohl Versammlungen in ihren Resolutionen als auch einzelne Männer aus, indem sie die Erwartung ausdrückten, daß die Reichsregierung mit aller Kraft nicht nur jeder ferneren Beeinträchtigung unserer Kolonialinteressen entgegentreten, sondern auch die weitere Festigung des uns verbliebenen Kolonialbesitzes in die Hand nehmen und dadurch im Volk den Mut zu thatkräftiger Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung desselben stärken werde.

Das nächste praktische Ergebnis, welches das Abkommen vom 2. Juli hatte, war die Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen der Reichsregierung und dem Sultan von Sansibar, wonach letzterer sich verpflichtete, die Hoheitsrechte über den an die Ostafrikanische Gesellschaft verpachteten Küstenstrich gegen eine Entschädigung von 4 Millionen Mark abzutreten. Diese Gesellschaft schloß dann mit der Regierung einen Vertrag, zu welchem der englisch-deutsche Notenaustausch vom 27./28. Oktober die Grundlage bildete, und wonach die Regierung die landeshoheitlichen Rechte und die Zollerhebung gegen eine der Gesellschaft jährlich zu zahlende Summe von 600 000 Mark aufnehmen sollte.

Die innere Verwaltung der Kolonie Deutsch-Ostafrika wurde darauf dem bisherigen Gouverneur von Kamerun, Freiherrn von Soden, übertragen, während Wißmann, dessen Mission mit der Nieder-

werfung des Aufstandes ihr Ende erreicht hatte, als Reichskommissar die Sicherheit der Küstenstationen gegen Angriffe der Mafiti kontrolieren und überwachen, und etwaige Befestigungsbauten daselbst anordnen sollte. Im November kehrte er wieder nach Ostafrika zurück, in der Zwischenzeit lebhaft dafür agitierend, daß die erforderliche Summe (150000 Mark) für den zu erbauenden Dampfer in den Hansestädten gesammelt wurde. Der Dampfer sollte zu Fahrten auf dem Viktoria-Nyanzasee dienen und stückweise von der Küste nach dort transportiert werden. Der genannte Betrag wurde aufgebracht und Vorkehrung getroffen, daß der Dampfer bis 1. April 1891 abgeliefert und an seinen Bestimmungsort überführt werden konnte.

Der großen Schwierigkeiten und Verlegenheiten, in welche Dr. Carl Peters bei seiner Expedition zum Entsatze Emin Pascha's gerieth, ist schon gedacht worden. Sein Waffen und Munition führender Dampfer „Nera" wurde von den Engländern angehalten und konfisziert, daraus ergaben sich peinliche Konflikte mit den britischen Behörden und selbst internationale Schwierigkeiten, zumal die englischen Seeoffiziere in brutaler Weise ihm gegenüber verfuhren.

Wenn dieses Entsatzunternehmen vielfachen Bedenken unterliegen mußte und unterlag, so erfordert andererseits doch die Gerechtigkeit, die großen Dienste, welche der Leiter desselben für die Erschließung eines bis dahin völlig unbekannten Teiles von Afrika der Wissenschaft und der Exploration des dunkelen Weltteiles geleistet, dankend anzuerkennen. Unentwegt den Gefahren und Hindernissen trotzend, welche Klima, Natur und Eingeborene seinem Vorhaben entgegensetzten, und mit heldenmütiger Ausdauer und einer Hingebung, wie sie nur außerordentlich willensstarken und entschlossenen Männern gegeben ist, hat Dr. Karl Peters seinen Namen neben denjenigen der verdienstvollsten Durchforscher Afrikas gesetzt und sich als tapferer Kämpfer auf dem Gebiete der geistigen Afrikaeroberung bethätigt.

---

Am Hofe zu Berlin stattete im Juni der Kronprinz von Italien einen kurzen Besuch ab, und wurde mit den größten Aufmerksamkeiten vom Kaiser und dem ganzen Hofe aufgenommen.

Die rege Teilnahme, welche der Sohn König Humbert's unseren Institutionen entgegenbrachte, die Lebendigkeit, mit welcher derselbe Kenntnis von den Dingen in unserer Heimat nahm, zeigten aufs

neue, welch' warmes Interesse der fürstliche Gast für Land und Volk auf deutschem Boden hegt. Sie trugen ebenso dazu bei, ihm die Herzen hier zu gewinnen und neue Sympathien zu erwecken für das Königliche Haus von Savoyen, das mit unserem Herrscherhause durch so feste Bande persönlicher Zuneigung und Freundschaft verbunden ist.

Einige Tage nach diesem Besuch wurde die Verlobung der zweitältesten Schwester des Kaisers, Prinzessin Viktoria, mit dem Fürsten Adolf von Schaumburg-Lippe gefeiert. Kaiser Wilhelm trat Anfang Juli wieder eine Nordlandsfahrt nach Norwegen an, bei welcher Gelegenheit dem dänischen Hofe in Fredensborg, und dem König Oskar von Schweden in Christiania Besuche abgestattet wurden. Ende Juli ward, wie im Jahre vorher, wieder eine Fahrt nach England angetreten, die diesmal aber einen völlig privativen Charakter trug. Auf der Hinreise landete die Yacht „Hohenzollern" den Kaiser in Ostende.

Der Besuch des Herrschers bei König Leopold II. traf in dem Lande, dessen Bestrebungen vorzugsweise dem friedlichen Gewerbfleiß gewidmet sind, auf eine im Ausland bis dahin nie dagewesenen Wärme. Die Anerkennung jener Eigenschaften des Kaisers, welche einem seiner Vorfahren auf dem preußischen Thron den Beinamen des „Großen Königs im Innern" verschafft haben, gelangte in verschiedener Weise zum Ausdruck. Zugleich waren alle Berichte einstimmig darin, daß die leutselige, freundliche und doch wahrhaft königliche Art, mit welcher Wilhelm II. mit den verschiedensten Menschen und Ständen in Verkehr trat, dem Monarchen alsbald den Namen eines Herzenseroberers in Belgien gewann.

Ein Arbeiterverein überreichte eine Adresse, in welcher er dem Souverän die Gefühle des höchsten Vertrauens und der größten Ergebenheit ausdrückte, und den Wunsch aussprach, daß Gott des Kaisers Hand leiten möge in der glücklichen Lösung des socialen Problems bis zu dem Punkt, daß eines Tages die Geschichte ihn mit dem Titel „Kaiser der Arbeiter" bezeichnen könne.

Als der Kaiser in England landete, hatte soeben der von der dortigen Regierung mit Deutschland über die Kolonialangelegenheiten abgeschlossene Vertrag die Zustimmung beider Häuser des Parlaments erhalten. Die Bevölkerung Großbritanniens stand unter dem Eindruck, daß ein großes Friedenswerk zum Abschluß gelangt sei. Und nicht blos in England, im ganzen gesitteten Europa hatte der Geist der Mäßigung und staatsmännischen Ruhe, welcher in der Vereinbarung

mit England sich bekundete, in einem Maße, wie vielleicht kaum ein anderes Ereignis seit der Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm, dazu beigetragen, über die Absichten und Bestrebungen des Herrschers die Ansichten zu klären und richtig zu stellen. Wie auf ein gegebenes Losungswort brachte die Presse allenthalben, sogar in Frankreich, das Abkommen über die Kolonialangelegenheiten in Verbindung mit den arbeiterfreundlichen Bemühungen Wilhelm II., und man zeigte sich bestrebt, das Bild, welches man sich von dem Herrscher, als dem Muster aller soldatischen Tugenden, gemacht, der Wahrheit gemäß zu ergänzen durch die Züge, welche den Friedensfürsten charakterisieren.

---

Von England in die deutschen Meere zurückkehrend, wohnte der Monarch bevor er das Festland betrat, der Uebergabe der Insel Helgoland persönlich bei. Staatsminister von Boetticher hatte am Tage vorher die Verwaltung vom englischen Gouverneur übernommen. Die Ceremonie begann mit einem Feldgottesdienst, hierauf verlas Minister von Boetticher die Proklamation Seiner Majestät an die Bewohner Helgolands, dann richtete der hohe Herr ungefähr folgende Ansprache an die Versammelten:

„Kameraden der Marine! Vier Tage sind es her, daß wir den denkwürdigen Tag der Schlacht von Wörth feierten, an dem unter Meinem Hochseligen Großvater von Meinem Herrn Vater der feste Hammerschlag zur Errichtung des neuen Deutschen Reiches geführt wurde. Heute, nach 20 Jahren, verleibe Ich diese Insel als das letzte Stück deutscher Erde dem deutschen Vaterlande wieder ein, ohne Kampf und ohne Blut. Das Eiland ist dazu berufen, wie ein Bollwerk zur See zu werden, den deutschen Fischern ein Schutz, ein Stützpunkt für Meine Kriegsschiffe, ein Hort und Schutz für das deutsche Meer gegen jeden Feind, dem es einfallen sollte, auf demselben sich zu zeigen. Ich ergreife hiermit Besitz von diesem Lande, dessen Bewohner Ich begrüßt habe, und befehle zum Zeichen dessen, daß Meine Standarte und daneben die Meiner Marine gehißt werde."

Unter dem Salut der Inselbatterie und sämtlicher Schiffe wurde alsdann der Befehl Sr. Majestät vollzogen.

Hierauf überreichte eine Deputation der Helgoländer Sr. Majestät eine Huldigungsadresse.

Die Landungskorps und das 2. Seebataillon formierten sich darauf unter Kontreadmiral Schröder zum Parademarsch, welcher vor

Sr. Majestät in exakter Weise ausgeführt wurde. Während der Parade-Tafel erhob sich Se. Majestät zu etwa folgender Ansprache:

„Das schöne Eiland sei ohne Kampf, ohne daß eine Thräne geflossen, in Seinen Besitz übergegangen. Die vielen Depeschen, welche Er heute aus dem Mutterlande erhalten, bezeugten die Sympathie mit dem neuen Erwerb. Er wolle gerade auf die Art und Weise hinweisen, wie Helgoland wieder gewonnen. Er sei stolz darauf, daß dies im Frieden geschehen. Als er im Jahre 1873 zum letzten Mal hier gewesen, habe Er sich gesagt, Er werde glücklich sein, wenn Er es erleben könnte, daß die Insel wieder deutsch werde. Jetzt haben wir die Insel erworben durch Vertrag aus dem freien Willen der Regierung und der gesetzgebenden Faktoren eines stammverwandten Landes; es liege Ihm daher am Herzen, ein Glas der hohen Frau zu widmen, der wir es zu verdanken haben, daß die Insel wieder deutsch sei; mit weitschauendem Blick, mit hoher Weisheit regiere die Königin Ihr Land und Sie lege Wert darauf, mit Ihm und Seinem Volke in Freundschaft zu leben, Sie schätze deutsche Offiziere, deutsche Töne in Melodien. Hoch lebe die Königin von England!"

---

Zur Teilnahme an größeren Truppenübungen begab sich der Kaiser nach nur zweitägigem Aufenthalt in Berlin auf dem Seewege nach Reval, und von dort nach Narva, woselbst er vom Zaren, dem Großfürsten Wladimir und den übrigen Prinzen des Kaiserhauses erwartet und feierlich begrüßt wurde. In der Begleitung des Deutschen Kaisers befand sich diesmal auch der Reichskanzler Graf Caprivi. — Nach den fünf Tage dauernden Manövern begab sich der Russische Hof mit seinen Gästen nach Peterhof, wo am 23. August eine große Gala-Tafel stattfand. Die bei derselben ausgebrachten Trinksprüche fielen durch Kürze und Trockenheit etwas auf, auch die Verabschiedung der beiden Souveräne von einander an demselben Tage, nach einer glänzenden Beleuchtung der Wasserfälle im Schloßpark, machte den Eindruck größter Zurückhaltung und Frostigkeit. Während des Aufenthaltes in Peterhof konferierten Minister von Giers und Reichskanzler Caprivi mehrfach miteinander. Über das Ergebnis der Zusammenkunft sagten gut informierte Blätter:

„Das Ergebnis der Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem Zaren ist insofern ein erfreuliches, als die Sache des

Friedens durch die Befestigung der herzlichen persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Monarchen eine weitere Förderung erfahren hat. Als ein erfreuliches Symptom muß auch der sehr günstige Eindruck hervorgehoben werden, welchen der Reichskanzler von Caprivi durch sein soldatisch schlichtes und gerades Auftreten machte. Ohne das mit einer gewissen Unnahbarkeit verknüpfte Gewicht einer historischen Persönlichkeit in die Wagschale werfen zu können, bekundete der Reichskanzler ein solches Feingefühl und volles Verständnis für die Lage, daß seine einstündige Unterhaltung mit dem Zaren im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens mit Fug hervorgehoben wird. Die hohe Auszeichnung, welche dem Reichskanzler von Seiten des Zaren zu teil wurde, legt in dieser Hinsicht ebenfalls vollgültiges Zeugnis ab."

---

Am 2. September traf der Kaiser wieder in Kiel ein, wo größere Flottenübungen vor ihm abgehalten wurden, denen auch ein Teil der österreichischen Flotte unter Admiral von Sterneck beiwohnte. Zu den größeren Herbstübungen der Armee war für dieses Jahr die Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph von Österreich in Schlesien angemeldet.

Eine neue Besiegelung der „engen Beziehungen innigster Freundschaft und festester Waffenbrüderschaft" konnte allein der Zweck und der Erfolg des Besuches sein. Mit seinem Monarchen brachte das deutsche Volk dem hohen Gaste Kaiser Wilhelm's jenes warme Gefühl verehrender Huldigung entgegen, welches im verflossenen Jahre die deutsche Reichshauptstadt, als sie den Kaiser Franz Joseph in ihren Mauern begrüßen durfte, in einer so unzweideutig von Herzen kommenden Weise bekundete.

Es war der erste Besuch, den das Kaiserpaar der Provinz Schlesien abstattete. Ein ungewöhnlich herzlicher Ton durchwehte alle Kundgebungen der Begrüßung und Bewillkommung des erlauchten Fürstenpaares; alle Klassen der Bevölkerung wetteiferten in der Darbringung von Huldigungen. Bei dem großen Parade-Diner, das am 12. September gleich nach der Revue bei Breslau veranstaltet war, nahm der Herrscher das Wort und sprach zu dem kommandierenden General gewendet:

„Wenn Ich die Regimenter anschaue, welche uns die Heldengestalt Meines dahingegangenen Herrn Vaters vor Augen führen, so

will Mir das Herz vor Wehmut zerspringen, zumal, wenn Ich zurückdenke, wie vor 8 Jahren damals Mein noch blühend, gesund und frisch aussehender Herr Vater sein Dragonerregiment Meinem Herrn Großvater vorführte, unter dem ungeheueren, nicht enden wollenden Jubel der ganzen Provinz Schlesien."

Am Schluß des Manövers sprach sich der Kaiser bei dem für die obersten Behörden der Provinz Schlesien gegebenen großen Diner auch über Socialpolitik aus:

„Noch einmal wiederhole Ich den Dank der Kaiserin und den Meinigen für den freundlichen Empfang in der Provinz und für die treuen Gesinnungen, die Uns entgegengebracht worden sind. Zugleich erneuere Ich nochmals den Ausdruck Meiner Freude darüber, daß es Mir endlich vergönnt ist, einmal mit Meinen Schlesiern zusammen zu sein. Wie in früherer Zeit, in der Zeit der Erhebung, die Provinz die erste war, die dem Rufe Meines hochseligen Herrn Urgroßvaters folgte, um dem Lande seine Unabhängigkeit wiederzugeben, so ist zu Meiner größten Freude auf dem inneren Gebiete die Provinz diejenige gewesen, die die ersten Schritte gethan hat, um Meinen auf das Wohl der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Gedanken Folge zu geben. In lobenswertem Wetteifer gehen hier Kirche und Laien zusammen, um das Wohlergehen der unteren Klassen zu heben und dem Leben der Provinz die Ordnung zu erhalten. Männer wie Fürst Pleß und wie der Fürstbischof sind mit gutem Beispiel vorangegangen, und das Beispiel ist nicht ohne Wirkung geblieben. Ich verfehle hierbei nicht, diesen Herren, so wie manchen anderen in der Provinz, die diesem Beispiel sich angeschlossen haben, Meinen Königlichen Dank auszusprechen. Ich knüpfe hieran den Wunsch, daß dieses gute Beispiel, welches die Provinz gegeben hat, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen, von allen Teilen Meines Staates befolgt werde, daß unsere Bürger endlich aus dem Schlummer erwachen mögen, in dem sie sich so lange gewiegt haben, und nicht bloß dem Staat und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn die Provinz beharrt auf dem jetzigen Wege, es nicht nur der Provinz, sondern auch Meinem ganzen Lande gelingen wird, wiederherzustellen die Achtung vor der Kirche, den Respekt vor dem Gesetz und den unbedingten Gehorsam gegen die Krone und deren Träger. Ich erhebe das Glas und trinke auf das Wohl und das Gedeihen der Provinz

Schlesien: sie lebe hoch! und nochmals hoch! und zum dritten Mal hoch!"

Am Abend des 17. September fand die Ankunft der beiden hohen Fürstlichen Gäste, des Kaisers Franz Joseph und des Königs Albert von Sachsen, auf dem Schlosse Rohnstock bei Striegau statt. General von Caprivi befand sich in der Begleitung des Kaisers; mit dem Kaiser von Österreich traf Graf Kalnoky ein. Während die Monarchen am 18., 19. und 20. September den Feld-Manövern folgten, konferierten die beiden Staatsmänner zusammen. Nach Schluß der Übungen am 19. September stattete Kaiser Wilhelm dem Kaiser Franz Joseph und dem König von Sachsen seinen Dank dafür ab, daß sie die Manöver durch ihre Gegenwart ausgezeichnet hätten, und drückte die Hoffnung aus, daß die preußische Armee unter seiner Führung ebenso tüchtig geblieben sei, wie sie unter Kaiser Wilhelm I. gewesen, wodurch die Bürgschaft für die fernere Festigkeit und Stärke der bestehenden Waffenbrüderschaft gegeben sei. Kaiser Franz Joseph dankte zugleich im Namen des Königs von Sachsen und erklärte, daß er stolz darauf sei, einen Bundesgenossen zu haben, der über solche Truppen verfüge. Nach Schluß der Manöver stattete Kaiser Wilhelm dem greisen Feldmarschall Moltke auf seinem Gut Kreisau in Schlesien einen Besuch ab und nahm bei ihm das Diner ein. Das Schloß, der Park und das Dorf erstrahlten abends im Glanze hellster Illumination, die Bevölkerung dankte dem Monarchen durch jubelnden Zuruf für den Besuch.

---

Am 1. Oktober trat die Verstärkung des Deutschen Heeres, wie sie durch die am 28. Juni angenommene Militärvorlage gesetzlich festgestellt worden war, in Kraft. Preußen bildete neu: die 68. Infanteriebrigade und das 145. Infanterieregiment in Metz, das Pionierbataillon 17 in Stettin, das Trainbataillon 10 in Metz (später Forbach), 17 in Danzig, 25 in Darmstadt, 17 Abteilungsstäbe der fahrenden, 6 der reitenden Artillerie, 53 fahrende Batterien, 1 Lehrabteilung und 1 (dritte) Lehrbatterie bei der Schießschule der Feldartillerie. Bayern zählte an Neubildungen: die Stäbe der 5. Division, der 5. Infanterie-, 5. Kavalleriebrigade, des 19. Infanterieregiments, des 5. Feld-Artillerieregiments, 1 Bataillonsstab der Infanterie, 2 fahrende Abteilungsstäbe, 1 reitende desgl., 8 fahrende Batterien,

2 Trainkompagnien; Sachsen 2 fahrende Abteilungsstäbe, 7 fahrende Batterien; Württemberg 1 fahrenden Abteilungsstab, 2 fahrende Batterien. An Truppenteilen zählte das gesamte deutsche Heer: 519 Infanteriebataillone, 19 Jägerbataillone, 1 Lehrbataillon, 465 Eskadrons, 387 fahrende, 47 reitende Batterien, 3 Lehrbataillone, 31 Fuß-Artilleriebataillone, 2 Lehrkompagnien, 20 Pionierbataillone mit 83 Kompagnien, 5 Eisenbahnbataillone mit 18 Kompagnien, 2 Luftschifferabteilungen, 21 Trainbataillone mit 63 Kompagnien. — Die Friedenspräsenzstärke betrug vom 1. Oktober 1890 ab bis 31. März 1894 486,983 Mann.

---

Zu einem nationalen Festtage, demjenigen zu vergleichen, den Fürst Bismarck 5 Jahre vorher begangen hatte, gestaltete sich die Feier des 90. Geburtstages des General-Feldmarschalls Grafen Moltke, am 26. Oktober 1890. Umbraust von dem Jubel der ganzen deutschen Nation, in huldvollster Weise ausgezeichnet durch den Kaiser und die vornehmsten deutschen Fürsten, bewundert und anerkannt von den Zeitgenossen, so erlebte General-Feldmarschall Graf von Moltke denselben unter äußeren Ehren, wie sie sonst nur einem souveränen Herrscher zu teil werden.

Selten wohl vereinigten sich zu einer Feier in so harmonischem Einklang wie hier alle Schichten der Bevölkerung und alle Klassen der Gesellschaft, um dem Manne zu huldigen, in welchem die lebende Mitwelt nicht nur den ruhmgekrönten Feldherrn, sondern auch den begeisterten Patrioten und den mit allen Tugenden edelsten Menschentums geschmückten Bürger schätzt. Alles, was pietätvolle Verehrung und zarte, sinnige Aufmerksamkeit nur erdenken konnte, um dem gefeierten Helden in äußeren Beweisen die Empfindungen treuer Anhänglichkeit und Ehrerbietung zu bethätigen, war einmütig unter der Fahne versammelt, die der Name Moltke für unser Vaterland darstellt, und wetteiferte, um dem Geburtsfeste das Gepräge einer denkwürdigen Kundgebung zu verleihen.

Der oberste Kriegsherr suchte seinen Getreuen an der Stätte seiner stillen Wirksamkeit, seiner Vorarbeit für Krieg und Sieg, im Generalstabsgebäude auf. Daselbst hatten sich auch die Feldmarschälle, die Armee-Inspekteure, die kommandierenden Generale sämtlicher deutscher Armeekorps eingefunden. Die ruhmreichen Fahnen und Standarten der preußischen Garde waren nach der Wohnung des

Jubilars gebracht worden, darunter auch die Feldzeichen des Regiments, das den Namen des tapferen Verteidigers von Kolberg, des Vorgängers und geistigen Wahlverwandten Moltke's, des General-Feldmarschalls Grafen von Gneisenau, trägt.

Der Kaiser schritt an ihnen vorüber und trat dann in den Saal, wo er die Fürsten und die Versammlung begrüßte. Die Fahnen und die Standarten erhielten ihre Aufstellung zu beiden Seiten des in hellem Lichterglanz prangenden Saals. Der Generalstabschef der Armee, Graf Waldersee, und der General v. Wittich begaben sich in die Privatgemächer des General-Feldmarschalls und führten den Jubilar vor den Kaiser und die diesen umgebende Versammlung. Kaiser Wilhelm schritt dem Jubilar bis an die Thür entgegen und führte ihn vor die Mitte der im Halbkreise geordneten Generalität, hinter welcher die Fahnen und Standarten aufgestellt waren. Fürwahr ein imposantes Bild! Der greise Herrführer zur Rechten seines jugendlichen Kaisers, vor der Corona deutscher Fürsten und der Generale, die zumeist seine Schüler gewesen und berufen sind, das Samenkorn zu pflegen und zu hüten, welches ihr großer Meister gepflegt und überliefert hat. Dann ergriff der Monarch das Wort zu einer Danksagung an den Gefeierten für die dem Vaterland geleisteten Dienste, in der zugleich das Gelübde lag, das Errungene festzuhalten. Gleichzeitig übergab er dem ehrwürdigen Paladin den Feldmarschallstab, dessen Schaft auf himmelblauem Sammet vier Reihen kleiner goldener Kronen und Adler enthält, an einem Ende den Kaiserlichen Namenszug in Brillanten, umgeben von einem Kranz von Rubinen, am andern Ende den Reichsadler auf weißem Emaillegrunde. Der Beglückwünschung durch den Kaiser folgte die des jugendlichen Thronfolgers, der, ebenso wie sein jüngerer Bruder, im Matrosenanzuge erschienen war. Daran schloß sich die Reihe der Fürstlichkeiten, der Großwürdenträger des Heeres und des Staatsdienstes, der verschiedenen Abordnungen und zahlreicher Freunde und Verehrer des General-Feldmarschalls, die gekommen waren, um dem Jubilar ihre Glückwünsche darzubringen.

---

Am 10. Oktober erschien der Allerhöchste Erlaß, betreffend die Errichtung eines Kolonialrates als eines sachverständigen Beirates für koloniale Angelegenheiten.

Der Kolonialrat sollte ein sachverständiger Beirat der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes sein, er sollte sein Gutachten über die ihm von genannter amtlicher Stelle überwiesenen Angelegenheiten abgeben und befugt sein, über selbständige Anträge seiner Mitglieder Beschluß zu fassen, solche der Beachtung der amtlichen Kolonialinstanz zu empfehlen. Hieraus ergab sich, daß dem Kolonialrate für die Sphäre seiner Wirksamkeit eine ähnliche Kompetenz zugedacht war, wie dem Volkswirtschaftsrate für die gesamten wirtschaftlichen Gebiete und dem Staatsrate für alle das Staatswesen betreffenden Fragen.

Darnach sollte es Sache des Kolonialrates sein, die koloniale Thätigkeit, welche bisher aktiv meist amtlich, theoretisch meist von weder amtlich noch privatim interessierten Personen betrieben wurde, dergestalt in das Praktische hinüberzuleiten, daß nunmehr auch die weiteren Kreise der Nation mehr und mehr aktiv daran teilnehmen. Man hatte bisher das Schauspiel vor Augen, an der Erörterung kolonialer Fragen im Volke einerseits Kolonialschwärmer, andererseits Kolonialgegner fast ausschließlich Anteil haben zu sehen; Aufgabe des Kolonialrates war es, dafür zu sorgen, daß nunmehr die Praktiker nicht nur zum Worte kamen, sondern sowohl die Diskussion als auch die Thaten beherrschten.

König Leopold II. von Belgien stattete in den letzten Tagen des Oktober dem Kaiserhofe einen kurzen Besuch ab, welcher durchaus den Charakter einer Familienvereinigung trug. Der hohe Gast, dem ein großer militärischer Empfang in Potsdam zu Teil wurde, nahm auch im dortigen Stadtschlosse Wohnung, und kam von dort einige Male nach Berlin. Zu Ehren des Königs fanden in Potsdam mehrere Gala-Diners, ein Zapfenstreich sämtlicher Musikkorps der Garde vor dem Neuen Palais und eine Gefechtsübung der Infanterie statt, bei welcher der fremde Monarch seine ganz besondere Aufmerksamkeit dem neuen Gewehr zuwendete. Ebenso nahm König Leopold Gelegenheit, mit den Leitern der Kolonialpolitik im Auswärtigen Amt und dem Reichskommissar für Ostafrika, Major v. Wißmann und Dr. Peters, über afrikanische Fragen zu konferieren.

---

Dem Bundesrat ging in jenen Tagen der Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung von Helgoland mit dem Deutschen Reich, zu.

In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß es keinem Bedenken unterliege, die Vereinigung Helgolands mit dem Reiche ohne

gleichzeitige Inkraftsetzung der Reichsverfassung herbeizuführen; zur Einverleibung in den preußischen Staat bedürfe es eines preußischen Landesgesetzes. An Zöllen werden nur solche auf Wein, Bier, Spiritus und Petroleum erhoben. Es empfehle sich, die Insel zunächst außerhalb der gemeinschaftlichen deutschen Zollgrenze zu belassen.

---

In den ersten Tagen des November kehrte General Caprivi von einer an die Süddeutschen Fürstenhöfe und nach Oberitalien unternommenen Reise nach der Hauptstadt zurück. In Mailand traf derselbe mit dem italienischen Ministerpräsidenten Herrn Crispi zusammen und hatte wiederholt Unterredungen mit demselben; ebenso erhielt der Kanzler eine Einladung zu König Humbert nach Monza, woselbst ihm zu Ehren ein Gala-Diner stattfand. Bei dieser Gelegenheit verlieh der König dem General von Caprivi die höchste Auszeichnung des Hauses Savoyen, den Annunziatenorden.

Auch die Bevölkerung Mailands, ebenso wie die deutsche Kolonie daselbst, bereitete dem deutschen Reichskanzler einen teilnahmvoll-ehrerbietigen Empfang. Beim Empfange der deutschen Kolonie in Mailand soll General Caprivi geäußert haben: „Meine Reise nach Italien ist nichts anderes, als ein Akt der Höflichkeit, und ich begreife nicht, weshalb die Presse sich so sehr damit befaßt. Glauben Sie mir, dank der allgemeinen europäischen Politik, war die Lage niemals so absolut friedlich, wie im gegenwärtigen Augenblick!" Gelegentlich seines Empfanges in München erhielt der General nach der Audienz vom Prinz-Regenten von Bayern den St. Hubertus-Orden.

Am 10. November beging der Präsident des Reichsgerichts und frühere langjährige Präsident des Reichstages, Dr. von Simson, seinen 80jährigen Geburtstag.

---

Zu ungewöhnlich frühem Termine fand in diesem Jahre die Einberufung des Preußischen Landtages statt. Die Thronrede zur Eröffnung desselben verkündete als einen Anlaß dafür die Notwendigkeit einer eingehenden Beratung wichtiger Gesetzentwürfe auf dem Gebiet der Finanz, Schul- und Gemeindeverwaltung. Die neuen Vorlagen umfaßten: 1. den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes, 2. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes, 3. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die

öffentliche Volksschule, 4. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 14. Mai 1885, betreffend Überweisung von Beträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände, und 5. den Entwurf einer Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie.

Indem das Staatsministerium diese Entwürfe dem Landtage vorlegte, war es sich der Anforderungen, die es an den steigenden Fleiß beider Häuser des Landtags stellte, wohl bewußt.

Es lag die Frage nahe, ob eine so gehäufte Arbeit auf einmal den Häusern vorzulegen, geraten, oder vermeidlich war. Nach reiflicher Erwägung hatte die Staatsregierung die Überzeugung gewonnen, daß ein späterer Termin für die Vorlage nicht wohl gewählt werden könne.

Es war im Laufe der Entwicklung der Dinge gelegen, daß nach der Gründung des Deutschen Reiches arbeitsvolle Jahre das Interesse aller politischen Männer und politischen Körperschaften vor Allem den Ausbau und die Entwicklung des Reiches in Anspruch nahmen. Als das einigermaßen geschehen war, trat das Reich in die großen Socialreformen ein, und wiederum konzentrierten sich Kräfte und Interesse auf das Reich und auf dessen gesetzgeberische Körperschaft.

---

Am 4. Dezember trat auf Anregung des Kaisers eine Kommission zusammen, der die Aufgabe gestellt war, die Umgestaltung der Schule und des gesamten Bildungs- und Unterrichtswesens in einer den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Weise durch die Vertiefung des Lehrstoffes auf ein höheres Niveau zu heben.

Der Kaiser eröffnete die Sitzungen dieser Kommission, welcher der Kultusminister von Goßler präsidierte, mit einer längeren Rede, die darauf hinzielte, dem Gesichtspunkt Geltung zu verschaffen, es sei die Schulbildung der Gymnasien fruchtbarer zu machen für die Geistes- und Charakterbildung, wie für die gesundheitliche Entwicklung der Schüler und die dadurch bedingte Herabsetzung des Lernstoffes, insbesondere der Grammatik, wodurch die Gymnasien statt ihres philologischen, wieder mehr einen erziehlichen Charakter erhalten sollten. Der Kaiser wohnte allen Sitzungen der Konferenz vom Anfang bis zum Schluß bei, und folgte den Verhandlungen, die besonders die Erörterung des Gymnasial- und des Realschul-Lehrprogramms betrafen, mit reger

Aufmerksamkeit Aus den Äußerungen und Meinungskundgebungen des Monarchen, die wiederholt erfolgten, erhellte, wie es das letzte Ziel der Kaiserlichen Reformpläne sei, die Jugend geistig und leiblich zu mannhafter Gesundheit zu entwickeln, sie ohne Überladung mit unfruchtbarem Wissen tauglich zu machen zum Kampfe um das Dasein und empfänglich für die Gedanken, auf denen die modernen Institutionen, auf denen Staat und Gesellschaft beruhen. Da die Schule leider in dieser Richtung die Mission nicht mehr erfüllt habe, sondern sich darauf beschränke, die Gymnastik des Geistes als Selbstzweck zu behandeln, so sei es an der Zeit, daß an die Reform geschritten werde im Sinne der veränderten staatlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse. In dieser Richtung lagen auch die Ergebnisse der Konferenz, die in fruchtbarster Weise die Aufgabe löste, den Boden für die Reform der Schule vorzubereiten. Dem Kultusminister von Goßler überreichte der Monarch zum Zeichen seiner besonderen Anerkennung und Gewogenheit sein Bild. Berichtet ward, daß das Bild die eigenhändige Unterschrift des Kaisers trug: „Sic volo, sic jubeo."

---

Bald nach Zusammentritt des Reichstages fand am 24. November ein größeres parlamentarisches Diner bei dem Reichskanzler statt, zu dessen Gästen auch Windthorst gehörte. Der Kaiser, welcher ebenfalls zu demselben erschien, ließ sich den langjährigen Führer des Centrums bei dieser Gelegenheit vorstellen und hatte eine längere Unterhaltung mit ihm. Der Monarch berührte verschiedene Themata in der Konversation und tadelte es, daß die Provinzialsynode seine ihm als Landesherrn zustehenden Befugnisse schmälern und in dieselben eingreifen wolle. Bei dieser Gelegenheit definierte der Kaiser den Unterschied, der in der Art zu folgern zwischen der älteren und der jüngeren Generation bestehe, dahin, daß er sagte, die älteren Leute sprechen Ja — aber, die jüngeren dagegen sagen Ja — also, — und auf den Finanzminister Miquel hinweisend, bemerkte er: Der sagt auch Ja — also.

---

Mit lebhaftem Interesse war der Kaiser den wissenschaftlichen Entdeckungen gefolgt, die Professor Robert Koch auf dem internationalen medizinischen Kongreß im August, vielleicht etwas zu frühzeitig, der Gelehrtenversammlung verkündete.

Die jüngste Frucht der Forscherthätigkeit Koch's war bekanntlich damals die Entdeckung des Tuberkelbacillus.

Von jeher hatten die Ärzte sich bemüht, das Wesen der Schwindsucht, dieser verheerendsten aller Volksseuchen, aufzudecken, um mit der Kenntnis desselben die Mittel und Wege zu finden, heilend und vorbeugend gegen sie vorzugehen. Professor Koch's Forscherfleiß und Forscheringenium war es vorbehalten, diese erste Etappe auf dem Wege, welcher zu seiner bewunderten Entdeckung geführt hat, zurückzulegen.

Der Kaiser, der es als eine besondere Gunst der Vorsehung pries, daß unter seiner Regierung und im Deutschen Reich der Welt diese Wohlthat erwiesen worden sei, ließ sich vom Kultusminister von Goßler öfters über den Stand der Sache Bericht erstatten, empfing auch den Professor Koch in längerer Audienz, nahm von ihm einen ausführlichen Vortrag entgegen über die neue Entdeckung, und überreichte ihm persönlich das Großkreuz des Roten Adlerordens (des höchsten preußischen Ordens nach dem Schwarzen Adlerorden).

---

Am Mittwoch, den 17. Dezember, abends bald nach 8 Uhr, wurde dem hohen Kaiserpaar ein Sohn geboren, welcher das sechste Reis in dem anmutigen Blütenkranze der Zukunft des Vaterlandes bildet. Die Ersten, welche von dem freudigen Ereignis Kenntnis erhielten, waren die Besucher der Opernhaus-Vorstellung jenes Abends, an dem der „Tannhäuser" von R. Wagner in der neuen Ausstattung zur Aufführung gelangte. Der Monarch hatte dem Anfang der Vorstellung beigewohnt, war aber während des ersten Aktes abgerufen worden. Nach Schluß des zweiten Aktes wurde dem Publikum von der Bühne aus die erfreuende Mitteilung, daß Se. Majestät dem Publikum sagen ließe, etwa 10 Minuten nach 8 Uhr sei ihm ein Prinz geboren worden. Hingerissen von dem Eindruck dieser Benachrichtigung, erhob sich das Publikum, brach in stürmische Hochrufe aus und verlangte nach der Volkshymne, welche alsbald vom Orchester angestimmt und von dem Auditorium stehend mitgesungen wurde. Jedem Teilnehmer blieb diese Szene unvergeßlich, diese erste Kundgebung einer freudigen Teilnahme, deren Echo in dem ganzen weiten Vaterlande einen Wiederhall fand.

---

# Das Jahr 1891.

Den am 13. Januar wieder zusammengetretenen Reichstag beschäftigte auch diesmal besonders der Militäretat, sowie die Etats der Marine und der Kolonien. Aber es handelte sich diesmal im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren nur um die Schaffung von 170 Stellen für Stabsoffiziere und um Dienstprämien für Unteroffiziere. Dennoch zogen sich die betreffenden Beratungen infolge der ablehnenden Haltung der Freisinnigen und der Socialdemokratie in die Länge. Die einmütige Haltung der anderen Parteien, welche sich im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres für die Regierungsvorlage aussprachen, führte auch zuletzt zur Annahme derselben mit geringen Modifikationen. Außerdem standen das Arbeiterschutzgesetz, die Kolonialpolitik, die neuen Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien, Rumänien zur Diskussion. —

Mitten in die aufgeregte Debatte über den Schutz der deutschen Interessen im Auslande und des deutschen Handels in überseeischen Ländern fiel der Tod eines der hervorragendsten Parteiführer, des Abgeordneten Dr. Windthorst, der am 14. März einer Lungenentzündung im 80. Lebensjahr erlag.

Der Kaiser, der während der Krankheit die liebenswürdigste Anteilnahme an dem Zustand des Heimgegangenen kund gab und selbst bei demselben im Wagen vorfuhr, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen, sandte alsbald nach dem Tode kostbare Blumenspenden für den Sarg, und bethätigte ebenso ein sehr reges Interesse für die Anordnung der Trauerfeierlichkeiten. — Nachdem die Leiche am Abend des nächsten Tages nach der St. Hedwigkirche überführt worden war, blieb sie dort einen Tag über en parade öffentlich ausgestellt. — Am Dienstag, 17. März, fand darauf in feierlicher Weise ein Trauergottesdienst für den Verschiedenen statt.

In der Sitzung des Reichstags, die am Todestage stattfand, eröffnete der Präsident die Verhandlungen mit folgenden Worten, die der Erinnerung an den Verstorbenen gewidmet waren:

„Wir stehen alle tief bewegt unter dem Eindruck einer Trauerbotschaft: der Abgeordnete Dr. Windthorst, welcher noch am vergangenen Montag unter uns weilte, und am letzten Sonnabend noch mit der

bekannten Lebendigkeit sich an unseren Verhandlungen beteiligte, ist heute früh 8¼ Uhr nach kurzer Krankheit in seinem 80. Lebensjahre aus dieser Zeitlichkeit abberufen worden. Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches von Anfang an, seit fast fünfundzwanzig Jahren hat Dr. Windthorst durch seine ungewöhnliche Geistesschärfe, seine Arbeitskraft, seine Gewandtheit, durch seine Gabe, sich persönlichen Einfluß zu verschaffen und ihn zu üben, durch seinen weiten Blick den Weltruf eines Politikers und Parlamentariers und unter uns eine Stellung von eminenter Bedeutung sich erworben. Wenn er — und das geschah bei jeder wichtigen Gelegenheit — das Wort ergriff, so waren wir auf allen Seiten dieses Hauses gewohnt, seiner Rede zu lauschen. In und außerhalb des Hauses wurde auf seine Meinung über schwebende Fragen großes Gewicht gelegt, und gar oft ist sein Wort schwer in die Wagschale gefallen. — Auch im persönlichen Verkehr verstand es der Heimgegangene, durch Liebenswürdigkeit, Humor und Frische Alt und Jung an sich zu fesseln, und ich persönlich habe für manchen Beweis seiner freundlichen Gesinnung ihm herzlich zu danken. Kaum jemand im Reichstage würde rechts und links und in der Mitte so vermißt werden, wie diese verehrte „kleine Excellenz". Sein Leben ist köstlich gewesen, denn es ist Mühe und Arbeit gewesen von Jugend auf bis ins späteste Greisenalter, und arbeitend ist er gestorben! — Sie haben, meine Herren, zu Ehren des Heimgegangenen sich erhoben. Er ruhe in Frieden!

---

Zu demselben Zeitpunkt, wo Windthorst aus dem Leben schied, trat der langjährige, durch seine erfolgreiche Thätigkeit auf kirchenpolitischem Felde und im Bereich des Unterrichts- und Schulwesens rühmlich bewährte Kultusminister von Goßler aus dem Amt, und ward durch Graf von Zedlitz-Trützschler ersetzt. —

Am 18. März erhielt eine Deputation des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen Zutritt bei dem Kaiser. Dieselbe erschien, um eine Milderung des Paßzwanges zu erbitten, welcher infolge der unhöflichen Kundgebungen gegen die Kaiserin Friedrich in Paris, und der Rachedrohungen und Aufhetzungen in der Presse, sowie der Agitationen von Deroulede und Genossen für alle aus Frankreich kommenden Reisenden an der deutsch-französischen Grenze wieder verschärft worden war. Die Deputation wurde geführt vom Präsidenten

Dr. Schlumberger. Der Kaiser empfing die Herren der Abordnung sehr höflich, lehnte es aber entschieden ab, ihre Wünsche zu erfüllen. Er bemerkte dabei, daß er hoffe, in nicht ferner Zeit würden die Verhältnisse es gestatten, im Verkehr an der Westgrenze Erleichterungen eintreten zu lassen. Diese Hoffnung würde um so früher in Erfüllung gehen, je mehr sich die elsässisch-lothringische Bevölkerung von der Unlösbarkeit der Bande überzeugte, welche sie mit Deutschland verknüpften.

---

Der Prinz-Regent von Bayern beging unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung des Landes am 12. März seinen 70. Geburtstag.

In der Rede, welche Prinz Ludwig bei dem Festbankett hielt, hob derselbe hervor, wie die 700jährige Geschichte der Wittelsbacher die gegenseitige Anhänglichkeit des bayerischen Volkes und der aus demselben hervorgegangenen Dynastie zeige. Der Prinz-Regent sei bestrebt, das wolle er vor allem hervorheben, das Wohl des ganzen Volkes nach allen Seiten hin zu fördern und dem Volke den inneren Frieden, der in der letzten Zeit gestört gewesen, wiederzugeben. Der Grundgedanke des Prinz-Regenten sei: „Jedem das Seine!"

Serenade und Fackelzug beschlossen den Festtag. Punkt halb 8 Uhr nahmen die Sänger Aufstellung vor dem Königsbau, dessen obere Gemächer hell erleuchtet waren. Nach Absingung der beiden Chöre bestieg Herr Obergeometer Loën das Dirigentenpult und brachte mit einer Ansprache das Hoch aus. Der Prinz-Regent, welcher, am offenen Fenster stehend, die Serenade entgegengenommen hatte, sprach mit kurzen Worten seinen „herzlichen Dank für die schöne, erhebende Ovation" aus. Hierauf zogen die Sänger unter den Klängen des Luitpold-Marsches und den immer aufs neue wieder ertönenden Hochrufen der Volksmenge, zu ihrem Sammelplatze am Königlichen Marstall zurück. Der Kaiser übersandte dem Prinz-Regenten Luitpold zu dessen 70. Geburtstage folgendes Telegramm:

„Unter den Beweisen der Verehrung und Liebe des gesamten bayerischen Volkes feierst Du heute den siebzigsten Geburtstag. Empfange zu diesem seltenen Feste Meine aus vollem Herzen kommenden Glückwünsche und laß Mich dabei aussprechen, wie froh und dankbar Ich es anerkenne, daß mit Deiner treuen Mitwirkung die Bande, welche Uns und Unsere Häuser und Regierungen verknüpfen, zum

Heile des gemeinsamen Vaterlandes sich nur immer fester und inniger gestaltet haben. Möge die Liebe Deines Volkes und die Anerkennung der deutschen Bundesfürsten Dir auch im kommenden Leben eine feste Stütze in Deinen schwierigen Regentenpflichten sein! Die Kaiserin schließt sich Meinen Glück- und Segenswünschen von ganzem Herzen an. Wilhelm."

Auf diese Glückwünsche übersandte der Prinz-Regent folgendes Antworttelegramm:

„Tiefgerührt durch Deine so herzlichen und treuen Glück- und Segenswünsche zu Meinem Jubelfeste drängt es Mich, Dir Meinen innigsten Dank auszusprechen. Mit besonderer Freude erfüllt Mich Deine so warme Anerkennung der festen Bande, welche Uns, Unsere Häuser und Regierungen verbinden. Der Kaiserin küsse Ich dankend die Hände. Luitpold."

Unter den vielen Kundgebungen bei dem Geburtstag ist noch eines Dankschreibens zu gedenken, welches der Regent dem Minister von Crailsheim überreichte und in welchem es heißt, er nehme mit Befriedigung wahr, daß dem Ministerium, gemäß seiner landesväterlichen Absichten, die Wahrung aller ideellen und materiellen Interessen des bayerischen Volkes am Herzen liege. An den Aufgaben des Reiches nehme Bayern mit aufrichtiger Bundestreue stets den regsten Anteil. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten seien fest begründet. Im Lande mehre sich der innere Frieden. Was zur Ausgleichung der socialen Gegensätze geschehen könne, werde vom Staate gern vorgekehrt und unterstützt. Die Kirche walte, von der Verfassung geschützt, ihres heiligen Amtes. Die Parität werde gewahrt. Die Wissenschaft, die Kunst, die Rechtsprechung, das Verkehrswesen, die Landwirtschaft, die Industrie, das Handwerk, das Kunsthandwerk, die finanzielle Lage, das Heer seien in befriedigendstem Zustande und in steter Weiterentwicklung.

---

Frühzeitig im Jahre begann der Kaiser diesmal seine Reisen, um die einzelnen Landesteile der preußischen Monarchie und des Reiches kennen zu lernen. Nachdem er Hannover und Kiel kurze Besuche abgestattet, nahm er auch Gelegenheit, die Stadt Lübeck zu berühren. Bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett erwiderte er dem Bürgermeister, indem er in courtoisievoller Weise die warm

nationale Gesinnung dieser Hansestadt und ihre Rolle in der geschichtlichen Entwicklung der freien Städte hervorhob:

. . . . . .

„Die Anknüpfung der weitgehendsten Verkehrsverbindungen durch die berühmten Lübecker Faktoreien erschloß unseren deutschen Erzeugnissen Verkehrswege nach allen Gegenden der Welt; gefürchtet war seine Flotte, welche mit ihren tapferen Mannschaften des Meeres Räuber niederkämpfte und dem Handelsschiffe den Weg zum sicheren Port eröffnete. Sein Stadtrecht hatte weithin einen so bedeutenden Ruf, daß manche deutsche Stadt Kaiser und Landesherrn bat, mit dem Lübecker Stadtrecht beliehen zu werden. Ein äußeres Zeichen seiner Reichstreue gab Lübeck durch die Annahme des Reichsadler in seinem Stadtwappen kund.

Auch in geistiger Beziehung stand Lübeck auf der Höhe der damaligen Zeit, denn es war im Norden Deutschlands der Hauptsitz und das feste Bollwerk der Reformation. Die treue vaterländische Gesinnung, welche Lübecks Bürgerschaft zu allen Zeiten auszeichnete und von ihr ehedem im alten Reich bethätigt worden ist, sie hat auch später zum festen Anschluß an Preußen und gegenwärtig an das neue Deutsche Reich geführt.

Mein Glas gilt der erinnerungsreichen, ehrwürdigen Hansestadt Lübeck, seiner treuen kerndeutschen Bürgerschaft, seinem Senat und seinem Haupte, dem präsidierenden Bürgermeister: Sie leben hoch! hoch! hoch!"

---

Nach dem Beispiel Kaiser Wilhelm I. wählte der Herrscher einen historischen Gedenktag zur Weihe der Fahnen der ersten unter seiner Regierung neu errichteten Truppenteile, und zwar verlegte er die Feier auf den 18. April, dem Tage der Erstürmung der Düppeler Schanzen im Jahre 1864. — Mit weithin schallender Sprache richtete er an die mit Fahnen zu beleihenden, im Lustgarten aufgestellten Truppenteile eine kurze Anrede, nachdem Nagelung und Einsegnung im Königlichen Schlosse vorangegangen waren. Kernig und charakteristisch war der Toast des hohen Herrn bei dem militärischen Diner, das am Abend aus Anlaß der Feier im Schlosse stattfand.

Pro gloria et patria! Diese Überschrift möchte ich dem heutigen Tage geben; er ist ein Tag vaterländischen Gedenkens. Am 18. April 1417 wurde Kurfürst Friedrich der Erste von Brandenburg mit der

Mark belehnt, vor 370 Jahren am 18. April 1521 sprach Luther auf dem Reichstage zu Worms die bedeutungsvollen Worte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!" und der schwere Gang, den er gethan, und seine Lehre wurde gerade für Preußen von großer Tragweite. Am 18. April 1864 führte Prinz Friedrich Karl einen Teil der Truppen, die heute die hohe Auszeichnung erhalten haben, gegen einen tapferen Feind und entriß ihm seine Verschanzungen. Der 18. hat aber auch sonst noch seine große Rolle in der preußischen Geschichte gespielt, denn am 18. Januar hat sich der erste König von Preußen die Krone aufgesetzt, und gleichfalls am 18. Januar ist das neue Deutsche Reich entstanden. In allen entscheidenden Zeiten hat die Armee dazu beigetragen, den Ruhm und die Größe von König und Vaterland mit zu begründen. So rechnet Kaiser und Reich, König und Vaterland auch in aller Zukunft auf diese Stütze.

In diesem Sinne trinke Ich auf das Wohl der Armee, ganz besonders aber gilt den heute von Mir beliehenen Regimentern Mein Hoch! Hurra, hurra, hurra!

---

Dem militärischen Fest- und Gedenktage folgte wenige Tage später ein Tag tiefer Trauer für Heer und Volk. Sanft und schmerzlos verschied in den Abendstunden des 24. April der Mann, dessen Gestalt in antiker Größe aus unserer bewegten Zeit hervorragte, der eine Verkörperung der sittlichen Ideale des deutschen Heeres und des deutschen Volkes war, der Feldmarschall Graf Helmuth von Moltke.

Trauernd stand die Nation an der Bahre des viel verdienten, des hoch bewunderten Mannes, und brachte ihm aus vollem Herzen den Tribut der Ehrerbietung dar. Aber in das Gefühl der Trauer und der Wehmut mischte sich das Bewußtsein, daß Das, was Feldmarschall Graf Moltke erstrebt und errungen, und wofür er mit Einsetzung seiner letzten Kräfte gewirkt, von der Gesamtheit des Volkes als ein teures Vermächtnis bewahrt ward, an dem auch die Vergänglichkeit der Zeit nicht zu rütteln vermochte.

Und wenn die Klage der Trauer weithin durch das Land schallte, dann erhob sich vor aller Augen sein edles, ruhevolles Antlitz, und lenkte Denken und Empfinden auf den Mann, dem seine eigene Zeit die unvergänglichsten Ehrenkränze reichte, und dessen rein

menschliche Größe in der Hoheit des Charakters, in der Gottesfurcht und Milde des Wesens einen so leuchtenden Ausdruck fand.

Auf die sofort an den Kaiser nach Eisenach erstattete telegraphische Anzeige von dem Ableben des greisen Heerführers traf noch in der Nacht ein Telegramm des Kaisers ein, worin derselbe, tiefgebeugt von dem Verluste, der ihn und das Land betroffen, seinem Schmerze beredten Ausdruck gab mit den Worten: er habe in Moltke eine ganze Armee verloren.

Ein Teil der Generalität war schon in der Nacht im Generalstabsgebäude erschienen, um dem toten Strategen die letzte Ehre zu erweisen, in den Vormittagsstunden fand dann eine allgemeine Totenvisite statt, an der sich die Generalität, die Vertreter der ebenfalls noch in der Nacht telegraphisch benachrichtigten Prinzen des Königlichen Hauses und der deutschen Bundesfürsten, die Spitzen der Behörden und der Gesellschaft, Mitglieder der Diplomatie, Abgeordnete 2c. beteiligten. Zahllose Kranz- und Blumenspenden, sowie Telegramme legten bereits Zeugnis davon ab, wie tief und allgemein der Verlust unseres Moltke empfunden wurde.

* * *

Hellster Frühlingssonnenschein bestrahlte am Sonnabend den 25. April den vor dem Generalstabsgebäude weit sich ausdehnenden Königsplatz, während drinnen um den entschlafenen Feldherrn sich die düsteren Zeichen der Trauer ausbreiteten. Der Feldmarschall lag, bedeckt von einer weißen Atlasdecke, in seinem Bette, die Hände waren über die Decke gelegt und leicht gefaltet. Mit Thränen im Auge trat der Kaiser im Laufe des späteren Vormittags an das Sterbebett heran, während die übrigen Herrschaften im Arbeitszimmer zurückblieben. Nachdem der Kaiser einige Zeit in stillem Nachdenken verharrt hatte, legte er den Kranz auf das Bett nieder und wandte sich dann wieder den Herrschaften zu. Er gedachte der Größe des Verlustes und sprach der trauernden Familie sein Beileid in ergreifenden Worten aus. Erst nach einer Viertelstunde verabschiedete sich der Kaiser, und fuhr, von der Menge begrüßt, nach dem Schloß zurück. Die Kaiserin war bereits um 9½ Uhr früh im Sterbehause erschienen.

Beide Parlamente schlossen auf die Todesnachricht hin sogleich ihre Sitzungen, in tief bewegten Worten gaben die Präsidenten dem

Schmerz, den dieser so große Verlust in allen Kreisen der Nation hervorrufe, Ausdruck.

Wahrhaft Königliche Ehren waren es, die den Manen des Feldmarschalls Grafen von Moltke gezollt wurden. Die Trauerfeier im Generalstabsgebäude, die sich in jenen, dem Wesen des teueren Toten entsprechenden schlichten Formen hielt, empfing ihre hohe Weihe durch die Anwesenheit des Kaisers, seines Bundesgenossen, des Königs von Sachsen, und der hohen Fürsten und Paladine des Reiches; die Überführung nach dem Bahnhofe gestaltete sich zu einem glänzenden militärischen Schauspiel, würdig der unvergeßlichen Verdienste des Dahingeschiedenen.

Eine milde Frühlingssonne leuchtete über den im ersten Grün prangenden Königsplatz und spiegelte sich schillernd vom ehernen Metall der stolzen, flügelbeschwingten Siegesgöttin ab, deren Glanz strahlte, wie der Ruhm dessen, dem dieser ernste Tag galt. Schon in früher Stunde hatten die öffentlichen Gebäude zu Ehren des großen Toten Trauerschmuck angelegt. Auch vom Baugerüst des Reichstagsgebäudes wehte halbmast die deutsche Flagge. Den öffentlichen Gebäuden hatten sich viele Privathäuser angeschlossen, überall war man bemüht gewesen, der Teilnahme beredten Ausdruck zu geben.

---

In den politischen Kreisen von ganz Deutschland erregte die Wahl Bismarck's zum Reichstage im 19. Hannoverschen Wahlkreise großes Interesse. Am 30. April wurde diese Wahl entschieden, nachdem der Fürst siegreich aus einer Stichwahl hervorgegangen war. Dem Vertreter des Wahlkreises sagte der Fürst darauf zwar die Übernahme des Mandats zu, bat aber einstweilen um Urlaub, da der Reichstag nur noch kurze Zeit tage und keine den Wahlkreis besonders interessierende Frage zur Debatte kommen werde.

---

Das blühende gewerbreiche Rheinland ergriff die erste Anwesenheit des jugendlichen Herrschers in seiner Mitte, um durch den dem Landesherrn bereiteten, ebenso glänzenden wie festlichen Empfang zu bekunden, wie die Liebe zum Vaterlande sich nur in innigster Gemeinschaft mit der Zuneigung und Verehrung zu dem Herrscher entfaltet und bethätigt, in dessen Hand die Vorsehung das Geschick des preußischen und deutschen Volkes gelegt.

Gab für die monarchische Gesinnung und den patriotischen Sinn der Bewohner der Rheinprovinz jener begeisterte Empfang beredtes Zeugnis, welchen die großen Mittelpunkte der geistigen und materiellen Interessen jenes Landesteiles, die Städte Düsseldorf und Köln, ihrem Könige bereiteten, so trugen die Worte, mit denen der Kaiser seinem Danke Ausdruck gab, dazu bei, jenem Gefühle der Zusammengehörigkeit von Fürst und Volk die Festigkeit zu geben, welche zu den besten Traditionen des Hohenzollernstaates gehört.

Die Herzlichkeit der dem Kaiser am Rhein gewidmeten Begrüßung sprach schon aus jenen Worten, welche der Ober-Bürgermeister von Düsseldorf an den Monarchen richtete, als derselbe den am Cornelius-Denkmal errichteten Triumphbogen passierte, an welchem die städtischen Behörden Düsseldorfs und dessen Schuljugend dem Kaiser huldigten.

Noch wärmer klang es aus der längeren Rede, mit welcher der Herrscher die Begrüßungsansprache des Fürsten von Wied erwiderte, in welcher er zunächst seiner Studienjahre in Bonn, seines Großvaters und Vaters gedacht, und dann fortfuhr

. . . . . .

„Ich wollte nur, der europäische Friede läge in Meiner Hand, Ich würde jedenfalls dafür sorgen, daß er nie mehr gestört werde. Wie dem aber auch sei, Ich werde jedenfalls nichts unversucht lassen, und was an Mir liegt, dafür sorgen, daß er nicht gestört werde. Auch im Innern haben wir Manches durchleben müssen, und wir ringen uns allmählich zu festen Verhältnissen durch. Sie brauchen bloß auf die Gesetzesvorlagen zu blicken, welche gegenwärtig die Vertreter des preußischen und des deutschen Volkes beschäftigen, und welche, wie Ich zuversichtlich hoffe, einem baldigen Abschluß nahe sind, um volles Vertrauen zu gewinnen, daß die Wege, die Ich mit Meiner Regierung eingeschlagen habe, die richtigen sind. Ich darf auch Meinerseits von den Mir vorgezeichneten Wegen, die Ich mit Meinem Gewissen und vor Meinem Gott allein zu verantworten habe, nicht abweichen, und Ich werde nach wie vor nach bestem Gewissen wie für Mein ganzes Volk, so auch für die Rheinprovinz arbeiten."

. . . . . .

Den Glanzpunkt des Besuches in Düsseldorf bildete das Künstlerfest. Nach dem Festmahle im Ständehause begab sich Se. Majestät, der Einladung der Künstler entsprechend, nach der Tonhalle, um der

Aufführung des dort veranstalteten Festspiels beizuwohnen. Das Festspiel „Barbarossa", welches auf der Mysterienbühne gespielt wurde, zeigte im ersten Teil den Kaiser Barbarossa in Mainz, das Kaisertum proklamierend, im zweiten Teile Barbarossa im Kyffhäuser schlafend. Beide Teile waren durch eine Reihe von Bildern verbunden, welche den Niedergang des Mittelalters, die Bauernkriege und das Aufblühen des Hauses Hohenzollern bis zum Jahre 1870 vorführten. Da erwacht Barbarossa, spricht den Kaiser an und überreicht der Germania sein Schwert, die dasselbe in seinem Namen dem Kaiser darbietet. Der Gesamteindruck und insbesondere der Eindruck des Schlußbildes war ein überaus wirkungsvoller.

Nachdem der Kaiser am nächsten Tage eine Revue über die Garnison von Köln abgehalten, wurde von ihm eine Fahrt durch die neueren Stadtteile, dann durch das alte Köln gemacht. Ein Stück Mittelalter gewann hierbei neues Leben, denn das altertümliche Hahnenthor war armiert, wie zur Zeit seiner Erbauung, im 12. Jahrhundert, alle Festungsthore und Türme ausgestattet waren. Zwischen den beiden Haupttürmen war ein Wehrgang hergerichtet, aus dem einst die Bogenschützen schossen und das Eindringen in die Stadt durch Herabwerfen von Steinen und Herabgießen von heißem Öl abwehrten. Auf den Türmen selbst erblickte man zwei alte Wurfmaschinen, getreu den alten Originalen nachgebildet. Auf den Dächern zwischen den Zinnen hielten 20 kostümierte Landsknechte Wacht; auch das Fallgitter fehlte nicht. Unter dem Thore begrüßte den Kaiser eine mittelalterliche Schloßwache, ihr Anführer zu Pferde mit Harnisch und Lanze.

Bei der Tafel ergriff der Ober-Bürgermeister Becker das Wort zu einem an den Kaiser gerichteten Dank für sein Erscheinen.

Der Monarch antwortete darauf Nachstehendes:

„Mein verehrtester Ober-Bürgermeister! Nehmen Sie Meinen herzlichsten Dank entgegen für die Gesinnungen Ihrer Bürgerschaft, deren Ausdruck Ihre Rede gewesen ist, und für den Empfang, den Ich in dieser Stadt entgegenzunehmen die Genugthuung hatte. Es ist an Mir, zu danken, denn die Gesinnung der Treue, der Liebe, die aus vielen Hunderttausenden Herzen Mir heute entgegengeschlagen ist, hat Mich tief gerührt, ergriffen. Es ist die Fortführung der alten traditionellen Anhänglichkeit, die Sie schon erwähnten, deren Ausdruck Ich schon früher zu beobachten Gelegenheit hatte, als Meines verstorbenen Großvaters und Meines Vaters Majestät in diesen Mauern

von Ihnen mit demselben Enthusiasmus und derselben Pracht gefeiert wurden, und viele von Ihnen werden mit Mir noch der erhebenden Momente sich entsinnen, als von dieser Stelle Mein hochseliger Herr Vater begeisternde Worte an die Versammlung richtete. Dergleichen poetische Worte stehen Mir nicht so zur Verfügung, wie Meinem Herrn Vater, aber Meinen innigen und herzlichen Dank kann Ich auch in schlichten deutschen Worten Ihnen ausdrücken, und Ich bitte Sie, denselben der Bürgerschaft kenntlich zu machen. Eine der Überschriften über den Pforten hat Mir besondere Freude gewährt, es ist der einfache Satz: „Willkommen im alten Köln!" In den Worten, meine Ich, ist die gesamte Geschichte der Stadt Köln in klarer Schrift dargestellt."

. . . . . .

Der Besuch in Bonn gab Anlaß zur Belebung der alten Erinnerungen an die Studienzeit daselbst. Nachdem der Kaiser am Vormittag eine Besichtigung des Husarenregiments und der Infanterie vorgenommen, wohnte er abends dem Korps-Kommers der Borussen bei, und führte auf demselben das Präsidium. In seiner Antwort auf die an ihn gerichtete Ansprache dankte er für den Empfang und für den ihm dargebrachten Fackelzug, und hob die Bedeutung der Korps für das Leben eines jungen Mannes hervor.

„Wie im Mittelalter durch die Turniere der Mut und die Kraft gestählt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nötig ist und der bestehen wird, so lange es deutsche Universitäten giebt. Sie haben auch Meines Sohnes heute gedacht; dafür danke Ich Ihnen von Herzen. Ich hoffe, daß derselbe, wenn er soweit gediehen ist, bei dem hiesigen S. C. eintreten und dieselben freundlichen Gesinnungen wiederfinden wird, wie Ich sie hier gefunden habe. Und nun, Meine Herren, noch ein Wort, besonders an die Jüngeren, die im ersten Semester zum ersten Male sich anschicken, den Geist des Korps zu pflegen. Stählen Sie Ihren Mut und Ihre Disziplin in dem Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann. Ich hoffe, daß dereinst viele Beamte und Offiziere aus Ihrem Kreise hervorgehen. Wie viele bedeutende Herren haben wir hier unter uns sitzen, Gelehrte, Beamte, Offiziere und Kaufleute! Ich hoffe, daß der Geist der Einheit des Kösener S. C. im Bonner S. C. weiter leben wird, und daß dies auch an allen anderen Universitäten der Fall sein

möge. Und nun erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl des Bonner S. C. und der gesamten Korps. Sie leben hoch! hoch! hoch!"

Später richtete Se. Majestät das Wort an die alten Herren, welche das Fest durch ihr Erscheinen verschönert hätten, und kommandierte einen Salamander auf die alten Herren.

Wenn der Kaiser, so oft ein Lied beendet war, mit seiner schmetternden und doch so freundlich-wohlklingenden Stimme verkündete: „Silentium, Lied ex! Schmollis den Sängern!" — ein „Fiducit", wie es da durch die Räume brauste — das hatte noch kein Student vernommen in all' den Jahrhunderten, da es doch schon deutsche Studenten gab. Das lag aber daran, daß ein so herrlicher Mann in all' den Jahrhunderten ihnen ein solch herzhaftiges Schmollis nicht entboten.

Das Universitätsreiben, wie das Semesterreiben boten reiche Abwechslung. Die zaghafteren jüngeren Semester kamen mit ihrer Individualität wenig hervor; die älteren erwiesen sich wie immer selbstständiger. Auf den Kaiser oder Mitglieder des Kaiserhauses ausgebrachte Trinksprüche erwiderte der Kaiser stets mit herzlich munterm Prost. So wenn aufs „Präsidium", oder die Kaiserin, oder „den nächsten Fuchs aus dem Hohenzollernhause" (den Kronprinzen) getrunken wurde. Dafür, daß die Feier in diesem Teile nicht eintönig offiziell wurde, sorgten immer wieder einige Semester, die auf die Braut, oder die Gattin, oder die Ideale und alles mögliche Schöne zu trinken wußten. Das machte dem Kaiser besondere Freude, wie er denn auch die launige Rede des „alten Rat" über die Glatzen der alten Herren und auf die Füchse, als „die Hoffnung des Vaterlandes und die Freude der jungen Mädchen", mit lachender Fröhlichkeit anhörte.

Den Landesvater stach der Kaiser mit seinem erlauchten Schwager, dem Prinzen von Schaumburg-Lippe. Jeder Teilnehmer wird es als eine ganz besondere Weihe empfunden haben, daß er in Gegenwart und zugleich mit seinem Kaiser seinen Hut, als Zeichen der Ehre, auf den scharfen Schläger steckte und gelobte:

Ich durchbohr' den Hut und schwöre:
Halten will ich stets auf Ehre,
Stets ein braver Bursche sein.

Um der Gemeinde Godesberg, wo er als Student manche frohe Stunden verlebt hatte, eine dauernde Erinnerung an seine erste Rhein-

reise als Kaiser zu stiften, machte er ihr die schöne Ruine samt zugehörigem Grund und Boden, die bislang Königliches Eigentum waren, zum Geschenk.

Von Bonn begab sich der Kaiser zu einem kurzen Besuch am Großherzoglichen Hof nach Karlsruhe, und von dort zur Abhaltung von Jagden in der Nähe von Darmstadt, und kehrte dann nach dem neuen Palais bei Potsdam, der gegenwärtigen Residenz, zurück, wo ihn die Kaiserin mit den ältesten drei Prinzen empfing.

---

Bei einer Fahrt, welche der Kaiser in den letzten Tagen des Juni von Hamburg nach Helgoland machte, teilte er mit lebhafter Genugthuung dem Direktor Ballien der Packetfahrt mit, daß der Dreibund auf weitere sechs Jahre verlängert sei, eine Nachricht, die angesichts der zunehmenden Intimität zwischen Rußland und Frankreich, mit freudiger Zustimmung in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde.

Die deutsche Presse äußerte sich sehr befriedigt über die Erneuerung des Dreibundes, in gleichem Sinne lauteten die Äußerungen der ungarischen Presse, der italienischen und der englischen. In den Erklärungen des Unterstaatssekretärs Fergusson wurden drei wichtige Punkte mitgeteilt: daß die zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien erneuerten Verträge zunächst der englischen Regierung mitgeteilt wurden; daß zwischen der englischen und italienischen Regierung ein wiederholter Meinungsaustausch stattgefunden hatte, und daß es sich bei diesem Meinungsaustausch um die Erhaltung des status quo im Mittelmeer handelte, damit war das Verhältnis Englands zum Dreibund und zu Italien gehörig gekennzeichnet.

---

Am 1. Juli trat das Kaiserpaar die Reise zu den Vermählungsfestlichkeiten am Englischen Hofe an, und stattete bei dieser Gelegenheit der Königin-Regentin von Holland in Amsterdam einen Besuch ab.

In Begleitung des niederländischen Geschwaders, welches dem Kaiserpaar entgegen gefahren war, traf die Yacht „Hohenzollern" am Morgen des 1. Juli im Hafen von Amsterdam ein. Auf dem Aviso „Jagd" setzten die Majestäten die Fahrt nach Amsterdam fort. Der den Kaiserlichen Gästen bereitete Empfang war ein großartiger. An der Landungsbrücke wurden sie von beiden Königinnen begrüßt, mit denen sie nach dem Palais fuhren.

Bei der Gala-Tafel brachte die Königin Emma folgenden Toast in französischer Sprache auf das Kaiserpaar aus:

„Es drängt Mich von Herzen, Euren Majestäten gleichzeitig im Namen Meiner Tochter für Allerhöchstihren Besuch zu danken. Die ganze Nation vereint sich mit Uns, Sie auf das Herzlichste in Unserer Mitte willkommen zu heißen. Gestatten Eure Majestäten Ihnen zu sagen, daß Ich die Anwesenheit Eurer Majestäten außerordentlich hochschätze, und zu versichern, daß das ganze Land eine hohe Befriedigung über dieselbe empfindet. Möge der Aufenthalt Eurer Majestäten in den Niederlanden dazu beitragen, die Bande immer enger zu knüpfen, welche schon seit so langer Zeit Unsere beiden Familien vereinigen, und möge er dazu beitragen, die freundschaftlichen und freundnachbarlichen Beziehungen, welche immer zwischen Unseren beiden Völkern bestanden, noch zu befestigen. Indem Ich den aufrichtigsten Wünschen für das Glück Eurer Majestäten und für das Wohlergehen Deutschlands Ausdruck gebe, trinke Ich auf die Gesundheit Sr. Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin."

Nach dem Toaste der Königin Emma auf das Wohl der Kaiserlichen Gäste und nach der Antwort des Kaisers erfolgte jedesmal ein Tusch des Musikkorps.

Am 3. Juli vormittags reiste das Kaiserpaar mit den beiden Königinnen von Amsterdam nach dem Haag ab. Bei der Fahrt nach dem Bahnhofe begrüßte die Volksmenge die Majestäten auf das herzlichste. Um $11\frac{1}{2}$ Uhr erfolgte die Ankunft im Haag. Die reichgeschmückte niederländische Residenzstadt bereitete dem Kaiserpaar eine nicht minder herzliche Aufnahme als Amsterdam. Nachmittags wurde von dem Kaiserpaar, den Königinnen und dem Fürsten zu Wied die Weiterreise nach Rotterdam angetreten. Nach einer Fahrt durch die Stadt begaben sich die Majestäten an Bord der Yacht „Hollenzollern", wo sie sich von den Königinnen verabschiedeten, um die Reise nach England fortzusetzen.

---

In England erwartete das Kaiserpaar eine Reihe glänzender Festlichkeiten, zu denen eine doppelte Hochzeitsfeier den Anlaß bot. Die Feier galt der Silberhochzeit des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein und seiner Gemahlin, und der Vermählung der Tochter des hohen Silberpaares mit dem Prinzen Aribert von Anhalt. Die erstere

fand am 5. Juli, die letztere am 6. Juli in der St. Georgskapelle des Windsorschlosses mit den üblichen Ceremonien statt. Es folgte dann noch ein größeres Bankett, der Einzug des Kaiserpaares in London, ein Gartenfest bei dem Prinzen von Wales, eine Gala-Oper im Conventgarden-Theater ꝛc. — Von der Londoner Presse wurde der Kaiser mit vieler Sympathie bewillkommet als der Enkel der Königin und als der erlauchte Schirmherr des europäischen Friedens. Die „Times" schrieb: „Der Deutsche Kaiser wird bald selbst fühlen, daß er nicht der Gast seiner Königlichen Großmutter, sondern der britischen Nation ist. Das neue Deutschland braucht keine Hilfe von irgend jemand; sollte aber die Stunde der Prüfung wieder erscheinen, wie sie auch für Mächtige und Stolze kommt, so giebt es kein Land, auf dessen Sympathien und Unterstützung Deutschland mehr zählen kann, als auf England."

Der bedeutsamste Tag des Londoner Aufenthalts war der 10. Juli, an welchem das Kaiserpaar die Guildhall besuchte und das Festmahl im reichgeschmückten gotischen Saal mitmachte. Der Empfang in der Guildhall war ein überaus prunkvoller. Am Portal, wo schon so manches gekrönte Haupt im Laufe der Jahrhunderte empfangen worden, stand der Lordmayor in seiner Amtstracht, purpurrotem Sammetmantel mit Hermelinkragen, in dem er sonst nur der Königin gegenübertritt, die schwere goldene Kette um den Hals, das Wappen der Stadt London in massivem Golde daran hängend, goldgesticktem Rock und riesigem Dreimaster. Er war umgeben von den Würdenträgern der City, den beiden Richtern, dem „Erinnerer", dem Schwertträger, dem Träger der „mace", dem $1\frac{1}{2}$ Meter langen Scepter aus massivem Golde, und dem Kammerherrn der City, alle in goldstrotzenden Gewändern. Weiterhin der Stadtschreiber, die Aldermen in ihren pelzverbrämten scharlachroten Mänteln, die Gemeinderäte in blauen Mänteln. Dahinter die Gäste, Herren und Damen, dicht gedrängt. Der Lordmayor, Mr. Savory, geleitete beide Majestäten nach dem Bibliothekzimmer, das als Empfangssalon hergerichtet war. Dort stand auf einem Tisch in einem blauen Sammetfutteral die dem Kaiser gewidmete Adresse. Die Citytrompeter bliesen eine Fanfare; das Kaiserpaar und die anderen hohen Gäste wurden zu den im Halbkreis aufgestellten Prunkstühlen geleitet und der Stadtschreiber begann seine Ansprache an den Kaiser, dem er mitteilte, daß die Cityväter in einem am 19. Juni abgehaltenen Rate beschlossen

hätten, Se. Majestät den Deutschen Kaiser einzuladen und demselben eine Willkommenadresse zu überreichen. Der Richter der City verlas alsdann die Adresse. Nunmehr öffnete der Lordmayor das blausammetne Futteral und entnahm demselben das goldene Kästchen, welches die Pergamentrolle mit dem Original der Adresse enthielt, und übergab beides dem Kaiserlichen Herrn. Das Stadthaupt Londons sagte dabei: „Ich habe nun die Ehre, Eurer Kaiserlichen Majestät die eben verlesene Adresse zu überreichen." Der Kaiser dankte mit folgenden Worten:

„Mylord, empfangen Sie Meinen herzlichsten Dank für das warme Willkommen, welches Mir seitens der Bürger dieser alten und edlen Metropole geworden. Ich bitte Eure Herrlichkeit denjenigen, in deren Namen Sie gesprochen, den Ausdruck Meiner Gesinnungen gütigst übermitteln zu wollen. In diesem reizenden Lande habe Ich Mich stets zu Hause gefühlt als Enkel einer Königin, deren Name stets in Erinnerung bleiben wird als ein edler Charakter und als eine Dame, die groß ist in Weisheit ihrer Ratschläge, und deren Regierung England dauernde Segnungen verliehen hat. Überdies läuft dasselbe Blut in den englischen und deutschen Adern. Dem Beispiele Meines Großvaters und unvergeßlichen Vaters folgend, werde Ich stets, soweit es in Meiner Macht steht, die historische Freundschaft zwischen diesen unseren beiden Nationen bewahren, welche, wie Eure Herrlichkeit erwähnte, man so oft nebeneinander gesehen zum Schutze der Freiheit und Gerechtigkeit. Ich fühle Mich in Meiner Aufgabe ermutigt, wenn Ich sehe, daß weise, fähige Männer, wie Sie, hier versammelt sind, dem Ernste und der Ehrlichkeit Meiner Absichten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Mein Ziel ist vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens; denn der Frieden allein kann das Vertrauen einflößen, welches zur gesunden Entwicklung der Wissenschaft, der Kunst und des Handels erforderlich ist. Nur so lange der Friede herrscht, steht es uns frei, ernste Gedanken den großen Problemen zu widmen, deren Lösung mit Billigkeit und Gerechtigkeit Ich als die hervorragendste Aufgabe unserer Zeiten betrachte. Sie dürfen sich daher versichert halten, daß Ich fortfahren werde, Mein Bestes zu thun, um die guten Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen zu erhalten und beständig zu stärken, und daß man Mich stets bereit finden wird, Mich mit Ihnen und denselben zu vereinen in einer gemeinsamen Arbeit für

den friedlichen Fortschritt, den freundschaftlichen Verkehr und die Förderung der Civilisation."

Der Kaiser schloß die Rede, die mit rauschendem Beifall aufgenommen wurde, mit einem Hoch auf den Lordmayor. Die Rede hatte den Beifall der englischen Blätter, welche den Kaiser als den Verbündeten aller Feinde des Krieges feierten und Frankreich den Rat gaben, den ihm verhaßten Dreibund dadurch zu beseitigen, daß es den Beweis dafür liefere, daß er überflüssig sei.

Wenn der Empfang, welcher dem Kaiser in der altehrwürdigen City von London, dem Mittelpunkt der britischen Metropole, bereitet wurde, an Großartigkeit und äußerer Prachtentfaltung fast ohne Gleichen dastand, so war als geschichtlich bedeutsame Thatsache doch noch mehr jene innige und herzliche Übereinstimmung hervorzuheben, welche in den Äußerungen unseres Kaisers und den aus dem Kern des englischen Bürgertums hervorgegangenen Kundgebungen so offen und unzweideutig zu Tage trat. Zu der Stammesverwandtschaft und althistorischen Freundschaft beider Nationen gesellte sich hochbedeutsam eine Gleichheit der Anschauungen und Bestrebungen bei dem Herrscher, in dessen Händen Deutschlands Geschicke ruhen, und bei dem arbeitstüchtigen, kernhaften Volke Großbritanniens. Die Erkenntnis des gemeinsamen Ideals staatlicher Thätigkeit war es vor Allem, die alle Gemüter wunderbar ergriff. „Wir haben", sagte der Lordmayor, „Ew. Majestät unermüdlichen Eifer in Allem, was die Wohlfahrt des Volkes fördern konnte, mit Bewunderung beobachtet." Und der Kaiser erwiderte: „Mein Ziel ist vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens; denn der Friede allein kann das Vertrauen einflößen, welches zur gesunden Entwicklung der Wissenschaft, Kunst und des Handels erforderlich ist. Nur so lange der Friede herrscht, steht es uns frei, ernste Gedanken den großen Problemen zu widmen, deren Lösung mit Billigkeit und Gerechtigkeit Ich als die hervorragendste Aufgabe unserer Zeiten betrachte." Wir wissen, mit welchem Ernst und welchem Eifer Regierung und Volk von England eben diesen großen Problemen ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben, und wie einmütig die unter dem Scepter Ihrer Majestät der Königin Victoria vereinigte Nation in dem Bestreben ist, die Grundlage einer gedeihlichen Entwicklung des Volkswohles, den allgemeinen Frieden zu erhalten.

Fürst Bismarck, der auch in diesem Jahre, dem Rate der Ärzte folgend, sich einer Kissinger Kur unterzogen hatte, war dort der Gegenstand einer lebhaften Ovation seitens der deutschen Studentenschaft. Dieselbe überreichte dem großen Staatsmanne einen schweren silbernen Humpen, in Erinnerung an die akademische Studienzeit desselben. Sehr bemerkenswert war die Antwort Bismarck's an die Vertreter der studierenden Jugend.

„Ich danke Ihnen, meine Herren", sagte er, „für den schönen Humpen, der nicht nur nach Arbeit und Wert in der Sammlung von Erinnerungsgegenständen, die ich besitze, einen hervorragenden Platz einnehmen wird, sondern mehr noch seinem Ursprunge nach, durch die Geber und die Andenken, die sich an die Überweisung knüpfen. Es hat diese Überweisung für mich eine historische Bedeutung. Wir gehören zwei verschiedenen geschichtlichen Generationen an, ich derjenigen Kaiser Wilhelm I., der kämpfenden, erwerbenden, erbauenden, die im Abscheiden begriffen ist. Ihnen, meine Herren, gehört die Zukunft, an deren politischer Gestaltung Sie in Amt und Würden, auf der Kanzel, im Parlament oder wenigstens als Wähler mitzuwirken berufen sind.

Die Aufgabe, die Sie, meine Herren, in der Zukunft zu lösen haben, ist, nachdem die unvermeidlichen Brüderkämpfe im Innern überstanden sind, im wesentlichen eine solche der Erhaltung. Wenn erhalten werden soll, so verstehe ich darunter, daß man verbessert, ausbaut. Was aber soll erhalten werden? Als nächsten Gegenstand Ihrer künftigen Fürsorge im Erhalten, möchte ich Ihnen die Reichsverfassung ans Herz legen. Die Kluft zwischen den Fraktionen zu überbrücken ist schwierig. Ich betrachte das ganze parlamentarische Fraktionswesen als eine Krankheit, deren Bestand auf dem strebsamen Ehrgeize der Führer beruht, mit dem sie als politische Condottiere ihre Aussichten bald nach oben, bald nach unten zu verbessern suchen. Bekämpfen Sie diese unglückliche Neigung zur itio in partes. Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Sie müssen sich daran gewöhnen, in jedem Deutschen zuerst den Landsmann, nicht den politischen Gegner zu sehen.

Diese Bitte richte ich an Sie, als an die Träger des nationalen Gedankens auf den deutschen Hochschulen, die den prometheischen Funken des Nationalgefühls auf die künftigen Geschlechter übertragen."

. . . . . .

Kaiser Wilhelm verließ am 2. September Berlin, um sich nach Österreich zur Teilnahme an den dortigen Manövern zu begeben und denselben an der Seite des Kaisers Franz Joseph beizuwohnen.

Der Besuch des Kaisers bei seinem hohen Verbündeten war an erster Stelle eine Erwiderung der im vorigen Jahre unserem Allerhöchsten Herrn und der ganzen Armee erwiesenen Ehre der Anwesenheit des österreichischen Monarchen bei den Manövern in Schlesien gewesen.

Aber noch einem anderen Zwecke diente unverkennbar die Teilnahme unseres Kaiserlichen Herrn an jenen Waffenübungen des österreichisch-ungarischen Heeres. In ernster Arbeit den Pflichten ihres Herrscherberufes nachkommend, durchdrungen von dem Streben, mit scharfem Auge darüber zu wachen, daß das Rüstzeug des Heeres seine Schärfe bewahre, und die Bürgschaft dafür biete, daß seine Verwendbarkeit an keiner Stelle in Frage steht, unterzogen sich die beiden Herrscher den Anstrengungen des Dienstes, um sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, ob die Truppen auf der Höhe der Anforderungen des Tages ständen.

Mit Interesse wurde in jenen Tagen eine Mitteilung des Londoner „Standard" aufgenommen, in welcher es hieß, daß nach den österreichischen Manövern an der Tafel der Erzherzog Albrecht die Frage aufgeworfen habe, ob es vom militärischen Gesichtspunkte aus weise sei, einem verdächtigen Feinde Zeit zur Erhöhung seiner Kraft zu lassen, ob es nicht viel besser sei, die Entscheidung herbeizuführen, ehe es dem Feinde möglich geworden, alle seine Vorbereitungen zu beendigen. Da sprach Kaiser Wilhelm: „Ich bin entschieden der Meinung, daß die ungeheure Verantwortung, welche der Krieg in unserer Zeit auferlegt, alle in der Militärwissenschaft angenommenen Theorien zu nichte machen muß. Ich würde einen Krieg nicht beginnen, wenn Ich wüßte, daß Ich, wenn Ich ihn aufschiebe, noch ein einziges Jahr, nein, einen einzigen Monat den Frieden sichern könnte; Ich würde auf den Sieg Meiner guten Sache bauen, auch wenn die Chancen auf beiden Seiten gleich wären, und Ich keinen Vorsprung auf der Meinigen hätte. Es ist viel gewonnen, wenn man einige Monate mehr Frieden hat."

---

Von den österreichischen Heeresübungen begab sich der Deutsche Kaiser nach München zur Besichtigung der beiden bayerischen Armeekorps. Schon längere Zeit vorher hatte er den Wunsch zu erkennen

gegeben, die bayerischen Truppen im Laufe des Jahres 1891 zu sehen. Den Eindruck, den der Herrscher von dieser Besichtigung hatte, war, daß beide denjenigen Grad von Manneszucht, Ordnung und selbstverleugnender Hingabe besäßen, welcher allein im stande ist, kriegerische Erfolge auf die Dauer zu gewährleisten, daß das deutsche Heer im Norden wie im Süden ein gleichwertiges sei, könne keinem Soldatenauge, das diese Truppen gesehen, unklar geblieben sein.

Aber auch über das militärische Gebiet hinaus, würde der heutige Tag unvergeßlich bleiben. Nur klare. Erkenntnis von Dem, was Deutschland not thut, und fester Wille, einig für das gemeinsame Vaterland einzutreten, vermögen ein Band zu knüpfen, wie es in dem persönlichen Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Prinz-Regenten in die Erscheinung trete.

Viel von sich reden machte ein Besuch des Deutschen Souveräns im Münchener Rathaus.

Nach der eingehenden Besichtigung desselben, ergriff der Kaiser das Wort, um seinen Dank für den Empfang und die Begrüßung auszusprechen. Schon sein Großvater und sein Vater hätten viel auf München gehalten, und auch er habe der Stadt bereits einen Platz in seinem Herzen eingeräumt. Der Kaiser dachte seiner und Münchens Beziehungen zum Prinz-Regenten und schloß seine Antwort mit einem Wunsch für das Gedeihen und Wohlergehen der Stadt. Auf dem Tische, neben dem der hohe Herr stand, waren für den Kaiser wertvolle geschichtliche Erinnerungen und historische Dokumente aus der Zeit Ludwig's des Bayern und Rudolf von Habsburgs, sowie Erlasse die vom Markgrafen von Brandenburg herrührten.

Der Kaiser betrachtete darauf die Kunstwerke Münchener Goldschmiedekunst mit freudigem Verständnis. Der herrliche Saal erregte das lebhafte Interesse des Herrschers, und der Ober-Bürgermeister durfte über viele Details Aufklärung geben. Alsdann genügte der Kaiser einer ihm vorgetragenen Bitte, und verewigte diesen Tag seines Besuches, indem er seinen Namen in das große Gedenkbuch der Stadt München eintrug. In festen großen Zügen schrieb der Kaiser nieder: „Wilhelm, Deutscher Kaiser und König von Preußen. 8. September 1891."

Überall wo er sich zeigte, tönte ihm der Jubel der Bevölkerung entgegen.

Von den politischen Reden, die nach den Reisen der hohen fürstlichen Personen in die Öffentlichkeit drangen, war namentlich diejenige, die der Reichskanzler Caprivi gelegentlich eines ihm zu Ehren in Osnabrück veranstalteten Diners hielt, von Interesse. In dieser Rede erinnerte der Reichskanzler an Scharnhorst's Schöpfung der allgemeinen Wehrpflicht, hob den Zusammenhang zwischen den Aktiven und den Reserven, dem Heere und dem Volke hervor, und fuhr dann fort: „Ich hoffe, daß das Regiment nach 25 Jahren auf eine ebenso glorreiche Geschichte zurückblicken wird Das Dichten und Trachten Seiner Majestät des Kaisers ist auf das Wohl des Landes und auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Gegenwärtig ist nicht der geringste Grund vorhanden, an dem Frieden zu zweifeln. Keine Wolke trübt den politischen Horizont." Der Toast schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, den Erhalter des Friedens. Im Verlaufe des Kommerses wurde eine Festrede gehalten, ebenso fanden patriotische Aufführungen statt.

---

In der Nacht vom 5. zum 6. Oktober verschied im Schlosse zu Stuttgart der König Karl von Württemberg im 68. Jahre nach einer 27jährigen Regierung.

Sein Volk hatte längst in charakteristischen Beinamen die Tugenden hervorgehoben, welche dem Bilde des Königs auch für die Nachwelt das Gepräge geben, indem es ihn den Milden und Gerechten nannte.

Das Gefühl der Ruhe und Sicherheit, welches seit dem Friedensschluß das württembergische Volk durchdrang, und welches durch Wiedererwerbung des stammverwandten Elsasses für das Reich wesentlich erhöht wurde, gestattete dem König Karl und seiner Regierung, alle Segnungen des Friedens dem schönen Lande in reichstem Maße zu teil werden zu lassen.

In ganz Deutschland erregte der Trauerfall die allgemeinste Teilnahme, und das aufrichtigste Mitgefühl verweilte bei den vielen Zügen edler Herzensgüte, die das Bild des heimgegangenen Königs verklärten.

Der Kaiser kondolierte mit folgendem, an den König Wilhelm gerichteten Telegramm:

„Tief erschüttert durch die Todesnachricht beeile ich Mich, Dir, Deiner Gemahlin und Deinem gesamten Volke Meine aufrichtigste Teilnahme auszudrücken. Einer der Mitstifter des Deutschen Reiches

und Mitgenosse Meines teuren Großvaters ist dahin. Ich komme persönlich, Meinen Anteil an der Trauer Württembergs zu bethätigen. Mögest Du in Deinem neuen Amt mit Gottes Beistand für Dein Volk und Unser deutsches Vaterland ein Segen sein. Meiner wärmsten Freundschaft und innigsten Zuneigung bist Du alle Zeit sicher.

Wilhelm."

Die Antwort des Königs lautete:

„Die Worte, welche Du an Mich gerichtet hast, haben Meinem schwer gebeugten Herzen unendlich wohlgethan. Ich bin Mir der großen Verantwortung, welche Gott Mir auferlegt hat, bewußt und hoffe, Mein Amt mit seiner Hilfe zum Wohl des gemeinsamen deutschen Vaterlandes wie Meines Landes auszufüllen. Ich fühle Mich gestärkt durch die wohlwollenden Gesinnungen, welche Du Mir wie immer so auch jetzt kund giebst. Aus tiefster Überzeugung stehe Ich, wie seit Jahren, als Glied der preußischen Armee zu dieser, jetzt als deutscher Regent fest und treu zu Kaiser und Reich. Wilhelm."

In einem Manifest vom 6. Oktober verkündete König Wilhelm II. das Hinscheiden seines vielgeliebten Oheims, sowie daß er die Regierung bereits angetreten und die unverbrüchliche Beobachtung der Landesverfassung in einer dem ständischen Ausschuß übergebenen feierlichen Urkunde zugesichert habe.

---

Eine zarte Aufmerksamkeit erwies Kaiser Wilhelm einem der hervorragendsten Gelehrten Berlins, und damit zugleich der Wissenschaft, indem er den Professor der physikalisch-technischen Reichsanstalt, Professor Dr. von Helmholtz, am 18. Oktober zum Wirklichen Geheimrat ernannte und ihm dabei schrieb:

„Sie haben Ihr ganzes Leben zum Wohle der Menschheit einsetzend, eine reiche Anzahl von herrlichen Entdeckungen für deren Nutzen vollbracht. Ihr stets den reinsten und höchsten Idealen nachstrebender Geist ließ in seinem hohen Fluge alles Getriebe von Politik und der damit verbundenen Parteiungen weit hinter sich zurück. Ich und Mein Volk sind stolz darauf, einen solch bedeutenden Mann unser nennen zu können. Ich habe den Geburtstag Meines heißgeliebten und unvergeßlichen Vaters zu dieser Anerkennung gewählt, wohl wissend, wie hoch Er Sie schätzte und ein wie treu ergebener Freund und Unter-

than Sie Ihm waren. Möge Gott uns Ihr teures Leben noch lange zum Wohle Deutschlands und der gesamten Welt erhalten.

Ihr wohlaffektionierter König."

---

In dem König Karol von Rumänien, der in den letzten Tagen des Oktober dem Kaiserhofe einen Besuch abstattete, begrüßte die Reichshauptstadt den Herrscher einer befreundeten, zielbewußten und aufwärts strebenden Nation, den Verwandten und Freund des preußischen Souveräns, den Fürsten, der sich im Frieden als weiser Staatsmann, im Kriege an der Spitze seines tapferen, von edlem Patriotismus durchdrungenen Volkes, als Feldherr und Soldat bewährt hatte. In dem Empfang spiegelten sich auch die Sympathien, welche das deutsche Volk für die Rumänen seit dem großen türkischen Kriege lebhaft empfand und verschiedentlich zum Ausdruck brachte.

---

In jenen Tagen drang eine seltsame Kunde aus dem deutsch-ostafrikanischen Schutzgebiet nach Berlin. Emin Pascha, der nach seiner Rückkehr an die Küste bekanntlich in den deutschen Kolonialdienst übergetreten, und zur Gründung von Stationen am Viktoria Nyanza mit Dr. Stuhlmann ausgezogen war, war plötzlich verschwunden. Man erfuhr nur, daß er nach Nord-West gezogen war, nachdem er mehrere Stationen begründet; es hieß, er wolle nach Wadelai in der Äquatorialprovinz gehen, um dort das früher aufgesammelte Elfenbein zu holen. Unter diesen Umständen erklärte die Regierung sogleich nach London, daß Emin Pascha bei diesem Zuge in die englische Interessensphäre gegen die ihm ausdrücklich erteilten Instruktionen handle, und daß die Kaiserliche Regierung unter diesen Umständen die Verantwortlichkeit für sein Unternehmen ablehnen müsse. Wie der Botschafter in London, Graf Hatzfeld, meldete, habe der Premierminister Lord Salisbury seinen Dank dafür ausgesprochen.

---

Unter allgemeinster Aufmerksamkeit der weitesten Kreise brachte die Reichsregierung am 6. Dezember die Handels- und Zollverträge des Reiches mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien im Reichstage ein.

Eingeführt wurden dieselben durch eine längere Rede des Reichskanzlers General von Caprivi, in welcher derselbe die Gesichtspunkte, die für die Handels- und Zollpolitik der jetzigen Regierung maßgebend sei, näher erörterte, und den Systemwechsel, wenn man so sagen will, der in der Ermäßigung und dem Aufgeben der strengen Schutzzollpolitik liegt, motivierte. Die Rede des Reichskanzlers, die nicht ohne sichtlichen Eindruck auf den Reichstag war, hatte in ihren wesentlichsten Grundzügen etwa folgenden Gedankengang:

Es läge nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen, die Landwirtschaft ohne Schutz zu lassen, aber die Wirkung der Schutzzölle auf die Landwirtschaft sei hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben; den östlichen Provinzen hätten sie am wenigsten genützt. Ohne die Kornzölle wäre aber die Landwirtschaft in eine schwere Krisis geraten. Die Aufhebung der Kornzölle würde bei uns ganz anders wirken als in England, weil wir Großgrundbesitz im englischen Sinne nicht hätten. Die Landwirte seien unter allen Umständen zu den staatserhaltenden Kräften zu rechnen. Die Behandlung der Industrie wäre ungleich schwieriger als die der Landwirtschaft. Es sei ein charakteristischer Unterschied der Industrie und der Landwirtschaft, daß die letztere nur bis zu einem gewissen Grade der Steigerung fähig sei, weil sie vom Grund und Boden abhänge, die Industrie dagegen nur vom Absatz.

Bei Abschluß der Verträge habe man auch darauf geachtet, den Arbeiterstand leistungsfähig zu erhalten. Der Arbeiter müsse aber auch Arbeitsgelegenheit haben; deshalb gehe er vom Lande nach den Städten und vom Osten nach dem Westen, obwohl die Preise der Lebensmittel im Westen bedeutend teurer seien, als im Osten.

Von einer Schädigung des guten Einvernehmens mit den Vertragsstaaten durch die Verträge könne nicht die Rede sein. Es sei nicht möglich, mit Verbündeten dauernd in wirtschaftlichem Kriege zu liegen. Wir hätten ein Interesse daran, unsere Verbündeten zu stärken, statt sie wirtschaftlich zu schädigen. Wie es heute keine Kabinetskriege mehr gebe, beständen auch keine Kabinetsverträge mehr; Bündnisse wie Handelsverträge müßten sich in die Volksseele einleben.

In der letzten Zeit sei eine weltgeschichtliche Erscheinung zum Bewußtsein der Völker gekommen, die Bildung großer Reiche und das Bestreben dieser Reiche, sich gegen andere abzuschließen. Rußland reiche vom Himalaya bis ans Eismeer, jenseits des Ozeans seien die Ver-

einigten Staaten Nordamerikas in steter Vergrößerung begriffen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es in Zukunft zu einer Kriegführung komme, in welcher Gesetzesparagraphen und Tarifpositionen die Waffen seien. Wenn die europäischen Staaten ihre Weltstellung behaupten sollen, so müssen sie sich aneinander schließen. Es werde eine Zeit kommen, in der sie einsehen, daß sie klügeres zu thun haben, als sich gegenseitig das Blut abzuzapfen.

Der Rede folgte lebhafter allseitiger Beifall. Der Abgeordnete Reichensperger drückte im Namen des Centrums die Hoffnung aus, daß die Verträge mit großer Mehrheit angenommen würden. Graf Kanitz erklärte dagegen, als Vertreter eines Teiles der Konservativen, daß die Kornzölle eine dauernde Herabsetzung nicht vertrügen. Für die Industrie sei der innere Markt die Hauptsache, nicht die Ausfuhr.

Am folgenden Tage antwortete der Staatssekretär Freiherr von Marschall dem Grafen Kanitz und kam zu dem Schluß, daß die Landwirtschaft eines mäßigen Schutzzolles bedürfe, aber keines solchen, der vom Weltmarkt abhängig sei. Der Schutz der nationalen Arbeit könne doch nicht bloß auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen, sondern müsse sich gleichmäßig auf alle Kreise der Bevölkerung erstrecken. In Deutschland werde ein gemäßigtes Schutzzollsystem am meisten den Interessen der erwerbenden Kreise entsprechen. Die weitere Beratung der Handelsverträge wurde dann auf den 14. Dezember vertagt, nachdem der von konservativer Seite gestellte Antrag, die Verträge einem Ausschuß von 28 Mitgliedern zu überweisen, mit großer Mehrheit abgelehnt worden war.

In der drei Tage dauernden Beratung wurden dann die verschiedenen Positionen nochmals einzeln zur Abstimmung gebracht. Am 17. Dezember kam man bis zu dem letzten Artikel, darauf wurden die Zolltarife und das Schlußprotokoll genehmigt und in einer am 18. Dezember abgehaltenen letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien der Vertrag mit Oesterreich in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 48 Stimmen, die Verträge mit Italien und Belgien in demselben Verhältnis angenommen. Damit war ein wichtiger Abschnitt der Reichstagssession erledigt, und die mitteleuropäische Handelspolitik für längere Zeit in eine bestimmte Richtung gewiesen.

Indem der Reichstag sein Votum über die Verträge so früh wie immer möglich abgab, erwies er damit dem Wirtschaftsleben einen erheblichen Dienst, insofern die parlamentarische Vertretung des

deutschen Volkes, so viel an ihr lag, dazu beitrug, diejenige Gewißheit über die schon mit dem 1. Februar 1892 in Kraft tretenden handelspolitischen Verhältnisse zu schaffen, von welcher die Erwägungen des Erwerbslebens ausgehen müssen, wenn anders sie fruchtbar sein sollten.

Indem auch die prinzipiell dem Freihandel geneigten Parteien diesen Verträgen ihre Zustimmung erteilten, nachdem deren Ziel und Tendenz in solcher Weise von autoritärer Seite bekundet worden, hatten auch sie damit die Notwendigkeit anerkannt, der heimischen Arbeit einen maßvollen Schutz auch in Zukunft zu sichern; in der Zustimmung des freihändlerisch gesinnten Teiles des Reichstages zu diesen Verträgen lag solches Anerkenntnis ausgesprochen.

---

An demselben Tage, an welchem die Handelsverträge im Reichstage vorgenommen wurden, beteiligte sich der Kaiser an der, zur Einweihung des neuen Kreishauses des Teltower Kreises, stattfindenden Festtafel und richtete bei dieser Gelegenheit eine patriotische Ansprache an die Versammlung.

Kurze Zeit nach dieser Ansprache wurde dem Kaiser das Telegramm überreicht, welches den den Handelsverträgen günstigen Ausgang der Reichstagsverhandlungen meldete. Dieses Telegramm gab dem Kaiser Veranlassung, nochmals zu folgenden Ausführungen das Wort zu nehmen:

„Meine Herren, Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu machen, die vom Reichskanzler kommt:

> Seiner Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich unterthänigst, daß der Reichstag soeben die Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien und Belgien in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen hat.

Meine Herren! Wir verdanken dieses Ergebnis der Arbeit des Reichskanzlers von Caprivi. Dieser schlichte preußische General hat es verstanden, in zwei Jahren sich in Themata einzuarbeiten, die zu beherrschen selbst für den Eingeweihten außerordentlich schwer ist.

Mit weitem politischen Blick hat er es verstanden, im richtigen Augenblick unser Vaterland vor schweren Gefahren zu behüten. Es ist selbstverständlich, daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen, damit das Wohl des Ganzen vorwärts gebracht werde; Ich glaube

aber, daß die That, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist.

Der Reichstag in seiner größeren Mehrheit hat gezeigt, daß er den weiten politischen Blick dieses Mannes erkennt und sich ihm anschließt, und es wird dieser Reichstag sich einen Mark- und Denkstein in der Geschichte des Deutschen Reiches damit gesetzt haben.

Trotz Verdächtigungen und Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler und Meinen Räten von den verschiedensten Seiten gemacht worden sind, ist es Uns gelungen, das Vaterland in diese neuen Bahnen einzulenken.

Ich bin überzeugt, nicht nur Unser Vaterland, sondern Millionen der Unterthanen der anderen Länder, die mit Uns in dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen.

Ich fordere Sie auf, mit Mir das Glas zu leeren auf das Wohl des Herrn Reichskanzlers: Seine Excellenz der General der Infanterie von Caprivi, General Graf von Caprivi, er lebe hoch! und nochmals hoch! und zum dritten Male hoch!"

---

In huldvoller Weise erinnerte sich der Kaiser am 22. Dezember, daß der berühmte und geschätzte Gelehrte Geheimrat Professor Dr. Curtius, der erste wissenschaftliche Lehrer des Kaiser Friedrich, sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum feiere.

Er bekundete dies durch folgendes an den Jubilar gerichtete Handschreiben:

„Am heutigen Tage sind 50 Jahre verflossen, seitdem Sie an der philosophischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg zum Doktor promoviert wurden. Ihnen zu diesem heutigen Tage Meine wärmsten Glückwünsche darzubringen, ist Mir ein Herzensbedürfnis. In der langen Reihe von Jahren haben Sie durch unermüdlichen hingebenden Fleiß als Lehrer der akademischen Jugend und als Forscher Hervorragendes geleistet. Ihrer verdienstvollen und mannigfaltigen Thätigkeit hat die Wissenschaft es insbesondere zu danken, daß die Altertumskunde sich der jetzigen Blüte erfreut. Vor Allem aber gedenke Ich heute Ihrer großen Verdienste um Meinen in Gott ruhenden Herrn Vater, der in Ihnen nicht nur den langjährigen Lehrer, sondern auch den treuen Freund und Berater mit seinen trefflichen Charakter-

eigenschaften hochschätzte. Im Sinn des hohen Entschlafenen handle Ich daher zugleich, wenn Ich Ihnen als Zeichen Meiner Anerkennung und Dankbarkeit den Stern der Komthure Meines Hausordens von Hohenzollern verleihe, dessen Insignien hier beifolgen.

Neues Palais, den 22. Dezember 1891.

Wilhelm, R."

---

# Das Jahr 1892.

In den ersten Wochen des Jahres 1892 stattete das Württembergische Königspaar einen Besuch am Kaiserhof zu Berlin ab. Es war seit langer Zeit das erste Mal, daß ein Württembergischer Monarch in der Hauptstadt verweilte. Die vielen persönlichen Beziehungen, die König Wilhelm II. sowohl mit der Kaiserlichen Familie, als mit den militärischen Kreisen Berlins und Potsdams verbanden, gaben dem Erscheinen des erlauchten Paares den Charakter einer Familienfeier, aber auch die politische Bedeutung des Besuches wurde allgemein beachtet. Äußerlich gab sich dieselbe in den ungewöhnlichen Ehrungen kund, mit denen der Kaiser seinen hohen Gast empfing und aufnahm. Auf dem Bahnhof, auf dem die Generalität Berlins versammelt war, stand, auf Befehl des Herrschers, die Leibeskadron der Garde-Husaren, welche der König einst selbst befehligt hatte, während ein Teil der Garnison der Hauptstadt Spalier vom Bahnhof bis zum Schloß bildete.

Bei dem großen, zu Ehren der Württembergischen Gäste am nächsten Tage veranstalteten Festmahl, brachte der Kaiser in sichtlich freudig bewegter Stimmung folgenden Trinkspruch aus:

„Euer Majestät rufe Ich von Herzen ein Willkommen zu, und zugleich mit diesem Willkommenruf verbinde Ich Meinen und der Kaiserin innigsten Dank für den freundlichen Besuch, den beide hohe Majestäten Uns gespendet haben.

Euere Majestät kommen hierher nicht in eine fremde Stadt und nicht in fremde Räume. Die Truppen, die Sie begrüßten, die Waffen, die sich Ihnen entgegenstreckten, sind alte Bekannte. So allbekannt sind auch die Verbindungen zwischen Unseren Häusern und so allbe-

kannt und fest die Freundschaft, die Unsere Altvordern miteinander verband und die Uns innig jetzt umschlingt.

Im Bewußtsein, daß diese Freundschaft für Unser ganzes Leben zum Heile Unserer beiden Länder und Unseres gesamten Vaterlandes ausschlagen werde, erhebe Ich Mein Glas und trinke auf das Wohl der beiden Majestäten, des Königs und der Königin von Württemberg!"

Se. Majestät der König von Württemberg erwiderte hierauf wie folgt:

„Euere Majestät gestatten Mir, daß Ich im Namen der Königin und in Meinem Namen den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringe für den herrlichen, schönen und warmen Empfang, den Wir in der Residenz Euerer Majestät gefunden haben.

Richtig haben Euere Majestät erwähnt und betont, daß Ich nicht in fremdem Lande und in fremdem Orte hier bin. Sind es doch die schönsten Jahre Meines Lebens, die Ich in der glorreichen Armee Euerer Majestät zubringen durfte. Diese Jahre der Erinnerung sind ein dauernder Kitt, der Mich mit der Armee, mit Euerer Majestät verbindet; sie sind zugleich ein Band, das fest umschlingen soll die Beziehungen Meines Landes zu dem Deutschen Reiche, zu Eurer Majestät.

Gestatten Euere Majestät, daß Ich die Versammelten auffordere, auf das Wohl Euerer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin zu trinken!"

Der zweite Tag des Besuches war hauptsächlich Potsdam und dem Garde-Husarenregiment gewidmet, welches einer Besichtigung unterzogen wurde. Das Diner nahmen beide Majestäten im Kreise des Offizierkorps ein.

---

Die Eröffnung des Preußischen Landtages erregte diesmal in ungewöhnlichem Maße das Interesse und die Aufmerksamkeit weiter Kreise des Landes. Den Grund dazu gab das Volksschulgesetz ab, welches in der ersten Sitzung dem Hause vorgelegt wurde. Dasselbe wich in wesentlichen Punkten von der vorjährigen Vorlage ab, weshalb die Kritik in scharfer Weise mit dem Gesetz in das Gericht ging. Was namentlich Aufsehen erregte, war die Beeinflussung des Unterrichts und der Schuldisziplin durch die Kirche. Der Abgeordnete Rickert ging so weit, zu behaupten, daß in der Vorlage die Schule der Kirche überlassen werde, daß es ein Bruch mit den Friedericianischen

Grundsätzen bedeute, daß damit die Schule der Kirche ausgeliefert werde u. s. w.

Dem gegenüber wies der Kultusminister Graf Zedlitz darauf hin, daß die Schulaufsicht des Staates in dem Gesetzentwurf unangetastet bleibe; in dem Entwurf sei lediglich preußisches Verfassungsrecht zur Geltung gebracht. Bald nahm die Polemik gegen dasselbe einen erregten Charakter an.

Die Blicke nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes waren auf diese durchweg erregten Erörterungen gerichtet, in denen die Regierung mit den Konservativen und der Centrumspartei den beiden liberalen Parteigruppen und der freikonservativen Partei gegenüberstand. Vor dem Beginn der Beratung hatte auf Seiten der Gegner des Entwurfs die Hoffnung bestanden, daß auch ein Teil der Konservativen sich zu ihnen gesellen würde, der Abgeordnete v. Buch vernichtete aber diese Hoffnung durch die Erklärung, daß die ganze konservative Partei mit den Grundzügen des Entwurfs einverstanden sei. Insbesondere bezog sich dieses Einverständnis auf die konfessionelle Gestaltung des gesamten Unterrichtsstoffes, das Verbot der Errichtung von Simultanschulen, den Zwang der Teilnahme am konfessionellen Religionsunterricht auch für Kinder von Dissidenten, das Veto der Geistlichen gegen die Anstellung von Lehrern, die den Anforderungen an ihre religiöse Vorbildung nicht entsprechen, die Bestimmungen über die Privatschulen, denen Unterrichtsfreiheit gewährt werden soll, die Wahl des Schulvorstands durch die Hausväter. Am 29. Januar erreichte die Redeschlacht ihren Höhepunkt.

Virchow erklärte, daß jeder Versuch, den Staat auf religiöse Grundlage zu stellen, zur Herrschaft eines organisierten Priestertums führe, die Weiterentwicklung müsse zur Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium und zur Aufhebung des Schulaufsichtsgesetzes führen. Die Volksschule sei eine protestantische Errungenschaft, wir ständen auf dem Punkte der Entscheidung, ob Preußen ein doppelkonfessioneller Staat werden solle, der seine Stütze im kirchlichen Dogma suche, oder ob er in der bisherigen Entwicklung, in der freieren Richtung des Protestantismus fortschreiten solle. — Überall in Preußen regten sich die Kundgebungen der Abwehr gegen das neue, im Entwurf vorliegende Volksschulgesetz: Die städtische Schuldeputation in Berlin hatte den Entwurf für unausführbar erklärt. In der Provinz Brandenburg war der Städtetag einberufen worden,

in Magdeburg hatte der Magistrat angeregt, Vertreter der Städte der Provinz Sachsen mit mehr als 10,000 Einwohnern nach Magdeburg oder Halle zu einem Städtetag einzuberufen. In Thorn, Danzig und Königsberg brach sich eine gleiche Bewegung Bahn, in Elberfeld und Barmen fanden Protestanten-Versammlungen statt, in Nassau wuchs die Erregung gegen das Gesetz von Tag zu Tag. Ferner waren der westfälische, der hannoversche und der Städtetag der Rheinlande einberufen. In Breslau hatte die nationalliberale Partei den Abgeordneten der Partei ihr Vertrauen ausgedrückt, daß sie das Gesetz lieber ablehnen als der Mehrheit Zugeständnisse machen werde. Auch in Bayern traten Anzeichen einer Vereinigung aller Liberalen hervor. Bei einem Gastmahl zur Feier des 60. Geburtstages des Abgeordneten von Schauß in München, wies Schenk von Stauffenberg auf die notwendige Einheit aller Liberalen nicht bloß in Bayern, sondern mit Rücksicht auf die aufsteigenden Wolken, auch im Reich hin, und die übrigen Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus.

Nach den fünf Sitzungen der ersten Beratung, beschloß das Haus die Abgabe der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Die Beratungen des Ausschusses für den Volksschulgesetzentwurf begannen sogleich. Der Abgeordnete Rickert beantragte, den Eingang des § 1 zu fassen: „Die Volksschule ist eine Veranstaltung des Staates und steht unter seiner Aufsicht. Sie bildet die gemeinsame Grundlage aller öffentlichen Unterrichtsanstalten". Der erste Satz wurde mit allen Stimmen gegen die des Centrums und der Polen angenommen, den zweiten Satz zog der Antragsteller vorläufig zurück.

Von den übrigen Abänderungsanträgen, die meist abgelehnt wurden, erschien besonders erwähnenswert der Antrag Virchow's auf Einführung eines obersten Schulrates. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Agitation gegen den Entwurf nahm täglich an Umfang und Bedeutung zu; täglich fanden Partei- und Volksversammlungen in allen Teilen des preußischen Staates statt, die gegen die Annahme des Entwurfs Widerspruch erhoben. Die städtischen Behörden befanden sich überall an der Spitze dieser Bewegung. In der Kommission für die Vorberatung des Entwurfes fuhr die Mehrheit fort, im Sinne der Aufrechterhaltung der Grundzüge des Entwurfes ihre Stimme geltend zu machen.

Der Kaiser beobachtete aufmerksam den weiteren Verlauf dieser Bewegung. Er wohnte am 3. Februar, nach seiner Gewohnheit, einem parlamentarischen Diner des Reichskanzlers bei und hatte hier eine längere Unterredung mit von Bennigsen, der den Anstoß zu einer so entschiedenen Wendung in der Schulgesetzfrage gegeben hatte. Auf einem zweiten parlamentarischen Diner beim Grafen Caprivi am 17. Februar kam der Kaiser mit den Mitgliedern der Schulgesetz-Kommission zusammen, berührte aber in seinen Gesprächen weder diese, noch sonst eine politische Frage. Am 19. Februar fand wiederum eine Zusammenkunft des Kaisers mit hervorragenden Abgeordneten statt. Es war ein „zwangloser Herrenabend" beim Minister Miquel.

In eine bei dem Diner des Brandenburgischen Provinzial-landtages gehaltene Rede verwebte der Kaiser eindringliche Mahnungen gegen die Unzufriedenen und Nörgler, sie unbeachtet zu lassen und das Vertrauen auf Gott und die fürsorgende Arbeit seines angestammten Herrschers zu setzen. Die Rede schloß: „Mein Kurs ist der richtige, es wird weiter gesteuert."

Unter dem Eindruck der Kaiserlichen Ansprache und ihrer öffentlichen Besprechung steigerte sich die Bekämpfung des Volksschulgesetzes und die schon seit Herbst die gemäßigten Parteien erfüllende Verstimmung.

Auf dem Höhepunkte der Spannung, am 17. März, trat die Wendung ein. Minister Graf Zedlitz verließ die Sitzung der Kommission, um einem Kronrate beizuwohnen, und kehrte, trotz seiner Zusage, dorthin nicht zurück. Denn in diesem Kronrate gebot der Kaiser dem Schwimmen gegen den Strom ein Halt, die beste Widerlegung gewisser Deutungen seiner Rede vom 24. Februar. Infolge dessen bat der Kultusminister am 18. März um seine Entlassung. Der versöhnliche Teil der Konservativen wurde dadurch freilich um den Versuch gebracht, in der Kommission zu allseitig befriedigendem Entschluß zu gelangen, aber Graf Zedlitz, der sich in dem ganzen Streite überzeugungstreu gezeigt hatte, hatte eingesehen, daß er ein wesentlich geändertes Gesetz nicht mehr werde vertreten können. Man sah dieses bereits allgemein als gescheitert an und die Mittelparteien zeigten sich befriedigt und dem Kaiser dankbar.

Es zeigte sich nun erst, wie groß die Erregung der Geister über den Zedlitz'schen Entwurf gewesen war, namentlich traten die ablehnenden Kundgebungen gegen das Gesetz in den anderen deutschen

Staaten hervor. Am lebhaftesten war die von der Presse geführte Sprache. „Mit dem Schulgesetz, schrieb ein verbreitetes Blatt, macht Preußen in Deutschland nicht moralische Eroberungen, sondern trägt Verwirrung und Groll in die Parteien, die in den Einzelstaaten Preußens beste Verbündete gegen den Partikularismus sind."

Die freikonservative „Post" hob am 16. März hervor, man fühle nur zu deutlich, daß die Regierung „nicht so lebendige Fühlung mit dem Pulsschlage des nationalen Empfindens und Denkens" habe, wie dies vom Standpunkt des öffentlichen Wohls zu wünschen wäre. Darin bestehe „die tiefere Ursache der bestehenden Beunruhigung".

„Schon der Ausbruch der Krisis", sagte die „National-Zeitung", „ist eine Genugthuung für die drei Parteien, die den Kampf gegen das Gesetz geführt. Die Wortführer der konservativ-ultramontanen Mehrheit rechneten auf die Krone; aber diese hatte der Einbringung der Vorlage nur zugestimmt, weil das Für und Wider ihr nicht ausreichend vorgetragen war."

---

Da der Reichskanzler gleich stark für das Gesetz eingetreten war wie der Minister Graf Zedlitz, so hielt er es für geboten, ebenfalls um seine Entlassung aus dem Amt zu bitten. Graf Caprivi stand, was in der Öffentlichkeit nicht so bekannt geworden ist, mit derselben festen Überzeugung hinter dem Schulgesetz-Entwurf, wie Graf Zedlitz, und seine im Abgeordnetenhaus gehaltene Rede gegen den Atheismus war eine wohlüberlegte Kundgebung seiner innersten Gesinnung, nicht eine Übereilung, wofür sie meist von liberaler Seite angesehen ward. Nachdem auf dem kirchlichen Gebiete der Friede in der Hauptsache hergestellt war, schwebte ihm der staatsmännische Gedanke vor, auch auf dem Schulgebiete einen dauernden Frieden mit der katholischen Kirche herzustellen und gesetzlich zu sichern, um konfessionellen Streitigkeiten möglichst vorzubeugen und damit den Zusammenhalt im Staate zu befestigen.

Der Kaiser lehnte das Rücktrittsgesuch des Kanzlers ab, enthob ihn aber von der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten, weil aus verschiedenen Gründen eine Trennung beider Ämter als zweckmäßig erschien, und weil auf diese Weise ein Ausweg gegeben war, aus den Verwicklungen, in welche das Scheitern des Volksschulgesetzes zwei Minister geführt, Verwicklungen, die auch in Süddeutschland ge-

wisse Besorgnisse rege gemacht, und die öffentliche Meinung beschäftigt hatten.

Mit dem Ministerpräsidium wurde am 20. März der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Staatsminister Graf Eulenburg, mit dem Portefeuille des Kultusministeriums der Staatssekretär im Reichs-Justizamt Dr. Bosse betraut, und damit die einige Wochen hindurch bestandene Krise in den obersten Staatsverwaltungsämtern beendet.

Bei seinem ersten Erscheinen in den beiden Häusern des Preußischen Landtages gab der neue Ministerpräsident folgende Erklärung ab: „Die Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des Präsidenten des preußischen Staatsministeriums bringt, wie nicht erst in neuerer Zeit erkannt worden ist, ein Maß von Arbeit und Verantwortlichkeit mit sich, das die Kraft auch des leistungsfähigsten Mannes vorzeitig aufzureiben geeignet ist. Dazu kommt, daß die Stellung des Reichskanzlers eine freiere wird, wenn er nicht von Zwischenfällen abhängig ist, die allein innere preußische Angelegenheiten betreffen. Wenn diese Erwägungen dazu geführt haben, das Amt des preußischen Ministerpräsidenten von dem des Reichskanzlers zu trennen, indem letzterer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und Mitglied des preußischen Staatsministeriums bleibt, so ist zugleich Fürsorge getroffen, daß die einheitliche Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten und das bisherige gegenseitige Verhältnis des Reiches und Preußens nicht beeinträchtigt werden."

---

Ein schmerzliches, das Kaiserhaus so wie den ganzen preußischen Hof wehmütig berührendes Ereignis war der Tod des Großherzogs Ludwig von Hessen, welcher nach nur kurzem Leiden am 13. März aus diesem Leben abberufen wurde, nachdem eine nur kurze Besserung des Leidens vorübergehend eingetreten war. Der Großherzog erlag hauptsächlich einem Herzleiden, das in der letzten Zeit einen sehr bedenklichen Charakter angenommen hatte und, wie man sagt, durch die Teilnahme an den sehr anstrengenden Manövern im Herbst verschärft worden war.

Wie in Freud und Leid das Empfinden aller Deutschen zusammenfließt, so teilte auch Deutschland den Schmerz der hessischen Brüder um den Verlust eines Fürsten, der als der Regent seines Landes und als einer der an der Wiederherstellung des neuen Deut-

schen Reiches persönlich beteiligt gewesenen deutschen Fürsten dem Teile wie dem Ganzen gleich Großes geleistet hat.

Die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Verstorbenen und unserem Kaiserhause machten den Verlust zu einem besonders schmerzlichen.

---

Allgemeine Aufmerksamkeit wandte sich in dieser Zeit von Neuem der schon öfter in der Öffentlichkeit berührten Frage der Aufhebung des beschlagnahmten Welfenfonds zu.

Bei Gelegenheit der letzten Anwesenheit des Kaisers in der Provinz Hannover war demselben die Ratsamkeit dieser Maßregel von angesehener Seite nahe gelegt worden. In Folge dessen hatte der Souverän das preußische Staatsministerium mit der Erörterung dieser Frage beauftragt, daran hatten sich in weiterer Folge Verhandlungen mit dem Herzog Ernst August von Cumberland angeschlossen. Der letztere hatte darauf in einem Schreiben an Kaiser Wilhelm die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß es ihm als deutschen Fürsten fern läge, feindselige Handlungen gegen sein Vaterland zu unternehmen, und daß er hoffe, es werde sich nunmehr eine gütliche Beilegung der Differenzen über die Vermögensverwaltung seines Vaters, des Königs Georg, finden lassen. Unter dem 12. März benachrichtigte der Monarch das preußische Staatsministerium, daß er nunmehr den Zeitpunkt für gekommen erachte, den Sequester aufzuheben.

Ein bezüglicher vom Finanzminister Miquel darauf dem Abgeordnetenhause vorgelegter Gesetzentwurf, bei dessen Einbringung der Minister betonte, die Vorlage sei aus der hochherzigen Entschließung des Kaisers hervorgegangen, der damit der Provinz habe einen Beweis seines Vertrauens geben wollen, fand keinen Widerspruch.

Mit der Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg war der Abschluß einer Angelegenheit eingeleitet, welche seit beinahe einem Vierteljahrhundert die öffentliche Meinung zu wiederholten Malen, und zwar nicht stets in einem Sinne, beschäftigt hatte, wie es das allgemeine Interesse wünschenswert erscheinen ließ. Auch in den letzten Erörterungen über diesen Gegenstand war einerseits eine so große Verschiedenheit der Auffassungen und Wünsche, andererseits so viel Neigung zu einseitiger Verwertung im Partei- oder sonstigem Interesse zu Tage getreten, daß es als ein Gewinn erscheinen mochte, der öffentlichen

Diskussion diesen Gesprächsstoff binnen Kurzem überhaupt entzogen zu sehen.

---

In den ersten Tagen des Mai stattete der Kaiser dem Industrierevier des Saarbezirks und besonders dem Etablissement des Frhrn. von Stumm in Neuenkirchen einen Besuch ab, um sich an Ort und Stelle eingehend über die Arbeiterverhältnisse des Saarkohlenbeckens zu unterrichten und ebenso einigen auf dem Schießplatz des Geheimen Kommerzienrats Krupp veranstalteten Versuchsschießen beizuwohnen, die ihm besonderes Interesse gewährten. Auch hier nahm der Herrscher Gelegenheit, die Einrichtungen, welche der genannte Großindustrielle für seine Arbeiter in das Leben gerufen, und in so vorsorglicher wie praktischer Weise geordnet hat, kennen zu lernen.

---

Mit einem größeren militärischen Festakt wurde am 6. Mai, am zehnten Geburtstag des Kronprinzen, der Eintritt desselben in die Armee begangen. Wie herkömmlich, wird jeder preußische Prinz am zehnten Geburtstag zum Offizier im 1. Garderegiment zu Potsdam ernannt. Aus diesem Anlaß hatte das genannte Regiment, Vormittags 10 Uhr, en parade im Lustgarten Aufstellung genommen und ein auf drei Seiten offenes Carré gebildet, in welches der Kaiser mit seinem Sohne eintrat.

In einer längeren Ansprache übergab der Kaiser dem Regimente seinen Sohn, dabei auf die beiden verstorbenen Kaiser und die Königlichen Ahnen, auf die ruhmreiche Vergangenheit des Regiments und auf den heutigen Tag hinweisend, an welchem Schwerin mit der Fahne in der Hand bei Prag gefallen. Nach der Ansprache formierte sich das Regiment zum Parademarsch, der zunächst in Zügen ausgeführt wurde. Der Kaiser setzte sich selbst an die Spitze des Regiments und führte dasselbe bei der Kaiserin, welche mit der Prinzessin Friedrich Leopold von den etruriſchen Zimmern des Schlosses aus dem militärischen Schauspiele zusah, vorbei. Der Kronprinz war bei der Paradeformation hinter den rechten Flügelunteroffizier getreten und defilierte als schließender Offizier hinter dem ersten Zuge. Beim Vorbeimarsch kotoyierte der Großherzog von Hessen in der Oberstenuniform des 1. Garderegiments, ebenso Prinz Heinrich, Prinz Friedrich Leopold und der Erbgroßherzog von Baden, Alle in der Regimentsuniform. Nach dem Parademarsche ver-

sammelte Se. Majestät der Kaiser das gesamte Offizierkorps des 1. Garderegiments, ingleichen die auswärtigen Militärattachés um sich und stellte denselben Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit den Kronprinzen vor, welch Letzterer jedem einzelnen Offizier die Hand reichte.

Nach der militärischen Feier fand im Stadtschloß zu Potsdam ein Déjeûner dînatoire statt, bei welchem der Kaiser auf das Wohl Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit des Kronprinzen, der mit Vollendung seines zehnten Lebensjahres in die Armee eingetreten sei, einen Trinkspruch ausbrachte, indem er sagte: Ich trinke auf das Wohl des jüngsten Lieutenants der Armee!

---

Am 10. Mai, dem Jahrestage des 1871 zu Frankfurt abgeschlossenen Friedens zwischen Deutschland und Frankreich, fand die Grundsteinlegung zu dem Kaiser Wilhelm-Denkmal statt, welches die deutschen Krieger ihrem siegreichen Heerführer auf dem Kyffhäuser errichten.

Das deutsche Volk ließ am 28. September 1883 seinen Jubel über die Wiedererrichtung des deutschen Kaiserreiches ausklingen in der Aufrichtung des stolzen Germaniadenkmals am Rhein; die deutschen Krieger, die Alten, wie sie damals mitgezogen in den heiligen Kampf, und die junge heeresgediente Mannschaft, die ihnen nachstrebt, wählten zum Standort den alten Barbarossaberg, um ein, der Person des siegreichen Kaisers gewidmetes Denkmal in der Form eines gewaltigen Trutzturms, geziert durch das Reiterstandbild Kaiser Wilhelm I., zu errichten, um zum lebendigen Ausdruck bis in ferne Geschlechter zu bringen, daß das alte Erbteil unseres deutschen Volkes, deutsche Mannen- und Königstreue, das Wahrzeichen unserer Größe und unserer Kraft ist.

Zu der Feier, welcher der Landesherr, der Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt, durch seine Teilnahme ein besonders festliches Gepräge gab, waren 6000 Krieger mit 250 Vereinsfahnen erschienen. 300 Sänger und 60 Musiker belebten mit ihren Akkorden den Festakt und trugen in wirksamster Weise dazu bei, die warme patriotische Begeisterung in der zahlreichen Versammlung zu entflammen.

---

Mit ungeteilter Freude sah die deutsche Nation die jugendliche Königin der Niederlande mit ihrer Königlichen Mutter als Gäste des Deutschen Kaiserpaares.

Die Ankunft der beiden Königinnen erfolgte am 30. Mai, Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr, auf der Wildparkstation nahe dem Neuen Palais. Dort fand großer militärischer Empfang statt, zu welchem sich die sämtlichen Prinzen des Königlichen Hauses, die Generalität, die Hofstaaten ꝛc. versammelt hatten. Beim Einlaufen des Zuges in den reich mit deutschen und niederländischen Fahnen geschmückten Bahnhof wurden die niederländische Nationalhymne und darauf das alte Oranienlied intoniert. Der Kaiser küßte der Königin bei der Begrüßung Stirn und Wange und der Königin-Regentin die Hände. Beim Abschreiten der Ehrenkompagnie führte Se. Majestät die Königin-Regentin und die Kaiserin die kleine Königin Wilhelmine.

Nach der großen Parade der Berliner Garnison auf dem Tempelhofer Felde fand Abends 7 Uhr im Neuen Palais ein Gala-Diner statt, bei welcher Gelegenheit ein Blumen- und Blütenschmuck von erlesener Pracht und in geschmackvollster sinniger Anordnung die Kaiserliche Tafel zierte. Im Laufe des Festmahles erhob sich der Kaiser zu folgendem Toast:

„Von ganzem Herzen und tief gerührt, spreche Ich Euerer Majestät und Euerer Majestät Tochter den Dank der Kaiserin und den Meinigen aus, daß Euere Majestäten geruht haben, hierher zu kommen, die Strapazen einer Reise nicht scheuend.

Es liegt uns Beiden noch tief im Sinne die herzliche und freundliche Aufnahme, welche Uns seitens Euerer Majestäten, sowie seitens des gesamten niederländischen Volkes, dieses treuen, braven, arbeitsamen Volkes, welches so innig und fest an seinem Königshause hängt, im vergangenen Jahre zu teil wurde.

Eueren Majestäten werden hier überall Erinnerungen an Verbindungen aus vergangenen Zeiten entgegengetreten sein. Der eine Name, der Unser Geschlecht mit dem Euerer Majestät und der Unser Land mit den Niederlanden verbindet, heißt „Oranien". Orangefarben ist unser Orden, oranisches Blut fließt in unseren Adern. Mit hoher Achtung und mit tiefer Ergebenheit wird der Name Oranien in Meinem Hause genannt und von dem gewaltigen Geschlecht der Oranier haben Meine Vorfahren gelernt; Wir stehen noch heute staunend vor dem, was diese hohen Herren einst geleistet und geschaffen haben.

Ich schließe mit dem Wunsche: möge der Herr im Himmel seine segnende Hand über Euere Majestät, über Ihr Land und über diesen

hohen Sprößling oranischen Blutes halten, an dem das ganze niederländische Volk hängt!

Ich trinke auf das Wohl Euerer Majestät und Ihrer Majestät der Königin Wilhelmine."

Das Orchester fiel hier mit der niederländischen Hymne ein. Als der letzte Ton verklungen war, nahm die Königin-Regentin das Wort zu folgender kurzen Entgegnung:

„Für Euerer Majestät freundliche und herzliche Worte spreche Ich Meinen aufrichtigen Dank aus.

Der freundschaftliche Empfang, der Mir und Meiner Tochter hier zu teil wurde, erfüllt Mich mit großer Freude, warmer Anerkennung und herzlicher Dankbarkeit.

Nehmen Euere Majestäten Unsere allerherzlichsten Wünsche für Ihr Wohlergehen entgegen!

Ich trinke auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin."

Die Königin Emma wurde mit Beziehung auf alte Traditionen vom Kaiser zum Chef des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande ernannt, ihr auch der Luisenorden verliehen. Bei der am folgenden Tage abgehaltenen Parade der Potsdamer Garnison sah man die kleine Königin an den Fenstern des Schlosses, in der einen Hand den Frontrapport, an der anderen einen der Kaiserlichen Prinzen haltend.

---

Nach der Abreise der erlauchten fürstlichen Damen begab sich der Kaiser nach Kiel, um dort den Besuch des Kaisers Alexander III. von Rußland zu empfangen.

Die Kieler Föhrde bot ein imposantes Bild. Von den dort anwesenden Kriegsfahrzeugen bildeten 13 eine lange Kette, welche sich inmitten des Stromes von der Seeburg bis über Bellevue hinaus erstreckten und durch die Kaiseryacht eröffnet wurde.

Zar Alexander kam von Kopenhagen, wo die goldene Hochzeit des dänischen Königspaares gefeiert worden war, auf einen Tag nach Kiel, und wurde von der in Parade aufgestellten Flotte mit den üblichen Honneurs empfangen. Der Hafen bot einen malerischen Anblick. 25 deutsche Kriegsschiffe paradierten in reichstem Flaggenschmuck. Der Kaiser Alexander kam nur für kurze Zeit an Land, um an dem Frühstück im Kieler Schloß, der Burg seiner Ahnen, teil zu nehmen. Auf

dem alten Stammsitz wurde 1728 Karl Peter Ulrich, Herzog von Holstein-Gottorp, geboren, der 1762 als Peter III. den russischen Thron bestieg.

Über der Begegnung der beiden Monarchen lag ein gewisser herzlicher Ton und eine weniger große Zurückhaltung als sonst; er war heiter gestimmt und bekundete dies in der Unterhaltung sowohl mit dem Kaiser Wilhelm, als mit den anderen Herren; er trank sämtlichen deutschen Herren der Reihe nach zu, und dasselbe that der Deutsche Kaiser gegenüber den russischen Herren. Den Trinkspruch auf den Zaren brachte der Kaiser in deutscher Sprache aus, worauf die russische Nationalhymne gespielt wurde, und der Zar antwortete in der ihm geläufigeren französischen Sprache, indem er nach seinem Hoch auf den Kaiser und die deutsche Flotte sich persönlich an den Kaiser wandte, ihm die Hand drückte und sich warm für all die Liebenswürdigkeit bedankte, mit der er ihn empfangen habe. Besondere Freude äußerte er darüber, daß der Kaiser ihm die Ehre erwiesen habe, ihn à la suite der deutschen Marine zu stellen, eine Auszeichnung, die er bei seinen eigenen bekannten seemännischen Neigungen doppelt zu schätzen wisse. Der Abschied am Abend war herzlich und warm. In der Begleitung Kaiser Alexanders befand sich der Großfürst-Thronfolger, der jetzige Kaiser Nikolaus II., der durch die Bescheidenheit und Liebenswürdigkeit seines Wesens einen angenehmen Eindruck machte.

---

Unter allgemeinen Sympathiekundgebungen erfolgte am 24. Juni die Ankunft des italienischen Königspaares in Potsdam.

Der Empfang, welcher dem Freunde und Bundesgenossen unseres Monarchen und dessen Gemahlin vom ersten Augenblick, da sie deutschen Boden betreten hatten, überall zu teil wurde, und die Wärme, mit der sie besonders unser Kaiserliches Haus begrüßte, zeigte den Königlichen Gästen, welche Gefühle für sie und Italien gehegt werden.

Auch der Hauptstadt Berlin stattete das Königspaar einen längeren Besuch ab. Auf das Reichste und Prächtigste waren die Straßenzüge und die Plätze geschmückt, welche die erlauchten Herrscher bei der Einfahrt passierten.

Am Brandenburger Thor erwartete der Oberbürgermeister Berlins die italienischen Gäste und richtete dann folgende Ansprache an Sie:

„Ew. Majestät wollen allergnädigst gestatten, daß wir Sie bei

dem Eintritt in unsere Stadt namens der Bürgerschaft unterthänigst begrüßen.

Gleiche Geschicke verbinden das Volk Italiens und das deutsche Volk zur herzlichen Sympathie. Beide Nationen haben, unter der Führung ihrer hochherzigen Fürsten, nach langen und schweren Kämpfen ihre Einheit errungen. Ew. Majestät sind ein treuer und wahrer Freund unseres Herrschers, ein mächtiger Verbündeter Sr. Majestät unseres Kaisers. Innige Freude zieht durch alle Gemüther, so oft Ew. Majestät den deutschen Boden berühren.

Daß diese Freude und jene Sympathie in der Hauptstadt des Deutschen Reiches ganz besonders lebhaft sind, dürfen wir ehrfurchtsvoll versichern."

Der Monarch Italiens dankte huldvoll für den Empfang.

Der Königin Margherita, welche im nächsten Wagen mit der Kaiserin folgte, wurden herrliche Blumenspenden dargeboten.

Bei der Galatafel, die darauf im Schloß stattfand, brachte der Kaiser folgenden Toast aus:

„Der Besuch Eurer Majestäten hat Meine Frau und Mich nicht nur mit hoher Freude erfüllt, sondern mit Uns freut sich Mein gesamtes Volk.

Daß Eure Majestäten die Gnade hatten, von Ihrem schönen Vaterlande her die weite Reise nicht zu scheuen, um Uns hier aufzusuchen, beglückt Uns und ruft Uns zum Dank auf.

Nicht unbekannt ist Euren Majestäten die Halle, die Sie hier beehren. Schon einmal war es diesem Hause vergönnt, Eure Majestäten hier zu sehen, als Sie Meinem unvergeßlichen Herrn Vater die freundliche Pflicht erfüllten, bei der Taufe Meiner jüngsten Schwester, — als Seine jetzt schon sagenumwobene Gestalt noch in der vollsten Fülle Seiner Schönheit und Kraft Ihnen entgegenleuchtete — zugegen gewesen zu sein, dieser selben jungen Prinzeß, deren Verlobung am heutigen Tage, gerade bei der Anwesenheit ihrer hohen Pathen, zu verkünden Mir eine besondere Freude ist.

Geschwunden ist jener Held, geblieben jedoch sind die innigen Beziehungen der brüderlichsten Freundschaft und Anhänglichkeit zwischen Unseren beiden Häusern und Uns Beiden.

Der Jubel der Bevölkerung, der Euren Majestäten entgegenschlägt und der morgen aus dem Munde Meiner Berliner Ihnen ent-

gegenschlagen wird, wird es bezeugen, wie dankbar das gesamte deutsche Volk es anerkennt, daß Italiens Majestäten sich hier eingefunden haben.

Die blonde Schwester Germania begrüßt ihre schöne Schwester Italia und durch Meinen Mund begrüßt sie die Beiden Majestäten.

Mein Glas gilt Ihrer Gesundheit und dem Wunsche, daß es Ihnen wohlergehen möge und daß der Segen Gottes auf Ihnen und Ihrem schönen Lande ruhen möge, welches so vielen Meiner Unterthanen und Meiner Kameraden zu besonderer Freude wird, wenn es sie gastlich aufnimmt."

Mit einem Hoch auf den König und die Königin in italienischer Sprache schloß der Kaiser.

Hierauf geruhte der König von Italien in herzlichen Worten Seiner Muttersprache dem Kaiser und der Kaiserin den Dank auszusprechen und auf deren Wohl zu trinken.

Nach der Tafel fand im Opernhause zu Berlin eine Gala-Vorstellung statt.

---

Auf der Fahrt nach England, die sich an die Nordlandsfahrt anschloß, besuchte der Kaiser die Insel Helgoland und nahm die Befestigungsanlagen und sonstigen militärischen Bauten daselbst in Augenschein. Die Ankunft in Cowes erfolgte am 1. August, am folgenden Tage fand die große Segelregatta statt, an welcher auch die Kaiseryacht „Meteor" teilnahm.

---

Die Reise, welche der Kaiser nach England unternommen, war zunächst veranlaßt durch den Wunsch, den hohen Anverwandten aus dem Königlichen Hause von Großbritannien seinen Besuch abzustatten. Aus Äußerungen, welche in englischen Blättern vorlagen, war aber zu entnehmen, daß nicht bloß der Hof, sondern auch das englische Volk sich anschickte, Kaiser Wilhelm herzlich zu begrüßen als den Herrscher einer befreundeten Macht, deren auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Politik mit den Wünschen und Interessen Großbritanniens zusammenfiel. Die Klarheit und Stetigkeit, mit welcher dieses Ziel seitens Deutschlands verfolgt ward, hatte in England ein Vertrauen in die deutsche Politik begründet, das auch während der Wahlaufregungen der letzten Woche durch kein Wort des Zweifels angefochten wurde. „Die Kaiserlich deutsche Regierung", schrieb ein Londoner Blatt, „ist

eine Regierung, die es ernst meint und eine klare, bestimmte und unerschütterliche Politik verfolgt".

Und eine andere derartige Preßstimme äußerte sich:

Alle Welt erkennt in der Politik Kaiser Wilhelm II. eine der starken Säulen, worauf die Erhaltung des Weltfriedens beruht; alle Welt weiß, daß das gewerbfleißige Volk Großbritanniens einmütig demselben Ziele zustrebt. Und so kann auch der Besuch des Kaisers am Hofe Ihrer Majestät der Königin Victoria nur dazu beitragen, diese für das gesamte Europa so wichtigen Thatsachen den Völkern von neuem lebhaft vor Augen zu führen und so das Vertrauen in eine weitere segensreiche Fortdauer der friedlichen Ruhe unseres Weltteils neu zu kräftigen.

---

Die seit längerer Zeit schwebende Frage bezüglich der Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin, die von einzelnen gewerblichen Kreisen angeregt wurde, fand in jenen Tagen ihre Erledigung auf Grund eines Berichtes, den der Reichskanzler nach Anhörung aller an einem derartigen Unternehmen interessierten und beteiligten Kreise an den Monarchen richtete. In demselben hieß es:

„Die Bundesregierungen haben, davon ausgehend, daß die Frage, frei von allen politischen Erwägungen, nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten beantwortet werden könne, in ganz überwiegender Zahl das wirtschaftliche Bedürfnis zu einer Ausstellung verneint. Insbesondere hat auch Preußen, dessen Urteil schon deshalb, weil in seiner Hauptstadt die Ausstellung stattfinden müßte, besonderes Gewicht beansprucht, sich gegen dieselbe ausgesprochen. Im Großen und Ganzen schließt die Beurteilung der Bundesregierungen derjenigen der industriellen Kreise sich an. Wenn man das Ergebnis nach der Zahl der Stimmen zusammenfaßt, welche den Regierungen verfassungsmäßig im Bundesrate zustehen, so sind 40 Stimmen „gegen" und 7 Stimmen „für" die Ausstellung abgegeben, während 11 Stimmen unentschieden lauten.

Eine erfolgreiche Durchführung des Unternehmens hat die allgemeine und einmütige Überzeugung von dem Nutzen desselben für die deutsche Industrie und das opferwillige Zusammenwirken aller beteiligten Kreise zur unbedingten Voraussetzung. Da Beides fehlt, so muß ich von einem Eintreten des Reiches abraten.

Eure Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll, zu einer entsprechenden Kundgebung mich Allergnädigst ermächtigen zu wollen."

Der Kaiser entschied auf Grund dieses Berichtes dahin, daß dem Plane einer Weltausstellung in Berlin von Reichswegen nicht näher zu treten sei.

---

Es war eine verhängnisvolle Fügung des Schicksals, daß zu demselben Zeitpunkt, wo eine Handel, Gewerbe und Verkehr so nahe angehende Angelegenheit, welche die wirtschaftlichen Interessen der Nation so vielfältig berührte, im Vordergrund der Erörterung stand, der Einbruch der Cholera in das deutsche Land, plötzlich störend und beunruhigend in weite Kreise eingriff.

Nach den Mitteilungen des aus Hamburg zurückgekehrten Geheimen Medizinalrats Dr. Koch war nicht mehr daran zu zweifeln, daß in Hamburg und Altona die asiatische Cholera in einem bedrohlichen Umfange herrschte. An beiden Orten waren unter dem Beirat Dr. Koch's und des Regierungsrats Dr. Rahts umfassende Maßregeln gegen die Seuche von den Behörden in die Wege geleitet. Auch war ein Nachrichtendienst vorbereitet, um bis auf Weiteres täglich die gemeldeten Erkrankungs- und Sterbefälle durch das Kaiserliche Gesundheitsamt bekannt zu geben.

Aus der von der Cholerakommission des Reichs-Gesundheitsamtes entfalteten rührigen Thätigkeit war die beruhigende Gewißheit zu entnehmen, daß vermöge des auf diesem Wege festgestellten Einverständnisses der hauptbeteiligten Regierungen aller Orten mit der größten Energie gegen die Seuche und ihre weitere Verbreitung vorgegangen wurde. Die Ergebnisse der Kommissionsberathungen wurden unverweilt zur Nachachtung der beteiligten Behörden und, soweit sie die Bevölkerung selbst berühren, zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die Teilnahme des deutschen Kaiserpaares an dem schweren Unglück, von welchem Hamburg betroffen wurde, bekundete sich auf die vielfältigste Weise. Der Kaiser überwies dem Berliner Hilfscomité in Gemeinschaft mit seiner Gemahlin 10,000 Mark. Die letztere vermittelte, daß von dem Centralcomité des Roten Kreuzes Ärzte, Krankenpflegerinnen und Geldmittel nach Hamburg entsendet wurden, um der von der Seuche hart bedrängten Stadt Unterstützung zu leihen und Hilfe zu bringen.

---

Am 13. September ward dem deutschen Volk die freudige Kunde, daß dem erlauchten Kaiserpaar eine Tochter geboren worden sei. Die innige Teilnahme, mit der das frohe Ereignis aufgenommen wurde, zeigte, wie sehr sich die ganze Nation in allen ihren Ständen und Klassen einig fühlt mit den Kaiserlichen Eltern und den Zugehörigen derselben in dem Hochgefühl des Dankes gegen Gott für diese neue Gnade, mit der er das alte deutsche, teure Familienglück des Herrscherpaares gesegnet hatte.

---

Am 18. Juni trat Fürst Bismarck die Reise nach Wien an, um den daselbst stattfindenden Vermählungsfeierlichkeiten seines Sohnes Herbert beizuwohnen.

Die Fahrt dorthin gestaltete sich zu einem Triumphzug für den großen Staatsmann, bei dem die patriotische Begeisterung die Massen der Bevölkerung in den Städten, welche der Kanzler berührte, zu den stürmischsten Kundgebungen fortriß.

In Berlin bot der Empfang und die Begrüßung auf dem Anhalter Bahnhofe während des nur kurzen Aufenthaltes ein bewegtes Bild, in dem die Gefühle persönlicher Verehrung mit elementarer Gewalt zum Ausdruck kamen.

In Dresden, wo der Fürst übernachten wollte, wartete seiner ein Fackelzug von 15,000 Teilnehmern, darunter 1600 Sänger.

Die Fahrt Bismarck's nach dem Hotel glich einem wahren Siegeszuge. Eine unabsehbare Menschenmenge hielt die Straßen besetzt, und die Ausbrüche der Begeisterung wuchsen zu Stürmen, als der Wagen des Fürsten, über die Augustusbrücke kommend, auf den Theaterplatz einbog, woselbst eine nach Abertausenden zählende Menschenmenge die Ankunft des Fürsten erwartete. Einem schon vorher gemachten Versuch, die Pferde auszuspannen, wurde seitens der Begleitung des Fürsten energisch widersprochen.

Ein überwältigender, an Erhabenheit der Wirkung beispielloser Anblick bot sich dem Fürsten, als er die Estrade des Hotels betrat, die ihn der von endlosem Jubel getragenen Menschenmenge gegenüberstellte. Magisch beleuchtet von dem Scheine der mehr als 13,000 Fackeln und 1300 Lampions, bildete die katholische Hofkirche, das königliche Schloß mit der erst kürzlich fertiggestellten neuen Facade, die Gemäldegalerie und das Hoftheater den Hintergrund einer großartigen Scenerie. Dem Auge zeigte sich hier ein lebendiges Bild unendlicher Begeisterung,

wie es nur selten wieder gesehen werden wird. Gehoben wurde die Wirkung durch die Massengesänge, die sich aus dem tosenden Jubel herausrangen.

Dieselben Scenen der endlosen Begeisterung ereigneten sich, als am 19. Juni morgens der Fürst durch die geschmückten, mit Eichenlaub bestreuten Straßen fuhr, um vom Böhmischen Bahnhof aus gegen 1/2 12 Uhr die Reise nach Wien fortzusetzen.

Auf der Fahrt durch Böhmen und Mähren wurde der Fürst auf den Bahnhöfen von Tetschen, Schreckenstein, Leitmeritz, Podiebrad, Iglau und Znaim von den Bewohnern lebhaft begrüßt. An beiden letzteren Orten hielt er vom Wagen aus Ansprachen an die Menge. Politische Reden, sagte er, seien nicht von ihm zu erwarten, er reise nur zu einem Familienfeste und danke für die Aufnahme, die er überall in dem befreundeten Lande finde. Abends nach 10 Uhr fand die Ankunft in Wien statt, wo ihn am Bahnhof etwa 5000 Personen begrüßten. Auf seiner Fahrt nach dem Palais Palffy drängte eine freudig erregte Menge nach.

Am 21. Juni wiederholten sich die Huldigungen einer zahlreichen spalierbildenden Menge bei der Anfahrt des Fürsten zur helvetisch-reformierten Kirche, in welcher die Trauung des Grafen Bismarck durch den Superintendenten stattfand. Der Fürst erschien hier in der Kürassieruniform. Sein alter Freund, der russische Botschafter, fungierte als Beistand des Bräutigams. Beim Hochzeitsmahle ließ Graf Geza Andrassi die fürstliche Familie leben, die ein eigenes deutsch-österreichisches Bündnis geschlossen habe. Der Fürst dankte, daß der Graf so taktvoll die politischen wie die persönlichen internationalen Beziehungen in Erinnerung gebracht habe. Am 22. Juni nahm der Fürst an einem Dejeuner beim Grafen Zichy teil und besuchte dann die Ausstellung. Auch hier wurden ihm stürmische Ovationen gebracht, und aus der Mitte rief ein Herr: „Es lebe der größte Mann des Jahrhunderts!“ Der Fürst war durch die ganze Aufnahme wieder genötigt, eine kurze Ansprache zu halten. Nachdem ihn nun auch verwandtschaftliche Beziehungen an Wien knüpften und er auch sonst ein freier unabhängiger Mann sei, hoffe er, öfter Wien besuchen zu können. Nach Abstattung eines Besuches im neuen Rathaus reiste er am 23. Juni mit dem Salzburger Eilzuge nach München ab.

Auch auf der Rückreise wurden dem Fürsten in München und Augsburg Ovationen zu teil, die von dem Verlangen eingegeben waren,

dem Begründer der deutschen Einheit und dem genialen Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands bis zum Jahre 1890, den Tribut warm empfundener Verehrung und Dankbarkeit darzubringen.

Der Besuch des Fürsten in Jena war unzweifelhaft das politisch bedeutendste Ereignis während der ganzen Episode von Wien über München, Augsburg, Kissingen bis zur Heimfahrt nach Friedrichsruh. Nirgends war die Stimmung so gehoben, nirgends vorher nahmen die Reden einen solchen Schwung. Das galt sowohl von der Anrede des Prorektors der Universität, Dr. Brockhaus, als von der Erwiderung Bismarck's. „Man kann die Politik eines großen Staates, an dessen Spitze man steht, seiner historischen Bestimmung entsprechend leiten, das ist das ganze Verdienst, was ich für mich in Anspruch genommen habe." Auch ein anderer Ausspruch des Fürsten möge an dieser Stelle wiedergegeben sein: „Es ist ein gefährliches Experiment, heutzutage im Centrum Europas absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht, die Gefahr ist immer gleich groß, und im letzteren Falle größer, weil man sich täuscht über die einfache Sachlage und Gott zu gehorchen glaubt, wenn man dem Geheimrat gehorcht." Bismarck erklärte schließlich, daß er als Reichskanzler stets nach seinem Gewissen gehandelt habe und auch fest entschlossen sei, als Privatmann nach seinem politischen Pflichtgefühl zu handeln, was auch immer die Folgen sein könnten.

---

Am 10. September vollzog sich im neu gewonnenen Reichslande eine patriotische Feier, an welcher auch die einheimische Bevölkerung lebhaften Anteil nahm. Es war die Enthüllung des dem Kaiser Wilhelm I. errichteten Denkmals. Inmitten der laubumkränzten Anlagen, welche die landschaftlich so malerische Terrasse der Metzer Esplanade schmücken, wurde die hehre Reitergestalt des ehrwürdigen Herrschers sichtbar, als die Hülle von der Statue fiel.

Die Truppen präsentierten, die Fahnen senkten sich, Salutschüsse donnerten über die Moselebene hinweg und die Musik intonierte die Nationalhymne. Es war ein einziger Augenblick. Wie gebannt standen die Versammelten beim Anblick des herrlichen Kaiserbildes. Nachdem die erste Bewegung vorüber, dankte der Bürgermeister der Stadt Metz, Herr Halm, für das Kleinod, welches der Stadt Metz zu teil geworden, und versprach namens der Bevölkerung es zu hegen und zu pflegen. Se. Durchlaucht den Statthalter Fürst Hohenlohe bat er auch, die

treue, dankbare Gesinnung der Bürgerschaft bei dem Kaiser vertreten zu wollen, und er schloß mit einem Hoch auf den Schirmherrn Deutschlands, in welches die tausendköpfige Menge der festlich Versammelten dreimal jauchzend einstimmte. Der feierliche Enthüllungsakt endete damit, daß der Herr Statthalter von den Titeln, Orden und Ehrenzeichen Mitteilung machte, die der Kaiser anläßlich der Denkmalsenthüllung zu verleihen geruht, indem er dieselben den damit Beglückten überreichte.

---

Ein Familienfest in edelstem Sinne, das in dem Empfinden aller nationalen Kreise einen lauten Wiederhall fand, war die Feier der goldenen Hochzeit des Großherzogs und der Großherzogin von Weimar am 8. Oktober 1892 in der freundlichen, von Thüringens Bergen umkränzten Musenstadt an der Ilm, an welche sich so reiche Erinnerungen aus dem Geistesleben des deutschen Volkes knüpfen.

Großherzog Karl Alexander von Weimar, geboren am 24. Juni 1818, vollendete bereits im Jahre 1888 sein 70. Lebensjahr. Der innige Wunsch der treuen Bevölkerung des Großherzogtums, ihrem geliebten Landesherrn aus diesem Anlaß dankbare Huldigung zu erweisen, mußte damals, ganz abgesehen noch davon, daß der bescheidene Sinn des Großherzogs sich von vornherein allen Ovationen abhold erwiesen hatte, schon mit Rücksicht auf die Trauer unterbleiben, welche gerade in jenen Tagen der Heimgang des Kaisers Friedrich, des teuren Neffen des Großherzogs, über das ganze deutsche Vaterland verhängt hatte.

Aber was im Jahre 1888 durch die Umstände verhindert war, bemühte man sich, durch die Allgemeinheit und Lebhaftigkeit der Teilnahme an der goldenen Feier um so mehr und so lieber nachzuholen, als dieselbe unmittelbar zugleich die Liebe zu der über die Grenzen des Landes hinaus hochverehrten Großherzogin Sophie zum Ausdruck brachte.

Mit Kaiser Wilhelm, dem Großneffen des Großherzogs, mit dem Könige von Sachsen, der Königin-Regentin und der Königin der Niederlande, sowie zahlreichen anderen verwandten und befreundeten Fürstlichkeiten, die am Weimarischen Hofe versammelt, war auch das patriotisch gesinnte deutsche Volk sich dessen vollbewußt, welche Dankbarkeit und

Verehrung es dem weimarischen Fürstenpaar für die Förderung und Pflege der idealen Güter der Nation schuldig ist.

---

Zur Erinnerung an die Reformation und das Andenken Luther's vollzog sich am 31. Oktober in Wittenberg in Gegenwart des Kaiserpaares und der höchsten Würdenträger der protestantischen Kirche in Reich und Staat eine mit glänzendem Pomp ausgestattete Feier.

Die Weihe des Gotteshauses, an dessen Thür vor 375 Jahren Luther seine 95 Thesen angeschlagen, gestaltete sich nicht nur durch die Großartigkeit und Schönheit der architektonischen und ornamentalen Wiederherstellung der Schloßkirche, sondern auch durch die Vornehmheit und Zahl der Festteilnehmer zu einer imposanten Kundgebung des protestantischen Glaubensbekenntnisses.

Der Kaiser war umgeben von vielen deutschen protestantischen Fürsten sowie von Abgesandten der Königin von England, der Regentin von Holland, der Könige von Dänemark und von Schweden-Norwegen. Vom Bahnhof begab sich derselbe im offenen Vierspänner nach dem Platz vor dem Rathaus, während die Kaiserin mit den Prinzessinnen direkt nach dem Südportal der Schloßkirche fuhr, um die in der Kirche bereit gehaltenen Plätze einzunehmen.

Bei seiner Ankunft vor dem Rathause wurde der Kaiser von dem Bürgermeister Dr. Schild, sowie von den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung ehrfurchtsvoll begrüßt.

Hierauf setzte sich der Festzug in Bewegung. Als derselbe an der Thesenthür angelangt war, übergab der Cultusminister Dr. Bosse den Schlüssel derselben mit der Bitte, das Heiligtum für den Weiheakt und den gottesdienstlichen Gebrauch wiederum öffnen zu lassen. Der Monarch händigte dann den Schlüssel dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats aus, und nun erst betraten, unter dem Geleit der Geistlichkeit, die fürstlichen Herrschaften die für sie bestimmten Empore, und es begann der durch den Generalsuperintendenten vollzogene Weiheakt, an den sich der Festgottesdienst anschloß.

Darauf begab sich das Kaiserpaar mit seinen hohen fürstlichen Begleitern und den höchsten Beamten der Kirche nach dem Lutherhause. In den oberen von dem Reformator einst bewohnten Räumen verlas der Kaiser mit lauter Stimme die urkundliche Aufzeichnung über den stattgehabten Weiheakt, die dann von allen Zeugen des denkwürdigen Moments mit ihrer Unterschrift versehen wurde. Dann

nahmen die Majestäten und Fürsten die Huldigung des historischen Festzuges, der von den Bewohnern der Stadt Wittenberg und Umgebung veranstaltet war, entgegen. —

Bei der sich daran anschließenden Frühstückstafel ergriff der Herrscher, tief unter dem Eindruck der vorangegangenen Festlichkeit stehend, das Wort zu einer Ansprache an die Festgenossen, in der es am Schluß hieß:

„. . . . . .

Wir haben unseren Glauben heute vor Gottes Angesicht aufs neue bekannt, und wir vergessen es nicht, daß dieses Bekenntnis uns auch heute noch mit der gesamten Christenheit verbindet. In ihm liegt ein Band des Friedens, welches auch über die Trennung hinüberreicht. Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Überzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation. Wir Evangelischen befehden niemand um seines Glaubens willen. Aber wir halten fest an dem Bekenntnisse des Evangeliums bis in den Tod. Das ist Meine Zuversicht, Mein Gebet und Meine Hoffnung. Darin bestärkt Mich der Geist, der diese Festversammlung sichtlich durchweht.

Auf dem festen Grunde unseres evangelischen Glaubens haben wir das heutige Fest feiern dürfen. Daß dies in so erhebender Weise hat geschehen können, verdanke Ich vor Allem den Allerhöchsten und Höchsten Fürsten, sowie den Regierungen der freien und Hansestädte des Deutschen Reichs. Es drängt Mich, Ihnen dafür Meinen tiefen Dank zu entbieten. Der gleiche Dank erfüllt Mich gegen die Allerhöchsten Souveräne befreundeter Reiche, welche mit uns durch das Band des evangelischen Glaubens verknüpft sind und welche ihre Teilnahme an der heutigen Feier durch Entsendung erlauchter und hoher Vertreter so bereitwillig bekundet haben. Mein Dank und Meine Anerkennung gebühren endlich den Männern, welche den herrlichen Bau geschaffen, ihn so reich und sinnreich geschmückt und dazu beigetragen haben, das heutige Fest so schön zu gestalten.

Dieser Pokal aber, den einst Luther's Lippen berührten, soll Mir dazu dienen, das Wohl meiner Durchlauchtigsten Gäste daraus zu trinken. Deutschlands evangelische Fürsten und die Regierungen der deutschen freien Städte — sie leben hoch!"

Noch ehe der Zeitpunkt der parlamentarischen Verhandlungen heranrückte, wurde die Frage der Heeresverstärkung auf der Basis der zweijährigen Dienstzeit als eines Ausgleiches, gegenüber den in mächtigen Nachbarstaaten in der letzten Zeit unverhältnismäßig angewachsenen militärischen Streitkräften sehr lebhaft in der Öffentlichkeit erörtert. Es knüpften sich diese Erörterungen an die vom Reichskanzler dem preußischen Staatsministerium unterbreitete Heeresvorlage, welcher der Gedanke der Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht im Scharnhorst'schen Sinne zu Grunde lag.

Angesichts der Ablehnung des Volksschulgesetzes und des 1890 von Windthorst beantragten und angenommenen Reichstagsbeschlusses, wodurch die damalige Heeresvermehrung als die äußerste Grenze der für militärische Leistungen möglichen Bewilligungen an Geld und an Mannschaft anerkannt worden war, schien die neue Vorlage, welche die Presse einen Sprung ins Dunkle nannte, wenig Aussicht auf Annahme im Reichstag zu haben. Das Centrum war zunächst ihr gefährlichster Gegner.

In den letzten Tagen des Oktober ward die Vorlage ihrem wesentlichsten Inhalte nach bekannt.

Der Gesetzentwurf setzte die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 auf 492,068 Mann als Jahresdurchschnittsstärke fest.

Der Durchschnittsstärke lag die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne herangezogen wurden. Die Unteroffizierstellen unterlagen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Ärzte und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat.

Die Begründung wies darauf hin, daß sich die militärpolitische Lage zu unseren Ungunsten verschoben habe und durchgreifende Maßregeln erfordere. In Frankreich sei durch Gesetz vom 15. Juli 1889 die allgemeine Wehrpflicht in durchgreifendster Weise verwirklicht. Die französische Friedenspräsenzstärke der letzten drei Jahre betrage durchschnittlich 519,000 Mann, die Rekrutenquote für 1890 rund 230,000 Mann, die Zahl der in 25 Jahrgängen, nach Abzug von 25 pCt. Ausfall, vorhandenen ausgebildeten Mannschaften rund 4,053,000 Mann.

Gleich rastlos arbeite Rußland, dessen Friedenspräsenzstärke 1889 rund 926,000 Mann, 1892 bereits 987,000 Mann betrage. Nur

etwa 100,000 Mann der Sollstärke ständen in Asien. Die Zahl der ausgebildeten Mannschaften betrug in 23 Jahrgängen mit 25 pCt. Ausfall rund 4,556,000 Mann. Solchen Verhältnissen gegenüber hätten wir nur ein Mittel, unsere Sicherheit und Unabhängigkeit zu bewahren: die volle Ausnutzung unserer nationalen Wehrkraft; es müsse eine Organisation geschaffen werden, die alle wirklich Dienst-tauglichen aufnehme; dann erst könne in der Erwartung, daß es gelänge, die Armee in ihrer Tüchtigkeit zu erhalten, Deutschland einem Angriff mit Ruhe entgegensehen.

In Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches bliebe nur eine Lösung übrig: den bisherigen Rahmen möglichst zu erhalten, aber innerhalb desselben entsprechend mehr Wehrkraft auszubilden. Zu erreichen sei dies durch Verkürzung der Dienstzeit. Grundsätzlich solle die verfassungsmäßige dreijährige Dienstzeit aufrecht erhalten bleiben, aber für durchführbar werde eine kürzere Dienstzeit gehalten, insofern durch die Organisation die Sicherheit geboten sei, die Ausbildung intensiver zu gestalten als bisher.

Als Ergänzung der Neuorganisation müßten das Kadettenkorps, die Unteroffiziersschulen und Vorschulen erweitert, die Kapitulantenlöhne erhöht und ein Kapitulantenhandgeld eingeführt werden. Die Ausbildung der Ersatzreservisten im heutigen Sinne fiele fort, doch bliebe die Einrichtung bestehen, um körperlich minderwertige Leute im Verwaltungs- und Krankendienst auszubilden.

Bei einem zukünftigen Rekrutenbedarf von rund 235,000 Mann und 9000 Einjährig-Freiwilligen würde Deutschland in 24 Jahrgängen in Bezug auf die ausgebildeten Mannschaften mit 4,400,000 Mann Frankreich, das an der äußersten Grenze der Heranziehung seiner Wehrfähigen angelangt sei, etwas überflügeln und hinter Rußland nicht mehr erheblich zurückbleiben.

Die Kosten der Vorlage waren als einmalige Ausgabe mit 66,800,000 Mark angesetzt. Davon entfielen 61 Millionen auf 1893/94, der Rest würde später eingefordert werden. Die fortlaufenden Ausgaben betrügen jährlich 64 Millionen; wovon als erste Rate 56,400,000 Mark gefordert würden, der Rest späterer Zeit vorbehalten bleibe. Die Etatsvermehrung umfasse 2138 Offiziere, 234 Militärärzte, 209 Büchsenmacher und Waffenmeister, 23 Roßärzte, einen Sattler, 11,857 Unteroffiziere, 72,027 Gemeine, 6130 Dienstpferde.

Die Beurteilung der Vorlage war durchweg abfällig, keine Partei gab ihre unbedingte Zustimmung dazu ab, die auswärtige Presse schwieg. In Italien waren Stimmen laut geworden, die ihre Freude darüber äußerten, daß Italien Deutschland auf dem Wege zum wirtschaftlichen Ruin nicht folgen brauche.

---

Der am 9. November zusammengetretene Preußische Landtag wurde sogleich mit einer wichtigen, das wirtschaftliche Staatsleben nahe berührenden Gesetzesvorlage befaßt. Es war dies ein Steuerreformplan, der darauf abzielte, unter Beseitigung der allzustarken Belastung des Grundbesitzes und der Industrie und unter stärkerer Besteuerung des vererblichen Einkommens der Privaten, im Unterschied zum Arbeitseinkommen, eine gerechtere Verteilung der Staatssteuern zu bewirken, den Gemeinden höhere Steuererträge zu sichern und die Gemeindesteuergesetzgebung in dem Sinne zu modifizieren, daß die Verteilung der Gemeindelasten eine gleichmäßigere würde.

Das neue, den Abgeordneten vorgelegte Steuerprogramm umfaßte im wesentlichen drei Entwürfe. Erstens ein Gesetz, betreffend die Aufhebung direkter Staatssteuern, ferner die Einführung einer Ergänzungssteuer und die Regelung der Kommunalsteuer.

In der Rede, mit welcher der Minister Miquel den neuen Steuerplan einführte, bemerkte er, daß vor allem die Doppelbesteuerung beseitigt werden müsse.

Den Städten würde die stets wachsende Gebäude- und Gewerbesteuer überwiesen werden, dem platten Lande die feststehende Grundsteuer. Die bisherige Besteuerung sei ein schwankendes Rohr, sie sei von Zufälligkeiten in einzelnen Gewerbebetrieben abhängig, die oft jahrelang darniederliegen könnten. Sie sei abhängig davon, ob ein reicher Mann stirbt, ob er bleibt oder fortzieht. Schon jetzt könnten wir mit unseren Mitteln die vorliegenden culturellen Ausgaben nicht erfüllen. Die Getreidesteuern dürften kaum höher als auf 24 Mill. Mark veranschlagt werden. Miquel schloß seine bedeutsame Rede mit folgenden Worten: „Wenn Sie die Gesetze im einzelnen behandeln, so werden Sie den unzertrennbaren Zusammenhang nicht aus dem Auge verlieren, Sie werden nicht die Vorteile der einzelnen Gruppen von Steuerzahlern gegeneinander abwägen, sondern die allgemeine Wohlfahrt

wird entscheidend sein und Ihre Schritte lenken. In diesem Vertrauen sieht die Regierung Ihren weiteren Verhandlungen entgegen."

Nachdem einige dreißig Redner sich mit den Einzelheiten der Vorlagen beschäftigt und verschiedene Standpunkte aus dem Gesetz beleuchtet hatten, wurde dasselbe am 26. November an eine Kommission von 28 Mitgliedern gewiesen, deren Beratungen in diesem Jahre nicht zu Ende kamen.

Die Kommission beendete die erste Lesung und gelangte damit vorläufig zu dem Schluß, daß die Überweisung der Realsteuern zu genehmigen sei; bezüglich der Art der Deckung dieses Ausfalles machten sich verschiedene Ansichten in ihrem Schoße geltend.

---

Am 22. November hatte inzwischen die Eröffnung des Reichstages stattgefunden. In der Thronrede wies Kaiser Wilhelm darauf hin, daß es angesichts der Verstärkung der Wehrkraft anderer Staaten zu einer gebieterischen Pflicht werde, auch deutscherseits auf die Fortbildung der Verteidigungsfähigkeit des Reiches mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen. Jener Entwicklung gegenüber wäre nur die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu erwarten, daß diejenigen Eigenschaften des Heeres, auf denen seine Kraft und sein Ruhm beruht, Deutschland seine achtunggebietende Stellung auch in Zukunft sichern könne. Gleichzeitig deutete der Monarch an, wie die Mittel zur Deckung der Kosten für den Mehraufwand beschafft werden sollten.

Diese zur Deckung des Mehrbedarfs an fortdauernden Ausgaben für die Heeresverstärkung erforderlichen Mittel sollten in einer Besteuerung des Bieres, des Branntweins und der Börsengeschäfte bestehen. Die Biersteuer sollte innerhalb der Brausteuergemeinschaft verdoppelt werden. Zur Vermeidung der Überbürdung der kleineren Brauereien wurde für sie eine Ermäßigung der Steuer empfohlen.

Der Ertrag der Branntweinsteuer sollte durch Erhöhung der Verbrauchsabgabe von 50 auf 55 Pfg. für das Liter reinen Alkohols gesteigert werden. Daneben würde es nötig die Gesamtjahresmenge Branntwein, welche zum niedrigeren Abgabensatze hergestellt werden darf, von 4,5 auf 4,1 Liter reinen Alkohols für den Kopf der Bevölkerung herabzusetzen.

Der letzte Vorschlag ging dahin, die durch das Gesetz vom 29. Mai 1885 eingeführte Abgabe von Kauf- und Anschaffungs-

geschäften über Wertpapiere und andere börsenmäßig gehandelte Waren von einem Zehntel bezw. zwei Zehnteln vom Tausend auf das Doppelte dieser Sätze zu erhöhen und durch veränderte Abstufung der Wertklassen in Zukunft die Möglichkeit auszuschließen, daß namhafte Beträge von der Besteuerung überhaupt freiblieben.

Der aus der Durchführung dieser Steuerpläne sich ergebende Mehrertrag sollte sich einschließlich der von den süddeutschen Staaten an Stelle der Biersteuer zu entrichtenden Äquivalente auf etwa 58 Millionen Mark belaufen.

Eine höhere Besteuerung des Tabaks in irgend welcher Form war nicht beabsichtigt.

In einer der ersten Sitzungen des Reichstages nahm der Reichskanzler das Wort zu einer längeren Erklärung, welche die politische und militärische Seite der Heeresvorlage nach den verschiedenen dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkten beleuchtete. Er betonte dabei, daß die deutsche Wehrmacht sicherlich einen respektablen Faktor darstelle, daß es ihr aber an Stärke und Organisation fehle. Die Kriegsformationen des Heeres seien zu locker, das letztere müsse verstärkt, verjüngt, verbessert werden. Die Verstärkung sei so zu bemessen, daß im Notfalle der Krieg nach zwei Seiten hin geführt werden könne. Sie erfordere eine Vermehrung um 83,900 Mann. — Nur auf diese Weise könne man dahin gelangen, nicht schon bei der Mobilmachung die älteren Jahrgänge der Landwehr einberufen zu müssen; die jüngeren jetzt der Armee vielfach verloren gehenden Kräfte müßten in größerem Umfange ausgenutzt und nicht nur so höhere Zahlen, sondern auch Werte geschaffen werden. Die Grundlage, auf der das Gebäude der allgemeinen Wehrpflicht stehe, bedürfe einer Erweiterung u. s. w.

In die Verhandlungen über die Militärvorlage fiel eine Bewegung im politischen und Parteileben Deutschlands, welche die Zerfahrenheit und die Spaltungen, die in der konservativen Partei herrschten, in ihrem ganzen Umfange bezeugte. Was dieser Bewegung einen besonders erregten Verlauf gab, war, daß der Antisemitismus sich der Führung derselben zu bemächtigen suchte. Die Folge davon war die Entfesselung einer lebhaften Polemik in der Presse der einander bekämpfenden Parteien. Am deutlichsten trat das in die politische Diskussion hinein gebrachte konfessionelle Moment auf einem Parteitag hervor, der in Berlin am 8. Dezember abgehalten wurde und auf welchem sich fast alle Redner nur mit der Judenfrage beschäftigten.

Ein Teilnehmer an dieser Versammlung erklärte, die Judenfrage sei der Kernpunkt des ganzen politischen Lebens. In der verschiedenen Beurteilung, welche dieser Parteitag, der ein neues Programm vorschlug und eine anderweitige Organisation der Partei in Aussicht stellte, innerhalb der Konservativen erfuhr, zeigte sich so recht deutlich die Zerrissenheit und Vielspaltigkeit derselben.

Der Reichstag trat am 10. Dezember in die Beratung der Militärvorlage ein, und widmete derselben die Tage bis zum Beginn der Weihnachtsferien (15. Dezember).

Der Kriegsminister General von Kaltenborn bemühte sich darzulegen, daß bei Beurteilung der Vorlage zwei Gesichtspunkten Rechnung getragen werden müsse: der ungerechten Verteilung der persönlichen Dienstleistungen und der den Anforderungen an Deutschlands Heeresmacht nicht genügenden militärischen Leistungen überhaupt.

Die einzelnen Parteien kennzeichneten sogleich ihre Stellung zu der Vorlage. Der Vertreter des Centrums, Abgeordneter von Huene, erklärte, daß die Vorlage in ihrem ganzen Umfange für ihn und seine Freunde unannehmbar sei, daß er aber in derselben die Erfüllung eines Wunsches der großen Mehrheit seiner Fraktion erblicke und daher sich verpflichtet fühle, alles zu bewilligen, was zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Präsenzstärke verlangt werde. — Abgeordneter Richter zog aus Huene's Erklärungen den Schluß, daß nach den Mitteilungen der jetzigen Regierung keine folgende mehr stark genug sein werde, die zweijährige Dienstzeit abzulehnen. Der Führer der Konservativen, Herr von Manteuffel, stand im allgemeinen auf dem Standpunkte des Centrums, sah jedoch in der Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine Gefahr für die Armee.

Von tiefgehendem Eindruck waren die Ausführungen des Vertreters der Nationalliberalen, des Abgeordneten Rudolf von Bennigsen.

Nachdem er es als einen Fehler bezeichnet, daß die Regierung von Hause aus keinen festen Plan über die Art der zur Kostendeckung bestimmten neuen Reichssteuern gehabt, sagte er: „Während für den Kampf nach zwei Seiten die Bedürfnisse genügten, ließen sich der Forderung, daß wir Frankreich gewachsen sein müßten, ernste Gründe nicht entgegensetzen. Läge nicht der Fall vor, daß wir durch den Vorrang unseres Infanteriegewehres noch einige Jahre uns vor dem Ausbruch des Krieges gesichert halten könnten, so würde die Regierungen

durch Einbringung dieser Vorlage eine schwere Verantwortlichkeit treffen. Viele Umstände erschwerten einen freudigen Aufschwung der Bevölkerung für neue Anstrengungen, namentlich der schon das zweite Jahr dauernde Niedergang von Handel und Industrie. Kritik und Unzufriedenheit hätten sich gegen manche Handlungen der Regierungen erhoben, große und kleine Fehler seien begangen, die geeignet wären, weitgehende Verstimmung hervorzurufen. Demgegenüber müsse der Reichstag Führer der Nation in der ernsten Übergangszeit sein. Die Nationalliberalen billigten nicht die ganze Vorlage, aber das alle Parteien beherrschende Gefühl großer Verantwortlichkeit müsse zu einer Verständigung führen."

Der Reichskanzler bezeigte sich dankbar für Bennigsen's Rede.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen nahm Graf Caprivi sehr entschieden Stellung gegen den Antisemitismus, welche Rede um so größere Bedeutung hatte, als er tags zuvor eine längere Audienz beim Kaiser gehabt hatte, mit dessen Übereinstimmung er darnach seine Stellung nahm.

Schließlich wurde auf Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Osann die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nachdem die Verhandlungen des Reichstags ohne wesentliche Aufklärung der politischen Lage und ohne Aussicht auf Verständigung über die Militärvorlage geendet hatten, waren die letzten zwei Wochen des Dezember noch reichlich mit öffentlichen Erörterungen über das Schicksal dieser Vorlage ausgefüllt. Zwar kam die Bereitwilligkeit, zum Schutz des Landes alles zu thun, fast überall zum Durchbruch; in den Vordergrund aber drängten sich die Zweifel, ob das Heer wirklich durch Massenvermehrung verjüngt werde, ob die Stärke zum Krieg nach zwei Seiten nötig sei und ob in der Weltlage wirklich die Notwendigkeit zur äußersten Spannung der Kräfte liege.

Auf Seiten der Regierungen hingegen wurde angedeutet, daß sie aufs strengste an der vollen Forderung festhielten. Endlich verlautete, daß Gegner des „neuen Kurses" den Plan vorbereiteten, aus den unzufriedenen Elementen der mittleren Parteien eine neue „Nationalpartei," zunächst in Süddeutschland, ins Leben zu rufen.

---

Im Ostafrikanischen Schutzgebiet hatte das Jahr 1892 manche Widerwärtigkeiten und Verluste im Gefolge.

Die Schutztruppe wurde am 10. Juni in einem Gefecht von Eingeborenen besiegt, Lieutenant von Bülow und noch ein Offizier nebst 20 Soldaten getötet. Ende August waren mehrere blutige Gefechte gegen den kriegslustigen Stamm der Wahenge zu bestehen gewesen, in denen die neue Station Kisaki verteidigt werden mußte. In Folge dieser Unfälle, die nach dem Rücktritt Wißmann's sich doppelt fühlbar machten, und einen Rückgang des ganzen Kolonialwerkes herbeizuführen drohten, erschien es an leitender Stelle zweckmäßig, wenigstens zeitweise die höchste Civil- mit der höchsten Militärgewalt zu vereinigen. Oberstlieutenant von Scheele wurde in Folge dessen nach Ostafrika entsandt, während der bisherige Gouverneur Frhr. von Soden aus der Stellung als Gouverneur schied.

Nachholend seien hier noch einige Mitteilungen über das Südseeschutzgebiet angeschlossen. Dort hatte sich auf Grund der zwischen dem Reich und der Neu-Guineakompagnie 1885 getroffenen Vereinbarung, die letztere die unbeschränkte Bewirtschaftung ihres Gebietes vorbehalten und die Verantwortung für etwaigen Nutzen und Verlust übernommen. Anderseits übertrug sie den von der Regierung ernannten Organen bedingungslos die Verwaltungsgeschäfte und zahlte zu diesem Zwecke eine jährliche Abgabe in die Staatskasse.

Mit der Ausübung des Protektorats über Kaiser Wilhelms-Land war unter der oberen Leitung des Reichskanzlers ein Landeshauptmann betraut, dem es oblag, die Beachtung der übernommenen Verpflichtungen zu überwachen und alle Anordnungen zu treffen, welche er im Interesse der Gesellschaft für geboten erachtete. Durch Erlaß vom 17. Mai 1889 ging dann die staatliche Verwaltung des Schutzgebietes von Kaiser Wilhelms-Land, vom 1. Oktober 1889 an beginnend, auf Beamte des Reiches über, die Stelle des Landeshauptmannes ging infolgedessen ein und die Landesverwaltung, die Rechtspflege wie die Einziehung der auf der Landeshoheit beruhenden Steuern und Zölle wurden einem Reichskommissar übertragen.

Die Südsee-Stationen Finschhafen und Hatzfeldthafen weisen seit 1890 ausgedehnte Kulturarbeiten auf, insbesondere bedeutende Tabak- und Baumwollenpflanzungen, deren Produkte bereits auf den Bremer und Hamburger Handelsplätzen eingeführt sind. Auch der Anbau von Nährfrüchten und die Zucht mit importiertem Vieh macht gute Fortschritte. Der Verkauf der ersten Tabak- und Baumwollenernte der

Versuchsplantage Hatzfeldthafen in Bremen hat sogar ein überraschend günstiges Resultat ergeben.

Ebenso befinden sich die Stationen im Bismarck-Archipel trotz der Schwierigkeiten, auf welche die Anwerbungsversuche bei den Papuas gestoßen sind, in vollem Betriebe.

---

# Das Jahr 1893.

Das neue Jahr begann mit festlichen Tagen in der Kaiserfamilie.

In Berlin fand am 25. Januar die Vermählung der Prinzessin Margarete von Preußen, der jüngsten Schwester des Kaisers, mit dem Prinzen Friedrich Carl von Hessen mit dem hergebrachten Ceremoniell statt; daran schloß sich die Feier des Geburtstags des Kaisers am 27. Januar. Zu derselben war ein vornehmer Gast aus Rußland eingetroffen, der Großfürst-Thronfolger Nicolaus, der durch sein bescheidenes, anspruchsloses Wesen sich schnell die Sympathie der hohen Gastgeber und des ganzen Hofes gewann. Zu den besonderen Festlichkeiten, welche aus Anlaß dieses Besuches veranstaltet wurden, gehörte auch ein Besuch bei dem Offizierkorps des Kaiser Alexander-Garde-Grenadierregiments. Während der Tafel brachte Kaiser Wilhelm einen Trinkspruch auf den Zar Alexander mit einer ungewöhnlichen Wärme aus, er schloß denselben, das Glas erhebend, mit folgenden Worten:

. . . . . .

„Wir alle sehen in Ihrem Kaiserlichen Vater nicht nur den hohen Chef des Regiments, nicht nur unsern vornehmsten Kameraden, sondern vor allem den Träger altbewährter monarchischer Traditionen, oft erwiesener Freundschaft und inniger Bande intimer Beziehungen zu Meinen erlauchten Vorgängern, deren Erfüllung in früheren Zeiten russische sowohl wie preußische Regimenter auf dem Schlachtfeld vor dem Feinde mit ihrem Blute besiegelten. Erheben Sie die Gläser und rufen Sie aus vollem Herzen:

Seine Majestät der Zar, Hurrah!"

Zu den politischen Vorgängen in jener Reihe glänzender Hoffestlichkeiten zu Ehren fremder Gäste gehört auch ein Toast des Kaisers bei dem Festmahl zu Ehren des Herzogs von Edinburgh. Er sagte darin, die englische Flotte sei für die deutsche nicht nur ein Muster vom technischen und wissenschaftlichen Standpunkt, sondern die Helden der britischen Flotte würden immer die Leitsterne sein für die Offiziere und Mannschaften der deutschen Marine.

---

Mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages nahm auch die Militärkommission des Reichstags ihre Sitzungen auf, und diskutierte dieselbe meist in Anwesenheit des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern und des Staatssekretärs der Auswärtigen Angelegenheiten, sowie der Kriegsminister von Preußen, Bayern und Sachsen.

Die erste Sitzung der Militärkommission füllte eine mehrstündige Rede des Reichskanzlers Grafen Caprivi aus, in welcher er sich über die militärisch-politische Lage ausführlich aussprach und die unveränderte Annahme der Militärvorlage empfahl. Bei der Generaldebatte in der zweiten Sitzung zog der Abgeordnete Richter aus der Gährung in Frankreich den Schluß, daß dieses weniger bündnisfähig und daher die Gefahr eines Krieges für Deutschland geringer sei. Er berührte sodann die auswärtige Politik und insbesondere die Bündnisverhältnisse, die er für günstiger als der Reichskanzler hielt, weil sie auf natürlicher Interessengemeinschaft, nicht auf vorübergehender Willensäußerung der Fürsten oder auf Volksströmung beruhten.

Nachdem hierauf der Kanzler erwidert, und die Möglichkeit einer Einschränkung der Vorlage hatte durchblicken lassen, führte v. Bennigsen aus, daß die Vorlage im Volke auf einen weitverbreiteten Widerstand gestoßen sei, dies sich aber ändern werde, wenn das Parlament sich von der Notwendigkeit der Heeresvermehrung überzeugt hätte. Er biete der Regierung statt 60 000 Rekruten, 40 000 an und empfehle die Einschränkung der vierten Bataillone um die Hälfte.

Ein Vertreter des Zentrums erklärte, seine Partei wolle die zweijährige Dienstzeit eintauschen gegen die Verstärkung des Rekrutenkontingentes.

Der Verlauf der Verhandlungen der Militärkommission rief den Eindruck hervor, daß man sich dabei im Kreise zweckloser hochpolitischer

und sonstiger Erörterungen allgemeinster Art herumdrehe, ohne weiter zu kommen. Im übrigen boten sie während ihrer nun wiederum eintretenden Pause der gesamten Presse aufs neue reichliche Nahrung zur fortgesetzten Besprechung der großen Frage. Unter Hintenansetzung aller anderen Angelegenheiten wurden die vernommenen Aussprüche in allen Parteilagern mit großer Breite behandelt, und dies wiederholte sich mit neuem Anlaufe fast nach jeder der folgenden Kommissionssitzungen; jedoch nahm, je länger diese sich hinzogen, der Eifer in der Kritisierung sichtlich ab, ja es begann sich eine gewisse Ungeduld über die Verzögerung der Entscheidung zu zeigen. Die Pause bis zur folgenden Sitzung war wieder mit Kundgebungen für die Vorlage ausgefüllt. Die Abgeordneten zum Provinzialausschuß der Rheinprovinz richteten am 26. Januar aus Düsseldorf an den Reichstag die Bitte, den Vorschlägen der Regierung möglichst zu entsprechen, und drückten die Erwartung aus, daß insbesondere die Vertreter der Rheinprovinz im Reichstage hierzu beitragen würden. Sodann nahmen einige Generale den Geburtstag des Kaisers zum Anlaß, die Notwendigkeit der Vorlage zu betonen. Es sprachen Graf Waldersee, die Generale von Leszynski und von Schkopp in ermahnender sachkundiger Weise über den Gesetzentwurf.

Hatten auch die allgemeinen Verhandlungen der Militärkommission durch die lange Dauer eine gewisse Ermüdung hervorgerufen, so begann doch außerhalb, im Publikum, das Wogenspiel für und wider bald mit aller Lebhaftigkeit aufs neue einzusetzen und gewährte ein seltsames Bild von Ansichten, Hoffnungen, Befürchtungen, Kombinationen und auch von Phantasien. Je weniger noch Neues vorgebracht werden konnte, um so mehr steigerte sich die Eindringlichkeit im Geltendmachen der Standpunkte, und zogen sich die Erörterungen auf allgemeinere und höhere Gesichtspunkte oder auf ganz andere Fragen zurück.

Das Zentrum hielt fest an der Meinung, daß die Vorlage unannehmbar sei, worauf der Reichskanzler erwiderte, daß absichtlich nicht mit dem Säbel gerasselt und Kriegsrummel gemacht worden sei. Die Vorlage beruhe nicht auf einer momentan drohenden Gefahr, sondern auf einer dauernd möglichen. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen. Mitten in diese Erörterungen, welche die allgemeine Aufmerksamkeit immer mehr auf die Entscheidung in der Militärfrage lenkten, griffen die Vertreter der Landwirtschaft mit einer

Aktion ein, die allgemeines Aufsehen erregte. Am 18. Februar fanden im großen Saale der Tivolibrauerei in Berlin zwei stark besuchte Versammlungen statt, welche die Gründung des Bundes deutscher Landwirte bezweckten. Die vom Rittergutsbesitzer von Ploetz-Doellingen geleitete Versammlung nahm folgendes Programm einstimmig als Grundlage an. Sie forderten insbesondere genügenden Zollschutz für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und deren Nebengewerbe, keine Handelsverträge mit andern Ländern, die eine Herabsetzung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle zur Folge hätten, Einführung der Doppelwährung, Bildung von Landwirtschaftskammern, anderweitige Regelung der Gesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz, Kontraktbruch der Arbeiter und den Arbeiterschutz, ferner schärfere staatliche Beaufsichtigung der Produktenbörse, sowie weitere Ausbildung des privaten und öffentlichen Rechts.

Diese Vorgänge erzeugten eine tiefgehende Bewegung unter den Landwirten in Nord- und Süddeutschland. Herr von Ploetz, der Führer des Bauernbundes, zog aus dem Umstand, daß ein Aufruf zur Bildung eines ganz Deutschland umfassenden konservativen Wahlvereins behufs Wahrung landwirtschaftlicher Interessen allgemeinen Anklang gefunden hatte, den Schluß, daß es mit der Landwirtschaft sehr schlecht bestellt sein müsse.

Es wurde nun die Gründung eines Bundes beschlossen, um alle landwirtschaftlichen Interessen ohne Rücksicht auf politische Parteistellung und Größe des Besitzes zur Wahrung des der Landwirtschaft auf die Gesetzgebung und Verwaltung gebührenden Einflusses zusammenzufassen. In demonstrativer Weise warnte gleichzeitig der Bauernbund vor dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland, bei dem der Landwirtschaft Opfer zugemutet würden. Als dritter Vertreter der Landwirtschaft bildete sich unter Graf Mirbach die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Auch diese Gruppe trat gegen Schädigung durch einen Handelsvertrag mit Rußland auf. Einer Deputation aus dem Kreise der landwirtschaftlichen Verbände mehrerer preußischer Provinzen, welche beauftragt war, mittels einer Denkschrift die Wünsche der Landwirtschaft zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen, antwortete der Monarch:

„Die Wünsche, welche Sie Mir vortragen, werden von Meiner Regierung eingehend geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Je mehr dies geschehen und das Gedeihen der Landwirtschaft gefördert

werden kann, desto größer wird Meine Befriedigung sein, da die Landwirtschaft und die ackerbautreibende Bevölkerung Mir besonders am Herzen liegen. Ich erblicke gleich Meinen Vorfahren in ihr, wie Ich vor drei Jahren in Königsberg auf dem Feste der Provinz ausgesprochen habe, eine Säule des Königtums, die zu erhalten und zu festigen Mir Pflicht und Freude ist, und Ich vertraue zuversichtlich, daß sie sich als solche in alter Treue allezeit bewähren wird."

---

Die landwirtschaftliche Bewegung, die ebenso plötzlich als entschieden eingesetzt hatte, gewann um diese Zeit noch an Intensität. Die Veranlassung dazu gab zum teil die Besorgnis, daß die seit einiger Zeit zwischen dem Deutschen Reich und Rußland geführten Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu einem Abschluß führen könnten, der auf russisches Getreide denselben Zoll legte, wie auf österreichisches und amerikanisches.

Das stärkere Hervortreten der Agrarier, die sich mehr zuspitzenden Verhandlungen in der Militärkommission zogen das allgemeine Interesse in lebhaftester Weise an und drängten die beiden Fragen der Heeresverstärkung und des Handelsvertrages mit Rußland immer mehr in den Vordergrund.

Nachdem in der Militärkommission nach langen Besprechungen und Erörterungen ein eigentliches Ergebnis nicht erreicht, sondern die Hauptpositionen der Vorlage, betreffend die Stärke und Gliederung der Armee und die Art und Länge der Dienstpflicht abgelehnt worden waren, bemerkte Graf Caprivi, daß ein Flickwerk oder ein Notbehelf nicht zugelassen werden würde. Es sei nur das Notwendigste verlangt worden. Jeder annehmbare Vorschlag werde geprüft werden.

Vergeblich bemühte sich der Abgeordnete von Bennigsen wiederum einen Vermittelungsvorschlag durchzubringen, indem er schon in der ersten Lesung beantragte, die fünfjährige Bewilligungsperiode und darüber hinaus auf so lange gesetzlich zu fixieren, als die festzustellende Friedenspräsenzstärke nicht vermindert werde.

Der Vorschlag fand keinen Anklang; es wurde darauf hingewiesen, daß die 4. Bataillone dauernd bestehen bleiben müßten, auch wenn mit der zweijährigen Dienstzeit die Voraussetzungen ihrer Errichtung wegfielen. Bennigsen befürwortete nun, daß die vierten Bataillone nur so lange bestehen sollten, als die zweijährige Dienstzeit festgehalten würde. Aber auch dieser Antrag stieß auf Ablehnung.

Die so lange debattierte Frage, die den Mittelpunkt der gesamten parlamentarischen Verhandlungen dieser Sitzungsperiode bildete, kam nicht zur Entscheidung. — Es schien, daß eine Verständigung über die im Interesse der Sicherheit und Machtstellung Deutschlands durchzuführende Heeresverstärkung nicht zu erzielen sei. — In einer Abstimmung am 18. März wurde der Antrag der Freisinnigen auf verfassungsmäßige Einführung der zweijährigen Dienstzeit, und ein Antrag Eugen Richter's auf Innehaltung der bisherigen Präsenzstärke, abgelehnt. Damit war die Kommission nach Monate langer Arbeit wieder dahin gelangt, wo sie ihre Beratungen angefangen hatte.

---

Während die Militärkommission sich vergeblich bemühte, eine Einigung über die Vorlage zu erzielen, zog die landwirtschaftliche Bewegung immer weitere Kreise, und bildeten sich verschiedene Gruppen, in denen die einander gegenüberstehenden Erwerbsinteressen ihren Ausdruck und ihre Vertretung fanden.

In Württemberg wie im Großherzogtum Hessen schlossen sich die Landwirte dem Berliner Bunde an, mit denselben gingen mehrere landwirtschaftliche Vereine in Preußen. Ihnen gegenüber stellten sich die unter katholischem Einfluß stehenden Vereine. In Franken und Niederbayern entstanden Vereine, die sich nicht mit denen Norddeutschlands verbinden zu können erklärten. Der deutsche Handelstag betonte den agrarischen Sonderbestrebungen gegenüber die Gemeinsamkeit von Industrie und Landwirtschaft. Die deutsche Wirtschaftspartei erhob ebenfalls ihre Fahne zu Gunsten der gewerblichen Interessen. Ebenso wie in den wirtschaftlichen, so verschärften sich auch in den politischen und konfessionellen Fragen die Gegensätze. Der Abgeordnete Dr. Lieber, einer der Führer des Centrums, schlug in seinen Reden immer deutlicher einen demokratischen Ton an, dem gegenüber Frhr. von Schorlemer-Alst daran erinnerte, wie die Armee der Stolz und die Ehre des Landes, ihre Tüchtigkeit hauptsächlich den Fürsten aus dem Hohenzollernschen Hause verdanke. „Es wäre eine patriotische Pflicht, die Armee zu hegen und zu pflegen und sie dergestalt kräftig zu machen, daß wir mindestens unseren Feinden ebenbürtig seien."

---

In diese Periode fiel auch die Ahlwardtbewegung, die als ein Zeichen der Zeit hier nur kurz erwähnt sei. Mit seinen angeb-

lichen Enthüllungen über Unredlichkeiten und Durchstechereien, die bei der Lieferung von Gewehren für die Armee von Seiten der Firma Ludwig Löwe begangen sein sollten, verfolgte der genannte Reichstagsabgeordnete nur den Zweck, dem Hasse gegen die Juden Ausdruck zu geben und konfessionellen Hader herbeizuführen. Es war ein förmliches Gewebe von Entstellungen, Verdächtigungen und Verleumdungen, die dieser Agitator einer unedlen Sache, von der Tribüne des Reichstags herab, als Ausfluß seiner Überzeugung von der Unlauterkeit und Niedrigkeit jüdischer Spekulationswut ausgab. Die anständige Presse geißelte das Auftreten dieses Bannerträgers des Antisemitismus mit der gebührenden Schärfe und wies auf die Gefahren hin, die daraus entstehen können, wenn catilinarische Existenzen die Geister der Tiefe beschwören und das furchtbare Gift der Ehrabschneidung in die Volksmassen trügen. Es war eine traurige Erscheinung in unserem öffentlichen Leben, daß Ahlwardt und seine Parteigenossen wenn auch nur vorübergehend Beachtung finden konnten. Der Historiker Professor Mommsen bezeichnete das Treiben Ahlwardt's als ungeheuere Schmach, wogegen die Kölnische Zeitung bemerkte, daß der Antisemitismus eine Macht geworden sei, mit der gerechnet werden müsse, und daß in der That ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung im Reiche sich jeder nationalen Bewegung gegenüber ablehnend, ja feindselig verhalte.

Am 1. April trat das Gesetz zur Einführung der Einheitszeit im Deutschen Reich in Kraft. Dieses Gesetz, durch welches die Verschiedenartigkeit der Ortszeiten für das Deutsche Reich durch eine Einheitszeit ersetzt werden sollte, lautet:

Sobald unter dem Meridian, der ungefähr 14 Meilen ostwärts von Berlin Deutschland beinahe in der Mitte über Stargard, Sommerfeld, Görlitz durchschneidet, der Zeiger in der Nacht vom 31. März zum 1. April die 12. Stunde weist, sind alle Uhren ostwärts auf Mitternacht zurück, und alle Uhren westwärts auf Mitternacht voran zu stellen.

---

In der Sitzung vom 3. Mai hatte der Abgeordnete von Huene im Reichstag einen Antrag zur Militärvorlage eingebracht, der die Friedenspräsenzstärke des Heeres vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479,229 Mann bezifferte, unter Einführung der zweijährigen

Dienstzeit. Der Reichskanzler bezeichnete denselben als eine annehmbare Lösung der Militärvorlage, zumal er die gesetzliche Friedenspräsenzstärke auf 5 1/2 Jahre festgestellt haben wollte. —

In der Sitzung vom 6. Mai wurde die Debatte über die Vorlage zu Ende geführt.

Prinz Schönaich-Carolath brachte in derselben einen Antrag ein auf gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit auf die Dauer der Huene'schen Präsenzstärke, d. h. 5 1/2 Jahre. Nach längerer Debatte über denselben kam es zur Abstimmung.

Die Regierungsvorlage wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt. Gleiches war der Fall mit dem Antrag Huene, der mit 210 gegen 162 Stimmen zu Fall kam. Nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung verlas Graf Caprivi eine Kaiserliche Verordnung, die den Reichstag für aufgelöst erklärte. Präsident von Levetzow schloß ihn unter dem üblichen Ceremoniell.

---

Über die Ablehnung sprach sich der Kaiser bei einer Truppenbesichtigung auf dem Kreuzberg am 10. Mai folgendermaßen aus:

„Seit wir uns nicht gesehen, sind eigene Wandlungen mit der Militärvorlage vor sich gegangen. Ich habe nicht deren Ablehnung erwarten können und hoffte von dem patriotischen Sinne des Reichstages eine unbedingte Annahme. Ich habe Mich darin leider getäuscht. Eine Minorität patriotisch gesinnter Männer hat gegen die Majorität nichts zu erreichen vermocht, dabei sind leidenschaftliche Worte gefallen, welche unter gebildeten Männern ungern gehört werden. Ich mußte zur Auflösung schreiten und hoffe von einem neuen Reichstage die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin Ich gewillt, Alles, was Ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn Ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Militärvorlage, um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt.

Man hat von Aufregung der Massen gesprochen; Ich glaube nicht, daß sich das Deutsche Volk von Unberufenen erregen lassen wird. Im Gegenteil, Ich weiß Mich Eins in dieser Militärvorlage mit den Bundesfürsten, mit dem Volk und mit der Armee."

Der Monarch war, als er obige Worte sprach, erst kürzlich von der Reise nach Italien zurückgekehrt, wohin er sich mit der Kaiserin

begeben, um an den silbernen Hochzeitsfestlichkeiten des Italienischen Königspaares in Rom teil zu nehmen.

Die am 18. April angetretene Romfahrt des Kaiserpaares gestaltete sich in Italien zu einem wahren Triumphzug. Die Kaiserlichen Majestäten waren namentlich von Ihrer Aufnahme in Rom in hohem Maße befriedigt. Die freundschaftlichen Gefühle und Gesinnungen des Italienischen Königspaares teilten sich der ganzen Bevölkerung mit, und diese ließ auch nicht eine Gelegenheit vorübergehen, dem Kaiserpaare ihre Huldigungen darzubringen, die bei dem lebhaften Temperament des Südens oft in einer dem Nordländer ungewohnt stürmischen Weise zum Ausdruck kamen.

Einen Ausdruck fanden die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Herrschern besonders in den bei der Festtafel am 22. April im Quirinal ausgebrachten Toasten.

König Humbert sagte, das Glas erhebend:

„Das Herz erfüllt von Freude, danke Ich, zugleich im Namen der Königin, Meinem theuren Bruder, dem Kaiser Wilhelm und Seiner erhabenen Gemahlin, der Kaiserin Auguste Victoria, sowie allen verwandten, befreundeten und verbündeten Prinzen und Prinzessinnen, welche hierher gekommen sind, um die Freuden dieser Tage mit Uns zu teilen.

Ihre Anwesenheit ist Mir, Meinem Hause und Meinem Volke ein Unterpfand des Glücks!

Ich trinke, auch im Namen der Königin, auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser, Ihre Majestät die Kaiserin, auf alle fürstlichen Gäste, die an diesem Tische sitzen, sowie auf die Souveräne und Staatsoberhäupter, die heute durch ihre Verwandten oder durch Repräsentanten hier vertreten sind!“

Hierauf erhob Sich Kaiser Wilhelm zu folgender Erwiderung:

„Euere Majestäten wollen Mir gestatten, zunächst in Unserer Beider Namen gerührten Dank zu sagen für den herzlichen Empfang, den Euere Majestäten und die Einwohner Roms und ganz Italiens Uns bereitet haben. Ich erblicke in dieser Thatsache den erneuten Beweis Euerer Majestät persönlicher Freundschaft, welche Sie von Meinem Großvater und Meinem Vater auf Mich übertragen haben. In Beider Sinne habe Ich gehandelt, als Ich hierher eilte, Meine Glückwünsche zum heutigen Feste darzubringen. Hand in Hand mit Unserer persönlichen Freundschaft geht die warme Sympathie, welche

die Völker Deutschlands und Italiens verbindet und die in diesen Tagen mit neuer Kraft zum Ausdruck gelangt."

Der Empfang, welcher dem Deutschen Kaiserpaare vom Papste bereitet wurde, war ein sehr herzlicher. Die Kaiserin sprach mit dem heiligen Vater sechzehn Minuten lang. Nachdem sie hierauf dem Papste die Personen ihrer Suite vorgestellt hatte, zog sie sich zurück und besuchte die Museen des Vatikans und die St. Peterskirche. Inzwischen blieb der Deutsche Kaiser mit dem heiligen Vater 55 Minuten lang allein. Kaiser und Papst drückten einander zunächst die Gefühle der gegenseitigen Hochachtung und Verehrung aus. Was die Gegenstände betrifft, die in dieser Unterredung berührt wurden, so verlautete in der unmittelbaren Umgebung des Papstes, daß sich das Gespräch mehr um allgemeine Gesichtspunkte drehte. Der Papst und der Kaiser tauschten ihre Auffassungen über die kirchenpolitische Situation Deutschlands, sowie über die Lage des Papsttums überhaupt aus. Hierbei wurde, wie man im Vatikan erzählt, ängstlich Alles vermieden, was der Unterredung eine für den einen oder anderen Teil unangenehme Wendung hätte geben können. Kaiser und Papst schieden sehr befriedigt von einander, was auch darin seinen Ausdruck fand, daß der Papst dem Kaiser beim Abschiede zweimal die Hand mit großer Herzlichkeit reichte.

Dem Besuche von Rom folgten Ausflüge nach Neapel, Pompeji und Umgebungen, woselbst mehrere Ausgrabungen in Gegenwart der hohen Herrschaften stattfanden.

Eine der herrlichsten Exkursionen, welche die deutschen und italienischen Majestäten von Neapel aus unternahmen, waren eine Rundfahrt an Bord des großen Panzerschiffes Lepanto, dessen Deck in einen Palmen- und Orangenhain verwandelt war, im Golf der Stadt.

Die Rückkehr nahm das Deutsche Kaiserpaar durch die Schweiz und machte einen kurzen Halt in Luzern, woselbst es von Seiten des Bundespräsidenten Schenk unter lebhafter Teilnahme der Bevölkerung begrüßt wurde.

„Euere Kaiserlichen Majestäten," so sprach derselbe, „haben der Schweiz die hohe Ehre erwiesen, sie zu besuchen und dem schweizerischen Bundesrate damit die willkommene Gelegenheit gegeben, Euere Majestäten persönlich zu begrüßen und Ihnen die Gefühle ehrfurchtsvoller Hochachtung und Verehrung auszusprechen, von denen er durch-

drungen ist. Die Schweiz freut sich einmütig dieses für sie bedeutungsvollen Tages und erblickt in dieser freundlichst gebotenen persönlichen Begegnung gerne eine besondere Bekräftigung der guten Beziehungen, welche zwischen dem mächtigen Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehen. Das Schweizervolk und seine Behörden, wiewohl entschlossen, unter allen Umständen und mit allen Kräften die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, nehmen lebhaftesten Anteil an allen Bestrebungen und Thaten, welche darauf zielen, den Völkern die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu erhalten, und schauen deshalb auch mit freudigem Vertrauen auf die Hand Eurer Majestät, in welcher sie einen Hort und Schützer des Friedens verehren. Ich trinke auf die Gesundheit und das Wohl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin."

Auf den Toast des Bundespräsidenten Schenk erwiderte Seine Majestät der Kaiser, zum Präsidenten gewendet, etwa Folgendes: Die an ihn und die Kaiserin gerichtete freundliche Einladung, auf der Heimreise einige Stunden in der Schweiz zu verweilen, habe ihnen Beiden zur aufrichtigen Freude gereicht. Mit herzlichem Danke, zugleich im Namen des gesamten deutschen Volkes, erwidere er die liebenswürdige Begrüßung und den traulichen Empfang der Schweizer. Die herrliche Gegend, die ihnen soeben gezeigt worden, sei ihm nicht unbekannt, denn in jüngeren Jahren sei es ihm vergönnt gewesen, schon einmal sich an dem Anblick dieser Berge und Seen zu erfreuen, welche jährlich Tausenden deutscher Landsleute Erfrischung und Kräftigung bei gastlicher Aufnahme gewährten. Mit Befriedigung konstatiere er, daß die guten freundnachbarlichen Beziehungen, die von Alters her mit den Schweizern beständen, unverändert fortdauerten und hoffe er, daß der vertragsmäßig gesicherte Verkehr zwischen der Schweiz und Deutschland sich weiterhin gedeihlich entwickeln und dazu beitragen werde, die Freundschaft zwischen beiden Völkern zu erhalten und zu festigen. Er trinke auf das Wohl der Schweiz, der Schweizer und des Präsidenten der Eidgenossenschaft.

---

Die am 15. Juni vorgenommenen Reichstagswahlen machten eine so große Anzahl von Stichwahlen wie noch nie vorher, erforderlich. Aus dem Ergebnis, das sie zu Tage förderte, war daher noch kein Schluß auf das Schicksal der Militärvorlage zu ziehen.

Am 4. Juli fand die Eröffnung des neuen Reichstags statt. In der Thronrede betonte der Kaiser ganz besonders den letzten Abschnitt, in welchem er Berufung an die Vaterlandsliebe der Nation einlegte, das ruhmreich und mit schweren Opfern errungene Einheitsband zu erhalten. Nach Beendigung der Verlesung fügte der Kaiser, die Stimme laut und energisch erhebend, die Worte hinzu:

„Und nun, Meine Herren, gehen Sie hin! Der alte Gott sehe auf Sie herab! Er leihe Ihnen seinen Segen zum Zustandebringen eines ehrlichen Werkes zum Wohl unseres Vaterlandes!"

Am 5. Juli konstituierte sich der Reichstag. Das Präsidium fiel wiederum dem Wirklichen Geheimrat von Levetzow zu, neben ihm sollten Frhr. von Buol-Beerenberg und Dr. Bürklin als Vizepräsidenten fungieren. —

Bei dem Empfang der Präsidenten durch den Kaiser am 9. Juli gab der Souverän seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Herr von Levetzow wieder an die Spitze des Reichstags berufen sei und erkundigte sich sodann nach den persönlichen und Heimatsverhältnissen der beiden Vizepräsidenten. Des Weiteren kam der Kaiser auf die Aufgabe zu sprechen, die zu lösen der Reichstag berufen worden sei. Er wies auf die militärischen Verstärkungen hin, die in den Nachbarreichen erfolgt seien. Zur Aufrechterhaltung des Friedens sei es notwendig, daß wir gleichen Schritt halten und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern dringend der Beruhigung, die allein die Annahme der Militärvorlage bieten würde. Der Kaiser betonte, wie schnell in Frankreich das Cadresgesetz alle Stadien durchlaufen habe, wie dort militärischen Forderungen gegenüber sich niemals eine Opposition geltend mache. Der Monarch äußerte schließlich die Hoffnung, daß der Reichstag seine Beratungen schnell zum Abschluß bringe, damit bei der vorgeschrittenen Jahreszeit auch den Parlamentariern bald die erwünschte Erholung zu Teil werde. Er selbst werde vor Erledigung der Militärvorlage keine Reise antreten.

Die Beratung der Vorlage im Reichstag nahm nur ganz kurze Zeit in Anspruch, und ging ohne Kommissionsberatung ab. Der Reichskanzler beschränkte sich in der Rede, mit welcher er die Vorlage von Neuem dem Reichstag unterbreitete, auf die Darlegung und Begründung der Änderungen des ersten Entwurfes. Er bemerkte erläuternd dabei, daß die Regierungen zur Ausarbeitung derselben auf

Grund des früheren Huene'schen Vorschlages bewogen worden seien durch die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, durch den Wunsch nach Herabsetzung der neuen Lasten und durch die allgemeine Lage dem Auslande gegenüber. Mit dem erheblichen Abstrich von einem Sechstel an Mannschaft und Geldforderung sei bis an die äußerste zulässige Grenze gegangen, hiermit aber könne das Wesentlichste, nämlich die Freihaltung des deutschen Bodens vom feindlichen Einfall erreicht, und das Gewicht an militärischer Streitmacht auch weiter zu Gunsten des Friedens verwertet werden.

. . . . . .

Die Heeresvorlage wurde darauf am 13. Juli in der zweiten, und am 15. Juli in der dritten Lesung nach kurzen Debatten angenommen. Die Mehrheit, welche bei der Abstimmung den Sieg entschied, war nicht sehr groß, aber thatsächlich war nun endlich eine Kontroverse, die seit Jahr und Tag ganz Deutschland bewegte, aus der Welt geschafft.

Der Kaiser gab seiner freudigen Genugthuung über den Abschluß der Armeereform zunächst in einem an den Grafen Caprivi gerichteten Dankschreiben Ausdruck. In demselben hieß es:

Mein lieber Reichskanzler Graf v. Caprivi!

Mit freudiger Genugthuung blicke Ich auf den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Armeereform, welche durch die notwendige Verstärkung unserer Wehrkraft eine Bürgschaft für die Sicherheit des Reichs und damit für eine gedeihliche Entwicklung unserer vaterländischen Verhältnisse darbietet. Neben der patriotischen Unterstützung, welche das von Mir und Meinen hohen Verbündeten verfolgte Ziel in weiten Kreisen des deutschen Volkes, sowie bei der Mehrheit des Reichstages gefunden hat, ist das Zustandekommen dieses großen Werkes vor allem Ihr Verdienst, indem Sie mit fachmännischem Verständnis, staatsmännischem Blick und hingebender Thätigkeit in allen Stadien der stattgehabten Erörterungen Sich haben angelegen sein lassen, die Reform einem befriedigenden Ende entgegenzuführen. In der Wertschätzung dieser Ihrer Verdienste weiß Ich Mich mit Meinen hohen Verbündeten eins, und es ist Mir eine angenehme Pflicht, Ihnen Meine volle Anerkennung und Meinen unauslöschlichen Dank mit dem Wunsche auszusprechen, daß Ihre unschätz-

baren Dienste Mir und dem Vaterlande noch lange mögen erhalten bleiben.

Neues Palais, den 15. Juli 1893.

Ihr wohlgeneigter
Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler Grafen v. Caprivi.

Gleich nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses (201 Stimmen gegen 185) fand am 4. Juli der Schluß der Session statt. — Der Kanzler begleitete denselben mit folgenden Worten:

„Mit großer Befriedigung begrüßen Seine Majestät der Kaiser und Seine hohen Verbündeten das Ergebnis Ihrer Beratungen. Das feste Vertrauen auf Ihre Bereitwilligkeit, für die Sicherheit des Reiches die als nötig erkannten Opfer zu bringen, hat nicht getäuscht. Je unerschütterlicher die Überzeugung der verbündeten Regierungen feststeht, daß das Ihnen vorgeschlagene Maß der Verstärkung unserer Wehrkraft nicht über das Bedürfnis hinausgeht, um so dankbarer empfinden sie es, daß das Verständnis für die Notwendigkeit der Heeresreform immer weitere Kreise durchdrungen und den Reichstag zu einem der Vorlage zustimmenden Beschluß geführt hat. Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß ich von Sr. Majestät beauftragt bin, Ihnen für Ihre patriotische Mitwirkung Allerhöchstseinen Dank auszusprechen."

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und im Namen der verbündeten Regierungen erkläre ich die Sitzung des Reichstags für geschlossen.

---

Die Herbstmanöver des Jahres 1893 führten Kaiser Wilhelm nach Metz. In seiner Begleitung befand sich der Thronerbe von Italien. Die Huldigungen und Ehrungen, die dem Herrscher hier dargebracht wurden, glichen denjenigen, mit welchen stets die alten Provinzen das Erscheinen des obersten Schirmherrn des Deutschen Reiches begrüßen. Der Präsident des landwirtschaftlichen Vereins, der den hohen Herrn an der Schwelle des Schloßes Urville empfing, Fabrikant Jaunez aus Saargemünd, bemerkte: Die Bevölkerung Lothringens sei ruhig, friedliebend und durch und durch konservativ, sie verlange nur, gehorsam, nach den Gesetzen des Landes regiert zu werden.

Auch Bischof Fleck von Metz trat an der Spitze einer zahlreichen Geistlichkeit hervor und versicherte, das vorzüglichste Bestreben

derselben gehe dahin, „jene verderblichen Lehren, welche die menschliche Gesellschaft untergraben, durch die Pflege der Religion und der guten Sitten vom Volke fernzuhalten.“ Der Kaiser sagte in seiner Erwiderung, diese Frage sei zwischen ihm und dem Papst in Rom Gegenstand der Unterredung gewesen. Die Bemerkung aufgreifend, entgegnete der Bischof, der Papst habe ihm hiervon Mittheilung gemacht mit dem Ausdruck der Freude, daß diese Ansichten mit denen des Kaisers übereinstimmten. Dieser zog nunmehr zum ersten Male als Gutsbesitzer in Urville ein. Bei der Festtafel für die Civilbehörden in Metz am 5. September brachte Kaiser Wilhelm einen bemerkenswerten Trinkspruch aus, in dem er den Lothringern seinen wärmsten und herzlichsten Dank für die Aufnahme aussprach. Aus den Huldigungen in Metz und denen der Landbevölkerung ersehe er, daß Lothringen sich beim Reiche wohlfühle. Ihm sei es entgegengeklungen, die Lothringer sind loyal, konservativ und erstreben den Frieden. Der Kaiser schloß mit den Worten: „Deshalb habe Ich Mir unter Ihnen ein Heim gegründet. Mögen Sie daraus die Versicherung entnehmen, daß Sie ungestört Ihrem Erwerbe nachgehen können. Das vereinte Deutschland sichert Ihnen den Frieden. Deutsch sind Sie und werden es bleiben. Dazu helfe uns Gott und unser deutsches Schwert. Ich trinke auf das Wohl der Reichslande und der treuen Lothringer!“

---

Die Verhandlungen, die seit längerer Zeit zwischen Rußland und Deutschland schwebten, um ein Einverständnis über ein deutsch-russisches Zollabkommen zu erzielen, endeten im März 1893 damit, daß der Abschluß eines provisorischen Zustandes bis zum Jahresschluß von Rußland angeboten wurde. Als deutscherseits dieses Anerbieten unter Hinweis auf die Mitwirkung des nicht mehr in Berlin versammelten Reichstages abgelehnt ward, beschloß die russische Regierung gegen Deutschland den Maximaltarif vom 1. August zur Anwendung zu bringen, und führte am 20. Juli die Erhebung eines Zollzuschlages von 50 pCt. von den Erzeugnissen des Bodens und der Industrie Deutschlands sowie seiner Schutzländer ein.

In Erwiderung des von Rußland auf Deutschland angewendeten Maximaltarifes, einer Maßregel, welche fast dem Schluß der Zollgrenze Rußlands gegen Deutschland gleichkam, beschloß der Bundesrat

einen Aufschlag von 50 pCt. auf die wichtigeren aus Rußland kommenden Waren.

Die Höhe des Zuschlags wurde bemessen mit Rücksicht auf die im Vergleich zum russischen Zolltarif geringen Sätze des deutschen Tarifs und im Interesse der Wirksamkeit der Maßnahme, denn die Folgen des Kampfzolles, welche für Rußland viel ernster und empfindlicher sind als für Deutschland, angesichts der letzten schlechten Ernten in Rußland und der wiederholten Ausfuhrverbote, schienen von der russischen Regierung nicht gehörig gewürdigt zu sein.

Der damit in das Leben gerufene Zollkrieg hatte für beide Länder manche Benachteiligung im Gefolge, für Rußland indes noch mehr als für Deutschland. Man war gespannt zu sehen, wie lange die russische Regierung sich von der falschen Voraussetzung leiten lassen würde, daß Deutschland auf russisches Getreide angewiesen sei. Auf diesen Standpunkt stehend, war man in Rußland der Meinung, Deutschland dürfe für die Ermäßigung seiner Getreidezölle keine Gegenleistung fordern. Über die Haltung, die man deutscherseits der Zollpolitik Rußlands gegenüber zu beobachten hatte, war man ganz im klaren. In dieser Beziehung äußerte sich ein angesehenes Blatt folgendermaßen:

„Je schärfer der Kampf geführt wird, um so schneller wird er beendet sein. Das Interesse an seiner Beendigung ist auf russischer Seite ungleich größer als auf der deutschen, wenn auch eine Reihe unserer Ausfuhrwaren, und namentlich fast die gesamte Eisenbranche schwer getroffen werden . . . Die Verständigung wird voraussichtlich eine leichtere sein, wenn Rußland die Konsequenzen seines wirtschaftlichen Verhaltens besser und an der Hand der Erfahrungen zu übersehen in der Lage ist. Der Zweck jedes Krieges ist ja der Friede, d. h. die Herstellung eines erträglichen Verhältnisses, in welchem man später zu einander leben will. Zu solchem Resultat werden wir auch durch einen Zollkrieg kommen. In Deutschland ist bisher keine Stimme laut geworden, die ein Entgegenkommen gegen Rußland empfohlen hätte. Alle Parteien, ja alle Interessenten sind darüber einig, daß der Kampf durchgeführt werden muß und nicht eher beendigt werden darf, als bis Rußland mit den Zollsätzen für die wichtigsten deutschen Importwaren erheblich herabgeht."

In der ersten Hälfte des August traten die Finanzminister der deutschen Staaten zu Besprechungen zusammen. Gegenstand ihrer Beratungen war die Frage, wie die Mittel zur Deckung der Kosten, die durch die Heeresreform entstanden, zu beschaffen seien. Bei den Erörterungen traten allerdings gewisse Verschiedenheiten der Interessen hervor; aber wie die Minister der Einzelstaaten ihre Aufgabe nicht darin erblickten, Sonderinteressen ohne Rücksicht auf das Reichsinteresse zu vertreten, so wurde andererseits auch nicht versucht, die Interessen des Reichs ohne billige Rücksichtnahme auf das Interesse der Einzelstaaten geltend zu machen. Der Ausgleich wurde überall um so leichter gefunden, als bei näherer Erwägung überall hervortrat, daß ein Gegensatz zwischen beiden Interessensphären nicht bestehe, daß thatsächlich vielmehr die wohlverstandenen Interessen der Einzelstaaten in vollem Einklange standen mit den Interessen des Reichs. So hatte es anfangs den Anschein, als ob es vielleicht schwierig sein würde, über die Besteuerung des Weins und des Tabaks eine Verständigung herbeizuführen. Nichtsdestoweniger gelang es auch in dieser Beziehung die Brücke zwischen Reichs- und Landesinteressen zu schlagen und die Grundlinien der auszuarbeitenden Gesetzentwürfe festzustellen.

---

Allgemeine Trauer in weitesten Kreisen und an den europäischen Fürstenhöfen erregte der am 23. August eingetretene Tod des Herzogs Ernst von Coburg-Gotha, des Onkels Kaiser Wilhelms und Schwager der Königin Victoria von England.

Im Laufe seiner so langen Regierungszeit war der rastlos thätige Fürst fast bei allen Wendungen und entscheidenden Begebenheiten der deutschen Geschichte in hervorragender Weise mitbeteiligt gewesen. Das Bild seiner Persönlichkeit hatte sich daher weit über die Grenzen Thüringens hinaus, man kann sagen: in ganz Deutschland, dem Volke eingeprägt. Als nationale Einheitspolitik auf liberaler Basis ließ sich kurz der Grundzug des Strebens kennzeichnen, welches den Herzog bei seiner vielseitigen Bethätigung auf praktischem Gebiete leitete. Das Beispiel und Vorbild des Oheims Leopold, des ersten Königs der Belgier, war dabei in vielfacher Hinsicht von bestimmendem Einfluß. Die Regierung trat, als Nachfolger des verewigten Herzogs Ernst, der nächste berechtigte Agnat, bisherige Herzog Alfred von Edinburg, zweiter Sohn der Königin Victoria von Großbritannien,

Kaiserin von Indien, und des im Jahre 1861 verstorbenen Prinzgemahls, Prinzen Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, des jüngeren Bruders des verstorbenen Herzogs, an. Da der älteste Sohn der Britischen Majestäten, der Prinz von Wales, als Thronfolger im Britischen Reiche die Erbfolge in den Sächsischen Herzogthümern nicht antreten kann, folgte Herzog Alfred seinem verstorbenen Oheim. Der Kaiser begab sich auf die erhaltene Todesnachricht seines Großonkels sogleich nach Schloß Reinhardsbrunn und wurde bald nach seinem Eintreffen daselbst von der verwittweten Frau Herzogin empfangen und sprach derselben sein inniges Beileid aus. Hierauf begaben sich die Fürstlichkeiten an das Sterbelager Herzog Ernst II. und verweilten daselbst eine halbe Stunde.

Der Kaiser wohnte auf besonderen Wunsch des Herzogs Alfred zu Sachsen-Coburg-Gotha der Eidesleistung des Herzogs auf die Verfassung bei, welche in feierlicher Weise vor versammeltem Staatsministerium stattfand. Minister Strenge dankte am Schlusse der Feier dem Kaiser für seine Teilnahme an derselben.

---

Bald nach den Trauerfeierlichkeiten begab sich der Kaiser zur Teilnahme an den großen Herbstübungen zuerst nach Württemberg, dann einer Einladung des Kaisers Franz Joseph folgend nach Ungarn. — Dort war zum ersten Mal die Landwehr in größeren Massen zu diesen Übungen herangezogen. Es waren über 100,000 Mann in und um Güns versammelt, und mit dem Glanz der militärischen Übungen Hand in Hand ging die Würde der Repräsentation der Kaiserlichen Hofhaltung. Aus Güns erfuhr man durch eine Depesche, daß Fürst Bismarck eine schwere Krankheit durchgemacht, und daß ihm der Kaiser seine herzliche Teilnahme ausgesprochen, und ihm ein Schloß als Wohnsitz für den Winter angeboten habe. Das Kaiserliche Beileidstelegramm schloß: „Ich werde nach Rücksprache mit Meinem Hofmarschall das geeignetste Schloß Euer Durchlaucht namhaft machen." Der Fürst dankte in seiner Antwort für den „huldreichen Ausdruck der Teilnahme" und für „die Absicht gnädiger Fürsorge", lehnte jedoch ab mit den Worten: „Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Überzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in

der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube."

Wegen der nervösen Natur seines Leidens glaube er mit dem Arzte, daß das ruhige Weiterleben in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen das Förderlichste für seine Genesung sein würde; der Übergang in eine neue, ihm bisher fremde Umgebung und in neue Verkehrskreise wäre in seinem hohen Alter zur Beseitigung der Störungen des Nervensystems zu vermeiden.

Am 4. Oktober wurde ferner ein am 21. April 1890 an den Professor Schweninger gerichteter Kabinetsbefehl veröffentlicht, in dem es hieß: Nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Nationen der kultivierten Welt nähmen lebendigen Anteil an der Gesundheit und dem Wohlergehen des Fürsten Bismarck. Ihm, dem Kaiser persönlich liege es besonders am Herzen, den Mann mit Gottes Hilfe möglichst lange erhalten zu sehen, der sich so unermeßliche Verdienste um das Vaterland und sein Haus erworben habe. Er wünsche daher, daß Schweninger auch ferner die ärztliche Behandlung des Fürsten leite, und wolle dessen Berichten über das Befinden desselben von Zeit zu Zeit entgegensehen.

---

Nach der Rückkehr aus Österreich sprach der Monarch dem Kaiser Franz Joseph in besonders verbindlicher Weise seinen Dank aus für die lehrreichen militärischen Übungen, an denen er Teil zu nehmen Gelegenheit gehabt hatte.

. . . . . .

„Mit dem Gefühle des wärmsten Dankes für die große Güte und Liebenswürdigkeit, die Du wieder für Mich gehabt hast, und unter dem frischen Eindrucke der Bewunderung für die vorzüglichen Leistungen Deiner Armee verlasse Ich Dein Land. Es drängt Mich beim Passieren der Grenze, Dir dies zu wiederholen und Dir nochmals Meine aufrichtigen und herzlichen Wünsche für Dich und Deine Familie, für Dein Land und Deine Armee zu senden.

Wilhelm."

Es bildete diese Kundgebung einen sympathischen Schlußakt sowohl zu den Ehrungen und Auszeichnungen, womit der Deutsche Kaiser die hervorragendsten Führer der österreichischen Armee bedacht, als auch zu den wiederholten Äußerungen hoher, ja bewundernder

Anerkennung, welche er der Haltung und Tüchtigkeit der Truppen widmete.

---

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von den großen Manövern und Jagden in Österreich-Ungarn begab sich Kaiser Wilhelm nach Gothenburg in Schweden, wo König Oskar dem Herrscher zu Ehren große Jagden auf Elchwild veranstaltete und dazu eine, den höchsten Gesellschaftskreisen angehörende Jagdgesellschaft aus Stockholm eingeladen hatte. Das Terrain, auf welchem sich die Jagd bewegte, waren die Wälder und Thäler von Lilliskog bei Herrljunga. Kaiser Wilhelm war bei seinem Aufenthalt in Schweden wiederholt Gegenstand wärmster und herzlichster Begrüßung durch das Publikum.

---

Mit dem Beginn des Monats Oktober gelangte im deutschen Heere die Formation zur Ausführung, welche das Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres vom 3. August 1893 vorgesehen hatte. Darnach traten den 173 Infanterie-Regimentern zu drei Bataillonen, ebensoviel Halbbataillone zu zwei Kompagnien hinzu.

Die Bestimmung der neuen Halbbataillone war es, bei der nunmehr eingeführten zweijährigen Dienstzeit die gründliche Ausbildung der drei übrigen Bataillone für den Krieg dadurch zu erleichtern, daß sie denselben solche Nebendienstleistungen, Kommandos und Mannschaftsabgaben abnehmen, welche hinderlich und störend für den Dienstbetrieb und für die feldmäßige Ausbildung bei zwei Jahren Dienstzeit sind. Zu solchen Verrichtungen gehört die Gestellung von Burschen, Ordonnanzen, gehören ferner militärische Arbeitsleistungen und Aushülfe bei den Übungen des Beurlaubtenstandes ꝛc.

Im Laufe der Sommerübungsperiode sollte das vierte oder Halbbataillon dadurch, daß es die Mannschaften und Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes in seine Reihen aufnahm, ebenfalls zeitweise zu einem Vollbataillon anwachsen und als solches exerzieren und manövrieren. Es war damit die Möglichkeit gegeben, die Übungen des Beurlaubtenstandes, die in Zukunft einen größeren Umfang als bisher annahmen, lehrreicher und gründlicher zu gestalten als es bis jetzt bei dem Mangel an Zeit und an Lehrkräften möglich war.

Von den neu formierten 60 Feldbatterien kamen 48 auf Preußen (in 16 Abteilungen à 3 Batterien), die übrigen 12 Batterien entfielen auf Bayern, Sachsen und Württemberg.

Außerdem wurden drei neue Batterien als zweite Abteilung der Feldartillerie-Schießschule zu Lehrzwecken aufgestellt.

Die Fußartillerie hatte durch die neue Formation eine Organisation und Stärke erreicht, wie sie nur wenige Armeen besitzen. Dem 9. und 14. Fußartillerie-Bataillon war ein zweites Bataillon hinzugefügt worden und dadurch ein 9. und 14. Fußartillerie-Regiment entstanden. Das zweite Fußartillerie-Regiment hatte ein 3. Bataillon erhalten.

Neu formiert ward das Fußartillerie-Regiment Nr. 15 zu 2 Bataillonen in Thorn, und vorläufig auf dem Lager-Schießplatz zu Gruppe in Westpreußen untergebracht.

Bei der Pioniertruppe hatten ebenfalls Neubildungen stattgefunden. Es wurden drei Bataillone formiert, so daß im Ganzen 23 Bataillone vorhanden waren, von denen 19 auf Preußen, 2 Bataillone auf Bayern, sowie je 1 Bataillon auf Sachsen und Württemberg kamen.

Die Eisenbahn-Truppen erhielten ein drittes Regiment zu den schon bestehenden zwei Regimentern.

---

Die Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelm I. in Bremen am 18. Oktober trug durch die warme Teilnahme, welche von Seiten der Bevölkerung dem Festakt entgegengebracht wurde, und die Anwesenheit des Kaisers den Charakter einer großen nationalen Feier. Mit dem Kaiser waren der Reichskanzler, mehrere preußische Minister und Staatswürdenträger und höhere Militärs erschienen.

Einige Tage darauf begab sich der Herrscher nach Dresden, um dem König Albert von Sachsen zu seinem 50jährigen Militärjubiläum seine Glückwünsche persönlich darzubringen.

Im Residenzschlosse zu Dresden angekommen, begab sich der Kaiser nach dem Marmorsaale, wo die sämtlichen in Dresden anwesenden Fürsten und Armeekorps-Kommandeure bereits versammelt waren. Dann erschien der König; die Königin blieb an der Thür des Nebengemachs. Kaiser Wilhelm begrüßte den König mit Umarmung und Kuß und richtete alsdann eine längere Ansprache an ihn, in welcher Er der großen Verdienste des Monarchen als Heerführer, wie als Organisator gedachte und die glänzenden Leistungen der Sächsischen Truppen als des Königs eigenstes Werk pries.

Se. Majestät der Kaiser überreichte alsdann dem König Albert einen Feldmarschallstab mit Brillanten, worauf Se. Majestät der König von Sachsen, auf die Ansprache des Kaisers erwidernd, das Wort zu folgender Rede nahm:

„Durch das Erscheinen Ew. Majestät ist einem alten Soldaten bei seinem Jubelfest die sehr hohe Ehre zu Teil geworden, seinen Kaiser an der Spitze aller Führer des deutschen Heeres vor sich zu sehen. Ich sage Ew. Majestät meinen tiefgefühltesten Dank. Ist es Mir in früheren Jahren gelungen, die Zufriedenheit des verstorbenen Kaisers und seiner Ratgeber zu erwerben, so bin Ich dafür noch im Tode demselben dankbar. Dieser Stab, den Ew. Majestät Mir jetzt verliehen, soll in Meinen Händen fest und sicher sein, und sollte — was Gott verhüten möge — Ich nochmals das Schwert für deutsches Recht und für die Sicherheit zu ziehen veranlaßt sein, so werden Euer Majestät gewiß glauben, daß Ich mit diesem Stab in der Hand Meine Pflicht erfüllen werde, wie in früheren Zeiten."

Auch in den bei der Gala-Tafel ausgebrachten Trinksprüchen der beiden erlauchten Fürsten gab sich der Pulsschlag inniger Wärme zu erkennen, der die persönlichen Beziehungen derselben durchdringt.

---

Am 16. November wurde die Reichstagssession durch den Kaiser persönlich eröffnet.

In der Thronrede gedachte der Souverän zunächst dankend der Annahme der Militärvorlage durch das Haus, dann wies er auf die zur Beschaffung der Mittel für die erhöhte Heeresstärke ins Auge gefaßten Steuergesetzentwürfe hin.

Vor Beginn der Sitzungen kam es zu einer Auseinandersetzung über die Notlage der Landwirtschaft. Der Führer der Konservativen legte es dem Reichskanzler zur Last, daß er behauptet habe, diese Notlage käme von der ungehörigen Kostspieligkeit der Lebensführung der Landwirte und von der zu teuren Art zu wirtschaften derselben her. Graf Caprivi berichtigte diese Angabe dahin, daß nach seiner Ansicht die Verschuldung durch Erbteilung, sowie die Steigerung der Güterpreise über den wahren Wert hinaus der Ruin der Landwirtschaft sei. Beide Äußerungen trugen sehr dazu bei, in den agrarischen Kreisen Verstimmung und Unzufriedenheit zu erwecken. Es äußerte sich diese Verstimmung in einer sehr derben Sprache, welche die Kreuzzeitung und einige andere Blätter führten, sowie in dem Verlangen der Land-

wirte, man müsse die Handelsverträge mit dem Schwert in der Hand zerreißen.

---

Auf die Landtagswahlen, die im Oktober stattfanden, war der Bund der Landwirte bemüht, eine Pression in dem Sinne zu üben, daß nur solche Kandidaten zur Wahl gelangten, die bereit wären, auch im Landtage gegen die Handelsvertragspolitik einzutreten und auf Beseitigung des Spiels der Börse mit Nahrungsmittelpreisen, sowie auf energische Behandlung der Währungsfrage, praktische Gestaltung der Eisenbahnpolitik und Förderung des Meliorationswesens hinzuwirken. Die Agitation wurde hauptsächlich vom „Berliner Bundes-Korrespondenzblatt" besorgt, in welchem anfangs Oktober Frhr. v. Wangenheim auf Kl.-Spiegel in Pommern gegen den Reichskanzler auftrat. „Wo steckt," sagte er, „das so oft von der Regierung versicherte Wohlwollen der Landwirtschaft? Wo zeigt sich auch nur ein Versuch zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse! Wir können den Reichskanzler nicht für den rechten Mann am rechten Platze halten. Die Landwirtschaft ist nicht dazu da, sich von einer der Praxis entfremdeten Büreaukratie ruinieren zu lassen; es ist hohe Zeit, daß die ängstlich verschlossenen Fenster des Büreaus einmal weit geöffnet werden, daß Gottes Sonne und frische Luft eindringen und den hirnbenebelnden Tintenduft verjagen, daß ein frischer Luftzug auch einige Spinnen und Aktenwürmer wegfegt."

Für dieselben agrarischen Forderungen trat am 25. Oktober die Königlich Märkische ökonomische Gesellschaft in Potsdam auf.

Es fehlte aber auch nicht an Kundgebungen im entgegengesetzten Sinne. Einige Agrarier traten aus dem Bund der Landwirte aus, weil ihnen die Haltung desselben nicht zusagte. Der Vorkämpfer der Agrarier, Rittergutsbesitzer v. Ploetz, das Haupt der agrarischen Agitation, sprach sich in seinem Organ dahin aus, daß es einen Sturm der Begeisterung entfachen würde, wenn der Landwirtschaft wieder die Stelle im Staatsleben eingeräumt würde, die ihr von Gott und Rechtswegen zukäme.

Gleich in den ersten drei Sitzungen, am 23., 24. und 25. November, kam es im Reichstag zu sehr lebhaft erregten Debatten zwischen den Vertretern der Regierung und den Führern der Konservativen. Graf Kanitz sprach in rein agrarischem Sinne und geriet mit dem Staatssekretär v. Marschall in eine persönliche Auseinandersetzung wegen

dessen Äußerung über die Erregung von Unzufriedenheit durch den Bund der Landwirte, die Graf Kanitz auf sich und seine Standesgenossen, die preußischen konservativen Grundbesitzer, bezog. Der Deutsch-Konservative v. Ploetz verwahrte sich gegen die dem Bunde der Landwirte von der Regierung und von Rickert gemachten Vorwürfe übertriebener Agitation. Der Reichskanzler wandte sich gegen die Konservativen und wies den Vorwurf zurück, er vernachlässige die Interessen der Landwirtschaft. v. Ploetz habe selbst zugegeben, daß der Bund der Landwirte agitatorisch wirken müsse. Ein solches Verhalten sei aber oft sehr schwer mit konservativen Grundsätzen zu vereinen. Die Agrarier stellten ihr Interesse dem Gesamtinteresse des Staates voran. Es sei falsch, daß durch die bisherigen Handelsverträge eine die deutsche Landwirtschaft schädigende Zunahme der Einfuhr an Korn und Vieh stattgefunden habe.

Nächst den Handelsverträgen spielten im Reichstag die finanziellen Fragen die größte Rolle. Dabei handelte es sich nicht bloß um den Etat für 1894/95, sondern auch um Gesetzentwürfe zur Aufbringung der Kosten der Heeresvermehrung. Sie bildeten das Ergebnis der von den deutschen Finanzministern vom 8. bis 11. August im Palais des früheren Bundestages zu Frankfurt am Main gehaltenen Beratungen und betrafen eine Tabakfabrikat-, eine Weinsteuer, Stempelsteuer und eine anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches. Der Mehrertrag aus den drei Vorschlägen dieser Steuern wurde auf 98,733,578 Mark berechnet. Unter der Voraussetzung, daß der Reichstag diese neuen Einnahmen bewilligte, wurde ein Gesetzentwurf über die anderweite Ordnung des Reichsfinanzwesens fortgesetzt, daß die Matrikularbeiträge in jedem Jahresetat um 40 Millionen Mark hinter den Überweisungen an die Einzelstaaten aus den Erträgen der unter die Frankenstein'sche Klausel fallenden Zölle und Verbrauchssteuern zurückbleiben müssen. Aus den etwaigen Überschüssen solle ein „Ausgleichungsfonds" gebildet werden, aus dem die bei den Matrikularbeiträgen gestrichenen Beträge gedeckt würden.

---

Der Reichstag trat darauf am 5. Dezember in die Beratung der vier großen Finanzvorlagen ein, aber er wendete sich nicht der allgemeinen Frage, d. h. dem Reichsfinanzplan zu, sondern er ging

gleich auf Einzelheiten über und beschäftigte sich zunächst mit dem Stempelabgabengesetz. Einige Redner bekämpften die Steuervorlagen, weil sie die Zusage des Reichskanzlers, nur die Schultern der Steuerkräftigen treffen zu wollen, nicht erfüllten. Andere Abgeordnete hielten die Einführung von Reichseinkommensteuern für wohl möglich. Der Minister Miquel verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß er die indirekten Steuern der direkten Besteuerung vorziehe.

In der Sitzung am 1. Dezember fand die erste und zweite Beratung des vom Grafen von Hompesch und Genossen beantragten Gesetzentwurfs über die Aufhebung des Jesuitengesetzes statt. Die Abstimmung des § 1 war eine namentliche und ergab für den Antrag 173, gegen ihn 136 Stimmen. Für den Antrag stimmten das Centrum, die Socialdemokraten, Welfen, Polen, Elsässer und die süddeutsche Volkspartei, gegen ihn die Konservativen und Nationalliberalen. Getrennt stimmten die deutsche Reformpartei und die freisinnigen Parteien, Rickert und Richter waren dagegen. — Die Börsen- (Stempel)-Steuer wurde darauf an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. — In den letzten Sitzungen vor den Ferien wurden nach längeren Debatten die Handelsverträge mit Spanien, Serbien, Rumänien angenommen. Ehe es zur Annahme derselben kam, erklärte sich der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Herr von Ploetz, ausdrücklich als Gegner der Handelsverträge. Was speziell den Vertrag mit Rumänien betraf, so erklärte der Handelsminister von Berlepsch, daß Deutschland nicht nur den Vorsprung, den es mit seiner Ausfuhr vor England habe, sondern noch viel mehr verlieren würde, wenn Rumänien durch die Ablehnung des Vertrages zum Zollkrieg mit Deutschland getrieben würde. v. Bennigsen kennzeichnete die Opposition gegen den deutsch-rumänischen Vertrag als eine Kraftprobe, um die Regierung zur Voranstellung der agrarischen Interessen zu zwingen. Dabei unterließ er nicht, die Notlage der Landwirtschaft und deren berechtigte Forderung als Nationalökonom zu beleuchten, und wies schließlich auf die Notwendigkeit eines Ausgleiches der bürgerlichen Interessen hin in dem Zeitpunkt, da hinter der Socialdemokratie bereits die Anarchie ihr Haupt erhebe. Namens der Polen hatte sich Fürst Radziwill für den Vertrag erklärt. Der Reichskanzler Graf Caprivi trat ebenfalls warm für den rumänischen Vertrag ein und beleuchtete die Folgen einer etwaigen Ablehnung, die eine bedeutende

Schädigung des Ansehens des Deutschen Reiches vor dem Ausland und eine große Schwäche der Industrie sein würde.

---

Die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete folgte mit Ausnahme vom Togoland nicht ganz den Bahnen eines gedeihlichen ungestörten Fortschrittes. Teils waren kriegerische Verwickelungen mit feindseligen Eingeborenenstämmen, teils waren Konflikte und Meinungszwistigkeiten zwischen der Kolonialverwaltung und den Erwerbsgenossenschaften und Privaten die Veranlassung dazu. Durch ein Abkommen mit England wurde die westliche Grenze des Kamerungebietes festgelegt, und ebenso die Abgrenzung des Hinterlandes im Rahmen der deutschen Interessensphäre geordnet.

In Ostafrika, wo der Gouverneur Frhr. von Scheele energisch die Verfolgung des unbotmäßigen Häuptlings Sikki der Wanjamwesi betrieb, gelang es der Schutztruppe unter der heldenhaften Führung des Premierlieutenant Prince, die festungsartige Residenz dieses ebenso kühnen, wie verschlagenen Räubers zu erstürmen, und dadurch die Sicherheit der weit vorgeschobenen Station Tabora zu erhöhen. Zu blutigen Kämpfen kam es ebenso zwischen Tabora und Mpwapwa mit dem Häuptling Masenta. Die an beiden Stellen errungenen Siege trugen dazu bei, das Ansehen und die Macht des Deutschtums im Binnenlande zu stärken und zu vermehren und die Verbindungswege nach der Küste gegen die Feindseligkeiten und Gewaltthaten der dort ansässigen Eingeborenenstämme zu schützen. Frhr. von Scheele faßte nach einer Besichtigung des Schutzgebietes sein Urteil dahin zusammen, daß der wirtschaftliche Wert der Kolonie zwar ein sehr großer, aber daß er erst von dem Augenblick an ein realer sei, wo Mittel und Wege gefunden sein würden, um die Boden- und Naturprodukte gewinnend zu verwerten. — Emin Pascha war, wie Ende des Jahres bekannt wurde, auf einem Zuge in das Innere, den er auf eigene Hand unternommen, ermordet worden.

---

# Das Jahr 1894.

Der Beginn des Jahres 1894 zeigte, daß die konservativ-agrarischen Elemente im Reichstag, wie im Vereinsleben und in der Presse, alles daran setzten, um den Handelsvertrag mit Rußland, durch den ihrer Ansicht nach die tief darniederliegende Landwirtschaft noch mehr geschädigt werden würde, zu hintertreiben. Mit besonderem Eifer wandten sich daher die konservativen Organe gegen die Hinweise der anderen Parteien, daß der Vertrag auch ein besseres politisches Verhältnis zu Rußland im Gefolge haben werde, während andernfalls die kriegerische Neigung der Panslawisten Rußlands wieder zunehmen könne. Die Organe der agrarischen Presse gingen sogar so weit, es als eine Schmach zu bezeichnen, wenn man deutschen Männern zumuten wolle, aus Furcht vor Rußland einem Vertrage zuzustimmen, der Deutschland sicher Schaden und Nachteil brächte. Die Vertreter der Handelsvertragspolitik wendeten dagegen ein, es sei seit langer Zeit das erstemal, daß der durch einseitige Zollerhöhungen gelieferte Anlaß zu gegenseitiger Erbitterung auf ein Jahrzehnt abgeschlossen werde. — Auch der Kaiser griff in die Diskussion, indem er auf einem Diner bei dem Reichskanzler sich dahin aussprach, daß es schon aus politischen Rücksichten geboten sei, den Vertrag anzunehmen. Er rühmte dann das Entgegenkommen des Zars, von dem er wisse, daß er sich um alle Einzelnheiten bekümmert und den glatten Verlauf der Verhandlungen gefördert habe. Trotz aller gegen den Vertrag geltend gemachten Gesichtspunkte, hielt der Monarch diese für nicht so schwerwiegend, daß ihnen gegenüber eine mögliche erhebliche Verschlechterung der allgemeinen politischen Lage unbeachtet bleiben dürfe. Hinter einer feindseligen Abstimmung seitens der Konservativen würde man in Rußland politische Hintergedanken suchen und den Verdacht hegen, daß in maßgebenden Kreisen die Feindseligkeit gegen Rußland den Ausschlag gebe.

An demselben Tage, an dem die Aussprüche des Kaisers in die Öffentlichkeit drangen, wurde es bekannt, daß die deutschen und russischen Bevollmächtigten in Berlin einen Vertragstarif unterzeichnet hatten, der eine Reihe wichtiger Verkehrserleichterungen enthielt. Am

10. Februar wurde der ganze Handelsvertrag amtlich publiziert. In einer ihm beigefügten Denkschrift wurden die gegen ihn laut gewordenen Bedenken eingehend sachlich bekämpft und durch einen Rückblick auf den Stand der Handelsbeziehungen Deutschlands zu Rußland widerlegt. Die Schrift gab außerdem eine Übersicht über die an Rußland gewährten Zollbefreiungen und Erleichterungen unter Gegenüberstellung der neuen und der nach dem Tarif von 1891 bestehenden autonomen Zollsätze, ferner der Zollsätze der russischen Tarife und des französisch-russischen Übereinkommens von 1893, sowie mit Angabe der Ziffern für die betreffende Einfuhr Rußlands aus Deutschland in dem Jahrzehnt von 1882 bis 1892, und behandelte ferner die Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland. Nach dem Bekanntwerden des Vertrages sprachen sich 18 deutsche Handelskammern und der Centralverband der deutschen Industriellen und Bauern-Vereine und viele andere wirtschaftlichen Körperschaften für den Vertrag aus. Im konservativen Lager zeigte sich eine beginnende Spaltung in dieser Frage, wenn auch der Präsident des Bundes der Landwirte in der Kreuzzeitung erklärte, dieser würde stark genug sein, sich den Vertrag nicht durch Kriegsdrohungen abtrotzen zu lassen. Inzwischen versäumte die preußische Regierung nicht, einige Maßregeln zu treffen, um eine Abhilfe für die Notlage der Landwirtschaft anzubahnen.

Am 19. Februar wurde der Vertrag vom Reichskanzler dem Reichstage vorgelegt und kam am 26. Februar zur ersten Beratung. Die Redekämpfe nahmen einen ziemlich scharfen Ton an. Einer der Führer der Agrarier, Graf Mirbach, bemängelte an dem Vertrage, daß darin eine rein wirtschaftliche Frage mit politischen Rücksichten verquickt werde. Die politische Rücksichtnahme beruhe keineswegs auf Gegenseitigkeit, denn Rußland behalte sich freie Hand vor bei der Niederlassung deutscher Staatsangehöriger in seinem Gebiet. Freiherr von Marschall, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, erblickte den gewichtigsten Beweis für die Zweckmäßigkeit der vom neuen Kurs eingeschlagenen Handelspolitik in dem Verhalten Rußlands selbst, das sich von dem hundertjährigen Schutzzollsystem endlich abzugehen genötigt sähe. Graf Caprivi ging mit dem Bund der Landwirte scharf in das Gericht. Er hätte die Gründung des Bundes mit Freuden begrüßt in der Hoffnung, eine Instanz zur sachgemäßen Erwägung landwirtschaftlicher Interessen in ihm zu erhalten, statt dessen habe der Bund nur zersetzend auf die agrarischen Kreise gewirkt. Seine

Handelspolitik und namentlich ihre, ihm Vertrage mit Rußland zur Verwirklichung gelangten Erfolge kennzeichnete er als langjähriges Ziel seines Amtsvorgängers, und verlas zum Beweise dafür eine Äußerung des Fürsten Bismarck aus früherer Zeit. Nachdem Graf Kanitz den Vertrag so dargestellt, als ob Deutschland bei den Verhandlungen den Kürzeren gezogen und Rußland es in der Hand hätte, durch entsprechende Verwaltungsmaßregeln den Vertrag hinfällig zu machen, und der landwirtschaftliche Minister dagegen Einspruch erhoben und den Reichskanzler in Schutz genommen hatte, traten noch verschiedene Redner aus der Polenfraktion und den Nationalliberalen für den Zollbund mit Rußland, Herr von Ploetz, der Führer der landwirtschaftlichen Interessenten, gegen denselben auf. Dann fand die Überweisung der Vorlage an eine Kommission statt. — Bei der am 10. März begonnenen zweiten Lesung des russischen Handelsvertrages schien es, als ob die Reihen der Opposition sich etwas gelichtet hätten. Wenn auch einzelne Abgeordnete sich „mit Entrüstung" von dem Vertrage abwendeten, so hinderte dies doch nicht, daß der wichtigste Paragraph desselben mit 200 gegen 146 Stimmen angenommen wurde. Ein Antrag des Agrariers Graf Kanitz auf einjährige Dauer des Vertrags erhielt nicht die Zustimmung des Hauses.

Die dritte Beratung verlief fast debattenlos, wenn auch ein Redner den Vertrag ein „inneres Jena" nannte.

Der Handelsvertrag war angenommen und damit der Streit um die acht Monate lang diskutierte Frage beendet; die Gegensätze, die in den Erörterungen zu Tage getreten waren, hatten manchen Riß zwischen den Parteien erzeugt, auch von den Gegnern der Vorlage waren einzelne anderer Ansicht geworden. Dadurch war die Hoffnung begründet, daß die ganze Handelsvertragsaktion eine in sich abgeschlossene Episode bilden, und auf den Lauf der inneren Politik keine dauernde Wirkung üben werde.

Die deutsche Industrie hat den Abschluß des Vertrags mit lebhaftem Beifall begrüßt und ohne Zweifel mit Recht; nachdem infolge der Mac-Kinley-Bill die deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika überaus erschwert worden ist, wurde es für die Erhaltung der heimischen Industrie auf ihrer gegenwärtigen, mit großer Mühe in Jahrzehnten errungenen Höhe zu einer wahren Lebensfrage, das russische Absatzgebiet nicht zu verlieren, das in Besitz zu nehmen sich die französische Industrie bereits anschickte. Die Ver-

schließung dieses Gebietes hätte eine starke Einschränkung ihrer Thätigkeit notwendig gemacht, denn der Umfang derselben ist so groß, daß Deutschland auf die Ausfuhr unbedingt angewiesen ist; kaufkräftige Kolonien besitzt das Reich nicht, wo ist aber ein anderes kaufkräftiges Absatzgebiet, das an Stelle des russischen in Betracht kommen konnte? Da ein solches nicht vorhanden ist, so wäre die Folge einer Fortdauer des Zollkrieges zwischen Deutschland und Rußland die Entlassung vieler Tausende gewerblicher Arbeiter gewesen, die in den betreffenden Industriezweigen ihren Unterhalt finden. Was dies aber in einer Zeit bedeutet, in der Arbeitslosigkeit bereits in erheblichem Umfange besteht, bedarf keiner Ausführung.

Anderseits konnte auch die Fortdauer des Wirtschaftskrieges nicht ohne Einfluß auf die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern bleiben. Nach Annahme der Handelsverträge mit Österreich-Ungarn, Italien u. s. w. konnten die übrigen Verträge, so verhältnismäßig geringfügig auch ihre Vorteile waren, nicht abgelehnt werden, und nach Ausbruch des Zollkrieges mit Rußland, der nebenbei bewies, daß die Rechnung der neuen Handelspolitik keine ganz richtige war, mußte man alles daran setzen, einen Zustand zu beseitigen, der den deutschen Ausfuhrhandel nach Rußland empfindlich schädigte. Der Abschluß des Vertrags mit Rußland war eine That, auf die die Leiter der deutschen Politik stolz sein konnten; wenn sein Inhalt auch nicht allen Wünschen entsprach, so eröffnete er doch der deutschen Industrie ein weites Absatzgebiet, auf dem sie nunmehr, durch Störungen unbeirrt, zeigen kann, was der deutsche Gewerbefleiß zu leisten im stande ist.

Die Ratifikationen des Vertrages wurden am 19. März zwischen dem Staatssekretär von Marschall und dem russischen Botschafter Grafen Schuwalow ausgewechselt, worauf der Vertrag am 20. März in Kraft trat. Mehrere Städte, wie Danzig und Bromberg legten Flaggenschmuck an, aus anderen Orten kamen Danksagungen an den Reichskanzler und Freiherr v. Marschall. Die Konservativen blieben in der denkbar heftigsten Opposition gegen den Handelsvertrag. Eines ihrer Blätter verglich denselben mit einer Schlange, die sich Deutschland um den Leib schlinge, und die ihm den Athem auszupressen suche. Ganz denselben Ton schlugen die Agrarier an. Ihr Organ sagte „Nicht an Frieden denken wir, sondern neuer Kampf ist unsere Parole."

Ein Redner donnerte von der Tribüne herab die Erklärung, daß der Handelsvertrag der Ausgangspunkt einer agrarischen Bewegung

von solcher Mächtigkeit werden würde, daß sie alles niederwerfe, was sich ihr in den Weg stellt.

Neben den Konservativen bemühten sich noch andere Gegner des Handelsvertrags, dessen Folgen in den schwärzesten Farben zu malen; die „Staatsbürger-Zeitung" sprach vom Sieg des solidarischen Auftretens von Judentum und Sozialdemokratie, und das Hauptblatt der letzteren gründete für seine Sache große Erwartungen auf die nunmehr bevorstehende Vermehrung des Slaventums im deutschen Osten. Die erregten Gemüter fühlten sich hierauf wiederum für einen Augenblick auf höhere Gesichtspunkte gewiesen. Es war am 19. März, als der Reichskanzler Graf Caprivi in einer Rede beim Festmahl im Artushofe zu Danzig, an dem er mit mehreren preußischen Ministern zur Feier der Taufe des neuen Lloyddampfers „Prinz-Regent Luitpold" teilnahm, auf den Handelsvertrag mit Rußland zu sprechen kam. Er könne, sagte er, versichern, daß die Mitwirkung des Kaisers für das Gelingen des Vertrages eine notwendige Vorbedingung war; der Kaiser habe den Vertrag nicht allein für etwas angesehen, was uns wirtschaftlich zum Nutzen ist, dem Nachbarn uns nähert und erneut den Frieden verbürgt, sondern er habe weiter gesehen und die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß das kommende Jahrhundert den Zusammenschluß der europäischen Völker fordern, und daß einzelne derselben nicht allein die Kraft besäßen, „den kommenden Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein". Über das hiermit Gemeinte gingen die Ansichten ziemlich weit auseinander. Die einen meinten, es sei damit auf die von Amerika her drohenden wirtschaftlichen Gefahren, die anderen, es sei auf allseitige finanzielle Verblutung als Folge der Heeresverstärkungen angespielt, wieder andere dachten an eine gemeinsame Bekämpfung der sozialistischen und anarchistischen Elemente, auch fehlte nicht die Ansicht von einer beabsichtigten Wiederherstellung der heiligen Alliance.

---

In der Zeit der Rede- und Meinungskämpfe und der parlamentarischen Debatten politischer und wirtschaftlicher Natur, welche in die ersten Monate des Jahres fielen, vollzog sich ein Ereignis, das in allen nationalen Kreisen mit freudiger Zustimmung begrüßt wurde. Es war dies die Wiederannäherung Kaiser Wilhelm's an den Fürsten von Bismarck.

Wie der Kaiser bereits in Güns aus der vorhergegangenen schweren Erkrankung des Fürsten Bismarck Anlaß genommen, seiner

Fürsorge für die Gesundheit des letzteren durch Anbieten eines königlichen Schlosses Ausdruck zu geben, so hatte die Erkrankung des Fürsten an der Influenza zu dem Entschlusse Sr. Majestät geführt, durch die Entsendung eines Flügeladjutanten nach Friedrichsruh das Interesse für die Gesundheit des Fürsten zu bekunden. Ebenso wie die bekannte Günser Depesche entsprang auch die Entsendung des Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh der eigensten hochherzigen Initiative Sr. Majestät. Der deutsche Kaiser hatte mit dieser Entschließung den Herzen unzähliger deutscher Patrioten, in denen durch die vom Parteikampf und Gezänke getriebenen Blüten eine falsche Vorstellung von den persönlichen Gesinnungen des Souveräns für seinen und seiner Vorfahren früheren Reichskanzler eine falsche Vorstellung hervorgerufen worden war, eine wahre und aufrichtige Freude bereitet. In diesem Sinne wurde denn auch die That des Kaisers, an die sich der Besuch des Fürsten anschloß, von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Blätter aufgefaßt. Die Wenigen, die auch diesen lediglich dem persönlichen Gefühle des Kaisers entsprungenen Vorgang für ihre eigenen parteipolitischen Zwecke ausnutzen mochten und damit die Intentionen des Herrschers ebenso mißdeuteten, wie sie dem Entschluß des Fürsten Bismarck, nach Berlin zu kommen, falsche Motive unterlegten, kamen nicht zu Worte im Chor derjenigen, deren Patriotismus sich, von jeder Parteistellung abgesehen, in rein menschlichem Empfinden an der That ihres Kaisers erfreute. Die Ankunft des Fürsten in Berlin erfolgte am 26. Januar vormittags.

Die Hoffnung, den Fürsten v. Bismarck bei seiner Fahrt zum königlichen Schlosse zu sehen, und die Freude, ihn begrüßen zu können, hatte in Berlin viele Tausende an den Weg vom Lehrter Bahnhof zum Schlosse geführt. Bereits als gegen 11 Uhr Schutzleute längs des Bürgersteigs am südlichen Teil der Linden eine dichte Kette zogen, stand die Menge, in drei- bis vierfacher Reihe angeordnet, längs des Fahrdammes.

Auf dem Bahnhof empfing Prinz Heinrich den Fürsten und führte ihn unter Begleitung einer Ehreneskorte in das Königsschloß.

Als der Zug mit dem Fürsten v. Bismarck sich dem Schlosse näherte, verließen Prinz Heinrich und der Fürst bei Portal 5 die Galakutsche und schritten die Front der Ehrenkompagnie des 2. Garderegiments ab, welche mit Musik und Fahne erschienen war. Dann defilierte die Ehrenkompagnie und die begleitenden Kürassiere.

Prinz Heinrich führte sodann den Fürsten in die für ihn bestimmten Gemächer. Hier empfing der Kaiser, umgeben von sämtlichen Herren des Hauptquartiers und sämtlichen Kabinetchefs den Fürsten v. Bismarck.

Die Begrüßung war eine äußerst herzliche. Fürst Bismarck war sichtlich gerührt. In den Empfangsgemächern waren auch die drei ältesten Kaiserlichen Prinzen zugegen. Darauf fand eine Frühstückstafel von nur drei Gedecken statt. Am Frühstücke nahmen teil der Kaiser, die Kaiserin und Fürst Bismarck; später erschienen auch die Kaiserlichen Prinzen.

Gegen 3 Uhr gaben der Reichskanzler General Graf v. Caprivi, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr v. Marschall und die anderen Reichs-Staatssekretäre ihre Karten für den Fürsten ab.

Auf Befehl des Kaisers hatten die Staatsgebäude Flaggenschmuck angelegt.

Um 6 Uhr abends war ein Diner zu 10 Gedecken hergerichtet, an welchem außer der Kaiserfamilie auch der König von Sachsen, der zum Geburtstag des Kaisers bereits in Berlin eingetroffen war, teil nahm. In der Zwischenzeit hatte der Fürst einige Besuche abgestattet und sich auch der Kaiserin Friedrich vorgestellt. Bald nach dem Mittagsmahl wurde die Rückfahrt nach Friedrichsruh angetreten.

Um den Fürsten Bismarck noch einmal zu begrüßen, hatte sich bereits in den Nachmittagsstunden eine tausendköpfige Menge in den Straßen angesammelt, die der Fürst auf der Fahrt nach dem Bahnhofe passieren mußte. Ganz besonders lebhaft war es Unter den Linden. Je näher man dem Schlosse kam, desto lauter und lebhafter wurde es. Zahlreiche Häuser waren bereits illuminiert und der bunte Lichterglanz bestrahlte das ganze bewegte Bild. Immer mehr Lichter flammten auf, und nach und nach flimmerte und schimmerte es an der ganzen Front der Straße Unter den Linden. Gegen 8 Uhr ertönten vom Schloß aus Hochrufe, die sich in den langen Reihen des Publikums laut fortpflanzten. Bald ließ sich eine Abteilung Kürassiere erkennen, die in vollem Galopp heransprengte. Hinter den Kürassieren fuhr ein Galawagen, in dem sich der Kaiser und Fürst Bismarck befanden. Beim Anblick des Wagens brach ein Jubel los, wie man ihn wohl selten gehört hat. „Hoch der Kaiser! Hoch Bismarck!" so tönte es aus den Massen. Ein Zug Kürassiere folgte dem kaiserlichen Wagen und mehrere Hofkutschen bildeten den Schluß.

Nun war kein Halten mehr. Sofort lösten sich die Reihen und alles rannte und stürmte unter lautem Hurrageschrei hinter den Wagen her. „Bismarck wiederkommen!“ rief man, doch schon war der Zug den Blicken der Nachschauenden entschwunden.

Zu der Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin mag noch erwähnt werden, daß in den Gemächern des königlichen Schlosses, welche derselbe bewohnte, zahlreiche kostbare Blumenspenden von unbekannten Händen eingegangen waren; der Fürst wurde durch dieselben aufs freudigste überrascht.

* * *

Am 19. Februar erwiederte der Kaiser den Besuch des Fürsten, ein Vorgang, der in den weitesten Kreisen freudigen Wiederhall fand und als ein neuer Beweis der Annäherung zwischen dem Herrscher und dem langjährigen und bewährten Berater der Krone galt.

Der den Monarchen heranführende Zug fuhr langsam an dem geschmückten Bahnhof vorbei bis zu dem Übergang nach dem Schloß des Fürsten Bismarck. Dort hatten sich 10 Minuten vorher Fürst Bismarck, Dr. Schweninger und Dr. Chrysander eingefunden. Fürst Bismarck, der den Helm und über der Kürassieruniform den ihm kürzlich von Sr. Majestät übersandten grauen Mantel trug, wurde von dem anwesenden Publikum mit brausenden Hochs begrüßt. Als der Zug hielt, entstieg der Kaiser, vom Publikum stürmisch begrüßt, mit elastischem Schritt dem Wagen, schritt rasch auf den Fürsten zu, schüttelte ihm wiederholt und lebhaft die Hände und begab sich mit ihm in das Schloß. Im Schloß begrüßte der Souverän die Frau Fürstin Bismarck und führte sie am Arme in den Salon.

Nach Eintritt der Dunkelheit begann eine glänzende Illumination der Umgebung des Bahnhofes und der in der Nähe liegenden Gebäude. Auf dem Rasen waren durch tausende von Lampions die Namenszüge „Wilhelm II.“ und „Bismarck“ dargestellt. Gleich nach dem Empfang des Kaisers begann das Diner, welches zu 12 Gedecken hergerichtet war. Der Herrscher nahm zwischen dem Fürsten und der Fürstin Platz. Nach dem Diner verweilte Kaiser Wilhelm in lebhafter Unterhaltung mit dem Fürsten, der Fürstin und den anderen anwesenden Persönlichkeiten.

Punkt 9 Uhr erhob sich der Kaiser und begab sich, von dem Fürsten begleitet und von der über tausend Köpfe zählenden Menschen-

menge jubelnd begrüßt, nach dem Bahnhof. Hier verabschiedete sich der Monarch unter wiederholtem Händeschütteln vom Altreichskanzler.

Das Publikum durchbrach, in begeisterten Jubel ausbrechend, die Absperrung und umringte den Wagen, in welchen der Fürst eingestiegen war. Erst mit Hilfe der Feuerwehrleute gelang es, durch die dichten Reihen des Publikums den Weg nach dem Schlosse zu bahnen.

---

Von Friedrichsruh fuhr der Kaiser nach Wilhelmshaven; der Besuch war eine Kundgebung der Teilnahme an dem Unfall, der sich einige Tage vorher an Bord des Panzerschiffes „Brandenburg" zugetragen. Dort war ein Teil des Maschinenpersonals durch Platzen des Hauptdampfrohres der Steuerbordmaschine getötet resp. schwer verletzt worden. Das gab dem obersten Kriegsherrn Veranlassung zu einer anerkennenden und warmherzigen Ansprache an die Besatzung des Schiffes.

. . . . . .

Er nehme Veranlassung, dem gesamten Personal sein tiefstes Beileid auszusprechen über das neuliche Unglück; sein Auge beobachte nicht nur, was über Deck, sondern auch, was unter Deck geschehe, er könne dem Maschinenpersonal, welches jetzt in den Vordergrund trete, nur seine höchste Anerkennung aussprechen; er habe daher auch befohlen, daß die in ihrem Berufe an Bord der „Brandenburg" Verunglückten mit allen militärischen Ehrenbezeugungen bestattet würden. Wenn das Maschinenpersonal, welches anerkannt das vorzüglichste aller Nationen sei, fortfahre, diese Kaltblütigkeit und Pflichttreue an den Tag zu legen, würde es stets seiner Anerkennung und seines kaiserlichen Dankes gewiß sein.

---

In den Lärm des Streites, der zwischen der agrarischen Partei und der Regierung tobte und der noch einen vermehrten Mißklang durch den Gegensatz erhalten hatte, welcher das Centrum aus wirtschaftlichen Gründen in zwei Teile, für und wider den russischen Handelsvertrag spaltete, klang die Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck wie ein harmonischer Akkord aus. Die wiederholte, persönliche Berührung, die der Fürst mit dem Kaiser in jener Zeit gehabt,

trug das ihrige dazu bei, um dem Festtag, den diesmal eine von deutschen Damen dargebrachte Ovation einleitete, ein schwunghaftes Gepräge zu leihen.

Der Abordnung deutscher Frauen und Jungfrauen aus Hessen und der Pfalz, die eine von mehr als 100,000 Unterschriften von Damen bedeckte Adresse überreichte, sagte der Altreichskanzler: Hat der deutsche Reichsgedanke einmal die Anerkennung der deutschen Weiblichkeit gefunden, dann ist er unzerstörbar, und wird es bleiben; ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft, als in irgend einer Bastion unserer Festungen.

Der Kaiser sandte Bismarck als Geburtstagsgeschenk einen Küraß und telegraphierte aus Abazzia:

„Euerer Durchlaucht spreche Ich Meinen herzlichsten Glückwunsch aus. Flügeladjutant Graf von Moltke ist beauftragt, Ihnen in Meinem Namen einen Küraß zu überreichen. Der feste Stahl, der dazu bestimmt ist, sich um Ihre Brust zu legen, mag als Symbol deutschen Dankes gelten, der sich in fester Treue um Sie schließt, und dem auch Ich einen beredten Ausdruck Meinerseits verleihen möchte.

Wilhelm, I. R."

Darauf antwortete der Fürst auf telegraphischem Wege:

„Euerer Majestät sage ich meinen ehrfurchtsvollsten Dank für den gnädigen Glückwunsch und für die huldreichen Worte, in denen Euerer Majestät Gnade für mich Ausdruck findet. Den neuen Waffenschmuck werde ich als ein Symbol dieser Gnade anlegen und meinen Kindern als dauerndes Andenken an dieselbe vererben.

von Bismarck."

---

Die zu Anfang der Session im Reichstag eingebrachten, einer Kommission überwiesenen Steuervorlagen waren daselbst das Objekt widersprechendster Diskussion gewesen. Es zeigte sich immer mehr, daß gar keine Geneigtheit vorhanden war, dieselbe anzunehmen. Angesichts dieses Umstandes wurde von einem Führer der agrarischen Partei, dem Grafen Kanitz, ein Antrag eingebracht, der eine Monopolisierung des ausländischen Getreides innerhalb des deutschen Zollgebietes bezweckte, d. h. der von dem Grafen Kanitz, 26 Mitgliedern der konservativen Reichstagsfraktion und einigen Antisemiten einge-

brachte Antrag verfolgte den Zweck, der deutschen Landwirtschaft einen Mindestpreis für das von ihr erzeugte Getreide zu sichern. Dieser Mindestpreis war in dem Entwurf so bemessen, daß er den Weizenpreis ungefähr um 72, den Roggenpreis um 41 Mark pro Tonne über seinen Stand steigerte. Das Mittel, um das gesetzte Ziel zu erreichen, war zweckdienlich gewählt; es bot, vom Standpunkt der Antragsteller beurteilt, zugleich den Vorteil, daß es den odiösen Teil der Aufgabe den verbündeten Regierungen zuwies, während die Getreideproduzenten einfach den vom Staat gewaltsam in die Höhe getriebenen Preis einstrichen.

Der Antrag des Grafen Kanitz wollte einen „Mindestpreis" auch nach den gesegnetsten Ernten in Kraft treten lassen; er wollte diesen Mindestpreis unter allen Umständen, gleichviel wie der Multiplikator sich stellt. Für den Fall einer allgemeinen, den Weltmarktpreis erheblich steigernden Mißernte, nahm die „Begründung" des Antrags mit der Bestimmung, daß immer „der Verkaufspreis (des vom Staate aus dem Auslande bezogenen Getreides) mindestens um den jetzigen Zollbetrag über dem Einkaufspreise stehen müsse", noch eine besondere Preiserhöhung in Aussicht. Damit war das landwirtschaftliche Gewerbe in einem Maße, von dem kein anderer Geschäftsbetrieb auch nur einen Schatten kennt, vom Risiko befreit und aus dem bitteren Kampf ums Dasein, den alle Anderen kämpfen müssen, heraus in die Oase einer sicher umfriedeten Existenz entrückt. Und zwar auf Kosten der Allgemeinheit, den Ärmsten der Armen als Kontribuenten nicht ausgeschlossen.

Die Aufnahme des Antrag Kanitz war eine ablehnende. Die Organe der Mittelparteien nannten denselben eine köstliche Blüte agrarischer Staatsweisheit, die zur Forderung eines Minimallohnes der Arbeiter führen würde. Andere Blätter behandelten ihn als einen Aprilscherz, und definierten ihn als eine Bankerotterklärung der Agrarier. Die extrem konservative Presse bemühte sich dagegen nachzuweisen, daß er nur die Befriedigung einer durch die Lage der Dinge begründeten Forderung der Landwirtschaft anstrebe. Die demokratische Frankfurter Zeitung Sonnemann's dagegen äußerte, man müsse dem Grafen Kanitz zu Danke verpflichtet sein dafür, daß er die wahren Ziele seiner Standesgenossen im Reichstage formuliert habe. Der Antrag sei nichts als das von reichen Gutsbesitzern an Arme und Besitzlose gestellte Verlangen nach jährlicher Unterstützung im

Wert von vielen Millionen. Der Antragsteller selbst begründete seinen Antrag mit der äußersten Notlage der Landwirtschaft, und motivierte ihn damit, daß er eine günstige Wirkung auf die Finanzen des Reiches üben würde.

Der Reichskanzler machte gleich bei der ersten Gelegenheit sehr energisch im Reichstag Front gegen den Antrag und setzte die Gefahren, die derselbe in sich schloß, auseinander. Die Maßregel würde zum völligen Abweichen von den Bahnen der auswärtigen Politik des Reiches nötige und in das innere politische Leben Deutschlands tief eingreifen; er könne selbst Zwist unter den Einzelnstaaten säen und der Solidarität des Reichsgedankens Abbruch thun. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft wären so verschieden, daß es nicht statthaft sei, die Hilfsmittel nach einer Schablone zuzuschneiden. Er schloß seine ebenso maßvollen als zutreffenden Ausführungen mit folgenden Worten:

„Ich habe die Bitte an Sie gerichtet, doch nicht trennend zwischen Die zu treten, die staatserhaltend sein können, sondern dahin zu wirken, daß sich die Staatserhaltenden den mannigfachen Gefahren gegenüber, die wir laufen, zusammenschließen. Ich habe Ihnen bei einem anderen Anlaß gesagt: Das, was Sie treiben, trennt in der Landwirtschaft den Osten vom Westen, den großen Grundbesitz vom kleinen und trennt Sie von der Industrie. Das Alles muß ich zu meinem aufrichtigen Bedauern aufrecht erhalten — es ist eine harte Pflicht für einen Staatsmann, solche Worte zu sagen, aber nach meiner innersten Überzeugung ist es eine Wahrheit, und ich muß sie sagen. Das, was Sie jetzt treiben, trennt Sie viel mehr noch, als was Sie bisher gethan haben, nicht nur von der Industrie, sondern von allem andern, was staatserhaltend ist. Es wird Sie selbst schädigen, denn es ist ganz zweifellos, daß Sie die kleine Landwirtschaft gegen sich haben werden, 69 pCt. aller Derjenigen, die vom landwirtschaftlichen Gewerbe als Besitzende leben, sind kleine Parzellenbesitzer! Diese Leute werden Sie gegen sich bekommen, die verkaufen kein Getreide; diese Leute werden sich sagen: wenn die Herren für die große Landwirtschaft sorgen — nun mal heran auch für unser Schwein, auch für das, was wir verkaufen!"

Er fügte dann noch hinzu, daß der Antrag in den Händen derer, die ihn benutzten, ein Agitationsmittel erster Klasse gegen die Konservativen sein würde.

Bei der Abstimmung fiel der Antrag Kanitz mit 159 Stimmen gegen 46.

---

Durch die langatmigen Diskussionen des Antrags Kanitz war der Reichstag von der Lösung seiner Hauptaufgabe, d. h. der Beratung der Steuervorlagen und der Reichsfinanzreform abgehalten worden. Die Steuerkommission hatte Miene gemacht, sich ernstlich der Tabaksteuer zuzuwenden. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes wies in seiner Darlegung des Standes der Reichsfinanzen darauf hin, daß neue Einnahmequellen dem Reich erschlossen werden müßten, und führte aus, daß namentlich auf eine stärkere Belastung des Tabaks nicht verzichtet werden könne. Die Argumente des Regierungsvertreters vermochten indes nicht, den Widerstand, der sich gegen die Vorlage bemerkbar machte, zu brechen. Dieselbe wurde von der Kommission zurückgewiesen, und auch die übrigen Steuervorlagen fielen. Nur das Stempelsteuergesetz gelang es zur Annahme zu bringen. Einer der Führer der Agrarier suchte darauf die Verstimmung der Partei noch einmal in den lebhaftesten Farben auszumalen. Er that dies, indem er auseinandersetzte, daß bei Annahme des Antrags Kanitz es vermieden worden wäre, die als Kopfsteuer wirkenden Matrikularbeiträge, welche die Landwirtschaft so schwer belasteten, den Steuerpflichtigen aufzuerlegen.

Die Belastung rühre aber allein von den Handelsverträgen her. Die Landwirtschaft sei zwar nicht Sache des Reiches, sondern der einzelnen Staaten; aber die Handelsverträge gehören unter die Reichsverwaltung, deshalb müsse die letztere vielmehr auf die Einzelstaaten einwirken. Zu diesem Zweck würde es sich empfehlen, wenn das Amt des preußischen Ministerpräsidenten und dasjenige des deutschen Reichskanzlers in einer Hand vereinigt wären.

Graf Caprivi ging auf diese Andeutungen nicht weiter ein, sondern schloß am nächstfolgenden Tage die Session mit der Bemerkung, der Plan, die eigenen Einnahmen des Reiches zu vermehren, lasse sich nicht aufgeben; in der Hoffnung auf eine bessere Verständigung mit dem Reichstag würden die verbündeten Regierungen demselben im Herbst neue Vorlagen unterbreiten.

---

Fast in dieselben Tage, an welchem die Reichsboten die Hauptstadt verließen, fiel die Feier der Vermählung eines deutschen Fürsten, der durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu fast allen größeren Höfen Europas, besonders erlauchte Hochzeitsgäste als Zeugen der feierlichen Handlung hatte. Am 19. April ward Großherzog Ernst Ludwig von Hessen zu Coburg mit der Prinzessin Victoria von Sachsen-Coburg-Gotha ehelich verbunden.

Selten wohl war eine so große Zahl vornehmer fürstlicher Gäste bei einer Hochzeitsfeier in einem deutschen Fürstenhause vereinigt gewesen, wie am 19. April in Coburg. Mit dem Deutschen Kaiser, der Königin Victoria von England, der Kaiserin Friedrich, den Thronfolgern von England, Rußland, Rumänien, waren die Großfürsten Wladimir, Sergius von Rußland und eine Anzahl von in näheren verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem jungen großherzoglichen Paare stehenden Fürstlichkeiten um dasselbe vereinigt.

Die kirchliche Vermählung des fürstlichen Paares fand kurz nach 12 Uhr, nachdem vorher in den Gemächern der Königin Victoria die standesamtliche Trauung durch den Staatsminister v. Strenge vollzogen worden war, in der alterthümlichen, mit reichstem Tannengrün, südlichen Blumen und Topfpflanzen dekorierten Schloßkirche statt.

Die Fürstlichkeiten des Hochzeitszuges nahmen erst Platz, nachdem Herzog Alfred seine Mutter zu dem ersten Stuhl in der vordersten Reihe geführt; Königin Victoria, die sich beim Gehen leicht auf einen Stock stützte und auch während der ganzen Ceremonie sitzen blieb, hatte sich in schwarze Seide gekleidet, über welche sich ein kostbarer Spitzenüberhang breitete. Bei der Hochzeitstafel, bei welcher der Kaiser den Trinkspruch auf das Wohl der Neuvermählten ausbrachte, wurde dann die Verlobung des Großfürst-Thronfolgers von Rußland mit der Prinzessin Alix von Hessen, jüngsten Schwester des Großherzogs von Hessen, geboren am 6. Juni 1872, verkündet.

Bei Gelegenheit der Vermählungsfestlichkeiten ernannte die Königin von Großbritannien und Irland den Kaiser und König zum Chef des ersten Royal Dragoon-Regiments. Es ist fast das älteste der Armee und hat schon bei Dettingen sich ruhmreich ausgezeichnet.

In Deutschland galt die geplante Familienverbindung als Anzeichen der Wiederannäherung der russischen Politik an die großen

monarchischen Staaten Europas und wurde in diesem Sinne für ein erfreuliches Ereignis gehalten.

---

Ein namentlich in künstlerischen Kreisen viel betrauerter Todesfall war der am 14. April stattgehabte Heimgang des kunstsinnigen Grafen Adolf Friedrich von Schack in Rom, Besitzers der bekannten Gemäldegalerie in München. Nach dem Testament des Grafen von Schack fiel dem Kaiser die Gemäldegalerie nach Ausscheidung einer Anzahl minderwertiger Gemälde zu, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin erhielt die Kupferstichsammlung und die Zeichnungen.

Auf die Kunde von dem ihm zu Teil gewordenen Vermächtnis that Kaiser Wilhelm sogleich den städtischen Behörden Münchens seinen Entschluß kund, die Schack'sche Galerie in München zu belassen, und telegraphierte:

„Dieser den Münchener Künstlern und Bürgern sowohl, als allen Deutschen liebgewordene Kunstschatz soll München erhalten bleiben. Möge Münchens Bevölkerung hieraus einen neuen Beweis Meiner Kaiserlichen Huld und Meines Interesses an ihrem Wohlergehen ersehen, ebenso wie Ich Mich freue, in Ihrer schönen Stadt ein Haus als Kaiserliches Wahrzeichen zu besitzen, in dessen Hallen ein jeder Anhänger der Kunst Mir willkommen sein soll.

Wilhelm, Imperator Rex."

---

Der Monat Juli des Jahres 1894 brachte einen seltenen Gedenktag im deutschen Geistesleben. Es war die Feier des 350jährigen Bestehens der Königsberger Universität, welche als Geistesfackel im Nordosten des Reiches Jahrhunderte hindurch, trotz ihrer abgelegenen Lage stets regen Anteil an der Entwicklung der Wissenschaft genommen hatte. Die Festlichkeiten des Jubiläums verliefen in glänzender Weise. Am Abend des 25. Juli traf der Vertreter des Kaisers, Prinz Friedrich Leopold, in Begleitung des Vertreters des Kultusministers, Unterstaatssekretär Dr. von Weyrauch, in Königsberg ein und fuhr in vierspännigem, offenem Wagen durch die mit Fahnen und Blumengewinden geschmückte Via triumphalis nach dem Schlosse. Am Abend brachte ihm die gesamte Studentenschaft einen imposanten Fackelzug. Am 26. morgens setzte sich ein glänzender Festzug, bestehend aus der

Studentenschaft, dem Lehrkörper (in Amtstracht) und den Ehrengästen von der Universität aus zum Festgottesdienst nach dem Dome in Bewegung. An der Herzog Albrecht-Statue machte jede der Verbindungen halt, Schläger und Banner senkten sich salutierend, während ein Kranz zu den Füßen des Monuments niedergelegt wurde. Am 27. Juli morgens bewegte sich der Festzug mit Ausschluß des Lehrkörpers nach dem Aditorium Maximum, wo Professor Gareis die Festrede hielt, an die sich die Verkündigung der Ehrenpromotionen schloß. Hierauf erfolgte die Grundsteinlegung der Palaestra Albertina. Am Nachmittag vereinigte sich Prinz Leopold mit den Spitzen der Behörden zum Diner beim Rektor. Ein großer Festkommers in der Börse beendigte am Abend die gelungene Feier.

---

Am 10. Juli beging der Oberpräsident von Hannover, Rudolph v. Bennigsen, Mitbegründer und seitdem Führer der nationalliberalen Partei, seinen 70. Geburtstag. Wenn in erster Reihe die Parteigenossen v. Bennigsen's diesen Anlaß benutzten, um ihren langjährigen Führer im politischen und parlamentarischen Kampfe zu feiern, und ihm von ihnen in verschiedenen Städten Ovationen dargebracht wurden, so gingen doch die Sympathien für Herrn v. Bennigsen weit über den Kreis seiner engeren politischen Freunde hinaus. Als ein Politiker, welcher Maß zu halten verstand, hatte Rudolph v. Bennigsen seit einem Menschenalter mitgearbeitet an der Gestaltung unserer vaterländischen Geschicke. Er hatte mit Patriotismus, Hingebung und bedeutendem Erfolge die schwere politische Arbeit als Abgeordneter und Parteiführer in einem der ernstesten und wichtigsten Abschnitte der deutschen Geschichte auf sich genommen. Daher schloß sich die deutsche Nation, auch soweit sie nicht zur nationalliberalen Partei gehörte, den herzlichen Wünschen an, welche die engeren Freunde Herrn v. Bennigsen zu seinem 70. Geburtstage widmeten.

---

Ein deutscher Katholikentag, der vom 26. bis 30. August in Berlin tagte, kam über Resolutionen und Meinungskundgebungen, Programme und Beschlüsse sehr allgemeiner Natur, nicht hinaus. Von Bedeutung war allein was Frhr. von Schorlemer-Alst über die auf sozialpolitischem Gebiet zu lösenden Aufgaben sagte, wobei er

auch dem agrarischen Standpunkt, aber in maßvoller und versöhnlicher Weise, Rechnung trug. Er knüpfte dabei in seinen Ausführungen an die Organisation der Berufsgenossenschaften an und betonte, daß ihm nichts ferner läge, als der Gedanke an eine einseitige Interessenvertretung.

. . . . . .

Berechtigt seien ja die verschiedenen Interessen, aber nicht im Kampfe gegen einander dürften dieselben wahrgenommen werden, sondern ein Ausgleich der Interessen unter den gleichberechtigt neben einander stehenden Berufsgenossenschaften sei das Ziel. Weil gerade der Mittelstand dem Auffaugungsprozeß am schnellsten verfalle, müsse dieser an erster Stelle durch eine gesunde Organisation gestützt werden. Auf dieser Grundlage ruhe der Segen auch einer berufsgenossenschaftlichen, durch Gesetz geschützten Organisation für die Landwirtschaft, und zwar auf einer in sich aufgebauten, aber nicht durch Gesetz nach Steuersätzen dekretierten Organisation, in welcher auch der kleine Landwirt gleichberechtigte Vertretung finde.

Die versöhnlichen, vom Geist einer gesunden Wirtschaftspolitik durchwehten Worte des Redners fanden auch in katholischen Kreisen ihren Nachhall. —

---

Nicht ohne tiefen Eindruck blieben die vom Kaiser in Königsberg gehaltenen Reden, woselbst im September die Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals und die große Revue über die Truppen des 1. Armeekorps stattfand. An derselben nahm als Gast auch der König Wilhelm von Württemberg teil. — Nachdem der Kaiser denselben bei der Gala-Tafel für die Provinzialstände bewillkommet, erhob sich der Monarch zu nachstehender, auf die politische und wirtschaftliche Lage im Inneren Bezug nehmenden Rede, welche durch das Kraftbewußtsein und die demütige Frömmigkeit, die aus ihr sprachen, großes Aufsehen erregte.

„Ich begrüße Sie, Meine Herren, in diesem altehrwürdigen Schlosse als die Vertreter dieser Mir so teueren Provinz und heiße Sie von Herzen willkommen; der Empfang in der alten Krönungsstadt Königsberg, den ihre Bevölkerung Uns bereitet hat, ist Ihrer Majestät und Mir zu Herzen gegangen, und danken Wir Ihnen aufs Innigste dafür. Es sind nunmehr vier Jahre verflossen, seitdem Ich

mit Ihnen bei dem Mir von der Provinz gebotenen Mahle vereint war. Ich betonte damals, daß die Provinz Ostpreußen als eine hauptsächlich Landwirtschaft treibende vor allen Dingen einen leistungsfähigen Bauernstand erhalten und behalten müsse, und daß sie als solche die Säule und Stütze Meiner Monarchie sei. Es wird daher Mein stetes Bestreben sein, für das Wohl und die wirtschaftliche Hebung Ostpreußens angelegentlich zu sorgen. In den vier verflossenen Jahren haben schwere Sorgen den Landwirt bedrückt, und es will Mir scheinen, als ob unter diesem Einfluß Zweifel aufgestiegen seien an Meinen Versprechungen, ob sie auch wohl gehalten werden könnten. Ja, Ich habe sogar tief bekümmerten Herzens bemerken müssen, daß aus den Mir nahestehenden Kreisen des Adels Meine besten Absichten mißverstanden, zum Teil bekämpft worden sind, ja sogar das Wort Opposition hat man Mich vernehmen lassen. Meine Herren! Eine Oppositon preußischer Adeliger gegen ihren König ist ein Unding, sie hat nur dann eine Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß, das lehrt schon die Geschichte Unseres Hauses. Wie oft haben Meine Vorfahren Irregeleiteten eines einzelnen Standes zum Wohle des Ganzen gegenübertreten müssen! Der Nachfolger dessen, der aus eigenem Recht souveräner Herzog in Preußen wurde, wird dieselben Bahnen wandeln, wie sein großer Ahne; und wie einst der erste König „ex me mea nata corona“ sagte und sein großer Sohn seine Autorität als einen rocher de bronze stabilierte, so vertrete auch Ich gleich Meinem Kaiserlichen Großvater das Königtum aus Gottes Gnaden. Meine Herren! Was Sie bedrückt, das empfinde auch Ich, denn Ich bin der größte Grundbesitzer in unserem Staate, und Ich weiß sehr wohl, daß wir durch schwere Zeiten gehen. Täglich ist Mein Sinnen darauf gerichtet, Ihnen zu helfen, aber Sie müssen Mich dabei unterstützen, nicht durch Lärm, nicht durch Mittel der von Ihnen mit Recht so oft bekämpften gewerbsmäßigen Oppositionsparteien, nein in vertrauensvoller Aussprache zu Ihrem Souverän. Meine Thür ist allezeit einem jeden Meiner Unterthanen offen und willig leihe Ich ihm Gehör. Da sei fortan Ihr Weg und als ausgelöscht betrachte Ich Alles, was geschah! Um Mich aber zu vergewissern, ob Ich wirklich Meinen Versprechungen nachgekommen bin, und die Fürsorge, die Ich der Provinz einst versprach, in der Weise ausgeführt worden ist, wie Ich es wünschte, habe Ich zusammenstellen lassen, was für die Provinz unter Meiner Regierung bisher geschehen.

Es sind seit der Zeit, als Ich zu Ihnen sprach, für Eisenbahnen, zum Erlaß von Darlehen an Deich- und Meliorationsverbände, für Weichselregulierung und Seekanal für Ostpreußen 85 600 000 Mark, und für Westpreußen 24¼ Millionen Mark aus allgemeinen Staatsmitteln aufgewendet worden, zusammen 110 Millionen. Mein Wort habe Ich gehalten. Aber noch mehr. Ich werde fortfahren, in stetem Bemühen für dieses Land zu sorgen, und der nächstjährige Etat wird bereits neue Beweise Meiner landesväterlichen Fürsorge bringen. Meine Herren! Sehen wir doch den Druck, der auf uns lastet, und die Zeiten, durch die wir schreiten müssen, von dem christlichen Standpunkt an, in dem wir erzogen und aufgewachsen sind, als eine uns von Gott auferlegte Prüfung! Halten wir still, ertragen wir sie in christlicher Duldung, in fester Entschlossenheit und in der Hoffnung auf bessere Zeiten, nach unserem alten Grundsatze: Noblesse oblige! Eine erhebende Feier hat sich vorgestern vor unseren Augen abgespielt; vor uns steht die Statue Kaiser Wilhelm's I., das Reichsschwert erhoben in der Rechten, das Symbol von Recht und Ordnung. Es mahnt uns Alle an andere Pflichten, an den ernsten Kampf wider die Bestrebungen, welche sich gegen die Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, Meine Herren, an Sie ergeht jetzt Mein Ruf: Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes. Wie der Epheu sich um den knorrigen Eichstamm legt, ihn schmückt mit seinem Laub und ihn schützt, wenn Stürme seine Krone durchbrausen, so schließt sich der preußische Adel um Mein Haus. Möge er und mit ihm der gesamte Adel deutscher Nation ein leuchtendes Vorbild für die noch zögernden Teile des Volkes werden. Wohlan denn, lassen Sie uns zusammen in diesen Kampf hineingehen! Vorwärts mit Gott, und ehrlos, wer seinen König im Stiche läßt! In der Hoffnung, daß Ostpreußen als erste Provinz in der Linie dieses Gefechtes gehen wird, erhebe Ich Mein Glas und trinke es auf das Gedeihen Ostpreußens und seiner Bewohner. Die Provinz lebe hoch, hoch, hoch!"

Die öffentliche Meinung war von den Worten des Kaisers auf das lebhafteste bewegt, und die Blätter aller Parteien bemühten sich, dieselben in ihrem Sinne auszulegen und zu erörtern. Die „Kölnische Zeitung" bemerkte mit Hinweis auf die Worte des Monarchen, der Adel solle in der Unterstützung der Krone im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen ein Vorbild sein, das liberale Bürgertum stehe in

diesem Kampfe wie immer treu zu Kaiser und Reich, auch ohne Mahnung ohne Vorbild. Wollten die Konservativen im Kampfe gegen den Umsturz neben dem Liberalismus ohne Hintergedanken Stellung nehmen, so seien sie herzlich willkommen. Die „Nationalztg." äußerte sich dahin, daß die Rede ihre besondere Bedeutung dadurch erhalte, daß sie an einen politisch-sozialen Kreis gerichtet sei, der eine thatsächlich, wenn auch nicht mehr rechtlich bevorzugte Stellung in Anspruch nehme, insbesondere auch in seinem Verhältnis zur Krone. Von diesem Gesichtspunkte hätten die Vorhaltungen, die der Kaiser den Führern der Agrardemagogie gemacht habe, ihre volle Berechtigung.

---

Noch nach einer anderen Seite, die ebenfalls in letzter Zeit ein feindselig agitatorisches Verhalten gezeigt, trat der Kaiser mahnend und warnend auf, und sprach sich sehr vernehmlich gegen die antideutschen Bestrebungen des Polentums aus, welche in den östlichen Landesteilen die Bevölkerung aufzuregen und zu entnationalisieren trachteten.

Die Gelegenheit dazu bot der der Stadt Thorn abgestattete Besuch des Herrschers, wo derselbe einem größeren Artilleriemanöver beiwohnte.

Bei der Begrüßung des Kaisers hob der erste Bürgermeister, Kohli, hervor, zum ersten Mal besuche ein deutscher Kaiser, zum ersten Mal seit 40 Jahren ein König von Preußen die Stadt Thorn, welche stets eine deutsche Stadt gewesen sei und nicht hinter Marienburg zurückstehe. Thorn habe auch unter einer 300jährigen Fremdherrschaft sein Deutschtum bewahrt. Der Bürgermeister schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser.

In der Ansprache, welche der Kaiser in Beantwortung der Begrüßungsrede des ersten Bürgermeisters hielt, sagte Se. Majestät ungefähr, er nehme mit Vergnügen von der Versicherung Kenntnis, daß die Stadt Thorn auch ferner unentwegt und treu zu ihm halten wolle. Die Geschichte der Stadt Thorn sei ihm von jeher eine der interessantesten der Monarchie gewesen. Was die Bewahrung des Deutschtums betreffe, so wisse er, daß die Stadt Thorn nicht hinter der Marienburg zurückstehe, und freue sich, feststellen zu können, daß die Stadt trotz der erlebten vielen Wechselfälle ihr Deutschtum bewahrt habe. Leider sei es zu seiner Kenntnis gelangt, daß das Verhalten

der polnischen Mitbewohner in letzter Zeit nicht ein derartiges gewesen ist, wie er es wünsche. Er erinnere an die Worte, welche er letzthin in Königsberg gesprochen habe: „Auf zum Kampf gegen die Umsturzparteien!“ Nur diejenigen können sich Seiner königlichen Gnade versichert halten, welche sich voll und ganz als preußische Unterthanen betrachten. „Wollen wir Stand halten,“ schloß Se. Majestät, „den feindlichen Bestrebungen, so müssen alle Meine Unterthanen geschlossen hinter mir stehen! In der Erwartung, daß die Stadt Thorn ein Hort dieser Gesinnung bleibe, sage Er Lebewohl!“

* * *

Gleichwie in Beantwortung der Rede des Kaisers in Thorn, begann darauf die agrarisch-konservative Presse ihrer Opposition in immer größerem Maße eine persönliche Spitze gegen den Grafen Caprivi, als den Vertreter des Kampfes gegen Polentum und Grundbesitz, zu geben. Dieselbe Neigung zeigten die polnischen Blätter, deren Sprache infolge einer Kundgebung in Lemberg, an der auch Polen aus Posen teil nahmen, immer herausfordernder klang. Das Organ des Bundes der Landwirte äußerte sich dahin, daß die die Wirtschaftspolitik der Regierung angreifenden Parteien keineswegs ihren Standpunkt aufgeben dürften; der Kampf müsse im Gegenteil fortgesetzt werden, und zwar mit zunehmender Schärfe.

Die polnischen Nationalbestrebungen fanden in dem Fürsten Bismarck einen Feind von ganz besonderer Schneidigkeit. Einer Massendeputation aus dem Großherzogtum Posen, die ihn am 16. September in Varzin begrüßt hatte, sprach er sich mit Befriedigung über die Zunahme des deutschen Elements in dieser Provinz aus — einer ihm am 22. September, also nach den Lemberger Kundgebungen, huldigenden Deputation aus Westpreußen sagte er ganz unverhohlen, er hege den Wunsch, bei seinen deutschen Landsleuten den letzten Rest von Sympathie für Polonisierung und polnisches Junkertum zu bekämpfen, und diese Hoffnung stehe angesichts der Äußerungen des Kaisers in Königsberg, Marienburg und Thorn um so fester. Eine ernste Gefahr werde nicht mehr vorliegen, wenn den Polen gegenüber der Einklang der amtlichen und der nationalen Überzeugung hergestellt sein werde.

In seinen zu Marienburg gesprochenen Worten hatte der Kaiser betont, daß die alte Burg ehemals der Ausgangspunkt für deutsche Kultur und Sitte gewesen, von welcher der deutsche Ritterorden er-

obernd gegen das Heidentum vorgedrungen wäre. Er hatte dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Marienburg auch ferner ein Hort des Deutschtums im Osten sein und bleiben werde.

---

Bald nach der Rückkehr von seinen Reisen und Jagdausflügen verlieh der Kaiser unter Entfaltung reichen militärischen Prunkes, den neu formierten vierten Bataillonen der Infanterieregimenter der Armee, am nationalen Gedenktage des 18. Oktober ihre Fahnen.

Der Festakt vollzog sich in Anwesenheit einer glänzenden militärischen Versammlung vor dem Denkmal König Friedrich's des Großen.

Als der Geistliche bei dem Weiheakte das Vaterunser sprach und die gesenkten Fahnen segnete, erdröhnte vom Lustgarten her der Kanonendonner zum Salut. Das Trompeterkorps spielte das niederländische Lied: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten."

Während der Weiheworte übernahmen die Regimentskommandeure die Fahnen und senkten dieselben. Alsdann übergab der Kaiser die Feldzeichen. In seiner Ansprache gedachte derselbe zunächst der Bedeutung des Tages, des Geburtstages Kaiser Friedrich des III., sowie des Kaiser Wilhelm I. und des unter dessen Augen im Jahre 1861 stattgehabten gleichen Weiheaktes, erinnerte an die ruhmreichen Thaten, deren jene Feldzeichen 1866 und 1871 Zeuge gewesen, und wandte sich alsdann an die Regimentskommandeure mit der Aufforderung, die Feldzeichen zu übernehmen, sie in Ehren zu halten und die ruhmreichen Traditionen der Armee, die Traditionen der Thaten, deren jene Feldzeichen der Hingabe bis zum Tode und des unbedingten Gehorsams gegenüber dem Kriegsherrn gegen äußere und innere Feinde, fortzupflanzen auf die Mannschaften, welche diesen Fahnen folgen sollen. Möge der Segen des Allerhöchsten, der so sichtlich das Heer bisher behütet und bewahrt, auf demselben ferner ruhen, mögen auch die Blicke der Vorfahren uns schützen.

„Mit Gott für König und Vaterland." Hierauf dankte General-Feldmarschall Graf von Blumenthal Sr. Majestät im Namen der Armee mit der Versicherung unverbrüchlicher Treue, welche die Armee, sollte sie jemals in die Lage kommen, auch durch die That beweisen werde. Dann gab der Feldmarschall den Befehl zum Präsentieren vor dem Kaiser. Das von ihm ausgebrachte dreimalige Hurra auf

den Kaiser wurde von allen Truppen und der ganzen Festversammlung mit Begeisterung aufgenommen. Hierauf folgte die Formation der Truppen zum Vorbeimarsch, der vom Lustgarten aus erfolgte. Der Kaiser nahm vor der Universität, mit dem Gesicht nach dem Opernhause zu Aufstellung, umgeben von den Fürsten, hinter sich die neuen Fahnen. Der Kronprinz führte den ersten Zug, alle übrigen Prinzen waren eingetreten. Alsdann wurden die neuen Fahnen durch das Lehr-Infanteriebataillon nach dem Zeughause zurückgebracht, wohin dies Bataillon die am 18. Januar 1861 geweihten Fahnen geleitet hatte; die alten Fahnen wurden in das Königliche Schloß zurückgeführt.

---

Als ein Zeichen der Zeit galt der Empfang einer Abordnung von vier Mitgliedern des ostpreußischen Bundes der Landwirte bei Kaiser Wilhelm.

Der Deputation wurde eine sehr gnädige Aufnahme zu teil; der Monarch sprach seine Freude darüber aus, daß sich die preußischen Landwirte an ihn persönlich gewandt hätten, und versicherte, daß seine Sorge für die Landwirtschaft nie nachlassen werde.

---

Im Schoße des preußischen Staatsministeriums und des deutschen Bundesrats war inzwischen ein Reichsgesetzentwurf zur Bekämpfung der sogenannten Umsturzbestrebungen gutgeheißen worden. Dieser Gesetzentwurf war indeß das Objekt zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten. Der erstere, der in dem huldvollen Empfang der ostpreußischen Landwirte am 20. Oktober eine gegen ihn gerichtete Demonstration erblickt hatte, erbat infolge dessen seinen Abschied; das Gesuch wurde indes vom Kaiser abgelehnt. Die Meinungsverschiedenheit, die zwischen dem Grafen Caprivi und dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg über das Umsturzgesetz herrschte, erweiterte sich indes, und es wurde offenkundig, daß zwischen beiden nicht nur sachliche, sondern auch persönliche Differenzen bestanden, die ihre Quelle in der Trennung und Gespaltenheit der beiden Ämter ihren Grund hatten. Als dieses Dilemma sich nicht länger verbergen ließ, kamen beide Minister um ihren Abschied ein, der ihnen vom Kaiser gewährt wurde.

Graf Caprivi, obwohl des kaiserlichen Vertrauens in besonderem Maße gewürdigt, war bei der Ansicht geblieben, daß sich ein gedeihliches Hand in Handgehen mit einem preußischen Ministerpräsidenten, der in einer der wichtigsten dem Parlament zu machenden Vorlage an einer abweichenden Meinung festhielt, nicht ermöglichen lasse.

Der Kaiser ernannte darauf am 26. Oktober den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, Statthalter von Elsaß-Lothringen, zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten; den Unterstaatssekretär von Köller zum Minister des Innern. Die Wiedervereinigung der beiden höchsten Ämter in Reich und Staat wurde auf allen Seiten mit großer Befriedigung aufgenommen. Die Berufung eines so erfahrenen, geschäftskundigen und gemäßigten Staatsmannes wurde als Bürgschaft für die Fortführung einer friedliebenden, versöhnlichen Politik angesehen und machte überall den besten Eindruck. Hatte doch Fürst Hohenlohe durch seine Umsicht und seinen feinen Takt seit 1885 auf dem Straßburger Statthalterposten nicht wenig zur Beschwichtigung der Gemüther und zur Aussöhnung mit der deutschen Herrschaft beigetragen.

Der Nachfolger des Fürsten im Reichslande wurde sein Verwandter, der Fürst Hermann von Hohenlohe-Langenburg. Im preußischen Staatsministerium gingen die Portefeuilles der Landwirtschaft und der Justiz ebenfalls infolge Ausscheidens ihrer bisherigen Träger an Freiherrn von Hammerstein-Loxten und Schönstedt über. —

---

Der neuen Regierung gegenüber verharrten die konservativ-agrarischen Parteien in ihrer alten Opposition und begannen erst recht mit Forderungen und Bedingungen für ihren Anschluß an die Regierung aufzutreten.

Der ostpreußisch-landwirtschaftliche Centralverein bedeutete dem neuen Kanzler, daß der Kampf gegen die Umsturzparteien erst dann gelingen könne, wenn vor allem die Landwirtschaft gekräftigt werde.

Der Wechsel in der Regierung hatte die Hinausschiebung der Reichstagseröffnung nötig gemacht, um die der Volksvertretung zu unterbreitenden Vorlagen, darunter in erster Linie die sogenannte Umsturzvorlage und die Steuergesetzentwürfe, fertig zu stellen. Einige Tage vor Beginn der Session nahm der Kaiser, begleitet vom Prinzen

Heinrich und dem Fürsten Reichskanzler, das gewaltige Bauwerk der neuen Grünenthaler Hochbrücke über den Nordostseekanal in Augenschein. Auf der Plattform des Nordpfeilers fand eine kurze Feier statt, bei welcher Staatsminister von Bötticher die Ansprache hielt und das Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Der Kaiser dankte allen, die an dem Werke mitgearbeitet hatten, und verteilte Ordensauszeichnungen. Nach der Besichtigung der Hochbrücke begab sich der Kaiser mit dem Prinzen, dem Reichskanzler u. s. w. an Bord der Salonpinasse und trat durch den Nordostseekanal und die neue Schleuse die Fahrt nach Kiel an, wo er sich vom Hafen ins Schloß begab.

Mit dem Beginn der Reichstagssession von 1894/95 war zugleich die Übersiedelung des Reichstages nach dem neuen, im letzten Jahrzehnt entstandenen Prachtbau, im Angesicht der Siegessäule, nahe der Siegesallee und dem Brandenburger Thor, verbunden.

In der Thronrede, mit welcher der Kaiser im Rittersaal des Berliner Schlosses den Reichstag eröffnete, hieß er die Abgeordneten willkommen und machte sie darauf aufmerksam, daß sie nunmehr ihre Arbeit in die neue Stätte verlegen würden, die durch zehnjähriges ernstes Schaffen als ein Denkmal vaterländischen Fleißes ihrer Vollendung entgegen geführt sei. Dann hob er hervor wie er, getreu den Überlieferungen der Vorfahren, ebenso wie seine Verbündeten es als die vornehmste Aufgabe des Staates betrachte, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen, und ihnen zu einer höheren sittlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verhelfen. Von der Überzeugung getragen, daß es der Staatsgewalt obliege, gegenüber den streitenden Interessen der verschiedenen Elemente das Gesamtinteresse des Gemeinwesens und die Grundsätze der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, würden die Verbündeten in dem Bestreben fortfahren, durch Milderung der wirtschaftlichen und socialen Gesetze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit im Volke zu fördern und zu erhalten.

Solle aber dieses Bestreben in seinem Erfolge gesichert werden, so erschiene es geboten, dem verderblichen Gebahren Derjenigen wirksamer als bisher entgegenzutreten, welche die Staatsgewalt in der Erfüllung ihrer Pflicht zu stören versuchten. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die bestehende Gesetzgebung nicht die erforderlichen Handhaben hierzu böte. Die verbündeten Regierungen erachteten deshalb

eine Ergänzung unseres gemeinen Rechts für geboten. Es würde unverzüglich ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher vornehmlich durch Erweiterung der geltenden Strafvorschriften den Schutz der Staatsordnung verstärken solle.

Zur Deckung seiner Bedürfnisse sei das Reich genötigt weitere Steuerquellen zu erschließen. Demgemäß würde dem Reichstag von Neuem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der die anderweite Besteuerung des Tabaks in Aussicht nehme. Nicht minder hielten die verbündeten Regierungen fest an der Forderung einer organischen Auseinandersetzung des Reiches und der Einzelnstaaten, um die Finanzwirtschaft des Reiches selbständig zu machen.

* * *

Kurz nach Eröffnung des Reichstages fand am 5. Dezember mittags 1 Uhr die feierliche Schlußsteinlegung im neuen Reichstagshause statt. Über der Rampe war ein mit purpurfarbigen Teppichen geschmücktes, von der Krone überdachtes Zelt errichtet worden, von dem ein auf goldene Stäbe gestütztes rotes Schutzdach bis hinauf zum Haupteingang an der Thiergartenseite führte. Kurz nach 12 Uhr erschienen Diplomaten, hohe Beamte, Generale und Stabsoffiziere, die sich ebenso wie die Reichsboten in die große Wandelhalle begaben. Im Kuppelraum war vor den zum Sitzungssaale führenden Thüren eine von Standarten flankierte Estrade errichtet worden, auf der goldgestickte Sessel für das Kaiserpaar und die Mitglieder des Königlichen Hauses bereit standen. Rechts vom Thron nahmen die Prinzen und einige Hofwürdenträger Aufstellung, links davon die Mitglieder des Bundesrats, an ihrer Spitze Fürst Hohenlohe. Zur festgesetzten Zeit erschien das Kaiserpaar, deren Galawagen von je einer Schwadron Gardekürassiere und Gardedragoner eskortiert wurden. Von dem Vorsitzenden der Reichstagshaus-Baukommission und dem leitenden Architekten, Baurat Wallot, empfangen und geleitet von dem Reichskanzler und dem Staatssekretär von Bötticher, betraten sie unter schmetternden Fanfaren die Halle und nahmen auf der Estrade vor den Thronsesseln ihre Plätze ein.

Der Reichskanzler erbat alsdann die Erlaubnis zum Beginn der Feier und verlas hierauf folgende, dann in den Schlußstein eingelegte Urkunde:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen,

thun kund und fügen zu wissen, daß Wir beschlossen haben, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches und in Gemeinschaft mit den verfassungsmäßigen Vertretern des Deutschen Volkes den Schlußstein zu dem Hause zu legen, in welchem die gesetzgebenden Körperschaften fortan ihrer Arbeit walten sollen.

Der erhabene Gründer des Reiches, Kaiser Wilhelm I., welcher am 9. Juni 1884 den Grundstein zu diesem Bau legte, hat die Vollendung des Werkes nicht mehr schauen dürfen, und auch sein ruhmgekrönter Sohn, Kaiser Friedrich, ist nach Gottes Ratschluß vor Uns abgerufen.

Wie Wir das Gedächtnis dieser Unserer Vorfahren an der Kaiserwürde dankerfüllten Herzens segnen, so wird, dessen sind Wir gewiß, ihr Andenken für alle Zeiten im Deutschen Volke fortleben.

Zehn Jahre mühevoller Arbeit sind über der Errichtung des Baues dahingegangen. Zur Ehre des geeinten Vaterlandes erhebt er sich, fest gefügt durch deutsche Hände, ein Zeugnis deutschen Fleißes und deutscher Kraft. So soll er nunmehr seiner Bestimmung übergeben werden.

In seinen Räumen walte der Geist der Gottesfurcht, der Vaterlandsliebe, der Eintracht. Dieser Geist erfülle die Männer, welche berufen sind, hier des Reiches Wohlfahrt zu fördern.

Es bleibe der Bau ein Denkmal der großen Zeit, in welcher als Preis des schwer errungenen Sieges das Reich zu neuer Herrlichkeit erstanden ist, eine Mahnung den künftigen Geschlechtern zu unverbrüchlicher Treue in der Pflege dessen, was die Väter mit ihrem Blute erkämpft haben.

Das walte Gott!

Nach der Verlesung der Urkunde stieg das Kaiserpaar von der Estrade herab, und die mit ledernem Schutzfell bekleideten Meister des Maurer- und Steinmetzgewerkes legten die kupferne Kapsel, die außer der Urkunde noch die üblichen Dokumente und Münzen enthielt, in den ausgehöhlten, etwa $^3/_4$ Meter hohen hellgrauen Schlußstein, der genau in der Mitte des Kuppelraumes auf dem Marmorfußboden aufragt und zugleich die Stelle bezeichnet, auf der einst das Standbild Kaiser Wilhelm's errichtet werden soll. Als Kaiser Wilhelm heran-

getreten war, überreichte ihm mit einer Ansprache der bayerische Bundesratsbevollmächtigte Graf von Lerchenfeld auf einer silbernen Platte eine Maurerkelle, worauf der Kaiser aus einer kupfernen Mulde viermal Mörtel entnahm und ihn in die Fugen des Steines strich, auf den alsdann eine Steinplatte gehoben wurde. Präsident von Levetzow übergab sodann ebenfalls mit einer kurzen Ansprache den Hammer, und Kaiser Wilhelm vollzog drei kräftige Hammerschläge, worauf er die Worte sprach: „Pro gloria et patria!“ Ein Hoch, ausgebracht vom Präsidenten von Levetzow, und die Nationalhymne schlossen die Feier, an die sich ein Rundgang durch alle Räume anschloß.

Die erste Sitzung im neuen Hause fand am 6. Dezember statt. Auch hier hielt Präsident v. Levetzow eine kurze Ansprache, in der er der Verdienste des Baumeisters und seiner Gehülfen gedachte und am Schluß ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Während sich alle erhoben, blieben die Socialdemokraten schweigend sitzen, was einen Sturm der Entrüstung und eine Tumultscene hervorrief. Präsident von Levetzow kam alsdann auf das Verhalten der Socialdemokraten zurück, das der Sitte deutscher Männer nicht entspreche und die Gefühle der Mitglieder des Reichstages beleidige. Er bedauerte, kein Mittel zu haben, um ein derartiges Verfahren gebührend zu rügen. Als dann Singer zur Geschäftsordnung sprach und die Person des Kaisers in die Debatte ziehen wollte, unterbrach ihn Präsident von Levetzow.

Infolge des Vorganges der Socialdemokraten wurde in der konservativen Fraktion die Frage angeregt, durch Abänderung der Geschäftsordnung eine Verstärkung der Disciplinargewalt des Reichstagspräsidenten herbeizuführen. Auch die Kölnische Zeitung forderte, daß der bereits im Jahre 1877 dem Reichstag vorgelegte Entwurf betreffs der Disciplinargewalt über die Parlamentsmitglieder wieder eingebracht werde. Aber auch die Reichsregierung verhielt sich diesen Vorgängen gegenüber nicht unthätig. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe übermittelte am 10. Dezember dem Reichstagspräsidenten von Levetzow den Antrag des ersten Staatsanwalts beim Landgericht I. Berlin, worin die Genehmigung des Reichstages zur Strafverfolgung der Socialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung nachgesucht wurde, die bei dem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben waren. Dem Reichstagspräsidium gegenüber, das Kaiser Wilhelm am 9. in Audienz empfing, bemerkte dieser, daß er die Zwischenfälle durchaus nicht persönlich nehme, sondern nur als Angriffe gegen die Verfassung betrachte, da ja auch das Kaisertum

eine Einrichtung der Verfassung sei. Die Umsturzvorlage bezwecke, solche Angriffe zu verhüten.

Die Umsturzvorlage, die am Abend des 6. Dezember zur Verteilung gelangte, und gleichzeitig im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, betraf Abänderungen von fünf Paragraphen und die Einfügung zweier neuen Paragraphen in das Strafgesetzbuch, sodann die Abänderung eines Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches und im Preßgesetz die Ausdehnung des Rechtes zur vorläufigen Beschlagnahme von Druckschriften. Den Mittelpunkt der ganzen Novelle bildete folgender Zusatz des § 130 des Strafgesetzbuches: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Familie, die Ehe oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft."

---

Ein Fest zu Ehren des Erbauers des Reichstagshauses, Paul Wallot, veranstalteten am 7. Dezember der Berliner Architektenverein und der Verein Berliner Künstler im Kroll'schen Etablissement. Die Zahl der Festgenossen mochte sich auf 600 belaufen. Aus etwa zwanzig größeren deutschen Städten waren offizielle Vertreter der Architektenvereine zu der Feier entsandt worden. Während des Festaktes im Römersaale, wo das Gipsmodell des Reichstagshauses aufgestellt war, fand die Überreichung der Ehrendiplome seitens des Vereins Berliner Künstler und der Vereinigung der Architekten unter markigen Ansprachen A. von Werner's und des Geh. Baurats Hinkeldeyn statt. Ferner ließ die deutsche Kunstgenossenschaft durch Professor Thiersch aus München das Diplom als Ehrenmitglied überreichen. Es folgte Bauinspektor Wolff mit der Adresse des Frankfurter Architektenvereins. Baurat v. d. Hude überreichte Wallot den Kranz im Namen der Berliner Architekten. Der Gefeierte dankte mit herzlichen Worten für alle diese Ehren, und betonte, daß es für ihn keinen schöneren Lohn geben könne, als die Anerkennung der Kunstgenossen. Mit dem Gesang des Liedes: „Deutschland, Deutschland über Alles" schloß der Akt, dem das gemeinsame Festmahl folgte.

---

König Gustav Adolf's 300. Geburtstag wurde auf deutschem Boden nicht minder würdig begangen als im Heimatlande des großen Schwedenkönigs. In Leipzig fand am 9. Dezember im Theater eine Aufführung von Dr. Kaiser's Gustav Adolf-Festspiel statt; überdies hatten der Hauptverein und der Leipziger Zweigverein der Gustav Adolf-Stiftung eine Feier in der Albert-Halle des Krystallpalastes veranstaltet, bei der Professor Sohm und Schulrat Hempel als Redner auftraten. Aus den meisten Städten des Königreichs Sachsen kamen Berichte über die festliche Begehung dieses Gedenktages, ebenso aus den Nachbarlanden. In Lützen wurde er sehr feierlich und unter Teilnahme vieler auswärtiger Ehren- und Festgäste begangen. Bei dem Festgottesdienst in der St. Vituskirche hielt Generalsuperintendent Faber aus Berlin die ergreifende Predigt.

Nach der kirchlichen Feier bewegte sich ein ansehnlicher Festzug nach dem Schwedenstein. In dem Zuge schritten die Geistlichen und Lehrer, die verschiedenen Vereine, die Ehrengäste, die Stadtvertretung, das Festkomitee. Am Denkmal hielt Pastor Dr. Kaiser aus Leipzig die schwungvolle Festrede, nach deren Beendigung die Kränze am Schwedenstein niedergelegt wurden. Sodann übergab der Regierungspräsident Graf zu Stolberg das seit 1876 von der Staatsverwaltung unterhaltene Denkmal der Stadt Lützen im Namen des Kaisers.

Ein patriotischer Bürger Leipzig's hatte eine schöne Gedenktafel gestiftet.

Nachdem der Festzug in die Stadt zurückgekehrt war, brachte der Bürgermeister Lenze am Denkmal Wilhelm's I. das Hoch auf den Kaiser aus. Darauf folgte das Festbankett.

---

In das Jahr 1894 fiel auch der Abschluß der mit Frankreich gepflogenen Verhandlungen über die Abgrenzung der deutschen Interessensphäre im Hinterland von Kamerun.

Die am 6. Dezember 1893 begonnenen Beratungen zogen sich langsam und stockend, mehrfach durch längere Pausen unterbrochen, bis zum Februar 1894 hin. Erschwerend für die deutschen Unterhändler wirkte der Umstand, daß die Franzosen unter Bezugnahme auf die von den Expeditionen Maistre, Mizon und Brazza in Besitz genommenen Landstrecken bezw. abgeschlossenen Verträge ziemlich weitgehende Forderungen stellten, die mit den deutscherseits erhobenen Ansprüchen

nicht in Einklang zu bringen waren. Dazu kam, daß sich auf Grund astronomischer, von der Leipziger Sternwarte sorgfältig geprüfter Beobachtungen herausstellte, daß einige Stationspunkte nicht da, wohin einst der Afrikaforscher Flegel sie verlegt hatte, zu suchen seien. Dieselben lagen vielmehr östlich vom 15. Grad östlicher Länge, mithin nicht innerhalb der damals abgegrenzten deutschen Interessensphäre. Außerdem kam es den Franzosen zu statten, daß ihre Forschungsexpeditionen in den von Deutschland beanspruchten Gegenden allen anderen Reisenden zuvorgekommen waren und sich dort gewisse Rechte gesichert hatten. Unter diesen Umständen waren begründete Einwendungen gegen französische Ansprüche nicht zu erheben. Der am 15. März 1894, wenn auch nach langem Widerstreben der deutschen Unterhändler, zu Stande gekommene Vertrag zur Abgrenzung des Kameruner Hinterlandes, gewährte Frankreich bedeutende Vorteile. Es waren ihm, kraft des Vertrages, alle Punkte überlassen worden, zu denen sie vorgedrungen waren. Sie erlangten ferner die Schiffahrt auf dem Shari und das Ufer des Tchadsees. Diese Thatsache ward in weiteren Kreisen mit Bedauern empfunden, da einzelne Expeditionen und Reisen von deutschen Forschern aus älterer wie jüngerer Zeit in den Augen der deutschen Kolonialfreunde Deutschlands moralische Ansprüche auf die nun verloren gegangenen Gebiete gesichert hatten. Es kam hinzu, daß in dem deutsch-englichen Abkommen vom Jahre 1893 den deutschen Ansprüchen gerade jene Gebiete im Flußsystem des Shari, Bagirmi bis nach Wadai hin vorbehalten waren, die an Frankreich abgetreten worden waren. Seitens der deutschen Regierung wurde in einer dem deutsch-französischen Abkommen beigegebenen Denkschrift dieses Zugeständnis mit dem Hinweis auf die Thatsache begründet, daß französischerseits mit ganz erheblichen staatlichen und privaten Mitteln ausgerüstete Expeditionen in jenen Ländern Verträge abgeschlossen hätten, während von deutscher Seite nach dieser Richtung nur Ungenügendes geschehen sei.

# Das Jahr 1895.

Der am 8. Januar zusammengetretene Reichstag beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung lediglich mit der ersten Lesung der schon so vielfach umstrittenen Umsturzvorlage. Im Verlauf der Beratung fand ein großer Redestrom Entfesselung, bei dem ziemlich alle Parteien beteiligt waren. —

Ein Redner von der socialdemokratischen Fraktion erklärte, die Absicht der Vorlage gehe im wesentlichen dahin, die Freiheit der arbeitenden Klassen noch mehr zu unterbinden, als dies ohnehin schon der Fall sei; diese Behauptungen widerlegte in der nächstfolgenden Sitzung der Vertreter der Freikonservativen, Frhr. v. Huene, indem er den revolutionären Charakter der socialdemokratischen Partei aus der Rede ihrer Führer nachwies, und den socialdemokratischen Terrorismus auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens schilderte.

Der Abgeordnete v. Bennigsen, Führer der Nationalliberalen, erkannte das Bedürfnis nach einer wirksamen, gesetzlichen Einschränkung der aufrührerischen Bestrebungen in vollem Umfange an. Gerade die freisinnige Partei hätte die Gefährlichkeit der Socialdemokratie am eigenen Leibe erfahren. Mit patriotischer Wärme erneuerte dieser Redner den Appell an die bürgerlichen Parteien zu einmütigem Zusammengehen mit der Regierung in der Abwehrung der Umsturzgefahr unter Hintenansetzung aller Sonderinteressen.

Der Minister des Innern führte aus, die Socialdemokratie predige in der Presse und den Versammlungen die nackte Revolution, und gegen dieses Treiben reiche die bisherige Strafgesetzgebung nicht aus, wie mehrfache richterliche Entscheidungen der letzten Zeit dargethan hätten. Gegen die Vorlage sprachen auch die Antisemiten und Welfen.

Ein Welfe nannte sogar den Fürsten Bismarck den größten Umstürzler im Deutschen Reich, das durch Raub und Umsturz, an deutschen Stämmen verübt, zu stande gekommen sei. Dies waren die Farbentöne des Stimmungsbildes, welches der Reichstag bei der Diskussion eines zum Schutz von Staat und Gesellschaft bestimmten Gesetzes darbot.

In der Thronrede, mit welcher der Preußische Landtag eröffnet wurde, gab der König der Hoffnung Ausdruck, daß durch das Zustandekommen der Reichsfinanzreform dem chronischen Deficit in der Staatskasse von Grund aus abgeholfen werde.

Sodann wurden mehrere neue Gesetzentwürfe angekündigt. Der zur Beschlußfassung gelangende Entwurf, betreffend die Stempelsteuer, sollte die auf dem Gebiet der direkten Steuern abgeschlossene grundlegende Reform auf die indirekten Landessteuern ausdehnen.

---

Bei der Debatte über den Landwirtschaftsetat in der zweiten Etatsberatung gab der neue preußische Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein-Loxten am 28. Januar im preußischen Abgeordnetenhause folgende bedeutsame Erklärungen ab. Er sei stets Agrarier gewesen und habe aus seiner Gegnerschaft gegen die Handelsverträge, besonders den österreichischen, niemals ein Hehl gemacht. Die Frage, ob der russische Handelsvertrag nach Abschluß des österreichischen nicht zu vermeiden gewesen wäre, sei heute überflüssig. Sicher sei nur, daß durch den russischen Vertrag ein für die deutsche Landwirtschaft unerträglicher Zustand geschaffen worden sei. Da die Handelsverträge nun einmal nicht ganz zu entbehren seien, frage es sich, ob eine Revision derselben angezeigt sei, um angebliche Fehler wieder gut zu machen. Er könne sich darüber nicht näher äußern, müsse aber anerkennen, daß die Lage der Landwirtschaft äußerst schwierig sei. Die föderative Reichsverfassung erschwere außerordentlich eine zielbewußte Wirtschaftspolitik. Die landwirtschaftliche Lage sei in den Ostprovinzen schlimmer als im Westen, dem aber, wenn der Rübenbau fortgesetzt unrentabel bleibe, ebenfalls eine Krisis bevorstehe. Auch in Rußland sei eine solche vorhanden, da dort das Schutzzollsystem vorherrsche. England leide ebenfalls vom Manchestertum, was beweise, daß die Krisis international sei. Nur eine Regierung, zu der man Vertrauen habe, könne helfen. Der Minister verwies sodann auf die Verbesserung der Verkehrsmittel, z. B. Kleinbahnen, Kanäle, Flußbauten, Staffeltarife, Eisenbahnreform. Die Meliorationsfonds würden erheblich überschritten werden müssen. Die Unabhängigkeit vom Auslande müsse angestrebt werden. Den Bedarf an Getreide und Fleisch möglichst aus dem eigenen Lande zu decken, sei das wichtigste auch für

den Kriegsfall. Die Hauptsache aber sei, daß die Landwirtschaft den Weg der Selbsthilfe betrete durch die Genossenschaftsbildung.

Der Minister besprach dann noch das Zuckersteuergesetz, sowie die Frage des Agrarrechtes, und bemerkte bezüglich des Antrages Kanitz, auf Einführung eines Getreidemonopols, der Staatsrat werde prüfen, ob die Wirkung desselben nicht auch mit den Handelsverträgen in Einklang stehe.

---

Wie mehrfach in früheren Jahren, brachte auch diesmal der Geburtstag des Kaisers eine die Armee berührende Willensäußerung, welche diesmal vom ganzen Lande freudig und teilnehmend aufgenommen wurde. Es war die Anordnung, daß die Fahnen und Geschütze bei dem Ausrücken an den patriotischen Erinnerungstagen den Schmuck des frischen Eichenlaubes anlegen sollten.

In der Sitzung des Reichstages am 23. März beantragte der Präsident von Levetzow vor Eintritt in die Tagesordnung die Ermächtigung, dem Alt-Reichskanzler Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage die Glückwünsche des Hauses ausdrücken zu dürfen. Hierzu bemerkte zuerst Graf von Hompesch, daß das Centrum diesem Glückwunsche nicht zustimmen könne, während von Bennigsen ausführte, daß die Nationalliberalen es für eine Ehrenpflicht halten, dem Fürsten Bismarck, dem Deutschland seine nationale Einheit und Machtstellung in der Welt verdanke, zu seinem 80. Geburtstage ihre Glückwünsche auszudrücken. Namens der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei gab Richter und namens der Socialdemokraten Singer, ablehnende Erklärungen ab, ebenso der Welfe von Bodenberg, wogegen Freiherr von Manteuffel von den Konservativen, von Kardorff von der Reichspartei und Liebermann v. Sonnenberg für die Ermächtigung waren. Der Abgeordnete von Kardorff hatte in seiner Rede ausgeführt, daß, wenn die Herren Singer und Richter den Versuch machten, den Reichstag auf das Niveau des Votums der Berliner Stadtverordneten (die im Gegensatz zum Magistrat eine Ehrung Bismarck's abgelehnt hatten) herabzudrücken, dies ihre Sache sei. Aber wenn das Votum des Reichstages im Sinne dieser Herren ausfalle, so könne er nur sagen, daß der Reichstag sich gegenüber dem Vaterlande, gegenüber ganz Europa, ja gegen-

über der ganzen Welt in Gegenwart und Zukunft unsterblich lächerlich machen würde. Bei der beantragten namentlichen Abstimmung wurde der Vorschlag von Levetzow's, gegen den das Centrum, die Freisinnige und Süddeutsche Volkspartei, die Socialdemokraten, Elsässer, Welfen und Polen stimmten, mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Nach Verkündigung dieses Ergebnisses legte von Levetzow das Präsidium nieder, das von Buol vom Centrum übernahm. Die gesamte reichstreue Presse verurteilte diesen Reichstagsbeschluß auf das schärfste. Gleiches geschah auch von den italienischen Blättern. Die englische Presse verdammte ebenfalls diesen Beschluß. Der „Standard" sagte: „Nur die Blindheit des Parteihasses könne diesen Beschluß erklären. Ohne Bismarck würden die Parteien und mit ihnen das ganze Volk vielleicht Befehle von der linken Rheinseite erhalten." Die französischen Zeitungen brachten fast sämtlich Leitartikel über den Reichstagsbeschluß und drückten ihr Erstaunen über diese Undankbarkeit der deutschen Volksvertreter dem Schöpfer der nationalen Einheit gegenüber aus.

Unmittelbar nachdem der Reichstag den Antrag von Levetzow's abgelehnt hatte, richtete Kaiser Wilhelm an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm:

„Ew. Durchlaucht spreche ich meine tiefste Entrüstung über den soeben gefaßten Beschluß des Reichstages aus. Derselbe steht im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker."

Darauf traf am Abend des 23. März folgende Antwort des Fürsten Bismarck ein: „Ew. Majestät bitte ich den ehrfurchtsvollen Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Allerhöchste Kundgebung entgegen zu nehmen, durch welche Ew. Majestät jene mir unbekannte Unerfreulichkeit meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugtuung für mich umwandeln."

Auf der Tagesordnung der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 23. März stand zunächst der Antrag, den Präsidenten zu beauftragen, Fürst Bismarck anläßlich seines bevorstehenden 80. Geburtstages die Glückwünsche des Hauses darzubringen. Bei der Debatte bemerkte zuerst Frhr. von Heereman, daß seine Partei, das Centrum, an einer Kundgebung nicht teilnehmen könne, die die Anerkennung der Thätigkeit Bismarck's bezwecke, zumal dieser vielfach in einer mit dem geltenden Rechte nicht in Einklang befindlichen Weise gegen die kirchlichen Verhältnisse eingetreten sei. Dagegen erinnerte Graf von Lim-

burg-Stirum daran, daß man von allen Seiten rüste, den Mann zu ehren, der das Sehnen der Deutschen in Erfüllung gebracht habe. Hier im Abgeordnetenhause habe man besondere Gründe, Bismarck zu ehren, da er hier die ersten Schritte für die Einigung des Reiches that; hier habe er sich mit erbitterten Feinden geschlagen, die später seine Verehrer wurden. Am 28. März 1885 habe auch niemand gegen die Beglückwünschung des Fürsten zum 70. Geburtstag protestiert. Dr. Virchow von der Freisinnigen Volkspartei erklärte, daß zwar auch seine Partei die großen Verdienste Bismarck's anerkenne, daß sie aber den principiellen Gegensatz, in den sie zu dem Fürsten gedrängt wurde, nicht aus dem heutigen Anlaß aufgeben könne. Rickert von der Freisinnigen Vereinigung führte aus, daß seine politischen Freunde für den Antrag stimmen würden, wogegen der Pole Mötty namens seiner Partei die Zustimmung zu dem Antrage verweigerte wegen des politischen und persönlichen Verhaltens Bismarck's gegenüber den Polen. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

---

Mit den letzten Tagen des Monat März begann die lange Reihe der Ovationen und Ehrungen, welche von der Hochschätzung, Bewunderung und Dankbarkeit Zeugniß ablegten, die das deutsche Volk dem großen Staatsmann entgegenbringt und im tiefsten Herzen für ihn empfindet. Wie eine elementare Bewegung ging es durch die gesamte Nation, deren Herzen dem großen Helden im Sachsenwalde in jenen Tagen mit einer Begeisterung entgegenschlugen, wie sie selten so gewaltig die Volksseele ergriffen und bewegt hat. —

Den Anfang machten die Parlamentarier am 25. März.

Die Reihe der Anreden, die vom Balkon des Schlosses gehalten wurden, eröffnete der Präsident des Herrenhauses, Fürst zu Stolberg-Wernigerode. Das Herrenhaus, führte er aus, habe seinen Gesamtvorstand beauftragt, dem Fürsten die allerherzlichsten Glückwünsche darzubringen, durchdrungen von ernstem Dankesgefühl für seine dem Königtum, dem Vaterlande, dem ganzen Volke geleisteten Dienste, für die durch seinen unerschrockenen Mut für die Krone und das Vaterland geschaffenen Werke. „Gott erhalte Euere Durchlaucht", schloß Fürst Stolberg, „er erhalte Ihr kostbares Leben noch auf lange Zeit!" Der Präsident des Abgeordnetenhauses, v. Köller, der die Glückwünsche dieser Körperschaft überbrachte, hob hervor, wie so viele stolz darauf

seien, daß es ihnen vergönnt gewesen, gemeinsam mit dem Fürsten Bismarck für das Vaterland zu arbeiten. Er schloß mit dem Wunsche, daß es dem Fürsten noch lange vergönnt sei, nach dem anstrengenden Lebenswerke sich der Ruhe zu erfreuen, und daß auch das neue von ihm angetretene Decennium ein glückliches für ihn sein möge. Der bisherige Präsident des Reichstages, v. Levetzow, führte aus, er spreche leider ohne Auftrag des Reichstages, aber im Namen aller Mitglieder desselben, die sich seit Jahrzehnten unausgesetzt daran erinnerten, was Fürst Bismarck für das Vaterland gethan. Sein schwacher Mund könne es nicht verkünden, die Geschichte aber habe es mit goldenen Lettern verzeichnet. „Wie Sturmwind durchweht ganz Deutschland das Gefühl der Dankbarkeit und der Ergebenheit für den ersten Reichskanzler; Segenswünsche für ihn ertönen brausend überall, wo nationales Bewußtsein vorhanden ist. Es war unser Recht und unsere Pflicht, auszusprechen, daß nicht vergessen ist und nie vergessen wird, was Eure Durchlaucht für uns gethan. Gott segne, was Eure Durchlaucht unter unserm großen ersten Kaiser für Deutschland errungen!" Diese, wie die vorhergehenden Ansprachen, wurden wiederholt von lebhaftem Beifall der Versammelten unterbrochen.

Nachdem Herr v. Levetzow noch eine Glückwunschadresse des Brandenburger Provinzialausschusses zur Verlesung gebracht hatte, nahm Fürst Bismarck das Wort zur Erwiderung:

„Ich erlaube mir, meine Herren", begann der Fürst, „Ihnen meinen Dank auszusprechen für die hohe Auszeichnung und Ehre, Sie in Anerkennung meiner Leistungen im Sachsenwalde zu sehen. Sie gilt nicht meiner Person, sondern der Sache, den politischen Ergebnissen, die wir errungen haben. Was wir gewonnen haben, ist zwar unvollkommen, aber das Beste, was wir haben konnten." Sichtlich ergriffen gedachte der Fürst nun all der Verstorbenen, die an dem Werke mitgearbeitet haben. Er sprach zögernd vor Rührung, als er in seiner Rede auch des hochseligen Kaisers Wilhelm gedachte. „Was hätte ich", fuhr er dann fort, „ohne ihn und sein Kriegsheer leisten können? Sie wissen, meine Herren, daß man die Dynastien und das Preußentum ignorieren wollte; gottlob sind die Dynastien stark in ihren Wurzeln in jedem deutschen Einzelstaate."

Dann ging der Fürst zu einem Rückblick auf die Zeiten über, in denen der nationale Gedanke entflammt und in hingebenden Thaten umgesetzt wurde. Er schloß darauf: „Ich bedauere, daß ich nicht mit

Ihnen zusammen arbeiten kann; dazu bin ich nicht gesund genug. Ich bin alt und bequem und ich wünsche in diesen Räumen mein Leben zu beschließen. Aber meine Gedanken sind mit Ihnen und verlassen Sie auch nicht. Ich kann noch nicht auf jede Anteilnahme verzichten; ich thue es weniger als für mein Alter schicklich ist." Fürst Bismarck schloß seine Rede mit den Worten: „Ich kann meinem Empfinden nicht besser Ausdruck geben, als indem ich Sie bitte, den Reichsgedanken festzuhalten und dem Kaiser, unserem König zu helfen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir in den Ruf einzustimmen: Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!"

Die Versammlung stimmte begeistert in den Ruf ein. Darnach wandte sich der Fürst nochmals an die Erschienenen und dankte erneut für die ihm erwiesene Ehre, er drückte sein Bedauern aus, daß er sie nicht alle bewirten könne. Raum sei zwar in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar, aber nicht für mehr denn vierhundert Herren in dieser engen Behausung. Aus der Mitte der Versammelten brachte hierauf der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg ein Hoch auf den Fürsten aus, das jubelnde Zustimmung fand. Fürst Bismarck zog sich darauf mit verschiedenen der Erschienenen zum Frühstück zurück.

---

Der Abordnung der Parlamente folgte am 26. März der Kaiser, um persönlich dem Begründer der Staatseinheit, dem Träger des nationalen Gedankens und dem bewährten Ratgeber seiner Vorfahren, seine Teilnahme an dem selten glücklichen Tage auszusprechen, welcher dem deutschen Volk wie ein Freudentag lächelte und einen Markstein in seiner Geschichte, wie in seinem Fühlen und Denken bedeutete.

Der Monarch beabsichtigte, Seiner Beglückwünschung des Altreichskanzlers den Charakter einer militärischen Feier zu verleihen, und als Vertreter des Heeres, gefolgt von Truppenteilen desselben, dem Fürsten in seiner Eigenschaft als General der Kavallerie den Dank und die Anteilnahme der Armee zum Ausdruck zu bringen. Zu diesem Zweck war zum 26. März ein Theil des Magdeburgischen Kürassierregiments, dessen Chef Bismarck ist, eine Kompagnie Infanterie des 2. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 76, eine Eskadron des 15. Husarenregiments und eine Batterie des Schleswig-Holsteinischen Feldartillerieregiments befohlen.

Der Souverän hatte den Kronprinzen an seiner Seite, wie um in demselben für spätere Lebenszeiten die Erinnerung an die Geburtstagsfeier festzuhalten und ihn zum Zeugen der dem Kanzler bei dieser Gelegenheit widerfahrenen Ehrungen und Huldigungen zu machen. Nachdem die Truppenaufstellung in der Nähe des Bismarck'schen Wohnhauses beendet war, erschien der Wagen des Fürsten Bismarck, der von dem Flügeladjutanten Grafen Moltke abgeholt worden war. Der Kaiser sprengte auf den Wagen zu, und es folgte eine sehr herzliche Begrüßung durch Händeschütteln. Nachdem Fürst Bismarck auch den Kronprinzen begrüßt hatte, stellte der Kaiser seine Begleitung vor. Der Fürst nahm den Kronprinzen zu sich in den Wagen, der dann die Front der Truppen entlang fuhr, wobei der Kaiser hinter und General Graf Waldersee neben dem Wagen ritten. Es erschienen jetzt auch die Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck, der Graf und die Gräfin Rantzau nebst Söhnen, sowie Professor Schweninger auf dem Paradefelde. Dann fuhr der Wagen auf die Mitte des Platzes. Darnach hielt der Kaiser unter strömendem Regen eine Ansprache an den Fürsten Bismarck, die den folgenden Wortlaut hatte:

„Eure Durchlaucht! Unser ganzes Vaterland rüstet sich zu der Feier Ihres Geburtstages. Der heutige Tag gehört der Armee. Dieselbe ist zuerst berufen, ihren Kameraden, den alten Offizier zu feiern, dessen Wirksamkeit es vorbehalten war, ihr die Möglichkeit zu gewähren, die gewaltigen Thaten auszuführen, die in der Krönung des wiedererstandenen Vaterlandes ihren Lohn fanden. Die Kriegerschaar, die hier versammelt steht, ist ein Symbol des ganzen Heeres, vor allem jenes Regiment, welches die Ehre hat, Euer Durchlaucht als seinen Chef zu nennen, jenes Feldzeichen, ein Denkmal des brandenburgischen, des preußischen Ruhmes, aus der Zeit des Großen Kurfürsten herüberstammend, geweiht durch das Blut von Mars-la-Tour. Eure Durchlaucht wollen im Geiste hinter dieser Schaar den gesamten kampfgerüsteten Heerbann aller germanischen Stämme sehen, die den heutigen Tag mitfeiern. Im Anblick dieser Schaar komme Ich nun, Meine Gabe Eurer Durchlaucht zu überreichen. Ich konnte kein besseres Geschenk finden, als ein Schwert, diese vornehmste Waffe des Germanen, ein Symbol jenes Instruments, welches Eure Durchlaucht mit Meinem hochseligen Herrn Großvater haben schmieden, schärfen und auch führen helfen, das Symbol jener großen gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war, dasjenige Mittel, welches

nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es not thut, auch nach innen dem Vaterland den Zusammenhalt bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt hat. Wollen Eure Durchlaucht in dem hier eingravierten Zeichen des Wappens von Elsaß-Lothringen und des eigenen erkennen und fühlen die ganze Geschichte, die vor 25 Jahren ihren Abschluß fand. Wir aber, Kameraden, rufen: Seine Durchlaucht der Fürst von Bismarck, Herzog von Lauenburg hurra! hurra! hurra!"

Bei der Ansprache des Kaisers, der mit weithin schallender Stimme sprach, erhoben sich Fürst Bismarck und der Kronprinz im Wagen. Brausend klang das vom Kaiser ausgebrachte Hoch über den Platz hin. Der Fürst entstieg dem Wagen und dankte dem Kaiser mit folgenden Worten:

„Eure Majestät wollen gestatten, Ihnen meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen. Meine militärische Stellung Eurer Majestät gegenüber gestattet es mir nicht, Eurer Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Eurer Majestät."

Der Kaiser und Fürst Bismarck reichten sich herzlich die Hand. Der Fürst bestieg darauf den Wagen, der seitwärts Aufstellung nahm. Der Kaiser kommandierte die Parade, ritt auf den Wagen des Fürsten Bismarck zu und stellte sich neben dem Wagen. Der Fürst und der Kronprinz erhoben sich und blieben stehen, während die Truppen vorbeimarschierten. Zuerst defilierten die Kürassiere, dann die Infanterie dann die Husaren und zum Schluß die Artillerie. Der Fürst dankte schließlich dem Kaiser nochmals, schüttelte und küßte ihm die Hände und fuhr dann in das Schloß zurück; darauf setzte sich der Kaiser an die Spitze der Kürassiere, die die Ehrenwache übernahmen. Um 1 1/4 Uhr war das Schauspiel zu Ende. Der Fürst soll, wie Graf Waldersee erklärte, von der ihm durch den Kaiser zugedachten militärischen Ehre vorher nicht unterrichtet gewesen sein. Er wurde erst davon benachrichtigt, als die Truppen Paradeaufstellung genommen hatten. Die Kaiserin hatte dem Fürsten ein herrliches Blumenstück aus La France-Rosen übersandt. Der Kronprinz überreichte es mit den Worten: „Von Mama."

Das Mahl im Schlosse umfaßte 30 Gedecke. Bei der Tafel brachte der Kaiser auf den Fürsten Bismarck einen Trinkspruch aus, der von 21 Salutschüssen begleitet wurde. Der Kaiser sagte:

„Der achtzigste Geburtstag Euer Durchlaucht fällt in das fünfundzwanzigste Jahr des Bestehens unseres Reiches. Die Glückwünsche Meines Heeres, geweiht durch die Erinnerung an die gewaltigen Kämpfe, konnte Ich Ihnen soeben im Angesichte der Truppen aussprechen. Nicht an den großen Staatsmann, sondern an den Offizier richten sich heute Meine heißen Wünsche. Und da sind es drei Sprüche, die für den heutigen Tag von besonderer Bedeutung Mir erscheinen. Zum Ersten Euer Durchlaucht Konfirmationsspruch: „Was Ihr thut, thut Ihr dem Herrn und nicht den Menschen" weist hin auf das unerschütterliche Gottvertrauen, mit dem Eure Durchlaucht Ihre gewaltige Arbeit ausgeführt, und welches auch Unser Heer niemals verleugnet hat. Der zweite Spruch: „Dennoch" war der Ausspruch jenes tapferen Grafen Mansfeld, als er sich kühn, das Schwert in stahlbewehrter Faust, dem übermächtigen Feind gegenüberstellte. Eure Durchlaucht haben denselben des Öfteren wahr gemacht, zumal in jener Zeit schwerwiegender Entschlüsse für Meinen hochseligen Herrn Großvater, als Sie ihn mit stolzem Hinweis auf sein Offizierkorps an sein Portepee erinnerten. Den dritten Spruch „Spectemur agendo" schrieb Mein englisches Dragonerregiment in stolzem Selbstbewußtsein auf seine Standarte, nachdem es, des Feindes Viereck niederreitend, seine Feldzeichen erobert hatte. Dieses kann als Antwort gelten für alles, was Euer Durchlaucht Feinde und Neider sagen oder thun können. Wir aber, die wir mit Freude Eure Durchlaucht als Kameraden und Standesgenossen bewundernd feiern, in bewegtem Danke gegen Gott, der Sie unter unserem glorreichen alten Kaiser so Herrliches vollbringen ließ, stimmen ein in den Ruf, den alle Deutschen von der schneebedeckten Alpe bis zu den Schären des Belt, wo die Brandung donnernd tost, aus glühenden Herzen ausrufen: Se. Durchlaucht der Fürst Bismarck lebe hoch, hurra!"

Darauf ergriff Fürst Bismarck das Wort zu folgender Dankrede, die er in tiefer Bewegung an den Kaiser richtete:

„Erlauben Eure Majestät, daß ich Allerhöchst ihnen meinen Dank in wenigen Worten zu Füßen lege. Eure Majestät haben appelliert an die Eigenschaft des preußischen Offiziers, und ich kann in Anknüpfung daran nur bestätigen, was ich schon vor zehn Jahren bei der Begrüßung der Generale in Berlin aussprach: Das Beste in mir und in meiner Lebensbethätigung ist immer der preußische Offizier gewesen. Wäre ich der nicht gewesen, ich weiß nicht, ob ich ganz in dieselben richtigen

Bahnen verfallen wäre. Aber der Landwehroffizier des 9. Regiments ist für mich der Wegweiser gewesen, der mich anno 48 von Hause aus in die richtigen Bahnen geworfen hat, d. h. in die Bahnen der Anhänglichkeit an unser regierendes Haus im Hinblick auf andere Länder, die diesen Vorteil eines regierenden Hauses überhaupt nicht besaßen; kurz und gut, ich bin über 48 hinweggekommen mit einer intensiveren Anhänglichkeit an das Königliche Haus, als ich vielleicht in meiner agrarischen Unwissenheit vor 48 auch nur gedacht hätte: begeistert und hingebend. Ich bin in der Richtung geblieben, so lange meine Thätigkeit beansprucht wurde, und darin wurde ich überzeugt, daß außerhalb der dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland überhaupt kein Heil ist. Wir brauchen blos auf Frankreich zu sehen; seitdem die Dynastie weg ist, wo soll der Sammelpunkt herkommen, für den Ralliement geblasen wird? Das ist immer streitig. Halten wir fest, was wir haben. Wir haben in Deutschland nicht ein einheitliches Kaisertum, aber unsere Fürsten und regierenden Herren, die uns angestammt sind, und an denen schon die römischen Schriftsteller die Anhänglichkeit der Germanen in einer Weise gerühmt haben, die wir heute kaum mehr verstehen. Ich brauche darauf für die belesenen Herren nicht näher einzugehen; aber in diesem Sinne darf ich Sie bitten, im Sinne der germanischen Anhänglichkeit an den Stammesfürsten mit mir auf das Wohl unseres gnädigen Herrn anzustoßen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!"

Um 3½ Uhr trat der Kaiser in Begleitung des Kronprinzen, gleichwie auf dem Hinritt zum Paradefeld von brausendem Jubel der Menge begrüßt, die Rückreise nach Berlin an. Als der Kaiser den Wagen bereits bestiegen hatte, erschien Fürst Bismarck an dem Bahngeleise. Kurz darauf fuhr der Zug ab.

---

Am 27. März überbrachte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe seinem berühmten Amtsvorgänger die Glückwunschschreiben des Bundesrates und des preußischen Staatsministeriums zum 80. Geburtstag persönlich und erneuerte bei dieser Gelegenheit die freundlichen persönlichen Beziehungen, die ihn seit langen Jahren mit dem Fürsten Bismarck verbanden.

Beide historische Dokumente, in welchen in ungeschminkten Worten der unvergänglichen Schöpfungen des großen Staatsmannes gedacht wird, müssen hier ihren Platz finden.

Sie lauten folgendermaßen:

„Eurer Durchlaucht Eintritt in das neunte Jahrzehnt eines mit unvergleichlicher Hingebung dem Dienste des Vaterlandes gewidmeten Lebens, giebt dem Bundesrat einen willkommenen Anlaß zum erneuten Ausdruck seiner aufrichtigen Verehrung und seiner warm empfundenen Wünsche.

Nicht vergessen hat es der Bundesrat, daß er während zweier Decennien unter dem Vorsitz Eurer Durchlaucht an dem Ausbau des neu erstandenen Reiches hat mitwirken können, nicht vergessen, daß die von ihm im Auftrage seiner hohen Machtgeber verfolgte Politik durch Eurer Durchlaucht weise Leitung Ziel und Richtung empfangen hat.

Und wenn dank dieser Politik der Bund der Fürsten und Freien Städte des Reiches gefestigt dasteht gegenüber den zersetzenden Elementen, welche nicht müde werden in dem Versuche, die schöpferische That einer großen Zeit zu zerstören, so weiß sich der Bundesrat eins mit allen vaterländisch gesinnten Gliedern der Nation in der Überzeugung, daß Eurer Durchlaucht weitschauender Blick es gewesen ist, der den sicheren Grund zu solchem Erfolge gelegt hat.

Auf dem von Eurer Durchlaucht vorgezeichneten Wege wird der Bundesrat fortfahren, des Reiches Ausbau zu fördern, und damit einen Teil des Dankes abzutragen, welcher der wahrhaft staatsmännischen Arbeit des Ersten Kanzlers gebührt.

Möge der Segen, welcher sichtlich auf dieser Arbeit ruht, zum Heile des Vaterlandes fortwirken, möge Gottes Gnade geben, daß Eure Durchlaucht noch lange Jahre dem Kaiser und dem Reiche erhalten bleiben, und möge es Ihnen beschieden sein, neben der Befriedigung über Ihre Schöpfung, reiche Freude an deren Entwicklung zu erleben!

Berlin, den 1. April 1895.

Der Bundesrat.

(Unterschriften.)

Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck, Herzog von Lauenburg."

Das Glückwunschschreiben des Staatsministeriums lautete:

„Euerer Durchlaucht ist es durch Gottes Gnade beschieden, am 1. April d. J. das achtzigste Lebensjahr zu vollenden. Mit den Ihrigen wird das Vaterland diesen seltenen Festtag in dankbarer Gesinnung begehen, eingedenk der unvergänglichen Verdienste, welche Euere Durchlaucht in langjähriger, unermüdlicher und reich gesegneter

Thätigkeit um Preußens und des Deutschen Reiches Ruhm und Größe sich erworben haben. Mit den Segenswünschen, welche Euerer Durchlaucht zu diesem festlichen Tage von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, unserem erhabenen Herrn, zugehen, verbindet auch das Staatsministerium die seinigen im dankbaren Rückblick auf die langen Jahre, während deren Euere Durchlaucht seine Beratungen zum Heile des Vaterlandes mit Weisheit und Festigkeit geleitet haben. Möge der Allmächtige Euere Durchlaucht noch lange Jahre in voller Kraft des Körpers und Frische des Geistes dem Vaterlande erhalten und Ihnen einen ungetrübten Lebensabend, verschönt durch die Liebe und Verehrung Ihrer Mitbürger, bereiten!

Berlin, den 1. April 1895.

Das Staatsministerium.

(Unterschriften.)

An Seine Durchlaucht den Fürsten v. Bismarck,
Herzog von Lauenburg."

---

So brach denn der Tag heran, den ganz Deutschland sich rüstete als nationalen Festtag zu begehen, und aus der Volksseele heraus zu feiern als einen der unvergeßlichsten Gedenktage unserer Zeit.

Das allgemeine Empfinden feierte im Fürsten Bismarck nicht nur den größten Staatsmann des 19. Jahrhunderts, den Schöpfer des Deutschen Reiches, sondern vor Allem den Typus des kerndeutschen Mannes ohne Falsch und Fehl, so wie er als Ideal dem geistigen Auge sonst nur vorschweben mag. Seine Gestalt, wie sie Künstlerhand in Leipzig und Köln bereits zu seinen Lebzeiten in Erz dargestellt hat, ist uns längst zur Verkörperung deutschen Volkstums geworden. Die weltabgeschiedene Lebensweise des Fürsten in den letzten Jahren hat ihn trotz der Schnelllebigkeit unserer Zeit aus der Erinnerung des deutschen Volkes nicht zu verdrängen vermocht; selbst seine politischen Gegner lauschten stetig auf seine Beurteilung der Dinge in den verschiedenen neu auftauchenden Fragen.

Es giebt kein deutsches Herz, auch nicht unter den Gegnern, das nicht bei dem Klange seines Namens erzitterte. Wie einst in Liebe und Haß bei dem Namen Friedrich's des Großen. An diesem Ergriffensein der Volksseele erkennen wir uns recht eigentlich als die Glieder eines Volkes. Mit elementarischer Gewalt hat sich dies Ge-

fühl, daß sich in dem Fürsten Bismarck der Einheitsgedanke der Deutschen verkörpert vor uns hinstellt, der Jungen wie der Alten bemächtigt. Welche ruhmvollen Thaten er vollführt, welchen Dank wir und die kommenden Geschlechter auf deutscher Erde ihm schuldig sind, welche Festfreude auch ein so seltener Tag den Lebenden bereitet, Alles tritt vor dem Gedanken und der Empfindung, die in der Tiefe der Bewegung schlummern, zurück, daß wir in dem Fürsten Bismarck das Symbol und das Palladium unseres neuen Reiches noch lebendig und in der Fülle geistiger Kraft vor uns sehen. Zwischen ihm und der Volksseele giebt es ein magnetisches, unzerstörbares Band. Fast dreißig Jahre lang hat er der deutschen Geschichte sein Gepräge aufgedrückt. Ein deutscher Mann nach seiner äußeren Beschaffenheit wie nach seinem Denken und Empfinden. Ein treuer Diener seines Herrn und ein unerschrockener Vorkämpfer des nationalen Gedankens. Voll Ehrgeiz und doch immer im Dienst und Bann des Werkes, das er unternommen. Noch jetzt, in seinem Ruhesitze, unablässig mit Deutschlands Schutz und Sicherung beschäftigt, in großen Ideen webend und lebend, die jedes persönliche Dichten und Trachten abgestreift haben und in dem Heil und der Entwicklung des Allgemeinen aufgehen. Die Gründung eines Reiches, die Zusammenfassung eines wenn auch nicht in den Tiefen seines Wesens, so doch äußerlich durch die Verschiedenheit der Verhältnisse und die Gegensätze der Interessen vielfach zersplitterten Volkes zu einem einigen Ganzen ließ sich nicht durch Stimmungen und Festreden, durch patriotische Vereinigungen und moralische Eroberungen vollziehen. Hierzu reichte weder der Dichter noch der Parlamentarier, weder der gute Wille der Fürsten, noch die rasch verfliegende Begeisterung der Massen aus. Ein Mann der That war nötig, eine starke unbezwingliche Leidenschaft, ein gewaltiger Drang nach Macht und Ruhm, eine geniale Persönlichkeit, in der das Ich und die allgemeinen Gedanken, Vaterlandsliebe und Königstreue mit dem Anspruch des Egoismus sich unlöslich verbanden. Ein solcher Mann ist nicht mit dem gemeinen Maßstabe des Schicklichen und Nützlichen zu messen. Die Großartigkeit und Wucht seines Werkes drückt gleichsam die Begriffe von Gut und Böse, die in der Politik ja immer nur einen relativen Wert haben, herab.

Gleich einem Heldensange des siegenden Germanentums wird den kommenden Geschlechtern der Abschnitt der Geschichte, in dem er gewirkt, überliefert werden, der Blatt für Blatt den unvergänglichen

Ruhm des Gewaltigen kündet, den noch heute unter uns leben und wirken zu sehen wir als hohes Gnadengeschenk der Vorsehung dankbar hinzunehmen haben.

---

In den ersten Vormittagsstunden des Geburtstages lief das folgende Glückwunschtelegramm des Kaisers Wilhelm ein:

„Euer Durchlaucht möchte Ich, wie am 26. an der Spitze der Vertretung Meiner Armee, heute nochmals tief bewegt den Dank Meines Hauses, sowie den Dank der deutschen Nation für Alles das aussprechen, was Sie in segensvoller Arbeit für das Vaterland gethan haben. Gott segne und beglücke den Lebensabend des Mannes, welcher immer der Stolz des deutschen Volkes bleiben wird.

Ihr dankbarer

Wilhelm, I. R."

Auch die Kaiserin Auguste Viktoria hatte dem Fürsten ein überaus herzliches Glückwunsch-Telegramm gesandt.

Das Telegramm, welches Kaiser Franz Josef von Österreich an den Fürsten Bismarck gerichtet, lautet:

„Mit herzlichster Teilnahme beglückwünsche ich Eure Durchlaucht zu Ihrem 80. Geburtstage und zu der hohen Genugthuung, zu welcher Ihnen dessen ehrenreiche Feier gereichen muß. Möge die Erfüllung Meiner heutigen Wünsche für Ihr ungetrübtes Wohl sich auf Jahre hinaus übertragen."

Vor dem Huldigungszuge der Studierenden waren in Friedrichsruh zur Beglückwünschung des Alt-Reichskanzlers eingetroffen der türkische Botschafter in Berlin, Tewfik Pascha, der Adjutant des Großherzogs von Mecklenburg, die Deputation der Seydlitz-Kürassiere, die Professorendeputation und die Deputation der Freien Städte, die sämtlich der Reihe nach vom Fürsten empfangen wurden.

Der Verlauf des Tages selbst war eine fortlaufende Reihenfolge von Kundgebungen der Hochachtung, Liebe und Verehrung. Einer der ersten Empfänge galt den Rektoren der Universitäten und der technischen Hochschulen. Keine fehlte. Wie die Studierenden, so hatten auch die Lehrkörper sämtlicher Hochschulen ihre Vertreter entsendet. Sie erschienen, soweit die Universitäten für ihre Rektoren eine Amtstracht besitzen, sämtlich in den prächtigen Ornaten. Schwere Seidengewänder umwallten die Glieder. In allen Farben, von

Schwarz und Grün zum Violet, Purpur und Dunkelrot leuchteten die sammeten Mäntel und die entsprechenden, in den verschiedensten Formen gehaltenen Kopfbedeckungen. In der Sonne glitzerten die goldenen Ketten und würdevoll schritten die Herren einher, die in ihrer Gesamtheit auch die universitas literarum in ihrer höchsten Entwicklung verkörpern. Der Fürst empfing sie mit großer Freude. In seiner Ansprache sagte der Rektor der Universität Berlin, Professor Pfleiderer, etwa das Folgende:

„Ein großer Freudentag leuchte heute dem deutschen Volke, das mit Dankesgruß und Segenswunsch sich um den gewaltigen Mann dränge, in welchem es den Schöpfer der Staatseinheit, den Schirmer des Friedens, den Führer und Lehrer des öffentlichen Lebens, den treuen Wahrer seiner höchsten Güter verehre. In diesem Jubel erhöben auch die Lehrer der Universität ihre Stimmen, um ihm, dem Ehrendoktor dreier Fakultäten, zum 80. Geburtstage ihre Huldigung darzubringen und die Hoffnung auszudrücken, ihn, vom Volke vergöttert, noch lange in freudiger Rüstigkeit und unbezwinglicher Jugendkraft des Geistes und Willens unter uns weilen und wirken zu sehen als die geschichtliche Verkörperung des nationalen Bewußtseins. Mit rühmenden Worten dankte Redner dem Fürsten Bismarck für seine Thaten, indem er hervorhob, daß hierzu besonderer Grund vorhanden sei, zumal der Fürst mit Rat und That dafür eingestanden, daß eine alte Kulturstätte, welche dem Deutschtum zurückgewonnen ward, unter den Auspizien des großen Kaisers eine Heimstätte deutscher Wissenschaft geworden. Auch als Meister der deutschen Sprache in Wort und Schrift gebühre dem Fürsten ein Ehrenplatz in unserer literarischen Geschichte. Redner schilderte sodann das leuchtende Vorbild und das hohe Verdienst des Fürsten um die Förderung der nationalen Interessen, wobei er betonte, daß die tiefste Quelle für die Beherrschung der Wirklichkeit aus der Kraft des Glaubens fließe. Er schloß mit dem Hinweis, daß die Pflicht und die Aufgabe der Universitäten sei, den idealen Gedanken der Nationaleinheit rein und unentwegt im Herzen der deutschen Jugend zu erhalten. Deren Vertreter vereine heute im Bewußtsein dieser ernsten Pflicht die bewundernde Liebe zu dem Fürsten Bismarck; sie beseele der Wunsch, es möge dieser Tag dem ganzen deutschen Volke zum Segen werden, daß es über Not und Streit des Tages hinaus geeint in der Begeisterung für den großen Kanzler erstarke und wachse in steter Treue für Kaiser und Reich."

Fürst Bismarck antwortete lang und eindringlich. Der Gedankengang seiner Rede entsprach etwa dem, was er später noch etwas ausführlicher den Studenten sagte, wie er sich auch in seiner Ansprache an die letzteren auf das ihren Lehrern kurz vorher Gesagte bezog. Er sprach seine Freude darüber aus, so hohe Ehren zu empfangen. Wenn man soviel angefeindet werde von verschiedenen Parteien, könne man dies nicht tragisch nehmen; es sei der Lauf der Welt. Das Leben sei ein Kampf. Dadurch, daß man ihn, nachdem er längst ausgeschieden, angreife, beweise man ihm, daß er nicht für besiegt gelte. Soviel man auch gegen seine Worte von den Reichsfeinden protestire, er halte dies aufrecht. Freilich theoretisch gebe es keinen Reichsfeind, der Centrumsmann wie der Socialdemokrat sei mit dem Reich schon einverstanden, nur müsse er darin die Herrschaft führen. Er bedauere, daß der Reichstag keinen Socialdemokraten im Präsidium habe, das würde die Herren doch zur Demaskirung nötigen. Wenn die Herren jetzt noch nicht mitthun, so beweist dies nur, daß sie das Reich noch nicht genügend heruntergekommen erachten und ihre Zeit noch nicht angebrochen wähnen. Die Aufgabe aller sei, das Reich zu erhalten. Die Fraktionskämpfe nehme er nicht mehr tragisch, er halte es mit dem Satze des Vaterunser: „Dein Wille geschehe".

Es ist bekannt, mit welcher Vorliebe sich der Fürst unter der studierenden deutschen Jugend bewegte, und welch' lebhaften Sinn er sich für die Poesie des akademischen Lebens bewahrt habe. So brachte er der bisher vielleicht noch nicht dagewesenen Huldigung des deutschen Studententums auch eine warm empfundene Begrüßung entgegen.

Von Königsberg bis Straßburg, von Kiel bis München war keine Universität unvertreten. Es war in der That das ganze Deutschland, soweit es in seiner akademischen Blüte vertreten ist. Und den Schluß bildeten dann die Massen der studentischen Teilnehmer. Es währte reichlich dreiviertel Stunden, bis der Zug sich hart an der Terrasse aufgestellt hatte, die Banner gegenüber der Stelle, an der Fürst Bismarck auf den Balkon treten würde und die bereits kenntlich wurde, als seine Söhne fürsorglich die hohe Brüstung mit Pelzwerk und Decken auspolsterten. Gleichzeitig stürmten von allen Seiten durch die nun freigegebenen Pforten wohl reichlich 8000 Personen, die die Bahnzüge herangeschleppt hatten, in den Park, und versammelten sich auf der Terrasse die Mitglieder der Familie und ihre Gäste, die Damen in hellen Gewändern, die jugendliche Schwester der Gräfin

Herbert, die liebenswürdige Gräfin Eichstädt, die vom Fürsten geschätzte Nachbarin Frau Merck, die Kinder, die Repräsentanten der Bundesfürsten und die bekannte Umgebung Bismarck's. Während Aller Augen nach der Thür gerichtet waren, aus der der Ersehnte treten mußte, tönte es von innen heraus: Hoch und abermals Hoch! Es war die Antwort auf den Toast, den während des Frühstücks Professor Pfleiderer in kurzen Worten auf den Fürsten ausgebracht hatte. Die Tafel währte nicht lange.

Endlich, um 1½ Uhr trat Fürst Bismarck heraus. Man merkte es eine kleine Weile vorher, denn die Seinen bildeten Spalier. Und nun brach die lange verhaltene Erregung los. Wenn jemals gejauchzt worden ist, so war es in diesem Augenblick; wenn je Augen sich trübten, weil sie vor freudiger Erregung sich feuchteten, so geschah es hier. Hart an die Brüstung trat der Fürst und nahm, nachdem er grüßend die Hand an den Küraſſierhelm gelegt hatte, den er während der nächsten anderthalb Stunden trug, diesen nur zum Gruße ab. Aus den Scheiden flogen die Schläger der Chargirten, und während die Musikkorps die Hochrufe mit ihren Tuschs begleiteten, klirrten die blinkenden Eisen dröhnend hinein. Leuchtende Augen blickten hinauf zu ihm, wehende Tücher brachten ihm aus der größeren Entfernung Grüße, aus allen Kehlen jubelte es hinauf, und immer wieder und wieder verbeugte er sich und es lag auf seinen Zügen ein Ausdruck von so inniger, stolzer und so herzbewegter Freude, wie ihn außer an jenem Tage wohl noch Niemand gesehen. Und die Sonne schien mit ihrem goldigen Glanze auf einen Vorgang, von dem der anwesende Vertreter eines englischen Blattes sagte: „Das, was wir hier sehen, das wird man nie und nirgends in der Welt wieder sehen."

Der Gefeierte antwortete darauf den Vertretern der akademischen Jugend mit gehobener Stimme:

„Meine Herren! Ich habe soeben aus dem Munde Ihrer Lehrer, der Dirigenten der Hochschulen, eine Anerkennung über die Vergangenheit erhalten, die für mich von höchstem Werte ist. Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zustimmung für die Zukunft, die für einen Mann meines Alters mehr Wert hat als sonst. Viele von Ihnen werden bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts die Gesinnung, welche Sie heute bekunden, bethätigen können, während ich dann seit Langem der Vorzeit angehöre. Das ist mir ein Trost, denn der Deutsche ist nicht so organisiert, daß er das, wofür er sich in der

Jugend begeisterte, in späteren Jahren vollständig fallen läßt. Sie werden in 40, in 60 Jahren nicht ganz die heutigen Ansichten haben. Aber was die Regierung Kaiser Wilhelm's in Ihre Herzen gelegt wird immer seine Früchte tragen, wie auch die staatlichen Einrichtungen sich gestalten. Das Nationalgefühl bleibt erhalten, selbst wenn man auswandert. Ich habe heute den Beweis, daß Hunderttausende Deutscher in Kapland, Amerika und Australien mit gleicher Begeisterung an dem alten Vaterlande hängen. Wir haben unsere nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen erkämpfen müssen. Die Vorbereitung, der Prolog dazu war der holsteinische Krieg; wir mußten den österreichischen Krieg führen, um uns mit Österreich auseinanderzusetzen, sozusagen vor Gericht ein Separationserkenntnis zu erlangen. Nach dem Kampfe von Sadowa hat jeder vorausgesehen, daß der Krieg mit Frankreich bevorstehe. Es empfahl sich nicht, ihn zu früh zu führen, bevor die Früchte der norddeutschen Einigung unter Dach gebracht waren. Dann entstand das Gerede, in fünf Jahren sei der nächste Krieg. Das stand ja zu fürchten, aber ich suchte es zu verhindern. Wir hatten keinen Grund dazu; wir hatten, was wir brauchten. Darüber hinaus zu fechten, aus Eroberungsbedürfnis, schien mir bonapartische Gesinnungslosigkeit und nicht germanische Art. Nach dem Ausbau unseres Hauses bin ich immer Friedensfreund gewesen und habe dazu kleine Opfer nicht gescheut. Ich habe in der Frage der Karolinen- und der Samoa-Inseln nachgegeben, so großen Wert ich auf unsere koloniale Entwicklung legte, um nicht Kriege zu führen. Das ist der Vorzug des germanischen Charakters: seine Befriedigung in der Anerkennung des eigenen Wertes findend, hegt er kein Bedürfnis nach Herrschaft und Vorrecht. Es ist in politischen Dingen viel leichter zu sagen, was man vermeiden, als was man thun soll. Gewisse Grundsätze der Ehrlichkeit und Tapferkeit untersagen manches zu thun, sowie es beim Manöver verboten ist, bestimmte Felder zu betreten. Für die Entschließungen über das, was geschehen soll, giebt es keine sichere Voraussicht; sie sind abhängig von den Entschließungen Anderer. Wenn die Freunde ihre Ansicht ändern, ist oft der ganze Plan mißlungen. Positive Unternehmungen sind in der Politik sehr schwer; wenn sie gelingen, soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben, und nicht mäkeln, daß Kleinigkeiten fehlen. Ein Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen noch lenken, sondern nur darauf steuern mit größerem oder minderem Geschick. Wenn wir

zum guten Hafen gekommen sind, wie ich aus der überwiegenden, — ich kann nicht sagen, der allgemeinen — Zustimmung entnehme, so wollen wir zufrieden sein und erhalten, was wir erlangt an Kaiser und Reich — ein Reich wie es ist, nicht, wie Manche es wünschen, mit anderen Einrichtungen und etwas mehr Zuthaten von dem, was Jedem am Herzen liegt, sowohl in konfessioneller als in socialer Beziehung.

. . . . . .

Alsdann fuhr er wie von einer mächtigen inneren Regung erfaßt fort:

Wir wollen sorgfältig festhalten, was wir haben, in der Sorge, auch dies zu verlieren. Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Karolingern, den Sachsen und den Hohenstaufen, und als es diese Stellung verloren hatte, sind 500, 600 Jahre verflossen, ehe es wieder auf die Beine kam. Die politische Entwicklung ist so langsam, wie die der geologischen Schichten, die legen sich übereinander und bilden neue Bänke und Gebirge. Aber ich möchte vor Allem die jungen Herren bitten, sich nicht dem deutschen Bedürfnis der Kritik allzusehr hinzugeben. (Große Heiterkeit.) Nehmen Sie an, was uns Gott gegeben, was wir mühsam unter dem drohenden Gewehranschlag des übrigen Europa errungen. Das war nicht leicht, wären wir damals vor den europäischen Seniorenkonvent citiert worden, wir wären nicht so gut weggekommen. Es bleiben freilich noch berechtigte und erstrebenswerte Ansprüche übrig — aber nur nicht zu früh, nicht zu hastig! Halten wir vor allem fest, was wir haben. Die meisten Opfer für die Herstellung des Deutschen Reiches brachten die deutschen Fürsten, der König von Preußen nicht ausgeschlossen. Mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er die Reichsunabhängigkeit bereitwillig an das Reich aufgab. Seien wir ihnen dankbar, daß sie für das Reich Opfer gebracht, die den Dynastien schwer werden mußten nach ihrer Geschichte. Seien wir auch dankbar der Wissenschaft und ihren Pflegern, daß sie auf ihrem Herde das Feuer der Einheit erhalten haben, bis die Zeit kam, da die Flamme höher aufloderte, und die leuchtende Wärme wirkte. Ich sei ein alter, konservativer Mann werden Sie sagen. Ich wiederhole aber: Halten wir zusammen, was wir haben, fürchten wir uns nicht vor denen, die uns nicht gönnen, was wir haben. In Deutschland hat es immer Kämpfe gegeben, die heutigen Fraktionsspaltungen sind die Nachwehen der alten Kämpfe seit

den Bauernkriegen. Ohne Kampf kein Leben, ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesentum an und versteinern. Nur muß man in allen Kämpfen einen Sammelpunkt haben. Der Sammelpunkt ist für uns das Reich, nicht wie es von Einzelnen gewünscht wird, sondern wie es ist. Deshalb bitte ich Sie einzustimmen in ein Hoch auf Kaiser und Reich. Kaiser und Reich, sie leben Hoch!"

Der Fürst sprach 22 Minuten, anfangs etwas leise und stockend, dann schneller und lauter, zuletzt erinnerte seine Art, sich zu geben, an seine besten Tage im Reichstag, einschließlich des charakteristischen Räusperns. In das Hoch auf Kaiser und Reich stimmte die ungeheure Festversammlung brausend ein. In den Herzen der Jugend hatte der Appell an ihre Aufgabe, in der Zukunft festzuhalten, was das jetzige Geschlecht geschaffen, kräftigen Wiederhall gefunden.

Am Abend des 1. April brachten Hamburger Kaufleute, etwa 4000 an der Zahl, dem Fürsten Bismarck einen Fackelzug dar, der ebenso glänzend verlief wie die Studentenhuldigung. Auf die Ansprache Dr. Semler's, der betonte, daß Hamburg seit dem ersten Tage, wo Fürst Bismarck in Friedrichsruh weilte, es als heilige Pflicht erkannt habe, zu beweisen, daß es eine nationale Dankbarkeit gebe, antwortete der Fürst in trefflicher Rede und feierte Hamburg als Trägerin des nationalen Gedankens. Die alte Hansa habe schon seit Jahrhunderten das deutsche Ansehen vertreten. Seit Hamburg dem Reich angeschlossen sei, gebe es keine sicherere Stütze nationaler Empfindungen, als den hanseatischen Geist. Bremen nehme er nicht aus. Hanseatischer Unternehmungsgeist unterhalte die Beziehungen transatlantischer Natur besser als staatliche und amtliche Vertretungen. Wenn alle Hamburger und Bremer aus Südamerika zurückkämen, so wäre das viel verhängnisvoller, als wenn alle amtlichen Vertreter des Reiches aus jenem Weltteil verschwinden würden. Dasselbe gelte von Afrika. Er hätte gehofft, dort eine kaufmännische Regierung sich ausbilden zu sehen. Schließlich brachte er ein Hoch auf die Hansastädte, besonders Hamburg, aus, worauf der Fürst stehend den Zug vorbeidefilieren ließ. Friedrichsruh war glänzend illuminiert.

---

Bismarck erhielt Glückwünsche teils durch Telegramm, teils durch Handschreiben, vom Kaiser, von der Kaiserin, der Kaiserin Friedrich, dem Prinzregenten von Bayern, den Königen von Sachsen und

Württemberg, den Großherzögen von Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, von dem Prinzregenten von Braunschweig, von dem Herzog von Oldenburg, von den Fürsten Schwarzburg-Sondershausen, Lippe-Schaumburg, Waldeck. Von auswärtigen Souveränen gratulierten die Könige von Italien, Schweden, der Kaiser von Österreich-Ungarn, der Sultan der Türkei, der Prinz von Wales und in einem in englischer Sprache abgefaßten Telegramm der Sultan von Sansibar. Damit ist die Liste der fürstlichen Gratulanten aber nicht erschöpft, unter den ungeheuren Telegramm- und Briefmassen, die noch am 2. April uneröffnet in großen Körben und zimmerhohen Haufen dalagen, steckten auch noch Glückwünsche von Königen und Fürsten. In Friedrichsruh eingelaufene Telegramme wurden am 1. April nicht weniger als 5780 Stück gezählt mit 134,000 Worten. Die Zahl der aus Friedrichsruh abgegangenen Telegramme betrug 634 mit 58,000 Worten. Am folgenden Tage stieg die Zahl der eingelaufenen Telegramme auf 8390 (Wortzahl 277,697). Die Zahl der Briefe wurde auf 50,000, diejenige der Postkarten auf 110,000 bis 120,000 geschätzt.

Auf ein Glückwunschtelegramm, welches der Staatssekretär des Reichspostamts im Namen der 150,000 Reichspost- und Telegraphenbeamten „dem großen Kanzler und Begründer der deutschen Reichspost" zu seinem 80. Geburtstag übersandt hat, ging an den Dr. von Stephan folgende telegraphische Antwort ein: „Friedrichsruh, den 1. April. Verbindlichsten Dank für freundliche Begrüßung eines alten Mitarbeiters. Bismarck."

* * *

Die Zahl der festlichen Veranstaltungen, welche am 1. April stattfanden, reicht sicher nahezu hinan an die, welche zur Feier des 90. Geburtstages weiland Kaiser Wilhelm's I. zu verzeichnen waren. Ebenso wie in Berlin waren auch in den anderen Hauptstädten des Reichs die öffentlichen und viele Privatgebäude mit Flaggenschmuck versehen, die Schiffe hatten über Topp geflaggt; in den Schulen wurde der Bedeutung des Tages in Ansprachen gedacht, außerdem fiel fast durchgängig der Unterricht aus.

Die Kaiserlichen Majestäten hatten zu 6 Uhr abends zahlreiche Einladungen zu einer großen Festtafel ergehen lassen, zu der u. a. auch die Präsidien des Reichstags und der beiden Häuser des Land-

tags geladen waren, und bei welcher der Kaiser das „Hurra" auf den Herzog von Lauenburg, Fürsten von Bismarck ausbrachte.

Der König von Württemberg hielt eine Ansprache an eine Deputation von Gymnasiasten. In derselben bezeichnete er den Fürsten als den größten Mann des Jahrhunderts. Im weiteren erinnerte der König die jungen Leute auch an die Verpflichtungen, die sie gegen Gott und das Vaterland haben, und forderte sie auf, die Vaterlandsliebe zu hegen und zu pflegen, dabei betonend, daß sich die Liebe zur engeren Heimat sehr wohl mit der Liebe zum großen deutschen Vaterlande vereinigen lasse.

Zu dem Bismarckkommers in der Philharmonie in Berlin erschienen u. a. auch die Minister von Bötticher, Miquel, Bosse und Schönstedt.

In Köln wurde ein offizielles Festmahl der Stadt im großen Saale des Gürzenich abgehalten.

Der städtischen Bismarckfeier in Karlsruhe wohnten der Großherzog und Prinz Karl von Baden bei. Der Großherzog hielt eine Ansprache, in welcher er die Verdienste des Fürsten Bismarck feierte und ein Hoch auf die Stadt Karlsruhe ausbrachte.

In Frankfurt a. M. fand die Enthüllung der Gedenktafel an dem ehemaligen Wohnhause des Fürsten Bismarck in der Großen Gallusstraße 19 statt.

Die Deutschen in Japan hatten eine große bronzene Räuchervase geschenkt.

Der deutsche Botschafter v. Radowitz in Madrid sandte einen alttürkischen Ring.

Die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-A.-G. verehrte dem Fürsten ein großes Gemälde ihres Schnelldampfers „Fürst Bismarck".

Selbstverständlich feierten auch die Deutschen in Österreich und Ungarn, in Wien, Budapest, Graz u. s. w., in London, Petersburg, Brüssel, New-York ꝛc. ꝛc. den Geburtstag des Fürsten in herzerhebender Weise.

---

Die dem berühmten Staatsmann und großen Patrioten zugedachten Ovationen waren mit Ablauf des 1. April nicht beendet, sondern nur unterbrochen, zeitweise zum Stillstand gebracht und künstlich hintenan gehalten. Der erregte Strom der deutschen Gemüther ließ sich nicht so leicht eindämmen.

Den ganzen Monat April hindurch währten die Ehren und Auszeichnungen, die Huldigungs- und Gratulationsempfänge. Es würde die diesem Buch gesteckten Grenzen weit überschreiten, wenn alle die Kundgebungen, welche von nationalem Gefühl und patriotischem Empfinden, sowie von persönlicher Verehrung, Liebe und Zuneigung eingegeben waren, hier angeführt werden sollten. Es kann derselben, sowie der Erwiderungen, die ihnen zu teil wurden, nur kurz und in großen Zügen gedacht werden.

Die Geschichte der Feier des 80. Geburtstages wird dereinst einen selbständigen Band füllen.

Am 8. April betrat eine Deputation von höheren preußischen Lehrern den Park von Friedrichsruh, um eine Ergebenheitsadresse zu überreichen. Aus der Entgegnung des Fürsten seien nur die nachstehenden Sätze hervorgehoben, in denen der große Kanzler die Bedeutung, welche der Lehrerstand heute für die Erziehung und Bildung der Völker hat, kurz beleuchtete.

. . . . . .

„Die Erfolge der nationalen Entwicklung eines jeden Landes beruhen hauptsächlich auf der Minorität der Gebildeten, die das Land enthält. Ich habe bei irgend einer neulichen Gelegenheit einmal gesagt: Eine Verstimmung der abhängigen Massen kann eine akute Krankheit hervorrufen, für die wir Heilungsmittel haben; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft eine chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer ist und deren Heilung langwierig. Und deshalb lege ich das Hauptgewicht auf die Erziehung und die Gesinnung der gebildeten Klassen in jedem Lande.

Wir können bei uns — von den dynastischen Persönlichkeiten sehe ich ganz ab, aber die Leitung der Geschicke eines Landes ruht überall thatsächlich und unmittelbar in den Händen der gebildeten Klassen — wir können bei uns in Deutschland, zunächst in den regierenden Kreisen, unter den Beamten, keine Leute verwenden, die nicht durch Ihre Hände, möchte ich sagen, gegangen sind; wir können kein Parlament haben, dessen führende Leute nicht der gebildeten Minderheit der Bevölkerungen angehören. Dieselben können über die Führung von Massen ohne eigenes Urteil unter Umständen zum Teil bestimmen; aber die Erziehung des Urwählers liegt nicht in ihrer Hand. Auch im Parlament gehören die Leiter den gebildeten Klassen an; im Heere wäre unser ganzer Offizierstand ohne unsere wissenschaftliche —

mir fällt kein besserer Ausdruck augenblicklich ein — ohne unsere Bildung überhaupt gar nicht möglich. Unser Offizierkorps, einschließlich des Unteroffizierkorps, was sich nach ihm bildet, ist eine unnachahmliche Schöpfung für alle übrigen Nationen. Sie machen es uns darin nicht gleich und das ist das Produkt unserer gesamten höheren Schulbildung, nicht der Volksschulbildung, sondern der Bildung und Erziehung der höher stehenden Klassen, die sich dort vertreten finden. Auch unsere industriellen Leiter kennen diese Vollkommenheit unserer Industrie, die zuletzt dahin führt, daß es in der ganzen englischen Handelswelt heutzutage als Empfehlung gilt wenn auf einer Ware steht: made in Germany, auch das ist eine Wirkung desjenigen Bildungsstadiums, wie die höheren Schulen es liefern."

Am 13. April erschien in Friedrichsruh eine Abordnung aus Steyermark.

Etwa 70 Herren und Damen aller Stände aus Graz, darunter eine Anzahl Grazer Studenten, geführt vom Studenten Lederer, und eine Abordnung deutscher Studenten aus Oesterreich, in denen die Burschenschaftervereine „Germania", „Gothia", „Nordmähren", „Oberösterreich", „Ostmark", „Philadelphia", „Rabenstein" und „Teutonia" vertreten waren, trafen, geführt von Josef Schön, in Friedrichsruh ein und stellten sich auf der Terrasse des Schlosses auf. Die Studenten waren sämtlich in vollem Wichs erschienen. Der Fürst erschien auf dem Balkon im schwarzen Gehrock und Schlapphut und wurde mit Hoch- und Heilrufen empfangen. Dr. von Planner hielt eine längere Ansprache, in der er ausführte, daß die Steyermärker gleichwie sie in deutscher Treue an dem österreichischen Herrscherhause und an Österreich hängen, auch treu an der geistigen Zusammengehörigkeit mit ihren Stammesgenossen in Deutschland festhalten, der Fürst Bismarck durch die Schaffung des deutsch-österreichischen Bündnisses Ausdruck gegeben habe. Er schloß mit einem Hoch auf den Fürsten. Dann überreichte Professor Polzer einen silbernen Ehrenpokal mit Steyrer Wein gefüllt. Auch die Studenten Lederer und Schön hielten kurze Ansprachen. Schön überreichte eine prächtig ausgestattete Adresse mit über 2000 Unterschriften deutscher Studenten Österreichs. Eine Dame überreichte dem Fürsten einen großen Strauß aus Haidekraut und Alpenblumen.

Der Fürst antwortete in schwungvoller, gedankenreicher Weise unter Bezugnahme auf das deutsch-österreichische Bündnis. Dann machte er einen Rundgang durch die Reihen der fremden Gäste.

Bei diesem war der Fürst vom Grafen Herbert und seinen beiden großen Hunden begleitet. Er unterhielt sich längere Zeit mit den Studenten über österreichische Universitätsverhältnisse sowie mit anderen Grazer Herren und Damen über das steyrische Land, das von keinem anderen an Fruchtbarkeit und Schönheit übertroffen werde, worauf eine kräftige Stimme aus der Menge rief: „Und nicht an echt deutscher und treuer Gesinnung". Der Fürst kehrte dann zum Balkon zurück, nachdem er die Führer der Deputation und Frau Stärck zum Frühstück eingeladen hatte. Die übrigen Teilnehmer wurden im Garten mit Bier und Wein bewirtet. Während des etwa eine Stunde dauernden Frühstücks wurden im Park patriotische Lieder gesungen.

---

Am 17. April brachten etwa 4000 Vertreter deutscher Innungsverbände dem Gefeierten eine Ovation dar; vorher war eine Deputation aus Darmstadt und eine Abordnung der Münchener Künstlergenossenschaft empfangen worden.

Den Vertretern der Künstler, die eine Statue der Pallas Athene überreichten, erwiderte der Fürst:

„Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für Ihre Gabe. Die Münchener Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin in der deutschen Einigung gewesen. Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben, von Wien bis Amsterdam — aber ich will Amsterdam nicht nennen, die Holländer könnten es übel nehmen — sagen wir von Wien bis Cleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unseren Bildungsverhältnissen gar nicht auseinanderfallen; nach unserer ganzen Geschichte, nach unserer Dichtkunst, nach unserer Kunst überhaupt wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden. So wird es — unter einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regierung bleiben, wird gerade die Kunst und die Wissenschaft auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpunkte aus, daß Sie nicht bloß eine bayerische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. Ich

habe vorgestern österreichische Vertreter hier gehabt; was bindet uns an die? Es ist Kunst und Wissenschaft. Politisch stehen wir nicht in einer Einheit zusammen, aber es wird doch immer schwer, die österreichischen Leser von Wallenstein beispielsweise zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein österreichischen Tragödie nicht ihnen sowohl gehörte, wie den Reichsdeutschen. Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte hindurch getrennt haben. Halten Sie fest daran. — Ich kann nicht so lange stehen, meine Herren, die achtzig Jahre fahren mir in die Beine. Darf ich bitten, daß Sie mitkommen zum Frühstück."

Größere und feierliche Empfänge waren dann noch diejenigen der Vertreter von 72 sächsischen Städten am 8. Mai, der Rheinländer (750 Damen und Herren) am 19. Mai — der Schleswig-Holsteiner am 26. Mai.

Am 10. Juni erschienen Vertreter des Bundes der Landwirte, geführt von Herrn von Ploetz. Aus der Antwort des Fürsten auf die Ansprache seien folgende Sätze wiedergegeben:

„Und selbst den geringen Einfluß, den ich auf Grund meiner politischen und wirtschaftlichen Erfahrungen auf die Gestaltung unserer Zukunft noch üben könnte, bitte ich außer Rechnung zu lassen. Ich kenne die Absichten unserer Gesetzgeber nicht und habe keinen Einfluß auf dieselben. Es ist ja auch schwer, einen Einfluß auf unsere Zukunft wieder zu gewinnen, nachdem vor einigen Jahren für längere Zeit darauf verzichtet worden ist. Wir sind festgelegt durch die Handelsverträge. An diesen können wir ehrlicher Weise nichts ändern, so lange sie gelten; und wir müssen, um doch nicht müßig zu bleiben, ins Auge fassen, was wir ohne deren Änderung für die Landwirtschaft thun können. Da sind ja noch manche sogenannte kleine Hilfen, die in der Hand der Regierung und der Gesetzgebung stehen, aber bei denen auch die Landwirte selbst durch ihre Abgeordneten zur Gesetzgebung mitwirken können und mitzuwirken haben. Und das ist in den letzten fünf Jahren meiner Überzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehen, wie es hätte geschehen können."

Dann schloß er mit folgenden Ausführungen.

. . . . . .

„Alle, die wir produzieren, wir müssen zusammen halten gegen die Drohnen, die uns regieren, aber nichts produzieren als Gesetze

und das Recht! — und das reicht nicht. Nun, meine Herren, ich habe leider gehört, daß Sie Ihre Anwesenheit hier auf sehr kurze Zeit beschränkt haben. Ich unterdrücke deshalb, was ich sonst noch hätte sagen können, und schließe meine Äußerung mit der Bitte, mit mir zusammen den ersten Grundbesitzer unseres Landes, den Kaiser leben zu lassen, der doch auch nicht bloß als Landesfürst und Fleisch und Blut von unserem Fleisch und Blut fühlen muß, wie diese große Menge seiner treuesten und vielleicht finanziell am meisten belasteten Unterthanen leidet, sondern dem ich auch wünsche, daß die alte, vornehme Art noch Geltung hätte, nach der ein regierender Herr, bei uns wenigstens, keine Geldabfindung vom Staate empfängt, sondern seine ihm angestammten Güter behält und aus denen herauswirtschaftet und auf diese Weise mit der Landwirtschaft und mit dem Lande jede Bewegung fühlt an seinen eigenen Ergebnissen. Nun, das ist ein frommer Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird. Ich gebe ihm hier nur Ausdruck, um meinen Gedanken zu beleuchten; ich würde sonst noch weiter gehen und sagen: Gebt jedem Staatsminister eine Domäne, von deren Ertrag er zu leben hat, oder beteiligt ihn an einer Industrie, deren Erträge sein Einkommen bilden. Aber daß dies Einkommen, es mag gut oder schlecht gehen, unter allen Umständen gesichert bleibt, das paßt nicht zu der menschlichen Schwäche. Wenn er mit hinauf oder herunter geht mit dem Wohlbefinden des Staates und der Regierten, dann ist er doch aufmerksamer und wehrt sich mit. Also das nur zur Beleuchtung! Diese mehr theoretische Unzufriedenheit mit den bestehenden heutigen Verhältnissen hindert übrigens nicht, der Verehrung für den Kaiser Ausdruck zu geben, und ich bitte Sie, meine Herren, zu rufen, Se. Majestät der Kaiser, unser größter Grundbesitzer und der berechtigte und verpflichtete Schutzherr der Landwirtschaft und aller produktiven Gewerbe, lebe hoch, hoch, hoch."

Die badischen Städte Karlsruhe, Baden-Baden, Bruchsal, Konstanz, Heidelberg, Lahr, Freiburg, Mannheim und Pforzheim, vertreten durch ihre Oberbürgermeister, überreichten dem Fürsten Bismarck einen gemeinsamen Ehrenbürgerbrief. Oberbürgermeister Schnetzler-Karlsruhe feierte die Verdienste des Fürsten um die Einigung des Reiches und versicherte ihn der ewigen Dankbarkeit des badensischen Volkes. Hierauf überreichte Oberbürgermeister Wagner-Ulm nach einer Ansprache den Ehrenbürgerbrief der Stadt Ulm. Der Fürst sprach in seiner Erwiderung der Deputation seinen Dank aus und

hob den Anteil Badens und seines Großherzogs an der nationalen Bewegung hervor. Zur Einigung des Reiches seien außer Baden auch Bayern und Württemberg notwendig gewesen. Er sei erfreut sowohl über die äußere Einheit, wie über die innere Einmütigkeit. Der Fürst setzte sich, indem er bedauerte, daß sein Befinden ihn hierzu nötige. Er sei ein Barometer geworden, denn jeder Witterungswechsel mache sich bei ihm fühlbar. Der Fürst schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Großherzog von Baden, in das die Herren lebhaft einstimmten. Bei dem nachfolgenden Frühstück toastete Oberbürgermeister Reck-Mannheim auf den Fürsten Bismarck.

---

Infolge des am 20. März erfolgten Ablebens des Fürsten Woldemar von Lippe-Detmold entstand im Fürstlich Lippe'schen Hause ein Erb- und Thronfolgestreit. Nachdem der Bundesrat auf Antrag des von dem verstorbenen Fürsten Woldemar letztwillig an Stelle des geisteskranken Prinzen Alexander zum Regenten von Lippe bestellten Prinzen zu Schaumburg-Lippe die bisherigen Bevollmächtigten zum Bundesrat bestätigt hatte, erklärte der Graf Ernst zu Lippe-Biesterfeld die Bestellung des Prinzen Adolf zum Regenten und den Antritt der Regentschaft durch ihn für ungesetzlich und kündigte an, daß er sich zunächst rechtsuchend an den Bundesrat wenden werde. Auch die große Mehrheit der Lippe'schen Landtagsmitglieder war mit dieser von dem Fürsten Woldemar einseitig, d. h. ohne Zustimmung der Landesvertretung vorgenommenen Bestellung einer Regentschaft nicht einverstanden, sie richtete vielmehr auf eine Einberufung des Landtages vom 6. April an das Kabinetsministerium die Erklärung, daß sie, ohne die Regentschaft als zu Recht bestehend anzuerkennen, lediglich in der Absicht, eine für die schwebende Frage bedeutungsvolle Botschaft zu vernehmen, der Einladung in das Residenzschloß Folge leiste, sich aber gegen irgendwelche rechtliche Folgen aus diesem Schritt verwahren und alle sich einer etwa gewünschten Äußerung über die Einsetzung der Regentschaft enthalten werde. In der ersten Sitzung des Landtages überwies dieser zunächst das Aktenmaterial über den Geisteszustand des Fürsten Alexander einer siebengliedrigen Kommission. Unter vielfachem Widerspruch begründete Minister Wolfgramm die Gesetzmäßigkeit der Ernennung des Regenten.

Der unerwartet eingetretene Tod des Ministers Wolfgramm brachte eine Verzögerung in die Verhandlungen. Am 23. April trat der Landtag des Fürstentums zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, in welcher nach längerer Beratung ein Gesetzentwurf angenommen wurde, nach dem Prinz Adolf als Regent bestätigt war, bis die Frage der Thronfolge entschieden sei. Alsdann übernimmt der durch die Entscheidung nächstberechtigte Thronfolger die Regentschaft. Die Regelung erfolgt durch einen Gerichtshof. —

Die Lippe'sche Regierung erklärte dann dem Landtag, sie sei bereit, baldmöglichst einen Akt der Reichsgesetzgebung zu beantragen, durch den das Reichsgericht in Leipzig als Gerichtshof zur Erledigung der Thronstreitigkeit eingesetzt werde.

---

Am 26. April feierte der Staatssekretär des Reichspostamtes, Dr. von Stephan, sein 25jähriges Jubiläum als Leiter des Reichspostamtes. Dem Jubilar, der diesen Tag fern von Berlin verbrachte, wurden aus diesem Anlaß mehrere hundert Glückwunschtelegramme und Zeichen innigster Teilnahme und Verehrung aus dem In- und Auslande zu teil.

Der Kaiser richtete an den geistes- und körperfrischen Jubilar nachstehendes Handschreiben:

„Den heutigen Tag, an welchem Sie vor nunmehr 25 Jahren von Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zum General-Postdirektor des Norddeutschen Bundes ernannt worden sind, kann Ich nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen Meine Glück- und Segenswünsche auszusprechen. Mit großer Befriedigung können Sie auf Ihre reich gesegnete Thätigkeit als oberster Leiter des deutschen Postwesens zurückblicken. Ist es in dieser Zeit doch Ihrer Thatkraft, Umsicht und zielbewußten Arbeit gelungen, die Ihnen unterstellte Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens zu ungeahnter Entfaltung zu bringen. Stets erfolgreich bemüht, alle Verbesserungen im Land- und Seeverkehr und alle Fortschritte auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik sogleich auch in den Dienst der Post und Telegraphie zu stellen, haben Sie es verstanden, nach jeder Richtung hin mustergiltige Einrichtungen zu schaffen und Hand in Hand damit eine durch Fleiß und Pflichttreue ausgezeichnete Beamtenschaft heranzubilden. Ihre Verdienste um die Hebung und einheitliche Gestaltung des alle civili-

sierten Völker des Erdballs umfassenden Weltpostverkehrs sind in die Tafeln der Zeitgeschichte eingegraben. Ihr Name hat nicht wenig dazu beigetragen, das Ansehen und den Ruhm deutschen Wissens und deutscher Arbeit weit über die Grenzen unseres Erdteils hinaus zu verbreiten. Ihnen dies an dem heutigen Tage auszusprechen, ist Mir Bedürfnis, und Ich thue es unter dankbarer Anerkennung Ihrer treuen und aufopferungsvollen Dienste, sowie in der Hoffnung, daß Ihre bewährte Kraft Mir und dem deutschen Vaterlande durch Gottes Fügung noch lange erhalten bleiben möge."

Die Presse feierte die Verdienste des Leiters unseres Postwesens durch biographische Skizzen und Betrachtungen über die Ergebnisse des von ihm einer so glänzenden Entwicklung zugeführten Verkehrswesens. Mit Recht betonten die Blätter, daß Stephan's größte Leistung die Gründung des Weltpostvereins gewesen sei, durch den sämtliche Länder der Erde zu einem einzigen postalischen Gemeinwesen vereinigt worden seien.

Ungeachtet der zunächst ablehnenden Haltung mehrerer europäischer Großmächte, insbesondere des auf Deutschland eifersüchtigen Frankreich, brachte der Generalpostmeister bekanntlich 1874 den „Allgemeinen Postvereinsvertrag" von Bern zu Stande, der seine epochemachenden Ideen in ihren grundsätzlichen Zügen in die Wirklichkeit übertrug. Auf dem geschaffenen Fundamente entwickelte sich dann der „Allgemeine Postverein" vier Jahre später in Paris durch Ausdehnung seines Geltungsbereiches zum „Weltpostverein."

Die nationalliberale Fraktion des Reichstags sandte dem Jubilar eine Glückwunschadresse, ebenso der Norddeutsche Lloyd und die Bremer Handelskammer. Der Hamburger Senat überreichte ihm ein Glückwunschschreiben nebst einer goldenen Ehrendenkmünze, der Senat von Bremen ernannte Stephan zum Ehrenbürger.

---

Die zur Bekämpfung von anarchistischen Bestrebungen im Reichstag eingebrachte, und von demselben seit längerer Zeit berathene Umsturzvorlage wurde am 8. Mai in zweiter Lesung vom Plenum des Reichstages berathen. Fürst Hohenlohe führte dieselbe in einer kurzen Rede befürwortend ein, aber der Rede des Reichskanzlers wurde der Vorwurf gemacht, daß sie die Stellungnahme der Regierung gegenüber den Vorschlägen der Kommission nicht deutlich genug erkennen lasse.

Auch vom juristischen Standpunkte aus machten sich verschiedene Bedenken in gemäßigten Kreisen gegen die Vorlage geltend. Man war dort der Meinung, daß das Socialistengesetz nicht hätte aufgehoben werden sollen, wenn man mit dem bestehenden Strafrecht nicht glaubte auskommen zu können, und erblickte in dem Experimentieren mit Gesetzesparagraphen ein gefährliches, das Rechtsbewußtsein verwirrendes Unternehmen. Es kam hinzu, daß die Vorlage in den Strafandrohungen für Beschimpfung von Religion, Monarchie, Familie, Ehe und Eigentum auch die berechtigte Kritik zu bedrohen schien, denn daß die Entscheidung, ob eine Äußerung beschimpfend sei, dem persönlichen Ermessen des Richters den weitesten Spielraum ließ, leuchtete auch dem gefügigsten Staatsbürger ein.

Bei der Beratung in zweiter Lesung gab der § 111 zunächst Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen. Der genannte Paragraph erklärte die Anpreisung und Rechtfertigung einer Anzahl von Vergehen für strafbar. Hierzu beantragte der Abgeordnete von Levetzow die Wiedereinschaltung der in der Regierungsvorlage enthalten gewesenen, in der Kommission gestrichenen beiden §§ 113 und 114 (Widerstand gegen Beamte und gewaltsame Nötigung zu Amtshandlungen). In der nächstfolgenden Sitzung am 9. Mai erklärte der Preußische Justizminister, daß die Regierung die Entscheidung über die ganze Vorlage von der Annahme oder Ablehnung des Antrages von Levetzow abhängig mache.

Damit war das Schicksal der Vorlage entschieden. —

Vergeblich bemühte sich der Minister des Innern, von Köller, aus dem Verlesen einiger revolutionärer Preßerzeugnisse neuen Datums die Notwendigkeit des von der Regierung erstrebten Kampfes gegen die Bestrebungen der Socialdemokratie darzutun, die er mit den Anarchisten auf gleiche Stufe stellte.

Bei dem § 112, der nach der Regierungsvorlage denjenigen mit Strafe bedroht, der es unternimmt, einen Angehörigen des aktiven Heeres zur Beteiligung an den Bestrebungen zu verleiten, die auf den gewaltsamen Umsturz gerichtet sind, war die Kommission noch weiter hinausgegangen. Bei der Debatte hierüber in der Sitzung am 11. Mai wollte ein Antrag Haußmann's und Lenzmann's die Strafbarkeit des Verächtlichmachens gestrichen wissen. Den Antrag begründete in längerer Rede Haußmann von der Süddeutschen Volkspartei. Der Nationalliberale Osann wandte sich gegen verschiedene Äußerungen

Bebel's und bemerkte, daß, wenn der Kriegsminister keine bestimmten Erklärungen abgebe, seine Partei die Kommissionsbeschlüsse ablehnen werde. Staatssekretär Nieberding ging auf die Kommissionsverhandlungen ein. Die von der Regierung gehegten Erwartungen seien eitel gewesen, namentlich habe die Ablehnung des § 111a die Grundlagen beseitigt, auf die die Regierung das größte Gewicht gelegt habe.

Nachdem dann die Vertreter der Konservativen erklärt, daß sie nach den Vorgängen in der Kommission und nachdem der Kriegsminister auf die Vorlage in der Fassung der Regierung bestanden, die Kommissionsbeschlüsse ablehnen müßten, fiel auch der ganze § 112.

Das Haus verzichtete nun auf Weiterberatung der total durchlöcherten Vorlage und lehnte die übrigen Paragraphen debattelos ab.

Nachdem in den folgenden Sitzungen noch das Branntweinsteuer- und das Zuckersteuergesetz angenommen worden, wurde die Session des Reichstages am 24. Mai geschlossen.

---

In den ersten Tagen des Monat Mai war nach längerer Vakanz der Posten des Gouverneurs von Ostafrika wieder besetzt worden. Die Wahl war dabei auf den Reichskommissar Major von Wißmann gefallen, einem genauen gründlichen Afrikakenner, der durch seine im Dienste der Wissenschaft unternommenen Durchquerungen des Weltteiles auf ganz verschiedenen Wegen, sowie durch die Bewältigung des Araberaufstandes im Jahre 1889, durch sein organisatorisches Talent, endlich durch die mühevolle Dampferexpedition nach dem Nyassasee 1892/93 die Bürgschaft gewährte, den Anforderungen gerecht zu werden, welche die Rücksicht auf die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes im Gefolge hat. — Die Ernennung Wißmann's zum Leiter der deutsch-ostafrikanischen Kolonie erregte allgemeine Befriedigung nicht nur in kolonialen Kreisen, sondern wurde auch von den dort beteiligten Erwerbsgesellschaften freudig begrüßt, die in ihn den berufensten Kenner und Vertreter afrikanischer Wirtschaftspolitik erblickten. Dieser Ernennung folgte einige Wochen später diejenige des Reichskommissar Dr. Carl Peters zum Landeshauptmann am Tanganykasee, mit der Mission, durch Abschluß von Verträgen und Anknüpfung von Beziehungen zu den dort ansässigen Stämmen die deutsche Einfluß- und Interessensphäre zu erweitern und zu befestigen.

Am 31. Mai fand zu Lübeck die feierliche Grundsteinlegung zu dem Elbe-Trave-Kanal statt.

Stadt und Hafen prangten bei prächtigstem Sonnenschein in reichem Flaggen- und Guirlandenschmuck. Auf dem Festplatz an dem alten, aus dem 13. Jahrhundert stammenden Burgthor waren mehrere Tribünen für die Festteilnehmer, den Senat und die Bürgerschaft errichtet; die Bürgermeister-Tribüne hatte die Form eines Flußschiffes und war besonders prächtig ausgestattet. Vom Festplatz aus hatte man einen herrlichen Überblick über den Hafen und über die bei dem ersten Kanaldurchstich zu verbindenden Flüsse Trave und Wacknitz.

Bei dem Festmahl nach dem Festakt feierte der Bürgermeister Dr. Behn in seinem Kaisertoast den Träger der Kaiserkrone als Symbol der deutschen Einheit und pries Se. Majestät glücklich, daß er das gigantische Werk Allerhöchstseines Großvaters, den Nord-Ostsee-Kanal, in Kürze den gesamten Seemächten Europas vorführen könne. Es genüge aber nicht, Meer mit Meer zu verbinden, auch die Binnenlande müssen mit dem Meer verbunden werden. Wenn der Elbe-Trave-Kanal dies als erstes Glied der Kette darstelle und bald eine Fortsetzung nach dem Westen fände, werde Lübeck sich glücklich preisen. Der Kaiser habe die Blicke Deutschlands auf die Binnenschiffahrt gelenkt. Als Deutsche seien wir stolz auf den Kaiser, als Lübecker glücklich, ihn auf dem Throne zu erblicken! Staatssekretär Dr. v. Boetticher dankte für die Einladung. Bei der Beratung über den Kanal sei ausgesprochen worden, Preußen müsse dem Kanal als Entschädigung Lübecks für den diesem durch den Nord-Ostsee-Kanal zugefügten Schaden seine Beihilfe bewilligen. Dies sei nicht der Fall. Preußen habe nicht aus Schuldbewußtsein bewilligt. Das Kaiserwort werde wahr gemacht, daß die Zeit in dem Zeichen des Verkehrs stehe. Der Nord-Ostsee-Kanal und der Elbe-Trave-Kanal werde jeder seine besondere Aufgabe haben. Wenn aber die Unterstützung Preußens dazu diene, die letzten Besorgnisse zu beseitigen, so sei die Aufgabe voll erfüllt. Lübeck wolle schnell bauen; das sei lobenswert; je eher der Bau fertig werde, desto eher würden die Früchte geerntet. Er hoffe, daß Lübeck neue Impulse empfangen werde zum Wohle des Vaterlandes, und bringe der freien Stadt in diesem Sinne sein Hoch.

---

In den ersten Monaten des Jahres 1895 fand das große Bauwerk des Nord-Ostsee-Kanals seinen Abschluß, zu welchem Kaiser

Wilhelm I. im Jahre 1887 den Grundstein gelegt, und dessen Fortschreiten und Förderung alle Kreise der Nation mit dem lebhaftesten Interesse begleiteten, weil es in die Verteidigung der deutschen Meere und Küste ein neues Element der Stärke einführte und zugleich den Bedürfnissen des Handels und Verkehrs die längst erwünschte Befriedigung gewährte.

Eine Verbindung der Nordsee und der Ostsee gehörte schon seit vielen Jahren zu den Lieblingswünschen der Deutschen, besonders der Bewohner von Schleswig-Holstein. Letztere mußten schon deshalb dieses Verlangen tragen, weil der alte Eiderkanal sie beständig zu einer Fortsetzung nach Westen zur Nordsee und zur Mündung der Elbe einlud. Die Ausführung des Kanales als eines Wahrzeichens der Kultur und des Friedens und eines Vermittlers der Annäherung der Völker, bezeichnete einen Triumph der Civilisation über hemmende und widerstrebende Naturbedingungen, einen Sieg der Geisteskraft, welcher der ganzen großen Familie der Kulturvölker gleichmäßig zu Gute kommt. In festlicher Weise, wie sie der Bedeutung des großen, einen neuen Erfolg des fortschreitenden Menschengeistes darstellenden Werkes entsprach, wurden die seefahrenden Völker eingeladen, aus den Vorteilen, die der Kanal darbietet, Nutzen zu ziehen.

Wenn Deutschland berufen war, ein so großartiges Kulturwerk zu planen und zu vollenden, so wurde unsere berechtigte nationale Freude gewissermaßen verklärt durch den Gedanken, daß alle Nationen, mit denen wir friedlichen und freundlichen Verkehr pflegen, die Vollendung des Unternehmens mit sympathischer Mitfreude begrüßen. Zugleich ward hier in leuchtenden Zügen, wie es kaum je der Fall gewesen, vor Augen geführt, in welchem Maße die Einigung Deutschlands ein Segen ist für die gesamte Kulturwelt, für Wohlfahrt und Gesittung der Menschheit. Die gesammelte Kraft der Nation war erforderlich, um das im Lauf der Jahrhunderte schon oft erfolglos geplante oder versuchte Werk zu Stande zu bringen. Deutschland aber zeigte auch hier wieder, daß es seine gesammelte Kraft nicht dazu benutzt, um auf kriegerische Eroberungen auszugehen, sondern zu Werken des Friedens und des Fortschritts.

Was der weise Kaiser Wilhelm I. versprochen hat an dem Tage, da die alte nationale Würde unseres Kaisertums wieder erneut wurde, „ein Mehrer des Reiches zu sein nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens", das bekräftigte auch

sein Enkel, dem heute die Geschicke des Vaterlandes anvertraut sind, durch Segensthaten, wofür neben dem eigenen Volke auch andere Nationen mit dem Tribut des Dankes nicht geizen. Die festliche Feier an der Küste des Holsteinlandes war so ganz dazu angethan, das Gefühl für das, was den christlichen Kulturvölkern gemeinsam ist, zu stärken, und einen Sporn zu bilden zu immer kräftigerer Einigung der Nationen im Dienste einer steigenden Wohlfahrt des Menschengeschlechts!

Um sich von der Fahrbarkeit des neuen Wasserweges persönlich zu überzeugen und die zur Festfeier der Eröffnung getroffenen Maßnahmen und Veranstaltungen selbst in Augenschein zu nehmen, besuchte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in Begleitung des Staatssekretärs von Bötticher und der obersten Beamten des Verwaltungsressorts des Kanalbaues denselben einige Wochen vor der Eröffnung.

* * *

Den ersten Akt der Festlichkeiten selbst bildete das von der Stadt Hamburg zu Ehren der Kanalfeier veranstaltete Fest. Zu demselben hatten ebenso wie zu der letzteren die deutschen Fürsten und ihre Gefolge, die Vertreter der fremden Mächte am Deutschen Kaiserhof, die höchsten Würdenträger des Reichs und Staatsdienstes, sowie die parlamentarischen Körperschaften des Reiches und Preußens und viele andere Personen von Distinktion Einladungen erhalten.

In den Nachmittagsstunden des 19. Juni traf der Kaiser Wilhelm II., begleitet von seinen vier ältesten Söhnen, in Hamburg ein. Der ihm bereitete Empfang war ein äußerlich ebenso glänzender, wie herzlicher und ernst weihevoller. In demselben prägte sich die Bedeutung und Größe des Werkes, dem nach fast zehnjährigen Mühen und Anstrengungen der Abschluß gegeben werden sollte, aus.

Gegen Abend betrat der Monarch das neue, noch nicht vollendete Rathaus, in welchem die alte Hansestadt dem hohen Gast ein Festmahl anbot.

Mit Wohlgefallen ruhte das Auge des Herrschers auf den herrlichen Formen des im Renaissancestyl errichteten Prachtbaues, dessen hoch emporstrebender Thurm als Wahrzeichen deutschen Bürgerstolzes und festgegründeten Selbstbewußtseins den breitgelagerten Bau überragte.

In dem Festraum, wo das Kaisermahl stattfand, hatte der Thronsessel erhöhte Aufstellung unter einem Baldachin inmitten der einen Langseite der Tafel, die gegenüberliegende Wand war mit Marinegemälden, die alte Kurbrandenburgische und die heutige Panzerflotte einander als Pendants gegenüberstellend, geschmückt, und an einer Querwand war eine übergroße Karte des Nord-Ostsee-Kanals angebracht. Kurz es traten trefflicher Geschmack und zweckmäßige symbolische Berücksichtigung der Veranlassung des Festes in der Ausstattung zu Tage.

Der Herrscher, den eine der glänzendsten Versammlungen umgab, die je bei einem solchen der vornehmsten Repräsentation dienenden Feste vereint waren, zeigte die sichtlich heiterste Stimmung und unterhielt sich hauptsächlich lebhaft mit seinem Tischnachbar zur Rechten, dem Prinzregenten Luitpold von Bayern. Auch mit dem neben dem Prinzregenten sitzenden König von Württemberg und dem links vom Kaiser sitzenden Bürgermeister Dr. Lehmann, dem König von Sachsen und dem Großherzog von Baden führte der Kaiser lebhafte Gespräche. Nach dem zweiten Gange hielt Bürgermeister Lehmann eine Ansprache an den Kaiser, in der er ausführte, Kaiser und Reich hätten den Nord-Ostsee-Kanal geschaffen. Hamburg sei durch den Kaiser auf Wunsch des Senates zum Ausgangspunkte für die Feier gemacht worden. Dadurch habe der Kaiser Hamburg eine große Ehre erwiesen. Die glänzendste Versammlung erhabener Fürsten und hervorragender Männer, die jemals diese Stadt durch ihren Besuch ausgezeichnet hätten, habe der Redner heute hier begrüßt; er heiße Alle im Namen des Senates und der Bürgerschaft sowie der ganzen Bevölkerung herzlichst willkommen. Der heutige Tag sei der denkwürdigste Tag, den Hamburg je gesehen habe. Im Hinblick auf das geschaffene Werk habe die Stadt Hamburg noch besonderem Danke Ausdruck zu geben, weil die Elbe als Lebensader der Stadt gleichsam eine zweite Mündung in ein zweites Meer erhalte, so daß künftig die Wogen der Nordsee mit den Wogen der Ostsee sich an unserem Gestade kreuzen werden. Der Segen der neuen Verbindung beider Meere werde voraussichtlich nicht nur den deutschen Küsten zu Gute kommen. Der neue Seeweg werde nicht minder den internationalen Verkehr, das wichtigste und friedlichste Kulturmittel, fördern und beleben. Verbürgt werde uns die große internationale Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals durch die Anwesenheit der hohen Vertreter der meisten fremden seefahrenden Nationen, welchen ehrerbietiger Dank zu sagen sei für

die Bereitwilligkeit, mit welcher sie auch der Einladung zu unserer Vorfeier gefolgt sind. Ein Admiral sagte vom alten Eiderkanal, Alles sei schlecht an ihm bis auf den Gedanken; vom Nord-Ostsee-Kanal wird man sagen, es ist Alles gut an ihm, nicht nur der Gedanke. Danken wir daher den Schöpfern dieser herrlichen Anlagen, danken wir Kaiser und Reich; mögen alle Hoffnungen in Erfüllung gehen, welche sich an die Eröffnung der neuen nationalen und internationalen Wasserstraße knüpfen. Indem wir, so schloß der Bürgermeister, den hochverehrten Gästen glückliche erste Fahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal und frohe Feier in Kiel wünschen, hoffen wir, daß an denselben Ihre Majestät die Kaiserin, deren Abwesenheit wir heute schmerzlich beklagen, in wiederhergestellter Gesundheit teilnehmen wird. Der Bürgermeister wandte sich hierauf an den Kaiser und bat um die Erlaubnis, ein Telegramm der Kaiserin verlesen zu dürfen. Der Monarch verneigte sich zustimmend, worauf die Verlesung erfolgte.

Die Depesche lautete: „Zu Meinem tiefen Bedauern muß Ich auf die Freude verzichten, dem heutigen herrlichen Fest in Hamburg beizuwohnen. Aus der Ferne beteilige Ich Mich an demselben mit dem innigen Wunsche, es möge die Blüte der Hansastadt in diesen glanzvollen Stunden der dem Kaiser und den verbündeten deutschen Fürsten geweihten Gastfreundschaft mit Gottes Segen neu ersprießen. Meine Gedanken sind der denkwürdigen Feier und ihrer großen nationalen Bedeutung aus vollem Herzen gewidmet. (gez.) Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen."

Nach der Verlesung des Telegramms beendete der Bürgermeister seine Rede mit den Worten: „Hier aber dürfen wir Sie bitten, sich zu vergegenwärtigen, daß es ein deutsches Werk ist, dessen Eröffnung wir entgegensehen, und Sie daher ersuchen, allseitig in den Ruf einzustimmen: Se. Majestät der Deutsche Kaiser und Ihre Majestät die Deutsche Kaiserin wie auch die erhabenen Verbündeten Sr. Majestät des Kaisers und Königs von Preußen, sie leben hoch!"

Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Kaiser: „Mein verehrter Bürgermeister! Tief ergriffen bin Ich von den soeben vernommenen Worten; tief ergriffen vor Allem von dem Empfang, den Mir Hamburg soeben bereitet hat, wie Ich desgleichen selten wohl erlebt. Der Geist, der Mir entgegenschlug, war kein gemachter, kein gewöhnlicher. Gleich einer Windsbraut schallte Mir der Jubel der Stadt entgegen. Ich weiß wohl, daß Ich Mir nicht anmaßen darf, daß dieser Jubel

Meiner Person gegolten; vielmehr erkenne Ich in demselben den Ausfluß des Pulsschlages unseres gesamten deutschen Volkes, welches stolz darauf ist, das neu geeinte Reich in seinen Fürsten und hohen Gästen vertreten zu sehen. Empfangen Sie dafür Meinen herzlichsten Dank und seien Sie der Dolmetsch Meines Dankes auch den Hamburgern gegenüber. Solche Momente, wie wir sie heute erleben, rufen in uns die Erinnerung zurück und vor Allem die Erinnerung in dankbarer Form. Wir müssen in Dank und Wehmut gedenken des großen Kaisers, der dahingegangen, und seines herrlichen Sohnes, unter denen das Werk, auf das Sie soeben angespielt haben, erstanden ist. Uns Allen ist noch gegenwärtig der Jubel bei dem letzten Besuche Meines hochseligen Herrn Großvaters in Erinnerung. Wir vereinigen zwei Meere; auf das Meer lenken sich unsere Gedanken, das Meer — das Sinnbild der Ewigkeit. Meere trennen nicht, Meere verbinden; die verbindenden Meere werden verbunden durch dieses neue Glied zum Segen und Frieden der Völker.

Die erzgepanzerte Macht, die versammelt ist auf dem Kieler Hafen, soll zu gleicher Zeit ein Sinnbild des Friedens sein, des Zusammenwirkens aller europäischen Kulturvölker zur Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Kulturmission. Haben wir einen Blick geworfen auf das ewige Meer, so werfen wir einen Blick auf das Meer der Völker. Aller Völker Herzen richten sich hierher mit fragendem Blick. Sie erheischen und wünschen den Frieden. Im Frieden nur kann Welthandel sich entwickeln, im Frieden nur kann er gedeihen, und Frieden werden und wollen wir aufrechterhalten. Möge in diesem Frieden auch Hamburgs Handel blühen und gedeihen. Es soll ihm stets der Schutz des Kaiserlichen Aars folgen, wohin er auch seine Bahnen über die Welt ziehen möge. Wir Alle aber erheben jetzt unsere Gläser und trinken auf das Wohl unserer werten Hansastadt Hamburg: sie lebe hoch! und nochmals hoch! und zum dritten Male hoch!"

Der Kaiser sprach im warmen Tone der Begeisterung, einfach aber mit durchschlagendem Erfolge. Den außerordentlichsten Eindruck erzielte der Passus, wo der Kaiser auf den Nord-Ostsee-Kanal als auf ein Werk des Friedens hinweist.

Dem Bankett im Rathaus folgte ein Fest auf einer im Alsterbassin errichteten Insel. Der Kaiser und die eingeladenen Gäste begaben sich dorthin in Boote und umfuhren zuerst die einem verzauberten

Eiland gleichenden, in den Schimmer einer phantastischen Beleuchtung gebrachten Garten- und Parkanlagen inmitten der Innenalster.

Nachdem ein glänzendes Feuerwerk unter lebhaftem Beifall abgebrannt war, verließ der Kaiser um $10^1/_2$ Uhr die Insel und landete mit den übrigen Fürstlichkeiten und dem Gefolge bei dem Alsterthore, wo auf den Tribünen mehr als tausend Sänger Aufstellung genommen hatten und den Kaiser mit „Heil Dir im Siegerkranz" begrüßten. Huldvollst dankend durchschritt der Kaiser das Spalier, welches Mitglieder des Ruderklubs, der Kriegervereine, des ehemaligen Bürgermilitärs u. s. w. bildeten, bestieg dann den Wagen und fuhr, von der Bevölkerung auf das lebhafteste begrüßt, fortwährend dankend, durch die dichtbesetzten Straßen nach der Landungsbrücke in St. Pauli, von wo er mit der Dampfbarkasse zur „Hohenzollern" überfuhr.

Ihm folgten die Fürstlichkeiten und Diplomaten, die Vertreter der parlamentarischen Körperschaften, welche an der am folgenden Tage stattfindenden Kanalfahrt teil nahmen.

Zweiundzwanzig Schiffe als Vertreter der Kriegsmarinen Englands, Österreichs, Frankreichs, Rußlands, Italiens, der Türkei, Spaniens, Portugals, Hollands, Schwedens, Dänemarks, Rumäniens folgten der Kaiserlichen Yacht Hohenzollern, auf deren Kommandobrücke während der Fahrt stehend, der Kaiser die Grüße und Bewillkommungen der längs der Kanalufer postierten Bevölkerungen freundlich dankend entgegennahm. Ein imposanter Moment war die Ausfahrt der „Hohenzollern" aus den Holtenauer Schleusen. Sämtliche achtzig in der Kieler Förde in Flaggenparade aufgestellten Kriegsschiffe donnerten dem Kaiserschiff den Salut von 33 Schuß entgegen, zugleich intonierten die Schiffskapellen die deutsche Nationalhymne, woran die fremden diejenige ihres Landes anschlossen. Der nächste Tag brachte die Grundsteinlegung zu dem Denkmal Kaiser Wilhelm's I. und Schlußsteinlegung des Kanales auf der Spitze des Holtenauer Ufers der Förde.

Das Kaiserpaar wurde an der Landebrücke vom Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe und dem Staatsminister Dr. v. Bötticher empfangen. Nachdem der Präsident des Reichstages, Freiherr v. Buol-Beerenberg, unter feierlicher Ansprache dem Herrscher den Hammer überreicht hatte, erfolgte der erste Hammerschlag, und ein imposanter Geschützsalut erfüllte den ganzen Hafen. Der Kaiser weihte den Kanal mit den Worten ein: „Zum Gedächtnis Kaiser Wilhelm's des Großen taufe Ich den Kanal:

„Kaiser Wilhelm-Kanal." Bei der Grundsteinlegung begleitete der Monarch die drei Hammerschläge mit dem Spruch: „Im Namen des dreieinigen Gottes, zur Ehre Kaiser Wilhelm's, zum Heile Deutschlands, zum Wohle der Völker!" Die Musik stimmte die Volkshymne an und die Geschütze feuerten Salut. Nachdem alle dazu Berufenen die drei Hammerschläge gethan hatten, brachte der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe das Hoch auf den Kaiser aus, in das die Menge begeistert einstimmte. Nach der Feier kehrten beide Majestäten an Bord der „Hohenzollern" zurück.

Die von dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe verlesene, in den Grundstein gelegte Urkunde lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Das Werk, zu welchem Unseres in Gott ruhenden Herrn Großvaters, des Kaisers Wilhelm I. Majestät am 3. Juni des Jahres 1887 im Namen des Reichs den Grundstein gelegt hat, — die unmittelbare Verbindung der deutschen Meere — steht vollendet vor unseren Augen. Ein beredtes Zeugnis deutscher Thatkraft und vaterländischen Fleißes, ist es entstanden, begleitet von der hoffnungsfreudigen Teilnahme aller Glieder des Reichs unter dem sichtbaren Schutze des Himmels, dessen Gunst während des Baues vom Vaterlande jede Störung des Friedens ferngehalten hat. Und wenn wir heute mit hoher Befriedigung die Erwartungen der Erfüllung näher geführt sehen, welche das Reich an die Herstellung einer für die Zwecke der Kriegs- und Handelsflotte ausreichenden Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee geknüpft hat, so gereicht es Uns zu besonderer Freude, daß Wir, umgeben von dem erlauchten Kreise Unserer hohen Verbündeten, in Gegenwart der Vertreter des Volks und unter der dankenswerten Beteiligung der Abgesandten befreundeter Mächte, deren Geschwader Wir in Unserem ersten, ihnen gastlich geöffneten Kriegshafen willkommen heißen, diese Straße dem Verkehr übergeben können. Wie Wir es als die vornehmste, von den Vätern überkommene Pflicht Unseres Kaiserlichen Amtes betrachten, durch Erhaltung des Friedens die Errungenschaften der deutschen Stämme auf dem Gebiete der nationalen Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung in ihrer weiteren Entwickelung sicherzustellen, so halten Wir fest an dem Bestreben, der vaterländischen Arbeit im heißen Wettbewerb freie Bahn zu schaffen und sie zu schützen vor den Gefahren ihres Berufs. Aber nicht nur

dem Vaterland und seinem Handel, seiner Schiffahrt und seiner Wehrkraft soll der Kanal förderlich sein. Indem Wir ihn in den Dienst des Weltverkehrs stellen, eröffnen Wir neidlos allen seefahrttreibenden Völkern die Teilnahme an den Vorteilen, welche seine Benutzung gewährt. Möge er, ein Friedenswerk, allezeit nur dem Wettkampfe der Nationen um die Güter des Friedens dienstbar sein! Indem Wir befehlen, daß der Kanal für die Schiffahrt aller Völker geöffnet werde, wollen Wir zugleich, daß an der Stelle, an welcher derselbe in Unseren Kriegshafen mündet, ein Denkmal errichtet werde, welches der Nachwelt Kunde giebt von der durch Uns in Gegenwart Unserer hohen Verbündeten vollzogenen denkwürdigen Eröffnung der neuen Verkehrsstraße. Mit diesem Denkmal wünschen Wir zugleich einen Teil des Dankes abzutragen, den das deutsche Volk dem großen Kaiser schuldet, welcher vor nunmehr fünfundzwanzig Jahren die deutschen Stämme zu einem ewigen Bunde geeint und in weiser Voraussicht das jetzt vollendete Werk begonnen hat. Der reiche Segen, welcher das Walten des unvergeßlichen Kaisers begleitet hat, möge auch auf diesem Werke ruhen!

Gegenwärtige Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchsteigenhändigen Namensunterschrift vollzogen und mit Unserem größeren Kaiserlichen Insiegel versehen lassen.

Wir befehlen, die eine Ausfertigung mit den dazu bestimmten Schriften und Münzen in den Grundstein des Denkmals niederzulegen, die andere in Unserem Archiv aufzubewahren.

Gegeben Holtenau, den 21. Juni 1895.

Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe.

Die Flottenparade bot bei strahlend schönem Wetter ein Bild von einziger Großartigkeit. Punkt 3 Uhr machte die Kaiseryacht „Hohenzollern", an deren Bord sich sämtliche deutschen und fremden Fürstlichkeiten befanden, von der Boje los. In demselben Augenblick stellten sich die Mannschaften aller Schiffe auf den Raaen, diejenigen der Panzerschiffe nach den verschiedenen Reglements, in Parade. Auf der „Hohenzollern" stand der Kaiser allein, weithin sichtbar in Admiralsuniform auf der Kommandobrücke. Das Schiff durchfuhr die Reihen sämtlicher Kriegsschiffe, zunächst diejenigen der Außenföhrde, alsdann die im innersten Hafen. Beim Passieren der „Hohenzollern" grüßten die Mannschaften der fremden und der deutschen Schiffe mit

dreifachem Hurra unter den Klängen des „Heil Dir im Siegerkranz". Der „Hohenzollern" folgte die „Grille" mit den Botschaftern, Ministern und Parlaments-Präsidenten, dann der Preßdampfer „Prinz Waldemar". Die „Hohenzollern" legte nachmittags 4¼ Uhr wieder an der Boje an. Der Kaiser in Admiralsuniform hatte auf der Kommandobrücke den Admiral Knorr neben sich. Die Flottenrevue verlief auf das glänzendste.

Bei dem Festmahle in der Festhalle, welche einen alten Dreimaster darstellte, hielt Se. Majestät der Kaiser folgende Ansprache:

„Mit Freude und Stolz blicke Ich auf diese glänzende Festversammlung, und zugleich im Namen Meiner hohen Verbündeten heiße Ich Sie alle, die Gäste des Reiches, herzlich willkommen. Innigen Dank sprechen Wir aus für die Teilnahme, die Uns bei Vollendung eines Werkes geworden, welches, in Frieden geplant und in Frieden gebaut, heute dem allgemeinen Verkehr übergeben ist. Nicht erst in unseren Tagen ist der Gedanke, die Nord- und Ostsee durch einen großen Kanal zu verbinden, entstanden; weit zurück bis in das Mittelalter hinein finden wir Vorschläge und Pläne zur Verwirklichung dieses Unternehmens, und im verflossenen Jahrhundert ward der Eiderkanal gebaut, der, ein rühmliches Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der damaligen Zeit ablegend, doch nur für den kleineren Schiffsverkehr bestimmt, den gesteigerten Anforderungen der Jetztzeit nicht zu genügen vermochte. Dem neu begründeten Deutschen Reiche blieb es vorbehalten, die große Aufgabe einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Mein verewigter Herr Großvater, Kaiser Wilhelm des Großen Majestät, war es, der in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Kanals für die Hebung des nationalen Wohlstandes und für die Stärkung unserer Wehrkraft nicht müde wurde, dem Plane des Baues einer leistungsfähigen Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee seine fördernde Teilnahme zuzuwenden und die mannigfachen Schwierigkeiten zu beheben, welche sich seiner Ausführung entgegenstellten. Freudig und vertrauensvoll folgten die verbündeten Regierungen des Reiches nicht minder wie der Reichstag der Kaiserlichen Initiative, und rüstig ging es vor nunmehr acht Jahren an das Werk, das mit seiner fortschreitenden Ausführung in immer höherem Grade das öffentliche Interesse erweckte. Was die Technik von dem hervorragenden Standpunkte ihrer Entwicklung heraus hat schaffen können, was an Eifer und Arbeitsfreudigkeit möglich war, was endlich

an Fürsorge für die zahlreichen an dem Bau beteiligten Arbeiter nach den Grundsätzen der humanen Socialpolitik des Reiches gefordert werden konnte, es ist an diesem Werke geleistet worden; und deshalb darf mit Mir und Meinen hohen Verbündeten das Vaterland des gelungenen Werkes sich freuen. Aber nicht nur für die heimischen Interessen haben wir gearbeitet. Der großen Kulturaufgabe des deutschen Volkes entsprechend, öffnen Wir dem friedlichen Verkehre der Nationen untereinander die Schleusen des Kanals, und zu freudiger Genugthuung wird es Uns gereichen, wenn seine fortschreitende Benutzung Zeugnis dafür ablegt, daß die Absichten, von welchen Wir geleitet worden sind, nicht allein verstanden, sondern auch fruchtbar werden zur Hebung der Wohlfahrt der Völker. Die Teilnahme an unserer Feier seitens der Mächte, deren Vertreter wir unter uns sehen, und deren herrliche Schiffe wir heute bewundert haben, begrüße Ich um so lebhafter, je mehr Ich darin die volle Würdigung Unserer auf Aufrechterhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen zu erblicken das Recht habe. Deutschland wird auch das heut inaugurierte Werk in den Dienst des Friedens stellen und sich glücklich schätzen, wenn der „Kaiser-Wilhelms-Kanal" in diesem Dienste allezeit Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Mächten fördert und befestigt. Ich leere Mein Glas auf das Wohl der Uns befreundeten Souveräne und Mächte Hurra! Hurra! Hurra!"

Die Rede des Kaisers wurde wiederholt durch lebhaften Beifall unterbrochen. Die Allerhöchste Kundgebung wurde aufgefaßt als eine bedeutsame Thronrede, gewidmet nicht allein dem deutschen Volke, sondern allen Nationen, um allen über den friedsamen Charakter des großen Werkes keine Zweifel zu lassen.

Nach dem Festmahl trat Se. Majestät hinaus vor die Festhalle und hielt Cerkle ab, während die Musik spielte.

Inzwischen begann im Hafen ein wahrhaft großartiges Feuerwerk mit Illumination. Alle Kriegsschiffe, besonders die ausländischen, prangten in einem Lichtermeer; von Bordrand, Masten und Raaen schimmerten tausende von vielfarbigen, elektrischen Glühlichtern, hoch stieg der Feuerregen der Raketen, bald von den einzelnen Schiffen, bald von mehreren gleichzeitig. Der Gesamteindruck der wundervollen Festhalle mit dem Blick auf den herrlichen, von stolzen

Schiffen erfüllten Hafen war über alle Beschreibung großartig und bot einen unvergeßlichen Abschluß des Festtages.

Ein am folgenden Tage von den deutschen Übungsgeschwadern ausgeführtes Manöver in See, welchem die eingeladenen Ehrengäste als Zuschauer beiwohnten, und bei welchem nach einigen Evolutionen und Bewegungen im Geschwaderverband, eine Gefechtsübung nach einer untergelegten Idee folgte, gab den Kieler Festtagen seinen würdigen Abschluß.

* * *

Den Kieler Festtagen folgte in den Augusttagen die Gedenk- und Erinnerungsfeier an die vor 25 Jahren im Kampf gegen Frankreich errungenen Siege. Wohl konnte solche Feier nur ein schwaches Echo von dem Jubel und der Begeisterung erwecken, welche jene so strahlende und unvergleichliche Wirklichkeit in allen Herzen entzündete, wo alles deutsche Wesen wie in einer Glorie erschien, aber sie verhallte mit ihrem Mahnruf nicht ungehört, sondern fachte das Feuer der Vaterlandsliebe in den Geistern zu neuer Glut an, das Gedächtnis der Toten erneuernd und die heranwachsenden Geschlechter zur Nacheiferung entflammend. Kein Gefühl kriegerischen Ehrgeizes, kein Ton herausfordernder Überhebung durchklang die Festakte, zu denen sich die tapferen Mitkämpfer jener Tage in frohem Beisammensein und in gewohnter Anhänglichkeit an die alten Fahnen, kameradschaftlich vereinigten. Ernst und würdevoll vollzogen sich die Gedächtnisfeierlichkeiten, die dem Andenken der gefallenen Helden galten.

Es war eine Bewegung aus dem Volke heraus hervorgegangen aus der Erinnerung an große weltgeschichtliche Thaten, aus der Dankbarkeit gegen den Kaiser und seine Helden. Alle Gegensätze und Unterschiede im bürgerlichen und konfessionellen Leben außer Acht lassend, vereinigte sich das Volk in Waffen um die Denkmäler, welche Pietät und der Sinn für die Größe und den Ruhm des Vaterlandes an geweihter Stätte errichtet, und erneuerte in der Berührung mit ihnen die alten Gelöbnisse des Soldatenstandes, deren Verwirklichung den Heeren Preußens und Deutschlands ihre so oft bewährte sittliche Kraft und ihren seelischen Schwung verliehen.

In langen Zügen, einer Wallfahrt gleich, begaben sich die alten Krieger nach den Schlachtfeldern an der Westgrenze des Reiches, um

dort den Manen der Gebliebenen den Tribut liebevollen Gedenkens darzubringen.

Auf den heiß umstrittenen Schlüsselpunkten der Gefechtsfelder von Weißenburg, Wörth und Spicheren wiederholten sich am 4. und 6. August die Huldigungen, zu denen Offiziere und Mannschaften aus allen Teilen des Vaterlandes und des Heeres herbeigeeilt waren, zu frohem Wiedersehen und ernst-wehmütigen Betrachtungen.

Nachdem der Eingang von Kranzspenden in Metz zum Gräberschmucke der vom 14. bis 18. August Gefallenen von Beginn der Woche an überaus reich und über alle Erwartung groß gewesen — die Stadt Berlin sandte große Kränze für die Denkmäler und Gräber des Gardekorps und des III. Armeekorps, der Verband der deutschen Veteranenvereine, welcher seinen Sitz in Leipzig hat, schickte 70 große Lorbeerkränze für die deutschen Denkmäler und großen Gräbergruppen, außerdem 5 Kränze für französische Gräber mit der Inschrift: „Dulce et decorum est pro patria mori" — fanden am 14. auf dem Schlachtfelde von Colombey, Noisseville unter Beteiligung vieler Veteranen Erinnerungsfeiern an den Denkmälern statt.

Tags darauf fand auf den westlichen Schlachtfeldern von Saint Privat, Gravelotte, Vionville, Mars la Tour die Schmückung der Gräber der gefallenen Krieger durch sämtliche deutschen Vereine aus Metz statt. Am 16. früh rückte die gesamte Metzer Garnison nach Vionville zum Zweck einer Paradeaufstellung aus, welche vor dem Kommandeur des XVI. Armeekorps, General der Kavallerie Graf von Haeseler, stattfand. Später fand beim Kaiserstein nördlich von Gravelotte eine Gedächtnißfeier für die im Kriege Gefallenen statt, welcher die gesamte Generalität, zahlreiche Offiziere und Deputationen aller Fußtruppen beiwohnten. Acht Unteroffiziere legten, während das Gewehr präsentiert wurde, große Lorbeergewinde am Denkmal nieder. Ein alter Soldat brachte ein Hurra aus, worauf Alle die „Wacht an der Mosel" anstimmten. Graf v. Haeseler erklärte, er freue sich, die Veteranen am Kaiserstein auf dem Schlachtfelde von Gravelotte begrüßen zu können und forderte die Angehörigen des XVI. Armeekorps auf, den alten Soldaten ein Hurra auszubringen.

Äußerlich noch glanzvoller gestaltete sich die Feier des 18. August, welche mit einem Festesgottesdienst unter Teilnahme von tausenden von Veteranen begann.

Nach der kirchlichen Feier erfolgte die Abfahrt nach Gravelotte, woselbst die Erinnerungsfeier auf dem Schlachtfelde Nachmittags unter überaus großer Beteiligung stattfand. Bei Flavigny weihte der kommandierende General des XVI. Armeekorps den zum Andenken an weiland den Prinzen Karl errichteten Gedenkstein mit einer Ansprache ein, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Nach der Ansprache fand ein Parademarsch der Truppen statt, deren Feldzeichen mit Eichenlaub geschmückt waren.

Bei der Einweihung des mächtigen Aussichtsthurmes bei Gravelotte brachte der Gouverneur von Metz das Hoch auf den Kaiser, der Bezirkspräsident von Hammerstein ein Hoch auf das Deutsche Reich aus. Während der Feierlichkeiten donnerten die Geschütze der Veste Friedrich Karl Ehrensalven über die Schlachtfelder.

Der Verein für Erhaltung und Schmückung der Kriegergräber ließ am Sarge Kaiser Wilhelm I. einen auf dem Schlachtfelde von Gravelotte gewundenen prächtigen Eichenkranz mit einer Widmung niederlegen.

Der Veteranenverband erhielt auf seine Ergebenheitsdepeschen an die Deutschen Fürsten telegraphische Antwort vom Prinz-Regenten von Bayern, von den Königen von Sachsen und Württemberg, vom Prinz-Regenten von Braunschweig, von den Großherzögen von Baden, Hessen, Oldenburg und Sachsen-Weimar, vom Herzog von Anhalt, vom Fürsten Reuß und vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe.

In ähnlicher Weise wie vorher hervorgehoben worden, wurden kirchliche Festakte mit darauffolgenden kameradschaftlichen Vereinigungen in allen Städten des Reiches in pietätvoller Weise begangen.

---

Mit der Gedächtnisfeier des Sieges bei Gravelotte am 18. August verband sich ein, das patriotische Empfinden weiter Kreise der Bevölkerung tief ergreifender Huldigungsakt. — Es war die Grundsteinlegung zum Denkmal Kaiser Wilhelm I. auf dem, vom regierenden Kaiser ausgewählten, Platz vor dem Schlosse seiner Ahnen. Hier wird sich dereinst das Monument erheben, welches späteren Geschlechtern Anlaß geben soll, in dankbarer Bewunderung und Verehrung sich das Bild des größten Helden einzuprägen, der im Kampf der Führer unseres Volkes war.

In der Mitte der durch großartige Wölbungen über dem Spreearm geschaffenen Fläche stand der viereckige Sandsteinblock aufgerichtet, der bald darauf als Grundstein für das dem Gründer des neuen Deutschen Reiches zu errichtende, prächtige Denkmal in feierlichster Weise geweiht werden sollte. In einiger Entfernung, mit dem Rücken an die Ufermauer des Schleusenkanals anstoßend, war aus Purpurstoffen über vergoldeten, weißen Säulen das Kaiserzelt errichtet, zu dem etwa zehn Stufen hinauf führten. An der offenen Vorderseite hing das goldene Banner des Deutschen Reiches herab; auf der Spitze der Bedachung erhob sich ein Flaggenmast, an welchem auf halber Höhe der Namenszug des Kaisers innerhalb eines aus frischem Reisig hergestellten Kranzes angebracht war, und an dem später beim Erscheinen des Monarchen die Kaiserstandarte gehißt wurde. Zahlreiche frischgrüne Festons und Guirlanden vervollständigten den Schmuck des Zeltes, dessen Fußboden mit einem rothen Teppich belegt war.

Nachdem der Kaiser in den Kaiser-Pavillon getreten, nahm die Feier ihren Anfang. Der Kaiser verlas zunächst folgende in den Grundstein zu legende Urkunde, die ihm vom Reichskanzler dargereicht wurde:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir beschlossen haben, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches den Grundstein zu einem Denkmal zu legen, welches nach einmütiger Willenskundgebung der gesetzgebenden Körperschaften dem Andenken Unseres in Gott ruhenden Herrn Großvaters, Kaiser Wilhelm's des Großen Majestät, gewidmet werden soll.

Wir vollziehen diesen feierlichen Akt an dem Tage, an welchem vor fünfundzwanzig Jahren der unvergeßliche Kaiser Deutschlands Söhne im Kampfe um des Vaterlandes Ehre und Freiheit zu entscheidendem Siege geführt hat.

Kaiser Wilhelm's Jugend reicht zurück in die Zeit schwerer Heimsuchung. Aber wie es Ihm, dem Jünglinge, vergönnt war, die begeisterte Erhebung des Volkes zu schauen und selbst mitzukämpfen für die Befreiung von fremdem Joche, so hat Er, auf den ruhmreichen Thron Seiner Väter berufen, den deutschen Stämmen die heiß ersehnte Einheit wiedergegeben und dem neu erstandenen Reiche die gebührende Machtstellung in der Staatenwelt sichern dürfen.

Nicht ohne hartes Ringen, nicht ohne blutige Kämpfe ist dieses Ziel erreicht worden. In unerschütterlichem, demütigem Vertrauen auf Gott, in fester Zuversicht auf die sittliche Kraft der Nation, welche sich gegenüber drohender Gefahr zu ungeahnter Höhe entwickelte, hat Kaiser Wilhelm die Bahn zur Sicherung Unserer Unabhängigkeit betreten.

Die opferbereite Einmütigkeit der deutschen Fürsten, der weise Rat und die thatkräftige Unterstützung Seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck, die vollendete Kriegskunst Seines genialen Feldherrn, des Feldmarschalls Grafen Moltke, das unvergleichliche Geschick der kühnen, zur Führung der Heere berufenen Helden, voran des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, und die todesmutige Treue des von dem Feldmarschall Grafen Roon in den Waffen geschulten Volkes, sie verbürgten den Erfolg. Aus der blutigen Saat ging die von Gott gesegnete Ernte deutscher Einigkeit hervor, und unter dem Schutze des mit harten Opfern erkämpften Friedens darf Deutschland unbesorgt der Pflege seiner idealen Güter und seiner wirtschaftlichen Interessen sich hingeben.

In dieser Pflege ging Kaiser Wilhelm bahnbrechend voran. Kunst und Wissenschaft, Ackerbau und Gewerbe, Handel und Schifffahrt erfreuten sich gleichmäßig Seiner Fürsorge.

Mit dem inneren Ausbau des Reiches hielt gleichen Schritt das auf die Heilung der gesellschaftlichen Schäden gerichtete Streben des Kaisers. Seiner erleuchteten Anregung ist es zu danken, daß Deutschland zuerst den Weg werkthätiger Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen betreten hat.

Rastlos bis zum letzten Athemzuge auf des Reiches Wohlfahrt bedacht, geliebt und geehrt von Seinen Verbündeten und von einem dankbaren Volke, das Seiner Führung rückhaltlos vertraute, sichtbar gesegnet in Seinem selbstlosen Wollen und Vollbringen, so lebt der große Kaiser in der Erinnerung der Zeitgenossen, das leuchtende Bild eines Vaters des Vaterlandes, und so wird Er, des sind Wir gewiß, in dem Gedächtnis der kommenden Geschlechter fortleben.

Um Zeugnis abzulegen von der unauslöschlichen Dankbarkeit, welche Deutschlands Fürsten und Völker Ihm zollen, soll sich Sein Standbild in Stein und Erz hier erheben. Es werde ein Wahrzeichen der Liebe zum Vaterlande, die in großer Zeit Gut und Blut einsetzte für des Reiches Herrlichkeit, ein Wahrzeichen der Treue, die in Kaiser

Wilhelm's Tagen das Band, welches die deutschen Stämme umschlingt, zu einem unauflöslichen gefestigt hat.

Möge das Denkmal stets auf ein glückliches und zufriedenes Volk herniederschauen.

Das walte Gott!

Gegenwärtige Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift vollzogen und mit Unserem größeren Kaiserlichen Insiegel versehen lassen. Wir befehlen, von diesen Ausfertigungen die Eine in den Grundstein des Denkmals niederzulegen, die Andere in Unserem Archiv aufzubewahren.

Gegeben Berlin im Schloß, am 18. August 1895.

gez. Wilhelm.
gegengez. Fürst zu Hohenlohe."

Diese Urkunde wurde sodann mit verschiedenen Aktenstücken, Münzen und Ehrenzeichen in eine Kapsel verschlossen und in die Höhlung des Grundsteins versenkt. Der bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Gesandter Graf von Lerchenfeld-Köfering überreichte in feierlicher Ansprache dem Kaiser Kelle und Mörtel. Dieser warf den Mörtel in die Vertiefung. Die Meister des Maurer- und Steinmetzgewerkes setzten das Verschlußstück ein. Dann überreichte der erste Präsident des Reichstages, Freiherr von Buol-Berenburg, dem Kaiser gleichfalls mit einer Ansprache den Hammer. Mit dem Spruche:

„Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Erinnerung, den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung"

vollzog Wilhelm II. die drei Hammerschläge, indes die Truppen präsentierten, die eichenlaubgeschmückten Fahnen sich grüßend senkten und die 101 Salutschüsse durch die Luft zitterten. Nach dem Kaiser trat der Kronprinz, sodann die übrigen Fürstlichkeiten zum Hammerschlage an den Grundstein heran. Ihnen folgten der Reichskanzler, die Ritter des schwarzen Adlerordens, die Präsidenten der parlamentarischen Körperschaften, die Minister, die Chefs der Reichsämter, der Polizeipräsident, der Oberbürgermeister u. A. Den Schluß bildeten die Schöpfer des Denkmals, der Bildhauer Begas und der Architekt Halmhuber.

Nicht dem lorbeerbekränzten Sieger gilt das Denkmal, es gilt dem Begründer des Deutschen Reiches. Die deutsche Einheit war das

Ziel gewesen, auf welches die Wünsche der Nation gerichtet waren. Krieg und Sieg waren das Mittel gewesen, um dieses Ziel zu erreichen, aber Krieg und Sieg waren nicht das selbständige Ziel seiner Wünsche gewesen. Dem Kaiser, der dem Volke gebracht hatte, wonach es sich seit Menschenaltern gesehnt hatte, dem hochherzigen Friedensfürsten, nahte im Geist bei der Feier Vornehm und Gering — Jung und Alt, als dem Einiger und Vater des Vaterlandes.

An die Festlichkeit, deren Teilnehmerkreis mit Rücksicht auf den engen Raum nur ein beschränkter war, reihte sich dann eine Begrüßung des ersten und ältesten Regiments der Armee, des 1. Garde-Regiments in Potsdam, und erinnerte dieselben mit beredten Worten an die durch die Kriegstüchtigkeit und Hingebung im letzten Kampf errungenen Lorbeeren.

In seiner fortreißenden Weise, getragen von der Wärme des Gedankens, rief der Monarch dem alten Regiment und seinem Schwesterregiment zu:

„Erinnert Euch, wie der große Kaiser Wilhelm heute vor fünfzehn Jahren in das Korps trat, um Euch zu diesem Ehrentage zu begrüßen. Er sagte Euch damals, daß für ihn das erste Garde-Regiment an diesem Tage gleichsam als Vertreter der ganzen Armee vor ihm stehe und daß die Worte, die er an Euch richtet, der ganzen Armee gelten. So soll es auch heute sein. Am heutigen Tage will Ich dem Regimente eine besondere Anerkennung erweisen und ihm ein Zeichen Meines königlichen Dankes verleihen. Ihr sollt fortan an Euren Fahnen das Band des Schwarzen Adlerordens mit den Abzeichen dieses Ordens tragen. Die Farben Meines Hauses sollen fortan dem Regimente voranfliegen, zur erneuten Mahnung, Mir und Meinem Hause, wie es bisher immer der Fall gewesen ist, die gelobte Treue zu bewahren und Euch mit Mir durch ein besonderes Band persönlicher Gemeinschaft verknüpft zu wissen. Ihr andern aber sollt diese Ehrung als eine zugleich auch Euch geltende mitempfinden und allzeit des großen Tages eingedenk bleiben, an welchem Ihr durch Euren Sieg Deutschlands Einheit erringen halft. Ihr sollt es als eine Ehre empfinden, daß Ich Euch heute an dieser Stelle um Mich versammelt habe, vor dem Hause zu stehen, mit welchem so viele freudige wie schmerzliche Erinnerungen an den heldenmüthigen Kaiser Friedrich verknüpft sind, der an dieser Stätte so oft die Vertretung der Armee, das Lehr-Infanterie-Bataillon, hat an sich vorüberziehen

sehen. Sollte es aber jemals dazu kommen, daß Ich genöthigt wäre, Meine Armee zum Schutz des Vaterlandes an die Grenzen zu rufen, dann erwarte Ich, daß die erste Garde-Infanteriebrigade jederzeit mit derselben Hingebung und Treue ihre Schuldigkeit thun wird, wie sie es heute vor 25 Jahren bei St. Privat gethan hat."

Um vor der gesamten Nation zu bekunden, wie fest in der Erinnerung der alten Soldaten das Andenken an die Metzer Schlachttage lebte und wie treu dasselbe gepflegt werde, hatten die Kriegervereinsverbände von Berlin am 19. August eine patriotische Kundgebung veranstaltet, welche in einem Feldgottesdienst, in sich daran anschließenden Gesangsvorträgen vaterländischer Lieder und einer Besichtigung der an Ort und Stelle erschienenen Vereine durch den Kaiserlichen Kriegsherrn bestand.

Unter reger Teilnahme der Bevölkerung der Hauptstadt zogen die mit Ehren- und Denkzeichen geschmückten Veteranen unter Vortritt von Musik und Fahnen am frühen Morgen in streng militärischer Ordnung nach dem Aufstellungsplatz auf dem Tempelhofer Felde, und ordneten sich dort in großem Viereck um einen Feldaltar, an welchem sich alsbald die protestantische und die katholische Militärgeistlichkeit einfand.

Nachdem der gottesdienstliche Akt beendet, und die von 200 Sängern vorgetragene Hymne „Gott beschütze unsern Kaiser" verklungen war, durchritt der Monarch die Reihen seiner alten Soldaten, viele derselben mit einem freundlichen Wort, mit einer huldvollen Bemerkung anredend, und sich nach den Verhältnissen der ihm bekannten Personen näher erkundigend.

Es war in vollem Sinne des Wortes eine Parade über das Volk in Waffen, wie sie nur im Lande der allgemeinen Wehrpflicht denkbar, ein lebendiges Spiegelbild der in der Vollkraft und Fülle des Bürgertums ruhenden Wehrkraft Preußens und Deutschlands.

Dann nach eingehender Besichtigung der zur Stelle befindlichen 243 Vereine mit 13,645 Mann, ließ der Herrscher die Reihen der Erschienenen enger schließen und richtete nachstehende Worte an dieselben:

„Dem Beispiele Meines glorreichen Großvaters folgend, haben wir die Erinnerung an den großen Tag von St. Privat mit dem Dank gegen Gott angefangen, daß er mit unsern Waffen gewesen und der gerechten Sache zum Siege verholfen. Ohne jedes Gefühl der

Selbstüberhebung, in voller Anerkennung der Tapferkeit und Ausdauer, mit der unser Gegner sich schlug, sind wir stolz darauf, daß durch den Sieg unser Vaterland wieder geeinigt worden, und es freut Mich, so viele altbewährte Kämpfer Meines Großvaters hier in Euch zu begrüßen. Möge der heutige Tag für Euch ein neuer Ausgangspunkt sein, um wiederum in friedlicher Weise, Eurem alten Fahneneid getreu, den Ihr Eurem König geschworen, für unser Vaterland zu arbeiten in der Pflege des Respekts vor dem Gesetz, in der Pflege der Religion und in der Pflege der Liebe zum Königlichen Hause, jedweden Tendenzen, die zum Umsturz führen, entgegen zu arbeiten, in echt soldatischer Manier Euch um Euren König zu schaaren. In besonderer Anerkennung für die Leistungen der Armee vor 25 Jahren habe ich unter dem gestrigen Tag eine Verordnung erlassen, in der befohlen wird, daß sämtliche Ritter des Eisernen Kreuzes silbernes Eichenlaub mit der Zahl 25 über dem Kreuz zu tragen haben, und daß sämtliche Besitzer der Kriegsdenkmünze für Schlachten und Gefechte silberne Riegel auf dem Ordensband erhalten, auf denen die Schlachten und Gefechte, die der Einzelne mitgemacht, verzeichnet sind, damit Der, der Euch begegnet, erkennen kann, an welchem Ort Ihr Euch hervorgethan. Aus diesem Beweise mögt Ihr entnehmen, wie dankbar Mein Herz für Euch schlägt. Ich glaube hierbei voll im Sinne Meines Großvaters zu handeln. Und nun geht hin und thut Eure Arbeit, wie Ich Euch befohlen."

Jubelnd stimmten die alten Krieger in ein dreimaliges Kaiserhoch ein und sangen die Nationalhymne, in deren Tonfülle die Worte verhallten, die ein Kamerad als Ausdruck des Dankes und als erneutes Gelöbnis der Treue und des Gehorsams an den Kaiser richtete.

Der Kaiser reichte nun den Vorstandsmitgliedern herzlich die Hand und bat sie, dahin zu wirken, daß die Kriegervereine sich namentlich auch der jüngeren Generation der Kameraden annehmen. Dann verließ er mit einem freundlichen Adieu, Kameraden, den Festplatz.

---

In demselben Geist und getragen von derselben Wärme des nationalen Empfindens, als die Veranstaltungen zur Erinnerung an die entscheidenden Siege in den Augusttagen des Jahres 1870, vollzog sich die Gedenkfeier des Sedantages, der im Hinblick auf die Größe der politischen und militärischen Erfolge, die er einst gezeitigt, dem

volkstümlichen Bewußtsein besonders tief eingeprägt ist, und durch die Verherrlichung, die er in Lied, Wort und Bild gefunden, im Fühlen und Denken der Zeitgenossen jener Tage, wie der herangewachsenen Geschlechter, von unverlöschlichem Glanz umgeben bleibt.

Weit entfernt herauszufordern und zu verletzen, liegt der Sedanfeier der Gedanke zu Grunde, zu zeigen, daß das deutsche Volk entschlossen ist festzuhalten, was es in blutigen Kämpfen errungen, und daß mit dem Geist, der uns vor einem Vierteljahrhundert zum Siege führte, unserer Nation auch die physische und moralische Kraft erhalten ist, jenen Entschluß unter allen Umständen zu verwirklichen.

Die Gedenkfeier selbst verteilte sich diesmal auf zwei Tage, von denen der erste den Hintergrund einer pietätvollen Huldigung und Gedenkfeier für den verklärten Helden des Tages, den Königlichen Sieger Wilhelm I. bildete, während der zweite mehr das Gepräge glänzender militärischer Machtentfaltung trug, ein Sinnbild der Wehrmacht von Staat und Volk.

Der 1. September 1895, der 25jährige Erinnerungstag der Schlacht, in welcher der hochselige Kaiser Wilhelm I. die geeinten Deutschen zu einem der glänzendsten Siege führte, welchen die Weltgeschichte kennt, konnte nicht würdiger begangen werden als durch die Einweihung der zum Gedächtnis des Heldenkaisers errichteten Kirche.

Um 7 Uhr Morgens läuteten die feierlich-freudigen Klänge der Glocken „Deutschland, Kaiser Friedrich und Wilhelm II., Auguste Viktoria" den Festtag ein. Schon bald nach 8 Uhr entfaltete sich um das Gotteshaus ein reges Leben. Der Auguste Viktoria-Platz war von der Stadt Charlottenburg mit reichem Masten-, Fahnen- und Guirlandenschmuck versehen. An dem Eingang zum Platz vom Kurfürstendamm her erhob sich eine Ehrenpforte.

Die Umgebung der Kirche, die von vielen Tausenden umlagert war, prangte in schönstem Schmuck. Beflaggte Mastbäume, die mit einander durch Laubgewinde verbunden waren, umgaben den Platz, auf dem sich der schöne Bau erhebt, Gewinde aus Eichenlaub und Tannengrün zierten die Zugänge zu dem Gotteshaus. Tribünen waren errichtet; die dem Hauptportal gegenüber war für die Zöglinge der Mädchenschulen bestimmt, die dort, 500 an der Zahl, Platz fanden und durch Gesang nach Beendigung der kirchlichen Einweihung an der Feier teilnehmen sollten, während 2000 Knaben und Mädchen die

Tribünen an der Mauer des Zoologischen Gartens füllten. Abordnungen der in Berlin und Umgegend stehenden Regimenter hatten vor dieser Tribüne Aufstellung genommen. Veteranen- und Kriegervereine, die mit ihren Fahnen ausgerückt waren, bildeten Spalier auf dem Weg, den das Kaiserpaar nehmen mußte, um die Kirche zu erreichen und nach Beendigung der Feier in die Stadt zurückzufahren. Dicht am Hauptportal, beim Eingang zu Portal B. hatten deutsch-amerikanische Veteranen mit ihren Fahnen Aufstellung genommen.

Um 9½ Uhr erklangen die Töne der drei kleineren Glocken und gegen 10 Uhr verkündeten ihr abermaliges Geläute und laute Jubelrufe das Herannahen der Majestäten mit den vier ältesten Prinzen-Söhnen und der Großherzogin von Baden, welche, von einer Ehren-Eskorte vom Regiment der Garde du Korps geleitet, den Kurfürstendamm entlang zum Kirchplatz fuhren. Bei den Veteranen wurde langsamer und endlich in der Nähe des Platzes im Schritt gefahren, wo ein endloser Jubel die verehrte Tochter Kaiser Wilhelm's I. und die Majestäten empfing. Die beiden großen Glocken stimmten nun mit ihren gewaltigen, wundervollen Tönen in das Geläute der drei anderen Glocken ein, und weithin erzitterte die Luft von den mächtigen Klängen. Vor dem Hauptportal verließen die erlauchten Fürstlichkeiten die Wagen.

Sobald der Kaiser die Stufen der zum Haupteingang der Kirche führenden Treppe emporgestiegen war, ergriff der Vorsitzende des Evangelischen Kirchenbauvereins, Minister des Königlichen Hauses v. Wedell das Wort zu folgender Ansprache an den Kaiser: „Vor wenigen Wochen haben Eure Kaiserliche und Königliche Majestät den Grundstein zu einem Denkmal gelegt, welches Deutschland dem großen Kaiser errichten will, der seine Einheit begründet hat. Heute am Gedenktage von Sedan sind Eure Majestäten gekommen, um an der Weihe eines Gotteshauses teilzunehmen, das dem Gedächtnis des frommen Herrschers gewidmet ist, der alle seine wunderbaren Siege Gottes Barmherzigkeit zuschrieb. Alle, die da wissen, daß Gottesfurcht die festeste Grundlage ist, auf welcher Throne und Völker ruhen, tragen tief im Herzen die Dankbarkeit für den frommen Sinn des unvergeßlichen Kaisers. Dieser Dankbarkeit wollten sie Ausdruck geben. Unter Führung Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin haben deshalb Reich und Arm, Vornehm und Gering sich zusammengeschaart, um eine Kirche zu erbauen, welche die kommenden Geschlechter daran

erinnern soll, daß unser großer Kaiser ein gottesfürchtiger Herrscher war. Heute steht dieses schöne Gotteshaus vollendet da. Möge Gottes Gnade allezeit über demselben walten. Der Vorstand des Vereins, der den Bau geleitet hat, bringt Eurer Majestät als ein Andenken an den heutigen Tag den kunstvoll gearbeiteten Schlüssel der Kirche dar. Eure Majestät wollen Allergnädigst gestatten, daß der Meister, der den Bau ausgeführt hat, diesen Schlüssel überreiche."

Der Übergabe der Schlüssel des Gotteshauses folgte der feierliche Einzug in den imposanten Bau, welchen einige Minuten nach dem Kaiserpaar und den Mitgliedern des Herrscherhauses auch die Gemeinde betrat.

Daran schloß sich die Weihrede des General-Superintendenten, in welcher derselbe mit tief bewegten Worten der Saat der Liebe und Verehrung gedachte, die der verklärte Heldenkaiser in die Herzen seines Volkes gelegt und die in so reichem Maße aufgegangen.

Am Schlusse der Ansprache vollzog der General-Superintendent die Einweihung, und danach knieten die Geistlichen an dem Altar zum Weihgebet nieder. Während desselben erklangen die tiefen gewaltigen Töne der großen Glocken „Königin Luise und Kaiser Wilhelm I.", und wie von fernen Chören durchdrangen leise das Gotteshaus die Klänge der herrlichen Orgel, und verbanden sich zum Schluß des Gebets in mächtigen Tönen mit dem Gesang der Gemeinde: „Ihr, die ihr Christi Namen nennt, gebt unserm Gott die Ehre".

Wie bei der Einweihung der Gnadenkirche, sang der Domchor den Hochzeits- und Lieblingsspruch der hochseligen Kaiserin Augusta: „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet".

Daran reihte sich, als Abschluß des Gedächtnisaktes, die kurze, eindringliche Festpredigt des mit der Seelsorge der neuen Kirche betrauten Geistlichen. Gesang der Gemeinde beendete die ernste, erhebende Feier.

Bei dem zweiten Verse des Chorals hörten die Glocken allmählich auf zu läuten. Dann aber durchbrauste die Luft der begeisterte Gesang der „Wacht am Rhein". Aus der Kirche war während des Gesanges allmählich die Festgemeinde durch die verschiedenen Portale herausgetreten, und Viele stimmten in den begeisterten Gesang mit ein.

In dem würdevollen, die patriotische Empfindung und zugleich die persönliche Erinnerung an die hehre Lichtgestalt des Begründers

einer neuen Ära unserer nationalen Entwicklung machtvoll anregenden Weiheakt war der Sedanfeier ihr edelster und erhebendster Teil gegeben.

---

Zur 25jährigen Gedenkfeier des Tages von Sedan trug die Reichshauptstadt (2. September) reichen Festschmuck; wohin man schaute, sah man Flaggen und Blumengewinde, Fahnen, Banner und Festons. Die ganze Nacht hindurch und bis in den Vormittag hinein regten sich viele Tausende fleißiger Hände, um die Ausschmückung rechtzeitig herzustellen. An vielen Punkten der Stadt waren Laubgewinde über die Straßen gezogen. Einen besonders festlichen Eindruck machte der Schmuck der Kirchtürme, von deren Zinnen mächtige Fahnen wallten. Einen Glanzpunkt bildete die Siegessäule auf dem Königsplatz: von dem obersten Gitter, das mit Guirlanden umwunden, wehten lange Fahnen; auch die Säulenhalle zierten Guirlanden, welche durch Schleifen in den deutschen Farben gehalten wurden. Auf den vier Ecken des Unterbaues erhoben sich hohe, goldig und rot drapierte Sockel, die goldene Adler trugen. Den Fuß des Denkmals innerhalb des Gitters umgaben herrliche Gruppen von Blattpflanzen. Die Kuppel des Reichstagsgebäudes war reich mit Fahnen geschmückt. Im Glanz einer Porta triumphalis zeigte sich das Brandenburger Thor. Die Säulen waren mit dichtem Laubwerk umwunden, an den Seiten hingen Festons herab; die Siegesgöttin schmückte ein Eichenkranz; den Adler, den sie hält, zierte ein Band in den deutschen Farben, das Geschirr des Gespanns umzog Eichenlaub; am Sockel des Viergespanns las man in großen goldenen Lettern auf rotem Grunde „Sedan", darunter lagen silberne Palmenzweige. Am Frontispiz war gleichfalls in goldner Schrift der denkwürdige Ausspruch des hochseligen Kaisers Wilhelm I. angebracht: „Welch eine Wendung durch Gottes Führung!" Über der Mitteldurchfahrt breitete sich auf der Stadtseite ein großes goldenes Velarium aus, das den preußischen Adler trug. Das Denkmal Friedrich's des Großen war geschmackvoll und reich mit Laubgewinden dekoriert. Vorn und hinten hoben sich von dem mit rotem Sammet drapierten unteren Sockel Eichenkränze mit schwarz-weißen Schleifen ab. Zu beiden Seiten waren Pflanzengruppen aufgestellt. Das kranzgezierte Gitter war durch schöne Laubgewinde mit den Kandelabern verbunden. Am Gerüst des Domneubaues prangte auf mächtiger weißer Kartouche ein

goldenes Kreuz. Die staatlichen Gebäude hatten reichen Flaggenschmuck angelegt, die städtischen Gebäude waren mit Laubgewinden geschmückt.

In hervorragendem Maße hatten sich ferner die großen Bank- und Waarenhäuser und zahlreiche Wohngebäude von Privatleuten in allen Stadtgegenden an der Ausschmückung beteiligt.

Zu Ehren des Tages und zur Erinnerung an die ruhmvollen Thaten der preußischen Garde auf der blutigen Wahlstatt des Schlachtfeldes von Sedan, fand vor Kaiser Wilhelm in den Vormittagsstunden eine große Parade des gesamten Garde-Korps auf der alten Übungsstätte der Berliner Garnison, dem Tempelhofer Felde statt.

An derselben nahmen zwei Mitkämpfer an jener Schlacht Teil, welche der Kaiserliche Kriegsherr in zarter, sinniger Aufmerksamkeit zu der glanzvollen und so beziehungsreichen Feier eingeladen hatte. Es waren dies der König Albert von Sachsen und der König Wilhelm von Württemberg, der erstere damals der ruhmbedeckte Führer der Maasarmee, der letztere Rittmeister im Garde-Husaren-Regiment.

Nach der Begrüßung nahm die Parade ihren Anfang mit dem Abreiten der Fronten der einzelnen Treffen, wobei die bunte blitzende Schaar des Gefolges und die fürstlichen Herrschaften sich anschlossen. Das Tonchaos der Instrumente und das Hurrahrufen der Truppenabteilungen verschlang völlig das „Guten Morgen", das der Kaiser jeder Abteilung im Vorbeireiten zurief. Nach dieser Einleitung des Großen Schauspiels begab sich der Kaiser zu dem gewohnten Standplatz, wo er den Vorbeimarsch abnahm. Als das Königin Augusta-Garde-Grenadier-Regiment herannahte, sprengte der Kaiser zu diesem hinüber und führte es der Großherzogin von Baden vorbei. Dasselbe that der König von Sachsen bei dem 2. Garde-Ulanen-Regiment und der König von Württemberg bei dem Leib-Garde-Husaren-Regiment, die diese Regimenter dem Kaiser vorführten.

Ein eigenartiges neues Bild bot die Paradestraße vom Denkmal Friedrichs des Großen bis zum Königlichen Schlosse durch ein von der Schuljugend Berlin's gebildetes Spalier, das der Kaiser und die Kaiserin bei der Rückkehr vom Paradefelde passierten. Die Mädchen standen auf der südlichen, die Knaben auf der nördlichen Seite. Vertreten waren 17 Gymnasien, 6 Realgymnasien, 3 Oberrealschulen, 4 Realschulen und 201 Gemeindeschulen. Im Spalier standen

112 Fahnen. Die Kinder begrüßten zunächst die Kaiserin, die von ihrer Leibgarde eskortiert wurde, mit der Nationalhymne, zu der die Kapelle des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums die Musik spielte, ebenso dann den König von Sachsen und den König von Württemberg. Begeisterter Jubel bemächtigte sich der Kinderschaar, als der Kaiser mit der Fahnenkompagnie, die unter den Klängen des York-Marsches über die Mittelpromenade der Linden marschierte, in ihre Nähe kam. Die Kinder sangen wieder die Nationalhymne und riefen dann stürmisch Hoch und Hurrah und schwenkten die Fahnen. Der Kaiser dankte lebhaft für die Ovationen, indem er unablässig nach allen Seiten den Kindern zuwinkte. Vor dem Schlosse erfolgte noch ein Vorbeimarsch der Fahnenkompagnie und der Standarteneskadron. Damit war die Feier zu Ende.

Ein Paradediner in den Räumen des alten Königsschlosses vereinigte in den Nachmittagsstunden die Offiziere der in der Front gestandenen Truppen um das Herrscherpaar. In der Mitte des Mahles erhob sich der Kaiser zu folgendem Trinkspruch:

„Wenn Ich am heutigen Tage einen Trinkspruch auf Meine Garden ausbringe, so geschieht es froh bewegten Herzens; denn ungewöhnlich feierlich und schön ist der heutige Tag. Den Rahmen für die heutige Parade gab ein in Begeisterung aufflammendes ganzes Volk, und das Motiv für die Begeisterung war die Erinnerung an die Gestalt, an die Persönlichkeit des großen verewigten Kaisers.

Wer heute und gestern auf die mit Eichenlaub geschmückten Fahnen blickte, der kann es nicht gethan haben ohne wehmütige Rührung im Herzen; denn der Geist und die Sprache, die aus dem Rauschen dieser zum Teil zerfetzten Feldzeichen zu uns redeten, erzählten von den Dingen, die vor 25 Jahren geschahen, von der großen Stunde, von dem großen Tage, da das Deutsche Reich wieder auferstand.

Groß war die Schlacht und heiß war der Drang und gewaltig die Kräfte, die aufeinanderstießen. Tapfer kämpfte der Feind für seine Lorbeeren, für seine Vergangenheit, für seinen Kaiser, kämpfte mit dem Mut der Verzweifelung die tapfere französische Armee. Für ihre Güter, ihren Herd und für ihre zukünftige Einigung kämpften die Deutschen; darum berührt es uns auch so warm, daß ein Jeder, der des Kaisers Rock getragen hat, oder ihn noch trägt, in diesen Tagen von der Bevölkerung besonders geehrt wird, — ein einziger

aufflammender Dank gegen Kaiser Wilhelm I.! Und für uns, besonders für die Jüngeren ist es Aufgabe, das, was der Kaiser gegründet, zu erhalten!

Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört; eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun dann rufe Ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Doch kann Ich Mein Glas auf das Wohl Meiner Garden nicht leeren, ohne dessen zu gedenken, unter dem Sie heute vor 25 Jahren gefochten haben. Der einstige Führer der Maasarmee steht vor Ihnen! Seit 25 Jahren haben Se. Majestät der König von Sachsen alles Leid und alle Freude, die Unser Haus und Land betroffen, treulich mit Uns geteilt.

Desgleichen auch Württembergs König, dessen höchste Freude es ist, in den Reihen des Garde-Husaren-Regiments gestanden und Kaiser Wilhelm gedient zu haben, und der herbeigeeilt ist, um mit Uns in Kameradschaft den Tag zu feiern.

Wir können, wie gesagt, nur geloben, das zu erhalten, was die Herren für uns erstritten haben. Und so schließe Ich denn in das Wohl des Garde-Korps ein das Wohl der beiden hohen Herren, vor Allem des Führers der Maasarmee: Se. Majestät der König von Sachsen, Er lebe hoch! und nochmals hoch! — und zum dritten Male hoch!"

Nach diesem Trinkspruche Sr. Majestät des Kaisers erhob sich Se. Majestät der König von Sachsen und erwiderte Folgendes:

„Indem ich Eurer Majestät in Meinem Namen und in dem Namen des Königs von Württemberg für die gnädigen Worte danke, erlaube ich Mir, heute noch einmal die Führung des Garde-Korps zu übernehmen und in dessen Namen das Glas zu leeren auf den erhabenen Chef: Seine Majestät der Kaiser, Er lebe hoch! — hoch! — hoch!"

Die Stelle der Kaiserrede, in welcher der Monarch auf die hochverräterischen Umtriebe der Socialdemokratie hinwies, und gegen

die Staat und Gesellschaft untergrabenden Bestrebungen derselben den Beistand und das Eingreifen aller staatserhaltenden Elemente anrief, fand in der öffentlichen Meinung einen kräftigen Wiederhall. Die gesamte Presse mit Ausnahme der staatsfeindlichen Blätter, sowie alle besonnenen Kreise der Nation stimmten in den strengen Urteilsspruch, den der Monarch über das Verhalten der socialdemokratischen Führer, die sich am Sedantage nicht nur in ihrer vollen Vaterlandslosigkeit gezeigt, sondern auch mit ihren Kundgebungen in menschlich verletzender Weise benommen, indem sie das Andenken an den ehrwürdigen Kaiser Wilhelm I. schmähten, aus vollster Überzeugung ein.

In zutreffender, durch stürmische Zustimmung akklamierten Weise kennzeichnete einer der hervorragendsten deutschen Staatsmänner und einer der wärmsten Patrioten, der Oberpräsident der Provinz Hannover, Rudolf von Bennigsen, das gefährliche, auf den Umsturz gerichtete Treiben der Socialisten, in einer auf dem Festkommers der Stadt Hannover gehaltenen Rede, indem er sagte:

„Eine derartige Verunglimpfung und Besudelung alles dessen, was uns teuer und heilig ist in großen Personen, Institutionen und Thaten, ist allmählich für ein Volk, das Gefühl besitzt, unerträglich, und es macht sich selbst schuldig, wenn es auf die Dauer einen derartigen Zustand erträgt. Wenn es soweit mit der socialdemokratischen Agitation gekommen ist und der Ausbreitung ihrer Irrlehren, mit der Unterwühlung und Zerstörung alles dessen, was in tausendjähriger Überlieferung wertvoll und ehrwürdig erscheint, ja, meine Herren, dann trägt zum großen Teil die Schuld daran der Streit und Hader in den Klassen und die politischen Gegensätze, die eine Höhe erreicht haben, daß vergessen wird, wo der gemeinsame Gegner ist; das sind die Führer der Socialdemokratie, die, wo es not thut, man bekämpfen müßte unter Zurückstellung sonstiger Streitigkeiten, und ich hoffe, daß aus der Erinnerung dieses Festtages die übrigen Parteien und Klassen sich verständigen, die alten Streitigkeiten insoweit aufzugeben und sich zu vereinigen suchen über die besten Mittel — diese Mittel will ich im Augenblick nicht untersuchen —, wie dem weitern Umsichgreifen des Unterwühlens unserer ganzen Kultur entgegengetreten werden kann, und zwar wirksam . . . . Unser Volk ist von Natur glücklich ausgestattet, glücklich ausgestattet auch für ein großes nationales Dasein, und für das kräftige Leben, welches in einem solchen sich entfalten muß. Der Charakter der Deutschen ist ein glückliches Gemisch von

Ausdauer und Besonnenheit und von Kraft, und daneben entbehrt auch der Deutsche keineswegs der Tiefe der Empfindung und des Denkens. Meine Herren, eine solche Nation hat keine Ursache hoffnungslos oder mit getrübter Hoffnung in die Zukunft zu sehen; eine solche Nation kann, wenn die Säfte im Übrigen noch gesund geblieben sind, auch voll Vertrauen in die Zukunft blicken. Schon die Aufgabe, das so schwer errungene Vaterland zu schützen und zu schirmen gegen jeden eventlichen Angriff von Außen, muß dem Deutschen noch viel wichtiger und höher erscheinen als dem Angehörigen irgend einer anderen europäischen Nation, und ich denke, diese Empfindung, dieses gemeinsame Nationalbewußtsein ist auch vorhanden, und sie ist im Großen und Ganzen, wie es sich in diesen Tagen gezeigt hat, stark genug, so daß wir hoffen dürfen, die Begründung des Nationalstaates im Jahre 1870 ist, soweit es die Deutschen selbst angeht, vor ernsten Gefahren geschützt, wenn es uns gelingt, die erwähnte revolutionäre Bewegung kräftig zu unterdrücken."

Festmahle, bei denen sich die ehemaligen Kampf- und Waffengenossen der verschiedensten Stände und Berufskreise zu patriotischer Feier vereinigten, Festvorstellungen in den Theatern Berlin's mit militärischen Festspielen und allegorischen Scenen und Aufzügen aus der Zeit des Kampfes, sowie eine Illumination der Hauptstadt, wie sie nicht nur in Bezug auf die Massenhaftigkeit der Lichteffekte, sondern auch in Hinsicht auf die sinnige, vielgestaltige Anordnung der Beleuchtung, wohl seit den Siegestagen nicht dagewesen war, gab dem stimmungsvollen Gedenktage seinen würdigen Abschluß. Anläßlich desselben hatte Kaiser Wilhelm an den Prinz-Regenten von Bayern folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich kann Mir nicht versagen, Eurer Königlichen Hoheit auszusprechen, daß Ich an dem heutigen 25. Jahrestage der Schlacht von Sedan des heldenmütigen und entscheidungsvollen Eingreifens des bayerischen Armeekorps und der unter schweren Opfern errungenen Siegeslorbeeren in besonders herzlicher Dankbarkeit Mich erinnere.

Berlin, 1. September 1895.

Wilhelm."

Hierauf erging aus Hohenschwangau am gleichen Tage nachstehende Antwort des Prinz-Regenten:

„Tief gerührt durch die Anerkennung, welche Eure Majestät die Gnade hatten, dem tapferen Verhalten des bayerischen Armeekorps bei

der Entscheidungsschlacht bei Sedan angedeihen zu lassen, bitte Ich Eure Majestät, überzeugt zu sein, daß Meine Bayern auch in Zukunft ihrer angestammten Tapferkeit Treue bewahren werden.

Luitpold."

Dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh hatte der Monarch nachstehendes Begrüßungstelegramm am Morgen des 2. September übersandt:

„Fürst Bismarck, Durchlaucht,

Friedrichsruh.

Heute, wo ganz Deutschland die 25jährige Wiederkehr des weltgeschichtlichen Kapitulationstages von Sedan feiert, ist es Mir Herzensbedürfnis, Eurer Durchlaucht erneut auszusprechen, daß Ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Eure Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben.

Wilhelm."

Hierauf ging aus Friedrichsruh nachstehende telegraphische Antwort ein:

„Sr. Majestät dem Kaiser und Könige.

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich meinen ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung am heutigen Tage und für Eurer Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des hochseligen Kaisers und Königs.

v. Bismarck."

Im Hinblick auf die von der ganzen Wärme und Begeisterung des Nationalgefühles getragene Feier der Sieges- und Gedenktage, sowie den Geist, der dabei zu Tage getreten, richtete der Kaiser unter dem 9. September nachstehenden zur Veröffentlichung bestimmten Erlaß an den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe:

„Die Feier der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr der ruhmreichen Siegestage des Jahres 1870 hat viele Tausende von Festteilnehmern veranlaßt, auch Meiner freundlich zu gedenken und Mir aus allen Gauen des deutschen Landes und selbst von fernen Weltteilen her treue Grüße zu senden. Alle diese Kundgebungen patriotischen Empfindens vermag Ich zu Meinem Bedauern nicht im

Einzelnen zu beantworten. Ich wünsche aber allen Beteiligten, besonders auch den Veteranen der großen Zeit, die freudig Gut und Blut mit in die Wagschale geworfen haben, Meinen Kaiserlichen Dank auszusprechen und ihnen zu erkennen zu geben, wie herzlich Ich durch jene Aufmerksamkeiten erfreut worden bin. Mit Genugthuung hat es Mich erfüllt, mit welcher Begeisterung das deutsche Volk in fast allen seinen Gliedern die Tage der Wiedergeburt des Deutschen Reichs gefeiert hat und wie es dabei von Neuem allgemein ins Bewußtsein getreten ist, welche wunderbaren Errungenschaften wir nächst Gottes sichtlichem Beistande der weisen Führung des greisen Heldenkaisers Wilhelm des Großen, Seinen erlauchten Bundesgenossen, seinen ausgezeichneten Ratgebern, erprobten Feldherren und braven Truppen zu verdanken haben. Zahllose Kaiser- und Kriegerdenkmäler zeugen von der Pietät und Dankbarkeit unserer Zeit und mahnen uns und ferne Geschlechter an die blutige Saat, aus der erst unser neu geeintes Vaterland hervorgegangen. Ein Volk, welches so seine Toten ehrt und so seiner Vergangenheit gedenkt, wird — das hoffe Ich mit Zuversicht — allezeit treu zu Kaiser und Reich stehen und sich auch jener vaterlandslosen Feinde der göttlichen Weltordnung zu erwehren wissen, die selbst in diesen Tagen nationaler Begeisterung dreist ihr Haupt erheben und sich nicht gescheut haben, das Andenken des großen Kaisers zu schmähen und dadurch das deutsche Volk in seinen edelsten Erinnerungen und Empfindungen zu verletzen.

Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Stettin, den 8. September 1895.

Wilhelm. I. R."

In pietätvollem Gedenken der ersprießlichen Dienste, welche die verschiedenen Organe des den Zielen werkthätiger Barmherzigkeit und Menschenliebe nachstrebenden Roten Kreuzes in den blutigen Kämpfen, teils durch die erste Hülfe auf dem Schlachtfeld und den Transport der Verwundeten und Kranken in die ersten Heilstätten, teils in der Pflege der Kranken und Genesenden in der Heimat geleistet, richtete die Kaiserin Auguste Victoria ganz im Sinne der verklärten Protektorin, der hochherzigen Kaiserin Augusta, nachstehenden Erlaß an den Vorsitzenden des Centralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Fürsten Stolberg-Wernigerode:

„Die fünfundzwanzigjährige Wiederkehr der ruhmreichen Waffentage unseres Heeres ruft auch die Erinnerung an die demselben in allen Kreisen unseres Volks erwiesene Liebesthätigkeit zurück.

Es erscheint Mir daher angemessen, daß dem mit Gottes Segen erfolgten Zusammenwirken aller Organe der freiwilligen Kriegskrankenpflege, wie sie vor 25 Jahren unter dem Schutz und Vorbild der Kaiserin Augusta sich in ausdauernder Hingebung bewährt hat, eine ernste Gedenkfeier gewidmet und die dankbare Anerkennung kundgegeben werde, welche auch dieser Bethätigung der Liebe zum Vaterlande durch den Dienst an den Opfern und in den Leiden der Kriegszeit gebührt.

Ich beauftrage das Centralkomitee, die Veranstaltung einer solchen Feier nach geeignetem Benehmen mit den anderen in Betracht kommenden Organen der freiwilligen Krankenpflege in die Wege zu leiten, die Wahl eines entsprechenden Zeitpunkts zu treffen und das weiter Erforderliche sodann zu veranlassen.

Neues Palais, den 1. September 1895.

Auguste Victoria."

In demselben Sinne widmete Kaiser Wilhelm allen, während des Krieges mit höherem Kommando betraut gewesenen Offizieren, an den betreffenden Schlachttagen ehrenvolle Telegramme und Dankesbezeugungen.

---

Ebenso wie in der Hauptstadt des Reiches, vollzog sich im gesamten Vaterlande die 25jährige Gedenkfeier des Sedantages, getragen von freudiger, patriotischer Begeisterung und von vollster und wärmster Hingabe an den nationalen Gedanken, sowie an die Errungenschaften einer mit dem Aufgebot der ganzen Volkskraft erfochtenen unvergleichlichen geschichtlichen Großthat.

Mitten in den Vorbereitungen zu den Sedanfeiern wurde das Hohenzollernhaus und das deutsche Volk durch einen Trauer- und einen Unglücksfall betroffen. Am 28. August verschied auf Schloß Adolfseck bei Fulda, wo sie zum Besuch bei der Prinzessin Margarethe von Hessen weilte, die Erbgroßherzogin Elisabeth von Oldenburg, Tochter der Prinzessin Friedrich Carl von Preußen. — An demselben Tage kenterte in der Nordsee das Torpedoboot S. 41 bei stürmischer See und nahm 13 Mann der braven Besatzung mit in die Tiefe.

---

Einen glänzenden militärischen Abschluß erhielt das Jubiläumsjahr durch das in Pommern stattgefundene Kaiser-Manöver. Dasselbe brachte insofern eine Neuerung, als zum ersten Male vier Korps (Garde, II., III. und IX. Armee-Korps) manövrierten, wogegen sonst nur zwei Korps gegenübergestellt waren. Diesem Manöver schloß sich auch ein Flottenherbstmanöver in der Ostsee an.

Am 6. September traf der Kaiser in dem festlich geschmückten Swinemünde ein. Der Monarch begab sich auf einem Boot der „Grille" nach dem Leuchtturm bei Osternothafen und von dort zu Wagen nach dem Ostfort (Küsten-Batterie Nr. 2), wo zahlreiche höhere Offiziere, an der Spitze der Kriegs-Minister, General der Infanterie Bronsart von Schellendorff, den Kaiser erwarteten. Hierauf fand ein Gefechtsschießen statt. Es wurde vom West- und Ostfort nach Scheiben und nach zwei als Kriegsschiffe aufgetakelten Wracks, die in eine Entfernung von 4000 bis 6000 m geschleppt waren, geschossen. Nach dem Schießen nahm der Kaiser das Frühstück im Kreise des Offizierkorps des Fuß-Artillerie-Regiments von Hindersin auf der Ostseite in Zelten ein, ging sodann an Bord der „Grille" und fuhr nach Stettin, woselbst inzwischen auch die Kaiserin von Potsdam eingetroffen war. Bei prächtigem Wetter war die Einzugsstraße festlich dekoriert, die öffentlichen und Privatgebäude reich geschmückt durch Tannenguirlanden, Fahnen, Festons und Schilde, auf denen die Namen der vor 25 Jahren gewonnenen Schlachten verzeichnet waren. Vor dem Rathause war eine Ehrenpforte erbaut, an welcher die städtischen Behörden zur Begrüßung Aufstellung genommen hatten; diese Ehrenpforte war in der Form eines Burgthors mit vier Türmchen errichtet. Die Einzugsstraße war an beiden Seiten von hohen goldenen Masten eingefaßt, die durch Tannenguirlanden mit einander verbunden wurden und in der Mitte je einen grünen Tannenkranz trugen.

An der Ehrenpforte vor dem Rathause begrüßte der Ober-Bürgermeister, Geheime Regierungs-Rat Haken die Majestäten mit folgender Ansprache:

„Eure Kaiserlichen und Königlichen Majestäten begrüßen wir als Vertreter Stettins in ehrfurchtsvoller Huldigung. Wir sind hocherfreut, daß es uns vergönnt ist, Eurer Majestät am heutigen Festtage unserer Stadt aus vollem Herzen zu danken. Unermüdlich bereit, überall im weiten Vaterlande mit segnender Hand die Wohlfahrt zu fördern, haben Eure Majestät auch unseren Wünschen Allergnädigst

Ihre landesväterliche Fürsorge zugewandt. Wohl ist der Name Eurer Majestät mit der Vollendung des Riesenwerks des Nord-Ostsee-Kanals im Weltverkehr für alle Zeit verbunden; aber auch hier in Stettin wird es dauernd unvergessen bleiben, daß Eure Majestät uns das Stromgebiet der Oder, den Pulsschlag unseres Lebens, dem freien Seeverkehr erschließen. Unsern Dank dafür wollen wir bethätigen in freudiger Arbeit mit Einsetzung unserer ganzen eigenen Kraft für die Zukunft Stettins. In fester Zuversicht auf die gebietende Macht, die Eure Majestät auch hier in diesen Tagen, vor aller Welt dem Frieden zu Schutz und Trutz, in kriegerischem Glanz und gewaltiger Rüstung entfalten, wird Stettin aufblühen und heranwachsen, um dereinst nach uns ebenbürtig zu werden als Seestadt der Ostsee den Schwesterstädten der Nordsee. Das danken wir Eurer Majestät! Gott schirme und schütze unsern Kaiser, unsere Kaiserin und das jugendfrisch erblühende Hohenzollernhaus! Seine Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin leben hoch!"

Der Kaiser dankte huldvollst und erwiderte etwa Folgendes:

Er komme sehr gern nach Stettin, an das ihn durch seinen hochseligen Vater so innige Beziehungen knüpften. Auch er teile den Wunsch, daß Stettin sich rüstig weiter entwickeln und das der Stadt vorgeschobene Ziel erreichen möge. Er seinerseits werde alles thun, um die Stadt in diesen Bestrebungen zu fördern. Er danke für den besonders herzlichen Empfang, der ihm und der Kaiserin zu teil geworden.

Der Einzug Ihrer Majestäten erfolgte über den Marktplatz, den Paradeplatz und den Königsplatz nach dem Schlosse. Längs der Einzugsstraße bildeten die Vereine, Schulen und Gewerke mit ihren Fahnen Spalier. Unbeschreiblicher Jubel schallte dem Kaiser und der Kaiserin auf dem ganzen Wege entgegen.

Um 6 Uhr folgte in dem Konzert- und Vereinshause die seitens der Provinz Ihren Majestäten dargebotene Festtafel. Während des Mahles nahm der Vorsitzende des Provinzial-Landtags, Wirkliche Geheime Rat von Köller das Wort zu folgender Ansprache:

„Wenn Preußens Könige in ihren Provinzen Revuen abhalten, dann sind dies nicht bloß militärische Manöver, die darauf abzielen, die Wehrkraft des Vaterlandes zu stärken, sondern es sind auch Volksfeste; denn alles Volk läuft zusammen, seinen König zu sehen und mit Jubel zu begrüßen. So sind auch wir heute hier versammelt, um

Eure Majestät in der Provinz Pommern willkommen zu heißen und unserer Allergnädigsten Kaiserin, deren Erscheinen den heutigen Tag verherrlicht, unsern allerunterthänigsten Dank auszusprechen. Dabei ergreifen wir freudigst Gelegenheit, Euren Majestäten das Gelübde der Treue zu erneuern, die in den Herzen der Pommern tief eingegraben ist, und die Versicherung zu Füßen zu legen: niemals soll sie erlahmen, die pommersche Treue — nicht in guten, nicht in bösen Tagen. Mit diesem Gelübde erheben wir den Ruf, der alle Herzen höher schlagen macht, den Ruf, in den die gesammte Einwohnerschaft der Provinz im Geiste einstimmt, den Ruf: Seine Majestät der Kaiser und König, unser Allergnädigster Herr, und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin, unsere Allergnädigste Herrin, leben hoch!"

Das Hoch fand begeisterten Wiederhall. Nachdem die Musik die Nationalhymne gespielt hatte, erhob sich der Kaiser zu folgender Erwiderung:

„Mein lieber Herr von Köller! Sie haben soeben in beredten Worten den Gefühlen der Provinz Pommern Ausdruck gegeben, und Ich beeile Mich, freudig bewegten Herzens im Namen der Kaiserin und in Meinem Unseren herzlichsten Dank Ihnen auszusprechen. Es ist das erste Mal, daß Ich das pommersche Korps zusammenrufe, um es auf seine Kriegstüchtigkeit hin zu prüfen, und da werden Sie es wohl natürlich finden, daß Ich zurückgehe in der Geschichte, und daß Ich Mich an das Jahr und die Tage erinnere, wo ein Anderer hier stand, und wo der Jubel des Volks dem großen Kaiser galt, der nun leider nicht mehr unter uns weilt. Wohl entsinne Ich Mich und Sie wohl Alle der Stunden, da die herrliche Fürstengestalt unter uns wandelte, da Ihr alter Herr Vater, Herr von Köller, mit Auszeichnung und Gnade von Meinem Herrn Großvater behandelt wurde, wo zwei Zeiten und zwei Geschlechter sich begegneten, die nun dahin sind. Und neben dem großen Kaiser die Figur Meines seligen Vaters in der herrlichen Pracht Seines Kürassier-Regiments, der einst gewesene Statthalter von Pommern. Sie sehen hieraus, Meine Herren, wie viele Fasern und wie viele Bänder zwischen Ihnen und Meinem Hause sowie Meiner Person verwoben sind, und in wie naher Beziehung die Provinz Pommern zu Uns steht. Heiß umstritten ist sie worden durch Meine Vorfahren, bis es endlich gelang, dieses herrliche Land, dieses kerndeutsche Volk mit der Mark zu vereinen, sodaß nunmehr der rote Greif mit dem roten Aar auf demselben Wappenschild sich befand.

Nun, Meine Herren, Sie haben soeben das Gelübde gehört, welches Herr von Köller in Ihrem Namen sprach — Ich nehme Sie beim Wort! Ich danke Ihnen dafür. Schließen Sie sich zusammen, um das Andenken und die Person Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm I. zu schützen und zu wahren, wie Ich dazu schon an anderer Stelle Mein Volk aufgerufen habe. Mein Wunsch soll der sein, daß in der erhabenen Erinnerung an jene große Zeit, die wir in diesen Tagen gefeiert, in der Erinnerung an die Stunden, da die erlauchte Gestalt des Dahingeschiedenen unter uns weilte, wir aufs neue uns vergewissern und gegenseitig geloben, fortzuarbeiten und fortzubauen an dem, was Er geschaffen. Und daß dabei die Provinz Pommern grünen, blühen und sich entwickeln möge, daß Stettin zu einer mächtigen Handelsstadt emporblühen möge, das sei Mein inniger Wunsch. Erheben Sie die Gläser und trinken Sie mit Mir auf das Wohl der Provinz Pommern! Sie lebe hoch! hoch! hoch!"

Um 8 Uhr kehrten Ihre Majestäten unter dem endlosen Jubel der Bevölkerung in das Königliche Schloß zurück, und bald darauf begann der Zapfenstreich.

Nachdem am nächsten Morgen die bekränzten Fahnen und Standarten vom Schlosse abgeholt worden waren, stieg der Kaiser zu Pferde, um sich zur Parade des II. Armee-Korps nach Kreckow zu begeben. Die Kaiserin fuhr zu Wagen nach dem Paradefeld und stieg dort zu Pferde.

Am Abend des 7. September fand im Schlosse Parade-Diner von 240 Gedecken statt; der Kaiser brachte folgenden Trinkspruch auf das II. Armee-Korps aus:

„Der Denkstein, an dem das II. Armee-Korps heute vorbeizog, giebt Kenntnis von der Zeit, da es dem letzteren vergönnt war, von Meinem Großvater inspiziert zu werden.

Das erste Mal, als Ich das II. Korps zusammen sah, war im Jahre 1869; die letzte Parade, die dasselbe unter seinem damaligen kommandierenden General, Meinem hochseligen Herrn Vater, vor Seiner Majestät bestand, um zu zeigen, daß es auch in Friedensarbeit kriegsbereit sei, — ein Beweis, den es ein Jahr später auf dem Schlachtfeld führen sollte.

Der heutige Tag hat Mich mit hoher Freude erfüllt, und spreche Ich dem Korps Meine vollste Anerkennung aus für die vorzügliche Parade, die es heute vor Mir geleistet hat.

Möge der heutige Tag, der eine Weihe besonderer Art durch die hohe Ehre erhalten hat, welche dem Korps und vor allem dem Kürassier-Regiment Königin dadurch zu teil geworden ist, daß Ihre Majestät geruht haben, das Regiment selbst vorbeizuführen, dem Korps ein Ansporn sein, nunmehr auch im Manöver zu zeigen, daß es vorbereitet ist, jede Abwehr, welche sie auch sei, auszuführen, und für das Vaterland einzustehen, wenn es gerufen werden sollte.

Ich fordere Sie auf, Ihre Gläser zu erheben und aus vollem Herzen zu rufen: Das II. Korps Hurra! — und nochmals Hurra! — und zum dritten Mal Hurra!"

Nach der Tafel hielten die Majestäten Cercle.

Am Sonntag, den 8. früh nahmen die Majestäten Gesangsvorträge des Sängerbundes des Stettiner Lehrervereins entgegen. Hierauf trug eine Gesangsschule mehrere Lieder vor.

Um 10 Uhr fuhren beide Majestäten, von der zahlreich versammelten Volksmenge aufs freudigste begrüßt, zum Feldgottesdienst nach dem Kasernenhof des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommersches) Nr. 2. In der Mitte des Kasernenhofs, gegenüber dem militärisch dekorierten Altar, war ein Zelt für dieselben errichtet. Die Truppen standen im Viereck.

Nach dem Gottesdienst nahm der Kaiser bei dem Offizierkorps des Regiments das Frühstück ein und kehrte sodann nach dem Schlosse zurück. Die Kaiserin begab sich, vom Publikum aufs lebhafteste begrüßt, nach dem Bahnhof und reiste um 12 Uhr nach Potsdam zurück.

Inzwischen waren auch der Kaiser von Österreich und der König von Sachsen in Stettin eingetroffen und von Kaiser Wilhelm empfangen worden. Bei der Einfahrt der Majestäten in die Stadt läuteten die Glocken der Stadtkirchen, und Trompeter an der Ehrenpforte bliesen Fanfaren. Unabsehbare Menschenmengen bedeckten die Plätze und Straßen, zeigten sich an den Fenstern und auf den Dächern der Häuser.

Um 6 Uhr begann im Schlosse das von dem Kaiser der Provinz dargebotene Diner. Nach der Tafel begab sich der Kaiser mit den erlauchten Gästen nach dem Bollwerk und von dort an Bord des Dampfers „Freya", um der Einladung zu der von der Stadt Stettin veranstalteten Festfahrt auf der Oder zu folgen. Die Beleuchtung der Ufer, das Feuerwerk und die Illumination der Schiffe

gelangen prächtig. Die Fahrt erstreckte sich bis Glienken, wo gewendet wurde, nachdem ein künstlich erbautes Schiff abgebrannt worden war. Von dort ging die Fahrt das ganze linke Oderufer entlang, bei den großen Schiffs-Etablissements vorbei, welche glänzend erleuchtet waren. Bei der Werft des „Vulkan" machten ein Wikinger-Schiff mit voller, die Waffen schwingender Besatzung, sowie ein anderes schwarz gestrichenes Schiff mit elektrischer Illumination großen Eindruck.

Gegen $10^1/_2$ Uhr trafen die Monarchen wieder in Stettin ein; auch die Stadt hatte illuminiert, und in den Straßen bewegte sich eine überaus zahlreiche Menschenmenge.

Die folgenden Tage begaben sich Kaiser Wilhelm, Kaiser Franz Joseph, der König von Sachsen, der Graf von Turin und die anderen Fürstlichkeiten schon zu früher Stunde in das Manövergelände, woselbst unter den Augen der Monarchen der Scheinkrieg zwischen einem Süd- und einem Nord-Korps in bester Manneszucht geführt wurde. Kaiser Wilhelm kommandierte am 11. September die Süd-Armee persönlich und führte sie auch zum Siege.

Am 12. September übernahm der Kaiser das Kommando des Nord-Korps und schlug alle Angriffe des Süd-Korps ab, womit das Manöver beschlossen wurde. Nach dem Diner nahm der Kaiser von seinen hohen Gästen, Kaiser Franz Joseph und König von Sachsen, herzlichen Abschied und begab sich an Bord der „Grille" nach Swinemünde. Auch der Graf von Turin, die Prinzen Leopold und Arnulf von Bayern, sowie die Prinzen Albrecht und Friedrich Leopold von Preußen verließen Stettin mit den nächsten Zügen.

Die Teilnahme des Kaisers Franz Joseph an den Manövern hinterließ die besten Eindrücke, welche in folgenden bemerkenswerten Worten des Reichsanzeigers beredten Ausdruck fanden: „Außer den Teilen unseres Heeres, denen die Ehre geworden ist, unter den Augen des erhabenen Verbündeten unseres Kaisers von ihrer militärischen Tüchtigkeit Zeugnis ablegen zu dürfen, haben in den letzten Tagen Tausende von deutschen Männern und Frauen Gelegenheit gehabt, die ritterliche Gestalt des österreichischen Monarchen an der Seite unseres Kaiserlichen Herrn gleich einer Verkörperung der treuen Bundesgenossenschaft zu erblicken, in welcher Österreich-Ungarn sich mit dem Deutschen Reich zu einem Bollwerk des europäischen Friedens zu-

sammengeschlossen hat. Möge der hohe Gast aus der Begeisterung, mit der er auf deutschem Boden empfangen worden ist, die Überzeugung mit sich fortnehmen, daß die Anhänglichkeit an das befreundete Nachbarland im Herzen aller guten Deutschen unzerstörbar festgewurzelt ist, und daß die Deutschen im Reich sich mit ihren Brüdern im österreichisch-ungarischen Kaiserstaat eins wissen in der Liebe und Verehrung, die sie den seltenen Herrschertugenden Franz Joseph's entgegenbringen."

Kaiser Franz Joseph richtete nach seiner Rückkunft in Wien folgendes Handschreiben an Kaiser Wilhelm:

„Eure Kaiserliche und Königliche Majestät haben Mir durch die Einladung zu den Manövern Ihrer Armee eine große Freude bereitet. Sie war Mir vor allem willkommen als ein wiederholter Beweis der Mir und Meinem Heere so wertvollen freundschaftlichen Gesinnung Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät. Als besondere Auszeichnung habe Ich es empfunden, neuerdings in der Mitte Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ruhmreicher Armee weilen zu können. Mit aufrichtiger Genugthuung erfüllte es Mich hierbei, durch die hohe Würde, welche Eure Kaiserliche und Königliche Majestät Mir zu verleihen geruht haben, Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Heere nur noch näher getreten zu sein. Beseelt von dem Wunsche, die herzlichsten Beziehungen Unserer Armeen noch enger zu gestalten, gereicht es Mir nun zur besonderen Freude, Eure Kaiserliche und Königliche Majestät zu bitten, als oberster Inhaber zweier Regimenter auch die Uniform eines Generals der Kavallerie Meiner Armee tragen zu wollen. Diese würde hierin eine besonders hohe Auszeichnung und ein neues Band der Waffenbrüderschaft erblicken."

Das Handschreiben fand in der ganzen österreichisch-ungarischen Presse die lebhafteste Zustimmung, man erblickte in dieser Waffenbrüderschaft eine neue Gewähr des Friedens. Kaiser Wilhelm sprach von Bord der „Hohenzollern" aus sofort in einem längeren Telegramm seinen Dank aus und teilte darin dem Kaiser Franz Joseph mit, daß er die Würde eines Generals der Kavallerie als besondere Auszeichnung entgegennehme, und in dieser Ernennung nicht nur eine Auszeichnung für sich, sondern auch für die deutsche Armee erblicke, die mit der österreichischen durch unlösliche Waffenbrüderschaft verbunden sei. Auch König Humbert von Italien richtete an den Kaiser Wilhelm ein herzliches Telegramm, worin er dem Kaiser für

die Ernennung des Prinzen Viktor, Grafen von Turin, zum Major dankte und von neuem seinen freundschaftlichen Gefühlen für den Kaiser Ausdruck gab. Auch auf dieses Telegramm hatte Kaiser Wilhelm sofort erwidert.

An den General-Oberst Grafen Waldersee richtete Kaiser Wilhelm folgendes Kabinettsschreiben:

„Bei den soeben beendigten Herbstübungen habe Ich sämtliche Truppenteile des 9. Armeekorps in einem musterhaften Zustande der Ausbildung und Haltung gefunden, welcher Meinen Erwartungen in hohem Grade entsprochen hat. Mit freudiger Genugthuung spreche Ich daher allen Generalen, Regimentskommandeuren und Offizieren, wie den Truppen Meine vollste Zufriedenheit mit dem von jedem Einzelnen an den Tag gelegten Eifer, der allein zu solchen Zielen führen konnte, aus. Ihnen selbst aber will Ich in besonderer Anerkennung dieser Erfolge wie der in anderweitigen Stellungen erworbenen großen Verdienste Meinen königlichen Dank dadurch zu erkennen geben, daß Ich Sie hierdurch zum General-Oberst der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls ernenne. Ich scheide von dem Korps mit der Zuversicht, daß dasselbe unter Ihrer bewährten Führung und Einwirkung den gegenwärtigen hohen Stand der Ausbildung festhalten und sich stets des Ruhmes würdig zeigen wird, welchen es in den heißen Schlachten des letzten Krieges erkämpft hat.

Stettin, 12. September 1895.

gez. Wilhelm I. R."

* * *

Den durch die Teilnahme erlauchter verbündeter Fürsten ausgeführten Herbstübungen des Heeres folgten größere Flottenmanöver.

Am 13. September, früh 8 Uhr, stand das Uebungsgeschwader unter dem Kommando des kommandierenden Admirals Knorr vor Jershöft. Beim Erscheinen der Kaiserlichen Yacht „Hohenzollern", die vor Hela geankert hatte, wurden von den Schiffen Toppflaggen gesetzt. Unter dem Salut der Schiffe und dreimaligem Hurra der Besatzungen durchfuhr der Kaiser die zur Parade aufgeführte Flotte. Das Wetter war nicht günstig, die See stark bewegt. Nach Beendigung der Flottenparade teilte sich die Flotte und begann eine Kriegsübung, die erst spät abends beendet wurde. Der Kaiser wohnte auf seiner Yacht „Hohenzollern" den Uebungen bis zum Schluß bei; zur Nacht

lief die Yacht in die Danziger Bucht, am 14. früh folgte die Flotte dorthin. Der Kaiser begab sich um 9 Uhr an Bord des Flottenflaggschiffes „Mars", worauf weitere Übungen in See vorgenommen wurden; das Wetter klärte sich auf. In der darauf folgenden Nacht fand ein Torpedobootsangriff auf die Flotte statt.

Sonntag, den 15. fand große Flottenparade, dann Gottesdienst an Bord statt. Nach demselben wurde Prinz Heinrich, welcher der Marine seit dem 14. August 1872 angehört, zum Kontreadmiral befördert, worauf ein Mahl an Bord der „Hohenzollern" stattfand. Nach einer Ruderregatta der Schiffsjungen, Kadetten und Seekadetten erfolgte die Auflösung des Geschwaders; der Kaiser begab sich abends nach Neufahrwasser und setzte von Danzig aus, in Begleitung des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe, der von seiner russischen Besitzung dort eingetroffen war, die Reise nach Berlin fort.

---

In der Reihe der militärischen Gedenktage nahm der, dem Andenken an den Kaiser Friedrich geweihte 18. Oktober, das nationale Empfinden in ganz besonders warmer Weise in Anspruch. Zu dem feierlichen Enthüllungsakt des auf dem Schlachtfeld von Wörth errichteten Denkmals, am Geburtstage des verewigten Monarchen, erschienen daselbst das Kaiserpaar und die Kaiserin Friedrich.

General von Mischke, der langjährige Jugendgefährte des edlen hochsinnigen Fürsten, wies auf die Bedeutung des Monuments in einer ergreifenden, schwungvollen Festrede hin. Der Kaiser dankte ihm hierfür und sagte sodann in einer Ansprache: tiefbewegten Herzens verweile hier seine hohe Frau Mutter, daran gedenkend, daß es ihr am Arme ihres Gemahls einst vergönnt gewesen, an dieser Stelle aus seinem eigenen Munde die Kunde über den ersten von ihm erfochtenen großen Sieg zu vernehmen. Was wir, so fuhr der Kaiser fort, angesichts dieses Standbildes und in Anbetracht der 25jährigen Wiederkehr der großen Zeit der Wiedergeburt unseres Vaterlandes fühlen, wo hier zuerst süd- und norddeutsches Blut zu dem Kitte sich vereinigten, das bewege tief unsre Herzen. Und wir Jüngeren wollen hier geloben, das zu halten, was Kaiser Friedrich uns erfochten, die Krone zu wahren, die er schmiedete, „und dieses Reichsland, gegen wen es auch sei, zu schirmen und deutsch zu erhalten."

---

Die Erwähnung eines anderen Vorganges nationaler Bedeutung möge sich hier anschließen, wenngleich er mit jenen Kriegsgedenktagen nicht unmittelbar zusammenhängt: Die am 26. Oktober in Leipzig in Gegenwart des Kaisers und des Königs Albert von Sachsen stattgehabte feierliche Schlußsteinlegung zum neuen Gebäude des Reichsgerichts.

In der in den Grundstein gelegten Kaiserlichen Urkunde war gesagt: „Wir erwarten, das Reichsgericht als gewissenhafter Hüter der deutschen Rechtseinheit, werde auch fernerhin für die Wohlfahrt und den Ruhm des Reichs zu wirken bemüht sein; die schon bei der Feier der Grundsteinlegung kundgegebene Hoffnung, daß dem Verlangen des deutschen Volks nach größerer Einheit seines Rechts durch ein gemeinsames bürgerliches Gesetzbuch in nicht zu ferner Zeit entsprochen werde, gehe ihrer Erfüllung entgegen."

Nach der Einsetzung der Urkunde in den Schlußstein, überreichte der Königl. bairische stimmführende Bevollmächtigte zum Bundesrat, Staatsminister v. Leonrod, dem Kaiser unter einer kurzen Ansprache im Namen des Bundesrats die Kelle, worauf der Kaiser den bereitgehaltenen Mörtel in die Vertiefung für den Schlußstein warf. Unmittelbar darauf nahm der Kaiser aus den Händen des Präsidenten des Reichstags Frhr. Buol v. Berenberg den silbernen Hammer entgegen. „Möge die Festigkeit des Baues in Versinnbildlichung des gemeinsamen Rechts das übrige dazu beitragen, die deutschen Stämme immer inniger zu verbinden und auch das Rechtsbewußtsein im deutschen Volke für alle kommenden Zeiten zu vertiefen und zu stärken. Gott schütze das Deutsche Reich!" So klang die Ansprache des Präsidenten aus. Jetzt trat der Kaiser an den Schlußstein heran und sprach bei dreimaligem Hammerschlag die Worte: Im Namen des dreieinigen Gottes, Recht muß Recht bleiben." Es erklang Beethoven's „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre." So empfing der gewaltige Bau des Reichsgerichts, die Rechtsburg des Deutschen Reiches, seine Weihe.

---

Den am 9. Dezember zusammengetretenen Reichstag eröffnete der Reichskanzler mit einer Ansprache, in welcher er an die Zeit erinnerte, in der vor einem Vierteljahrhundert die Frucht der ruhmreichen Kämpfe erwuchs, deren Andenken unlängst erst gefeiert worden war. Daß der Kaiser zum erstenmale die Session nicht selbst eröffnete, er-

scheint sehr begreiflich, wenn man bedenkt, daß er am 23. März in dem Telegramm an den Fürsten seine „tiefste Entrüstung" über den damaligen Beschluß des Reichstags ausgesprochen hatte. Auch in der Bevölkerung sah man dieser Tagung mit nicht eben freundlichen Gefühlen entgegen. Es wurden überaus geringe Erwartungen auf den Reichstag gesetzt, es wiederholten sich die öffentlichen Betrachtungen über den Niedergang des Parlamentarismus und sie wurden von keiner Seite in Abrede gestellt, wie sehr auch die Ansichten über die Gründe dieser Erscheinung auseinandergingen. Besondere Befürchtungen wurden bezüglich des Schicksals laut, welches dieser Reichstag dem seit 25 Jahren mühevoll vorbereiteten bürgerlichen Gesetzbuch bereiten werde, als der wichtigsten der dem Parlament zu unterbreitenden Vorlagen. Kurz vor der Reichstagseröffnung hatte der Kaiser Gelegenheit genommen, bei einer militärischen Gedenkfeier in Breslau zu geloben, das zu erhalten und zu kräftigen, was der große Kaiser und seine Führer zu Stande gebracht und geschaffen und sich über die Lauheit in der Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen im Lande auszusprechen. „Je mehr", so sagte der Monarch, „man sich hinter Schlagworte und Parteirücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer rechne Ich auf Meine Armee und desto bestimmter hoffe Ich, daß Meine Armee, sei es nach außen oder nach innen, Meiner Wünsche und Meiner Winke gewärtig sein wird." Weiter erinnerte der Kaiser in diesem Sinne daran, daß sein Großvater, als er 1848 in Koblenz ans Land stieg, unter Hinweis auf das zu seinem Empfange erschienene Offizierkorps, gesagt habe: „Das sind die Herren, auf die ich mich verlasse."

Alle diese Worte ließen sich kaum anders auffassen, denn als Ausdruck des Unwillens über das Bürgertum, das den wiederholten kaiserlichen Mahnungen, sich zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zu ermannen, bis dahin so wenig entsprochen hatte. Unwillkürlich fühlte man sich durch die Rede an ein Bild erinnert, das der Kaiser nach seinen Angaben jüngst von Professor Knackfuß in Kassel hatte anfertigen und mit der Unterschrift „Völker Europa's, wahret eure heiligsten Güter!" am 11. November dem Zaren hatte überreichen lassen; die Gefahr, der diese Warnung galt, war in der Gestalt des Buddha und asiatischer Horden bezeichnet, die zerstörend über die Gegenden der Zivilisation hinziehen und zu deren Abwehr die europäischen Großmächte in allegorischen Figuren dargestellt waren.

In den Debatten des Reichstages, welche die letzten Sitzungen des Jahres 1895 ausfüllten, kam es zu mehrfachen scharfen Zurückweisungen der von der Opposition ausgegangenen Angriffe. Dem Abgeordneten Eugen Richter entgegnete der Fürst Reichskanzler auf dessen Vorwurf, daß in der Regierung keine einheitliche Haltung herrsche: der Rücktritt des Ministers von Köller sei nicht durch Meinungsverschiedenheiten, sondern durch Mißhelligkeiten, die im Schoße des Staatsministeriums stattgefunden hätten, herbeigeführt worden. Was den Vorwurf des Mangels kräftiger Initiative der Regierung betreffe, so sei sie nur mit einem Reichstage möglich, der eine geschlossene Mehrheit besitze; die Regierung werde aber fortfahren, Ruhe, Ordnung und Wohlfahrt zu fördern und drohenden Gefahren entgegenzutreten, namentlich denen von Seiten des Umsturzes. Nach dem Scheitern des Versuchs, diese Aufgabe durch Reform des gemeinen Rechts zu lösen, sei es nicht in Absicht, dem Reichstage wieder ähnliche Gesetze vorzulegen; da aber der ruhige Bürger nicht schutzlos bleiben dürfe, müßten die hierzu dienlichen Gesetze angewandt werden, und die sozialdemokratische Partei könne sich über die jetzige Anwendung der Gesetze nicht beklagen, da sie durch ihre Verunglimpfungen der Kriegs-Erinnerungstage sowie des großen Kaisers selbst die Schuld daran trage.

Diese von der Versammlung mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Worte, veranlaßten den Abg. Bebel, den Führer der Sozialdemokraten, zu einem heftigen Ausfall auf die Wirtschaftspolitik der Regierung, auf die Art der Rechtsprechung, auf das Offizierkorps und seine Tendenzen u. a.

Mit sarkastischer Schärfe wies der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf die Beschuldigungen Bebels zurück, unter Bezugnahme auf den Entrüstungssturm im Lande und im Heere.

Diese parlamentarischen Kämpfe erregten in der Öffentlichkeit gewisses Aufsehen, aber andrerseits hatten sie die Wirkung, daß die öffentliche Meinung sich über die Gefahren, die von der Seite der Umsturzparteien her drohten, etwas klarer wurde, und daß die nationale Presse auf die bedenklichen Erscheinungen hinwies, die mit einem weiteren Anwachsen dieser Strömung verknüpft sei.

---

Gegen Ende des Jahres wurde in vielen Kreisen eine größere Feier des nächsten 18. Januar in Aussicht genommen, als des Tages,

an dem vor 25 Jahren im alten französischen Königsschlosse zu Versailles das neue deutsche Kaiserreich proklamiert wurde. Der Kaiser stellte ebenfalls, wie er beim Empfang des Reichstagspräsidiums eröffnete, eine von ihm im königlichen Schlosse zu Berlin zu veranstaltende Feier in Aussicht, zu der er die noch lebenden Mitglieder des Reichstags von 1871 einzuladen gedenke. Als der Kaiser am 16. Dezember auf der Heimkehr von der Rekrutenvereidigung in Kiel dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen mehrstündigen Besuch abstattete, glaubte man ziemlich allgemein, daß dies der Einladung des Fürsten zu jener Feier gegolten habe. Aber der Fürst lehnte die persönliche an ihn gerichtete Einladung, wie bald bekannt wurde, mit dem Hinweis auf seine Gesundheit ab, die ihm nicht gestatte, die Anstrengungen, die mit seiner Anwesenheit bei der Feier verbunden sein würden, zu ertragen.

## Das Jahr 1896.

Das neue Jahr, welches bis fast zum Ablauf seiner ersten Hälfte in den Bereich dieser Betrachtungen gehört, brachte gleich in seinem Beginn den denkwürdigsten Erinnerungstag an die großen Errungenschaften des Kriegsjahres 1870/71. Es war der Tag der Errichtung des deutschen Kaisertums, der 18. Januar 1871. In würdiger Weise hatte sich die deutsche Reichshauptstadt gerüstet, um den Jahrestag der 25 jährigen Wiederkehr der Kaiserproklamation festlich zu begehen. Die Stadt prangte im Feiertagskleide und aller Orten wehten die Fahnen von den Dächern der öffentlichen und privaten Gebäude als sichtbares Zeichen der freudigen Herzen, welche den Tag in dankbarer Erinnerung an die großen Thaten unseres Heeres begleiten. Die Schuljugend vom Feuer aufrichtiger Vaterlandsliebe durchdrungen, wallfahrtete im festlichen Gewande den Unterrichtsstätten zu, in denen der Bedeutung des Tages entsprechende festliche Akte stattfanden. Ebenso begingen die sämtlichen Hochschulen den hohen Gedenktag durch besondere Feierlichkeiten. Aber den Mittelpunkt der Festlichkeiten des 18. Januar bildete das altersgraue Hohenzollernschloß an der Spree, von dem aus der brandenburgische Kurfürstenaar seinen hohen Flug genommen, und von dessen Zinnen die purpurne Fahne

weithin verkündete, daß des Deutschen Reiches jugendkräftiger Kaiser seine und seiner beiden kaiserlichen Vorgänger Paladine und Getreuen um sich in stattlicher Schar versammelt hatte. Von der neunten Morgenstunde an waren die zur Feier Geladenen in Hunderten von Gefährten nach dem Schloß geeilt, wo sie sich zunächst in der Schloßkapelle versammelten, in der kurz nach zehn Uhr in Gegenwart der kaiserlichen Familie ein Erinnerungs- und Dankgottesdienst stattfand. Nach demselben spielte sich die eigentliche Feier im Weißen Saale ab, dessen herrlicher Raum von dem Scheine unzähliger elektrischer Flammen erleuchtet war und den würdigen Rahmen zu dem glänzenden und farbenprächtigen Schauspiel abgab.

In imposanter Weise eröffneten die 19 Fahnen und Standarten der Leibregimenter, die von den Kommandeuren derselben getragen wurden, den Festzug. Auf der Estrade seitlich des Thrones, nahmen die Kommandeure des 1. Garde-Regiments und des Regiments der Garde du Corps mit ihren Feldzeichen Aufstellung. In feierlichem Schritt folgten den Fahnen die Ritter des Schwarzen Adlerordens in ihren scharlachroten Mänteln, ihnen schlossen sich die Träger der Reichsinsignien an, die die Kleinodien auf den Tabourets vor den Thron niederlegten; nur der Kriegsminister behielt das Reichsschwert in den Händen. Nachdem er den Thron bestiegen, verlas Kaiser Wilhelm eine Botschaft an die Versammelten, aus der Nachstehendes hervorgehoben sei. Nachdem 25 Jahre verflossen seien seit dem Tage, da sein in Gott ruhender Großvater, der einmütigen Aufforderung der deutschen Fürsten und Freien Städte und dem Wunsche der Nation entsprechend, die deutsche Kaiserkrone angenommen, habe er beschlossen, das Gedächtnis dieses denkwürdigen Ereignisses feierlichst zu begehen. Umgeben von den Fahnen und Standarten ruhmreicher Regimenter, den Zeugen des Todesmutes der deutschen Heere, erinnere er sich tiefbewegten Herzens des erhebenden Bildes, welches das in seinen Fürsten und seinen Völkern geeinte Vaterland den Zeitgenossen geboten habe. Im Rückblick auf die verflossenen 25 Jahre fühle er sich zunächst gedrungen, dem demütigen Dank gegenüber der göttlichen Vorsehung Ausdruck zu geben, deren Segen sichtlich auf dem Reich und seinen Gliedern geruht habe. In freudiger Begeisterung über die heißersehnte und schwer errungene Einheit und Machtstellung, im festen Vertrauen auf die Führung des großen Kaisers und auf den Rat bewährter Staatsmänner, insonderheit seines Kanzlers, des Fürsten von Bismarck,

stellten sich die werkthätigen Kräfte der Nation rückhaltlos in den Dienst der gemeinsamen Arbeit. Verständnisvoll und opferbereit habe das Reich den Willen bethätigt, das Erworbene festzuhalten und zu sichern, die Schäden des wirtschaftlichen Lebens zu heilen und bahnbrechend den Weg zur Förderung der Zufriedenheit der verschiedenen Klassen der Bevölkerung vorzuzeichnen. Der weitere Ausbau der Reichseinrichtungen und die notwendige Abwehr, denen man ausgesetzt sei, erfordern neben den Ansprüchen einer schnell voranschreitenden Entwicklung aller Zweige menschlicher Thätigkeit dauernd rastlose und hingebende Arbeit. Er, der Kaiser, richte an alle Glieder des Volkes die Aufforderung, unter Hintansetzung trennender Parteiinteressen mit ihm und seinen Verbündeten die Wohlfahrt des Reiches im Auge zu behalten. Geschehe dies, so werde man, wie in jener großen Zeit, geeint und fest allen Angriffen auf die deutsche Unabhängigkeit begegnen und ungestört der Pflege der eigenen Interessen sich hingeben können.

Nachdem der Kaiser die Thronrede verlesen, ergriff er die Fahne des 1. Bataillons 1. Garde-Regiments und sprach mit gehobener Stimme:

„Angesichts dieses ehrwürdigen Feldzeichens, welches eine fast 200jährige, ruhmbedeckte Geschichte bezeugt, erneuere Ich das Gelübde: „Für des Volkes und Reiches Ehre einzustehen, sowohl nach Innen, als nach Außen. Ein Reich, ein Volk, ein Gott!"

Bei dem am Abend im Weißen Saale des Königlichen Schlosses stattgehabten Bankett brachte der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Der heutige Tag, ein Tag dankbaren Rückblickes, wie das ganze Jahr in allen seinen Feiern, ist eine einzige große Dankesfeier und Gedenkfeier für den hochseligen großen Kaiser. Über dem heutigen Tage ruht der Segen, schwebt der Geist Dessen, der in der Friedenskirche gebettet ist. Was unsere Väter erhofften, was die deutsche Jugend träumend gesungen und gewünscht hat, ihnen, den beiden Kaisern, ist es vergönnt gewesen, das Deutsche Reich mit den Fürsten sich zu erkämpfen und wiederherzustellen. Wir dürfen dankbar die Vorteile genießen; wir dürfen uns des heutigen Tages freuen. Damit geht auf uns jedoch die ernste Pflicht über, auch das zu erhalten, was die hohen Herren uns erkämpft haben. Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen,

deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, Meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, Mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an Unser heimisches zu gliedern.

Das Gelöbnis, was Ich heute vor Ihnen ablegte, es kann nur Wahrheit werden, wenn Ihre, von einheitlichem patriotischem Geiste beseelte, vollste Unterstützung Mir zu teil wird. Mit diesem Wunsche, daß Sie in vollster Einigkeit Mir helfen werden, Meine Pflicht nicht nur Meinen engeren Landsleuten, sondern auch den vielen Tausenden von Landsleuten im Auslande gegenüber zu erfüllen, das heißt, daß Ich sie schützen kann, wenn Ich es muß, und mit der Mahnung, die an uns Alle geht: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen", erhebe Ich Mein Glas auf Unser geliebtes deutsches Vaterland und rufe: Das Deutsche Reich hoch! — und nochmals hoch! und zum drittenmal hoch!"

Auch an andern patriotischen Kundgebungen fehlte es an dem festlichen Tage nicht. So telegraphierte der Prinz-Regent von Bayern an den Kaiser am 17. Januar bereits:

„Am Vorabende des Jubelfestes des Deutschen Reiches drängt es Mich, Eurer Kaiserlichen Majestät Meine aufrichtigsten Glückwünsche auszusprechen. Vor 25 Jahren wurde das neue Deutsche Reich gegründet. Jetzt steht es im Innern geeinigt fest und geachtet nach außen da. Möge die Vorsehung auch fernerhin segnend darüber walten."

Der Kaiser antwortete darauf:

„Eurer Königlichen Hoheit danke Ich von ganzem Herzen für die Mir aus Anlaß des Jubelfestes des Deutschen Reiches zum Ausdruck gebrachten treuen Glückwünsche. Das Band, welches die Deutschen Stämme und ihre Fürsten in den verflossenen 25 Jahren eng umschlungen hat, wird sich, des vertraue Ich zu Gott, auch in Zukunft als fest und unzerreißbar erweisen."

Der Prinz-Regent richtete außerdem am Jubeltage nachstehendes Telegramm an den Fürsten Bismarck:

„Zum Jubelfest des Deutschen Reiches erlaube Ich mir, Euer Durchlaucht Meine aufrichtigen Glückwünsche zu senden. Sie können mit stolzer Genugthuung nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts auf

das Werk zurücksehen, das unter Ihrer hervorragenden Mitwirkung geschaffen wurde."

Um diesen denkwürdigen Tag auch durch einen Akt umfassender Gnade zu bezeichnen, erließ der Kaiser den Personen, welchen wegen geringeren Vergehen Haft oder Geldstrafen zuerkannt waren, dieselben und gewährte ebenso den zu Freiheitsstrafen bis zu sechs Wochen verurteilten Militärs, Amnestie.

Im Reichsanzeiger erschien einige Tage nach der Feier des 18. Januar folgender Kaiserlicher, an den Reichskanzler gerichteter Erlaß:

„Mit herzerhebender Begeisterung hat das deutsche Volk in Einmütigkeit mit seinen Erlauchten Fürsten das 25jährige Bestehen des neu begründeten Reiches gefeiert und dabei nicht nur in Dankbarkeit der Männer gedacht, deren Weisheit und Hingebung die langersehnte Wiedervereinigung der deutschen Stämme zu einer starken und achtunggebietenden Gemeinschaft geschaffen haben, sondern auch von Herzen gelobt, sich der großen Vergangenheit würdig zu erweisen und allezeit in deutscher Mannestreue zu Kaiser und Reich zu stehen. Mit leuchtender Farbe ist dieses Gelöbnis Mir aus allen den zahlreichen Telegrammen und Schriften entgegengetreten, welche Tausende von Deutschen im In- und Auslande bei der Erinnerungsfeier des denkwürdigen Ereignisses als Ausdruck ihrer reinen Vaterlandsliebe Mir gewidmet haben. Ich bin dadurch herzlich erfreut und in dem Vertrauen bestärkt worden, daß das deutsche Volk die Errungenschaften des 18. Januar 1871 sich nie und nimmer nehmen lassen und seine kostbarsten Güter im Aufblick zu Gott alle Zeit zu verteidigen wissen wird. Allen, welche Mir ihre Mitarbeit an der weiteren Festigung deutscher Einheit und Förderung deutscher Wohlfahrt kundgegeben und in treuer Anhänglichkeit Meiner gedacht haben, spreche ich Meinen wärmsten Dank aus. — Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zu veröffentlichen.

Berlin, den 22. Januar 1896.

Wilhelm I. R."

---

Der 25jährigen Jubelfeier der Kaiserkrönung und der damit geschaffenen politischen Wiederherstellung des Deutschen Reiches, reihte sich am 1. Februar die Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte zollpolitische wirtschaftliche Einigung Deutschlands in würdiger Weise an. Dem damals unter preußischer Führung mit einem Teile der

deutschen Staaten bestehenden Zollvereine schlossen sich von Süd und Nord die übrigen deutschen Staaten an, so daß nur noch die Hansestädte ein Zollausland bildeten.

---

Noch eine andere historische Erinnerung als die Errichtung des Kaisertumes, ist hinfort mit dem 18. Januar eng verknüpft. An demselben ward im Jahre 1896 vom deutschen Reichskanzler dem Reichstage das Werk, das bestimmt ist, auf Jahrhunderte hinaus die innersten Lebensfragen der Nation zu beherrschen und damit der Wegweiser für ihre weitere Kulturentwicklung zu sein, das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich, im letzten Entwurf vorgelegt. Durch Reichsgesetz vom 20. Dezember 1873 wurde die früher auf einzelne Gebiete beschränkte Kompetenz der Reichsgesetzgebung auf das ganze bürgerliche Recht ausgedehnt und durch Bundesratsbeschluß vom 22. Juni 1874 eine Kommission von 11 Mitgliedern zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Civilgesetzbuches für das Deutsche Reich (Bürgerliches Gesetzbuch) ernannt. Der erste Entwurf erschien 1888, die zweite Lesung 1892 bis 1895 in fünf Büchern. Schneller als man geglaubt, hatte der Entwurf die Beratungen des Bundesrates passiert, und leichter als man gedacht, die Klippen, die ihm in dieser Körperschaft von Seiten der Einzelregierungen drohten, umschifft. In siebenjähriger Arbeit, von 1874 bis 1881, wurden zunächst von den fünf Redaktoren der ersten Kommission die Vorentwürfe fertiggestellt, in weiteren sechs Jahren dann von der Kommission selbst, die aus Regierungsbeamten, Richtern und Rechtsgelehrten zusammengesetzt war, der erste Entwurf vollendet.

Die Beratungen des Entwurfes begannen am 3. Februar, und wurden eingeleitet durch eine eingehende Darlegung des Staatssekretärs Nieberding, in welcher derselbe dem Hause alle in Deutschland geltenden Rechte vorführte, und den Gang der Herstellung des Gesetzentwurfes entwickelte. Alsdann nahmen in bunter Reihenfolge Vertreter aller Parteien das Wort, um ihren Standpunkt zu dem Gesetz zu kennzeichnen. Das Bürgerliche Gesetzbuch erhielt am 18. August 1896 seine Sanktion durch den Kaiser.

---

Am 8. März feierte der Feldmarschall Prinz Georg von Sachsen sein 50jähriges Militär-Dienstjubiläum. Der Kaiser ließ durch den

Generaladjutanten, Kommandanten des Hauptquartiers, Generallieutenant v. Plessen dem Prinzen ein äußerst huldvoll gehaltenes Handschreiben überreichen. Eines gleichen Auftrages hatte sich Namens des Kaisers von Oesterreich der Erzherzog Otto zu entledigen. Der Kaiser verlieh außerdem das Eichenlaub zu dem im deutsch-französischen Kriege dem Prinzen verliehenen Orden pour le mérite. König Albert stellte seinen Bruder in Würdigung seiner großen Verdienste à la suite des Gardereiter-Regiments und des 1. sächsischen Feldartillerie-Regiments Nr. 12. Der Kriegsminister, Generallieutenant Edler v. d. Planitz überreichte dem Prinzen im Namen der sächsischen Armee einen silbernen Tafelaufsatz.

Seit der Thronbesteigung des Königs Albert, Ende Oktober 1873, seit welcher Zeit Prinz Georg auch Chef des 11. österreichischen Infanterie-Regiments ist, befehligt Prinz Georg wieder das 12. Armeekorps; in seither nahezu verflossenen 23 Jahren haben viele und große Veränderungen bei den sächsischen Truppen stattgefunden, sowohl bezüglich der Bewaffnung und Uniformierung, als auch hinsichtlich der Stärke und taktischen Gliederung. Der mustergültige Zustand und die hervorragende Leistungsfähigkeit des sächsischen Armeekorps, gelegentlich der sächsischen Kaisertage durch schmeichelhafte Handschreiben der Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. anerkannt, sowie die Ernennung des Prinzen Georg zum Generalinspektor und Generalfeldmarschall, waren wohlverdiente Ehrungen für des Prinzen Verdienst und unablässiges ernstes Streben. Für letzteres legte auch des Prinzen Erlaß gegen die Soldatenmißhandlungen den besten Beweis ab.

---

Am Nachmittag des 21. März versammelten sich anläßlich des 25jährigen Bestehens des deutschen Reichstages die Mitglieder desselben und eine Anzahl geladener Gäste, zu einem Festmahl im prächtig geschmückten Kuppelsaal des Reichstagsgebäudes. Es herrschte allgemein eine gehobene Stimmung. Eine Fanfare kündigte die Rede des Präsidenten v. Buol an, die mit einem Hoch auf den deutschen Kaiser, die deutschen Fürsten und Freien Städte endete. Die schwungvolle, von warmer Vaterlandsliebe durchdrungene Rede weckte allgemeine Begeisterung, die Festteilnehmer scharten sich um den Sprecher und sangen schließlich stehend alle fünf Strophen der Nationalhymne, worauf man sich gegenseitig zutrank. Nicht geringen Eindruck machte

die Rede des Reichskanzlers, die mit einem Hoch auf den Fürsten Bismarck schloß und dessen Verdienste um die Schöpfung des Deutschen Reiches hervorhob.

Fürst von Hohenlohe erhielt darauf ein Schreiben aus Friedrichsruh, in welchem Fürst von Bismarck für die „wohlwollende und ritterliche Kundgebung" seinem verbindlichsten Danke Ausdruck gab.

---

Der darauf folgende Geburtstag — der 22. März — wurde im ganzen Deutschen Reich dem Gedächtnis Kaiser Wilhelm I. gewidmet.

Unter Teilnahme des Prinzen Friedrich Leopold, als Vertreter des Kaisers, fand in Wilhelmshaven die feierliche Enthüllung des vom Kommerzienrat Oechelhäuser gestifteten Kaiser Wilhelm-Denkmals statt.

---

Am 23. März trat das Kaiserpaar mit den beiden ältesten Prinzen eine Reise nach Italien und Sicilien an. In Venedig fand eine Begegnung mit dem italienischen Herrscherpaar statt. Bei Gelegenheit eines Besuches im Kloster Camaldoli bei Neapel hatte der Monarch eine Zusammenkunft mit dem italienischen Cardinal San Felice. Am anderen Morgen ließ der Kaiser den Cardinal auf die „Hohenzollern" bitten, wo dieser mit fürstlichen Ehren empfangen wurde. Der Cardinal brachte dem Kaiser sein in Oel gemaltes Bild und wurde von ihm in ein zweistündiges Gespräch gezogen. Ins Kloster zurückgekehrt, äußerte der Kardinal: die Unterredung habe ihm einen unauslöschlichen geistigen Genuß geboten, über deren Inhalt beobachtete er aber Stillschweigen. Nachmittags überreichte der Gesandte v. Bülow dem Cardinal die bekannte Allegorie des Kaisers, das schon vorher erwähnte Bild des Professor Knackfuß in Cassel. Nach dem „Osservatore" sagte der Cardinal beim Abschied zu Kaiser Wilhelm: „Ich hoffe Ew. Majestät dereinst an einem besseren Ort wiederzusehen; inzwischen bitte ich Gott, daß er Ew. Majestät die Wahrheit so sehen lasse, wie ich sie sehe."

Am 11. April traf das Kaiserpaar mit seinen zwei ältesten Söhnen in Venedig ein. Die kaiserliche Yacht lief in den Hafen von San Marco ein, gefolgt von dem Kreuzer „Kaiserin Augusta", dem „Vesuvio", mehreren kleineren Dampfern und zahlreichen Gondeln.

Alle Schiffe im Hafen trugen Flaggenschmuck. Auf der Riva degli Schiavoni und der Piazetta hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge aufgestellt, ebenso drängte sich in den Fenstern Kopf an Kopf. Die italienische Königsfamilie begab sich alsbald an Bord der „Hohenzollern", wo eine überaus herzliche Begrüßung stattfand, und kehrte nach etwa dreiviertel Stunden zurück. Der Besuch wurde kurze Zeit darauf von dem Kaiserpaar mit den beiden Prinzen erwidert. Die kaiserliche Familie begab sich dann nach der „Hohenzollern" zurück. Abends wohnten die Majestäten der Familientafel im Schlosse bei. Am 12. war vormittags Gottesdienst an Bord, nachmittags wurde eine Gondelfahrt unternommen und Sehenswürdigkeiten Venedigs besichtigt, abends war Galatafel im königlichen Palast. Nach der Tafel nahm der Kaiser eine Adresse der Senatoren, Deputirten und Bürgermeister von Venetien entgegen. Später brachte man den Majestäten vom Bassin San Marco aus eine Serenade dar.

Der Schlußpassus jener Adresse lautete: „Wie wir in der Begrüßung unseres Königs durch Ew. Majestät den Gruß Deutschlands an das italienische Volk sehen, so möge auch Ew. Majestät in unserem Gruße den Gruß Italiens an das deutsche Volk erblicken."

In Wien, wohin die Reise von Venedig aus angetreten ward, wurde das deutsche Kaiserpaar von der Presse Österreichs und Ungarns mit schwungvollen Artikeln willkommen geheißen. Kaiser Franz Josef und die sämtlichen in Wien anwesenden Mitglieder des Erzhauses empfingen die deutschen Gäste am Bahnhofe auf das Herzlichste, seitens der Bevölkerung gestaltete sich die Fahrt nach der Burg zu einem wahren Triumphzuge. Das Frühstück nahmen der Kaiser und die Kaiserin bei dem deutschen Botschafter ein; in den späteren Nachmittagsstunden war in der Hofburg Galatafel, während die kaiserlichen Prinzen die Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigten. Abends wohnten die Majestäten der Aufführung im Hof-Operntheater bei, nach deren Schluß die beiden Kaiser die Kaiserin nach dem Nord-Bahnhofe geleiteten, von wo aus um 10 Uhr die Kaiserin mit den nach dem Bahnhof voraus gefahrenen Prinzen nach Berlin zurückreiste. Nachdem der hohe Gast des Kaisers Franz Josef noch am folgenden Tage einer Truppenrevue beigewohnt, empfing er den neuen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Grafen Goluchowsky. Vor seiner Abreise zeichnete Kaiser Franz Josef den Reichskanzler Fürst Hohenlohe durch Verleihung des goldenen Vließes aus. Die beiden jugendlichen

Prinzen, die bereits mit ihrer kaiserlichen Mutter Wien verlassen hatten, ernannte er zu Offizieren in der österreichischen Armee.

Während die Fahrt um die italienische Halbinsel herum durchaus einen privaten Charakter bewahrte, traten die hohen Reisenden mit dem Moment aus ihrem Inkognito heraus, wo die „Hohenzollern" angesichts der alten Lagunenstadt Venedig landete.

Mit dem König Humbert und dessen hoher Gemahlin (dem Stern Italiens) sowie dem Prinzen von Neapel erwarteten hier die vornehmsten Stützen des italienischen Ministeriums die Ankunft des Kaiserpaares und der kaiserlichen Prinzen. Was Wunder, daß alsbald auch die politische Kombination eine Reihe von mehr oder weniger gewagten Schlüssen zog und in vollständiger Außerachtlassung der Thatsache, daß die Italienfahrt und die Begegnung der verbündeten Monarchen in Venedig bereits im Plane feststanden, bevor die Niederlage der Italiener in Abessinien ihre Schatten auf das Deutschland verbündete Königreich senkte, für die besonders solenne wie freundschaftlich warme Art der Begegnung Voraussetzungen konstruierte, die auf den ersten Blick sich als höchst fragwürdige darstellten. Ebenso wie die Begegnung in Venedig, war auch der Besuch in Wien längst geplant, bevor noch jemand daran denken konnte, daß aus einem besonderen Anlaß heraus, wenn auch nicht eine Lockerung des Bundes zwischen Deutschland und Österreich, doch eine solche des Dreibundes für möglich erachtet werden könnte — und so bot denn auch der Aufenthalt der kaiserlichen Majestäten und der ältesten Prinzensöhne in der Kaiserstadt an der Donau, nicht die geringste Veranlassung noch einen besonderen Zweck für die Rückreise über Wien ausfindig zu machen.

---

In dem durch verwandtschaftliche Beziehungen mit den größten und vornehmsten Herrschergeschlechtern Europa's verbundenen Fürstenhause von Coburg fand am 20. April die Schließung eines Ehebündnisses statt, welchem der Deutsche Kaiser und eine glänzende Versammlung von Fürstlichkeiten aller Länder anwohnte. Die Braut war die Prinzessin Alexandra, die dritte Tochter des Herzogs Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha und der Herzogin Marie, Großfürstin von Rußland; der Bräutigam, der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg, der als Legationssekretär seinem Vater, dem Statthalter von Elsaß-Lothringen, beigegeben ist. Um die 10. Vormittagsstunde an

jenem Tage geleitete die Herzogin in einem Galawagen das bräutliche Paar, dem auf dem kurzen Wege über den weiten Schloßplatz von Tausenden jubelnde Huldigungen dargebracht wurden, vom Palais Edinburg nach dem imposanten Residenzschloß, wo durch den Staatsminister v. Strenge der standesamtliche Akt vollzogen wurde, dem als Zeugen der Großfürst Paul von Rußland, jüngster Bruder der Herzogin, und der Herzog von York, Sohn des Prinzen von Wales und somit Neffe des Herzogs Alfred, beiwohnten. Die sich anschließende kirchliche Trauung fand in der zum Schloß gehörenden Hofkirche statt, deren Säulen und Galerien prächtig mit Guirlanden und Kränzen aus würzigem Tannengrün und deren Fensternischen mit hochragenden Gruppen zum Teil blühender südlicher Pflanzen geschmückt waren.

---

Am 2. April verlor das deutsche Vaterland einen seiner bedeutendsten Historiker in Heinrich v. Treitschke durch den Tod. Dem von warmer vaterländischer Gesinnung durchglühten Lehrer und Führer deutscher Jugend war es gegeben, die Ergebnisse eingehendster Forscherarbeit in ebenso formschöner, wie klarer Sprache vorzutragen, und sich dadurch, wie durch seine edlen Charaktereigenschaften einen unvergeßlichen Namen in den Annalen der deutschen Wissenschaft zu machen. Treitschke war einer der entschiedensten Kämpfer für Befestigung der deutschen Einheit und für Herstellung einer starken Reichsgewalt, und in seiner akademischen Würde Professor der Geschichte an der Universität Berlin, vorher in Heidelberg, Kiel, Freiburg.

---

Zu einem glanzvollen Feste gestaltete sich am 1. Mai die feierliche Eröffnung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Treptower Park. Die Zufahrtsstraßen waren reich geschmückt, auf allen Straßen standen dichtgedrängte Menschenmassen, dem Nahen des Kaiserschiffs entgegensehend. Gleich nach 11 Uhr verkündeten Böllerschüsse die Ankunft des Kaiserpaares, das von allen Seiten jubelnd begrüßt wurde. Prinz Friedrich Leopold, der Protektor der Ausstellung, geleitete die Majestäten nach dem Hauptausstellungsgebäude, vor dem die Ehrenkompagnie aufgestellt war. Unter schmetternden Fanfaren und allseitigen Hochrufen betraten der Kaiser und die Kaiserin die Kuppelhalle, wo die eingeladenen Gäste Aufstellung genommen hatten. Unter ihnen befand sich auch der Fürst von Bulgarien. Während des Gesangs

einer Huldigungshymne begaben sich die Majestäten nach einem reich drapierten Podium. Die Anrede an den Kaiser hielt der Vorsitzende des Ausschusses, Kommerzienrat Kühnemann, die an den Prinzen Friedrich Leopold der stellvertretende Vorsitzende, Baumeister Felisch. Schließlich brachte Geh. Kommerzienrat Goldberger dem Ehrenpräsidenten Minister Frhrn. v. Berlepsch und der Stadt Berlin den Dank des Ausschusses dar. Mit Genehmigung des Kaisers erklärte Minister v. Berlepsch die Ausstellung für eröffnet. Gleichzeitig traten alle Maschinen in Thätigkeit. Ein Rundgang durch die Ausstellung schloß den feierlichen Akt.

An demselben Tage vereinigte noch ein festlicher Akt, diesmal von besonderer geschichtlicher Bedeutung, die erlesensten Gesellschaftskreise der Hauptstadt mit dem Kaiserlichen Hofe. Es galt der Feier des zweihundertjährigen Bestehens der Akademie der Künste. Der Schauplatz derselben, die Schinkel'sche Rotunde des Museums, dieser herrlichste Kuppelsaal, den Berlin besitzt, war nach Baurat Heydens Anordnungen ein überraschend vornehmer Festraum geworden. Die pergamenischen Bildwerke waren hinter Schranken verborgen, die einen mattgrünen und goldenen Grund zeigten, sie bildeten ein Halbrund, dessen Mittelpunkt die von goldenen Palmen und Lorbeeren umkränzte Kolossalbüste Kurfürst Friedrich III., des Begründers der Akademie, war. Unter derselben die purpurne Standarte des Preußischen Königshauses, und davor der Hautpas mit den beiden roten Thronsesseln des Kaiserpaares. Im Halbrund zogen sich zwei Reihen hochlehnige Bänke zu beiden Seiten hin, auf ihnen saßen, zum ersten Mal in ihrer Festtracht von dunklem, leuchtendem venezianischem Rot, die Mitglieder des Senats, während die übrigen Mitglieder der Akademie neben den Ehrengästen auf kleinen vergoldeten Stühlen inmitten des Raumes Platz nahmen. Trompetenfanfaren kündeten den Eintritt der Majestäten an, welche, geleitet von dem Kultusminister, dem Präsidenten der Akademie, huldvoll nach allen Seiten grüßend, durch die Reihen schritten. Von der Galerie herab, auf der noch mehrere hundert geladene Gäste, Lehrer und Beamte der Akademie sich befanden, erscholl vom a capella Chor der Hochschule gesungen des alten Sebastian Bachs herrlicher Choral: „Verleih' uns Frieden gnädiglich", der von allen Versammelten stehend angehört wurde.

Nach dieser feierlichen Einleitung ergriff der Präsident Geh. Rat Ende das Wort zu einer Rede, in welcher er dem Kaiser die Ent-

wicklung der Akademie bis zum heutigen Tage schilderte, vor allem aber gedachte er der Förderung, die dem Institute durch die preußischen Könige zu teil wurde.

Darauf erwiderte der Kaiser mit einer Ansprache, in welcher er unter anderm sagte:

„Es gewährt Mir eine herzliche Freude, die Huldigung Meiner Akademie der Künste am heutigen Tage ihrer 200jährigen Jubelfeier persönlich entgegennehmen zu können. Ihnen, dem Präsidenten der Akademie, danke ich für den trefflichen Bericht über die Entwicklung der Akademie in den bisher durchlaufenen Stadien. Mein Herz durchweht heute ein Gefühl tiefer Dankbarkeit gegen den Stifter der Akademie: Meinen erhabenen Ahn König Friedrich I., und seine erlauchten Nachfolger an der Krone. Haben sie doch in verständnisvoller Würdigung des veredelnden Einflusses der Kunst auf die Volksseele mit weitschauendem Blick und schirmender Hand, auch in Zeiten der Not und der Trübsal, die Bahnen gewiesen und geebnet für eine gedeihliche Gestaltung und Pflege der vaterländischen Kunst. . . . . .

. . . . . .

Möge die Akademie auch in den kommenden Jahrhunderten sich gedeihlich weiter entwickeln, möge die Kunst sich zu immer reinerem und hellerem Glanze entfalten und unserem teueren deutschen Vaterlande eine Quelle reichsten Segens werden! Das walte Gott!"

Nach dieser Rede übermittelte der Kaiser der Festversammlung noch die herzlichsten Grüße seiner in Griechenland weilenden kaiserlichen Mutter, unter deren Ehrenpräsidium die Jubelfeier stand. „Nur ihre großmütterlichen Pflichten hindern sie, mit Ihnen zu feiern, jedoch gerade dieser Tag ist ihr durch Geburt einer Enkelin zum Freudentag geworden. Unter jenem herrlichen Vorbild der Kunst gedenkt Meine Mutter heute der feiernden Akademie". — Bei dieser Mitteilung des Kaisers ging eine freudige Bewegung durch die Versammlung.

Am 3. Mai schloß sich daran die Eröffnung der internationalen Kunstausstellung im Landesausstellungspark, an welcher das Kaiserpaar, begleitet vom Fürsten von Bulgarien, teilnahm, und bei welcher der Kultusminister Dr. Bosse die Festrede hielt.

---

Auf Anregung der Kaiserin fand am 8. Mai im Weißen Saale des Königlichen Schlosses eine Gedenkfeier zur Erinnerung an die Leistungen der freiwilligen Krankenpflege im Kriege von

1870/71 statt. An der Feier beteiligten sich die obersten Würdenträger in Hof und Staat, die Ritterorden, die Diakonissen und die den verschiedenen Gesellschaftskreisen angehörenden Vertreter der großen Genossenschaft vom Roten Kreuz. Der Festakt begann mit einem Gesange des Domchors, dann gab der erste stellvertretende Vorsitzende des Centralkomitees vom deutschen Verein vom Roten Kreuz, Kammerherr der Kaiserin B. v. d. Knesebeck, eine längere historische Darlegung über die Thätigkeit der deutschen freiwilligen Kriegskrankenpflege im Jahre 1870/71.

Der Festvorstellung im Opernhause am Abend wohnte an der Seite seiner hohen Gemahlin der Kaiser selbst an. Es wurde die Dichtung „Das rote Kreuz" von Josef Lauf, einem deutschen Offizier, und nach einer längeren Pause, in welcher das Kaiserpaar im Saale Cercle hielt, das Schauspiel „1812" aufgeführt. An die Festvorstellung schloß sich noch ein geselliger Herrenabend im Kaiserhof.

Diese Erinnerungsfeier leitete in gewisser Weise hinüber zu dem Abschluß der zahlreichen Gedenkakte an den siegreichen und opfervollen Kampf, der vor einem Vierteljahrhundert Deutschland, unter dem Banner des Hauses Hohenzollern, zu einem machtvollen einheitlichen Reich erhoben hatte.

In sinniger Bezugnahme auf den zu Frankfurt a. M. vollzogenen Abschluß der Friedensverhandlungen am 10. Mai 1871, war die Gedenkfeier dorthin verlegt, und als Mittelpunkt derselben die feierliche Enthüllung des von der Stadt errichteten Reiterstandbildes Kaiser Wilhelm I. ins Auge gefaßt worden.

Um 10 Uhr vormittags erfolgte die Ankunft des Kaisers und der Kaiserin, die hierauf ihren Einzug in die Feststadt hielten und sich zunächst zum feierlichen Gottesdienst nach der Katharinenkirche begaben, an deren Hauptportal sich die gesamte evangelische Geistlichkeit der Stadt und der Gemeindevorstand aufgestellt hatten. Nach dem Gottesdienst fuhren die Majestäten nach dem Opernplatz, wo die Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms programmgemäß vor sich ging. Eine von Felix Dahn gedichtete und von Aug. Gluck komponirte Hymne leitete die Feier ein. Die Ansprache an das Kaiserpaar hielt Oberbürgermeister Adickes; nach deren Beendigung sank unter dem Jubel der Festversammlung die Hülle von dem trefflich gelungenen Reiterstandbild Wilhelms I., einem Werke des Düsseldorfer Bildhauers Cl. Buscher. Mit der Parade der vor dem Opernhause aufgestellten

Truppen schloß dieser Teil der Feier ab. Nach der Feier sandte Kaiser Wilhelm telegraphisch folgende herzliche Begrüßung an den Fürsten Bismarck, in der er der Verdienste des ehemaligen Reichskanzlers in nachstehender hochanerkennender Weise gedachte:

„Der Frankfurter Frieden, welcher vor 25 Jahren geschlossen und dessen Erinnerung soeben durch Enthüllung einer Reiterstatue für den in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm den Großen in weihevoller Weise gefeiert wurde, bildet den Abschluß einer gewaltigen Zeit, in welcher Deutschland seine Einigkeit und Größe, sowie die ihm im Rate der Völker gebührende Stellung wiedererrang. Welche unvergeßlichen Verdienste Sie, Mein lieber Fürst, sich hierbei erworben, Ihnen heute von neuem in Dankbarkeit und Verehrung auszusprechen, ist Mir Bedürfnis und Pflicht. Neben dem Namen des großen Kaisers Wilhelm wird der Name seines großen Kanzlers in der Geschichte allezeit glänzen, und in Meinem Herzen wird das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit gegen Sie nie ersterben."

Hierauf ging folgendes Antwort-Telegramm des Fürsten an Se. Majestät den Kaiser ein:

„Eure Majestät haben mich durch die huldvolle und erinnerungsreiche Begrüßung vom heutigen Tage hochgeehrt und beglückt, und ich bitte Allerhöchstdieselben meinen ehrfurchtsvollsten Dank dafür Euer Majestät zu Füßen legen zu dürfen."

Ein Festmahl im Palmengarten schloß den beziehungsreichen Erinnerungstag ab. Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Adickes, wies in einem von patriotischer Wärme beseelten, schwungvollen Trinkspruch darauf hin, daß der Kaiser der Träger aller der großen, von den glorreichen Ahnen überkommenen Traditionen, der Besitzer und Hüter eines reich vererbten Schatzes von Vertrauen im Ausland, von Liebe und Hingebung im eigenen Volk und zugleich die feste mit der Gegenwart und ihren Bedürfnissen in engster Fühlung stehende Herrschergestalt sei.

Der Kaiser dankte dem Redner in einer längeren Erwiderung, in welcher er der Befriedigung über den festlichen Empfang der ihm in Frankfurt bereitet worden sei, Ausdruck gab, und seine Genugthuung darüber aussprach, daß die Stadt in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Tages denselben mit der Enthüllung des Denkmales seines verewigten Großvaters eingeleitet habe. Dann ging er auf das Leben und Wirken desselben näher ein, und sprach unter dem

Einfluß der Empfindungen, die ihn bewegten, herrliche und tief ergreifende Worte zum Andenken des verklärten Herrschers, welche die Festversammlung zu einem wahren Sturm der Begeisterung fortrissen. Im ganzen Deutschen Reich fand die Feststimmung an dem fünfundzwanzigjährigen Jahrestag des Friedensschlusses einen lauten Widerhall, der in patriotischen Kundgebungen aller Art zu Tage trat. Namentlich in München wurde der Tag in ebenso sinniger, als von allgemeiner Teilnahme getragener Weise begangen. Nach einem am 9. Mai vorangegangenen Festakt, durch welchen die Stadt diejenigen ehren wollte, die 1870/71 für das Vaterland gestritten und so glücklich waren, die fünfundzwanzigjährige Wiederkehr jener Zeit feiern zu können, folgte am 10. Mai, dem Tage des Friedensschlusses, die Grundsteinlegung des Friedensdenkmals in Gegenwart des Prinz-Regenten. Nach der vom ersten Bürgermeister von Borscht gehaltenen Festrede vollzog Prinz Luitpold die Grundsteinlegung des Denkmals, worauf der Vorbeimarsch der Veteranen die Feier abschloß. In vielen Städten Süddeutschlands insbesondere gab sich eine begeisterte Stimmung an jenem Tage kund, mit welchem die lange Reihe der Gedenktage ihr Ende fand.

Mit dem fünfundzwanzigjährigen Jahrestag des Frankfurter Friedens finden die vorstehenden Aufzeichnungen ihren Abschluß. Dank der ebenso weisen und scharfsichtigen, wie maßvollen und besonnenen Politik der drei Hohenzollernkaiser sind die ersten 25 Jahre im tiefsten Frieden verlaufen. In einer langen Reihe von Gedenktagen sind die Erinnerungen an die herrlichen Siegesthaten des deutschen Heeres von der Nation gefeiert worden, und haben dazu beigetragen, das vaterländische Empfinden zu entflammen, und die Liebe und Anhänglichkeit an Kaiser und Reich von neuem in den Herzen des Volkes zu befestigen. In würde- und weihevoller Weise gab Wilhelm II. bei der Friedensfeier in Frankfurt den alle Patrioten an jenem Tage bewegenden Gefühlen durch die herrlichen Worte Ausdruck, mit denen er den Festgenossen das Andenken an Kaiser Wilhelm I. in das Gedächtnis zurückrief, indem er sprach: „Vor allem steht mir vor Augen der Augenblick, als er als König von Gottes Gnaden das Scepter in der einen und das Reichsschwert in der anderen Hand nur Gott die Ehre gab und von ihm die Krone nahm. Er ist damit zum auserwählten Rüstzeug geworden und nicht blos das, sondern auch

zum Vorbilde für alle Nachkommen, daß sie nur durch ihren Gott und mit ihrem Gott etwas erreichen, der ihnen ihr Amt verliehen. Wir danken Gott für die unvergleichlichen Erfolge, die ihm vergönnt waren, die Freude in seinem Alter, das deutsche Volk geeinigt hinter sich zu sehen und noch eine Reihe von Jahren auf dem Throne des geeinigten deutschen Vaterlandes zu sitzen."

---

Es erübrigt noch in kurzgefaßter Darstellung der Entwicklung und des Aufschwunges zu gedenken, welche das vaterländische Kriegswesen zur See seit dem Jahre 1871 genommen und in geschlossenem Zusammenhang die Entstehung und den vielfachen Wandel, welchen die Organisation und Indienststellung der Flotte in den letzten 25 Jahren erfahren, darzulegen. Mit seiner jungen, den schützenden Arm über Deutschlands Flagge auf dem Meer haltenden Seemacht, hat das neue Reich einen Faktor der Wehrkraft erhalten, der die überseeische Machtstellung desselben zu einer, seinem Range unter den übrigen Staaten entsprechenden Höhe erhoben hat. Das organische Statut, welches die Aufstellung und Einteilung der deutschen Streitkraft zur See auf neuer Basis nach dem Kriege von 1870/71 regelte und ihr eine zeitgemäße Entwicklung vorzeichnete, war der im Jahre 1873 aufgestellte Flottengründungsplan. Zu den Aufgaben, deren Lösung dieser Plan als in erster Linie notwendig bezeichnete, gehörte die Verteidigung des deutschen Seegebiets gegen feindliche Unternehmungen, wobei es nicht allein gelte, die Küsten mit ihren Häfen und Städten gegen unmittelbaren Angriff zu schützen, sondern auch die Nachteile einer den Handel zerstörenden Blockade abzuwehren. Es handelte sich ferner um den Schutz der deutschen Ansiedler in überseeischen Ländern und des deutschen Seehandels, der gerade seit Wiederaufrichtung des Reiches einen hohen Aufschwung genommen hat und nur unter der wirksamen Unterstützung einer Kriegsflotte zur vollen Entwicklung gelangen konnte. Schon für diese Zwecke bedurfte es einer nicht unbedeutenden Zahl großer Kriegsschiffe, die geeignet waren, in fernen Meeren der nationalen Flagge Achtung zu verschaffen, die Interessen des Deutschen Reiches und seiner Angehörigen nachdrücklich zu vertreten und erforderlichen Falls gegen feindliche Geschwader einen ernsten Kampf aufnehmen zu können. Zu diesem Zwecke wurde für nötig erachtet die Aufstellung von 8 Panzerfregatten, 6 Panzerkorvetten, 7 Monitors, 6 Avisos, 18 Kanonenböten, 28 Torpedofahrzeugen u. s. w. Bei dieser Auf-

stellung wurde indes als maßgebend festgehalten, daß dieselbe nicht als eine unabänderliche Norm gelten solle, sondern daß sie den Veränderungen unterworfen bleiben müsse, welche durch andere politische Verhältnisse, sowie durch die Fortschritte der Technik des Schiffsbaues, des Maschinenwesens und der Artillerie herbeigeführt werden könnten. Diese Wandlungen traten sehr bald zu Tage. An die Stelle der ursprünglich ins Auge gefaßten Monitors traten nach dem neuen Programm von 1879 die Panzerkanonenboote; von den schwimmenden Panzerbatterien wurde in Rücksicht auf die inzwischen gewonnenen Erfahrungen über die Wirksamkeit der Angriffstorpedos Abstand genommen. Auch war man von den 28 Torpedofahrzeugen abgegangen und hatte davon nur 15 hergestellt. Inzwischen war auch die Erfahrung gemacht, daß es militärisch und ökonomisch richtiger sein würde, die Verwendung der Fischtorpedos direkt auf die vorhandenen Schiffstypen zu übertragen, bezw. die Kriegsschiffe mit eigens für diesen Zweck konstruierten Torpedobooten auszurüsten. In Folge dessen erhielten die Schiffe sogenannte Torpedokanonen zum Lancieren der Fischtorpedos vom eigenen Bord aus.

Es war eine seltsame Fügung des Geschickes, daß die obere Leitung der deutschen Marine gerade in dem Zeitpunkt in andere Hände überging, der ursprünglich als Endtermin für die Durchführung des im Jahre 1873 adoptierten Flottengründungsplanes in das Auge gefaßt war. Ein Jahrzehnt, so hoffte man damals, würde ausreichen, um die Aufgaben zu lösen, die derselbe in das Auge faßte und zu denen in der Hauptsache die Verteidigung des deutschen See- und Küstengebietes gegen feindliche Unternehmungen, sowie die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Reichsangehörigen in überseeischen Ländern und des deutschen Seehandels und transatlantischen Verkehres gehörte.

War der im März 1883 aus dem Amt geschiedene Chef der Admiralität, General der Infanterie von Stosch, auch mehr der Reformator als der Urheber des zu Anfang der siebziger Jahre aufgestellten Flottengründungsplanes zu nennen, so gebührte ihm doch das große Verdienst, demselben seiner Zeit ein festes, einheitliches Gefüge gegeben und seine Durchführung in feste und sichere Bahnen geleitet zu haben.

Die Befriedigung und Genugthuung, mit welcher der hervorragende und geniale „Flotten-General“ auf eine elfjährige Periode

rastloser Thätigkeit und ergebnisreichen Wirkens zurückblickte, war eine um so berechtigtere, als dieselbe in eine Zeit rascher und durchgreifender Umwandlungen des Seekriegwesens fiel, in welcher wichtige und schwer zu entscheidende Fragen die gesamte seemännische und militärische Welt beschäftigten. Es war die Zeit des immer lebhafter werdenden Wettstreites zwischen dem Schiffspanzer und der gesteigerten Gewalt der Geschütze, der noch jetzt immer fortdauert. Neue Anforderungen an die Bewegungsmittel der einzelnen Kriegsschiffe, sowie an das Manövrieren der zu gemeinsamer Wirkung zu vereinigenden Schiffe, traten damit hervor.

Durch General von Stosch wurde, auf Einzelheiten eingegangen, die Herstellung eines zweiten Typs der Panzerkorvetten, d. h. der Fahrzeuge der sogenannten „Sachsenklasse", die Bahn gebrochen, deren Bestimmung dahin ging, daß sie der offensiven Küstenverteidigung und als Schlachtschiffe in den den deutschen Gewässern benachbarten Meeresteilen dienen sollten. Es waren diese Fahrzeuge hervorragende Vertreter der Panzerschiffe zweiter Ordnung, welchen in den Kriegsmarinen des Auslandes ehrende Anerkennung gezollt ward.

Auch auf die Organisation der Kreuzerflotte (gedeckte und Glattdeckkorvetten, Kanonenboote, Avisos) hatte der zurücktretende Leiter der Marine in eingehendster und vorsorgender Weise sein Augenmerk gerichtet, und Gliederung, wie Bau und Ausstattung derselben sowohl den taktischen als den nautischen Anforderungen des Tages gemäß angeordnet. Ebenso hatte sich das Torpedowesen innerhalb der Grenzen, welche den submarinen Streitmitteln nach dem damaligen Stande der Seekriegführung gezogen waren, einer besonderen Pflege zu erfreuen, und wurde nach den Erfahrungen, welche Theorie und Praxis an die Hand gaben, in den Wehrorganismus der Flotte eingeführt.

So schloß mit dem Ausscheiden des General von Stosch eine in mehrfacher Beziehung an Schöpfungen und Anregungen reiche Periode des vaterländischen Seekriegwesens ab.

Mit dem Wandel, der in der Leitung der Marine 1883 vor sich ging, erfuhr das Torpedowesen eine besondere sorgfältige Pflege. Der größere Teil der verfügbaren Mittel wurde von General von Caprivi auf die Beschaffungen von Torpedobooten verwendet, deren 150 vom Reichstag genehmigt wurden. Nach den damals in der Marine der anderen Staaten verbreiteten Ansichten galt der mit selbständiger Bewegungskraft ausgestattete Offensiv-

torpedo als dasjenige Kampfmittel, welches durch einen einzigen sicheren Treffer gegen den ungepanzerten Teil des Schiffsbodens den schwer bewaffneten, kostspieligen Panzerkoloß außer Gefecht zu setzen und zum Sinken zu bringen vermochte. Diese Bevorzugung der submarinen Schußwaffe blieb nicht ohne tief eingreifende Wirkung auf die weitere Entwicklung der deutschen Seemacht. Der Bau von Panzerschiffen geriet ins Stocken, weil man, abgesehen von der Neigung für die Torpedowaffe, an leitender Stellung der Meinung war, daß der Bestand an Schlachtschiffen zur Ausrichtung politischer und militärischer Aufträge genüge. Dieser Stillstand erwies sich indes mit der Zeit als ein Rückschritt in der Offensivkraft unserer Flotte auf Kosten der vermehrten Defensive.

Nach verhältnismäßig kurzer Zeit schon hatte in sachverständigen maritimen Kreisen die anfänglich hohe Meinung von dem durch seine Kleinheit und große Fahrgeschwindigkeit überraschend auftretenden und eine geringe Zielscheibe darbietenden Torpedoboot mit Rücksicht auf dessen Mangel an ausreichender Seefähigkeit und somit Verwendbarkeit große Einbuße erlitten, zumal die Technik in der Konstruierung von Gegenmaßregeln nicht müßig gewesen war. Schutznetze wehrten die destruktive Wirkung zur Explosion kommender feindlicher Geschosse ab. Schnellfeuergeschütze überschütteten das angreifende Torpedoboot mit einem Hagel von Projektilen, Scheinwerfer, Torpedojäger vervollständigten den Schutz gegen die unterseeischen Geschosse. Andererseits hatte die dem Panzerschiff innewohnende Angriffs- und Zerstörungskraft, sowie das Vermögen der Abwehr weitere wesentliche Fortschritte gemacht. Vermehrte Fahrgeschwindigkeit, der Ersatz des Stahlpanzers durch den Compoundpanzer, die Mitwirkung der Elektricität bei den Manipulationen und Bewegungen der Geschütze steigerten die Gebrauchstüchtigkeit der Panzerschiffe. Den Zeitraum von 1883 bis 1888 charakterisiert so in der Entwicklung unseres Flottenwesens ein Stillstand. Die in dem Jahrzehnt von 1873 bis 1883 so lebenskräftig entwickelte deutsche Flottenmacht galt am Ende der achtziger Jahre in Bezug auf Panzerstärke, Bestückung, Fahrgeschwindigkeit und Manövrierfähigkeit den ins Auge zu fassenden Gegnern gegenüber als nicht ebenbürtig. Einen Ausgleich dieser Schwäche konnten auch die damals zuerst in die Marine eingeführten geschützten Kreuzer nicht gewähren, zumal mit dem Bau derselben sehr langsam vorgegangen wurde. Diese Panzerkreuzer, deren Armierung jener der wehr-

hafteſten Panzerſchiffe glich, ſtellten ſich als eine Art erleichterter Panzer dar, die ſich nur in ihrem Maſchinenteil durch Panzer oder eigentümliche Einrichtung der Kohlenlager geſchützt finden. Der im Jahre 1889 neuaufgeſtellte Flottenbauplan brach vollſtändig mit dem bis 1889 verfolgten Syſtem. Derſelbe faßte, unter Feſthaltung des Gedankens, die maritime Streitmacht Deutſchlands in erſter Linie zur Verteidigung der heimiſchen Meere und Küſten wehrtüchtig zu machen, das Ziel ins Auge, ſie in ſicherſter Erfüllung dieſer Aufgabe zu befähigen, auch dem Gegner offenſiv gegenüber zu treten. Zu dieſem Zweck wurde der Bau von 4 Schlachtſchiffen als Kern einer kräftigen Schlachtflotte angeordnet, die einen Typ von Schlachtſchiffen repräſentieren, welcher weder bei uns, noch bei anderen Nationen ein Vorbild hat. Sie ſind in Bezug auf Dimenſionen, auf Sicherung der Schiffskörper, artilleriſtiſche Armierung, maſchinelle Einrichtungen und die übrigen Kampfmittel als die Vertreter des offenſiven Elementes der Küſtenverteidigung gedacht; eigentliches Wirkungsfeld iſt die hohe See. Den Schlachtſchiffen zunächſt ſtehend, wurden zehn Panzerfahrzeuge in den Rahmen der Flotte aufgenommen. Es ſind dies Schiffe, welche die Beſtimmung haben, vornehmlich die Mündungsgebiete des Kaiſer Wilhelm-Kanals, ſowie die Ausflüſſe der deutſchen Ströme unter ihren Schutz zu nehmen. Sie ſollen nicht nur im Stande ſein, ſich in der Nordſee zu bewegen, ſondern ſie ſollen nötigenfalls ſich an weitergehenden Expeditionen beteiligen können. Ihre Angriffskraft liegt, neben dem Rennſporn mit Torpedorohren, namentlich in den langen 24 Centimetergeſchützen. Ein drittes Glied der Flotte, das der Plan von 1889 in den Verband desſelben aufnahm, waren 8 geſchützte Kreuzer von großer Geſchwindigkeit und Kohlenaufnahmefähigkeit, die hauptſächlich dem Schutze des Handels dienen ſollen, ſo daß innerhalb naher Zeit die deutſche Wehrmacht zur See 8 Schnellkreuzer erſten Ranges (von der ſchon vorher erwähnten Bauart, d. h. mit teilweiſer Panzerung) beſitzen wird. Ebenſo wurden 4 ungeſchützte Kreuzer von neuem Typ in den Bauplan aufgenommen. Es iſt denſelben hauptſächlich die Aufgabe zugedacht, auf den auswärtigen Stationen und in den deutſchen überſeeiſchen Schutzgebieten den Stationsdienſt zu verſehen. In der Vereinigung dieſer 4 Schiffsklaſſen mit dem Beſtand an Fahrzeugen, wie ihn das ſchwimmende Material der früheren Jahre aufweiſt, iſt der offenſiven Verteidigung unſeres Litorales, wie der heimiſchen Meeresteile eine tüchtige Streit-

macht zur Verfügung gestellt und gleichzeitig den Anforderungen an einen auskömmlichen Schutz der vaterländischen Handelsflotte und der überseeischen Besitzungen in entsprechender Weise Rechnung getragen.

---

Es gehört zu unserer Aufgabe, endlich auch einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Berlins und den Aufschwung, den sein Handel und seine Industrie in den letzten 25 Jahren, in denen es zur Reichshauptstadt emporwuchs, genommen, zu werfen.

Der starke nationale Zug, der seit dem Kriege von 1870/71 alle Klassen der Bevölkerung durchdrang, bemächtigte sich auch des ehemals so erwerbslustigen Kapitals, das sich mit Vorliebe inländischen Unternehmungen zuwandte. Die geschäftliche Thätigkeit der kaufmännischen und industriellen Welt begann eine fast fieberhafte zu werden. Dabei konnte aber eine übermäßige Inanspruchnahme des Kredits nicht ausbleiben, und die Thatsache, daß ungewohnt viel Kapital nach Deutschland floß, führte viele zu einer Überschätzung der Mittel. Zu dem großen Vorrat der vorhandenen Umlaufsmittel kam das von außen zuströmende Gold.

Die Produktion nahm gewaltig zu, die Preise stiegen. Aber der Rückschlag dieser schnell in die Sucht und Hast nach leichtem Gewinn strebenden Bewegung blieb nicht aus.

Niedergang, Mißtrauen und Stockungen aller Art machten sich bemerkbar.

Namentlich die Aktiengesellschaften gingen zurück und liquidierten; große Kapitalien wurden verloren, und weite Kreise der Kaufmannschaft sahen sich stark geschädigt. So war der Wert der Kapitalien der in Berlin domizilierten Aktiengesellschaften, welcher nach dem Kurs vom 31. Dezember 1872 (unter Ausschluß der preußischen Bank) 1500 Millionen Mark betragen hatte, 1873 auf 912, 1874 auf 867, 1875 auf 686, 1876 auf 641 und 1877 auf 600 Millionen Mark gefallen, die Dividende in dieser Zeit bei 191 Gesellschaften von 107 auf 26 Millionen Mark, wobei Dividendenbeträge bei einzelnen Gattungen von Gesellschaften, wie beim Eisenbahnbau, welcher 1872 fast 5 Millionen gewährt hatte, ganz ausfielen. Diese trübe Zeit für den Handel hielt länger an, als man erwartet hatte. Der Wechseldiskont der Reichsbank war in den Tagen vom 3. bis 18. Januar 1876 auf 6 pCt. gestiegen, ein Satz, der — nur selten erreicht war.

Auch die Durchführung der Goldwährung hatte, wenngleich sich ihre segensreichen Wirkungen bald einstellten, zunächst nicht die erhofften Folgen.

Der deutsche Handel, und der Berliner insbesondere, blieb in großer Abhängigkeit von den Verhältnissen in den Vereinigten Staaten.

Überhaupt zeigte sich in dem letzten Jahrzehnt mehr als je, welchen Einfluß die handelspolitischen Beziehungen mit dem Ausland auf die Entwicklung des deutschen Geschäftslebens ausüben. Ende 1891 wurden neue Handelsverträge mit Österreich, Italien und Belgien abgeschlossen, welche wesentliche Erleichterungen für den deutschen Handel herbeiführten. Sie brachten für Berlin die gewünschte Herabsetzung der Zölle für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate. Wohlthuend wurde auch in der ganzen Bevölkerung das Herabgehen der Getreidepreise empfunden — neben der günstigen Ernte eine Folge der ermäßigten Getreidezölle. Im März 1894 kam mit Rußland, nachdem im Sommer vorher der bekannte Zollkrieg ausgebrochen war, durch den deutsch-russischen Handelsvertrag ebenfalls eine Einigung zu Stand, die den Handel von den erlittenen schweren Schädigungen sich erholen ließ.

Waren nach den vorstehenden Darlegungen die allgemeinen politischen Verhältnisse dem Berliner Handel nicht immer günstig, so gestalteten sich die örtlichen um so vorteilhafter. Zu Beginn des Jahres 1870 zählte Berlin 763 000, Anfangs 1895 1 725 000 Einwohner. Die Zahl der Grundstücke vermehrte sich von 15 000 auf 23 400, diejenige der Wohnungen von 166 000 auf 450 000, das Gemeindegebiet nach Einverleibung von Teilen von Friedrichsberg und des Thiergartens von 5 900 auf 6 300 Hektar. Der vormalige weitere Polizeibezirk der Stadt, welcher nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 nur 57 802 Einwohner hatte, wies bei der Zählung von 1890 deren 268 507 auf und hat sich seitdem noch beträchtlich stärker bevölkert, ebenso die weitere Umgebung, so daß die Bevölkerung von Berlin mit zweimeiligem Umkreis von 929 041 auf 1 956 581 Köpfe gestiegen ist.

Im Jahre 1882 wurde die Stadt- und Ringbahn eröffnet. Im Ring- und Stadtbahnverkehr wurden 1892 etwa 39 Millionen Fahrkarten ausgegeben, gegen 8 Millionen im ersten Betriebsjahr. Zudem entwickelte sich ein reger Omnibus-, Pferdebahn- und Dampfbahnverkehr.

Allein die Betriebslänge der Gleise der Großen Berliner Pferdebahn ist in den letzten 15 Jahren von 61 217 auf 246 741 m gestiegen, die Zahl der mit ihr beförderten Personen von 25 auf 128 Millionen. Droschken und Omnibuswagen gab es 1871 3842, gegen 6203 im Jahre 1892. Aber der angewachsene Personenverkehr steht zu dem Handel nur in indirekter Beziehung. Anders verhält es sich mit dem Güterverkehr; in ihm kommt die Handelsthätigkeit zum unmittelbaren Ausdruck. Für diesen Verkehr entstanden 1886 die großartigen Anlagen des Königlichen Packhofs. Der Güter-Ein- und Ausgang auf Eisenbahnen betrug in 1000 Tonnen (die Tonne zu 1000 kg) 1885: 3600, 1893: 5576. Unter den Einfuhrmengen sind vorwiegend Steinkohlen, Braunkohlen und Koaks vertreten, ferner Steine, Cement, Kalk, Erde, Schiefer, so daß kaum die Hälfte auf andere Waren entfällt, unter den letzteren überwiegen Getreide, Kartoffeln, Eisen, Nutzholz. Die eingeführten Mengen werden zum größten Teil in der Großstadt verbraucht, denn die Ausfuhr stellt sich nur auf ein Sechstel bis ein Siebentel der Einfuhr. Der Wasserverkehr hat sich durch den Ausbau der Wasserstraßen, insbesondere des im Mai 1891 eröffneten Oder-Spree-Kanals, ebenfalls wesentlich gehoben; durch den im vergangenen Jahr erfolgten Abschluß der Spreeregulierung erhofft man eine weitere Steigerung.

Auch in anderer Hinsicht hat es nicht an Veranstaltungen gefehlt, die dem Handel und der Industrie der Reichshauptstadt direkt oder indirekt von Vorteil waren. Hierzu gehören zunächst die unter unmittelbarer Beteiligung der Industriellen geschaffenen Ausstellungen. Schon auf die Gewerbe-Ausstellung des Jahres 1879 wurde ein nicht unbedeutender Aufschwung des Handels zurückgeführt. Ihr großer Erfolg zeigte, daß die Leistungsfähigkeit der Berliner Industrie trotz der damals ungünstigen Zeiten nicht erlahmt war. In 15 Industriegruppen wurden die Erzeugnisse des Berliner Gewerbefleißes vorgeführt, und es wurden besonders die Leistungen auf den Gebieten der Präcisionsmechanik, des Pianofortebaues, der chemischen Industrie, des Maschinen- und Wagenbaues, des Textilgewerbes, der Bronze- und Metallindustrie, Kunsttöpferei und Möbelindustrie rühmend anerkannt. Im Lauf der Jahre fanden weitere Ausstellungen statt, sämtlich mit nicht geringem Erfolg, so die Fischerei-Ausstellung im Jahre 1880, die Hygiene-Ausstellung 1882 und die Ausstellung für Unfallverhütung 1889.

Die große Berliner Gewerbe-Ausstellung im Treptower Stadtpark ist vorn bereits gewürdigt worden.

Ebenso sind die Messen, wenn auch nicht eigentliche Ausstellungen, so doch zweckmäßige Abarten von ihnen; es ist bekannt, daß die 1893 im Wettbewerb mit Leipzig auf Betreiben Berliner Kaufleute ins Leben gerufenen Messen dem Handel gute Dienste geleistet haben; das Gesehene wirkt anregend auf den Beschauer, fordert dessen Kritik heraus und bewahrt vor Einseitigkeit. Auch die Eröffnung des Kunstgewerbe-Museums im Jahre 1881, das schon in den ersten 12 Monaten seines Bestehens 154 000 Besucher aufwies, hat bildend und nützlich gewirkt. Das Nämliche kann zweifellos, wenn auch in anderer Weise, von den Fach- und Fortbildungsschulen behauptet werden, deren sich die Stadt Berlin in großer Zahl erfreut; derartige Schulen werden von 13 Innungen unterhalten. Daneben bestehen zwei städtische Handwerkerschulen, eine städtische Webeschule, verschiedene kaufmännische und technische Fortbildungsanstalten, eine Baugewerkschule, eine Fachschule für Maurer und Zimmerer, eine Buchdruckerschule und ein Gewerbesaal. Endlich sind die von den Ältesten der Kaufmannschaft seit Jahren veranstalteten Vorlesungen auf den Gebieten des Handelsrechts, der Handelsgeographie und der Volkswirtschaftslehre zu erwähnen. In dieser Beziehung ist auch die Thätigkeit des Gewerbegerichts von Wichtigkeit, das 1893 seine Wirksamkeit begann und bereits im ersten Jahre seines Bestehens 12 947 Prozesse erledigte.

* * *

Damit ist die Darstellung dieser nunmehr ergänzten zeitgenössischen Chronik an ihr Ziel gelangt.

Sie ist bemüht gewesen, in kurzen Umrissen das Bild der Vergangenheit vor den Blicken der Leser neu zu beleben, und ihnen die vielgestaltige und schöpferische Thätigkeit in das Gedächtniß zurückzurufen, welche in dem ersten Vierteljahrhundert unserer nationalen Einheit entfaltet wurde, um die Fundamente zu legen für den Ausbau und die Festigung der Institutionen des neu geschaffenen Deutschen Reiches.

Möge sie dazu beitragen allen Deutschen die Mahnung an das Herz zu legen, und namentlich der heranwachsenden Jugend einprägen, daß großen Völkern gebührt, das Erworbene auch zu erhalten und zu

festigen. Die heilige Flamme der Vaterlandsliebe läutert den Sinn von den Schlacken des täglichen Getriebes, sie verscheucht mit ihrem Licht die Schatten des Eigennutzes und der Selbstsucht. Umstrahlt von ihrem Glanz, möge das deutsche Volk eingedenk bleiben, daß nur die nationale Einheit und Kraft so große Thaten zu vollbringen vermochte.

Möge der stolze und stattliche Bau, der innerhalb der nunmehr vergangenen fünfundzwanzig Jahre emporgewachsen, sich weiter der Segnungen des Friedens erfreuen, damit die reiche Fülle der Kräfte, welche unser Volkstum in den Tiefen seines geistigen und sittlichen Lebens birgt, den Bahnen einer ungehinderten Entfaltung zu folgen vermag.

Das walte Gott!

Buchdruckerei Gustav Schenck Sohn, Berlin SW., Hollmannstr. 9/10.

R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Königlicher Hofbuchhändler.
Berlin S.W. 19, Jerusalemer-Straße 56.

# Der deutsche Krieg

von

# 1866

von

## Th. Fontane.

Mit Illustrationen

von

**Ludwig Burger.**

| I. Band: | II. Band: |
|---|---|
| **Der Feldzug in Böhmen und Mähren.** | **Der Feldzug in West- und Mitteldeutschland.** |

Anhang:

**Die Denkmäler.**

| **Pracht-Ausgabe:** | | **Volks-Ausgabe:** | |
|---|---|---|---|
| Preis geheftet . . . | Mk. 60,— | Preis geheftet . . . | Mk. 18,— |
| „ eleg. geb. . . . | „ 68,— | „ eleg. geb. . . . | „ 22,50 |

R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Königlicher Hofbuchhändler.
Berlin S.W. 19, Jerusalemer-Straße 56.

# Der Krieg gegen Frankreich 1870-1871

von

## Th. Fontane.

I. Band: **Der Krieg gegen das Kaiserreich.**

II. Band: **Der Krieg gegen die Republik.**

Mit 215 Plänen in Holzschnitt.

**Preis: geheftet Mk. 33,50; eleg. gebunden Mk. 40,—.**

**R. v. Decker's Verlag**, G. Schenck, Königl. Hofbuchhändler, Berlin SW. 19, Jerusalemerstr. 56:

---

**Fontane, Th. Der Schleswig-Holsteinsche Krieg im Jahre 1864.** 1866. Lex. 8. (VII u. 374 S. mit 4 Portraits, 56 in den Text gedruckten Abbildungen und Plänen in Holzschnitt und 9 Karten in Steindruck.) cart. 9,25 *M.*

— — **Der deutsche Krieg von 1866.** Mit Illustrationen von Ludwig Burger. 1870—1871. Royal 4. (Feine Velin-Ausgabe.)

I. Band. Der Feldzug in Böhmen und Mähren.

1. Halbband: Bis Königgrätz 1870. (S. 1—466 mit 7 Portraits, 164 in den Text gedruckten Abbildungen und Plänen in Holzschnitt.) geh.

2. Halbband: Königgrätz. Bis vor Wien 1870. (S. 467—735 mit 3 großen Portraits, 3 großen Gefechtsbildern, 109 in den Text gedruckten Abbildungen und Plänen in Holzschnitt.) geh.

II. Band. Der Feldzug in West- und Mittel-Deutschland. Anhang: Die Denkmäler. 1871. (VII, 339 u. 56 S. mit 4 großen Portraits, 8 großen Gefechtsbildern, 149 in den Text gedruckten Abbildungen und 26 Plänen in Holzschnitt) Zusammen: geh. 60 *M.*, geb. 68 *M.*

(Wird nur complett abgegeben!)

— — **Volks-Ausgabe.** Zweite Auflage 1871 Lex. 8.

I. Band. Der Feldzug in Böhmen und Mähren. 1871. (XII u. 735 S. mit 13 großen Portraits, 11 großen Gefechtsbildern, 234 in den Text gedruckten Abbildungen und 39 Plänen in Holzschnitt.) geh.

II. Band. Der Feldzug in West- und Mittel-Deutschland. Anhang: Die Denkmäler 1871. (VII, 339 u. 36 S. mit 3 großen Portraits, 8 großen Gefechtsbildern, 149 in den Text gedruckten Abbildungen und 26 Plänen in Holzschnitt.) geh. Zusammen: geh. 18 *M.*, geb. 22,50 *M.*

(Wird nur complett abgegeben!)

— — **Aus den Tagen der Occupation.** Eine Osterreise durch Nordfrankreich und Elsaß-Lothringen 1871. 2 Bände. Zweite Auflage. 1872. 8°. (VIII u. 655 S.) geh. 9 *M.*

— — **Der Krieg gegen Frankreich 1870/71.** 1873—1876. Lex. 8. (Auf Velinpapier.)

I. Band. Der Krieg gegen das Kaiserreich.

1. Halbband: Bis Gravelotte, 18. August 1870. 1873. (VII u. S. 1 bis 342 mit 32 Plänen in Holzschnitt.) geh. 6 *M.*

2. Halbband: Von Gravelotte bis zur Capitulation von Metz (19. August bis 27. October 1870.) 1873. VIII u. S. 563—854 mit 35 Plänen in Holzschnitt.) geh. 8,50 *M.*

II. Band. Der Krieg gegen die Republik.

1. Halbband: In und vor Paris bis zum 24. December. 1875. (VII und S. 1—428 mit 44 Plänen in Holzschnitt.) geh. 7,50 *M.*

2. Halbband: Orleans bis zum Einzuge in Berlin. 1876. (XII u. S. 429 bis 1028 mit 104 Plänen in Holzschnitt.) geh. 11,50 *M.*

Vollständig: 2 Bände. geh. 33,50 *M.*

geb. 40,— *M.*

**191 Amtliche Depeschen** vom Kriegs-Schauplatz in Frankreich. 1870/71. gr. 8°. (74 S.) Zweite Auflage. 1895. geh. 0.50 *M.*

**Goltz, Colmar Freiherr v. d.,** Königl. Preuß. Generallieutenant a. D., Kaiserl. Ottomanischer Marschall u. General-Adjutant. **Kriegführung,** kurze Lehre ihrer wichtigsten Grundsätze und Formen. 1895. 8°. (XI u. 204 S.) elegant gebunden in engl. Leinen 4 *M.*

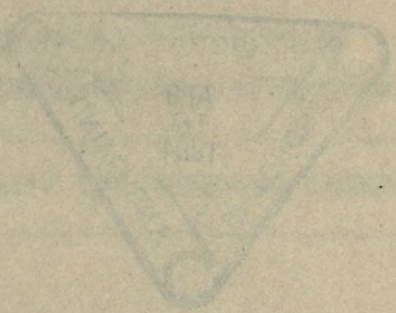
— — **Ein Ausflug nach Macedonien,** Besuch der deutschen Eisenbahn von Solonik nach Monastir. 1894. 8°. (154 S.) u. mit einer Karte. geh. 3 *M.*

**Goltz, Colmar Freiherr v. d.,** Königl. Preuß. Oberst z. D. **Das Volk in Waffen.** Ein Buch über Heerwesen und Kriegführung unserer Zeit. Vierte umgearbeitete und verbesserte Auflage. 1890 gr. 8°. (XIV u. 449 S.)

geh 7 *M.*

elegant geb 8,50 *M.*

**Pencker, General von.** Wanderung über die Schlachtfelder der deutschen Heere der Urzeiten. Fortgesetzt und zum Abschluß gebracht vom Landrath a. D. von Wolff-Metternich, Geheimer Regierungsrath. 1893 Zweite Auflage. 2 Theile in einem Band. (450 S. gr. 8°.) 6 *M.*



LIBRARY
APR
18
1984
UNIVERSITY OF TORONTO

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY